Nationalliberale Correspondenz

Zu beziehen durch die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei Berlin W 66, Wilhelmstr. 46–47. – Fernsprecher für die Redaktion: Amt Zentrum Nr. 5916 u. 5917. Telegramm-Adr.: Nationalliberal Berlin

Im Auftrage der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei herausgegeben von Eduard Spieß

Offizielle Parteikundgebungen werden in durchschossenem Druck veröffentlicht. – Die „N. l. C." erscheint in der Regel wöchentlich sechsmal. – Nachdruck der Artikel ist für Nichtabonnenten verboten

45. Jahrgang | Berlin, Montag den 16. Dezember 1918. | Nr. 238

...ruf der Deutschen Volkspartei.

Krieg und ... turz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der **Deutschen Volkspartei** zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsere ganze Politik unter den **nationalen Gedanken**, um so schärfer lehnen wir all diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die **Reichseinheit** ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können. Wir begrüßen mit voller Zustimmung die von den Deutschen Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den **Deutschen im Auslande** und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern. Wir beharren auf unserem Recht auf **kolonisatorische Betätigung** und wir verlangen die Sicherung der **Freiheit der Meere** als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Unter der Bedingung völliger **Gleichberechtigung** aller Staaten begrüßen auch wir den Gedanken des Völkerbundes.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen **Wahlrechts** nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir verlangen

völlige Neuordnung des **Auswärtigen Amtes** und unserer ausländischen Vertretungen.

Ein **Volksheer**, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundsätzen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft.

Sicherung der **Freiheit für Wort und Schrift**, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte.

Weiteste **Selbstverwaltung** auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, **Kreis** und Provinz.

Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und **Kräftigung eines breiten Mittelstandes** in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand.

Warmherzige Fürsorge und **würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten** und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs.

Sicherung der Stellung der **Beamten, Offiziere** und **Lehrer**, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenausschüssen.

Wir treten ein für Kräftigung und Nahrung der

freien Bauern auf eigener Scholle,

wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, für eine **großzügige Siedlungspolitik**; Domänen, Großgrunddesitz, Fideikommisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des **Kleinwohnungswesens**, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen in Grund und Boden und soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts.

Wir verlangen **volle Koalitionsfreiheit**, ein neues sozial gestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der Sozialpolitik, insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht. Die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatze des **Privateigentums** und des **Erbrechts**, wir halten fest an der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betriebe wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. Wir stellen uns in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigen...ms ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen. Einer Überführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die geschichtlich überkommene

Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden.

Volle Gewissensfreiheit. **Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule.** Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer. Die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Fachaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten ihres Charakters als Standesschulen entkleidet und alles Berechtigungsunwesen beseitigt werden.

Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an uns herantreten, werden **Steuern** und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole notwendig machen. Reichs-Eisenbahnen sind schon um deswillen erforderlich. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine Reichs-Einkommen- und Erbschaftssteuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Die Umwälzung hat der **Frau die Gleichberechtigung** im politischen Leben gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zu Ungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für **Ruhe und Ordnung** sorgt. Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Preßfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder, wir verlangen die **Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe** in das Wirtschaftsleben, die uns mit **Hungersnot, Anarchie** und **Staatsbankerott** bedrohen.

Wir fordern die **Sicherstellung** der **Staats-** und **Kriegsanleihen**, der Sparkasseneinlagen, Bankdepositen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge.

Wir fordern den alsbaldigen Ausbau der bürokratischen Zwangswirtschaft.

Wir verlangen die sofortige Überführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassungs- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran setzt, **sofort den Frieden** zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann.

Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grundsätzen und diesen Zielen mit uns zusammen zu arbeiten und sich mit uns zur

Deutschen Volkspartei

zu vereinigen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsere Aufforderung ergeht insbesondere auch an die deutschen Frauen und an die deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politisch Vollberechtigten eingetreten sind.

Schließen wir uns zusammen unter der Fahne:

Freiheit und Vaterland!

Albrecht, Karl, Fabrikbesitzer. Arend, Opernsänger. von Behr, Generalkommissionspräsident, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat. Dr. Breiger, Sanitätsrat. Barth, Mcrg., Schneiderin. Bergmann, Buchdruckereibesitzer. Bräuer, Frau, Generalin Böll, Betriebsleiter. von Borries, Oberstleutnant a. D. von Borries, Major a. D. Butsch, Verlagsbuchhändler. Frau Major Behr. Conrad, Sekretär. Agnes da Costa, Frau. Dieckmann, Hauptmann. von Dewitz, J., Frau. Prof. Dr. Dührssen, Frauenarzt. Döhn, Kaufmann. Döring, Frau, Bürovorsteherin. Damcke, Alfons, Fabrikant. Damcke, Erwin, Fabrikant. Eichhoff, Rektor und Schriftsteller. Ewest, städt. Lehrer. Fischer, Herm. Kaufmann. von Förster, Kaufmann. Dr. Felder, Direktor am Kali-Syndikat. Fraedrich, Gastwirt. Fischer, Herm., Kaufmann. Fischer, Marg., Stenotypistin. Geerke, Kunstmaler. Dr. Gerlich, Hauptgeschäftsführer. Glaser, Amandus, Direktor. Dr. Gehlhaar, Spezialarzt. Gericke, Oberleutnant. Dr. Gersdorf, Marine-General-Oberarzt a. D. Gartbrecht, Röntgentechniker. Grützner, Fabrikant. Girrulat, Kaufmann. Günther, Oberleutnant zur See. Hartisch, Rechnungsrat, Major der Landwehr I. Hackbarth, Adelheid, Buchhalterin. Heyne, Professor. Helm, Kaufmann. Hirche, Laborant. Hoffmann, Joh. Kaufmann. Hoffmann, Georg, Generalsekretär. Hoop, Tischlermeister. Haertel, Oberingenieur., Dr. Hahn, Zahnarzt. Huhn, Fabrikbesitzer. Harting, Luise, Kontoristin. Otto Herbert, Handelsvertreter. Heintze, Ingenieur. Isserhagen, Fabrikbesitzer. Joseph, Bezirks-Schornsteinfegermeister. Janisch, Kaufmann. Krech, Fabrikbesitzer. Dr. Ernst Kundt. Klein, Fabrikant. Knuth, Marta, Buchhalterin. von Knobelsdorff, Oberleutnant. Kockelmann, Major a. D. Lenz, Frau Major. von Looper, Frau, geb. Freiin von Wangenheim. Lüttges, Rittmeister. Lüders, Paul, Justizrat. Mentze, Kgl. Ökonomierat. Molkentin, Direktor. Müller, Oskar Bürgerschullehrer. Meinert, Lornsen, Hauptlehrer. Meine, Verw.-Inspektor. Dr. Mahrholz, Frau. Dr. Mohr, Oberarzt. Möllmann, Kaufmann. Müller, städt. Steuererheber. Noack, Bildhauer. Neumann, Frida, Frau. Neutze, Geh. Regierungsrat. Otto, Annaliese, stud. agr. Dr. Ostwald, Wilhelm. Geh. Rat, Prof. Oesterwitz, Verlagsbuchhändler und Redakteur. Otto, Robert, Fabrikbesitzer. Plechati, Josef, Fabrikbesitzer. Pötsch, Bernhard, Kunstmaler. Plöcker, Hauptmann und Frau. Dr. Reinmuth, Astronom. Rohde, A., Kaufmann, Moskau. Rüst, Edela, Schriftstellerin. Rohde, F., Oberförster. Rahmlow, Käte, Frau, Rebakteurin. Dr. Reimann, R., Generaldirektor. Richter, Geh. Baurat. Rugoczy, Syndikus a. D. Raal, Pfarrer. Riedel, Lehrer und Ingenieur. Dr. Scharff, San.-Rat. Scheerbarth, Ingenieur. Dr. Schint, Ingenieur. Stürzelbecher, Fritz, Landessekretär. Schmidt, August, Prokurist. Schütz, Apotheker. Sturt, Oberleutnant. Stiller, Leutnant z. S. Dr. Sandhop, Medizinalrat. Schloifer, Ingenieur. Schmidt, Rudolf, Lehrer. Steiner, geb. Bobrnauer, Frau Major. Dr. Strofcher, Oberstabsarzt a. D. Stäudlein. Schlossermeister. Sonnenburg, Kathar., Kassiererin. Schumacher, Kassenbote. Stief, Kaufmann. Schroeder, Major a. D. Schaefer, M. C., Kaufmann. Sudeck, Landwirt. Sturzel, Frau Feodora. Thimm, Frau Professor. Tschermak, Frau. Dr. Thiele, Chemiker. Dr. Treding, Joh., Frauenarzt. Thierbach, Regierungsbaumeister. Thomas, Frau Regierungsbaumeister. v. Baltier, Landwirt. Weiß, Karl, Chirurgie-Instrumentenmacher. Wagner, Fabrikbes. Weber, Anna, Wirtschafterin. Wolf-Hannier, Lehrer und Schriftsteller. Wiese, Gertrud, Buchhalterin. Weithmann, Frau Geheimrat. Witsch, Gertrud, Frau. v. Wrochem, Gemeindeschöffe. Ziegler, Paul, Lehrer i. R. Zipse, Kaufmann. Zeuske, Ingenieur.

Fabrikbesitzer Anstatt, Bromberg. Gewerkschaftssekr. Baltrusch, Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin. Geheimrat Professor Dr. Backhaus, Berlin. Frau Julie Bassermann, Mannheim. Geh. Kommerzienrat Bartling, Wiesbaden. Verbandsdirektor Bechly Hamburg, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Gerichtssekretär Bode, Burgdorf. August Bohn, Gewerkschaftssekretär, Recklinghausen. Dr. Hugo Boettger, Berlin. Generalsekretär Brües, Köln. Generalsekretär Bruno, Hannover. Rechtsanwalt Dr. Burchard, Hamburg. Ludwig Büttemeier, Eisenbahnschaffner und Obmann der organisierten Rangierer und Hilfsschaffner Recklinghausen. Regierungspräsident Dr. v. Campe, Minden. Geheimerat Cleinow, Herausgeber der „Grenzboten", Berlin. Lehrer Dammann, Dadschewern bei Lüneburg. Frau Debmel, Hamburg. Professor Dr. Dieckmann, Osnabrück. Landwirt Dusche, Iserhagen. Wilhelm Eilbrecht, Eisenbahner und Bezirksvorsitzender, Osnabrück. Peter Fischer, Leiter d. Verbandes d. Post- u. Telegraphenarbeiter Bochum. Rechnungsrat Frentel, Hannover. Frau Milla Fritsch, Königsberg. Geh. Regierungsrat Garnich, Charlottenburg. Malermeister Goßmann, Hannover. Kupferschmiedemeister Gößmann, Osnabrück. Generaldirektor Grau, Stolzenhagen-Kratzwieck. Gewerkschaftssekretär Gutsche, Gewerkschaftsvorsitzender Berlin. Frau Ottilie von Hansemann, Berlin. Landwirt Harte, Delpe. Chefredakteur Dr. Hartmann, Hannover. Theodor Held, Berlin. Landgerichtsdirektor Hettner, Dresden. Geh. Justizrat Hirschberg, Eberswalde. Fräulein Antonie Hoffmann, Berlin. Rektor Hollmann, Lichtenberg. Generalsekretär Dr. Hugo, Schöneberg. Katharine Howe, Berlin. Fabrikbesitzer Kade, Reinickendorf. Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kahl, Berlin. Oberlehrer Dr. Käfer, Braunschweig. Stadtsekretär Kleinau, Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses der Beamten- und Lehrerschaft der Stadt Berlin. Kaufmann E. Kowes, Steglitz. Direktor Kronjäger, Lichterfelde. Fabrikant Krutmeyer, Oeynhausen. Fabrikant Kunsemüller, Osnabrück Handelsschullehrer Kühn, Hohenneuendorf. Bürgermeister Künzer, Posen. Oberlehrerin Frl. Lange, Bielefeld. Regierungsrat Professor Dr. Leibig, Berlin. Dr. Liebreich, Duisburg. Lehrer Lumma, Hermsdorf. Bürgermeister Dr. Marezky, Lichtenberg. Spediteur F. Mende, Tempelhof. Justizrat Menzel, Dirschau. Landwirt Jakobus Müller, Ostfriesland. Dr. Mittelmann, Stettin. Pastor Meyer, Herford. Justizrat Wilhelm Meyer, Hannover. Eduard Neumann, Eisenbahnschaffner und Verbandsvorsitzender, Berlin. Geh. Kommerzienrat Nithammer, Kribstein. Kurt Ommert, Eisenbahnhandwerker und Bezirksvorsitzender, Saarbrücken. Dr. Osann, Darmstadt. Dr. med. Offent, Stettin. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Peters, Rostock. Frau Margarete Poehlmann, Lissit. Karl Pricker, Gewerkschaftssekretär, Elberfeld. Geh. Medizinalrat Dr. Rapmund, Minden. Oberpräsident v. Richter, Hannover. Chefredakt. Rippler, Berlin. Justizrat Dr. Rohde, Berlin. Generalsekretär Rose, Hamburg. Kaufmann Salzwedel, Lichtenberg. Justizrat Schlee, Thorn. Karl Schneider, Eisenbahnrottenführer und Verbandsvorsitzender, Bahlhausen-Ruhr. Bergmann Schulte, Dortmund. Handelssyndikus Dr. Sievers, Stolp. Schwester Philippine Stavenhagen, Hamburg. Stadtschulrat Stettiner, Königsberg. Dr. Stresemann, Berlin. Gewerkschaftsvorsitzender Georg Streiter, Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Berlin. Oberbürgermeister Struckmann, Hildesheim. Universitätsprofessor Dr. Thaer, Greifswald. Generalmajor z. D. Thelemann, Stettin. Reg.-Rat Dr. Thissen, Berlin. Geheimer Kommerzienrat Dr. Vogel, Dresden. Chefredakteur Wallis, Hildesheim. Gymnasialdirektor Wehrmann, Bochum. Direktor Dr. Wenderoth, Dortmund. Chefredakteur Wyneken, Königsberg.

Das Votum des Zentralvorstandes.

Ein Teil der Presse, dem die Entscheidung des nationalliberalen Zentralvorstandes über den Bestand der Partei unwillkommen ist, versucht, das Abstimmungsergebnis durch falsche und tendenziöse Schlußfolgerungen zu entwerten. So spricht die „Vossische Zeitung" von einer nationalliberalen Sonderpartei, die mit Zufallsmehrheit zustandegekommen sei. Die „Börsenzeitung" behauptet, der Beschluß gebe kein Bild der Stimmung innerhalb der Nationalliberalen Partei, vielmehr stehe die wirkliche Mehrheit der Partei auf dem Boden der Deutsch demokratischen Partei. Wir haben nichts dagegen, wenn die „Börsenzeitung" sich mit diesem Glauben trösten will, denn sie wird bald einsehen müssen, daß sie mit ihrer Annahme Unrecht hat. Die Abstimmung des Zentralvorstandes ergibt keinesfalls deswegen ein falsches Bild, weil nur ein Teil der Mitglieder anwesend gewesen ist. Wenn auch im kleineren Kreise spiegelt sich die Gesamtstimmung meist völlig zutreffend wieder, wenn er nicht einseitig zusammengesetzt ist. Kommen die verschiedenen Lager zu Wort, so wird man von ihrem Votum mit ziemlicher Sicherheit auf die Stimmung der Gesamtpartei schließen können. Die einzige Bedingung ist eben, daß nicht ein Teil besonders stark in den Vordergrund tritt.

Um eine gleichmäßige Beschickung des Zentralvorstandes zu ermöglichen, haben die hannoverschen Nationalliberalen eine deutsche Mittelstadt als Ort der Tagung des Zentralvorstandes vorgeschlagen. Hätte man ihren Wunsch erfüllt, dann wäre die Teilnahme größer gewesen. Dadurch, daß der Zentralvorstand in Berlin zusammentrat, erfuhr der Kreis der Teilnehmer unter den gegenwärtigen Umständen eine natürliche Beschränkung. Diese Einschränkung war aber durchaus zu Ungunsten derjenigen Mitglieder, die für die Deutsche Volkspartei eintreten. Denn in Berlin überwiegt stets die demokratische und radikale Richtung in außerordentlich einseitiger Weise. Diese alte Erfahrung ist auch bei der Abstimmung des Zentralvorstandes am Sonntag von neuem befestigt. Man kann deshalb mit Sicherheit sagen, daß die Abstimmungsverhältnisse für den Antrag Dr. Vogel am Sonntag denkbar ungünstig lagen und daß der Zentralvorstand in einer mitteldeutschen Stadt eine ganz andere Mehrheit für den Antrag Dr. Vogel aufgebracht hätte. Das Gegenteil von den mißliebigen Bemerkungen der Vossischen Zeitung und der Börsenzeitung ist also richtig. Es kann nicht von einem Zufallsergebnis, von Restbestand und Sondergruppe die Rede sein. Es ist vielmehr unbestreitbar, daß die Nationalliberale Partei in ihrer Mehrheit an ihrem Fortbestand als Deutsche Volkspartei festhält. Will man die Abstimmung vom Sonntag bemängeln, so kann man nur sagen, daß in Wirklichkeit die nationalliberale Mehrheit für die Deutsche Volkspartei weit größer ist, als der Beschluß des Zentralvorstandes erkennen läßt.

Gedruckt bei Imberg & Lessou G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

Im Auftrage der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher und Rudolf Morsey

Band 9

Nationalliberalismus in der Weimarer Republik

Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933

Zweiter Halbband
1926–1933

Droste Verlag Düsseldorf

Nationalliberalismus in der Weimarer Republik

Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933

Bearbeitet
von
Eberhard Kolb und
Ludwig Richter

Zweiter Halbband
1926–1933

Droste Verlag Düsseldorf

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung des Landes
Nordrhein-Westfalen.

Copyright © 1999 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1999
ISBN 3-7700-5219-6

Zweiter Halbband

Verzeichnis der Dokumente 7*

Dokumente 1926–1933 . . . . . 9*

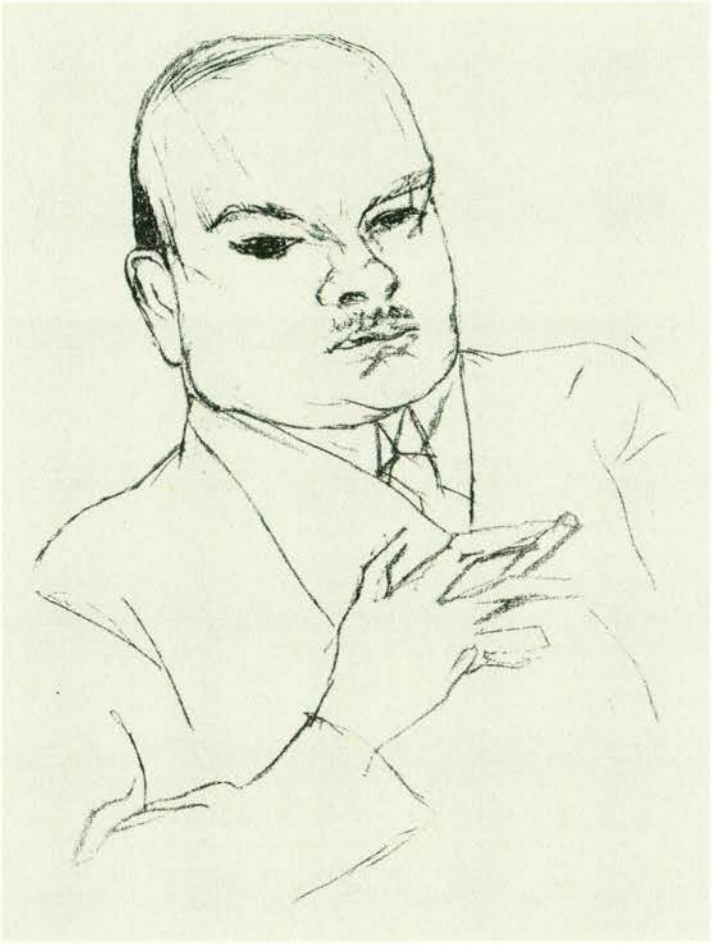
Anhang

Satzungen der Deutschen Volkspartei (1919 und 1921/1924): Synopse . . . 1263

Grundsätze der Deutschen Volkspartei vom 19. Oktober 1919 1273

Register 1285

Bildnachweis 1324



Gustav Stresemann
Zeichnung von Rudolf Grossmann

Verzeichnis der Dokumente

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
62	27.1.1926	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/58*	649
63	19.5.1926	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	650
64	1.10.1926	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/41*	652
65	24.1.1927	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *NLC*	710
66	19.3.1927	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/42*	711
67	10./11.11.1927	Sitzung von Parteivorstand und Reichsausschuß *NLC*	731
68	21.11.1927	Sitzung des Zentralvorstandes *Kölnische Zeitung*	732
69	8.12.1927	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/58*	736
70	23./24.11.1928	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	742
71	5.12.1928	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/59*	760
72	26.2.1929	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses *BAK R 45 II/59*	761
73	26.2.1929	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/43*	769
74	27.2.1929	Aufzeichnung Henry Bernhards *PA NL Stresemann 103*	833
75	30.5.1929	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	835
76	30.9.1929	Sitzung des Reichsausschusses *Privatbesitz Wolfgang Stresemann*	837
77	2.12.1929	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	863
78	14.12.1929	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/44*	868
79	2.3.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	931
80	21.3.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *Broschüre*	954
81	3.7.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	956

Nr.	Datum	Dokumente und Bestandsnachweis	Seite
82	4.7.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/46*	982
83	31.7.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1054
84	23.8.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1090
85	24.8.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *BAK R 45 II/47*	1094
86	2.11.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1130
87	30.11.1930	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/32*	1178
88	30.11./1.12.1930	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1179
89	19.4.1931	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1188
90	12.6.1931	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1199
91	10.10.1931	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1200
92	5.12.1931	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1201
93	6.12.1931	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1201
94	28.2.1932	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1206
95	19.6.1932	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1209
96	25.9.1932	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1216
97a/b	9.10.1932	Sitzung des Zentralvorstandes 97a: *NLC* 97b: *Broschüre*	 1217 1219
98	11.12.1932	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1226
99	15.1.1933	Sitzung des Reichsausschusses *BAK R 45 II/33*	1228
100	5.2.1933	Sitzung des Reichsausschusses *NLC*	1250
101	31.3./1.4.1933	Sitzung von Parteivorstand und Reichsausschuß *NLC*	1252
102	23.4.1933	Sitzung des Zentralvorstandes *NLC*	1253
103	4.7.1933	Auflösungserklärung der DVP *W.T.B.*	1259

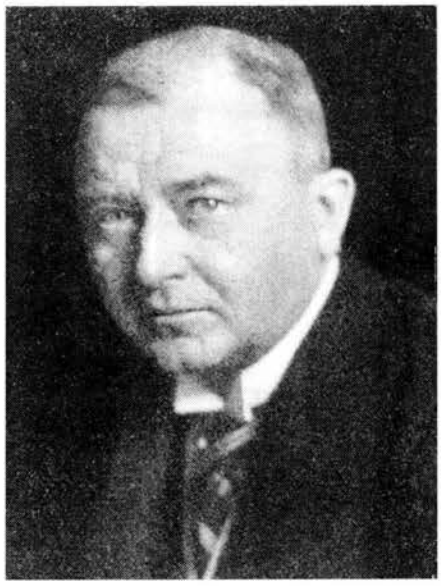
Dokumente

Zweiter Halbband
1926–1933

Julius Curtius

Hans von Raumer

Rudolf Heinze



Karl Jarres

62.

27. Januar 1926: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/58, p. 315–325. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Überschrift: »Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 27. Januar 1926 im Reichsklub«.[1]

Eine Beschwerde des Reichsfrauenausschusses (Nichtberücksichtigung der Frauen bei den preußischen Provinziallandtagswahlen[2]*) wird zur Kenntnis genommen. Es wird beschlossen,* »daß an die Wahlkreise ein Schreiben gerichtet werden soll, in dem auf die Wichtigkeit der Aufstellung von Frauenkandidaturen hingewiesen« *werden soll. Zugwählt werden: Heinze, Schiftan, Streiter, Winnefeld und Frau Wolf.*[3] *Kempkes teilt mit, daß ein Vorschlag auf Einrichtung eines sozialpolitischen Ausschusses vorliege. Nach längerer Aussprache einigt sich der Ausschuß auf einen Vorschlag Leidigs, dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses das Recht zuzubilligen, eine gemeinsame Beratung und Beschlußfassung mehrerer Ausschüsse zu veranlassen, zudem wird er dazu ermächtigt, den Vorsitzenden der gemeinsamen Ausschußsitzungen zu benennen. Die neuen Richtlinien für die Unterausschüsse werden mit einer geringfügigen Änderung gebilligt.*[4] *Die Bitte auf Einrichtung eines Forstausschusses wird abgelehnt.*[5] *Als Tagungsort des nächsten Parteitages wird Köln in Aussicht genommen.*[6] *Der Passus in der Satzung der ›Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft‹ (Wahlkreise Hamburg, Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein), nach der die Arbeitsgemeinschaft berechtigt sein soll, Kandidaten aufzustellen*[7]*, wird entschieden abgelehnt. Leidig als Berichterstatter führt dazu aus:* »Wenn man Arbeitsgemeinschaften derartige Aufgaben zuweise, dann käme man zu einer Gruppenbildung in-

---

[1] Laut der dem Protokoll beiliegenden Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Becker, Beythien, Dietrich, Garnich, Hollmann, Kalle, Kempkes, Frau v. Kulesza, Luther, Frau Matz, Frau Mende, Mittelmann, Scholz, Steffens, Thiel. Von der Reichsgeschäftsstelle: Delet, Fecht, Schönrock, Frau Schwarz, Stocksiek, Trucksaess, Wittig. Tagesordnung: 1. Zuwahlen, 2. Richtlinien für die Organisation und Arbeit der Unterausschüsse, 3. Antrag Berlin auf Kennzeichnung unseres liberalen Charakters im Namen der Partei, 4. Parteitag, 5. Verschiedenes.

[2] Die Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses, Frau Matz, hatte in einem Schreiben an Stresemann vom 15.12.1925 der Partei vorgeworfen, »Frauen, die seit Anbeginn treueste und aufopferndste Arbeit geleistet haben [...] systematisch aus der Arbeit, vor allem aber aus ihrer Einflußsphäre«, zu verdrängen, BAK R 45 II/58, p. 254.

[3] Der GA hatte in seiner letzten Sitzung am 9.6.1925 einige Zuwahlen zurückgestellt, siehe Dok. Nr. 60.

[4] Im Januar 1926 waren die »Richtlinien für die Unterausschüsse des Geschäftsführenden Ausschusses« den »Erfordernissen der praktischen Arbeit angepaßt« worden, siehe BAK R 45 II/58, p. 329; zu den vorhergehenden »Richtlinien für die Arbeit der Fachausschüsse der DVP« vom 28.1.1922 siehe Dok. Nr. 42, Anm. 3.

[5] Zur beabsichtigten Gründung des Forstausschusses als Unterausschuß des GA siehe den umfangreichen Schriftwechsel im BAK R 45 II/58, p. 357–393.

[6] Der Parteitag der DVP fand vom 30.9.–3.10.1926 in Köln statt.

[7] Der Passus lautete: »Die Norddeutsche Arbeitsgemeinschaft erstrebt bei Erörterung von reichspolitischen Fragen, soweit sie zu dem Aufgabenkreis des Zentralvorstandes und zu den offiziellen Parteiinstanzen gehören, zu einer möglichst gemeinschaftlichen Auffassung innerhalb der vier Wahlkreisorganisationen zu kommen, ferner wird sie nach getroffener Vereinbarung für den Geschäftsführenden Ausschuß und Parteivorstand Kandidaten aufstellen«, BAK R 45 II/58, p. 283.

nerhalb der Partei. Die Einheit der Partei werde dadurch aufs ernsteste gefährdet. Die Wahlen zu den höchsten Parteinstanzen seien Sache des Zentralvorstandes«. *Der Ausschuß stimmt einmütig der Ansicht Leidigs zu und beauftragt den Vorsitzenden, sich mit den betreffenden Wahlkreisen in Verbindung zu setzen. Der Antrag des Wahlkreisverbandes Berlin auf Namensänderung der Partei sowie der Streitfall Hugo-Bechly*[8] *wird dem Parteivorstand überwiesen. Über den Stand der Bearbeitung der Geschichte der Nationalliberalen Partei durch Wentzcke soll in der nächsten Sitzung beraten werden.*[9]

63.

19. Mai 1926: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 20.5.1926, Nr. 88. Überschrift: »Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei«.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am 19. Mai in Berlin unter Vorsitz des Herrn Reichsministers Dr. Stresemann und des Herrn Reichsministers a.D. Dr. Scholz eine aus allen Wahlkreisen beschickte Tagung ab, die vornehmlich den Vorbereitungen für den Kampf gegen den Volksentscheid galt.[1] Zahlreiche Abgeordnete aus dem Reichstag und dem Landtag wohnten der Sitzung bei. Mit besonderer Freude wurde die Anwesenheit des Ehrenvorsitzenden der Partei, Dr. Vogel (Dresden), begrüßt.

Einleitend gab Reichstagsabgeordneter Dr. Wunderlich einen klaren, das Wesentliche herausarbeitenden Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion in der Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern. Die Haltung der Reichstagsfraktion, insbesondere ihre lebhaften Bemühungen um das Zustandekommen eines Kompromißgesetzes[2], fanden die einmütige Zustimmung

[8] Bechly hatte auf der Tagung des Reichsangestelltenausschusses der DVP am 13.12.1925 in Berlin Hugo u.a. vorgeworfen, tarifpolitische »Reden zu halten, wie sie der größte Scharfmacher nicht besser halten« könne, und hatte herausgestellt: » Diese Entgleisungen erwecken immer wieder die Meinung in den Massen, daß die DVP eine Partei der Schwerindustrie ist«. Hugo hatte daraufhin Bechly entgegengehalten, »diktatorisch die wirtschaftspolitische Meinung der Partei bestimmen« zu wollen, siehe BAK R 45 II/58, p. 443f.

[9] Siehe Dok. Nr. 65.

[1] Am 25.1.1926 hatten sich Vertreter von SPD und KPD auf einen Gesetzentwurf zu einem Volksbegehren (Wortlaut: RTDrs., Bd. 408, Nr. 2229) geeinigt, der eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der bis 1918 regierenden deutschen Fürsten einschließlich ihrer Familien und Familienangehörigen vorsah, siehe dazu Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978, S. 82ff.; Otmar Jung, Volksgesetzgebung. Die Weimarer Erfahrungen aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, Hamburg 1990, Bd. 1, S. 552f. Nachdem das vom 4.–17.3.1926 stattfindende Volksbegehren mit über 12 Millionen Eintragungen einen überwältigenden Erfolg erzielt hatte, scheiterte der Volksentscheid vom 20.6.1926 jedoch, da nur 14 455 181 Stimmen für den verfassungsändernden Gesetzentwurf abgegeben wurden, der zur Mehrheit etwa 19,8 Millionen Stimmen benötigt hätte.

[2] Der vom Kabinett Luther II erarbeitete Kompromißentwurf sah vor, die gesamte Materie von einem Reichssondergericht unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten zu bearbeiten, wobei

des Reichsausschusses. Ebenso einmütig war der Reichsausschuß in der Verurteilung des sozialistisch-kommunistischen Versuches, eine entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser auf dem Wege der Volksabstimmung durchzusetzen. Der Reichsausschuß beschloß einen Aufruf an die Anhänger der Partei im Lande, in dem diese aufgefordert werden, mit aller Energie den Kampf gegen den Volksentscheid aufzunehmen.[3] Die dazu notwendigen Maßnahmen wurden in einer eingehenden Aussprache erörtert.

Im weiteren Verlauf der Tagung gab Reichsminister Dr. Stresemann einen fesselnden Bericht über die innen- und außenpolitische Lage. Insbesondere wurden seine außenpolitischen Darlegungen mit größtem Interesse aufgenommen. In der einheitlichen Zustimmung, die der Parteiführer fand, und in der sich daran anschließenden Aussprache kam die Entschlossenheit der gesamten Partei zum Ausdruck, an der bewährten Linie der Politik der Partei innen- und außenpolitisch festzuhalten, die langsam, aber doch stetig für Deutschland die Weltgeltung zurückgewinnt.

Zu dem Vorgehen der preußischen Regierung im Zusammenhang mit den angeblich drohenden Umsturzgefahren[4] nahm der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei folgende Entschließung an: »Die Deutsche Volkspartei hat entsprechend ihrer Geschichte und Tradition stets in Wort und Tat jeden gewaltsamen Umsturz, jeden Putsch und alle illegalen Verbände entschieden verurteilt. Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes, seine Wirtschaft und außenpolitische Geltung bedarf einer ruhigen verfassungsmäßigen Entwicklung im Innern. Dieser Standpunkt ist so bekannt, daß der Reichsausschuß stärksten Einspruch erheben muß, wenn die preußische Staatsregierung bei Führern und angesehenen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei Haussuchungen wegen Verdachts auf Hochverrat abhalten läßt«.

---

eine Revision der nach 1918 geschlossenen Vergleiche nicht beabsichtigt war, siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 292, 308, 310.

[3] Trotz der dringenden Warnung Stresemanns, der Trucksaess am 26.4.1926 mitteilte, diese Frage erfordere die »größte Vorsicht in der Behandlung«, BAK R 45 II/20, p. 59, schloß sich die DVP dem »Arbeitsausschuß gegen den Volksentscheid« an, der sich am 15.4. konstituiert hatte, und rief ihre Anhänger am 20.5. dazu auf, dem durch die »kommunistische Hetzarbeit« zustandegekommenen Volksentscheid fernzubleiben, NLC 20.5.1926, Nr. 88.

[4] Am 11. und 12.5.1926 hatte die preußische Polizei aufgrund von Nachrichten über rechtsradikale Diktaturpläne Haussuchungen bei verdächtigen Verbänden und Personen vorgenommen, darunter auch bei prominenten westdeutschen Wirtschaftsführern wie Kirdorf, Vögler, Wiskott und Winkhaus, siehe Schultheß 1926, S. 102ff.; Vermächtnis II, S. 402ff.; Schulze, S. 507ff. Zu den Kabinettsberatungen über die Gefahr eines Rechtsputsches siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 6, 13.

64.

1. Oktober 1926: Sitzung des Zentralvorstandes in Köln

BAK R 45 II/41, p. 5–255. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]; Durchschlag. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Köln am Freitag, dem 1. Oktober 1926, vorm. 10 Uhr im Saale der Kasinogesellschaft am Augustinerplatz«.[2]

Stresemann eröffnet die Sitzung, gedenkt der verstorbenen Mitglieder und gibt Entschuldigungen bekannt.

[Stresemann]: Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1 der Tagesordnung ist: Aussprache über die politische Lage. An diese Aussprache werden sich eine Anzahl von Anträgen anschließen, die dann im einzelnen zu diskutieren sein werden. Gestatten Sie mir, diese Aussprache kurz einzuleiten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir unseren diesjährigen Parteitag[3] im Zeichen völliger Einigkeit und Geschlossenheit der Partei werden begehen können. Ich glaube, sagen zu können, daß es vielleicht kaum eine Partei in Deutschland gibt, die gegenwärtig in einer so günstigen Situation dasteht wie die Deutsche Volkspartei im Reich und in den Ländern (Lebhafte Zustimmung). Daraus entnehme ich aber auch eine Folgerung für unsere Stellung zu den innerpolitischen Fragen, und die darf ich dahin kennzeichnen – und ich darf betonen, daß das auch der beinahe einmütigen Auffassung der Reichstagsfraktion entspricht (Dr. Scholz: Beinahe?) – der völligen –, daß kein Anlaß für uns vorliegt, diese günstige Position selber dadurch aufzugeben, daß wir uns von irgend jemand dazu veranlassen, jetzt nach rechts oder links zu optieren (Zustimmung und Bravo!).

Die Frage der Regierungsbildung im Reich[4] ist Gegenstand lebhafter Diskussionen in der Gott sei Dank langen Ferienzeit des Parlaments gewesen. Man hat zunächst die Frage erörtert, ob es möglich und tragbar und wünschenswert ist, daß eine Min-

[1] Die offensichtlich in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen.

[2] Dem Einberufungsschreiben vom 10.9.1926 beigegeben auch die Tagesordnung: 1. Aussprache über die politische Lage. Anträge. 2. Vorberatung der Satzungsänderungen. 3. Wahl von zwei weiteren Mitgliedern für den Parteivorstand (laut Beschluß des Zentralvorstandes vom 23.5.25). 4. Vorbereitende Beschlüsse für den Parteitag; siehe auch Anm. 45.

[3] Der 7. Parteitag der DVP fand vom 30.9.–3.10.1926 in Köln statt.

[4] Seit dem 16.5.1926 regierte ein bürgerliches Minderheitskabinett aus DDP, Zentrum, BVP und DVP (Stresemann: Äußeres; Curtius: Wirtschaft; Krohne: Verkehr) unter Wilhelm Marx (Zentrum), siehe Kabinette Marx III/IV, S. XVII ff.; Stürmer, S. 152 f.; v. Hehl, S. 376 ff.; Ruppert, S. 302 ff. Zentrum und DVP hatten sich in den Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, die Regierung so bald wie möglich durch solche Parteien zu ergänzen, die die Rechtsgültigkeit der bestehenden internationalen Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik Gewähr bieten würden. Zur Frage einer Einbeziehung der DNVP in das Kabinett, wenn diese ihre Opposition gegen die Außenpolitik aufgeben würde, siehe Turner, S. 214 ff.; Grathwol, S. 158 ff. Zum Scheitern der Bemühungen um eine Große Koalition im Juli 1926 siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 285 ff.

derheitsregierung im Reich bestehe. Wünschenswert ist es gewiß nicht. Wünschenswert ist, daß eine feste Mehrheit des Parlaments, die einheitlich zusammenarbeitet, auch das Kabinett bildet. Aber es handelt sich in der Politik vielfach darum, daß man die Wahl hat zwischen zwei Übeln und nicht einfach zu greifen hat nach dem Wünschenswertesten und Erstrebenswertesten. Die Regierung hat Winterquartiere bezogen. Der Herr Reichskanzler ist in die Reichskanzlerwohnung eingezogen und hat dadurch sinnbildlich zum Ausdruck gebracht (Heiterkeit), daß die frühere Auffassung, daß dieses Kabinett nur ein vorübergehendes sein würde, nur die Basis für die kommende Große Koalition sein würde, innerhalb der Regierung nicht mehr geteilt wird.

Es kommt darauf an, meine Damen und Herren, womit man besser regiert: mit einer Minderheitsregierung, die, wenn sie stark ist, ihre Mehrheit in bestimmten Fällen findet, sei es auch auf dem Wege eines Kompromisses, das sie schließen muß, oder mit einer Mehrheitsregierung, die vielleicht innerlich so durchsetzt ist, so gegeneinander schon im Kabinett arbeitet, daß sie zwar äußerlich über eine Mehrheit im Reichstag verfügt, in Wirklichkeit aber die Kämpfe schon in das Kabinett hineinlegt, ehe sie überhaupt vor das Parlament tritt, und deshalb das Gefüge der Schwäche in sich trägt. Wer einmal, wie ich, Kanzler einer Koalition gewesen ist, die die größte Mehrheit der Stimmen hatte, die es im Reichstag überhaupt gibt[5], der weiß, daß man sehr unterscheiden muß zwischen äußerlicher und zwischen innerlicher Stärke (Sehr richtig!). Gegenwärtig, glaube ich, hat die Regierung, zu der wir gehören, gute und praktische Arbeit geleistet, und es steht gar nicht fest, ob durch irgendwelche theoretische Konstellationen nicht lediglich das erreicht würde, daß das, was ist, erschüttert wird, ohne daß man weiß, was überhaupt danach kommt, ob eine andere Regierungsbildung möglich ist, ob wir nicht durch derartige Experimente hineinsteuern in eine Reichstagsauflösung und in andere unerwünschte Erscheinungen.

Sie wissen, daß diese Erörterungen anknüpfen zunächst einmal an eine Aktion unserer Freunde in preußischen Staatsrat.[6] Wer die Mitglieder der volksparteilichen Fraktion in preußischen Staatsrat[7] kennt, der wird die Beweggründe würdigen, die sie

[5] Stresemann war vom 13.8.–30.11.1923 Kanzler einer Großen Koalition aus SPD, Zentrum, DDP und DVP.

[6] Am 5.7.1926 war ein Aufruf der beiden Vorsitzenden der »Arbeitsgemeinschaft« aus DNVP und DVP im preußischen Staatsrat, Freiherr v. Gayl (DNVP) und des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres (DVP) erschienen (siehe Anm. 10), der sich für eine Vereinigung der beiden Fraktionen aussprach. Zu dieser für Stresemann völlig unerwarteten Aktion siehe das Schreiben von Jarres an Stresemann vom 5.7., in dem er die Gründe für seine Haltung darlegt (PA NL Stresemann 95). Stresemanns Antwort vom 30.7.1926, in der er das Vorgehen von Jarres scharf kritisiert und vor der Gefahr der Gründung einer »Deutsch-Liberalen Partei« warnt, die eine »Linksentwicklung im Zentrum« und die »Weimarer Koalition als künftige Herrscherin Deutschlands« zur Folge habe, ist abgedruckt in: Vermächtnis II, S. 412–416 (hier: S. 413); siehe dazu auch »Zur Frage einer Arbeitsgemeinschaft der staatserhaltenden Parteien«, NLC 6.7.1926, Nr. 117; umfangreiches Material zu der Aktion Gayl-Jarres findet sich im BAK R 45 II/3. Von der Sitzung des RA am 1.9.1926, die sich mit der Aktion Gayl-Jarres befaßte, finden sich im NL Stresemann 42 nur die Einladung vom 14.8., eine Tagesordnung (Aussprache über die politische Lage. Einleitendes Referat: Reichsminister Dr. Stresemann), eine Rednerliste von der Hand Stresemanns mit 15 Namen und mehrere Resolutionsentwürfe.

[7] Der DVP-Fraktion im preußischen Staatsrat gehörten 1926 an: Ehrlicher, Eckert, Gollnow, Gruson, Hallensleben, Neumann, Jarres, Rumpf, Staffehl, Vögler und Windthorst.

veranlaßt haben, die Frage zu erwägen, ob ein Zusammenarbeiten, wie es in diesem Gremium sich als wünschenswert gezeigt hat, auch auf große parlamentarische Institutionen zu übertragen sei. Was ich bei dieser Aktion aber unter allen Umständen gewünscht hätte, wäre das eine gewesen, daß sie nicht der Öffentlichkeit übergeben wurde, ehe überhaupt die Parteien, an die man sich wandte, selber Gelegenheit hatten, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen (Sehr richtig!). Es ist verbreitet worden, ich hätte als Parteivorsitzender von diesem Schritte Kenntnis gehabt. Das ist unrichtig (Hört! Hört!). Mir ist von dem Freiherrn v. Gayl[8] am letzten Tage der Reichstagsverhandlungen nachmittags ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft des preußischen Staatsrats übergeben worden.[9] Ich habe dieses Schreiben nicht einmal im Wortlaut lesen können. Es ist mir kurz mitgeteilt worden, um was es sich handele, und in der Annahme, es handele sich um ein Schreiben an mich, das ich dem Parteivorstand vorzulegen hätte, habe ich gesagt, die Sache eilt ja wohl nicht – wir standen mitten vor den Ferien –, ich würde die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Parteivorstandes zur Sprache bringen. Das war die Unterhaltung. Zwei Tage später hat die »Königsberger Allgemeine Zeitung« den Aufruf der ganzen deutschen Öffentlichkeit übermittelt.[10] Es ist also ohne meine Kenntnisnahme und ohne Kenntnis des Kollegen Scholz mit den Deutschnationalen Fühlung genommen worden. Wenn man sich an die Deutsche Volkspartei wendet, ist es doch schließlich wünschenswert, daß deren führende Persönlichkeiten das nicht lediglich auf diesem Wege erfahren.[11] Wenn sich daran dann unliebsame Erörterungen geknüpft haben, so weil man seitens des Herrn v. Gayl diesen Weg der Veröffentlichung gegangen ist, der, wie ich höre, auch den Intentionen des Herrn Dr. Jarres durchaus nicht entsprochen hat. Ich möchte, daß wir hier im Zentralvorstand uns möglichst auch klar darüber werden, wie sich morgen der Parteitag stellt, auf den die Öffentlichkeit ja mit großem Interesse schaut, und ich möchte Ihnen vorschlagen, hier im Zentralvorstand in freiester, offenster Weise über diese Fragen zu sprechen, sie aber, wenn möglich – und ich

[8] Wilhelm Freiherr v. Gayl (1879–1950).1920 Reichs- und preußischer Staatskommissar für die ostpreußischen Abstimmungsgebiete, 1921–1932 Vertreter der Provinz Ostpreußen im Reichsrat, Juni–Nov. 1932 Reichsinnenminister.

[9] Stresemann erhielt das Schreiben der Preußischen Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat am 30.6.1926, siehe BAK R 45 II/3, p. 7f.

[10] Die Fraktion der Preußischen Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat hatte am 29.6.1926 die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von DVP und DNVP in einem Aufruf dazu aufgefordert, »unter Hintansetzung trennender Punkte eine Arbeitsgemeinschaft derjenigen Gruppen herbeizuführen, deren Mitglieder in den Grundlagen der Weltanschauung und der politischen Gesamtauffassung auf gleichem Boden stehen«, UuF, Bd. 7, S. 340. Der Aufruf erschien u.a. in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« vom 5.7.1926, Nr. 307.

[11] Am 7.7.1926 teilte der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, v. Campe, Stresemann mit, die Aktion habe »in der Fraktion starken Unwillen erregt«, und bemerkte zur Arbeitsgemeinschaft von DVP und DNVP: »Wir haben nie irgendwelche Vorteile davon gehabt, wohl aber verschiedentlich diesen Zusammenschluß als nachteilig in unserer Politik empfunden. Wir sehen in dem Vorgehen Gayl-Jarres eine schwere Schädigung unserer Interessen«, BAK R 45 II/3, p. 15. Stresemann schrieb am 30.7.1926 an Jarres: »Ich kann nicht verstehen, daß der Aufruf [...] in der Presse veröffentlicht werden konnte, ohne daß mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei vorher irgendwelche Fühlungnahme erfolgt wäre [...] Denn darüber, sehr verehrter Herr Jarres, werden Sie sich doch vollkommen im klaren sein, daß es sich bei Ihrer Aktion um eine ganz große Sache handelt, die, folgerichtig ausgeführt, zur Auflösung der Deutschen Volkspartei führen und die außerdem von der schwerwiegendsten innenpolitischen Bedeutung sein würde«, ebd., p. 37f.

glaube, das wird auch hier die Meinung der überwiegenden Zahl der Teilnehmer sein – morgen auf dem Parteitag so wenig wie möglich in Erscheinung treten zu lassen (Sehr richtig!).

Ich unterscheide bei dieser Aktion zweierlei, nämlich ob man es für wünschenswert erachtet, die Regierung durch Hinzutritt der Deutschnationalen zu verstärken.[12] Das ist die eine grundsätzliche Frage. Die zweite, sekundäre Frage ist, ob, wenn man das für wünschenswert hält, dann der gedachte Weg der richtige zu diesem Ziele war. Die zweite Frage verneine ich ganz unbedingt. Wenn es sich darum handelt, die bürgerlichen Parteien zusammenzuschließen – und nur um diese Frage kann es sich doch nur handeln –, dann dürfen nicht zunächst vorher zwei bürgerliche Parteien erklären, daß sie innerhalb dieses Blocks einen besonderen Block bilden würden (Sehr richtig!). Denn dadurch bringen sie zum Ausdruck, daß sie die anderen in diesem Block ihrerseits majorisieren würden, und sie rufen dadurch Widerstände hervor, die sich naturgemäß gegen eine solche Majorisierung wenden. Deshalb war meiner Meinung nach schon der Gedanke einer engeren Arbeitsgemeinschaft innerhalb einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein taktischer Fehler, der, wenn man dieses Ziel wollte, zunächst den Effekt hatte, daß Zentrum und Demokratie sich ganz entschieden gegen eine solche Art der Vereinigung wenden würden.

Weiter halte ich es für sehr falsch, wenn wir überhaupt in diesen Fragen den Eindruck erwecken, als wenn wir für Dinge, die in erster Linie die Deutschnationalen angehen, der Vorspann wären, der sich immer zur Verfügung stellte, wenn die Deutschnationale Partei sich irgendwie so verfahren hat, daß sie aus eigener Kraft nicht mehr herauskommt (Lebhafter Beifall und Händeklatschen). Wenn eine Partei an der Regierung teilnehmen will, was man bei jeder Partei nur begrüßen kann, weil es den Drang zur Verantwortlichkeit zeigt, dann hat diese Partei das zunächst selbst auszusprechen. Wir sind nicht ihre Fürsprecher, und ich glaube in Bezug auf frühere Zeiten gilt doch für uns im Verhältnis zu den Deutschnationalen das Wort: Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrigbleibt (Beifall). Wir haben unsere gute, große Machtstellung in Preußen aufgegeben, um der Deutschnationalen willen, und als wir unter glänzenden Bedingungen hätten führend in die preußische Regierung eintreten können, ist es an dem Unverstand und der Halsstarrigkeit dieser Partei gescheitert[13] (Sehr richtig). Wir dienen dem Interesse der Deutschnationalen auch da, wo wir allein in der Regierung sind, weil allein unsere Sachlichkeit uns veranlaßt, die Hand über manchen deutschnationalen Beamten zu halten, der nicht mehr in der Verwaltung wäre, wenn sich nicht die Deutsche Volkspartei seiner angenommen hätte (Sehr richtig!) Nach allen diesen Richtungen hin aber können wir um so unbefangener wirken, wenn nicht bei den anderen Parteien, auf die wir wirken sollen, die Auffassung entsteht, als wenn wir mit den Deutschnationalen einen besonderen Block gegenüber den anderen bilden wollten. Deshalb

[12] Am 30. 7. 1926 teilte Stresemann Jarres mit: »Die bisherige Arbeit der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei hat für mich nicht die Möglichkeit sehen lassen, in einer Zusammenfassung beider Parteien etwas Glückverheißendes oder Erfolgversprechendes zu sehen«, BAK R 45 II/3, p. 41.

[13] Die DVP war am 6. 1. 1925 in Preußen aus der Großen Koalition ausgetreten, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82. Zu den gescheiterten Bemühungen der Partei um einen Wiedereintritt in die Große Koalition in Preußen im April 1925 und Anfang 1926 siehe Schulze, S. 469 ff., 499 ff.

halte ich diese Idee, der Öffentlichkeit zu sagen, wir seien die beiden staatserhaltenden Parteien und damit den anderen doch eigentlich abzusprechen, daß sie es auch wären, zur Erreichung des Zieles der Heranziehung der Deutschnationalen, wenn man das als gegenwärtiges Hauptziel ansieht, für sehr verfehlt.

Dann ein Drittes, es konnte der Aufruf so aufgefaßt werden, als ginge er hin auf die Verschmelzung der beiden Parteien. Ich will auch diese Frage hier zunächst einmal rein theoretisch behandeln. Wenn aus diesen beiden Parteien eine Partei würde oder werden könnte, so bin ich mir sehr zweifelhaft darüber, ob diese geeinigte Partei bei den Wahlen mehr Mandate erhalten würde, als heute die Deutschnationalen allein haben.[14] Ich bin der festen Überzeugung, daß eine derartige Abwanderung von einer solchen Partei, die zu gleicher Zeit konservative, völkische, antisemitische und liberale Elemente in sich umfassen sollte, stattfände, daß sie zerbrochen wäre in dem Augenblick ihrer Gründung (Sehr richtig!). Es hat einmal eine Vereinigung von nationalliberalen Sezessionisten und Freisinnigen stattgefunden. Damals hatte auch Eugen Richter 106 Mandate im Reichstag.[15] Bei der nächsten Wahl sind 40 % der Wähler von dieser sogenannten vereinigten Partei wieder fortgegangen.[16] Dasselbe würde hier der Fall sein. Die Anziehungskraft der großen Zahl ist nicht da, wenn nicht hinter dieser großen Zahl eine geschlossene Idee und eine geschlossene Führung steht, und für meine Person möchte ich doch gar kein Hehl daraus machen, daß für mich die grundsätzliche Einstellung zur liberalen Staats- und Weltanschauung eine Mitgliedschaft in einer Partei unmöglich machte, in der die Elemente sind, die sich heute noch in der Deutschnationalen Volkspartei befinden (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen).

Diese Dinge also bringen uns, glaube ich, auf dem von den Mitgliedern des preußischen Staatsrats erstrebten Wege nicht weiter. Ich darf aber eines sagen: Wenn man die Entwicklung der letzten Wochen und Monate angesehen hat, muß man sogar sagen: Eine Entwicklung, die eigentlich hinsteuerte auf die Erweiterung der Regierungsbasis nach dieser rechten Seite, ist durch diese Aktion außerordentlich gestört worden. Denn Dinge entwickeln sich im allgemeinen um so besser, je weniger man davon spricht. Hier ist bei der Deutschnationalen Partei doch in der Gegenwart eine sehr starke Gärung und Krisis, ist eine Auseinandersetzung zwischen, ich möchte nicht sagen, denjenigen, die eingesehen haben, daß ihr Weg falsch war, denn ich nehme beinahe an, daß das alle eingesehen haben, aber eine Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die die Folgerungen daraus ziehen wollen, und denjenigen, die aus purer Verblendung in der Opposition verbleiben. Die Deutschnationalen haben erkennen lassen, daß sie den Weg zurückfinden wollen zur Teilnahme an der Regierung und dazu dadurch gekommen wären, weil durch gewisse außenpolitische Tatsachen

[14] Bei den Reichstagswahlen vom 7. 12. 1924 hatte die DNVP 20,5 % der Stimmen (103 Mandate) erreicht.

[15] Ende August 1880 spalteten sich 28 Abgeordnete des linken Flügels der Nationalliberalen aufgrund von Auseinandersetzungen über die Kulturkampfgesetzgebung von der Partei ab und bildeten die »Liberale Vereinigung«, die in den Wahlen von 1881 46 Mandate errang und gemeinsam mit der Deutschen Fortschrittspartei über 106 Mandate verfügte.

[16] Die Deutsch-Freisinnige Partei als Zusammenschluß der Liberalen Vereinigung mit der Deutschen Fortschrittspartei erreichte bei den Reichstagswahlen von 1884 lediglich 16,9 % der Stimmen (67 Mandate).

eine neue Basis geschaffen sei, die ihnen die Möglichkeit gäbe zu sagen: Nun sind diese Dinge abgeschlossen, wir haben sie nicht gebilligt, aber wir arbeiten an dieser neuen Entwicklung mit.[17] Das war ihre Absicht, und ich glaube, es hat kaum jemand sich so gesehnt, daß nichts mehr dazwischen käme zwischen dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, als die Deutschnationale Partei, die damit diese neue Basis haben wollte (Sehr richtig!). Daß das alles, daß solche Wandlungen eines Prinzips, eine solche Kursänderung Zeit gebraucht, ist ebenso selbstverständlich. Gingen die Deutschnationalen diesen Weg, bekundeten sie ihren Willen zur Mitarbeit, so wären wir nach unserer Gesamteinstellung die letzten gewesen, die ihnen irgendwelche prinzipiellen Schwierigkeiten gemacht hätten. Aber die Entscheidung hätte auch dann nicht nur bei uns gelegen, sie hätte ebenso beim Zentrum gelegen und sie hätte ebenso bei der Demokratischen Partei gelegen. Und es war nun Sache der Deutschnationalen, die Atmosphäre zu schaffen, die aus ihren Wünschen entsprang.

Dadurch, daß nun der Eindruck entstand, als wenn wir in einer beinahe bis zur Verschmelzung gehenden Weise uns mit den Deutschnationalen für Erreichung dieses Zieles in einer Arbeitsgemeinschaft zusammensetzen wollten, sind die Widerstände im Zentrum so stark geworden, daß, glaube ich, gegenwärtig die Situation so ist, daß weder in Preußen noch im Reich auch nur ein einziger Zentrumsabgeordneter für eine solche Erweiterung sein würde.[18] Ich glaube deshalb, daß, wenn die Aktion des Staatsrats darauf hinausging, die Erweiterung nach rechts vorzubereiten, die Dinge gegenwärtig mehr zurückgeflossen sind, als daß sie den Weg vorwärts genommen haben.

Eine zweite Aktion, die aber in der Öffentlichkeit, glaube ich, vielfach falsch verstanden ist, ist die des Herrn Dr. Silverberg[19] im Reichsverband der Deutschen Industrie.[20] Ich glaube, bestimmten Anlaß zu haben zu sagen, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie absolut nicht beabsichtigt, sich in parteipolitische Dinge einzumengen, und er tut gut daran. Er würde seine große überragende Bedeutung in dem Augenblick verlieren, in dem er einen solchen Weg beschreiten würde (Sehr

[17] Zur Haltung der DNVP gegenüber den Verträgen von Locarno und zur Person Stresemanns siehe Dok. Nr. 61, Anm. 60. Zu der von Stresemann nach Kräften geförderten Abspaltungsbewegung des linken Flügels der DNVP im Winter 1925/26 siehe Vermächtnis II, S. 210, 246ff.; 380; Turner, S. 209f.

[18] Das Zentrum stand der Aktion Gayl-Jarres eindeutig ablehnend gegenüber, siehe Ruppert, S. 204ff.

[19] Paul Silverberg (1876–1959), 1914 Vors. des Aufsichtsrats im neugebildeten »Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat« und in der Bank für Deutsche Industrieobligationen, seit Mai 1930 stellv. Vors. des RdI. Mtgl. der DVP.

[20] Paul Silverberg hatte auf der Jahrestagung des RdI in Dresden am 4.9.1926 erklärt, es sei »eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftlich unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im Parlamentarismus mehr oder minder verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal: Es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig, es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben, es soll nicht ohne die Sozialdemokratie [...] regiert werden«, Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Heft 32, Berlin 1926, S. 64f.; siehe auch Neebe, S. 35ff.; Dirk Stegmann, Die Silverberg-Kontroverse 1926, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg, Göttingen 1974, S. 594–610; Weisbrod, S. 246ff.; zur Haltung Stresemanns siehe sein Schreiben an Marx vom 14.1.1927, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 167.

richtig!). Wenn eines seiner hervorragenden Mitglieder die Frage der Stellung von Unternehmerschaft zur Arbeiterschaft prüft, so liegt das vollkommen innerhalb der Grenzen und der Kompetenzen des Reichsverbandes. Soweit hier bestimmte, weitgehende Folgerungen gezogen sind, waren es die Äußerungen eines hervorragenden Industriellen, der aber, wie ich glaube, das Konzept seiner Rede dem Präsidium des Reichsverbandes ebensowenig vorgelegt hat, wie man etwa von mir verlangt hat, daß ich die Rede, die ich als deutscher Vertreter[21] halten sollte, dem Präsidium vorher einreichte. Infolgedessen sehen Sie hierin – und das ist das Positive, das ich darin erblicke – gewisse Anklänge an die Zeiten der Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie und Arbeiterschaft.[22] Ich glaube, daß sich hier der Gedanke ausprägt, ein näheres Verhältnis zur Arbeiterschaft wiederherzustellen, auch wenn sie sozialdemokratisch ist, aber nicht irgendeine vom Reichsverband oder der deutschen Industrie an die Parteien gerichtete Aufforderung zu gewissen parteipolitischen Kombinationen. Ich würde eine solche Aufforderung auch glauben, grundsätzlich zurückweisen zu müssen.

Meine Herren! Wir müssen uns einmal ganz klar darüber sein – und da gilt es auch für Sie im Land eine ganz klare, unzweideutige Stellung einzunehmen –: Die Politik im Reiche muß gemacht werden von den Parteien und nicht von irgendeiner Organisation (Zustimmung). Damit meine ich nicht den Reichsverband, dessen Einwirkung ich auch grundsätzlich ablehne. Damit meine ich aber vor allen Dingen diese ganz unerhörte Art und Weise, wie jetzt in dem sächsischen Beschluß der dortigen Wehrverbände aufgefordert wird, der Deutschen Volkspartei die Stimme nicht zu geben, weil sie keine Bindungen eingegangen wäre für die künftige Regierungsbildung in Sachsen nach dem Ausfall der Wahlen.[23] Wer hat denn eigentlich bisher erlebt, daß die Herren, die die Verbände »Reichsflagge«, »Wiking«, »Werwolf«, »Stahlhelm« und »Jungdo«[24] führen, mit derartiger Erbweisheit in politischen Dingen ausgestattet wären, daß sie uns zu sagen hätten, welche Politik wir im Reich oder in den Ländern zu machen haben (Sehr richtig!)? Hier kann man nur kurz und deutlich sagen: Schuster, bleib bei deinen Leisten! Es ist nicht Sache dieser Verbände, uns den Kurs unserer Politik vorzuschreiben, und wenn sie das wollen und gegen uns

[21] Wohl gemeint: als deutscher Vertreter im Völkerbund.

[22] Zum Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen vom 15.11.1918 siehe Dok. Nr. 5, Anm. 76.

[23] Die unter der Führung des sächsischen Stahlhelmführers Brückner, eines Mitglieds der DVP, gebildete Arbeitsgemeinschaft aus Stahlhelm, Jungdeutschem Orden, Werwolf und Reichsflagge hatte im Juli 1926 einen Aufruf veröffentlicht, in dem eine Fortführung des Rechtsblocks über die Wahlen vom 31.10.1926 hinaus gefordert wurde und allen Parteien, die diese Forderung nicht unterstützten, mitgeteilt wurde, sie könnten auf die Stimmen der ehemaligen Soldaten nicht rechnen, siehe Berghahn, S. 86f.; Hornung, S. 64f.; Döhn, S. 291ff. Zur Haltung Stresemanns, der von einer scharfen Verurteilung des sächsischen Aufrufs sein Verbleiben in der Partei abhängig machte, gegenüber den Wehrverbänden siehe Vermächtnis II, S. 409ff. sowie die Aufzeichnung Bernhards über eine Unterredung mit Mahraun und Bornemann (Jungdeutscher Orden) vom 16.8.1926, in der der Aufruf seitens der DVP als eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit vehement abgelehnt wurde, PA NL Stresemann 278a. Zum Verbot des »Bundes Wiking« durch den preußischen Innenminister am 12.5.1926 siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 44; Vermächtnis II, S. 402ff. Am 17.8.1926 kritisierte die alliierte Botschafterkonferenz in einer Note scharf die Aktivität der Wehrverbände, siehe ADAP, Serie B, Bd. I, 2, Dok. Nr. 38.

[24] Gemeint: Jungdeutscher Orden.

kämpfen, dann muß der Kampf gegen sie aufgenommen werden, und dann gibt es auch kein leises Verkriechen, dann können auch nicht gewisse Stahlhelmführer Vorsitzende einer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei sein und Aufrufe unterzeichnen, die sich gegen die Deutsche Volkspartei richten (Stürmischer Beifall).

Nach der Richtung, bin ich fest überzeugt, gehen diese Verbände und Organisationen weit eher den Weg der Auflösung als wir den Weg der Schwächung. Es war vielleicht auch – ich erinnere an die letzte Sitzung des Reichsausschusses[25] – ein Fehler, daß man überhaupt nur den kleinen Finger gereicht hat. Man hätte sagen müssen: Wahlen sind unsere Sache, Frontkriegergeist zu erhalten ist eure Sache; tut ihr eure Arbeit in der Erziehung, und wir tun unsere Arbeit in der Politik!

Ich kann mir auch nicht denken, daß man in den großen Reichsorganisationen des Stahlhelm und des Jungdo etwa diese Politik billigt. Es ist eine völlige Unmöglichkeit derartiger Verbände, weil sie vielleicht selbst nicht mehr wissen, was sie in ihren Organisationen eigentlich tun sollen (Sehr richtig!), sich nun plötzlich als politische Verbände aufzutun. Wenn diese Organisationen Wahlaufrufe erlassen und erklären, daß die Volkspartei keine Stimme verdiene, dann verdienen sie auch nicht mehr, irgendwie von uns als unparteiische nationale Organisation angesehen zu werden (Sehr richtig!). Dann sind sie parteipolitische Gebilde, und dann muß ihnen gesagt werden: Entweder – Oder; entweder macht ihr Politik, dann müßt ihr auf diejenigen von uns verzichten, die mit euch bisher zusammengegangen sind; oder ihr zieht euch auf das Gebiet zurück, auf dem wir euch gern und freudig unterstützt haben. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich nach dieser Kriegserklärung der Verbände, wenn die nicht zurückgenommen wird, nur in einem ehrlichen Ausgang und Kampf zwischen beiden eine Lösung sehe, und ich sage ganz offen: Es können nicht Persönlichkeiten führend dort und bei uns sein, wenn dort die Stimmabgabe gegen die Deutsche Volkspartei empfohlen wird.[26]

Sie sehen, daß wir in dieser Beziehung doch unter einer starken Wirrnis der Anschauungen leiden. Lassen Sie mich das an dem sächsischen Beispiel nur noch mit wenigen Sätzen sagen. Wir haben nun, Gott sei Dank, gerade in diesem alten Mutterlande der Sozialdemokratie die Sezession.[27] Wir haben die alten sozialdemokratischen Persönlichkeiten, die aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden sind, weil sie vier

[25] Der RA hatte auf seiner Sitzung vom 19.5.1926 in einer Resolution zwar die Tätigkeit der illegalen Verbände verurteilt, das zu harte Eingreifen der preußischen Polizei gegenüber verdächtigen Verbänden und Personen jedoch kritisiert, siehe Dok. Nr. 63.

[26] Anfang Oktober 1926 mußte Brückner auf Druck des Stahlhelmführers Duesterberg seine Erklärung zurücknehmen, siehe Berghahn, S. 87f.

[27] Seit dem 15.1.1924 regierte in Sachsen ein Kabinett aus SPD, DDP und DVP (Bünger: Justiz; Kaiser: Kultus) unter Max Heldt (SPD). Die Zusammenarbeit der Mehrheit der SPD-Fraktion mit den bürgerlichen Parteien besaß zwar die Zustimmung des PV der SPD, stieß jedoch auf scharfe Mißbilligung der SPD-Landesorganisationen und des Landesparteitages. Nachdem die Mehrheit (23 von 41 Mitgliedern) der SPD-Landtagsfraktion an der Unterstützung des Kabinetts Heldt festhielt, schloß die sächsische Landespartei im April 1926 die 23 auf der Regierungsseite stehenden Abgeordneten, an ihrer Spitze den Ministerpräsidenten Heldt, aus der SPD aus. Die Ausgeschlossenen konstituierten sich im Juli 1926 unter dem Namen »Alte Sozialistische Partei Sachsens« als neue Partei, erlitten bei den Landtagswahlen vom 31.10.1926 aber eine schwere Niederlage und erreichten nur 4 Mandate, siehe dazu Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 329ff.; Schüddekopf, S. 87ff.; Klenke, Bd. 1, S. 370ff.

Jahre hindurch mit der Deutschen Volkspartei zusammengegangen sind. Sie haben dieses Zusammengehen verteidigt, sie stehen aber im Kampf. In Sachsen muß sich jetzt die Arbeiterschaft entscheiden: Gehst du mit den Radikalen oder mit denen, die bewußt mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen wollen? In dieser Situation verlangen diese sogenannten nationalen Verbände von uns, daß wir auch mit dieser alten Sozialdemokratie, die sich offen auflehnt gegen den Radikalismus und Klassenkampf, niemals wieder irgendwie zusammengehen sollten. Meine Herren, erklärt das die Deutsche Volkspartei, dann ist diese Alte Sozialdemokratische Partei natürlich erledigt in Sachsen. Sie hat ja die Basis verloren, auf der ihr ganzer Kampf gegen den Radikalismus aufgebaut ist. Dann wird natürlich kommunistisch und linkssozialistisch gewählt, und dann endet diese große Bewegung in Sachsen mit dem Wiederaufleben der Zeigner-Republik.[28] Es ist doch unmöglich, mit Leuten Politik zu machen, die hier eine Entwicklung unterbinden, an die man gewisse Hoffnungen knüpfen kann, und wer Frontkriegergeist vertritt, der sollte sich am ehesten darüber freuen, wenn sich innerhalb der Sozialdemokratie eine Bewegung entfaltet, die sich lossagt von den radikalen Tendenzen und mit dem Bürgertum zusammengehen will. Schließlich haben im Schützengraben auch nicht nur die Vorstände dieser Verbände gelegen, sondern das ganze Deutschland einschließlich der Sozialdemokraten (Lebhaftes Bravo!). Diese ganze Art des Rückfalls in älteste Methoden, diese Unmöglichkeit, das Jahr 1926 zu begreifen und spezielle Verhältnisse speziell zu würdigen, zeigt doch, daß die Herren den Befähigungsnachweis, daß sie die richtigen politischen Führer wären, wahrlich noch nicht erbracht haben (Sehr richtig!).

Das sind die Sorgen der inneren Politik, die uns bewegen. Daneben die Abwendung vieler Volksschichten von der Politik der Parteien überhaupt, insofern, als sie zu Berufsparteien übergehen. Es ist kein Zweifel, wir werden den größten Strauß mit der Wirtschaftspartei anzufechten haben[29] (Sehr richtig!). Die ist in allem, was sie will, so wünschenswert unklar, daß sich alle unklaren Elemente begeistert an sie anschließen (Sehr richtig!). Das wird eine Zeitlang dauern. Wir müssen auch zu dieser Erscheinung wohl innerlich Stellung nehmen. Ich glaube, sie ist einmal das Ergebnis der Abwehr gegen den Parteifanatismus. Die ganze Art, wie bei uns vielfach Parteien und Persönlichkeiten bekämpft werden, stößt ab in weiten Kreisen. Ich habe doch die Empfindung, daß ein großer Teil des Volkes dieser Dinge reichlich müde ist (Sehr richtig!) und sich nach einer unparteiischen, objektiven Politik sehnt. Manche aber, die unsere Politik deshalb nicht erkennen, weil uns nicht in dem Maße die Organe zur Verfügung stehen wie anderen, um unsere Politik objektiv nach außen zu vertreten, ziehen sich verärgert überhaupt aus dem politischen Leben zurück, und bei anderen bringen schwere wirtschaftliche Verhältnisse, bringt eine schwere Notlage die Idee hervor, zunächst sich selbst zu helfen und sich um anderes nicht zu kümmern,

[28] Erich Zeigner (1886–1949), Dr. iur. 1913–1921 Staatsanwalt, dann stellv. Landgerichtspräsident in Leipzig. Sept. 1921–März 1923 sächsischer Justizminister (SPD), dann von März bis Okt. 1923 sächsischer Ministerpräsident. Der linke Sozialdemokrat Zeigner, der ab März 1923 mit Unterstützung der KPD regierte, wurde im Oktober 1923 auf dem Wege der Reichsexekution seines Amtes enthoben, siehe Dok. Nr. 53, Anm. 14.

[29] Das Verhältnis zwischen Wirtschaftspartei und DVP war großen Belastungen ausgesetzt, weil sich beide Parteien um dieselbe Wählerschicht bemühten und die Wirtschaftspartei seit Ende 1925 massiv gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der DVP agitierte, siehe Schumacher, Mittelstandsfront, S. 117ff.

wobei die Leute vergessen, daß selbst, wenn sie eine starke Wirtschaftspartei bekämen, sie viel schwächer wären, wenn diese Wirtschaftspartei im Kampfe gegen alle anderen Parteien steht, als wenn sie in allen anderen Parteien Freunde hätten, die mit ihnen zusammengingen. So wird auch der Wirtschaft durch die Wirtschaftspartei nicht gedient. Aber diese Fragen wie die Fragen der Gesamtwirtschaft werden ja speziell auf dem Parteitag behandelt werden. Deshalb will ich hier auf sie nicht näher eingehen, und ich will mich dem zweiten Teil meiner Ausführungen, der außenpolitischen Lage zuwenden, über die ich ja in der großen Parteisitzung nur in dem Maße sprechen kann, wie es nach außen vertretbar ist und ohne Eingehen auf Einzelheiten.

Meine Herren! In der außenpolitischen Situation stehen wir vor sehr großen Entscheidungen, und man wird sich den Blick für diese großen Entscheidungen nicht trüben lassen dürfen durch alle die Rückschläge, Zwischenfälle, Auseinandersetzungen, die sich sicherlich noch anschließen werden an die Kämpfe, die jede dieser Auseinandersetzungen begleiten. Ich verstehe unter dieser großen Auseinandersetzung die zwischen Frankreich und Deutschland über die Frage der Räumung des gesamten Rheinlandes und der Rückgabe des Saargebietes an Deutschland.[30] Zu diesen Fragen hat der französische Ministerrat erklärt, daß er ihre Weiterverhandlung als im Interesse Frankreichs liegend ansehe und daß ihm diese Weiterverhandlung nützlich erschiene[31], und die französische Presse hat auch jetzt bereits die Parole ausgegeben, daß das alles ja im Rahmen des Vertrages von Versailles liege und immer von ihnen in Aussicht genommen sei, was ich mir zu bezweifeln gestatte, worin sie aber an sich mit Recht betonen, daß diese frühzeitige Räumung auch nach dem Vertrag von Versailles möglich ist. Aber es bedeutet das eine so grundlegende Änderung der ganzen französischen Einstellung, die doch davon ausging, daß die Sicherheit Frankreichs verlange, dauernd am Rhein zu bleiben, daß ich wohl glaube, sagen zu können, es wäre rein objektiv betrachtet der größte Weg vorwärts, den wir seit dem Versailler Vertrag gemacht haben, wenn die Dinge jetzt auf dieser Basis abschlossen werden könnten.

Es wird sich um diese Frage in Frankreich ein heftiger Kampf abspielen. Sie sehen ihn in verschiedenen Presseäußerungen. Sie sehen ihn vielleicht weniger, wie er sich abspielt im Schoße des Ministerrates. Hier ringen zwei Tendenzen miteinander: die eine – die von Tardieu[32], der heute Minister in Frankreich ist –, die in den Locarno-Ver-

[30] In einem Gespräch zwischen Stresemann und Briand am 17.9.1926 in Thoiry wurde ein umfassender deutsch-französischer Interessenausgleich in Form eines Junktims zwischen der vorzeitigen Räumung der 2. und 3. Rheinlandzone, dem Rückkauf der Saargruben und der vorzeitigen Abtragung der deutschen Reparationsschuld ins Auge gefaßt. Zu Inhalt und Verlauf der Unterredung siehe die Aufzeichnungen Stresemanns, abgedruckt in: ADAP, Serie B, Bd. I, 2, Dok. Nr. 88, 94; Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 83, 85 sowie Krüger, S. 356ff.; Maxelon, S. 220ff.; Marc Poulain, Zur Vorgeschichte der Thoiry-Gespräche vom 17.9.1926, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 87–120. Die Besprechungen des Thoiry-Ausschusses des Kabinetts, der zwischen dem 27.9. und 1.11.1926 die politischen, rechtlichen und finanziellen Aspekte der in Thoiry erörterten Vorschläge behandelte, sind abgedruckt in: ADAP, Serie B, Bd. I, 2, Dok. Nr. 114, 144, 175.

[31] Briand berichtete dem französischen Ministerrat am 21.9.1926 über den Verlauf der Verhandlungen von Genf und Thoiry, siehe Schultheß 1926, S. 288f.

[32] André Tardieu (1876–1945), seit 1914 Mtgl. der Kammer (Linksrepublikaner). 1919/1920 Minister der befreiten Gebiete. 1926–1928 Minister der öffentlichen Arbeiten. Nov.1928 Minister des Innern, Nov. 1929–Febr. 1930, März-Dez. 1930 zugleich Ministerpräsident. 1931–1932 Land-

trägen das große Unglück Frankreichs und die Aufgabe der jahrhundertealten Rheinlandpolitik sieht[33], und eine andere Richtung, die vielleicht erkennt, daß Frankreich, trotz der Stellung, die es zunächst politisch im Weltkrieg erlangt hat, durch die Folgewirkungen des Weltkrieges so geschwächt ist, daß es für seine Zukunft besser ist, mit Deutschland als gegen Deutschland zu gehen. Diejenigen unserer Freunde, die in Frankreich waren, berichten uns, daß die Stimmung des Volkes gegenüber Deutschland sich grundlegend geändert hat. Nicht geändert hat sich die Auflehnung der Militärkaste gegen diese Politik, und ich glaube, daß die bedauernswerten Ausschreitungen im besetzten Gebiete vielleicht gerade ihre psychologische Erklärung auch in der Erregung des Militärs darüber finden, daß seine Stellung im allgemeinen hier im besetzten Gebiet nicht mehr dieselbe ist, wie sie früher war.[34] Wir werden wahrscheinlich einen ganz starken Kampf der Militärkreise gegen die Politik Briands erleben, und es muß sich in diesen nächsten Wochen und Monaten entscheiden, was das Stärkere bei dem französischen Volke ist. Für uns kommt als erwünscht hinzu, daß die anderen Besatzungsmächte schon vor längerer Zeit keinen Zweifel mehr darüber gelassen haben, daß sie ein Interesse an der weiteren Besetzung nicht haben.

Lassen Sie mich diesen wenigen Andeutungen über das, was man oft das Gespräch von Thoiry genannt hat, wenige Sätze hinzufügen in Bezug auf die Stellung der Deutschen Volkspartei und darüber hinaus die Stellung aller Parteien gegenüber dieser Außenpolitik, die jetzt in Bezug auf die Rheinbefreiung vor ihren letzten, aber auch vor ihren schwersten Aufgaben steht. Das, was mir die Stellung am meisten erschwert hat in den letzten Jahren, war nicht der Umstand, daß die öffentliche Meinung in Deutschland weiterging wie der Außenminister. Es wäre ganz schlimm, wenn sie nicht weiterginge, sie muß weitergehen. Ich muß darum kämpfen, daß ich wenigstens einen Teil dessen erreiche, was gefordert wird. Aber was unerträglich war, das war die ewige zeitliche Aufhetzung des Volkes in diesen Dingen, dieser ewige Hohn und Spott vom Montag bis Sonnabend: Was hast du in dieser Woche nach Hause gebracht? Was wird in der nächsten Woche geschehen? Es ist schon wieder nichts geschehen, usw. Diese ganze Art und Weise, die geradezu kindisch und läppisch ist (Sehr richtig!). Ich kann verstehen und würde selber dafür sorgen und habe dafür gesorgt, daß die deutsche Presse sagt: Es ist etwas Unerhörtes, eine Ungeheuerlichkeit, wenn Deutschland die Schutzbestimmungen, die der Transfer ihm gibt, aufhebt, und daß sie das dann fortgesetzt an immer neuen Beispielen erläutert.[35] Aber sie kann nicht am 15. Oktober fragen, ob die Sache nun endlich in

wirtschaftsminister, Febr.–Mai 1932 erneut Ministerpräsident. Vertreter einer antideutschen Außenpolitik.

[33] Zu den Locarno-Verträgen siehe Dok. Nr. 61, Anm. 4.

[34] Die Politik Briands stieß besonders innerhalb der französischen Armeeführung auf erbitterten Widerstand, siehe Rémond, S. 126ff.; Maxelon, S. 224ff.; Wurm, S. 390ff.

[35] Zu den im Dawes-Plan vorgesehenen Transferbestimmungen siehe Dok. Nr. 56, Anm. 21. Der Plan, eine Tranche der Eisenbahnobligationen des Dawes-Plans zugunsten Frankreichs auf dem Kapitalmarkt unterzubringen (zu »mobilisieren«) und Deutschland dafür politische Gegenleistungen in Form einer Verkürzung der Besatzungsfristen zu konzedieren, war seit der Konferenz von Locarno wiederholt erörtert worden, siehe dazu ADAP, Serie B, Bd. I, 1, Dok. Nr. 2, 11, 15, 16, 24, 33, 110, 116; Bd. I, 2, Dok. Nr. 11, 55. Die »Deutsche Allgemeine Zeitung«, 19.9.1926, Nr. 438, hatte in einem Artikel ausgeführt, daß die deutsche Wirtschaft durch die Absprachen zwischen Stresemann und Briand vor eine außerordentlich schwierige Entschei-

Ordnung wäre. Das ist diese Art, die, weil sie nun zurückwirkt auf das Kabinett, auf die Parteien, auf den in Betracht kommenden Minister selbst, ihn vielleicht manchmal psychologisch veranlassen könnten, etwas zu schnell zu wollen, und damit ist gar nichts erreicht. Es kommt nicht darauf an, daß man in schnellen Abständen jeweils etwas erreicht, sondern daß einem Ruhe gelassen wird, um etwas Großes zu erreichen (Sehr richtig!). Deshalb müßte, glaube ich, gerade auch von unserer Partei die Parole ausgeben werden zu sagen: Wir begrüßen den frühesten Tag, an dem das Rheinland geräumt wird, wir freuen uns auf die Stunde, wo das Saargebiet wieder mit uns vereinigt ist, aber wir wünschen nicht, daß um der Ungeduld willen irgend etwas aus der Hand gegeben wird, was wir nicht aus der Hand geben dürfen, und wir haben das Vertrauen, daß die Dinge ruhig und folgerichtig und im deutschen Interesse weiter geleitet werden (Sehr richtig!). Diese nationale Disziplin ist in diesem Falle notwendig, um selber mit Ruhe arbeiten zu können. Und glauben Sie mir, es geht jetzt wirklich um sehr große Entscheidungen, bei denen man einmal wünschen könnte, daß man auch denjenigen, die sie zu treffen haben, nicht eine zu große Nervenprobe auferlegt. Ich habe heute eine Rede von Herrn Minister Severing gelesen, und ich kann das, was er dort sagt, auch vielleicht von mir sagen: Ich habe manchmal auch Nerven wie Schiffstaue, aber auch Schiffstaue reißen manchmal, wenn zu toll fortwährend an ihnen gerüttelt wird.

Wenn wir die gegenwärtige Situation – die ich heute wie morgen als sehr labil hinstellen werde, ich halte sie für weniger labil – übersehen, so sehe ich in den Verhandlungen nach Genf[36] doch den einen ganz großen Fortschritt, daß überhaupt grundsätzlich gegen die völlige Räumung des Rheinlandes und gegen die Wiedergabe des Saargebiets sich kein Widerspruch im französischen Ministerrat geregt hat. Das wird ja nun auch sehr bald als selbstverständlich in Deutschland angesehen werden (Heitere Zustimmung), und ich werde wohl bald lesen, daß ich das der Unterstützung zu danken habe, die Herr Hergt in all den Jahren meiner Außenpolitik gegeben hat. Aber ich darf Sie doch hier in Köln daran erinnern, daß es, glaube ich, erst zwei Jahre her ist, daß die Besatzungsfrist noch nicht zu laufen begonnen hatte und daß man

dung gestellt werde, und hatte zur Begebung der deutschen Reparationsobligationen herausgestellt, daß die Obligationen nur dann auf den internationalen Kapitalmärkten untergebracht werden könnten, wenn Verzinsung und Amortisation transferfrei gestellt würden, der Reparationsagent also darauf verzichte, die deutschen Zahlungen nur nach Maßgabe der vorhandenen Devisenüberschüsse vorzunehmen. Mit dieser Aufhebung des Transferschutzes wäre aber zum einen das Kernstück der ganzes Dawes-Regelung durchbrochen worden, zum anderen hätte die deutsche Handelsbilanz in den ersten 11 Monaten des 2. Reparationsjahres ein Passivsaldo von 350 Millionen Mark ergeben: »Wie denkt man sich die Entwicklung, wenn man für den Dienst der Obligationen den Transferschutz preisgibt? Das ist die Frage, die unsere Staatsmänner zu beantworten haben!« Die Aufbringung der Dawes-Annuitäten aus dem Reichshaushalt warf im Jahre 1926 immer größere Probleme auf, so daß die Transferierung der Reparationsbeträge an die Gläubigerländer nicht, wie vorgesehen, aus dem Überschuß der deutschen Handelsbilanz, sondern mit Hilfe von ausländischen – vornehmlich amerikanischen – Krediten erfolgte; siehe dazu Link, S. 382ff.; Maurer, S. 24f.; siehe auch Anm. 56.

[36] Gemeint: nach der Tagung der Völkerbundsversammlung am 10. 9. 1926, bei der die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfolgte und Stresemann eine große, mit lebhafter Zustimmung aufgenommene Rede hielt, siehe auch Spenz, S. 125ff.; Walsdorff, S. 176f. Zum Verlauf der Genfer Verhandlungen siehe Schultheß 1926, S. 470ff.; ADAP, Serie B, Bd. I, 2, Dok. Nr. 76ff. und Anhang I sowie den Bericht Stresemanns am 24. 9. 1926 vor dem Reichskabinett, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 84.

einst davon gesprochen hat: Auch wenn Clemenceau[37] im Grabe läge, würde man wallfahren zu seinem Grabe und ausrufen: Schlafe in Frieden, wir sind am Rhein, Clemenceau, und wir bleiben am Rhein! Und wenn Sie, was ich oft einmal verglichen habe, nicht zählen, was der einzelne – und hier nun ganz besonders im besetzten Gebiet – in diesen sieben Jahren gelitten hat, sondern wenn Sie sich einmal geschichtlich vor Augen führen, wie wir 1919 dastanden – doch als die Parias in der Welt, beinahe verachtet, kaum hineingelassen in die gute Stube irgendeiner Nation – und wie die ganzen Dinge sich in dieser Zeit gewandelt haben, dann glaube ich, wiederholen zu können: Es gibt kaum, geschichtlich gesehen, eine Periode der Entwicklung, in der ein Volk in so kurzer Zeit seine große, moralische Stellung in der Welt wiedergewonnen hat (Sehr richtig!). Aus dieser moralischen Stellung die politische wiederzugewinnen, und zwar mit den Waffen, die die uns gebliebene wirtschaftliche Größe uns gibt, das ist die Aufgabe dieser Politik.

Wer in Genf war – ich sage hier, was ich dort vor der deutschen Kolonie gesagt habe[38] – und wer dort den Augenblick des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erlebte, der konnte ein Gefühl einer tiefen inneren Genugtuung haben, und es ist das Zeichen der ganzen Verranntheit einer gewissen deutschnationalen Kritik, wenn sie es in einem Berliner Blatt fertigbrachte, diesen Tag als den Tag der deutschen Erniedrigung zu bezeichnen[39] (Dr. Kahl: Unerhört!). Als ständiges Ratsmitglied vor der ganzen Welt gekennzeichnet als eine der fünf Großmächte der Welt, die dort von jeder Wahl ausgeschlossen sind, weil man ihre Stellung für gefestigt genug ansieht, aufgenommen nach den von uns früher abgegebenen Erklärungen gegen die Kriegsschuld, für unsere koloniale Betätigung[40], war diese einstimmige Wahl und gerade die einstimmige Bestätigung als ständiges Ratsmitglied und die ganze Form und Art und Weise, in der sich das vollzog, doch eine Signifikation unserer neugewonnenen Stellung, die weit, weit über die Erdteile hinaus gewirkt hat.

Was aus der weiteren Arbeit im Völkerbund werden wird, vermag niemand zu sagen. Man muß da ruhig die Entwicklung abwarten. Aber auch hier muß ich speziell auch an unsere Freunde eine Bitte richten. Bitte, verzeihen Sie mir jetzt diesen Ausdruck: Erweitern Sie doch manchmal Ihren Blickkreis über das rein Geographische des deutschen Heimatlandes (Sehr richtig!). Wenn die deutsche Delegation für Polen stimmt[41], dann überlegen Sie sich doch, daß sie dafür ihre guten deutschen Gründe gehabt hat, daß Sie aber nicht verlangen können, daß sie diese Gründe jedem einzel-

[37] Georges Clemenceau (1841–1929), Arzt. Seit 1902 Mtgl. des Senats (Radicaux). 1906–1909 und 1917–1920 französischer Ministerpräsident.

[38] Die Rede Stresemanns auf dem Abschiedsabend der deutschen Kolonie in Genf ist auszugsweise abgedruckt bei: Schultheß 1926, S. 484 ff.

[39] Zur ablehnenden Haltung der DNVP gegenüber dem deutschen Eintritt in den Völkerbund und zur heftigen Agitation der Hugenberg-Presse gegen Stresemann siehe Grathwol, S. 163 ff.

[40] Zu den deutschen Erklärungen in der Kolonial- und Kriegsschuldfrage siehe Dok. Nr. 61, Anm. 104.

[41] Während Deutschland dem wichtigsten Organ des Völkerbunds, dem Völkerbundsrat, als ständiges Mitglied angehörte, mußte Polen sich mit dem Status des nichtständigen Mitglieds und der Zusage seiner Wiederwahl begnügen. Deutschland hatte sich zwar – gegen die Stellungnahme des Reichspräsidenten – für Polen als nichtständiges Mitglied ausgesprochen, sich aber bei der Abstimmung über den Status der Wiederwählbarkeit der Stimme enthalten, siehe den Bericht Pünders über die Delegationssitzung vom 15.9., abgedruckt in: ADAP, Serie B, Bd. I, 2, Dok. Nr. 87 sowie die Ministerbesprechung vom 20.9.1926, Kabinett Marx III/IV, Dok. Nr. 83.

nen mitteilt. Es handelt sich darum, Fortschritte schrittweise zu machen, um das Rheinland freizubekommen. Gebrauche ich andere Mächte, so kann ich Ihnen nicht in diesem Augenblick mit einer Demonstration gegenübertreten, die mir dieses Ziel stört. Sie können nicht alles mit einem Mal machen. Die Politik, die nur besteht aus dem blutenden Herzen über den Versailler-Vertrag, würde den Außenminister zwingen, bei jeder Etatsrede an alles zu rühren, was bei uns an naturgemäßen Empfindungen besteht, und das ist ja gerade das Unerhörte des Versailler Vertrages, daß man an jeder Grenze ein Feuer angezündet hat, um uns mit dem Staat zu veruneinigen, dem hier etwas zugewiesen ist, dem dort deutsche Minderheiten ausgeliefert sind.[42] Ja, wenn Sie nur das Gemüt befriedigen wollen, kann man die wunderschönste Rede gegen die Tschechen, die Polen, die Dänen, die Litauer halten. So kann man aber nicht Weltpolitik treiben, wenn man allmählich wieder mit Deutschland in die Höhe kommen will (Lebhaftes Bravo!). Das hätte selbst ein Bismarck inmitten deutscher Macht nicht getan. Ich wünschte sehr[43], daß das Buch von dem mißverstandenen Bismarck in 100000 Exemplaren in das deutsche Volk käme. So brutal wie Bismarck um des Verhältnisses zu Rußland willen die Deutschbalten preisgegeben hat mit den Worten: »Sie können die letzte evangelische Kirche zerstören und griechisch-orthodoxe daraus machen, dann werde ich nicht den kleinen Finger rühren«, so weit brauchen wir in unserer Realpolitik gar nicht zu gehen. Aber Sie müssen verstehen, daß man nicht in jeder Situation, in der ein bestimmtes Ziel vorschwebt, gleichzeitig auf alle Gemütsempfindungen Rücksicht nehmen kann, die anderwärts bestehen. Überlegen Sie doch weiter, es stand fest, daß Polen gewählt wurde, beinahe einstimmig gewählt wurde, niemand in unserer Delegation zweifelte daran. Selbst wenn ich der Meinung gewesen wäre, daß Deutschland nicht für Polen stimmen sollte, glauben Sie, daß das eine sehr glänzende Situation gewesen wäre, wenn wir mit Litauen zusammen und zwei anderen Staaten uns in der Minderheit befunden hätten, wenn man gesagt hätte: Das ist das Deutsche Reich, das hat noch drei Stimmen hinter sich hier im Völkerbund? Wäre das die richtige Politik gewesen, um nur sagen zu können: Wir haben aber mit Nein gestimmt? Nun sehen Sie doch, den letzten Einwand, den ich durchaus würdige, daß man sagt, diese Wahl als Völkerbundsmitglied ist für Polen ein moralisches Plus, es kann damit sein Ansehen stabilisieren, vielleicht den Zloty und anderes – wenn ich dieser Meinung gewesen wäre, dann würde ich es verstanden haben, wenn die deutsche Presse geschrieben hätte: Gewiß, Polen ist in den Völkerbundsrat gewählt, San Salvador auch, die Wahl in den Völkerbundsrat ist ja mit Ausnahme der permanenten Sitze gar nicht das Zeichen der Großmacht, sondern der Völkerbundsrat ist ein Organ, in dem alle zu Wort kommen sollen, die kleinsten wie die großen, San Salvador und Kolumbien sind schließlich bei allen guten Bezie-

[42] Die Optantenfrage war zwischen Deutschland und Polen heftig umstritten, siehe die ausführlichen Darlegungen Stresemanns vor dem Reichstag am 6. 8. 1925, VRT, Bd. 387, S. 4123 ff. Zum Schiedsabkommen vom 30. 8. 1925 siehe v. Riekhoff, S. 56 ff.; Bastiaan Schot, Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära, Marburg 1988, Kap. VI, VII. Zu den Auseinandersetzungen im Auswärtigen Amt hinsichtlich der gegenüber Polen einzuschlagenden Politik siehe Krüger, S. 304 ff.

[43] Die im Protokolltext folgenden Worte: »unser Freund Stolberg hat ja damit schon begonnen« hat der Korrektor der Reichsgeschäftsstelle gestrichen. Vielleicht handelt es sich um eine Bezugnahme auf die 1926 erschienene Publikation von Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode mit dem Titel: »Zurück zu Bismarck«.

hungen zu uns doch keine Weltmächte.[44] Ich hätte das als etwas Selbstverständliches erscheinen lassen. Sie können nicht in einem Völkerbund den Anspruch einer Nation, die 30 Millionen Einwohner zählt, ablehnen, wenn Sie gleichzeitig eine ganze Reihe von kleineren hineinwählen. Statt daß diese ganze Sache abgetan wurde, wurde die Wahl von Polen bei uns in oppositionellen Kreisen so affichiert, daß die Polen, wenn sie sich stabilisieren wollen in der Welt, nur auf deutsche oppositionelle Zeitungen zu beziehen brauchen. Denn da war nicht mehr das Erscheinen von Deutschland, die Aufnahme von Deutschland die Sensation, sondern die Wahl von Polen. Wie damit deutsche Außenpolitik unterstützt werden soll, ist mir unklar. Für uns kommt auch in Betracht – ich erwähne das hier –, daß doch bisher, als Polen nicht im Rat war, die Mächte, die Polen geschaffen haben, sich stets der polnischen Dinge angenommen haben. Schließlich konnte Polen sagen: Habt ihr mich in die Welt gesetzt, müßt ihr mir auch weiter helfen, und wenn eine polnische Frage gegenüber Deutschland stand, erhob sich der Vertreter Frankreichs und vertrat die polnische Sache. Wenn Polen seine Sache allein vertreten muß und zwischen Frankreich und Deutschland bessere Beziehungen herrschen, wird das für die Sache Polens kaum so wünschenswert sein als der bisherige Zustand. Es gibt Gremien, in denen man abwesend manchmal mehr Einfluß ausüben kann als anwesend. Bisher ist das, glaube ich, in Bezug auf Polen der Fall gewesen. Ich bitte Sie, das besonders unseren Freunden im Osten zu sagen, die, was ich durchaus verstehe, sich zunächst über diese Dinge wundern, die aber vielleicht doch auch das eine überlegen sollten, daß der Weg zur Bereinigung von gewissen östlichen Fragen nur über die Verständigung mit dem Westen geht, die vorher erfolgen muß (Sehr richtig!) und daß auch in dieser Beziehung gilt, die Dinge sich entwickeln zu lassen und nicht zu glauben, daß man alle Wünsche auf einmal erfüllt bekommen kann.

Das sind, meine Herren, die wenigen einleitenden Worte, die ich zur Anregung für die Aussprache Ihnen hier darlegen wollte. Nehmen Sie sie hin, wie sie gemeint sind. Sehen Sie in dieser Offenheit nicht irgendeine Anklage oder einen Angriff. Aber ich glaube, wenn wir im Zentralvorstand beisammen sind, so ist diese Tagung dazu da, damit jeder sein Herz ausschütten kann und ganz offen darlegen kann, wie er über die einzelnen Dinge nach außen und innen denkt, und das wollte ich in Bezug auf einige Hauptfragen hiermit getan haben (Lebhafter, anhaltender Beifall).

Meine Herren, ehe wir in die Besprechung eintreten, darf ich wohl darauf hinweisen, daß wie immer so auch diese Tagung des Zentralvorstandes eine vertrauliche ist, über die ein parteiamtlicher Bericht herausgegeben werden wird, und ich darf als selbstverständlich voraussetzen, daß die anwesenden Freunde der volksparteilichen Presse

[44] Nach der Aufnahme Deutschlands entschied die Völkerbundsversammlung über die Neuorganisation der nichtständigen Ratssitze, deren Zahl von 6 auf 9 erhöht wurde (Kolumbien, Polen, Chile, El Salvador, Belgien, Rumanien, Holland, China, Tschechoslowakei). Die nichtständigen Mitglieder des Völkerbundsrats wurden – immer drei jährlich – für drei Jahre gewählt, zudem wurde festgelegt, daß jeweils drei von den neun Staaten mit nichtständigen Ratssitzen sofort wiederwählbar seien. Zu Verlauf und Ergebnis der Beratungen der Studienkommission für die Zusammensetzung des Völkerbundrates siehe ADAP, Serie B, Bd. 1, 2, Dok. 69, 70, 71, 74; Francis Northedge, The League of Nations: its Life and Times 1920–1946, Leicester 1986, S. 120f.

sich an diese Abmachung gebunden erachten.[45] Ich muß das ganz besonders erbitten in Bezug auf alles, was ich selbst außenpolitisch gesagt habe.

Meine Herren! Wir treten dann in die Besprechung ein. Ich darf vielleicht vorher bitten, daß die Anträge, die vorliegen, bekanntgegeben werden, damit sie gleichzeitig mit zur Diskussion stehen. Ich bitte Herrn Trucksaess, die eingelaufenen Anträge zu verlesen.

Generalsekretär Trucksaess: Es liegt vom Wahlkreis Niederschlesien der Antrag vor: Der Zentralvorstand wolle beschließen, die Bezeichnung »Deutsche Volkspartei« wieder in »Nationalliberale Partei« zu ändern.[46] Gleiche oder ähnliche Anträge liegen vor von Magdeburg, München, aus Franken und von früher schon von dem Wahlkreise Berlin und auch von der Landesorganisation Braunschweig.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich stelle diese Anträge hier mit zur Besprechung.

Das Wort hat zunächst Herr Dr. Jarres.

Oberbürgermeister Dr. Jarres (Duisburg): Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, als erster zu dem glänzenden Bericht unseres Herrn Parteiführers das Wort zu nehmen. Dabei will ich mich mit der Außenpolitik nicht lange aufhalten; denn ich bin überzeugt, daß nach wie vor die ganze Partei hinter unserem Führer Stresemann auf diesem Gebiete steht (Bravo!). Ich aber als Rheinländer habe das Bedürfnis, Ihnen, Herr Dr. Stresemann, den Glückwunsch auszusprechen und den herzlichen, aufrichtig empfundenen Dank für das, was Sie für das Rheinland bisher schon erreicht haben (Stürmischer Beifall). Wir fühlen uns hier im Rheinland als das wohl wertvollste von Ihnen zu betreuende Objekt, und wir wissen, daß es Ihrer starken nationalen Politik und Ihrer beherrschten Besonnenheit in der Leitung unserer auswärtigen Politik zu verdanken ist, daß wir Fortschritte gemacht haben zur Befreiung des Rheinlandes, die vor Jahr und Tag noch keiner hoffen oder ahnen durfte (Sehr richtig!). Und wenn Sie davon gesprochen haben, daß eine gewisse Ungeduld im Reiche und in der Öffentlichkeit, in der Presse besteht, eine gewisse Ungeduld dahingehend, daß man noch immer nicht zufrieden ist und mehr erwarten möchte, so darf ich Ihnen versichern, daß im Rheinland diese Ungeduld nicht herrscht (Sehr richtig!). Wir wissen, wie unerträglich schwer es war, auch nur das zu erreichen, was wir erreicht haben, und für dieses von Ihnen Erreichte sind wir Ihnen im Rheinland von Herzen dankbar (Lebhaftes Bravo!).

Aber, meine Damen und Herren, ich bin verpflichtet – und Sie werden es von mir nicht anders erwarten –, zu den Ausführungen von Herrn Dr. Stresemann zu der Aktion das Wort zu nehmen, die er gewissermaßen als störend in seiner Innenpolitik empfunden hat. Rechenschaft bin ich Ihnen schuldig nach der formellen und nach der materiellen Seite hin, und was ich im Reichsausschuß unserer Partei schon aus-

[45] Die NLC teilte über die Zentralvorstandssitzung nur mit, daß Stresemann einen »kurzen Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage« gegeben habe, NLC-Sonderausgabe zum Parteitag am 2./3. 10. 1926 in Köln; auch die »Kölnische Zeitung« meldete nur, die Sitzung habe »die Befriedigung über die Politik der Partei« zum Ausdruck gebracht, »Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei. Die Sitzung des Zentralvorstands«, 2. 10. 1926, Nr. 733.

[46] Siehe dazu auch Dok. Nr. 62.

geführt habe[47], gestatten Sie mir, hier im großen und ganzen zu wiederholen. Dabei bin ich auch mit Herrn Dr. Stresemann der Auffassung, daß es unmöglich ist, die Differenzen, die auf diesem Gebiet in den Anschauungen bestehen mögen, morgen auf dem Parteitag vor der Öffentlichkeit zu erörtern. Ich bin aber um so mehr dankbar dafür, daß er nicht nur gestattet, sondern den Wunsch ausgesprochen hat, daß diese Meinungsverschiedenheiten hier in dem Zentralvorstand mit aller Offenheit zum Ausdruck kommen und erörtert werden.

Ich bin in diesen innenpolitischen Fragen vielleicht weniger Parteimann als der größte Teil von Ihnen. Ich bin der Auffassung, daß es auch nicht darauf ankommt, so sehr Parteimann zu sein, als dasjenige, was man unter Umständen auch gegen die Meinung der Parteiführung auf dem Herzen hat, offen auszusprechen und damit zur Erörterung zu stellen. Die Aktion, die der Staatsrat vorgenommen hat und für die ich als stellvertretender Vorsitzender unserer Fraktion mit dem Herrn v. Gayl nur dem Namen nach in der Öffentlichkeit verantwortlich gezeichnet habe, ist von der Fraktion im Staatsrat einmütig beschlossen worden; es stehen hinter dieser Auffassung die sämtlichen Mitglieder unserer Fraktion, die etwa zur Hälfte aus Volksparteilern und zur Hälfte aus Deutschnationalen bestehen. Unser Staatsrat ist nicht ein Parlament im landläufigen Sinne. Er hat vorberatend mitzuwirken bei der Gesetzgebung und den Verordnungen.[48] Aber wir sind doch den Dingen nahegebracht, nicht nur weil – das darf ich, ohne unbescheiden zu sein, sagen – in dieser Fraktion erfahrene, warmherzige und warmblütige deutsche Männer sitzen, sondern auch weil wir dort den Dingen nähergerückt sind, als das die Parteifreunde im Lande sind. Wir haben nun seit Jahr und Tag uns zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Bei dem Zusammenschluß hatte jede der beiden Gruppen selbstverständlich innere Hemmungen und Bedenken. Aber diese Zusammenarbeit hat sich über Erwarten hinaus bewährt, und wir haben zu unserer Freude dort gerade aus den volksparteilichen Kreisen feststellen können, daß wir nicht ohne Einfluß auf die Anschauung und die Taktik und die Praxis unserer Freunde von der deutschnationalen Seite in der Fraktion geblieben sind.

Mit Sorge haben wir nun seit Jahren verfolgt, daß es zu einer konstanten Regierung in Deutschland nicht kommen wollte, im Reich und auch in den Ländern nicht, namentlich auch in dem Lande nicht, das unserer Arbeit am nächsten liegt, im Lande

[47] Siehe Anm. 6. Jarres hatte als Resolution des RA vorgeschlagen: »Der Reichsausschuß der DVP hat sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit dem von der Fraktion »Arbeitsgemeinschaft im Preußischen Staatsrat« ergangenen Aufruf zu einer engeren Zusammenarbeit mit der DNVP beschäftigt. Er billigte den auch von weiten Kreisen des Volkes geteilten Grundgedanken dieser Anregung, die – zur Vermeidung von Mißverständnissen muß dies betont werden – keineswegs eine Verschmelzung der beiden Parteien voraussetzt. Die DVP hat sich, bei voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Einstellung, stets zur Zusammenarbeit mit allen Parteien bereitgefunden, die praktische deutsche Politik zur Befreiung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes ernstlich mitzumachen gewillt waren. Hiernach steht auch einer Verständigung mit der Nachbarpartei der Deutschnationalen nichts im Wege, wenn sie sich zur verantwortlichen Mitarbeit auf dieser Linie, insbesondere auf der Grundlage der von der DVP vertretenen Außenpolitik, bereit erklärt«, PA NL Stresemann 42.

[48] Nach der preußischen Verfassung vom 30.11.1920 war der 80 Mitglieder umfassende Staatsrat das Organ der Vertretung der Provinzen bei Gesetzgebung und Verwaltung. Er besaß im Gesetzgebungsverfahren nur ein Initiativrecht und ein aufschiebendes Vetorecht, nur in wenigen Fällen (Art. 40, 42) ein Zustimmungsrecht, siehe dazu Möller, S. 507ff.

Preußen, und ich glaube, wir waren in Übereinstimmung mit einer ganz großen Zahl namentlich auch der Angehörigen unserer Partei, wenn wir diesen Mißstand als einen auf die Dauer untragbaren betrachtet haben. Deshalb ging unsere Arbeit dahin, doch eine Einigung irgendwelcher Art unter den Parteien herbeizuführen, welche sich nach Tradition und Grundanschauung doch sehr nahe stehen, d.h. unserer Partei, der Volkspartei und der Deutschnationalen Partei. Wir sind auch der Meinung gewesen, es sei richtig, diese unsere Auffassung zum öffentlichen Ausdruck zu bringen, und wir haben dann den Aufruf beschlossen, den Sie kennen – vielleicht nicht genug kennen, um darüber richtig urteilen zu können. Denn sehr viel Schiefes in der Beurteilung würde nicht eingetreten sein, wenn man sich mit dem Wortlaut dieses Aufrufes eingehender befaßt hätte. Auf meinen Antrag hin ist in der Fraktion[49] dann beschlossen worden, mit einer Veröffentlichung dieses Aufrufs zu warten, bis die Parteileitungen unserer Partei und der Deutschnationalen Partei Stellung dazu genommen hätten (Hört! Hört!). Durch eine Indiskretion, die ich noch nicht habe aufklären können, die aber wahrscheinlich ihren Ursprung in den Couloirs des Landtages oder des Reichstags hat, denn von dort aus sind verkehrte Mitteilungen in die Presse gekommen, hat man es für nötig befunden, den Wortlaut herauszugeben, bevor noch die Parteileitungen dazu Stellung genommen hatten. Ich stehe nicht an zu bedauern, daß es dazu gekommen ist. Ich bin mit Herrn Dr. Stresemann und mit den Leitungen der beiden Fraktionen im Reichstag und im Landtag der Auffassung, daß es richtiger gewesen wäre, sich zunächst an einen Tisch zu setzen und über die Dinge zu sprechen (Sehr richtig!). Aber es ist zwischenzeitlich schon so manches durchgesickert, was es notwendig erscheinen ließ, doch mit dem Wortlaut an die Öffentlichkeit zu kommen.

Und nun, meine Damen und Herren, was ist mit diesem Aufruf anders gesagt als das, was in den Empfindungen von Hunderten und Tausenden in der Deutschen Volkspartei lebt? Man will im deutschen Volk – darüber werden Sie auch mit mir einer Meinung sein – mit der Wirrnis der Parteien doch ein Ende haben, man will die großen Fragen des öffentlichen Lebens, der inneren und der äußeren Politik auf einfachere Formen bringen, und man will namentlich eine Regierung haben, die konstanter Natur ist. Dieser ewige Wechsel in den Regierungen hemmt die praktische Arbeit und nimmt der Öffentlichkeit wachsend so viel Interesse an den öffentlichen Dingen, daß meiner Meinung nach die große Wahlflauheit und Lauheit nicht zum mindesten auf diesen Umstand zurückzuführen ist.

Was haben wir mit unserem Aufruf beabsichtigt? Nicht etwa das, was daraus gemacht worden ist, den Wunsch, die Parteien der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei zu verschmelzen. Von einer solchen Verschmelzung ist in dem Aufruf auch nicht ein Wort zu lesen. Wohl aber wollten wir eine stärkere Tuchfühlung, eine gemeinschaftliche Arbeit, eine grundsätzliche Verständigung unter diesen beiden Richtungen, und wir sind der Auffassung, daß trotz alledem, was vorgekommen ist und was namentlich auch für unseren Parteiführer höchst erbitternd hat sein müssen, es möglich ist, die Vergangenheit zu vergessen, um sich für die Zukunft zu gemeinschaftlicher Arbeit, wenn auch loserer Art, zu verbinden.

[49] Gemeint: in der DVP-Fraktion des preußischen Staatsrats.

Dabei mache ich persönlich kein Hehl daraus, daß ich die Hoffnung habe, daß es einmal gelingen wird, eine große Partei rechts des Zentrums, basiert auf unseren Grundsätzen, zustande zu bringen. Ich bin dabei der Auffassung, daß das Trennende, was in unserer Vergangenheit zwischen den Parteien liegt, was sich ausspricht in der Vergangenheit unter den Programmworten Liberalismus und Konservativismus, nicht so trennend sein kann, daß es nicht möglich sein sollte, wenn auch nicht für immer, so doch für lange Zeit, gemeinschaftliche Politik zu machen. Auch ich bin der Auffassung, daß wir grundsätzlich in der Volkspartei eine Bindung für die Ewigkeit auf dem politischen Gebiete nicht vorzunehmen und zu erstreben haben. Ich kann mir sogar denken, daß es richtig von uns ist, auch einmal mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Ich bin aber doch der Meinung, daß die Haltung der Sozialdemokratie in der Vergangenheit und in der Gegenwart es unmöglich erscheinen läßt, praktische Politik auf Dauer mit ihr zu machen, namentlich in Zeitläuften wie den heutigen, wo die Sozialdemokratie von den Grundsätzen des Klassenhasses und Klassenkampfes und von der Abhängigkeit von der Gasse nicht ablassen kann. Ich habe selbst so viel mit der Sozialdemokratie gearbeitet, daß ich den Wert der Mitarbeit aus diesen Kreisen sehr wohl einzuschätzen vermag. Ich habe in den Kommunalverwaltungen im großen und kleinen, in der Gemeinde und in Gemeindeverbänden mit der Sozialdemokratie mit Erfolg gearbeitet. Ich bin aber der Auffassung, daß es in der großen Politik des Reiches und des Landes auf absehbare Zeit nicht möglich ist, mit ihr zusammenzugehen. Deshalb glaube ich, daß der Gedanke einer Großen Koalition, d.h. der Zusammenarbeit der Mitte mit der Sozialdemokratie, praktisch eine Utopie sein wird. Wir müssen aber zu einer Mehrheitsregierung kommen. Diese Mehrheitsregierung ist bisher nicht möglich gewesen infolge der durchaus verfehlten Politik und Taktik der Deutschnationalen Volkspartei (Lebhafte Zustimmung).

Die Mahnung, soweit es eine Mahnung überhaupt sein sollte, die wir in unserem Aufruf zum Ausdruck gebracht haben, richtete sich auch bewußt – und das ist von unseren deutschnationalen Freunden in der Fraktion des Staatsrats auch ausdrücklich gesagt worden – in erster Linie an die Adresse der Deutschnationalen, um von unserer Seite auf sie einzuwirken, einzuschwenken von fruchtloser Opposition in die Mitarbeit auf realpolitischem Boden. Das war die Haupttendenz unseres Aufrufes, und, meine Damen und Herren, dieses Ziel ist zum großen Teil erreicht worden. Sie können doch nicht verkennen, daß die Deutschnationalen sowohl vor dem Parteitag als auch auf ihrem Parteitag eine deutliche Schwenkung nach der Mitte vorgenommen haben.[50] Und dazu hatten sie sehr guten Grund. Denn sie wußten sehr wohl, daß es auf dem alten Wege nicht weiterging. Es drohte doch die Neubildung von Parteien auf wirtschaftlicher Grundlage, namentlich auf agrarischer Grundlage war eine große Bauernpartei zu befürchten und zu besorgen, und die Gründung einer Industriepartei würde auch für uns nicht ohne unheilvollen Einfluß gewesen sein. Ich führe auch das Wachsen der Wirtschaftspartei und aller dieser wirtschaftlichen Gruppen nicht zum mindesten darauf zurück, daß eben doch die Öffentlichkeit sich zwischen den beiden Hauptgruppen rechts des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei, deshalb nicht orientieren konnte, weil sich beide nicht verständigen und verstehen konnten. Wenn es gelingt – und ich glaube, es ist

[50] Der 7. Parteitag der DNVP fand vom 8.–11.9.1926 in Köln statt; zur inneren Entwicklung der Partei im Jahr 1926 siehe Grathwol, S. 171f.; Holzbach, S. 192ff.

gelungen –, die Deutschnationalen dazu zu bringen, in Zukunft reale Politik mit starker nationaler Betonung Seite an Seite mit uns zu machen, insbesondere die Außenpolitik Stresemanns in Zukunft nicht zu bekämpfen, sondern mitzumachen, so ist das ein großer Erfolg (Skeptisches Lächeln).

Meine Damen und Herren, Sie lächeln darüber. Ich kann Ihnen das nachfühlen nach dem, was wir alle in der Vergangenheit beobachten konnten. Aber es ist eine innerliche Umwandlung in den deutschnationalen Kreisen vor sich gegangen (Rufe: Na! Na!). Und genausogut wie die Deutsche Volkspartei seinerzeit das Friedensdiktat von Versailles abgelehnt hat[51], genau wie sie das Ultimatum von London abgelehnt hat[52] und trotzdem auf der dann doch traurigen Grundlage starke nationale Aufbaupolitik in der äußeren Politik getrieben hat, genausogut wird es innerlich den Deutschnationalen möglich sein, sich nicht nur kaltherzig und selbstsüchtig auf den Boden der sogenannten Tatsachen zu stellen, sondern starke Politik mitzumachen. Aus den vielen Unterhaltungen, die ich mit leitenden Leuten der Deutschnationalen Partei geführt habe, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es bei gutem Willen von unserer Seite nicht unmöglich, sondern leicht ist, sie zu dieser Arbeit zu bringen.

Nun hat Herr Dr. Stresemann gesagt, unser Vorgehen sei sehr störend gewesen, es sei taktisch verkehrt gewesen, weil es die anderen noch in der Koalition befindlichen Parteien vergrämt habe und dadurch einen naturgemäßen Weg nur gestört habe. Meine Damen und Herren, ich bitte um Verzeihung, wenn ich da anderer Auffassung bin. Es ist mir namentlich von sehr maßgebenden Leuten im Zentrum gesagt worden, für das Zentrum könne es nur von großem Werte sein, wenn sich rechts von ihm eine starke, wenn auch nicht einheitlich zusammengeschweißte, so doch intern einheitliche Politik treibende Gruppe bildete.[53] Eine solche Gruppe habe eine ganz andere magnetische Kraft auf das Zentrum, das selbstverständlich zwischen links und rechts schwanken müsse, als die verschiedenen sich jetzt befehdenden Gruppen auf der Rechten. Und ich glaube, das ist so naturgemäß, daß man es auch innerlich vom Zentrumsstandpunkt aus durchaus verstehen kann. Die große Sozialdemokratische Partei auf der linken Seite hat jetzt naturgemäß eine ganz andere Adhäsionskraft auf das Zentrum als die kleinere Volkspartei, die mit der Nachbarpartei der Deutschnationalen in wesentlichen Punkten bisher im Kampf gestanden hat. Ich glaube also nicht, daß durch diesen Aufruf eine naturgemäße Entwicklung gehemmt und gestört worden ist. Ich bin der Auffassung, daß gerade durch diesen Aufruf das Einschwenken der Deutschnationalen beschleunigt und gefördert worden ist, und ich kann mir auch vom persönlichen Standpunkt des jetzigen Leiters unserer Außenpolitik eigentlich kein größeres Gefühl der Genugtuung denken als das, daß nun die Partei, die

[51] Am 22. 6. 1919 hatte die DVP in der Nationalversammlung gegen eine Annahme des Versailler Vertrags gestimmt, siehe VNV, Bd. 327, S. 1135 sowie Dok. Nr. 8, Anm. 2.

[52] Die Londoner Konferenz tagte vom 21. 1. – 14. 3. 1921; zur Haltung der DVP gegenüber dem Londoner Ultimatum siehe Dok. Nr. 37–39.

[53] Stresemann hielt über ein Gespräch Staatssekretär Pünders mit Treviranus (DNVP) und Lejeune-Jung (DNVP) am 25. 8. 1926 fest: »In bezug auf die eventuelle Beteiligung des Zentrums an der Arbeitsgemeinschaft hätten die Herren darauf hingewiesen, daß es doch sehr erwünscht sei, wenn das Zentrum sich dazu entschließe, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Deutschnationale Volkspartei und die Zentrumspartei einen sehr starken sozialen Einschlag hätten, was als Gegengewicht gegen die DVP, die eine reine Arbeitgeberpartei sei, doch sehr wesentlich wäre«, Vermächtnis II, S. 419; siehe auch Ruppert, S. 305 ff.

ihm gegenüber doch häufig in einer recht wenig schönen, ja gehässigen Form in Opposition gestanden hat, nun innerlich gezwungen wird, die Politik mitzumachen, deren Führer und Namensgeber er gewesen ist.

Wenn ich also anerkenne, daß formell die Dinge nicht richtig gelaufen sind, so muß ich doch sagen: Materiell war es eine gute Sache, daß ein Problem, das in der Luft schwebte und zur Erörterung reif war, endlich auch einmal zur Erörterung kam, daß man die Deutschnationalen dadurch mit zwang, Farbe zu bekennen und ihnen vielleicht auch den Weg zu uns erleichterte. Der deutschnationale Parteitag hat ziemlich klar zu dem Problem Stellung genommen, weitergehend als ich es erwartet hatte und weitergehend als man zu erwarten brauchte.[54] Weder von den Deutschnationalen noch von der Volkspartei war verlangt, noch durfte verlangt werden, sich zu dem Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft, wie wir ihn im Staatsrat ausgeführt haben, zu bekennen, wohl aber war es erwünscht, daß die Tendenz zum Ausdruck kam, der Wille zusammenzuarbeiten und nicht weiter in Opposition zueinander zu stehen. Das hat der deutschnationale Parteitag getan, und wenn es auch vielleicht taktisch nicht möglich ist – es ist das offenbar die Auffassung der meisten in diesem Kreise –, ein Echo auf diese Erklärung des deutschnationalen Parteitags erschallen zu lassen, wie es vielleicht von der anderen Seite erwartet wird, so bin ich doch der Meinung, daß, wenn auch in abgeschwächter Form, hier zum Ausdruck kommt: Auch wir sind der Auffassung, mit einer Minderheitsregierung lassen sich auf die Dauer die Dinge nicht meistern, auch wir sind der Auffassung, daß es zu einer Mehrheitsregierung kommen soll, und sollten die Deutschnationalen wirklich in der Tat dazu bereit sein, so werden sie an uns keinen Gegner finden.

Herr Dr. Stresemann hat gesagt, die Reichsregierung habe ihre Winterquartiere bezogen, sie glaube als Minderheitsregierung besser schalten und walten zu können denn als größere Koalition. Meine Damen und Herren, wenn auch der Herr Reichskanzler sein Winterquartier bezogen hat und nun in der Reichskanzlei wohnt, so weiß ich nicht, wie lange er bei den jetzigen Verhältnissen da wohnen bleibt. Ich glaube, daß ihm sehr bald das parlamentarische Räumungsurteil zugestellt sein wird (Heiterkeit), und dann wird er dieses Winterquartier eben verlassen müssen wie die heutigen Minister ihre Sitze. Aber es kommt meiner Meinung nach darauf an, auf die Dauer eine Regierung im Reich und parallel damit in Preußen zu bilden, die für die Dauer – nicht für die Ewigkeit – Gewähr gibt, daß die großen Fragen, die zu erledigen sind, mit Sicherheit und ohne Sorge auf kurze Lebensfrist erledigt werden können. Ich bin auch der Auffassung, daß diese großen innen- und auch außenpolitischen Probleme mit der Deutschnationalen Partei in enger Tuchfühlung zusammen besser gelöst werden können denn auf dem Boden einer Minderheitsregierung oder gar auf dem Boden der Großen Koalition. So wollen Sie bitte die Anregung verstehen, die wir vom Staatsrat aus gegeben haben, und trotzdem wir ja von der Parteileitung abgeschüttelt werden, gestatten Sie mir, der Auffassung zu bleiben, daß wir nicht ganz auf dem verkehrten Wege gewesen sind (Beifall).

[54] Graf Westarp hatte auf dem Parteitag den Vorstoß Gayl-Jarres prinzipiell begrüßt und herausgestellt, er habe die Parteileitung der DVP »schriftlich und mündlich ersucht, in Verhandlungen über diesen Vorschlag« einzutreten, »Kölnische Zeitung«, »Graf Westarp über die politische Lage«, M., 10.9.1926, Nr. 673.

Dr. Lohmann (Weilburg): Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich werde Ihren Dank verdienen, wenn ich verspreche, möglichst kurz zu sein, damit eine sehr große Anzahl von Mitgliedern hier zu Wort kommt. Wir haben ja zu unser aller großen Freude hier festgestellt, daß die Ausführungen unseres Führers Stresemann, insbesondere über die auswärtige Politik, die einmütige Zustimmung des ganzen Zentralvorstandes gefunden haben. Ich will mir nach der Richtung nur eine kurze Frage an Herrn Dr. Stresemann zu richten erlauben. Ich habe in Ausführungen über den Reichsausschuß in Berlin, die uns zugänglich gemacht worden sind, einen Satz gelesen, der Herrn Dr. Stresemann in den Mund gelegt wurde und der dahin lautete, daß die Hebung, die Stützung, die Stabilisierung der Währung in Frankreich auch den deutschen Interessen entspreche, weil eine schlechte Valuta in Frankreich deutsche Arbeitslosigkeit bedeute, aber es dürfte diese Stützung nicht ausgehen von Poincaré[55], die Stabilisierung dürfe nicht Poincaré gelingen, denn das würde eine außerordentliche Erhöhung seiner Autorität in Frankreich bedeuten und ihm damit gleichzeitig die Möglichkeit geben, die von ihm niemals verlassene Außenpolitik der Vergewaltigung Deutschlands zu stützen. Ich habe den leisen Zweifel – vielleicht ist er rein laienhaft –, ob die in Thoiry angeblich in Aussicht genommene Hingabe gewisser Papiere unserer Eisenbahnobligationen an Frankreich[56] nicht den Effekt haben könnte, die Stützung der französischen Währung mit herbeizuführen. Wenn das gelänge, dann wäre das doch ein Verdienst des Herrn Poincaré, wenn er der Sache zustimmt. Liegt nicht darin vielleicht ein gewisser Widerspruch?

Meine Hauptausführungen sollten aber dem Aufruf Gayl-Jarres gelten. Ich habe zunächst eine Beanstandung zu machen in Bezug auf die Ausführungen meines Freundes Jarres. Er hat gesagt: Das, was damals vorgeschlagen war, hätte die einmütige Zustimmung der gesamten Fraktion des Staatsrats, insbesondere auch der Mitglieder der Deutschen Volkspartei gefunden. Wir sind nach der Richtung hin anders unterrichtet. Es ist uns direkt mitgeteilt worden – ich darf ruhig Namen nennen: von einem stellvertretenden Mitglied des Deutschen Volkspartei in dieser Fraktion, Herrn Oberstudiendirektor Dr. Becker[57] in Kassel –, daß er den Ausführungen des Herrn Jarres und dem Aufruf, der dort beschlossen wurde, von Anfang an sehr lebhaft widersprochen habe (Hört! Hört!) und daß er nachher auch noch eine Aussprache mit Herrn Jarres gehabt habe, worin die gegensätzliche Auffassung über die Verschmelzung einer im Kern konservativen und einer im Kern liberalen Partei zum Ausdruck gekommen wäre. Es wäre mir lieb, wenn diese Sache geklärt werden könnte.

---

[55] Raymond Poincaré (1860–1934), Jurist. Seit 1903 Mtgl. des Senats (gemäßigte republikanische Rechte). 1913–1920 französischer Staatspräsident. 1922–1924 Ministerpräsident und Außenminister. 1926–1929 erneut Ministerpräsident.

[56] Als Gegenleistung für die Räumung des Rheinlandes innerhalb eines Jahres hatten sich Stresemann und Briand in Thoiry auf eine transferschutzfreie Mobilisierung der bei den Treuhändern der Reparationskommission hinterlegten deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen in Höhe von 1,5 bis 2 Milliarden Reichsmark geeinigt (siehe auch Anm. 30, 35); die französische Regierung wollte den auf sie entfallenden Anteil am Erlös (52 %) zur Stabilisierung des Franc und zur Zahlung der ersten Annuitäten der französischen Kriegsschulden an die USA und Großbritannien verwenden.

[57] Franz Becker (* 1888), Lehrer. Dr. phil. Oberstudiendirektor in Kassel. Mtgl. des Provinziallandtags Hessen-Nassau (DVP). Vors. der Ortsgruppe Kassel.

Nun haben wir ja heute von Herrn Jarres gehört, daß er zunächst zwar keine Verschmelzung, aber im Grunde doch eine Verschmelzung wolle, wenn auch nicht eine kurzfristige, und ich habe den Eindruck, daß da doch die große Mehrzahl der Mitglieder des Zentralvorstandes direkt widerspricht (Zustimmung). Es unterliegt doch gar keinem Zweifel, daß, wenn wir heute so viele im Grunde liberale Leute in der Deutschnationalen Partei haben – ich erinnere an Pfarrer Traub in München (Lachen und Widerspruch) – ganz zweifellos ein ausgesprochen liberaler Mann –, so liegt das doch nur daran, meine verehrten Damen und Herren, daß die außenpolitischen Dinge außerordentlich im Vordergrund unserer gesamten Politik stehen und daß dies den Leuten die Täuschung ermöglicht, als ob man mit den Konservativen eine dauernde Gemeinschaft, vielleicht eine neue Fraktion bilden könnte.[58]

Ich meine, eine derartige Verschmelzung ist in aller Zukunft nicht möglich. Es sind eine ganze Reihe Parteien reif dafür wegzufallen. Daß man aber eine im Grund konservative und eine im Grunde liberale Partei nicht verschmelzen kann, ist klar. Was die geschichtliche Entwicklung und die den Dingen innewohnende Vernunft getrennt haben, soll der Mensch nicht zusammenfügen, selbst nicht dann, wenn er Jarres heißt (Heiterkeit). Herr Jarres hat einen Satz geprägt, der mir sehr interessant war, der aber meiner Überzeugung nach vollkommen irrig ist. Dieser Satz ging dahin, es hätte sich inzwischen bei den Deutschnationalen eine starke Umstellung und eine Wandlung gezeigt. Ich glaube, daß bei gewissen Führern der Deutschnationalen Partei ein starkes Bedürfnis nach einer Umwandlung ihrer Politik zutage tritt und sich auch später noch stärker bemerkbar machen wird. Es ist aber die betrübende Tatsache zu verzeichnen, die wir alle als solche empfinden, daß die Deutschnationalen nicht die Kraft, vielleicht auch nicht den Mut haben, ihre wilden Männer im Zaum zu halten und dem Strom der öffentlichen Meinung im Lande mit gebührender Schärfe entgegenzutreten.

Es wird interessieren, wenn ich Ihnen ein drastisches Beispiel kurz zur Kenntnis bringe, wie deutschnationale Reichstagsabgeordnete sich die nationale Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei, die sie doch angeblich anstreben, denken. Vor zwölf Tagen hat in Weilburg, in einer Stadt, wo die Deutsche Volkspartei sehr stark, die Deutschnationale Volkspartei aber nur schwach vertreten ist, eine Versammlung der Deutschnationalen stattgefunden, in der Herr Reichstagsabgeordneter Lind[59] und Herr Bartel von der Landtagsfraktion gesprochen haben. Herr Lind hat dabei – und ich glaube, daß unsere Reichstagsfraktion Veranlassung haben wird, darüber mit ihm zu reden – folgendes ausgeführt. Er ging von der Tatsache aus, daß von Anfang an die Locarno-Kommission unter Führung Stresemanns die ihr von der Reichsregierung gegebenen, einstimmig ohne Unterschied der Partei entworfenen

[58] Der im Protokolltext folgende Passus wurde bei der Redigierung mit Fragezeichen versehen und dann gestrichen: »Meine Damen und Herren! Wenn diese konservative und diese liberale Grundauffassung der beiden Parteien gar nicht zur Geltung kommen werden, wird Pfarrer Traub der erste sein, der von Mumm und Genossen auf dem Scheiterhaufen verbrannt wird. Sie kennen ja seine kirchenpolitische Stellung. Er ist ja damals als Pfarrer gemaßregelt«. Gottfried Traub wurde 1912 vom Evangelischen Oberkirchenrat im Lehrzuchtverfahren aufgrund seines Eintretens für den disziplinierten Pfarrer Jatho entlassen; zu den Auseinandersetzungen zwischen Mumm und Traub in der DNVP siehe Dörr, S. 123 ff.; Striesow, S. 39 ff.

[59] Heinrich Lind (1878–1941), Landwirt. 1920–1932 MdR (DNVP/seit 1930 CNBL). Nov. 1930–Mai 1933 Präsidiumsmtgl. des RLB.

Richtlinien durchbrochen und sich auf Zugeständnisse eingelassen habe, deren Ablehnung schriftlich festgelegt war.[60] (Der Redner verliest aus einem Zeitungsbericht einzelne Ausführungen des Abgeordneten Lind. Es heißt darin, die ganze Außenpolitik unter Stresemann ginge dahin, dem Großkapital und der Großindustrie Kredite und wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen auf Kosten der Landwirtschaft; eine Partei, die sich zur Trägerin einer solchen Politik mache, könne nicht die Partei der Landwirte sein).

Zu dieser Versammlung war eingeladen unter der Überschrift: Nationale Arbeitsgemeinschaft, und in den textlichen Begleitworten in der Weilburger Presse – wir haben drei Zeitungen – war ausdrücklich hervorgehoben, daß man den Besuch von Anhängern der Deutschen Volkspartei und anderer nationaler Parteien erwarte. Meine Herren, welches Maß von Ehrlosigkeit – wenn sie nicht einen doppelten Text mitgebracht haben – traut man uns zu, daß man den Deutschen Volksparteilern, die die große Mehrheit in Weilburg haben, derartige Beschimpfungen und Lügen vorsetzen kann (Lebhafte Zustimmung. – Zuruf: Kommen Sie mal nach Pommern, da ist es noch schlimmer!).

Ein kurzes Wort noch über die Wirtschaftspartei. Es ist mit Recht gesagt worden, daß wir einen sehr scharfen Kampf gegen die Wirtschaftspartei zu führen haben werden. Das liegt daran, daß heutzutage neben den außenpolitischen Dingen die Fragen des Portemonnaies eine Rolle spielen. Sie können mit Demagogie Millionen von Leuten zu einer neuen Partei bringen, wenn Sie ihnen alles mögliche versprechen. Diese Demagogie wird schamlos im Lande ausgenützt. Unsere Partei wird sich ein Verdienst erwerben, wenn sie für eine Gesundung des politischen Kampfes eintritt und gegen die Demagogie vorgeht. Aber eins darf ich sagen: Wenn man die Wirtschaftspartei bekämpfen will, darf man es nicht nur mit moralischen Erwägungen tun wie bisher. Was wir an Flugblättern in wirtschaftlicher Beziehung in die Hand bekommen haben, ist unzureichend. Wenn wir gegen die Wirtschaftspartei vorgehen wollen, dann bitte mehr Material (Beifall)!

Dr. Stettiner (Königsberg): Meine Damen und Herren! Keine Provinz ist vielleicht durch den Aufruf der Arbeitsgemeinschaft so stark berührt worden wie unser Ostpreußen, das ja ein Hochsitz der Deutschnationalen Partei ist[61] und wo wir seit Jahren in engster Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen gestanden haben. Ich selbst habe die Arbeitsgemeinschaft gepflegt, und ich kann wohl sagen, daß wir in Ostpreußen reibungslos zusammenarbeiteten. Trotzdem haben wir uns einmütig mit den Vorsitzenden auch der Kreise uns dahin erklärt, daß unsere Deutsche Volkspartei in Ostpreußen unmöglich eine Arbeitsgemeinschaft in dem weitgehenden Sinne, wie es dort von Jarres und Gayl, unserem verehrten Freunde in Ostpreußen, erstrebt wurde, mitmachen kann. Auch bei uns in Ostpreußen betreiben die Blätter der Deutschnationalen Partei schärfste Opposition gegen unseren verehrten Führer Dr. Stresemann. Wenn vielleicht auch einzelne hervorragende Führer anders denken, so ist es doch immer noch das Gros auf jener Seite, das nicht den Mut hat, sich zu der

[60] Das Reichskabinett hatte die Richtlinien für die Konferenz von Locarno (5.–16. 10. 1925) am 2. 10. 1925 gebilligt, siehe Dok. Nr. 61, Anm. 72.

[61] In Ostpreußen hatte die DNVP bei der Reichstagswahl am 7. 12. 1924 39,2 % der Stimmen erreicht (4. 5. 1924: 38,9 %; 6. 6. 1920: 30,9 %; 19. 1. 1919: 11,9 %).

auswärtigen Politik Stresemanns zu bekennen. Noch in diesen Tagen hat in verschiedenen ostpreußischen Städten eine Gemeinschaft der Jungpreußen und anderer getagt[62], in der auch Deutsche Volksparteiler sitzen; trotzdem hat Herr Professor Preyer[63] dort die schärfste Opposition gegen unseren verehrten Dr. Stresemann gewagt. Von Ostpreußen kann ich nur versichern: Wir können uns in diesem Augenblick nicht für die Arbeitsgemeinschaft erklären, obwohl wir nichts sehnlicher wünschen als das Zustandekommen einer großen bürgerlichen Mehrheitsregierung.

Ich hätte noch einen zweiten uns am Herzen liegenden Punkt zu erwähnen. Sie können sich denken, daß nirgends mehr als in Ostpreußen die Zustimmung Deutschlands zu dem nichtständigen Sitz Polens im Völkerbundsrat besprochen worden ist. Ich habe noch kürzlich ein Flugblatt vom Heimatbund[64] in die Hand bekommen, in dem Herr Dr. Stresemann wegen dieser Sache angegriffen wird. Ich bin hingegangen und habe gesagt: Es wäre unerträglich, wenn Sie eine solche Politik im Osten trieben und uns diese Schwierigkeiten bereiteten. Ich kann nur von Ostpreußen aus erklären: Wir haben volles Verständnis dafür, daß zunächst im Westen das Rheinland und das Saargebiet befreit werden müssen und daß wir nicht beides zugleich, Osten und Westen, machen können (Bravo)! Ich habe mit hervorragenden Führern in Ostpreußen gesprochen, und die haben mir erklärt – auch derjenige, der dem Heimatbunde vorsteht –, daß sie mit der Politik des Reichsministers Stresemann schweren Herzens, aber doch, einverstanden wären, daß zuerst der Westen und dann der Osten kommen würde. Wir verstehen auch, wenn Herr Minister Stresemann uns gesagt hat, daß ein Reichsminister des Auswärtigen uns nicht alles erzählen kann. Aber Ostpreußen hat das unbedingte Vertrauen zu dem Herrn Reichsminister, daß er uns von den schweren Bedrückungen des polnischen Korridors befreien wird, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, und daß er uns nicht im Stiche lassen wird. Wir werden vielleicht auf dem Parteitag von Ostpreußen eine Resolution einbringen, in der wir Herrn Reichsminister Stresemann unser volles Vertrauen zu der gegenwärtigen Leitung der Außenpolitik aussprechen und an ihn die Bitte richten, unser Ostpreußen auch dann nicht zu vergessen, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, uns vom polnischen Korridor zu befreien. Ich schließe mit unserem ostpreußischen Dichter:

Käm alles Wetter gleich auf uns zu schlahn,
wir sind gesinnt, beieinander zu stahn.
Krankheit, Verfolgung, Betrübnis und Pein
soll unserer Liebe Verknotigung sein.

(Beifall).

Reichstagsabgeordneter Dr. Most: Meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zu den Anträgen betreffend die Namensänderung zu sprechen. Vorher gestatten Sie mir nur eine Bemerkung der Ordnung halber. Die gestrige Be-

[62] Die Jungpreußische Bewegung in Königsberg war eine der Untergliederungen des 1924 gegründeten Deutschen Herrenklubs, siehe dazu Manfred Schoeps, Der Deutsche Herrenklub, Diss. phil. Erlangen-Nürnberg 1974.

[63] Dietrich Preyer (1877–1959), Dr. phil., Dr. iur. 1921–1924 MdL Preußen, 1924–1930 MdR (DNVP).

[64] Wahrscheinlich gemeint: der Heimatbund Posener Flüchtlinge, der sich im September 1920 mit dem Reichsverband Ostschutz zum Deutschen Ostbund verbunden hatte, siehe dazu Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 221 f.

sprechung von Vertretern der Landtage hat in der Presse eine vielfache Berichterstattung gefunden, und dabei ist mehrfach besonders hervorgehoben, was von verschiedenen Rednern über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern dort zum Ausdruck gebracht ist.[65] Ich will hier darauf verzichten, auf die einzelnen Gründe für und gegen einzugehen. Ich möchte nur feststellen, daß in diesem Saale sicherlich nicht ich allein in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnehme (Sehr wahr!), und zwar insofern, als ich mit anderen davon überzeugt bin, daß zwar die Länder nicht zu beseitigen sind und nicht beseitigt werden sollen, daß aber in einer anders gearteten Relation zwischen Reich und Ländern, die eine Rationalisierung unserer Verwaltung, die eine Rationalisierung unserer öffentlichen Finanzen gleichzeitig bringt und auch eine größere Zielsicherheit und Einheitlichkeit in der Politik nach außen und innen bringt, ein gut Teil unserer Politik beschlossen ist (Sehr wahr!).

Wenn ich nun zu den vorliegenden Anträgen betreffend die Namensänderung spreche, so glaube ich vielleicht dafür insofern ein Mandat für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, als ich auf der letzten Zentralvorstandssitzung die Ehre hatte, vor Ihnen über die liberale Grundlage der Deutschen Volkspartei Ausführungen zu machen.[66] Ich bemerke gleich, daß ich mich gegen die Änderung unseres Namens ausspreche (Lebhafter Beifall). Nicht trotzdem, sondern gerade weil ich im tiefsten Herzen davon überzeugt bin, daß unsere Geschichte bewiesen hat, daß wir eine nationale und eine liberale Partei sind! Es ist richtig, daß wir uns stolz die Erbin des besten Geistes der alten Nationalliberalen Partei nennen. Aber auf der anderen Seite kann man doch auch die geschichtliche Tatsache nicht leugnen, daß in jenen Sturmtagen von 1918 ein gut Teil der alten Nationalliberalen andere Wege als wir gegangen sind und nicht alle sich wieder zu uns zurückgefunden haben. Es läßt sich auch nicht vollkommen außer acht lassen, daß der Name »nationalliberal« durch jene Eintagsgründung vor mehreren Jahren in deutschen Landen an Kredit wesentlich verloren hat[67] (Sehr richtig!). Wir haben in schwerer Stunde die Deutsche Volkspartei als nationale und liberale Partei ins Leben gerufen[68], und in der schwersten Zeit des deutschen Vaterlandes ist dieser Name ein Ehrenname geworden (Lebhaftes Bravo!), ein Ehrenname, der bleibt, solange es eine deutsche Geschichte gibt (Erneuter Beifall). Unter diesem Namen haben wir die Linie verfolgt, auf die wir uns bei der Gründung gestellt haben, in diesem Namen haben wir uns eins gefühlt mit unserem verehrten und lieben Freund und Führer Dr. Stresemann (Bravo!). Dieser Name der Deutschen Volkspartei hat nicht nur für uns selbst diesen Inhalt bekommen, sondern er hat auch weit über die deutschen Grenzen hinaus eine Bedeutung und einen Klang erhalten, den wir nicht dadurch plötzlich beseitigen oder abändern oder abschwächen sollten, daß wir einen anderen Namen wählen.

[65] Vor Beginn des DVP-Parteitages fand am 30. 9. 1926 eine Konferenz aller volksparteilichen Landtagsfraktionen und der preußischen Staatsratsmitglieder statt, wobei der Schwerpunkt der Beratungen auf dem Reich-Länder-Verhältnis lag, siehe u. a. »Berliner Tageblatt«, »Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei«, 1. 10. 1926, Nr. 463; »Kölnische Zeitung«, »Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei«, M., 1. 10. 1926, Nr. 730.

[66] Siehe Dok. Nr. 59.

[67] Zur Gründung der »Nationalliberalen Vereinigung« am 12. 3. 1924 siehe Dok. Nr. 55, Anm. 3, 4.

[68] Siehe Dok. Nr. 2.

Meine Damen und Herren, es ist gesagt worden, daß es wünschenswert sei, diese Bezeichnung wieder anzunehmen, weil wir damit gegenüber manchen Wählern, die national wählen wollen, zum Ausdruck bringen müßten, wir seien eine nationale Partei. Ich glaube, unsere Leistungen beweisen, daß, wenn irgendeine Partei den Anspruch erheben darf, national zu sein und Opfer für das Wohl des Vaterlandes gebracht zu haben, dann die Deutsche Volkspartei dies ist (Bravo!). Und wenn einer sagt, der Name sei inhaltlos, so darf man doch wohl sagen, daß kein Name gerade die Politik, die wir verkörpern, besser bezeichnet als der Name, der darauf hinweist, daß wir nicht einem Stande, nicht einer Schicht, nicht der Wirtschaft und irgendwelchen demokratischen Gedankengängen dienen, sondern dem deutschen Volke und dem deutschen Vaterlande (Beifall). Angesichts all dessen und im Hinblick auch auf die unausbleibliche Verwirrung, die eine Namensänderung in der Partei selbst hervorrufen würde, bitte ich Sie, zugleich im Namen der in der rheinisch-westfälischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen Wahlkreise[69], die vorgelegten Anträge abzulehnen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich möchte Ihnen zu der Frage, die Herr Dr. Most eben behandelt hat, die Auffassung des Parteivorstandes bekanntgeben. Der Parteivorstand hat sich in zwei Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt. Es ist dabei nirgends in dem Sinne beraten worden, den Namen Deutsche Volkspartei durch den alten Namen zu ersetzen, wohl aber ist ein anderer Vorschlag gemacht worden, der dem Namen Deutsche Volkspartei das Wort »nationalliberal« voransetzen wollte. Wir haben durch Herrn Dr. Most gehört, daß eine Reihe Wahlkreise der Namensänderung ebenso leidenschaftlich widerstreben wie andere Wahlkreise – ich glaube es sind deren fünf – ihrerseits den Antrag stellen, das Wort »nationalliberal« nicht untergehen zu lassen. Ich möchte in dieser Stunde nicht zu dieser Frage sachlich Stellung nehmen, damit nicht in unsere Partei auch eine Flaggenfrage[70] hineinkommt (Sehr richtig!). Ich könnte mir denken, daß jemand auch denselben starken Beifall fände, der auf all das hinwiese, was für die Anträge, die hier gestellt sind, spricht, namentlich wenn der Name Deutsche Volkspartei dabei erhalten bleibt. Aber wenn jemals eine Änderung des Namens erfolgt, kann sie nicht mit Majorität erfolgen; sie kann nicht im Kampf von Wahlkreis gegen Wahlkreis abgegolten werden. Deshalb haben wir vom Parteivorstand an die Wahlkreise, die Anträge wegen Namensänderung gestellt haben, die Bitte zu richten, auf diese Anträge zu verzichten. Wir möchten aber gleichzeitig, daß der Zentralvorstand sich seinerseits dahin einverstanden erklärt mit dem Parteivorstand, daß es jeder Landesorganisation unbenommen ist, in ihrem Na-

[69] Wahlkreise Westfalen Nord und Süd, Düsseldorf Ost und West, Köln-Aachen, Koblenz-Trier.

[70] Unter Berufung auf die Wünsche der Auslandsdeutschen hatte Reichskanzler Luther in einem Schreiben an Stresemann am 20.4.1926 angeregt, den Auslandsmissionen zu gestatten, neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die Handelsflagge (schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke) als offizielle Dienstflagge einzuführen, siehe Kabinette Luther I/II, Dok. Nr. 339. Am 1.5. beschloß das Kabinett, den konsularischen und gesandtschaftlichen Behörden des Reiches in europäischen Hafenorten und an »außereuropäischen Plätzen« das Führen der beiden Flaggen im Verordnungswege vorzuschreiben, ebd., Dok. Nr. 350 (Text der Verordnung in: RGBl. 1926 I, S. 217). Zu dem darauf folgenden Proteststurm siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 131; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 265f.; Ruppert, S. 195f. Als am 12.5. ein von der DDP eingebrachter Mißbilligungsantrag mit 176 (KPD, SPD, DDP) zu 146 Stimmen (DVP, Zentrum, BVP) bei 103 Enthaltungen (DNVP) angenommen wurde, trat das Kabinett Luther II am 17.5.1926 zurück, siehe VRT, Bd. 390, S. 7216ff.

men die Beziehung zur alten Nationalliberalen Partei zum Ausdruck zu bringen. Wir haben als alte Nationalliberale Partei nie darunter gelitten, daß wir in ganzen Landesteilen anders hießen. Wenn also z. B. unsere Freunde in Baden ihrer Organisation das Wort »nationalliberal« hinzufügen, so soll dagegen wie bisher kein Bedenken bestehen. Ich glaube, daß wir es bei dieser Regelung belassen können und daß wir die Frage selbst erst wieder behandeln, wenn eine möglichste Geschlossenheit der Partei etwa dafür vorhanden ist, daß wir aber niemand in einer Frage majorisieren können, die schließlich auch eine Frage des Gemütes ist. Ich wäre dankbar, wenn in diesem Sinne auch in der heutigen Zentralvorstandssitzung verfahren würde (Beifall).

Abgeordneter Walter[71] (Rostock): Meine Damen und Herren, es besteht kein Zweifel darüber, daß die allgemeine Stimmung unseres Volkes, wenigstens soweit ich sie aus Norddeutschland zu beurteilen in der Lage bin, dahin geht, daß eine Vereinheitlichung unseres Parteiwesens und damit eine Beständigkeit in unseren Regierungsverhältnissen in den Ländern und im Reich erstrebenswert ist. Wenn darum der Aufruf Gayl-Jarres auch in bestimmten volksparteilichen Kreisen unseres Volkes Zustimmung gefunden hat, so war dabei der Gedanke vorherrschend, daß die Zersplitterungserscheinungen, die wirtschaftlich und politisch durch unser Volk hindurchgehen, in irgendeiner Weise beseitigt werden müßten. Darum ist es nicht von der Hand zu weisen, daß bestimmte innerlich und äußerlich tragfähige Gedankengänge von diesem Aufruf in unser Volk hineingeklungen sind, und ich hoffe, daß sie weiter klingen werden und daß die Anregungen, die hiervon ausgegangen sind, von hier aus wie auch von dem Parteitag der Deutschnationalen aus nicht als begraben zu betrachten sind.

Meine Damen und Herren! Die Politik der schwankenden Mitte und der schwankenden Mehrheiten hat sich doch meines Erachtens nun langsam überlebt, und wenn, wie im Reichsausschuß gesagt wurde, die Stellung unserer Partei in den Wählermassen doch von Jahr zu Jahr immer mehr abgebröckelt ist, so liegt das an der allgemeinen Stimmung, die dahin geht, daß die Masse – das hat ja auch Herr Dr. Jarres ausgeführt –, je größer sie ist, eine um so größere Anziehungskraft hat. Wir in Mecklenburg, die wir in allen möglichen Regierungszusammensetzungen gelebt haben, sowohl in Mehrheitsregierungen rechts wie in Mehrheitsregierungen links, wie in Minderheitsregierungen der Mitte und auch in der großen Koalition, haben erfahren, wie es sich sowohl mit Sozialdemokraten wie auch mit Deutschnationalen zusammen regiert. Die letzte Regierung bei uns bestand wesentlich aus Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei, und ich will offen vor Ihnen aussprechen: Niemals hat, sowohl wirtschaftlich, wie kulturell, wie allgemeinpolitisch das Regieren unter so großen Schwierigkeiten stattfinden können, wie eben unter dieser so zusammengesetzten Regierungsmehrheit. Wenn ich damit ausspreche, daß wir im gegenwärtigen Augenblick mit der Sozialdemokratie eine bessere Gegenwartspolitik treiben können[72], so muß doch endlich nach meinem Dafürhalten hier in unserem Kreise und von der Parteileitung aus einmal für die fernere Zukunft festgelegt werden, nach welchen Richtungen wir uns ganz allgemein für die kommenden Jahre und vielleicht

[71] Paul Walter (* 1876), Lehrer, 1924–1932 MdL Mecklenburg-Schwerin (DVP).

[72] Nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin am 6. 6. 1926 löste das durch die DVP tolerierte Kabinett unter Paul Schröder (SPD) das seit zwei Jahren regierende Kabinett v. Brandenstein (DNVP) ab.

Jahrzehnte als Deutsche Volkspartei orientieren wollen. Wollen wir unsere ganze Politik dahin einstellen, daß wir langsam dahin kommen, eine engere Fühlung mit den Sozialdemokraten anzubahnen, oder wollen wir einen großen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft als das Erstrebenswerte ansehen? Über diese allgemeine Frage der Einstellung schwanken in unseren eigenen Parteikreisen die Auffassungen. Daher ist es notwendig, daß wir uns im Zentralvorstand einmal darüber aussprechen. Ich will hinzufügen, daß wir nach meiner Auffassung grundsätzlich der Sozialdemokratie in allen Beziehungen weit ferner stehen als den Deutschnationalen, als den Demokraten, als der Zentrumspartei, sowohl auf kulturellem, wie auf wirtschaftlichem, wie auf allgemein außen- und innenpolitischem Gebiet. Aber es ist die Frage: Haben wir als liberale Partei die Möglichkeit, uns mit unseren Gedankengängen bei den Sozialdemokraten durchzusetzen, und es ist die andere Frage: Werden wir, wenn wir den anderen Weg gehen, uns mit unseren liberalen Gedankengängen bei den Deutschnationalen durchsetzen? Der Gedanke könnte uns unter Umständen veranlassen, im gegenwärtigen Augenblick eine engere Fühlung mit den Deutschnationalen zu nehmen. Wie Herr Dr. Stresemann richtig gesagt hat, geht in diesen Kreisen eine ungeheure Gärung durch die Reihen. Wenn wir nun in diesem Augenblick eine engere Fühlung aufnähmen, wäre es dann nicht kraft unserer politischen Idee, kraft ihrer Wärme und Durchdringungskraft möglich, jetzt in diesem Augenblick einen bedeutsameren Einfluß auf die Deutschnationalen auszuüben im Sinne des Herrn Dr. Jarres?

Ich will dabei wiederum erklären, daß, so weit ich Kenntnis von den Vorgängen in der Deutschnationalen Partei habe, in diesem Augenblick die führenden Köpfe – ich denke dabei besonders an Leute in meiner engeren Umgebung – wohl die gegenwärtige äußere und innere Politik der Deutschen Volkspartei anerkennen, sich mit ihr einverstanden erklären und an ihrer Fortführung arbeiten wollen, daß aber nichts desto weniger in den eigentlichen agitatorischen Kreisen ein ganz anderer Wind weht, wie ja vorhin schon durch die Zwischenrufe aus Pommern und anderen Wahlkreisen zu erkennen war. Dasselbe erleben auch wir. Wenn eine zeitlang diesen Agitatoren auch der Maulkorb umgehängt war, so sind sie doch jetzt schon wieder drauf und dran, alles in den Schmutz zu ziehen, was wir als gut und bedeutungsvoll nicht nur als volksparteiliche Politik, sondern für die Entwicklung unseres Volkes und Reiches für notwendig halten.

Man ist in Mecklenburg sogar soweit gegangen, daß man die einsichtigen Führer der Deutschnationalen abgebaut hat und andere an ihre Stelle gesetzt hat. Diese Gefahren sind ganz gewiß in diesem Augenblick vorhanden. Aber immerhin gebe ich zu bedenken – und ich möchte Herrn Dr. Stresemann bitten, hierauf in seinem Schlußwort das Augenmerk zu richten –, ob wir kraft unserer eigenen Befähigung als Gesundungsferment bei den Deutschnationalen auftreten wollen oder ob wir uns nach der anderen Richtung orientieren wollen, nämlich die Sozialdemokraten an uns heranzuziehen. Denn das eine steht fest: Die Wirtschaftspartei und die sonstigen Parteigründungen, die vielleicht noch in Erscheinung treten können, werden nur dann behindert und unsere parteipolitischen Bestrebungen werden nur dann gefördert werden, wenn wir versuchen, große Massenparteien oder große Arbeitsgemeinschaften zu erzielen. Denn das will unser Volk. Darum müssen wir als diejenige Partei, die hier führend und ausschlaggebend sein wird, eine Stellungnahme nicht nach takti-

schen Gesichtspunkten, sondern auf längere Sicht einnehmen. Dazu bitte ich Herrn Dr. Stresemann nachher noch Stellung zu nehmen (Bravo!).

Frau Reichstagsabgeordnete Dr. Matz (Stettin): Ich möchte zunächst zu der Frage der Namensänderung einige Worte sagen. Ich verkenne als Historikerin nicht die großen Werte, die in der Bezeichnung »Nationalliberale Partei« beschlossen sind. Ich bin die Tochter eines alten Nationalliberalen, der früher oftmals als Wahlmann bei den preußischen Landtagswahlen mit in den Kampf gezogen ist. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen doch nicht vergessen, daß sich an den Namen Deutsche Volkspartei im Volke immerhin schon eine gewisse Tradition knüpft. Die Deutsche Volkspartei als solche, die Partei Stresemann – und das ist unverlierbar mit dem Charakter der Deutschen Volkspartei verknüpft – hat doch in langsamer, zäher, unermüdlicher Arbeit immerhin heute schon etwas zuwege gebracht, was etwas bedeutet und was man nicht ohne weiteres in den Wind schlagen soll.

Und dann ein anderes. Für alle die Menschen, die nach der Revolution zur Deutschen Volkspartei gekommen sind: die große Zahl der Frauen, die Auslandsdeutschen, die Kolonialdeutschen, die nicht durch eine Vergangenheit mit der Nationalliberalen Partei verbunden sind, für die ist die Deutsche Volkspartei als solche das Ausschlaggebende. Und was die Frauen angeht, so sind gerade sie dem Banner der Deutschen Volkspartei in großer Zahl gefolgt, und gerade aus diesem Grunde würde ich einer Änderung des Namens abraten (Beifall).

Dann ein Wort zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Da sind sehr viele Stimmen aus den Kreisen der mit der Partei etwas loser verbundenen Frauen, gelegentlich auch von Männern zu mir gekommen, die aus rein gefühlsmäßigen Erwägungen heraus einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht glaubten zustimmen zu können, weil sie sagen: Wie könnt ihr euch mit dieser Räuberbande, die im Völkerbunde auf der Grundlage des Versailler Vertrages vereinigt ist, an einen Tisch setzen? Demgegenüber muß aber – und das müßte auch gerade hier von der Tagung des Zentralvorstandes aus geschehen – doch ins Land hinausgetragen werden, und zwar gerade auch in die Kreise dieser weniger Orientierten, die nun von rechts her, von seiten der Deutschnationalen, in einer schamlosen Hetze immer wieder von neuem aufgeregt werden, das wäre nicht national und dergleichen – ich sage: demgegenüber müßte hinausgetragen werden, daß wir diese Politik nicht aus gefühlsmäßigen Erwägungen, sondern mit klarem, kühlem, nüchternem Verstand treiben und treiben müssen und daß die Locarno-Politik doch letzten Endes auch schon gewisse Erfolge hier in der Befreiung der Kölner Zone gezeitigt hat.[73] Daß nebenbei auch der Eintritt in den Völkerbund für zahllose Einzelfragen, bei denen heute Deutschland ausgeschlossen ist, zum Beispiel Fragen sozialer Art, von Bedeutung ist, liegt auch auf der Hand. Und jeder von uns, der draußen etwa internationale Kongresse mitgemacht hat, weiß, wie schmerzlich wir es immer empfunden haben, daß wir von ganz bestimmten Regelungen ausgeschlossen waren, weil wir nicht Mitglied des Völkerbundes waren. An einer kleinen Teilfrage, der Frage des internatio-

[73] Die Räumung der Kölner Besatzungszone wurde am 31. 1. 1926 beendet, siehe Dok. Nr. 61, Anm. 5.

nalen Mädchenhandels, habe ich das heute morgen in der »Kölnischen Zeitung« beleuchtet.[74]

Dann noch ein letztes. Manchen Frauen von uns kann der Weg dazu nicht schnell genug gehen. Man hört sowohl aus den Kreisen der Frauen wie auch aus Kreisen der Männer unserer Partei jetzt vielfach Stimmen: Ja, gewiß, die Befreiung der Rheinlande ist gut und schön, aber wo bleibt der polnische Korridor, oder: Wo bleiben unsere Kolonien? Demgegenüber muß doch betont werden, daß in langsamer Arbeit nur ein Schritt nach dem anderen getan werden kann. Und so wichtig und bedeutungsvoll uns die Marienkirche ist[75] und – ich wage sogar zu sagen – das Straßburger Münster ist, das nächste ist uns doch der Kölner Dom, und das nächste muß uns die zweite und dritte Zone sein, und es muß gerade von der Tagung des Zentralvorstandes in die weitesten Kreise, auch der Frauen der Partei hinausklingen: Geduld und Vertrauen (Beifall)!

Wallis (Hildesheim): Ich kann nur begrüßen, daß der Weg, der heute bezüglich unseres Zentralvorstandes eingeschlagen ist, nach der Richtung ein anderer geworden ist, daß das Referat des Herrn Dr. Stresemann so gehalten war, daß auch die Vertreter aus den einzelnen Wahlkreisen mehr zur Geltung kommen können. Sie werden zwar sagen: Das interessiert uns weniger, aber es ist doch außerordentlich wichtig, daß man einmal zum Wort kommt, um der Stimmung im Wahlkreis Ausdruck zu geben. Da muß ich mich zunächst zu dem Vorschlag wenden, den Herr Dr. Jarres gemeinschaftlich mit Herrn v. Gayl bezüglich der Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei gemacht hat. Ich muß erklären, daß in weiten Kreisen unserer Partei gar kein Verständnis für diesen neuen Versuch besteht, in einem Augenblick mit der Deutschnationalen Partei anzubändeln, wo unsere Situation meines Erachtens ganz außerordentlich gut ist (Lebhafte Zustimmung). Herr Dr. Jarres hat vorhin erklärt, dieser Vorschlag sei aus einem einmütigen Beschluß der Deutschen Volkspartei im preußischen Staatsrat hervorgegangen. Ja, meine Damen und Herren, dann kann ich nur wünschen, daß die verdienstvolle Tätigkeit der »Nationalliberalen Correspondenz« nach der Richtung, daß sie darauf hinweist, wie heute noch in der Deutschnationalen Partei gegen die Politik unserer Führer, nicht etwa als Meinungsverschiedenheit betrachtet, sondern in beispiellosester Weise gehetzt wird, mehr beachtet wird (Sehr richtig!). Ich will Herrn Dr. Jarres, den ich doch ganz gewiß sehr hochschätze, nicht zu nahe treten. Aber ich muß doch sagen: Wenn an mich jemand von der Deutschnationalen Partei in einem Augenblick wie diesem herantreten und verlangen würde, daß wir uns unter ein Dach der gemeinsamen Arbeit zusammenstellen, dann würde ich ihm sagen: Solange die Deutschnationale Partei sich nicht ganz offen und klar von dieser schmählichen Agitation gegen unseren Führer abwendet, solange kann ich keine Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen haben (Stürmischer Beifall). Das muß einmal deutlich ausgesprochen werden. Ich gehöre ganz gewiß nicht zu den Byzantinern, und ich muß sagen, ich bin in manchem Punkt früher mit der Taktik unseres Führers nicht einverstanden gewesen.

[74] Siehe »Der Kampf gegen den Mädchenhandel. Die Aufgabe des Völkerbunds«, »Kölnische Zeitung«, 1. 10. 1926, Nr. 731.

[75] In der Vorlage: »die Marienwerder Kirche ist, die Marienburg ist«. Bei der Redigierung in der Reichsgeschäftsstelle gestrichen und handschriftlich ersetzt durch »Marienkirche [Danzig?]. Am Rande handschriftliche Fragezeichen und die Bemerkung: »Marienburg ist doch deutsch!«

Aber das ist doch auf der anderen Seite auch klar: Wenn eine Partei sieht, daß der Führer ihrer Partei in dieser Weise bekämpft wird, dann kann doch gar nichts anderes möglich sein, als daß sich die Partei geschlossen hinter den Führer stellt (Beifall).

Und die Volksmassen? Gehen Sie doch in die Wählermassen hinaus! Die kennen die einzelnen Wege und Pfade der Politik nicht. Dazu sind sie – wie soll ich sagen? – zu wenig bewandert. Aber das verstehen sie: daß die Deutsche Volkspartei eine Partei Stresemann ist, und sie verstehen nicht, wie eine Partei Stresemann in einem Augenblick wie dem jetzigen sich mit den Deutschnationalen unter ein gemeinsames Dach der Arbeitsgemeinschaft stellen will, wenn die Deutschnationale Partei in dieser Weise vorgeht (Sehr gut!).

Es ist so häufig die Rede von der Wirkung der Hugenbergpresse.[76] Ich bin in diese Sache nicht eingeweiht. Aber dafür, daß diese Giftkanäle gegen unseren Führer noch viel weiter gehen, will ich Ihnen einen Beweis anführen. Es wird mir jeden Morgen in der Redaktion meiner Zeitung ein Telegramm auf den Tisch gelegt. Die ganzen Telegramme bestehen nur darin, daß alle ungünstigen Meinungen über Dr. Stresemann zusammengetragen werden (Hört! Hört!). Und diese ungünstigen Meinungen werden Sie am nächsten Tage serviert finden in der deutschnationalen Provinzpresse. Ich will nur ein kleines Beispiel vorlesen, aus dem hervorgeht, daß es sich da gar nicht um politische Meinungen handelt. Man kann ja sagen: Es kann ein Deutscher auch der Meinung sein, daß die Außenpolitik von Stresemann nicht die richtige ist. Ich bin gar nicht so einseitig, um das zu bestreiten. Nun will ich Ihnen aber mal eine von diesen Giftdepeschen vorlesen, die in dieser Korrespondenz vorkommt: »Berlin. Privattelegramm. Der Personalabbau in den Ministerien ist in vollem Gange. Die Reinholdschen Wirtschaftsmaßnahmen machen bisher nur vor dem Auswärtigen Amt Stresemanns Halt«.[77]

Ich bin über die Sache nicht informiert, aber daß das eine infame Lüge ist, ist doch klar. Was soll mit der Depesche erreicht werden? Es soll Stresemann in dieser Hinsicht wieder diskreditiert werden, verdächtigt werden, als wenn er in seinem Ressort den allgemeinen Forderungen nicht nachkommt. Solche Depeschen werden Tag für Tag in der deutschnationalen Provinzpresse den Lesern serviert. Deshalb bitte ich Herrn Dr. Jarres und die Herren, die im Staatsrat für diese Neuorientierung sind, auch einmal auf diese Sache zu achten. Wir haben von Herrn Dr. Lohmann gehört,

[76] Neben dem August Scherl-Verlag (»Berliner Lokalanzeiger«; »Der Tag«) kontrollierte Alfred Hugenberg zahlreiche Materngesellschaften (Central-Büro für die deutsche Presse) und Nachrichtenagenturen (Telegraphenunion, Deutscher Pressedienst), siehe Holzbach, S. 259ff. sowie Dok. Nr. 61, Anm. 45.

[77] Reichsfinanzminister Peter Reinhold (DDP) hatte im Frühjahr 1926 ein umfassendes Programm zur Stützung der Wirtschaft durchgeführt, das neben Steuersenkungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch einen rigorosen Personalabbau in den Reichsministerien vorsah, siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 40, 62, 92. Zur Steuersenkungsaktion siehe auch Fritz Blaich, Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung, Kallmünz 1977, bes. S. 106ff. Zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen siehe Dieter Hertz-Eichenrode, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings, Frankfurt/New York 1982; zur Personalsituation des Auswärtigen Amtes siehe Peter Krüger, Struktur, Organisation und Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921–1933, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Das diplomatische Korps als Elite 1871–1945, Boppard 1985, S. 101–169.

daß die Einstimmigkeit im Staatsrat, von der Herr Jarres sprach, tatsächlich nicht vorlag. Ich kann das nicht nachprüfen. Aber im übrigen: Lassen wir doch endlich die Sache mit der Arbeitsgemeinschaft mit anderen Parteien. Ich glaube, wir hätten allen Grund, in unserer eigenen Partei zu arbeiten (Bravo!). Fragen Sie einmal die Parteisekretäre in den einzelnen Wahlkreisen, wie es an unserer Kleinarbeit hapert! Von der Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen kann man sagen: Qui mange du pape, en meurt! Wir arbeiten mit ihnen gemeinsam und werden von ihnen aufgegessen. Denn mit den Deutschnationalen, die von den Fehlern von früher nichts gelernt haben, will keiner gemeinsam arbeiten.

Noch ein Wort über die Frage der Großen Koalition, die Herr Dr. Stresemann auch gestreift hat. Ich bin Anhänger der Großen Koalition, aber in diesem Augenblick muß ich auch sagen, daß ich ebenso wie gegen ein Anbändeln nach rechts, auch gegen ein Anbändeln nach links bin, und da keine Aussicht besteht, daß die Sozialdemokratie heute anderer Meinung wird, so ist auch diese Sache hinfällig. Im übrigen sollte man aber nicht immer von vornherein abgeneigt sein, wie es manche von uns sind, wenn sie nur etwas von Großer Koalition hören. In der »Kölnischen Zeitung« las ich neulich einen Satz, der wirklich bezeichnend ist für die Richtung, die wir in unserem eigenen Vaterlande einnehmen sollen. Die »Kölnische Zeitung« macht ja entschieden Front gegen die Große Koalition, aber in einem Berliner Artikel stand neulich folgender Satz: »Gerade dadurch, daß man die Sozialdemokratie mit der stärksten Verantwortung für den Staat und seine Politik belastet, kann man ihr und ihren Angehörigen am ehesten die Überzeugung von der Unmöglichkeit des Sozialismus beibringen«.

Meine Damen und Herren! Ich kenne die Gedankengänge unseres verehrten Parteiführers nicht. Aber ich glaube, von diesem Gedankengang hat er sich leiten lassen, als er damals den Schritt zur Großen Koalition gemacht hat.[78] Und wenn die Sache damals mißglückt ist, so ist das kein Grund, später, wenn die Sozialdemokratie einmal zur Vernunft gekommen ist, diesen Weg nicht wieder zu beschreiten. Im übrigen zweifle ich nicht, daß die Parteileitung auf diese Anregung aus dem Staatsrat von Herrn Dr. Jarres nicht eingehen wird. Würde sie es tun, so zweifle ich nicht, daß bei den nächsten Wahlen eine so große Deroute in unseren Kreisen eintreten würde (Sehr richtig!), daß unser Parteiführer vielleicht irgendwo auf einer Höhe stehen und, auf das Wahlresultat schauend, sagen würde: Jarres, Jarres, redde mihi legiones (Heiterkeit und Beifall)!

Pfarrer Dr. Luther[79] (Charlottenburg) (zur Geschäftsordnung): Ich teile selbstverständlich die Freude an einer lebhaften Diskussion und an dem Echo auf das, was unser Parteiführer gesagt hat. Aber die beiden letzten Redner haben die Gefahr heraufbeschworen, daß viele sachliche und Gemütsmomente wiederholt werden, die den Gang der Diskussion nicht fördern. Ich erlaube mir daher den Vorschlag, daß wir die Einheit der Partei darin bekunden, daß jeder Redner so viel Selbstdisziplin übt, nur fünf Minuten zu sprechen.

[78] Siehe Anm. 5.

[79] Paul Luther (1868–1954), 1892–1901 Pfarrer in Kremmen, seit 1901 in Charlottenburg. Ab 1919 dort Stadtverordneter. Zuständig für die Jugendarbeit der DVP. 1920–1924 MdR (DVP). Vizepräsident des Deutschen Protestantenvereins.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich darf vielleicht bitten, großherzig zu sein und zehn Minuten zu gewähren (Pfarrer Luther: Ich habe selbstverständlich Disziplin dem Chef gegenüber!). Ich glaube ohne Abstimmung feststellen zu können, daß das der allgemeinen Meinung entspricht. Wir werden, denke ich, mit unserer Zeit gut auskommen. Ich möchte schon jetzt den Vorschlag machen, daß wir ohne Pause durchtagen.

Landtagsabgeordneter Graf zu Stolberg[80] (Dönhofstädt): Meine Damen und Herren! Ich schätze die politisch-ethischen Motive, die Herrn Dr. Jarres zu seinem Vorgehen bewogen haben, voll und ganz ein. Ich glaube aber doch, daß Herr Kollege Stresemann mit seinen Ausführungen recht gehabt hat, daß dieser Aufruf genau das Gegenteil von dem erzielt hat, was er erzielen wollte. Ich glaube, daß die Herren besonders das eine vergessen haben, was so leicht vergessen wird, daß, wenn man eine bürgerliche Regierung in irgendeinem Lande oder im Reich bilden will, es doch nun einmal nach Lage der Dinge ohne das Zentrum nicht geht, so bedauerlich das vielleicht auch sein mag, und ich glaube nach allem, was wir gerade in den letzten Wochen und Tagen erlebt haben, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft nur allein dahin gewirkt hat, im Zentrum nicht etwa den rechten Flügel, sondern gerade den linken Flügel zu stärken.

Und dann kann ich in keiner Weise zugeben, daß dieser Aufruf irgendeine Besserung in der Deutschnationalen Partei selbst hervorgerufen hätte (Sehr richtig!). Ich stimme den Vorrednern vollkommen zu, die das bestritten haben. Mich hat sofort bedenklich gemacht, daß, als der Aufruf herauskam, die Deutschnationalen die ersten waren, die mit Begeisterung einstimmten, und zwar nicht etwa die gemäßigten Blätter, sondern ausgerechnet die, die auf dem rechten Flügel stehen. Die Herren wissen ganz genau, daß ihnen die Felle wegschwimmen, und nun sollen wir, die sie jahrelang in der gröbsten Weise beschimpft haben, gut genug sein, um ihnen aus dem Schlamassel zu helfen. Ich möchte sehen, was die Deutschnationalen im Frühjahr [19]24 vor den Wahlen gesagt hätten[81], wenn von unserer Seite aus damals, wo sie im Aufsteigen und wir im Absteigen waren, der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft gepredigt worden wäre (Sehr wahr!).

Ich glaube auch, daß die Herren, die von unserer Seite aus jenen Aufruf mit inszeniert haben, sich doch in Bezug auf einige Momente persönlicher Art in der Deutschnationalen Partei irren. Ich glaube, daß die Bedeutung des Herrn v. Gayl bei weitem überschätzt wird. Herr v. Gayl ist ein sehr liebenswürdiger, entgegenkommender Mann, gegen den man politisch von unserem Standpunkt aus sehr wenig einwenden kann, der aber doch nur im Grunde genommen als Sturmbock benutzt wird, um unserer Partei weiszumachen: das wäre eben der heutige deutschnationale, entgegenkommende Geist (Sehr richtig!). Im Grunde genommen, kann ich Ihnen sagen, hat Herr v. Gayl in seiner Partei überhaupt nichts zu sagen. Dort herrschen noch heute die Die-hards. Die Verkennung des eigentlichen deutschnationalen Geistes ist vielleicht psychologisch gerade bei Herrn Dr. Jarres erklärlich. Er kennt mehr oder we-

[80] Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode (1886–1948), Landwirt. 1916–1918 Mtgl. des preußischen Herrenhauses. 1921–1928 MdL Preußen, 1928–1930 MdR (DVP).

[81] Bei den Reichstagswahlen vom 4. 5. 1924 konnte die DNVP ihren Mandatsanteil gegenüber dem 6. 6. 1920 von 71 auf 95 steigern, während der Anteil der DVP von 65 auf 45 zurückging.

niger die Deutschnationalen, wie sie hier im Westen sind. Aber genauso, wie der süddeutsche Demokrat in Baden und Württemberg etwas ganz anderes als der Berliner Demokrat ist, ist es auch mit den Deutschnationalen, und leider ist es Tatsache, daß die verständigen deutschnationalen Herren aus dem Westen in Berlin nichts zu sagen haben, sondern daß dort immer die Herren aus dem Osten das große Wort führen. Bismarck hat einmal, im Jahre 1882, glaube ich, gesagt: Ich wünschte eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Konservativen und der Nationalliberalen Partei, ich halte sie aber für ganz ausgeschlossen, wenn die Kreuzzeitungs-Leute mit dabei sind. Und da nun einmal heute in der Deutschnationalen Partei Hugenberg und die »Kreuzzeitung« die Überhand haben, so glaube ich auch, daß, solange das so ist, es zu einer Arbeitsgemeinschaft niemals kommen wird.

Dann ein Weiteres. Ich glaube, wir Deutsche machen – das betone ich bei jeder Gelegenheit – den großen Fehler, daß wir die Politik als etwas rein Theoretisches betrachten. Wir können doch in der Politik einmal aus der Geschichte lernen und zum anderen aus den Erfahrungen im praktischen Leben. Und was zeigen die Erfahrungen dieses praktischen Lebens? Ein kurzes Beispiel: Wenn Sie zwei Pferde vor einen Wagen spannen, dann spannen Sie nicht das eine ganz auf der einen Seite und das andere ganz auf der anderen Seite an, denn dann können weder die Pferde technisch berechnet mit voller Kraft ziehen, noch kann der Kutscher den Wagen richtig leiten; sondern Sie spannen die Pferde so nahe an die Deichsel an, wie es technisch durchführbar ist. Nur dann können die Pferde mit voller Kraft ziehen, und nur dann kann der Kutscher den Wagen richtig fahren. Warum soll es in der Politik anders sein? Wir werden in Deutschland erst wieder auf vernünftige, ruhige Wege im Innern kommen, wenn es gelingt, eine starke bürgerliche Mitte zu schaffen, und diese starke Mitte müssen wir selber sein. Dazu gehört zwar heute leider eine unpopuläre Politik. Denn wenn wir heute eine Politik der Mitte, des Ausgleichs treiben wollen, müssen wir mehr oder weniger jemand auf die Hühneraugen treten, und dabei macht man sich nicht beliebt. Aber ich glaube, wie wir vor hundert Jahren Männer gehabt haben, die den Mut hatten, unpopuläre Politik zu treiben, um Deutschland aus der Not herauszubringen, wird es auch heute nur denen gelingen, Deutschland aus der Not herauszubringen, die den Mut haben, unpopuläre Politik zu treiben, und ich glaube weiter, daß diese Erkenntnis im deutschen Volk in starkem Zunehmen begriffen ist. Deshalb glaube ich, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir diese unpopuläre Politik konsequent weiter verfolgen. Wir dürfen uns dabei weder festlegen nach der einen, noch nach der anderen Seite, wir müssen allein marschieren. Unsere Lage ist heute so günstig, daß wir das mit aller Ruhe tun können.

Ich halte es für selbstverständlich, daß unser Streben dahin geht, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzubringen. Ich glaube aber, auch da irren sich die, die hinter dem Aufruf Jarres-Gayl stehen. Sie verkennen das Wesen der Herren in der Deutschnationalen Partei. Das sind Herrenmenschen, die Fraktur reden und die nicht verstehen, wenn man bittet und entgegenkommt (Sehr richtig!). Wir werden diese Herren nur in die Regierung hineinbringen, wenn wir ihnen die kalte Schulter zeigen und ihnen sagen: Es geht auch ohne euch. Dann werden sie kommen. Wenn wir aber sagen: Es geht nicht ohne die Deutschnationalen, wir müssen die Deutschnationalen in die Regierung ziehen, wie man es in unseren Blättern jeden Tag liest, dann erreichen wir nur, daß die Deutschnationalen mit ihren Forderungen immer

weitergehen und infolgedessen das Zusammenkommen zwischen ihnen und uns und dem Zentrum immer mehr erschweren.

Ein kurzes Wort zur Außenpolitik, zur Frage des Völkerbundes. Ich habe in den letzten Tagen aus Oppositionskreisen gehört, es erweise sich doch die Völkerbundspolitik Stresemanns insofern als falsch, wenn man die Zusammensetzung des Völkerbundsrates betrachte, wo Deutschland glatt in der Minderheit sei. Ja, meine Herren, wer hat denn das ernstlich bezweifelt? Das ist doch nur ein Ergebnis der Tatsachen, mit denen sich eben die Herren, die in der Opposition stehen, nicht abfinden wollen, daß wir vielleicht augenblicklich in der Welt in der Minderheit sind. Aber da komme ich auch wieder mit einem Beispiel. Was macht man, wenn man in einer Aktiengesellschaft in starkem Maße mit Aktien beteiligt ist und mit dem Vorgehen des Aufsichtsrats und der Direktion nicht einverstanden ist? Dann stellt man sich nicht nur in der Generalversammlung hin und hält Reden, sondern versucht, in den Aufsichtsrat hineinzukommen, und man wird zunächst als einzelner der Opposition hineinkommen, und wenn man drei Jahre als einzelner der Opposition gearbeitet hat, wird man mehr und mehr auf seine Seite gezogen haben, und bei der zweiten Wahl wird die Sache schon anders ausgehen. Das ist der Gedanke, der auch in der Außenpolitik nur zum Ziele führen kann, und ich möchte meine Ausführungen zusammenfassen, indem ich das Wort des Freiherrn v. Stein, – der leider viel zu wenig beachtet wird, der uns innerlich so nahestand wie kaum einer – indem ich das Wort ausspreche, das er vor hundert Jahren geprägt hat: Es gilt ein von Vaterlandsliebe glühendes und von Haß gegen die Franzosen brennendes Herz in der Brust zu tragen, daneben aber den nüchternen und kühl abwägenden Verstand walten zu lassen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Die Wahlkreise Niederschlesien, Magdeburg, München und Franken haben mitgeteilt, daß sie sich der Auffassung des Parteivorstandes in Bezug auf die Namensgebung anschließen. Diese Anträge bestehen also nicht mehr. Es erübrigt sich deshalb wohl, in der Diskussion darauf einzugehen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Mittelmann: Die Aussprache im heutigen Zentralvorstand steht ja fast ganz unter dem Zeichen der Aktion Jarres-Gayl, und ich glaube, feststellen zu können, daß der Zentralvorstand wohl in seiner überwiegend großen Mehrheit der Ansicht ist, daß diese Aktion nunmehr abgetan sein muß. Aber ich glaube, es ist nicht allein damit getan, daß wir uns in der Defensive befinden. Aus dieser Aktion muß etwas Positives herausgeholt werden. Sie ist nun einmal hineingetragen worden ins Volk, und sie bedarf einer Antwort.

Zunächst an unseren verehrten Freund Jarres, der ja zweifellos das Allerbeste gewollt hat, eine Frage. Wenn diese ganze Angelegenheit durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gekommen ist, warum mußte denn dann der Wortlaut bekanntgeben werden? Genügte denn nicht eine Berichtigung? Dann wäre doch dieser ganze Sturm in der Öffentlichkeit nicht heraufbeschworen worden. Die Dinge liegen doch ganz einfach so, daß die führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei, von ganz wenigen abgesehen, nichts gelernt haben und auch nicht die Absicht haben, auch nur das Geringste zu lernen. Ihre ganze Politik ist getragen und getrieben von einem Haß gegen die Deutsche Volkspartei und ihren Führer. Ich würde Sie bitten, Herr Dr. Jarres, sich nur einmal die Mühe zu geben, die Zeitung für Hinterpommern acht Tage zu lesen oder die »Pommersche Tagespost« oder eine Mecklenburgische

deutschnationale Zeitung. Ich bin der festen Überzeugung, Sie würden dann mit derartigen Anregungen und Anträgen niemals wieder an die Öffentlichkeit treten, sondern zuvor Ihrerseits den Versuch machen, durch Ihre Beziehungen zu den Deutschnationalen reformierend auf die führenden Persönlichkeiten in dieser Partei einzuwirken. In den letzten Tagen waren die Angriffe in den deutschnationalen Provinzzeitungen gegenüber der Deutschen Volkspartei und Dr. Stresemann geradezu wieder haarsträubend. Sie standen auf demselben Niveau wie jenes in meinem Wahlkreise[82] im Mai 1924 in Millionen von Exemplaren verbreitete Flugblatt, das folgende drei Fragen an die Spitze stellte: 1. Wer ist schuld an der Besetzung der Ruhr? Antwort: Die Deutsche Volkspartei. 2. Wer ist schuld an der deutschen Schmach am Rhein? Antwort: Die Deutsche Volkspartei. 3. Wer besitzt nicht einen Funken Nationalgefühl, sondern ist vollkommen marxistisch verseucht? Antwort: Die Deutsche Volkspartei (Stürmische Pfuirufe). Darum, so heißt es weiter, fort mit allen Stresemännern und Mittelmännern, wählt nur deutschnational! Schlange (Schöningen) (Erneute Pfuirufe).

Das ist derselbe Geist, der heute noch in den östlichen Wahlkreisen zutage tritt (Zuruf: In Thüringen genauso!). Ich gebe Herrn Dr. Jarres vollkommen recht, daß den deutschnationalen Wählern diese Art von öffentlicher Betätigung ein Ekel ist. Aber um an diese Leute heranzukommen, dürfen wir nicht einen Pakt schließen mit der Deutschnationalen Partei. Wir dürfen uns nicht in der Defensive befinden und immer erneut uns bemühen, sie heranzuziehen. Es ist ihre Sache, den Anschluß zu suchen. Gewiß, man soll nicht sieben Mal, sondern sieben mal sieben Mal vergeben, und das muß auch unsere Deutsche Volkspartei tun. Aber es gibt auch eine gewisse Grenze, die nicht überschritten werden darf, und das ist die persönliche Ehre, die auch eine Partei haben muß (Lebhafte Zustimmung). Im übrigen handelt es sich nicht darum, deutschnationale Führerpersönlichkeiten zu gewinnen, die jetzt Angst um ihre Mandate haben, es handelt sich um die deutschnationalen Wählermassen. An die kommen wir aber heran durch Fortsetzung unserer klaren und erfolgreichen Politik. Ich glaube, wir können ohne Überhebung aussprechen: In unserem Lager ist Deutschland! (Lebhafter Beifall).

General v. Schoch (München): Meine Damen und Herren! Die Frage der Umtaufung des Parteinamens ist mit der Zurückziehung der betreffenden Anträge erledigt. Ich könnte ebenso begeisterte Worte für die Umtaufung sprechen wie die anderen Herren dagegen. Ich verzichte darauf.

Auch ich muß Farbe bekennen in der Frage der sogenannten Arbeitsgemeinschaft. Es wäre eine Feigheit, wenn ich meine Meinung hier zurückhalten wollte, um so mehr, da ich diese Meinung, die anfangs abweichend war, dem Herrn Parteiführer seinerzeit schon schriftlich mitgeteilt habe. Ich gestehe ganz offen, daß ich zunächst einmal den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen begrüßt habe; nicht aus Vorliebe zu diesen Deutschnationalen, denn auch wir in München können ein Lied von ihrer Agitation singen, sondern weil ich den Eindruck hatte, daß in der Deutschnationalen Partei eine Art Götterdämmerung aufgegangen sei, daß weite Kreise dieser Partei mit der fruchtlosen Oppositionsstellung ihrer Reichstagsfraktion nicht mehr einverstanden seien und einen gründlichen Wandel

[82] Wahlkreis 6 (Pommern).

ehrlich beabsichtigten. Der weitere Grund war genau der gleiche, den Herr Dr. Jarres schon angeführt hat und auf den ich nicht mehr zurückkommen will, nämlich die Stabilisierung der Reichsregierung. Ich habe es aus dem Grunde bedauert, daß unsere »Nationalliberale Correspondenz« gleich einen etwas schroffen Abwehrartikel gegen diesen Gedanken gebracht hat.[83] Es ist das noch nicht erwähnt worden. Ich halte eine Arbeitsgemeinschaft zwischen einer Regierungspartei und einer Oppositionspartei an und für sich nicht für ein Ding der Unmöglichkeit. Ich darf daran erinnern, daß die Deutsche Volkspartei – im Jahre 1922 war es, glaube ich – genauso in der Opposition gegen das Kabinett Dr. Wirth stand und daß wir damals uns herbeiließen, mit Demokraten und Zentrum die Arbeitsgemeinschaft zu machen. Sie war bekanntlich die Grundlage für das spätere Kabinett Cuno und für das Kabinett Stresemann.[84] Ich gebe aber nun offen zu, daß ich seither auch Wasser in meinen Wein getan habe, auch genau aus den gleichen Gründen, die die Gegner der Arbeitsgemeinschaft hier schon angeführt haben. Ich möchte als neuen noch folgendes erwähnen. Vor acht Tagen hat in Bayern die Deutschnationale Partei einen Parteitag gehalten, sozusagen als Nachlese zu dem großen Parteitag in Köln. Auf diesem Parteitag haben die beiden Hauptredner Hergt und Dr. Hilpert[85] wieder in der schroffsten Weise gegen die Außenpolitik unseres Parteiführers Stellung genommen mit der altbekannten Begründung, es sei in Genf nichts, aber auch gar nichts erreicht worden. Wenn ich dazu ein kurzes Wort sagen darf. An jeder außenpolitischen Handlung kann man Kritik üben, überall kann man Schönheitsfehler herausfinden. Meiner Ansicht nach kommt es darauf an, daß man die einzelne außenpolitische Handlung in dem großen Zusammenhang der Dinge versteht, und diesen großen Zusammenhang sehe ich nicht bloß bei uns in dem Kampf gegen den Versailler Vertrag, ich sehe ihn in dem großen Kampf, in dem tausendjährigen Kampf um das linke Rheinufer. Und daß wir in diesem Kampf durch die Politik der Deutschen Volkspartei, durch die Politik unseres Außenministers seit 1919 ganz gewaltige Fortschritte gemacht haben, kann nur ein Blinder leugnen (Zustimmung).

Ich erinnere daran, daß vor etwas mehr als drei Jahren unsere Reichstagsabgeordneten aus dem besetzten Gebiet eines Tages zu uns kamen und erklärten, sie würden wohl heute zum letzten Male als deutsche Abgeordnete im Reichstag erscheinen. Ist das kein Fortschritt, wenn wir heute das Rheinland teilweise schon befreit haben und wenn wir heute bereits durch unsere zielbewußte zähe Politik schon darum kämpfen, daß auch die zweite und dritte Zone befreit werden? So müßte man meiner Ansicht nach die Dinge anschauen.

---

[83] Die NLC (6.7.1926, Nr. 117) hatte eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien, »von denen die eine in der Regierung, die andere in der Opposition sich befindet«, als »praktisch unmöglich« bezeichnet.

[84] Zur Haltung der DVP zu den Kabinetten Wirth I/II aus SPD, DDP und Zentrum (10.5.1921–22.11.1922) siehe Dok. Nr. 40, 43. Zur Bildung der »Arbeitsgemeinschaft der Mitte« am 19.7.1922 aus den Reichstagsfraktionen von DDP, Zentrum und DVP siehe Dok. Nr. 47, Anm. 11. Zur Bildung des Kabinettes Cuno aus Zentrum, DDP und DVP am 22.11.1922 siehe Dok. Nr. 48, Anm. 2; zum Bildung des Kabinettes Stresemann am 13.8.1923 siehe Dok. Nr. 52, Anm. 1.

[85] Hans Hilpert (1878–1946), Gymnasiallehrer. Mitbegründer und 1. Vors. der Bayerischen Mittelpartei, des bayerischen Landesverbandes der DNVP, 1919–1931 MdL Bayern (Mittelpartei).

Ich bin nach wie vor dafür, daß eine Verständigung mit den Deutschnationalen stattfinden sollte. Aber auch ich erkläre ausdrücklich: Eine solche Verständigung ist meiner Ansicht nach nur möglich, wenn die vernünftigen Führer – zu denen rechne ich vor allen Dingen Herrn Hoetzsch und in Bayern auch Hilpert – ihre Kriegshunde endlich einmal zurückpfeifen würden (Sehr richtig!). Und wenn zweitens die Deutschnationale Volkspartei eine gewisse Rückversicherung dafür gibt, daß die Dinge des letzten Septembers sich nicht mehr wiederholen.[86] Denn da war es doch ungefähr so, daß man erklärt hat: Herr Dr. Stresemann, der Weg, den du kutschierst, ist uns zu gefährlich, wir steigen jetzt einmal aus, schaue du, wie du über die gefährliche Zone hinwegkommst, und wenn du die Gefahrenzone überwunden hast, werden wir uns vielleicht herbeilassen, wieder einzusteigen. So kann man keine Politik machen. Man muß auch von einer Partei, die in die Regierung eintreten will, fordern, daß sie eine gewisse Verantwortungsfreudigkeit und, wo es nottut, im Dienste des Staates auch eine gewisse Opferwilligkeit an den Tag legt. In dieser Beziehung können, glaube ich, gerade die Deutsche Volkspartei und ihre Führer jenen Herren von der Rechten als Muster hingestellt werden.

Meine Damen und Herren! Unser Deutschland seit 1918 gleicht gewissermaßen dem Prometheus, der mit beiden Armen und Beinen an den Felsen von Versailles geschmiedet ist. Und nun will der eine – ich kann es ihm sehr wohl nachfühlen – mit einem Ruck die sämtlichen Ketten sprengen, der andere geht den klügeren Weg und versucht einmal, zunächst einen Arm freizubekommen, um dann für die Zukunft weiter zu arbeiten (Lebhafter Beifall).

Dr. Caspari[87] (Berlin): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem von allen meinen Vorrednern über den Weg der Partei, über die Stellung zu der Aktion Gayl-Jarres gesprochen worden ist, kann ich es mir wohl versagen, auch noch darüber zu sprechen, zumal ich den Eindruck habe, daß meine Vorredner sehr viel mehr davon verstehen als ich. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um im Auftrage einer Reihe von Beamten, die in der Deutschen Volkspartei tätig sind, zu einer Frage zu sprechen, die die Beamtenschaft nicht nur innerhalb unserer Partei, sondern die gesamte deutsche Beamtenschaft in allen ihren Organisationen aufs lebhafteste bewegt und aufs tiefste beunruhigt hat.

Ich möchte eins vorausschicken. Die Beamtenschaft, zumal die in der Deutschen Volkspartei organisierte, hat niemals verkannt, daß das deutsche Volk den Verwaltungsapparat, den es heute zu tragen hat, auf die Länge nicht tragen kann, ohne daß es wirtschaftlich und finanziell zugrunde geht. Die Beamtenschaft innerhalb der Deutschen Volkspartei hat schon im Jahre 1923 gelegentlich des Beamtenabbaus immer darauf hingewiesen, daß ein Abbau der Behörden stattfinden muß[88], daß es nicht weiter so geht, daß in Reichsministerien und Länderministerien und schließlich auch noch in den Kommunen hin und her immer dieselben Sachen verhandelt werden,

[86] Die DNVP war im Oktober 1925 aus Protest gegen die Verträge von Locarno aus dem Kabinett Luther I ausgetreten, siehe Dok. Nr. 61, Anm. 4.

[87] Caspari, Dr. iur. Kammergerichtsrat in Berlin.

[88] Bereits am 23.1.1922 hatte das Reichskabinett die Einsetzung eines Reichssparkommissars beschlossen, der u.a. für eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung zuständig war, siehe Kabinett Cuno, Dok. Nr. 4, 12, 13. Zur Fortsetzung des Beamten- und Behördenabbaus unter der Kanzlerschaft Stresemanns siehe Kabinette Stresemann I/II, Dok. Nr. 35, 51, 63, 126, 144.

sondern daß eine klare Scheidung zwischen den Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden eintreten muß, die eine Verminderung des Beamtenapparats ohne weiteres nach sich ziehen würde. Wir sind auch immer der Ansicht gewesen, daß wir viel zu viel Ministerien allein im Reich haben und daß es durchaus wünschenswert wäre, wenn die aus dem Ministerium des Innern nach und nach hervorgegangen Ministerien wieder mit dem Ministerium des Innern vereinigt würden. Auch dadurch würde eine erhebliche Ersparung an Beamten eintreten.

Nun hat der Reichsfinanzminister Reinhold[89] auf einer Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Dresden neben seinen sonstigen ihn sehr populär machenden Maßnahmen in Bezug auf Steuersenkung eine weitere große Aktion der Ersparnis angekündigt, und er hat diese bereits für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.[90] Wenige Tage nach dieser Tagung ist denn auch eine Verordnung herausgekommen, die offenbar das darstellen sollte, was der Reichsfinanzminister da versprochen hatte, nämlich eine Verminderung der Beamtenzahl im Reichsfinanzministerium.[91] Wir haben in Deutschland einen Beamtenabbau gehabt im Jahre 1923 unter der Regierung Stresemann-Luther. Damals hat sich die Regierung das Ermächtigungsgesetz geben lassen und auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes Verordnungen erlassen, und sie hat dabei in der Begründung gesagt, daß ein gesetzlicher Weg zum Abbau in den bisherigen Gesetzen nicht gegeben sei, daß deshalb ein neues Gesetz gemacht werden müsse, daß insbesondere der § 24 des Reichsbeamtengesetzes keine Anwendung finden könne, wenn es sich nur darum handele, die Zahl der Beamten zu verringern. Im Gegensatz dazu hat der jetzige Reichsfinanzminister geglaubt, seinen Beamtenabbau auf den § 24 des Reichsbeamtengesetzes stützen zu können.

Die Beamtenschaft erblickt in diesem Vorgehen des Herrn Reichsfinanzministers eine schwere Gefährdung der Grundrechte der Beamten (Sehr richtig!). Nun kann man vielleicht in weiten Kreisen der Ansicht sein, daß es uns heute auf die Beamten und ihre Grundrechte nicht ankommt, daß es darauf ankommt, daß wir im deutschen Reich leben. Diese Auffassung wäre unrichtig. In unseren Kreisen ist man immer davon überzeugt gewesen, daß eine der Grundlagen des Staates ein pflichttreues Beamtentum ist, und ein pflichttreues Beamtentum, das von allen Einflüssen von außen unabhängig ist, kann nur ein solches sein, das in seinen Rechten, wie sie ihm die Verfassung gibt, geschützt ist und bleibt. Es kann ein Beamtentum, das von außen unbeeinflußt ist, nicht bestehen, wenn der jeweilige Minister darüber bestimmt, wel-

[89] Peter Reinhold (1887–1955), Journalist. 1919–1926 MdL Sachsen (DDP). April–Dez. 1920, Jan. 1924–Jan. 1926 sächsischer Finanzminister, Jan. 1926–Jan. 1927 Reichsfinanzminister. 1928–1932 MdR (DDP/DStP).

[90] Der W.T.B.-Bericht über die Rede Reinholds auf der Dresdener Tagung des RdI, auf der er einen Abbau von Verwaltungsaufgaben und eine Straffung des Beamtenapparats ankündigte, ist abgedruckt in: Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 76, Anm. 2.

[91] Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. 9. 1926 (RGBl. 1926 I, S. 469) wurde der Reichsfinanzminister mit der Neuorganisation des Reichsfinanzministeriums beauftragt; zu Umfang und Inhalt der Maßnahmen siehe die von Reinhold dem Reichstag vorgelegte Denkschrift über die Umbildung des Reichsfinanzministeriums (RTDrs., Bd. 410, Nr. 2659). Die überzähligen Beamten fanden entweder in nachgeordneten Dienststellen Verwendung oder wurden nach § 24 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. 3. 1873 (RGBl. 1873, S. 61) in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

che Beamten und welche Zahl von Beamten er in seinem Ministerium halten will (Dr. Stresemann: Das hat das gesamte Kabinett beschlossen, nicht der Finanzminister!).

Unser Herr Vorsitzender macht mich darauf aufmerksam, daß das ein Beschluß des Kabinetts ist. Den Beschluß des Kabinetts in allen Ehren – wir besprechen hier nur die Ausführung des Beschlusses durch den Herrn Reichsfinanzminister. In dem Beschluß steht nur: § 24 findet Anwendung. Ob das heißen soll, der § 24 findet Anwendung in dem Sinne, wie er bisher von allen maßgebenden Rechtslehrern und Gerichten ausgelegt ist, oder er findet Anwendung in einer Form, die der jetzige Reichsfinanzminister für richtig hält, darüber hat das Kabinett sich nicht geäußert.

Nun hat der Reichsfinanzminister geglaubt, eine Anzahl seiner Räte abbauen zu sollen.[92] Ich fürchte, die erhoffte Ersparnis wird nicht eintreten, sondern die Herren werden auf ihr Gehalt klagen und werden diesen Prozeß gewinnen, weil die rechtlichen Voraussetzungen für ihre Zurverfügungstellung nicht vorgelegen haben. Dann aber ein Weiteres! Wer ist denn zur Verfügung gestellt? Wen hat denn der Reichsfinanzminister sich ausgesucht? Nur deutschnationale und volksparteiliche Ministerialräte, an der Spitze den volksparteilichen Staatssekretär Fischer[93], und es wird in Beamtenkreisen unwidersprochen erzählt, daß ein Oberregierungsrat, der auch abgebaut werden sollte, zum Minister gekommen sei und gesagt habe: Was wollen Sie, ich bin doch in Ihrer Partei, und daß darauf der Minister gesagt habe: Dann werden wir die Sache noch einmal nachprüfen (Hört! Hört!).

So geht es nicht. Ich habe schon einmal gesagt, kein sozialdemokratischer Minister ist so vorgegangen, kein Minister des Zentrums ist diesen Weg gegangen. Ich glaube, es ist gerade, wenn die Volkspartei mit in der Regierung sitzt, schwer für uns, zu sagen: Wenn der Reichsfinanzminister glaubt, gerade auf volksparteiliche Beamte nicht die mindeste Rücksicht nehmen zu sollen, sondern die volksparteilichen Beamten ebenso wie die deutschnationalen als rechtsgesinnt und deshalb nicht genügend republikanisch sicher aus seinem Ministerium entfernen zu sollen – man kann ja amerikanische Zustände haben, man kann sagen: Wenn die Regierung sich ändert, verschwinden alle Beamten der alten Regierung und werden durch solche der neuen Regierung ersetzt. Das ist bisher bei uns nicht üblich gewesen, und es ist auch seit der Revolution nicht üblich geworden. Ich glaube auch, daß, nachdem selbst die Amerikaner jetzt anfangen, ihr System in der Hinsicht zu ändern, wir es bei uns nicht einführen wollen. Die Beamten in ihrer Gesamtheit und vor allem die Beamten, die in unserer Partei organisiert sind, haben, glaube ich, ein Recht auf den Schutz unserer Partei. Eine Partei, die in so weitgehendem Maße sich des Vertrauens der Beamtenschaft zu erfreuen gehabt hat, wird auch das ihre tun müssen, um den Beamten das zu geben, was die Beamtenschaft – nicht in ihrem Interesse, sondern im Interesse der Gesamtheit und im Interesse des Staates – fordern können. Deshalb erlaube ich mir, Ihnen folgende Einschließung zu unterbreiten:

---

[92] Aufgrund der Verordnung vom 7.9.1926 (siehe Anm. 91) wurden im Reichsfinanzministerium die Ministerialräte Max Kühnemann, Wilhelm Jacobs und Rudolf Schulze in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

[93] Johann David Fischer (1873–1934), 1921–1926 StS im Reichsfinanzministerium. Fischer wurde wegen des Fortfalls seiner Stelle im Sept. 1926 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, blieb jedoch Vorsitzender der Kriegslastenkommission und Vertreter des Reichs im Vorstand der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

»Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei bedauert, daß bei Ausführung des berechtigten Bestrebens, die öffentliche Verwaltung zu vereinfachen und zu verbilligen, vom Reichsminister der Finanzen Maßnahmen ergriffen worden sind, die, ohne dieses Ziel zu erreichen, in staatsrechtlicher und politischer Hinsicht als gefährlich bezeichnet werden müssen. Die Ausführung der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 7. September steht in offenbarem Widerspruch mit dem geltenden Recht, wie es von allen Staatsrechtslehrern und auch von der Reichsregierung bisher kommentiert ist. Der Zentralvorstand vertraut, daß die Reichstagsfraktion allen Bestrebungen, die Rechtsgrundlagen des Beamtentums zu erschüttern, im wohlverstandenen Allgemeininteresse ihren festen Widerstand entgegensetzen wird« (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht eine Verantwortlichkeit ablehnen, die ich trage. Sie können den Vorstoß nicht nur gegen den Reichsfinanzminister richten. Wir sämtlich im Kabinett haben dem Beschluß, das Finanzministerium abzubauen, als selbstverständlich zugestimmt, nachdem alle anderen Reichsministerien vorangegangen waren. Es ist seinerzeit, wo sich mit Rücksicht auf die Notlage der Finanzen alle Ministerien dem Abbau unterworfen haben – in meinem Ministerium allein sind damals 700 Menschen abgebaut worden –, das Finanzministerium ausgenommen worden. Wenn nun jetzt der Finanzminister erklärt: Wir sind soweit in der Neuordnung der Landesfinanzämter und der ganzen Finanzgebarung, daß ich mich anbiete, mein Amt auch abzubauen, wenn er darauf hinweist: Ich kann nicht mit 125 Referenten arbeiten, ich komme mit 70 aus, – dann können wir doch nicht sagen: Das darfst Du nicht.[94]

Also, das muß zunächst getrennt werden von der zweiten und dritten Frage. Sie können sich in keiner Weise dagegen wehren, daß auch das Finanzministerium abgebaut wird, wenn sein Chef glaubt, mit weniger auszukommen. Das wäre unmöglich gegenüber der Gesamtsituation. Darum können Sie auch heute nicht in einer Resolution bereits sagen, daß das Ziel nicht erreicht würde. Das muß man abwarten. Auch wenn die Herren weiter bezahlt werden, bin ich der Meinung, daß ein Amt unter Umständen mit weniger Beamten viel erfolgreicher arbeitet, als wenn es überbesetzt ist und einer gegen den anderen arbeitet.

Das zweite ist, ob der Artikel 24 Anwendung findet. In der Frage bin ich nicht kompetent. Der Herr Justizminister hat geglaubt, ihn so kommentieren zu können. Der Herr Reichspräsident, der die Sache durch sein Büro hat prüfen lassen – denn nur er konnte die Verordnung erlassen –, hat es gebilligt. Ich bin durchaus einverstanden, wenn gesagt wird: Es muß geprüft werden, ob Beamtenrechte verletzt sind. Ich erlaube mir darüber kein Urteil. Jeder Verletzung von Beamtenrechten haben wir zu widersprechen.

Der dritte Punkt ist der, ob parteipolitische Gesichtspunkte mitgesprochen haben. Wenn das richtig ist, was Sie sagen über diese Nachprüfung des abgebauten Demokraten, würde ich sofort bereit sein, dem entgegenzutreten. Aber hochverehrter Herr

[94] Die Zahl der Referate im Reichsfinanzministerium wurde von 125 auf 79 verringert, siehe dazu die Denkschrift über die Umbildung des Reichsfinanzministeriums, RTDrs., Bd. 410, Nr. 2659. Zur Neuordnung der Landesfinanzverwaltungen siehe Karl M. Hettlage, Die Finanzverwaltung, in: Kurt G. A. Jeserich u.a. (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, Stuttgart 1985, S. 187ff.

Caspari, das Reichsfinanzministerium besteht überhaupt nur aus Deutschnationalen und Volksparteilern, es gibt fast gar keinen anderen Beamten in diesem Ministerium, und bitte, sehen Sie nicht in dem Verzicht auf einen Staatssekretär, der auch ein dauernder ist, irgendeine Maßnahme gegen die Deutsche Volkspartei. Bitte, veranlassen Sie mich nicht zu sagen, weshalb Herr Staatssekretär Fischer – Sie haben ihn besonders hervorgehoben – abgebaut worden ist. Sie können das als übertrieben ansehen, aber es entspricht doch den Ansichten unserer Partei, daß wir die Tätigkeit jedes einzelnen Beamten unparteilich zu prüfen haben, auch wenn er unserer eigenen Partei angehört (Sehr richtig!). Und wenn Sie die Güte haben, sich einmal über die Entstehung der ganzen Differenzen zwischen Reichsbahn und Reichsregierung zu unterrichten, werden Sie vielleicht verstehen, warum die Stellung des Herrn Staatssekretärs Fischer gegenüber der Reichsregierung vollkommen unhaltbar geworden war, nämlich weil er als unser Beauftragter, der den Auftrag vom Kabinett hatte, gegen die Ernennung des Generaldirektors Dorpmüller[95] sich zu wehren, gegen den einstimmigen Kabinettsbeschluß, daß wir nicht nur Techniker an der Spitze haben wollten, seinerseits für Dorpmüller gestimmt und uns keine Mitteilung von dem Beschluß des Verwaltungsrates[96] gemacht und uns in Schwierigkeiten gebracht hat (Hört! Hört!). Er hat große Verdienste auf allen Gebieten. Aber nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich mich in solchen Fällen nicht danach, ob der Herr Parteimann ist, sondern nach sachlichen Erwägungen richten muß, sonst verlieren wird die beste Basis für die Beamtenschaft, die wir überhaupt haben (Bravo!). Ich bitte, nach dieser Richtung den ganzen Antrag noch einmal zu prüfen und nur das hervorzuheben, was entscheidend ist: ob Beamtenrechte verletzt sind und parteipolitische Einseitigkeiten vorgekommen sind. Ich würde es aber nicht für richtig halten, sich gegen den Abbau als solchen zu wenden, und ich würde es nicht für richtig halten, von vornherein zu sagen, daß das Ziel verfehlt wird. Dazu sind wir nicht kompetent genug, um das zu sagen. Das gestatten Sie mir, in diesem vertraulichen Kreise zum Ausdruck zu bringen.

Landtagsabgeordneter Heidenreich[97] (Halle/Saale): Zu der Frage des Vorgehens Gayl-Jarres ist schon viel gesprochen worden. Ein Wort noch dazu, wie diese Aktion im Lande gewirkt hat. Wie diese Aktion bei unseren Freunden in der damals für uns günstigen Situation aufgefaßt wurde, läßt sich vielleicht folgendermaßen kennzeichnen. Es gibt ein grobes, aber echt deutsches Wort, das lautet: Wenn über eine dumme Sache endlich mal Gras gewachsen ist, kommt jemand aus dem Tierreich und frißt das Gras wieder weg. Und wenn die Deutschnationalen mit ihrer Politik endlich mal

[95] Julius Dorpmüller (1869–1945), Diplomingenieur. Ab 1892 im preußisch-hessischen Eisenbahndienst, 1907–1917 bei den chinesischen Staatseisenbahnen, seit der Überführung des Reichseisenbahnamts in das Reichsverkehrsministerium (1919) dort tätig, 1922 Präsident der Reichsbahndirektion Oppeln, 1924 der Reichsbahndirektion Essen, Juni 1926–1937 Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft, 1937–1945 der Deutschen Reichsbahn, 1937–1945 zugleich auch Verkehrsminister. Zur sog. »Dorpmüller-Kontroverse« siehe Alfred Mierzejewski, The Dorpmüller Controversy of 1926, in: The International History Review 14 (1992), S. 701–716.

[96] Gemeint: im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft, der den Generaldirektor wählte.

[97] Robert Heidenreich (* 1883), Handlungsgehilfe. Seit 1911 tätig in einer Maschinenfabrik in Halle, 1919 dort Prokurist. 2. Vors. und Mtgl. im Aufsichtsrat des DHV. 1921–1932 MdL Preußen (DVP).

festsitzen, dann kommt so ein guter Deutscher Volksparteiler und hilft ihnen aus seinem überparteilichen Herzen heraus wieder in den Sattel. Das war so ungefähr das Gefühl, das draußen im Lande herrschte, als unser Freund Jarres sich zu diesem Schritte hatte verleiten lassen.

Ich habe mich aber wegen einer anderen innerpolitischen Sache zum Wort gemeldet. Ich bin der Meinung, daß unser Zentralvorstand die Körperschaft ist, die auch einmal klipp und klar zu folgender Sache Stellung nehmen muß. Ich habe schon des öfteren im Zentralvorstand oder in sonstigen Parteikörperschaften immer so kleine Angriffe, Nadelstiche usw. auf diese sogenannten Wehrverbände, die vaterländischen Verbände, gehört, ohne daß einmal eine richtiggehende Aussprache hierüber gepflogen wurde. Ich halte es aber für notwendig, daß wir hier in dieser Frage einmal zu einer klaren Entscheidung kommen. Kein Mensch von uns und in unserer Partei wird die Übergriffe der sogenannten vaterländischen Verbände und Wehrverbände in Sachsen auch nur irgendwie beschönigen wollen oder gar gutheißen. Aber andererseits sollen wir uns darüber klar sein, wenn hier allenthalben darüber gesprochen, darüber geklagt wird, daß letzten Endes aus der Parteiunlust, aus der Unzufriedenheit mit dem Parteigetriebe alle möglichen Organisationen, selbst Parteien wie die Wirtschaftspartei Zulauf bekommen. Weil aus diesen Unzufriedenen heraus nun dort eine gewisse Zusammenballung doch auch von Wählermassen zu bemerken ist, sollen wir uns einmal überlegen, ob nicht ein großer Prozentsatz von Leuten, die vom eigentlichen Parteigetriebe nichts wissen wollen, in jenen sogenannten vaterländischen Verbänden etwas Überparteiliches sehen, wo sie glauben, sich mit ihren Ansichten durchsetzen zu können. Deshalb wäre ich der Meinung, wir sollten nicht nur schimpfen über das, was dort geschieht – es geschieht sehr viel Unsinn dort –, sondern wir sollten hineingehen und diese Wehrverbände mit unserem Geist durchsetzen. Ich bin überzeugt, wenn wir einmal die Probe machten, würde die überwältigende Mehrheit in diesem Saale Frontkämpfer gewesen sein, wenn ich aber fragen würde, wer von Ihnen irgendwie im Stahlhelm, Jungdo, Werwolf oder derartigen Wehrverbänden als Mitglied und Mitarbeiter ist, würde es wahrscheinlich sehr windig aussehen. Deshalb ist es denjenigen, die im Bundesvorstand vom Stahlhelm usw. Aufklärungsarbeit in unserem Sinne leisten wollen, so schwer, sich durchzusetzen, weil unsere Leute nicht dabei sind. Darum hätte nach meiner Meinung vielleicht unser Zentralvorstand doch, bei der scharfen Verurteilung der politischen Übergriffe der Wehrverbände, Anlaß zu sagen, daß wir wünschen, daß unsere Leute, soweit sie Frontsoldaten waren, in diese Wehrverbände hineingehen, um unserem Geist zum Durchbruch zu verhelfen.

Man muß sich einmal diese Mitglieder vom Stahlhelm, Werwolf usw. ansehen! Wenn bei uns in Mitteldeutschland, in dem bis vor kurzem »roten Herzen« von Deutschland, die Stahlhelmversammlungen zu 75 bis 90 % aus der Arbeiterbevölkerung besucht sind[98], dann ist doch das ein Anzeichen, daß man aus jenen Reihen hinaus will

[98] Dem Stahlhelm gehörten 1926 etwa 200 000 Mitglieder an; zu ihrer sozialen Schichtung siehe Berghahn, S. 91 ff., S. 287. In Sachsen hatte der bereits führend am Kapp-Putsch beteiligte Erhardt sich mit seiner paramilitärischen Formation »Wiking« dem Stahlhelm angeschlossen und beabsichtigte, »unter dem Druck der vaterländischen Verbände von der DVP über die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei bis zu den Deutsch-Völkischen« eine geschlossene Front zu bilden, wenn möglich, unter Einbeziehung der »nationalen Elemente des

zu einem Sammelbecken in nationaler Beziehung. Und wenn wir Einfluß auf diese Massen – es wird ja soviel von Massen geredet – nicht nehmen, dann sind wir schließlich ein Heer von Führern ohne Truppen. Man kann in den Versammlungen beobachten, daß nicht nur, wie es außen immer scheint, der Führer einfach nur an der Spitze steht und kommandiert: Stillgestanden und Schnauze gehalten! Nein, auch die einfachen Leute reden doch sehr deutlich, wenn es ihnen nicht paßt, was von der Führung geschieht. Und wenn wir diese Leute von ihrem verkehrten Wege ableiten können, dann sollen wir uns dieser Arbeit unterziehen. Es ist doch auch zu beobachten, daß der sogenannte vierte Stand in unserem Vaterlande jetzt in seinem Begriffsvermögen darauf hinauskommt, sich die Vollberechtigung im wirtschaftlichen und politischen Leben zu erkämpfen. Und wenn das nicht nur in der Sozialdemokratie geschieht, sondern auch in den nationalen Parteien, dann sollen wir mit dabei sein. Und wenn die Rede von Herrn Dr. Silverberg[99] der Erkenntnis Raum geben sollte, daß man auch von der Leitung des Reichsverbandes der Industrie nunmehr einsieht, daß dieser heranwachsende vierte Stand vollberechtigt neben die anderen treten soll zum Wiederaufbau unseres deutschen Volks- und Wirtschaftslebens, dann soll man die Hände ergreifen und die Führer dazu stellen.

Und nun noch eins. Man ist in unserem deutschen Vaterlande ja alle möglichen Organisationen und Spitzenorganisationen gewöhnt, und der Herr Reichsaußenminister wird mir gewiß zustimmen, wenn ich sage, daß eine Organisation, die überparteilich sein will, ihm in außenpolitischer Beziehung ein ganz Teil Schwierigkeiten bereitet hat, indem sie zu allen passenden aber noch mehr zu unpassenden Gelegenheiten mit Resolutionen herauskam: die sogenannten »Vereinigten vaterländischen Verbände«[100], unterzeichnet: Graf v. d. Goltz.[101] Ich stehe nicht an, in aller Öffentlichkeit aus meiner Kenntnis der Dinge heraus zu sagen: Hinter diesen sogenannten Vereinigten vaterländischen Verbänden, gezeichnet Graf v. d. Goltz, steht gar nichts (Lebhafte Zustimmung). Weder die Wehrverbände, Stahlhelm, Jungdo oder alle diese Organisationen zahlen dorthin Beiträge, um diese angebliche Spitzenorganisation zu erhalten, sondern das ist ein Propagandabüro, das sich Herr Hugenberg leistet, der dann den Grafen v. d. Goltz zu einem geeigneten Zeitpunkt veranlaßt, derartige

Zentrums«. Als Druckmittel waren in Aussicht genommen: Weigerung der Verbände, weiterhin als Wahlhilfstruppe zur Verfügung zu stehen, Einfluß auf die »nationalen finanzkräftigen Kreise«, Stimmenthaltung der vaterländischen Bewegung, BAK R 43 I/2732, Anlage 34, Denkschrift des preußischen Innenministeriums über den »Bund Wiking«. Nach Auffassung Stresemanns sah das Programm Erhardts »als Kernpunkt vor, die Deutsche Volkspartei in ganz Deutschland, aber zunächst in den Ländern, zu zwingen, sich dem Diktat der Wehrverbände zu unterwerfen«, um ihr im Falle einer Weigerung »das Geld abzujagen und sie auf diese Weise manövrierunfähig zu machen«, Vermächtnis II, S. 411.

[99] Siehe Anm. 20.

[100] Die »Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands« (VvVD) waren die lose Dachorganisation von etwa 140 Offiziersverbänden und Angestelltenorganisationen (Vors. bis 1925: Fritz Geisler; 1925–1933: Graf von der Goltz), siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 314–321; James M. Diehl, Von der »Vaterlandspartei« zur »Nationalen Revolution«: Die »Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands (VvVD)« 1922–1932, in: VfZ 33 (1985), S. 617–639; zu den Beziehungen Hugenbergs zum VvVD siehe Holzbach, S. 145 ff.

[101] Gustav Graf v. d. Goltz (1865–1946), Offizier. Febr. 1919 Gouverneur von Libau und Kommandeur des 6. Reservekorps in Lettland (Generalmajor), im Okt. 1919 auf Druck der Alliierten abberufen. 1925–1933 (als Nachfolger Geislers) Vors. der Vereinigten vaterländischen Verbände.

Resolutionen in die Welt zu schicken. Das halten Sie bitte auseinander, wenn Sie Resolutionen von den sogenannten Vereinigten vaterländischen Verbänden hören oder sehen. Und wenn Sie auch einmal eine Dummheit von den Führern der sonstigen Wehrverbände hören, so möchte ich doch noch einmal meinen Appell wiederholen, dort hineinzugehen. Ich würde es für falsch halten, wenn wir sagen wollten: Geht nicht da hinein, da ist nicht unser Lager. Wir müssen hinein und in möglichst großer Stärke, dort unserem Geist zum Durchbruch verhelfen (Bravo!).

Reichstagsabgeordneter Dauch (Hamburg): Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Dr. Caspari bitten, seinen Antrag ganz zurückzuziehen. Denn wir haben im Reiche, namentlich aber auch im Sparausschuß, immer darauf gedrängt, daß das Finanzministerium ebenfalls abbauen solle. Jetzt haben wir es erreicht. Würden wir eine solche Entschließung fassen, dann würden wir uns ja selbst in einem gewissen Grade desavouieren. Was das Personelle anlangt, so sollte das lieber in anderer Weise angefaßt werden. Wir haben doch unsere Minister im Kabinett. Denen soll man Einzelheiten mitteilen, dann ist es möglich, etwas zu veranlassen, was den Wünschen entspricht, die hier zutage getreten sind. Auf der anderen Seite würde ich auch nicht eine Entschließung billigen, die nachprüfen soll, ob die rechtlichen Grundlagen für die Verordnung gegeben sind. Es ist doch schließlich ein Schritt des Kabinetts, und in welche Lage kommen wir denn, wenn auf einmal der Zentralvorstand eine solche Forderung erhebt. Dann noch folgendes. In dem Antrag war doch zwischen den Zeilen zu lesen, als würden von uns die Beamtenbelange nicht entsprechend vertreten. Dazu möchte ich Ihnen sagen: Gerade unsere Partei hat im Laufe der letzten Jahre sich so oft vor die Beamten gestellt, wenn von anderer Seite gegen die Grundrechte der Beamten Sturm gelaufen wurde, daß es einer solchen, ich will sagen, Ermunterung nicht bedarf.

Was die Stellungnahme zu den inner- und außenpolitischen Fragen anlangt, so hat Herr Dr. Stresemann ganz genau bis auf den I-Punkt referiert, was die einstimmige Meinung der Reichstagsfraktion ist, so daß eigentlich darüber kaum noch etwas zu sagen ist. Nun sind aber heute hauptsächlich zwei Punkte in der Diskussion hervorgetreten: Einmal die Aktion Jarres-Gayl und zweitens die Rede von Dr. Silverberg. Es ist ja gut, wenn hier Kritik geübt wird, obwohl sie mir gegenüber unserem verdienstvollen Parteifreund Jarres doch etwas zu weit zu gehen schien. Aber es ist gefährlich, wenn in der Öffentlichkeit diese beiden Themata fort und fort erörtert werden (Sehr richtig!). Das schadet uns außerordentlich. Unsere Stellung ist heute so gut in politischer Beziehung, daß wir absolut keine Veranlassung haben, irgendwie insofern aus unserer Reserve herauszutreten, daß wir entweder nach links oder nach rechts optieren. Mit solchen Erörterungen in der Presse machen Sie uns die Politik im Reich schwer. Lassen Sie doch die Leute auf uns zukommen.

Ich möchte an folgendes erinnern – wir sagen das heute nicht in der Öffentlichkeit aus dem einfachen Grunde, um unsere Position nicht zu stören –, aber wir haben in der Reichstagsfraktion am 12. Januar 1924, also vor zweieinhalb Jahren, eine richtungsgebenden Beschluß gefaßt. Der ist von uns wieder erwähnt und bestätigt worden auf unserer Zusammenkunft in Rüdesheim.[102] Wir streben selbstverständlich da-

[102] In ihrem Beschluß vom 12.1.1924 hatte die Reichstagsfraktion »Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Koalition« als ihr Hauptziel bezeichnet, siehe Dok. Nr. 55, Anm. 2. Das Proto-

nach, alle bürgerlichen Parteien zusammenzufassen, aber um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir frei sein. Wir können nicht so frei handeln und für uns Vorteile herausholen, wenn wir von der einen oder anderen Seite nach rechts oder links gedrängt werden. Lassen Sie doch die Leute auf uns zukommen. Darin besteht unsere große Stärke heute, daß wir ruhig warten können. Wenn Sie uns in der Beziehung freie Hand lassen, bin ich überzeugt, daß wir in Jahresfrist – denn so schnell mahlen die Mühlen nicht – doch ein Resultat aufzeigen können, mit dem wir zufrieden sein können.

Landtagsabgeordneter Dr. Böhm[103] (Remscheid): Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als Vertreter des am stärksten volksparteilich vertretenen Bezirks der Rheinprovinz ein paar Bemerkungen zur Tagesordnung. Wir bedauern, daß wir mit unserem verehrten Freund Jarres seinen Weg nicht mitgehen konnten aus den Gründen, die von den Vorrednern im allgemeinen angeführt sind. Es ist uns aber ein Bedürfnis, hier ausdrücklich zu betonen, daß diese Differenz in keiner Weise die große Liebe und Verehrung berührt, die wir zu unserem Landsmann Dr. Jarres haben (Lebhafter Beifall). Wir sind darüber hinaus stolz darauf, daß wir einen Mann in unseren Reihen haben, der die Möglichkeit hat, sich einmal über die Parteien hinwegzusetzen und der trotzdem sich treu und fest zur Deutschen Volkspartei bekennt (Bravo!). Wir wollen auch nicht vergessen, daß gerade diese wunderbare Gabe der Ausgleichung es doch gewesen ist, die unserem Freunde Jarres im vorigen Jahre die vielen Stimmen zugeführt hat[104] (Beifall).

Ein paar Worte zu der inneren Lage. Wir freuen uns, daß hier die vollständige Ungebundenheit der Fraktion nach rechts und nach links betont worden ist. Es kann ja nicht anders sein, als daß wir bei unserer Tätigkeit die vaterländische Arbeit voranstellen und die Mitarbeiter suchen, die arbeitswillig und -fähig sind, und daß das unter Umständen auch Leute sein können, die politisch von uns meilenweit entfernt sind. Aber ich halte es doch, wie Kollege Dauch eben angeführt hat, für dringend wünschenswert – auf diese Äußerung will ich mich beschränken –, daß bei dieser zeitweisen praktischen Notwendigkeit vielleicht der Gedanke der Resolution vom

koll der Sitzung der Reichstagsfraktion am 29.9.1926 in Rüdesheim (BAK R 45 II/67, p. 13) erwähnt eine Bestätigung des Beschlusses vom 12.1.1924 nicht.

[103] Willy Boehm (* 1877), Arzt. Stadtverordneter in Remscheid. 1925–1933 MdL Preußen (DVP).

[104] Am 26.4.1925 war Generalfeldmarschall Hindenburg im zweiten Wahlgang als Kandidat der im »Reichsblock« zusammengeschlossenen Rechtsparteien mit knapper Mehrheit vor dem Kandidaten des »Volksblocks«, Marx, zum Reichspräsidenten gewählt wurden. Der Duisburger Oberbürgermeister Jarres (DVP) hatte als Kandidat von DVP und DNVP im ersten Wahlgang am 29.3.1925 zwar die höchste Stimmenzahl erhalten (10,42 Millionen), seine Kandidatur für den 2. Wahlgang war aber von den im »Reichsblock« zusammengeschlossenen Rechtsparteien zugunsten einer der Kandidatur Hindenburgs zurückgezogen worden. Siehe dazu detailliert Thimme, S. 125ff. Zur Haltung Stresemanns, der einer Kandidatur Hindenburgs (im Gegensatz zu 1920) äußerst skeptisch gegenüberstand, siehe Vermächtnis II, S. 43ff.; Turner, S. 190ff.; zu einer Analyse beider Wahlgänge siehe Hans-Joachim Hauss, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten, Kallmünz 1965; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 234ff.; Karl Holl, Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische Republik. Zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von 1925, in: VfZ 17 (1969), S. 254–275; zu Hindenburg siehe Dorpalen, S. 68ff.; Wheeler-Bennett, S. 266ff.; Noel D. Cary, The Making of the Reich President 1925. German Conservatism and the Nomination of Paul von Hindenburg, in: CEH 23 (1990), S. 179–204.

Januar [19]24, daß wir auf eine große bürgerliche Regierung hinsteuern, nicht verblaßt.

Bezüglich der vaterländischen Verbände möchte ich sagen: Ich glaube, niemand hat so wie die Deutsche Volkspartei die Gründung und die Gründungsgedanken dieser Verbände seinerzeit begrüßt, und wir sind es zweifellos an vielen Orten gewesen, die überhaupt die Lebensfähigkeit dieser Verbände erst bedingt haben. Heute scheint es so, daß, während die Volkspartei diese Gründungsideen, nämlich die allgemeine vaterländische Sammlung über die Parteien hinweg, allerdings noch betreibt, diese Ideen in der Führung dieser Verbände vielfach verblaßt und verschwunden sind und daß hier statt einer vaterländischen Sammlung ein Geist einzieht, der sehr viel enger ist und in die allgemeine vaterländische Sammlung eine Spaltung hineinbringt. Und da bin ich allerdings der Meinung: das muß irgendwie entschieden werden. Das ist meine persönliche Anschauung. In welcher Form, mag dahingestellt bleiben. Ob der Weg gangbar ist, die Führer in den vaterländischen Verbänden dadurch zu beeinflussen, daß wir stärker in den Verbänden vertreten sind, kann ich nicht beurteilen. Bisher hat auch eine starke Vertretung von Angehörigen unserer Partei in einzelnen Gruppen leider allzu wenig Nutzen gehabt.

Bezüglich der Außenpolitik ein paar ganz kurze Worte. Wir freuen uns der Genugtuung und begreifen sie, die Herr Dr. Stresemann empfunden hat, als am 9. September Deutschland unter allgemeinem Jubel der Nationen in den Völkerbund eingetreten ist. Wir wissen wohl, daß man von dieser Festbegeisterung allerlei abziehen muß. Aber es bleibt noch genügend übrig als Belohnung für die mühevolle Arbeit, die Herr Dr. Stresemann zielbewußt seit drei Jahren verfolgt hat, und dieser Anerkennung freuen wir uns mit ihm. Aber wir wollen doch – ich glaube, hier ist Ort und Zeit dazu – nicht vergessen, daß dieser Eintritt in den Völkerbund kein Endziel ist, sondern ein Anfang ist und bleiben wird und daß die mühevolle Arbeit erst jetzt beginnt. Ich habe in vielen Blättern Artikel zum Parteitag gelesen, wo davon gesprochen wird, der Parteitag werde ein Erntedankfest werden. So ist die Sache nicht. Ein Erntedankfest kann nicht gefeiert werden, wenn die Felder erst bestellt werden und die Saat erst gesät wird. Will man hier schon vergleichen, dann würde ich sagen: Wir haben ein Richtfest, wir haben das Gerüst gebaut, und nun kommt es darauf an, daß ein Haus gebaut wird, das wohnlich eingerichtet ist. Diese Arbeit steht bevor, und wir können stolz sein, daß wir einen Baumeister haben, zu dem wir Vertrauen haben. Er wird diesen Bau fachgerecht und beständig aufführen. Die Steine herbeizutragen, an dem Bau mitzuarbeiten mit allen denen, die arbeitswillig sind, das wird unsere tägliche und unablässige Pflicht in der Zukunft sein (Beifall).

Kollbach (Darmstadt): Meine Damen und Herren! Man erfährt, daß morgen beabsichtigt ist, aus der Mitte des Parteitags heraus den Parteitag zu einer Entschließung im Sinne des Reichsehrenmals in Lorch zu veranlassen.[105] In der Presse konnte man auch lesen, daß der Parteitag ein deutliches Bekenntnis für dieses Ehrenmal ablegen

[105] Im August 1924 hatten Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung die Errichtung eines Reichsehrenmals für die Gefallenen des Weltkriegs angeregt, siehe Kabinette Marx I/II, Dok. Nr. 242. Die Bundesvorstände der Frontkämpferbünde (Kyffhäuserbund, Stahlhelm, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten) hatten sich für die Schaffung eines »Ehrenhains« bei Bad Berka in Thüringen ausgesprochen, in der Diskussion war aber auch die Schaffung einer »Toteninsel« bei Lorch am Rhein. Die Entscheidung für einen be-

würde. Ich bin persönlich nicht geneigt, die Bedeutung dieser Angelegenheit zu unterschätzen. Ich bin auch ein Anhänger des Gedankens, das Ehrenmal in Lorch zu errichten, ohne dabei ein Freund der lauten Propaganda zu sein. Ich glaube aber, daß diese Frage durchaus nicht die parteipolitische Behandlung verträgt (Sehr richtig!) und daß es durchaus nicht wünschenswert wäre, wenn wir uns morgen eingehend nach parteipolitischen oder anderen Rücksichten mit diesen Fragen beschäftigen würden. Ich möchte infolgedessen die Anregung geben, daß wir die Frage erwägen, wie wir uns dazu stellen sollen, wenn tatsächlich morgen ein solcher Antrag dem Parteitag vorgelegt wird.

Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Verzeihen Sie, daß ich noch einmal spreche. Aber Sie werden es verstehen, denn man hat sich viel mit meiner Person und der von mir vertretenen Sache beschäftigt. Zunächst ein Wort zur tatsächlichen Berichtigung. Mein Freund Lohmann hat angeführt, ich hätte nicht richtig berichtet, indem ich behauptete, daß die ganze Fraktion des Staatsrats seinerzeit dem Aufruf zugestimmt habe; es habe Herr Oberstudiendirektor Becker dagegengestimmt. Das ist nicht richtig, und der hier anwesende Schriftführer der Fraktion, Herr Kollege Hallensleben, ist in der Lage, das zu bestätigen, auch nach dem Protokoll, daß allerdings Herr Dr. Becker in mehrfacher Hinsicht auch formaler Art Bedenken gegen die Fassung erhoben hat, daß aber der Vorsitzende der Fraktion zweimal hat feststellen können, daß alle anwesenden Mitglieder zugestimmt hätten. So liegt die Sachlage. Und von den stellvertretenden Mitgliedern haben bisher zwei ihre Erklärung noch nicht abgegeben.

Dann zur Sache. Was ich mit der Fraktion des Staatsrats zu vertreten hatte und auch hier vertreten habe, hat hier, wie ich nicht anders erwartet habe, eine durchweg ablehnende Kritik erfahren. Das hindert mich nicht, meiner Überzeugung Ausdruck zu geben, daß auch hier im Saale eine ganze Reihe von Herrschaften sind, die im Grunde unserer Auffassung nicht nur zuneigen, sondern sie auch unterstützen und teilen (Sehr richtig!). Die Diskussion ist nun meiner Meinung nach etwas abwegig gelaufen. Ich möchte zunächst feststellen, daß unsere Anregung keineswegs dahin lief – und das ist doch wohl zur Genüge betont worden –, die beiden Fraktionen und Parteien zu verschmelzen. Das lehnen wir als Antragsteller ab, wenn auch nach meiner persönlichen Überzeugung in einer weiteren Zukunft sich die Hoffnungen auf eine wirkliche organische Zusammenarbeit dieser beiden so verwandten Gruppen verwirklichen könnten. Das wollen wir nicht. Es soll nach unserer Meinung nur der Parteitag und auch der Zentralvorstand nicht auseinandergehen, ohne wenigstens der Tendenz dieses Aufrufes in der Richtung gerecht zu werden und ihr zuzustimmen. Das braucht meiner Meinung nach nicht notwendig durch eine Erklärung [zu] geschehen. Es geschieht vielleicht am besten dadurch, daß unser verehrter Herr Parteivorsitzender zum Ausdruck bringt, daß wir nach wie vor auf dem Boden stehen, den im Januar 1924 die Partei bereits zum Ausdruck gebracht hat; daß sie bereit ist, – namentlich auch nach den Erklärungen des letzten deutschnationalen Parteitags – mit allen Parteien zusammenzugehen, die willens sind, eine nationale, reale Politik in ehrlicher und dauernder Zusammenarbeit mit uns zu machen (Sehr gut).

---

stimmten Standort wurde jedoch zunächst vertagt; zum weiteren Verlauf siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 243.

Ich glaube, wir können an den Fragen, die nun jetzt die Öffentlichkeit auch meiner Meinung nach mehr als notwendig beschäftigt haben, nicht schweigend vorübergehen und über dieses Problem hinwegtänzeln. Nachdem von dem deutschnationalen Parteitag eine Erklärung unzweideutiger Art zum Ausdruck gekommen ist, bin ich der Meinung, daß wir doch in nicht mißzuverstehender Weise durch den Mund unseres Vorsitzenden, wenn möglich auch durch eine Erklärung – ich lege aber auf das letztere weniger Wert – zum Ausdruck bringen: Auch wir bleiben bei dem, was wir vor langer Zeit schon gesagt haben. Nun ist mit berechtigter Entrüstung auf die ganz ungehörige, fast pöbelhafte Art hingewiesen worden, wie aus rechtsstehenden Blättern gegen unsere Partei und namentlich gegen unseren verehrten Vorsitzenden auch noch in den letzten Wochen angekämpft worden ist. Das kann keiner von uns billigen; im Gegenteil, wir haben das Recht und die Verpflichtung und das Bedürfnis, solche Ungehörigkeiten in aller Form zurückzuweisen. Aber, meine Damen und Herren, was von Pressestimmen heute verlesen worden ist, das war doch wirklich aus kleinem und unbedeutendem Munde hervorgegangen (Widerspruch. – Vorsitzender Dr. Stresemann: Herr Dr. Jarres meinte damit: aus kleinem deutschnationalem Munde!). Anders war es wohl kaum zu verstehen. Aber, meine Herren, ich glaube, wenn Sie die ernste und maßgebende deutschnationale Presse in den letzten Monaten verfolgt haben, so ist dort, was die Frage eines Zusammengehens irgendeiner Art mit uns angeht, ziemlich klar und auch mit wohltuender Zurückhaltung zum Ausdruck gebracht worden, daß man entschlossen sei, diesen Weg zu gehen. Vielleicht ist von unserer Seite auch nicht ganz ohne Sünde verfahren worden. Ich muß hier betonen: Ich habe es nicht für richtig gehalten und halte auch heute nicht für richtig die Art und Weise, wie unsere offizielle und offiziöse Parteipresse die Anregung des Staatsrats aus unserer Mitte mit einer schulmeisterlichen Art behandelt hat, die nicht notwendig war und woraus nun weite Kreise der Deutschnationalen ersahen: Es wird a limine etwas abgelehnt, was wenigstens wohlgemeint aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei zur Debatte gestellt war. Wie man darüber urteilt, falls es zu einer Tuchfühlung, die wir im Sinne haben, kommen sollte, darüber können die Propheten verschiedener Meinung sein. Wenn ein Herr in der Diskussion gemeint hat, nachher würde unser verehrter Herr Dr. Stresemann wohl Veranlassung haben, auf die Trümmer des Wahlkampfes zurückblickend, mir zuzurufen: Jarres, Jarres, redde mihi legiones, so teile ich diesen Pessimismus nicht. Ich bin der Auffassung, daß ein solcher Sammelruf uns zum Heil gereichen würde.

Wenn aber hier ein pathetischer Imperativ Herrn Dr. Stresemann in den Mund gelegt wurde, so könnte ich einen konkreten Imperativ aus dem Horaz anführen: Carpe diem! – Laß den Tag nicht ungenützt vorübergehen! Nach meiner Meinung ist jetzt ein Tag, wo wir Verbindung nehmen müssen und können, ohne uns selbst zu schaden. Wenn unsere Überzeugung richtig ist, daß ein wertvoller Stimmungswechsel in den Reihen unserer rechten Nachbarpartei vor sich gegangen ist, und wenn wir diesen Stimmungswechsel begrüßen, dann bin ich der Meinung, man soll diesen Tag des Stimmungswechsels auch benutzen. Denn geht er fruchtlos vorüber, dann könnten sich die Stimmungen und Anschauungen, die sich zu nähern scheinen, unheilvoll und unvereinbar auch für die Zukunft wieder trennen, und das würden wir doch, glaube ich, alle bedauern in einer Partei, die mit der Deutschnationalen Partei zwar sehr viele Fehden gehabt hat und der gegenüber sie sehr viel Grund zur Unzufriedenheit

gehabt hat, mit der uns doch aber Mannigfaches verbindet: die Tradition und die politischen Aufgaben des Tages. Lassen Sie diesen Tag nicht unbenutzt vorübergehen! Benutzen Sie ihn jedenfalls in der Weise, daß die Betonung unseres seit Jahr und Tag eingenommenen Standpunktes zum Ausdruck kommt: Auch mit den Deutschnationalen wollen wir, wenn sie sich auf diesen realpolitischen Boden stellen, zusammengehen (Rufe: Wenn!). Das ist eine Vorbedingung. Ja, Sie sind weiser in der Politik als ich. Aber ich verfüge über den normalen Menschenverstand des Beobachters und Lauschers, und wenn Sie die Vorzüge größerer Taktik in sich haben, so erlauben Sie, daß ich lediglich als Praktiker zu Ihnen spreche. Es war unser unvergeßlicher Führer Rudolf v. Bennigsen – nicht der schlechteste unter den politischen Führern der Vergangenheit –, der im Jahre 1886 gesagt hat: Ich sehe das Heil des deutschen Volkes darin, daß sich die gemäßigten liberalen Elemente mit den gemäßigten konservativen Elementen zu dauernder Arbeit vereinen. Meine Damen und Herren! Die Möglichkeit einer solchen Verständigung ist auf dem Marsche, und ich möchte wünschen, daß die Möglichkeit, die hier besteht, nicht ausgeschlagen wird von der Volkspartei, zu der wir uns alle jetzt und in Zukunft bekennen (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, da die Rednerliste erschöpft ist, ein kurzes Schlußwort zur Diskussion des heutigen Tages zu sagen. Wir haben nun einmal soviel lateinisch gesprochen, und da möchte ich meine Empfindung über den Aufruf der Herren Dr. Jarres und v. Gayl auch in ein lateinisches Wort kleiden. Ich habe dabei die Empfindung gehabt, und das wollte ich Ihnen zurufen: Jarres, noli turbare circulos meos (Heiterkeit)! Das war das, was mir vor Augen stand, als ich mir sagte: Hier ist anscheinend aus dem Gefühl einer Stunde heraus, aus der Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten, die außerhalb der Parteiarbeit der Deutschnationalen stehen, eine Folgerung gezogen worden, die nicht zutrifft auf den weiten Kreis, wie sie erfolgreich gewesen sein mag bei dem engen Kreis.

Herr Dr. Jarres, ich werde es nie vergessen, daß in der schwersten Zeit meiner Arbeit, als ich Reichskanzler war, ein deutschnationales Mitglied des Staatsrats – es war Freiherr v. Maltzahn[106] – einer der ersten gewesen ist, der mir damals das Vertrauen auch deutschnationaler Mitglieder des Staatsrats zum Ausdruck gebracht hat, in einer Zeit, als seine Partei sich dazu nicht durchgerungen hat.

Sie haben eben Bennigsen mit vollen Recht zitiert. Ich glaube, niemand von uns wird diesen Satz nicht für heute gelten lassen. Aber die Frage, um die es sich handelt, ist doch die: Wie erreichen wir es, daß die gemäßigten Deutschnationalen die Führung in ihrer Partei in die Hand bekommen (Sehr richtig). Und ich glaube, daß die Entwicklung, die auf dem Marsche war, von der ich hoffe, daß sie auf dem Marsche ist, am besten weiter gefördert wird durch eine unbeirrte sachliche Politik der Deutschen Volkspartei, die diesen Männern den moralischen Mut gibt, sich einmal gegen diejenigen zu wenden, mit denen man uns nicht zumuten kann, zusammenzugehen (Lebhafte Zustimmung). Was ich vermisse bei den Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei, die auf unserem Standpunkt stehen – und derer gibt es viele – das ist das, daß sie immer nur zu uns kommen wie Nicodemus in der Nacht und uns

[106] Hans Jasper Freiherr v. Maltzahn (1869–1929), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst, 1908–1918 MgPrAH (Konservative); 1914–1916 politischer Berater des Kronprinzen, scharfer Gegner Bethmann Hollwegs.

unter vier Augen streng vertraulich sagen, daß sie die ganze Richtung ihrer Partei für verderblich halten, daß sie sich längst dazu durchgerungen hätten, daß es eine andere Außenpolitik nicht gäbe; daß sie aber dann nach außen hin nicht mit Entschiedenheit von denen abrücken, die das Gegenteil in ungehöriger und ungeziemender Form zum Ausdruck bringen (Sehr richtig!). Und ich vermisse – und jetzt spreche ich nicht von kleinen Leuten, sondern von den Führern der Deutschnationalen –, daß sie einmal vor ihren öffentlichen großen Versammlungen etwas von dem zum Ausdruck bringen, was sie innerlich empfinden. Ich spreche jetzt gar nicht von den persönlichen Angriffen. Lassen Sie das beiseite. Ich finde, das schlägt letzten Endes nur auf die Leute zurück, die sich derartiger Mittel bedienen (Sehr richtig!).

Aber nun gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, was am 26. September – also nach Genf – Exzellenz Hergt, also doch sicherlich einer der ersten Führer –, über die deutsche Außenpolitik gesagt hat. Sein Referat in München faßt der »Fränkische Kurier« dahin zusammen, daß sich durch die Erörterungen von Thoiry die Außenpolitik in eine Richtung hat drängen lassen, die der Wahrung nationaler Interessen abträglich ist (Hört! Hört!). Meine Damen und Herren, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich sage: Da hört doch eigentlich der Bindfaden auf. In dieser Unterhaltung in Thoiry wird zum ersten Male von dem französischen Außenminister zugesagt, daß das ganze Rheinland geräumt werden müsse, daß das Saargebiet Deutschland gehöre und daß die Militärkontrolle aufhören solle, und dann höre ich, daß diese Unterhaltung in Thoiry den nationalen Interessen Deutschlands abträglich ist. Das ist doch keine Kritik mehr, das ist Kritik um jeden Preis. Man kann machen, was man will, es wird immer versucht – und das ist das Unerhörte und Ehrverletzende –, die Wahrung der nationalen Interessen als deutschnationale Parteieigenschaft hinzustellen (Sehr wahr!).

Herr Hergt spricht dann von dem deutschen Großmut gegen Polen, zu dem keine Veranlassung gewesen wäre. Nun nehme ich ihm das nicht übel. Das ist eine Frage, über die man verschiedener Meinung sein kann. Aber nun geht's weiter: »Was Thoiry betrifft, so hatten wir Deutschnationalen nur die kleine Lösung verlangt: Verringerung und Unsichtbarmachung der Besatzung. Stresemann bringt aber die große, gänzliche Befreiung des besetzten Gebietes. Dies ist übrigens von den Deutschnationalen längst verlangt« (Hört! Hört! und Heiterkeit). Ich hoffe, daß dieser Bericht an sich falsch ist, denn solche unlogischen Gedankensprünge sind doch kaum möglich. Nun heißt es weiter: »Aber auch diese Illusionen sind schon entschwunden. Die französische Presse schreibt bereits, daß die Dawes-Abgaben weitergehen ...«. Wieder ein vollkommenes Durcheinander; denn hier handelt es sich zunächst um die Befreiung des besetzten Gebietes und nicht um die Lösung der Dawes-Frage. Weiter: »... und daß das Saargebiet nicht in den Pakt eingeschlossen würde. Aber abgesehen von dem allem, wie will denn Stresemann das alles begleichen? Er gleicht dem Mann, der sagt: Ich kann alles. Eupen-Malmédy[107], Kaiserhof, Befreiung der Rheinlande,

[107] Stresemann berichtete in einer Ministerbesprechung am 30. 6. 1926, »daß die Rückgewinnung der beiden Kreise voraussichtlich mit einem Kostenaufwand von einigen hundert Millionen zu erreichen sein werde«, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 46. Reichsbankpräsident Schacht hatte am 28. 6. 1926 mit dem belgischen Delegierten bei der Repko, Delacroix, inoffiziell über finanzielle Gegenleistungen Deutschlands für eine Rückgabe Eupen-Malmedys durch Belgien verhandelt, siehe ADAP, Serie B, Bd. I, 1, Dok. Nr. 259; die mit Briand in Thoiry getroffene Über-

Saargebiet«. Und nun sagt er: »Untragbar ist es, daß hierbei Deutschlands Ansprüche ganz vernachlässigt worden sind. Es ist auch nicht jedermanns Sache, politische Auseinandersetzungen zu reinen Geldgeschäften zu machen. Es ist doch unendlich vornehmer, das, worauf man einen Rechtsanspruch hat, zu verlangen und es nicht zum Gegenstand eines Kuhhandels zu machen« (Lachen).

Ich muß sagen: Das ist nun nicht irgendwie die Stimme einer kleinen Ortsgruppe, das ist der Führer der Partei auf einem Parteitag! Wenn Herr Hergt schon nicht informiert war, konnte er sich informieren. Er konnte und mußte das eine wissen, daß in den Abmachungen von Thoiry von uns nichts zugestanden worden ist, was auch nur einen Pfennig Mehrlasten für Deutschland ausmacht, sondern daß es sich darum handelte, in einer Erleichterung von Transferbestimmungen in einer bestimmten Grenze das, was wir heute schon zahlen, in bar zu transferieren und damit die Transferierungen nach anderen Ländern zu verstärken. Ich gehe auf diese Frage, weil hier immerhin eine gewisse Öffentlichkeit ist, aus ganz bestimmten, wohlerwogenen Gründen nicht ein. Denn unsere Position ist in Bezug auf diese Gegenleistung gar nicht so furchtbar stark. Ich bin der Meinung, daß es prinzipiell etwas unendlich Großes bedeutet, die Transferbestimmungen abzuschwächen, daß darin eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung liegen kann, und ich würde dankbar sein, wenn das in jeder Beziehung stark zum Ausdruck käme. Aber es hat im Kabinett und in der Reichstagsfraktion – und ich möchte hinzufügen: ich glaube, bei jedem denkenden Menschen – über eines gar kein Zweifel bestanden: Wenn jemals das Wort carpe diem richtig war, dann müßten Sie mich mit Schimpf und Schande wegjagen, wenn ich bei einer derartigen Einstellung des französischen Außenministers nicht diesen Augenblick ergriffen, sondern mich auf den Standpunkt gestellt hätte: Darauf haben wir ein formales Recht, das geht uns gar nichts an, das kommt doch.

Diese Art und Weise, immer das formale Recht in den Vordergrund zu stellen, ist im übrigen auch gar nicht konservativ, das ist absolut nicht bismarckisch; es ist Pazifismus in Reinkultur zu glauben, daß irgendwie das formale Recht der Völker das Entscheidende im Völkerleben ist (Sehr gut!). Ich hatte geglaubt, daß die rechtsstehende Deutschnationale Partei mit uns darin einig wäre, daß im allgemeinen die Weltgeschichte durch die Machtverhältnisse entschieden wird, und wenn ich nun ohne jede Macht in Händen versuchen muß, Dinge, die möglich sind, schnell nach Hause zu bringen, dann habe ich nur die eine Möglichkeit: da, wo wir etwas geben können auf wirtschaftlichem Gebiet, dies in die Waagschale zu werfen. Und glauben Sie mir: Herr Briand hat jetzt wahrscheinlich wieder einen schweren Stand in seinem Ministerrat, weil die französische Presse hervorhebt, daß ja hier eine neue finanzielle Leistung, die ein Plus auf die bisherige Leistung gibt, nur in einer ganz bestimmten Art der Zahlung, nicht in neuen Zahlungen zum Ausdruck komme. Und nun kommt – das will ich sachlich ansehen – Herr Hergt in seiner Kritik und sagt: Wir erwecken den Eindruck, als schwämmen wir im Golde, – wo ich nicht einen Pfennig mehr angeboten habe, als wir heute zu zahlen haben! Wir tun, als ob wir der Bankier der

einkunft beinhaltete auch das französische Einverständnis zur Fortführung dieser Verhandlungen. Zur Frage von Eupen-Malmedy insgesamt siehe Manfred J. Enssle, Stresemanns's Territorial Revisionism. Germany, Belgium and the Eupen-Malmedy Question 1919–1929, Wiesbaden 1980.

Welt werden könnten. Stresemanns Anerbieten bedeutet den Verzicht auf jede Erleichterung (Pfui). Das ist alles festgedruckt! »Wenn einmal« – sagt Hergt – »diese Obligationen begeben sind, können wir sie nicht mehr zurückholen«. Ich habe mal in München gesagt: Wenn Leute über den Dawesplan sprechen, dann sollten sie ihn wenigstens gelesen haben. Die Obligationen können ja jederzeit begeben werden. Sie konnten bisher praktisch nicht herauskommen, weil das Fehlen der Transfererleichterungen sie nur zu ganz niedrigerem Kurse hätte kommen lassen.

Aber weiter! Der Mann hat ja von Tuten und Blasen keine Ahnung. In diesem Augenblick, wo die Obligationen in Bewegung kommen, kommt die Gesamtlösung in Bewegung. Die Obligationenschaffung ist ja schließlich das, worauf sich die ganze Kriegsschuld Deutschlands, d. h. die Endsumme aufbauen soll, und zwar glaube ich unter Bedingungen, die wesentlich anders sind als das, was man früher von Deutschlands Kriegsschuld gesagt hat.[108]

Nun möchte ich das nicht weiter sachlich vertiefen, sondern nur folgendes sagen. Wenn die Deutschnationale Partei in die Regierung einträte und wenn Sie, lieber Kollege Jarres, der eine Ihrer hervorragendsten Eigenschaften die Herzensgüte ist, weiter glauben, daß allgemein bei den Deutschnationalen die Empfindung bestände, nun Reihe an Reihe mit uns zu kämpfen: Wie wollen Sie denn das auch nur der eigenen Partei klarmachen, wenn der Führer der Deutschnationalen auf die Besprechung von Thoiry mit einer derartigen Rede reagiert (Lebhafte Zustimmung). Das ist doch nicht eine Ankündigung mitzuarbeiten, das ist wieder eine Kampfansage, und ich sollte glauben, daß selbst ein Deutschnationaler – mag er sonst den Weg nach Locarno und Genf für falsch gehalten haben, mag er der Meinung sein, wir wären auf anderem Wege zu demselben Ergebnis gekommen – wenigstens in dem Augenblick, wo dieses Ergebnis einigermaßen in der Nähe zu sein scheint, wirklich anders darüber sprechen könnte, als dem Volk in Volksversammlungen mit derartigen Dingen zu kommen. Das zeigt doch – und das schätze ich viel höher ein als den persönlichen Kampf gegen mich –, das zeigt doch – verzeihen Sie den Ausdruck –, wie wenig moralischen Mut diese Leute haben, wie wenig sie anerkennen können: Wir müssen jetzt dabei stehen. Ich hätte es ihnen nicht im geringsten übelgenommen, wenn sie gesagt hätten: Darauf haben wir ein Recht, wenn sie gesagt hätten, daß diese Gegenleistung eine schwere Erschütterung für uns bedeutet, daß wir das bis zum letzten prüfen müßten, Frankreich verlange zu viel. Das ist nationale Opposition, die ich anerkenne, die ich will. Aber man soll nicht immer dem Volke in dieser Weise Dinge direkt falsch darstellen. Wenn wir das Saargebiet zurückerhalten – nach dem Vertrag von Versailles müssen wir die Saargruben ablösen[109], das ist nicht zu ändern –, aber wenn die Franzosen auf diese Dinge verzichten, so hat das doch

[108] Der Dawes-Plan setzte keine Gesamtsumme für die deutschen Reparationszahlungen fest, sondern regelte lediglich Höhe, Zusammensetzung und Sicherung der jährlichen Zahlungen Deutschlands. Formell wurden die Londoner Beschlüsse vom Mai 1921, die eine deutsche Gesamtschuld von 132 Milliarden Goldmark vorsahen, nicht außer Kraft gesetzt; zum Londoner Zahlungsplan siehe Dok. Nr. 37, Anm. 3.

[109] Der Versailler Vertrag sah in Abschnitt IV, Anlage 1, § 36 vor, daß Deutschland im Falle der Rückgliederung des Saarbeckens die Kohlegruben zu einem in Gold zahlbaren Preise zurückkaufen mußte. In ihrer Unterredung in Thoiry einigten sich Stresemann und Briand auf einen Rückkauf der Saargruben durch Deutschland für 300 Millionen Reichsmark, siehe ADAP, Serie B, Bd. I, 2, Dok. 88, 94.

auch kein Mensch geglaubt. Wenn früher deutsches Land, das zum Reichsgebiete gehörte, wieder zu uns kommt – dann hat mir, das darf ich wohl sagen, eine der ersten Persönlichkeiten des Rheinlandes gesagt: Dafür brauchen Sie kein Reichsgeld, die Befreiungsanleihe wird, wenn sie morgen in Köln aufgelegt ist, bis zum Mittag im Rheinlande selbst gezeichnet sein (Bravo!). Und wenn wir um diese lumpigen 120 Millionen Eupen-Malmédy zurückbekommen können – weiß Gott, wie blind und engherzig und klein muß der sein, der nicht die weltgeschichtliche Bedeutung erkennt, daß damit der Versailler Vertrag zum ersten Mal durchbrochen ist (Stürmischer Beifall)!

Ist es denn nun wirklich richtig, daß, wenn solche Dinge schweben, der Führer der Deutschnationalen nichts anderes sagen kann, als daß das ein Kuhhandelsgeschäft wäre, daß es unvornehm wäre, das mit derartigen Dingen irgendwie im Zusammenhang zu bringen? Und sehen Sie, das ist gerade die Art und Weise, wie man die Sache kaputtmacht. Wir müssen die ganze Sache mit Belgien und den anderen doch so aufziehen, daß es irgendwie ein Verzicht auf ein Recht ist. Wir müssen dulden, daß dann der Belgier sich sonnt und sagt: Wir wollten das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchbringen, wir, das Volk vom hohen Idealismus, wollen nicht fremde Völkerschaften bei uns haben. Aber dann darf man bei uns nicht nur mit Hohn und Spott sagen: Das ist unser Recht, das bekommen wir sowieso. Das ist eine Art von Außenpolitik, bei der man sich vielleicht wundern könnte, wenn ein kleiner Wanderredner das sagte, aber nicht zu begreifen ist es, wenn der Führer der Deutschnationalen Partei derartige Reden hält.

Es ist nun die Frage aufgeworfen, ob nicht eine Gefahr in diesen Abmachungen läge, um die, wie ich wiederholt betone, in Paris und Brüssel kolossal gekämpft werden wird. Denn die Männer, die drüben dafür eintreten, sehen sich ja selbst den schärfsten Angriffen ausgesetzt. Es ist von Herrn Dr. Lohmann mit vollem Recht davon gesprochen worden, ob nicht eine Gefahr darin bestände, wenn man durch diese Aktion nicht nur den Franken, sondern Herrn Poincaré stabilisierte. Daß ich bei der letzteren Stabilisierungsaktion nicht der Helfer zu sein wünsche, werden Sie verstehen. Aber ich habe diese Frage mir durchaus überlegt, habe auch mit anderen aus dem anderen Lager darüber gesprochen und doch die Antwort erhalten, die doch auch logisch richtig ist, daß, wenn diese Dinge zustande kommen, es der Triumph des Herrn Briand ist, weil sich jedermann in Frankreich sagen wird: Ohne diese Politik von Briand wären wir mit den Deutschen nicht in Beziehungen gekommen, die ein derartiges Ergebnis herbeigeführt haben. Und Herr Briand ist des Wortes genug mächtig, um das dem französischen Volke gegenüber auch zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, wenn er der Meinung wäre, hiermit speziell den Ministerpräsidenten zu stabilisieren, der ihm gefolgt ist, würde er kaum selbst so damit einverstanden gewesen sein, als es für seine Person der Fall ist.

Nun lassen Sie mich daraus eine ganz nüchterne Schlußfolgerung ziehen. Ich muß hier abwägen zwischen Vorteilen und Nachteilen einer Regierungserweiterung. Es ist gar kein Zweifel, eine Deutschnationale Partei, die, wenn auch unter starken Gewissenskämpfen und starker Kritik Locarno mitgemacht hätte bis zum heutigen Tag, wäre eine großer Erleichterung für die deutschen Außenpolitik gewesen. Denn die Opposition drüben betont ja immer, daß hier eine große Partei außerhalb der Regierung stände, die ganz andere Ideen hätte. Aber was ich in verschiedenen Koalitionen

erlebt habe, das hat sich doch auch nach der Richtung abgezeichnet, daß man in der Deutschnationalen Partei nicht den Mut gehabt hat, den wir gehabt haben: auf Elemente zu verzichten, die nicht mitmachen wollen. Wenn wir seit Jahr und Tag so einig sind in der Deutschen Volkspartei, wie wir es in der Nationalliberalen Partei niemals waren, wo die Zentralvorstandssitzungen vielleicht interessanter, sensationeller, aber weniger fruchtbar waren, dann ist es doch aus dem Grunde, weil wir Leute ruhig haben gehen lassen, die nicht zu uns gehörten, und ich glaube, daß wir keine Veranlassung haben, uns den Blinddarm, den wir uns haben herausnehmen lassen, wieder einsetzen zu lassen (Heiterkeit und Zustimmung).

Aber wenn die Deutschnationale Partei ihrerseits begreift, was die Stunde von ihr verlangt, dann muß sie denselben Mut haben und muß die Freytagh-Loringhoven und die anderen zu den Völkischen gehen lassen und bewußt und klar erklären, daß sie diese Politik stützt, mitmacht und als die ihre erkennt. Sie verbaut sich sonst den Weg zum zweiten Male. Ich habe ihr ja den Weg geebnet, indem ich Herrn Hoetzsch aufgefordert habe, nach Genf zu kommen (Sehr richtig!). Ich habe geradezu darum gerungen, weil ich die Empfindung hatte, es wäre etwas Gutes, wenn wir da, wo wir zum ersten Male vor der Welt erschienen, zeigen könnten: Wir hauen uns wohl im Innern auf den Kopf, aber hier nach außen steht ganz Deutschland hinter dem deutschen Außenminister (Bravo!).[110] Hier hat aber sofort die deutschnationale Fraktion versagt und Herrn Hoetzsch wieder einmal nicht die Erlaubnis gegeben, mitzugehen und mitzuwirken, obwohl doch, wenn sie diesen Weg wollten, es der gegebene erste Schritt gewesen wäre. Der zweite Schritt ist diese Rede von Hergt vor acht Tagen. Wie soll ich daraus nun die Hoffnung schöpfen, daß mir der Weg der Außenpolitik erleichtert wird, wenn die Herren sich nicht selbst zu diesen Dingen bekennen und etwa später wieder im Kabinett mit dieser berühmten Politik kommen, vor jeder Konferenz unverzichtbare Vorbehalte der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen?

Wir haben auch unsere Bedenken zum Ausdruck gebracht. Es war auf zwei Parteitagen. Einmal – ich glaube, es war in Frankfurt – haben wir durch den Mund von Dr. Curtius vor den ersten Verhandlungen mit Frankreich unsere Vorbehalte zum Ausdruck gebracht. Aber ich glaube sagen zu dürfen, daß, von wenigen kleinen Punkten vielleicht abgesehen, das erreicht worden ist, was wir als Voraussetzung genannt hatten, weil wir im Rahmen dessen geblieben sind, was möglich war, und nicht die Dinge überspannt haben und nicht den zweiten Schritt taten, ehe der erste getan war. Wenn daher einen Sonntag vor unserem Parteitag solche Kundgebungen von jener Seite vorliegen, so glaube ich nicht, daß das die geeignete Ouvertüre gibt, um von unserer Seite eine Erklärung nach dieser Richtung abzugeben.

Ich bitte Sie, dabei zu bleiben. Ich habe nicht die Absicht, morgen in diese Polemik einzutreten. Aber ich bitte Sie, bei dem zu bleiben, was, glaube ich, der Auffassung der ganz überwiegenden Mehrheit des Zentralvorstandes entspricht: unseren Weg sachlich und objektiv zu kennzeichnen und nach keiner Seite eine Option auszuspre-

[110] Zur Zusammensetzung der Völkerbundsdelegation siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. 75, Anm. 7. Zur ablehnenden Haltung der DNVP hinsichtlich einer Beteiligung Otto Hoetzschs, der Stresemanns außenpolitische Linie unterstützte, an den Verhandlungen in Genf siehe auch die Mitteilung Bernhards an Stresemann vom 27. 8. 1926, PA NL Stresemann 42; Grathwol, S. 177f.

chen, sondern lediglich zu sagen: Jeder, der mit uns grundsätzlich und praktisch diesen Weg gehen will, ist uns willkommen (Lebhafte Zustimmung), und dann den anderen zu überlassen, ob sie, was ja das Schönste wäre, einmal von links und rechts zustoßen wollen, um jetzt, wo es sich um die letzte Befreiung des Rheinlandes handelt, dem Gesamtkabinett in Frankreich vielleicht auch ein Gesamtkabinett bei uns gegenüberzustellen. Ich muß leider sagen, daß ich zu der politischen Einsicht des deutschen Volkes nicht das Zutrauen habe, daß es dazu kommen wird. Wenn dem so ist, dann wird es aber gut sein, daß wir, die wir heute die Führung in diesen ganzen Dingen haben, auch unsererseits weiter führen und nicht den Eindruck erwecken lassen, als könnten wir ohne andere diesen Weg nicht gehen (Sehr richtig!).

Damit beantworte ich auch die Anfrage, die Herr Walter aus Rostock an mich gerichtet hat. Er möchte für die nächsten Jahrzehnte eine Richtschnur haben, ob unsere Partei darauf rechnet, die Deutschnationalen an sich zu ziehen, oder ob sie glaubt, daß man sich auf eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie einrichten soll. Meine Herren, die Frage kann ich nicht beantworten. Die Dinge sind viel zu sehr im Fluß. Ich habe oft unser ganzes Zeitalter als ein revolutionäres bezeichnet. Wir wissen nicht, ob Parteien, Parteiformen und Dogmen bleiben und wohin eine Entwicklung geht, die ganz anderen Generationen das Erlebnis der heutigen Zeit vermittelt. Sorgen wir dafür, daß wir einen richtigen Weg gehen und ziehen wir die Folgerungen daraus, je nach dem die ganze Entwicklung sich kennzeichnet. Wir würden einen falschen Weg gehen, wenn wir irgendein festes Dogma aufstellen wollten, und ich bin der Meinung: Die größte Freiheit, hier auch in Bezug auf einzelne Länder, ist das Richtigste; denn die Dinge können in Mecklenburg ganz anders liegen als in Bayern, in Thüringen ganz anders als in Preußen. Wenn wir zum Dogma erstarrten, dann würden wir den Fehler der alten Freisinnspartei machen, die den Liberalismus zugrunde gerichtet hat, indem sie Dogmen aufstellte, die von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung weggeschwemmt wurden und von denen sie nicht wieder zurückkam.

Ich glaube, ich habe damit das Hauptproblem umrissen. Ich möchte mich dem anschließen, was vorhin Herr Dr. Boehm gesagt hat: Wenn hier die Meinungen stark aufeinandergeprallt sind, so hat das und kann das selbstverständlich mit persönlicher Wertschätzung und Hochachtung gar nichts zu tun haben. Sehen Sie, Herr Kollege Dr. Jarres, es ist gut, wenn die Menschen, die außerhalb der Partei stehen, uns ihre Eindrücke übermitteln. Aber wir stehen nun wieder in des politischen Lebens Drang und sehen deshalb viele Dinge mit anderen Augen an. Und so sehr ich darum gebeten habe, daß wir morgen über diese Dinge nicht sprechen, so sehr halte ich es für einen Gewinn, daß wir uns hier unter uns ganz offen über diese Fragen ausgesprochen haben und, wie ich hoffe, uns auch klar gesprochen haben.

Ich darf dann nur noch auf eine Frage eingehen. Ich bitte dringend, den Parteitag nicht vor die Frage zu stellen, das Duell zwischen Lorch und Berka[111] vor seinem Forum sich abspielen zu sehen. Wenn unsere rheinischen Freunde ihrerseits eine Erklärung zu dieser Frage erlassen, so ist das genauso ihr Recht, wie das unsere thüringischen Freunde für Berka in Anspruch nehmen werden. Aber lassen Sie auch mich zu dieser Frage ein Wort sagen. Das Reichsehrenmal für die Toten denke ich

[111] Siehe Anm. 105.

mir als einen Ort, von dem das Wort gelten muß: Am Ruheplatz der Toten, da pflegt es still zu sein. Ich bin deshalb gegen jede Lösung, die ein Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges zum Schauplatz von Demonstrationen sich bekämpfender Verbände macht oder dazu geeignet ist. Ich fürchte sonst, daß wir es leicht erleben können, daß wir der Welt das beschämende Schauspiel geben, daß an einem Tage das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold[112], die andere Woche der Stahlhelm und die nächste Woche der Rote Frontkämpferbund[113] dahin kommen und Reden halten und daß, wenn in der Nähe Orte sind, an denen man nach der Feier – ich will noch annehmen, daß die Feier selbst würdig verläuft – zusammenkommt, wir dann in den Montagblättern die Zusammenstöße lesen, die am Sonntagabend in der Hitze und unter dem Einfluß mancher von uns sonst hochgeschätzter Getränke sich dort abgespielt haben.

Ich glaube, es müßten bei der Wahl des Ehrenmals zwei Gesichtspunkte gelten. Die Wahl kann nicht erfolgen zu einer Zeit, in der aus dieser Angelegenheit etwa eine zweite Flaggenfrage entsteht. Und zweitens muß die Errichtung des Ehrenmals an einem Ort und an einer Stelle erfolgen, an dem nicht die Möglichkeit zu Besuchen von Tausenden gegeben ist, sondern wo der einzelne, der ja schließlich auch noch lebt, für sich hinpilgert. Wir sind ja nicht nur Masse, nicht nur Organisation (Lebhafte Zustimmung), ich kann mir noch denken, daß irgendwo auch ein Heim oder ein Denkmal steht, wo die Mutter allein hingeht. Man pflegt nicht mit Deputationen zum Friedhof zu gehen. Das möchte ich haben, daß der einzelne Deutsche dort für sich allein hingehen kann, daß es nicht wieder ein Ort wird, wo die Massen hingehen, wohin die Reichsbahn nachher Sonderzüge stellt. Das widerspricht meiner Auffassung nach dem deutschen Empfinden von Totenehrung. Darum sollte man diesen Gesichtspunkt als allgemeinen Gesichtspunkt voranstellen, und ich glaube, unter diesem Gesichtspunkt wird man auch über diesen Streit hinwegkommen, den wir innerhalb des Kabinetts vorläufig zurückgestellt haben, weil wir nicht Zeichen deutscher Uneinigkeit weiter nach außen hervortreten lassen wollen.

Ich glaube, ich habe damit die wesentlichen Punkte berührt, und ich darf dieses Schlußwort wohl schließen mit dem Ausdruck freudigster Genugtuung darüber, daß die Partei in ihren wesentlichen Grundauffassungen so einig ist, so zusammenstrebt zum Ganzen, daß ich glaube sagen zu können: Wenn dieser Geist, wie ich hoffe, erhalten bleibt, dann wird und kann diese Tagung in Köln, die mit der Sitzung des Zentralvorstandes beginnt, auch einmal in der Geschichte unserer Partei der Markstein zu einer großen Entwicklung sein, von der ich nicht die Hoffnung aufgeben möchte, daß sie einmal in unserer Partei die gemäßigten Liberalen, die gemäßigten Demokraten sowohl wie die gemäßigten Deutschnationalen umfaßt, weil man auf beiden Seiten erkennt, daß in dem, was wir erstreben, schließlich das ganze staatsbewußte deutsche Volk sich zusammenfinden kann (Stürmischer Beifall. Die Mit-

[112] Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde im Februar 1924 in Magdeburg auf Initiative des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, gegründet, siehe dazu Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Düsseldorf 1966; Roger P. Chickering, The Reichsbanner and the Weimar Republic 1924–1926, in: JMH 40 (1968), S. 524–534.

[113] Der der KPD nahestehende Rote Frontkämpferbund wurde am 1. 8. 1924 in Halle gegründet, siehe Kurt G. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929, Düsseldorf 1975; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 455 ff.

glieder des Zentralvorstandes erheben sich von den Plätzen und bringen dem Führer eine Ovation dar).

Ich möchte bitten, daß wir noch beisammen bleiben, um die nächste Frage, die der Zentralvorstand zu erledigen hat, zum Abschluß zu bringen.

Scholz übernimmt den Vorsitz.

Kempkes begründet die vom Parteivorstand und vom Geschäftsführenden Ausschuß vorgeschlagenen Satzungsänderungen, die nach kurzer Debatte mit einer Änderung verabschiedet werden. Auf Vorschlag des Parteivorstandes werden Hembeck und v. Stauß in den Parteivorstand zugewählt. Die Entschließung Caspari zur Wahrung der Beamtenrechte wird in modifizierter Form (Abschwächung einiger Formulierungen) angenommen.

(Schluß der Sitzung um 2½ Uhr).

65.

24. Januar 1927: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

NLC vom 25.1.1927, Nr. 19.[1] Überschrift: »Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses«.

Der Ausschuß schließt sich dem Vorschlag des Parteivorstandes an, den 60. Jahrestag der Nationalliberalen Partei in Hannover festlich zu begehen, und genehmigt das vorläufige Programm.[2] Die von Archivdirektor Wentzcke begonnene Geschichte der Nationalliberalen Partei soll fortgeführt werden[3]; zur Überwachung der Arbeit wird ein Ausschuß (Kempkes, Hartung[4], Wentzcke) eingesetzt. Die als Vorarbeit zu betrachtende zweibändige Sammlung von Briefen liberaler Politiker[5] wird lebhaft

[1] Im Bestand R 45 II/58 findet sich von dieser Sitzung nur die Tagesordnung (1. Die Feier des 60. Gründungstages der Nationalliberalen Partei, 2. Mitteilungen über den Stand der Organisationsarbeit, 3. Die Finanzlage der Partei, 4. Die Frage der Kumulierung mehrerer Stimmen in den Wahlkreissatzungen, 5. Verschiedenes), eine Anwesenheitsliste mit 25 Unterschriften und ein handschriftliches, teilweise in Privatstenographie abgefaßtes Kurzprotokoll von Trucksaess.

[2] Zahlreiches Material zur 60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei, die am 19./20.3.1927 in Hannover begangen wurde, findet sich im BAK R 45 II/23.

[3] Zwischen Wentzcke und der Parteileitung hatten sich im Laufe des Jahres 1925 zahlreiche Unstimmigkeiten ergeben, die im Vorwurf Wentzckes gipfelten, die jahrelange Arbeit an der Geschichte der NLP habe nur zu einer »groben Schädigung« seiner »wissenschaftlichen und materiellen Stellung« geführt, Schreiben Wentzckes an Jarres vom 31.12.1925, BAK NL Jarres 54, p. 123.

[4] Fritz Hartung (1883–1967), Historiker. 1928–1929 ordentlicher Professor für allgemeine Verfassungsgeschichte der Neuzeit in Berlin.

[5] Siehe Siehe J. Heyderhoff/P. Wentzcke (Bearb.), Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, 2 Bde., Bonn/Leipzig 1925/26 sowie Dok. Nr. 36, Anm. 11.

begrüßt und zur Verbreitung in Parteikreisen empfohlen. An Stelle des verstorbenen Garnich wird Schwarze (Berlin) in den Geschäftsführenden Ausschuß gewählt.

66.

19. März 1927: Sitzung des Zentralvorstandes in Hannover

BAK R 45 II/42, p. 79–155. Maschinenschriftliches Protokoll; Erstschrift. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am 19. März 1927 in Hannover«.[1]

Reichsminister Dr. Stresemann: Meine verehrten Freunde! Ich eröffne hiermit die Sitzung unseres Zentralvorstandes angesichts der Jubiläumsfeier[2], die wir in Hannover miteinander begehen. Ich möchte von vornherein zwei Bemerkungen machen, einmal, daß diese Sitzung und ihre Aussprache wie immer vertraulich ist. Wir werden einen sehr kurzen Bericht darüber an die Presse geben, und ich bitte die Herren Vertreter der Presse, von sich aus Berichte über diese Aussprache nicht zu veranlassen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden zunächst die Zuwahlen erledigt (zugewählt werden Roeschmann und König[3]), dann gedenkt Stresemann ausführlich des verstorbenen Vizepräsidenten des preußischen Landtags und Mitbegründers der DVP, Hugo Garnich.

[Stresemann]: Meine Damen und Herren! Verschiedene Wahlkreise haben den Wunsch ausgesprochen, angesichts der Tagung in Hannover auch im Zentralvorstande eine Aussprache über die politische Lage zu veranlassen. Wir sind diesem Wunsche nachgekommen, und ich darf, alter Gewohnheit gemäß, die Aussprache einleiten. Ich glaube allerdings, daß wir gut daran tun, nicht allzu lange bei den Vorgängen der Vergangenheit zu verweilen, sondern den Blick in die Zukunft richten. Was die innere Politik der Vergangenheit bewegte, waren die Vorgänge, die zur Neubildung der Regierung geführt haben.[4] Ich weiß nicht, ob es in dieser Frage ein einheitliches

[1] Tagesordnung: 1. Zuwahlen, 2. Aussprache über die politische Lage, 3. Verschiedenes, BAK NL Jarres 54, p. 160.

[2] Nach der Tagung des Zentralvorstands begann in Hannover die Feier zum 60jährigen Bestehen der Nationalliberalen Partei, siehe dazu »60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei am 19./20. März 1927 in Hannover, Berlin 1927«; umfangreiches Material zur Vorbereitung der Feier findet sich im BAK R 45 II/23.

[3] Adolf König, Vors. des Wahlkreisjugendausschusses in Düsseldorf-Ost. 1932 Reichsjugendführer der DVP.

[4] Das Kabinett Marx III war, nachdem der Reichstag ein von der SPD beantragtes Mißtrauensvotum mit 249 (KPD, SPD, DNVP, VA) zu 171 (Zentrum, DDP, DVP, BVP) Stimmen angenommen hatte, am 17.12.1926 zurückgetreten (zum Anlaß siehe Anm. 5, 6). Zur Bildung der Regierung Marx IV unter Einbeziehung der DNVP siehe Kabinette Marx III/IV, S. XLV ff.; Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. 94–121; Albertin/Wegner, Dok. 131, 132; Stürmer, S. 299 ff.; v. Hehl, S. 394 ff.; Dörr, S. 265 ff.

Parteiempfinden gibt. Ich bin der Meinung, daß wir abwarten müssen, was aus dieser Zusammenfassung der Kräfte entstehen wird.

An sich war die Entstehung dieser Krisis ein Musterbeispiel für die Kinderkrankheiten des deutschen Parlamentarismus (Sehr richtig!). Weshalb die Krise entstand, wußte eigentlich niemand, am allerwenigsten, glaube ich, diejenigen, die sie herbeigeführt haben. Daß sie einen ganz anderen Verlauf nahm, als ihre Urheber glaubten, war die Tragikomik dieser Entwicklung. Sie wurde herbeigeführt durch ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokratischen Partei, die sich am Abend vor Einbringung des Mißtrauenvotums mit der Regierung über die von dem Herrn Reichskanzler abzugebenden Erklärungen vollkommen geeinigt hatte, und es war ein Novum in der Parteigeschichte, daß ein Parteivorstand sich in einer ihm wichtig erscheinenden Sache mit der Regierung einigte, dann aber in der Fraktion unterlag und am nächsten Tage ein Mißtrauensvotum einbrachte[5] (Zustimmung). Ich habe immer darüber geschwankt, wem in Bezug auf die Einbringung von Mißtrauensvoten die Palme zuzuerkennen sei, ob der Linken oder der Rechten (Heiterkeit). Ich glaubte, sie diesmal unbedingt der Linken überreichen zu müssen; ich wurde aber schwankend, als die Rechte dieses Mißtrauensvotum unterstützte (Sehr wahr!). Gewiß, sie ist dadurch zu ihrem Ziel gelangt, ob zu ihrer Befriedigung, weiß ich nicht (Heitere Zustimmung).

Aber man stelle sich die Dinge einmal politisch vor! Der Sozialdemokratischen Fraktion genügen nicht die Erklärungen, die der Reichskanzler über die Reichswehr abgibt. Der sozialdemokratische Redner begründet das Mißtrauensvotum mit den schärfsten und unerhörtesten Angriffen auf das einzige, was uns zur Verteidigung unseres Landes geblieben ist[6], und die Deutschnationale Partei unterstützt dieses

[5] Nach einem Plädoyer Stresemanns für die Große Koalition hatte das Kabinett am 15.12.1926 einstimmig den Beschluß gefaßt, der Kanzler solle mit der SPD in Verhandlungen mit dem »Ziele einer Großen Koalition« eintreten, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 156. In der anschließenden Parteiführerbesprechung (ebd., Dok. Nr. 157) schlossen sich die Fraktionsvorsitzenden diesem Beschluß an. Auch die bis zuletzt widerstrebende DVP-Fraktion erklärte sich nun – wenn auch »mißmutig«, wie Stresemann in seinem Tagebuch notierte (Vermächtnis III, S. 91) – zu Verhandlungen bereit, siehe BAK R 45 II/67, p. 28 (Protokoll der Fraktionssitzung vom Abend des 15.12.). Allerdings unterlief die SPD-Fraktion die Verhandlungen des Parteivorstands und faßte am selben Abend den Beschluß, aufgrund der Enthüllungen des »Vorwärts« über die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee (siehe Anm. 6) einen Mißtrauensantrag gegen Reichswehrminister Geßler einzubringen und die Demission des Kabinetts zu verlangen. Hermann Müller teilte darauf dem Reichskanzler am 16.12. mit, daß in der sozialdemokratischen Fraktionssitzung ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett nur mit Mühe zu vermeiden gewesen sei, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 159. Das Kabinett lehnte am Vormittag des 16.12. einmütig einen Rücktritt ab (ebd., Dok. Nr. 160); daraufhin beschloß die SPD-Fraktion, einen Mißtrauensantrag einzubringen, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 302.

[6] Vor der Einbringung des Mißtrauensvotums hielt Scheidemann im Reichstag eine aufsehenerregende Rede, in der er die geheime Finanzierung der Rüstung und ihre Verschleierung offenlegte und mit einer Fülle von Details das enge Zusammenspiel zwischen Reichswehr und rechtsradikalen Verbänden illustrierte, siehe VRT, Bd. 391, S. 8576ff. Zur Wirkung dieser Rede im Plenum, wo die Rechte dem Redner »eine Spritzflut von Schimpfworten entgegenschleuderte und dann den Saal verließ« und die Kommunisten »wie die Besessenen kreischten und zeterten« siehe »Vorwärts«, »Reichswehrkrise-Regierungskrise«, 17.12.1926, Nr. 593 sowie Severing, Bd. 2, 103f. Zur geheimen Aufrüstung der Reichswehr und ihrer Verbindung zur Roten Armee siehe Carsten, S. 278ff.; Zeidler, Kap. 4–6; Jürgen Zarusky, Die deutsche Sozialdemokratie und das sowjetische Modell, München 1992, S. 198ff.; zum Wissensstand Stresemanns siehe Turner, S. 217ff.

Mißtrauensvotum (Bewegung). Wie sich das Volk in diesen Dingen zurechtfinden soll, ist schwer zu sagen; denn das sind taktische Züge, das ist keine sachliche Einstellung mehr. Der Weg wäre der Deutschnationalen Partei viel leichter gewesen, und wir hätten ihr mit viel mehr innerer Überzeugung die Mitarbeit an der Regierung anbieten oder erkämpfen können, wenn sie dieses Verfahren nicht beliebt hätte (Sehr richtig!). Sie hätte dadurch, daß sie ihre grundsätzliche Auffassung vollkommen aufrechthielt, aber diese Art des Mißtrauensvotums ablehnte, daß sie sachlich die Arbeit des Kabinetts unterstützte, sich längst als unentbehrlich zeigen können, und sie hätte dann, wenn sie eine Zeitlang in einer Art à-la-suite-Stellung zu der Regierung mitgearbeitet hätte, es viel leichter gehabt, später in die Regierung einzutreten, viel leichter, als es jetzt der Fall gewesen ist. Daß ihre Mitwirkung nun erfolgt, ist an sich erfreulich nach den wiederholt geäußerten Wünschen der Deutschen Volkspartei, die auf eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte hinarbeitete; unerfreulich aber sind die ganzen Vorgänge, die jetzt zu dieser Koalition geführt haben (Sehr wahr!).

Mit dem Kollegen Curtius, der von dem Herrn Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde[7], habe ich die Verhandlungen geführt, um das Zentrum zu bewegen, sich der bürgerlichen Koalition anzuschließen. Mit vollem Mißerfolge! Einer der unterhandelnden Herren erklärte uns, kein Mensch im ganzen Rheinlande würde es verstehen, daß man in dieser Situation mit der Deutschnationalen Partei zusammenginge. Der andere unterhandelnde Herr sagte uns: »Spielen Sie nicht mit dem Feuer, Sie wissen nicht, wie es in Arbeiterkreisen gärt! Wie können Sie uns zumuten, in dieser Situation, bei eindreiviertel Millionen Erwerbslosen, mit dieser Partei zusammenzugehen?« Das war, als der Deutsche Volksparteiler Herr Reichsminister Curtius die Verhandlungen führte. Als er sein Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegte, da war weder eine revolutionäre Strömung der Arbeiter noch eine allgemeine Ablehnung des ganzen Rheinlandes zu spüren; da klang es mit einem Mal ganz, ganz anders. Es wurde als ein großer Erfolg gepriesen, daß die deutschnationalen Konzessionen in außen- und innenpolitischen Dingen gemacht hätten, die bei Curtius viel besser formuliert waren – das mag an unserer Bildung liegen (Zustimmende Heiterkeit) – als in den Richtlinien, die nachher veröffentlicht sind.[8]

[7] Reichspräsident Hindenburg hatte am 10.1.1927 Reichswirtschaftsminister Curtius mit Verhandlungen über die Neubildung der Regierung beauftragt, dessen Bemühungen um eine bürgerliche Mehrheitsregierung unter Einschluß der DNVP jedoch schnell am Widerstand des Zentrums scheiterten, so daß Curtius am 14.1.1927 seinen Auftrag zurückgab, siehe dazu Curtius, S. 47f.; Stürmer, S. 182ff.; Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. Nr. 91–121; Ruppert, S. 239ff.; Dörr, S. 265ff. Zur Rolle der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium unter Oberst Kurt von Schleicher siehe die Dokumentation von Josef Becker, Zur Politik der Wehrmachtsabteilung in der Regierungskrise 1926/27. Zwei Dokumente aus dem Nachlaß Schleicher, in: VfZ 14 (1966), S. 69–78.

[8] Die »Richtlinien« dienten den Verhandlungen über die Regierungsbildung zwischen dem 23.1.und 31.1.1927 als Grundlage (siehe Kabinette Wirth III/IV, Dok. Nr. 177; Abdruck der »Richtlinien« und des Zusatzprotokolls vom 26.1. ebd., Anm. 3), nachdem Marx am 16.1.1927 mit der Regierungsbildung betraut worden war. Die Verhandlungen waren erst am 31.1. abgeschlossen, da Marx sich mit Erfolg weigerte, den von der DNVP vorgeschlagenen Abgeordneten Walter Graefe zum Innenminister zu ernennen. Zur Haltung Stresemanns hinsichtlich einer Beteiligung der DNVP an der Regierung siehe sein Schreiben vom 14.1.1927 an Reichskanzler Marx, ADAP, Serie B, Bd. IV, Dok. Nr. 27. Stresemann hatte führende Politiker der DNVP in

Wir übertreiben manchmal als Partei die politische Vornehmheit (Sehr gut!). Die Art und Weise, wie die Herren sich jetzt hinstellen, als ob sie allein es möglich gemacht hätten, hier die Plattform für ein Zusammenwirken zu schaffen, widerspricht vollkommen dem, was tatsächlich vor sich gegangen ist. Es schien doch so, als ob die Frage, wer die Koalition führen sollte, eine viel größere Rolle spielte, als wir seinerzeit angenommen haben (Sehr wahr!). Ich zweifle nicht daran, daß sich bei vielen Mitgliedern der Zentrumspartei ein harter Kampf abgespielt hat um das, was werden sollte, und ich bekenne ganz offen – Sie mögen dieserhalb weitgehende Schlüsse in Bezug auf Unfähigkeit ziehen –: Ich kenne mich in dieser Partei nicht mehr aus (Große zustimmende Heiterkeit)! Es scheint, als ob es ihre Eigenart sei, Evolutionen der Fraktionen und Parteien hervorzurufen, die man immer wieder für unmöglich hält, wenn man sich die Dinge vorstellt. Denken Sie an jene Wochen dieser Entwicklung, in denen es wiederholt hieß, man werde der Deutschen Volkspartei mitteilen, daß alle Gerüchte um ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen lediglich tendenziöse Ausstreuungen seien. Dann stand eines Tages, betrieben durch Kräfte, die ich nicht kenne, das Gebilde vor uns: ein Gebilde aus Menschenhand (Große Heiterkeit)! Aber doch vielleicht sehr stark beeinflußt von denen, die weniger an das irdische, vergängliche Leben denken, als an jene unwägbaren Werte, die außerhalb der Tagespolitik liegen und manchen Menschen in einem ganz bestimmtem Zusammenhang erscheinen (Sehr gut!). Meine Herren! Das ist ja vielleicht die Geschichte der Zentrumspartei, daß sie über manches hinweg kann, was andern ein Hindernis ist (Erneute große Heiterkeit).

Aber ich darf doch noch ein anderes Wort hier sagen. Was mich nicht mit ungemischten Gefühlen der Freude dieser Entwicklung gegenüberstehen läßt, das ist die sehr seltsame Haltung der Deutschnationalen uns und dem Zentrum gegenüber. Meine Herren! Die Liebe, die viele von uns den Deutschnationalen entgegengebracht haben – bei mir war sie stets sehr gedämpft – (Heiterkeit), diese Liebe ist doch sehr einseitig gewesen (Sehr wahr!). Ich habe den Augenblick erlebt, als Herr Curtius sagte, daß er dem Herrn Reichspräsidenten ja nicht erklärt habe, unter allen Umständen Reichskanzler werden zu wollen, sondern nur die Dinge so weit zu führen, bis die Koalition stände, und ich habe die Befriedigung, die in diesem Augenblicke bei den Deutschnationalen ausbrach, etwas eigentümlich gefunden. Und wenn unser Freund Scholz kurz vorher glaubte, uns aufgrund seiner Verhandlungen mit den Deutschnationalen sagen zu können, daß sie sehr gern bereit seien, sich mit drei Mitgliedern der Regierung zu begnügen, so zeigte sich sehr bald, daß der »Hang zur formalistischen Demokratie« (Heiterkeit) die alte Konservative Partei in einer Weise ergriffen hat, daß es unmöglich sein dürfte, in diesem Tempo fortzufahren[9] (Lebhaftes sehr richtig!).

einer Unterredung im Januar 1927 davon überzeugt, ihren Widerstand gegen die Locarno-Politik aufzugeben; wie Westarp ausführte, erhebe die DNVP nur Einwendungen gegen die Art und Weise von Stresemanns Vorgehen, nicht aber gegen sein Ziel, Deutschland zu stärken und es von den Fesseln des Versailler Vertrags zu befreien, PA NL Stresemann 49.

[9] Seit seiner Insterburger Rede vom 5.12.1926, in der er sich (während der Abwesenheit Stresemanns, der sich auf einer Völkerbundssitzung in Genf befand) für ein »Zusammenarbeiten aller bürgerlichen Parteien und Kräfte« eingesetzt hatte (NLC 7.12.1926, Nr. 201), hatte Scholz gegen den Widerstand Stresemanns die DVP-Fraktion auf einen energischen Rechtskurs festgelegt, siehe BAK R 45 II/67, p. 26–35 (Fraktionssitzungen zwischen dem 9.12.1926 und 20.1.1927). Die Sozialdemokraten sahen durch diese Stellungnahme die Zusage vom Mai 1926

Sie hatte früher schon das Prinzip aufgestellt, daß wichtige Entscheidungen der Außenpolitik von den Landesvorsitzenden und nicht von den Mitgliedern des Kabinetts und der Fraktion bestimmt würden, und es hat schon einmal jemand Herrn Hergt gesagt: »Herr Koch wird noch blaß vor Neid, wenn er diese Entwicklung bei Ihnen sieht« (Große Heiterkeit). Man läßt ganz außer Acht, daß es unmöglich ist, ein Kabinett nach der Arithmetik zusammenzusetzen, weil dies schließlich die Ausschaltung der Persönlichkeit bedeuten würde; denn ich kann mir denken, daß man für Menschen eintritt, die parteipolitisch gar nicht gebunden sind, wenn sie an sich die Sicherheit geben, daß sie dem Lande dienen. Und wenn ich daran denke, welche Kämpfe wir in dem ersten Jahre nach der Revolution gemeinsam mit den Deutschnationalen für die Wiederherstellung eines fachlich gebildeten Beamtentums geführt haben, dann will mir der Hinauswurf unseres Kollegen Krohne[10] als sehr ungerecht erscheinen (Sehr gut!). Hier ist doch das Prinzip der Avancierung des Parteipolitikers in einer Weise zum Durchbruch gekommen, die allem entgegensteht, was vom konservativen Standpunkt aus in Bezug auf Tradition des alten Beamtentums überhaupt zum Ausdruck gekommen ist.

Meine Herren! Ich glaube, für die Beurteilung des heutigen Kabinetts wird entscheidend sein, wie in der Deutschnationalen Partei die Geister sich scheiden, ob nach der einen oder der anderen Richtung, wenn es darauf ankommt, auf große kulturpolitische Fragen einzugehen. Ich glaube vorläufig nicht, daß die Deutschnationale Partei in der Lage ist, hier gütlich mit dem Zentrum auseinander zu kommen.[11] Ich weiß, daß es Kräfte gegeben hat, die seit langem auf ein Zusammengehen zwischen diesen Parteien eingestellt waren. Ich nenne den Namen des Herrn Brüning[12] vom Zentrum[13], der landauf und landab ging, um zu erklären: »Wir vom Zentrum können viel eher mit den Deutschnationalen gehen als mit der Deutschen Volkspartei«, weil

(siehe Dok. Nr. 64, Anm. 4) gebrochen und verlangten ihre sofortige Einbeziehung in die Regierung, der sie sonst ihre Unterstützung versagen würden. Stresemann, der am 14.12.1926 von Genf nach Berlin zurückgekehrt war, sah aufgrund der anhaltenden Weigerung der DNVP keine andere Wahl, als dieses Ultimatum anzunehmen. Zwar gelang es ihm, dem rechten Flügel der Fraktion die Zusage abzuringen, einen Versuch zur Bildung einer Großen Koalition zu unternehmen, doch wurde dieser Versuch durch die Forderung der SPD vom 15.12. (siehe Anm. 5) und Scheidemanns Rede vom folgenden Tag (siehe Anm. 6) obsolet.

[10] Rudolf Krohne (1876–1953), Verwaltungsbeamter. 1923 StS im Reichsverkehrsministerium, Jan. 1925–Febr. 1927 Reichsverkehrsminister, seit 1928 Leiter der Stettiner Hafenbetriebe. Krohne wurde im Kabinett Marx IV abgelöst durch Wilhelm Koch (DNVP). Außer Koch gehörten dem Kabinett seitens der DNVP noch an: Oskar Hergt (Vizekanzler, Justiz), v. Keudell (Inneres) und Martin Schiele (Ernährung).

[11] Die »Richtlinien« vom 26.1.1927 sprachen sich in Punkt 4 für den »Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts« aus und verlangten eine »grundsätzliche Gleichstellung der im Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten«, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 177, Anm. 3. Zum Inhalt des Art. 146 WRV und zur ablehnenden Haltung der DVP gegenüber einer Konfessionalisierung des Schulwesens siehe Richter, S. 103ff.; 654ff.; zur Rolle der Schulpolitik bei der Kabinettsbildung siehe Grünthal, S. 196ff.

[12] Heinrich Brüning (1885–1970), Nationalökonom. 1920–1930 Sekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1924–1933 MdR, 1928–29 MdL Preußen (Zentrum). 1929/1930 Vors. der Reichstagsfraktion. März 1930–Juni 1932 Reichskanzler, seit Okt. 1931 auch Reichsaußenminister. 1934 Emigration. 1951–1955 Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Köln.

[13] Bereits vor Beginn der Koalitionsverhandlungen hatte Brüning sich für eine Einbeziehung der DNVP in die Regierung ausgesprochen, siehe Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. Nr. 91–93; Ruppert, S. 238ff.

er das ganze Große der politischen Entwicklung lediglich sah unter der kleinlichen Einstellung nichtsozialdemokratischer Arbeiterorganisationen, und der von diesem Standpunkt aus eine politische Entwicklung anstrebte, die zunächst sozialpolitisch zusammengehen wollte, die sich aber für später, wie wir aus einem sehr aufschlußreichen Aufsatze des Herrn Professors Martin Spahn[14] sahen, doch auch ganz andere Ziele gesteckt hat. Ich muß sagen, daß ich Herrn Professor Martin Spahn für diesen Aufsatz in seinem Wochenblatte[15] sehr dankbar gewesen bin. Ich sah daraus – das ist kein Vorwurf – den Geist des Vaters, aber nicht den Geist der Deutschnationalen Partei. Hier war doch direkt gesagt, daß der Sinn dieser ganzen Bestrebungen absolut nicht ein Zusammengehen mit der Volkspartei, sondern ein Zusammengehen mit dem Zentrum sei, dem sich die Volkspartei als dienendes Glied anzuschließen habe, und wenn das die herrschende Ansicht in der Deutschnationalen Partei, wenn das die Meinung der Mehrheit wäre, dann würde ich ganz offen und klar sagen: So haben wir nicht gewettet! Dann macht Eure Politik allein (Lebhafte Zustimmung und Bravorufe)! Es ist unbedingt nötig auszusprechen, daß wir zu gut dafür sind, um eine in kulturpolitischer Hinsicht reaktionäre Entwicklung in Deutschland mit unserem guten nationalliberalen Namen zu decken (Anhaltender großer Beifall).

Aber wie ich schon vorhin sagte, glaube ich nicht, daß das die Auffassung der gesamten Deutschnationalen Partei ist. Sie wird aber heftig mit denen kämpfen müssen, die zu ihr gekommen sind, um diesen Weg zu gehen, und es könnte sein, daß sich daran das ganze Bürgertum einmal schiede. Und so bedauerlicher eine Entwicklung wäre, die uns etwa in Kämpfe brächte, wie wir sie gerade nach der Annäherung seit dem Weltkriege in diesen Tagen für ausgeschlossen hielten, so muß ich andererseits doch sagen: Es gibt für eine liberale Partei eine Grenze des Entgegenkommens (Lebhafte Zustimmung)! Wenn nach einem in einem großen Lande geschlossenen Konkordat die Frage der Ernennung der Geschichtsprofessoren an den Universitäten nicht mehr dem Staate obliegt[16], dann hört alles auf, was wir als Nationalliberale in der Deutschen Volkspartei hochgehalten haben (Erneuter großer Beifall). Nach einem der schlimmsten Frieden in Deutschland, nicht ganz so schlimm wie Versailles, aber beinahe, hat einst in Preußen bei der Gründung der Berliner Universität ein preußischer König das gute Wort ausgesprochen: »Wir müssen an geistigen Kräften gewinnen, was wir an materieller Macht verloren haben«. Die Kräfte können wir nur gewinnen

[14] Martin Spahn (1875–1945), Sohn des führenden Zentrumspolitikers Peter Spahn, Historiker. Seit 1920 Professor in Köln. 1910–1912 MdR (Zentrum), 1924–1945 MdR (DNVP/NSDAP). Spahn, neben Max Wallraf und Felix Graf Meerveld Führer der einflußreichen Gruppe deutschnationaler Katholiken, hatte im November 1926 im Reichstag einen vehementen Angriff auf die Schulpolitik von Reichsinnenminister Külz (DDP) vorgetragen, siehe VRT, Bd. 391, S. 8117ff. Zur engen Zusammenarbeit zwischen Spahn und Ministerialrat Gürich, der im Reichsinnenministerium den neuen Entwurf des Reichsschulgesetzes ausarbeitete, siehe Gabriele Clemens, Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983, S. 265ff.

[15] Der wahrscheinlich in der Wochenzeitung »Das Deutsche Volk« (Eigentümer: Martin Spahn) erschienene Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[16] Das am 24.6.1925 in Kraft getretene Konkordat zwischen Bayern und dem Heiligen Stuhl (Text in: Huber/Huber, Dok. Nr. 174) bestimmte in Art. 4, §2, daß an den philosophischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg »je ein Professor der Philosophie und Geschichte eingestellt werden« sollte, »gegen den hinsichtlich seines katholisch-kirchlichen Standpunkts keine Erinnerung zu erheben ist«. Zu den lebhaften Auseinandersetzungen im Reichstag über den Abschluß des Konkordats siehe VRT, Bd. 386, S. 2367ff.

in einer freien geistigen Entwicklung (Lebhafte Zustimmung). Die Wissenschaft ist voraussetzungslos, sonst kann sie nicht zu Ergebnissen kommen, die die Menschheit weiterführen. Möge im Wettstreit der Wissenschaften das Geistige neben dem Geistigen[17] nach dem Höchsten streben, aber nicht der eine dem andern irgendeine Grenze ziehen in dem, was er nach seiner eigenen geistigen Fähigkeit erreichen kann (Sehr wahr!)! Man stelle sich vor, diese Dinge auf das Technische angewandt! Wo wären wir mit allen Möglichkeiten des Wiederaufbaues, wenn wir auf dem Gebiete der Technik dem Menschen Grenzen ziehen wollten, weil die Ergebnisse der Technik vielleicht nicht mehr mit irgendwelchen Sätzen, Voraussetzungen und Anschauungen vergangener Jahrhunderte oder Jahrtausende zusammenstimmen! Was hier gilt, gilt für jedes geistige Gebiet, und hier, glaube ich, ich es unsere große Aufgabe, die kommende Entwicklung genau zu betrachten, nicht im Sinne irgendeines Wunsches des Kampfes, das sei ferne von mir, aber auch nicht, indem wir einem Kampf unter allen Umständen auszuweichen gedenken (Allseitige Zustimmung).

Die Sitzung unseres Kulturpolitischen Ausschusses in Berlin wird meines Erachtens von entscheidender Bedeutung sein. Ich sehe deshalb davon ab, mich hier in diesen Dingen des Näheren irgendwie festzulegen, aber ich weise darauf hin, daß man an unserer Stellung in diesen Fragen ermessen wird, was wir an Einfluß im neuen Deutschland aufbieten können, und wenn Sie in späteren Stunden auf die Geschichte der Nationalliberalen Partei zurückblicken werden, bitte ich Sie, sich zu erinnern, in welcher Schärfe die so sachlich und vornehm geartete Natur Rudolf von Bennigsen einst geantwortet hat, als es sich um eine Frage handelte, die vielleicht nicht so sehr an die Freiheit der geistigen Entwicklung Deutschlands rührte, als es heute der Fall ist. Wir sind auf gutem, altem Boden und folgen alter Tradition, wenn wir hier für unsere Ideale eintreten, und ich bin davon überzeugt, daß weit über die Grenzen unserer Partei hinaus die weitesten Kreise uns dabei zur Seite stehen (Bravo!)!

Meine Herren! Was sonst das Leben im neuen Kabinett angeht, so kann Ihnen Herr Kollege Curtius mehr darüber sagen als ich. Ich habe nicht aus Furcht vor dieser Zusammenarbeit die Flucht am zweiten Tage ergriffen, sondern weil ich so einigermaßen die Empfindung hatte: Um diesem Kabinett anzugehören, muß man einen Reservefonds von Gesundheit haben, damit die Nerven später nicht versagen (Heiterkeit). An sich glaube ich sagen zu können, daß die Deutschnationale Partei diesmal sehr viel mehr Wasser in ihren Wein gießen wird als damals, als sie zum ersten Mal dem Kabinett angehörte.[18] Die Zahl derer in ihren Reihen, die längst erkannt haben, daß die heutige Politik richtig ist, ist ja viel größer, als es nach außen hin zum Ausdruck kommt (Lebhaftes sehr richtig!).

Meine Herren! Es hat neulich ein amerikanisches Blatt, die »Baltimore-Gazette«, geschrieben: »In der ganzen Zeit dieser Krise hat nur eine deutsche Partei das Vaterland über die Partei gestellt, und das war die Deutsche Volkspartei«, und das ist parteitaktisch unbedingt richtig gewesen. Wir Nationalliberalen sind es ja gewöhnt,

[17] So in der Vorlage.

[18] Im Kabinett Luther I (15.1.1925–20.1.1926) stellte die DNVP den Innenminister (Schiele), den Finanzminister (v. Schlieben) und den Wirtschaftsminister (Neuhaus). Zum Austritt der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett anläßlich der Verträge von Locarno siehe Dok. Nr. 61, Anm. 4.

den Parteigeist in uns niederzuringen. Wären wir vom Parteigeist erfüllt, so hätten wir gar nichts Besseres tun können, als die Deutschnationalen in der Soße ihrer Opposition so lange schmoren zu lassen, bis sie keinen Menschen mehr hinter sich gehabt hätten. Sie hätten diese Opposition auf die Dauer gar nicht aushalten können (Allseitige Zustimmung). Der Landbund machte nicht mehr mit, weil er nicht einsah, daß die Landwirtschaft sich immer außerhalb jedes Einflusses stellen sollte. Die heranwachsende Jugend ist auch nicht mehr den Phrasen hold, wie in den ersten Tagen nach der Revolution. Die Kreise, die ein Interesse daran haben, daß keine rein sozialistische Zentrumspartei-Wirtschaft einreißt, hätten es nicht verstanden, wenn man noch länger draußen geblieben wäre. Deshalb haben wir, parteipolitisch betrachtet, große Opfer gebracht, wenn wir uns dafür einsetzten, die Deutschnationalen in die Regierung zu nehmen, aber Dank haben wir dafür, wie gewöhnlich, nicht geerntet. Ich glaube jedoch, daß die Entwicklung sich in einigermaßen ruhigen Bahnen bewegen wird, weil nämlich eine große Anzahl der Fragen, die die Menschen sehr bewegen, bei sachlicher Wertung der Parteibelange einfach angenommen werden müssen.

Es wäre ja der größte Spaß, einmal das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt mit Mitgliedern derselben Partei zu besetzen. Sie könnten sicher sein, daß diese Minister nach 14 Tagen im schärfsten Kampfe miteinander lägen, angespornt von sämtlichen Geheimräten ihrer Ministerien, die sagten: »Herr Minister, das dürfen Sie sich vom Ressortstandpunkt aus nicht gefallen lassen« (Zustimmende Heiterkeit)! Denn schließlich liegt es doch so, daß man über die Fragen gewisser Zollpositionen und Steuern nicht auf der Basis von Weltanschauungen entscheiden kann, sondern sich verständigen muß. In mehreren Fragen ist das auch schon geschehen, und ich habe das Empfinden, als ob bei manchen deutschnationalen Herren mit dem Augenblicke der Übernahme der Amtes – ich bitte das ohne Ironie zu betrachten – auch die alte, rein sachliche Beamteneinstellung in ganz kurzer Zeit den Sieg über die Parteipolitik davongetragen haben wird. Wir werden in diesen Fragen Kämpfe auszufechten haben, um unsern Einfluß geltend zu machen, dabei werden wir die Mittellinie suchen, wie wir es stets getan haben, und wir glauben, in dieser Beziehung ein gutes Werk zu tun.

Meine Damen und Herren! Auf dem Gebiete der Sozialpolitik kreuzen sich sozialpolitische, wirtschaftliche und finanzielle Erwägungen[19], kreuzen sich allerdings auch mit gewissen Organisationsbewegungen, und es scheint, als ob mancher Herr aus dem Zentrum auf dem Standpunkte stünde: »Nun müßt ihr es aber auch bezahlen, daß wir mit den Deutschnationalen zusammengegangen sind, und uns von der Konkurrenz der freien Gewerkschaften befreien«.

Hier stehen sich unbedingt Notstände der gesamten Lage gegenüber, und diese Lage darf ich vielleicht nach zwei Seiten kurz beleuchten. Ich glaube, wir täuschen uns vollkommen über die deutsche Wirtschaftslage, wenn wir sie mit den Augen des Handelsredakteurs ansehen (Sehr richtig!). Die Hausse in deutschen Börsenwerten

[19] Die Beratungen über das Arbeitszeitnotgesetz hatten im Kabinett zu schweren Auseinandersetzungen geführt. Das Gesetz wurde vom Reichstag am 8.4.1927 mit 196 zu 184 Stimmen angenommen, siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 187, 207, 208; VRT, Bd. 393, S. 19643 ff. wobei von den 51 Abgeordneten der DVP 19 nicht an der Abstimmung teilnahmen. Zum Inhalt des Notgesetzes siehe Bischoff, S. 127 ff.; zur Haltung der Gewerkschaften siehe Schneider, Gewerkschaften, S. 667 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 311 f.

hat gar nichts mit der Gesundung der deutschen Wirtschaft zu tun, und wer da glaubt, daß der glückliche Besitzer deutscher Aktien jetzt schon einen steigenden Reichtum besäße, der beliebt mit einem Optimismus ohnegleichen die Zusammenlegung des Aktienkapitals freundlichst zu übersehen, die inzwischen vor sich gegangen ist. Dazu kommt die Schwierigkeit der außenpolitischen Wirtschaftslage; denn Wirtschaftspolitik nach außen hat man früher dadurch gemacht, daß man große Kredite gab, die wir heute nicht mehr geben können. Wir sind viel schwächer als andere Länder; wir haben Milliarden investiert, die wir amortisieren und verzinsen müssen, und die gesamte Lage ist weit ungünstiger, als manche Ziffern sie erscheinen lassen. Ich glaube, daß es nötig ist, die Situation so zu schildern, wie sie tatsächlich ist, weil das Ausland aus der angeblichen Prosperität unserer Wirtschaft, gemessen an den Börsenevolutionen, auf unsere Leistungsfähigkeit in außenpolitischer Hinsicht Schlüsse zieht, die ganz verhängnisvoll für uns sein können[20] (Sehr richtig).

Dasselbe gilt für die Finanzpolitik. Es ist ja an sich ein gutes Zeichen der Aufrechterhaltung alter Sachlichkeit, wenn wir stets das Bestreben sehen, um Gottes willen kein Defizit eintreten zu lassen.[21] Hier müssen aber, glaube ich, zwei Dinge nebeneinander abgewogen werden. Einmal ist es die Frage, ob die Vermögensbildung, die bei jedem Volke notwendig ist, ob die wirtschaftliche Entwicklung die Steuern tragen kann, die auferlegt werden, wenn sie nicht nur dem Binnenmarkte, sondern dem Weltmarkte gegenübersteht. Das Zweite ist die Tatsache, daß es eine Unmöglichkeit ist, mit Überschüssen zu wirtschaften, gleichzeitig aber dem Reichsaußenminister aufzugeben, aufgrund der zerrütteten deutschen Finanzen die Revision des Dawes-Paktes gefälligst zu betreiben[22] (Sehr wahr!). Wir haben eine große Überschußwirtschaft betrieben, und es ist mir mehr als einmal vorgekommen, daß man mich bei internationalen Konferenzen mit den Worten beglückwünscht hat: »Ihrem Finanzminister geht es gut, dem fließen die Überschüsse nur so zu. Wie groß ist dieses Deutschland, das sich so schnell wieder aufgerafft hat!« – Meine Damen und Herren! Das sind dieselben falschen Lobpreisungen, wie wir sie in manchen Kreisen des Auslandes bei der Überschätzung der deutschen Reichswehr erleben, die so angesehen wird, als sei sie wieder die schlagfertige einstige Armee. Das sind Ansichten, die von

[20] Der deutsche Aktienindex war im Winter 1926/27 durch massive Effektenspekulationen in die Höhe getrieben worden; siehe dazu und zu der Höhe der deutschen Auslandskredite den Bericht von Reichsbankpräsident Schacht über währungs- und finanzpolitische Fragen am 7.3.1927, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 195 sowie Krohn, S. 220ff.; James, Reichsbank, S. 150ff.

[21] Nach dem Regierungsentwurf hatte der Gesamthaushalt ein Volumen von 8,5 Milliarden RM, wobei ein Defizit von 650 Millionen Reichsmark zu decken blieb. Zur Haushaltslage 1927 und zur Finanzpolitik der Reichsregierung siehe die Etatrede von Reichsfinanzminister Köhler (Zentrum) am 16.2.1927 (VRT, Bd. 392, S. 9005ff.); Kabinette Marx III/IV, S. LXVIIIf.; Josef Becker (Hrsg.), Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, Stuttgart 1964, S. 30f.

[22] Bei den Etatberatungen über den Haushaltsplan 1927 wurde mehrfach die Frage diskutiert, ob es im Hinblick auf die angestrebten Verhandlungen zur Revision des Dawes-Plans geraten erschiene, den Etat 1927 mit einem Fehlbetrag abschließen zu lassen, obwohl essentieller Bestandteil des Dawes-Plans die Transferierung der Reparationsbeträge an die Gläubigerländer aus einem Überschuß der deutschen Handelsbilanz war. Stresemann befürwortete einen Defizitetat als besten Beweis mangelnder Reparationsfähigkeit, siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. 195, 200, 210.

Herrn Poincaré dazu benutzt werden, um in seinem Lande wieder Angst und Grauen vor der Bedrohung durch Deutschland hervorzurufen, während leider die Tatsachen ganz anders liegen. Wenn deshalb die Forderungen, die an den Staat gestellt werden, es in Zukunft nicht mehr gestatten, mit Überschüssen zu wirtschaften, wenn wir damit rechnen müssen, einen Defizithaushalt zu sehen, dann bitte ich Sie, das nicht nur vom Standpunkt alter Zeiten zu betrachten, wo man einen Finanzminister dieserhalb verdammte, sondern vielleicht auch einmal die Gesamtsituation auf sich wirken zu lassen. Ich glaube, daß ein Defizit, auch für mehrere Jahre, im Ausmaß von mehreren hundert Millionen, eher zu ertragen ist, als die Ansicht der Welt, daß Deutschland schon wieder ein reiches Land sei, von dem man alles mögliche verlangen könne.

Meine Damen und Herren! Noch ein Letztes, denn ich will gegen meine Natur kurz sprechen (Heiterkeit), die Lage der Außenpolitik! Ich darf dazu zunächst etwas Persönliches sagen. Der Außenminister des Deutschen Reiches ist der unglücklichste Mensch, den es in Deutschland gibt, auch gegenüber seinen Kollegen. Die haben ihre Sachen recht und schlecht in Ordnung, und solange das Kabinett nicht stürzt, hindert sie niemand an der Einbringung ihrer Vorlagen (Heiterkeit). Der Außenminister aber wird alle drei Monate nach Genf geschickt, wo er sich ganz anderen Mächten gegenübersieht, Mächten, die zum Teil vor gar nicht so langer Zeit noch unsere Feinde waren. Aber wenn er nicht mit Rosen und Nelken wieder nach Hause kommt, hat er einen glatten Mißerfolg errungen, und »es muß einmal festgestellt werden, daß man diesen unfähigen Menschen nicht länger in der Leitung der Außenpolitik lassen kann« (Große Heiterkeit). Jedesmal wird ein Gottesurteil erwartet, als ob der Wandel der Weltgeschichte sich in Perioden von drei Monaten vollzöge und als ob man am stillen Herd zur Frühlingszeit übersehen könnte, wie die Dinge im andern Milieu liegen und wie Einzelfragen sich in große Dinge einfügen, von denen nicht gesprochen wird (Zustimmende Heiterkeit).

Ich will Ihnen keineswegs verhehlen, daß die Situation seit September vorigen Jahres[23] sehr viel schlechter geworden ist; sie ist schlechter geworden – und diese Mitteilungen sind selbstverständlich erst recht nicht für die Presse bestimmt –, weil die Aussichten, daß Herr Briand das Kabinett Poincaré stürzen würde, nicht in Erfüllung gingen. Das Programm von Thoiry[24], das von Caillaux stammt, nicht von Briand, hat den ersten Stoß erlitten dadurch, daß ein demokratischer Führer das Kabinett Caillaux-Briand stürzte.[25] Wenn Demokraten die Politik in die Hand nehmen, passiert regelmäßig ein Unglück (Große zustimmende Heiterkeit). Ob es in

[23] Am 10.9.1926 war Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden, siehe Dok. Nr. 64, Anm. 36.

[24] Zum Inhalt der zwischen Stresemann und Briand in Thoiry am 17.9.1926 getroffenen Vereinbarungen siehe Dok. Nr. 64, Anm. 30; zur ablehnenden Haltung der englischen und amerikanischen Regierung siehe Kaiser, S. 426f.; Link, S. 419ff. Zur Auffassung der französischen Regierung, die nicht bereit war, das sicherheits- und reparationspolitisch wertvolle Pfand der Rheinlandbesetzung aus der Hand zu geben, siehe Maxelon, S. 226ff.

[25] Nachdem die französische Kammer am 17.7.1926 das von Finanzminister Caillaux vorgelegte Ermächtigungsgesetz zur Stützung des Franc abgelehnt hatte, trat das Kabinett Briand zurück. Am 19.7. erfolgte die Bildung des Kabinetts Herriot, das aber bereits am 21.7. wieder gestürzt wurde; am 23.7.1926 erfolgte dann die Bildung der Regierung Poincaré, zu ihrer Zusammensetzung siehe Schultheß 1926, S. 285.

Frankreich Herr Herriot, ob es in Deutschland Herr Koch ist, – sie stürzen ihre eigenen Minister; das ist ihre Lieblingseigenschaft, und erklären nachher, daß sie ihre Grundsätze rein und unbefleckt aufrechterhalten haben (Erneute große zustimmende Heiterkeit).

Dieser Sturz des Kabinetts Briand-Caillaux und die Nachfolge des Herrn Poincaré mußten von vornherein Zweifel daran erwecken, ob mit diesem Herrn, von dem ich nicht glaube, daß er sich geändert hat, die Politik Caillaux' zu machen sei. Briand nahm sie auf, glaubend, wie viele andere, daß Herr Poincaré mit der Frankenstabilisierung zu Bruch kommen würde. Das sagten alle Sachverständigen. Er irrte sich aber doch insofern, als eine de-facto-Stabilisierung durch Poincaré zustande kam.[26] Nun sieht sich Briand den Herren Barthou[27], Marin[28], Poincaré usw. gegenüber, die Sache ist zum Stillstand gekommen, und Herr Briand hat sogar einigermaßen das Gedächtnis verloren für die Dinge, die seinerzeit zwischen uns besprochen wurden. Infolgedessen muß die Taktik geändert werden; anstelle einer Verständigung von Mann zu Mann, die mit Caillaux-Briand möglich gewesen wäre, denn Caillaux wollte aufgrund der Abmachung mit uns über den Dawes-Pakt das Geld haben, um den Franken zu stabilisieren, sind wir jetzt gezwungen, den Kampf um die Rheinland-Räumung aufzunehmen[29], augenblicklich mit Unterstützung von England und Belgien, getragen unzweifelhaft von einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich, aber auch im Kampfe mit den Leuten, die die Sorge haben vor dem nächsten Revanchekrieg, die glauben, daß die Reichswehr ein Instrument sei, um diesen Krieg trotz aller Verträge vorzubereiten.[30]

Wohin diese Entwicklung gehen wird, ist im Augenblick nicht zu übersehen. So muß die Wahl des Zeitpunktes, in dem diese Demarche erfolgen soll, auch der Regierung vorbehalten bleiben; denn es kommt nicht darauf an, zunächst große jubelnde Leitartikel zu schreiben, sondern es kommt darauf an, daß man die Offensive in dem Augenblicke beginnt, wo man alle Vorbereitungen getroffen hat. Schließlich kommt alles auf den Erfolg an und nicht darauf, sich mit großen Reden billige Lorbeeren zu erwerben und sich durch den Jubel im eigenen Lande trösten zu lassen über den Mißerfolg, den man tatsächlich erreicht hat. Wir werden hier um so mehr geschickt vorgehen müssen, als die europäische Atmosphäre mit allen möglichen Explosionsstoffen geladen ist. Die Dinge im Osten stellen uns unter Umständen vor neue Situationen, nicht in dem Sinne eines Krieges, den Rußland führen könnte; denn Sowjet-

[26] Poincaré hatte im Winter 1926/27 eine umfassende Finanzreform mit dem Ziel einer Stabilisierung des Franc eingeleitet, siehe Schultheß 1926, S. 286 f.; Rémond, S. 130 ff.

[27] Louis Barthou (1862–1934), Jurist. 1913 Ministerpräsident, 1921/1922 Kriegsminister, 1922 Justizminister. 1922–1926 Vors. der Reparationskommission. 1934 Außenminister (am 9.10.1934 zusammen mit König Alexander von Jugoslawien ermordet).

[28] Louis Marin (1871–1960). 1923/1924 stellv. Präsident der Deputiertenkammer, 1926/1927 Minister für Pensionen.

[29] Nach verschiedenen Äußerungen Stresemanns sollte das Jahr 1927 das »Jahr der Rheinlandräumung« werden, siehe ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 477, 604; Bd. V, S. 5. Zu dem von Stresemann geplanten Vorgehen siehe bes. seine Ausführungen im Ministerrat beim Reichspräsidenten am 15.3.1927, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 201 sowie seine außenpolitische Rede vom 22.3.1927 im Reichstag, VRT, Bd. 392, S. 9814 ff.

[30] Im Frühjahr 1927 sah sich Briand heftigen Angriffen ausgesetzt, siehe ADAP, Serie B, Bd. IV, Dok. Nr. 4, 46; Schultheß 1927, S. 285, 290; Maxelon, S. 243 f.

rußland kann keinen Krieg führen. Sowjetrußland wird bei uns überhaupt außerordentlich stark überschätzt (Sehr richtig!); es kann uns weder wirtschaftlich viel bringen, noch kann es uns militärisch viel bieten, und diejenigen, die glauben, wir kämen aus allem heraus, wenn wir uns Sowjetrußland anschlössen, sind, glaube ich, die törichsten Außenpolitiker (Sehr richtig!). So einfach ist die Sache nicht, daß sich heute etwas Ähnliches wiederholen könnte wie vor mehr als 100 Jahren bei Tauroggen. Ein Mann, den Sie alle sehr schätzen, hat mir einmal gesagt: »Ich soll den neuen Yorck[31] spielen, – die Leute scheinen ganz zu vergessen, daß damals das erste französische Heer vernichtet war, ehe Yorck den Vertrag schloß, und dann wäre es auch beinahe noch schiefgegangen, wenn man nicht noch zwei starke Verbündete bekommen hätte«. Diesmal steht Sowjetrußland abseits; es kann überhaupt keinen Krieg führen; denn der Verlust des Krieges würde bedeuten, daß die dortige Leitung die Herrschaft verlöre, und der Gewinn wäre in dieser Beziehung vielleicht noch verhängnisvoller als der Verlust. Manche glauben, daß die Weltanschauung des Bolschewismus für Deutschland kämpfen würde. Ich glaube absolut nichts; ich sehe nur die bolschewistische Armee, die uns vielleicht in einem Kampfe helfen würde, in dem wir unsere Existenz verlören. Deshalb werden wir alles tun, um Komplikationen zu verhüten, und wir werden den Faden nach dem Westen, nach England, absolut nicht abreißen lassen dürfen.[32]

Im übrigen hat man dafür, daß Deutschland nicht so optiert, wie einzelne Leute es wünschen, in andern Ländern sehr starkes Verständnis. Und wenn die sowjetrussische Presse immerfort die Lüge verbreitet, daß Herr Chamberlain mir den polnischen Korridor und das Protektorat über die Don-Republik angeboten habe, so wird die russische Presse damit nur erreichen, daß die deutsche öffentliche Meinung sagt: Warum hast du das eigentlich nicht angenommen? (Zustimmende Heiterkeit) Denn so stark ist, glaube ich, bei uns die Begeisterung gar nicht dafür, daß wir uns allein auf das heutige Rußland stützen sollten. In Wirklichkeit glaube ich aber auch nicht, daß England den Krieg gegen Rußland führen will. Es wird auf andere Weise gegen Rußland vorgehen, es wird seine Beziehungen mit Rußland abbrechen, es wird mit dem ganzen Einflusse seiner Londoner City dahin arbeiten, daß Rußland der Kredit abgeschnitten wird, aber es wird nicht daran denken, sich in einen Krieg gegen Rußland einzulassen, einmal wegen der Lage im Innern, die nicht mehr so gefestigt ist wie in früheren glücklichen Zeiten, und dann, weil der Erfolg den Einsatz nicht lohnt.

[31] Hans David Ludwig Yorck von Wartenburg (1759–1830), 1807 Generalmajor in der preußischen Armee. Entschiedener Gegner der politischen Reformen Steins und der militärischen Reformen Scharnhorsts. Befehlshaber des preußischen Hilfskorps im Napoleonischen Rußlandfeldzug, schloß Ende Dez. 1812 mit Rußland eigenmächtig die Neutralitätskonvention von Tauroggen.

[32] Vor allem die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion waren im Jahr 1926 erheblich intensiviert worden, siehe Hertz-Eichenrode, S. 189ff. Zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen und zur West-Ost-Balance im Winter 1926/27 siehe Krüger, S. 321ff.; Karl-Dietrich Erdmann/Helmut Grieser, Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik als Problem der deutschen Innenpolitik, in: GWU 26 (1975), S. 403–426 (hier: S. 416ff.); Gaines Post, Diplomatie und Machtpolitik: Stresemanns West-Ost-Balance, in: Wolfgang Michalka/Marshall M. Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982, S. 250–276 (hier: S. 251ff.); zur deutschen Haltung gegenüber der Eskalation der englisch-russischen Beziehungen seit dem Februar 1927 siehe Baumgart, S. 259ff.

Aber es können durch Expansionsbedürfnisse einzelner Staaten Komplikationen entstehen. Eine gewisse Nervosität liegt über den Kabinetten, und es wird von der Art, wie Deutschland sich moralisch für die eine oder andere Macht einsetzt, sehr viel abhängen. Ich finde, daß wir oft geneigt sind, diesen moralischen Einfluß zu unterschätzen. Was es aber bedeutet, die Welt gegen sich zu haben, nicht nur mit Waffen, haben wir, glaube ich, im Weltkriege zu Genüge erfahren müssen. Ich glaube deshalb, man sollte die Stellung, die wir uns, auch innerhalb des Völkerbundes, erworben haben, auch außenpolitisch zur Geltung bringen, weil diesen Dingen ein nicht geringes Gewicht beizulegen ist. Wir sind jetzt in innerer[33] Überlegung, ob wir dem Wunsche der Nationen entsprechen sollen, die nächste Völkerbundesratssitzung in Berlin abzuhalten. Ich weiß sehr wohl etwas dagegen anzuführen und habe das Wort nicht gesprochen, auf das man in Genf wartete. Aber ich bin mir ebenso klar darüber, daß eine Sitzung des Völkerbundesrats in unserer Reichshauptstadt eine unerhörte moralische Genugtuung für Deutschland in der Welt bedeuten würde, zumal, wenn die Initiative dazu nicht von uns, sondern von den andern ausgeht[34] (Zustimmung).

Es ist die alte Politik Englands, mit seinen Feinden von vorgestern Frieden zu schließen, weil es glaubt, sie in Zukunft einmal brauchen zu können. Das ist aber schließlich dieselbe Politik, die auch Bismarck betrieben hat, und wir müssen es uns abgewöhnen, in jedem Lande, das uns im Weltkriege Schaden zugefügt hat, einen Feind für alle Ewigkeit zu sehen (Sehr gut!). Sonst ist überhaupt keine Außenpolitik zu machen. Der deutsche Außenminister kann nicht in jedem Jahr bei der Etatberatung eine Rede halten, in der er über all und jedes Unrecht, das uns in Jugoslawien, Polen, Tirol, der Tschechoslowakei usw. zugefügt ist, klagt, und womit er anderen vor den Kopf stößt, wenn er nicht die Möglichkeit hat, diesen Klagen durch eigene Macht abzuhelfen. Deshalb müssen wir auch einmal die Grenze nach der Richtung hin suchen, ob wir das Recht haben, in außenpolitischen Fragen weiterzugehen als unsere eigenen Volksgenossen in den betroffenen Gebieten. Das viel angefeindete Kompromiß in Oberschlesien beruht auf den Vorschlägen des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien[35] (Hört! Hört!). Der Deutsche Volksbund hat sich in einer Eingabe an den Völkerbund auf den Standpunkt gestellt: Wir wollen keine Kinder, die kein Wort deutsch sprechen, in unseren deutschen Minderheitsschulen! Das kann falsch sein, wie ich zugeben will. Herr Zaleski[36] ist der Meinung, daß es falsch ist; er meint, wir könnten die polnischen Kinder zu uns herüberziehen. Aber die im Deutschen

[33] So in der Vorlage statt wohl gemeint: »interner«.

[34] Die Anregung des britischen Außenministers Chamberlain, die Junitagung 1927 des Völkerbundsrats in Berlin abzuhalten, wurde von Stresemann zurückhaltend beurteilt. So führte er in seinem Bericht im Ministerrat beim Reichspräsidenten am 15.3.1927 über die Märztagung des Völkerbundsrats in Genf aus: »Ich bin einer Entscheidung ausgewichen und möchte auch heute die Entscheidung darüber vertagen. Meines Erachtens wäre es besser, den Völkerbundsrat erst dann in Berlin tagen zu lassen, wenn das Rheinland frei ist«, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 201, S. 633. Die DVP-Fraktion plädierte demgegenüber mehrheitlich für die Tagung in Berlin, siehe BAK R 45 II/67, p. 50 (Sitzung vom 6.4.1927).

[35] Der Deutsche Volksbund hatte gegen die Zwangseinschulung von deutschen Kindern in polnische Schulen energisch protestiert, siehe ADAP, Serie B, Bd. II, 2, Dok. Nr. 97, 105, 112, 178; Bd. IV, Dok. Nr. 242; Bd. V, Dok. 22; zum Deutschen Volksbund siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 315.

[36] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat. 1926–1932 polnischer Außenminister.

Volksbunde zusammengeschlossenen Deutschen in Ostoberschlesien sind anderer Ansicht. Vielleicht denken sie dabei an die bekannte Anekdote von dem kleinen Juden, der in die Schule geschickt wird, um sich das Mauscheln[37] abzugewöhnen. Als man nach vier Wochen nach dem Erfolge fragt, kommt die erfreuliche Antwort: Die ganze Klasse mauschelt jetzt (Große Heiterkeit)! Vielleicht denken unsere Freunde in Ostoberschlesien auch: Wenn die ganzen polnischen Kinder in unsere Schulen kommen, lernen die deutschen Kinder polnisch und die Polen nicht deutsch. Jedenfalls muß man doch aber dem, was die eigenen Volksgenossen im dem betroffenen Gebiete für richtig halten, einigermaßen Rechnung tragen (Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Situation eines Außenministers in Genf sehen, dem eine Eingabe des Deutschen Volksbundes vorliegt und zu dem die Vertreter der anderen Nationen sagen: »Wir sind bereit, im Sinne Ihrer Volksgenossen eine Entscheidung auf dieser Grundlage zu fällen«, dann werden Sie zugeben müssen, daß es nicht angebracht ist zu sagen: Wir in Berlin sind anderer Ansicht und gehen weit darüber hinaus. Tatsächlich sind wir in unserer grundsätzlichen Einstellung darüber hinausgegangen. Ich habe ausdrücklich grundsätzlich erklärt, es sei rechtlich unanfechtbar, daß sogar ein Kind, das kein Wort deutsch spricht, in die deutschen Schulen aufgenommen werden muß, da der Wille der Eltern zu entscheiden hat, und ich habe in diesem Zusammenhange gesagt, daß die deutsche Kulturpolitik ein Vorbild für den polnischen Außenminister sein könne. Aber schließlich lag doch in dem Ganzen ein gewisses Moment der Schwäche, und ich glaube, man sollte sich in dieser Sache etwas ruhiger auseinandersetzen und keine Leitartikel schreiben, ehe man weiß, was vorgegangen ist (Sehr richtig!). Aber so ist gewöhnlich der Gang der Dinge: Drei Tage ist man in Genf; vom ersten Tage, dem Mittwoch, liest man lauter Anekdoten, Mitteilungen über Diners, Frühstücke, Kahnfahrten usw.; kommt man näher hinein, am Donnerstag, so heißt es: »Gespannte Lage!« Am Freitag lautet die Schlagzeile: »Schärfster Konflikt zwischen Briand und Stresemann!« (Wachsende Heiterkeit). Und kommt dann schließlich am letzten Abend das Kompromiß zustande, was doch natürlich ist, dann heißt es: »Stresemanns Umfall!« und am Sonnabend verlangt die Deutsche Zeitung[38] den Rücktritt (Große Heiterkeit).

Ich frage Sie: Sehen Sie denn, daß in unserm eigenen Lande, daß im Reichstage eine Sache zustande kommt, ohne daß ein Kompromiß geschlossen wird? Glauben Sie, wenn sie mit 14 Nationen zusammensitzen, daß sie Ihre Vorschläge ohne weiteres durchdrücken können, daß die andern sofort mit tiefer Verbeugung zustimmen (Sehr gut!)? Wenn immer wieder behauptet wird, daß Deutschland eine kolossale Niederlage erlitten habe, was nach Ansicht der Ausländer durchaus nicht der Fall ist, dann schwächt uns das in unserer Weltgeltung. Draußen ist man der Meinung, daß wir emporkommen; draußen sagt man, der Völkerbund arbeite nur für Deutschland, so daß sich Herr Briand jetzt den ganzen Tag dagegen verteidigen muß, und hier bei uns stellt man es so hin, als ob wir wie die Parias behandelt würden, was doch wirklich nicht der Fall ist (Sehr gut!).

[37] »Mauscheln«: mit jiddischen Ausdrücken angereicherter Jargon.
[38] Die 1896 gegründete »Deutsche Zeitung« (Berlin) stand dem radikalen Flügel der DNVP nahe.

Meine Damen und Herren! Wir haben die etwas schwierige Frage der Saar behandelt.[39] Hier war die Situation so, daß die Partei, die sich am meisten gegen die Abmachung wendet, die Zentrumspartei, in der Saarregierung vertreten ist. Dieser deutsche Vertreter in der Saarregierung hat aber nicht gegen die Vorschläge der Saarregierung gestimmt; er hat sich der Stimme enthalten, weil er in einigen Punkten anderer Ansicht war[40] (Hört! Hört!). Wenn man dann kämpft und einem gesagt wird: »Mein lieber Herr Außenminister, wenn das wirklich eine so wichtige Sache wäre, hätte doch Ihr deutscher Vertreter in der Saarregierung mit Nein gestimmt«, dann, meine Herren, sind das Dinge, die Sie bitte beachten wollen. Wenn man dann mit einem geringeren Ergebnisse nach Hause kommt, sollte man taktisch dennoch zufrieden sein und die Dinge nicht übertreiben, indem man sagt: »Deutschland hat eine Niederlage erlitten!«

Wir haben im Dezember, als wir einen großen Erfolg in der Investigationsfrage zu verzeichnen hatten[41], die Dankbesuche aller unserer früheren Bundesgenossen bekommen, die uns gesagt haben: »Was ihr in der Frage der Investigationen durchgesetzt habt, habt ihr auch für uns erreicht«. Genauso haben die Ungarn und Bulgaren sich beim Außenminister für das bedankt, was er als Vorsitzender des Völkerbundsrates und als Mitglied des Völkerbundes in ganz großen entscheidenden Fragen getan hat. Dann soll man doch nicht so töricht davon sprechen, daß unsere Mitgliedschaft im Völkerbunde keine Bedeutung habe, zumal erst ganze sechs Monate vergangen sind, seitdem wir Mitglied wurden, was die verehrte Öffentlichkeit immer wieder zu vergessen scheint (Sehr gut!). Nach fünf Jahren wird man sich einmal darüber unterhalten können, ob ein Plus oder ein Minus entstanden ist (Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Wir werden mit unseren Forderungen nur in den heftigsten Kämpfen durchkommen können. In Frankreich ist die Lage so, daß Frankreich weder auf Briand verzichten kann noch auf Poincaré, der ihm de facto die Stabilisierung gebracht hat, und daß man deshalb gar nichts tut. Es gibt Kabinette, die so heterogen zusammengesetzt sind, daß sie nur davon leben können, daß das Parlament sich vertagt, was für die Minister ja immer das glücklichste Stadium ist (Heiterkeit). In Frankreich kann das Kabinett Poincaré nur davon leben, daß über gewisse Dinge nicht gesprochen wird. Sobald große Themata angeschnitten werden, stehen sich die Mitglieder so scharf gegenüber, daß das Kabinett auseinanderfällt. Als Briand von der Dezembersitzung des Völkerbundes zurückkam und die Aufhebung

[39] Der Völkerbundsrat beriet auf seiner Märztagung 1927 eingehend über die Saarfrage, siehe dazu den detaillierten Bericht Stresemanns im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 15.3.1927, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 201.

[40] Bei dem Beschluß der Regierungskommission des Völkerbundes für das Saargebiet hinsichtlich des Bahnschutzes (ADAP, Serie B, Bd. IV, Dok. Nr. 171) hatte sich der deutsche Vertreter, Bartholomäus Kossmann, der Stimme enthalten.

[41] Am 14.3.1925 hatte der Völkerbundsrat einen Investigationsplan angenommen, der die Ausübung der Entwaffnungskontrolle für den Fall eines Rückzuges der IMKK und einer Übertragung der Entwaffnungskontrolle auf den Völkerbund regelte. Zur Stellungnahme Stresemanns vom 12.1.1926, in der sich die Reichsregierung zwar mit Untersuchungen (Investigationen) von Fall zu Fall, nicht aber mit ständig wiederkehrenden Kontrollen einverstanden erklärte, siehe ADAP, Serie B, Bd. I, 1, Dok. Nr. 13, 34, 40; Bd. I, 2, Dok. Nr. 172, 191. Am 11.12.1926 wurde vom Völkerbundsrat einstimmig ein Investigationsprotokoll angenommen, das den deutschen Wünschen weitgehend Rechnung trug, siehe Schultheß 1926, S. 497; Salewski, S. 289ff.

der Militärkontrolle sowie die Änderungen des Investigationsprotokolls[42] mitbrachte, hat ihm sein eigener Kabinettsvertreter Marin das Wort »Landesverräter« an den Kopf geworfen, und das hat mich einigermaßen beruhigt, denn das passiert mir jetzt so oft im lieben Deutschland (Große Heiterkeit). Ich möchte damit die kurzen Einleitungen schließen. Ich habe mir extra eine Uhr angeschafft, um zu sehen, daß ich nicht zu lange spreche (Heiterkeit).

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich das eine vor Augen zu führen: Unser Einfluß im Kabinett ist zahlenmäßig klein, und es lastet auf dem Kollegen Curtius und mir insofern eine so große Verantwortung, als eigentlich beide Ressorts als solche schon den ganzen Menschen beanspruchen, so daß man sich schwerlich noch um andere Dinge so kümmern kann, wie es wünschenswert wäre. Wir saßen früher auseinander, in der Zeit, als der Kollege Krohne noch im Ministerium war; wir haben uns jetzt zusammengesetzt, sitzen nebeneinander, um gemeinsam zu kämpfen und gegenseitig füreinander einzutreten, wenn die drüben etwa zusammengehen sollten (Zustimmende Heiterkeit und Bravo!). Auch wir als Partei müssen eng aneinanderrücken, damit wir, trotz zahlenmäßig nicht großer Bedeutung im Leben der Parteien oder innerhalb der Regierung, durch die Qualität unserer Arbeit und der Bedeutung der Schichten, die hinter uns stehen, das ausgleichen, was uns am äußeren Maße fehlt (Bravo!).

Wünschen die Herren nun eine Aussprache über die politische Lage? Die Herren Vorsitzenden der Reichs- und Landtagsfraktionen? Andernfalls bitte ich, die kritische Stimme des Landes ertönen zu lassen (Heiterkeit).

Meine Damen und Herren! Wenn die allgemeine Aussprache zunächst nicht einsetzt, darf ich vielleicht davon Kenntnis geben, daß der Parteivorstand es für wünschenswert erachtet hat, anläßlich unseres Zusammenseins in Hannover ein kurzes Manifest der Partei herauszugeben. Ich darf dabei darauf hinweisen, daß mir das deshalb parteigeschichtlich auch als wünschenswert erscheint, weil ich immer wieder den Satz höre von der »Gründung der Deutschen Volkspartei«. Man gründet wohl eine Benzolfabrik oder eine Papierfabrik, aber von einer »Gründung der Deutschen Volkspartei« zu reden, ist unrichtig. Nie hat die Kontinuität der Nationalliberalen Partei gelitten, sondern diese Partei hat am 15. Dezember 1918 nur von dem Rechte Gebrauch gemacht, sich einen anderen Namen zu geben.[43] In ihren Institutionen ist sie stets zusammengeblieben. Sie hat zwar Mitglieder verloren und sie hat zwei Spaltungen durchgemacht, einmal die, die zur Sezession unter Bennigsen[44], und das zweite Mal die, die zum Abmarsch von Friedberg[45] usw. führte, aber nie hat es eine Zeit

[42] Am 12.12.1926 wurde zwischen der deutschen, belgischen, französischen, englischen, italienischen und japanischen Regierung eine Vereinbarung über einen Rückzug der IMKK zum 31.1.1927 getroffen, siehe Schultheß 1926, S. 497f.; zur Haltung Stresemanns gegenüber der Übereinkunft siehe ADAP, Serie B, Bd. I, 2, Dok. Nr. 262.

[43] Siehe dazu Dok. Nr. 1a, b; 2.

[44] Zur Sezession des linken Flügels der Nationalliberalen Partei Ende August 1880 siehe Dok. Nr. 64, Anm. 15.

[45] Robert Friedberg, 1917/1918 der erste Vorsitzende des Zentralvorstandes der NLP, hatte im Dezember 1918 einen Teil der Nationalliberalen in die DDP geführt, siehe S. 18* ff.

gegeben, in der es keine Nationalliberale Partei gab, und wenn Herr Küker (?)[46] in seiner Zeitschrift bezweifelt, ob wir das Recht hätten, uns »Nationalliberale Partei« zu nennen, so muß sein Gedächtnis sehr stark gelitten haben, denn in der letzten Vorstandssitzung der unter dem Namen »Nationalliberale Partei« geführten Partei ist ausdrücklich darüber abgestimmt, ob die Nationalliberale Partei bestehen bliebe, und das ist bejaht worden, und dann haben diejenigen, die in ihr blieben, ihr einen andern Namen gegeben.[47]

Das in diesem Zusammenhang mit den Ideen unserer Nationalliberalen Partei zum Ausdruck zu bringen, ist der Sinn der Entschließung, die ich Ihnen vorzutragen habe. Sie lautet, vorbehaltlich einer ästhetischen Nachprüfung, folgendermaßen (verliest die Entschließung, die schriftlich vorliegt[48]).

---

[46] So in der Vorlage. Um welchen Journalisten und um welche Zeitschrift es sich handelt, ließ sich nicht aufklären.

[47] Siehe Dok. Nr. 1a, 1b sowie S. 27* ff.

[48] Der Wortlaut der Entschließung fehlt im stenographischen Bericht. Die NLC veröffentlichte am 22.3.1927 eine redaktionell überarbeitete Fassung: »Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, zur Feier des 60jährigen Bestehens der Nationalliberalen Partei in Hannover versammelt, bekennt sich an diesem Tage erneut zu den alten Zielen und Bestrebungen des deutschen Nationalliberalismus. Die Deutsche Volkspartei ist durch den Beschluß des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei vom 15. Dezember 1918 die Fortsetzung der Nationalliberalen Partei geworden. Deshalb wünscht die Deutsche Volkspartei zu bekunden, daß die unzerstörbaren Ideale nationalen und liberalen Denkens und Wollens in ihr fortleben und die Grundlage ihrer Bestrebungen sind und sein werden. Das aus Krieg und Umsturz entstandene neue Deutschland hat zunächst vor der großen Aufgabe des Wiederaufbaus gestanden, und manche Einstellung der Vergangenheit mußte gegenüber den großen wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten der neuen Zeit in den Hintergrund treten. Bewußt hat die Partei sich in den Dienst des neuen Deutschlands gestellt. Sie hat ohne Aufgabe ihres grundsätzlichen Bekenntnisses zu den großen Idealen der Vergangenheit das Staatswohl über die Staatsform, die Arbeit im Dienst des Volkes über die Arbeit im Dienste der Partei gestellt. Sie glaubt, daß die Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes Aufgabe in einer Zeit ist, in der es sich darum handelt, das Reich zu erhalten gegenüber den Nachwirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Sie wünscht das Erreichbare sicherzustellen auf dem Gebiete der Außen- und Innenpolitik, ohne die Ziele aufzugeben, die darüber hinaus in ihren Idealen liegen. Die Deutsche Volkspartei glaubt der nationalen Idee, die sie allem anderen voranstellt, am meisten zu nutzen durch die Zusammenfassung der Kräfte, wissend, daß Deutschlands Wiederaufbau nicht das Werk einer Partei, sondern nur das Werk des zusammengefaßten nationalen Willens der dazu bereiten Kräfte des deutschen Volkes sein kann. Unverrückbar ist und bleibt die liberale Grundeinstellung der Partei. Was Deutschland an materiellen Kräften verlor, muß es auf geistigem Gebiet um so mehr wiederzugewinnen suchen. Ein solcher geistiger Wiederaufstieg wäre unerreichbar mit Einschränkung der Wissenschaft oder mit herrschenden Einflüssen nichtstaatlicher Kreise auf dem Gebiete der Entfaltung der geistigen Kräfte. Innerhalb des christlichen Erziehungs- und Bildungsideals wird sie das hohe Gut des liberalen Gedankens der Duldsamkeit gegenüber allen Gesinnungen als ihre Aufgabe wahren, und neben dem Willen der Eltern Hüterin der Freiheit der Lehrerpersönlichkeit und der Hoheitsrechte des Staates sein. Die Freiheit der Persönlichkeit wird sie als ein ganz besonderes Gut schützen, gerade in einer Zeit, in der Massenwillen und Masseninstinkte sich dem Willen und der Erkenntnis einzelner entgegenstemmen. Frei von jeder berufsmäßigen Einstellung, jedem Klassenvorurteil widerstrebend, ist die Versöhnung der Stände, der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, die Sicherung selbständiger Existenzen inmitten der Zusammenballungen großer Wirtschaftsbetriebe, die Wiederherstellung eines lediglich dem Staat ergebenen Beamtentums ihre Aufgabe. Die Deutsche Volkspartei weiß sich in diesen Gesinnungen und Bestrebungen eins mit der Nationalliberalen Partei, deren Namen sie stets in Ehren halten wird. Ihr ganzes Wirken ist in dem Streben nach dem Gemeinwohl aufgebaut auf nationalem, liberalem und sozialem Empfinden. Sie grüßt am heutigen Tage alle, die

(Großer Beifall)

Meine Damen und Herren! Dieses Manifest muß noch redaktionell überarbeitet werden (Zuruf: Kürzer!). Vielleicht kann es etwas abgekürzt werden. Wir können Änderungen und Kürzungen nicht im Zentralvorstande beschließen, sonst würden wir dem untreu werden, was wir selbst sagen. Deshalb schlage ich vor, es einigen Herren des Parteivorstandes, die in dieser Aufgabe geübt sind, zu überlassen, diesen Entwurf zu einer guten Kundgebung der Partei zu gestalten. Darf ich annehmen, daß Sie uns den Appell an bewährte Kräfte freundlichst überlassen? Wenn keine besonderen Wünsche und Namen genannt werden, darf ich bitten, daß Kollege Curtius sich einmal in dieser Richtung betätigt (Zustimmung).

Gouverneur Exzellenz Schnee: Meine Damen und Herren! Ich habe keine Kritik zu üben an den ausgezeichneten Darlegungen unseres Herrn Vorsitzenden, nur würde ich dankbar sein, wenn vielleicht noch eine kurze Ergänzung seiner Ausführungen gegeben würde, soweit sie sich auf die Genfer Verhandlungen bezogen. In diesen Verhandlungen ist nämlich die Angelegenheit der Kolonialmandate in einzelnen Punkten beraten worden. Von deutscher Seite ist dazu nicht das Wort ergriffen. Die koloniale Sache steht auf dem Parteiprogramm unserer Partei[49], und wenn wir heute eine Feier in der Nationalliberalen Partei begehen, so geziemt es sich wohl auch, daran zu denken, daß unsere früheren Führer in hervorragender Weise in dieser Kolonialangelegenheit tätig gewesen sind. Ich selber habe jahrelang mit dem Sohne des Herrn von Bennigsen[50] auf kolonialem Boden zusammengearbeitet und weiß, in welch hohem Maße der Herr Oberpräsident von Bennigsen diesen Bestrebungen gehuldigt hat. Ferner war es Herr Miquel, der damalige Oberbürgermeister von Frankfurt, der an der Gründung des Deutschen Kolonialvereins[51] hervorragend Anteil genommen hat. Er war es auch, der auf die große nationale Bedeutung gerade der Kolonialsache hingewiesen hat. So würde ich dankbar sein, wenn der Herr Vorsitzende auf diese Sache, gerade im Zusammenhang mit der Genfer Angelegenheit, noch mit einigen Worten eingehen könnte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren. Ich höre, daß die Reichstagsfraktion sich mit der Frage der Wiedererlangung von Kolonien für Deutschland beschäftigt hat.[52] Ich habe an der Sitzung nicht teilgenommen, sondern

einst mitgewirkt haben in der alten Nationalliberalen Partei an der Entwicklung zu Deutschlands Größe. Sie gelobt im Sinne ihrer großen Führer zu erhalten und auszubauen, was Bennigsen und Bassermann einst mit geschaffen. Alle, die willens sind, im Geiste des nationalen Liberalismus zu wirken, ruft sie auf, sich in ihr zusammenzuschließen, um den Einfluß dieser Kräfte im Staatswesen zu stärken zum Besten von Volk und Reich«.

[49] Die Grundsätze der Deutschen Volkspartei forderten in Art. 21 »für Deutschland ein seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechendes Kolonialland«, siehe Anhang, S. 1282.

[50] Rudolf von Bennigsen II (1859–1912), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst, 1893 kommissarischer Leiter der Finanzverwaltung von Deutsch-Ostafrika, 1896/97 dort stellv. Gouverneur, 1899–1902 Gouverneur von Deutsch-Neuguinea.

[51] Zum 1882 gegründeten Deutschen Kolonialverein, dessen Vizepräsident Johannes Miquel 1882–1886 war, siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 159ff.; Michael Fröhlich, Von Konfrontation zur Koexistenz: die deutsch-englischen Kolonialbeziehungen in Afrika zwischen 1884 und 1914, Bochum 1990, S. 108ff.

[52] Am 27.2.1927 beschäftigte sich die Reichstagsfraktion im Zusammenhang mit der Entschädigung Auslandsdeutscher mit der Kolonialfrage, siehe BAK R 45 II/67, p. 43.

mir nur darüber berichten lassen. Eigentlich möchte ich dem verehrten Kollegen Exzellenz von Schnee sagen, daß ein Wiederbesitz von Kolonien wünschenswert ist für unsere Bedeutung nach außen; was unsere Wirtschaft anlangt, so unterliegt es einigem Zweifel, ob der Zeitpunkt der richtige ist, jetzt in einzelnen Erdteilen in die Entwicklung einzugreifen, die unsere Feinde herbeigeführt haben. Meiner Ansicht nach kann diese jetzt nicht diskussionsfähig sein; denn ich glaube, die Kolonialfrage muß doch auch unter der Erwägung betrachtet werden, ob ohne eine ganz starke Autorität Kolonien heute noch so zu verwalten sind wie früher. Ich habe immer das Empfinden, als ob es in der Behandlung der Kolonialvölker keinen größeren Fehler gegeben hat, als ihre Heranziehung zum Weltkrieg (Lebhafte Zustimmung). Sie haben den weißen Mann kämpfen und sterben sehen, wie sie selbst gestorben sind; sie haben die Eifersucht und den Kampf der Weißen aus eigener Anschauung kennengelernt, und wenn die Götter einander bekämpfen und sich als Menschen zeigen, glauben die Menschen nicht mehr an die Götter. Das hat jetzt im weiteren Sinne England durchzumachen, und der einzige Vorwurf, der gegen mich in Genf erhoben wurde, war der der Schadenfreude Deutschlands an der Entwicklung, die sich jetzt um den Namen Schanghai herumgruppiert.[53]

Es ist vielleicht nicht angebracht, von Schadenfreude zu sprechen; denn man weiß nicht, was dem ganzen Europa daraus blüht (Sehr richtig!). Deshalb haben wir ja auch gewünscht, daß alle diese Leute überhaupt aus dem Weltkriege, den wir miteinander geführt haben, herausgelassen wurden. Ich bin im einzelnen nicht so über die Bewegung informiert, daß ich sagen könnte, ob Ähnliches vielleicht auch in Afrika vor sich geht, wenn die Dinge in China anders auslaufen, wenn die Agitation in Indien sich vermehrt; denn die Gelenke, die das heutige England mit seinen Dominions verbindet, sind eigentlich nur noch künstlich, weil kein eigenes Blut mehr hindurchgeht. Es war eine interessante Episode auf der Reichskonferenz in England[54], als der Vertreter Südafrikas immer davon sprach, daß sie vollkommen unabhängig, daß sie nur als Gäste auf dieser Konferenz seien, bis dann in deutscher Sprache weiter verhandelt wurde und ein Mitglied des Foreign Office sagte: »Herr Hertzog[55], Sie verstehen wohl die deutsche Sprache besser als englisch; was Sie wollen ist Selbständigkeit, nicht Unabhängigkeit!« Deshalb, Herr Kollege Schnee, bin ich der Meinung, daß auch für die Kolonien das eine gilt, daß man den Zeitpunkt, wo man diese Frage aufwirft, ruhig überlegen und nur dann an die Dinge herangehen soll, wenn man sie genügend vorbereitet hat, um zu einem Erfolge zu kommen. Ich bin sonst meiner ganzen Natur nach absolut kein Mensch des Schemas. Meine Akten sind nie in Ordnung; von der Tagesordnung erfahre ich gewöhnlich erst, wenn die Sitzung des Zentralvorstandes eröffnet wird (Heiterkeit). Aber in einer Beziehung deckt sich mir politisch ein gewisses Schema auf, und dieses Schema geht dahin, daß wir alle Dinge

[53] Im Januar 1927 brach in Schanghai eine große Streikbewegung aus, auf die die englische Kolonialregierung mit einer massiven Truppenkonzentration reagierte, siehe Schultheß 1927, S. 230, 465 f.

[54] Vom 19.10.–23.11.1926 fand in London die britische Reichskonferenz statt, siehe Schultheß 1926, S. 242–248; zur Rede des Premierministers der Südafrikanischen Union, Hertzog, siehe ebd., S. 243 f.

[55] James Hertzog (1866–1942), 1924–1939 Premierminister der Südafrikanischen Union.

aus der Nachkriegszeit hintereinander und nicht miteinander betreiben sollen (Zustimmung).

Ich bin der Meinung, daß jetzt alles getan werden muß, um zunächst erst einmal die Rheinlandräumung durchzusetzen. Ich bin der Meinung, wenn wir das erreicht haben, daß wir uns dann überlegen müssen, ob die Ostfrage wichtiger ist als die Kolonialfrage, daß ferner zu überlegen ist, ob und wann es wünschenswert und erfolgreich ist, die österreichische Sache zu betreiben. Denn wenn ich in meinen Reden und Kundgebungen und in meinem Auftreten in Genf zu erkennen gäbe, daß ich das alles wünschte, dann würde man Herrn Briand sagen: »Da haben wir es ja! Wenn wir den Rhein räumen, dann greifen sie Polen an, dann wollen sie Österreich, dann wollen sie Kolonien haben!«, und dann würde Herr Poincaré ausrufen: »Das ist der Imperialismus Deutschlands, gegen den ihr armen Franzosen euch verteidigen müßt!« Deshalb habe ich mich jetzt auf das eine konzentriert und glaube, daß wir die Dinge nacheinander machen müssen. Davon unabhängig ist, was ich kürzlich im Außenausschuß[56] vorgetragen habe und was nicht gerade glücklich verfolgt ist. Einmal handelt es sich darum, daß wir in die Mandatskommission hineinkommen. Ich nehme an, daß wir bei der nächsten Zusammensetzung einen Vertreter haben werden.[57] Die zweite Sache ist – und da habe ich mich etwas über ihre Auffassung gewundert – das Anhören jener Deputation in Genf. Sie hatten es uns zum Vorwurf gemacht, daß wir uns nicht stark dafür eingesetzt haben, daß diese Deputation angehört wurde. Ich bitte Sie, sich einmal folgendes zu überlegen: Was würde wohl Herr Gouverneur Schnee gesagt haben, wenn Deputationen aus Bagamojo vor den Hauptausschuß des Deutschen Reichstages gekommen wären, um das Gouvernement wegen seiner Verwaltung anzuklagen? Würde sich die Nationalliberale Partei jemals dazu ausgesprochen haben? Und soll die Völkerbundskommission sich heute mit einzelnen Deputationen auseinandersetzen? Wir würden dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir nicht eigentlich daran glauben, jemals Kolonien wieder zu bekommen, und daß wir deshalb die Klagen der Deputationen anhören wollten. Denn Genf als Tribunal ist keine Einrichtung, für die man mit Überzeugung eintreten könnte.

Ein Drittes ist die Frage: Wer entscheidet über die Kolonien? Es ist die Frage der Souveränität. Ich glaube, es war wieder Südafrika, das von seiner Souveränität über die Kolonien gesprochen hatte. Da hat der Völkerbund sein Generalsekretariat beauftragt, ihm zu antworten, daß er die Aufmerksamkeit der verehrlichen Regierung auf diesen Ausdruck lenken möchte. Damit hat er ihm zu verstehen gegeben, daß dieser Ausdruck eigentlich nicht berechtigt sei. Meine Damen und Herren! Ich würde es sehr gern sehen, wenn man sich einmal etwas mehr einfühlte in die ganze Maschinerie des Völkerbundes. Der Völkerbund ist eigentlich seiner ganzen Natur nach sehr dazu geneigt, eine Stellungnahme vorzubereiten, sie aber nach Möglichkeit nicht, wenn es nicht zum Äußersten kommt, in die Erscheinung treten zu lassen. Das ergibt sich aus dem Komplex der dort vertretenen Nationen. Er ist von einer Höflichkeit im ganzen Schriftwechsel, die ich dem Deutschen Reichstage zur Nachahmung empfehlen möchte (Große Heiterkeit). Jeder ist eminent, jeder ist ehren-

[56] Gemeint: im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages.

[57] Am 6.7.1927 stimmte die Mandatskommission der Entsendung eines deutschen Delegierten zu, siehe Schultheß 1927, S. 540. Auf der Ratstagung im September 1927 wurde dann Ludwig Kastl, geschäftsführendes Präsidialmitglied des RdI, in die Kommission aufgenommen.

wert; dort gibt es nichts anderes als die »ganz großen Nationen, von denen der hervorragender Herr Vertreter soeben die Güte hatte, in ganz ausgezeichneter Rede das und das auseinander zu setzen (Heiterkeit)«. Und so höflich wie der mündliche Verkehr ist auch sein Schriftwechsel. Wenn Sie das zusammennehmen mit dem Beschluß, »die hochverehrliche Regierung von Südafrika darauf hinzuweisen, daß sie den Ausdruck gebraucht habe, die Kolonie stehe unter ihrer Souveränität«, so ist das etwas, was man in Kapstadt ganz genau verstehen wird, etwa so, wie man in Berlin sagen würde: »Der Ausschuß stellt fest, daß der hier gebrauchte Ausdruck nicht den Gesetzen entspricht«, womit er einen Rüffel erteilt. Tatsächlich hat der Völkerbund mit seiner Mitteilung der südafrikanischen Regierung auch einen Rüffel erteilt, wenn er sagte: »Die Aufmerksamkeit der verehrten Regierung ist darauf hinzulenken, daß sie sich diese Ausdrucks bedient habe«. Wird sie sich dieses Ausdrucks zum zweiten Male bedienen, so wird man den ehrenwerten Vertreter der hochverehrten Regierung bitten, am Ratstische Platz zu nehmen, um in eine Erörterung über den Artikel soundso der Kolonialmandate einzutreten. An sich, glaube ich, waren wir durchaus berechtigt, die Mitteilung an die südafrikanische Regierung anzusehen als das Veto des Völkerbundes gegen die Anmaßung einer der Mächte, ein Kolonialmandat zu haben. Deshalb habe ich auch nichts weiter gesagt, zumal ich in der unglücklichen Lage war, gleichzeitig Präsident der Versammlung und Vertreter Deutschlands zu sein, und weiter weil ich auch praktisch glaubte, mit diesem Ergebnis ganz einverstanden sein zu können.

Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß der Augenblick, wo ich einmal eine Reise nach Bagamojo und Daressalam machen und dort die deutsche Flagge wieder sehen sollte, der schönste meines Lebens wäre (Lebhafter Beifall).

Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die in traditioneller Einmütigkeit verlaufene Zentralvorstands-Sitzung und hoffe, daß sie ein günstiger Auftakt gewesen ist zu der schönen Feier, die uns noch bevorsteht.

(Schluß 5 Uhr nachmittags).

67.

10./11. November 1927: Sitzung von Parteivorstand und Reichsausschuß

NLC vom 12.11.1927, Nr. 201. Überschrift: »Die Deutsche Volkspartei zur Lage«.

Nach Berichten Stresemanns und Curtius' zur politischen Lage wird eine Entschließung zur Innenpolitik verabschiedet: schleunige Verabschiedung der Besoldungsvorlage[1] *und des Entschädigungsschlußgesetzes*[2]*; Inangriffnahme einer durchgreifenden Verwaltungsreform,* »die unter Umständen auch vor einer Änderung der Verfassung,

[1] Siehe dazu Dok. Nr. 69, Anm. 5.

[2] Der »Entwurf eines Gesetzes zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden (Kriegsschädenschlußgesetz)« war vom Kabinett am 13.7.1927 gebilligt worden, siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 276; Vermächtnis III, S. 265f. Er wurde am 15.12. dem Reichstag vorgelegt (RTDrs., Bd. 420, Nr. 3830), der ihn am 17.12. dem 22. Ausschuß (Entschädigungs-

soweit das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in Frage kommt, nicht haltmachen darf«; *Minderung der auf der Wirtschaft ruhenden Lasten und eine solche Gestaltung des Etats,* »daß der künftige Reichshaushalt nicht nur ohne Steuererhöhung abgeglichen, sondern daß auch die insbesondere im Interesse des Mittelstandes so notwendige Senkung der Realsteuern tatsächlich durchgeführt werden kann«; »Einwirken des Reiches auf Länder und Gemeinden im Sinne sparsamster Haushaltsführung«.

68.

21. November 1927: Sitzung des Zentralvorstandes in Braunschweig

Kölnische Zeitung vom 22.11.1927, M., Nr. 744b. Überschrift: »Das Schicksal der deutschen Schule. Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei. Dr. Runkel über das Schulgesetz. W.T.B. Braunschweig, 21. November (Telegr.)«.[1]

Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, zu der u.a. Reichsminister a.D. Dr. Scholz, Reichsminister Dr. Curtius, Geheimrat Professor Kahl und zahlreiche Mitglieder der Länderregierungen und Parlamente, im ganzen über 300 stimmberechtigte Mitglieder des Zentralvorstandes, erschienen sind, wurde heute vormittag vom Parteivorsitzenden, Reichsminister Dr. Stresemann, eröffnet. Der braunschweigische Landtagsabgeordnete Brandes hieß den Zentralvorstand mit herzlichen Worten in der Stadt Heinrichs des Löwen willkommen. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dr. Runkel über das Reichsschulgesetz.[2]

Er kam in seinem Vortrag auf die drei Probleme zu sprechen, die eine Sonderstellung der Partei erfordern: auf das Problem der Schulformen, das Problem des geordneten Schulbetriebs und der Schulaufsicht.[3] Nach wie vor, so erklärte er, steht die Deutsche

---

fragen) überwies; zum Verlauf der Beratungen siehe den Bericht des 22. Ausschusses vom 19.3.1928, RTDrs., Bd. 422, Nr. 4111.

[1] Im Bestand R 45 II fehlt ein Protokoll der Zentralvorstandssitzung, auch die NLC berichtete nicht über die Sitzung. Tagesordnung: Die politische Lage. Einleitender Bericht: Reichsaußenminister Dr. Stresemann, M.d.R. Aussprache. 2. Das Reichsschulgesetz. Einleitender Bericht: Geheimrat Dr. Runkel, M.d.R. Aussprache, BAK NL Jarres 41, p. 13.

[2] Der »Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146 Abs. 2 und 149 der Reichsverfassung« wurde mit einem amtlichen Kommentar am 16.7.1927 veröffentlicht (Text: Walter Landé, Aktenstücke zum Reichsvolksschulgesetz, Leipzig 1928, S. 70–102) und am 19.7. dem Reichsrat vorgelegt (RRDrs. 1927, Nr. 102), wo Preußen und zahlreiche andere Länder Abänderungsanträge einbrachten (Text der preußischen Anträge: ebd, S. 102–163). Während der 1. Lesung in den Ausschüssen des Reichsrats (3.–7.10.) wurde der Entwurf in zentralen Punkten abgeändert (Beschlüsse der 1. Lesung in: R 43 I/791, p. 196–202). Am 13.10. beendete der Reichsrat die 2. Lesung des Entwurfs (Entwurfsfassung: ebd., p. 167–173); bei der Schlußabstimmung am 14.10. wurde der Reichsratsentwurf dann jedoch mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt, siehe Schultheß 1927, S. 166; Grünthal, S. 228ff. Am selben Tag wurde der Regierungsentwurf des Reichsschulgesetzes in der ursprünglichen Fassung dem Reichstag zugeleitet (RTDrs., Bd. 419, Nr. 3654), der ihn nach der 1. Lesung vom 18.–20.10. (VRT, Bd. 394, S. 11499ff., 11531ff.) an den Bildungsausschuß zur weiteren Beratung überwies.

[3] Bereits Anfang Juli 1927 wurde bei den Kabinettsberatungen über den von Innenminister v. Keudell (DNVP) vorgelegten Reichsschulgesetzentwurf deutlich, daß die DVP die beiden Kernstücke der Vorlage, die kirchliche Mitbestimmung in Fragen des Religionsunterrichts und

Volkspartei auf dem Boden ihres Programms, wonach Bekenntnisschule und Gemeinschaftsschule von ihr gesichert und gefördert werden sollen überall da, wo sie nach Herkommen und Beschulungsbedürfnis Heimatcharakter haben. Wir wollen der Bekenntnisschule den Besitzstand bei der Umwandlung sichern; sie zu erhalten ist dann Sache der bekenntnistreuen Erziehungsberechtigten. Die Deutsche Volkspartei hat eine Reihe von Anträgen gestellt, die von den Regierungsparteien angenommen worden sind. Die Furcht vor einer Konfessionalisierung des Gesamtunterrichts ist dadurch gegenstandslos, verschwunden auch der Schein einer dogmatischen Betonung des Unterrichts nach der Annahme eines volksparteilichen Änderungsantrags durch die Regierungsparteien. Die Erhaltung der alten Bekenntnisschule in neuer Form ist gesichert. Was die bisherige christliche Simultanschule betrifft, wird ihre Erhaltung von fast allen Kreisen gefordert. Wir lehnen die im Regierungsentwurf vorgesehene sechsjährige Schonfrist und auch die zwölfjährige Schonfrist des Reichsrats ab, weil nach unserer Auffassung Artikel 174 der Reichsverfassung keine Schonbestimmung, sondern eine Schutzbestimmung enthält.[4] Die Deutsche Volkspartei wird deshalb dafür eintreten, daß in den Gebieten des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule gesetzlich oder nach Herkommen besteht, es bei dieser Rechtslage verbleibt. Welche Gebiete unter den Schutz des Artikels 174 zu stellen sind, bedarf noch reichsrechtlicher Feststellung.

Auch die Stellung der Deutschen Volkspartei zur christlichen Gemeinschaftsschule ist kulturell bedingt. Die in der Verfassung vorausgesetzte äußere Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule kann kaum bestritten werden (Sehr richtig!). Auch der Entwurf erkennt sie theoretisch an. Die Forderung der Deutschen Volkspartei wird da-

die Gleichberechtigung von Simultan- und Bekenntnisschule, die dem in Art. 146 WRV festgelegten Vorrang der Simultanschule widersprach, kategorisch ablehnte. Am 13.7.1927 stimmten Stresemann und Curtius im Kabinett gegen den Entwurf und erklärten, daß die DVP-Fraktion sich nicht an den Gesetzentwurf gebunden fühle, siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 276; zu den Fraktionsberatungen siehe BAK R 45 II/67, p. 53–55. Zur Haltung Runkels, der den Reichsschulgesetzentwurf bei den Beratungen des Bildungsausschusses (25.20.1927–15.2.1928) in seinen Kernpunkten ablehnte, siehe detailliert Grünthal, S. 196ff.; Wittwer, S. 136ff.; Ellen L. Evans, The Center Wages Kulturpolitik: Conflict in the Marx-Keudell-Cabinet of 1927, in: CEH 2 (1969), S. 139–158.

[4] Art 174 WRV lautete: »Bis zum Erlaß des in Artikel 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen«. Ausgehend vom Art. 146 WRV stellte der Reichsschulgesetzentwurf die allen Schülern offenstehende Gemeinschaftsschule zwar an die Spitze, erklärte sie aber abweichend von der Reichsverfassung nicht zur Regelschule, sondern sprach auch den besonderen Schulformen (Bekenntnisschule, weltliche Schule, Weltanschauungsschule) Parität nach Maßgabe des Willens der Erziehungsberechtigten zu, wobei ein Antrag auf Umwandlung einer Schulform der Unterstützung der Erziehungsberechtigten von zwei Dritteln der bisherigen Schüler, ein Antrag auf Neueinrichtung der Unterstützung der Erziehungsberechtigten von mindestens 40 schulpflichtigen Kindern bedurfte. Um die Neueinrichtung einklassiger Antragsschulen einzudämmen, war einem solchen Antrag nur stattzugeben, wenn die beantragte Schule nach Aufbau und Klassenzahl nicht hinter der Mindesthöhe der am 1.1.1927 in der Gemeinde rechtlich zulässigen Schulorganisation zurückblieb. Nach einer Schutzvorschrift für die bisherigen Simultanschulländer Baden, Hessen und dem früheren Nassau (wobei die Simultanschulstädte Frankfurt/M. und Hanau ausgenommen wurden) sollte der Entwurf hier erst nach 5 Jahren in Kraft treten, wobei der im Reichsrat abgelehnte Entwurf (siehe Anm. 2) eine Verlängerung dieser Frist auf 12 Jahre vorgesehen hatte.

hin gehen, daß neu einzurichtende Schulen als Gemeinschaftsschulen einzurichten sind, soweit nicht die Erziehungsberechtigten der Mehrheit derjenigen Kinder, die der neuen Schule zugesagt werden, eine andere Schule beantragen. Ebenso sollen bei der Umwandlung Gemeinschaftsschulen werden alle Schulen, in denen in den letzten fünf Jahren die Zahl der bekenntnismäßig eingestellten Schüler nicht mehr die einfache Mehrheit betrug. Bis zur zweiten Lesung wird festzustellen sein, daß mit den drei Merkmalen: religiös-sittliche Grundlage, Lebendigmachung der aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Kultur und bekenntnismäßiger Religionsunterricht der christliche Charakter der Gemeinschaftsschule einwandfrei gekennzeichnet ist. Die weltliche Schule gehört nach Artikel 146 Absatz 2 zu den Antragsschulen und wird im Gesetz ihre verfassungsmäßigen Rechte erhalten.[5] Mehr darf sie nicht erhalten. Ein weiteres kulturelles Problem ist der geordnete Schulbetrieb. Die Deutsche Volkspartei lehnt jede Deutung dieses Begriffs ab, die eine Zertrümmerung unseres heutigen hochentwickelten Schulsystems zur Folge haben kann (Zustimmung). Für sie erwächst der Begriff aus dem Verhältnis der Einzelschule eines Orts zur Normalschule. Daher wird ein »geordneter Schulbetrieb« beeinträchtigt, wenn eine Schule nach Aufbau und Zahl der Klassen, Unterrichtsabteilungen und Unterrichtseinrichtungen nicht diejenige Höhe der Entwicklung verbürgt oder sogar wesentlich beeinträchtigt, die beim Inkrafttreten des Gesetzes in der Normalform des Schulverbandes besteht. Einen dahingehenden Antrag wird die Volkspartei im Ausschuß stellen (Beifall).

Zu einer grundsätzlichen Stellungnahme nötigt auch noch die Regelung der Einsichtnahme in den Religionsunterricht von seiten der Religionsgesellschaften im Paragraphen 16 des Entwurfs. Die Deutsche Volkspartei lehnt nach Überlieferung und innerer Einstellung eine Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch andere als staatliche Organe ab. Das bedeutet keine Stellungnahme gegen die Kirche, deren wertvolle Miterziehungsarbeit sie immer anerkennt. Aber die Schule ist des Staates. Die obersten Stellen sollen entsprechend dem Entwurf das Recht der Einsichtnahme erhalten, dies aber unter Ausschluß der Übertragung dieser Befugnisse auf nachgeordnete kirchliche Stellen. Die Deutsche Volkspartei wird auch fordern, daß vor Fertigstellung des Gesetzes die Kostenfrage und die Beteiligung der Gemeinden an der Umwandlung und Neueinrichtung von Schulen grundsätzlich geregelt wird.

Die Deutsche Volkspartei, so schloß der Redner, lehnt jeden Versuch ab, sie für ein Scheitern des Reichsschulgesetzes verantwortlich zu machen. Sie betont auch hier noch einmal ausdrücklich, daß sie sich für das Zustandekommen des Gesetzes mit allem Nachdruck einsetzt.[6]

---

[5] Art. 146 Abs. 2 WRV bestimmte: »Innerhalb von Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb [...] nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes«.

[6] In einem sich an den W.T.B.-Bericht über die Zentralvorstandssitzung anschließenden und mit »Entschließung zur Schulfrage« überschriebenen Meldung der Telegraphen-Union vom selben Tage (Wortlaut: »Kölnische Zeitung«, 22.11.1927, M., Nr. 744b) nahm die Debatte des Zentralvorstandes hinsichtlich des Reichsschulgesetzes folgenden weiteren Verlauf: »Nach der Rede des Abgeordneten Runkel erinnerte Dr. Stresemann daran, daß die Nationalliberalen in der Schulfrage immer einen toleranten Standpunkt eingenommen hätten. Wo in Jahrzehnten be-

Vertrauliche Ausführungen Dr. Stresemanns. In der Fortsetzung der Verhandlungen am Nachmittag nahm der Vorsitzende, Reichsminister Dr. Stresemann, unter allgemeiner Spannung das Wort zu vertraulichen Ausführungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage. Am Schluß seiner Ausführungen kam er auch auf die Frage etwaiger Neuwahlen zu sprechen und betonte unter stärkstem Beifall den unbedingten Willen zur Erhaltung der absoluten Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei gegenüber anderen Parteien und Verbänden. Der Zentralvorstand bereitete dem Parteiführer eine große Ovation. An der Aussprache beteiligten sich Reichsminister a.D. Dr. v. Raumer, Regierungsrat Dr. Hecker (Hannover), Bergwerksdirektor Brandi (Dortmund), Reichstagsabgeordneter Thiel (Berlin), Dr. Krieger jun. (Berlin) und Direktor Burger (Ludwigshafen). Die Aussprache ergab die vollkommene Übereinstimmung in der Auffassung des Zentralvorstandes über den Ernst der wirtschaftlichen und der finanziellen Lage, ergab aber auch seine ernste Entschlossenheit, dafür zu sorgen, daß Deutschland durch eigne Kraft den Weg zur Rettung findet, und ergab endlich die entschlossene Bereitwilligkeit aller Kreise der Partei, überall im Reich, in den Ländern wie in den Gemeinden, nachdrücklichst auf strengste Sparsamkeit zu drängen. Im besonderen unterstrich Reichsminister a.D. v. Raumer die Bedeutung einer vorsichtigen und zurückhaltenden Anleihepolitik.

Nach seinem Antrag ersuchte der Zentralvorstand in einer Entschließung die Reichstagsfraktion zu prüfen, ob nicht die Aufnahme öffentlicher Anleihen jeder Art – einschließlich der Anleihen für die im überwiegenden Besitz der öffentlichen Hand befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen – von der Genehmigung einer

---

währte Schulformen entstanden seien, gleichgültig ob konfessionell oder simultan, sollten sie erhalten bleiben. In diesem Standpunkt der Partei komme die Achtung vor der geschichtlichen Entwicklung zum Ausdruck, nicht aber, wie hier und da falsch behauptet worden sei, die Sehnsucht nach Kompromissen. Die Grundlagen der weiteren, außerordentlich regen Aussprache waren die vom Parteivorstand ausgearbeiteten Richtlinien, die von dem Vorsitzenden der volksparteilichen Preußenfraktion, Dr. v. Campe, vorgetragen und begründet wurden. Nach der Aussprache wurde nachstehende Entschließung angenommen: ›Nach einer grundlegenden Darlegung des Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Runkel über das Reichsschulgesetz und eingehender Aussprache hierüber billigt der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei die Haltung der volksparteilichen Reichsminister, der Reichstagsfraktion und ihrer Vertreter im Bildungsausschuß bei den bisherigen Verhandlungen über die Schaffung eines Reichsschulgesetzes. Die Vorlage eines Reichsschulgesetzes ist in der Reichsverfassung gefordert, an deren Bestimmungen die gesetzgebenden Faktoren gebunden sind. Die Deutsche Volkspartei hat die Aufgabe, auf der gegebenen Grundlage für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens einzutreten. In Ausführung ihrer auf dem Leipziger Parteitag im Jahre 1919 programmatisch festgelegten Grundsätze und in Anlehnung an die geschichtliche Entwicklung fordert der Zentralvorstand daher: 1. Neben Sicherung konfessioneller Bekenntnisschulen in ihrer geschichtlich gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultanschule. 2. Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanschule. 3. Sicherung der Lehrfreiheit gegen jeden Versuch aller konfessionellen Verengungen des gesamten Unterrichts in der Bekenntnisschule. 4. Unbedingte Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme im Schulverband. 5. Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates auch für den Religionsunterricht. Die Deutsche Volkspartei, die sich nach den Erklärungen ihrer Minister und der Fraktion die Freiheit der Entschließung vorbehalten hat, ist nach wie vor bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten. Sie erwartet daher, daß die Reichstagsfraktion nur einem Gesetz zustimmt, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht‹. Dr. Stresemann sprach darauf den Vertretern der volksparteilichen Reichstagsfraktion im Bildungsausschuß seinen Dank für ihre Arbeit aus«.

Reichsstelle abhängig gemacht werden muß. In seinem Schlußwort betonte Dr. Stresemann die Bedeutung dieser Übereinstimmung für die Politik der Partei und des Reiches. Zugleich sah er in dieser Einmütigkeit eine gute Ouvertüre für einen etwaigen Wahlkampf. Die Politik der Verantwortung habe sich, zumal auf lange Sicht gesehen, immer als die beste erwiesen. Damit schloß die Sitzung der Zentralvorstandes. Erneuter, immer wieder einsetzender Beifall hatte wiederholt Stresemanns Schlußworte unterbrochen.

69.

8. Dezember 1927: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/58, p. 559–579. Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: »Geschäftsführender Ausschuß. Sitzung am 8. Dezember 1927 im Reichsklub«.[1]

1. Parteiorganisation und Wahlen

Der Vorsitzende, Staatssekretär Kempkes, leitet die Aussprache mit kurzen Bemerkungen ein. Der Zweck der Aussprache sei nicht, jetzt eine Wahlparole zu finden und auszugeben, denn die Wahlparole sei abhängig von der politischen Lage bei den Wahlen. Aber zwei Punkte seien heute schon geklärt: einmal der, daß wir nicht unter der Parole ›schwarz-weiß-rot‹ in den Wahlkampf ziehen, und zum zweiten, daß uns die Außenpolitik keine ausreichende Grundlage bietet, um damit allein die Wählerschaft fortzureißen.[2] Wohl sei das Verständnis für die außenpolitischen Notwendigkeiten in den weitesten Kreisen der Wählerschaft gewachsen, so daß wir hier eine gute Position haben würden, aber von entscheidender Bedeutung sei, daß wir die wirtschaftlichen Interessen der Wählerschaft in den Vordergrund rücken; um Steuerfragen, Wirtschaftsfragen, Wohnungsfragen u. a. werde der Wahlkampf geführt werden. Die Agitation der Sozialdemokratie lasse das bereits deutlich erkennen.[3] Auf diesen Gebieten müssen wir von uns geleistete Arbeit herausstellen, in diesem Sinne müssen wir für die Organisation im Lande Richtlinien geben und darauf auch unser

[1] An der Sitzung nahmen teil: v. Campe, Cremer, Dietrich, Hembeck, Hollmann, Kalle, Kempkes, Frau v. Kulesza, Frau Matz, Frau Mende, Moldenhauer, Schiftan, Schwarze, Steffens, Streiter, Winnefeld; von der Reichsgeschäftsstelle: Fecht, Husen, v. Pelet-Narbonne, Schönrock, Stocksiek, Trucksaess, Wittig. Tagesordnung: 1. Parteiorganisation und Wahlen. 2. Die Arbeit in den Ausschüssen. Bildung eines Ausschusses für Verwaltungs- und Verfassungsreform und eines Ausschusses für Rechtsanwälte. 3. Genehmigung von Wahlkreissatzungen und Anstellung von Wahlkreisgeschäftsführern. 4. Verschiedenes.

[2] Da die DVP den Reichsschulgesetzentwurf (siehe Dok. Nr. 68, Anm. 2, 3) kategorisch ablehnte, zeichnete sich seit dem Winter 1927/28 ein Auseinanderbrechen des Bürgerblock-Kabinetts Marx IV ab. Am 15.2.1928 stellte der Fraktionsvorsitzende der DNVP, Graf Westarp, der zugleich auch die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses leitete, schließlich fest, eine Einigung in den umstrittenen Fragen erscheine nicht mehr möglich und die Koalition sei infolgedessen aufgelöst, Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 420; Neuwahlen wurden für den 20.5.1928 anberaumt.

[3] Die SPD stellte vor allem die Sozialpolitik in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 521ff.

gesamtes Wahlmaterial einstellen. Die Reichsgeschäftsstelle werde wiederum ein Wahlhandbuch herausbringen, in dem das wichtigste Material aus allen Gebieten zusammengestellt wird.[4] Von ausschlaggebender Bedeutung werde sein, daß wir unsere Organisation in den noch zur Verfügung stehenden Monaten ausbauen. In recht vielen Wahlkreisen müsse in diesem Punkt noch manches nachgeholt werden. Ebenso müßten die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Erfreulicherweise lasse sich feststellen, daß die meisten Wahlkreise in den letzten Jahren ihre Schuldenlast abdekken und teilweise auch schon Mittel für den Wahlkampf zurückstellen konnten.

Auch die in den letzten Wochen von mehreren Wahlkreisen erfolgte Zahlung von Wahlkreisbeiträgen an die Zentrale sei ein Zeichen für eine beginnende Besserung in den Finanzen. Leider gelte das aber nicht für alle Wahlkreise, besonders bedauerlich sei die schlechte Finanzlage in den drei sächsischen Wahlkreisen trotz der dort vorhandenen recht guten Organisation. Auch auf dem Gebiete der Presse müsse geeignete Vorsorge getroffen werden. Was die Lage der Parteizentrale betreffe, so könne man zwar sagen, daß es bisher noch immer gelungen sei, die Mittel im nötigsten Umfang aufzubringen. Die Initiative zu geeigneter Propaganda und Agitation sei aber durch den Mangel an Mitteln doch vielfach gehemmt gewesen. Zur Zeit seien die Mittel der Zentrale so knapp wie selten zuvor, es werde daher die Sorge aller verantwortlichen Stellen der Partei sein müssen, für die Aufbringung neuer Mittel zu sorgen. Die Erhöhung der parlamentarischen Diäten im Anschluß an die Besoldungserhöhung[5] bietet vielleicht die Möglichkeit, hier nachzuholen, was andere Parteien bereits mit Erfolg durchgeführt hätten, daß nämlich die Abgeordneten des Reichstages und des Preußischen Landtages einen Teil der Diäten, etwa 50 Mark pro Monat, an die Zentrale abgeben, wodurch dieser eine monatliche Einnahme von rund 4000 Mark zufalle.[6] Der Ernst der Situation zwinge ihn, mit diesem Vorschlag an die beiden Fraktionen heranzutreten und den Geschäftsführenden Ausschuß zu bitten, ihn hierbei zu unterstützen.

Dr. von Campe äußert sich zu dem letzteren Vorschlag zustimmend. Bezüglich der preußischen Politik müsse in der Wahlagitation die Unfruchtbarkeit der gegenwärtigen preußischen Koalition seit 1924 gebrandmarkt werden. Die Kritik der Organisationen im Land an der Politik der Preußenfraktion vergesse immer wieder, daß die Preußenfraktion damals vom Lande zum Austritt aus der Koalition gezwungen wor-

[4] Siehe dazu das von der Reichsgeschäftsstelle herausgegebene umfangreiche Wahlhandbuch der DVP, Berlin 1928.

[5] Nach der vom Reichsfinanzminister im Sommer 1927 erarbeiteten Besoldungsvorlage, die dem Reichstag am 14.10. zugeleitet wurde (RTDrs., Bd. 419, Nr. 3656), sollten die Grundgehälter der unteren Beamtengruppen um durchschnittlich 25 %, der mittleren um 21 % und der höheren Gruppen um 18 % steigen; zu dem energischen Widerstand des Zentrums siehe Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. 186–188. Am 15.12.1927 nahm der Reichstag die Besoldungsvorlage mit 333 (SPD, Zentrum, DDP, DVP, DNVP, VA) zu 53 Stimmen (KPD, WV, vier Abgeordnete der BVP und der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch) und 16 Enthaltungen an, siehe VRT, Bd. 394, S. 12169ff.; RGBl. 1927 I, S. 349.

[6] Die steuerfreie pauschalierte Aufwandsentschädigung, die bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusätzlich zum Gehalt gezahlt wurde, betrug für Abgeordnete des Reichstags und des preußischen Landtags monatlich 600 Mark, zuzüglich 10 Mark Zuschlag für jeden nachgewiesenen Tag ihrer Anwesenheit an Tagen, an denen Ausschußsitzungen stattfanden. Für den Fall des nicht begründeten Fernbleibens wurden von der Aufwandsentschädigung pro Tag 20 Mark abgezogen.

den sei.[7] Die vielen Reibungen zwischen dem Reich und Preußen in der letzten Zeit zeigten deutlich, daß eine Homogenität der Regierungskoalition im Reiche und in Preußen eine Notwendigkeit sei. Von diesem Standpunkt aus sei die Abhaltung der Wahlen zum gleichen Zeitpunkt zu fordern.

Abgeordneter Dr. Schiftan: Die Wahlen sind mit Geld allein nicht zu machen. Im Osten hat die Partei keinen gesicherten Besitzstand wie im Westen. Ihr Erfolg wird davon abhängig sein, ob sie in der Landwirtschaft Fuß faßt. Dabei muß sich die Partei darüber klar sein, daß die Lage der Landwirtschaft verzweifelt ist. Die gesamte Landwirtschaft vom Großgrundbesitzer bis zum Siedler ist verschuldet.[8] Die D.V.P. muß die Führung beim Umschuldungsprozeß übernehmen. Wir müssen den Bauern zeigen, daß wir ihnen helfen, dann bekommen wir Stimmen.

Abgeordneter Dr. Cremer: Allgemeinpolitische Betrachtungen sind hier nicht am Platze. Wir müssen uns auf das organisatorisch Notwendige beschränken. Der Zeitpunkt der neuen Wahlen liegt aller Voraussicht nach so, daß wir noch einige Monate Zeit haben, um unsere Organisation zu ergänzen. In finanzieller Hinsicht müssen wir den in Betracht kommenden Leuten klarmachen, daß finanzielle Vorausleistungen auf die Wahlen notwendig sind. Die kleinen Geschäftsstellen müssen vermehrt werden. Versammlungen haben in kleinen Orten zweifellos guten Erfolg. In den Mittelstädten ist die Aufgabe schwieriger. Hier muß die Einwirkung über die Berufsgruppen geschehen. In den Großstädten ist die Aufgabe am schwierigsten, vor allem, weil uns hier vielfach die Unterstützung durch die Presse fehlt. Dabei müssen wir darauf bedacht sein, in der Generalanzeigerpresse uns durchzusetzen. In Berlin liegen die Presseverhältnisse zweifellos am ungünstigsten.[9] Hier muß der Mangel auf andere Weise ausgeglichen werden. Durch die N.L.C. haben wir immerhin eine weite Wirkungsmöglichkeit, die wir nach jeder Richtung hin ausnutzen müssen.

Nun die Ideen, die für die Wahlen wirksam sind. Wir dürfen nicht an die Unzufriedenheit appellieren, sondern wir müssen zeigen, was geschehen ist und was geschehen kann, aber nur im Rahmen des Erreichbaren. Gegenüber der Landwirtschaft dürfen wir nicht die Phrasen des Landbundes wiederholen[10], sondern müssen darauf hinweisen, was wir positiv für die Landwirtschaft geleistet haben. So haben wir

[7] Zu der durch den Rücktritt der DVP-Minister v. Richter und Boelitz am 6.1.1925 in Preußen ausgelösten Regierungskrise siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Reich und Preußen im Winter 1927/28 um die Osthilfe und die Reichsreform siehe Ehni, S. 56ff.; Schulz, Demokratie, Bd. 2, S. 167ff.; Schulze, S. 671ff.; zu den Bemühungen der DVP, in Preußen nach den Landtagswahlen (20.5.1928) wieder in die Regierung einzutreten, siehe Schulze, S. 537f.; Stürmer, S. 243ff.; Blunck, S. 247ff.

[8] Besonders die ostpreußische Landwirtschaft war vollkommen überschuldet. Zu den von Ernährungsminister Schiele vorgesehenen Hilfsmaßnahmen siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 326, 359, 411 sowie die Denkschrift Schieles über das landwirtschaftliche Notprogramm und seine Ausgestaltung, RTDrs., Bd. 430, Nr. 218 sowie Gessner, Kap. 2 und 3. Zur Agrarpolitik in der »Stabilisierungsphase« siehe neben der (apologetischen) Studie von Arno Panzer, Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dezember 1928, Kiel 1970 jetzt vor allem Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990.

[9] Die einzige Berliner Tageszeitung der DVP, die »Zeit«, hatte ihr Erscheinen aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereits im Juni 1925 einstellen müssen.

[10] Der Landbund setzte ganz auf ein großagrarisch geprägtes Wahlprogramm, siehe Gessner, S. 182f.

schon 1924 auf [19]25, nicht erst heute, auf die Wichtigkeit der Kreditfragen hingewiesen. Wir müssen in der Wählerschaft den Sinn für Wirklichkeit wecken.

In der Kandidatenfrage müssen wir darauf sehen, daß die verschiedenen Berufe berücksichtigt werden. Wir haben hier viel zuwenig Zentralismus. Die Parteileitung muß frühzeitig klären, wo die Aufstellung von Beamtenvertretern, Arbeitnehmern und ähnlichen Berufsvertretern möglich ist. Notwendig ist auch, daß die Kandidaten sich frühzeitig mit der Wählerschaft bekanntmachen.

Hembeck: Die Reichsgeschäftsstelle muß rechtzeitig Richtlinien und Anweisungen an die Organisationen hinausgeben. Die Geschäftsstellen draußen müssen agitationsreif gemacht werden. Der Ausbau der Organisation ist die Voraussetzung für jeden Erfolg. Die Wirtschaftspartei wird ein beachtenswerter Gegner sein.[11] Man muß die besten Methoden, ihr entgegenzuwirken, herausfinden. Wir müssen Aufklärung über unsere sachliche Arbeit schaffen. Wenn die Deutschnationalen jetzt z.B. den Hindenburg-Gedanken herausstellen, so ist das unser geistiges Eigentum, darauf müssen wir hinweisen.

Abgeordneter Thiel: Die Organisation steht im Vordergrund. Die Agitation spielt heute nicht mehr die frühere Rolle. Es ist bedauerlich, daß die Wahlkreisgeschäftsstellen vielfach nicht in der Lage sind, berufsständische Ausschüsse ins Leben zu rufen. Für die Erfassung der Angestellten ist die Einrichtung solcher Ausschüsse unerläßlich. Die Kandidaten müssen in Fühlung mit den Angestelltenvertretern aufgestellt werden. In den maßgebenden Instanzen der Wahlkreise müssen die Angestelltenkreise vertreten sein. Wo die Wahlkreise die Kandidaten ohne Fühlungnahme mit den Angestelltenkreisen aufstellen, werden sie die betreffenden Organisationen zum Gegner haben. Der Geschäftsführende Ausschuß der Partei hat seinen Namen daher, daß er die Geschäfte der Partei führt. Dazu gehört aber eine viel stärkere Zusammenfassung, als dies jetzt innerhalb der Partei der Fall ist. Die Zentrale der Partei muß größere Rechte für sich in Anspruch nehmen. Andernfalls ist ein wirksamer Aufbau der Organisation nicht denkbar.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Reichsgeschäftsstelle Versuche zu stärkerer Zusammenfassung, soweit es die Satzung gestattet hat, immer wieder unternommen hat. Es ist aber ein Unterschied zwischen Berufsorganisation und der Organisation einer politischen Partei. Zur Kandidatenaufstellung ist darauf hinzuweisen, daß die Kandidaten in den Wahlkreisen nach der Satzung im Benehmen mit der Parteileitung aufzustellen sind.[12] Es wird notwendig sein, die Wahlkreise erneut auf diese Bestimmung aufmerksam zu machen.

Frau von Kulesza warnt vor zu viel Schematisierung. Es werde sonst viel treibendes Leben erstickt. Eine Parteiorganisation sei mit einer Berufsorganisation nicht vergleichbar. Für die Wahlen werde es vor allem auf die Kleinarbeit ankommen, dafür kommen vor allem die Frauen in Betracht. Wenn man auf deren Hilfe rechnet, dann darf man sie aber auch nicht vergrämen. Eine systematische Heranziehung von Frauen für die Kleinarbeit sei notwendig. Wichtig sei, daß den betreffenden Frauen ihre

[11] Zum Wahlkampf der Wirtschaftspartei und ihrer Abgrenzungsstrategie gegenüber der DVP bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 siehe Schumacher, Mittelstandsfront, S. 113ff.

[12] §5, Abs. II der Satzung vom 1.10.1926; siehe auch S. 38*f.

kleinen Ausgaben ersetzt werden. Das Wahlhandbuch müsse so gestaltet werden, daß einzelne Teile für sich herausgenommen werden können. Es muß weiter dafür gesorgt werden, daß das Wahlhandbuch auch in die Hände all derer kommt, die praktische Arbeit leisten wollen. Bei den letzten Wahlen sei vielfach festzustellen gewesen, daß manche eifrig tätigen Frauen vom Wahlhandbuch gar keine Kenntnis gehabt hatten.[13]

Abgeordneter Hollmann unterstreicht, daß Versammlungen in kleinen Orten von großem Wert sind. Für die Außenpolitik herrsche durchaus Verständnis. Starkes Interesse finden die Fragen, die mit der Verfassungs- und Verwaltungsreform zusammenhängen. Es werde aber darauf ankommen, daß wir praktische Vorschläge machen. Eine Gegenwirkung gegen die Wirtschaftspartei sei von großer Bedeutung. Gegenüber den Deutschnationalen sei die Situation für uns günstig. Man dürfe aber nicht übersehen, daß für die Deutschnationalen bedeutsame immanente Kräfte wirken, wogegen bei uns der Drang zur Mitarbeit, der 1920 noch klar gewesen sei, vielfach fehle.

Abgeordneter Steffens: Er habe jüngst in der nationalen Arbeitsgemeinschaft (Deutschnationale, Vaterländische Verbände, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei) gesprochen. Es sei zwar richtig, daß wir in diesen Organisationen vertreten sind, es sei aber kein Zweifel, daß wir einen nachhaltigen Einfluß darin nicht haben. Die finanzielle Lage der ostpreußischen Organisation sei außerordentlich ungünstig. Hier müsse von der Zentrale geholfen werden, dadurch, daß mindestens die Anstellung eines zweiten Geschäftsführers ermöglicht werde. Er bitte auch, daß sich Abgeordnete der ostpreußischen Organisation zur Verfügung stellen. Er empfehle der Zentrale weiter die Sorge für die »Königsberger Allgemeine Zeitung«, deren Einfluß die Grundlage für unsere ganze Stellung in Ostpreußen bilde. Die Deutsche Volkspartei müsse sich auf die Nöte des Ostens einstellen, wenn sie ihre Stellung behaupten und ausdehnen wolle. Diesem Zwecke dienen auch die Tagungen des Ostausschusses.[14] Er bitte um recht zahlreiche Beteiligung an der demnächst stattfindenden Tagung in Schneidemühl.

Frau Dr. Matz: Von Bedeutung für uns sei die Gewinnung des Treibholzes. Für die Gewinnung der Frauen sei es bedeutsam, daß wir in den neutralen Organisationen in stärkerem Maße hervortreten. Die Arbeit unserer Ausschüsse müssen wir ins Land hinaustragen. Es sei nicht zu verkennen, daß wir durch die Koalition im Reichstag in mancher Hinsicht stark gehemmt werden.[15] Es werde gut sein, wenn wir in der Wahlagitation nicht allzuviel Rücksicht auf die Koalition nehmen.

Abgeordneter Streiter: Die Verhältnisse in Berlin sind zweifellos besonders schwierig. Aber auch Berlin kann lebendig gemacht werden. In einzelnen Gruppen seien zahlreiche Neuaufnahmen zu verzeichnen.

[13] Vor den Reichstagswahlen vom 4.5. und 7.12.1924 hatte die Reichsgeschäftsstelle das umfangreiche »Wahlhandbuch der DVP« (Berlin 1924) herausgegeben.

[14] Vorsitzender des Ostausschusses, eines Unterausschusses des GA, war seit Juni 1925 Wilhelm Steffens.

[15] Zur Neubildung des Kabinettes Marx IV (Zentrum, BVP, DVP, DNVP) im Januar 1927 siehe Dok. Nr. 66, Anm. 4.

Abgeordneter Winnefeld betont die Notwendigkeit der Gewinnung der Arbeitnehmerkreise. Im Westen werde darauf großer Wert gelegt. Es gäbe aber noch viele Wahlkreise, die in dieser Richtung versagten. Gegenüber der Wirtschaftspartei müssen wir die Wohnungspolitik der D.V.P. herausstellen.

Frau Mende unterstreicht gleichfalls die Mitarbeit in überparteilichen Organisationen. Dafür müßten aber die Frauen auch die Unterstützung der Männer haben. Insbesondere müsse es sich der Außenminister angelegen sein lassen, daß auf internationalen Tagungen nicht immer bloß demokratische Frauen als die Repräsentantinnen der deutschen Frauenorganisationen auftreten. Die Versorgung der Frauen mit Material sei dringend notwendig. Das Verhalten der hannoverschen Organisation bei der Frage der Nachfolge für den verstorbenen Abgeordneten Oetjen[16] habe in Frauenkreisen starken Anstoß erregt.

Hembeck: Es sei gewiß wichtig, daß bei der Aufstellung der Kandidaten die verschiedenen Berufskreise mit ihren Auffassungen zu Wort kommen. Die Stellungnahme des Herrn Thiel sei aber doch etwas zu scharf. Als Mitglied des Rechnungsausschusses der Partei würde er es begrüßen, wenn die Abgeordneten sich zu der von dem Herrn Vorsitzenden angeregten Abgabe an die Zentrale bereit erklären würden.

Geheimrat Dietrich: In Bayern gehe die Organisation vorwärts. Die Lage werde aber außerordentlich erschwert durch die politische Haltung der großen bayerischen Blätter, die fast durchweg auf die Politik der Bayrischen Volkspartei eingestellt seien, obwohl sie finanziell in Händen von norddeutschen Industriekreisen seien. Namens des bayrischen Landesverbandes danke er für die Unterstützung durch die rednerische Tätigkeit so vieler Abgeordneter. In der Verfassungsfrage bitte er, nicht über die Stresemannformel hinauszugehen und vor allem jeden Zwang gegenüber den Ländern zu vermeiden.[17] Im Ziel seien wir wohl alle einig, wir müßten aber die geeigneten Wege wählen.

Abgeordneter Thiel: Er bitte angesichts der bevorstehenden schweren Arbeitskämpfe auf unsere Presse dahin einzuwirken, daß sie eine Haltung einnimmt, die auf beide Teile Rücksicht nimmt. Ein Artikel in der »Täglichen Rundschau« aus der Feder des Herrn Kastenholz lasse die Rücksicht auf die Arbeitnehmerkreise vollkommen vermissen. Im Gegensatz dazu ein stehe ein Artikel der N.L.C., in dem anerkennswerterweise die Rücksicht auf beide Teile geübt sei.

Abgeordneter von Campe stellt zu dem von Frau Mende erwähnten Fall in Hannover fest, daß dort die Frage nicht gelautet habe, Frau oder Handwerker, sondern Lehrer oder Handwerker. Wenn die Organisation sich für den letzteren entschieden habe, so hätte darin keinerlei Mißachtung der Arbeit der Frauen gelegen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß es nicht zweckmäßig sei, den Vorfall weiter zu behandeln. Frau Mende stimmt zu und will sich vorbehalten, den Fall an anderer Stelle noch zur Sprache zu bringen.

---

[16] Heinrich Oetjen (1874–1927), Landwirt und Hofbesitzer. 1924–1927 MdL Preußen (DVP).

[17] Stresemann hatte in seiner Festrede anläßlich der 60-Jahr-Feier der NLP am 20.3.1927 (siehe Dok. Nr. 66, Anm. 2) in Hannover die Partei zur Mitarbeit »an unserem Staat, dem republikanischen Deutschland« verpflichtet, PA NL Stresemann 97.

Hugo beschwert sich darüber, daß in einer vom Jungdeutschen Orden einberufenen Versammlung in Bielefeld ein Vertreter des DHV, der auch DVP-Mitglied sei, persönliche Angriffe gegen ihn als »Vertreter der Plutokratie« *gerichtet habe.*

Als Ergebnis der Aussprache stellt der Vorsitzende folgendes fest:

1. Die Reichsgeschäftsstelle gibt entsprechende Richtlinien für die Wahlarbeit heraus. 2. Die Wahlkreise sollen hinsichtlich der Kandidatenfrage auf die Bestimmung in der Satzung hingewiesen werden, wonach die Kandidaten im Benehmen mit der Parteileitung aufzustellen sind; entsprechend der Anregung des Herrn Thiel sollen die Wahlkreisvorsitzenden veranlaßt werden, demnächst über die Absichten hinsichtlich der Kandidatenaufstellung im Geschäftsführenden Ausschuß oder auch in einer Sitzung des Reichsausschusses Kenntnis zu geben. 3. Den Fraktionen des Reichstages und des preußischen Landtages solle seitens des Geschäftsführenden Ausschusses der Wunsch zum Ausdruck gebracht werden, von der zu erwartenden Erhöhung der Diäten einen Betrag von je 50 Mark pro Mitglied und Monat an die Zentrale abzuführen.

Es wird ein Reichsausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform (Vors.: v. Campe, Mitglieder: v. Richter, Cremer, Gildemeister, Kalle, Moldenhauer, Dingeldey, Schwarze, Burger, Frau Mende) und ein Reichsausschuß für Rechtsanwälte gebildet (als Mitglieder vorgesehen: Kempkes, Kunz, Macht, Krücke, Behnke, Hallensleben, Fahre, Bockamp, Dahn, Dingeldey, Schulz, Ausländer, Frau Hegemann-Springer). Der Anstellung einiger Wahlkreisgeschäftsführer wird zugestimmt. Die neuen Satzungsbestimmungen der Wahlkreise Koblenz und Potsdam 1–9 werden gebilligt. Die Beschwerde Rießers über eine zu starke Inanspruchnahme der Abgeordneten durch die Wahlkreisparteitagungen wird ohne Beschlußfassung zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende schließt darauf die Sitzung.

70.

23./24. November 1928: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC-Sonderausgabe vom 27.11.1928. Überschrift: »Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei«.[1]

Stresemann eröffnet die Tagung um 16 Uhr und gedenkt der verstorbenen Mitglieder des Zentralvorstandes. Auf Vorschlag von Scholz wird Stresemann durch Zuruf einstimmig zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes wiedergewählt. Es folgen die

[1] Im Bestand R 45 fehlt ein stenographisches Protokoll dieser Sitzung, in der sich der nach der Reichstagswahl vom Mai 1928 neuzuformierende ZV konstituierte. Von der vorausgehenden Sitzung des GA am 12.11. ist außer der Tagesordnung nur ein handschriftliches Kurzprotokoll von Trucksaess überliefert.

Zuwahlen zum Zentralvorstand. Zu den von den Wahlkreisen gewählten etwa 200 Mitgliedern des Zentralvorstandes werden 30 Mitglieder zugewählt: Bechly, Bretschneider, Brüggemann, Brune, Fahrenholz, Feuerbaum[2]*, Frank, Glatzel*[3]*, Göpel, Havemann, Frau Hoffmann, Kiehl, König, Luther, Frau Mayer, Frau Mende, Most, Frau Mühsam-Werther, Roeschmann, Schiftan, Schindler, Schmidt-Hirschberg, Schütz, Schwarze, v. Stauß, Streiter, Frau Wolf, Trucksaess.*

Kempkes berichtet über den Stand der Parteiorganisation, »deren Grundzüge sich voll bewährt haben« *und macht Vorschläge zur stärkeren Heranziehung der Jungwähler zur Parteiarbeit. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Partei und Presse bedauert er vor allem das Fehlen eines volksparteilichen Organs in der Reichshauptstadt. In der anschließenden Aussprache kommt auch Selbstkritik über Versäumnisse in der Werbearbeit zum Ausdruck. Dann wird zur Bearbeitung der Organisationsfragen ein besonderer Ausschuß von 16 Mitgliedern eingesetzt, der der Partei Vorschläge für die Verwirklichung der gegebenen Anregungen machen soll.*

In den Parteivorstand, dem als geborene Mitglieder der Parteivorsitzende (Stresemann), die Vorsitzenden der Fraktionen im Reichstag, Preußischen Landtag und der Gruppe im Staatsrat (Scholz, Stendel, Jarres) und der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses (Kempkes) angehören, werden gewählt: Dauch, Hembeck, Kalle, Frau Mende, Moldenhauer, v. Stauß, Thiel; in den Geschäftsführenden Ausschuß, dem auch die Mitglieder des Parteivorstandes angehören, werden entsprechend den Vorschlägen des Parteivorstandes Becker, Beythien, Cremer, Dietrich, Havemann, Landgrebe, Matz, Spieß, Winnefeld und Zehle[4] *berufen; weitere 12 Mitglieder hat der Geschäftsführende Ausschuß selbst zuzuwählen.*

Am folgenden Tag erstattet Stresemann ein Referat über die innen- und außenpolitische Lage.

Dr. Stresemann setzte sich in seinem Bericht über die politische Lage zunächst mit der Kritik auseinander, die hier und da in der Form geübt wurde, daß man sich nicht an der Reichsregierung beteiligen, sondern der Sozialdemokratie allein die Verantwortung hätte überlassen sollen.[5] Diese Auffassung sei entschieden zurückzuweisen.

[2] Johannes Feuerbaum (1890–1953), Drechslermeister. Vors. des Handwerksamtes Dortmund, 2. Vors. des Reichsverbandes für das selbständige deutsche Drechselgewerbe. Vors. des Westfälisch-Lippischen Handwerksbundes Dortmund. 1930–1932 MdR (DVP).

[3] Frank Glatzel (1892–1858), Jurist. Leiter der Presseabteilung des DHV. Seit 1918 führend in der DVP-Jugendbewegung (Schriftleiter der »Jungdeutschen Stimmen«). 1930–1932 MdR (DVP). Vors. der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler.

[4] Zehle, Dr. iur. Rechtsanwalt in Magdeburg.

[5] Die Reichstagswahlen vom 20.5.1928 hatten einen klaren Erfolg der Linksparteien gebracht (die SPD gewann 22 Mandate, die KPD 9 Mandate hinzu), während die bürgerlichen Mittelparteien erhebliche Stimmenverluste hinnehmen mußten (die DVP verlor 6 und die DNVP 30 Mandate): SPD 24,5 % der Stimmen (143 Mandate), DDP 3,8 % (20), Zentrum 12,1 % (62), BVP 3,1 % (16), DVP 8,7 % (45); KPD 10,6 % (54), DNVP 14,2 % (73), NSDAP 2,6 % (12), Wirtschaftspartei 4,5 % (23). Die Große Koalition aus SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP (Äußeres: Stresemann; Wirtschaft: Curtius) unter Hermann Müller (SPD) kam erst nach langwierigen Verhandlungen als »Kabinett der Persönlichkeiten« zustande, siehe Kabinett Müller II, S. VII ff.; Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. 277–319; Albertin/Wegner, Dok. Nr. 146a-148; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 528 ff.

Wenn heute das Bürgertum insgesamt jede Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie ablehnen würde, so würde es selbst die Schuld an der Radikalisierung der Sozialdemokratie[6] und an der Stärkung der Kommunisten tragen. Wir haben demgegenüber das größte Interesse daran, daß der staatsbürgerliche Gedanke in der Sozialdemokratie selbst gestärkt wird, um denjenigen Teil der Sozialdemokratie, der ein Zusammenwirken mit dem Bürgertum anstrebt, nicht zu schwächen, sondern zu stärken (Lebhafte Zustimmung). Allerdings ist unser Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie ebenso eine reine Vernunftehe, wie es diejenige mit der Deutschnationalen Volkspartei war.[7] Gewiß haben wir mit der Haltung der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage[8] eine starke Belastung aufnehmen müssen. Die Haltung in dieser Frage war die Frucht einer skrupellosen Wahlagitation, an der aber nicht allein die Sozialdemokratie beteiligt war.[9]

Wir verstehen die Kritik an dem parlamentarischen System in der Form, die es bei uns angenommen hat. Sie darf aber nicht da einsetzen, wo ihre Argumente der Durchschlagskraft entbehren. Das gilt besonders für die Frage der Stärkung der Stellung der Reichspräsidenten.[10] Man wird aus dem Amt des Reichspräsidenten stets das machen können, was die Persönlichkeit des Reichspräsidenten aus dieser Stellung selbst macht. Wir haben in der Geschichte gesehen, daß der Monarch eines Staates, dessen Verfassung ihm eigentlich nur eine dekorative Stellung zuwies, tatsächlich die

[6] Vor allem der rechte Flügel der Reichstagsfraktion, der aus den Maiwahlen gestärkt hervorgegangen war und sich nach dem Tod von Gildemeister im April 1928 um den Fraktionsvorsitzenden Scholz gruppierte, opponierte gegen eine Große Koalition. So beschloß die DVP-Fraktion am 27.6.1928, sich zwar dem Eintritt von Curtius und Stresemann in das Kabinett nicht zu widersetzen, sich aber für die Haltung gegenüber der Großen Koalition »alle Freiheit zu wahren«, BAK R 45 II/67, p. 98; siehe dazu auch Vermächtnis III, S. 304ff.; Turner, S. 232f.

[7] Die DNVP war in den Kabinetten Luther I (5.1.1926–20.1.1926) und Marx IV (29.1.1927–12.6.1928) beteiligt.

[8] Trotz ablehnender Haltung der SPD zum Panzerkreuzerbau beschloß das Kabinett Müller II am 10.8.1928, mit dem Bau des Panzerkreuzers A zu beginnen, was in den Reihen der Sozialdemokratie einen Proteststurm auslöste. Am 31.10. beantragte die SPD-Fraktion, den Bau des Panzerkreuzers einzustellen, und zwang den Kanzler und die sozialdemokratischen Minister, für den Antrag – der mit 257 zu 202 Stimmen abgelehnt wurde – und damit gegen den Kabinettsbeschluß zu stimmen, siehe dazu Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 550f.; Wolfgang Wacker, Der Bau der Panzerkreuzers A und der Reichstag, Tübingen 1959; Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920–1939, Düsseldorf 1973, S. 94; Werner Rahn, Marinerüstung und Innenpolitik einer parlamentarischen Demokratie – das Beispiel des Panzerschiffes A 1928, in: Die Deutsche Marine, Herford 1983, S. 53–72.

[9] Der Wahlkampf 1928 war von der Sozialdemokratie unter der Parole »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« geführt worden. Zu den Frontstellungen im Wahlkampf siehe Vermächtnis III, S. 281ff.; Turner, S. 225; Jones, Liberalism, S. 291f.; Ruppert, S. 316ff.; Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933), Düsseldorf 1972, S. 209f.

[10] Der Stahlhelm plante im November 1928 ein Volksbegehren zur Änderung der Art. 37 (Abgeordnetenimmunität) und Art. 54 WRV (Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag), siehe Berghahn, S. 120; Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971, S. 260. Stresemann hielt diesen Vorschlag, wie er dem Verbindungsmann der DVP-Fraktion zum Stahlhelm, v. Gilsa, am 14.10.1928 mitteilte, für »eine große Torheit«, Vermächtnis III, S. 321. Stresemanns Beziehungen zu Hindenburg waren zudem wegen erheblicher Differenzen über die Besetzung des Moskauer Botschafterpostens im November 1928 äußerst gespannt, siehe dazu seine Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem Reichspräsidenten am 18.11.1928, bei dem er mit seinem Rücktritt drohte, PA NL Stresemann 291.

Weltpolitik maßgebend beeinflußt hat; während der Monarch eines anderen Staates, bei einer eigentlich unbeschränkten Machtbefugnis, in seinem Land in Wirklichkeit nur die Marionette seiner Umgebung war[11] (Zustimmung).

Die Auseinandersetzung mit dem Stahlhelm hat nichts zu tun mit der Stellung des Stahlhelms zu diesen Fragen, sondern ist erfolgt wegen jener Stahlhelm-Botschaften, in denen erklärt wird, daß der Stahlhelm den bestehenden Staat hasse.[12] Wenn unsere Freunde im Lande sich entschlossen haben, die Entwicklung des Stahlhelms abzuwarten, so ist es, wie ihre Erklärungen besagen, aus der Erwägung heraus geschehen, daß sie ihren gesamten Einfluß geltend machen wollen, um den Stahlhelm auf diejenige überparteiliche Stellung zurückzuführen, in der allein seine Berechtigung liegen kann. In Bezug auf die Verbesserung der heutigen parlamentarischen Verhältnisse sind wir insbesondere der Auffassung, die Immunität der Abgeordneten nicht zu einem völlig einseitigen Vorrecht zu machen, und halten insbesondere für unerträglich, daß die Vorbereitung irgendwelcher Aktionen gegen den Staat unter den Schutz der parlamentarischen Immunität gestellt wird (Lebhafter Beifall).

Wir wünschen eine Änderung des Wahlrechts[13], die die persönliche Beziehung des Abgeordneten zu seinen Wählern wiederherstellt, und hoffen, daß wir unter dem System der heutigen Wahlkreiseinteilung das letzte Mal gewählt haben. Wir fordern ein anderes Wahlrecht unter Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts, aber unter Verkleinerung der Wahlkreise und dem dadurch gegebenen persönlichen Wettbewerb der einzelnen Abgeordneten, von denen früher jeder Mensch in Deutschland wußte, in welchem Bezirk sie gewählt waren, während die heutigen Reichsstimmzettel die Erkenntnis dieser Beziehungen vollkommen unmöglich machen[14] (Sehr richtig!).

Wir stehen programmatisch auf dem Standpunkt der Erstrebung des Einheitsstaates[15], der unser Ideal darstellt. Wir können ihn aber nach meiner Auffassung nicht

[11] Anspielung auf den englischen König Eduard VII. einerseits, den russischen Zar Nikolaus II. andererseits – eine von Stresemann häufiger akzentuierte Gegenüberstellung.

[12] Am 1.9.1928 hatte der sächsische Landesverbandsführer Morosowicz erklärt, der Stahlhelm »hasse mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt«, zit. nach Berghahn, S. 113. Erst nach schweren Auseinandersetzungen mit Scholz gelang es Stresemann, wie er Kempkes am 23.9. mitteilte, seine Forderung durchzusetzen, daß nun »das Tischtuch zwischen der DVP und dem Stahlhelm zerschnitten werden müsse«, Vermächtnis III, S. 319. Der Vorstand der Reichstagsfraktion beschloß daraufhin am 2.10.1928, den volksparteilichen Abgeordneten (nicht aber den Parteimitgliedern), den Austritt aus dem Stahlhelm nahezulegen, siehe BAK R 45 II/66, p. 125; Wortlaut des Beschlusses in: Vermächtnis III, S. 320; siehe dazu auch Döhn, S. 299ff.; Berghahn, S. 115ff.

[13] Reichskanzler Müller hatte in seiner Regierungserklärung vom 3.7.1928 gefordert, das »verfassungsmäßig festgelegte System der Verhältniswahl aufrechtzuerhalten, aber zugleich eine engere Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sicherzustellen«, VRT, Bd. 423, S. 44. Im Juni 1928 hatte die DDP bereits einen Antrag auf Einbringung eines Reichswahlgesetzes gestellt, siehe RTDrs., Bd. 430, Nr. 12; Albertin/Wegner, Dok. Nr. 148b; zur Wahlreformdiskussion in der Weimarer Republik siehe den Forschungsüberblick bei Kolb, Weimarer Republik, S. 172ff.

[14] Auf der Sitzung der Reichstagsfraktion am 30.11.1928 bezeichnete v. Kardorff die Ausführungen Stresemanns zur Wahlreform als »bedenklich«, BAK R 45 II/67, p. 115.

[15] Die DVP forderte in ihren Grundsätzen »den deutschen Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der einzelnen geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften«, siehe Anhang, S. 1274. Zu den Reichsreformbestrebungen

im Wege des Zwanges herbeiführen, und wir sollten uns auch vor Teillösungen hüten, die eine übermäßige Zusammenfassung der Mehrzahl der Staaten gegenüber einigen bestehenbleibenden Ländern schaffen, weil dann die Gegensätze schwerer auszutragen wären, als es heute der Fall ist. So wie einst der Zollverein das Deutsche Reich geschaffen hat, so wird auch die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen die beste Förderung des Zusammenschlusses der Länder sein, von denen nicht nur die kleineren, sondern auch größere Staaten heute die Frage erwägen, ob es Sinn für sie hat, die Selbständigkeit noch weiter zu bewahren. Es ist nicht richtig, daß die Kultur unter dem Aufgeben der Selbständigkeit einzelner Länder leiden muß. Auch Köln und Düsseldorf waren einst Hauptstädte selbständiger Staaten, und sie haben nach ihrem Aufgehen in dem großen Preußen einen Aufschwung genommen, den sie niemals hätten nehmen können, wenn hinter ihnen nicht der große, mächtige Staat gestanden hätte. Auch wenn heute das Herzogtum Nassau noch bestände, wäre es zweifelhaft, ob Wiesbaden die Entwicklung genommen hätte, die es in der späteren Zeit hat nehmen können (Lebhafter Beifall).

Außerordentlich begrüße ich die Anregung das Reichsjustizministers, den Begriff der deutschen Staatsangehörigkeit gegenüber dem Ausland zu schaffen, da es unerträglich ist, daß, während die gesamte Welt uns Deutschland und Deutsche nennt, in den Ausweisen eines Deutschen in der Welt dieser Begriff verpönt und durch die deutsche Kleinstaaterei ersetzt wird[16] (Sehr richtig).

Wir sind einmütig in der Auffassung, daß eine Mitarbeit der Partei auch an der preußischen Regierung erwünscht ist.[17] Die Frage wird augenblicklich überschattet durch die Auseinandersetzungen über den eventuellen Abschluß einer Vereinbarung zwischen Preußen und der Kurie[18], eine Frage, zu der wir Stellung nehmen müssen unter

siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 2, 9, 40, 161; Schulz, Demokratie, Bd. 2, S. 237; Biewer, S. 109ff.

[16] Zu den Bestrebungen Koch-Wesers auf eine Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913 (RGBl. 1913, S. 583) und 5.11.1923 (RGBl.1923 I, S. 1077) mit dem Ziel der Schaffung einer unmittelbaren Reichsangehörigkeit an Stelle der bestehenden Staatsangehörigkeit in einem Lande siehe das umfangreiche Material im BAK NL Koch-Weser 95.

[17] Bereits bei den Verhandlungen um die Bildung der Großen Koalition hatte die DVP die Erweiterung des bestehenden Regierungsbündnisses in Preußen zur Vorbedingung gemacht, siehe BAK R 45 II/67, p. 86, 94 (Fraktionssitzungen vom 16. und 22.6.1928). Die Weigerung Brauns, dessen Regierung der Weimarer Koalition bei den Maiwahlen in Preußen die absolute Mehrheit erreicht hatte (SPD 137 Mandate, DDP 21, Zentrum 68; DVP 40 – Verlust von 5 Mandaten –, DNVP 82, NSDAP 6, KPD 56), die DVP an der Regierung zu beteiligen, hatte die Koalitionsverhandlungen im Reich zunächst stocken lassen, siehe Ruppert, S. 368ff.; Schulze, S. 544ff.; Stang, S. 306f.; Turner, S. 232f. sowie Dok. Nr. 73. In seiner Regierungserklärung vom 9.6. hatte Braun lediglich vage zugesagt, »zu gegebener Zeit« in Beratungen über die Bildung einer Großen Koalition einzutreten, Schultheß 1928, S. 113. Obwohl Stresemann am 14.6.1928 intensiv mit Braun über Kompromißmöglichkeiten konferierte (siehe dazu den bei Braun, S. 249f. abgedruckten Brief Stresemanns an StS Weismann vom 14.6.1928), konnte er lediglich die Zusage erreichen, daß unter »gegebener Zeit« der kommende Herbst zu verstehen sei. Die Anfang Oktober 1928 in Preußen wieder aufgenommenen Verhandlungen wurden zunächst durch das Zentrum blockiert, das eine Aufnahme der DVP in die Regierung ablehnte, da es Schwierigkeiten in der Konkordatsfrage befürchtete und zudem keinen seiner drei Kabinettssitze zugunsten der DVP aufgeben wollte, siehe dazu auch Hömig, S. 112ff.; Schulze, S. 549ff.

[18] Seit Anfang Oktober 1928 gelangten optimistische Berichte über die schon seit Jahren ergebnislos geführten Konkordatsverhandlungen des preußischen Staates in die Presse, die dann vom Preußischen Pressedienst dementiert wurden, siehe Schultheß 1928, S. 166; Albertin/Wegner,

dem Gesichtspunkt der Partei, die auf dem Boden religiöser Duldsamkeit steht und einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Interessen des Staates und unserer katholischen Mitbürger erstrebt, aber die sinngemäße Anwendung einer solchen Vereinbarung mit der katholischen Kirche auch auf die evangelische Landeskirche verlangt.[19]

In Bezug auf die außenpolitische Lage verwies Dr. Stresemann auf die Erklärungen, die er vor wenigen Tagen im Reichstag abgegeben habe und betonte dabei die Bedeutung der Entscheidung der kommenden Reparationsverhandlungen.[20] Nur mit tiefem Bedauern kann man die Auslassung der parteiamtlichen »Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei« lesen, die davon spricht, daß in Paris und London Männer tätig wären, die zum Ausdruck brächten, daß das deutsche »Nein« nur ein verschleiertes »Ja« sei. Solche völlig unbegründeten Behauptungen seien eine schwere Schädigung der beginnenden Verhandlungen (Sehr richtig!). Gegenüber der Auslandskritik an seiner angeblich aggressiven Rede im Reichstag bemerkte er, daß Deutschland so viel Zeichen des guten Willens gegeben habe, daß es wirklich Zeit sei, daß nun die moralische Abrüstung bei den anderen Ländern beginne (Lebhafte Zustimmung).

Dr. Stresemann schloß seine etwa einstündige Rede unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden mit dem Appell, daß die Deutsche Volkspartei auch in Zukunft bei ihrer Politik sich nicht leiten lassen würde von Schlagworten, sondern von nationaler und sittlicher Verantwortung.

Hierauf nahm als erster Redner Landtagsabgeordneter Stendel das Wort. Die Preußische Landtagsfraktion, so führte er aus, steht einmütig auf dem Standpunkt, daß wir die Große Koalition in Preußen wollen, wenn wir sie unter tragbaren Bedingungen haben können. Wir freuen uns, daß die Reichstagsfraktion den gleichen Standpunkt einnimmt. Der Angelpunkt für die Lösung der Frage der Koalition liegt im Reiche. Im Reiche braucht man uns zur Bildung der Koalition, in Preußen kann man

Dok. Nr. 148b; Schulze, S. 553 f.; Golombek, S. 28 ff.; Wortlaut des Konkordates vom 14. 6. 1929 in: Huber/Huber, Dok. Nr. 183.

[19] Der Evangelische Oberkirchenrat hatte in einem Schreiben an das preußische Staatsministerium vom 22. 10. 1928 für den Fall des Abschlusses eines Konkordats »eine gleichzeitige, evangelischen Gesichtspunkten entsprechende vertragsgemäße Sicherung« verlangt, siehe Schultheß 1928, S. 174. Zur Vorgeschichte des preußischen Kirchenvertrags vom 11. 5. 1931 (Wortlaut in: Huber/Huber, Dok. Nr. 309) siehe Else Gräfin von Rittberg, Der preußische Kirchenvertrag von 1931, Bonn 1960. Scholz stellte in der Fraktionssitzung vom 30. 11. 1928 die große Bedeutung der Konkordatsfrage für die Zukunft heraus, da sie »Schlüssel zur Entwicklung der politischen Lage« sein werde, BAK R 45 II/67, p. 114.

[20] Auf der Genfer Völkerbundstagung vom September 1928 war die Einsetzung einer unabhängigen Kommission von Finanzsachverständigen unter dem Vorsitz von Owen D. Young, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der General Electric Company, beschlossen worden, mit dem Ziel, eine endgültige Reparationssumme und eine zeitliche Grenze der deutschen Belastung festzusetzen. Die Kommission nahm am 9. 2. 1929 ihre Arbeit auf und legte nach schwierigen Verhandlungen im Mai 1929 den »Young-Plan« vor, der auf der Konferenz von Den Haag (6.–31. 8. 1929) von den beteiligten Regierungen angenommen wurde. Zum Inhalt des Young-Plans siehe Kabinett Müller II, S. XXI ff.; Link, S. 469 ff.; Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, Opladen [3]1968, S. 26 ff.; Young-Plan, S. 311–318; Kent, S. 287–321 sowie den Forschungsüberblick bei Kolb, Weimarer Republik, S. 208, 216 f.; zur Reichstagsrede Stresemanns vom 19. 11. 1928 siehe VRT, Bd. 423, S. 414 ff.

möglicherweise ohne uns auskommen. In klarer Erkenntnis dieser Tatsache hat die Reichstagsfraktion gleichzeitige und gleichartige Regierungsbildungen im Reiche und in Preußen gefordert.[21] Die Entwicklung hat gezeigt, daß auch in Preußen in den letzten Jahren große Aufgaben nicht durchgeführt werden konnten, weil hinter der Regierung keine feste Mehrheit stand. Wir werden die Entwicklung im Reiche abwarten und zu gegebener Zeit unseren ganzen Einfluß einsetzen, um zu einer Regierungserweiterung auch in Preußen zu kommen. Der Redner erinnerte weiter an die große Machtposition, die sich die gegenwärtigen preußischen Regierungsparteien in der Verwaltung geschaffen haben, und erklärte: Es darf nicht dahin kommen, daß die volksparteilichen Beamten den Eindruck haben, daß sie nicht weiterkommen, weil sie Volksparteiler sind (Lebhafte Zustimmung).

Der Redner besprach dann die Frage des Konkordats und verlas eine Entschließung, die dem Zentralvorstand in dieser Frage vorgelegt wird.[22] Die Deutsche Volkspartei trete dafür ein, die zu regelnden Fragen nicht in der Form eines Konkordats, sondern im Wege einer Vereinbarung einer Lösung entgegenzuführen. Unbedingt müsse man fordern, daß Geistliche die deutsche Reichs- oder eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unter keinen Umständen dürften Schulfragen Gegenstand irgendwelcher Vereinbarungen werden. Schulfragen seien rein inländische Angelegenheiten. Die Verfassung kenne deutsche Elternrechte, aber nicht Rechte einer außerdeutschen Macht (Beifall). Es wird nicht leicht sein, so fuhr der Redner fort, mit der katholischen Kirche zu einer für alle Teile tragbaren Vereinbarung zu kommen. Es gibt kein Mitglied in unserer Fraktion, das irgendwie ein nicht tragbares Konkordat oder eine Vereinbarung anzunehmen gewillt wäre um zweier Ministersessel willen (Lebhafter Beifall). Wir wollen der Kirche geben, was der Kirche ist; es ist aber eine unabweisbare Pflicht, dem Staate zu lassen, was des Staates ist (Erneuter Beifall).

Im Namen der Ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft[23] der Partei stimmte Regierungs-Vizepräsident Schwendy[24] (Breslau) den Ausführungen des Außenministers und des Abgeordneten Stendel zu. Er begründete dann eine Entschließung, in der von der Partei eine Initiative in den Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform, der Fürsorge für den deutschen Osten, der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewünscht wird.[25] Auch für die Agrarpolitik sollten neue Richtlinien aufgestellt werden.

Oberregierungsrat Wenz (Bielefeld) begründete einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms für die Deutsche Volkspartei. Die Volkspartei werde ihre Werbekraft neu gewinnen, wenn sie das Prinzip des nationalen und sozialen Liberalismus mit größerer Aktivität ins Volk trage. Auf der Grundlage dieses Prinzips müsse der Gegenwartsstaat gefestigt und ausgebaut werden.

[21] Siehe Anm. 17.
[22] Siehe S. 751 f.
[23] Am 21.4.1928 hatten sich die drei schlesischen Wahlkreisverbände mit den Wahlkreisverbänden Ostpreußen, Pommern und Frankfurt/Oder zu einer »Ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft« zusammengeschlossen.
[24] Schwendy (Breslau), Jurist. Dr. iur. Regierungsvizepräsident. Vors. des Wahlkreisverbandes 7 (Breslau).
[25] Siehe S. 759 mit Anm. 61.

Dr. Jänecke[26] (Hannover) betonte, der Reichsbankpräsident müsse bei den kommenden Reparationsverhandlungen eine größere Unterstützung durch die deutsche Öffentlichkeit finden. Tatsächlich werde Frankreich immer reicher und reicher. Um so weniger wäre es zu rechtfertigen, daß aus Deutschland mehr herausgepreßt wird, als es leisten kann. Die Transferklausel müsse unbedingt aufrechterhalten werden. Der Redner erklärte, er sei nicht grundsätzlicher Gegner der Großen Koalition; aber die zu anderen Parteien bestehenden großen grundsätzlichen Gegensätze dürften nicht verschleiert, sondern müßten ausgekämpft werden. Bei der Arbeitslosenversicherung müsse die Bedürfnisprüfung wieder durchgeführt werden.[27] In der Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens habe der Staat bei uns schon die Grenze des Tragbaren überschritten. Das bisherige Schlichtungssystem sei nicht aufrechtzuerhalten.[28] Die steuerliche Belastung der Wirtschaft dürfe unter keinen Umständen im bisherigen Tempo weitergehen: Das amerikanische Vorbild der hohen Löhne und Gehälter lasse sich nicht auf die andersgearteten deutschen Verhältnisse übertragen. Große Beunruhigung habe der im Reichsfinanzministerium aufgetauchte Plan einer 25-prozentigen Erbschaftssteuer erregt.[29] In der Wahlrechtsfrage denke keiner an die Abschaffung der Verhältniswahl, aber die Wahlbezirke müßten kleiner gemacht und so eine wirkliche Konkurrenz der einzelnen Kandidaten ermöglicht werden. Zur Reichsreform dürfe man den Vorschlag des sogenannten Lutherbundes[30] nicht als

[26] Walther Jänecke (* 1888), Journalist. Dr. phil. Verleger des »Hannoverschen Kuriers«. Stellv. Vors. des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Vorstandsmtgl. des Kreisverbandes Nordwest der deutschen Zeitungsverleger. 1930 stellv. Bevollmächtigter der Provinz Hannover im Reichsrat.

[27] Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde am 7.7.1927 im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen (Text in: RGBl. 1927 I, S. 187–220). Zum Inhalt des Gesetzes und zur – auch im Vorfeld der Verabschiedung umstrittenen – Frage, ob die Gewährung von Arbeitslosengeld an eine Prüfung der Bedürftigkeit zu binden sei, siehe Preller, S. 369ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 314ff.; Walter Bogs, Die Sozialversicherung in der Weimarer Demokratie, München 1981, S. 43ff.; zur Entwicklung des Gedankens einer Arbeitslosenversicherung siehe Karl Christian Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland, Berlin 1990; Peter Lewek, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1928–1927, Stuttgart 1992, S. 13ff. Der Notstock der Reichsanstalt, mit dessen Hilfe 600000 Arbeitslose unterstützt werden konnten, war bereits im Frühjahr 1928 fast vollständig aufgezehrt; die erste Bitte um ein Darlehen des Reiches erging im Januar 1929, siehe Maurer, S. 63ff.

[28] Die Arbeitgeberverbände traten im Winter 1928/29 energisch für eine Reform des Schlichtungswesens ein, siehe Weisbrod, S. 395ff.; Bähr, S. 226ff. Der DVP-Fraktion hatte Curtius am 6.11.1928 detaillierte Vorschläge zu einer Reform des Schlichtungswesens unterbreitet, zu deren Beratung dann eine Kommission (Moldenhauer, Albrecht, Hueck, Pfeffer, Thiel, Winnefeld, v. Raumer, Schneider) gebildet wurde, siehe BAK R 45 II/67, p. 104f.

[29] Finanzminister Hilferding setzte sich seit August 1928 zur Deckung des Haushaltsdefizits u.a. für eine drastische Erhöhung der Erbschaftssteuer ein, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 102, 106; Maurer, S. 69ff.

[30] Der Bund zur Erneuerung des Reiches unter Vorsitz des ehemaligen Reichskanzlers Hans Luther (»Lutherbund«) hatte am 7. und 31.10.1928 Denkschriften zur Frage der Reichsreform veröffentlicht, in denen eine Angliederung Preußens an das Reich als sogenanntes »Reichsland« und ein Aufgehen der norddeutschen Länder in diesem Reichsland gefordert wurde, während die süddeutschen Gebietsteile Preußens den umliegenden Ländern angegliedert werden sollten, siehe Schultheß 1928, S. 167ff., 180; Kabinett Müller II, Dok. Nr. 45; Biewer, S. 109ff. Luther war (entgegen seinen eigenen Angaben in: Luther, S. 412) bereits im Herbst 1927 in die DVP eingetreten. Stresemann hatte im März und April 1928 eine Kandidatur Luthers zum Reichstag,

eine Teillösung abtun. Notwendig sei ein stärkerer Widerstand gegen die Machtpolitik der preußischen Koalitionsregierung in der Verwaltung. Es darf nicht dahin kommen, daß durch eine immer weitere Erhöhung der Löhne und Preise die Gefahr einer neuen Inflation entsteht (Beifall).

Frau Pape (Hamburg) setzte sich unter lebhaftem Beifall für die schleunige Durchführung eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes[31] ein.

Oberbürgermeister Dr. Blüher (Dresden) begrüßte die Bestrebungen auf Herbeiführung der Großen Koalition auch in Preußen. In Sachsen habe sich diese Regierungsform durchaus bewährt.[32] Koalitionspolitik sei nicht eine grundsätzliche, sondern eine taktische Frage. Der Redner betonte die Notwendigkeit, die Jugend mehr als bisher für die Partei zu gewinnen. Das könne erreicht werden durch stärkere Hervorhebung der kulturpolitischen Ziele der Partei. In der Frage des Einheitsstaates dürfe man Sachsen nicht ohne weiteres zu den Gegnern rechnen. Der Vorschlag des Lutherbundes sei jetzt abgetan. Die Volkspartei solle bei den Bestrebungen zur Vereinheitlichung nicht beiseite stehen.

Oberregierungsrat Klose (Neiße) verlangte eine energischere Bekämpfung der Kriegsschuldlüge durch die Partei und legte einen entsprechenden Antrag vor.

Major a. D. v. Gilsa[33] erstattete in seiner Eigenschaft als Verbindungsmann des Stahlhelm Bericht über die letzten Verhandlungen mit dieser Organisation. Er führte aus: Es ist zuzugeben, daß im Stahlhelm eine Reihe von Sachen vorgekommen sind, die nicht gedeckt werden können. Es wird unsere Aufgabe sein, dies in Ordnung zu bringen. Der Austritt der Abgeordneten aus dem Stahlhelm war richtig, aber ebenso richtig war es, daß unsere Parteimitglieder im Lande im Stahlhelm bleiben, unter der Voraussetzung, daß sie dafür sorgen, daß der Stahlhelm ein Verhalten an den Tag legt, das sich mit unserer Parteizugehörigkeit vereinbaren läßt. Erfolgversprechende Verhandlungen sind im Gange (Lebhafter Beifall).

Abg. Dr. Kriege begrüßte im Auftrage der ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft die Entschließung zum Konkordatsproblem, die den Niederschlag eingehender Verhandlungen der preußischen Landtagsfraktion bilde. Bei diesen Verhandlungen sei sich die Fraktion völlig klar gewesen über den Ernst der Lage, da ihre Einstellung zur Konkordatsfrage aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Regierungsbildung in Preußen beeinflussen werde. Der Redner habe seinerzeit den Austritt der Deutschen

um die sich dieser in den Wahlkreisen Düsseldorf-Süd, Hannover-Ost und Koblenz-Trier bemühte, unterbunden, siehe PA NL Stresemann 99.

[31] Das Plenum des Reichstags behandelte die Kleinrentnerfürsorge am 18. 2. 1929 und nahm eine Entschließung des 9. Ausschusses (Sozialpolitik) an, nach dem die Reichsregierung ersucht wurde, »eine reichsgesetzliche Regelung zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge« zu treffen, VRT, Bd. 424, S. 1178f.; innerhalb der Amtszeit des Kabinettes Müller II wurde jedoch kein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt.

[32] In Sachsen regierte seit dem 1. 7. 1927 eine Koalition aus ASP, DDP, DVP, WP und DNVP, siehe auch Dok. Nr. 64, Anm. 27.

[33] Erich v. Gilsa (1879–1963), Offizier. 1919 Chef des persönliches Stabes des Reichswehrministers Noske. 1920 als Oberst verabschiedet, seitdem Tätigkeit in der Leitung der Gutehoffnungshütte Sterkrade, insbesondere als Kontaktmann von Reusch zur DVP und DNVP. 1928–1930 MdR (DVP).

Volkspartei aus der preußischen Regierung für einen Fehler gehalten[34], da im vaterländischen Interesse ihre Mitarbeit bei dem Wiederaufbau des Staates, insbesondere auch im Hinblick auf die Beamtenpolitik, nicht zu entbehren sei. Er sei der Meinung, daß der Wiedereintritt in die Regierung unter keinen Umständen mit einem Konkordat erkauft werden könne, das mit den in der Entschließung enthaltenen Direktiven unvereinbar sei. Handele es sich doch bei den Konkordatsverhandlungen um unveräußerliche Rechte des Staates, um wichtige Kulturgüter und um die Parität unter den Konfessionen. Die preußische Landtagsfraktion stehe vor einem harten Kampf, aber sie hoffe, durch Einigkeit und Geschlossenheit der Partei zu siegen (Beifall).

Damit war die Aussprache über die politische Lage beendet.

Einstimmig angenommen werden Entschließungen zur Außenpolitik und zu den Konkordatsverhandlungen.[35] *Die Entschließung zur Außenpolitik fordert die Weiterführung der Locarnopolitik und der Abrüstungsverhandlungen, eine beschleunigte Rheinlandräumung sowie Vereinbarungen zur Friedenssicherung auch außerhalb des Kellogg-Paktes; die Lösung der Reparationsfrage dürfe nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands erfolgen.*

Die Entschließung zu den preußischen Konkordatsverhandlungen lautet:

Die Deutsche Volkspartei tritt nach ihrer Grundeinstellung für den konfessionellen Frieden zwischen allen Gliedern des deutschen Volkes, insbesondere zwischen dem evangelischen und katholischen Teil unserer Mitbürger ein. In Übereinstimmung mit der Auffassung der katholischen Mitglieder der Partei stellt der Zentralvorstand für die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche folgendes fest:

1. Die von Preußen und Hannover mit der Kurie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts abgeschlossenen und bis jetzt in Geltung gebliebenen Vereinbarungen über die äußere Organisation der römisch-katholischen Kirche und die finanziellen Leistungen des Staates bedürfen in einigen Punkten einer Anpassung an die inzwischen anders gewordenen Verhältnisse; es erscheint angezeigt, danach die bisherigen Vertragsbestimmungen durch entsprechende neue Vereinbarungen abzuändern oder zu ersetzen.

2. Die neuen Vereinbarungen sollen nicht in der Form eines Konkordats, sondern in anderer Vertragsform zum Abschluß gebracht werden.

3. Das seit einem Jahrhundert vertraglich festgelegte, dem konfessionellen Frieden dienende Gleichgewicht ist aufrechtzuerhalten. Bei der in Aussicht genommenen Neuregelung darf der bestehende Rechtszustand nicht zuungunsten des Staates verschoben werden.

4. Die Neuregelung soll sich grundsätzlich auf die in den bisherigen Vereinbarungen behandelten Fragen äußerer Organisation und finanzieller Beziehungen beschränken.

[34] Die DVP war im Januar 1925 aus der preußischen Regierung ausgetreten, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82.

[35] Beide Entschließungen sind abgedruckt in der NLC-Sonderausgabe vom 27.11.1928.

5. Insbesondere dürfen in oder neben den neuen Vereinbarungen Abreden über die Schule nicht getroffen, auch Erklärungen irgendwelcher Art über die Schulen nicht abgegeben werden.

6. Vor dem Inkrafttreten etwaiger neuer Vereinbarungen muß die Gewährung sinnentsprechender Rechte an die evangelischen Landeskirchen Preußens unter Berücksichtigung ihrer Eigenart sichergestellt werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius nahm dann das Wort zu einem Vortrag über »Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik«. Er wies zunächst die gegen die Reichsregierung erhobenen Vorwürfe, sie täusche sich und das Volk über den Ernst der Wirtschaftslage, zurück und teilte mit, daß im gegenwärtigen Reichskabinett schon bei der Beratung der Regierungserklärung übereinstimmende Auffassung über das Nachlassen der Konjunktur und daraus folgende vermehrte Arbeitslosigkeit, über die schwachen Stellen unserer Wirtschaftsstruktur und über die Empfindlichkeit unserer Kreditlage festgestellt worden sei.[36] Daher die Ankündigung entschlossener Hilfsmaßnahmen, vor allem gegen die Krisengefahren in der Landwirtschaft[37] und zum Schutz des Mittelstandes.[38] Daher auch der schwerwiegende Entschluß, an die alsbaldige Endlösung der Reparationsfrage mit dem Ziel heranzutreten, nur eine solche Lösung anzunehmen, die die Erfüllung bestehenbleibender Verpflichtungen aus eigener Kraft, ohne Gefährdung der Lebenshaltung des deutschen Volkes, gewährleiste.

Bei der kritischen Beurteilung unserer Wirtschaftslage sei zwar die Darlegung von krisenhaften Zuständen und Not auf weiten und wichtigen Gebieten der Wirtschaft erforderlich. Über diese Einzeldarlegung dürfe aber das Kernproblem nicht zu kurz kommen, das in dem drückenden Kapitalmangel und der Hemmung von Kapitalneubildung aus eigener Kraft läge. Gradmesser für den Kapitalmangel sei die Höhe der deutschen Zinssätze. Unsere Geldmarktsätze hätten im ersten Halbjahr 1928 durchschnittlich fast vier Prozent über den ausländischen gelegen; die Kosten deutscher Auslandsanleihen überstiegen zum Teil die Sätze, die exotische Staaten zu zahlen hätten, Hypotheken seien nur zu neun bis elf Prozent Zinsen zu erhalten; die durchschnittliche Effektivverzinsung deutscher festverzinslicher Werte habe im ersten

[36] Die wirtschaftlichen Situation verschlechterte sich im Winter 1928/29 drastisch, siehe James, Weltwirtschaftskrise, S. 123ff.; Weisbrod, S. 426f. Zu der desolaten Kassenlage des Reiches und zu Hilferdings Finanzprogramm siehe Maurer, S. 61ff.; Leuschen-Seppel, S. 217ff.; Martin Vogt, Die Stellung der Koalitionsparteien zur Finanzpolitik 1928–1930, in: Hans Mommsen et al. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 439–462.

[37] Reichslandwirtschaftsminister Hermann Dietrich (DDP) befürwortete Schutzzölle aus Sorge vor einer Radikalisierung der Bauern und trat damit in Gegensatz zu Hilferding, Stresemann und Curtius, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 78, 100, 110; Gessner, S. 163ff.

[38] Nachdem Hermann Müller in seiner Regierungserklärung vom 3.7.1928 eine Senkung der Einkommensteuer angekündigt hatte (VRT, Bd. 423, S. 45), war am 23.7.1928 eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer auf der Grundlage der Vorschläge des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Johannes Popitz, erfolgt (RGBl. 1928 I, S. 290).

Halbjahr 1928 rund acht Prozent betragen, während die Rendite der deutschen Aktien in der großen Mehrzahl zwei Prozent und darunter gelegen hätte.[39]

Diese Zinssätze seien keine vorübergehende Erscheinung wie etwa die niedrigen Sätze im Winter 1926/1927. Die Schwäche der deutschen Kapitalversorgung beruhe vielmehr auf Faktoren, die noch auf lange Zeit hinaus ihre Wirkung ausüben müßten. Er glaube, vier Faktoren des Kapitalbedarfs unterscheiden zu können: Wir müßten zunächst laufend den natürlichen Bevölkerungszuwachs finanzieren und den natürlichen Verschleiß ersetzen. Wir hätten sodann nachzuholen, was wir während der Kriegs- und Nachkriegsblockade, den Wirren der Revolution und Inflation an Rationalisierung versäumt hätten, was an Investitionen unterblieben wäre; die Nachholung wäre dringend, wenn wir mit der Entwicklung der Welttechnik und Weltwirtschaft Schritt halten wollten. Zum dritten dürften wir nicht vergessen, daß Deutschland in Auslandsanlagen vor dem Kriege 25 Milliarden besessen hätte und daß zur Hebung unseres Exports ein Wiederaufbau der Anlagen und mobiles Kapital zur Kreditgewährung unumgänglich notwendig wären. Schließlich müßten wir zur Durchführung der modernen wissenschaftlichen und technischen Entdeckungen und Verfahren, die der weiteren Beherrschung der Naturkräfte dienten, vor allem aber zur Erfüllung unserer Auslandsverpflichtungen eine Ausweitung unseres ganzen Apparates über das Vorkriegsmaß hinaus vornehmen. Von der Größenordnung dieses Kapitalbedarfs gewinne man eine Vorstellung, wenn man sich etwa vergegenwärtige, daß die Finanzierung der Aufnahme des natürlichen arbeitsfähigen Bevölkerungszuwachses in den seit der Inflation vergangenen Jahren auf achtzehn Milliarden Mark geschätzt werde.[40] Man müsse sich ferner klarmachen, daß Rationalisierung und Modernisierung der deutschen Landwirtschaft, Entwässerung, Meliorationen, Wegebau, Ausbau des Maschinenparks, großzügige Erweiterung des Netzes landwirtschaftlicher Schulen u.a. viele Milliarden erforderten. Die Aktivierung unserer Handelsbilanz zur Ermöglichung der Zahlung unserer Verpflichtungen aus dem Überschuß der Wirtschaft erfordere endlich eine so gewaltige Steigerung des Exportes und Ausdehnung unserer ganzen Volkswirtschaft, daß auch hierfür Riesenkapitalien notwendig wären. So rücke das Problem der Deckung unseres Kapitalbedarfs in den Mittelpunkt der von den Sachverständigen für die Endlösung der Reparationsfrage anzustellenden Untersuchungen und gleichzeitig immer mehr in den Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik überhaupt. Es erwüchse daraus die dringende Forderung stärkster Förderung der Kapitalneubildung, sparsamster Wirtschaft und produktivster Anlage des Sparkapitals.

Wenn für die Wirtschaftspolitik der Gegenwart und nächsten Zukunft das Reparationsproblem beherrschend sei, so läge überhaupt in der Unterstützung der Außenpolitik eine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik. Einer politischen Verständigung mit den Westmächten sei von der Wirtschaftspolitik durch Förderung und Genehmi-

[39] Zur Geldmarktsituation und Zinsentwicklung siehe James, Reichsbank, S. 95ff.; zur Anleihepolitik siehe die Ausführungen Schachts vom 19.7.1928, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 11.

[40] Zur demographischen Überlastung des Arbeitsmarktes in den Jahren 1928/29 siehe Meister, S. 53ff.

gung industrieller Verständigungen auf dem Gebiete von Kali und Chemie[41] sowie der internationalen Rohstahlgemeinschaft[42], vor allem durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages[43] vorgearbeitet. Die Finanzhilfe der Vereinigten Staaten von Amerika zur Rationalisierung unserer Wirtschaft sei von der Wirtschaftspolitik zwar aus innerdeutschen Bedürfnissen gefördert worden, sie hätte sich aber unzweifelhaft zugleich zu einer wertvollen Unterstützung der Ausgestaltung unserer außenpolitischen Beziehungen ausgewirkt. Den Berliner Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion[44] ferner hätte die Wirtschaftspolitik den Abschluß des bekannten Dreihundertmillionenkreditgeschäfts folgen lassen.[45] Sie suche gegenwärtig die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland wieder anzuknüpfen. Wirtschaftsverhandlungen mit einer Reihe von Staaten des Ostens seien in jüngster Vergangenheit in rascher Folge geführt worden.[46] Die Wirtschaftspolitik erblicke in der Wiedererschließung der östlichen Märkte eines der wichtigsten Ziele der deutschen Wirtschaft. Das Bild werde vervollständigt durch die Bestrebungen zum Ausbau und Abschluß unseres Handelsvertragssystems und durch die Mitwirkung an den Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz[47], zu deren Durchführung die Reichsregierung demnächst eine Vorlage an den Reichstag gelangen lasse.

[41] Bereits 1925 war von den 6 führenden chemischen Werken in Deutschland die I.G. Farben gegründet worden; sie war – nach der Reichsbahn – das kapitalstärkste Unternehmen, siehe dazu Helmut Tammen, Die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1925–1933), Berlin 1978.

[42] Die Gründung des internationalen Rohstahlkartells (Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Saargebiet, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei) erfolgte am 30.9.1926 in Brüssel als Reaktion auf den Preisverfall im Stahlsektor, siehe dazu Maier, S. 540ff.

[43] Nach fast dreijährigen Verhandlungen wurde das deutsch-französische Handelsabkommen am 17.8.1927 unterzeichnet (Text in: RGBl. 1927 II, S. 524ff.); siehe auch Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 281.

[44] In dem am 24.4.1926 in Berlin unterzeichneten deutsch-sowjetischen Vertrag (Text und begleitender Notenwechsel bei: Walsdorff, S. 240–246) sicherten sich beide Mächte wechselseitige Neutralität für den Fall eines Angriffs zu und verpflichteten sich, keiner Koalition beizutreten, die über die andere Macht einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott verhängen sollte; siehe dazu auch ADAP, Serie B, Bd. II,1, S. XXVf.; Walsdorff, S. 59ff., 132ff.; Krüger, S. 321ff.

[45] Zur Förderung des deutschen Exports wurde der Sowjetunion im Sommer 1926 durch ein Bankenkonsortium ein Warenkredit in Höhe 300 Millionen RM gewährt, wofür das Reich eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 105 Millionen RM leistete, siehe Kabinette Luther I/II; Dok. Nr. 17, 85, 121, 133, 167; Werner Beitel/Jürgen Nötzold, Deutsch-Sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Weimarer Republik, Baden-Baden 1979, S. 65–71; Hartmut Pogge von Strandmann, Großindustrie und Rapallopolitik. Deutsch-sowjetische Handelsbeziehungen in der Weimarer Republik, in: HZ 222 (1976), S. 265–341 (hier: S. 319ff.).

[46] Reichskanzler Müller hatte in seiner Regierungserklärung vom 3.7.1928 die Notwendigkeit intensiver Handelsvertragsbeziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten betont, siehe VRT, Bd. 423, S. 39. Zu den Verhandlungen mit Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn siehe Hans-Paul Höpfner, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1983, S. 156ff.

[47] Die Weltwirtschaftskonferenz tagte vom 4.–23.5.1927 in Genf. Der Schlußbericht der Konferenz wurde am 9.6. vom Kabinett gebilligt (Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 245) und dem Reichstag am 18.6.1927 vorgelegt (RTDrs., Bd. 416, Nr. 3450). Zum Konferenzverlauf siehe Verlauf und Ergebnis der Internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes zu Genf, Wiedergabe der Plenar- und Kommissionssitzungen, zusammengestellt von Erwin Respondek, Berlin 1927. Am 11.11.1928 billigte das Kabinett den Gesetzentwurf zur Ausführung der Konferenzvorschläge (RTDrs., Bd. 432, Nr. 589), siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 41.

Habe die Wirtschaftspolitik auf solchen Wegen die Außenpolitik vorbereitet, begleitet und unterstützt und wirke sie damit ihrerseits an der Erkämpfung des Befreiungszieles mit, so habe sie im Innern nicht die Pflege des Binnenmarktes vernachlässigt. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Nationalwirtschaft schlössen sich ebensowenig aus wie Förderung des Exports und Pflege des Innenmarktes. Er, der Reichswirtschaftsminister, setze sich insbesondere auch für die Maßnahmen zur Hebung der Krise in der Landwirtschaft ein. Seine Bemühungen um den Schutz des notleidenden gewerblichen Mittelstandes seien bekannt: Die erste Vorlage, die er in dem neuen Kabinett durchgebracht habe, sei die jetzt im Reichstag zur Beratung anstehende, vom Handwerk seit langem geforderte Handwerkernovelle.[48] Er sähe eine dringende Aufgabe in dem Schutz des mittelständischen Gewerbes gegen wirtschaftlich unberechtigte Übergriffe der öffentlichen Hand. Hierzu und zu den sonstigen Mittelstandsforderungen im Reichstag eingehend Stellung zu nehmen, habe er alle Vorbereitungen getroffen.

Vordringliche Aufgabe der Binnenwirtschaftspolitik sei weitgehendste Erleichterung der Wirtschaft auf allen Gebieten. Selbstkosten und Preise dürften nicht weiter steigen, wenn die Konkurrenzfähigkeit auf lebenswichtigen Gebieten der deutschen Produktion nicht völlig aufgehoben werden solle. Wenn unsere Wirtschaftspolitik die deutsche Produktion in ständiger und enger Fühlung mit dem Geldmarkt zu halten und im Wettbewerb mit dem Ausland weiter zu entwickeln habe, so müßten hinsichtlich unserer Produktionskosten und derjenigen staatlichen Maßnahmen, welche einen Einfluß auf deren Gestaltung ausüben, die notwendigen Folgerungen aus dieser Auffassung gezogen werden. Erfolgreicher Wettbewerb mit der ausländischen Produktion sei dann nicht möglich, wenn die Produktionskosten aus dem Rahmen der Weltwirtschaft herausfielen. In diesem Zusammenhange müsse er es aussprechen, daß bei unserer gesamten Konjunkturlage eine allgemeine Lohnbewegung ein Unglück, ihr Ingangbringen eine Schädigung der Gesamtwirtschaft bedeute.[49] Er habe das Recht so zu sprechen, weil er in der Vergangenheit den Wiederaufbau der Arbeits- und Kaufkraft der Massen und die Anteilnahme der Arbeiter am steigenden Ertrag der Wirtschaft für notwendig gehalten und unterstützt habe.

Die Aufteilung wirtschaftlicher Zuständigkeiten auf verschiedene Reichsministerien und -stellen, auf Länderregierungen und -behörden sowie autonome Körperschaften brächte die Gefahr der Zersplitterung und den Mangel an Einheitlichkeit mit sich. Das Reichswirtschaftsministerium versuche, diesen Schwierigkeiten auch außerhalb der Verständigung im Reichskabinett in dauernder Fühlungnahme und laufenden Verhandlungen, vor allem mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu begegnen. Der Reichswirtschaftsminister sei eine Art Generalreferent für die Wirtschaftspolitik und müsse sich daher dauernd auch um solche Angelegenheiten anderer Behörden kümmern, die die Wirtschaftspolitik beeinflussen könnten. Er glaube, feststellen zu

[48] Das Kabinett beriet über die Handwerkernovelle am 12.7.1928, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 7; zum Inhalt der Novelle zur Gewerbeordnung vom Februar 1929 siehe Winkler, Mittelstand, S. 110f.

[49] Der Ruhreisenstreit (siehe Anm. 54) hatte die Debatte über zu hohe Produktionskosten und Löhne in der Industrie wieder aufbrechen lassen. Zur Lohnentwicklung und zur niedrigen Investitionsquote der Wirtschaft siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 46ff.; zur sog. Borchardt-Kontroverse siehe den Forschungsüberblick bei Kolb, Weimarer Republik, S. 193ff.

können, daß diese fortlaufende Kooperation schon zu weitgehender Übereinstimmung geführt habe.

Aus dem gleichen Grund, Sicherung einheitlicher Wirtschaftsführung, sei dauernde Fühlungnahme mit den großen Wirtschaftsverbänden auch der Großwirtschaft selbst erforderlich. Auch hier habe man ohne gesetzliche Eingriffe Fortschritte gemacht.

Im Interesse der Einheitlichkeit liege endlich möglichst umfassende und zugleich in alle Teile dringende Unterrichtung über das in der Zentrale zusammenlaufende Nachrichtenmaterial des Auslandes, über die Lage der Binnenwirtschaft, Konjunktursymptome, statistische Zahlen usw. Ausbau des Nachrichtendienstes, Förderung der Konjunkturforschung, Unterstützung des Statistischen Reichsamts, Verbreitung der Arbeiten des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit und ähnliche zentrale Aufgaben dienten allseitiger Vertiefung der Wirtschaftserkenntnis, ohne die heute nicht mehr gewirtschaftet werden könnte. Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik sei eine der Voraussetzungen für die Wahrung der Stellung des Staates als Hüter des Gemeinwohls und Ausgleichsorgan der widerstreitenden Interessen. Entspannung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, immer wieder erneute Zusammenführung der zu deren Vertretung organisierten Kräfte und Verbände sei eine unabweisliche Pflicht der wirtschaftspolitischen Führung. Ein wertvolles Instrument zu diesem Zwecke erblicke er in dem Reichswirtschaftsrat, dem, wie man sich ausdrücke, »letzten Tisch«, an dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer träfen.[50] Die Vorlage zur endgültigen Gestaltung des Reichswirtschaftsrats liege dem Reichstag vor.[51] Eine der ersten Aufgaben des endgültigen Reichswirtschaftsrats werde die Beratung von Richtlinien zur weiteren Ausgestaltung des Artikels 165 der Reichsverfassung sein. Er, der Reichswirtschaftsminister, werde sich, wie er in Hamburg auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften angekündigt habe, nach Kräften für die Erfüllung dieser Verfassungsbestimmung einsetzen.[52] Darüber hinaus habe er den Wert und Nutzen der Gemeinschaftsarbeit mit den Gewerkschaften in zahllosen Fällen erkannt und

[50] Zu den verfassungsmäßigen Aufgaben des Reichswirtschaftsrates siehe Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Berlin [14]1933, S. 745 ff.; Edgar Tatarin-Tarnheyden, Recht der Berufsverbände und Wirtschaftsdemokratie, in: Hans Carl Nipperdey (Hrsg.), Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Bd. 3, S. 519–598; zum Art. 165 WRV siehe Dok. Nr. 9, Anm. 15.

[51] Nach Annahme durch den Reichsrat waren die Entwürfe eines »Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat« und eines »Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat« am 12. 11. 1927 dem 3. und nach den Neuwahlen dem 4. Reichstag zugeleitet worden (RTDrs., Bd. 419, Nr. 3706; Bd. 430, Nr. 348). Bei der namentlichen Schlußabstimmung am 30. 7. 1930 scheiterte das verfassungsändernde »Gesetz über den Reichswirtschaftsrat«, da es nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt (234 : 162 Stimmen); eine neue Vorlage wurde dem Reichstag nicht mehr unterbreitet.

[52] Curtius hatte sich in Hamburg anerkennend über die bisherige Tätigkeit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates geäußert und sich für eine differenzierte Ausgestaltung des Art. 165 WRV in Richtung einer »Wirtschaftsdemokratie auch in den untersten Stufen« eingesetzt, Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Hamburg vom 3. – 7. 9. 1928, Berlin 1928, S. 62. Zum Verhältnis des ADGB zur Regierung Müller II siehe Dieter Schiffmann, Die Freien Gewerkschaften und das Scheitern der Regierung Müller, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 187–208.

benutzt. Wenn die freien Gewerkschaften Wirtschaftsdemokratie propagierten, so möchten in unserer Wirtschaftsstruktur manche demokratischen Elemente stecken, man werde auch die gesunde Tendenz betonter wirtschaftspolitischer Einstellung nicht verkennen dürfen – im ganzen aber sei »Wirtschaftsdemokratie«, wie sie von dem Vertreter der Gewerkschaften Naphtali[53] entwickelt werde, keine geeignete Plattform zur Verständigung und auch in zahlreichen Einzelforderungen unausführbar.

Zum Schluß beschäftigte sich der Redner mit dem Programm der Deutschen Volkspartei und forderte Anpassung der Leitsätze an die moderne Wirtschaftsentwicklung.

Die Rede fand lebhaften Beifall.

In der sich an das Referat des Ministers Curtius schließenden Aussprache nahm Reichstagsabgeordneter Hueck (Gelsenkirchen) zu dem Eisenkampf in Westdeutschland Stellung.[54] Eindringlich schilderte er die wirtschaftliche Zwangslage der deutschen Eisenindustrie und bezeichnete deren Standpunkt als durch die Umstände notwendig gegeben. Dann kam er noch auf die parlamentarische Behandlung des Eisenkonflikts im Reichstag, insbesondere im Sozialpolitischen Ausschuß, zu sprechen. Die Stellung der volksparteilichen Reichstagsfraktion, so erklärte er, habe, indem sie den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung trug, ebenso der Arbeitnehmerschaft gedient. Die an der Haltung der Reichstagsfraktion geübte Kritik sei nicht begründet. Die Fraktion habe sich zu der Annahme des bekannten Unterstützungskompromisses bereitfinden lassen, um durch Ablehnung der ursprünglichen Ausnahmegesetzanträge im Sozialpolitischen Ausschuß weiteren Beeinflussungsversuchen des schwebenden Arbeitskampfes ein Ende zu machen.[55] Sie habe sich dabei allerdings auch von der Annahme leiten lassen, daß die preußische

[53] Fritz Naphtali (1888–1961), Wirtschaftsjournalist. 1921–1926 bei der »Frankfurter Zeitung«, 1927–1933 Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik beim ADGB. 1933 Emigration nach Palästina, in Israel 1951–1952 Minister ohne Portefeuille, 1952–1959 Landwirtschafts-, 1959 Wohlfahrtsminister. Naphtali hatte auf dem Hamburger Kongreß sein vielbeachtetes Konzept einer »Wirtschaftsdemokratie« entwickelt, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 606ff.; Schneider, Unternehmer, S. 85ff.

[54] In dem schwersten Arbeitskonflikt der Weimarer Zeit, dem »Ruhreisenstreit« vom November und Dezember 1928, hatten sich die Schwerindustriellen des Ruhrgebiets geweigert, einen Schiedsspruch und die auf ihn gestützte Verbindlichkeitserklärung anzuerkennen. Zur Erzwingung eines neuen Tarifabschlusses beschlossen sie die Aussperrung der gesamten Arbeitnehmerschaft (ca. 230000) der Ruhreisenindustrie; zu Verlauf und Ergebnis der Auseinandersetzung siehe detailliert Weisbrod, S. 415–456; Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 557–572; Bähr, S. 234–295.

[55] In der Fraktionssitzung der DVP berichtete Moldenhauer am 17.11.1928 über die Besprechungen im Interfraktionellen Ausschuß: »Ein Vorschlag Dr. Hilferdings, Preußen einen Betrag zur Unterstützung der Gemeinden zu geben, um diesen einen Teil ihrer Aufwendungen aus der Fürsorgepflicht zu ersetzen, ist angenommen worden. Die Anträge der SPD und des Zentrums sind damit im 9. Ausschuß gefallen. Der 9. Ausschuß wird heute eine Entschließung im Sinne des Vorschlags Hilferdings dem Plenum vorlegen. Redner empfiehlt der Fraktion Annahme [...] Die Fraktion ist einverstanden«, BAK R 45 II/67, p. 109. Der sozialpolitische Ausschuß beschloß nach scharfen Auseinandersetzungen am 17.11.1928, den Gemeinden zusammen mit der preußischen Staatsregierung Mittel zur Verfügung zu stellen, um »eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen«, RTDrs., Bd. 432, Nr. 472; siehe auch den Bericht Pfeffers über die Ausschußverhandlungen, VRT, Bd. 423, S. 394ff.; zur Handhabung und Höhe der Unterstützung siehe Bähr, S. 261ff.

Regierung die Durchführung der Unterstützung auf der Grundlage des Fürsorgepflichtgesetzes[56], wenn auch in großzügiger Weise, so doch in Anlehnung an die bestehenden Bestimmungen erledigen werde (Lebhafter Beifall).

Abg. Graf Kanitz ging auf die Wirtschaftslage im Osten ein. Der deutsche Osten befinde sich in schwerster wirtschaftlicher Not, und Ostnot sei immer Landwirtschaftsnot. Die landwirtschaftlichen Dinge dürfe man durchaus nicht als eine Domäne der Deutschnationalen betrachten. Die verständigen Landwirte haben es satt, dieser Partei weiter nachzulaufen, die ihnen immer nur unerfüllbare Versprechungen gemacht hat und die sich immer wieder in die Opposition drängen und damit von einer aktiven Politik ausschließen läßt. In Ostpreußen befindet sich die Landwirtschaft nicht mehr in einer Dauerkrise, sondern es ist dort zur Katastrophe gekommen.[57] Der Redner erläuterte an Zahlenmaterial die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten. Die Deutsche Volkspartei müsse zu den großen landwirtschaftlichen Problemen in ernster Weise Stellung nehmen. Neben einer Stabilisierung der Getreidepreise sei vor allem eine gesunde Gestaltung der Schweinepreise notwendig. Die Lösung dieses Problems sei geradezu die Voraussetzung für eine erfolgreiche Siedlungsarbeit. In den Kreisen der Landwirtschaft sei noch reicher Boden für die Deutsche Volkspartei (Lebhafter Beifall).

Abg. Dr. Moldenhauer begründete sodann eine Entschließung zur Sozialpolitik. Abg. Beythien zeigte, wie stark die erwerbstätigen Kreise des Mittelstandes an der Lohnbewegungspolitik interessiert sind und unter jeder übertriebenen Lohnbewegung leiden. Die Interessen des Mittelstandes würden nicht durch die Wirtschaftspartei gewahrt, sondern die Volkspartei sei die wahre Mittelstandspartei.[58] Wirtschaftsminister Dr. Curtius habe sich durch seine praktische Mittelstandspolitik den Dank der Selbständigen verdient. Er habe die Zwangswirtschaft weggeräumt und die Preistreibereiverordnung mit ihren vielen Fußangeln zurückgezogen. Vieles müsse noch geschehen, um den Mittelstandsartikel 164 der Reichsverfassung zu verwirklichen.[59] Vor allem müsse die übermäßige steuerliche Belastung des erwerbstätigen Mittelstandes gemildert werden. Es wäre wünschenswert, wenn auch in den Reichstag mehr Handwerksmeister einziehen würden (Beifall).

Abg. Thiel erklärte, die Partei müsse den möglichst erreichbaren Grad von Objektivität den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern gegenüber aufbringen, um beide Teile in der Partei zu vereinen im Dienste des Vaterlandes (Beifall). Auch der berufsständische Gedanke müsse in der Partei in verständiger Weise gepflegt werden. Das

[56] Die Fürsorgepflicht des Staates war in einer Verordnung vom 13.2.1924 (RGBl. 1924 I, S. 100ff.) festgeschrieben; siehe auch die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge, RGBl. 1924 I, S. 765ff.

[57] Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe in Ostpreußen waren vollkommen überschuldet und standen vor dem Konkurs, siehe Dok. Nr. 69, Anm. 8. Zu dem von der DVP bekämpften Agrarprogramm Landwirtschaftsminister Dietrichs, das vor allem auf eine Beschränkung der Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie auf eine Regulierung des Getreidemarkts abzielte, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 146, 150, 156, 202, 216.

[58] Die Frage der »Mittelstandspolitik« war zwischen DVP und WP heftig umstritten, siehe Schumacher, Mittelstandsfront, S. 80ff.

[59] Der Art. 164 WRV bestimmte: »Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen«; siehe dazu auch Winkler, Mittelstand, S. 100ff.

könnte geschehen im Sinne der Worte, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius von der Ethik der Wirtschaft sprach (Beifall).

Reichstagsvizepräsident Frh. v. Kardorff betonte, daß allerdings der Gefahr einer berufsständischen Zersetzung der Partei und der Fraktionen vorgebeugt werden müsse. Das Wesentliche des liberalen Gedankens sei schließlich die Persönlichkeit. Die Parteivertretung werde nach demokratischen Grundsätzen zusammengesetzt. Dabei werde keiner gefragt, ob er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sei. Wer die Lage der Wirtschaft hebe, verbessere damit auch die Lage der Arbeiter und Angestellten (Beifall).

Reichsminister Dr. Stresemann wies darauf hin, daß seiner Zeit der von Rudolf von Bennigsen gegründete Deutsche Nationalverein die Aufnahme von Arbeitern ablehnte mit der Begründung, daß die Arbeiter die geborenen Ehrenmitglieder des Vereins seien.[60] Dieser schwere geschichtliche Fehler des Bürgertums dürfe nicht wiederholt werden. Von Gefahren der berufsständischen Durchdringung dürfe man nicht immer nur dann sprechen, wenn die Arbeitnehmer einer größere Vertretung wünschen (Lebhafte Zustimmung). Die Partei soll ein Mikrokosmos der lebendigen Volkskräfte sein. Bei aller Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an dem Gedeihen der Wirtschaft bleibt doch zwischen beiden Gruppen der Gegensatz der Interessen im Kampf um die Größe des Anteils an der Unternehmerrente auszugleichen. Eine liberale Partei kann den Boden für einen solchen Ausgleich bilden. Darum wäre es wünschenswert, wenn in der Vertretung der Volkspartei neben den Arbeitgebern auch die Arbeitnehmer mehr zu ihrem Rechte kommen (Großer Beifall).

Damit war die Aussprache geschlossen.

Das Schlußwort sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, indem er in ernsten und heiteren Worten die Kämpfe schilderte, die ein Wirtschaftsminister für den Ausgleich der Interessen zu führen hat und führen soll. Nach seinem politischen Tode werde er an den politischen Himmel klopfen und sagen können:

Laßt mich ruhig nur hinein,
Denn ich bin Minister gewesen,
Und das heißt ein Kämpfer sein
(Große Heiterkeit und Beifall).

Einstimmig angenommen werden Entschließungen zur Wirtschaftspolitik (Ausbau des Handelsvertragssystems; Landwirtschaftshilfe; Schutz des Mittelstands; einheitliche Wirtschaftspolitik von Reich und Ländern) und zur Sozialpolitik (Schutz der Arbeitskraft; Reform der Sozialversicherung durch Einschränkung der Bagatellschädenvergütung; Änderung des Schlichtungswesens; Ablehnung einer Lohnpolitik, »die ohne Rücksicht auf den Ertrag der Wirtschaft das einzige Ziel in einer Erhöhung der Löhne sieht«*; kein* »parteiliches« *Eingreifen des Staates in Wirtschaftskämpfe).*[61]

[60] Zum Deutschen Nationalverein siehe Dok. Nr. 8, Anm. 27.

[61] Beide Entschließungen sind abgedruckt in der NLC-Sonderausgabe vom 27. 11. 1928. Die übrigen in der Debatte eingebrachten Anträge wurden dem Parteivorstand überwiesen. Der Beschluß, die Bildung der Großen Koalition im Reich von der gleichzeitigen Erweiterung der

71.

5. Dezember 1928: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/59, p. 227–237. Maschinenschriftliches Protokoll; Umdruck. Überschrift: »Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 5. Dezember 1928, 11 Uhr in Berlin-Reichsklub«.[1]

Auf Vorschlag von Scholz wird Kempkes durch Akklamation zum Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschuß wiedergewählt.

Nach längerer Aussprache über die Frage der Berücksichtigung von Unterausschußvorsitzenden bei den Zuwahlen einigt man sich auf folgendes Vorgehen: von den 12 durch Zuwahl zu besetzenden Sitzen werden 5 freigelassen für die Vorsitzenden des Landwirtschafts-, Jugend-, Beamten-, Rechtsanwalts- und Ärzteausschusses. Von den verbleibenden 7 Sitzen werden 4 besetzt mit Hugo, Hollmann, Leidig und Steffens. Bei der Abstimmung über die 3 frei Zuzuwählenden entfallen die meisten Stimmen auf Frau v. Kulesza (12), Hoffmann (8), Heidenreich (7) und Streiter (6)[2]; bei der Stichwahl zwischen Heidenreich und Streiter erhält Heidenreich 3, Streiter 12 Stimmen und ist damit gewählt.

Zu Vorsitzenden der Reichsausschüsse werden gewählt: Hugo (Handel und Industrie), Havemann (Handwerk), Beythien (Einzelhandel), Thiel (Angestellte), Winnefeld (Arbeiter), Schwarze (Technik), Hollmann (Schule), Leidig (Kommunalpolitik), Steffens (Ostfragen), Frau Matz (Frauen), Cremer (Reichsreform), Kruspi (Hochschulgruppen); unbesetzt bleiben vorläufig der Landwirtschafts-, Jugend-, Beamten-, Rechtsanwalts- und Ärzteausschuß.

Der Reichsausschuß für Kriegsopfer (bisherige Vors.: Frau Mende) soll aufgehoben werden, der Deutsch-Österreichische Ausschuß (Vors.: Mittelmann) soll zwar bestehen bleiben, eine Vertretung des Ausschusses im Geschäftsführenden Ausschuß wird jedoch nicht für notwendig erachtet.

Die Wahl eines Stellvertreters für den Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses wird zurückgestellt. Die Vorschläge der Kommission zur Neuorganisation der Partei[3] und der Pressekommission (Cremer, Kalle, Kempkes, Kockelkorn, v. Stauß) sollen zuerst im Geschäftsführenden Ausschuß beraten werden.

---

preußischen Regierung abhängig zu machen, wurde im parteioffiziellen Bericht nicht erwähnt, siehe auch Dok. Nr. 73, Anm. 5.

[1] Laut vorangestellter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Beythien, Brüninghaus, Burger, Cremer, Dauch, Kalle, Kempkes, Landgrebe, Frau Matz, Moldenhauer, Scholz, Schwarze, Spieß, Stendel, Zehle; von der Reichsgeschäftsstelle: Husen, Frau Schwarz, Stocksiek, Trucksaess.

[2] Ferner entfielen auf Stettiner 4, auf Schnell, Wolf und v. Campe je 2 Stimmen, auf Dingeldey und Mittelmann je 1 Stimmen.

[3] Der Kommission gehörten an: der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, ein Vertreter der Reichsgeschäftsstelle, der preußischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion sowie 12 Vertreter der Landesverbände. Kurz vor der Sitzung des Zentralvorstandes am 23. und 24.11.1928 (Dok. Nr. 70) hatte Stresemann an Zapf geschrieben, seiner Meinung nach sei nun der Zeitpunkt für eine Reorganisation der Partei gekommen: »Was ich wünsche, ist eine Stärkung der Rechte der Zentrale, namentlich bei der Aufstellung der Kandidaten, ferner die Sicher-

72.

26. Februar 1929: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Berlin

BAK R 45 II/59, p. 323–325. Maschinenschriftliches Protokoll. Umdruck; Überschrift: »Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 26. Februar 1929«.[1]

Kempkes berichtet über den Stand der Arbeiten des Organisationsausschusses.[2] *Nachdem auf der letzten Sitzung fünf Zuwahlen zurückgestellt wurden, werden folgende Ausschußvorsitzende ernannt und in den Geschäftsführenden Ausschuß zugewählt: Reichsjugendausschuß (Hintzmann), Ärzteausschuß (Dr. Roeschmann), Landwirtschaftsausschuß (Dr. Schiftan), Rechtsanwaltsausschuß (Dingeldey), Beamtenausschuß (Meyer-Herford).*

73.

26. Februar 1929: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

BAK R 45 II/43, p. 75–391. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]**; Durchschlag. Überschrift: »Stenographische Niederschrift der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei Dienstag, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr in Berlin, Hotel Esplanade, Marmorsaal«.**

Stresemann eröffnet die Sitzung. Er weist darauf hin, daß nur Mitglieder des Zentralvorstandes im Sitzungssaal anwesend sein dürfen, und macht darauf aufmerksam, daß die Reichsgeschäftsstelle einen offiziellen Verhandlungsbericht herausgeben wird, aber eine eigene Berichterstattung auch der volksparteilichen Presse nicht zulässig sei.[2]

---

heit der Verstärkung des Elementes der Handwerker und Angestellten sowie stärkere Heranziehung der Jugend in allen Parteigremien sowie die Einsetzung eines Ausschusses für die Revision des Parteiprogramms«, siehe auch Dok. Nr. 72, Anm. 2.

[1] Laut vorangestellter Anwesenheitsliste nahmen an der Sitzung teil: Burger, Hembeck, Hollmann, Kalle, Kempkes, Frau von Kulesza, Landgrebe, Leidig, Frau Matz, Stendel, Thiel, Zehle; von der Reichsgeschäftsstelle: Trucksaess, Stocksiek, Wittig. Tagesordnung: 1. Vornahme noch ausstehender Zuwahlen, 2. Entgegennahme des Berichts des vorbereitenden Organisationsausschusses, 3. Verschiedenes.

[2] Der vorbereitende Organisationsausschuß (Kempkes, Trucksaess, v. Gilsa, Leidig, Kilburger, Kriege, Schwendy, Hermann, Felsch, Hardt, Schuster, Schütz, Sauerborn, Schindler, Wolf, Dietrich, Wittig, Stocksiek) hatte am 20.12.1928 seine erste Sitzung abgehalten, siehe PA NL Stresemann 106.

[1] Die offensichtlich in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen.

[2] Der Bericht der NLC vom 27.2.1929, Nr. 43, brachte eine gekürzte Fassung der Reden Stresemanns und Stendels sowie den Text der Entschließung; die Diskussionsredner sind dort lediglich namentlich aufgeführt.

Meine Damen und Herren! Für die politische Lage gestatten Sie mir, Ihnen einleitend ein Referat zu erstatten.[3]

Meine Damen und Herren! Der Zentralvorstand ist außerordentlich schnell einberufen worden. Meine Anteilnahme an dieser Einberufung hat sich im wesentlichen darauf beschränkt, daß ich gebeten habe, ihn einzuberufen, ehe ich zu den Verhandlungen nach Genf fahren und Berlin verlassen muß.[4] Die Mehrheit des Parteivorstandes hielt es für notwendig, zu einer Aussprache über die Verhältnisse im Reich und in Preußen zusammenzukommen. Sinn und Zweck unserer heutigen Aussprache ist nicht nur ein Rückblick auf die Vorgänge im Reich und in Preußen.[5] Wir wollen einfach registrieren, daß sich nach den Neuwahlen[6] das Zentrum gegen eine stärkere Vertretung im Kabinett gesträubt, sie dann stürmisch gefordert hat und aufgrund der letzten Verhandlungen aus der Regierung ausschied. Wir registrieren weiter, daß von preußischer Seite anfänglich jeder Zusammenhang der Bildung der preußischen Regierung mit den Vorgängen im Reiche mit Entschiedenheit zurückgewiesen, später aber davon abhängig gemacht wurde.[7]

[3] Ganz entgegen seiner sonstigen Gewohnheit und wohl veranlaßt durch die zu erwartenden schweren Auseinandersetzungen hatte Stresemann den Wortlaut seiner Rede vorher schriftlich fixiert (ein 18-seitiger Redeentwurf findet sich im NL Stresemann 103) und ihn Kempkes und Kockelkorn zur Kenntnisnahme übersandt. Kempkes teilte Stresemann am 25.2. mit, die beabsichtigten Ausführungen fänden seine »volle Zustimmung«, und Kockelkorn betonte, er halte »diese Rede für das erlösende und wegweisende Wort, das uns aus der Krise befreien kann. Diese Rede ist eine Tat, die das Treibeis, das sich auf allen Flüssen gegen den Parlamentarismus sammelt, so in Bewegung setzt, daß es mit seinen Stößen nicht die Grundfeste des Staates erschüttern kann [...] Wenn der Zentralvorstand die Größe der Stunde erkennt, kann von seiner Tagung ab der Beginn der notwendigen Parlamentsreform debattiert werden«, ebd.

[4] In Genf begann am 4.3.1929 die Märztagung des Völkerbunds; zu Verlauf und Ergebnis der Zusammenkunft siehe Stresemanns Bericht im Reichskabinett vom 12.4.1929, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 171; Vermächtnis III, S. 416ff.

[5] In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 25.2.1929 hatte Scholz ausgeführt, es sei »Sinn der Einberufung des Zentralvorstands, ihn von seinem Beschluß zurückzubringen, daß die Große Koalition nur gleichzeitig im Reich und in Preußen erfolgen dürfe«. v. Kardorff hielt die Einberufung des Zentralvorstands für einen Fehler und plädierte für »Geräuschlosigkeit«, während Stresemann darauf bestand, »nicht auf Einberufung des Zentralvorstands gedrängt« zu haben, und herausstellte: »Es handelt sich aber doch um Fragen der ganzen Partei. Wenn Kritik an Preußen zu üben ist, dann ist das nur Kritik der Taktik. Warum hat Preußen nicht die Konkordatsfrage in den Vordergrund gerückt? Der andere Weg hat zu Verwirrungen geführt. Der Zentralvorstand soll morgen nicht die Frage der Regierungsbildung in den Vordergrund stellen. Ausgehen muß man von der Frage des Parlamentarismus. Dabei werden die Beschlüsse der Reichstagsfraktion Material sein (Steuern, Verpflichtung, keine neuen Ausgaben zu bewilligen). Morgen wird nicht von Ministersitzen, sondern von der Lage und der Notwendigkeit einer festen Regierung zu sprechen sein. In Konkordatsfragen morgen unseren Standpunkt wiederholen«, siehe BAK R 45 II/67, p. 129. Zum Beschluß, die Bildung der Großen Koalition im Reich von der gleichzeitigen Erweiterung der preußischen Regierung abhängig zu machen, siehe Dok. 70, Anm. 61.

[6] Zur Bildung der Regierung Müller II nach den Reichstagswahlen vom 20.5.1928 siehe Dok. Nr. 70, Anm. 5.

[7] Seit Januar 1929 hatte Reichskanzler Müller versucht, sein »Kabinett der Persönlichkeiten« formell in eine Große Koalition umzuwandeln, um die Annahme des Reichshaushalts 1929 zu erleichtern. Obwohl die SPD im Gegensatz zum Juni 1928 keinen Einspruch gegen die erneute Forderung der DVP auf Einbeziehung der Partei in die preußische Landesregierung erhob, scheiterten die Gespräche, da das Zentrum verlangte, daß die DVP das noch nicht endgültig fixierte Konkordat zwischen Preußen und dem Vatikan akzeptiere, wozu die preußische Land-

Lassen Sie uns weiter registrieren, daß der Führer der Zentrumspartei sich selbst für eine der Bedeutung der Volkspartei entsprechende Vertretung im preußischen Kabinett eingesetzt hat. Ich habe weiter volles Verständnis dafür, daß die Preußenfraktion es nicht als wünschenswert empfand, daß jedesmal, wenn von der Volkspartei die Rede ist, die Vertretung von Handels- und Wirtschaftsinteressen als das ihr Zukommende betrachtet wird. Wir treten für die Wirtschaft ein, weil ihre Lebensfähigkeit eine Lebensfähigkeit des Staates und Volkes ist, aber wir wissen, daß die materiellen Fragen niemals allein die Lösung von Volksfragen bringen und sind an den großen Fragen der kulturellen Entwicklung zum mindesten mit derselben Intensität beteiligt, wie irgendeine andere Partei in Deutschland (Sehr richtig!). Persönlich füge ich weiter hinzu, daß ich in der Anregung des preußischen Ministerpräsidenten einer personellen Verbindung zwischen Preußen und dem Reich und der Ausgestaltung dieses Gedankens durch eine gegenseitige Vertretung mit Freuden die Wiederaufnahme eines Gedankens sehe, der schon früher von mir vertreten wurde und in dem wir alle den, wenn auch schüchternen, ersten Versuch jener Einheitlichkeit zwischen dem Reich und Preußen sehen, der eines Tages kommen muß.[8]

tagsfraktion der DVP jedoch nicht bereit war. Am 24.1.1929 hatten die Unterhändler des Zentrums in einer Besprechung mit Reichskanzler Müller dann gefordert, der Partei drei Ministerien zuzuweisen (Verkehr, Justiz, Besetzte Gebiete). Scholz erklärte darauf am Nachmittag desselben Tages, die DVP werde »dem Ausbau des Rheinministeriums zu einem Hauptministerium unter allen Umständen äußersten Widerstand entgegensetzen« und betonte, es sei »für die Deutsche Volkspartei conditio sine qua non, daß in Preußen die Große Koalition gleichzeitig geschaffen werde«, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 111, S. 384f. Am 6.2.1929 zog das Zentrum Verkehrsminister v. Guérard aus dem Kabinett zurück. Der Wiedereintritt des Zentrums in das Kabinett Müller II erfolgte am 13.4.1929 mit drei Ministern (v. Guérard: Justiz; Stegerwald: Verkehr; Wirth: besetzte Gebiete), siehe ebd., Dok. Nr. 116; Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. Nr. 378–387; Ruppert, S. 369ff.; zur Haltung Otto Brauns und der preußischen Zentrumsführung siehe Schulze, S. 549ff.; Hömig, S. 157ff. Die Zentralvorstandssitzung fand also während der wenigen Wochen statt, in denen die Koalitionsregierung keine förmliche parlamentarische Mehrheit besaß.

[8] In einer Unterredung mit Curtius am 2.10.1928 hatte Braun Curtius angeboten, das preußische Handelsministerium zu übernehmen; zusätzlich sollte die DVP einen Minister ohne Portefeuille erhalten, siehe die Aufzeichnung von Curtius über die Besprechung, die er am 4.10.1928 Stresemann zusandte, PA NL Stresemann 72 sowie Curtius, S. 70f.; Schulze, S. 550f. Braun berichtet in seinen Erinnerungen, er habe am Vormittag des 20.2.1929 in einer Besprechung mit Stresemann diesen vor die Alternative gestellt: »Entweder den Handelsminister und einen Staatssekretär oder das Handelsministerium und den Reichsminister Curtius als preußischen Staatsminister ohne Portefeuille für die Volkspartei«, Braun, S. 153. Die preußische Landtagsfraktion hatte am selben Tag das Angebot Brauns abgelehnt, das Handelsministerium zu übernehmen und sich durch Reichswirtschaftsminister Curtius als Minister ohne Geschäftsbereich vertreten zu lassen. In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom Mittag des 21.2.1929, in der Stresemann seinen ganzen Einfluß für den »vernünftigen Vorschlag« Brauns in die Waagschale warf, teilte dann Stendel zum großen Ärger Stresemanns mit, »daß der Vorschlag von der Preußenfraktion einmütig ohne Aussprache abgelehnt worden« sei. Stresemann führte dazu aus, er bedauere »außerordentlich, daß der Gedanke einer Verbindung zwischen Preußen und Reich in dem Augenblick erstickt wird, wo er aufgeworfen wurde. Der Vorschlag von Braun war vernünftig, er darf grundsätzlich nicht abgelehnt werden. Was soll werden? Was nun im Reich geschehen soll, steht bei uns. Nur ist die Sache jetzt ungünstiger geworden. Sie ist nicht nur Fraktions- sondern Parteifrage [...] Wenn der Verbindungsgedanke verwirklicht wird, dann wäre es doch gut, wenn der Verbindungsmann Volksparteiler wäre«, BAK R 45 II/67, p. 128f.; siehe dazu auch den Vermerk Pünders über den Stand der Koalitionsverhandlungen vom Mittag des 22.2.1929, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 133. Nach dem ablehnenden Beschluß der preußi-

Ich beschränke mich darauf, diese wenigen Vorkommnisse in Ihr Gedächtnis zurückzurufen, weil es mir darauf ankommt, zu der allgemeinen Lage Stellung zu nehmen, in der wir uns nach innen und außen befinden. Täuschen wir uns nicht darüber, wir stehen in einer Krise des Parlamentarismus, die schon mehr als eine Vertrauenskrise ist. Diese Krisis hat zwei Ursachen: einmal das Zerrbild, das aus dem parlamentarischen System in Deutschland geworden ist, zweitens die völlig falsche Einstellung des Parlaments in Bezug auf seine Verantwortlichkeit gegenüber der Nation.

Was bedeutet »parlamentarisches System«? Es bedeutet die Verantwortlichkeit des Reichsministers gegenüber dem Parlament, das ihm mit Mehrheit das Vertrauen entziehen und ihn zur Amtsniederlegung zwingen kann. Nirgend bedingt diese Bestimmung, daß der Minister Parteimann sein muß. Nirgend bedingt sie die Verteilung der Ministersitze nach der Stärke der Fraktionen. Nirgend bedingt sie weiter den Übergang des Regierens vom Kabinett auf die Fraktionen. Die Ernennung der Minister erfolgt durch den Reichspräsidenten. Es ist klar, daß der Reichspräsident mit Rücksicht darauf nehmen wird, daß die von ihm ernannten Reichsminister das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags erringen. Im übrigen ist der Eintritt wie das Ausscheiden der Minister von ihrer persönlichen Verantwortlichkeit abhängig (Sehr richtig!). Ich verwahre mich persönlich gegen die Anwendung des Satzes, daß eine Fraktion ihre Minister »zurückzieht«[9] (Lebhafte Rufe: Sehr gut!). Die Minister haben vor sich selbst die Frage zu beantworten, ob sie ihr Amt annehmen oder ob sie ihr Amt aufgeben, und niemand kann ihnen die Verantwortlichkeit, die sie diesbezüglich gegenüber ihrem Volk und Vaterlande haben, in irgendeiner Weise abnehmen (Sehr richtig!). Der Reichstag kann ihnen das Vertrauen entziehen, die Fraktion kann sie aus der Fraktion ausschließen, aber das »Zurückziehen« von Ministern bedeutet, daß in Wirklichkeit die Persönlichkeit nicht mehr besteht, sondern nur noch als Beauftragter irgendeiner Organisation erscheint (Sehr wahr!). Meine Herren! Diese Auffassung, die sich nicht nur auf die Stellung der Minister bezieht, ist das Ende des Liberalismus, das Ende jeder liberalen Auffassung überhaupt. Wenn wir keine liberalen Parteien mehr haben, die die Persönlichkeit ertragen können, dann werden sie aufhören, Träger des Liberalismus zu sein (Sehr richtig!).

Bewegungen im deutschen Volke sprechen von der Notwendigkeit, die Rechte des Reichspräsidenten zu verstärken.[10] Es wäre zunächst wünschenswert, daß die Fraktionen und Parteien sich bemühten, durch ihre Einstellung das Ansehen des Reichspräsidenten nicht zu verringern (Sehr richtig!). Selbstverständlich bedarf die Ernennung der Minister der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, genau wie die Ernennung der Beamten der Gegenzeichnung des Ressortministers. Und wenn es zu Verschiedenheiten der Auffassung kommt, wird der Kampf auch zwischen dem

schen Landtagsfraktion erklärte Ministerpräsident Braun mit Billigung des Zentrums die Verhandlungen in Preußen für endgültig gescheitert, siehe Schulze, S. 554 f.; Hömig, S. 157.

[9] In der äußerst kontroversen und von heftigen Angriffen gegen Stresemann geprägten Fraktionssitzung vom Nachmittag des 25.2.1929 hatte Stresemann schließlich der Fraktion jedes Recht abgesprochen, ihn »zurückzuziehen« und resümiert: »Bringen Sie die Minister nicht in die Lage, daß Sie sie als abhängig von den Beschlüssen der Fraktion hinstellen. Zurückziehen lasse ich mich nicht. Niemand kann mir die Verantwortung nehmen«, BAK R 45 II/67, p. 132.

[10] Zu dem vom Stahlhelm geplanten Volksbegehren auf Änderung der Art. 37 (Abgeordnetenimmunität) und 54 (Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag) siehe Dok. Nr. 70, Anm. 10.

Reichspräsidenten und dem Reichskanzler oder dem Reichsminister auszufechten sein. Es heißt aber das Ansehen des Reichspräsidenten und auch sein Verantwortungsgefühl herabwürdigen und ihn als einfache Unterzeichnungsmaschine hinstellen, wenn ohne jede Diskussion über die Auffassung des Reichspräsidenten erklärt wird, daß diese oder jene Minister heute oder morgen ernannt werden müßten, als wenn sich einfach die Ernennung zu vollziehen hätte, sobald sie in irgendeiner Zeitung veröffentlicht worden ist (Sehr richtig!). Die Rechte des Reichspräsidenten sind durchaus nicht gering, und das neue Deutschland hat zweimal in seiner kurzen Geschichte Reichspräsidenten besessen, die über ihre verfassungsrechtliche Stellung hinaus auch durch die imponderable Bedeutung ihrer Persönlichkeit zu wirken verstanden. Der Reichspräsident kann in Gemeinschaft mit dem Reichskanzler die Regierungsbildung in dieser oder jener Weise vornehmen und den Kampf gegen das Parlament führen, das dieser Bildung des Kabinetts widerstrebt. Ich bin überzeugt, daß manche Krise in dem Augenblick zu Ende wäre, wo ein Machtwort des Reichspräsidenten erfolgte und die Kabinettsbildung aus den Verhandlungen der Fraktionen herausgenommen würde (Sehr richtig!).

Die Reichsregierung, die gegenwärtige Reichsregierung, hat, soweit Angehörige von Fraktionen in ihr sind, heute keine Mehrheit im Reichstag.[11] Das ist an sich kein Grund anzunehmen, daß sie nicht in der Lage sei zu regieren. Als die Dawes-Verhandlungen in London geführt wurden, stand hinter der Regierung ebenfalls keine Mehrheit.[12] Trotzdem zwang die Wucht der Tatsachen die Oppositionsparteien links und rechts, dem Dawes-Abkommen zuzustimmen, das ja ohne die deutschnationalen Ja-Stimmen niemals die Mehrheit erlangt hätte.[13] Daß es wünschenswert ist, die Reichspolitik stärker zu untermauern, ist klar. Ob dazu bei der Zentrumspartei nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung Neigung und Wunsch besteht, ist zweifelhaft.

Daraus ergeben sich meiner Meinung nach die nachfolgenden Konsequenzen: Eine Demission der Reichsregierung kann nicht in Betracht kommen (Sehr richtig!). Unsere Sachverständigen in Paris[14], die wissen, daß ihre etwaigen Vereinbarungen von Regierung und Parlament gebilligt werden müssen, entbehren der moralischen Stütze, wenn sie in dem Augenblick, wo sie die Entscheidung über die Zukunft von Generationen treffen, den furor teutonicus der Parteiwut in Deutschland in einem Zusammensturz der Regierung sehen. Ich halte es für die Pflicht derjenigen Männer,

---

[11] Nach dem Austritt des Zentrums verfügte das Kabinett Müller nur noch über 223 der 491 Mandate.

[12] Während der Londoner Konferenz (16.7.–16.8.1924), auf der der Dawes-Plan angenommen wurde, regierte ein bürgerliches Minderheitenkabinett aus DDP, Zentrum und DVP unter Wilhelm Marx (Zentrum).

[13] Bei der entscheidenden Abstimmung über das verfassungsändernde Reichsbahngesetz am 29.8.1924 votierte ein Teil der DNVP-Fraktion für die Annahme des Gesetzes, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 57.

[14] Neben Reichsbankpräsident Schacht wurden als deutsche Sachverständige nach Paris entsandt: Albert Vögler, der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Carl Melchior, Bankier des Bankhauses Warburg und Ludwig Kastl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des RdI, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 51, 99. Zur Rolle Hjalmar Schachts in Paris siehe ders., Das Ende der Reparationen, Oldenburg 1931; James, Reichsbank, S. 69ff. Zur Haltung Vöglers und des RdI siehe Weisbrod, S. 286ff.; Jörg-Otto Spiller, Reformismus von rechts. Zur Politik des RdI in den Jahren 1927–1930 am Beispiel der Reparationspolitik, in: Hans Mommsen et al. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 593–603.

die am Steuer stehen, auf ihrem Platz zu bleiben, auch wenn die Flutwellen über das Schiff hinweggehen und die ganze Mannschaft zur Meuterei neigen sollte. Jedoch steht das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Staat höher als jede Rücksicht auf irgendeine Organisation. Wenn sich diese Empfindung bei den Ministern aller Parteien durchsetzen würde und durchsetzen könnte, dann würden wir in unseren Verhältnissen längst weitergekommen sein. Für die Volkspartei ist diese Betrachtung rein theoretisch. Denn ich glaube nicht, daß irgend jemand unter uns so leichtsinnig wäre, jetzt die Flucht vor der Verantwortung zu fordern.

Man könnte sagen, daß die Möglichkeit besteht, die heutige Regierung durch eine neue zu ersetzen. Ich sehe diese Möglichkeit nicht. Bei jeder Krisis hat man erklärt, daß sie in wenigen Tagen beendet werden müsse. In Wirklichkeit zog sie sich wie ein schleichendes Gift über viele Wochen hin. Sie zermürbt die Kraft der Menschen, erweckt im Lande einen wahrhaften Degout vor diesen Verhandlungen (Sehr richtig!) und ist in dieser Situation nicht zu ertragen. Ist es doch geradezu eine Groteske, daß in einer Zeit der Notwendigkeit der Anspannung aller geistigen Intensität auf die Pariser Verhandlungen der Reichskanzler und Außenminister tagelang nichts anderes als aussichtslose Versuche machen müssen, die Parteien aneinander heranzubringen (Lebhafte Zustimmung).

Die zweite Frage ist, ob die Ergänzung der heutigen Regierung wünschenswert ist. Sie ist naturgemäß zu bejahen. Daß sie nach der Richtung Hugenberg nicht in Betracht kommt[15], ist wohl allseitiges Einverständnis. Ob sie nach anderer Richtung hin möglich ist, hängt nicht ab in erster Linie von personellen, sondern von sachlichen Voraussetzungen.

Ich würde mich heute noch freuen, wenn die Bildung einer festen Preußenkoalition unter Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche der Deutschen Volkspartei zustande käme. Ich anerkenne, daß die Sozialdemokratie sich in Preußen in Bezug auf die Vertretung im Kabinett eine arithmetische Beschränkung auferlegte, die ihren Einfluß nicht verringert hat. Man muß aber andererseits auch bedenken, daß die imponderablen Kräfte, die hinter einer Partei wie der Deutschen Volkspartei stehen, stärker wiegen als die Zahl ihrer Mandate (Sehr richtig!). Wer nicht nur parlamentarische Mehrheitsverhältnisse, sondern eine in ihrer Wirkung auf das Volk als stabil angesehene Regierung wünscht, kann nur die Mitwirkung derjenigen Kräfte des Volkes wünschen, die sich speziell in den Schichten der Deutschen Volkspartei zusammenfinden (Sehr richtig!). Sind die Brücken mit Preußen endgültig abgebrochen und sieht vor allem die Preußenfraktion selbst sachliche Bedenken, jetzt in die preußische Regierung einzutreten, so muß die Entwicklung im Reiche lediglich aufgrund der Reichsinteressen erfolgen.

[15] Alfred Hugenberg war am 20.10.1928 zum Vorsitzenden der DNVP gewählt worden; zu dem von ihm eingeschlagenen kompromißlosen Rechtskurs siehe Holzbach, S. 240ff.; Grathwol, S. 217ff. Stresemann, seit Jahren Zielscheibe der gehässigsten Angriffe des Hugenbergschen Presseimperiums, war über die Wahl (des ihm auch persönlich äußerst unsympathischen) Hugenberg als Exponent des rechten Parteiflügels entsetzt, sah aber auch die Chance, den linken DNVP-Flügel endgültig von der Partei zu lösen. Zapf teilte er diesbezüglich am 23.10.1928 mit: »Der Anfang ist dunkel, aber das Ende kann der Bürgerkrieg sein. Je klarer unsere eigene Einstellung ist, um so mehr haben wir noch einmal die Gelegenheit, die große Bürgerpartei zu werden«, PA NL Stresemann 102.

Meine Damen und Herren! Es ist eine ganz falsche Auffassung anzunehmen, daß mit der formalen Bildung einer Mehrheitsregierung die Schwierigkeiten der Regierung beseitigt seien. Ich war der Reichskanzler der stärksten Koalition, die es jemals in Deutschland gegeben hat[16], und bin trotzdem keinen Tag aus den Schwierigkeiten herausgekommen. Wir müssen uns einig sein über den Weg, den wir gehen wollen. Er betrifft vor allem die Verantwortlichkeit für die Entwicklung der Ausgabenwirtschaft des Reiches.

Auf die Kämpfe um das kommende Steuerprogramm heute hier im einzelnen einzugehen, will ich mir versagen.[17] Ich sehe mit stärksten Bedenken die Gefahr der Entwicklung der fortwährenden Ausgabensteigerung an sich, soweit sie nicht durch die steigenden Reparationsverpflichtungen herbeigeführt wurden. Die Gebarung der Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden kann einen tatsächlich nur mit Grauen erfüllen[18] (Lebhafte Zustimmung). Wir quetschen die Steuerzahler aus wie eine Zitrone. Wir hetzen die Kommissionen der Finanzämter zur Prüfung aller Bücher. Wir pfänden dem Bauern die Kuh weg, weil er die Steuern nicht zahlen kann. Der Steuererheber steht bei der Lohnzahlung, bei jedem Honorar, bei jedem Unternehmergewinn, und durch die Art der Erhebung der Steuern haben wir wenn auch nicht in die Substanz der Wirtschaft eingegriffen (Lebhafte Rufe: Doch!), so doch jene Bildung von Reserven unmöglich gemacht, ohne die wir auf die Dauer die Volkswirtschaft nicht aufrichten können. Man vergesse doch das eine nicht: daß die stillen Reserven der Wirtschaft auch die stillen Reserven des Staates sind. Wenn der Hochkonjunktur der Niedergang folgt, bilden diese Reserven den Ausgleich und kommen deshalb dem Staate sowieso zugute. Ohne die Förderung der Reserven der Wirtschaft können wir aber auch nicht heraus aus dem geradezu unerträglichen Zustand, daß die Modernisierung und zum Teil auch nur die Erhaltung der Unternehmungen von der Aufnahme des ausländischen Kapitals abhängig ist. Seit den Tagen, in denen ich mich in der Wirtschaft betätigte und namentlich die Verhältnisse der Fertigindustrie kennenlernte, habe ich immer den Grundsatz vertreten, daß wir auch das erhalten müssen, was man den industriellen Mittelstand nennt, nämlich das selbständige Unternehmertum, das noch nicht die Form der Gesellschaft angenommen hat (Sehr richtig!), das dem Mangel der Zusammenfassung des Kapitals aber die persönliche Initiative und Verantwortung entgegensetzen konnte (Bravo!).

Es ist kein Zweifel: Dieser ganze Zweig der selbständigen deutschen Wirtschaft verfällt durch das Fehlen der Kapitalbildung einem schnellen Sterben (Sehr richtig!). Wir stehen, wenn die Dinge so weitergehen, vor den Trusts auf der einen und vor

[16] Vom 13.8.–30.11.1923 war Stresemann Kanzler einer Großen Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP.

[17] Zur Kassenlage des Reiches und den von Hilferding geplanten Steuererhöhungen siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 57 sowie Dok. Nr. 70, Anm. 29.

[18] Die Haushaltslage und -struktur von Reich, Ländern und Gemeinden hatte sich im Winter 1928/29 erheblich verschlechtert, siehe Oskar Mulert, Die Bedeutung des Auslandskredite für die deutschen Gemeinden, in: Walter Lotz (Hg.), Die Auslandskredite in ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, München u.a. 1928, S. 25–48; Heindl, Kap. D I, II; Hermann Dietrich Troeltsch, Die Deckungsgrundsätze für die Schuldaufnahme der Gemeinden, in: Karl-Heinrich Hansmeyer (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart u.a. 1973, S. 186–199.

einer Millionenschar der Angestellten und Arbeiter auf der anderen Seite.[19] Damit steigern sich die sozialen Gegensätze. Damit steigern sich vielleicht die finanziellen Energien des deutschen Wettbewerbs, aber es sinken die persönlich-selbständigen Energien bis zum Nullpunkt. Nichts kann diese Entwicklung mehr beschleunigen als die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben im deutschen Parlament, die sich naturgemäß in der fortgesetzten Erhöhung der Steuern auswirkt. Ich nenne nur die Ziffern der letzten Jahre. Im Etatjahr 1924/25 hatten wir das Etataufkommen veranschlagt auf 5274 Millionen Mark, eingetrieben wurden 7280 Millionen Mark. Im Etatjahr 1928/29 steigert sich diese Ziffer auf 9736 Millionen Mark (Hört! Hört!). Ein Antrag jagt den andern. Von der Milliarde wird heute so gesprochen, wie man früher von der Million sprach. Der eine verlangt Milliarden für soziale Aufgaben, der zweite für Wohnungsbau, der dritte für die Landwirtschaft, der vierte für die Siedlung usw. Wir wollen nicht Pharisäer sein und lediglich andere anklagen. Es handelt sich darum festzustellen, daß es mit dieser Politik nicht weitergeht, wenn wir nicht sehenden Auges in den Abgrund hinabstürzen wollen (Lebhafte Zustimmung). Unsere Produktion leidet unter der Kaufarmut der Landwirtschaft, die in ihrem weit größten Teil in einer bis zur Katastrophe gesteigerten Krisis sich befindet. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt Ziffern an, die man nie für möglich gehalten hätte. Unser Export ist vielfach ein Notexport und Verlustexport, um nur die Betriebe aufrechtzuerhalten. Verhältnismäßig geringe Kapitalinvestierungen begegnen den größten Schwierigkeiten. Dabei gibt die rigorose Steuererhebung Ziffern, die nach außen als Blüte der Wirtschaft gegen uns ausgenutzt werden.

Meine Herren! Das ist die Situation, vor der wir in Wirklichkeit stehen. Deshalb muß der Wettstreit der Parteien um die Popularitätshascherei aufhören. Die Volkspartei hat den Antrag gestellt, daß in dem Entwurf des Haushaltsplanes ohne Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats Ausgaben nicht erhöht oder neu eingesetzt werden dürfen. Die gleiche Zustimmung will der Antrag der Volkspartei für Gesetze und andere Beschlüsse des Reichstags, welche eine Erhöhung der im laufenden Haushaltsgesetz vorgesehenen Ausgaben zur Folge haben.[20] Man ruft auf sozialdemokratischer Seite, daß das Etatsrecht des Reichstags damit in Gefahr wäre. Volksnot geht über Etatsrechte des Parlaments (Lebhafte Zustimmung). Was ist das überhaupt für eine groteske Auffassung, daß man infolge des parlamentarischen Regimes de facto die Parteienregierung hat, gleichzeitig aber der aus den Parteien hervorgegangenen Regierung fortwährend glaubt Opposition machen zu können (Sehr richtig!). Darin liegt die alte philisterhafte Auffassung, daß der Abgeordnete eigentlich der gegebene Gegner des Staates sein müßte.

Weiter Kreise bemächtigt sich angesichts der Verhältnisse bei uns eine Art von Resignation, die das Schlimmste ist, was es für das Staatsleben gibt. Hochziele kann man nicht in jeder Zeit dem Volke vor Augen führen, und sachliche Arbeit, wie sie die Deutsche Volkspartei dauernd geleistet hat, wird letzten Endes ihre Anerkennung finden. Aber der Kampf um den Machtverteilungsschlüssel begegnet bei den großen

[19] Zu den Konzentrations- und Kartellierungsbestrebungen in der deutschen Industrie siehe Weisbrod, S. 47; Ulrich Nocken, Interindustrial Conflicts and Alliances in the Weimar Republic: Experiments in Societal Corporation, Berkley 1979, bes. S. 178ff.

[20] Siehe RTDrs., Bd. 433, Nr. 704; zur ablehnenden sozialdemokratischen Haltung siehe Leuschen-Seppel, S. 218f.

Massen draußen nur der Nichtachtung, wenn nicht der Verachtung. Alle Parteien fragen sich, wie sie die Jugend erringen sollen. Das schlimmste Zeichen der heutigen Entwicklung besteht darin, daß die Jugend sich überhaupt von dem Parteileben der heutigen Zeit fernhält, weil sie darin nichts sieht, was sie anzieht.

Ich komme auf den Anfang meiner Ausführungen zurück: Die Ersetzung der Persönlichkeit durch die Organisation ist das Grundübel des heutigen politischen Lebens. Der Mensch ist nicht nur der Vertreter einer Berufsorganisation, irgendeines Ortsvereins oder irgendeiner Masse, sondern seine Bedeutung liegt in ihm selbst. Dann wird er auch die Jugend hinter sich sammeln können, während die Routine der Parteiwirtschaft allein demnächst keinen Menschen in Deutschland mehr interessiert. Das möchte ich auch hier in einer Parteiversammlung einmal offen aussprechen. Daß ich dabei nicht zu den Toren gehöre, die den Wirrwarr der bestehenden Parteien durch die Begründung einer neuen Partei beheben wollen, brauche ich nicht zu sagen. Der tiefste Wunsch meines Lebens ist stets der gewesen, daß diejenigen Schichten, die links und rechts von uns demselben Gedanken der bewußten Mitarbeit an der Bejahung und Erhaltung des Staates sich hingeben, ohne damit irgend etwas von der stolzen Tradition der vergangenen Zeiten zu vergeben, sich zusammenfinden und von links und rechts zur Mitte heranrücken möchten, um durch ihre staatspolitischen Ideen und die Stärke, die sie dadurch hätten, auch gleichzeitig zur Beseitigung der Erscheinung von reinen Interessenparteien, all der Wirtschaftsparteien, beizutragen, die, wenn sie sich durchsetzten, das Ende jedes politischen Lebens in Deutschland wären (Beifall).

Es geht ein Raunen durch das Land über illegale Bestrebungen zur Ersetzung der Verfassung durch Diktaturpläne und ähnliches. Trotz der herzlichen Beziehungen, in denen der Oberbürgermeister von Köln[21] zu Großmächten Europas steht (Heiterkeit), in denen diese Regierungsform besteht, glaube ich, daß wir von Faschismus noch weit entfernt sind. Jeder versteht unter der Diktatur den Diktator seiner Wünsche, und sobald er zwischen den widerstreitenden Interessen sich entscheiden muß, wird er bald die Opposition gegen sich wachsen sehen. Es gibt zudem niemanden, der den Wahnwitz denken kann, daß ein Mann wie Hindenburg sich zur Verletzung der Verfassung hergeben würde. Aber wir müssen uns bemühen, zur Reform des Parlamentarismus zu kommen (Zustimmung). Wir müssen verlangen, daß der Parteigeist seine Grenze findet an den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Entwicklung, daß das Parlament den Zwang nicht nur zur formalen, sondern tatsächlichen Mehrheitsbildung in sich findet oder, wenn das an den Parteien selbst in dieser Situation scheitert, der Ruf ertönt: »Res venit ad triarios«, und verantwortungsbewußte

[21] Konrad Adenauer (1876–1967), Dr. h. c., 1917–1933 Oberbürgermeister von Köln. 1921–1933 Präsident des preußischen Staatsrates (Zentrum). 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (CDU). Zu den Gerüchten, daß Adenauer Anfang 1929 Bestrebungen nahestand, die eine dem italienischen Faschismus ähnliche autoritäre Diktatur einrichten wollten, siehe detailliert Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 332f. Trotz des energischen Drängens des italienischen Botschafters, Aldrovandi-Marescotti, lehnte es Stresemann Anfang Februar 1929 ab, sich für das Verbot eines vom 9.–11.3.1929 in Berlin stattfindenden antifaschistischen Kongresses einzusetzen, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 125; zur Haltung Hindenburgs siehe Wheeler-Bennett, S. 332f.

Persönlichkeiten den Mut finden zu regieren, d.h., die Führung zu übernehmen (Lebhafter Beifall).

Meine Damen und Herren! Es war das erste Mal, daß ich in einer Sitzung des Zentralvorstandes der Partei nicht frei gesprochen, sondern eine Erklärung verlesen habe. Das ist nicht ohne Absicht geschehen. Nachdem der Parteivorstand beschlossen hatte, den Zentralvorstand einzuberufen, bin ich der Meinung gewesen, daß es der Bedeutung des Zentralvorstandes und der Bedeutung der Stunde nicht entspräche, wenn wir heute darüber debattieren würden, ob dieses oder jenes in der Vergangenheit richtig gewesen ist, ob dieses oder jenes Ministerium zu erstreben richtig gewesen sei oder nicht. Ich habe die Empfindung und tiefe Besorgnis, daß die Verhältnisse in Deutschland einer Krisis zutreiben können; nicht die Verhältnisse unserer Partei, nicht die Beziehungen unserer Partei zu einer anderen, sondern die ganze Frage der Parteien überhaupt. Deshalb bitte ich auch, meine Ausführungen gar nicht als Ausführungen anzusehen, die sich speziell an die Volkspartei richten. Sie richten sich an alle Parteien, an den Parteigeist in Deutschland.

Gestatten Sie mir ein persönliches Wort. Ich glaube, ich gehöre mit kurzen Unterbrechungen dem Reichstag seit 22 Jahren an[22] und bin deshalb vor dem Verdacht gefeit, daß ich irgendwie auf dem Gedanken stände, die Mitarbeit der Volksvertretung irgendwie beseitigen zu wollen durch törichte Gedanken, die solche Leute haben, die zwar den ersten Tag der Diktatur sehen, aber am zweiten Tage nicht weiter wissen würden (Zustimmung). Aber gerade weil ich ein ganz entschiedener Gegner dieser Ideen bin, möchte ich den Gedanken Ausdruck geben, die ich hier verlesen habe. Ich bitte Sie noch einmal, sich die beiden Gedanken vor Augen zu führen. Der eine Gedanke ist der: Wir haben ein Zerrbild des Parlamentarismus, und der zweite Gedanke ist der: Das Parlament selbst hat nicht die Verantwortlichkeit, die es haben müßte gegenüber der deutschen Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Das Zerrbild des Parlamentarismus sehe ich darin, daß die Gegenbewegung des Parlaments, das Gegengewicht des Parlaments, bei uns fehlt. Wir haben es in der Verfassung. Das Gegengewicht ist der Reichspräsident, und es ist tief bedauerlich, daß dieses Gegengewicht fast alle Bedeutung verloren hat, weil man als selbstverständlich ansieht, daß der Reichspräsident die Unterschreibungsmaschine ist, der einfach seinen Namen unter das zu setzen hat, was ihm von irgendeiner Mehrheit vorgeschrieben wird (Sehr richtig!). Dabei sind die Mehrheitsverhältnisse gar nicht so, daß im Kampf um das, was notwendig ist, das Parlament am stärkeren Hebel stände. O nein, das deutsche Volk ist stets monarchisch in dem Sinne, daß es einer starken Persönlichkeit folgt, wenn es den Willen sieht, der etwas durchzusetzen versucht (Sehr richtig!). Und wenn einmal gegenüber einer Entwicklung, die dem Reichspräsidenten unerträglich erscheint, er sich mit ganzer Entschiedenheit einsetzen und an das Volk appellieren würde, dann bin ich überzeugt, daß in vielen Fällen entweder das Parlament von vornherein nachgeben oder in diesem Appell an das Volk unterliegen würde (Sehr richtig!). Ich bedaure deshalb, daß wir von diesem zweiten Faktor der deutschen Reichsverfassung so wenig hören bei all den Erörterungen, um die es sich bei jeder Krisis handelt.

[22] Stresemann gehörte dem Reichstag vom Januar 1907 bis Januar 1912 und wieder seit dem 4. Dezember 1914 an.

Meine Herren! Die letzte Krisis ist ja doch nur typisch für Krisen, die wir schon so und so oft bei uns erlebt haben, und ich möchte das Zweite betonen, was ich jüngst im Parteivorstand gesagt habe: Wenn Sie sich fragen, ob es noch einen Liberalismus gibt, für den es sich lohnt zu kämpfen, dann kämpfen Sie zum mindesten für den Liberalismus der Persönlichkeit. Sie werden draußen die Zahl der Nichtwähler wachsen sehen, wenn Sie immer als Ansicht eines einzelnen das wiedergegeben sehen, was irgendeine Fraktion mit zwei Stimmen Mehrheit beschlossen hat. Das ist eine Unmöglichkeit. Ich spreche jetzt nicht von Ministern. Ich spreche davon, daß ein Abgeordneter, der im Ausschuß seine Meinung vertritt, am nächsten Tage das Gegenteil vertreten soll, weil er in seiner Fraktion in der Minderheit geblieben ist. Das ist ein völliges Ausschalten des einzelnen innerhalb der ganzen Vertretung. Das sehen Sie im Zusammenhang mit manchen Fragen, die hier zu erörtern zu weit führen würde, die ich in einem Aufsatz zu Silvester über die Wahlreform behandelt habe.[23] Ich sehe in diesem Ausschalten der Persönlichkeit und dem fortgesetzten Auftauchen von Organisationen, als wenn es Einzelmenschen gar nicht mehr gäbe (Lebhafte Zustimmung) die tiefste Verzweiflung des Volkes gegenüber der Politik der Gegenwart (Lebhafte Zustimmung).

Ich will nicht nur diese Dinge theoretisch vertreten. Das geht doch bis in das Letzte. Wenn auf einer großen internationalen Tagung das Reich vertreten sein soll, dann kommen die Organisationen und verlangen, daß ihre Vorschläge dabei von vornherein berücksichtigt werden. Was bedeutet denn das, wenn jemand sagt: Hinter mir stehen Hunderttausende? Wenn der Mann selbst eine Null ist, gelten auch die Hunderttausende nichts (Sehr richtig). Und wenn er eine Eins ist, braucht er die Hunderttausende nicht, sondern gilt als Persönlichkeit (Sehr wahr!). Diese ganzen Ideen sind bei uns vollkommen zugrunde gegangen. Alles organisiert sich bis aufs kleinste, und dadurch verliert unser ganzes politisches Leben jede Frische des eigenen Blutes und des eigenen Willens, und deshalb ist die Politik so uninteressant, daß die Menschen die Verhandlungen über die Politik kaum noch lesen (Lebhafte Zustimmung).

Dazu kommt ein Zweites. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich mich oft mit der Frage beschäftigt habe – ich habe sie gestern in der Fraktion zum ersten Male zum Ausdruck gebracht –, mich in Bälde vom politischen Leben zurückzuziehen[24] (Bewegung). Ich sehe, daß mehr und mehr der Gedanke der Weltanschauungsparteien in Deutschland der Geschichte angehört. Ich sehe, daß mehr und mehr reine Interessentengruppen die Parteien bestimmen.[25] Für eine Weltanschauung zu kämpfen, das

[23] Nicht zu ermitteln. Im Mai 1929 veröffentlichte der Kölner »Februar-Club für Westdeutschland« um Glatzel, Nipperdey und Regh eine Entschließung zur Wahlreform. Diese Entschließung sah vor allem eine Heraufsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre und eine Beteiligung des Reichs an den Wahlkampfkosten vor, siehe BAK R 45 II/4, p. 11–17; siehe auch Dok. Nr. 70, Anm. 13.

[24] Das Protokoll der Fraktionssitzung vom 25.2.1929 bietet keinen Anhalt für diese Bemerkung Stresemanns, die er in einem Schreiben an Kahl vom 13.3. dahingehend konkretisierte, er habe die Absicht, auf der nächsten Sitzung des PV am 22.4. eine Niederlegung seiner Ämter anzukündigen, »um eine Aussprache darüber herbeizuführen, wie sich diese Scheidung von der Partei vollziehen soll«, PA NL Stresemann 104; ähnlich äußerte er sich auch in Briefen an Curtius (11.3.) und an Kockelkorn (19.3.), ebd.

[25] Kahl teilte er am 13.3.1929 enttäuscht mit: »Ich wollte die Brücke sein zwischen dem alten und dem neuen Deutschland und ein Teil unserer Partei hat diese historische Mission unserer Partei

lohnt sich, und man kann dafür kämpfen, bis man in den Sielen stirbt. Das politische Leben der Gegenwart bietet so wenig Anziehung, daß Sie demnächst wahrscheinlich erfahren müssen, daß eine ganze Reihe von Menschen nicht mehr ihre Kräfte dem hingeben wollen. Und weil ich nicht weiß, wie oft ich noch vor dem Zentralvorstand sprechen kann, wollte ich Ihnen gerade das, was ich verlesen haben, als meine Auffassung, von der ich hoffe, daß sie in der Volkspartei fortlebt, zum Ausdruck bringen. Vergessen Sie nicht den alten Liberalismus, das letzte, was uns vielleicht noch geblieben ist von liberalen Ideen: den Liberalismus der Persönlichkeit!

Und das Dritte! Ich spreche im allgemeinen nicht viel über rein wirtschaftliche Fragen. Ich verkenne nicht ihre Bedeutung. Ich kenne diese Bedeutung ganz genau. Ich wehre mich gegen ihr Überwuchern in der allgemeinen Politik. Aber was ich hier ausgeführt habe, das hat gar nichts zu tun mit rein wirtschaftlichen Fragen, sondern mit meiner Sorge, daß wir vor einer Katastrophe in Deutschland stehen können, die uns alle zusammen begräbt. Sie können nicht verantwortungslos die Ausgaben eines Staates weiter steigen lassen, wie es in den letzten Jahren geschehen ist (Sehr richtig!). Diejenigen, die da behaupten, es würde in Deutschland nicht mehr verdient, irren sich in dieser und jener Beziehung. Aber es ist ganz unmöglich, daß man den größten Krieg der Weltgeschichte verliert, mit der größten Kriegsentschädigung der Welt belastet wird und eine derartige Wirtschaft treibt, wie sie bei uns getrieben wird (Lebhafte Zustimmung).

In der Beziehung gibt es gar keinen Unterschied zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien. Denn die ganzen letzten Jahre haben ja unter bürgerlichen Regierungen gestanden. Es ist das, was ich nenne, die Popularitätshascherei (Lebhafte Zustimmung!), die Sucht, die Massen zu gewinnen. Ich fordere Sie auf, meine Herren, doch einmal zu versuchen, der Masse zu sagen: Wir dienen dir nicht in dem Sinne, daß wir dir schmeicheln, sondern wir dienen dir, indem wir dich selbst vor der Katastrophe bewahren. Je weniger das von Leuten ausgesprochen wird, die berufsmäßig in der Wirtschaft stehen, sondern von Leuten, die vom staatspolitischen Gesichtspunkt das aussprechen, um so wünschenswerter scheint mir das zu sein.

Und wenn wir damit – alle Dinge fangen an und können nicht von heute auf morgen durchgeführt werden – bei uns beginnen und wenn wir gegenüber dem, was bisher gefordert wird, ein quod non entgegensetzen. Sie wissen ja, daß vor kurzem wieder Anträge, die tatsächlich in ihrer letzten Auswirkung über eine Milliarde an Ausgaben ausmachen, gestellt worden sind, und Sie, die Sie so oft von einer Inaktivität der Volkspartei sprechen, können vielleicht auch davon Kenntnis nehmen, daß es dem Protest der Volkspartei gelungen ist, daß diese sozialdemokratischen Anträge nicht

auch erkannt. Andere können nur die alte Grammophonplatte spielen lassen und wollen immer wieder dieselbe Melodie hören [...] Es kommt hinzu, daß wir keine Partei der Weltanschauung mehr sind, sondern mehr und mehr zu einer reinen Industriepartei werden [...] Heute bringt die Fraktion überhaupt nicht mehr den Mut auf, in einen Gegensatz zu den großen Arbeitgeber- und Industrieverbänden zu treten. Man erträgt, daß 23 Mitglieder der Fraktion mittelbar oder unmittelbar zur Wirtschaft gehören und ist empört darüber, wenn ein zweiter Angestellter in die Fraktion eintreten soll. Was uns von den Deutschnationalen trennt, ist bei vielen nur die stärkere Betonung der Wirtschaft«, und Scholz schrieb er am 26.3.1929: »Geschäftige Leute sind in der Partei am Werke, um die Führer zu diskreditieren und die Leitung der Partei in die Hände gewisser wirtschaftlicher Interessenvertretungen hineinzubringen«, PA NL Stresemann 104.

mehr weiter behandelt worden sind.[26] Wir müssen nach dieser Richtung einmal die Leute vor die Frage stellen, wie sie sich die deutsche Entwicklung denken, wenn es so weiter geht. Und wenn wir diese zunächst vielleicht unpopuläre Haltung zu unserer Agitation machen, werden wir die beste Agitation treiben, die es überhaupt gibt.

Die Frage, ob wir eine Mehrheit im Reichstag bekommen, die natürlich wünschenswert ist, muß davon abhängig sein, daß diese Mehrheit sich mit uns verpflichtet, dieser Agitation entgegenzutreten; und davon, ob ich verantworten kann, daß die Ausgabenwirtschaft so weitergeht, würde ich allerdings auch für mich persönlich – denn ich trage die Verantwortung – es abhängig machen, ob ich als Minister in einem solchen Kabinett bleibe oder nicht (Beifall). Als Außenminister jetzt herauszugehen, ist ein Blödsinn und eine Verantwortungslosigkeit, die ich nicht mitmache (Bravo!). Etwas ganz anderes ist es, ob wieder erneut, wie wir es schon so oft erlebt haben, die Masse kommt, neue Ausgaben verlangt, und dann um der Ruhe, um der zeitweiligen Ruhe willen, nachgegeben wird und damit eingetauscht wird der Zusammenbruch, der unzweifelhaft kommt, wenn es so weitergeht.

Meine Damen und Herren! Vereinigen Sie sich auf diese großen sachlichen Gesichtspunkte. Sie sind wichtiger als der Kampf um dieses oder jenes Portefeuille (Bravo!). Wenn Sie sich darauf vereinigen, dann dienen Sie, wie wir es immer getan haben, dem Vaterlande und der Partei[27] (Stürmischer, anhaltender Beifall).

Meine Damen und Herren! Ich eröffne nunmehr die Besprechung.

Reichstagsabgeordneter Dr. Albrecht: Ich bitte ums Wort zu einer persönlichen Bemerkung! [Stresemann:] Herr Dr. Albrecht!

Reichstagsabgeordneter Dr. Albrecht: Meine Damen und Herren! Ich habe mit tiefstem Bedauern aus dem Munde des Herrn Parteivorsitzenden den Vergleich von Parteianhängern mit einer Schiffsmannschaft, die meutern könnte, gehört. Ich empfinde diesen Vergleich als eine persönliche Kränkung, die ich von mir aus ablehnen muß (Unruhe). Parteiangehörige wählen ihren Parteiführer nach ihrer Weltanschauung.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Herr Kollege Albrecht, Sie haben, glaube ich, nicht zugehört. Ich habe ausdrücklich erklärt: Auf uns bezieht sich das nicht. Ich will Ihnen sagen, worauf es sich bezog. Es bezog sich darauf, daß ich die sozialdemokratischen Minister ersucht habe zu bleiben, auch wenn ihre Fraktion meutere.[28] Ich

[26] Die Frage einer Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe war im Kabinett und im Reichstag heftig umstritten, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 14, 16; VRT, Bd. 424, S. 1131ff. sowie RTDrs., Bd. 424, Nr. 809.

[27] Moldenhauer berichtet in seinen Erinnerungen über diese »große Rede« Stresemanns: »Diesmal folgte der Rede nicht die übliche begeisterte Zustimmung. Sondern es gab eine sehr scharfe Debatte und sehr starke Angriffe gegen Stresemann [...] Das Unbehagen darüber, mit der Sozialdemokratie in einer Regierung zu sitzen, wuchs immer stärker und machte sich auf der Zentralvorstandssitzung bemerkbar. Man hatte das Gefühl, daß der Zentralvorstand im ganzen durchaus eine andere Politik wollte als Stresemann, der nach wie vor an dem Gedanken einer Großen Koalition festhielt, ohne daß der Zentralvorstand sagen konnte, wie er sich nun diese Politik dachte. Denn Stresemann zu opfern, war wiederum die Mehrheit nicht bereit. Gerade weil man fühlte, daß man aus der Sackgasse nicht heraus konnte und um Stresemanns willen auch nicht heraus wollte, war der Unmut um so größer«, BAK NL. Moldenhauer 3, p. 68.

[28] Siehe dazu auch Dok. Nr. 70, Anm. 8.

habe gestern in der Fraktion schon gesagt: Ich habe mich an Herrn Müller gewandt und ihm gesagt: Wenn jetzt alles auch bei Ihnen kaputtgeht, müssen Sie bleiben. Von unserer Partei ist dabei gar keine Rede.

Reichstagsabgeordneter Dr. Albrecht: Dann bitte ich um Entschuldigung, daß ich das mißverstanden habe. Ich habe aber die Auffassung, daß das vielfach mißverstanden worden ist. Ich war wie vor den Kopf geschlagen.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Kollege Albrecht, daß Sie sich vorstellen, daß ich Sie als Meuterer betrachte, das kann ich wieder nicht verstehen.[29] Wir treten in die Besprechung ein. Das Wort hat zunächst Herr Landtagsabgeordneter Dr. Stendel.

Landtagsabgeordneter Dr. Stendel: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß unser Parteiführer Dr. Stresemann uns so das Hochziel deutscher Politik vor Augen geführt hat. Ich glaube, wir sind ihm für diese Ausführungen alle dankbar. Leider zwingen mich die Verhältnisse, etwas mehr in die kleineren Tagesfragen preußischer Politik hineinzusteigen, herabzugehen auf kleinere Dinge in den politischen Niederungen. Ich will versuchen, mich dabei so kurz wie möglich zu fassen, um Ihre Aufmerksamkeit nicht allzulange in Anspruch zu nehmen.

Es sind in den letzten Wochen, besonders in der allerletzten Woche, in der Linkspresse Berlins Angriffe gegen die preußische Landtagsfraktion erhoben worden. Es ist eine solche Fülle von unwahren Behauptungen aufgestellt worden, es sind Fraktionssitzungen konstruiert worden mit dem Eingreifen von Dr. Stresemann – alles glatt erfunden. Die Berliner Linkspresse kannte nichts anderes, als das Ansehen der Landtagsfraktion herabzusetzen (Zuruf: Die andere Presse auch!), ich komme darauf. Trotz Berichtigung immer wieder dieselben Behauptungen, trotz Berichtigung immer wieder die Behauptung, es beständen schwere Disharmonien zwischen Dr. Stresemann und der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei.[30] Meine Damen und Herren! Von diesen Disharmonien ist uns nicht das Geringste bekannt geworden. Die Verhandlungen zwischen Dr. Stresemann und uns haben sich immer in der allerliebenswürdigsten Form abgespielt, wie das ganz selbstverständlich ist. Nie sind Vorwürfe an uns herangebracht worden, sondern es hat immer eine Aussprache stattgefunden, wie sie zwischen Parteifreunden üblich ist. Nun stellt man draußen in der Linkspresse den Zweck dieses Zentralvorstandes so hin, als wenn er dazu berufen wäre, die Widerspenstigen zu zähmen, uns hartgesottene, engstirnige Sünder vom Zentralvorstand zur Ordnung zu rufen. Ich bedauere, hier feststellen zu müssen, daß diese Art der Kritik sich nicht nur in Blättern unserer Gegner findet, sondern leider auch in Blättern, die angeben, uns nahezustehen (Sehr richtig!). Es ist ganz selbstverständlich, daß wir auch den Blättern, die uns nahestehen, das Recht der freiesten Kritik zugestehen. Sie sollen Kritik üben über Entscheidungen, die sie nicht für richtig halten, aber wir müssen sie bitten, wenn sie wirklich dem Wohl der ganzen Partei dienen wollen, diese Kritik nicht in eine derart verletzende Form zu kleiden, wie das in den letzten Tagen leider Gottes auch ausnahmsweise in uns nahestehenden Zeitungen geschehen ist.

[29] In seiner Aufzeichnung über den Verlauf der Sitzung bezeichnete Henry Bernhard Helmut Albrecht als einen der »Hauptträger« der Opposition, siehe Dok. Nr. 74, S. 833.
[30] Siehe Anm. 8, 9.

Und nun der Gang der Geschehnisse so kurz wie möglich! Schon wie der Landtag zusammenberufen wurde am 8. Juli [1928], telegraphisch vom Ministerpräsidenten Braun nur zu dem Zweck, ein fait accompli zu schaffen, dem Reichstag vorwegzunehmen, was dort etwa die Parteien beschließen könnten, und dann die Erklärung des Ministerpräsidenten: Wir sind bereit, eine Erweiterung der Regierung zu gegebener Zeit vorzunehmen, – und demgegenüber die Stellung der Volkspartei, im Reich und in Preußen: gleichzeitige und gleichartige Umbildung der Regierung – kennzeichnet den Ausgangspunkt.[31] Wir haben es damals mit Freuden begrüßt, daß die Reichstagsfraktion sich, sicherlich nicht ohne schwere Bedenken, auf den Standpunkt gestellt hat: Wir müssen die Bildung gleichzeitiger und gleichartiger Regierungen im Reich und in Preußen zur conditio sine qua non machen. Wir wissen, wie ich eben schon sagte, daß dies sicher der Reichstagsfraktion nicht leicht geworden ist. Wir sind ihr dankbar dafür, daß sie den Standpunkt bis heute durchgehalten hat.[32]

Meine Damen und Herren! Die Gegner kannten nichts anderes als nur demgegenüber eine starke Verhetzung. Ich habe gestern abend die ganzen Dinge noch einmal durchgeprüft. Ich würde Ihnen wünschen, sich noch einmal anzusehen, wie damals in vielen Kreisen gehetzt worden ist. Ich würde Ihnen wünschen, sich noch einmal anzusehen die Karikatur des »Vorwärts«: die Volkspartei vor der Tür beim Preußendoktor, der zur Volkspartei sagt: »Wollen Sie nicht erst ein paar Monate müllern?« Sie kannten nichts anderes, als uns zu sagen: Wenn Ihr Euch brav benehmt, sollt Ihr vielleicht später einmal in die Regierung kommen. War es der Wille, mit uns zusammen in Preußen zu arbeiten, wenn der »Vorwärts« sagte: Kein Zweifel, die Bewährungsfrist in Preußen übt schon ihre erziehliche Einwirkung; kein Zweifel, die Bewährungsfrist muß einmal mit darüber entscheiden, ob man sie für so gebessert ansehen kann, daß man ihr erlaubt, am Regierungstisch in Preußen mitzuarbeiten.

Wir verlangen die Teilnahme an den Geschäften der Regierung in Preußen, weil wir gewillt sind, die Führung der Geschäfte mit zu übernehmen, und weil wir glauben, daß man ohne uns in Preußen wirkliche Aufbauarbeit nicht leisten kann. Man mag verwalten können, ohne zu regieren. Was Regieren heißt, kann man in Preußen nicht ohne die Deutsche Volkspartei. Ich könnte mich da auf die Ausführungen sehr angesehener Herren in der Sozialdemokratischen Partei beziehen. Am 30. Juni [1928] beginnen die Verhandlungen, im Ton zwar höflich, aber in der Form brüsk ablehnend. Der Ministerpräsident erklärte: Ich lehne eine derartige Verquickung der Regierungsbildungen im Reich und in Preußen ab; man wird den Zeitpunkt von uns aus bestimmen. Und nun kommt etwas, was ich festzuhalten bitte, um unsere Stellungnahme in Preußen zu begreifen. Bei dem Herausgehen aus dem Zimmer des Ministerpräsidenten kam Herr Staatssekretär Weismann[33] zu uns und sagte: Meine Herren, der Herr Ministerpräsident sagt: zu gegebener Zeit; ich kann Ihnen nur das eine

[31] Zur Regierungserklärung Brauns vom 9.6.1929 und zur Haltung der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion siehe Dok. Nr. 70, Anm. 17.

[32] Bereits bei den Verhandlungen um die Bildung der Großen Koalition hatte die DVP die Erweiterung des bestehenden Regierungsbündnisses in Preußen zur Vorbedingung gemacht, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 17.

[33] Robert Weismann (1869–1942), Dr. iur. 1919 Erster Staatsanwalt in Duisburg, 1920–1923 Regierungsrat, 1923–1932 StS im preußischen Staatsministerium, nach dem 20.7.1932 entlassen. 1933 Emigration.

sagen: Der Ministerpräsident steht auf dem Standpunkt, daß Sie, wenn demnächst die Koalition erweitert wird, in Preußen wiederum zwei Minister haben müssen. Ich meine, wenn uns das zum mindesten mit Wissen des Ministerpräsidenten – denn, ihm vorgehalten, hat er diesen Tatbestand nicht bestritten – mitgeteilt wird, wird man sich nicht wundern können, daß wir die Unbescheidenheit hatten, an unserer Forderung nach zwei Ministern festzuhalten.

Nun gehen die Dinge weiter. Wir befanden uns in Preußen in einer unangenehmen Lage. Wir konnten nicht, wie wir es hätten tun können und tun müssen, Opposition treiben. Wir konnten aber auch nicht zu dem Ministerpräsidenten Braun, der uns doch zum mindesten stark die kalte Schulter gezeigt hatte, immer wieder gehen und sagen: Wann wird aus der Umbildung der Regierung etwas? Und um die Dinge im Fluß zu halten, gerade mit Rücksicht auf das Reich, erklärte sich Herr Dr. Curtius liebenswürdigerweise bereit, zu Herrn Dr. Braun zu gehen. Er hat die Antwort bekommen: Ich lehne es ab, eine Initiative in diesen Dingen zu ergreifen; ich bin natürlich der Ansicht, daß es an sich wünschenswert wäre, die Regierung zu erweitern.[34] Wenige Tage darauf gibt er mir die Antwort: Ich bin bereit, die Initiative vorzunehmen. In der Sache selbst aber erfolgte gar nichts. Lediglich die Erklärung: Wir sind grundsätzlich bereit, die Dinge voranzutreiben. Und nun kommt wieder im Gegensatz zu dem, was Herr Braun vorher gesagt hatte, folgendes: Jetzt erklärt man: Wir wollen abwarten, wie die Dinge im Reich werden. Das, was Herr Braun bislang abgelehnt hatte, tat er jetzt unter dem Druck der Partei. Dann ist bis Weihnachten nichts geschehen. Wir haben wiederum den Ministerpräsidenten gefragt: Wie soll das werden, willst Du nicht in Preußen die Voraussetzungen feststellen, unter denen wir zur Regierungsumbildung kommen? Die Antwort lautete: Wenn ich sehe, daß man im Reich mit Verhandlungen vorankommt, will ich auch in Preußen beginnen, in Preußen können wir in wenigen Tagen – er sagte: in drei Tagen – die ganze Koalitionsbildung vornehmen. Am 29. Januar übermittelte Herr Dr. Braun – und das bitte ich wieder festzuhalten – uns drei Forderungen, die er als Forderungen des Zentrums bezeichnete: 1. gleichzeitige Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen; 2. genügende Erklärung der Volkspartei zum Konkordat; 3. das Zentrum hält an seinen drei Ministern fest. Zu 1. war er einverstanden. Zu 2. erklärte der Ministerpräsident: Ich habe dem Zentrum gesagt, ich kann von der Volkspartei eine Erklärung über das Konkordat nicht verlangen, weil ich der Volkspartei gar nicht mitteilen kann, was im Konkordat steht; wir sind uns ja selbst über diesen Inhalt noch gar nicht einig.[35]

An dieser Erklärung hat er festgehalten bis vor wenigen Tagen. Die Fraktion forderte gegenüber der Forderung des Zentrums, drei Minister behalten zu wollen, zwei Minister. Über die Frage, welche Ressorts in Frage kommen sollten, wurde absichtlich von uns nicht gesprochen. Denn wir hielten es nicht für gut, dadurch, daß wir das eine Ministerium von der einen, das andere von der anderen Partei forderten, irgendwie die Leute zu verprellen. Neben diesen Dingen lief die Sache im Reich weiter. Es kommt der Antrag im Reich: Das Zentrum soll drei und wir in Preußen zwei Mini-

[34] Siehe Anm. 8.

[35] Zum Stand der noch schwebenden Konkordatsverhandlungen zwischen Preußen und dem Vatikan siehe Dok. Nr. 70, Anm. 18.

ster bekommen. Das Zentrum lehnt diese Forderung ab. Es kommt die ultimative Forderung des Zentrums: Bis heute abend um 10 Uhr müssen die Dinge im Reich erledigt sein, sonst rufen wir unseren Minister zurück.

Und nun kommen die Erklärungen, die den Grund von Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und uns gegeben haben. Nach dem Bericht der »Germania«[36] hat man Herrn Dr. Scholz und Herrn Dr. Stresemann nur erklärt: Wir verlangen sofortige Erfüllung im Reich, und wir erklären zu zweit: Unter der Voraussetzung der Erfüllung der Ziffer 2 Satz 2 ist der Vorsitzende der Zentrumspartei Dr. Kaas[37] bereit, die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags zu bitten, der Deutschen Volkspartei zwei Minister zuzugestehen.

Diese Forderung ist von Herrn Dr. Scholz abgelehnt worden. Zwei Tage darauf in der interfraktionellen Besprechung hatte Dr. Braun wieder die drei Forderungen des Zentrums herausgestellt, und er hat ferner davon gesprochen, daß eine Bindung bezüglich des Konkordats nicht möglich wäre. Er hat das ausgeführt, ohne daß der dabeisitzende Zentrumsführer Heß[38] bezüglich des Konkordats irgendwelche Einwendungen erhoben hätte.

Nun erklärt plötzlich Herr Heß: Wir haben der Deutschen Volkspartei im Reich am Mittwoch – das war der 6. Februar – erklärt: Wir wollen auf einen Minister zugunsten der Volkspartei verzichten. Meine Herren, es mag sein, daß einige Zentrumsführer der Landtagsfraktion Herrn Kaas gegenüber erklärt haben: Wir werden uns dafür einsetzen, daß das geschieht. Mitteilung von dieser Tatsache ist – auch nicht in der Form der »politischen Realität«, von der Herr Kaas gesprochen haben soll – an unsere Führer im Reichstag gekommen. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen nach den Erklärungen, die Herr Müller und unsere Herren Minister abgegeben haben. Und nun kommt das wunderbare Zwischenspiel! Sowie der Zentrumsführer Heß erklärte: Wir haben diese Erklärung abgegeben, auf einen Minister zugunsten der Volkspartei zu verzichten, ob wir das heute noch aufrechterhalten, scheint mir sehr zweifelhaft, da erhob sich der Sozialdemokrat Heilmann und sagte: Wenn das Zentrum auf einen Minister verzichtet, dann verlangen wir nicht drei, sondern vier Minister.

Meine Herren, man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn da doch zwischen den Herren eine gewisse Verbindung bestanden hätte. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn diese Forderung nicht gerade zu dem Zweck erhoben wäre, um die Verhandlungen in Preußen zu erleichtern. Man kann sich überhaupt nicht des Eindrucks erwehren, daß bei den ganzen Verhandlungen es dem Zentrum und der Sozialdemokratie – die Demokraten nehme ich ausdrücklich aus – niemals ernst gewesen ist mit dem Willen, eine Große Koalition in Preußen zustande

[36] Die »Germania« hatte in ihrer Morgenausgabe des 6. 2. 1929 den Rücktritt v. Guérards angekündigt, am folgenden Tag jedoch berichtet, daß das Kabinett im Amt bleibe; das Blatt stand den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen jedoch skeptisch gegenüber.

[37] Ludwig Kaas (1881–1952), katholischer Priester. 1918 Professor für Kirchenrecht am Priesterseminar Trier. 1924 dort Domkapitular. 1919–1933 MdR (Zentrum), 1928–1933 Parteivors. Ab 1933 in Rom, 1935 dort Kanonikus von St. Peter.

[38] Joseph Heß (1878–1932), Oberlehrer. 1911 Kreisschulinspektor in Ahrweiler, ab 1920 Oberregierungsrat bei der Regierung in Koblenz. 1908–1932 MdL Preußen (Zentrum), ab Jan. 1930 Fraktionsvors.

zu bringen, die unseren berechtigten Ansprüchen entsprochen hätte. Darauf die Mitteilung von uns: Das können wir nicht annehmen mit dem einen Minister. Und daraufhin weiter am 20. Februar das Angebot von Herrn Braun an Herrn Dr. Stresemann: ein Handelsminister, ein Staatssekretär und den Verbindungsminister Curtius. Dieses Angebot ist von uns abgelehnt worden und, wie wir glauben, mit guten Gründen abgelehnt worden. Wir haben Herrn Braun mitgeteilt, daß wir darauf nicht eingehen könnten, und wir haben gebeten, dem Zentrum den Vorschlag zu unterbreiten, nun seinerseits zwei Ressortminister uns zu lassen, zwei Ressortminister selbst zu nehmen und als dritten Minister den Minister nach dem Reich hinüberzunehmen. Bei Annahme dieser Forderung würde das Zentrum mehr bekommen haben, als es acht Tage vorher selbst verlangt hatte, als es aus Gutmütigkeit auf einen Minister verzichten wollte. Es ist unerfindlich, welche Gründe das Zentrum anführen will, daß das Angebot, das man vor kurzer Zeit selbst gemacht hatte, nun, nachdem man im Reich ausgeschieden war, nichts mehr bedeuten sollte.

Bei diesen Verhandlungen nun trat zum ersten Male am Donnerstag voriger Woche [21.2.] der Ministerpräsident damit hervor, daß der Standpunkt, den er bislang eingenommen hatte, daß man eine Bindung von uns bezüglich des Konkordats nicht verlangen könnte, nicht mehr aufrecht erhalten werde (Hört! Hört!). Er betonte, nachdem er gesagt hatte: Wenn wir uns nun über Amt und Person einig sind, dann kommt noch ein Punkt, über den wir uns wohl einigen werden. Ich sagte: Herr Ministerpräsident, Sie meinen doch wohl nicht das Konkordat? Ja, sagte er. Ich sagte: Bezüglich des Konkordats können doch Schwierigkeiten nicht entstehen; denn Sie haben immer ohne Widerspruch erklärt: In dem Punkte können wir von der Volkspartei Bindungen nicht verlangen, weil wir ihr ja überhaupt nicht sagen können und selbst noch nicht wissen, was im Konkordat drinstehen soll. Darauf die Erklärung des Ministerpräsidenten: Das Zentrum hat sich bei dem Reichsschulgesetz düpiert gefühlt und will jetzt Sicherungen von Ihnen haben[39] (Dr. Stresemann: Aber mit Unrecht düpiert gefühlt!).

So haben sie aber gesagt. Der Artikel von Wirth führt das ja auch aus. Sie haben sich düpiert gefühlt. Und deswegen, weil man uns nicht mehr traute und nicht glaubte, daß wir die Grundsätze, die wir vom Zentralvorstand aus aufgestellt haben[40], auch durchführen werden, deshalb verlangt das Zentrum, so sagte Herr Braun, von Ihnen eine Erklärung, an deren Formulierung wir gerade beschäftigt sind, in der Sie Bindungen bezüglich des Konkordats eingehen. Er hatte vorher gesagt: Ich kann Sie selbstverständlich nicht in alle Einzelheiten des Konkordats einweihen. Wir haben ihm daraufhin erklärt: Herr Ministerpräsident, eine derartigen Sache ist für uns vollkommen unmöglich (Lebhafte Zustimmung). Wir müssen es ablehnen, irgendwelche Bindungen bezüglich des Konkordats einzugehen, wenn wir nicht bis zum letzten

[39] Das Bürgerblock-Kabinett Marx IV war im Frühjahr 1928 an den Auseinandersetzungen um den Erlaß eines Reichsschulgesetzes gescheitert, da die DVP eine Konfessionalisierung des Schulwesens kategorisch abgelehnt hatte, siehe Dok. 69, Anm. 2. Zu den Befürchtungen des Zentrums, das preußische Konkordat werde im Falle einer Regierungsbeteiligung der DVP scheitern, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 17.

[40] Der Zentralvorstand hatte am 24.11.1928 für den Fall des Abschlusses eines Konkordats zwischen Preußen und dem Vatikan u.a. den Abschluß eines Kirchenvertrages zwischen Preußen und den Evangelischen Landeskirchen gefordert, siehe Dok. Nr. 70, S. 751 f.

i-Tüpfelchen wissen, wie das Konkordat aussieht (Beifall). Ich glaube, daß sich dagegen Bedenken von keiner Seite erheben können.

Das ist der historische Hergang! Und nun ein ganz kurzes Wort zu unserer Stellungnahme, zu unseren Gründen gegen den Vorschlag Curtius plus Handelsminister plus Staatssekretär. Wir haben an sich diesen Vorschlag begrüßt. Wir sind der Meinung gewesen, daß es für die Beziehungen zwischen Reich und Preußen gut wäre, wenn ein derartiger Verbindungsminister vorhanden wäre. Wir sind auch heute noch der Meinung, daß man dadurch manche Reibungen, die zwischen Reich und Preußen entstehen, im Keim ersticken könnte, und wir sind weiter der Meinung, daß wir dem uns gesteckten Ziel, zu einem einheitlichen Reich zu kommen, dadurch ein wesentliches Stück näherkommen würden. Wenn wir trotzdem den Vorschlag für unmöglich erklärt haben, so deshalb, weil man ganz bewußt, um uns so klein wie irgend möglich zu halten, uns nur das Handelsministerium zur Verfügung stellte und daneben einen Staatssekretär. Herr Minister Dr. Stresemann hat schon darauf hingewiesen, daß es nicht gut ist, wenn man der Deutschen Volkspartei nachsagt, daß sie nur für die Wirtschaft Interesse habe. Wir glaubten, Anspruch darauf zu haben, an einem Ministerium beteiligt zu sein, das auch eine Beamtenschaft hinter sich hat und das große kulturelle Aufgaben zu erfüllen hat (Sehr richtig!). Das preußische Handelsministerium ist ein Ministerium ohne nennenswerten Unterbau im Lande, und ich glaube auch, daß unsere Beamten im Lande doch sicherlich dringend wünschen, daß wir mit in der Verantwortung in Preußen stehen, um dafür zu sorgen, wie ich das schon einmal ausgeführt haben, daß man einen tüchtigen und befähigten Beamten nicht von der Beförderung ausschließt, weil er Volksparteiler ist. Unsere Beamten draußen im Lande würden es, glaube ich, nicht verstanden haben, wenn wir uns nur mit dem Handelsministerium abgefunden hätten (Sehr richtig!).

Es ist nicht damit getan, daß man den schönen Grundsatz aufstellt: Wir wollen uns im Ministerium durchsetzen, daß nun die Beamten nur nach dem Wert ihrer Leistungen befördert werden. In der Theorie und bei Regierungserklärungen waren wir uns schon früher darüber einig – um in der Praxis zu sehen, daß man das Gegenteil tat, daß es damals von uns in Preußen außerordentlich schwer mit zwei wichtigen Ministerien zu tragen gewesen wäre.[41] Es wäre untragbar geworden, wenn wir es mit dem Handelsministerium allein hätten machen müssen. An der Tür seines Ministeriums hört im großen und ganzen die Macht des Handelsministers auf. Nur diejenigen Personalien, die durch das Kabinett gehen, ist er im Kabinett zu beeinflussen in der Lage, die anderen Sachen nicht.

Meine Herren! Daß man uns wirklich durch das Angebot mit dem Handelsministerium nur möglichst klein machen wollte, daß man draußen im Lande uns, die wir genauso stark sind wie die Demokraten, schlechter wegkommen lassen wollte als die Demokraten, das beweist uns ganz besonders eine Äußerung des Ministerpräsidenten Braun. Als Herr Dr. Stresemann, der sich, wie Sie auch heute gehört haben, den Gedankengängen der Landtagsfraktion nicht verschließt, daß es mit dem Handelsministerium nicht zu machen wäre – als Herr Dr. Stresemann an den Herrn Ministerpräsident Braun herantrat und ihn fragte, ob er bereit sei, uns das Kultusministerium

[41] Vom 5.11.1921–6.11.1925 verfügte die DVP in Preußen über das Finanzministerium (v. Richter) und das Kultusministerium (Boelitz).

zu geben, da kam die Antwort: Darüber kann gesprochen werden, aber wenn die Volkspartei das Kultusministerium bekommt, dann bekommt sie nicht den Verbindungsminister nach dem Reiche hin. Er hatte uns schon vorher erklärt: Ich lege auf diesen Verbindungsminister nach dem Reich keinen besonderen Wert, ich will aber gern geneigt sein, Ihnen in etwas entgegenzukommen.[42]

Und nun kommt als letzter und wichtigster Grund dazu: Herr Minister Dr. Curtius hat selbst lebhafte Bedenken geäußert, ob er bei der gewaltigen Arbeitslast, die im Reiche auf ihm ruht, imstande sei, sich nennenswert um die preußischen Dinge zu kümmern. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn wir einen derartigen Verbindungsminister vom Reich bekommen hätten, wir ihn hätten bitten müssen, sich in ganz starkem und ausgedehntem Maße auch um die preußischen Dinge zu kümmern, den Sitzungen des Staatsministeriums beizuwohnen und auch sonst seinen starken persönlichen Einfluß geltend zu machen, um die Dinge in Preußen so zu gestalten, wie wir es gern gewünscht hätten.

Meine Damen und Herren! Ich will ganz kurz sein. Ich glaube, der größte Teil von Ihnen wird die Gründe verstehen, die uns zur Ablehnung geführt haben. Ich will aber in dem Zusammenhang auch nicht unterlassen, auf folgendes hinzuweisen. Wäre es so gegangen, hätten wir diesen Vorschlag angenommen, dann hätte das Zentrum kraft seines brutalen Machtwillens seine Ansprüche im Reich und in Preußen bis zum letzten durchgesetzt, und wir wären mit doppelseitigem Knick in die preußische Regierung hineingegangen (Sehr richtig!). Das uns zuzumuten, war etwas viel. Dann kommen noch zwei wichtige Fragen. Ich habe auf die Frage des Konkordats hingewiesen. Ich habe Ihnen gesagt, daß wir in einem früheren Stadium die Frage des Konkordats in die Verhandlungen nicht hineinwerfen konnten, weil wir die Zusicherung des Ministerpräsidenten hatten: Im Konkordat kann man Bindungen von Ihnen nicht verlangen. Wir waren der Meinung, daß dann in der Regierung versucht werden mußte, sich darüber zu einigen, ob und welche Rechte man der evangelischen Kirche durch das Konkordat geben soll. Wir stehen zu dem, was der Zentralvorstand beschlossen hat. Wir wollen der evangelischen Kirche in einem Vertrage die Rechte geben, wie sie die katholische Kirche bekommt, die Rechte, auf die sie nach der Verfassung und auch sonstwie Anspruch hat. Es kann gar keine Rede davon sein, daß wir dieser Verpflichtung, die uns auf unseren Wunsch der Zentralvorstand auferlegt hat, nicht gerecht werden. Aber wir können ihr nur gerecht werden unter Berücksichtigung der Grundsätze, die nach unserem Wunsch der Zentralvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen hat. Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit, ohne auch nur daran zu denken, daß wir jemals in dem Punkte irgendwie weichen könnten, ab, Bindungen bezüglich des Konkordats einzugehen, von denen wir nicht wissen, zu welchen Konsequenzen sie führen (Beifall).

Und nun zum Letzten. Wir mußten nach den Erklärungen, die wir vom Ministerpräsidenten Braun und von einem führenden Manne der sozialdemokratischen Fraktion bekommen hatten, damit rechnen, daß die preußische Regierung nicht gewillt ist, unserer Forderung zu entsprechen, der evangelischen Kirche durch vertragliche Bindungen dasselbe zu geben, was man der katholischen Kirche zu geben bereit ist. Der Ministerpräsident Braun hat mir gesagt: Wenn Sie die Frage der Bindung auch

[42] Siehe Anm. 8.

der evangelischen Kirche durch einen Vertrag hineinwerfen, zerschlagen Sie das Konkordat; wir können es, sagte er, in meiner Fraktion kaum durchsetzen, daß man ein Konkordat für die katholische Kirche schließt, wir können es ganz sicherlich nicht durchsetzen, daß vertragliche Bindungen von der preußischen Regierung für die evangelische Kirche zugestanden werden (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!). Dieselbe Erklärung hat mir auch ein hervorragender Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion abgegeben, und er hat sie mit einer Art und Weise begründet, die ich hier im Augenblick nicht ausführen will (Rufe: Doch!). Er begründete sie damit: Wir haben eine starke freireligiöse Bewegung. In Berlin gibt es allein 250 000 eingeschriebene Freireligiöse.[43] Wenn wir der evangelischen Kirche vertragsmäßige Rechte geben wie der katholischen Kirche, dann können wir das gegenüber diesen Freireligiösen, die stark in unseren Reihen sind, gar nicht vertreten (Hört! Hört!). Er war der Meinung, daß die Verfassung auch nicht dazu verpflichte, daß die Verhältnisse der katholischen Kirche ganz anders lägen als die der evangelischen: dort im Hintergrunde eine große Macht, hier eine Kirche, in der durch preußisches Gesetz die Bestimmungen geregelt werden. Ich habe mit Entschiedenheit widersprochen und gesagt, nie und nimmer wird es dazu kommen können, eine derartige Regelung in Preußen durchzubringen. Meine Herren, der katholischen Kirche durch feierlichen Vertrag auf ewige Zeiten bindende Rechte zu geben, der evangelischen Kirche ein jederzeit aufhebbares – mit einer Stimme aufhebbares – Gesetz zu geben, kann die Deutsche Volkspartei nicht annehmen und wird sie nicht annehmen.[44] Ich wiederhole, was ich schon einmal erklärt habe: Nicht um Ministersitze willen feilschen wir, nicht um Ministersitze willen werden wir auch nur in einem Punkte von diesem unseren Standpunkt abgehen, von der Forderung: Gerechtigkeit gegenüber der katholischen Kirche, Gerechtigkeit gegenüber der evangelischen Kirche. Wir wollen, wie ich das schon einmal gesagt habe, der Kirche geben, was der Kirche ist, aber auch dem Staate lassen, was des Staates ist (Lebhafter, anhaltender Beifall).

Herr Dr. Jänecke (Hannover): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß die Ausführungen, die unser Herr Parteiführer über die allgemeine, krisenhafte Lage gemacht hat, wohl von jedem, der unter uns ist, in jeder Beziehung unterschrieben werden können. Er hat nicht zu schwarz gemalt. Viele von uns werden vielleicht noch besorgter in die Zukunft sehen; nicht etwa in der Richtung, wie wir es heute in den Angstartikeln der Linkspresse lesen können, als ob sich eine Diktatur mit putschistischen Mitteln anbahnen könnte. Daran glauben wir im Lande nicht, wir glauben, daß es noch so viele Männer in Deutschland gibt, die sich nicht gern für ungewisse Ziele totschießen lassen wollen. Aber wir sind in den Folgerungen, die aus dieser Lage gezogen werden müssen, vielleicht uns nicht so ganz klar, in welcher Richtung die Folgerungen seitens unseres Herrn Parteiführers gezogen werden.

[43] Berlin war das Zentrum der Freireligiösen Bewegung in der Weimarer Republik, siehe dazu Fritz Heyer (Hrsg.), Religion ohne Kirche. Die Bewegung der Freireligiösen, Stuttgart 1977, S. 45 ff.

[44] Die von den Ländern mit der Kurie geschlossenen Konkordate bedurften nicht der Zustimmung des Reichs, mußten sich aber im Rahmen der Reichsverfassung halten. Zu der kirchen- und staatsrechtlich umstrittenen Frage einer (einseitigen) Kündigung von Konkordaten siehe Ernst Rudolf Huber, Verträge zwischen Staat und Kirche im Deutschen Reich, Breslau 1930, S. 23 ff.; zur Frage des evangelischen Kirchenvertrags siehe Dok. Nr. 70, Anm. 19.

Er hat davon gesprochen, daß es als ausgeschlossen erscheinen müsse, daß die Fraktion die Mitglieder, die sie im Kabinett augenblicklich hat, zurückzöge. Ich glaube, sagen zu können, daß wir alle diese Auffassung teilen. Wir teilen den Standpunkt, daß es das persönliche Recht, die persönliche Auffassung, die persönliche Verantwortung des einzelnen im Kabinett ist, die ihn dazu befähigen muß zu beurteilen, in welchem Augenblick er aus dem Kabinett ausscheiden will und muß. Da kann kein Mensch einen Ratschlag geben. Das ist die eigene Verantwortung des einzelnen, in die hereinzusprechen meines Erachtens weder das Recht des Zentralvorstandes noch der Reichstagsfraktion ist. Es kann Situationen geben, wo man darüber geteilter Ansicht ist. Aber es besteht, glaube ich, keine Veranlassung, in der Beziehung heute irgendwelche Ratschläge zu erteilen. Wir sind in dieser Hinsicht also durchaus mit ihm einig.

Vielleicht könnte man der Ansicht sein, daß die wirtschaftliche Lage doch zu schnelleren und ernsteren Konsequenzen zwingt, und da möchte ich einmal aussprechen, daß mir doch insofern eine ganz falsche politische Situation zu entstehen scheint, als sich augenblicklich die Presse, insbesondere die Presse der Reichshauptstadt, die Köpfe der Deutschen Volkspartei über eine Krise zerbricht, die letzten Endes die Krise der Sozialdemokratischen Partei und nicht unsere Krise ist. Wir dürfen uns nicht in diese Linie hineindrängen lassen. Wir dürfen nicht heute unsere Verantwortung darin sehen, eine Krise verhindern zu wollen, die eben in den Dingen begründet liegt.

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung, die seit den Wahlen besteht und nach langen Verhandlungen zustande kam, trug doch in sich schon den Keim der Krankheit von vornherein. Denn sie war nicht aufgebaut auf einem sachlichen Programm, das bis zu einem gewissen Grade doch auf längere Zeit ihr die praktische Arbeit vorzeichnet, sondern sie war letzten Endes, um eine Krise zu beenden, zustande gekommen durch Vertrauensbezeigungen einzelner Politiker, die sagten: Es muß jetzt ein Kabinett gebildet werden. Es wäre möglich gewesen, wenn der Reichskanzler Müller wirklich der politische Führer von Format wäre, als den man ihn vielleicht auch über die Kreise seiner Partei hinaus zunächst anzusehen gewillt war, es wäre möglich gewesen, auch dieses Kabinett gesund zu machen. Es gab Erfolgsmöglichkeiten. Es gab die Möglichkeit, daß der Reichskanzler und mit ihm seine Ministerkollegen aus der gleichen Fraktion, sich in den großen Fragen, die das Volk so stark aufgenommen hatte, in der Frage des Panzerkreuzers, stark hingestellt und sich nicht durch seine eigene Partei umwerfen und umbiegen lassen hätten, die Segel gestrichen und gegen die Vorlage des eigenen Kabinetts gestimmt hätten.[45]

Es gab weitere Möglichkeiten. Wir standen vor der Entscheidung, die in manchen wichtigen Fragen der Sozialdemokratische Parteitag im März fällen sollte.[46] Sie sehen auch hier wieder ein völliges Zurückweichen vor der Verantwortung. Sie sehen, daß man mit allerlei Gründen den Parteitag hinausgeschoben hat, um andere die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, an denen sie sich selbst die Finger nicht verbrennen wollen. Unser Parteiführer hat davon gesprochen, daß heute der organi-

[45] Siehe Dok. Nr. 70, Anm. 8.

[46] Der sozialdemokratische Parteitag fand vom 26.–31.5.1929 in Magdeburg statt; zu seinem Verlauf siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 629ff.

sierte Wille der Massen, der organisierte Wille von Interessenvertretungen ihm so stark geworden zu sein scheine, daß überhaupt nicht mehr Platz bliebe für die Tätigkeit und für den Willen und für die Wirksamkeit von großen Weltanschauungsparteien. Diese Auffassung kann ich nicht teilen. Wenn jemals der Mut zur Verantwortung Entschlüsse fordert, die auch vor Krisen nicht ausweichen, eben weil er auf weltanschaulich fest begründeter Auffassung fußt, so ist es heute. Ich fand gestern ein Wort von Ernst Moritz Arndt[47], das mir gerade auf die heutige Lage zu passen scheint: »Nicht durch Verfassungen und Gesetze, auf Pergament und Papier geschrieben, nicht durch Ministerbefehle, nicht durch Siege und Niederlagen wird die Geschichte des Volkes entschieden; nein, durch die ungeschriebenen und unabweichlichen Gesetze im Innersten der Herzen, durch die Befehle, welche stolze Seelen sich selbst geben, und durch die Siege, die der geistige Mut täglich erfechten muß«.

Meine Herren, die Situation, in der wir stehen, ist nicht durch unsere Schuld eine krisenhafte. Jeder Entschluß, der heute gefaßt wird, muß damit rechnen, daß bei unzulänglicher Lösung der Regierungsfrage unter Umständen Neuwahlen entstehen. Sollen wir vor solchem Entschluß zurückweichen? Ich bin der Ansicht, nichts wäre falscher als das. Es ist gar nicht die Aufgabe des Zentralvorstandes, den Entschlüssen der Reichstagsfraktion irgendwie vorzugreifen. Aufgabe dieses Gremiums ist es, aus dem Lande heraus offen zu sagen, wie man die Dinge sieht, sich mit dieser Auffassung hinter die Fraktion zu stellen, sie möglichst stark zu machen, damit sie bei den vorhandenen Schwierigkeiten möglichst viel herausholt. Und da muß ich sagen, daß die Entschließung der Reichstagsfraktion, in der sie es grundsätzlich abgelehnt hat, in der heutigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands, bei dem Zusammenbrechen unserer Wirtschaft, noch Hunderte von Millionen an Steuern zu bewilligen, als eine reinigende Tat gewirkt hat (Bravo!). Ich sehe gerade in diesem Beschluß den Schlüssel zur Situation, und die Fraktion darf von diesem Entschluß auch nicht um Haaresbreite abweichen (Beifall).[48]

Ich glaube, wir finden damit über die Grenzen der Partei hinaus nach rechts und links Anklang. Es handelt sich meiner Meinung nach überhaupt darum, durch praktische Entschlüsse Anlehnung nach rechts und links zu finden. Und so sehen wir auch in Herrn Dr. Stresemann viel mehr den Parteiführer, als den Außenminister. Wir sehen in ihm den Parteiführer, auf den unsere Augen sich richten in dieser Situation, in der Hoffnung, daß er die Kraft und den Entschluß in sich fühlt, alle die Dinge in feste Formen zu gießen, sie fest durchzufechten, die heute die Nation bewegen. Es sind ja nicht nur Volksparteiler, es sind Demokraten, es sind Deutschnationale, es sind Wirtschaftsparteiler, es ist der ganze Mittelstand, es ist alles, was überhaupt in der deutschen Wirtschaft auch gleichzeitig die Grundlage der ganzen Kultur sieht, die einmal auf diesen Widerstand wartet, auf die Auskämpfung der Gegensätze, und diese Auskämpfung erwarten wir von unserer Reichstagsfraktion (Beifall).

---

[47] Ernst Moritz Arndt (1769–1860), 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, deutscher Dichter, vor allem bekannt durch seine patriotischen Lieder.

[48] In ihrer Fraktionssitzung vom 25.2.1929 hatte die Reichstagsfraktion noch einmal ihre Ablehnung jeglicher Steuererhöhungen bekräftigt, siehe BAK R 45 II/67, p. 130f. Zu den von Reichsfinanzminister Hilferding geplanten Steuererhöhungen siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 57 sowie Dok. Nr. 70, Anm. 29.

Herr Dr. Zehle (Magdeburg): Meine Damen und Herren! Wenn wir uns heute aufgrund der so dankenswerten Einladung des Parteivorstandes hier zusammenfinden, um in der jetzigen Krise – denn eine solche liegt vor – die Entscheidung zu treffen, so tut uns zunächst not, ohne Voreingenommenheit und kühl die Tatsachen zu betrachten. Und da müssen wir eingestehen, daß wir auf einem Schlachtfelde sind, auf dem wir eine Niederlage erlitten haben (Sehr richtig). Wir haben im Juni und im November [1928] laut und deutlich verkündet, daß im Reich und in Preußen dieselbe Regierungskonstellation hergestellt werden müsse. In Preußen ist das gescheitert. Gefühlsmäßig liegt der Schluß nahe, daß nun auch der Wunsch ausgesprochen werden müßte, daraus die Konsequenz für das Reich zu ziehen, nämlich nun das Schlachtfeld ganz und gar zu verlassen.

Ich glaube nicht, daß diese Stimmung einer ernsthaften Nachprüfung standhält. Deshalb begrüßen wir es auch, daß unser Parteiführer mit aller Entschiedenheit betont hat, daß die Reichsminister nicht abhängig sind von der Fraktion und auch nicht abhängig sind vom Zentralvorstand, sondern nach ihrem eigenen Gewissen zu entscheiden haben. Ich freue mich über dieses starke Bekenntnis, denn so schlimm ist es, glaube ich, noch nicht, wie es bei unserem verehrten Herrn Parteiführer so im Unterton mitklang, daß der liberale Gedanke, das Verständnis für selbständige Persönlichkeiten im Volk nachgelassen hätte. Ich glaube vielmehr, daß auch die Organisationen nur darauf warten, neben ihren banalen und brutalen wirtschaftlichen Ideen erfüllt zu werden mit kulturellem Geist (Sehr richtig!), und da liegt eine Mission der Deutschen Volkspartei: die Organisationen zu vergeistigen und zu einer geistigen Bewegung im Sinne unserer Partei zu machen.

Ich will auf dieses Gebiet nicht unnötig weiter eingehen, sondern zu meinem Ausgangspunkt zurückkehren und versuchen, in dem Bilde fortzufahren. Wenn man eine Schlacht verloren hat, dann hält man Selbstkritik. Da ist es, glaube ich, die erste Pflicht der Dankbarkeit festzustellen, daß wir mit unseren Führern zufrieden sind und daß wir ihnen unser Vertrauen auch in dieser ernsten Stunde aussprechen. Dabei wende ich mich zunächst an die Person unseres Parteiführers, des Führers auch in unserer Weltanschauung, und ich danke ferner im Namen weitester Kreise auch außerhalb unserer Wählerschaft Herrn Stendel für die starken Worte, die er zum Schutze der Freiheit des Glaubens gesprochen hat (Bravo!).

Lassen Sie mich hieran anschließend ein Wort zur Kennzeichnung unserer Lage sagen. Wenn unser verehrter Parteiführer von Verdrossenheit weiter Kreise in der Politik gesprochen hat, so hängt das gewiß zu einem Teil damit zusammen, daß aus dem Parlament eine Einrichtung von Taktikern geworden ist, deren Taktik wir nicht mehr verstehen, von der wir befürchten, daß sie selber sie auch nicht mehr verstehen. Es soll ja vorgekommen sein, daß bei den Landtagsverhandlungen die Informationen erst in die Zeitung von anderer Seite lanciert worden sind. Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, darauf einzugehen. Aber so ganz hat der Verständigungsapparat zwischen Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion nicht funktioniert. Doch das nur nebenbei.

Neben dieser Verdrossenheit an diesem Parteigezänk – so will ich es einmal nennen –, an diesem Kuhhandel, liegen zwei Gründe vor, die unsere Wähler, die die ganze Bevölkerung überhaupt verdrossen machen. Der eine ist schon oft erwähnt:

die wirtschaftliche Lage, die wirtschaftliche Not, das Notjahr 1929. Aber da lassen Sie mich eine Bemerkung machen. Wer war denn in der Regierung, unter der sich dieses Anwachsen der Not immer mehr gesteigert hat? Ist denn die Deutsche Volkspartei nicht in der Regierung gewesen? Sind wir es nicht mit, die den Buckel hinhalten für die Verantwortung? In meinem Wahlkreise ist, Gott sei Dank, ein Reichstagsabgeordneter seit langen Jahren tätig[49], der schon seit vier Jahren das Wort geprägt hat, daß das Deutsche Reich seine Handlungsunkosten nicht mehr aufbringen kann. Das Wort ist im Jahre 1926 durch den Herrn Reichswirtschaftsminister aufgenommen worden, aber er hat nicht danach gehandelt. Er hat in meinem Beisein mit Befriedigung festgestellt, daß das deutsche Nationalvermögen gewachsen ist, obwohl doch allein die öffentliche Hand mit zehn Milliarden Schulden belastet ist. Seit 1925 10 Milliarden Schulden dazu! Das ist keine geborene Zahl, die von mir stammt, sie stammt von Herrn Parker Gilbert[50], und der wird es wohl einigermaßen beurteilen können. Meine Herren, da liegt eine Wurzel der Unzufriedenheit in der Deutschen Volkspartei und in weiten Kreisen der Wirtschaft. Mit einer derartigen Arbeitsweise unseres Wirtschaftsministeriums trotz der Erkenntnisse, die hier ausgesprochen worden sind, der Wirtschaft zu helfen, sind wir nicht zufrieden (Sehr wahr!).

Und ein Weiteres will ich Ihnen sagen. Die Bevölkerung ist unzufrieden – enttäuscht will ich sagen – darüber, daß auf dem Gebiet der äußeren Politik die immerhin bescheidene Befriedigung über Locarno vollkommen zerflattert. Da liegt einer der Gründe für die große Resignation. Hinzu kommt die Erkenntnis, daß man wählen kann, so oft man will, und doch nichts anders wird, daß über das Konkordat schon verhandelt wird und wir noch gar nicht wissen, was verhandelt wird. Da liegt die Lethargie begründet. Weite Kreise sagen: Wozu sollen wir wählen, wenn die doch machen, was die wollen. Der Reichskanzler Braun ohne Portefeuille – so will ich ihn einmal nennen – hat einen sehr unheilvollen Einfluß nicht nur in Preußen, sondern im Reich auch. Er ist der Mann, der heute seinen Einfluß ausübt in den beiden Staaten und der seine Macht ausnutzt, um uns an die Wand zu quetschen und uns dem Hohngelächter des Zentrums auszuliefern. Denn so steht es doch tatsächlich: Die Deutsche Volkspartei ist unterlegen, und das Zentrum hat gesiegt. Trotz aller Beschlüsse der Deutschen Volkspartei ist es nicht anders geworden, sondern vielmehr alles beim alten Zustand geblieben. Braun regiert in Preußen und in gewissem Umfang im Reich.

Was soll nun werden? Ich möchte meinen, daß auch die Brücke nach Preußen noch nicht endgültig abgebrochen sein darf. Nach meiner Auffassung müssen wir gerade heute erst recht wieder auf unserer Forderung beharren (Lebhafter Beifall). Wenn die beiden Männer unseres Vertrauens im Reichskabinett bleiben, so ist es gleich, ob sie als Privatpersonen drin sind oder aufgrund einer feierlichen Designation der Deutschen Volkspartei. Ich glaube, unser Parteiführer ist keine Privatperson, wenn er in der Regierung ist. Wir tragen doch die Verantwortung für ihn und er für uns, und ich glaube, daß es ganz gut so ist, wenn wir eine solche Schicksalsgemeinschaft im poli-

[49] Wahlkreis 10 (Magdeburg), im Reichstag vertreten durch Walter Kulenkampff.

[50] Seymour Parker Gilbert (1892–1938), Jurist. Seit 1918 im amerikanischen Schatzamt, 1921–1923 dort UStS. Sept. 1924–Mai 1930 Generalagent für Reparationszahlungen in Berlin.

tischen Sinne herstellen. Das muß aber dahin führen, daß die beiden nach wie vor den Kampf aufnehmen für die Große Koalition in Preußen. Ich habe eine dahingehende Entschließung vorbereitet, die ich Ihnen vorlegen möchte: »Der Zentralvorstand billigt das Verhalten der preußischen Landtagsfraktion und spricht ihr das Vertrauen aus«.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß es sich angesichts der Lage Deutschlands jetzt um wichtigere Dinge handelt als die Fragen parlamentarischer Taktik. Die Überlastung des deutschen Bürgers mit Steuern und anderen ihm vom Staate auferlegten Lasten hat nach den eigenen Worten der Reichsregierung das Maß dessen erreicht, was einem durch Krieg, Friedensvertrag und Inflation geschwächten Volk irgendwie zugemutet werden kann. Darüber hinaus erklären wir, daß das Maß bereits weit überschritten ist. Wir erwarten daher von der Reichstagsfraktion, daß sie dazu beitrage, daß die Last aller Erwerbsstände in Reich, Ländern und Gemeinden zunächst nicht weiter gesteigert, dann aber rasch und fühlbar gesenkt wird. Die Reichsregierung, in der die Deutsche Volkspartei auch dann eine schwere Verantwortung trägt, wenn eine fraktionelle Bindung nicht vorliegt, muß sich jetzt grundsätzlich mit zwei großen Fragen beschäftigen: Wie werden die in Paris zur Verhandlung stehenden Probleme gelöst[51], und wie ist der Ausgleich des Reichshaushalts ohne Erhöhung der Lasten zu bewerkstelligen.[52] Diese beiden Fragen sind von so ausschlaggebender Bedeutung, daß wir bis zu ihrer Lösung das Verbleiben unserer Minister im Kabinett für geboten erachten. Die Frage, ob sie später noch im Reichskabinett verbleiben können, hängt von der politischen Entwicklung ab und ist von den Ministern zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden (Lebhafter Beifall).

Herr Dr. Becker (Görlitz): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wiederholungen bezeichnet man als parlamentarische Sitte und Übung. Es steht vielleicht einem schlichten Bürger aus dem Land wenig an, sich dieses Privilegiums zu bemächtigen. Wenn es eine Entschuldigung dafür gibt, ist es die, daß ein wesentlicher Wert der Sitzungen des Zentralvorstands darin liegt, daß die Stimmen aus dem Lande ungehemmt und ungebrochen durch dazwischenstehende Instanzen zu der Parteileitung dringen, daß deshalb auch Wiederholungen nicht gescheut werden können. Denn sie ergeben erst im Zusammenhang das Gesamtbild aus dem Lande.

Deshalb möchte ich eins wiederholen, was unser Herr Parteiführer gesagt hat: Man kann sich nicht schlimm genug vorstellen, wie die Krisis innerhalb unserer Wählermassen jetzt ist. Selbst in den Kreisen, in denen wir bisher Jahr für Jahr das törichte Diktaturgerücht bekämpft haben, greift dieser Ruf der Nationalsozialisten nach einer Diktatur, der Widerstand gegen die ganze parlamentarische Wirtschaft mehr und mehr um sich. Und wenn wir bei uns nicht das Glück gehabt hätten, Herrn

[51] Zur Pariser Sachverständigenkonferenz, die am 9.2.1929 ihre Beratungen aufgenommen hatte, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 20.

[52] Nach langwierigen Beratungen eines Gremiums von Finanzexperten verabschiedete das Reichskabinett am 7.4.1929 den Reichshaushaltsplan 1929, der vorrangig durch Ausgabenkürzungen und durch eine Korrektur der Vorausschätzung des Steueraufkommens nach oben ausgeglichen werden sollte, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 165. Allerdings scheiterte die von Hilferding vorgesehene Erhöhung der Bier- und Erbschaftssteuer, zudem war die Erhöhung der Vermögenssteuer wesentlich geringer als vom Finanzminister angestrebt, siehe dazu Leuschen-Seppel, S. 217ff.; Maurer, S. 61.

Ludendorff in der letzten Zeit in unserem schlesischen Wahlkreise zu sehen, der sich als den kommenden Diktator angepriesen hat, dann wäre die Sache noch viel schlimmer geworden (Heiterkeit). Herr Ludendorff hat uns aus einer schwierigen Lage herausgebracht.

Und nun zur Preußenfrage ein Wort! Einheitliche Stimmung bei uns ist, daß wir das Herausgehen aus der preußischen Regierung seinerzeit als einen schweren Fehler angesehen haben. Das hat uns einen Schaden gebracht, der sich im Laufe der Jahre immer mehr verstärkt hat. Wir glauben aber nicht, daß jetzt durch ein einigermaßen längeres Abwarten der Schaden noch größer gemacht werden könnte, als er ist. Er ist da und hat sich ausgewirkt. Wenn wir jetzt in die preußische Regierung hineingehen – und das ist auch die Meinung aller meiner Parteifreunde in Schlesien, die dem Stand angehören, dem ich angehöre, dem Beamtenstand – müssen wir vermeiden hineinzudrängen, hineinzugehen unter Opfern unserer Würde, hineinzugehen in eine Regierung, in der wir etwas beeinflussen wollen, was wir nicht beeinflussen können (Sehr richtig!). Bei all unserem Wunsch, in die preußische Regierung hineinzukommen, begrüßen wir mit besonderem Dank die Haltung der Preußenfraktion, unseres Herrn Abgeordneten Stendel, die Wahrung der Würde, der Selbständigkeit, die in diesem Vorgehen liegt. Wir begrüßen es, daß wir in der Konkordatsfrage vor einer schweren Gewissensbelastung bewahrt worden sind.

Und nun noch ein Wort zu den Reichsfragen. Wir halten es für dringend wünschenswert, daß vom Reiche aus auch alles geschieht, aber auch alles, was möglich ist, um den Eintritt, und zwar einen würdigen, anständigen Eintritt der Preußenfraktion in die preußische Regierung vorzunehmen (Bravo!). Was möglich ist, können wir nicht entscheiden. Das müssen wir in das Gewissen unserer Reichstagsfraktion legen. Wir sind uns klar darüber, daß diese Entscheidung eine ungewöhnlich schwere ist. Ich will nicht verhehlen, daß in den Kreisen unserer Partei, die stets stolz war auf das Wort, daß Vaterland über die Partei gehen müsse, das vaterländische Interesse vor dem parteitaktischen und parteipolitischen Interesse stehen müsse, immer mehr und mehr die Sorge und die Erwägung um sich greift, ob es nicht möglich und angemessen wäre, hier einmal einen Schlußpunkt zu machen, und ob nicht eine gewisse Härte gegenüber der brutalen Härte der anderen notwendig ist, um der Partei ihr Schwergewicht zu erhalten, ihr Schwergewicht, das sie doch schließlich nicht für sich braucht, sondern für das gesamte Vaterland (Beifall). Das sind keine Ideengänge von mir allein, das sind Gedanken, die gerade in denjenigen Kreisen, die aus der alten Nationalliberalen Partei herübergekommen sind, mehr und mehr an Boden gewinnen.

Wir sind uns auch alle darüber einig, daß dieser Konfliktfall nicht die Schuld einer einzelnen Person oder einzelnen Partei ist, daß es ein Konfliktfall ist, der mit Notwendigkeit aus der falschen und verfehlten Gestaltung des gesamten Verhältnisses von Reich zu Ländern, insbesondere zu Preußen herausgewachsen ist. Es wird stets so sein – und das ist menschlich begreiflich –, daß die beiden Fraktionen eine verschiedene Haltung einnehmen. Sie sind aus anderen Männern und Stimmungen zusammengesetzt. Es wird stets so sein, daß bei aller wünschenswerten Objektivität der Haltung die Reichstagsfraktion einen stärkeren Akzent auf die Reichsinteressen legt, die Preußenfraktion einen stärkeren Akzent auf Preußen. Und so sehen wir mit tiefster Sorge, daß diese gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht vorübergehender Natur

sind, daß sie immer wieder, immer wieder kommen werden. Wenn wir noch einen weiteren Wunsch an die Reichstagsfraktion richten dürfen, so ist es der, die Dinge jetzt einmal grundsätzlich anzugreifen und diese Frage zum Angelpunkt weiterer Taten zu machen, damit das unhaltbare Verhältnis zwischen Reich und Ländern endlich mal auf eine tragbare Basis gestellt wird (Beifall).

Herr Dr. Bockamp[53] (Köln): Meine Damen und Herren! Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Meinungen unserer rheinischen Parteifreunde, insbesondere im Wahlkreise Köln-Aachen, weitgehend übereinstimmen mit dem, was von den Herren Vorrednern bereits hervorgehoben worden ist. Auch wir sind einmütig der Meinung, daß die preußische Landtagsfraktion, deren Stellungnahme eben von Herrn Stendel so vortrefflich dargelegt worden ist, richtig gewesen ist (Bravo!). Man kann über taktische Einzelheiten streiten. Richtig war das Ziel, das die Fraktion sich gesteckt hatte, und richtig war die Konsequenz, die sie daraus gezogen hat, als dieses Ziel nicht mehr erreichbar war. Es ist in den Reihen unserer Parteifreunde als Erleichterung empfunden worden, als man hörte, daß die preußische Landtagsfraktion fest geblieben war. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß die Billigung des Verhaltens der Landtagsfraktion auch heute in einer Kundgebung des Zentralvorstandes ihren klaren und deutlichen Ausdruck finden muß.

Nur ungern würden wir uns dazu entschließen, bei den kommenden Verhandlungen im Reich von der Stellungnahmen abzugehen, daß die Regierungen in Preußen und im Reich gleichzeitig und gleichartig gebildet werden müssen. Wir sind der Meinung, daß taktisch daran zum mindesten festgehalten werden muß. Zum allermindesten aber müßten bei den Verhandlungen im Reich, wenn wir uns dazu entschließen, in eine koalitionsmäßig gebundene Regierung einzutreten, vorher Garantien geschaffen und Forderungen gestellt werden, unter die wir unter keinen Umständen heruntergehen können. Es wird nach den Vorarbeiten, die bereits in vortrefflicher Weise von der Reichstagsfraktion geleistet sind, gar nicht schwer sein, diesen Forderungen auch eine Formulierung zu geben. Sie werden unserer Überzeugung nach in erster Linie dahin gehen müssen, daß die letzten Beschlüsse der Reichstagsfraktion über die Ausgabenwirtschaft, über das Unterlassen jeder Steuererhöhung, die einfach unerträglich ist, als Forderungen aufgestellt werden. Darüber hinaus werden wir aber zu erwägen haben, ob in diese Formulierung der Garantien, die betont werden müssen als Mindestgarantien, auch hineingenommen werden soll, was die Reichstagsfraktion bereits in ihrem Antrag zur Verfassungsreform aufgerollt hat.[54] Denn dieser Punkt bildet doch gerade den wundesten Punkt unseres politischen Lebens. Wo man hinhört, sind selbst unsere besten Freunde an der gesamten Politik irre geworden. Es fällt schwer, sich mit diesen Dingen zu befassen, sich nicht oberflächlich nach Zei-

[53] Karl Bockamp (1891–1965), Rechtsanwalt. Dr. iur. Vors. des Wahlkreisverbandes Köln-Aachen.

[54] Nach längeren Vorberatungen hatte die Reichstagsfraktion am 14.12.1928 den »Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung« gebilligt (RTDrs., Bd. 434, Nr. 704). Der Art. 54 sollte dahingehend abgeändert werden, daß der Reichsregierung zu Beginn ihrer Amtsführung das Vertrauen ausgesprochen werden sollte, das nur mit Zweidrittelmehrheit oder mit einfacher Mehrheit bei der dritten Lesung des Haushalts entzogen werden konnte. Im Art. 85 wurde gefordert, daß Ausgabenerhöhungen im Haushalt nur mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats möglich sein dürften, wobei Mehreinnahmen zur Schuldentilgung und für die Bildung von Rücklagen verwendet werden sollten.

tungen eine Meinung zu bilden. Dem kann abgeholfen werden nicht dadurch, daß wir allgemeine Hochziele herausstellen und nur den Liberalismus der Persönlichkeit unterstreichen, sondern nur dadurch, daß wir in klarer Form zeigen, wie das System des Parlamentarismus geändert werden muß, damit der Liberalismus der Persönlichkeit überhaupt erst einmal wieder zur Geltung kommt (Sehr gut!). Diese Dinge müßten auch in der heutigen Entschließung des Zentralvorstandes ihren klaren Ausdruck finden. Wir wissen sehr wohl, daß es uns nicht obliegt, unseren Ministern und unserer Reichstagsfraktion formelle Bindungen aufzuerlegen. Aber das schließt nicht aus, daß wir die Stimmung und Meinung aus dem Lande heraus hier im Zentralvorstand in klarer Weise zum Ausdruck bringen und deutlich formulieren. Das sind dann keine unzulässigen Bindungen, sondern das ist der Rückhalt, den unsere Fraktion und unsere Minister für die künftigen Verhandlungen brauchen werden und die ihnen sicherlich gute Dienste leisten werden.

Es wird darauf ankommen bei den Verhandlungen auch bezüglich der Großen Koalition, mit welchem Willen man hineingeht. Man kann hineingehen mit dem Willen, die Große Koalition unter allen Umständen zu machen. Das halten wir für falsch. Man kann auch hineingehen mit dem Willen: Wenn unsere Garantien und Forderungen nicht erfüllt werden, die Koalition scheitern zu lassen und in Opposition zu treten. Wir sind der Meinung, daß dieser Weg der richtige ist, und ich freue mich feststellen zu können, daß unser Herr Parteiführer vorhin der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß dann, wenn diese Forderungen, die wir aus dem Lande heraus stellen, nicht durchzusetzen sind, er auch vor einer Demission nicht zurückschreckt (Beifall).

Landtagsabgeordneter Professor Dr. Schuster[55]: Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Zentralvorstand noch niemals in so entscheidungsschwangerer Stunde, zum mindesten für unsere Partei, zusammengetreten ist wie heute. Ich habe die Absicht, deshalb mit rückhaltloser Offenheit zu sprechen. Ich will mir nicht nachher den Vorwurf machen lassen, daß ich zu der Stunde, wo es noch Zeit gewesen wäre, geschwiegen hätte und nicht versucht hätte, die Gefahr, vor der wir stehen oder in der wir stehen, im letzten Augenblick noch aufzuhalten.

Zuerst ein Wort über die Preußenfrage. Es handelt sich nicht um diesen oder jenen Ministersitz, sondern es handelt sich darum, ob die Deutsche Volkspartei in Preußen Macht ausüben kann, um den preußischen Staat zur Gesundung zu bringen. Aus dem Lande heraus ist an uns der Wille herangetragen worden: Ihr sollt in die Regierung hineinzukommen versuchen, damit der Wirtschaft, die jetzt in Preußen getrieben wird, ein Ende gemacht werde, soweit das noch möglich ist. Es handelt sich um die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit und um die Gesundheit unseres Beamtentums, das durch die jetzige Art der Stellenvergebung in die Korruption hineingetrieben wird. Meine Damen und Herren! Es handelt sich auch noch um mehr. Es handelt sich darum, daß weiteste Kreise der Wirtschaft sich sagen: Wenn wir etwas erreichen wollen für unsere Interessen, können wir das nicht mehr erreichen durch Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, dann können wir es nur dadurch erreichen, daß wir

[55] Hermann Schuster (* 1874), Dr. theol. Studienrat an der Leibnizschule in Hannover und Honorarprofessor an der Universität Göttingen. Schriftleiter der »Zeitschrift für den Evangelischen Religionsunterricht« und der »Theologischen Literaturzeitung«, 1921–1932 MdL (Preußen).

uns an Abgeordnete der Regierungsparteien wenden. Es ist neulich beim Volkswohlfahrtsetat von unserem Redner mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Zentrumsminister sich hier von allen Ressorts gewisse Prozentsätze abzweige und in einen stillen Topf sammle, über den er allein verfügt, an den nur seine Parteifreunde oder im Austausch noch Sozialdemokraten durch ihre Abgeordneten herankommen. Das sind die Zustände heute in Preußen, und diese Zustände wollen wir, soweit es in unseren Kräften steht, ändern.

Deshalb noch einmal: Nicht um Ministersitze handelt es sich, sondern einfach um die Frage, ob wir Macht ausüben können. Hätten wir einen Ministersitz in Preußen, ohne Macht ausüben zu können, dann würden die Sachen nicht besser, sondern schlimmer werden (Sehr richtig!). Dann würde man uns sagen: Nun seid ihr in der Regierung, nun seid ihr Regierungspartei, und die Zustände sind doch nicht anders geworden. Deshalb haben wir die ganz schwere Verantwortung, unter keinen Umständen uns an der preußischen Regierung zu beteiligen, wenn wir nicht nach menschlichem Ermessen gewisse Bürgschaften haben, in dieser Regierung auch Macht ausüben zu können, um den preußischen Staat zur Gesundung zu bringen. Und, meine Herren, Preußen ist immer noch 2/3 von Deutschland. Es handelt sich nicht um irgendeine Kleinigkeit, sondern es handelt sich bei der Preußenfrage einfach um das Schicksal von Deutschland.

Nun lassen Sie mich von da aus zum Reich übergehen. Wenn jetzt im Reich die Dinge so laufen werden, daß etwa auch nur in ein parteimäßig nicht gebundenem Kabinett der Köpfe die drei Zentrumsminister mit hineinkommen, und die drei Zentrumsminister bleiben in Preußen, und die Deutsche Volkspartei bleibt in Preußen ausgeschlossen, so ist das eine Niederlage nicht nur der Landtagsfraktion, sondern eine Niederlage der ganzen Deutschen Volkspartei (Lebhafte Zustimmung). Meine Damen und Herren! Die Finesse, ob das eine Koalitionsregierung ist oder eine Regierung der Köpfe, versteht man im Lande nicht. Im Lande weiß man nur: Die beiden wichtigsten Ministerien im Reich, das Außenministerium und das Wirtschaftsministerium, sind von dem Führer und von einem hervorragenden Mitgliede der Deutschen Volkspartei besetzt, und damit ist die Sache so, daß es im Lande heißt: Für alles das, was außenpolitisch etwa stagniert und wirtschaftspolitisch mißglückt, trägt die Deutsche Volkspartei in vollem Maße die Verantwortung (Sehr richtig!). Es ist ein undenkbarer Zustand, im Reiche die ganze Wucht der Verantwortung zu tragen, ohne in Preußen Macht ausüben zu können. Das ist das allerverkehrteste, was man an Politik üben kann. Sie wissen genau, daß die Sozialdemokratie dadurch groß geworden ist, daß sie es umgekehrt gemacht hat, daß sie in Preußen Macht ausgeübt hat und im Reiche sich um die Verantwortung gedrückt hat. Das letztere wollen wir gewiß nicht. Aber wir wollen nicht nur Verantwortung ohne Machtausübung, sonst bringen wir unsere Partei zum Erliegen und zum Ersterben. Deshalb warne ich dringend, und unsere Herren Minister, die im Kabinett sitzen, die ja gewiß als Persönlichkeit die letzte Entscheidung vor ihrem Gewissen tragen müssen, müssen sich vom Lande auch sagen lassen, wie die Dinge stehen, und müssen sich sagen lassen, daß man im Lande mit sehr großer Besorgnis darauf blickt, daß der Zustand so weitergeht: Verantwortung zu tragen und keine Macht auszuüben. Das ist eine Niederlage nicht nur der Landtagsfraktion, sondern eine Niederlage der ganzen Deutschen Volkspartei, die sich mehr als einmal feierlich für dieses Programm eingesetzt hat:

keine Koalition und keine Bindung im Reich ohne gleichzeitige Machtausübung in Preußen (Bravo!).

Es handelt sich aber noch um mehr. Ich habe mit tiefer Bewegung das angehört, was unser Herr Parteivorsitzender über die wirtschaftliche Lage uns vorgetragen hat. Aber wenn das kein akademischer Vortrag sein soll, wenn das ein politischer Vortrag sein soll, müssen auch die politischen Konsequenzen daraus gezogen werden (Zustimmung). Ich habe immer noch die Klarheit und Deutlichkeit des Entschlusses vermißt, diese politische Konsequenz zu ziehen. Es müßte dann nötigenfalls auch einmal die letzte Karte ausgespielt und auf den Tisch geworfen werden (Sehr richtig!). Es muß einmal etwas gewagt werden, denn in der Politik wird es ohne Wagen nicht gehen. Es darf nicht so weitergehen, daß man sagt: Die Deutsche Volkspartei ist der gute Michel, der um der Gesamtheit willen immer die Opfer bringt und sich selber dabei aufopfert (Lebhafte Zustimmung).

Wenn unsere Minister Macht ausüben wollen, müssen sie auch eine Partei hinter sich haben, und es handelt sich jetzt um die Frage, ob unsere Minister noch die Partei hinter sich haben. Denn die Leute – sprechen wir es doch offen aus und verschleiern wir nicht die Lage – laufen uns davon, laufen uns zum Teil nur deshalb nicht davon, weil sie nicht wissen, zu welcher Partei sie gehen sollen (Sehr richtig!). Das ist aber eine verzweifelte Lage, wenn sie nur aus Ermangelung eines besseren Entschlusses bei unserer Partei bleiben. Wir müssen wieder dazu kommen, daß wir klare und große Ziele aufstellen, sonst werden wir auch die Jugend nicht gewinnen. Mit weiterem Fortwursteln und Kompromissen kommen wir nicht zu Rand. Es muß ein ganz klares und großes innerpolitisches Reformprogramm aufgestellt werden.

Der Herr Parteiführer hat gesagt, er habe den Wunsch, daß nicht bloß die Wirtschaftler, sondern auch andere sich von der Notlage unserer Wirtschaft überzeugten. Ich bin kein Wirtschaftler, mir liegen diese Dinge an sich fern. Aber ich habe seit vielen Monaten schon mit schwerster Besorgnis die Entwicklung treiben sehen. Was ist denn der Kernpunkt der Dinge? Das ist meiner Ansicht nach der, daß die Ideologie der Sozialdemokraten die war: Wenn wir innenpolitisch den Sieg gewinnen, die Monarchie abschaffen, die Republik bekommen und die Demokratie bekommen, dann kommen wir aufgrund dieser Innenpolitik in das goldene Zeitalter hinein, das unsere großen Führer uns ja immer versprochen haben für den Fall, daß wir zur Macht kommen. Daß ein außenpolitisch geschlagenes Volk trotz dieser innenpolitischen Ideologie nicht in der Lage ist, diese Paradiesesfreuden zu erfüllen, das ist das, was sie nicht einsehen wollen, was sie nicht einsehen dürfen, worum sie mit ganzer Verzweiflung kämpfen. Die Lage ist bisher die gewesen, daß nicht der mannhafte Mut und der feste Willen vorhanden gewesen ist, sich dem entgegenzustemmen und zu sagen: Ein geschlagenes Volk kann nicht anders, ein geschlagenes Volk muß in seiner Gesamtheit die Opfer bringen, ein geschlagenes Volk kann nicht eine Wirtschaftspolitik treiben, die sogar die Siegervölker sich nicht leisten.

Hier muß nun endlich einmal neue Bahn geschaffen werden. Die Reichstagsfraktion hat die dringende Aufgabe, daß sie das Reformprogramm, das sie aufgestellt hat mit der Losung, keine neuen Steuern zu zahlen, ergänzt durch ein ganz großes neues Programm, das uns zur wirtschaftlichen Gesundung führt. Ich weiß ganz gewiß,

daß es mehr gibt als Brot und Essen, aber es heißt: primum vivere! Dann erst können wir auch Kulturpolitik treiben (Beifall).

Herr Dr. Jochmus[56] (Bielefeld): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich erinnert an die Gedanken, mit denen wohl die meisten von uns hier hergekommen sind, ist es eine, fast möchte ich sagen, überwältigende Tatsache, daß noch nicht ein Wort abweichender Meinungen eigentlich hier in der großen Linie der Politik, die die Partei zu führen haben wird, zum Ausdruck gekommen ist. Das ist ein ganz besonders eindrückliches Kennzeichen für den ungeheuren Ernst der Stunde, in der wir nicht nur in der Partei, sondern im ganzen Lande stehen. Wir danken deshalb ausdrücklich noch einmal für die Worte, die der Herr Parteiführer in dieser entscheidenden Stunde gefunden hat und in denen er doch ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, daß er selbst für seine Person eine absolute Umkehr der bisherigen Politik für notwendig hält, eine Umkehr der Entwicklung des Parlamentswesens, des Parteiismus, möchte ich sagen. Er kann überzeugt sein – das ergibt ja die heutige Aussprache –, daß die Partei in einer einmütigen Geschlossenheit stärker denn je in dieser Beziehung hinter ihm steht.

Wir können ja wohl auch aus der Tatsache, daß unser Herr Parteiführer mit diesem außerordentlichen Nachdruck dieses persönliche Bekenntnis zu den liberalen Forderungen der Gegenwart hier abgelegt hat, schließen, daß er damit auch gleichzeitig für den Herrn Reichswirtschaftsminister gesprochen hat und daß der Herr Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius von demselben Gedanken beseelt ist, daß es eben ankommt auf eine entscheidende Umkehr der ganzen politischen Führung, auch in der Wirtschaftspolitik, über die ja Herr Dr. Stresemann so nachdrücklich gesprochen hat. Ich darf mir nur eine kleine Bemerkung zu diesem Punkte erlauben. Es ist schon durch die Zwischenrufe dem Herrn Parteiführer geantwortet worden, daß wir im Lande der Überzeugung sind, daß die Wirtschaft heute tatsächlich von der Substanz lebt (Sehr richtig!). Das möchte ich hier noch einmal mit allem Nachdruck betonen.

Zur Preußenfrage brauche ich nichts zu sagen; denn das, was gesagt werden mußte, ist hier immer und immer wieder aus allen Teilen des Deutschen Reiches gesagt worden. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Position in Preußen immer und immer wieder angreifen müssen, daß wir nicht davor zurückschrecken dürfen, auch die parlamentarischen Mittel, die der Fraktion im Preußischen Landtag zu Gebote stehen, einmal zu benutzen, um zu zeigen, daß man die Deutsche Volkspartei eben auch in Preußen braucht. Ich stehe weiterhin auf dem Standpunkt, daß die Deutsche Volkspartei so, wie sie in ihrem ganzen Wesen ist, sich niemals wird versagen dürfen der Übernahme der Verantwortung in einer Regierung auch der Großen Koalition, wenn diese Regierung ein sachliches Programm hat, das wir in der gegenwärtigen Notlage des deutschen Vaterlandes vertreten können. Nur dann ist eine solche Koalition möglich, und ich glaube, wir dürfen es ruhig aussprechen, daß nichts uns im Augenblick zu der Annahme berechtigt, daß auf einem derart sachlichen Boden im Augenblick die Bildung einer Koalition möglich sein würde.

[56] Hermann Jochmus (* 1890). Dr. iur. Syndikus mehrerer Firmen der Bielefelder Leinwandindustrie. Vorstandsmtgl. des Wahlkreisverbandes Westfalen-Nord. Vors. des Ortsvereins Bielefeld.

Der Schlüssel für die Lage liegt doch letzten Endes, vom Zentrum aus gesehen, in der Konkordatsfrage. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Zentrum als Partei heute zu einzelnen Ausführungen seinen Standpunkt ändern würde. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die Zentrumspartei sich etwa entschließen könnte, Männer und Köpfe, die ihrer Partei angehören, in die Reichsregierung hineinzuschicken. Deshalb bin ich mit dem Herrn Parteiführer der Überzeugung, daß nichts anderes übrigbleibt, als daß Männer in Deutschland die Verantwortung übernehmen und nicht Parteien, daß Männer, die so von dem Gefühl der persönlichen Verantwortung durchdrungen sind wie unsere Herren Vertreter im Reichskabinett, die Verantwortung weiter übernehmen, daß sie aber, wie der Herr Parteiführer auch zum Ausdruck gebracht hat, das eben nur so lange tun können, wie sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, mit der Politik, die das Kabinett führt.

Herr Dr. Stresemann hat ganz klar ausgesprochen, von welchen sachlichen Voraussetzungen er seine Beteiligung an der Regierung abhängig macht. Und wenn dazu noch eins gesagt werden muß, dann ist es der Wunsch an die Reichstagsfraktion, daß sie durch ihre Haltung bei den Entscheidungen, die im Parlament zu fällen sind, nun mit Eindeutigkeit und Klarheit zum Ausdruck bringt, daß unsere Minister als Männer, als Persönlichkeiten, aber nicht als Vertreter der Partei in der Regierung stehen und daß die Reichstagsfraktion in jeder, aber auch in jeder Beziehung frei und unabhängig in ihren Entschließungen dem Reichskabinett gegenübersteht.

Wenn sie dann festhält an dem Steuerprogramm, das sie herausgebracht hat, festhält an den Forderungen, die hier in der Aussprache zum Ausdruck gekommen sind und die ich mir zu eigen mache, dann wird jedenfalls für den Augenblick der Zustand geschaffen sein, der allein in der gegenwärtigen Situation möglich ist. Daß damit eine entscheidende Wendung im Augenblick noch nicht herbeigeführt wird, ist klar. Dadurch werden die Zustände in Deutschland noch nicht im Augenblick besser. Das Ideal wäre, wenn der Reichspräsident das täte, was er schon einmal in Zeiten der Not getan hat, wenn er sagte: Wir sind nicht imstande, die Schwierigkeiten zu bewältigen, wir geben einer Regierung von Männern, denen wir das Vertrauen schenken, ein Ermächtigungsgesetz und damit die Möglichkeit, nun einmal die Reformen, die absolut notwendig sind und die in kürzester Zeit durchgeführt werden müssen, zu meistern[57] (Dr. Stresemann: Sehr richtig!). Daß hier eine solche Entscheidung heute fallen würde, glaube ich für den Augenblick nicht. Wer weiß, ob nicht ein Eingreifen des Herrn Reichspräsidenten, wie es der Herr Parteiführer hier als Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, in absehbarer Zeit, wenn die Schwierigkeiten noch wachsen, uns nicht vielleicht doch auf diesen Weg führt. Deshalb kann ich nur in Übereinstimmung mit all den Herren Vorrednern zu dem Ergebnis kommen: Wenn nicht die Preußenfrage gleichzeitig gelöst wird und im Reich die ganz entscheidenden sachlichen Vorbedingungen für ein Mitarbeiten der Partei geschaffen sind, dann kann es keine Große Koalition geben. Aber wir können nicht unsere Minister etwa bitten, auch jetzt aus der Regierung auszutreten. Sie müssen bleiben, solange sie als Männer, als verantwortliche Männer, glauben, die Verantwortung tragen zu können (Lebhafter Beifall).

[57] Ein Ermächtigungsgesetz mußte vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden, siehe dazu Michael Frehse, Ermächtigungsgesetzgebung im Deutschen Reich 1914–1933, Pfaffenweiler 1985.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die Herr Professor Schuster gemacht hat, geben mir Veranlassung, darauf zu erwidern, um keine Mißverständnisse obwalten zu lassen. Wenn ich die Darlegungen des Herrn Professors Schuster richtig verstanden habe und daraus die Konsequenz ziehe, so müßte die Konsequenz diejenige sein, jetzt aus der Reichsregierung auszuscheiden. Darüber möchte ich keinen Zweifel lassen, daß ein derartiges Ausscheiden bis zu dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen nicht in Betracht kommen kann (Lebhafte Zustimmung). Ich darf gegenüber vielen Angriffen auf die Reichsregierung doch darauf hinweisen, daß die Auswahl der Persönlichkeiten, die uns dort vertreten[58], fast allgemeine Zustimmung im deutschen Lande gefunden hat. Mit Ausnahme eines Angriffs des »Berliner Tageblatts« gegen die Persönlichkeit des Herrn Generaldirektors Vögler[59] wird man, glaube ich, anerkennen müssen, daß eine Regierung, in der die Sozialdemokratie stärkste Partei ist, sich in keiner Weise von sozialistischen Imponderabilien hat treiben lassen, als sie die Männer auswählte, die jetzt in Paris um diejenige Entscheidung kämpfen, die vielleicht für die kommende Generation entscheidend ist. Sie haben in den Herren Dr. Schacht, Dr. Vögler, Dr. Melchior[60] und Dr. Kastl[61] Persönlichkeiten – und darauf lege ich entscheidenden Wert –, bei denen es gar nicht darauf ankommt, welcher Partei sie angehören, sondern bei denen es ankommt auf ihren Charakter und ihre Fähigkeiten. Sie werden uns die Anerkennung nicht versagen können, daß wir nach der Richtung eine gute Auswahl getroffen haben (Zustimmung).

Sie können uns aber vor eine solche Situation nicht stellen in dem Augenblick, in dem, wie Sie heute schon aus den Zeitungen ersehen, die Verhandlungen so weit gediehen sind, daß man kämpft einmal um die Frage, welche Teile der deutschen Verbindlichkeit geschützt sein soll und welcher Teil nicht geschützt sein soll, und weiter um die Frage, in der die Gegensätze sehr stark sind, welche Höhe der Verbindlichkeiten überhaupt für uns zu ertragen ist.[62] Daß Sie unsere Verhandlungsführer, die naturgemäß den Rückhalt ihrer Regierung hinter sich haben müssen, nicht in dieser Situation vor eine Demission des Kabinetts und vor Neuwahlen stellen können, ist doch ganz selbstverständlich. Ehe diese Fragen nicht erledigt sind, müssen die Gesamtfragen storniert werden. Das ist für mich so selbstverständlich, daß sich darauf das bezieht, was ich gesagt habe: Ich würde mich für verpflichtet halten, unbedingt in diesem Kabinett zu bleiben. Denn ich weiß ja nicht, ob wir überhaupt noch weiter verhandeln können, wenn eines Tages kein Kabinett mehr da ist, das die politische Verantwortlichkeit für irgendwelche Abmachungen tragen kann (Zu-

[58] Siehe Anm. 14.

[59] Zu den öffentlichen Angriffen des »Berliner Tageblatts« und der »Vossischen Zeitung« gegen Vögler siehe Holz, S. 224f.

[60] Carl Melchior (1871–1933), Jurist. Mitinhaber der Firma Warburg & Co. 1918/1919 Leiter des Finanzausschusses der deutschen Waffenstillstandskommission. Delegierter auf den Reparationskonferenzen von Paris (1929) und Lausanne (1931/1932), ab 1930 stellv. Vors. des Verwaltungsrats der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

[61] Ludwig Kastl (1878–1969), Jurist. 1906–1920 Tätigkeit für das Auswärtige Amt in Deutsch-Südwest-Afrika. 1921 Ministerialrat im Reichsfinanzministerium. 1925–1933 Geschäftsführendes Präsidialmtgl. des RdI. 1929 Vertreter des Deutschen Reiches bei den Young-Plan-Verhandlungen. 1929–1932 Mtgl. der Mandatskommission des Völkerbundes. Nach 1945 erneute Tätigkeit in der Wirtschaft.

[62] Zum Young-Plan siehe Dok. Nr. 76, Anm. 4.

ruf: Das Zentrum!). Ich möchte um Gottes willen nicht die Verantwortlichkeit für das künftige Geschick des deutschen Volkes lediglich in den Händen des Zentrums wissen (Sehr richtig!). Ich möchte Sie überhaupt bitten, nicht immer mit Gedanken zu spielen, die leicht dahin führen können, daß wir aus Zorn herausgehen und damit die Zentrumsherrschaft in Deutschland für alle Zeit stabilisieren. Ich bin nicht ein solcher Freund des Zentrums, daß ich der Meinung bin, daß das Geschick des deutschen Volkes in seinen Händen unbedingt sicher wäre (Sehr gut!). Ich bitte Sie, überlegen Sie sich doch, wenn Sie von dem Ernst der Lage sprechen, daß dieser Ernst der Lage gerade in Paris zum Ausdruck kommt, wo entweder hinter einem »Ja« oder hinter einem »Nein« das deutsche Volk stehen muß. Denn das »Ja« wie das »Nein« ist von unerhörter Verantwortung für die Außenpolitik wie für die Innenpolitik. Denn was wir zu erwarten haben, wenn wir das »Nein« aussprechen müssen, darüber bin ich mir als Außenminister vollkommen klar.

Und weshalb ich die Entscheidung sehe in dem Augenblick, wo diese Entscheidung in Paris fällt, das will ich auch hier ganz offen sagen – ich bitte, daß auch dies der Presseberichterstattung der Partei unterliegt. Wenn irgendeine Vereinbarung überhaupt für uns tragbar sein soll, muß sie in wesentlichem Maße für uns eine Erleichterung der Lasten bringen[63], denn sonst hätten die ganzen Verhandlungen ja gar keinen Zweck. Was mich bewegt und was mich innerlich außerordentlich erregt und worauf sich der zweite Teil meiner Ausführungen auch hauptsächlich mit bezog, das ist das: Wenn es unseren Unterhändlern gelingt, was ich von Herzen hoffe, daß der jährliche Tribut Deutschlands bedeutend ermäßigt wird, dann habe ich die Angst, daß die Popularitätshascherei der Parteien es dahin bringen kann, daß diese Erleichterungen nicht in einer Steuererleichterung, sondern in neuen Wohltaten an den deutschen Bürger etwa zum Ausdruck kommen. Ich sehe schon die Verhandlungen, daß die Leute sagen: Jetzt brauchen wir im Etat nicht mehr soviel, jetzt brauchen wir nicht die 2 1/2 Milliarden, sondern x Milliarden, will ich es einmal nennen, folglich haben wir die Möglichkeit, so und soviel hundert Millionen auszugeben. In dem Augenblick, wo das geschähe, würde ich überhaupt verzweifeln an der Zukunft des Deutschen Reiches. Dann würden wir statt eines Tributes an das Ausland in Deutschland einen Rentnerstaat einrichten. Davon müssen wir als eigene Partei einmal selbst unbedingt absehen, und ebenso müssen wir in diesem Augenblick in aller Verantwortung an die anderen herantreten. Und dann fürchte ich mich weder vor Wahlkampf noch vor Krisis, aber vorher warne ich ebenso vor jeder Krisis und jedem Wahlkampf, der den Wirrwarr steigert und der unsere Leute in Paris in eine Lage versetzt, die ganz einfach unerträglich ist (Zustimmung). Das bitte ich, sich doch bei dieser ganzen Frage vor Augen zu führen.

Und dann ein Zweites! Ich halte mich für verpflichtet, nicht aus einer Kameraderie, gegen manche Angriffe, die gegen Herrn Dr. Curtius gerichtet worden sind, Einspruch zu erheben. Herr Dr. Curtius kann heute nicht hier sein, weil er eine ganz andere wichtige Besprechung über Industriefragen hat. Aber ich habe neben ihm im Kabinett seit Jahren gearbeitet, und da möchte ich zunächst das eine sagen: Einen

[63] Während 1928/29 erstmals die volle Dawes-Annuität in Höhe von 2,5 Milliarden RM fällig wurde, sah der Young-Plan gerade für die ersten Jahre wesentlich niedrigere Annuitäten vor, beginnend mit 742,8 Millionen RM im Jahr 1929/30.

Menschen mit einer größeren Kenntnis der Dinge habe ich selten kennengelernt. Sein Einfluß durch seine Kenntnisse geht weit hinaus, und, Herr Professor Schuster, ohne Machtposition sind wir nicht im Reich. Ich habe nichts mit dem Unsinn zu tun des Abgeordneten Hoffmann[64] (Kaiserslautern), der behauptet hat, ich sei schon zu 50 % ein Diktator, darum müsse die Zentrumspartei eintreten, weil alles nur geschehe, was ich wollte. Ach, wenn alles geschähe, was ich wollte, dann geschähe etwas anderes (Heiterkeit). Aber ich kann Ihnen sagen, daß mehr als einmal Herr Dr. Curtius durch seine Drohung, nicht mehr weiter mitzumachen, unerträgliche Sachen abgewendet hat. Ich habe vorhin schon daran erinnert, daß, als im Sozialpolitischen Ausschuß Anträge gestellt wurden, die uns erneut mit mehr als einer Milliarde belasten würden, Dr. Curtius und ich ohne eine Ermächtigung der Fraktion im Kabinett erklärt haben: Wir machen nicht mehr mit, wenn das geschieht. Und daraufhin ist der sozialdemokratische Reichskanzler hineingegangen in den Ausschuß und hat seinen Fraktionskollegen erklärt, diese Anträge dürften nicht weiter beraten werden. Ich glaube deshalb, daß es nicht nur ein akademischer Vortrag gewesen ist, den ich gehalten habe, sondern daß wir in der Praxis zum Ausdruck gebracht haben, daß wir unsere Auffassung: bis hierher und nicht weiter, auch sehr stark zur Geltung gebracht haben. Und gerade in dieser Beziehung ist Herr Dr. Curtius mit der Führende gewesen. Er hat erklärt, daß er die Verantwortung als Wirtschaftsminister nicht übernehmen könne, wenn diese Anträge überhaupt weiter behandelt würden. Dasselbe gilt für Anträge, die von demokratischer Seite gestellt worden sind, auf die ich hingewiesen habe: eine Ausgabe von 250 Millionen für Siedlungszwecke auf fünf Jahre, Erhöhung der Umsatzsteuer und Verwendung dieser Umsatzsteuer für eine Summe von 1,25 Milliarden für diesen Zweck für die nächsten fünf Jahre.

Jeder Satz in dem, was ich hier verlesen habe, beruht auf ganz bestimmten praktischen Erfahrungen, die diejenigen, die die Verhältnisse kennen, auch verstanden haben. Wenn ich deshalb gesprochen habe von Verantwortlichkeit und von Popularitätshascherei, so beruht das auf diesen Erfahrungen, die ich gemacht habe, und darauf beruht auch meine Überzeugung, daß, wenn die Pariser Verhandlungen eine Erleichterung unserer Lage bringen sollten, dann der psychologische Moment ist, entweder darin zu bleiben und für eine vernünftige Politik zu sorgen oder herauszugehen und den Kampf dagegen aufzunehmen, den Kampf auch aufzunehmen im Volk.

Ein Zweites! Wir haben vorhin auch von den kulturellen Fragen gesprochen. Dazu möchte ich folgendes erwähnen. Ich halte die Auffassung, daß die evangelische Kirche ebenso behandelt werden muß wie die katholische Kirche, für selbstverständlich. Ich halte auch diesen Kampf nicht für aussichtslos. Ich bedaure, daß wir sieben evangelische Kirchen in Preußen haben, und glaube, daß, wenn das Wort in Bezug auf kulturelle Fragen gestattet ist, eine Rationalisierung auch hier am Platze wäre (Sehr richtig!) und daß Verhältnisse, die aus dem Friedensschluß von 1867 herrühren, im Jahre 1929 vielleicht einmal beseitigt werden könnten.[65]

[64] Johannes Hoffmann (1867–1930), Volksschullehrer. 1912–1930 MdR (SPD). Nov. 1918–März 1919 bayerischer Kultusminister, März 1919–März 1920 Ministerpräsident.

[65] Aus religions- und staatspolitischen Gründen verzichtete Preußen bei den Annexionen von 1866 darauf, die Landeskirchen der neu erworbenen Provinzen in die altpreußische Landeskirche einzugliedern, so daß neben die evangelische Landeskirche der altpreußischen Union (umfassend die acht alten Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien,

Wenn man sich aber auf preußischer Seite darauf bezieht, daß die Zersplitterung der evangelischen Kirche die Verhandlungen schwerer macht, so ist das formell richtig, ändert aber auch nichts an der prinzipiellen Einstellung. In dieser Frage sind wir nach meinen Informationen auch in einer Gemeinschaft mit der katholischen Kirche. Ich erwähne das, weil ich der Meinung bin, daß wir alles Interesse daran haben – und das hat auch Herr Stendel zum Ausdruck gebracht – zu betonen, daß wir keine rein evangelische Partei sind, daß wir genauso für die katholische wie für die evangelische Kirche einzutreten haben, um die Religion zu schützen gegenüber all den Bestrebungen, die jetzt gegen sie anrennen. Es war der Führer der Zentrumspartei, der mir erklärt hat, daß, wenn Schwierigkeiten in Preußen daraus entständen, die evangelische Kirche genauso zu behandeln wie die katholische[66] Kirche, er bereit sei, mit seinem ganzen persönlichen Einfluß dafür einzutreten, daß das geschehe, und ich würde mich keinen Augenblick scheuen, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen zusammen dann gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, wenn die Sozialdemokraten glauben, aus Rücksicht auf irgendwelche freireligiösen Organisationen sich davor zu drücken. Das Zentrum kümmert sich ja selbst nicht darum, in jedem Falle im Sinne der Koalition zu stimmen, sondern in Bezug auf die Einheitlichkeit Preußens, die Einheitlichkeit der Abgabe der preußischen Stimmen[67] ruiniert ja gerade die Zentrumspartei regelmäßig diese meiner Meinung nach durchaus berechtigten Forderungen der preußischen Regierung.

Also nach der Richtung ist der Kampf nicht aufgegeben, und ich möchte weiter in Bezug auf die preußische Frage das eine sagen: lediglich an die Reichstagsfraktion zu appellieren: Tue Dein Bestes!, das ist natürlich nicht viel. Ich glaube aber, die Entscheidung darüber, ob man in Preußen ohne die Volkspartei regieren kann, wird fallen in dem Augenblick, wo es sich um die Konkordatsfrage handelt. Denn wenn die Volkspartei nicht in der Lage ist, dem Konkordat zuzustimmen, wird auch die Demokratische Partei dazu nicht in der Lage sein, ohne sich selbst aufzugeben. Und dann ist meiner Meinung nach der Moment gekommen, wo die Deutsche Volkspartei sagen kann: Wenn Ihr uns braucht in dieser Frage, dann gebt uns auch den berechtigten Einfluß, den wir beanspruchen können. Es ist, glaube ich, dann die Sache auch der preußischen Landtagsfraktion, mit aller Entschiedenheit sich nach der Richtung durchzusetzen, und ich glaube, sie wird sich durchsetzen können, weil naturgemäß die katholische Kirche ein außerordentliches Interesse an dem Zustandekommen des Konkordats hat und ja schon bisher von der Linie abgedrängt ist, irgendwelche Schulfragen mit der Konkordatsfrage zu verquicken.[68]

Sachsen, Rheinland, Westfalen) acht Landeskirchen der neuen Landesteile traten: die evangelisch-lutherischen Landeskirchen Hannover und Schleswig-Holstein, die evangelischen Landeskirchen Hessen-Kassel, Nassau, Frankfurt/Main, Waldeck und Pyrmont und die evangelisch-reformierte Kirche Hannover.

[66] In der Vorlage irrtümlich: »evangelische«.

[67] Gemeint: die Einheitlichkeit der Abgabe der 26 preußischen (von insgesamt 66) Stimmen im Reichsrat, die nach Art. 63 WRV zur Hälfte von den preußischen Provinzialvertretern geführt wurden.

[68] In den Konkordatsverhandlungen selbst war die Schulfrage ausgeklammert worden. Vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden fand jedoch ein Notenwechsel zwischen Preußen und der Kurie statt, in der Preußen die status-quo-Garantie des Art. 174 WRV ausdrücklich bestätigte (Wortlaut in: Huber/Huber, Dok. Nr. 186, 187). Während die Kurie diesen Notenwechsel als

Dann ein Letztes! Es ist davon gesprochen worden, daß die heutige Regierung doch eigentlich nur aus dem Gesichtspunkt zustande gekommen sei, daß man überhaupt eine Regierung hätte. Meine Herren, der Gedanke, daß man überhaupt eine Regierung haben muß, ist auch an sich nicht zu unterschätzen, und das viel belächelte Wort des früheren Reichskanzlers Luther: Irgendwie muß doch schließlich regiert werden, hat absolut nicht die Heiterkeit verdient, die es damals im Reichstag erfahren hat. Aber ich möchte auf eines hinweisen, und das bitte ich Sie nicht zu vergessen bei der ganzen Situation, daß die Regierungserklärung dieser gegenwärtigen Regierung[69] sich zu ihrem Vorteil unterschieden hat von manchen früheren Regierungserklärungen, indem gerade die Erscheinungen, die ich gekennzeichnet habe, einen außerordentlichen Raum darin eingenommen haben, weil wir eben vor folgender Situation stehen: Die einzige Partei, die es kann – ich sage nicht, ob sie es tut, ich sage: die einzige Partei, die es wagen kann –, von Partei wegen einmal ein Ende zu machen mit diesen fortgesetzten Bewilligungen, ist die Sozialdemokratie, so wie die Dinge gegenwärtig liegen, eher als das Zentrum und die Deutschnationalen. Die Sozialdemokratie hat ihre Leute in einer Disziplin, die das einzige ist, was noch vom alten Preußen übriggeblieben ist (Heiterkeit), und kann infolgedessen manches wagen. Das Schlimme ist, daß diejenigen Parteien, die noch ihre vielen Arbeiterstimmen haben, aus einer vollkommen falschen Auffassung der wirklichen Arbeiterinteressen heraus sich fortgesetzt bemühen, die Sozialdemokraten zu übertrumpfen, und daß dadurch ein Wettlaufen entsteht, das unerträglich ist (Sehr richtig!).

Es ist auch ein Verneinen jeder staatspolitischen Gesinnung, wenn eine Partei, nachdem sie einige Wochen aus der Regierung ausgeschieden ist, nunmehr eine Politik treibt, um die in der Regierung stehenden Parteien in Verlegenheit zu bringen, die Sozialdemokraten übertrumpft, die wir im Kabinett vernünftig machen, um dadurch die Sozialdemokraten in Schwierigkeiten zu bringen, was zu solchen Vorgängen auf dem Gebiete der Sozialpolitik geführt hat, wie wir sie jetzt erlebt haben.

Ich sehe die ganze politische Schwierigkeit unserer Lage darin, daß wir nicht eine staatspolitische deutschnationale Partei besitzen, die gewillt ist, unter Anerkennung des Staates in vernünftiger Weise mit uns zusammenzuarbeiten, sondern die meiner Meinung nach in vollkommen falscher Kenntnis der psychologischen Verhältnisse glaubt, in der Wiederaufnahme des monarchischen Gedankens in der jetzigen Situation irgendwie Einfluß zu gewinnen, und darüber zusieht, wie das Reich in der jetzigen Gestalt zugrunde geht, obwohl sie mit zugrunde geht, wenn der Staat, in dem wir leben und leben müssen, seinerseits Schaden nimmt (Lebhafte Zustimmung). Deshalb ist der Gedanke, die Sozialdemokratie zur Verantwortung heranzuziehen, durchaus nicht abzulehnen, und irgendwelche sentimentalen Empfindungen haben demgegenüber zurückzutreten. Die Not schafft seltsame Bettgenossen. Aber wenn ich die Not dadurch bändigen kann, dann darf ich mich dadurch nicht in erster Linie irgendwie beeinflussen lassen. Das ist der Gesichtspunkt, der die Reichstagsfraktion veranlaßt hat, nicht aus irgendwelcher Ideologie diese Kombination zu schließen, sondern um zu sehen, ob sie in Zusammenarbeit mit diesen Parteien dahin kommen

Bestandteil des Vertragswerks betrachtete und veröffentlichte, vermied die preußische Staatsregierung eine Publikation, siehe auch Golombek, S. 178 ff.

[69] Zur Regierungserklärung Müllers am 3.7.1928, in der er die Positionen der DVP stark berücksichtigte, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 13, 38, 46.

kann, Besseres für das Reich herbeizuführen. Überlegen Sie bitte diese Gesichtspunkte. Sie dürfen vor dem Ausgang der Pariser Verhandlungen unsererseits keine Krisis, keine Auflösung herbeiführen, und nachdem diese große Kernfrage gestellt ist, kommt die Schicksalsfrage, ob wir in der Lage sind, uns durchzusetzen, und dann kommt die Entscheidung (Lebhafter Beifall).

Herr Kuhbier (Duisburg): Meine Damen und Herren! Ich glaube, in der Frage sind wir alle einig, daß wir in Preußen Einfluß haben müssen. Wir wollen aber nicht die Verantwortung haben für Dinge, die andere gegen unseren Willen beschließen und tun. Was das Reich betrifft, so haben mich zwei Gedanken unseres Parteiführers besonders gefreut. Einmal, daß er diese wachsende Belastung nun als eine Notlage des Vaterlandes hingestellt hat. Die Warnungen, die zehn Jahre lang ausgesprochen worden sind, wurden immer als übertriebene Forderungen der Wirtschaft betrachtet. Heute sind wir glücklich so weit, daß man sagen muß: Wenn es so weitergeht, geht das ganze deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft kaputt. Daher war es ein Entschluß der Reichstagsfraktion in ihrer neulichen Veröffentlichung, daß man dem Lande endlich einmal sagte: Die Deutsche Volkspartei ist endlich dazu gekommen, einmal zu erklären: bis hierher und nicht weiter![70] Das ist das, was die Leute im Lande verlangen, daß sie sehen: Wir geben nicht um anderer Dinge willen immer mehr in diesen wichtigen Fragen nach.

Ein zweiter Punkt, den unser Herr Parteiführer behandelt hat, war die Frage, daß heute überall die Organisationen Einfluß nehmen wollen, Organisationen, hinter denen angeblich Hunderttausende stehen, wobei man gewöhnlich eine Null abstreichen kann. Was ist denn heute das Kennzeichnende nicht nur der Politik, sondern unseres ganzen Lebens? Das ist der Mangel des Willens, die Verantwortung zu übernehmen. Nur bei Einzelpersönlichkeiten liegt das, aber nicht in Organisationen. Da werden die Entscheidungen in Ausschüsse verlegt, und da werden Entschlüsse gefaßt, und wenn der Entschluß glückt, ist es jeder gewesen, wenn es falsch geht, ist es keiner gewesen. Das ist der Fehler. Darum bedauere ich, daß aus der Not der Zeit in der Industrie die Vertrustung immer weiter um sich gegriffen hat, weil dadurch die Pflicht der Einzelpersönlichkeit, die Verantwortung zu tragen, verkleinert wird.

Aber dazu kommt ein Zweites. Der Kreis derer, auf denen die Last liegt, wird immer kleiner, und der Kreis derer, die von Reich und Staat zehren, wird größer, so daß man den Moment kommen sieht, wo ein Zusammenbruch erfolgen muß. Darum verlan-

[70] Die DVP-Reichstagsfraktion hatte am 23.2.1929 zur Gestaltung des Reichshaushalts 1929 beschlossen: »1. Der Haushalt muß ohne neue Steuern ausgeglichen werden. 2. Um dies zu erreichen, ist der Haushalt um rund 380 Millionen zu entlasten. a. Von dieser Gesamtsumme sind rund 200 Millionen durch Abstriche im ordentlichen Haushalt 1929 zu ersparen. b. Angesichts der Finanznot des Reiches und der Überlastung der Wirtschaft ist auch in Ländern und Gemeinden größte Sparsamkeit unabweisbar. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die den Ländern auf Grund bestehender Vorschriften zustehenden Beträge aus den Überweisungssteuern nicht nur um die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen, sondern um 300 Millionen gekürzt werden, zumal die Länder trotz dieser Kürzung noch immer erheblich mehr erhalten, als die ihnen gewährleistete Mindestsumme von 2600 Millionen. Da eine Erhöhung der Realsteuern dem Zwecke der Ersparnismaßnahme widersprechen würde, so sind geeignete Vorkehrungen gegen solche Erhöhungen zu treffen. c. Nicht nur aus steuerlichen, sondern vor allem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus fordern wir die steuerliche Gleichstellung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privatwirtschaft«, NLC, 23.2.1929, Nr. 40.

gen wir nicht, daß jetzt etwa unsere Fraktion, sagen wir, durch irgendeinen Entschluß die Regierung stürzt, sondern gerade das, was Herr Dr. Stresemann jetzt eben ausgeführt hat, erscheint uns richtig: Wenn der Moment kommt, wo die Fragen, über die die Volkspartei nicht über die von ihr gezogene Grenze hinausgehen kann, an uns gestellt werden, müssen wir den Mut haben, nein zu sagen, wenn es uns untragbar erscheint. Wenn wir das tun, wird die Volkspartei auch wieder die Bedeutung und Kraft und Stärke haben, die sie hatte, als sie das Vaterland errungen hat (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender der Reichstagsfraktion Dr. Scholz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir werden nicht leugnen können, daß wir uns heute in einer nach vielen Richtungen schweren und verantwortungsvollen Lage befinden. Sie dürfen versichert sein, daß auf unsere heutigen Verhandlungen nicht nur die übrigen Parteien im Reich und in Preußen, sondern auch die gesamte deutsche Öffentlichkeit mit Spannung sehen (Sehr richtig!).

Wie ist die Situation, in der wir uns befinden, zustande gekommen? Ich will nicht versuchen, die Dinge historisch zu betrachten, sondern ich will mir nur erlauben, auf die nach meiner Auffassung treibenden Kräfte und Elemente hinzuweisen, die diese Situation für uns und für das Land verschuldet haben. Meine Damen und Herren! Niemals ist eine Partei durch ihre Wählerschaft mit einer so großen, umfassenden Verantwortung belastet worden als durch die Maiwahlen [1928] die Sozialdemokratie. Die Führung ist ihr geradezu aufgedrungen worden, die Führung im Reich, nachdem sie jahrelang die Führung im größten Bundesstaat, in Preußen, bereits besessen hat. Und ich scheue mich nicht, hier vor Ihnen zu sagen, daß noch niemals, solange ich mich wenigstens erinnern kann, eine Partei in der ihr geradezu aufgedrungenen Führerschaft so kläglich versagt hat wie es die Sozialdemokratie getan hat (Sehr richtig!).

Meine Damen und Herren! Wenn angesichts der überragenden Machtposition, die die Sozialdemokratie durch den Kanzler im Reich und durch den Ministerpräsidenten in Preußen besaß, dort ein starker Wille nach der Richtung geherrscht hätte, eine Mehrheitsregierung im Reich und in Preußen zu bilden – zweifellos die erste und vordringlichste Aufgabe dieser Führung –, dann hätten wir diese beiderseitige Befriedigung im Reich und in Preußen längst (Sehr richtig!). Es wäre auch gelungen, sie herbeizuführen trotz des Widerstandes des Zentrums.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich auf das zweite Moment, was nicht in unserer Schuld, sondern in der Schuld anderer Faktoren liegt. Das Zentrum hat während der ganzen verflossenen drei Vierteljahre eine Politik getrieben, die man damit bezeichnen kann, daß sie die reine Machtposition der Partei über jede Staatsgesinnung gestellt hat (Sehr richtig!). Gegenüber solchen Kräften unser Ziel durchzusetzen, war schlechterdings unmöglich. Wir haben, wie ich gestern schon in meiner Fraktion sagte, glaube ich, einen guten Kampf gekämpft.[71] Dieser Kampf – das muß immer wieder betont werden, und das haben verschiedene meiner Herren Vorredner auch schon betont – ging nicht um reine Machtpositionen. Er ging bestimmt auch

[71] In der bewegten Sitzung der Reichstagsfraktion vom 25.2.1929 verteidigte Scholz die Haltung der Fraktion in der Koalitionsfrage, riet gleichzeitig aber von einem Fraktionsbeschluß vor der Sitzung des Zentralvorstands ab, siehe BAK R 45 II/67, p. 130.

nicht um Ministersessel, sondern er ging darum, daß wir, wenn wir in der Regierung auch in Preußen uns beteiligten, dann dasjenige Maß von Beteiligung für uns verlangen mußten, das allein eine ersprießliche Arbeit ermöglicht (Sehr richtig!).

Und gerade in einem Augenblick, in dem ganz große Aufgaben der Reichsreform, der Verwaltungsreform, der Vereinheitlichung, der Erfahrung vordringlich geworden sind, wo diese Aufgaben, ich möchte sagen, von unserem ganzen Volke glücklicherweise in ihrem Kern erkannt werden, daß gerade da die Parole, im Reich und in Preußen gleichartige Regierungsverhältnisse zu schaffen, eine völlig objektive, eine von gar keinen Parteiinteressen getragene Parole war, das erkennt, glaube ich, auch die Öffentlichkeit an. Es ist naturgemäß – und nun komme ich zu einem psychologischen Punkt, der ja immer wirkt, wenn es sich um die Masse, auch um die Masse unserer Wählerschaft handelt – es ist naturgemäß: Wenn man dieses Ziel vor Augen hatte, so konnte man es nicht anders zu erreichen trachten als dadurch, daß man sich Macht zu verschaffen suchte. Macht bedeutet persönlichen Einfluß, und persönlicher Einfluß bedeutet Ministersitze. Infolgedessen war es klar, daß im weiteren Verlauf der Dinge dieses an sich sachliche Ziel – ein sachliches Ziel, das nebenbei von allen an den Verhandlungen beteiligten Parteien als richtig anerkannt wurde – sich schließlich verwandeln mußte in einen Streit, wir wollen das ganz offen sagen, um Persönlichkeiten, um Ministerposten. Und hier tritt die psychologische Unbequemlichkeit ein, die darin liegt, daß im Lande allmählich, nachdem nun drei Vierteljahre über diese Dinge verhandelt worden ist und noch verhandelt wird, eine gewisse Sättigung dieses Streites um personelle Dinge, um Ministerposten, um Ministersessel sich eingestellt hat, eine gewisse Sättigung, die, das wollen wir auch ganz offen sagen, auch bei unseren Parteifreunden sehr weiten Raum gefunden hat (Sehr wahr!). Deshalb stehe ich grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß jetzt der Augenblick gegeben ist, wo auch die Deutsche Volkspartei ganz klar ihre sachlichen Forderungen in den Vordergrund stellen muß: Bewußte Abkehr von den persönlichen Forderungen, die wir erheben mußten, um dieses Ziel zu erreichen, die wir heute schwer erheben können, weil, wie auch von unserer Landtagsfraktion anerkannt wird, gegen unsere Beteiligung in Preußen nunmehr auch schwere sachliche Bedenken aufgetaucht sind; Bedenken, die in erster Linie bei dem ja so viel erörterten Konkordat liegen. Die Reichstagsfraktion hat – und ich darf mit Dank feststellen, daß der Zentralvorstand, wenigstens soweit er sich bisher geäußert hat, diese Handlungsweise begrüßt hat – in der letzten Zeit eine Reihe von, wie ich glaube, im Interesse unserer Wirtschaft und unseres Volkes absolut notwendigen Forderungen klar herausgestellt und begründet. Diese Forderungen liegen einmal auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Steuern, und sie liegen andererseits auf dem Gebiet der Verfassungs- und Parlamentsreform; beides Dinge, die, glaube ich, einen starken Widerhall auch über unsere Partei hinaus im ganzen Lande gefunden haben.

Darin zeigt sich schon, was ich eben angedeutet habe, die Abkehr von persönlichen Dingen, die Heranneigung zur Sache, die ja doch schließlich immer der Kern der Auffassung der Deutschen Volkspartei war. Deshalb glaube ich, wir sollten heute im Zentralvorstand ein sehr starkes Bekenntnis ablegen zu diesen unseren sachlichen Forderungen (Sehr richtig!), die wir im Interesse nicht nur der Wirtschaft, sondern des gesamten deutschen Volkes aufgestellt haben und die wir für dringend notwendig halten, wenn wir nicht bewußten Auges in den Abgrund fahren wollen.

Meine Damen und Herren! Aus diesen Erwägungen heraus habe ich versucht, den Entwurf einer Resolution zu formulieren, die ich als eine geeignete Grundlage mindestens für die Diskussion im Zentralvorstand ansehe, und von der ich hoffen möchte, daß sich trotz vielleicht widerstreitender Ansichten in dem und jenem Punkte doch eine Mehrheit vielleicht zusammenfindet. Ich will mir erlauben, ihnen diesen Entwurf, den ich selbst nicht als einen endgültigen ansehe, der insbesondere in seiner redaktionellen Fassung durchaus noch einer Redaktionskommission vielleicht überwiesen werden könnte, einmal vorzutragen. Er lautet:

»Der Zentralvorstand nimmt mit Dank und Anerkennung Kenntnis von den Bemühungen, die in der Richtung seines Beschlusses vom November 1928[72] durch die Fraktionen des preußischen Landtags und des Reichstags um die Schaffung gleichartiger Regierungen im Reich und in Preußen unternommen worden sind. Er stellt mit Bedauern fest, daß das gesetzte Ziel, das er auch heute noch aus Gründen des Staatswohls für im höchsten Maße erstrebenswert hält und das von allen an den Verhandlungen beteiligten Parteien gebilligt wurde, bei der Haltung des Zentrums, das lediglich auf die Erhaltung seiner politischen Machtstellung bedacht war, nicht erreicht worden ist.

Angesichts der außen- und innenpolitischen Lage, angesichts der Notwendigkeit einer geschlossenen Mehrheitsfront gegenüber unseren Vertragsgegnern in der Reparationsfrage, angesichts der Notwendigkeit einer Mehrheitsbildung zur Verabschiedung des Haushalts ist der Zentralvorstand der Auffassung, daß nunmehr im Reich diejenigen sachlichen Entschlüsse gefaßt werden müssen, die die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Volkes erfordern. Er vertraut, daß die Reichstagsfraktion gemäß ihrer bisherigen Haltung bei diesen Verhandlungen ihre grundsätzliche Anschauung im Interesse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Steuerzahler sowie im Interesse der Gesundung des parlamentarischen Lebens durchsetzen wird«.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, ich wollte damit nur diejenigen Grundlinien zeichnen, die, wie ich glaube, heute Gemeingut unserer Partei sein müssen. Ich möchte mir zum Schluß aber noch eine allgemeine Bemerkung erlauben. Die Verhältnisse der Parteien untereinander im Reich und in Preußen, aber auch die Verhältnisse innerhalb derjenigen Parteien, mit denen wir in Verhandlungen stehen und zu stehen haben werden, sind leider Gottes, das wissen wir alle, außerordentlich zerrissene und unerwünschte. Lassen Sie mich die ernste Mahnung an Sie richten, daß wir wenigstens innerhalb unserer Deutschen Volkspartei nach allen Kräften versuchen, heute zu einer sachlichen Einigung zu kommen. Nur dann können wir diejenige Stoßkraft entfalten, die wir brauchen, um die sachlichen Forderungen durchzusetzen, die wir im Interesse von Wirtschaft und Volk erheben müssen.

Ich glaube, wenn wir nach dieser Richtung sehr stark heute unsere Meinung zum Ausdruck bringen, so können Sie versichert sein, daß die Reichstagsfraktion wie bisher ihren Mann stehen wird, um diese Forderung durchzusetzen. Wir werden dann in einer sehr entscheidungsschwangeren Stunde die Führung des deutschen Bürgertums im besten und allgemeinsten Sinne an uns reißen. Wir werden dem deutschen Bürgertum diejenigen Wege zeigen, auf denen Wirtschaft und Volk allein ge-

[72] Siehe Dok. Nr. 70.

sunden können. Darum glaube ich, es ist der psychologische Moment gegeben, uns heute ganz stark auf die sachlichen Forderungen festzulegen, die wir zu erheben haben. Wir werden dann handeln gemäß unserer alten Tradition, Hüterin zu sein des deutschen Bürgertums im besten Sinne, einer Tradition, die die alte Nationalliberale Partei unmittelbar verbindet mit unserer Deutschen Volkspartei (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich möchte ein Wort zur Geschäftsordnung sagen. Ich muß Sie heute bitten durchzutagen. Wir haben diesen Saal bis 3 Uhr zur Verfügung. Ich glaube, es wird möglich sein, die Diskussion bis dahin zu erledigen. Nach der vor mir liegenden Liste kann ich, glaube ich, davon absehen, irgendeinen Beschluß fassen zu lassen über eine Beschränkung der Redezeit. Ich möchte übrigens bemerken, daß keiner der Herren von der Zeit, die er hatte, einen ungemäßen Gebrauch gemacht hat. Ich hoffe, daß das gute Beispiel auch von den folgenden Rednern befolgt wird.

Oberbürgermeister Dr. Blüher (Dresden): Meine Damen und Herren! Ich darf annehmen, daß, wenn auch das Hauptinteresse, das Hauptkontingent heute bei den Herren von Preußen liegt, doch auch der Wunsch besteht, einmal eine Meinung aus einem nichtpreußischen Teile Deutschlands zu hören. Und wenn ich daran erinnern darf, daß wir in Sachsen seit fünf Jahren die Koalition haben, die Koalition mit den Demokraten und der Sozialdemokratie und neuerdings noch mit drei anderen Fraktionen, so werden Sie uns zugestehen, daß wir auf dem Gebiete der Koalition über eine gewisse Erfahrung verfügen.[73] Von diesem Standpunkt aus bin ich mit einer gewissen frohen Hoffnung hierhergekommen, daß sich die Sache verhältnismäßig einfach lösen wird. Ich muß allerdings sagen: Die ersten Reden, die ich hier gehört habe, haben mich in dieser Auffassung etwas bedenklich gemacht.

Meine Damen und Herren! Alle Koalitionspolitik ist nur eine Frage der Taktik, niemals der Grundsätze. Man geht heute in eine Koalition hinein und morgen wieder heraus, je nachdem es die politische Taktik gebietet. Deswegen möchte ich von vornherein sagen: Der Zentralvorstand ist nicht die Stelle, die der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion auf diesem Gebiete der politischen Taktik Vorschriften machen darf und ihnen auch nicht die Verantwortung abnehmen darf. Wenn wir im November gesagt haben: Wir wünschen, daß im Reich wie in Preußen gleichmäßig die Koalition gebildet wird, so kann das niemals eine Bindung für die Reichstags- und Landtagsfraktion bedeuten. Ich würde dem Herrn Kollegen Scholz deshalb dankbar sein, wenn er in seiner Resolution mit zum Ausdruck brächte, daß in der Frage, ob dieser Beschluß vom November weiter zu verfolgen ist, selbstverständlich den Fraktionen freie Hand und auch die eigene Verantwortung überlassen werden muß.

Das ist das erste. Aber selbstverständlich werden die Fraktionen den Wunsch haben, unsere Meinung darüber zu hören, damit sie sich danach richten oder auch nicht danach richten können. Und da sind wir, glaube ich, alle einig über das eine, daß nämlich in Preußen jetzt einmal Gewehr bei Fuß gestanden werden muß, wenigstens offiziell (Lebhafte Rufe: Nein! Nein! Schießen!). Meine Damen und Herren! Sie

[73] Seit Januar 1924 regierte in Sachsen eine Koalition aus ASP, DDP und DVP unter Ministerpräsident Heldt (ASP), die durch eine Kabinettsumbildung am 1.7.1927 noch durch DNVP und die Volksrechtspartei erweitert worden war (Kultusminister: Wilhelm Bünger, DVP).

sprechen von einer Niederlage, von einer Schlacht, die Sie verloren haben. Derartige Worte würde ich nie in den Mund nehmen. Ich würde höchstens sagen: Wir haben bis zum heutigen Augenblick unser Ziel noch nicht erreicht und halten es für richtig, im gegenwärtigen Moment etwas Weiteres zur Erreichung dieses Zieles nicht zu tun. Ich möchte sogar sagen: Danken Sie Gott, daß Sie jetzt in Preußen nicht in die Regierung hineinkommen. Denn dadurch, daß Sie in Preußen jetzt draußen bleiben, wird Ihre Lage gegenüber dem Konkordat eine viel günstigere und unabhängigere. Was Herr Dr. Stresemann gesagt hat, daß, wenn in Preußen die Abstimmung über das Konkordat kommt, Sie wieder die Zügel ergreifen können, halte ich für einen sehr richtigen Hinweis. Die einzige Frage, über die diskutiert werden kann, ist die: Was machen die Herren im Reich? Und da ist, glaube ich, auch nicht der Zeitpunkt gegeben, heute einen Standpunkt auf Jahre hinaus festzulegen, sondern wir müssen uns darauf beschränken: Wie kommen wir über das große Ziel hinweg: Pariser Debatten, Reparationslasten und Auswirkungen auf Deutschland. Daß eine der Auswirkungen natürlich die Frage ist, wie sieht der jetzige Etat aus, ist selbstverständlich. Und daß ich da den Beschluß der Reichstagsfraktion, den Etat ins Gleichgewicht zu bringen, obwohl er nicht im Gleichgewicht steht, und den Versuch, den sehr bequemen Versuch zu machen, den Ländern und Gemeinden, die ohnehin jetzt schon Defizite haben, noch 300 Millionen abzustreichen, nicht für sehr glücklich halte, das nur nebenbei. Ich habe über diesen Beschluß bisher immer nur ein etwas spöttisches Lächeln gehört, wenn die Herren gesagt haben: Was halten Sie von dem Beschluß der Reichstagsfraktion?

Es handelt sich doch darum, daß wir im gegenwärtigen Moment unter keinen Umständen aus der Reichsregierung herausgehen können. Was heißt denn Politik treiben? Das heißt doch nicht, am Stammtisch sitzen oder im Zentralvorstand Reden halten, sondern Politik treiben heißt regieren, und regieren heißt, in der Regierung sich Einfluß verschaffen und die nötigen Persönlichkeiten hineinstellen. Und wenn man in Opposition geht, geschieht es nur zu dem Zweck, den Wiedereintritt in die Regierung sich günstiger zu gestalten. Selbstverständlich müssen wir in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes in der Regierung bleiben. Ob sie das Große Koalition nennen, wie Sie sich mit dem Zentrum dabei abfinden, ob Sie mit einem, mit zwei, mit zweieinhalb oder mit drei Ministern drin sind, das halte ich für Fragen zweiten oder dritten Grades (Sehr richtig! und Rufe: Na, na!). Wenn Sie fünf Jahre Koalitionsregierung hinter sich hätten, würden Sie über diese Sachen mit großer Ruhe sprechen. Wir haben uns jetzt in der Koalition mit einem Sitz begnügt. Die Führung haben wir trotzdem. Das hängt doch davon ab, wie man die Sache macht. Die Hauptsache ist, wen Sie hineinsenden und wer im Interfraktionellen Ausschuß den Vorsitz hat. Da möchte ich ein Wort aus der Erfahrung sagen. Das Schwergewicht der politischen Frage liegt bei Koalitionen nicht im Kabinett, sondern im Interfraktionellen Ausschuß. Ich nehme an, daß Sie diese Institution nun auch in Berlin haben, und ich nehme an, daß Kollege Scholz es für sich in Anspruch nimmt, den Vorsitz im Interfraktionellen Ausschuß zu haben (Zuruf: Den hat der Reichskanzler!). Ja, meine Herren, wenn Sie sich den vom Reichskanzler nehmen lassen! Das nur nebenbei.

Ich will nur sagen: Selbstverständlich müssen Sie im Reich heute in der Regierung bleiben. Sie müssen sich auch mit dem Zentrum nolens volens verständigen über das,

was im Reiche zu geschehen hat. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die eine Milliarde – um mit Herrn Dr. Stresemann zu sprechen, ich möchte sogar sagen die anderthalb Milliarden –, die wir etwa an Reparationslasten ersparen (Rufe: Na, na!) – ja, dazu schicken wir doch heute unsere Leute nach Paris! –, daß die in erster Linie verwendet wird zur Abbürdung der öffentlichen Lasten, die auf der Wirtschaft liegen. Und da wird sich zeigen, was diese Koalition – die Große Koalition oder die Koalition der Köpfe oder sonstiger Körperteile, wie Sie sie nennen wollen – leistet. Aber daß Sie die nächsten drei Monate in der Reichsregierung bleiben und sich mit dem Zentrum verständigen müssen, das halte ich für eine unbedingte politische Notwendigkeit. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte ich auch Herrn Kollegen Scholz fragen, ob es richtig ist, in der Resolution so die Spitze gegen das Zentrum zu nehmen. Daß Sie dem Zentrum die Wahrheit sagen, halte ich für richtig. Aber wenn ich mit jemand morgen mich an einen Tisch setzen muß, dann gebe ich ihm nicht heute eine Ohrfeige. Ich möchte also kurz sagen: Der Preußenfraktion drücken wir trotz ihres Mißerfolgs Dank und Anerkennung aus. Die Reichstagsfraktion bitten wir, in der Regierung zu bleiben, wenigstens für die nächsten Monate, und die Koalition mit dem Zentrum herzustellen, bis die großen Fragen erledigt sind: Reparationslast mit allen Auswirkungen (Geheimrat Dr. Kahl: Bravo![74]).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Ausführungen des verehrten Herrn Oberbürgermeisters Dr. Blüher ohne Beifallsäußerungen entgegengenommen haben, so möchte ich doch das eine persönlich bemerken, daß Sie in ihm eine Verkörperung der Idee haben, daß die Persönlichkeit sich durchsetzt; denn daß in Sachsen Herr Oberbürgermeister Dr. Blüher allein regiert, weiß jeder, der die Verhältnisse in Sachsen kennt (Heiterkeit).

Herr Dr. Böhm[75] (Remscheid): Meine Damen und Herren! Wenn Herr Dr. Scholz es als Ziel dieser Zentralvorstandssitzung bezeichnet hat, daß wir zu einer sachlichen, möglichst einmütigen Entschließung kommen sollten, so bezweifle ich meinerseits nicht, daß das gelingen wird. Bezüglich der Entschließung selbst möchte ich allerdings den persönlichen Wunsch haben, daß sie redaktionell noch sehr stark geändert wird, vor allem auch unter Teilnahme von Mitgliedern der Preußenfraktion.

Ich begrüße diese Zentralvorstandssitzung, weil sie so kurze Zeit nach unserer letzten Sitzung und in so kritischer Stunde einberufen worden ist, weil sie dem Wunsche aller derjenigen entspricht, die bei der letztlichen Besprechung der Organisationsfragen es für dringend wünschenswert bezeichnet haben, so häufig wie möglich den Kontakt zwischen dem Lande und den Parlamenten, sagen wir mal, der Parteileitung herzustellen. Das ist heute in ausgezeichneter Weise gelungen. Wir haben aus allen Teilen des Landes Stimmen gehört, Stimmen, die zum allergrößten Teil einig gehen, und ich glaube, das wird auch für die Parlamentarier von allergrößtem Wert sein. Aber ich möchte hier nicht in meiner Eigenschaft als preußischer Landtagsabgeordneter sprechen. Ich gehöre dem Zentralvorstand als Wahlkreisvorsitzender an, und

[74] In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 25.2.1929 war Kahl einer der wenigen, die Stresemanns Linie gestützt und sich für eine »Große Koalition unabhängig von Preußen« ausgesprochen hatten, siehe BAK R 45 II/67, p. 130.

[75] Willy Boehm (* 1877), Dr. med. Arzt. Stadtverordneter in Remscheid. 1925–1933 MdL Preußen (DVP).

ich möchte ein paar ganz nüchterne Worte über das Schicksal der Partei im Lande hier zum Ausdruck bringen. Wir Wahlkreisvorsitzenden, die dort in der Arbeit stehen, sehen mehr, wieviel Verluste wir erleiden durch den Abgang von Mitgliedern, und wir hören mehr die Gründe, die dazu geführt haben. Deshalb bewegt uns diese Tatsache des Abfalls von Parteifreunden außerordentlich schwer. Wenn man nun den Gründen dafür nachgeht, so lassen Sie mich zwei Gruppen von Parteiangehörigen herausgreifen.

Das eine ist die große Gruppe der Beamten, die weltanschaulich zu uns gehören. Ich betone: die weltanschaulich zu uns gehören; denn Sie werden in keiner Partei so wenig Beamte finden, die lediglich aus Wunsch nach Beförderung der Partei angehören, sondern die objektiv arbeitende Beamte sind und die aus weltanschaulichen Gründen zur Volkspartei gegangen sind. Und das, was heute noch bei uns geblieben ist, das ist, möchte ich sagen, zu 99 % weltanschaulich an uns gebunden. Denn irgendeine Hoffnung auf schnelle Beförderung war ja gar nicht da (Zuruf: Im Gegenteil!). Und diese Beamten – das kann ich aus innerster Überzeugung sagen – sind nicht so, wie das manchmal behauptet wird, daß sie etwa unser Eintreten in die Regierung nur wünschen, damit sie nun schleunigst den Sprung in die nächste Beförderungsstelle machen können. Sie wünschen nur das eine: daß sie mit ihrer volksparteilichen Überzeugung ruhig und sachlich mitarbeiten können, ohne wegen ihrer volksparteilichen Überzeugung in der Arbeit wie in der Beförderung zurückgesetzt oder benachteiligt zu werden (Sehr gut!). Deshalb begrüßen wir Parteifreunde im Westen – nicht nur in meinem Wahlkreis, sondern in den ganzen rheinisch-westfälischen Wahlkreisen – den Beschluß der Landtagsfraktion. Wenn eine Fraktion wie die unsere einstimmig der Meinung war, daß der Eintritt in die preußische Regierung eine unbedingte Notwendigkeit sei, wenn nur irgendwie die Bedingungen erträglich seien, und wenn diese Fraktion einstimmig erkannt hat, daß jetzt die Bedingungen nicht erträglich waren, um den Eintritt zu ermöglichen, dann sehen Sie doch daraus, daß mit schwersten Bedenken und unter schwersten Gewissenserregungen dieser Beschluß gefaßt worden ist und daß wir geglaubt haben, das Beste zu tun. Die Stimmung des Zentralvorstandes hat ja auch dem entsprochen.

Die andere Gruppe von Menschen, die uns fortgehen, stammt aus den Kreisen der Wirtschaft, und zwar sind es nicht nur die großen Wirtschaftler, auch nicht in der Mehrzahl, sondern es sind die mittleren und kleineren Existenzen, auf deren Wert für die Partei ja gerade unser verehrter Parteiführer Dr. Stresemann ausdrücklich hingewiesen hat. Es ist doch für jeden, auch Nicht-Wirtschaftler, oder sagen wir: gerade für den Wirtschaftler, ein geradezu erschütternder Anblick, wie bei uns z. B. in einer Gegend, in der die kleinen und die mittleren Betriebe überwiegen, einer nach dem anderen von diesen Betrieben erstirbt und zugrunde geht und wie diese selbständigen und kräftigen Menschen aus der Selbständigkeit in die Unselbständigkeit oder ins Elend geraten. Das ist etwas, was man nicht mehr mit ansehen kann. Man kann verstehen, daß diese Leute dann glauben, nicht mehr bei einer Partei bleiben zu können oder in der Partei Hilfe zu finden, die seit fünf Jahren doch in der Regierung sitzt und die wirtschaftlichen Dinge mit zu verantworten hat. Es ist ja geradezu tragikomisch, aber es muß doch erwähnt werden, daß diese Menschen sogar in Herrn Hugenberg den starken Mann sehen, der gerade ihre Existenzen wieder zur Blüte bringen könnte, und daß sie glauben, diesem Rattenfänger nachlaufen zu müssen.

Das wollte ich hier einmal ganz deutlich aussprechen. Ich bin nicht der pessimistischen Meinung, der man manchmal begegnet, daß die Partei auf dem Wege des Abbruchs ist. Aber daß wir an einem Scheidewege stehen, ist ganz klar. Deshalb begrüße ich ganz ausdrücklich die Bemerkung unseres Herrn Parteiführers, daß nach den Verhandlungen in Paris – so lange kann auch nach unserer Ansicht von einem Herausgehen aus der Verantwortung gar nicht die Rede sein – die Entscheidung gefällt werden muß, ob wir Dinge mitmachen, die dazu führen, unsere Partei weiter zu schädigen, indem wir den tüchtigsten und treuesten Anhängern die Hoffnung nehmen, im Rahmen unserer Partei am Geschick des Vaterlandes mitarbeiten zu können. Diese Entscheidung wird einmal kommen, und ich möchte noch einmal betonen: Die Entscheidung über das Heil der Partei liegt ganz allein bei uns (Beifall).

Herr Dr. Schwendy (Breslau): Meine Damen und Herren! Obgleich ich im Kern den Ausführungen des Herrn Professors Schuster durchaus zustimme, dürfte doch wohl hierüber nur eine Ansicht herrschen, daß von einem Austritt unserer Minister aus dem Reichskabinett in diesem Augenblick unter gar keinen Umständen die Rede sein kann (Sehr richtig!). Ich stehe auch durchaus zu der Haltung der Landtagsfraktion. Ich brauche mich darüber hier nicht weiter auszulassen. Ich stehe auch zu der Resolution des Herrn Dr. Scholz, soweit sie dahin geht, daß in ihr die sachlichen Ziele der Partei zu betonen sein werden. Dagegen kann ich unter keinen Umständen dem Teil der Resolution zustimmen, der die Bahn frei hält für die Bildung einer formellen Großen Koalition im Reiche, trotzdem unsere Bedingungen vom November vorigen Jahres nicht erfüllt sind (Bravo!). Herr Oberbürgermeister Dr. Blüher hat gesagt, er würde das Wort von einer Niederlage der Partei gar nicht in den Mund nehmen. Aber wenn Herr Dr. Blüher das Wort vermeidet, so hört man es doch allenthalben im Lande draußen bei unseren Parteifreunden und bei anderen Parteien. Allüberall wird die Entwicklung der Dinge, wie sie sich gestaltet hat, angesehen wie eine schwere Niederlage unserer Partei, und wir dürfen diese Niederlage unter keinen Umständen noch vergrößern.

Der Ausgangspunkt, von dem aus wir den Kampf aufgenommen haben, war die Resolution vom November 1928. Wir haben von da aus, wenn ich so sagen darf, die Feste Preußen gestürmt und sind zurückgeschlagen worden. Darin liegt eine Niederlage. Aber wir müssen unter allen Umständen den Ausgangspunkt, von dem aus wir gestürmt haben – und das ist die Resolution vom November –, festhalten (Sehr richtig!). Es würde im Lande nicht verstanden werden, bei unseren Parteifreunden sicher nicht, wenn wir das nicht täten. Wir würden den anderen Parteien wieder einmal Veranlassung geben, von der Wankelmütigkeit der Deutschen Volkspartei zu reden, die erst Forderungen aufstellt und nachher davon zurückweicht, wenn sie sieht, daß sie sie nicht erfüllen kann. Ich glaube, daß ein großer Teil der Parteifreunde meinen Standpunkt teilt. Ich stimme also der Resolution zu, bitte aber, sie in dem einen Punkte so zu fassen, daß gesagt wird: Der Zentralvorstand hält unter allen Umständen an seiner Resolution vom November 1928 fest (Beifall).

Herr Dr. Berger (Hamburg): Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die von dem Herrn Vorsitzenden gewünschte Kürze und um Wiederholungen zu vermeiden, möchte ich auf zwei Punkte mich beschränken, und zwar einmal auf eine knappe Zusammenfassung der Stellung, die die Volkspartei zur Regierungsbildung nach der heutigen Besprechung nach Ansicht unserer Hamburger Freunde einnehmen sollte,

und zweitens: Wie soll man das im Lande durch unsere heutige Verlautbarung verkünden?

Was die Frage der Regierungsbildung, die Frage der weiteren Teilnahme an der Regierung betrifft, so sind wir selbstverständlich wie alle heute im Saale der Meinung, daß es unverantwortlich wäre, aus der Regierung so, wie sie heute besteht, unsere Minister deswegen zurückzuziehen, weil unsere Wünsche in Preußen nicht erfüllt sind. Eine andere Frage ist es aber, wie wir uns stellen sollen, wenn es zur Bildung einer Koalition im Reich und in Preußen kommt. Ich glaube, eins werden wir in aller Einmütigkeit sagen: Wir halten eine Koalition sowohl im Reich wie in Preußen, an der die Volkspartei beteiligt ist, für ein Ziel, das wir auch weiterhin erstreben sollen, und zwar, wenn es möglich ist, in Form der Großen Koalition. Aber jede Beteiligung der Volkspartei an irgendeiner Koalition im Reich muß an der Bedingung hängen, die der Herr Parteiführer heute selbst formuliert hat, nämlich der, daß weitere Belastungen der Wirtschaft in jeglicher Form vermieden werden, daß im Gegenteil Erleichterungen der Wirtschaft ins Auge gefaßt werden. Wenn diese Bedingung nicht zu erreichen sein sollte von denjenigen Parteien, die außer uns sich an der Koalition beteiligen würden, dann haben wir das Wort – und darauf legen wir in Hamburg besonderen Wert – des Herrn Dr. Stresemann, daß er dann auch das Gewicht seiner Persönlichkeit in der Form in die Waagschale werfen wird, daß er die Konsequenzen zieht.

Wir werden mit der Wahrscheinlichkeit rechnen können, daß augenblicklich und in der nächsten Zeit eine Koalition, geschweige denn eine Große Koalition, auf die Dauer zu den Bedingungen, die wir stellen, nicht zu haben sein wird. Es kann aber die Frage auftauchen, ob vielleicht eine vorläufige Koalition bis zum Schluß der Pariser Verhandlungen noch in Betracht kommen könnte. Das wäre natürlich nur möglich, wenn weitere Bedingungen als diejenigen wirtschaftlicher Natur zurückgestellt werden, wenn sich die beteiligten Parteien darauf einigen, auf alle Wünsche, die politisch trennen, vorläufig und bis dahin zu verzichten. Dies über unsere Stellung zur Regierungsbildung!

Nun die zweite Frage: Wie sage ich das meinem Kinde? Was wir hier heute gehört haben, was unter uns klar ist, ist im Lande noch lange nicht klar. Im Lande sieht man nur: Seit drei Vierteljahren ist es im Deutschen Reich nicht gelungen, zu einer endgültigen Regierungsbildung zu kommen. Im Lande sieht man nur: Seit Monaten verlangt die Volkspartei gleichzeitige und gleichartige Regierungsbildungen in Preußen und im Reich, sonst würde sie aus der Regierung ausscheiden, und jetzt tut sie das nicht, obgleich dieser Wunsch nicht erfüllt ist. Wir müssen, wenn wir unsere heutige Entscheidung vor dem Volke begründen, einmal deutlich sagen, was wir hier alle wissen, woran aber im Volke draußen niemand denkt: daß unser Parteiführer sich selbst opfert, wenn er im Amte bleibt, und daß er auf alles verzichtet, was er für sich und seine Gesundheit tun müßte, um sich für das Vaterland zu opfern, und daß die Volkspartei sich selbst opfert, wenn sie das duldet.

Wir werden weiter in das Volk hinausrufen müssen, daß wir als erste Partei uns lossagen wollen von dem Mißbrauch, den die deutschen Parteien bisher mit dem Parlamentarismus getrieben haben, daß wir aufhören wollen, zu kämpfen um Ministersessel, daß wir aufhören wollen zu dulden, daß agitatorische Anträge gestellt

werden, die, wenn sie Erfüllung fänden, das Volk mit Millionen, ja Milliarden belasten würden. Wenn wir dies hinausschreien in das Volk, werden wir aus der vielleicht vermuteten Verteidigung oder Vertuschung einer Niederlage eine Fanfare machen für die Deutsche Volkspartei.

Herr Vögler (Kiel) (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich glaube, die Aussprache ist genügend fortgeschritten, daß es kaum noch möglich ist, neue Gedanken zu bringen. Es liegen zwei Entschließungen vor: eine von Herrn Dr. Scholz und eine von Herrn Dr. Zehle. Würde es nicht zweckmäßiger sein, um eventuell eine festere Grundlage für die Fortsetzung der Debatte zu gewinnen, eine halbe Stunde Pause zu machen und eine Redaktionskommission einzusetzen, die uns dann einen festen Vorschlag vorlegt?

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich habe die Absicht, jetzt bis 2 Uhr die Diskussion fortzusetzen, aber dann Ihnen vorzuschlagen, in die Diskussion über die Resolution einzutreten. Es kann unmöglich so gehen, daß wir bis etwa kurz vor 3 Uhr diskutieren und dann während des Aufbruchs über die Resolution entscheiden. Bis dahin würde ich bitten, die Diskussion fortzusetzen. Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind? (Zustimmung).

Herr Sauerborn[76] (Koblenz): Meine Damen und Herren! Ich will mich im wesentlichen mit der Resolution befassen. Wir sind vom Parteivorstand zusammenberufen worden, um doch wohl zu der einen großen, konkreten Frage Stellung zu nehmen: Billigen wir es, daß die Reichstags- und vor allem die Landtagsfraktion die Richtlinien, die ihnen der Zentralvorstand zuletzt gegeben hat, durchführen, unter Umständen auch bis zu dem Kampf aufs Messer. Diese Frage ist, glaube ich, nach der Aussprache schon dahin entschieden, daß wir es heute, wenn der Herr Parteiführer, der gleichzeitig Außenminister ist, für unmöglich erklärt, aus außenpolitischen Gründen, eine Krisis bis zum letzten durchzufechten, wir diesen Kampf zurückstellen müssen. Ich glaube, darin waren wir einig.

Einig waren wir, glaube ich, auch darin, daß die schärfste Formulierung, die wohl Herr Professor Schuster gefunden hat, den Beifall einer ganz großen Mehrheit hatte, daß wir nämlich grundsätzlich an unserem damaligen Beschluß unter allen Umständen festhalten müssen und daß wir eine derartige Festlegung auch in unserer Resolution zum Ausdruck bringen müssen. Ich glaube, man braucht den Ausführungen von Herrn Dr. Schuster in sachlicher Hinsicht kaum etwas hinzuzusetzen. Vielleicht das eine, daß man anknüpft an die Ausführungen in dem einleitenden Vortrag des Herrn Vorsitzenden, worin die Rede davon war, daß wir nicht um kleinliche und einzelne taktische Dinge streiten wollen, sondern daß wir hier und gerade jetzt die großen Gesichtspunkte herausarbeiten wollen.

Die Frage der gleichzeitigen Zusammensetzung der preußischen Regierung und der Reichsregierung ist doch insofern eine ganz große Frage, als damit dem wichtigsten Problem der Reichsreform immerhin vorgegriffen wird. Das große Verdienst des Herrn Dr. Luther besteht doch wohl darin, daß er einmal aufgezeigt hat: So wie bisher geht es mit dem Nebeneinander und Gegeneinander von Reich und Preußen nicht weiter. Und wenn wir uns entschlossen haben, führend da voranzugehen und

[76] Georg Sauerborn (* 1892), Regierungsrat. Vors. des Wahlkreisverbandes Koblenz-Trier.

zu versuchen, endlich diesen Dualismus aus der Welt zu schaffen und eine feste Grundlage für die Reichsreform zu legen, so haben wir doch allen Grund, an dieser Linie unter allen Umständen festzuhalten.[77] Das Zweite, das wir unbedingt zum Ausdruck bringen müssen, deckt sich auch mit einer Feststellung des Herrn Parteivorsitzenden: daß es für unsere Wirtschaft Grenzen gibt des Zumutbaren und der Belastung, die wir nicht überschreiten können und von denen wir die Zugehörigkeit zu einer Koalition im Reich abhängig machen.

Bringen wir diese beiden Gesichtspunkte in die Entschließung Scholz hinein, dann wird der Eindruck nicht aufkommen können, wie Herr Dr. Zehle und andere meinten, wir hätten eine Schlacht gegen das Zentrum verloren. Wenn wir mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck bringen, daß wir diesen guten Kampf heute aus Gründen wichtiger und höherer Natur einstellen müssen, daß wir ihn aber zu gegebener Zeit wieder aufnehmen wollen und an unserer grundsätzlichen Einstellung festhalten, dann wird es dem Zentrum nicht möglich sein, den Eindruck im Lande zu erwecken, die Deutsche Volkspartei kneife und weiche aus, sobald ihr ein ernstlicher Gegner in den Weg trete. Deshalb muß diese Entschließung eine starke Farbe bekommen (Sehr richtig!). Die Entschließung muß Hörner und Klauen bekommen. Es darf keine Chamade sein, es muß eine weithin klingende Fanfare werden. Wenn wir das getan haben, ist unsere heutige Tagung nicht ganz vergebens gewesen (Beifall).

Herr Mathy (Halle): Meine Damen und Herren! Ich möchte mich gegen den zweiten Teil der Entschließung Scholz wenden. Es ist unschwer zu erkennen, daß damit der Beschluß vom November abgeändert wird. Es geht daraus hervor, daß eine Bindung unserer Partei gerade in diesem Augenblick zum mindesten stark in Erwägung gezogen wird. Ich halte diesen Gedanken für verfehlt. Er bedeutet eine restlose Preisgabe unserer Preußenfraktion, die in schwerem Kampfe versucht hat, unseren Beschluß der Staatsnotwendigkeiten durchzusetzen. Ich möchte meinen, daß die schweren Probleme der Außenpolitik und der Wirtschafts- und Steuerpolitik nicht zu lösen sind, wenn wir nicht in dem großen Lande Preußen maßgebend vertreten sind. Aber ich bin auch der Meinung, daß wir das Ziel nie erreichen, wenn wir jedesmal, wenn wir auf Widerstand stoßen, zurückweichen, wenn wir wenigstens den Anschein erwecken, als seien wir zurückgewichen. Wir, die wir im Lande sind, die wir angewiesen sind auf diejenigen, die schließlich unseren Abgeordneten das Mandat geben, werden ja nicht genügend aufgeklärt über die sachlichen Leistungen unserer Abgeordneten, und ich glaube, manches Mißverständnis und manches, was Herr Professor Schuster gesagt hat, wäre ausgeschaltet, wenn die Verbindung zwischen der praktischen Arbeit der Fraktionen und unseren Wählermassen günstiger wäre. Wenn wir schon keine große Presse haben, so haben wir doch die »Nationalliberale Correspondenz«, die darauf hinweisen könnte, daß unsere Fraktion, unsere Minister sinnlose Agitationsanträge anderer Regierungsparteien zum Scheitern gebracht haben.

Aber auch ein Weiteres! Die Reichstagsfraktion unserer Partei hat zur Deckung des Defizits eine Entschließung eingebracht, die ungefähr in allen Teilen dem widerspricht, was das Kabinett beschlossen hat. Ich halte diese Forderungen der Fraktion der Deutschen Volkspartei für richtig. Ihre Durchsetzung ist aber nicht mehr mög-

[77] Zur Frage der Reichsreform siehe Dok. Nr. 70, Anm. 15.

lich in dem Augenblick, wo wir koalitionsgebunden die Verantwortung für die Regierung mit übernehmen. Wir, die wir uns mit Recht Liberale nennen, die wir den Vortrag unseres Parteiführers über den Wert der Persönlichkeit gehört haben, zweifeln nicht daran, daß unsere beiden Minister im Kabinett sich auch durchsetzen werden ohne koalitionsmäßige Bindung. Ich sehe auch keine Notwendigkeit ein, das zu ändern. Aber vergessen Sie nicht, meine Herren: Wir sind nun einmal hervorgegangen aus allgemeinen Wahlen. Im Lande versteht man es nicht, wenn die Volkspartei heute umfällt, und darum handelt es sich, wenn wir den zweiten Teil der Entschließung von Herrn Dr. Scholz annehmen.

Ich bedauere, daß es immer wieder möglich ist, daß die Presse, die demokratische und sozialdemokratische Presse, aber auch die Presse, die sich zu uns hält, von vornherein Gegensätze im Volke verbreitet zwischen unserem Führer und irgendeiner Fraktion. Vor einem halben Jahre war es zwischen Dr. Stresemann und der Reichstagsfraktion, jetzt ist es zwischen Dr. Stresemann und der Landtagsfraktion. Deshalb warne ich vor einer Aufhebung der Novemberbindung. Ich möchte bitten, die Resolution von Herrn Dr. Zehle anzunehmen, worin klipp und klar zum Ausdruck kommt, daß eine koalitionsmäßige Bindung im Reich nur möglich ist bei gleichzeitiger Koalition in Preußen (Bravo!).

Reichstagsabgeordneter Dr. Schmid[78] (Düsseldorf): Meine Damen und Herren! Ich möchte als meine persönliche Auffassung, darüber hinaus aber auch als die einmütige Auffassung des von mir im Reichstag vertretenen Wahlkreises Düsseldorf-Ost zum Ausdruck bringen, daß der Resolutionsentwurf des Herrn Kollegen Dr. Scholz in der jetzigen Fassung für uns nicht annehmbar ist. Denn das würde einmal ein Fallenlassen der Bedingungen in Bezug auf Preußen bedeuten, und wir sehen keinen Grund dafür ein, daß wir unsere preußischen Forderungen aufgeben sollen. Es würde uns weiter der Gefahr aussetzen, daß wir auch ohne die nötigen sachlichen Sicherungen die Ernennung von drei Zentrumsministern im Reich erleben und damit die Große Koalition in den Sattel gesetzt sehen, ohne daß insbesondere auch der Standpunkt der Reichstagsfraktion in der Steuerfrage die nötigen Sicherungen erfahren hätte (Zuruf von Dr. Scholz). Wenn die Resolution, wie ich mit Freuden feststelle, nicht die letzterwähnte Tendenz aufweist, so muß jedenfalls der Wortlaut eine völlige Korrektur erfahren, damit dieser Gedanke auch klar zum Ausdruck kommt.

Wie die Stimmung im Westen ist, das darf ich aus einem mir soeben zugegangenen Briefe unseres alten Freundes Direktor Zell[79] in Ohligs Ihnen vortragen. Er schreibt: »Wenn, wie es hier verlautet, die Reichstagsfraktion unter allen Umständen die Freiheit des Handelns, ohne in Preußen gebunden zu sein, wiedergewinnen will, bedeutet das, daß die Volkspartei in Preußen für absehbare Zeit zur Ohnmacht verdammt ist und für eine Regierungsbildung nicht mehr in Frage kommt. Mir scheinen Ihre neulichen Darlegungen, mit der gegenwärtigen Reichsregierung die Geschäfte weiterzuführen, bis die Reparationsverhandlungen in Paris zu einem gewissen Abschluß

[78] Carl Christian Schmid (1886–1955), 1911–1924 stellv. Landrat in Schlebusch. 1919–23 Beigeordneter der Stadt Düsseldorf. 1923 Eintritt in die Reichskanzlei als Reichskommissar für Rhein und Ruhr, später StS für die besetzten Gebiete. 1926–1930 StS im Reichsministerium für die besetzten Gebiete. 1924–1928 MdL. Preußen, 1928–1932 MdR (DVP). Mai 1933–1938 Regierungspräsident in Düsseldorf, danach Versetzung in den Ruhestand.

[79] Karl Zell (* 1881), Vorstandsmtgl. der Kronprinz-AG in Ohligs und des RdI.

gediehen sind, durchaus zweckmäßig und richtig zu sein, und es will mir ohne nähere Kenntnis der Einzelheiten nicht in den Kopf, daß nun alles, worauf man sich jahrelang festgelegt hat, im Ernstfall im Stich gelassen wird. Ich versteife mich nicht auf die Innehaltung von Prinzipien. Mir scheint aber, daß das, was geschehen soll, ein Umfall ist, der nicht durch unbedingte Staatsnotwendigkeiten diktiert ist. Vor den Wählern werden wir wieder einmal als diejenigen erscheinen, die zwar große Worte im Munde führen, aber im Ernstfall tapfer zurückweichen. So, wie ich die Stimmung kenne, wird das die Volkspartei innerlich erschlagen und ihr die Mitarbeiter, die trotz mancher Unverständlichkeiten durch dick und dünn mit der Partei gegangen sind, abspenstig machen. Ich könnte mir für meine Person sehr wohl denken, daß ich zwar nicht der Partei untreu würde, aber meine tätige Arbeit niederlegte, und ich weiß, daß große Kreise des Bürgertums, insbesondere des intellektuellen Bürgertums, sich bei einem Umfall von der Volkspartei abwenden und zu einer anderen Partei übergehen würden. Ich wollte nicht verfehlen, aus ernster Besorgnis Ihnen diese Gesichtspunkte darzulegen. Unbedingten Staatsnotwendigkeiten beuge ich mich, auch wenn sie im Volke unpopulär sind. Man muß indessen mir die Gründe dafür darlegen, daß es sich um Staatsnotwendigkeiten handelt. Diese Überzeugung habe ich und mit mir viele Tausende bisher nicht gewinnen können«.

Ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Auch ich bin davon überzeugt, daß eine Staatsnotwendigkeit für den Ersatz des gegenwärtigen Kabinetts im Reich durch ein Kabinett der Großen Koalition unter Verzicht auf unseren früheren Standpunkt nicht gegeben ist. Ich bin vielmehr der Meinung, es sollte der einmütige Ausgang der heutigen Verhandlungen sein, daß wir unseren Minister bitten, so wie bisher auf dem Posten zu bleiben und mit dem bisherigen Kabinett weiterzuregieren.[80] Ich habe gar keinen Zweifel, daß, wenn dieser starke Appell von hier kommt, dann auch die sozialdemokratischen Minister die Nerven haben werden, auf der bisherigen Grundlage weiterzuarbeiten. Nach Lösung der außenpolitischen Fragen wird es dann notwendig sein, die preußische Frage neu anzukurbeln. Ich spreche auch aus Erfahrung in dem Amt, das ich bekleide, wenn ich sage, daß weite Zentrumskreise am Rhein schon heute die Tatsache, daß kein Zentrumsminister mehr im Reichskabinett sitzt, als äußerst unbequem empfinden. Ich bekomme täglich Briefe, worin darüber Klage geführt wird, und ich bin überzeugt: Wenn wir nicht nachgeben, wenn wir an unserem früheren Standpunkt festhalten, wird das Zentrum in einigen Wochen verhandlungsfähiger[81] sein als im Augenblick (Lebhafter Beifall).

Herr Dr. Pfalz (Berlin): Meine Damen und Herren! Der größte Teil meiner Freunde aus Groß-Berlin – aus den Wahlkreisen 2 und 4 – ist der Auffassung, daß die Resolution von Herrn Dr. Scholz für uns unannehmbar ist. Wir sind der Meinung, es muß weiter darauf bestanden werden, daß eine Koalition im Reich nicht zu einer anderen und früheren Zeit geschlossen werden kann als in Preußen, weil wir das nun einmal immer gefordert haben und weil wir den Umfall, von dem man im ganzen Lande schon spricht, nun nicht ganz offenkundig machen können. Wenn man das nicht unter allen Umständen durchdrücken wollte, dann hätte man seinerzeit den Mund

[80] Bereits in der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 25.2.1929 hatte Schmid die Haltung der preußischen Landtagsfraktion unterstützt und gefordert, die Reichstagsfraktion dürfe »ihre sachlichen Forderungen nicht zurückstellen«, BAK R 45 II/67, p. 130.

[81] So in der Vorlage; wohl gemeint: »verhandlungswilliger«.

nicht so voll nehmen sollen. Nachdem wir es getan haben, müssen wir zu unseren Worten stehen, damit wir uns nicht bis zu einem gewissen Grade lächerlich machen.

Wir meinen, daß auch darüber hinaus es nicht so geht, daß immer gesagt wird: Unsere Abgeordneten und Minister sind nur sich selbst gegenüber verantwortlich und können hier nicht eine Art Gerichtssitzung über sich halten lassen. Das wollen wir natürlich nicht. Wir wollen nur versuchen, uns in einen möglichst engen Kontakt mit unseren führenden Freunden zu bringen, und wir meinen, daß die Wichtigkeit des Abgeordneten nur dann bejaht werden kann, wenn er diesen Kontakt mit seinen Freunden hat. Die staatsrechtliche Lage ist uns selbstverständlich klar. Wir können den Abgeordneten keine Anweisungen geben. Aber sie sollen sich darüber hinaus überlegen, ob es nun vom Standpunkt der politischen Moral der Partei erträglich ist, sich in Gegensatz zu ganz großen Teilen der Wählerschaft zu stellen. Es ist doch auf die Dauer nicht erträglich, wenn Tageszeitungen, nicht nur solche, die uns feindlich gegenüberstehen, sondern auch solche, die vielfach eine sehr freundliche Haltung uns gegenüber einnehmen, sich geradezu bemühen, uns zu vertreten, schließlich erklären: Wir können Eure Art nicht mehr mitmachen. Ich denke nur an eine Zeitung, die zwar gewiß niemals deutsch-volksparteilich eingestellt gewesen ist, die auch nicht uns freundlich gesinnt ist, die aber gerade in Groß-Berlin uns außerordentlich viel schadet; ich denke an einen Leitartikel des »Berliner Lokalanzeigers«[82] vom Sonnabend, der uns so geschadet hat wie nur möglich. Und wenn nun geklagt wird, daß eine solche Sprache geführt werden kann, so muß ich sagen: Es ist doch leider wahr, was darinsteht. Wenn das alles nicht richtig wäre, würden wir den Kampf dagegen aufnehmen können. Da es aber leider richtig ist, wird es uns weiter schaden.

Wir sind doch vielfach an der Frage vorbeigegangen, ob nicht tatsächlich sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten vorher bestanden haben. Auch Herr Abgeordneter Stendel, mit dem wir sonst so ganz und gar konform gehen, hat es doch auch so dargestellt, als wenn man von jeher in dieser Frage zwischen Reichstags- und Landtagsfraktion nicht so ganz einig gegangen ist. Auch an der Frage, ob das eine oder andere prominente Mitglied der Partei nicht vielleicht gar zu scharf auf die Preußenfraktion eingewirkt hat, sind wir vorbeigegangen. Wir wissen, daß das der Fall ist, und wir möchten den Wunsch hier aussprechen, daß das nicht weiter geschieht, sondern daß wir uns an das halten, was wir beschlossen hatten. Wir bekommen immer wieder denselben Gedankengang zu hören, daß man nämlich auch in der Lage sein und den Mut haben müsse, sich unpopulär zu machen. Wir dürfen aber nicht so weit gehen, daß wir die Unpopularität geradezu zum Selbstzweck der Partei machen und uns damit den Ast absägen, auf dem wir sitzen.

Meine Damen und Herren! Wir sind allmählich zu einem großen Offizierskorps geworden mit unendlich wenig Mannschaften (Sehr richtig!). Und wenn dieses Offizierskorps auch sehr viel kleiner werden soll, braucht man nur das zu tun, was hier in Gefahr steht, braucht man nur eine Koalition im Reich zu machen und in Preußen zu unterlassen. Wir bitten deshalb dringend, daß man sich an den verantwortlichen Stellen überlegen möchte, ob man sich so unpopulär machen darf. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die Sachlichkeit der Deutschen Volkspartei vielfach eine Sachlich-

[82] Zum »Berliner Lokal-Anzeiger« siehe Dok. Nr. 64, Anm. 76.

keit ist, mit der man sich fast überschlägt. Man muß, ohne unwahr zu sein, auch einmal ein wenig unsachlich sein können, um seinen Besitzstand so zu wahren, daß man in Zukunft irgendwelchen Einfluß ausüben kann. Denn wenn wir auf diesen Einfluß verzichten, sind unsere besten Reden gegenstandslos, dann können wir in ein paar Jahren sagen: Das waren schöne Träume. Dann werden wir auch unsere führenden Männer nicht mehr auf den Posten sehen, auf denen wir sie gern weiter sehen möchten. Darum bitte ich Sie, die Resolution Scholz abzulehnen. Wir haben eine andere Resolution eingebracht.[83] Damit würde den Wünschen meiner Freunde aus Groß-Berlin Rechnung getragen werden.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Herr Dr. Pfalz hat davon gesprochen, daß auf die Landtagsfraktion ein starker Druck ausgeübt worden sei. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Wenn ich mich bereit erklärt habe, über die Frage der preußischen Koalition zu verhandeln, so liegt darin sicherlich nicht irgendwie der Gedanke eines Druckes auf die Landtagsfraktion, sondern es lag gerade umgekehrt der Gedanke darin, daß ich mich selbst und meinen Einfluß aufs Spiel gesetzt habe, um für die Landtagsfraktion das zu erreichen, was möglich wäre. Ich habe mit Herrn Ministerpräsidenten Braun gesprochen, und ich habe mit Herrn Kaas verhandelt, und ich glaube, daß die Erklärung, die Herr Kaas damals abgegeben hat, an sich geeignet gewesen wäre, manche Differenz zu begleichen. Herr Ministerpräsident Braun hat mir in einer Unterhaltung, die ich mit ihm gehabt habe, dann den Vorschlag gemacht, der heute auch von Herrn Stendel erwähnt worden ist, und der darin bestand, uns neben dem Handelsminister und dem Staatssekretär den Sitz eines Reichsministers im Preußenkabinett zu gewähren.[84] Wir haben darauf eine Zusammenkunft gehabt zwischen dem engeren Vorstand und der Reichstagsfraktion und Herrn Stendel, und ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich Herrn Stendel damals gesagt habe – und das haben auch andere von uns gesagt –: Dieser Gedanke scheint mir schwer abzulehnen, weil mir damals unter dem Eindruck der Unterhaltung, die ich mit dem Ministerpräsidenten Braun hatte, für meine Auffassung der Gedanke als bedeutsam erschien, den ersten Schritt zu tun – ich spreche nur vom ersten Schritt – in der Richtung einer Reform, die die Gegensätze zwischen Preußen und dem Reich erleichterte.

Sie werden verstehen, daß ich speziell diesen Gedanken etwas stark eingeschätzt habe, weil er einem Gedanken entsprach, den ich selbst im Jahre 1923, als ich zum Reichskanzler berufen wurde, vorgeschlagen habe, allerdings doppelseitig in dem Sinne, daß der Reichskanzler Minister ohne Portefeuille in Preußen und der Ministerpräsident in Preußen Minister ohne Portefeuille im Reiche würde. Ich bin dabei auch von dem Gedanken ausgegangen, daß diese Bestrebungen, die unter Führung von Herrn Dr. Luther eingesetzt haben, unterstützt würden, daß das bedeutsame Werk der Reichsreform dadurch gefördert würde und daß viele Fragen, die heute unter dem Titel »Wirtschaft« und »Belastung der Wirtschaft« erörtert werden, leichter gelöst werden könnten. Und ich glaubte weiterhin, daß dies für unser Reich eine andere Möglichkeit der inneren Gesetzgebung gäbe, als es gegenwärtig der Fall ist.

[83] Liegt nicht vor.
[84] Siehe Anm. 8.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Stendel hat unter demselben Eindruck gestanden, daß man diese Frage ernsthaft diskutieren müßte. Irgendein Druck auf den Kollegen Stendel – ich darf ihn selbst als Zeugen dafür aufrufen – ist nicht im geringsten ausgeübt worden (Zustimmung des Abgeordneten Dr. Stendel). Wir haben lediglich unter uns – wir waren sechs Personen – die Frage erörtert: Ist das vielleicht eine Möglichkeit? Und ich bemerke, daß Herr Reichsminister Dr. Curtius derjenige war, der Bedenken erhoben und erklärt hat: Sie wissen nicht, was Sie von mir verlangen, wenn ich neben dem Reichswirtschaftsministerium auch dieses Amt übernehmen soll. Wir haben auch die Frage erörtert, ob etwa Fragen der Personalpolitik von diesem Verbindungsminister tatsächlich in Preußen beeinflußt werden könnten. Sie können uns also gerade diesen Vorwurf nicht machen. Sie müssen dafür Verständnis haben, daß gerade gegenüber dem Kampf um die zwei Minister – denn zwei Stimmen waren ja dadurch an sich gegeben – der Gedanke, ob hier vielleicht einmal ein Fuß in den Steigbügel für eine beginnende Reichsreform gesetzt werden könnte, gerade von der Deutschen Volkspartei am allerwenigsten zurückgewiesen werden konnte. Wenn es auch bei Herrn Braun vielleicht Taktik war, so konnten wir vielleicht aus dieser Taktik eine sachliche Angelegenheit machen. Daß wir das deshalb ernstlich diskutiert haben, kann man in keiner Weise als einen Druck auf die Preußenfraktion ansehen. Und wenn darauf eingegangen wird, daß die verehrliche Presse rechts und links von uns sich bemüht, Salz in unsere Wunde zu streuen, so wundere ich mich über dieses Verhalten der Presse gar nicht. Das ist immer ihre Aufgabe gewesen. Und wenn die einen sich bemühen, den Führer der Partei hinzustellen als einen ganz bedenkenlosen Mann, der nur an seine Person dächte, und wenn die anderen mich gegen meinen Willen auf ihren Schild erheben, dann kann ich nichts dagegen machen; denn diese Zeitungen gehen von dem Gedanken aus: Wenn ich Dich lieb habe, was geht's Dich an! Aber gewöhnlich ist es so, daß die Liebe, die sie mir entgegenbringen, das Unangenehmste ist, was mir passieren kann. Was soll es heißen, wenn heute in der »Vossischen Zeitung« steht: »Das Ultimatum Stresemanns an die Volkspartei«?[85] Ich bin seit langer Zeit mit dieser Zeitung überhaupt nicht in Verbindung gestanden. Diese Presse will natürlich nur ihre Parteisuppe kochen, und unsere Not ist es, daß wir keine Presse haben, die für unsere Gedanken eintritt (Sehr richtig!). Wir haben darüber ja das letzte Mal gesprochen.[86] Wenn mehr Parteiliebe in unserer Partei wäre, dann wäre auch unsere Parteipresse nicht so heruntergekommen.

Wir können jedenfalls das eine von seiten der gesamten Reichstagsfraktion feststellen, daß wir es abgelehnt haben und ablehnen, irgendwie in die Freiheit der Landtagsfraktion einzugreifen, sondern daß wir ihr, was ganz naturgemäß ist, die verantwortliche Entscheidung überlassen haben. So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Das

[85] Die »Vossische Zeitung« hatte am 24.2.1929, Nr. 48, unter der Überschrift: »Stresemanns entscheidender Schritt. Das Ringen um die Volkspartei« herausgestellt, Stresemann habe »seine ganze große Autorität als Parteiführer und als verantwortlicher Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches in die Waagschale geworfen, um im Reich eine aktionsfähige Regierung zu schaffen«, und werde dem Zentralvorstand empfehlen, auf die »Gleichzeitigkeit der Regierungsbildung in Preußen und im Reich« zu verzichten; »Folge einer Niederlage werde zweifellos die sein, daß er auf die Führung der Partei und schließlich auch auf die Führung der deutschen Außenpolitik verzichtet«.

[86] Siehe dazu Dok. Nr. 70, S. 743. Das einzige volksparteiliche Organ in Berlin, die »Zeit«, mußte aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten am 30.6.1925 das Erscheinen einstellen.

muß ich gegenüber der Auffassung des Herrn Dr. Pfalz feststellen. Ich glaube auch feststellen zu können, daß der Herr Kollege Stendel mit mir hierin vollständig übereinstimmt (Beifall).

Herr Glatzel (Essen): Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige Worte zu dem Thema der Jugend in der Partei. Der Herr Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat ja in kleinen einleitenden Ausführungen auf die Krisis hingewiesen, in der sich die parlamentarischen Parteien befinden. Meiner Ansicht nach kann man diese Dinge nicht schwarz genug ansehen, und alle die Personen, die es sich zu ihrer Aufgabe machen, in den Kreisen der Jugend und des Bürgertums sich herumzuschlagen über die parteipolitischen Auffassungen, werden Ihnen bestätigen können, daß wir uns in einer ganz furchtbaren Situation befinden. Ich möchte daher die Bitte an Sie richten, es als die dringendste Aufgabe zu betrachten, uns für die Partei eine Kampfposition zu schaffen, von der aus wir vor der Öffentlichkeit kämpfen können.

Wenn wir aber dies einsehen, so ist doch trotzdem für uns klar, daß wir uns heute in einer ganz ungeheuren Notlage befinden, wo für unsere politische Entscheidung zwei Eckpunkte feststehen: erstens, daß auf keinen Fall die Landtagsfraktion in ihrer Politik desavouiert werden kann; und zweitens, daß auf keinen Fall wir unsere Minister aus der Reichsregierung herausziehen können. Zwischen diesen beiden Eckpunkten bewegen sich die Schwierigkeiten. Daher kommt es darauf an, im Sinne etwa der Ausführungen, die Herr Dr. Scholz gemacht hat, uns für unsere künftige Politik eine Kampfposition vorzubereiten. Die Möglichkeit sehe ich darin, daß für die endgültige Stabilisierung einer Reichsregierung sachliche Forderungen in den Vordergrund geschoben werden. Diese sachlichen Forderungen müssen aber auf zwei Gebieten liegen. Einmal selbstverständlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Da sind wir meiner Meinung nach alle einig in den Voraussetzungen, die hier gegeben werden müssen. Sie müssen aber zweitens – und das möchte ich besonders betonen – auch auf dem Gebiete der Reichsreform und des politischen Aufbaues liegen. Gerade dieser Punkt wird die Voraussetzung sein, unter der wir in weitesten Kreisen der Bevölkerung eine Kampfposition gewinnen können, mit der wir nach außen hin uns durchsetzen können. Gelingt uns das, dann möchte ich Ihnen sagen, daß die Situation für die Deutsche Volkspartei durchaus nicht so unglückselig ist, wie sie vielfach hingestellt wird. Es herrscht in sämtlichen Parteilagern bis in die Sozialdemokratie hinein eine derartige Verwirrung, daß diejenigen Kreise, die zu einer klaren Zielsetzung sich durchringen werden – und das gilt vor allem für uns –, die es fertigbringen, von der bloßen Verteidigungsstellung zum Angriff überzugehen, durchaus Aussicht haben, weite Kreise der Bevölkerung hinter sich zu bekommen (Beifall).

Herr Dr. Stettiner (Königsberg): Liebe Parteifreunde! Wir haben von Ostpreußen aus auch eine Reihe von Mißverständnissen gehabt, weil wir Zwiespältigkeiten zwischen der Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion zu erkennen glaubten. Wir müssen in der Tat immer wieder die Bitte richten, daß uns, die wir in der Provinz leben, möglichst klare Kommuniqués übermittelt werden, damit uns solche Mißverständnisse erspart werden.

Wir haben weiter von uns aus ganz klar die Stellung der preußischen Landtagsfraktion gebilligt. Wir sind alle einverstanden damit, daß sie die ihr bewilligten Ministersitze als zu wenig angesehen hat. Vielleicht war nicht immer klar, wie wir nun nach

dieser Ablehnung uns im Reiche stellen sollten. Aber nach der heutigen Debatte scheint mir doch das, was Herr Dr. Blüher gesagt hat, vollständig zu stimmen. Wir müssen augenblicklich einen Waffenstillstand haben, und wir müssen uns der alten nationalliberalen Tradition bewußt werden, daß wir stets das Primat der auswärtigen Politik anerkannt haben. Im gegenwärtigen Augenblick bleibt uns nichts übrig, als dieses Primat weiter zu pflegen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir in diesem Augenblick anders handeln, als ein wirklich aktionsfähiges Ministerium im Reich herzustellen. Ich bin der Meinung, daß wir das, was wir im November vorigen Jahres beschlossen haben, heute in der Weise wiedergeben, wenn wir der Resolution Scholz folgend sagen, daß wir volles Vertrauen zur Landtagsfraktion wie zur Reichstagsfraktion haben und daß wir unseren verehrten Führern jetzt anheimstellen, das sachlich durchzusetzen, was möglich ist. Aber in diesem Augenblick unseren Minister des Auswärtigen aus dem Kabinett herauszuziehen, wäre Verrat an allem, was die Nationalliberale Partei immer als ihre Tradition angesehen hat (Bravo!).

Herr Professor Dr. Schuster (Hannover): Meine Damen und Herren! Es ist ungewöhnlich und sieht unbescheiden aus, wenn derselbe Redner zum zweiten Male das Wort nimmt, aber unser Herr Parteivorsitzender hat an mich eine Frage gestellt, und ich fühle mich verpflichtet, diese Frage zu beantworten. Es sieht sonst so aus, als ob ich, studentisch gesprochen, hier kneifen wollte, und den Eindruck möchte ich nicht erwecken.

Unser Parteivorsitzender hat gemeint – und ich habe dieses Wort als eine Frage an mich verstanden –, ob es so wäre, daß die Konsequenz meiner Ausführungen die sei, daß die beiden Minister ihr Portefeuille zur Verfügung stellen sollten. Darauf habe ich folgendes zu sagen. Ich habe volles Verständnis dafür und würde es nicht nur billigen, sondern begrüßen, wenn die Dinge sich so entwickeln würden, daß die gegenwärtige Reichsregierung ohne die drei Zentrumsminister die Geschäfte weiterführt, bis die außenpolitischen Fragen erledigt sind, und wenn dann gleichzeitig die Reorganisation des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts in die Hand genommen wird (Sehr gut!). Ich habe aber das allergrößte Bedenken dagegen, daß jetzt die drei Zentrumsminister im Reich in die Regierung hineinkommen, ohne daß in Preußen etwas anders wird. Denn ich sage noch einmal: Das wird sachlich im Lande gelten als die Große Koalition.

Nun ist es eine Vermessenheit, wenn ein einfacher politischer Frontsoldat mit einem langjährigen Außenminister, der so lange die Außengeschäfte geführt hat, wie nach 1918 sie keiner geführt hat, und so erfolgreich, wie sie seit Jahrzehnten keiner geführt hat, über die Frage in eine Diskussion mit ihm eintreten wollte, ob es überhaupt möglich ist, jetzt aus dem Kabinett auszuscheiden. Ich habe deshalb gesagt: Das müssen die Herren, die im Kabinett sitzen, vor sich, vor ihrem Gewissen mit allem Ernst überlegen, die Entscheidung muß ich ihnen überlassen. Aber die Entscheidung ist so ernst nicht nur um der Preußenfrage willen, sondern um einer anderen Frage willen. Wenn es nicht gelingt, das finanzpolitische Sparprogramm, das die Reichstagsfraktion aufgestellt hat, bei den jetzigen Etatsverhandlungen im Reichstag mit den anderen Parteien durchzuführen, was dann? Was soll dann werden? Soll das auch keine Kabinettsfrage sein? In was für eine Situation kommen wir dann bei einem Wahlkampf, wenn dann etwa die Reichstagsfraktion und die beiden Minister, die

der Reichstagsfraktion angehören, auf verschiedener Linie gehen? Wir müssen uns doch die ganze Schwere der Situation klarmachen und uns nichts verbergen.

Unter diesem Gesichtspunkt noch einmal ein Wort zur Konkordatsfrage. Herr Minister Dr. Stresemann hat gemeint – und ich habe das in gewissem Sinne wieder aufgefaßt als einen Appell an mich –, wir sollten die Preußenfrage ruhen lassen, denn über die Konkordatsfrage würden wir ja in Preußen in die Regierung kommen, weil das Zentrum einsähe, ohne die Deutsche Volkspartei kein Konkordat bekommen zu können. Meine Damen und Herren! Da können wir in eine ganz gefährliche Situation kommen. Da würden wir dazu kommen, daß wir mit Zugeständnissen im Konkordat zwei Ministersitze erkaufen könnten. Dieser Versuchung dürfen wir unter keinen Umständen erliegen. Wir müssen eine ganz klare und aufrichtige Linie haben. Wir müssen ein klares und deutliches Programm haben.

Auch der Herr Parteivorsitzende hat mit der Möglichkeit einer nach Erledigung der augenblicklichen politischen Fragen eintretenden Reichstagsauflösung gerechnet. Wir können nicht im letzten Augenblick einen Wahlaufruf fabrizieren wie das letzte Mal. Wir müssen vorher ein klares Programm haben, und wenn wir dieses Programm jetzt bei den Etatsverhandlungen preisgeben, kann es uns passieren, daß, wenn wir in die Wahlschlacht gehen, man uns dasselbe sagt, was bei Kolin ein Offizier dem großen König sagte: Sir, wollen Sie die Batterie allein erobern? (Bravo!).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, in der Schlacht um das Konkordat mit einer Batterie allein die Schlacht zu führen. Ich habe kein Wort davon gesagt, daß wir, um zwei Ministersitze zu erlangen, Zugeständnisse im Konkordat machen sollten. Davon steht kein Wort in dem, was ich gesagt habe (Professor Dr. Schuster: So ist es aber aufgefaßt worden!) Wenn meine Worte falsch ausgelegt werden, so kann ich dafür nicht. Ich habe erklärt, daß das Zentrum ein ganz großes Interesse daran hätte, daß eine Verständigung mit der Kurie zustande komme. Das Zentrum ist bereits in einer Frage, die es an und für sich für sehr wichtig hält, in der Schulfrage, vollkommen geschlagen zurückgewichen. Bei dem hervorstechenden Interesse der Kurie, dieses Konkordat zu erhalten, ist die Deutsche Volkspartei, ohne die es kein Konkordat gibt, meiner Meinung nach in der Lage – da sie in dieser Frage auch auf die demokratischen Stimmen rechnen kann, weil sich sonst die Demokratische Partei aufgibt –, ihre liberalen Gedanken durchzusetzen, und auch wenn sie sie durchsetzt, würde ich dann aus parteitaktischen Rücksichten sagen: auch das tun wir nur dann, wenn wir unsere berechtigte Vertretung im Preußenkabinett erhalten.

Das ist der Sinn meiner Ausführungen gewesen. Ich muß dabei allerdings hinzufügen, daß ich nicht der Meinung bin, daß das Konkordat prinzipiell so gelöst werden kann, daß man überhaupt entschieden gegen eine Abmachung mit der Kurie ist, weil ich der Meinung bin, daß ein Nichtzustandekommen irgendeiner Verständigung der Kurie viel mehr Rechte geben kann als eine Verständigung mit dem preußischen Staat. Denn wenn sie nachher ohne Verständigung ihre Bischöfe usw. ernennt, dann werden Sie keinen preußischen Staat finden – ich glaube auch keine volksparteiliche Regierung –, der dann etwa einen neuen Kulturkampf beginnen würde, den Bismarck hat aufgeben müssen. Leider ist die Situation für den preußischen Staat so ungünstig, daß die Kurie ohne einen Vertrag mächtiger ist als mit einem solchen.

Ich habe nur darauf hinweisen wollen, daß bei dieser Entscheidung die Deutsche Volkspartei, wenn Unerträgliches gefordert werden sollte, das ganze Volk hinter sich haben würde. Wenn sie aber die Entscheidung so beeinflussen kann, daß sie erträglich wird und gleichzeitig für die evangelische Kirche durchsetzt, was wir für die evangelische Kirche ebenfalls verlangen, und dabei gleichzeitig in die preußische Staatsregierung eintritt, so würde das jedenfalls ein Ergebnis sein, das durchaus zu begrüßen wäre. Das ist der Sinn meiner Ausführungen gewesen.

Meine Herren! Wir haben jetzt nur noch wenige Minuten.

Reichstagsabgeordneter Gouverneur a.D. Dr. Schnee: Meine Damen und Herren! Ich möchte meiner Auffassung dahin Ausdruck geben, daß die Resolution Scholz unannehmbar ist (Sehr richtig!). Das ist auch die Auffassung der großen Mehrheit des von mir vertretenen Wahlkreises 4 [Potsdam I], während Herr Dr. Pfalz wohl nur für den Wahlkreis 2 [Berlin-Stadt] gesprochen hat. Wir sind der Meinung, daß diese Resolution in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken muß, als ob der Zentralvorstand von seiner früheren Auffassung zurückginge, daß wir die Bildung einer Großen Koalition im Reich ohne gleichzeitige Koalition in Preußen gutheißen würden. Wir sind der Meinung, daß die Zustände in Preußen so sind, daß sie durch den Eintritt der Volkspartei geändert werden müssen, und wenn wir die Große Koalition im Reich bilden, ohne daß in Preußen das gleiche geschieht, so geben wir damit das einzig wirksame Druckmittel aus der Hand, das wir überhaupt besitzen. Deshalb meinen wir, daß auf diese Weise nicht verfahren werden kann. Wir können keine Staatsnotwendigkeit als vorhanden erblicken, weswegen wir von Seiten der Deutschen Volkspartei ein so ungeheures Opfer bringen müßten. Denn es handelt sich um einen Umfall dabei, es handelt sich um eine Nachgiebigkeit, die im Lande als Schwäche ausgelegt werden würde und die unsere Anhänger in Scharen von uns treiben würde. Wir sind dafür, daß eine andere Resolution angenommen wird, die ausgearbeitet ist[87] und in der im wesentlichen ausgesprochen wird, daß die Haltung der Preußenfraktion gebilligt wird, daß der Zentralvorstand auf seinem Standpunkt stehen bleibt und daß ferner an den Beschlüssen über Preußen festgehalten werden muß, daß mit Rücksicht auf die auswärtigen und inneren Verhältnisse, mit Rücksicht auf diese dringenden Aufgaben unsere Minister bis zu deren Erledigung im Amt verbleiben sollen (Beifall).

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo: Meine Damen und Herren! Ich habe den Auftrag, eine Entschließung hier kurz zu begründen, und ich möchte ein paar politische Bemerkungen vorausschicken.

Worum geht es? Es ist hier so oft gesagt worden: Ja, mit Preußen, das ist nun mal schiefgegangen, das ist eine Niederlage, mit der wir uns abfinden müssen. Meine Herren, in dem Augenblick, wo wir nachgeben und die preußische Angelegenheit preisgeben, ist es eine Niederlage. Bis dahin, und wenn wir auf unserem alten Standpunkt stehen bleiben, ist es keine Niederlage (Sehr richtig!). Es ist aber nicht nur eine politische Niederlage dann, sondern es ist, wenn Sie sich vor Augen halten, welch ein Schindluderspiel mit unserer Fraktion im Landtag getrieben worden ist, und wenn wir trotzdem sagen: Na, Ihr sollt Euren Willen haben, nachdem Ihr uns als Volks-

[87] Siehe Anm. 91.

partei so malträtiert habt –, es ist auch noch eine moralische Niederlage (Sehr richtig!). Die Deutsche Volkspartei kann aber in diesem Stadium der krisenhaften Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland moralische Niederlagen nicht mehr ertragen, weil sie einen Vertrauensschwund nicht mehr ertragen kann. Nun gehe ich einen Schritt weiter. Es wird gesagt: Ja, wenn wir jetzt uns von dieser preußischen Frage abwenden und uns auf den Boden starker sachlicher Forderungen im Reich stellen, dann können wir doch im Reich ruhig die Große Koalition machen. Hier ist doch der logische Schluß falsch. Denn wenn wir uns auf den Boden der sachlichen Forderungen stellen, die die Fraktion erhoben hat und zu deren lautestem Sprecher unser verehrter Herr Parteiführer heute geworden ist, dann gibt es keine Große Koalition im Reich[88] (Sehr richtig!). Darüber müssen Sie sich klar sein: Wollen Sie um jeden Preis eine Große Koalition, dann dürfen Sie sachliche Forderungen der Art und von dem Grade, wie sie die Fraktion bereits ausgesprochen hat und wie sie hier im Zentralvorstand einmütig zum Ausdruck gekommen sind, nicht erheben, sonst machen Sie die Große Koalition im Reich kaputt.

Ich schließe daraus folgendes. Ich bringe über Preußen das Opfer und lasse meine Brüder fahren, um doppelt in einer Versumpfung zu sitzen, aus der ich nicht weiß, wie ich wieder herauskommen soll, und ich ruiniere das Ansehen der Partei in dieser Frage. Auf der anderen Seite stelle ich mich vor die selbstverständliche Konsequenz, daß ich im Reich mit dem, was ich verlange, die Große Koalition nicht zustande bringe. Meine Herren, das harmoniert nicht miteinander. Und wenn ich trotzdem die Forderung erhebe, daß wir auf den härtesten sachlichen Forderungen bestehen bleiben, dann deshalb, weil wir heute nicht diejenigen sind, die die Verantwortung für diese Regierung tragen, sondern weil sich etwas wiederholt, was einmal zu Zeiten der Stresemannschen Kanzlerschaft voraufgegangen ist und was in der Stresemannschen Kanzlerschaft sich noch weiter durchgesetzt hat: die absolute Unfähigkeit der Sozialdemokratie in Deutschland, positiv regieren zu können. Meine Herren! Das muß doch heraus vor dem Volke, das muß in die Erscheinung treten. Uns hat ja in der letzten Zeit nichts so sehr geschadet, als daß es die demokratische und sonstige Presse fertiggebracht hat, unsere Haltung allein mit Ministersesselwünschen und dergleichen zu verquicken, während unser Fraktionsführer Scholz nicht einmal, sondern wiederholt an Hermann Müller herangegangen ist und ihm gesagt hat: Vorwärts, mein Herr, es muß gearbeitet werden, es muß etwas geleistet werden, es muß der Boden gefunden werden für gemeinsame Arbeit, sonst kann es ein Vorwärts nicht geben. Das ist von unserer Seite gesprochen worden, und das ist in der Öffentlichkeit zum großen Teil verlorengegangen.

Meine Herren! Wir haben nicht das Recht, daß wir unsere Partei in diesem Augenblick im Stich lassen und daß wir den anderen die Freude machen, darüber zu jubeln, daß die Deutsche Volkspartei wieder einmal, ich möchte sagen, die Hereingefallene ist. Denn wenn wir uns auf den Boden dieser Forderungen stellen und wenn wir heute die preußische Sache preisgeben, dann wird das draußen so aufgefaßt werden: Die Volkspartei will also unter allen Umständen im Reich in die Regierung. Während

[88] Bereits in der Fraktionssitzung vom 25.2.1929 hatte Hugo verneint, daß die DVP »Verantwortung für die Regierung« trage, diese allein auf seiten der »stärksten Partei« gesehen und sich scharf gegen eine Große Koalition ausgesprochen, BAK R 45 II/67, p. 130.

wir in Wirklichkeit hart bleiben wollen um politischer Gründe willen, wird man es so auslegen, als drängten wir nach einer Vereinigung mit den linken Parteien, wobei ich unterstreiche, daß ich absolut nicht grundsätzlich ein Gegner der Großen Koalition bin, sondern daß ich, wenn ich sie auf der gleichen Grundlage wie 1923 abschließen könnte[89], d. h. unter sachlichen Voraussetzungen, die es gestatten, auf wirtschaftlichem Gebiet unsere Forderung durchzusetzen, überspannten sozialpolitischen Forderungen wirksam entgegenzutreten, absolut bereit sein würde, mit den Sozialdemokraten eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen. Im Augenblick sehe ich diese Möglichkeit nicht.

Nun denke ich einen Augenblick weiter. Dieser Zentralvorstand – und da ruht der große und tiefe Ernst, der in diesem Saale uns vereint – hat über das Schicksal der Partei für die Zukunft und über Deutschlands Schicksal in erster Linie zu entscheiden. Wenn wir als Partei uns stark machen, dem ganzen Getriebe der politischen Entwicklung in den Weg zu treten und dem Herrn Reichskanzler Müller mit seiner sozialdemokratischen Partei zuzurufen: bis hierher und nicht weiter, und wenn wir ein starkes, gesundes, großes Programm aufstellen, das Möglichkeiten vorsieht, uns wirksam aus den gegenwärtigen Verhältnissen auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu erlösen, dann sind wir die Schlachtrufer für die große Bürgerpartei, wobei mir egal ist, ob die Deutschnationalen heute so geführt werden oder so, sondern wo ich die Menge, die heute unter Hugenberg falsche Wege geht, davon loslösen kann. Vielleicht ist es zur Vorbereitung des Zieles, alles von rechts und von links her unter Dr. Stresemann zu sammeln, für diesen Augenblick von entscheidender Bedeutung, daß da drüben ein Mann wie Hugenberg steht, der dafür sorgt, daß von der Deutschnationalen Partei an irgendwelcher Popularität nichts übrig bleibt, daß da nicht irgendeine positive Arbeit getrieben wird, die uns aus den Schwierigkeiten herausbringen kann.

Und dieses Parteigeschiebe in den Parteien: Wirtschaftspartei, Bauernpartei usw. – die stehen doch alle auf dem Konto, daß man zeitweilig zu uns das Vertrauen verloren hat. Der Mittelstand wartet ja auf die Parole und hört sie lieber von uns als von anderer Seite. Und wenn wir die Bannerträger in einem Wahlkampf werden, der notwendig wird, weil der Sozialismus erneut und endgültig in Deutschland seine Unfähigkeit, die Dinge zu führen und zu bessern, erwiesen hat, und wenn dann die Auflösung erfolgt und wenn Hindenburg den Appell an das Land richtet, und die Deutsche Volkspartei hat schon heute den entscheidenden Schritt getan, daß sie sich zur Erneuerung der Dinge in Deutschland bekennt, dann sind wir die berufene Partei, die dann auch eine ganz andere Macht um sich sammeln kann als heute, wo Sozialdemokraten und Zentrum in Preußen glauben, uns schurigeln zu können, als wenn wir von ihren Gnaden lebten (Beifall).

Meine Damen und Herren! So sehe ich die Dinge an. Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkt, daß man hier bis Paris Ruhe hält. Wir stehen vertrauensvoll hinter unseren beiden Ministern, die in diesen Fragen die federführenden Minister sind: Reichsaußenminister und Reichswirtschaftsminister, die beide in unendlich schwerer Arbeit das Material mitgeschaffen haben, was uns da als Unterlage dient. Wir wollen

[89] Zur Bildung der Großen Koalition unter Stresemann im August 1923 siehe Dok. Nr. 52, Anm. 1.

zu ihnen halten, um unseretwegen. Wir wollen sie nicht aus ihrer Ministerstellung herauslösen. Wenn die anderen sie hinausdrängen würden, ist das ihre Angelegenheit. Freiheit haben sie in dem Augenblick, wo sie glauben, nun nicht mehr mitarbeiten zu können. Von uns aus haben sie die Freiheit, ihren Aufgaben in dieser Regierung nachzugehen, die ihnen durch unsere ganze politische Lage zur Zeit gesetzt sind.

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne komme ich nun dazu, eine Entschließung vorzulesen, die auch Stückwerk ist insofern, als sie aus mehreren zusammengesetzt ist, in der aber die Gedanken niedergelegt sind, die ich für die Publikation nach außen hin für wichtig halte. Ich bemerke, daß die von der Mitteldeutschen Vereinigung[90] eingebrachte Entschließung[91] zugunsten dieser Entschließung zurückgezogen wird. Sie lautet:

»Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Haltung der preußischen Landtagsfraktion in der Koalitionsfrage. Er ist auch weiterhin der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei bei der Bildung einer Regierung der Großen Koalition im Reich nur mitwirken kann, wenn der gleiche Zustand aus staatspolitischen Gründen in Preußen geschaffen wird. Er ist im übrigen der Meinung, daß es sich angesichts der Lage Deutschlands jetzt um wichtigere Dinge handelt als die starke parlamentarische Taktik. Die Überlastung des deutschen Bürgers mit Steuern und anderen Lasten hat das Maß des Erträglichen bereits weit überschritten. Wir erwarten daher von der Reichstagsfraktion, daß sie dazu beiträgt, daß die Belastung aller Erwerbsstände zunächst nicht weiter gesteigert, sondern rasch und fühlbar gesenkt wird. Ebenso notwendig ist die Durchführung einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform. Die Reichsregierung, in welcher die Deutsche Volkspartei auch dann eine schwere Verantwortung trägt, wenn sie wie zur Zeit nicht fraktionell gebunden ist, muß sich jetzt grundsätzlich mit zwei großen Aufgaben beschäftigen: Wie werden die in Paris zur Verhandlung stehenden Probleme gelöst, und wie ist der Ausgleich des Reichshaushalts ohne Erhöhung der Lasten zu bewerkstelligen? Diese beiden Fragen sind von so ausschlaggebender Bedeutung, daß wir bis zu ihrer Lösung das Verbleiben unserer Minister im Kabinett für geboten erachten«

(Lebhafter, anhaltender Beifall).[92]

[90] Federführend in der Mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft (Wahlkreisverbände Magdeburg, Merseburg, Thüringen) war der Wahlkreis 10 (Magdeburg) unter seinem Vorsitzenden Zehle, siehe auch Dok. Nr. 74.

[91] Gemeint: der von Zehle vorgeschlagene Wortlaut einer Entschließung. Zur Ausarbeitung der von Hugo vorgetragenen Resolution durch den oppositionellen Flügel »während einiger Reden« siehe Dok. Nr. 74, S. 835.

[92] Moldenhauer hielt in seinen Erinnerungen zur Stimmung im Zentralvorstand nach dem Verlesen der Resolution Hugos fest: »Es kam klar zum Ausdruck, daß die Partei Stresemann die Gefolgschaft verweigern werde, wenn der Kurs so weitergehe. Stresemann hat damals sehr isoliert dagestanden, [...] nachdem fast alle seine sonst so eifrigen Freunde schwiegen«, BAK NL Moldenhauer 4, p. 97. Koch-Weser notierte in seinem Tagebuch: »Das Parkett von Großindustriellen und Rechtspolitikern hörte seine [Stresemanns] wirklich guten Ausführungen mit warmer Sympathie wie den Gesang eines Heldentenors an, aber nachher ging man zu praktischen Gegenständen über und stellte die Beteiligung an der Koalition allein darauf ab, daß man nur dann in die Koalition gehen werde, wenn keine Steuererhöhungen beschlossen werden. Das ist das Ende der vielgerühmten großen vaterländischen Aktion Stresemanns, dessen geniale Tatkraft aber wohl weiterhin unbestritten bleiben wird. Was nun wird, ist absolut unklar«, BAK

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir kommen zur Debatte über die Resolution. Herr Dr. Hugo hat eben eine Resolution verlesen, die vor mir liegt. Aber ich möchte Herrn Dr. Hugo bitten, diese Resolution noch zu interpretieren. Er sagt: »Er ist weiterhin der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei bei der Bildung einer Regierung der Großen Koalition im Reiche nur mitwirken kann, wenn der gleiche Zustand aus staatspolitischen Gründen in Preußen geschaffen wird«. Soll das bedeuten, daß jede Erweiterung der Regierung im Reich damit ausgeschlossen ist oder daß die fraktionelle Bindung der Reichstagsfraktion damit ausgeschlossen sein soll? Er sagt nämlich weiter: »Die Reichsregierung, in welcher die Deutsche Volkspartei auch dann eine schwere Verantwortung trägt, wenn sie, wie zur Zeit, fraktionell nicht gebunden ist ...«.

Also, ich frage, ob eine Erweiterung der Reichsregierung ohne fraktionelle Bindung mit dieser Resolution vereinbar ist.

Dr. Hugo: Sie meinen, ob die Einberufung neuer Minister von seiten des Herrn Reichskanzlers, die Neubestellung von Zentrumsministern im Reich mit dieser Resolution vereinbar ist? Unter der Aufrechterhaltung des absolut losen Verhältnisses, in dem wir heute zur Regierung stehen, halte ich das für eine Angelegenheit des Reichskanzlers und nicht des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei.

Vorsitzender der Reichstagsfraktion Dr. Scholz: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich in Ihren Kreisen nicht in den Verdacht komme, ein begeisterter Anhänger oder Befürworter der Großen Koalition zu sein. Es ist mir deshalb sehr angenehm, daß ich auch einmal von anderer Seite, wenn ich so sagen darf, nach dieser Richtung verdächtigt werde. Das stärkt nur die von mir allerdings gesinnungsgemäß immer eingenommene Objektivität, zu der ich mich als Vorsitzender der Reichstagsfraktion verpflichtet fühle. Wenn ich die Dinge in diesem gegenwärtigen Augenblick ganz besonders ernst und mit absoluter Nüchternheit ansehe, dann wollen Sie daraus nur meine Überzeugung von der ganz ungeheuerlichen Verantwortung entnehmen, die Sie, wie Sie immer auch beschließen werden, auf die Reichstagsfraktion in diesem Augenblick legen. Ich glaube, Sie können immerhin das Vertrauen zur Reichstagsfraktion und, wenn ich das sagen darf, zu ihrer Führung haben, daß wir nicht in eine Bindung hineingehen werden, wenn nicht diejenigen Forderungen materieller und sachlicher Natur erfüllt werden, von denen wir heute so viel gesprochen haben, und die, ich glaube, mit wünschenswerter Schärfe auch in meiner Resolution[93] zum Ausdruck gebracht sind (Rufe: Nein!). Dann haben Sie, meine Verehrten, diese Resolution nicht verstanden (Heiterkeit). Ich betone ausdrücklich, daß nach meiner ehr-

NL Koch-Weser 39. Stresemann skizzierte das Bestreben des industriellen Flügels um Hugo in einem Schreiben an Curtius vom 11.3.1929 folgendermaßen: »Man will aus der Regierung heraus, man will der Sozialdemokratie, wie man sich ausdrückt, allein die Verantwortung überlassen und denkt an schöne ›nationale‹ Opposition, bei der man wieder alle Phrasen loslassen kann, die man beim Stahlhelm und bei Hugenberg gelernt hat«, Vermächtnis III, S. 434 (hier fälschlich auf den 11.9.1929 datiert). Kempkes teilte er am selben Tag noch schärfer mit: »Ich (habe) mit der Politik, die heute von der Partei getrieben wird und die in der künftigen Kapitulation vor dem Stahlhelm und vor Hugenberg sich deutlich dokumentiert, nichts mehr zu tun«, ebd., S. 435, und an Kahl schrieb er am 13.3.1929: »Jeder bejaht im Prinzip die Große Koalition, und die meisten bemühen sich, sie zu verhindern«, PA NL Stresemann 104; siehe auch Anm. 25.

[93] Siehe S. 802.

lichen Überzeugung in sachlicher Beziehung der von mir vorgelegte Entwurf der schärfste von allen ist, die überhaupt vorgelegt worden sind (Widerspruch). Ich glaube, wenn Sie vergleichen, werden Sie mir das zugeben.

Der Unterschied zwischen meinem Entwurf und den anderen Entwürfen liegt in ganz etwas anderem. Er liegt in der Voraussetzung der Dinge in Preußen. Lassen Sie mich Ihnen aber da offen sagen, daß ich ehrlich glaube, daß Sie die sachlichen Voraussetzungen unserer definitiven Beteiligung an der Regierung im Reich abschwächen, wenn Sie auf der anderen Seite die Bedingung der gleichzeitigen Erledigung in Preußen auch heute noch stellen. Denn die Folge – ich pflege immer etwas in die Zukunft zu sehen, dazu bin ich da – ist natürlich die: Wenn Sie heute diese Resolution fassen, die absolut festhält an dem Standpunkt: keinerlei Bindung im Reich, wenn nicht gleichzeitig in Preußen die Große Koalition geschaffen wird, so setzen Sie zunächst die Reichstagsfraktion – ich will es einmal hart ausdrücken – außer Tätigkeit. Wir sind dann gar nicht in der Lage, jetzt mit dem nötigen Nachdruck diejenigen sachlichen Dinge zu betreiben, die, wie Sie alle wünschen, betrieben werden sollen. Deshalb bin ich noch immer der Überzeugung, daß man sich darüber ganz klar sein muß: Will man mit aller Kraft und mit aller Entschiedenheit – ich glaube, das wollen wir alle – die sachlichen Dinge, unsere sachlichen Forderungen voranstellen, auch dem Lande gegenüber, was ja auch in der Resolution, die von Ihnen so begeistert begrüßt worden ist, vorkommt, daß wir nun mal Schluß machen mit der, wie es hier heißt, parlamentarischen Taktik, sondern daß wir uns konzentrieren wollen auf unsere sachlichen Forderungen, dann schwächen Sie diese Stoßkraft ab, wenn sie gleichzeitig als Vorausbedingung die Erledigung in Preußen verlangen.

Meine Damen und Herren! Lassen sie mich noch ein Letztes kurz sagen. Ich glaube, die Preußenfraktion wird auch anerkennen, daß die Reichstagsfraktion und ihre Führung bisher Schulter an Schulter mit ihr gegangen ist, und wenn etwas erfreulich in den vergangenen Tagen und Wochen gewesen ist, so ist es dies gewesen, daß Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion absolut klar Schulter an Schulter und auf gemeinsamer Basis gefochten haben. Wenn uns aber heute unsere Landtagsfraktion selbst sagt, daß sie aus sachlichen Gründen zur Zeit nicht in die Koalition hineingehen kann, so ist doch ziemlich klar, welche Verantwortung der Zentralvorstand auf sich lädt, wenn er in diesem Moment sagt: Ja, das ist mir ganz einerlei, ich verlange trotzdem, daß die Verhandlungen in Preußen zuerst zum Abschluß kommen, ehe überhaupt die Reichstagsfraktion in der Lage ist, ihre sachlichen Forderungen durchzusetzen. Das ist, glaube ich, der entscheidende Standpunkt, von dem wir ausgehen müssen. Deshalb bin ich noch immer der Überzeugung: Wie die Dinge eben liegen, müssen wir, so schmerzlich das vielleicht manchem von uns ist, unsere ganze und alleinige Stoßkraft auf die Durchsetzung unserer sachlichen Forderungen legen. Und wenn Sie das beruhigt, meine Herren, so will ich Ihnen erklären, daß nach meiner festen Überzeugung, gegründet auf sehr vielen Verhandlungen in der letzten Zeit, die Reichstagsfraktion sich ihrerseits nicht zum Abschluß einer Großen Koalition bereiterklären wird, wenn nicht ihren sachlichen Forderungen Rechnung getragen ist (Bravo!).

(Redner verliest auf Wunsch noch einmal die von ihm vorgelegte Resolution und fährt fort): Wenn Sie diese Resolution noch im Ausdruck verschärfen wollen, und

vielleicht auch der Sache nach, bin ich Ihnen dankbar. Aber ich betone nochmals die Schwierigkeiten, die für die Reichstagsfraktion entstehen und für die in vollem Umfang dann Sie die Verantwortung tragen müssen, die Schwierigkeiten, daß die Reichstagsfraktion dann nicht in der Lage sein wird, ihre sachlichen Forderungen so durchzusetzen, wie sie es im Interesse der Partei für nötig hält, wenn wir vollkommen mit gebundenen Händen in diese Verhandlungen hineingehen oder vielmehr nicht in sie hineinkommen, bevor die Dinge in Preußen bereinigt sind. Denn um irgend etwas durchzusetzen, muß man die Verhandlungen führen. Wenn wir die Mehrheit im deutschen Volk hätten, brauchten wir alle diese Verhandlungen nicht zu führen. Es kommt doch darauf an, praktische Arbeit zu leisten im Interesse des Volkes. Wenn sie uns aber die Hände binden und uns zu dieser praktischen Arbeit nicht gelangen lassen, dann, glaube ich, müssen wir für die Durchsetzung dieser sachlichen Verhandlungen in der Reichstagsfraktion die Verantwortung auf Ihre Schultern laden (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Bemerkungen zu den vorgelegten Resolutionen machen. Einmal bitte ich folgendes zu überlegen. Die Frage der Bildung der Regierung in Preußen und im Reich kann auch den Weg nehmen, daß im Reich sich die Möglichkeit ergibt, die sachlichen Voraussetzungen zu erringen, daß aber in Preußen wegen der Verhandlungen über das Konkordat eine Entscheidung noch nicht kommt. Sie müssen sich deshalb darüber klar sein, was eben Herr Dr. Scholz ausgeführt hat, daß in dieser Frage, die doch auch eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist, dann eventuell die Einigung daran scheitert, daß eine Situation eintritt, in der die Reichstagsfraktion erklärt: Augenblicklich bin ich gar nicht in der Lage einzutreten. Damit bringen Sie die Reichstagsfraktion in eine beinahe unmögliche Lage.

Ich möchte weiter zurückkommen auf das, was Herr Sauerborn in der Debatte ausgeführt hat. Ich glaube, daß ohne Verlust an Prestige durchaus in der Resolution zum Ausdruck gebracht werden kann: Wir halten daran fest, daß aus staatspolitischen Gründen die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung im Reich und in Preußen erforderlich ist; wir fügen uns der Situation, indem wir bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen weder unseren Platz im Reiche verlassen, noch uns widersetzen der Bildung einer Mehrheitsregierung im Reich; wir werden den Gedanken der Entscheidung über die Möglichkeit, im Reich überhaupt mitzuwirken, erneut aufnehmen, wenn die dann vor uns stehenden wirtschaftlichen Entscheidungen nicht im Sinne der Haltung der Reichstagsfraktion erledigt werden. Dann geben Sie uns die Möglichkeit, für die kommenden Monate hinwegzukommen über eine unendlich schwere Lage der innerpolitischen Situation und behalten uns im übrigen alles vor. Wir können den Zentralvorstand dann zusammenberufen, um zu sagen: Hat es jetzt noch Sinn, in der Regierung zu bleiben? Und haben wir dann die Möglichkeit, bleiben wir. Ich glaube, in der Berücksichtigung dieser Gedanken liegt die beste Entscheidung, die Sie treffen können.

Ich habe persönlich im Sinne der Ausführungen, die ich einleitend gemacht habe, weiter den Wunsch, wenn irgendwie die Formulierung von Herrn Dr. Hugo Aussicht hat, in einzelnen Teilen angenommen zu werden, den letzten Satz etwa so zu fassen: »Angesichts der überragenden Bedeutung der Fragen richten wir an unsere Minister die Bitte, ihre Stellung im Kabinett aufrechtzuerhalten«.

Denn es geht nicht an zu sagen: Bis dahin sind wir damit einverstanden. Damit würden Sie ja das aussprechen, wogegen ich mich wende, daß die Minister Beauftragte der Fraktionen sind.

Herr Sauerborn (Koblenz): Wäre es jetzt nicht angebracht, die Resolutionen Dr. Hugo und Dr. Scholz durch eine fünfgliedrige Kommission in Einklang bringen zu lassen? (Widerspruch).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Dazu haben wir leider keine Zeit mehr. Ich muß bitten, daß wir jetzt die Entscheidung treffen, und ich bitte, die Redezeit auf drei bis fünf Minuten zu beschränken. Das Wort hat Herr Dr. Heidenreich.

Herr Dr. Heidenreich: Meine Damen und Herren! Wenn wir schon die Resolution in dem von Herrn Dr. Scholz vorgesehenen Wortlaut nicht so verstanden haben, wie er sie verstanden haben will, dann möchte ich sehen, welche Wirkung die Resolution hat, wenn sie draußen ins Land hinausgeht. Herr Dr. Scholz hat ja auch seine Resolution noch interpretiert, und das war nichts anderes als: Preußen wird preisgegeben, die Reichstagsfraktion will freie Hand bei den künftigen Verhandlungen haben. Wir wünschen dagegen die Aufrechterhaltung unseres Beschlusses vom November 1928, und ich kann wirklich nicht einsehen, warum diese reale Forderung die sachliche Arbeit unserer Reichstagsfraktion nicht möglich machen soll (Bravo!).

Landtagsabgeordneter Dr. Leidig: Meine Damen und Herren! In den sachlichen Fragen besteht, glaube ich, volle Einigkeit. Es handelt sich für uns heute lediglich darum: Nicht, wie die sachlichen Dinge durchgesetzt werden können – ich kann Herrn Dr. Scholz nicht darin beistimmen, daß wir hier der Reichstagsfraktion unerträgliche Fesseln auferlegen wollen –, sondern es handelt sich hier darum, ob wir in der Lage sind zu verhindern, daß heute das Zentrum in Deutschland erklärt: Es hat alles so zu gehen, wie wir wünschen, das ist das letzte Wort. Es ist mit Recht gesagt worden, wir haben die Schlacht noch nicht verloren, wenn wir nicht selbst die Waffen wegwerfen. Ich meine, wir wollen nichts anderes, als daß wir nicht in feste Koalitionsbindungen hineingehen, solange nicht in Preußen der Kampf entschieden ist. Der ist in Preußen noch nicht entschieden.

Ich erinnere Sie daran, unter welchen Schwierigkeiten wir in der ersten Koalition zu kämpfen hatten[94], weil Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion auf verschiedenen Podien standen. Wollen wir denselben Zustand wieder schaffen? Ich meine, es ist doch der Arbeit und des Erfolges wert, danach zu streben, in Preußen und im Reich gleichartige Regierungen zu haben. Nichts anderes wollen wir ja, wenn wir Sie in der Reichstagsfraktion darum bitten, nicht in feste Koalitionsbindungen zu gehen, ehe wir dies Ziel erreicht haben. Das ist keine sachliche Hinderung der Arbeiten, die auf den verschiedenen Gebieten heute drängend sind. Ich meine, nach kurzer Zeit wird das Zentrum, wenn es einmal einen Gegenspieler findet, der sich nicht ohne weiteres ihm beugt, einsehen, daß es seinerseits sich auch auf Verhandlungen einlassen muß. Deshalb trete ich ein für die Resolution Dr. Hugo, die unseres Erachtens uns nützt.

Reichstagsabgeordneter Dr. Moldenhauer: Ich möchte Sie bitten, in der Resolution Dr. Hugo den Passus über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition im Reich, wenn der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird, in der Weise zu mil-

[94] Gemeint: in der ersten Großen Koalition in Preußen, siehe Anm. 41.

dern, wie es eben Herr Dr. Stresemann vorgeschlagen hat. Es kann sich bei den kommenden Fragen um den Etat um so weitgehende Entscheidungen handeln, wo wir das Geschick der Zukunft in der Hand haben, daß wir für diese Fragen eine so strenge, feste Bindung als unmöglich und unerträglich empfinden würden. Haben Sie das Vertrauen zu uns, daß wir uns für dieses Ziel einsetzen. Aber eine Bindung in der schroffen Weise bedeutet, uns eine Verantwortung aufzuerlegen, die wir nach unserer Überzeugung nicht tragen können. Da müssen wir im gegebenen Augenblick dem eigenen Gewissen folgen können. Ich glaube, zwischen den beiden Gegensätzen ist eine Brücke möglich, wie sie vorhin Herr Dr. Stresemann vorgeschlagen hat.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Herr Dr. Hugo hat mir mitgeteilt, daß er einverstanden ist, wenn der erste Satz die Fassung enthält: »daß die Deutsche Volkspartei bei der Bildung einer fraktionsmäßig gebundenen Regierung der Großen Koalition«. Das ist die Antwort auf die Frage, die ich gestellt hatte.

Landtagsabgeordneter v. Eynern: Ich glaube, eine der wesentlichsten Bedingungen, die wir nötig haben, um wieder zu wirtschaftlicher Gesundung zu kommen, ist, daß die einzelnen Fraktionen nicht Anträge auf Geldausgaben stellen, die wir uns heute nicht leisten können. Wie Sie das erreichen wollen ohne fraktionsmäßige Bindung der einzelnen Fraktionen, ist mir schleierhaft. Ich gehöre der Preußenfraktion an. Die Resolution Scholz genügt mir keineswegs, weil sie kaum ein Wort der Anerkennung für das enthält, was wir getan haben (Dr. Scholz: Ausdrücklich!). Ich begrüße die Resolution Hugo, aber ich glaube, eine so scharfe Bindung, daß unsere Reichstagsfraktion unter gar keinen Umständen sich fraktionell der Großen Koalition nähern darf, heißt, die ganze Verantwortung auch für Situationen, die wir heute nicht übersehen können, der Reichstagsfraktion abnehmen und sie hier dem Zentralvorstand aufbürden (Lebhafte Zustimmung). Vergessen wir nicht, welche Vorwürfe wir – und ich glaube mit Recht – unserer rechten Nachbarpartei gemacht haben, als sie in einem historischen Augenblick die Leute aus dem Lande herbeirief, weil sie nicht wußte, wie sie entscheiden sollte, und wo nun plötzlich Leute die Verantwortung übernahmen, die nicht so nahe der Regierung und der Verantwortung saßen.[95] Diesen Fehler dürfen wir nicht machen. Die Möglichkeit für unsere Reichstagsfraktion, im äußersten Falle, allerdings nur im äußersten Falle, auch einmal anders zu handeln, müssen wir ihr offenhalten. Ich bitte deshalb, eine kleine, mehr redaktionelle Änderung hier vorzunehmen und zu sagen: »Er ist auch weiterhin der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei bei der Bildung einer fraktionell gebundenen Regierung der Großen Koalition im Reich nur mitwirken sollte, wenn der gleiche Zustand aus staatspolitischen Gründen in Preußen geschaffen wird«.

So positive Bindungen vom Zentralvorstand an die Reichstagsfraktion verschieben die Verantwortung in einem Sinne, den wir gerade als liberale Partei bisher noch niemals gewollt haben (Beifall).

Landtagsabgeordneter Dr. Stendel: Wenn wir dem Moldenhauerschen Vorschlag folgen und nur sagen würden, daß das unser Ziel sei, dann wird jeder draußen wissen,

[95] Im Oktober 1925 hielt die DNVP einen außerordentlichen Parteitag ab, auf dem die Landesverbände sich nahezu geschlossen gegen den Vertrag von Locarno aussprachen und die DNVP-Minister in der Regierung Luther so zum Rücktritt zwangen, siehe Dok. Nr. 61, Anm. 4.

was das heißt. Das heißt: Das ist der Anfang des Umfalls.[96] Bilden wir uns doch nicht ein, daß die Leute nicht so klug sind wie wir. Jede Presse wird es so auslegen, und unsere Leute werden an uns irre werden. Uns nützt nicht das Wort Anerkennung, uns nützt nicht das Wort Billigung, uns nützt nur die Tat etwas. Wir müssen die Sicherheit haben, daß die Reichstagsfraktion sich neben uns stellen wird, weil das eine Frage der ganzen Partei und des ganzen Reiches ist. Ich glaube deshalb, wir müssen festhalten an der Haltung, die wir eingenommen haben. Ich habe Herrn Dr. Stresemann gesagt: Auch ich kann mir eine Lage denken, wo die Reichstagsfraktion nicht anders kann. Dann rufen Sie uns wieder zusammen (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Es ist an mich der Antrag gestellt worden, auch über die Frage offiziell abstimmen zu lassen, ob jede Bildung der Großen Koalition abhängig sein soll von der gleichzeitigen Bildung einer Großen Koalition in Preußen. In der Debatte selbst hat das Wort Herr Dr. Jaenecke.

Herr Dr. Jaenecke (Hannover): Meine Damen und Herren! Wenn die Befürchtung richtig wäre, die Herr Dr. Scholz zuerst gegenüber der Resolution von Herrn Dr. Hugo ausgesprochen hat, dann würde diese Resolution in keiner Weise die Zwecke erfüllen, die die Antragsteller, wohl auch Dr. Hugo selbst damit verbinden. Denn wir verbinden damit die Absicht, in den großen materiellen Fragen, die im Reich geregelt werden müssen, durch praktische Arbeit unserer Reichstagsfraktion vorwärtszukommen. Wenn also wirklich diese Resolution Hugo dazu den Weg verlegen sollte, wäre uns ja damit wenig geholfen. Aber wenn Sie ruhig durchprüfen, ob dadurch der Weg wirklich verbaut wird, dann möchte ich sagen: Das Bedenken hält nicht Stich.

Worum handelt es sich denn zunächst? Es handelt sich zunächst darum, den Reichshaushalt fertigzustellen. Ist denn die Reichstagsfraktion auch bei Annahme der Entschließung Hugo nicht in der Lage, ihren Willen bei der Abstimmung und bei den Beratungen durchzusetzen, auch wenn diese Resolution angenommen wird? Sie schleppt doch nicht die Belastung mit der Preußenfrage so mit sich herum, daß sie damit aktionsunfähig geworden wäre. Im Gegenteil, sie ist durchaus in der Lage, jede ihr zukommende praktische Arbeit zu leisten.

Die heutige Sitzung hat ja zweifellos die weitgehendste Bedeutung. Ich glaube auch, daß diejenigen, die an dieser Resolution mitgearbeitet haben, sich nicht leichtfertig irgendeine Vorstellung von der Verantwortung machen. Aber der Eindruck, den die Resolution, die Herr Dr. Scholz vorgeschlagen hat, auf einen großen Teil der Versammlung gemacht hat, ist doch der: Sie trägt der Situation nicht Rechnung, und der erste Eindruck ist immer der entscheidende. Daran herumzubessern hat wenig Sinn. Wenn alle die Bedenken unzutreffend sind, die Herr Scholz erhoben hat, ist die Resolution Hugo besser, weil sie klar das sagt, was wir heute unserem Volk und unseren Parteifreunden sagen müssen.

Reichstagsabgeordneter Graf Stolberg: Meine Damen und Herren! Unser Herr Parteiführer hat heute in seinen Anfangsausführungen doch klar dargestellt, daß, wenn wir eine machtvolle Partei werden wollen, wir in erster Linie sachliche Politik treiben müssen. Unser Ziel muß doch dahin gehen, Steuerabbau und dergleichen mehr.

[96] In seinen Erinnerungen äußert sich Moldenhauer sehr erbittert über diese Attacke des »braven, aber doch sehr engen und sturen Ostfriesen Stendel«, BAK NL Moldenhauer 4, p. 67.

Nun haben doch gerade die letzten Monate und Wochen gezeigt, daß wir praktisch im Parlament nur etwas erreichen werden, wenn wir die Sozialdemokraten koalitionsmäßig binden. Wenn wir sie nicht binden, wird das Spiel so weitergehen, daß die Herren uns einen Antrag nach dem anderen in die Regierung hereinschmeißen und diesen Wirrsal noch vermehren, bis plötzlich der Kladderadatsch kommt. Also entweder ganz verzichten auf praktische Erfolge in der Mitarbeit, dann wird die Resolution Hugo anzunehmen sein, oder aber man ist der Ansicht, daß man praktisch etwas erreichen will, dann muß das Ziel dahin gehen zu erstreben, die Sozialdemokraten parteipolitisch zu binden. Das ist der reale Weg.[97]

Herr Chapeaurouge[98] (Hamburg): Meine Herren, wir stehen vor einer Abstimmung, die für das Schicksal unserer Partei von entscheidender Bedeutung sein kann. Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß wir hier in 5 Minuten zur Abstimmung kommen. Ich stelle geschäftsordnungsmäßig den Antrag, daß wir, da wir um 3 Uhr hier räumen müssen, uns um 5 Uhr in einem anderen Saale wieder treffen.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich habe seitens der Reichsgeschäftsstelle feststellen lassen, ob uns die Zeit hier verlängert werden kann. Wir haben die Erlaubnis. Dann sind wir vorläufig an die Zeit noch nicht gebunden.

Herr Dr. Scholz: Wir sehen also, daß wir hier weitertagen können. Wir müssen jetzt die klare Entscheidung treffen, und ich erbitte sie von Ihnen als Vorsitzender der Reichstagsfraktion: ob die Reichstagsfraktion gebunden sein soll an den Beschluß des Zentralvorstandes vom November, d. h. ob die, sagen wir, Vorausbelastung Preußens bestehen bleibt oder nicht. Ich sage das auch aus einem anderen Grunde. Denn wenn wir, ganz abgesehen von der Resolution, zunächst einmal diese grundsätzliche Entscheidung treffen, wird es nachher auf der Grundlage dieser natürlich mit Mehrheit zu treffenden Entscheidung verhältnismäßig leicht sein, eine allgemein befriedigende Einigung festzustellen. Deswegen scheint es mir doch richtig zu sein, unter Verzicht auf weitere Debatte zunächst Klarheit über diesen Punkt zu gewinnen.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Damit machen Sie alle Bemühungen zunichte, die darauf hinausgingen, die ganze Frage in zwei Abteilungen zu schneiden, nämlich einmal die Politik bis zur Beendigung der Pariser Verhandlungen und dann die neue Entscheidung. Es ist sehr leicht, eine Entscheidung zu treffen, die übrigens dann nicht einen machtvollen Willen nach außen zum Ausdruck bringt, wenn hier nur ein Mehrheitsbeschluß gefaßt wird. Denn ich glaube nicht, daß die Verhandlungen vertraulich sind. Ich bin infolgedessen nicht der Meinung, daß wir jetzt, ehe die Debatte weitergeht, nun sofort durch diese Entscheidung uns binden.

Wenn übrigens die Möglichkeit besteht, daß wir hier in diesem Saale länger debattieren können, würde ich es für richtig halten, wenn wir uns einige Minuten den Wortlaut überlegen und wenn wir vielleicht jetzt eine kleine Pause eintreten lassen. Ich würde also vorschlagen, daß wir bis 3 Uhr eine Pause eintreten lassen.

---

[97] Auch in der Sitzung der Reichstagsfraktion hatte sich Graf Stolberg für eine Große Koalition und eine »feste Bindung« der Regierungsparteien ausgesprochen, BAK R 45 II/67, p. 131.

[98] Paul de Chapeaurouge (1876–1952), Notar. Dr. iur. 1917/1918, 1920–1932 Mtgl. der Hamburger Bürgerschaft (NLP/DVP). Gründer des Hamburger Wahlkreisverbandes der DVP, 1920–1925 dessen Vors. 1923–1925 Fraktionsvors. Ab 1924 Mtgl. des Hamburger Senats. 1946–1952 Mtgl. der Hamburger Bürgerschaft (CDU).

(Herr Sauerborn: Darf ich jetzt noch einmal meinen Vorschlag wiederholen, eine kleine Kommission einzusetzen) Eine Kommission kommt nicht weiter, es kommen nur einzelne Leute weiter. Also um 3 Uhr beginne ich die Verhandlungen wieder.

(Die Sitzung wird um 2 Uhr 50 Minuten unterbrochen).

(Die Sitzung wird um 4 Uhr 10 Minuten wieder eröffnet).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich bitte Platz zu nehmen und die Türen zu schließen. Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen den Entwurf folgender Entschließung vorzulegen, der nach umfangreichen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Antragstellern unter Mitwirkung von Mitgliedern der Reichstags- und der Landtagsfraktion gebilligt worden ist. Er hat folgenden Wortlaut:

»Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Haltung der preußischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion in der Koalitionsfrage.

Der Zentralvorstand ist der Ansicht, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann erfolgreich wirken kann, wenn aus staatspolitischen Gründen der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird. Der Zentralvorstand wird infolgedessen nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses vom November 1928 zur Koalitionsfrage erneut Stellung zu der politischen Lage nehmen, um die gleichartige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen zu erreichen.

Der Zentralvorstand weiß sich angesichts der Überlastung des deutschen Bürgers mit Steuern und anderen Lasten, die das Maß des Erträglichen bereits überschritten haben, einig mit der Reichstagsfraktion darin, daß die Belastung aller Erwerbsstände zunächst nicht weiter gesteigert werden darf, dann aber rasch und fühlbar gesenkt werden muß. Ebenso notwendig ist die Inangriffnahme einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform und die Weiterverfolgung der verfassungsrechtlichen Anträge der Reichstagsfraktion«.

Ich bitte sie, dieser Entschließung zuzustimmen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo: Ich möchte doch noch darum bitten, daß hier die Worte »um die gleichartige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen zu erreichen« gestrichen werden. Man kann doch wirklich nicht voraussehen, wie die politische Situation am Schluß von Paris sein wird. Es genügt doch, wenn wir sagen, daß wir den Zentralvorstand zusammenbitten, um erneut zur politischen Frage Stellung zu nehmen (Widerspruch und Zustimmung).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Es war ja gerade der Wunsch der Preußen, daß dieser Gedanke noch einmal zum Ausdruck käme. Wir binden uns ja dadurch nicht. Aber es ist doch der eine Gedanke zum Ausdruck zu bringen: Diesen Gedanken halten wir nach wie vor aufrecht. Wenn Sie die ganze Situation anders sehen, dann haben wir uns eben im Augenblick geirrt. Das ist gleichgültig. Für den Augenblick aber muß das zum Ausdruck kommen (Lebhafte Zustimmung).

Reichstagsabgeordneter Dr. Kulenkampff[99]: Ich bemerke eben beim Vorlesen, daß hier etwas mißverstanden werden kann, was nicht mißverstanden werden darf. Es heißt in der Entschließung: »zunächst nicht weiter gesteigert werden«. Das kann schief klingen. Wir sind uns mit der Reichstagsfraktion darüber einig, »daß die Belastung aller Erwerbsstände nicht weiter gesteigert werden darf, dann aber rasch und fühlbar gesenkt werden muß«. Das Wort »zunächst« muß also gestrichen werden (Zustimmung).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Es muß dann also heißen: »daß die Belastung aller Erwerbsstände nicht weiter gesteigert werden darf«. Wünscht sonst noch jemand das Wort? Dann kommen wir zur Abstimmung (Zuruf: Ich hatte mich noch zum Wort gemeldet! – Gegenrufe: Schluß der Debatte!). Wir haben vorhin einstimmig beschlossen, eine Pause zu machen, um eine Resolution abzufassen. Wir können doch jetzt nicht wieder die Generaldebatte eröffnen (Lebhafte Zustimmung). Ich frage, ob zu der vorliegenden Resolution das Wort gewünscht wird.

Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Schuster: Wenn es in der Entschließung heißt »eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition«, so wirkt das auf Herrn Müller (Franken) wie die Aufforderung: Ernenne morgen deine drei Zentrumsminister; da ja keine fraktionelle Bindung vorliegt, sind wir mit dieser Ernennung der drei Zentrumsminister einverstanden! Die Worte »fraktionell gebunden« können ohne weiteres wegbleiben. Sachlich würde damit nichts geändert. Es wäre dann aber die indirekte Aufforderung weggelassen, die hier gewissermaßen plakatiert ist. Unseren beiden Ministern im Kabinett würde damit die Möglichkeit gelassen, darum zu kämpfen, daß die drei Zentrumsminister doch nicht morgen ernannt werden. Wenn diese Worte hier stehenbleiben, haben wir die Waffen hingeworfen und den Kampf aufgegeben. Ich beantrage deswegen die Streichung der Worte »fraktionell gebunden«.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich weiß nicht, inwiefern dadurch eine Änderung herbeigeführt wird. Ich habe vorhin Herrn Dr. Hugo die offene Frage vorgelegt, ob seine Resolution, die die Grundlage bildete, ein Verbot bedeuten sollte, diese Zentrumsminister zu ernennen. Das hat er verneint. Wir sind der Meinung, daß es der Reichstagsfraktion überlassen werden muß, ob sie sich für diese drei Monate fraktionell bindet, wenn die anderen ihre Gedanken in den sachlichen Fragen der Steuerbelastung akzeptieren. Nur so können unsere Anträge durchgeführt werden. Wenn Sie denen völlige Freiheit lassen, werden die sich einen Teufel daran kehren und sich hinsichtlich der Steuerbelastung nicht binden. Sie können doch denjenigen, die die Verantwortung der Durchführung haben, nicht alle Möglichkeiten nehmen, sich zu bewegen. Sonst ist die Verantwortung als Reichstagsabgeordneter überhaupt nicht mehr zu übernehmen.

Landtagsabgeordneter Stendel: Ich habe schon im Ausschuß[100] die größten Bedenken gegen die Worte »fraktionell gebunden« geltend gemacht. Der Herr Kollege Schuster hat recht: Die jetzige Fassung wirkt direkt wie eine Aufforderung. Es mag

[99] Walther Kulenkampff (1883–1929), Dr. phil. Kaufmann und Fabrikant in Magdeburg. Präsidiumsmtgl. im Zentralverband des deutschen Großhandels und im Hansabund. 1920–1929 MdR (DVP).

[100] Gemeint: während der Beratungen in der Sitzungspause.

aber darüber abgestimmt werden. Es heißt in der Entschließung weiter: »angesichts der Überlastung des deutschen Bürgers mit Steuern und anderen Lasten«. Ich schlage stattdessen vor: «...des deutschen Bürgers und Bauern«. Damit zeigen wir dem Landwirt, daß wir auch an ihn gedacht haben.

Vorsitzender Dr. Stresemann: Dann sagen Sie doch lieber: »des deutschen Volkes«! Sonst müssen Sie alle Stände aufführen. Es gibt auch Leute, die weder Bürger noch Bauern sind und trotzdem über die Last der Steuern zu klagen haben (Zustimmung). Herr Stendel, wollen Sie einen besonderen Antrag stellen? (Landtagsabgeordneter Stendel: Ich nicht, aber der Herr Kollege Schuster hat einen Antrag gestellt!) Wir haben dann über den Antrag Schuster abzustimmen. Herr Schuster hat seine Auffassung begründet. Ich habe meine Auffassung dahin zusammengefaßt, daß zur Durchführung der Aktion der Reichstagsfraktion die Worte »fraktionell gebundene« notwendig sind. Wenn sie nicht gewünscht werden, bitte ich diese Worte zu streichen. Ich bitte diejenigen, die Hand zu erheben, die für den Antrag Schuster sind. Ich bitte um die Gegenprobe. Das Letztere war die Mehrheit; der Antrag Schuster ist abgelehnt. Weiter ist der Antrag gestellt, anstelle »des deutschen Bürgers« zu sagen »des deutschen Volkes«. Diesen Antrag darf ich ohne besondere Abstimmung als angenommen betrachten (Zustimmung).

Ich stelle nun die Gesamtentschließung zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, die Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Die Entschließung ist einstimmig angenommen[101] (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen). Ich bemerke noch, daß das Wort »zunächst« entsprechend der Anregung des Herrn Dr. Kulenkampff gestrichen ist.[102]

[101] Obwohl es Stresemann durch die Einschaltung der Sitzungspause gelungen war, eine demütigende Niederlage zu vermeiden, war er über den Verlauf der Tagung sehr verbittert. So informierte er Kempkes am 11.3.1929 nicht nur über seine Rücktrittsabsichten, sondern teilte ihm auch mit, er habe nicht die Absicht, sich »einer Zentralvorstandssitzung wie der letzten noch einmal auszusetzen«, und resümierte mit Blick auf den industriellen Flügel der DVP: »Es scheint mir richtig, daß diejenigen auch vor der Öffentlichkeit die Verantwortung für die getriebene Politik übernehmen, die sie in Wirklichkeit führen. Daß ich mein Ministeramt noch weiterführen muß bis zur Beendigung der Pariser Verhandlungen, ist mir klar [...] Sollten sie negativ auslaufen, so ist die verehrlichte Partei in ihrer weiteren Entwicklung frei, und ich würde ihr selbst empfehlen, sich mit Hugenberg sofort zu koalieren und sich nicht länger zu sträuben, die Herrschaft derjenigen Ideen anzuerkennen, denen gegenüber sie doch hörig ist«, Vermächtnis III, S. 435. Moldenhauer beurteilte die Sitzung, »in der fast alle seine sonst so eifrigen Freunde schwiegen«, als »eine der größten und schwersten Enttäuschungen« für Stresemann: »Er sah auf einmal, daß er die Partei nicht mehr in der Hand hatte«, BAK NL Moldenhauer 4, p. 97.

[102] Die schließlich angenommene Entschließung lautete: »Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Haltung der preußischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion in der Koalitionsfrage. Der Zentralvorstand ist der Ansicht, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann erfolgreich wirken kann, wenn aus staatspolitischen Gründen der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird. Der Zentralvorstand wird infolgedessen nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses zur Koalitionsfrage vom November 1928 erneut Stellung zu der politischen Lage nehmen, um die gleichartige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen zu erreichen. Der Zentralvorstand weiß sich angesichts der Überlastung des Deutschen Volkes mit Steuern und anderen Lasten, die das Maß des Erträglichen bereits überschritten haben, einig mit der Reichstagsfraktion, daß die Belastung aller Erwerbsstände nicht weiter gesteigert werden darf, dann aber rasch und fühlbar gesenkt werden muß. Ebenso notwendig ist die Inangriffnahme

Ich habe noch einige geschäftliche Mitteilungen zu machen. Nach Schluß dieser Sitzung versammelt sich der vorbereitende Organisationsausschuß zu einer Sitzung im Zimmer [Zahl fehlt]. Zehn Minuten danach tritt der Geschäftsführende Ausschuß im gleichen Zimmer zusammen.[103] Man geht dabei von der Annahme aus, daß der Organisationsausschuß mit seinem Programm in zehn Minuten fertig ist. Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen und schließe die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 20 Minuten)

74.

Aufzeichnung Henry Bernhards zum Verlauf der Zentralvorstandssitzung vom 26. Februar 1929

PA NL Stresemann 103. Maschinenschrift.[1]

Die gestrige Sitzung des Zentralvorstandes[2] zeigte ganz deutlich, daß eine starke Opposition gegen den Parteiführer mit allen Mitteln der Regie vorbereitet war. Die sogenannten Arbeitsgemeinschaften[3] hatten am Tage vor der Zentralvorstandssitzung verschiedene Sitzungen abgehalten, in denen die sogenannten »Aktionen« besprochen wurden. Hauptträger dieser Opposition waren zunächst einmal die Hannoveraner um Jänecke, Hecker[4], Albrecht und Schuster. Ferner Rechtsanwalt Dr. Zehle, der vom Abgeordneten Dr. Kulenkampff »gemanagt« wurde.

Schon die Aufnahme der bedeutenden Rede des Parteiführers zeigte die Planmäßigkeit der Opposition. In der Hannoverschen Ecke wurden durch heftige Zwischenbemerkungen, Gebärden usw. diese Dinge ganz offenkundig. Nach Schluß der Ausführungen des Parteiführers setzten sich sofort verschiedene Vertrauensleute in

einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform und die Weiterverfolgung der verfassungsrechtlichen Anträge der Reichstagsfraktion«, NLC 27.2.1929.

103 Siehe Dok. Nr. 72.

1 Bei dem abgedruckten Dokument handelt es sich um eine vierseitige maschinenschriftliche Aufzeichnung ohne Überschrift, handschriftlich auf den 27.2.1929 datiert und unterzeichnet nur mit der Paraphe »Be«. Sie stammt mit größter Sicherheit von Henry Bernhard, der – obwohl er nicht Mitglied des Zentralvorstandes war – an der Sitzung teilgenommen haben muß, seine Beobachtungen unmittelbar im Anschluß daran zu Papier brachte und sie Stresemann zukommen ließ.

2 Siehe Dok. Nr. 73.

3 Zahlreiche Wahlkreise hatten sich zu sogenannten »Arbeitsgemeinschaften« zusammengeschlossen, die verstärkt Einfluß auf die Kandidatenaufstellung zu nehmen suchten. Die Reichsgeschäftsstelle betrachtete diese Zusammenschlüsse mit Argwohn, da sie den Einfluß der Parteileitung auf die Wahlkreisverbände schwächte. Stresemann selbst, dessen vordringliches Ziel bei der Reorganisation der Partei eine Stärkung der »Rechte der Zentrale« war, wie er Zapf am 23.10.1928 mitteilte (PA NL Stresemann 102), sah in den Arbeitsgemeinschaften eine Gefahr und plädierte für ihre Auflösung, wie er dem vorbereitenden Organisationsausschuß für Satzungsänderung mitteilte, siehe ebd. Nr. 106; zur »Mitteldeutschen Arbeitsgemeinschaft« siehe Dok. Nr. 73, Anm. 90.

4 Ewald Hecker (* 1879), Hüttendirektor und Vorstandsmtgl. der Ilseder Hütte und des Peiner Walzwerks, 1920–1924 MdL Preußen (DVP).

Bewegung, um den weiteren Verlauf der Zentralvorstandssitzung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Diese Persönlichkeiten waren insbesondere Generalsekretär Schütz aus Dortmund, Dr. Kriege jun., Oberst v. Gilsa, Dr. Zehle (Magdeburg), Hauptmann Mathy (Halle), Dr. Jänecke (Hannover), Staatssekretär Schmid, M.d.R., Dr. Hugo, Dr. Kulenkampff und verschiedene Landtagsabgeordnete. Während der im Anschluß an die Rede des Parteiführers gemachten Darlegungen des Abgeordneten Stendel wurden von Mitgliedern der preußischen Landtagsfraktion, die geschickt im Saal verteilt waren, ostentativ laute Beifallskundgebungen arrangiert, denen sich naturgemäß die Anhänger der betreffenden Redner anschlossen. Man hatte aber die unbedingte Empfindung, daß die Landtagsfraktion sich vor der Notwendigkeit sah, sich und ihre Haltung selbst zu beklatschen. In dieser Richtung gingen auch die Ausführungen der preußischen Landtagsabgeordneten, die nach der Verlesung des Scholz'schen Resolutionsentwurfs sofort aufbegehrten und verlangten, daß ihnen von seiten des Zentralvorstandes das Vertrauen votiert werden müsse. Ein Verlangen, dem nicht ganz entsprochen worden ist, denn die schließliche Entschließung des Zentralvorstandes spricht nur von Billigung des Verhaltens.[5] Auf jeden Fall zeigte die ganze Art, wie einzelne Mitglieder der Landtagsfraktion sich während der Zentralvorstandssitzung »benahmen«, wie schlecht ihre Sache war und daß nur mit Hilfe organisierter Claquen und Cliquen die Möglichkeit bestand durchzukommen.

Ich beobachtete z. B. den Abgeordneten Buchhorn[6], der durch Zwischenrufe und besonderes Rühren der Hände starken Eindruck zu machen versuchte. Aber auch die übrigen Landtagsabgeordneten liefen wie eine aufgescheuchte Hammelherde in der Gegend herum, um jeden, der nur einigermaßen faßbar war, darauf hinzuweisen, wie prächtig doch ihre ganze Haltung in der Regierungsbildungsfrage gewesen sei. Als einer dieser Abgeordneten sich einen Herrn aus Sachsen vorknöpfte und ihm klarzumachen suchte, daß eine koalitionsmäßige Bindung im Reich ohne Preußen nicht in Frage käme, wurde ihm die Frage vorgelegt, ob denn seinerseits der Austritt der Volkspartei aus Preußen[7] auf Verlangen der Reichstagsfraktion erfolgt sei. Eine Antwort auf diese Frage hat der betreffende Neugierige nicht erhalten.

Daß alles vorbereitet war, in den schon erwähnten Sitzungen der sogenannten Arbeitsgemeinschaften, zeigt sich auch darin, daß der Abgeordnete Dr. Albrecht und seine hannoverschen Freunde sich sofort getroffen fühlten, als in der Rede des Parteiführers von einer »meuternden Mannschaft« (womit ganz klar die Sozialdemokratie gemeint war) sprach.[8] Albrecht, der bisher immer zu den Loyalsten in der Partei gezählt werden konnte, ist mir vollkommen unverständlich. Es scheint, als wenn er und auch Professor Schuster auch in den Händen von Dr. Jänecke und Hecker sich befinden, die beide fanatische Anhänger des Lutherbundes und seines Führers sind.[9]

[5] Zu der vom Zentralvorstand angenommenen Entschließung siehe Dok. Nr. 73, Anm. 102.

[6] Josef Buchhorn (* 1875), Journalist. Redakteur zahlreicher Zeitungen. 1916 Tätigkeit beim »Hannoverschen Kurier«. 1929 Hrsg. des »Korrespondentenkreis«. 1921–1932 MdL Preußen (DVP).

[7] So in der Vorlage; gemeint: der Austritt der DVP aus der Preußischen Regierung im Januar 1925, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82.

[8] Siehe Dok. Nr. 73, S. 765 f.

[9] Zum »Bund zur Erneuerung des Reiches« (»Lutherbund«) sowie zu dem gespannten Verhältnis zwischen Stresemann und Luther im Jahr 1928 siehe Dok. Nr. 70, Anm. 30.

Als ich gelegentlich der Sitzungspause dem Generalsekretär von Hannover sagte, ich sähe in der Haltung der hannoverschen Parteivertreter doch eine starke persönliche Animosität gegen den Parteiführer, wurde ich von Albrecht gestellt. Er sagte mir, daß nur rein sachliche Gründe und die «schwerste Sorge« um die Entwicklung die Haltung der Parteifreunde von Hannover diktiere. Als ich ihn darauf hinwies, daß das ganze Gebaren namentlich des Herrn Regierungsrats Hecker mich persönlich zu der Auffassung gebracht hätte, daß nicht nur rein sachliche Gründe maßgeblich seien, erwiderte er mir, Hecker sei ein etwas impulsiver Mann. Auch aus dieser Unterhaltung mit Albrecht und der vorhergegangenen mit Lieker hatte ich sehr stark den Eindruck des schlechten Gewissens und der »Meuterei«. Während einiger Reden wurde von dem oppositionellen Flügel in Nebenräumen unter Massenbeteiligung eine Resolution formuliert, die dann später von Hugo vorgetragen worden ist. Dieser Resolutionsentwurf trug schon von vornherein den Stempel der vielen Köche, die den Brei verderben. Denn es genügte schon ein kurzer Blick des Parteiführers auf diese Resolution zu einer grundlegenden Frage, die absolut die mißverständliche Formulierung dieser »Massen-Entschließung« aufzeigte.

Bedauerlich war festzustellen, daß außer von Oberbürgermeister Blüher (Dresden) und Scholz fast niemand dem Parteiführer zur Seite stand. Herr Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hatte sich während des größten Teiles der Verhandlungen entfernt, so daß der Parteiführer auch noch gezwungen war, die scharfen Angriffe des Herrn Dr. Zehle (Magdeburg) auf Curtius zurückzuweisen. Es war deutlich zu beobachten, daß Herr Zehle seine einzelnen Sätze von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Kulenkampff, der hinter ihm saß, souffliert bekam.

Alles in allem muß von dieser betrüblichen Zentralvorstandssitzung der Eindruck bestehenbleiben, daß die Politik der sogenannten Arbeitsgemeinschaft, des Aushandelns der gegenseitigen Interessen, dazu geführt hat, daß der Zentralvorstand der Partei nicht mehr in den Händen der Parteileitung zu sein scheint. Wenn auch zum Schluß die Resolution, die gefaßt worden ist, weder Sieger noch Besiegte ergab, so muß doch bei nächster Gelegenheit damit gerechnet werden, daß der Zentralvorstand dem Parteiführer die Gefolgschaft versagt. Das ist um so betrüblicher, als auch die gestrige Sitzung zeigte, daß das Niveau der einzelnen Redner unerhört unter demjenigen des Parteiführers stand.

75.

30. Mai 1929: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 1.6.1929, Nr. 113. Überschrift: »Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei«.

Am 30. Mai trat der Reichsausschuß der DVP im Reichsklub in Berlin zusammen. Der Reichsausschuß ist die Zusammenfassung der Parteispitzen im Reich, in den Ländern und in den Wahlkreisen. Ihm gehören an die Mitglieder des Parteivorstandes, des Geschäftsführenden Ausschusses, Vertreter der Fraktionen, die Wahlkreisvorsitzenden und die Wahlkreisgeschäftsführer. Die Mitglieder des Parteivorstandes waren fast vollständig erschienen.

Dr. Stresemann gab in alter Frische ein umfassendes Bild der äußeren und inneren Lage Deutschlands, wobei er im Zusammenhang mit den Pariser Verhandlungen auf die Not der Wirtschaft, vor allem der Landwirtschaft, der gewerblichen Mittel- und Kleinbetriebe einging. Er forderte nicht nur die Fortsetzung der Sparpolitik des Reiches, sondern auch ihre mögliche Änderung und der gesamten Lebensführung, um die heimische Produktion zu heben und die Handelsbilanz zu verbessern. Die Versammlung stand völlig unter dem Eindruck dieser Rede und antwortete dem Parteiführer mit einer großen Kundgebung des Dankes und der Zustimmung. Mit gleichem Interesse wurden die weiteren aufschlußreichen Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius über die Reparations- und Reichspolitik entgegengenommen. Die Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktion, die Abgeordneten Dr. Scholz und Stendel, referierten über die parlamentarische Lage, die Ziele und Aufgaben der Fraktionspolitik. Die rege Aussprache ergab aus allen Landesteilen ein starkes und einmütiges Bekenntnis des Vertrauens zur Führung der Partei, wiederum vor allem zur Politik Stresemanns.

Mit besonderem Dank wurden die Bemühungen der Fraktionen zur Senkung der steuerlichen und sozialen Lasten anerkannt, wobei der Reichsausschuß der Erwartung Ausdruck gab, daß diese Aktion mit gleicher Entschiedenheit fortgesetzt wird, um eine Entlastung der schwerringenden deutschen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, der gewerblichen Mittel- und Kleinbetriebe zu erreichen. Einmütigkeit herrschte auch über die Notwendigkeit der Reichs- und Verwaltungsreform wie einer grundlegenden Reform der sozialen Gesetzgebung, vor allem der Arbeitslosenversicherung. Bezüglich der preußischen Politik wurde betont, daß die Partei, nachdem sie fast sechs Jahre an den verantwortlichen Stellen der Reichspolitik gestanden hat, jetzt mit Nachdruck ihre Beteiligung an der preußischen Regierung betreiben müsse. Die Stellung der Partei zur Konkordatsfrage wurde nicht näher erörtert, weil sie auf der Sitzung des Zentralvorstandes vom November 1928 festgelegt ist.

An der Aussprache beteiligten sich u.a. die Herren Admiral a.D. Retzmann (Leipzig), Abg. Burger (Pfalz), Fabrikant Hembeck (Lüdenscheid), Abg. Dr. Böhm, Rechtsanwalt Dr. Bockamp (Köln), Abg. Brandes (Braunschweig), Hüttendirektor Kuhbier (Duisburg), Abg. Hintzmann, Regierungsassessor Sauerborn (Koblenz), Staatssekretär Kempkes, Abg. Dr. Schiftan. Die Beratungen waren vom Geiste der Einigkeit, der Verantwortung und des gegenseitigen Vertrauens getragen. Sie zeugten in ihrem ganzen Verlauf ebenso von dem allgemeinen Ernst der Lage wie von der Zustimmung, die die Politik der Partei in der Wählerschaft gefunden hat. Im besonderen waren sie ein geradezu herzliches Bekenntnis zur Politik und Führung des ersten Parteivorsitzenden Stresemann. Der starke volksparteiliche Erfolg bei den Sachsenwahlen[1], der glänzende Verlauf der volksparteilichen Reichsfrauentagung in Bremen, die erwachende Aktivität der Jugend sind äußere Zeichen des starken Lebenswillens der Partei.

[1] Siehe Dok. Nr. 70, Anm. 32.

76.

30. September 1929: Sitzung des Reichsausschusses

Privatbesitz Dr. Wolfgang Stresemann. Maschinenschriftliches Protokoll.[1] Überschrift: »Reichsausschuß 30. September 1929.[2] Dr. Stresemanns letzte Rede«.

Stresemann gedenkt des verstorbenen Mitgliedes der Reichstagsfraktion, Dr. Kulenkampff; sein Vorschlag, dem erkrankten Scholz ein Begrüßungstelegramm zu senden, findet allgemeine Zustimmung.

[Stresemann:] Meine Herren! Sie haben bisher über die Organisationsfragen verhandelt. Gestatten Sie mir, diese Verhandlungen durch ein kurzes Referat über die politische Lage zu unterbrechen. Ich habe zwar heute vormittag gehört, daß es verantwortungslos von mir sei, in Versammlungen zu gehen anstatt zu ruhen.[3] Aber ich halte die Situation, in der wir stehen, für zu wichtig, als daß ich nicht dazu im Kreise des Reichsausschusses mich äußerte. Dabei will ich mich auf die Fragen beschränken, die im Mittelpunkt der ganzen politischen Erörterungen stehen. Das ist die Frage der Neuregelung unserer Tributverpflichtungen, der sogenannte Young-Plan[4], und das

[1] Das Wortprotokoll der Sitzung ist im Bestand R 45 II nicht überliefert. Der Text der Rede Stresemanns wurde den Bearbeitern von Dr. Wolfgang Stresemann (Berlin) freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Dr. Stresemann erhielt ihn von Carl-Hubert Schwennicke, der seit 1929 als Hochschulreferent in der Reichsgeschäftsstelle beschäftigt war und das Dokument wahrscheinlich bei der Auflösung der Reichsgeschäftsstelle an sich genommen hat; siehe auch S. 46*.

[2] Stresemann, der sich zunächst für eine Verlegung der Sitzung vom 30. September 1929 auf die erste Oktoberwoche ausgesprochen hatte, wurde von der Reichsgeschäftsstelle dazu gedrängt, unter allen Umständen am vorgesehenen Termin festzuhalten. Dazu teilte Trucksaess am 12.9.1929 Henry Bernhard mit: »Der Termin ist gewählt worden, weil am Sonntag, den 29. September die kommunalpolitische Reichstagung stattfindet, mit der die Wahlbewegung zu den kommunalen Wahlen eröffnet werden soll und zu der etwa 300 Parteifreunde erwartet werden. Der Termin für diese Kommunaltagung wiederum ist gewählt worden im Anschluß an den Städtetag«, PA NL Stresemann 106. Am 18.9.1929 hatte eine Sitzung des GA stattgefunden, von der im Bestand R 45 II/59 nur die Tagesordnung (1. Beratung und Beschlußfassung über die Vorschläge des Organisationsausschusses, 2. Der Mannheimer Parteitag, 3. Verschiedenes) sowie eine Anwesenheitsliste mit 22 Unterschriften überliefert ist.

[3] Stresemann hatte entgegen dem dringenden Rat seiner Ärzte seinen Erholungsaufenthalt in Vitznau am Vierwaldstätter See abgebrochen und war am 25.9.1929 nach Berlin zurückgekehrt, um die sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung abzeichnende parlamentarische Krise abzuwenden. Allerdings war sein Gesundheitszustand äußerst schlecht, nach den Worten eines Beobachters war er bereits »vom Tode gezeichnet«, zit. nach: Turner, S. 246. Albert Zapf, der an der Sitzung des Reichsausschusses teilnahm, konstatierte rückblickend: »Er wußte, daß der Tod über ihm war, aber er wollte nicht ein Leben führen, daß ihn gezwungen hätte, die Hand in den Schoß zu legen und dem Gang der Dinge tatenlos zuzusehen. Er zog es bewußt vor, bis zuletzt im Dienst der Ideen zu sein, die ihn erfüllten [...] So ist es zu erklären, wenn er am Samstag, den 28.9., die Sitzung des Parteivorstandes persönlich leitete, am folgenden Montag in der Sitzung des Reichsausschusses persönlich erschien und eine fast einstündige, glänzende Rede hielt, während der sichtlich eine Steigerung seiner Lebenskraft zu beobachten war«, BAK NL Zapf 8, undatierte Aufzeichnung »Krankheit und Tod Stresemanns«; siehe auch Wolfgang Stresemann, S. 11f.

[4] Der Young-Plan setzte die endgültige Reparationssumme neu auf 112 Milliarden RM fest, wobei Deutschland 59 Jahre lang eine Durchschnittsannuität von ca. 2 Milliarden RM zu zahlen hatte. Die ausländische Kontrolle der deutschen Finanzen entfiel ebenso wie die Verpfändung

ist weiter die Frage des dagegen eingereichten Volksbegehrens[5] und der Agitation, die sich damit verbindet, und der weiteren Ziele, die mit der Gründung des Reichsausschusses für das Volksbegehren nach meiner festen Überzeugung verbunden sind.

Heute nachmittag um 3 Uhr wird voraussichtlich die deutschnationale Reichstagsfraktion beantragen, daß das Plenum des Reichstags in eine Debatte über den Young-Plan eintritt.[6] Die Reichsregierung wird das ablehnen und muß das ablehnen. Schon die Forderung einer Diskussion über den Young-Plan im Reichstag ist ein ganz unverantwortliches, leichtfertiges Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes (Sehr gut!). Wir stehen in Verhandlungen über den Young-Plan auch jetzt noch. Große Fragen harren noch der Entscheidung. Es ist gar kein Zweifel, daß unsere Gegner versuchen werden, uns zu Konzessionen zu pressen, die außerordentlich weit gehen können, die sich namentlich beziehen auf die Aufgabe der deutschen Ansprüche aus Liquidationen.[7] Das sind Ansprüche gegenüber anderen Mächten, die man ziffernmäßig auf mehr als eine Milliarde beziffern kann. Wenn die Regierung gezwungen wird, vor der ganzen Weltöffentlichkeit die Gründe anzugeben, die sie gezwungen haben, für den Young-Plan einzutreten, wenn sie die ganzen Vorteile des Young-Plans für Deutschland vor der Weltöffentlichkeit darzulegen gezwungen ist, wenn sie weiterhin vielleicht sogar auf Anfragen aus dem Reichstag gezwungen würde festzustellen, welche Steuererleichterungen sie in Aussicht nimmt von dem Datum

---

von Industrieobligationen und Reichseinnahmen. Die Verantwortung für den Transfer wurde der deutschen Regierung übertragen, die die Möglichkeit besaß, zwischen dem »geschützten« und dem »ungeschützten«, in jedem Fall fristgerecht zu zahlenden, Teil der Annuitäten zu unterscheiden. Die Zahlungen selbst wurden von der neu errichteten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel verwaltet; der ungeschützte Teil der Annuität belief sich auf 660 Millionen RM, wobei Deutschland für den größeren, geschützten Teil bei der BIZ im Fall einer besonderen wirtschaftlichen Notlage für höchstens zwei Jahre einen Transfer- und Aufbringungsaufschub beantragen konnte; siehe auch Dok. Nr. 70, Anm. 20.

[5] Am 9.7.1929 konstituierte sich unter Führung von DNVP, NSDAP, Stahlhelm und Alldeutschem Verband ein »Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren« gegen den Young-Plan und die »Kriegsschuldlüge«. Am 28.9. reichte der Ausschuß dem Reichsinnenministerium in der vorgeschriebenen Form eines Gesetzentwurfes den Zulassungsantrag für ein Volksbegehren ein (Schultheß 1929, S. 174 f.), das am 1.10. genehmigt wurde. Trotz massiver Gegenpropaganda der Reichsregierung (Kabinett Müller II, S. XXVI f.; Dok. Nr. 299) erreichte das Volksbegehren die erforderliche Mindestzahl von Unterschriften (10% der Stimmberechtigten) knapp (4.137.193; 10,02%). Der Volksentscheid selbst endete am 22.12.1929 jedoch mit einem völligen Mißerfolg: nur 13,81% der Stimmberechtigten (5 838 890) votierten für den Gesetzentwurf; da das beantragte Gesetz verfassungsändernden Charakter hatte, hätten dem Volksentscheid jedoch mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten (21 Millionen) zustimmen müssen. Zur Rolle des Stahlhelm siehe Berghahn, S. 122 ff.; zur Bedeutung der Kampagne für die NSDAP siehe Orlow, S. 173 ff.; siehe auch Dok. Nr. 77, Anm. 6.

[6] Am 28.9.1929 hatte die DNVP einen Antrag eingebracht, der unter anderem verlangte, »alle Entschließungen und internationalen Bindungen, durch welche die Annahme des Plans der Pariser Konferenz vom 7. Juni vorbereitet wird [...] zurückzustellen und alle zur Beurteilung des Pariser Plans und seiner Auswirkungen erforderlichen Unterlagen zu veröffentlichen« (RTDrs., Bd. 438, Nr. 1319). Der Antrag blieb jedoch unerledigt; das Kabinett vertrat generell den Standpunkt, eine parlamentarische Behandlung des Young-Plans sei während des Andauerns der Verhandlungen ausgeschlossen, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 214, 228, 238, 342.

[7] Die Frage einer Einstellung der Liquidationen und der Freigabe des noch unliquidierten deutschen Vermögens hatte im Vorfeld der Verhandlungen um den Young-Plan zu erheblichen Auseinandersetzungen mit Belgien, Großbritannien und Polen geführt, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 255, 306, 310; Krüger, S. 476 ff.; Baumgart, S. 282 ff.

der Annahme des Young-Plans an[8], dann können unsere Unterhändler in den Organisationskommitees nach Hause fahren, dann haben sie gar keine Möglichkeit mehr, irgend etwas durchzusetzen.

Ich habe bei der letzten Diskussion im Reichstag dem Grafen Westarp gesagt: Wenn zwei Leute auf der Mensur stehen, müssen die Waffen gut und gleich sein. Die Waffen sind nicht gut und gleich, denn Sie wissen ganz genau, daß ich nicht die Stellungnahme der Reichsregierung so vertreten kann, wie ich möchte. Das gilt aber nicht nur für mich als Außenminister, das gilt sozusagen für jeden verantwortlichen Abgeordneten gegenüber der ganzen Situation Deutschlands. Daß man das nicht einsieht oder nicht einsehen will, ist ein Zeichen dafür, daß diese Demagogie fortwährend weitergetrieben wird.[9]

Bei den Verhandlungen im Haag hat es sich doch nur um eine Frage der Entscheidung für die deutsche Reichsregierung und die deutschen Vertreter gehandelt: Was ist vorzuziehen, das Weiterbestehen des Dawes-Planes mit der von vielen erwarteten Herbeiführung der Dawes-Krise[10] oder die Annahme des Young-Planes? So standen die Dinge. Ich glaube, ich brauche in diesem Kreise mich nicht darüber auszulassen, daß irgendeine autonome Erklärung der deutschen Reichsregierung – und möge sie einstimmig von 41 Millionen Deutschen abgegeben werden – irgend etwas an internationalen Schuldverpflichtungen ändert. Wenn wir in der Lage wären, das durch eine einseitige Erklärung zu tun, würde ich viel weiter gehen als die Herren, die das Volksbegehren einbringen; dann würde ich nicht nur sagen, daß der Vertrag von Versailles aufhört zu existieren, dann würde ich hinzufügen, daß die bisher erstatteten Leistungen mit Zins und Zinseszins an Deutschland zurückerstattet werden müssen.

Die ganze große Irreführung der Psychologie des deutschen Volkes besteht weiter darin, daß man – und ich kann diejenigen, die das tun, nicht mehr das gute innere Bewußtsein zuerkennen – die Frage der Kriegsschuldlüge in Zusammenhang bringt mit den Zahlungen Deutschlands.[11] Ich gebe davon die eine Möglichkeit zu: daß eine sehr starke Einwirkung auf die Weltöffentlichkeit, die der Weltöffentlichkeit be-

[8] Die finanzpolitische Entlastung für das laufende Haushaltsjahr, die das Kabinett sich erhoffte, trat jedoch zunächst nicht ein, da sich die Vorverhandlungen zur zweiten Haager Konferenz (3.–20.1.1930) bis in den Dezember 1929 hinzogen, so daß der Young-Plan erst im März 1930 zur Annahme gelangte.

[9] Anläßlich der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes war es am 24.6.1929 zwischen Westarp und Stresemann zu einer scharfen Auseinandersetzung gekommen, siehe VRT, Bd. 425, S. 2802ff., während derer Stresemann den Young-Plan vor allem mit dem Hinweis verteidigte, daß eine Nichtannahme Deutschland sowohl in die Zahlungsunfähigkeit als auch in die außenpolitische Isolation treiben werde.

[10] Als Alternative zum Young-Plan wäre eine Weitergeltung des Dawes-Plans und damit verbunden die Zahlung der Höchstannuität von 2,5 Milliarden RM zuzüglich einer Zahlung nach dem Wohlstandsindex in Frage gekommen. Zur riskanten Hoffnung auf die Herbeiführung einer »Dawes-Krise« mit anschließendem Zusammenbruch des Transfersystems und des Dawes-Plans siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 311; Young-Plan, S. 229ff., 248f.; Kent, S. 308; Fischer, S. 38. Zur gesetzlichen Regelung und zur Bemessung des Wohlstandsindexes siehe Kapitel II, Unteranlage I des Schlußprotokolls der Londoner Konferenz, RGBl. 1924 II, S. 300f.

[11] Der »Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren« versuchte, unterstützt durch industrielle Kreise, den Young-Plan, der auf die Kriegsschuld keinen Bezug nahm, als Anerkennung der »Kriegsschuldlüge« zu interpretieren, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 253, 316, Holz,

weist, daß Deutschland nicht der Urheber des Krieges ist, im Laufe der Zeit vielleicht auf die Vereinigten Staaten von Amerika in dem Sinne einwirken kann, daß sie eine gewisse Ermäßigung ihrer Gesamtforderungen zugestehen und daß wir, die wir an einer Ermäßigung dieser Forderungen gegenüber anderen Mächten partizipieren, dadurch eine Erleichterung bekommen. Deshalb ist bei uns im Auswärtigen Amt eine Abteilung, die sich speziell mit der Bekämpfung der Kriegsschuldlüge beschäftigt.[12] Was in den letzten Jahren in dieser Beziehung in der Welt geschehen ist, ist zu 90 % von uns selbst geschehen (Hört! Hört!), auch soweit es unter anderem Namen geschehen ist, soweit andere Nationen angeblich in Betracht kommen. Mit Resolutionen deutscherseits ist gar nichts in der Beziehung zu machen. Was getan werden kann und was weitgehend schon dazu geführt hat, daß kein verantwortlicher Mann eigentlich heute noch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands spricht, das wird weiter mit allen Mitteln fortgesetzt. Das weiß niemand besser als die deutschnationale Partei, die ganz genau über die Einzelheiten informiert ist (Hört! Hört!).

Was aber töricht und altes Tantengewäsch ist, das ist, daß jetzt versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als wenn eine einseitige Erklärung von uns irgend etwas änderte an den internationalen Schuldverpflichtungen, die augenblicklich bestehen. Es ist ja ganz seltsam, daß gerade die rechtsstehenden und rechteststehenden Organisationen diese Idee verfechten. Sie widerspricht ja ihrer ganzen Auffassung von der gesamten Geschichte der Welt und der Völker. Stellen Sie sich doch einmal vor, wenn Sie an einen preußischen Konservativen die Frage richten: Wenn nach dem dritten schlesischen Kriege ein Professorenkollegium erklärt hätte, daß die Erbansprüche Friedrichs des Großen auf Schlesien nicht gerechtfertigt wären, – glauben Sie, daß Friedrich der Große Schlesien zurückgegeben hätte? Er würde gesagt haben: Ich habe in drei Kriegen gesiegt, Schlesien gehört mir! Oder glauben Sie, daß 1871, wenn ein internationales Gremium im Haag erklärt hätte, daß die Ursache des deutsch-französischen Krieges nicht, wie ich überzeugt bin, die unverschämte Note Frankreichs in Bezug auf die Thronrechte der Hohenzollern in Spanien war, sondern die Redigierung der Emser Depesche die Ursache gewesen wäre und Deutschland im Unrecht gewesen sei, – daß dann die deutsche Reichsregierung mit Einschluß der Partei des Grafen Westarp Elsaß-Lothringen zurückgegeben und die fünf Milliarden Kriegsentschädigung zurückgezahlt hätte?

Das sind ja Torheiten. Hier ist rechter Hand, linker Hand alles vertauscht. Leute wie Quidde und Förster können solche Ideen vertreten. Die können sagen: Hier ist ein Unrecht begangen, darum muß die ganze Weltgeschichte revidiert werden. Aber ein Konservativer kann das nicht sagen, ohne daß er mit seinen ganzen Grundideen in vollkommenen Zusammenbruch kommt. Wir haben gegen, ich glaube, 23 Mächte einen Weltkrieg verloren in einem Ausmaß, wie ihn die Weltgeschichte seit Jahrhunderten nicht gekannt hat. Sich vorzustellen, daß, wenn jetzt ein Schiedsgericht im Haag erklären würde: Die Behauptung, daß Deutschland der Urheber des Krieges ist, ist unrichtig, es sind im wesentlichen Verschiedene daran beteiligt, das Ganze ist

S. 289f. Der Entwurf des »Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes« verlangte in § 1 den Widerruf des Kriegsschuldanerkenntnisses, siehe RTDrs., Bd. 438, Nr. 1429.

[12] Zur Entstehung des »Kriegsschuld-Referates« im Auswärtigen Amt siehe die Einleitung von Imanuel Geiss in: Hermann Kantorowicz, Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914, hrsg. und eingel. von I. Geiss, Frankfurt/M. 1967, S. 34ff.; Heinemann, S. 56ff.

ein Mißverständnis, und selbst dann, wenn es erklären würde: Deutschland ist am wenigsten beteiligt, – dies an der Weltgestaltung irgend etwas ändern würde, ist doch Torheit. Es würde sich zunächst nicht das Mindeste ändern. Es könnte sich etwas ändern, wenn die Machtverhältnisse anders wären. Wenn heute irgendeine chemische Erfindung Deutschland die militärische Überlegenheit gäbe, würde es eine Möglichkeit haben, auch auf eine Revision des Versailler Friedens hinzuwirken, aber nicht mit irgendeinem juristischen Gutachten.

Man spricht so viel davon, daß wir von kranken Seelen regiert würden. Ich finde, es sind kranke Seelen, die glauben, mit juristischen Gutachten die Weltgeschichte revidieren zu können, die dem Volke vorspiegeln, daß dann selbstverständlich die Zinsverpflichtungen aufhörten. Wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind. Wir haben den Krieg verloren und müssen sehen, daß wir die Verpflichtungen, die auf uns lasten, auf dasjenige Maß bringen, das erträglich ist und das weiterhin für die Zukunft die Möglichkeit der Revision nicht ausschließt.

Das erste, ob es erträglich ist? Dazu lassen Sie mich folgendes sagen. Selbstverständlich bedeutet es eine unerträgliche Belastung. Es ist mir – ich nehme an, daß das, was ich hier sage, nicht als Rede des Außenministers irgendwie herausgeht – auch ebenso klar, daß diese Dinge auf die Dauer sich nicht halten. Das ist meine feste Überzeugung. Aber ich muß zunächst das eine bemerken: Welche Ziffer erträglich ist, kann kein Mensch beantworten. Es ist einfach eine Torheit zu sagen: Bei der Ziffer von x Millionen ist es erträglich, bei x plus soundsoviel ist es unerträglich. Hier beginnt auch die Unlogik des Herrn Generaldirektors Vögler. Herr Vögler hat die weitere Mitarbeit bei der Expertenkommission in Paris abgelehnt und erklärt: Das deutsche Volk kann das unter keinen Umständen tragen.[13] Er hat das mir gegenüber begründet. Er hat erklärt, wir seien so verschuldet an das Ausland und hätten dazu eine derartig passive Handelsbilanz, wir hätten ferner so viel durch den Krieg verloren, daß wir neben der passiven Handelsbilanz und der Verschuldung an das Ausland nicht noch Reparationen zahlen könnten. Ich bestreite nicht, daß hierin eine Logik liegt. Aber ich bestreite, daß man dann 1650 Millionen anbieten kann. Ob es dann 1650 oder 1790 sind, ist dann nicht das Entscheidende. Dann hätte man den Mut haben müssen zu sagen: Wir lehnen jede Zahlung ab mit allen Konsequenzen, die sich daraus für Deutschland ergeben. Denn die Differenz von 200 Millionen macht für diese Frage nicht das Geringste aus.

Und wenn damals Herr Vögler mir gesagt hat: Ich wollte es ja nur für eine Generation, und wenn die deutsche Jugend erfahren würde nach 30 bis 35 Jahren werden wir frei, würde sie bereit sein, mehr zu arbeiten und unter anderen Bedingungen zu

[13] Albert Vögler hatte auf den Pariser Verhandlungen Ende März 1929 in Abstimmung mit Reichsbankpräsident Schacht und dem RdI ein innerdeutsches Kontrollorgan verlangt, das an die Stelle des Reparationsagenten treten, den Reichsfinanzminister beraten und ein absolutes Veto gegen Steuerbewilligungen des Reichstags haben sollte. Nachdem die Reichsregierung diese Forderung abgelehnt hatte (Kabinett Müller II, Dok. 161), trat Vögler am 23.5.1929 zurück und begründete seinen Schritt mit der Untragbarkeit der im Young-Plan vorgesehenen Reparationen; zu den Hintergründen seines Rücktritts siehe detailliert Young-Plan, S. 262ff.; Weisbrod, S. 286ff.

leben.[14] Meine Herren, alle Achtung vor der deutschen Jugend, aber ich glaube nicht, daß ein einziger in die Hände spuckte und mehr arbeitete, wenn er hörte, daß Deutschland nach 35 Jahren von Reparationen frei würde. Ich kenne die großstädtische Jugend einigermaßen. Ich glaube nicht, daß das auf die deutsche Arbeiterschaft den geringsten Eindruck machen würde. Diesen Gedanken, daß man bei einer bestimmten Summe Ja sagen könnte im Sinne dessen: Das schaffen wir, das halte ich für eine Torheit. Das sind Werturteile, die kein Mensch aussprechen kann.

Was jetzt vor sich geht, ist doch zunächst einmal die Frage: Kommen wir besser vorwärts unter dem Dawes-Prinzip oder unter dem neuen Young-Plan? Nun wird vor allen Dingen das eine gesagt: Wie könnt Ihr zwei Generationen versklaven? Nun könnte ich vielleicht darauf das antworten, was einer unserer Pariser Sachverständigen dem Herrn Generaldirektor Reusch[15] geantwortet hat, der in einer Versammlung des Langnam-Vereins[16] gesagt hat: Wenn ich an meine Enkelkinder auf der Schulbank denke und mir vorstelle, daß diese kleinen Kinder später noch Sklaven sind und zahlen müssen! Darauf hat er ihm erwidert: Herr Reusch, es gibt eine Möglichkeit, zunächst einmal die ganze letzte Generation zu befreien, wenn nämlich das deutsche Volk ein Jahr lang die Hälfte von dem rauchen und saufen würde, was es tut, dann hätten wir die Kapitalsumme, um die letzte Generation loszukaufen (Zuruf: Nur das Trinken!). Darauf hat Herr Reusch geantwortet: Ich sehe ein, daß ich mich bei meinen Ausführungen vielleicht mehr vom Gefühl als vom Intellekt habe treiben lassen.

Was mir auch so scheint! Denn Sie müssen zweierlei bei dieser Frage bedenken, und Sie werden verstehen, daß ich mir bei einem Teil große Zurückhaltung auferlege. Die erste Frage ist die: Kann jemand mit gutem Gewissen sagen, daß wir hier für 57 Jahre eine Verpflichtung eingegangen sind? Unbedingt sind wir juristisch eine solche Verpflichtung eingegangen. Wenn Sie aber einen Staatsmann in Europa oder in einem anderen Erdteil finden, der der Meinung ist, daß ein Abkommen für 57 Jahre praktisch ist, so bitte ich Sie, mir den Namen des Betreffenden zu nennen. Wenn mir im Haag bei den Debatten vorgerechnet worden ist, daß wir Jahr für Jahr ersparen würden durch den Young-Plan, was uns in den ersten zehn Jahren an Erleichterungen zuflösse, und ich dann gesagt habe: Sie müssen bedenken, daß wir 57 Jahre hindurch zahlen müssen, dann habe ich aufgehört, als ein Staatsmann zu gelten, der ernsthaft mit andern diskutiert, man hat mir einfach ins Gesicht gelacht und gesagt: Wann denken Sie denn, wann wir wieder zusammen sind zur Revision des Planes?

Leider hat das deutsche Volk für diese Imponderabilien nicht das nötige Verständnis. Aber diese Imponderabilien sind für unsere ganze weltwirtschaftlich Stellung und für die Erhaltung unserer Währung von ungeheurer Wichtigkeit. Oder ist etwa die französische Währung gehalten worden durch Manipulationen? Nein, durch Impon-

[14] Der Young-Plan sah bis 1966 kontinuierlich steigende Annuitäten, von 1966–1988 solche unterschiedlicher Höhe vor, siehe dazu Der Young-Plan. Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz vom 7. Juni 1929, Berlin 1929, S. 17ff.

[15] Paul Reusch (1868–1956), 1908–1942 Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, stellv. Vors. des DIHT, Präsidialmtgl. des RdI und einer der einflußreichsten Führer der Schwerindustrie.

[16] Am 8.7.1929 folgte die Mitgliederversammlung des schwerindustriellen Langnam-Vereins (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen) einer von Paul Reusch vorgelegten Resolution, die den Young-Plan ablehnte, da er der deutschen Wirtschaft »untragbare Lasten« auferlege, siehe dazu Weisbrod, S. 294f.

derabilien, die Poincaré mitbrachte, durch das Ansehen, das er als Person mitbrachte. Aber diese Dinge sind natürlich im Kampfe nicht zu verwerten. Zu verwerten ist nur die Tatsache, daß dieser Young-Plan in unsere Hand gibt, ein Moratorium zu beantragen, was früher in den Händen der anderen lag.[17] Und die Folgerung, die sich daraus ergibt und die zur Revision führt, liegt doch auf der Hand. Was wir aufgeben und was unbedingt bleibt für die Dauer, das ist der ungeschützte Teil der Annuitäten, das, was kommerzialisiert wird, was nicht mehr Staatsschuld ist, sondern in die Hände des einzelnen übergeht, das bleibt als deutsche Schuld. Das zu leugnen wäre töricht, wäre fehlgedacht. Alles andere ist Auseinandersetzung zwischen den Staaten jetzt und in Zukunft.

Als der »Kladderadatsch«[18] noch einigen Humor hatte und nicht nur von einigen Greisen redigiert wurde, hat er mal nach dem verlorenen Kriege als Titelblatt ein Bild gebracht: An der Spitze Lloyd George mit der großen Pauke und hinter ihm die anderen Unterhändler, und darunter stand: Und so zieh'n wir mit Gesang aus dem einen Restaurang in das andere Restaurang! Das war, als sich damals die Konferenzen folgten in Brüssel, Cannes, Spa. Es hat sich doch nichts daran geändert. Alle paar Jahre kamen neue Konferenzen, um diese Generalliquidation durchzuführen. Und wenn diejenigen, die die Vorarbeiten geleistet haben für den Young-Plan, es wagen können, in ihrer Debatte zu sagen – was ich einmal wiederholt habe –: Kein Wirtschaftler der Welt kann es wagen, die Entwicklung auf länger als zehn Jahre irgendwie voraussehen zu wollen, so ist damit, glaube ich, ihre Auffassung klar zum Ausdruck gebracht.

Aber unbeschadet dessen, wie weit die jetzt in unsere Hand gegebene Entscheidung über die Aufschiebung unserer Zahlungen uns die Möglichkeit gibt, nicht willkürlich und nicht mit Ankündigung: Wartet man! – abgesehen davon, daß jetzt eine ganz andere Situation ist als beim Dawes-Plan – zu sagen: Es geht nicht mehr, möchte ich doch darauf eingehen, was die Dawes-Krise bedeutet. Herr Hugenberg hat kürzlich auf etwas geantwortet, was ich einmal ausgeführt habe. Eine der größten deutschen Banken hat mir einmal die Ziffern derjenigen Debitoren aufgegeben, die bei ihr liefen und die sie in dem Augenblick kündigen würde, wo ihr die amerikanischen kurzen Kredite gekündigt würden. Die Summe betrug 750 Millionen RM.[19] Vielleicht erscheint sie vielen heute klein, da man sich gewöhnt hat, mit solchen Ziffern zu spielen. Früher wurde der Reichstag zu einer Extra-Session einberufen, wenn sich 7½ Millionen Differenz ergeben hatten, weil man Angst hatte, weiter zu regieren. Heute kommt man [mit] einer solchen Lappalie kaum an das Plenum. Nun hat Herr Hugenberg darauf gesagt: Es kommt nicht darauf an, ob eine Großbank in Schwierigkeiten kommt. Hugenberg ist gar nicht so dumm, wie er sich stellt. Wenn auch nur

[17] Nach dem Young-Plan war Deutschland berechtigt, für den geschützten Teil der Annuitäten bei der Bank für Industriellen Zahlungsausgleich im Fall einer besonderen wirtschaftlichen Notlage für höchstens zwei Jahre einen Transfer- und Aufbringungsaufschub zu beantragen, siehe Anm. 4.

[18] Der »Kladderadatsch«, eine von David Kalisch 1848 gegründete politisch-satirische Zeitschrift, erschien bis 1944 in Berlin.

[19] Seit dem Ende der Inflation und dem Abschluß des Dawesplans 1924 war Deutschland mit ausländischen Krediten geradezu überschwemmt worden, siehe bes. den Bericht Schachts vom 7. 2. 1929, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 123 sowie James, Reichsbank, S. 95 ff.; zu der amerikanischen Anleihepolitik siehe Link, S. 405 ff.

eine der großen Banken 750 Millionen kündigt, ist das der Kollaps der Wirtschaft! Dann ist die Folge, daß die Betriebe, die in vierzehn Tagen zahlen müssen und nicht zahlen können, aufgekauft werden von Leuten, die entweder finanziell stark oder von derjenigen Art von Abenteurern in unserer Wirtschaft sind, die man weiß Gott nicht gern als Besitzer von Unternehmungen sehen möchte, die ein Jahrhundert in den Händen einer Familie gewesen sind. Die Leute setzen sich darüber hinweg. Denken Sie nur an die vier Tage, als es so schien, als ob die Pariser Verhandlungen nicht in Ordnung kämen.[20] Was hat das für einen Zusammenbruch hier gegeben. Was ist damals angeschafft worden an Gold, um die Währung zu halten. Die Anforderungen waren stärker, als sie jemals 1923 in der Zeit der stärksten Inflation gewesen sind. Ich werde es nicht veröffentlichen und hoffentlich wird es nicht veröffentlicht durch andere, was wir damals gebraucht haben, um die deutsche Mark zu halten. Das waren die Tage, wo man nicht wußte, ob in Paris ein Ja oder ein Nein gesprochen würde.

Stellen Sie sich vor, daß wir hineinsteuerten in die Dawes-Krise. Es gibt genug Leute, die zunächst das wenige Geld, das wir noch haben, so schnell wie möglich ins Ausland bringen würden. Auf der anderen Seite würde der Kampf um die Sachwerte beginnen. Es würde der Kampf wieder beginnen, ob wir unsere Währung halten können. Die Sparkassen würden gestürmt werden, und das Vertrauen, das sich langsam und allmählich wieder herausgebildet hat, wäre dahin. Das ist das eine, wenn diese Krise katastrophal über uns käme. Gewiß, dann wird darum gekämpft um eine neue Revision. Ob aber diese neue Revision besser würde als der Young-Plan, wer will das behaupten? Glauben Sie denn, daß irgendein Mensch uns etwas schenken wird aus Liebenswürdigkeit gegen Deutschland? Es denkt kein Mensch daran: weder Frankreich noch England, weder Briand noch Snowden.[21] Da ist einer wie der andere bis zu den Griechen und Rumänen und dem anderen tertiären Geschmeiß.

Also, wenn wir erst durch die Dawes-Krise gehen mit all den Zusammenstürzen derjenigen Firmen, die das nicht aushalten können – die großen Konzerne können es vielleicht aushalten, für die kleinen ist es das Sterben –, und was dann bei einer etwaigen Revision herauskommt, ob die um 30 % besser ist als der Young-Plan, das weiß ich nicht, das sehe ich vorläufig nicht. Aber einen kenne ich, der wünscht die Dawes-Krise mit aller Kraft, mit aller Brutalität, mit aller Kühle, die ein Herz haben kann: Das ist die Treasury in London.[22] Nicht einer ist so beschimpft worden wie Cushendun[23], als er in Genf einverstanden war mit der Revision des Young-Plans.

[20] Reichsbankpräsident Schacht versuchte, die Pariser Konferenz zu einem Forum weitreichender deutscher Revisionswünsche zu machen und löste damit einen Eklat aus, der fast zum Abbruch der Verhandlungen geführt hätte, siehe dazu Kabinett Müller II, Dok. 50, 210; ADAP, Serie B, Bd. X, Nr. 197; Young-Plan, S. 228 f. sowie die (stark apologetische) Studie von Pentzlin, S. 117 f. Nach dem Bekanntwerden der Spannungen in der Young-Kommission setzten sofort hohe Devisenabzüge bei der Reichsbank ein, so daß – trotz einer Heraufsetzung des Diskontsatzes von 6,5 % auf 7,5 % – der Devisenbestand fast bis an die gesetzlich vorgeschriebene Dekkungsgrenze von 40 % sank, siehe Young-Plan, S. 229 ff.; James, S. 73 ff.

[21] Philip Snowden (1864–1937), 1903–1906 Vors. der Unabhängigen Labour Party, Jan.–Nov. 1924, 1929–1931 britischer Schatzkanzler.

[22] Großbritannien hatte eine Freigabe von Liquidationsüberschüssen entschieden abgelehnt, siehe dazu Kabinett Müller II, Dok. Nr. 388; Krüger, S. 489.

[23] Ronald McNeill (1861–1936), seit 1927 Viscount Cushendun. Jurist, seit 1911 Mtgl. des Unterhauses (Konservative), 1922 und 1924 parl. StS des Auswärtigen, 1925–1927 Sekretär im Schatzamt, ab 1928 englischer Delegierter beim Völkerbund. Zur Haltung der englischen Regierung

Und ob Labour-Party oder Konservative, das ist ein Unterschied vielleicht in Deutschland, obwohl die wirkliche Politik sich auch nicht so äußern könnte, aber wenn es sich um englisches Geld handelt, ist zwischen Labour-Party und Konservativen in England nicht der geringste Unterschied, es sei denn, daß Snowden noch etwas mehr den Charakter, ich hätte beinahe gesagt, eines Shylock hat als Chamberlain. Die würden ruhig warten, bis die deutsche Wirtschaft sich zum zweiten Male verblutet hat unter einer derartigen Krise, die würden das Zusammentreten einer Konferenz zur Revision des Dawes-Plans hinauszögern bis zum letzten und uns nicht das Geringste schenken, sie würden sich freuen, wenn die englische Wirtschaft gegenüber der deutschen wieder mal einen großen Vorsprung bekäme.

Es heißt, dann brauchten wir nach dem Dawes-Plan nicht mehr zu zahlen. Primum esse, tum philosophari! Es wird viele Unternehmungen geben, die werden zweifellos weiter versuchen, im Ausland Geld zu bekommen. Und dann hat der Transfer-Agent Devisen. Er kann zahlen. Er kann eine Zeitlang stoppen und dann wieder nachholen. Es geht nicht so, daß das an einem Tage aufhört.

Nun wird gesagt: Die heilende Wirkung durch die rote Flut zur Rettung! Ich warne Sie davor. Ich habe für meine Person zu starke Erfahrungen nach der Richtung gemacht. Ich habe an den Sieg des Ruhrkampfes geglaubt. Ich war innerlich überzeugt, daß wir damit durchkommen würden. Als damals der Herr Reichskanzler Cuno die Großindustrie gefragt hat: Wer soll das bezahlen?, da ist ihm gesagt worden: Kümmern Sie sich nicht darum, das zahlen wir. Das war ein Irrtum, wie es scheint. Als Herr Cuno ging, ist Herr Stinnes mit zwei Herren der Großindustrie zu mir gekommen – ich war, glaube ich, fünf Tage Reichskanzler – und hat gesagt: Herr Stresemann, jeder Tag, den Sie vergehen lassen, ohne sofort eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen und den Ruhrkampf abzubrechen, ist ein Verbrechen am deutschen Volke.[24] Das war das erste, was ich hörte, als ich vor dieser Situation stand. Damals haben wir auch geglaubt, durch diese Flut hindurch zur Rettung zu kommen. Kein Zweifel, der Ruhrkampf hat seine Bedeutung auch positiv gehabt. Er hat der Welt gezeigt, daß die Bevölkerung deutsch denkt. Aber was er an Wunden unserer Wirtschaft und unseren Finanzen geschlagen hat, ist bis heute noch nicht ausgestanden. Und zum zweiten Mal des Experiment zu machen und die Dawes-Krise absichtlich heraufzubeschwören, ohne zu wissen, was nachher kommt, das mache ich für meine Person nicht mit.

Was ist denn bei dem Young-Plan vor sich gegangen? Er ist ja von den Franzosen mit angeregt worden, und das ist für viele schon ein Grund, dagegen zu sein. Man muß sich doch bei jeder Verhandlung auch fragen: Was sind denn die Gründe des Gegners? Die Gründe des Gegners, des französischen Gegners, sind die Möglichkeit der Kommerzialisierung einer Summe von 500 Millionen. Frankreich braucht das, Frankreich will das.[25] Frankreich verzichtet demzufolge in der Mehrheit seines Par-

hinsichtlich einer Revision des Young-Plans nach dem Wahlsieg der Labour-Partei im Sommer 1929 siehe Baumgart, S. 288 ff.

[24] Siehe Dok. Nr. 53, Anm. 4.

[25] Die Frage einer Mobilisierung der deutschen Reparationsschuldverschreibungen war scharf umkämpft und konnte erst am Schluß der 2. Haager Konferenz (3.–20.1.1930) gelöst werden, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 392, 406; Young-Plan, S. 380 ff.; zur französischen Haltung siehe Maxelon, S. 268 ff.

laments – und es gibt auch andere Stimmen – auf die Summe, die es erhalten würde aus dem Dawes-Plan und die bedeutend höher sind als die Zahlungen des Young-Planes. Wenn Sie die ersten zehn Jahre nehmen – und zehn Jahre sind eine lange Zeit im wirtschaftlichen und politischen Leben –, werden Sie für diese zehn Jahre zum mindesten eine Ermäßigung von sieben Milliarden Goldmark für Deutschland haben. Graf Westarp hat das neulich in einem Aufsatz in der »Kreuz-Zeitung« bezweifelt. Er hat mir vorgeworfen, es seien nur sechs Milliarden.[26] Immerhin wäre das auch schon eine bedeutende Summe. Er vergißt aber das eine: Ich habe die Summe von sieben Milliarden genannt, und sie ist sehr gering, und ich habe kein Wort gesagt von der Wirkung des Wohlstandsindex, die in dem Dawes-Bericht steht. – Meine Herren, wenn man so oft in Versammlungen hört und liest, was da gesprochen wird von dem verelendeten deutschen Volke – ich würde Sie doch bitten, mit diesem Ausdruck etwas vorsichtiger zu sein. Man kann zwar sagen: Das verarmte deutsche Volk. Aber es lebt nicht wie ein verarmtes deutsches Volk, absolut nicht. Es lebt, als wäre es eines der reichsten Völker der Welt, und wenn sie die Komponenten zusammennähmen, die für den Wohlstandsindex in Betracht kommen, würden Summen herauskommen können, die ich hier nicht sagen möchte. Es ist einmal gefordert worden, wir sollten alle Unterlagen im Reichstag geben. Ich denke nicht daran. Der Ausdruck «Landesverrat« wäre in diesem Falle berechtigt. Denn wenn die Leute unsere Berechnungen über den Wohlstandsindex kennen würden, würden wahrscheinlich ganz andere Ziffern in Paris herausgekommen sein. Es ist gar keine Rede von 2½ Milliarden als Maximalsumme, sondern es sind ganz andere Summen, die keiner von Ihnen sich jemals hat träumen lassen.

Es sind andere Fragen. Der Etat ist auch eine Komponente. Er steigt von Jahr zu Jahr. Dann der Verkehr, das Reisen. Ich sehe nicht, was wir doch 1924 angenommen haben, daß wir als verarmtes Volk keinen Wohlstand nach außen zum Ausdruck bringen würden. Ich sehe das wirklich nicht. Ich bin stets in die Lage versetzt, wenn Ausländer zu mir kommen, mich dagegen verwahren zu müssen, daß sie mir die größten Komplimente machen, daß auch die größten Städte Amerikas nicht einen derartigen Luxus und Wohlstand und vor allen Dingen bacchanalische Vergnügungssucht zeigen wie die deutschen Großstädte. Das ist der Eindruck, den wir nach außen machen. Und daß er nicht ganz unberechtigt ist, zeigen auch die Ziffern, die sich für den Wohlstandsindex ergeben. Wir müßten also von ganz anderen Summen als von 2½ Milliarden ausgehen, wenn wir den Young-Plan mit dem Dawes-Plan vergleichen.

Meine Herren! Was sich bei den Experten vollzogen hat, das war die Forderung der anderen Mächte, hervorgegangen aus ihren Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist ja doch auch unerhört, daß es immer so hingestellt wird, als wenn diese feige, ohnmächtige und von kranken Seelen beherrschte Regierung es fertigbekommen hätte, Verpflichtungen für mehrere Generationen zuzugestehen. Die Leute wissen doch, daß England, daß Frankreich dieselben Ziffern haben für ihre Verpflichtungen gegenüber Amerika.[27] Schließlich ist England eines der

[26] Siehe »Kreuzzeitung«, »Dawes-Plan oder Young-Plan«, M., 20.9.1929, Nr. 304.

[27] Großbritannien unterzeichnete am 18.6.1923 ein Schuldenabkommen mit den USA, das die Zahlung von 4,6 Milliarden Dollar in 62 Jahresraten vorsah. Das am 29.6.1926 zwischen den USA und Frankreich geschlossene Abkommen sah im selben Zeitraum die Zahlung von

größten Länder der Welt, und es hat mit Vorbedacht seine Verpflichtungen auf 68 Jahre festlegen lassen, und zwar in der richtigen Idee, die mir einer unserer Hauptgegner einmal entgegengehalten hat, als ich ihm sagte: Es ist unerhört, daß wir 57 Jahre lang Verpflichtungen haben sollen. Da hat er mir erwidert: Herr Stresemann, wenn ich in Ihr Herz sehe, so glaube ich, am liebsten hätten Sie einen Vertrag auf 157 Jahre geschlossen, denn umso größer wäre für Sie die Möglichkeit, daß Sie gar nichts zahlen.

In der ganzen Konstruktion, auch der Verpflichtungen von England und Frankreich gegenüber Amerika, liegt doch die Idee: Wenn es in den ersten Jahrzehnten nicht geht, daß man von den Verpflichtungen herunterkommt, wird es in den nächsten Jahrzehnten gehen. Wie kann man den Gedanken vertreten, daß die Generation, die zwei Millionen Tote verloren hat, die fast ihr ganzen Vermögen verloren hat, die in der Nachkriegszeit wie eine Zitrone ausgepreßt worden ist und noch wird durch Steuern, – daß die die Verpflichtungen haben soll, ihren Kindern schuldlos das Deutsche Reich zu übergeben? Das ist ja eine vollkommene Torheit. Es ist ja auch ein Unsinn, daß das noch nicht dagewesen sei. Es war doch bei den Freiheitskriegen ähnlich, als die Ostpreußische Landschaft in Verschuldung gegangen ist, um die Kontributionen an Napoleon zu zahlen.

Nun kommen die Vorwürfe gegen die politischen Verhandlungen, die im Haag geführt worden sind.[28] Offen gestanden, verstehe ich diese Vorwürfe nicht. Die Banksachverständigen haben in Paris einige Fragen offengelassen.[29] Eigentlich in einer gewissen Bequemlichkeit. Sie haben sich selbst nicht einigen können über alle Fragen, und sie haben dann die Formel gefunden: Es wird Sache der Regierungen sein, sich hierüber zu verständigen. Dabei spielte eine große Rolle die Frage der Verteilung der Überschüsse aus den Dawes-Zahlungen und dann die Frage der Besatzungskosten. Es hieß nicht so: Es ist ein Überschuß da, der verteilt werden soll, sondern der Wortlaut war der: Wenn nach Befriedigung der Ansprüche der Alliierten ein Überschuß bleibt, dann soll darüber unter den Regierungen Beschluß gefaßt werden.

Nun haben Sie ja die seltsamen Verhandlungen im Haag verfolgt. Nie habe ich das deutsche Volk so unpolitisch gesehen, wie bei den Jubelhymnen für Herrn Snowden. Es hieß, es sei unerhört, daß wir uns nicht auf die englische Seite stellten. Nun stellen

6,847 Milliarden Dollar vor; das englisch-französische Schuldenabkommen wurde am 12.7.1926 unterzeichnet, siehe Schultheß 1926, S. 451 f. Zum Umfang der interalliierten Schulden siehe Die Interalliierten Schulden. Ihre Entstehung und ihre Behandlung im Young-Plan, bearb. im Statistischen Reichsamt, Berlin 1930, S. 141 ff.; zur Verknüpfung der interalliierten Schulden mit der Laufzeit des Young-Plans siehe Link, S. 453 f.

[28] Auf einer Konferenz der 6 Mächte Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Japan und Deutschland vom 5.–31.8.1929 im Haag wurde nach der Annahme des Pariser Sachverständigenberichts am 30.8. ein Abkommen über die vorzeitige Räumung des Rheinlandes unterzeichnet, nach dem die Alliierten Truppen aus der 2. Zone bis zum 30.11.1929 und aus der 3. Zone bis zum 30.6.1930 abziehen sollten, 5 Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Termin. Zum Konferenzverlauf siehe Young-Plan, S. 273–318; Kabinett Müller II, Dok. Nr. 231, 233, 237, 244–249, 251, 252; Krüger, S. 495 ff.

[29] Auf der Haager Sechsmächtekonferenz hatten die Gläubigermächte dem Sachverständigenbericht nur im Grundsatz zugestimmt, wünschten aber noch Korrekturen im Hinblick auf Umfang und zeitlichen Ablauf der Zahlungen, so daß es zu neuerlichen Beratungen in einer Reihe von Unterausschüssen kam, siehe Young-Plan, S. 319 ff.; Kabinett Müller II, Dok. Nr. 294, 306, 330, 332, 335, 366.

Sie sich vor: Ich muß das ganze Geld, wenn ich von Deutschland spreche, aufbringen, muß den Kerlen die Milliarden hinlegen: jetzt zanken sich die Hunde um den Braten, und da soll ich für den einen Hund oder den anderen Hund Partei ergreifen, damit er mehr frißt von dem, was ich hinschaffen muß? War das irgend etwas, was mich interessierte? Wenn der Engländer sagte: Er habe zu wenig bekommen, sollte ich für ihn gegen den Franzosen mich aussprechen? Erstens würde der Engländer mich wegen eines derartigen Heranschmeißens unter solchen Umständen so verachten, und zweitens kann man über dieses Verhalten sehr verschieden denken.

Ich möchte hier nicht über Einzelheiten sprechen. Aber ich darf vielleicht das eine sagen, was ich auch im Kabinett gesagt habe. Wenn ich nach 35 Jahren politischer Arbeit zu den Menschenverächtern gehöre, so ist nach den Erfahrungen im Haag meine Menschenverachtung bis zum Gipfel gestiegen. Ich habe gesehen, wie wundervoll sich Prinzipien mit Ziffern vereinigen lassen. Es gibt ein altes Wort, das heißt: Sie sagen Gott und meinen Kattun. Nun, das ist dasselbe geblieben in der Vergangenheit wie heute. Der große Herr Snowden, der hier bejubelt wurde, weil er ein Wort gegen Frankreich sagte, d.h. weil er von den anderen Geld haben wollte, er hat beispielsweise in der ersten Sitzung gesagt: Man könnte ja den Überschuß dazu gebrauchen, um die Besatzungskosten zu zahlen.[30] Wir haben ihn später daran erinnert. Da hat er gesagt: Das war doch nicht meine endgültige Meinung, als ich das aussprach. Es waren zehn Tage vergangen. Das nennt man eine feierliche Erklärung des englischen Schatzkanzlers. Es ist in dem einen Zimmer das Wort gefallen: Ich verlange keinen Pfennig von Deutschland. Und in einem anderen Zimmer hat ein englischer Minister gesagt: Wenn Sie 7½ Millionen Annuitäten mehr im Jahre zahlen, ist das Geschäft gemacht. So wurde mit verteilten Rollen einmal das Gesicht gewahrt und auf der anderen Seite versucht, aus uns mehr herauszupressen. Diese Annuitätenerhöhung, die man von uns verlangt hat, haben wir abgelehnt. Von dem Überschuß haben wir nichts erhalten, da er aufgeteilt wurde angesichts der englischen Forderungen.

Dann kommt die Frage der Besatzungskosten.[31] Auch hier sehen Sie, daß von einer Großzügigkeit Englands nicht gerade die Rede sein kann. Denn zugleich mit der politischen Geste der Räumung erhob es die Forderung, daß wir die Claims zu zahlen hätten, d.h. alle die Dinge, die da ruiniert sind, ersetzen müßten. Und bei den Besatzungskosten, die zwischen den Regierungen verteilt werden sollten, versuchte man die These aufzustellen, daß die auf Deutschland allein zurückfielen. Es ist dann dahin gekommen, daß man geteilt hat, aber geteilt in einer Weise, daß die Maximal-

[30] Der englische Schatzkanzler Snowden hatte die erste Haager Konferenz tagelang aufgehalten, da er nicht von seiner Forderung nach Wiederherstellung des Verteilungsschemas von Spa 1920, das die Aufteilung der Reparationen unter den Alliierten für England günstiger gestaltete als der Dawes-Plan, abrücken wollte, siehe Young-Plan, S. 282 ff.; zur englisch-französischen Kontroverse über den Verteilungsschlüssel siehe Baumgart, S. 291 f.

[31] Nach Ziffer 95 des Pariser Sachverständigenplans (RGBl. 1930 II, S. 438) waren die Kosten der Kommissionen und die laufenden Besatzungsausgaben nicht mehr in die Annuität eingeschlossen, zudem sollten die Regierungen die erforderlichen Vorkehrungen für ihre Deckung im Zusammenhang mit der Annahme des Young-Plans treffen. Auf der 1. Haager Konferenz traten die Alliierten einer Äußerung Stresemanns entgegen, daß Deutschland nach dem 1.9.1929 keine Besatzungskosten mehr zahlen werde, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 279; zu der tatsächlichen Höhe der Kosten siehe das Schreiben Hilferdings an Pünder, ebd., Dok. Nr. 313.

summe auf 60 Millionen festgesetzt wurde, so daß alles, was mehr als 60 Millionen kommt, auf die anderen entfällt, so daß sie selbst dadurch gezwungen sind, so schnell wie möglich zu räumen.

Meine Herren! Diese Räumungsverhandlungen waren eine wundervolle Komödie. Was ich da alles gehört habe, hat mein Wissen wesentlich bereichert. Ich habe einmal einem französischen Unterhändler gesagt: Seien Sie vorsichtig mit Ihren Äußerungen, ich fürchte, ihre Bündnispolitik wird darunter leiden. Wieso, fragte er. Ich sagte: Wenn Ihre Bundesgenossen hören, daß Ihr Generalstab so rückständig ist, daß er zwölf Monate braucht, um 50000 Menschen zu bewegen, werden sie keinen besonderen Wert auf solche Bundesgenossenschaft legen. Ich habe hören müssen, daß man im Winter Truppen überhaupt nicht zurückziehen könnte, weil es unmöglich sei, im Januar Leute in geheizten Eisenbahnwagen zu transportieren.

Das Ganze zeigt in Wirklichkeit, wenn es auch töricht klingt, den noch lange nicht zu Ende geführten Kampf zwischen den französischen Militärs und den französischen Politikern, und es ist keine Phrase, sondern eine Wahrheit, daß Herr Briand die allergrößten Schwierigkeiten mit der Räumung hat und genauso seine Rechtsopposition hat, wie wir sie in Deutschland haben.[32]

Und wenn wir schließlich in der Frage der Besatzungskosten erklärt haben, daß wir bereit seien, 30 Millionen zuzugeben, so ist das etwas, was ich vor jedem vertrete. Das Ganze kommt mir vor, als wenn ich zehn Jahre lang einen Zwangsmieter in meinen Räumen gehabt habe. Der Mann hat nach dem Vertrag, den ich mit ihm habe, wenn er herausgeht, neu tapezieren und den Boden neu streichen zu lassen. Nun will er früher wegziehen und sagt: Ich will neu tapezieren lassen. Dann sage ich ihm: ich will neu tapezieren lassen, aber machen Sie, daß Sie herausgehen. Es wäre töricht gewesen, an den Besatzungskosten – nachdem wir es in der Weise geregelt haben, daß es ein Zwang für die anderen ist, frühzeitig herauszugehen – irgendwie die Dinge scheitern zu lassen. Ich will, da ich die englische Politik in den finanziellen Fragen scharf kritisiert habe, nicht vergessen zu sagen, daß in der Frage der Räumung der Hauptanteil den Engländern gebührt. Das einzige, wo ich gesehen habe, daß es so etwas wie eine zweite Internationale gibt, ich meine im Denken, war die Bereitwilligkeit Hendersons[33], mit seinen Truppen unter allen Umständen zu räumen, unbe-

[32] In seinen zahlreichen Gesprächen mit Briand hatte Stresemann – mit Unterstützung von Großbritannien – stets den französischerseits gewünschten engen Zusammenhang zwischen Rheinlandbesetzung und Young-Plan abgelehnt. Nachdem sich in den Verhandlungen in der Frage der Rheinlandräumung nach zwei Wochen noch keine Fortschritte abzeichneten, schrieb Stresemann einen sehr persönlichen und eindringlichen Brief an Briand, in dem er die große und grundsätzliche Bedeutung der Räumung für die deutsch-französische Aussöhnung darlegte (Text: Arnold Harttung (Hrsg.), Gustav Stresemann. Schriften, Berlin 1976, S. 389–391). Zu den schweren innenpolitischen Auseinandersetzungen Briands im Zusammenhang mit seiner schließlich gegebenen Zusage der Rheinlandräumung siehe die Berichte des deutschen Botschafters in Paris, Leopold von Hoesch, ADAP, Serie B, Bd. XIII, Dok. Nr. 175, 228; Maxelon, S. 268ff. Am 18.6.1929 hatte der französische Ministerrat den Young-Plan einstimmig gebilligt, siehe Schultheß 1929, S. 326; zum Schreiben Hendersons an Stresemann, in dem die englische Regierung ihren ausdrücklichen Willen aussprach, das Rheinland zu räumen und die diesbezüglichen Modalitäten erörterte, sowie zur deutschen Reaktion siehe Baumgart, S. 292ff.

[33] Arthur Henderson (1863–1935), Metallarbeiter, dann Gewerkschaftsfunktionär; ab 1903 Mtgl. des Unterhauses, 1908–1911, 1914–1922, 1931–1934 Vors. der Labour-Partei, 1924 Innenminister, 1929–1931 Außenminister.

schadet dessen, was Belgien und Frankreich täten – unter der Reservation, daß wir verzichteten auf die Claims. Darin haben sie uns unterstützt. Das andere war ein sehr heftiger Kampf, ein Kampf, von dem ich auch hier noch einmal sagen muß, daß der ganze Gedanke der Zusammenarbeit der letzten Jahre zwischen Frankreich und Deutschland – ich kann auch wohl sagen zwischen Briand und mir – zuletzt den Ausschlag gegeben hat, nachdem wir bis zum Biegen und Brechen miteinander gerungen hatten und die Dinge ja auch vor dem Abbruch gestanden haben.

Das wird ja heute beinahe als ein Vorwurf gegen mich erhoben, und ich habe die Empfindung, daß es sogar weite Kreise in Deutschland gibt, denen nichts so unangenehm ist wie die Räumung des besetzten Gebietes (Sehr richtig). Man hat es nicht geglaubt, daß ein fester Termin festgesetzt werden würde; man hatte beinahe auf die französische Militärpartei gehofft, und ich habe in dieser Frage schließlich das Letzte ausgespielt, was ich ausspielen konnte, indem ich die Fortsetzung jeder Verständigungspolitik abhängig gemacht habe von der Erledigung dieser Frage. Ich habe auch nie einen Zweifel gehabt, ich habe auch mein Wort dem Herrn Reichspräsidenten aus freiem Antrieb verpfändet, daß in dem Augenblick, wo ich die Räumung nicht zurückbrächte, ich meinerseits die Verständigungspolitik als erledigt ansähe und daraus die Konsequenzen ziehen würde.

Es ist nicht dahin gekommen, und wenn man das jetzt bagatellisiert, so möchte ich doch sagen: Gewiß, ob es für das besetzte Gebiet nicht noch erträglich gewesen wäre, drei oder vier Jahre die Besatzung zu tragen, lasse ich dahingestellt. Aber historisch gesehen können wir uns beglückwünschen an dem Tage, wo die Periode der europäischen Politik zu Ende ist, daß fremde Truppen auf unserem Gebiet stehen. Die Leute haben alle nicht vergessen, daß die französische Politik eine ganz andere war, daß kein Mensch 1919 in Frankreich daran gedacht hat, herauszugehen. Das war die Idee von Clemenceau, von Tardieu, der jenes Buch jetzt einstampfen läßt, seit er Minister ist[34], aber vorher erklärt hat: Die Locarno-Politik ist das Ende der seit Ludwig XIV. von Frankreich konsequent verfolgten französischen Rheinpolitik. Damals hat man immer versucht, es dahin zu bringen, daß man im deutschen Gebiet bleibt, und jetzt sieht man, daß das nicht aufrecht zu erhalten ist, daß man vor der vertragsmäßigen Zeit herausgehen muß. Und daraus ergibt sich, daß diese ganzen Möglichkeiten tatsächlicher deutscher Unterjochung zu Ende sind (Sehr richtig!).

Es kommt ein Zweites, was auch viel zu wenig beachtet wird. Herr Hugenberg entwickelt sich ja wie ein politischer Krebs. Er hat jetzt plötzlich seine Liebe zum Dawes-Plan entdeckt, den er seinerzeit mit Millionen von Flugblättern bekämpft hat.[35] Ich glaube, nach dem Dawes-Plan kommt er zum Versailler Vertrag. Nun überlegen Sie doch mal, was der Dawes-Plan, den wir mitgemacht haben, aber doch tatsächlich

[34] Vielleicht Anspielung auf das Buch von André Tardieu, La Paix (Paris 1921); ob Tardieus Buch tatsächlich eingestampft wurde, ließ sich nicht klären.

[35] Die DNVP hatte den Dawes-Plan seit dem Frühjahr 1924 unter der Parole »Gegen ein neues Versailles!« erbittert bekämpft, siehe Dok. Nr. 56, 58; Grathwohl, S. 42ff. Zur führenden Rolle Hugenbergs und dem von ihm gelenkten Medienkonzern in der Agitation gegen den Young-Plan siehe Holzbach, S. 168ff.; John A. Leopold, Alfred Hugenberg, New Haven 1977, S. 23ff. In der außenpolitischen Debatte des Reichstags vom 24.6.1929 beschuldigte der auf dem rechten Flügel der DNVP stehende Abgeordnete v. Freytagh-Loringhoven Stresemann, Hugenberg »mit fanatischem Haß zu verfolgen«, VRT, Bd. 425, S. 2868.

nur zähneknirschend mitgemacht haben, weil wir so elend dran waren, uns an Unterhöhlung unserer wirtschaftlichen Souveränität gebracht hat. Wir haben doch täglich hingehen müssen und das deutsche Geld den fremden Mächten ins Haus bringen müssen. Wir sind doch unter Kontrolle gewesen in unserer ganzen Ausgabenwirtschaft. Es war doch unerhört, daß ein Fremdling Berichte über unsere Verhältnisse abgab und als eingesetzter Schuldenverwalter sich äußerte, wie es mit Deutschland stand in Bezug auf die verpfändeten Einnahmen und all die anderen Dinge. Unsere gute Reichsbahn stand doch unter diesen Franzosen und Belgiern und anderen, und was alles damit zusammenhing. Worin standen wir denn eigentlich besser als die Türkei in der Zeit, als die europäischen Mächte ihre Finanzen überwachten und verwalteten? Worin standen wir denn besser als China, wo die Seezölle an die anderen Mächte verpfändet waren?

Ist denn das, daß das jetzt aufhört, gar nichts wert? Es wird so getan, als wenn das Gefühl der Ehre nur bei Herrn Hugenberg wäre. Ich sehe nur, daß das materielle Gefühl bei ihm ist, von Ehre höre ich überhaupt nichts bei den Reden von Hugenberg und den Stahlhelmleuten. Diese Tatsache, daß wir anfangen, wieder ein eigenes wirtschaftliches Volkswesen zu sein, ist doch auch das Ende einer Zeit, die auf jedem in einer ganz furchtbaren Art liegen muß.

Das ist noch nicht ganz zu Ende. Es bleibt in Bezug auf Reichsbahn und in Bezug auf Reichsbank immer noch eine gewisse Beschränkung. Die Ausländer kommen heraus, aber die Institute bleiben ein privates Unternehmen. In Bezug auf die Reichsbank zeigt sich das dadurch, daß man sie nicht zum Experiment von Notenausgaben machen will[36]; in Bezug auf die Reichsbahn kämpft man darum, ob ein staatlicher Einfluß das Pfand vermindert, das in dem Überschuß der Reichsbahn liegt, der ja dazu dienen soll, unsere Schuld zu bezahlen.[37] Wenn wir die alte preußisch-hessische Staatsbahn hätten, könnte man sagen, daß gar kein Zweifel daran ist, daß sie ebenso gut verwaltet werden und Überschüsse ergeben kann wie irgendein Privatunternehmen. Ich habe mich über eines gefreut: daß auch in einem weitgehenden Linkskabinett die Absicht, die Reichsbahn nicht wieder fraktionsmäßigen parlamentarischen Einflüssen auszuliefern, eine einmütige gewesen ist (Bravo!). Diese Dinge können nicht von Popularitätsströmungen gemacht werden, sondern müssen unter strengster Verantwortlichkeit gemacht werden. Aber ich wünsche, daß bei den noch kommen-

[36] Nach dem Young-Plan entfiel das Amt des Reparationsagenten und die ausländische Kontrolle der deutschen Finanzen, die unter dem Dawes-Plan bestanden hatte (siehe Dok. Nr. 56, Anm. 21). Zur Zusammensetzung des Generalrats der Reichsbank und zur Einrichtung eines Notenkommissars siehe Ziffer 161 der Anlage V zum Sachverständigenplan (RGBl. 1930 II, S. 520f.); James, Reichsbank, S. 69ff.

[37] Nach §5 des Reichsbahngesetzes vom 30.8.1924 (RGBl. 1924 II, S. 272) hatte die Reichsregierung der Reichsbahngesellschaft den Betrieb der Reichsbahn bis zum 31.12.1964 übertragen, Ziffer 105 des Young-Plans (RGBl. 1930 II, S. 442) verpflichtete die Reichsbahngesellschaft, für 37 Jahre Annuitäten zu leisten, wobei der Young-Plan jedoch in Ziffer 8, Art. 2 des 8 Kapitels (RGBl. 1930 II, S. 442) vorsah, daß die Reichsbahn »ihre Eigenschaft als privates und selbständiges Unternehmen mit selbständiger Geschäftsführung in wirtschaftlichen, finanziellen und Personalangelegenheiten ohne Einmischung der deutschen Regierung« beibehalten sollte. Zur Zusammensetzung der Annuitäten und zum Beitrag der Reichsbahn an der Reparationssumme siehe ebd., S. 438ff.: Kap. 8: Zusammensetzung der Annuitäten, Ziffer 99 in Art. 1: Quellen und Sicherheiten; Ziffer 103f.: Der Beitrag der Deutschen Reichsbahn; Ziffer 109 in Art. 3: Die Beförderungssteuer.

den Verhandlungen der Einfluß des Reiches soweit gestärkt wird wie irgend möglich, denn es gibt auch volkswirtschaftliche Aufgaben, die eine Reichsbahn zu erfüllen hat, auch wenn sie in gewissen Gegenden nicht sofort mit Überschüssen von bestimmten Prozentsätzen aufwarten kann. Sie ist die Bahn des Deutschen Reiches und nicht nur eine Bahn, die Überschüsse zu machen hat.

Meine Herren! Ich lese ja selten jetzt die Liebenswürdigkeiten von der anderen Seite. Aber man hat vor allen Dingen, wie ich kürzlich in einer Stahlhelm-Zeitung gelesen habe, zum Ausdruck gebracht, wir hätten gar keine Anstrengungen gemacht, die Summe im Young-Plan herabzumindern. Ich weiß nicht, was Deutschland dadurch gewonnen hätte, daß irgend jemand ein Klagelied über die deutschen Verhältnisse angestimmt hätte. Einmal spricht zuviel gegen dieses Klagelied, weil man uns vorwerfen würde, und zwar mit Recht, daß der Etat unseres Reiches und der Länder und Gemeinden all das Lügen straft, was ein deutscher Staatsmann draußen bei diesen Verhandlungen sagt. Ich habe wiederholt Oberbürgermeistern von Großstädten gesagt: Gehen Sie hin, wenn es sich um die Herabsetzung der deutschen Reparationen handelt, und antworten Sie auf das, was Ihnen gesagt wird darüber, wie die deutschen Städte heute wirtschaften mit dem Gelde, als wenn sie es in Fülle besäßen. Und zudem, nachdem Herr Schacht, Herr Kastl und Herr Melchior sich selbst gezwungen gesehen haben, auf diese Summe zu gehen – die Herren, die ja gekämpft haben bis zum letzten –, die Dinge jetzt neu aufzurollen, hätte gar keinen Sinn gehabt, da das Ergebnis von vornherein feststand. Wenn man das Ganze scheitern lassen wollte, hätten man es tun sollen. Ich wollte es nicht. Aber lediglich sprechen, um zu sprechen und nachher sich doch bescheiden, das halte ich für die dümmste Politik. Infolgedessen haben wir gesagt: Wie es steht, können wir es in Bezug auf die Ziffern annehmen, alles andere kommt auf die politischen Fragen an, von denen wir es ja auch abhängig gemacht haben.

Ein Wort noch zu den politischen Fragen, insbesondere zu der Frage einer Dauerkontrolle im Rheinland.[38] Das ist ja auch seltsam in der deutschen Presse gegangen. Am 7. Oktober tritt der Verband der republikanischen Presse zusammen mit dem zeitgemäßen Thema: Regierung und Presse auf internationalen Konferenzen. Ich werde nicht hingehen, obwohl es mich in allen Fingern juckt, den Herren meine Meinung zu sagen über das Thema. Es kann überhaupt nichts Großes zustande kommen, wenn dreihundert Leute täglich darüber quatschen. Es wäre niemals in der Wirtschaft etwas Großes zustande gekommen, wenn die Beteiligten gezwungen gewesen wären, jeden Tag über den Stand der Verhandlungen Auskunft zu geben und sich kritisieren zu lassen. Was ist z. B. von unserer braven »Kölnischen Zeitung« in Bezug auf diese Dauerkontrolle geschrieben worden. Als ich am letzten Tag vorlas,

[38] Im März 1929 hatte Briand dem Auswärtigen Amt einen Entwurf der französischen Sicherheitsforderungen für die entmilitarisierte Zone übersandt, der die Einrichtung einer ständigen Kommission unter dem Vorsitz eines Völkerbundsbeauftragten vorsah, siehe den Bericht Stresemanns in der Kabinettssitzung vom 14.5.1929, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 201. Stresemann lehnte diesen Plan ab und setzte auf der 1. Haager Konferenz durch, daß die im Locarno-Vertrag vorgesehene Konziliationskommission unverändert aufrechterhalten wurde, siehe auch Vermächtnis III, S. 542f., 561f.; Krüger, S. 496f. Zu Stresemanns Stellungnahmen vor der deutschen Presse zwischen dem 10.8. und dem 26.8.1929 siehe die Protokolle der offiziellen Pressekonferenzen, PA NL Stresemann 300, 301.

was abgemacht ist, da sagte mir der Vertreter der »Kölnischen Zeitung«: Ja, wenn ich das acht Tage vorher gewußt hätte, hätte ich nie ein Wort dagegen geschrieben. Aber die Überlegung hat der Mann nicht. An dem Tage, an dem wir Briand soweit hatten, auf alles zu verzichten, so daß nichts übrigblieb von dem, was er früher verlangt hatte, hätte ich zur Presse gehen und das als einen großen Erfolg feiern können. Das wäre die größte Dummheit gewesen. Denn dann hätte ich die französische Presse in Alarm versetzt gegen Briand. Infolgedessen habe ich geschwiegen und gesagt: «Die Verhandlungen gehen noch weiter«, damit wir erst die Räumung hatten. Ich habe es erst im letzen Augenblick veröffentlicht. Und den Brief von Briand, daß die Saarverhandlungen beginnen, habe ich acht Tage später veröffentlicht[39], damit er nicht ausgepfiffen würde, wie er nach Thoiry ausgepfiffen ist, als er ein zu weitgehendes Communiqué gegeben hatte.[40] Es ist eine unmögliche Forderung der Presse, über jede Phase solcher Verhandlungen unterrichtet zu werden.

Zur Sache wird wohl kaum noch die Auffassung vertreten werden, daß von dieser Kontrolle irgend etwas übrig geblieben ist. Ich habe den Entwurf von Briand auch noch nicht veröffentlicht und werde das nur in der äußersten Not tun und dann dem Deutschen Reichstag sagen, was er verlangt hat, und dem gegenüberstellen, was herausgekommen ist. Das kann ich auch nicht tun, ehe es in Frankreich herausgekommen ist. Denn alles, was man für sich selbst tut, ist gleichzeitig ein Schlag für den Kontrahenten auf der anderen Seite.

Was dort verlangt wurde, war das Zusammenwirken aller Alliierten gegen Deutschland: England, Italien, Frankreich, Belgien auf der einen Seite und ein Deutscher auf der anderen Seite zur Untersuchung von sogenannten Verfehlungen. Das ist vollkommen erledigt! Geblieben ist, was ich stets gesagt habe: Wir haben die Vergleichskommission des Locarno-Vertrages.[41] Wenn etwas vorkommt, können die sich damit beschäftigen. Das ist in dem Schriftstück mit Worten gesagt, die man ebenso hätte formulieren können: Die vereinten Mächte haben beschlossen, es bleibt alles beim Alten. Denn weiter steht tatsächlich nichts darin, daß nämlich die Vergleichskommission auch in diesen Fällen anzurufen ist. Damals, als Locarno kam, hat Graf Westarp gesagt: Das erkenne ich an, den einen Vorteil hat das, daß alle Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland jetzt unter einem Schiedsgericht stehen. Bitte sehr, dabei bleibt es, daß alles unter Schiedsgericht gestellt ist.

Nun hat Herr Wirth sich ein sehr großes Verdienst zugeschrieben, daß er hineingeschrieben hätte, man könnte aber auch an den Völkerbund gehen. Erstens kann man das in jedem Falle, sowohl Deutschland wie die anderen. Der «Vorwärts« schrieb

[39] Während der Tagung des Völkerbundsrats in Madrid hatten sich Briand und Stresemann darauf verständigt, daß auf der Haager Konferenz auch die Saarfrage zur Sprache kommen sollte, siehe ADAP, Serie B, Bd. XII, Dok. Nr. 19. Während der Verhandlungen im Haag erreichte Stresemann jedoch nur eine Zusage Briands über den Beginn der Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebiets vor 1935, dem im Versailler Vertrag festgelegten Zeitpunkt einer Volksabstimmung. Zum Verlauf der Beratungen im Haag siehe Young-Plan, S. 308ff.; Vermächtnis III, S. 549, 566; Krüger, S. 496.

[40] Zu Inhalt und Verlauf des Gespräches von Briand und Stresemann in Thoiry (17.9.1926) siehe dazu Dok. Nr. 64, Anm. 30, 56.

[41] Siehe Anm. 38. Zu der im Locarno-Vertrag vorgesehenen Vergleichskommission und zur Entwaffnungsfrage siehe Dok. Nr. 66, Anm. 42.

damals, daß Wirth mit großer Kraft für alle Selbstverständlichkeiten eingetreten sei. Aber ich frage mich nur, ob das ein deutsches Interesse ist. Man sagt: Es werden die anderen nicht wagen, vor den Völkerbund zu gehen. Ich glaube nicht, daß sie es heute tun. Soweit haben wir es gebracht, daß man heute gegenüber Deutschland das Investigationsverfahren auch dann nicht beantragen würde, wenn ziemlich tolle Sachen vorgekommen wären. Es kann auch mal ein anderer Mann als Briand französischer Ministerpräsident sein, und ob wir ein Interesse daran haben, jeden Fall an den Völkerbund zu bringen anstatt vor ein Schiedsgericht, scheint mir zweifelhaft. Ich gebe anheim, sich in der Bendlerstraße[42] zu erkundigen, ob sie es dort für wünschenswert halten, daß jeder Fall vor die Weltöffentlichkeit gebracht wird, vor den Völkerbund. Es gibt solche Fälle, wenn ich mir da vorstelle, daß da immer von uns verlangt würde, sie sollten vor den Völkerbund gebracht werden, so wird mir etwas unwohl dabei. Wenn eine Division, entgegen dem Versailler Vertrag, durchtransportiert wird durch das besetzte Gebiet und wir verlangen, das soll vor den Völkerbund kommen, – wollen Sie mir sagen, was ich dann dort für eine Rede halten soll? Gewiß, es ist eine Verletzung des Versailler Vertrages, aber ich kann doch nichts weiter sagen als: Ich bedaure den Vorfall und werde dafür sorgen, daß sich das in Zukunft nicht wiederholt. Etwas anderes ist doch nicht möglich. Die ganzen Dinge sind immer im Vergleichswege erledigt worden.

Jedenfalls sind wir von irgendeiner Institution einer Dauerkontrolle im Rheinland vollkommen frei. Denn diese Vergleichskommissionen beziehen sich ja gar nicht allein auf das Rheinland, sondern auf alle Streitfälle zwischen Frankreich, Belgien und uns. Damals, als ich vor den Verhandlungen im Haag im Reichstag gesagt habe: Ich werde nie einer Dauerkontrolle zustimmen, hat der Herr v. Freytagh-Loringhoven – der besser täte, sich zurückzuhalten, bis er das Idiom der deutschen Sprache erfaßt hat – ausgerufen: Das werden wir uns merken! Da hofft er wohl: Da hat der Mann sich festgelegt. Das hieß doch nur: Er kommt ja gar nicht nach Hause ohne die Dauerkontrolle. Jetzt ist diese Sache erledigt. Die Räumung auch. Und die Leute wagen es, die ganze Delegation hinzustellen, als wenn es deutsche Landesverräter wären.

Aber daß es eine Opposition gibt dagegen, dagegen ist gar nichts zu sagen. Ich würde sie mir selbst bestellen, jetzt noch während dieser Zeit, und wenn es bei der eigenen Partei wäre, in Bezug auf das, was es noch zu verhandeln gibt. Wir haben im Kabinett gehört von dem, was bevorsteht in Bezug auf die Reform der Steuern, so weitgehend, wie ich nie geglaubt habe, daß es möglich sein könnte. Es ist gar kein Zweifel: Wenn ich in der Lage wäre – ich hätte ja nur im Kabinett diesen Vorschlag zu machen brauchen –, diese Dinge zu veröffentlichen, ich glaube, daß es niemand mehr gäbe, der sich an dem Volksbegehren beteiligen würde. Ich habe mich dagegen auf das schärfste ausgesprochen. Ich habe erklärt: Ich halte es für unmöglich, daß irgend jemand diese Dinge veröffentlicht. Denn wenn wir heute veröffentlichen, welche Steuersenkungen in Aussicht genommen sind für die Arbeiter in Bezug auf das Existenzminimum und für die Industrie in Bezug auf die Industrieobligationen und für die Landwirtschaft in Bezug auf die Rentenbank, also für sämtliche Steuerzahler, sukzessive folgend Jahr für Jahr, fünf Jahre hintereinander bis zu einem Viertel der

[42] Sitz der Reichswehrführung.

ganzen direkten Steuern, würden die anderen sagen: Wenn Euch der Young-Plan derartige Vorteile bringt, werden wir Euch alles aufbrummen, was möglich ist. Aber daß man die Möglichkeit hat, den Arbeitern, dem Mittelstand, der Industrie, der Landwirtschaft tatsächlich ganz große Erleichterungen zu geben, das zeigt doch, mit welcher Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit diejenigen Leute vorgehen, die hier das Volksbegehren gegen den Young-Plan einbringen.

Als ich den ersten Wortlaut des Volksbegehrens gelesen habe, habe ich geglaubt, ich hätte statt der «Neuen Zürcher Zeitung« den »Kladderadatsch« erwischt. Ich war damals in Vitznau und habe mich erholt von den Tagen der Verhandlungen im Haag und in Genf, die wirklich ein bißchen stark aufeinanderfolgten. Aber dann habe ich mich gefragt: Nimmt das denn jemand ernst? Es ist doch wirklich eine Zumutung an ein Volk, das nicht ein Volk der Analphabeten ist, mit einer derartigen Torheit sich beschäftigen zu müssen. Und doch, man sieht, wie viele darauf hereinfallen. Gute Parteianhängerinnen schreiben mir: Ich höre, das geht gegen Sie, aber sie waren doch auch immer gegen die Kriegsschuldlüge (Heiterkeit). Das ist nicht zum Lachen, das ist zum Weinen. Die Leute glauben also, etwas Gutes zu tun und mir zu sagen: Sie müssen auch auftreten und sagen: Ich glaube nicht an die Kriegsschuldlüge.

Aber daß das darin steht, hat seine ganz große bedenkliche Seite. Bisher hat in der Welt niemand daran gezweifelt, daß das ganze deutsche Volk die Kriegsschuldlüge ablehnt. Schon einmal sind wir einig gewesen. Denken Sie an die schlimmste Zeit, als die Forderung gestellt wurde, die Kriegsschuldigen auszuliefern.[43] Da haben wir von den Unabhängigen Sozialdemokraten, die es damals noch gab, bis zu den Deutschnationalen das einstimmig abgelehnt, und das hat seine Wirkung nicht verfehlt. Eine Volksabstimmung wäre nicht so einstimmig gewesen, wie das damals einstimmig vor sich gegangen ist.

Dann das Weitere. Mein Gott, ich nehme den Ausdruck »Landesverräter« nach allem, was ich als Parlamentarier erlebt habe, und nach dem, was heute parlamentarischer Ton ist, nicht mehr so tragisch in seinem Wortlaut. Wenn man jemandem sagt: Sie sind ein Verbrecher und Landesverräter, so heißt das ungefähr soviel wie: Ich bedaure, daß ich Ihre Meinung nicht vollkommen teilen kann (Heiterkeit). Diese Dinge sind ja allmählich vollkommen entwertet. Ich habe auch aus dem Kreise deutschnationaler Parlamentarier Kartengrüße bekommen in so herzlicher Weise, daß ich mir nur denken kann: Entweder ist das eine Demonstration gegen das Volksbegehren, wenn man es ernstlich meint, oder ich müßt eigentlich antworten: Vielen Dank für Ihren Gruß, mit landesverräterischem Gruß, Stresemann. Aber welche Verrohung wird dadurch ins Volk getragen. Wenn das irgendein Strasser[44] oder irgendein Kommunist sagt – gut. Aber wenn die Leute, die eine Partei führen wie die Deutschnationale Volkspartei, einen derartigen Verhetzungston, der schließlich zur Mordhetze führen kann, in ihren Versammlungen einführen, dann ist, wenn einmal ein Mord geschieht, nicht der arme junge Mann schuld, der den Revolver abschießt,

[43] Gemäß Art. 238–240 des Versailler Vertrags sollten Deutsche, die sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht hatten, vor alliierte Gerichte gestellt werden, siehe Dok. Nr. 16, Anm. 5.

[44] Gregor Strasser (1892–1934), 1924–1933 MdR (NSDAP), 1926–1928 Reichspropagandaleiter, ab 1928 Reichsorganisationsleiter. Dez. 1932 Rücktritt von allen Parteiämtern. Am 30.6.1934 im Zusammenhang mit dem sog. »Röhm-Putsch« von der SS ermordet.

sondern der Mann mit dem Kainszeichen auf der Stirn, das ist Herr Finanzrat Hugenberg in eigener Person (Lebhafte Zustimmung).

Dazu kommt ein anderes. Wie denken sich die Leute denn überhaupt die deutsche Zukunft? Man sagt von mir immer, ich sei der unbedingte Anhänger der Großen Koalition. Das ist Unsinn. Ich bin Anhänger einer festen und starken Regierung in Deutschland. Ich würde sie mit jedem führen, der gewillt ist, auf vernünftiger Basis eine Politik zu treiben. Es ist nicht mein Ideal, das mit den Sozialisten zu tun. Aber wenn es jetzt auf lange Zeitdauer nicht anders geht als mit der Großen Koalition, so können diejenigen, die wirklich in ihr das Ideal sehen, Herrn Hugenberg ein Denkmal errichten für die dauernde Erhaltung der Großen Koalition. Denn er macht es doch unmöglich, mit seinen Leuten zusammenzugehen.

Was den berühmten Artikel 4 des Volksbegehrens angeht, so ist ja ganz seltsam die Rolle, die man den Reichspräsidenten dabei spielen läßt. Meine Herren, die Streichung des Reichspräsidenten daraus ist noch viel beleidigender[45] (Sehr richtig!).

Denn wenn man für die verfassungsmäßigen Ingangsetzung des Young-Plans seine Minister als alleinverantwortlich hinstellt, macht man ihn zum Popanz, der mit der Füllfeder seinen Namen hinsetzt an die Stelle, die man ihm nennt, aber nichts hineinzureden hat. Das tun dieselben Leute, die immer rufen: Mehr Rechte dem Reichspräsidenten. Das tut derselbe Stahlhelm, der erklärt: Die Autorität des Reichspräsidenten muß gestärkt werden. Die sagen jetzt: Der alte Herr hat ja damit nichts zu tun.[46]

Nun hat Graf Westarp die überraschende Erklärung abgegeben: Das bedeutet überhaupt nicht, daß die Minister Landesverräter sind, wenn sie diesen Vertrag schließen; sondern wenn das Volksbegehren die Mehrheit bekommt, und sie schließen dann das Gesetz ab, dann sind sie Landesverräter. Diese Belehrung ist wirklich naiv. Denn wenn wirklich mit 21 Millionen Stimmen der Young-Plan abgelehnt wird, dann würde kein Minister ihn unterschreiben. Daß die Herren diese Selbstverständlichkeit gesetzlich festlegen wollen, ist wohl ein Zeichen dafür, daß sie überhaupt nicht mehr

[45] §4 des vom Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren vorgelegten Gesetzentwurfes lautete: »Reichskanzler und Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des §3 [Verbot der Übernahme neuer Lasten und Verpflichtungen] Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im §92 Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen [Bedrohung des Landesverrats mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren], RTDrs., Bd. 438, Nr. 1429. Im ursprünglichen Entwurf des Gesetzes waren in §4 »Reichskanzler, Reichsminister und Bevollmächtigte des Reichs«, also auch der Reichspräsident, mit Zuchthaus bedroht worden. Da Hindenburg seit 1924 Ehrenmitglied des Stahlhelm war, setzte sein Vorsitzender, Franz Seldte, eine Änderung durch, die das Staatsoberhaupt von der Strafandrohung ausnahm, siehe Berghahn, S. 124f. Nach dem Erfolg des Volksbegehrens und vor der Einleitung des Volksentscheides hatte zunächst der Reichstag über den Gesetzentwurf zu befinden. Bei der Abstimmung über §4 am 30.11.1929 stimmten von 77 DNVP-Abgeordneten jedoch nur 53 mit Ja, siehe VRT, Bd. 426, S. 3370f. Aufgrund der von Hugenberg ergriffenen Disziplinarmaßnahmen kam es daraufhin zu einer Abspaltung von der DNVP-Reichstagsfraktion: Anfang Dezember erklärten 12 Abgeordnete ihren Austritt aus der Partei und konstituierten sich als »Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft«. Graf Westarp, der Fraktionsvorsitzende, trat aus Protest gegen den Kurs Hugenbergs von seinem Amt zurück, siehe dazu Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die DNVP, in: Ende der Parteien, S. 543–652 (hier: S. 544ff.).

[46] Zu dem vom Stahlhelm im Winter 1928/29 geplanten Volksbegehren siehe Dok. Nr. 70, Anm. 10.

wissen, wo sie bei ihren Überlegungen landen sollen, wenn sie irgendeinen vernünftigen Landungsplatz noch suchen.

Aber diese ganze Verhetzung zeigt doch, daß man weitere Ziele verfolgt. Es ist eine Truppe, mit der Hugenberg ganz andere Schlachten schlagen will (Sehr richtig!). Es ist auch ganz seltsam, daß diese Leute erst mutig geworden sind gegen den Young-Plan, seitdem sie wußten, daß er angenommen werden wird. In der Zeit, als es in Paris noch zweifelhaft war, sind die Telegramme gekommen aus den Kreisen der Wirtschaft: um Gotteswillen keine Krise, wir können sie nicht ertragen. Jetzt, wo man weiß, es wird angenommen, findet man auf einmal seine Opposition wieder.

Was soll nun aus dieser Abstimmung herauskommen? Sie werden sehen, daß das Bürgertum in zwei große Teile zerschlagen wird. Ich bedaure auf das Tiefste dabei, daß gewisse Bünde heute glauben, parteipolitisch tätig sein zu müssen. Meine Herren, wir müssen uns dagegen ganz anders wehren als bisher und ihnen ins Gesicht sagen, daß das unerhört ist gegenüber den Grundprinzipien, auf denen sie aufgebaut sind. Der Stahlhelm war eine kameradschaftliche Institution derjenigen, die aus dem Kriege nach Hause kamen und den Frontgedanken weiter pflegen wollten. Er hat seine Verdienste sich erworben in den Zeiten, als es um den Kommunismus ging. Ich weiß noch gar nicht, ob diese Zeit zu Ende ist. Aber mit Parteipolitik und mit Wirtschaftsfragen hatte er nichts zu tun. Ob ungeschützte Annuitäten in der Höhe von 650 Millionen oder 700 Millionen tragbar sind, ist kein Problem, das man durch eine Volksabstimmung entscheiden kann.[47]

Ich bemerke, daß für konservative Politiker der Appell an das Volksbegehren bedeutet, die eigenen Grundsätze mit Füßen zu treten. Früher hat man von der Masse gesprochen, der man die Autorität gegenübersetzen müsse. Heute appelliert man an den Mob auf der Straße. Das ist skrupelloseste Demagogie, das hat mit Konservativismus nichts mehr das geringste zu tun.[48]

Ich habe das Empfinden, daß Hugenberg sehr viele Leute an sich zieht. Ich glaube kaum durch seine Persönlichkeit, aber durch sein Organisationstalent und durch die finanzielle Macht, die hinter ihm steht. Ich spreche nicht nur vom Stahlhelm, wenn ich sage, daß diese Entwicklung tief bedauerlich ist. Ich denke an andere Organisationen. Beispielsweise an den Deutschen Offiziersbund.[49] Soll es nun auch dahin

[47] Der Vorstand der DVP-Reichstagsfraktion hatte am 2.10.1928 beschlossen, den volksparteilichen Abgeordneten, nicht aber den Parteimitgliedern, den Austritt dem Stahlhelm nahezulegen, siehe siehe Dok. Nr. 70, Anm. 12. Obwohl der Verbindungsmann der Fraktion zum Stahlhelm, v. Gilsa, in einem Schreiben vom 16.7.1929 Stresemann über die politischen Ziele des Stahlhelms zu beruhigen suchte, lehnte Stresemann in seiner Rückantwort vom 18.7. jede Einmischung des Stahlhelms in politische Angelegenheiten scharf ab, siehe PA NL Stresemann 301; v. Gilsa teilte Dingeldey dazu am 16.7.1931 mit, er habe »mit Stresemann über diese Dinge lange und zum Teil nicht sehr angenehme Auseinandersetzungen gehabt«, BAK NL Dingeldey 43, p. 34.

[48] Nach einer Aussage Zapfs empfand Stresemann das Volksbegehren »als eine persönliche Attacke«, BAK NL Zapf 8, undatierte Aufzeichnung »Krankheit und Tod Stresemanns«.

[49] Der am 28.11.1918 gegründete Deutsche Offiziersbund (D.O.B.) war mit ca. 100000 Mitgliedern und über 400 Ortsgruppen der stärkste Offiziersverband in der Weimarer Republik, siehe dazu Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 538–541. Morath teilte Kempkes dazu mit: »Mir ist als Mitglied der Ortsgruppe Zehlendorf des D.O.B. eine vom 8.9.1929 datierte Aufforderung zugegangen, an der Massenkundgebung im Sportpalast teilzunehmen [...] Beigefügt war

kommen, daß die Leute, die im Kampf gefallen sind, auch parteipolitisch festgelegt werden? Was hat die Adelsgenossenschaft mit Parteipolitik zu tun?[50] Das alles ist ja ganz unmöglich. Es wird eine Verhetzung in alle diese Kreise hineingetragen, und dadurch wird ein Zusammenarbeiten des Bürgertums in neutralen Organisationen überhaupt unmöglich (Sehr richtig!).

Ich weiß nicht, von wem die Nationalsozialisten ihr Geld haben. Es muß in großen Strömen fließen. Sie haben erklärt, daß sie die Stresemann-Partei ächten. Man braucht das auch nicht tragisch zu nehmen. Aber der Geist, der darin liegt, geht doch schließlich dahin, daß das Volk überhaupt keine Einheit mehr ist, daß es sich gegenseitig nur noch verachtet oder sich gegenseitig anspuckt, anstatt gegenseitig miteinander zu leben. Und sehen Sie, dabei besorgen doch diese Leute die Geschäfte der Sozialisten und Kommunisten. Sie besorgen zunächst mal die Geschäfte der Industrie in keiner Weise. Denn wenn mal die Nationalsozialisten zur Macht kämen, würde die Industrie sich wundern, die auf das Gerede davon, daß man sie von den sozialistischen Arbeitern befreien würde, hereinfällt und Geld gibt. Immer war sie dazu bereit, und wenn sie irgendeinen Trupp organisiert hatte, dann sah sie, daß sie die Leute nur halten konnte, wenn sie in den Lohnforderungen, die die der anderen um 20 % überboten, nachgab.[51]

Wir stehen doch vor ganz anderen Fragen. Ich habe in der Sitzung in Berlin darauf hingewiesen[52]: Die Entscheidung darüber, ob wir in der Reichsregierung bleiben, die Entscheidung darüber, welche Politik wir treiben, kommt dann, wenn wir uns zu entscheiden haben über den wirtschaftlichen, finanziellen und steuerlichen Aufbau des Reiches nach Erledigung des Young-Plans. Diese Zeit naht jetzt heran. Ich habe Ihnen vorhin – und ich bitte, das nicht bekanntzugeben – gesagt, nach welchen Richtungen hin die Ideen gehen, um diese Fragen zu erledigen. Ich bedaure aufs tiefste, daß man die Frage der Arbeitslosenversicherung gegen meinen ausdrücklichen Protest, den ich noch aus der Schweiz erlassen habe, hier zur Erörterung gebracht hat, denn das endet meiner Ansicht nach mit einem Zusammenbruch, weil diese Frage

dieser Mitteilung ein Flugblatt des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, das die Ablehnung des Young-Plans damit begründet, wir dürften nicht ›wie ehrlose Heuchler Unmögliches versprechen‹. Meines Erachtens zwingt dieses Vorgehen einer Organisation, die in ganz Deutschland und auch unter unseren Mitgliedern und Wählerkreisen verbreitet ist, die volksparteilichen Fraktionen des Reichstags und der Landtage sowie die Parteileitung zu einer Stellungnahme. Ich weiß mich mit Ihnen einig in der Auffassung, daß es für einen Volksparteiler unmöglich ist, dem D.O.B. weiter anzugehören und ich selbst habe meine Mitgliedschaft sofort aufgegeben«, PA NL Stresemann 106.

[50] In der Ministerbesprechung vom 3.9.1929 hatte Stresemann die Deutsche Adelsgenossenschaft scharf angegriffen und ausgeführt: »Das Organ der deutschen Adelsgenossenschaft [»Das Deutsche Adelsblatt«] führe einen derart vergifteten Kampf gegen den bestehenden Staat, daß es schlechterdings mit den Pflichten eines Beamten gegen seinen Chef unvereinbar sei«, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 281, S. 904f.; zu den von Stresemann getroffenen Gegenmaßnahmen siehe ebd., Anm. 8.

[51] Der Beitrag der Großindustrie zur Finanzierung der NSDAP war verhältnismäßig geringfügig – verglichen mit den Zuwendungen von kleinen und mittleren Industriebetrieben sowie aus dem Ausland und vor allem mit den Beträgen, die die Partei durch Selbstfinanzierung aufbrachte, siehe dazu detailliert Henry A. Turner, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985; ders./Horst Matzerath, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–1932, in: GG 3 (1977), S. 59–92.

[52] Siehe Dok. Nr. 73, S. 765f.

nur erledigt werden kann im Zusammenhang mit dem gesamten Aufbau der Reichsfinanzen, weil man erst dann beurteilen kann, ob man nach der Richtung irgendeine Konzession machen kann oder nicht.[53]

Aber wie wir den Bürger entlasten, wie wir das Verhältnis gestalten zwischen Reich und Ländern, ob wir die Städte so frei lassen in ihrer Steuergebarung wie bisher, das sind Fragen, von denen unsere ganze Zukunft abhängt. Wer will denn sagen, ob wir den Young-Plan erfüllen können? Das wird erstens abhängen davon, ob wir im Innern Ordnung schaffen, denn die Ordnung haben wir nicht; und wird zweitens abhängen davon, ob es uns möglich ist, unsere Handelspolitik in anderer Weise zu führen als bisher. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich der Meinung bin – dabei denke ich viel weniger an die Zollpolitik –, daß wir uns weit mehr abschließen müssen von gewissen Bevorzugungen ausländischer Produkte, als das jetzt in Deutschland geschieht (Bravo!).

Ich habe das Empfinden, daß wir, vermögende Leute und andere, geradezu hineinleben in den Tag, ohne uns irgendwie klarzumachen, wie diese ganzen Dinge einmal enden sollen. Das fängt mit Auslandsreisen an, und das hört mit ausländischen Autos nicht auf, das geht mit Luxuswagen vom Ausland [so weiter], als wenn das deutsche Volk nicht anders leben könnte. So kann es nicht weitergehen. Es müssen in anderer Weise die Dinge in Ordnung gebracht werden in Bezug auf die Ausbalancierung unserer Ein- und Ausfuhr. Es müssen in ganz anderer Weise die Probleme der Steigerung unserer Agrarprodukte gelöst werden. Wenn ich mir die Rechnung vor Augen halte, die Herr Vögler einmal aufgemacht hat: Verschuldung ans Ausland, Überschuß des Imports über den Export und Zahlung von Reparationen, so muß ich sagen: So gehen wir zugrunde; wir müssen überlegen, wie wir das in Ordnung bringen.

Daneben steht die Frage der Erledigung der Reparationsfrage durch Moratorien und andere Dinge, die sich, glaube ich, auch trotzdem einstellen werden. Denn daß wir etwa Überschüsse bekommen, mit denen wir nicht wissen, was wir damit anfangen sollen, ist wohl eine Befürchtung, die niemand teilen wird. All das sind Fragen, in denen die Leute, die bei den Deutschnationalen sitzen, eigentlich auf unsere Seite gehörten. Wenn sie eine Opposition sind, die sie heute sind, mit der – verzeihen Sie den Ausdruck – ein anständiger Mensch nicht mehr zusammengehen kann – denn soweit haben sie es glücklich unter Herrn Hugenberg getrieben –, ist natürlich die Kraft derjenigen Bürgerlichen, die ja von ihnen an die Seite der Sozialdemokraten getrieben werden, viel geringer bei diesen Fragen, als wenn sie unter Umständen ein Zusammengehen der Bürgerlichen in die Waagschale werfen könnten (Sehr richtig!). Das ist das Verwerfliche an Hugenberg, daß er ein nationaler Schädling, der Zerstörer jeder bürgerlichen Einheit ist.

Und noch ein taktische Frage zum Schluß! Ich bitte Sie darum – wir haben ja demnächst Parteitag[54], aber wir sind doch hier gewissermaßen die vorbereitende Sit-

[53] Stresemann hatte telephonisch von Vitznau aus dem Kabinett dringend geraten, vor der Ratifizierung des Young-Plans in der Frage der Arbeitslosenunterstützung nichts zu unternehmen, siehe Turner, S. 245.

[54] Der Parteitag sollte ursprünglich am 19. und 20.10.1929 in Mannheim stattfinden; er wurde dann wegen Stresemanns Tod auf den 21.–24.3.1930 verschoben.

zung–: seien Sie sich klar darüber, wenn jetzt starke Kämpfe kommen: eine Partei wird auf die Dauer nur sich Achtung erringen, wenn sie Achtung vor sich selbst hat. Es geht nicht an, daß wir es nie wagen, gegen Organisationen vorzugehen, die sich nie scheuen, in der gemeinsten Weise uns anzugreifen (Lebhafte Zustimmung!). Es werden jetzt, nachdem das Volksbegehren eingebracht ist, die Kämpfe beginnen. Herr Minister Severing hat mir heute mitgeteilt, daß er die Begründung, die wahrscheinlich morgen im »Lokalanzeiger« stehen wird, mir zuschicken würde, da sie die heftigsten Angriffe gegen die Außenpolitik enthielte. Wahrscheinlich enthüllt sie das Bündnis mit Mussolini (Heiterkeit). Ich sage, die Kämpfe beginnen. Die Kämpfe werden geführt werden mit außergewöhnlicher Hartnäckigkeit, mit Verfemung, mit Drohungen, mit Terror, mit finanziellen Dingen und allen anderen. Meine Herren, wir müssen auf der einen Seite, soweit es uns möglich ist, für Aufklärung sorgen, und die Reichsregierung hat die Verpflichtung, dasselbe zu tun. Wieweit unsere Gegenaktion wirkt, vermag ich nicht zu übersehen. Das Tiefbedauerliche ist, daß man das letzte Wort über den Young-Plan überhaupt noch nicht sagen kann, sonst wäre ja die Situation eine andere.

Aber, meine Herren, wenn es sich jetzt darum handelt, Unterschriften zu geben für dieses Volksbegehren, so dürfen diese Unterschriften und darf die Führung dieses Volksbegehrens nicht in Händen von volksparteilichen Leuten liegen[55] (Zustimmung). Wenn das geschieht, ist die Volkspartei erledigt in ihrem Ansehen (Lebhafte Zustimmung). Dann ist die Volkspartei erledigt vor ihren eigenen Wählern. Wenn wir noch mit ihnen die Möglichkeit haben zu fragen, ob sie wirklich mit sehenden Augen das Volk in den Abgrund führen wollen, und wenn wir ihnen die Möglichkeit gegeben haben, mit uns darüber zu sprechen, dann kommt der Augenblick, wo wir sagen müssen: Entweder Volkspartei oder Volksbegehren, ein Drittes gibt es nicht (Lebhafter Beifall). Wir würden zerbrechen im Innern, wenn man in jeder Versammlung sagen könnte, daß Leute, bekannte Leute aus unserer Partei, mit ihrem Namen unter dem Volksbegehren stehen. Ich zweifle nicht, daß wir zunächst Verluste haben können. Es gibt viele brave Menschen, die in einer übrigens vollkommenen Verkennung des Charakters der Königin Luise im Königin-Luise-Bund[56] sind, es gibt andere, die da glauben, im Offiziers-Verein oder im Stahlhelm oder ähnlichen Organisationen mit diesen Leuten gehen zu müssen. Ich bin der Überzeugung, daß in dem Augenblick, wo unsere Gegenoffensive einsetzen kann, diese ganze Gesellschaft erledigt ist.

Ich würde mich gar nicht genieren, wenn ich die Kraft hätte, heute im Reiche herumzureisen und zu sprechen, diesen Leuten die Maske vom Gesicht zu reißen; denn ich glaube nicht, daß einer von diesen Führern überhaupt denkt und glaubt an das,

[55] Das Reichskabinett hatte am 10.10.1929 beschlossen, den Aufruf der Reichsregierung zum Volksbegehren »von hervorragenden Persönlichkeiten« unterzeichnen zu lassen, wobei der Duisburger Oberbürgermeister Jarres (DVP) eine Unterzeichnung ablehnte, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 316, S. 1031 (Wortlaut des Aufrufs: ebd., Dok. Nr. 317). Auch Vögler stand den Kreisen um den Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren nahe und Schmid-Hirschberg sah sich nach einer telegraphischen Anfrage Stresemanns aus Scheveningen am 17.8.1929 gezwungen, jede aktive Beteiligung am Volksbegehren zu dementieren, siehe PA NL Stresemann 106.

[56] Der 1923 gegründete Bund-Königin-Luise war die Frauenorganisation des Stahlhelms, siehe dazu Berghahn, S. 34; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 385f.; Bd. 4, S. 146.

was er sagt; Seldte, weil er zu dumm dazu ist, weil er nicht weiß, um was es sich handelt; Hugenberg weiß es ganz genau und sagt mit vollem Bewußtsein das Gegenteil. Hüten wir uns, daß, wenn nachher der Zusammenbruch kommt, all diese Mächte zu einer eigenen Organisation zur Vorbereitung für die nächsten Reichstagswahlen und für den nächsten Bürgerkrieg sich zusammenfinden. Es ist nicht wahr, daß sie sich im inneren Ringen fanden; das ist Unsinn. Ich sehe nur, daß wir mit der Linken gehen müssen, weil Teile von rechts in Deutschland verrückt geworden sind. Aber alles, was die Rechtsradikalen uns beschert haben, hat die Evolution in Deutschland kaputtgemacht. Wir haben die Sozialdemokratie in der ersten Zeit gehabt, die durchaus geneigt war, in manchen ihrer führenden Schichten sich so zu entwickeln wie in Frankreich. Ich denke an Wolfgang Heine, Südekum usw. Diese Schicht wurde hinweggeweht nach dem Erzberger-Mord.[57] Es kam der Rathenau-Mord.[58] Dann kam die Zeit, wo man links wählte, lediglich weil man glaubte, gegen diese Leute wählen zu müssen. Wieder haben wir es verstanden, durch eine ruhige Entwicklung Deutschland vorwärts zu bringen. Es ist kein Zweifel, daß wir außenpolitisch heute in der Welt geachtet dastehen, wie kein Mensch geglaubt hat, daß das in fünf Jahren möglich sein würde. Jetzt kommt diese Welle. Stellen Sie sich doch vor, daß diese Gesellschaft Deutschland regierte! Ich muß sagen, wenn ich lediglich ein Vergnügen haben wollte, so möchte ich in der Opposition sitzen und sehen, wie diese Hugenberg und Seldte und diese Leute in vier Wochen sich kaputtwirtschaften. Aber sie wirtschaften ja nicht nur sich kaputt, sie wirtschaften unser Vaterland kaputt. Das ist das Schlimme.

Darum bin ich der Meinung, daß kein Zweifel darüber bestehen darf – und mögen wir in der ersten Zeit darunter leiden, auf die Dauer wird die Volkspartei sich durchsetzen zur Führerin des Bürgertums, denn auf sie hört das Bürgertum, nicht auf die Demokraten und die Großstadtpresse –, daß wir mit Entschiedenheit zum Ausdruck bringen gegenüber dem Treiben dieser Gesellschaft: Bis hierher und nicht weiter (Stürmischer Beifall!).

Herr Dauch: Wir haben gestern im Parteivorstand erwogen, was man in dieser Situation am besten tun sollte, und wir haben schließlich einstimmig beschlossen, daß wir die Dinge nicht treiben lassen können (Sehr gut! und Rufe: Gott sei Dank!), sondern daß von seiten des Reichsausschusses eine deutliche Stellungnahme gegenüber der Öffentlichkeit herbeigeführt werden muß (Bravo!). Hierzu haben wir uns zusammengesetzt, um eine Entschließung herauszubringen, eine Entschließung, die ganz deutlich unseren sämtlichen Anhängern im Lande und auch den anderen sagen soll, wie wir eigentlich zu dieser ganzen Angelegenheit stehen und daß keinerlei Zweifel mehr in irgendwelchen Kreisen unserer Partei obwalten könnten (Der Entwurf der

[57] Der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger wurde am 26.8.1921 von Angehörigen des »Germanenordens«, einer Untergruppe der »Organisation Consul«, ermordet, siehe Epstein, S. 436ff.; Sabrow, S. 17ff.; zur Entwicklung der SPD nach dem Görlitzer Programm vom 23.9.1921 siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 1, S. 446ff.

[58] Reichsaußenminister Walther Rathenau wurde am 24.6.1922 durch Angehörige der rechtsextremistischen »Organisation Consul« ermordet, siehe Dok. Nr. 47, Anm. 9.

Entschließung wird verlesen).[59] Sie sehen, die Entschließung enthält die Gedankengänge, die Herr Dr. Stresemann eben vor Ihnen entwickelt hat (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich stelle die Entschließung zur Diskussion (Rufe: En-bloc-Annahme).

Herr Dr. Runkel: Ich stelle den Antrag, daß wir sie ohne weiteres und ohne Abänderung annehmen (Beifall). Sind redaktionelle Änderungen notwendig, so mögen die Herren sie machen, die sie herausgeben (Erneuter Beifall).

Herr Dr. Sauerborn: Ich will nicht widersprechen, habe aber das Bedürfnis, als Vertreter eines Wahlkreises, der ganz im besetzten Gebiet liegt, die Bitte auszusprechen, mit einem Satz – da, wo wir den Dank an unseren Führer für die geleistete Arbeit aussprechen – hineinzubringen, daß ganz besonders unsere Parteifreunde aus dem

[59] Die Entschließung lautet: »Das deutsche Volk ist einig in der Ablehnung der Kriegsschuldlüge. Jede deutsche Regierung, auch der Reichspräsident von Hindenburg und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann haben die Behauptung, Deutschland sei schuld am Weltkriege, mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Kampf gegen die Schuldlüge wird vom ganzen Volk und den zuständigen Reichsstellen mit allen tauglichen Mitteln fortgesetzt. Das Hugenberg-Volksbegehren rennt somit, wenn es zum Kampf gegen die Schuldlüge auffordert, offene Türen ein. Soweit es aber den Anschein hervorrufen will, als ob durch ein deutsches Gesetz internationale Verträge außer Wirksamkeit gesetzt werden könnten, spiegelt es dem deutschen Volke eine Möglichkeit vor, die, wie die Urheber des Begehrens selbst wissen, leider nicht besteht. Der Youngplan ist bisher in allen Teilen und in seiner vollen Auswirkung noch nicht zu übersehen. Wichtige Verhandlungen sind noch in der Schwebe. Jedenfalls werden durch den Youngplan dem deutschen Volke keine neuen Verpflichtungen aufgebürdet, sondern weitgehende Verbesserungen des gegenwärtigen Zustandes gebracht. Es handelt sich um die Fortsetzung der Politik, die mit dem Dawesplan eingesetzt hat mit dem Ziel, Erleichterungen in den Verpflichtungen herbeizuführen, für die als Folge des verlorenen Krieges bereits in Versailles und beim Londoner Ultimatum trotz des Widerstandes der Deutschen Volkspartei deutsche Unterschriften nun einmal abgegeben worden sind. Sehen die Veranstalter des Volksbegehrens denn weiter nicht, daß die Bedeutung des Youngplans sich nicht im Materiellen erschöpft, daß vielmehr in erster Linie um die endliche Befreiung Deutschlands von fremder Besatzung und um die Abschaffung des jedem deutschen Gefühl unerträglichen fremden Kontrollsystems gerungen wird? Die Männer, die unter Einsatz ihrer ganzen Kraft und unter Aufopferung ihrer Gesundheit diesen Befreiungskampf führen, mit dem Vorwurf des Landesverrates zu bedrohen, ist eine Infamie, für die auch der schärfste politische Kampf keine Entschuldigung bietet! Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei dankt dem Minister Dr. Stresemann, der die Partei im Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und die Lastenerleichterung unter Zurückstellung aller anderen Interessen geführt hat, für seine Hingabe an diese große Sache in dem Bewußtsein, daß die errungenen Erfolge in erster Linie seiner und seiner Mitarbeiter zielbewußten Arbeit zuzuschreiben sind. Der Reichsausschuß dankt weiter der Reichstagsfraktion für die energische Initiative, mit der sie in den bedeutsamen Fragen der Neugestaltung der Wirtschaft, der Ordnung unserer Finanzen und der Senkung unserer Steuerlasten vorgegangen ist. In dem Augenblick, in dem nach Bereinigung der dringendsten außenpolitischen Probleme diese Lebensfragen an das gesamte Volk herantreten, in dem Augenblick, in dem die Landwirtschaft in äußerster Bedrängnis sofortiger Hilfe bedarf und deshalb alle aufbauenden Kräfte zu sammeln wären, wird durch ein aussichtsloses Volksbegehren im deutschen Bürgertum ein neuer Riß geschaffen, dessen unheilvolle Wirkungen die Durchführung der dringend notwendigen inneren Reform aufs äußerste gefährden müssen. Die Urheber des Volksbegehrens treiben ein frivoles Spiel mit den heiligsten nationalen Empfindungen und der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Der Reichsausschuß erwartet von den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, daß sie das ihrige tun, um das Volk über den wahren Sinn des Volksbegehrens in seiner nunmehrigen Gestalt aufzuklären, damit es das Spiel durchschaut und ihm ein Ende bereitet«, NLC vom 1.10.1929, Nr. 196.

besetzten Gebiet diesen Dank aussprechen, wie ich auch Ihnen hier, Herr Dr. Stresemann, unseren allerherzlichsten Dank ausspreche (Beifall).

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich frage, ob Sie sonst dem Antrag Runkel zustimmen? – Dann darf ich feststellen, daß wir in einer sehr wichtigen Entscheidung die volle Einmütigkeit festgestellt haben, ohne Diskussion und ohne Divergenz (Beifall). Ich hoffe, daß von dieser Einmütigkeit aus auch die Gegenoffensive ausgehen wird, von der ich hoffe, daß sie nicht nur unsere Partei stärken wird vom parteimäßigen Gesichtspunkt aus, sondern auch alle, die sich klar über ihre Verantwortlichkeit werden, ob sie der Partei angehören können oder ein derart frivoles Spiel mit dem deutschen Volke treiben wollen, und daß das vielleicht zur Reorganisation unserer deutschen Parteiverhältnisse führt (Beifall).

Hierauf tritt gegen ½3 Uhr eine kurze Pause ein. Nach der Pause werden die Verhandlungen über die Satzungsänderungen fortgesetzt.[60]

77.

2. Dezember 1929: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 4.12.1929, Nr. 244. Überschrift: »Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei«.

Der Reichsausschuß der D.V.P. trat am 2. Dezember zu einer vollzählig besuchten Sitzung in Berlin zusammen. Staatssekretär z.D. Kempkes, M.d.R., eröffnete die Versammlung, die sich von ihren Sitzen erhoben hatte, mit einem Nachruf zu Ehren des verstorbenen Führers[1]: »Zwei Monate sind es her, daß unser Führer Gustav Stresemann von uns scheiden mußte. Immer wieder ist seiner seitdem in den Kreisen der Deutschen Volkspartei in tiefer Trauer gedacht worden. Noch stehen vor unserem Geiste die Stunden, wo er vor acht Wochen vor uns stand, als er, schon ein vom Tode gezeichneter Mann, seine letzte Kraft hergab für die Partei, für das Vaterland! Unvergessen, wie er noch einmal sein Temperament lodern ließ gegen falsch verstandenen Nationalismus, gegen alles Schädliche in der Politik! Sein Hinscheiden ist ein unersetzlicher Verlust für unsere Partei. Wir haben das Gelöbnis abgelegt, sein Erbe treu zu wahren, alle Kräfte zusammenzufassen, um in Stresemanns Sinne für die Entwicklung der Ideen zu kämpfen, die von ihm auf uns überkommen sind«.

Über die auswärtige Politik sprach Reichsminister Dr. Curtius, M.d.R. Er erinnerte an Stresemanns letzte Rede im Reichsausschuß[2], drei Tage vor seinem Tode, die eine seiner stärksten Reden mit größten Wirkungen gewesen ist, und flocht folgende per-

[60] Siehe dazu Dok. Nr. 78, Anm. 8.

[1] Nachdem Stresemann sich noch am Nachmittag des 2.10. in einer Sitzung der Reichstagsfraktion »außerordentlich überzeugend« (BAK NL Zapf 8, undatierte Aufzeichnung »Krankheit und Tod Stresemanns«) für eine Annahme der Regierungsvorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung eingesetzt hatte, siehe BAK R 45 II/67, p. 165f., war er am Morgen des 3.10.1929 einem Schlaganfall erlegen. Zu Stresemanns letzten politischen Aktivitäten siehe auch Vermächtnis III, S. 582f.; Pünder, S. 11ff.

[2] Siehe Dok. Nr. 76.

sönliche Erinnerung ein: Noch am Abend vor seinem Tode, von 6 – 8 Uhr, hat er über seine Zukunft mit mir gesprochen.[3] Er hatte keine Spur einer Todesahnung. Er wollte zum Mannheimer Parteitag fahren, dann die Haager Konferenz vorbereiten und im Januar schließlich die Erholungsreise nach Ägypten antreten. Dafür waren seine Dispositionen getroffen. Den 30. Juni [1930], den Tag der Rheinlandräumung, wollte er noch im Amte verbringen.[4] Dr. Curtius ging dann auf die Umstände ein, die zu einer baldigen und endgültigen Besetzung des Außenministeriums geführt haben.[5] Anknüpfend an Stresemanns letzte Rede wies er auf den Verlauf des Kampfes um das Volksbegehren hin. Im Reichstag hat Hugenberg eine schwere Niederlage erlitten.[6] Es ist nicht anzunehmen, daß er am 22. Dezember auch nur einen Achtungserfolg in der Wählerschaft erringen wird. Das Ganze war ein Angriff auf die Staatsautorität und der Versuch einer Verschiebung der verfassungsmäßigen Aufgaben. Durchaus falsch ist die Behauptung der Abgeordneten Quaatz und Preyer[7], daß durch einen neuen Zahlungsplan die Währung gefährdet würde. Die Aufgaben einer wirklich nationalen Opposition, auf die auch die deutsche Außenpolitik sich stützen kann, sind von der rechten Seite vollkommen falsch geführt, sie hat bisher keinen Nutzen gestiftet, sondern nur Schaden angerichtet.

[3] Siehe dazu auch die Schilderung bei Curtius, S. 88f.

[4] Auf der Sechsmächtekonferenz in Den Haag war am 30.8.1929 ein Abkommen über die vorzeitige Räumung des Rheinlandes unterzeichnet worden, nach dem die Truppen der Alliierten aus der 3. Zone bis zum 30.6.1930 abziehen sollten, siehe Dok. Nr. 76, Anm. 28.

[5] Reichswirtschaftsminister Julius Curtius war vom 4.10.–10.11.1929 mit der Führung der Geschäfte beauftragt und wurde dann am 11.11.1929 zum Außenminister ernannt. Diese Ernennung war allerdings in der Reichstagsfraktion umstritten: So forderte Hugo in der Fraktionssitzung des 3.10.1929, »an Stresemanns Stelle eine neutrale Persönlichkeit zu setzen« und v. Kardorff erklärte am 31.10. eine »weitere Belastung mit dem Außenministerium« nur für »schwer tragbar«, während Curtius betonte, er habe »im Interesse der Partei und im Andenken an Stresemann ja gesagt [...] Man müsse Mut zur Verantwortung haben«, BAK R 45 II/67, p. 167ff.; siehe dazu auch Curtius, S. 90f. Curtius Nachfolger als Reichswirtschaftsminister wurde Paul Moldenhauer, der von seiner Ernennung erst am 9.11.1929 nach Rückkehr von einer Amerikareise erfuhr: »So fuhr ich dann am nächsten Tag nach Berlin und hatte am 11.11. um 11 Uhr vormittags die Besprechung mit dem Reichskanzler Müller. Er kam mir sehr freundlich entgegen, freute sich, daß wir Altersgenossen seien und erklärte, er begrüße es sehr, wenn ich in das Reichskabinett eintrete. Aber er machte mich auch auf die Schwierigkeiten der finanziellen Lage und die Spannungen zwischen den Parteien aufmerksam. Ich sagte ihm, daß mir das bewußt sei, glaubte aber, daß man den ehrlichen Versuch machen müsse, angesichts der beginnenden Krise zwischen den großen Parteien des Reichstags eine Verständigung herbeizuführen«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 2f. Auch seiner Ernennung waren beträchtliche Querelen in der Fraktion vorausgegangen: so wurden in einer geheimen Abstimmung am 31.10.1929 16 Stimmen für und 16 Stimmen gegen ihn abgegeben, siehe BAK R 45 II/67, p. 169.

[6] Da sich 10,02% der Stimmberechtigten für das Volksbegehren ausgesprochen hatten, war die Reichsregierung nach Art. 73 Abs. 3 WRV in Verbindung mit §41, 43 des Gesetzes über den Volksentscheid (RGBl. 1921, S. 796) verpflichtet, den Gesetzentwurf unverzüglich beim Reichstag einzubringen. Bei den Beratungen über das »Freiheitsgesetz«, die am 29. und 30.11.1929 stattfanden, hatte jedoch keine der Bestimmungen eine Mehrheit gefunden, so daß der Reichstag den Gesetzentwurf nach der 2. Lesung zurück an die Reichsregierung zur Durchführung einer Volksabstimmung überwies; zum Scheitern der Volksabstimmung am 22.12.1929 siehe Dok. Nr. 76, Anm. 5.

[7] Dietrich Preyer (1877–1959), Dr. phil.; Dr. iur.; Universitätsprofessor in Königsberg. 1921–1924 MdL Preußen, 1924–1930 MdR (DNVP).

Dann ging der Reichsminister Curtius auf besondere Einzelfragen der Außenpolitik ein, auf den Räumungstermin, der für den 30. Juni [1930] feststeht, auf die Frage der wegfallenden Kontrollen, auf die Arbeiten der verschiedenen Komitees, auf das Problem der Liquidation, der Saarverhandlungen usw.[8] Die großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik müssen mit einer inneren Reform, die sich auf die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben erstreckt, Hand in Hand gehen.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage entspann sich eine rege Aussprache, an der sich die Abgeordneten Graf Kanitz, von Rheinbaben, von Kardorff, von Raumer, Graf Stolberg, Dauch, Dr. Leidig und Direktor Kuhbier beteiligten. Die von Dr. Stresemann seit langen Jahren durchgeführte Außenpolitik, die von Dr. Curtius folgerichtig weitergeführt wird, fand erneut die allgemeine Billigung. Zu dem Liquidationsabkommen mit Polen[9], soweit dessen Inhalt bekannt ist, wurden unter Hervorhebung bestehender Bedenken verschiedene Wünsche zum Ausdruck gebracht.

Reichswirtschaftsminister Dr. Moldenhauer, M.d.R., sprach über Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik. Er führte u.a. aus:

Die Wirtschaftslage weist alle Merkmale einer Depression auf, die nicht nur über der deutschen Wirtschaft, sondern auch der der Welt liegt.[10] In Deutschland nimmt aber diese Depression einen besonders bedrohlichen Charakter wegen des Kapitalmangels an. Dazu kommt das sinkende Vertrauen. Man kann fast von einer Hoffnungslosigkeit in weitesten Kreisen der Wirtschaft sprechen. Welche Aufgaben erwachsen demgegenüber der Wirtschaftspolitik? Sie hat einmal die Aufgabe, den Export zu fördern, auf den Deutschland in besonders hohem Maße angewiesen ist. Dieser Aufgabe dienen in erster Linie die Handelsverträge; der mit Schweden und Finnland ist in diesen Tagen unterzeichnet worden.[11] Es ist zu hoffen, daß der Abschluß mit Polen in einem befriedigenden Sinne zustandekommt und damit der verarbeitenden Industrie, namentlich Schlesiens, ein neuer Auftrieb gegeben wird.[12] Aber die Sorge

[8] Nach dem Young-Plan entfiel die ausländische Kontrolle der deutschen Finanzen, die unter dem Dawes-Plan bestanden hatte, siehe Dok. Nr. 76, Anm. 36; zur Frage der Behandlung der Liquidationen siehe ebd., Anm. 7; zur Frage der Saarräumung siehe ebd., Anm. 39.

[9] In dem mit Polen am 31.10.1929 geschlossenen Liquidationsabkommen verzichtete das Deutsche Reich auf die Ansprüche aus der Abtretung fiskalischen Eigentums, während Polen seine Forderung nach einer Requisitionsentschädigung fallen ließ und alle Liquidationen einstellte. Zum Inhalt des erst nach langwierigen Auseinandersetzungen am 12.3.1930 vom Reichstag mit 235 gegen 216 Stimmen bei 8 Enthaltungen (VRT, Bd. 427, 4402ff.) angenommenen Gesetzes, gegen das auch 8 DVP-Abgeordnete (v. Gilsa, Hoff, Hueck, Janson, Köngeter, Leutheusser, Schmidt, Schnee) stimmten, siehe Krüger, S. 500f.; Riekhoff, S. 150ff.; Oertel, S. 215ff.

[10] Der Zusammenbruch der Kurse an der New Yorker Börse Ende Oktober 1929 führte zu einer weltweiten Wirtschaftskrise, von der Deutschland besonders hart getroffen wurde, da der wirtschaftliche Aufbau weitgehend auf Auslandskrediten beruhte, die nun zurückgezogen wurden, siehe dazu James, Weltwirtschaftskrise, S. 117ff.; Meister, S. 63ff.; zur Reaktion der Reichsbank siehe James, Reichsbank, S. 57ff., 261ff.

[11] Der deutsch-schwedische Handelsvertrag und das Zusatzabkommen zum deutsch-finnischen Handelsvertrag war am 25.11.1929 in Berlin unterzeichnet worden, siehe DGK 1929 Inl., S. 233f.

[12] Der deutsch-polnische Handelsvertrag trat am 17.3.1930 in Kraft. Zur Frage des oberschlesischen Kohlenkontingents siehe die Erläuterungen in der dem Vertrag beigegebenen Denkschrift (RTDrs., Bd. 422, Nr. 2138).

des Wirtschaftsministers bildet auch der innere Markt. Er ist durch die trostlose Lage der deutschen Landwirtschaft[13] aufs schwerste erschüttert. Deshalb war es Aufgabe, hier helfend einzugreifen. Diesem Gedanken dienen die neuen Bestimmungen im schwedischen und finnischen Handelsvertrag, wie vor allem die Zolltarifnovelle, die noch im Monat Dezember verabschiedet werden muß.[14] In ihr wird ein neuer Versuch unternommen, den Roggenabsatz zu heben, von dem zu wünschen ist, daß er zur Erleichterung der Lage der Landwirtschaft beiträgt. Wir sind uns dabei bewußt, daß die Zölle auf Vieh, Fleisch, auf Butter[15] die Aufgabe haben sollen, diese Zweige der deutschen Landwirtschaft unter dem Schutz des Zolles so zu entwickeln, daß sie in Zukunft dem Wettbewerb mit dem Ausland besser gewachsen sind und uns durch eigene gute Qualität von dem Ausland unabhängig machen. Aber sowohl mit der Förderung des Exports wie mit den angegebenen Mitteln zur Behebung der Not der Landwirtschaft kommen wir an die letzten Ursachen unserer Wirtschaftsnot nicht heran. Sie liegen in der Kapitalarmut, die sich wieder in hohen Zinsen und damit hohen Preisen äußert. Sie liegen in der schweren Belastung insbesondere durch Steuern, die ebenfalls die Preise in die Höhe treiben, damit den Wettbewerb erschweren und sich letzten Endes in steigender Arbeitslosigkeit ausdrücken. Daß in diesem Zusammenhang das Anwachsen unserer sozialen Ausgaben und die Entwicklung unserer Lohnpolitik eine Rolle spielt, kann nicht geleugnet werden. Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß also sein, hier einzusetzen, die Kapitalbildung zu fördern und die Lasten zu senken. Das Schwergewicht der Arbeit der nächsten Monate muß deshalb auf dem Gebiet der Finanzreform liegen. Nach zwei Richtungen: Das Deutsche Reich muß aus dem Kassenelend heraus und seinen Etat in Ordnung bringen. Das wird das Vertrauen im In- und Ausland stärken und damit die Zuführung notwendigen neuen Auslandsgeldes für produktive Zwecke erleichtern. Gleichzeitig muß im Zusammenhang mit dem Youngplan eine Reform der Steuern nach der Richtung der Senkung der direkten und namentlich der Realsteuern stattfinden.[16] Damit wird eine Bildung eigenen Kapitals und das Aufrechterhalten der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren auf dem Weltmarkt ermöglicht. Findet das deutsche Volk die Kraft, diese Aufgabe zu lösen, so sehe ich die Lage der heutigen Wirtschaft nicht als hoffnungslos an, sondern sehe durchaus die Möglichkeit, die heutige schwere Depression zu überwinden.

Über Finanz- und Steuerreform sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Cremer. Er erörterte die Frage, ob eine große und grundlegende Änderung des Steuerwesens möglich ist, solange das Problem der Reichsreform sich noch in der Schwebe befindet. Die Deutsche Volkspartei betrachtet es als ihre Aufgabe, in möglichst kurzer Frist zu einer solchen Gestaltung der Steuern zu gelangen, die den Reichsfinanzen dienlich

[13] Das Kabinett hatte umfangreiche Hilfsmaßnahmen für die vollkommen überschuldete ostpreußische Landwirtschaft beschlossen, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 153, 157, 180. Der Gesetzentwurf (RTDrs., Bd. 435, Nr. 988) wurde im Reichstag am 16.5.1929 verabschiedet (RGBl. 1929 I, S. 97f.); siehe auch Gessner, S. 189ff.

[14] Die Verhandlungen über die Zolltarifnovelle (RTDrs., Bd. 438, Nr. 1491) fanden am 16., 19. und 20.12.1929 im Reichstag statt, VRT, Bd. 426, S. 3593ff.; 3678ff.; 3729ff.; veröffentlicht wurde sie im RGBl. 1929 I, S. 227ff.; siehe auch Gessner, S. 176ff.

[15] Zu der vom Reichskabinett am 19.11.1929 beschlossenen Erhöhung der Zollsätze siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 357.

[16] Zu den von der DVP geforderten Steuersenkungen siehe auch Dok. Nr. 78, Anm. 53.

ist und endlich der Wirtschaft wirklich fühlbare Entlastungen bringt. Allerdings fällt eine solche Reform in einen ungünstigen Zeitpunkt. Wir haben bereits 1927/28 darauf hingewiesen, daß 1929 eine schlechte Finanzlage vorhanden sein wird, unsere Warnungen sind aber nicht gehört worden, die Reserven wurden damals ausgeschöpft. Jetzt besteht ein großes Defizit nicht nur beim Reich, sondern auch bei Ländern und Gemeinden. Der Youngplan ist der äußere Anstoß, zu einer Reform auf finanziellem Gebiet zu kommen. Die Deutsche Volkspartei muß nach wie vor die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben obenan stellen. Aus dieser Erkenntnis hat sie vor Jahren ihre Verfassungsanträge gestellt, aus demselben Gedanken heraus ist der Antrag gestellt worden, den Reichssparkommissar mit besonderen Vollmachten auszustatten.[17]

Der Redner erörterte die einzelnen Vorschläge für die Neugestaltung des Steuerprogramms sowohl für die direkten wie für die indirekten Steuern. Die Deutsche Volkspartei könne nicht damit einverstanden sein, daß das Steuersenkungsprogramm etwa auf 5 Jahre verteilt werde. Wenn wirklich fühlbare Wirkungen für die Wirtschaft erzielt werden sollen, müsse man darauf hinarbeiten, die Senkungen in zwei Etappen durchzuführen. Im besonderen sprach sich der Redner für den Fortfall der Industrieabgabe, der Rentenbankschuld, für die Ermäßigung der Einkommensteuer, für eine starke Senkung der Gewerbesteuer aus und begrüßte den Gedanken des Ministers Hilferding auf Einführung einer Kopfsteuer in den Gemeinden.[18] Die Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand sei nicht nur aus finanziellen Gründen zu befürworten, sondern auch deshalb, weil Privatwirtschaft und städtische Wirtschaft unter gleichen Existenzbedingungen arbeiten sollten. Mit einer solchen Umlagerung des Steuerbedarfs wird auch eine veränderte Schlüsselung der Anteile von Ländern und Gemeinden erfolgen müssen.

Die Vorträge von Dr. Moldenhauer und Dr. Cremer wurden mit stärkstem Beifall aufgenommen. Die Aussprache über die wirtschaftlichen und steuerlichen Fragen gestaltete sich lebhaft und anregend. Abgeordneter Dr. Steffens forderte ein Ostprogramm von seiten des Reichs und Preußens, damit endlich einmal eine Osthilfe auf lange Sicht durchgeführt werden kann. Ferner sprachen die Herren Fabrikant Hembeck (Lüdenscheid), Abgeordneter Schuster, Oberbürgermeister Jarres (Duisburg), Abgeordneter Dr. Hugo , Rechtsanwalt Dr. Bagge (Hamburg), Graf Stolberg, Jochmus (Bielefeld).

Die Aussprache über die Wahl des neuen Parteiführers zeigte eine durchaus einheitliche Auffassung unter den Vertretern aller Landesteile und aller parlamentarischen Fraktionen. Die Wahl des Parteiführers erfolgt auf der Tagung des Zentralvorstandes Mitte Dezember.[19]

[17] In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 26.11.1929 hatte die DVP u.a. beantragt, dem Reichssparkommissar den Status einer von der Reichsregierung unabhängigen Reichsbehörde zuzuweisen, siehe RTDrs., Bd. 422, Nr. 465. Der Antrag stieß jedoch auf den entschiedenen Widerstand des Reichsfinanzministers Hilferding (siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 365) und wurde am 18.12.1929 vom Haushaltsausschuß abgelehnt.

[18] Zu der vorgesehenen Reichsbürgersteuer siehe Dok. Nr. 78, Anm. 29.

[19] Siehe Dok. Nr. 78, S. 870 mit Anm. 6 sowie S. 878 mit Anm. 17.

Reichstagsabgeordneter Staatssekretär z.D. Kempkes dankte den Mitgliedern des Reichsausschusses für die rege Mitarbeit und stellte als eine selbstverständliche Auffassung fest, daß sich am Volksentscheid kein Volksparteiler beteiligen werde, sondern daß alle Anhänger sich der Wahl enthalten werden.

78.

14. Dezember 1929: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

BAK R 45 II/44, p. 103–403. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]; Erstschrift. Überschrift: »Stenographische Niederschrift der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am Sonnabend, dem 14. Dezember, vormittags 10 Uhr im Plenarsaal des Preußischen Landtags«.[2]

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses, Kempkes, eröffnet, der im Auftrag des Parteivorstandes vorschlägt, den Vorsitz der Tagung Geheimrat Kahl, dem Senior der Partei, zu übertragen, was die Versammlung mit lebhaftem Beifall billigt. Kahl würdigt mit großer Eindringlichkeit Persönlichkeit und Leistung des verstorbenen Parteiführers Stresemann, gedenkt dann der seit der letzten Sitzung verstorbenen 13 Mitglieder des Zentralvorstandes und regt an, dem »auf Anraten der Ärzte noch nicht persönlich erschienenen« *Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Scholz, telegraphisch die besten Wünsche für seine baldige vollständige Genesung zu übermitteln.*

Da ein Antrag auf Abänderung der Tagesordnung gestellt ist (Zurückstellung von TOP 1, Wahl des Parteivorsitzenden, und Vorwegnahme der Aussprache über die politische Lage), findet eine außerordentlich erregte Geschäftsordnungsdebatte statt. Eine starke Minderheit im Zentralvorstand wünscht eine sofortige politische Debatte, um auf die Haltung der zur gleichen Zeit tagenden Reichstagsfraktion einwirken zu können, die über das Vertrauensvotum für das Kabinett Müller zu entscheiden hat.[3]

---

[1] Die in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen. Tagesordnung: 1. Wahl des Parteivorstandes. 2. Wahl eines Mitgliedes in den Parteivorstand. 3. Zuwahl zum Zentralvorstand. 4. Wirtschaftsnot und Finanzreform: Reichswirtschaftsminister Dr. Moldenhauer.

[2] Die NLC berichtete am 15. und am 17.12.1929 (Nr. 253, 254) über die Sitzung.

[3] Reichskanzler Müller hatte am 12.12.1929 eine Regierungserklärung abgegeben, in der er ausführlich das Finanzprogramm des Kabinetts darlegte, siehe VRT, Bd. 426, S. 3451. In der am 13.12. beginnenden Plenardebatte ließen die Sprecher der Koalitionsfraktionen mit Ausnahme der BVP ihre grundsätzliche Zustimmung zum Regierungsprogramm erkennen, wobei Breitscheid allerdings seitens der SPD so viele Vorbehalte anmeldete (siehe Anm. 53), daß Außenminister Curtius am Abend des gleichen Tages im Kabinett eine Lösung der Krise kaum noch für möglich erachtete und für den Fall einer Ablehnung des von der Regierung geforderten Vertrauensvotums den Rücktritt der volksparteilichen Minister in Aussicht stellte, siehe Kabinett Müller II, Dok. 380. Erst am frühen Morgen des 14.12.1929 konnte in einer Besprechung der Fraktionsvorsitzenden und der Minister eine Einigung auf einen Vorschlag Pünders (»Der Reichstag billigt die vorgestrige Erklärung der Reichsregierung und vertraut darauf, daß das Finanzprogramm der Regierung vorbehaltlich der endgültigen Gestaltung der Gesetze im einzelnen in Wahrung der von der Regierung bekanntgegebenen Grundzüge durchgeführt wird. Der Reichs-

Mit Mehrheit beschließt die Versammlung, dem Vorschlag des Parteivorstandes zu folgen und zunächst die Wahl des Parteivorsitzenden vorzunehmen.

[Kahl]: Wir treten nunmehr sogleich in den ersten Punkt der Tagesordnung ein: Wahl des Parteivorsitzenden. Darf ich Herrn Kempkes bitten, dazu das Wort zu nehmen.

Staatssekretär Dr. Kempkes: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen im Namen des Parteivorstandes mit Rücksicht auf die zeitliche Lage einige Erklärungen abgebe. Nach dem Tode unseres unvergeßlichen Führers wurde selbstverständlich im Lande bald die Frage erörtert, wer von der Partei als sein berufener Nachfolger zu wählen sei. Diese Frage wurde in den einzelnen Wahlkreisen, in der Presse und überall, wo man sich sonst innerhalb der Partei politisch traf, erörtert. Es war daher wohl die selbstverständliche Pflicht des Parteivorstandes, sich baldmöglichst mit dieser Frage eingehender zu beschäftigen. Aus dem Lande kam das Drängen auf eine möglichst schnelle Erledigung der Frage. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Entscheidung noch Zeit habe, man solle sich damit nicht beeilen. Der Parteivorstand hat damals die verschiedenen Möglichkeiten und Vorschläge, die in der Presse oder sonst erörtert worden waren, einer eingehenden Prüfung unterzogen.[4] Ohne diese Vorschläge hier im einzelnen nennen zu wollen, möchte ich abschließend nur hervorheben, daß aus den weitesten Kreisen des Landes in erster Linie empfohlen wurde, den bisherigen Fraktionsführer im Reichstag, Herrn Dr. Scholz, auch zum Parteiführer zu machen (Lebhaftes Bravo).

Ein anderer Vorschlag ging dahin, man möge Herrn Dr. Luther zum Parteivorsitzenden wählen.[5] Wieder ein anderer Vorschlag wollte die Ernennung eines Triumvirats

tag spricht der Regierung das Vertrauen aus«, BAK R 45 II/67, p. 185) erzielt werden, siehe ebd., Dok. 381; Pünder, S. 23ff.; zum Inhalt des Finanzprogramms siehe Maurer, S. 95ff.; Leuschen-Seppel, S. 224ff. In der Sitzung der Reichstagsfraktion, die um 9^{30} Uhr begonnen hatte und um 11^{35} Uhr endete, war die von Pünder vorgeschlagene Formulierung äußerst umstritten, da der rechte Flügel der Fraktion einen förmlichen Widerruf der Erklärung Breitscheids durchsetzen wollte; er lehnte auch die von Moldenhauer vorgeschlagene, Pünders Formulierung leicht modifizierende Einigungsformel ab. Erst unmittelbar vor der entscheidenden Plenarsitzung am Nachmittag des 14.12. setzten sich die Befürworter unter Führung von Curtius und Moldenhauer mit 23 zu 17 Stimmen durch, wobei ein von Curtius in der Fraktionssitzung bekanntgegebener Appell Hindenburgs, der Vertrauensfrage zuzustimmen, eine erhebliche Rolle gespielt haben dürfte. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Zapf stellte angesichts des Abstimmungsergebnisses fest, daß »ein Fraktionszwang unmöglich« sei: »Man müsse den Mitgliedern die Freiheit des Handelns lassen. Er bäte aber die Dissidierenden zu überlegen, ob sie nicht, wenigstens zum Teil, sich der Stimme enthalten könnten«, BAK R 45 II/67, p. 184ff. Moldenhauer berichtet über den Verlauf der Fraktionssitzung in seinen Erinnerungen: »Nach dem Tod Stresemanns drängte die Fraktion stark aus der Großen Koalition heraus [...] Am anderen Morgen rissen wir den größeren Teil der Fraktion herum, so daß schließlich, nachdem bis in die Nachmittagsstunden noch an der Formulierung gefeilt worden war, das Vertrauensvotum noch eine Mehrheit fand«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 17f. Der Reichstag nahm das Vertrauensvotum am 14.12. mit 222 gegen 156 Stimmen bei 22 Enthaltungen an, siehe VRT, Bd. 426, S. 3589ff.; 24 Abgeordnete der DVP stimmten für die Vertrauenserklärung, 14 dagegen (Becker, Cramm, Dauch, v. Gilsa, Havemann, Hintzmann, Hueck, Hugo, Janson, Köngeter, Pfeffer, Schmid, Schnee, Winnefeld), 3 enthielten sich der Stimme (Albrecht, Cremer, Leutheusser).

[4] Über die Beratungen des Parteivorstandes liegen Protokolle nicht vor.

[5] Hans Luther, dessen Wahl zum Parteivorsitzenden seit dem Tode Stresemanns vor allem von den Wahlkreisverbänden Hannover und Braunschweig sowie seitens der RjV gefordert wurde,

oder eines Direktoriums. Was den letzten Vorschlag angeht, so waren wir im Parteivorstand und, wenn ich die Auffassungen innerhalb der Partei richtig verstehe, auch in der Partei selbst, überwiegend der Meinung, daß dieser Gedanke der Schaffung eines Direktoriums für eine Partei wie die unsere, die als liberale Partei immer das Führerprinzip, die eigene selbständige persönliche Verantwortung in den Vordergrund gestellt hat, nicht in Frage käme (Sehr richtig!).

Was die Frage der Wahl des Herrn Dr. Luther angeht, so ist auch nach dieser Richtung verhandelt worden. Ich darf abschließend mitteilen, daß Herr Dr. Luther selbst die Erklärung abgegeben hat, daß so, wie die Dinge lägen, für ihn die natürliche Lösung in der Wahl des Herrn Dr. Scholz liege und daß unter diesen Umständen seine Kandidatur nicht in Frage komme. Damit ist nach meiner Meinung eine persönliche Wertung und Gegenüberstellung von vornherein ausgeschlossen. Denn die erste Voraussetzung ist natürlich die Annahme einer Kandidatur.

Unter diesen Umständen hat der Parteivorstand die Kandidatur des Kollegen Dr. Scholz als die allein gegebene Lösung angesehen.[6] Er hat sich einmütig auf diesen Standpunkt gestellt und ging dabei von der Auffassung aus, daß Herr Dr. Scholz gleichzeitig die Partei und die Reichstagsfraktion führen und so für eine Übereinstimmung der Auffassungen der Reichstagsfraktion und der Gesamtpartei und umgekehrt sorgen solle. Der Reichsausschuß, die Vertretung aus dem Lande, hat sich gleichfalls mit der Frage beschäftigt. Er konnte es natürlich nur in dem Sinne, daß er sich als informatorisches Organ darüber aussprach. Nach den Satzungen hat der Zentralvorstand die Entscheidung allein zu treffen, und der Reichsausschuß hat keinerlei Möglichkeit, in diese Entscheidung einzugreifen. Der Reichsausschuß hat dies auch anerkannt und als selbstverständlich angesehen, daß er sich in der Frage nur aussprechen dürfe. Ich weise ausdrücklich darauf hin, weil ich von einem Herrn aus der Partei ein Schreiben bekommen habe, das sich darüber beschwert, daß durch diese die Stimmung des Landes repräsentierende Versammlung der tatsächliche Wille im Lande verfälscht werde. Der Reichsausschuß hat sich den Vorschlägen des Parteivorstandes angeschlossen und in der Wahl von Dr. Scholz zum Parteiführer den allein gegebenen Weg erblickt. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß es für die Geschlossenheit der Partei und die Wirkung nach außen äußerst wünschenswert wäre, wenn die Wahl möglichst einstimmig und möglichst restlos erfolgte (Sehr richtig!).

---

stand einer Kandidatur aufgeschlossen gegenüber, machte sie allerdings von dem Gesundheitszustand von Scholz abhängig, siehe sein Schreiben an Jaenicke, einen der Hauptpromotoren seiner Kandidatur, vom 11.10.1929 (BAK NL Luther 296). Als es in den letzten Novembertagen offensichtlich wurde, daß der Gesundheitszustand von Scholz ihm die Übernahme des Parteivorsitzes gestatten würde, zog Luther seine Kandidatur offiziell zurück, siehe sein Schreiben an Kempkes vom 30.11.1929, StA Braunschweig GX 6/605.

[6] Nachdem Kempkes den Verzicht Luthers bekanntgegeben hatte, einigte sich der RA auf seiner Sitzung vom 2.12.1929 (siehe Dok. Nr. 77) einstimmig darauf, dem ZV die Kandidatur von Scholz vorzuschlagen, wobei jeder Versuch des linken Flügels, die Macht eines Parteivorsitzenden Scholz durch die Schaffung eines »Vizevorsitzenden« einzuschränken, von seinen Anhängern konsequent zurückgewiesen wurde, siehe dazu den Bericht Luthers über den Verlauf der Reichsausschußsitzung in seinem Schreiben an Reusch vom 4.12.1929, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, NL Reusch 29.

Bei dieser Gelegenheit und auch bei anderen Gelegenheiten ist auch die Frage der Wahl eines Stellvertreters angeschnitten worden. Ohne diese Frage hier heute politisch behandeln zu wollen, möchte ich, mich dem Inbegriff der bisherigen Verhandlungen anpassend, nur auf die formale Seite hinweisen. Sie wissen, daß unsere bisherigen Statuten die Einrichtung eines Stellvertreters nicht kennen. Wir befinden uns in der Zwangslage, unsere Verhandlungen auf der Grundlage der bisherigen Statuten durchführen müssen, da eine Änderung der Statuten infolge des Wegfalls des Parteitags in Mannheim im Herbst[7] noch nicht eingetreten ist. Kennen aber unsere bisherige Statuten die Einrichtung eines solchen Stellvertreters nicht, so ist es formal und geschäftlich ausgeschlossen, diese Frage heute hier zur Entscheidung zu bringen. Man muß vielmehr auf dasjenige zurückgreifen, was die Kollegen und die Komitees für die neuen Satzungen vorbereitet haben. Der Beschluß des Organisationskomitees, das auf Veranlassung des Zentralvorstandes im vorigen Jahre eingesetzt worden ist und das für seine Auffassung die Zustimmung des Parteivorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses gefunden hat, hat in den neuen Statuten die Schaffung eines derartigen Institutes vorgesehen.[8] Meines Erachtens ist es aus diesen rein formalen Gründen, die aber zwingend sind, zweckmäßig, die ganze Frage der Stellvertretung auch nach der politischen oder persönlichen Seite dann zu behandeln, wenn die Möglichkeit einer solchen Behandlung gegeben ist, d. h. nach dem Parteitag, der etwa im Frühjahr des nächsten Jahres in Mannheim stattfinden wird.

Ich habe Ihnen damit ein kurzes Resumee über die bisherige Behandlung der Angelegenheit gegeben. Ich knüpfe daran die Bitte, der Zentralvorstand möge sich diesen Vorschlägen des Parteivorstandes, die der Reichsausschuß einmütig gebilligt hat, ebenfalls möglichst einmütig anschließen (Beifall).

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Ich eröffne die Aussprache über Punkt 1 der Tagesordnung. Wenn ich auch hier den Wunsch äußere, daß wir sie möglichst kurz fassen, so ist das wirklich nicht etwa der Versuch einer Einschränkung der Meinungsäußerung des Zentralvorstandes, sondern dieser mein Wunsch entspricht der Empfindung, daß das Gewicht dieser unserer Wahl ein erhöhtes sein würde, wenn ihr nicht eine sehr tiefgehende und weitreichende Aussprache vorangeschickt würde. Nur in diesem Sinne wollte ich hier die Kürze der Aussprache empfohlen haben. In technischer Hinsicht bemerke ich, daß es der Übung entspricht, die Wahl durch Zettelwahl vorzunehmen.

---

[7] Der für den 19. und 20. 10. 1929 geplante Parteitag in Mannheim wurde wegen des Todes Stresemanns auf den 21. – 24. 3. 1930 verschoben.

[8] Der Zentralvorstand hatte im November 1928 einen »Vorbereitenden Organisationsausschuß für Satzungsänderung« eingesetzt (siehe Dok. Nr. 71, Anm. 3; Nr. 72, Anm. 2), nach dessen Beschluß der vom PV zu wählende stellvertretende Vorsitzende »im Behinderungsfalle den Parteiführer auch in seinen sonstigen Obliegenheiten zu vertreten hat«, wie Kempkes Stresemann am 10. 9. 1929 mitteilte, PA NL Stresemann 106. Gleichzeitig stellte Kempkes aber heraus, daß »die Frage der Stellvertretung zu den mannigfachsten Diskussionen in der Partei Veranlassung gegeben« habe, wobei die vom Organisationsausschuß beschlossene Bestimmung jedoch »die Gefahr der Wahl des Stellvertreters durch den Zentralvorstand« beseitige, »die sehr leicht unter politischen Gesichtspunkten erfolgen und zu heftigen politischen Auseinandersetzungen Anlaß geben könnte«. Stresemann selbst hatte 1928 die von seiten des Organisationsausschusses an ihn gerichtete Frage, ob er die Wahl eines stellvertretenden Parteivorsitzenden für notwendig erachte, mit »Ist gleichgültig« beantwortet, PA NL Stresemann 289.

Herr Geheimrat Schmidt[9] (Braunschweig): Meine Damen und Herren, ebenso wie unser verehrter Senior und Präsident bin ich seit 40 Jahren Mitglied des Zentralvorstandes. Ich bin vor einiger Zeit an ihn herangetreten und habe ihm die Wünsche unseres hannoverschen Bezirks, namentlich der hannoverschen Wirtschaft klargelegt. Nach unserer Meinung hängt die Wahl des Führers unserer Partei wesentlich davon ab, wie die Politik der Partei in Zukunft getrieben werden soll. Die jetzige chronische Krise ist für uns politisch unerträglich (Sehr richtig!). Wir können und wollen in der Wirtschaft nicht die Zeche zahlen für diese elende Hin- und Herzerrerei, dieses Schauspiel, das uns im Inland und Ausland lächerlich macht, wie es jetzt Reichstag und Reichsregierung gezeigt haben (Sehr richtig!).

Was geschehen muß, ist in allen Spitzenverbänden, in Broschüren usw. genügend dargelegt worden; aber jetzt, wo es praktisch durchgeführt werden soll, versagt man. Wir können nur dann etwas erreichen, wenn die Volkspartei ihre Flügel nach rechts und links öffnet und in dieser Notzeit eine Einigung von den Demokraten bis zur Mitte der Deutschnationalen herbeiführt. Wenn wir in den Reichstag mit 90 bis 100 Köpfen einziehen, wird ohne uns nichts geschehen können. Solange dies nicht der Fall ist, solange wir weiter in dieser Zersplitterung leben, werden wir im Reichstag immer nur als das Aschenbrödel behandelt werden. Seien Sie sich ganz klar darüber: Wenn wir jetzt nicht unsere Zeit begreifen, werden die nächsten Wahlen ganz üble Folgen für uns zeitigen. Ich habe Herrn Dr. Scholz darüber auch offen geschrieben. Wir haben uns wiederholt mit Herrn Dr. Luther in Verbindung gesetzt. Er hat uns gesagt: Ich stehe nur dann zur Verfügung, wenn ich sehe, daß im Reichstag auf einer vergrößerten Basis der Volkspartei wirklich ersprießliche Arbeit geleistet werden kann. Wir haben dann unseren verehrten Vorsitzenden, Herrn Geheimrat Kahl, gebeten, er möge an die Spitze eines Direktoriums treten, in dessen Reihen sich Dr. Luther befände. Wir suchen nach Köpfen, nach Führern. Dr. Luther ist einer der besten Köpfe, die wir haben. Wie sich die Dinge nun entwickeln werden, wenn wir ein solches Direktorium zunächst unter Herrn Kahls Leitung schaffen, das läßt sich im einzelnen noch gar nicht klarlegen. Es könnte sehr wohl sein, daß Dr. Luther Finanzminister würde. (Zuruf: Dazu paßt er, aber nicht zum Parteiführer!) – Das wird sich finden, das können wir heute absolut nicht entscheiden. Das wollen wir dann der Reichstagsfraktion überlassen, etwas anderes würde über die Befugnisse des Zentralvorstandes hinausgehen. Jedenfalls wollen wir die Wirtschaft, die sich jetzt entwickelt hat, unter keinen Umständen mehr ertragen. Die niedersächsische Wirtschaft ist gestern zusammengetreten; es waren Abgeordnete von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, bis zu Herrn Dr. Wienbeck[10], zugegen. Sie alle haben ihre Zustimmung zu unserem Vorgehen gegeben. Die deutsche Wirtschaft darf dem jetzigen Zustand nicht weiter ihre Zustimmung geben. Dafür werden wir uns einsetzen. Wir wollen uns nicht länger von diesen erbärmlichen ministeriellen und Reichstagsverhandlungen schröpfen lassen (Beifall).

[9] Hermann Schmidt (* 1859), Großkaufmann. Inhaber der Firma Pfeiffer & Schmidt Garn-, Band- und Kurzwaren-Großhandlungen in Braunschweig. Vors. der IHK Braunschweig. Mtgl. des Hauptausschusses und des Einzelhandelsausschusses des DIHT.

[10] Erich Wienbeck (1876–1949), Dr. iur. Syndikus der Handelskammer Hannover. 1920–1933 MdR (DNVP). 1933–1942 Ministerialdirektor im preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Herr Glatzel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich zur Wahl des Parteivorsitzenden das Wort ergreife, so tue ich es aus einer ernsten Sorge um die Entwicklung der Partei. Es handelt sich für mich nicht darum, gegen die Wahl des Herrn Dr. Scholz zu sprechen. Im Gegenteil setze auch ich mich dafür ein, daß Herr Scholz hier einstimmig gewählt wird, weil ich der Auffassung bin, daß man einen Parteivorsitzenden nur in einer solchen Form wählen kann, wenn man ihm die genügende Autorität geben will.[11] Aber ich möchte an diesen Wahlvorschlag einen Appell an die Partei und den Parteivorstand knüpfen. Wenn man in dem Zustand, in dem wir uns befinden, gegen etwas sprechen soll, so kann es nur dagegen sein, daß der Wahlvorschlag, der uns vom Reichsausschuß gemacht worden ist, bereits in einem Stadium in die Presse hineingebracht worden ist, in dem das Land keine Möglichkeit mehr hatte, sich damit zu befassen, der es vielmehr vor eine vollendete Tatsache stellte (Sehr richtig!). Mit den Herren, die vorhin zur Geschäftsordnung gesprochen haben, bin ich der Meinung, daß wir die Kräfte, die wir im Lande haben, wesentlich aktiver in die Parteientwicklung einschalten müssen. Das wird uns nicht gelingen, wenn wir den Zentralvorstand zu einer Farce werden lassen. Wir müssen Wert darauf legen, daß er an der Entwicklung der Partei lebhaften Anteil nehmen kann (Bravo!). Soviel zur Form!

Zur Sache möchte ich folgendes sagen. Man darf sich nicht vormachen, daß unsere Partei sich in einer sehr rosigen Lage befinde und eine sehr aussichtsreiche Entwicklung vor sich habe, wenn es nicht gelingt, neue Kräfte in die Parteientwicklung einzuschalten. Meine Freunde insbesondere von der Reichsgemeinschaft der jungen Volksparteiler und ich, all diejenigen, die sich um die Entwicklung der Partei auf der großen Linie der Mitte, auf der Linie Dr. Stresemanns, bemühen, kämpfen seit ungefähr einem Jahr einen außerordentlich schwierigen Kampf um diejenigen Menschen, die sich zwischen 20 und 40 Jahren befinden, für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen.[12] Nur wir können Ihnen sagen, auf welche Schwierigkeiten wir dabei stoßen. Aber Sie werden es auch selbst wissen, wie sehr wir in der Gefahr stehen, daß uns alle jüngeren Menschen abgleiten, entweder in das Lager der Nationalsozialisten oder in das volksnationale Lager des Jungdeutschen Ordens und anderer Richtungen, die sich im Gegensatz zu den jetzigen bürgerlichen Parteien befinden. Dazu kommt die Entwicklung in der Deutschnationalen Partei, die doch nur ein Symptom ist für eine Krise, die das gesamte bürgerliche Lager erfaßt hat, ein Symptom, das auch in unseren Kreisen außerordentlich ernst genommen werden muß. Wie wir in der Deutschen Volkspartei damit fertig werden wollen, wenn es uns nicht gelingt, die Basis der Volkspartei ideell und sachlich zu verbreitern, das weiß ich nicht.

[11] Die RjV und ihr Vorsitzender, Frank Glatzel, hatten sich im Vorfeld der Zentralvorstandssitzung für die Wahl von Curtius als Parteivorsitzendem eingesetzt und gegen Scholz ernste Bedenken angemeldet, siehe dazu das Schreiben Glatzels an den Zentralvorstand vom 11. 12. 1929, BAK NL Jarres 40, p. 139. Am 25. 11. hatte sich die RjV auf einer Tagung in Eisenach für die Wahl eines Parteivorsitzenden ausgesprochen, der »die Führung der Partei im Geist der nationalen und staatsverantwortlichen Mitte [...] im Sinne der Politik Dr. Stresemanns« verbürge; gleichzeitig wurde »jede einseitige Verkörperung einer bestimmten Richtung der heutigen Politik« abgelehnt, BAK R 45 II/44, p. 12.

[12] Die RjV hatte im Mai 1929 in Weimar ihre erste große Tagung abgehalten; zahlreiches Material dazu und zur weiteren Entwicklung der RjV findet sich im BAK R 45 II/5, 6.

Deswegen ergeht unser Appell an Sie alle: Geben Sie uns die Möglichkeit, so aktiv, wie wir es wollen, für die Deutsche Volkspartei zu kämpfen, indem Sie auf die Empfindungen und Stimmungen, die wir treffen, Rücksicht nehmen!

Ich komme zur sachlichen Folgerung. Uns erscheint es unmöglich, die Kräfte im Lande so zusammenzufassen, wie es nötig ist, wenn wir nur einen Parteivorsitzenden wählen, der in seiner Partei das Parteiführeramt mit dem Fraktionsführeramt verbindet. Ihm ist es einfach sachlich nicht möglich, diejenige zusammenfassende Arbeit im Lande zu leisten, die heute dringender als je erforderlich ist. Es ist dann einfach nicht möglich, uns die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die aktiven Kräfte, die wir mit Unterstützung des Parteiführers gewinnen wollen, für die Partei mobil zu machen.

Ich kann nicht begreifen, wie man in den Erörterungen, die der heutigen Tagung vorausgegangen sind, den Vorschlag, einen stellvertretenden Parteiführer zu wählen, irgendwie als eine Minderung der Stellung des Parteiführers auffassen konnte. Ich erinnere daran, daß man diesen Vorschlag auch zu Lebzeiten Dr. Stresemanns erörtert hat und daß die neuen Parteisatzungen dieses Amt vorsehen. Ich glaube, daß die sachlichen Notwendigkeiten dazu heute genauso bestehen wie früher. Herr Staatssekretär Kempkes hat uns mitgeteilt, daß auf der Grundlage des vorbereiteten Satzungsvorschlages die Frage der Wahl eines Stellvertreters in einem späteren Stadium gelöst werden muß. Ich möchte den Appell an den Zentralvorstand und, wenn Sie mir zustimmen, im Namen des Zentralvorstandes zugleich an den Parteivorstand richten, daß er sich um die Schaffung dieser Stelle eines stellvertretenden Parteivorsitzenden ernsthaft bemüht und mit allen Kräften dafür einsetzt, weil sie in der gegenwärtigen Situation unentbehrlich ist. Zu den namentlichen Vorschlägen, die für diese Stelle gemacht worden sind, will ich mich jetzt nicht im einzelnen äußern. Ich möchte nur soviel bemerken, daß Vorschläge vorliegen, die auch uns als sachlich gut und begrüßenswert erscheinen und von denen wir wünschen würden, daß sie sich verwirklichen. Mein Schlußwort soll ausklingen in dem Appell an Sie alle: Geben Sie uns die Möglichkeit, durch sachliche Erledigung der Aufgaben, die uns jetzt gestellt sind, uns so aktiv für die Partei einzusetzen, wie wir es wünschen! Schaffen Sie die Voraussetzung dafür, daß neue Kräfte für die Mobilisierung der Partei eingesetzt werden können und ziehen Sie aus diesem Grundsatz auch im Rahmen der Wahl des Parteivorsitzenden die Folgerung (Lebhafter Beifall)!

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Wenn ich den Herrn Vorredner recht verstanden habe, hat er nicht den Antrag gestellt, die Frage der Stellvertretung nun zum unmittelbaren Gegenstand der Verhandlungen zu machen, sondern hat er dem Parteivorstand erneut anheimgegeben, diese Sache ernsthaft zu erwägen und in der nächsten Zentralvorstandssitzung darüber zu berichten (Wird bejaht). Dies möchte ich zur Klarstellung der Geschäftslage ausdrücklich feststellen.

Herr Landgrebe: Es erübrigt sich, im gegenwärtigen Augenblick über die Wichtigkeit der Führerfrage in unserer Partei zu sprechen. Sie liegt so dringend zu Tage, daß man sie durch Worte nur abschwächen könnte. Für uns, deren Weg über Bennigsen, Bassermann und Stresemann geführt hat, ist die Führerfrage von außerordentlicher Wichtigkeit. Wir begleiten sie im Lande mit ernster Sorge. Auch ich halte es für richtig, daß hier die Meinung des Landes sehr stark zum Ausdruck kommen muß,

daß man in keiner Weise versuchen darf, sie einzudämmen. Ich sage das mit Rücksicht auf die Beratungen einer Parteiinstanz, die dieser Tagung vorausgegangen sind. In jener Sitzung ist die Meinung der Abgeordneten und einiger Herren aus Berlin sehr stark zu Wort gekommen (Zurufe). Ich bin frei von dem Vorwurf, irgendetwas gegen unsere verehrten Abgeordneten zu sagen. Ich weiß, welch großes Maß von Verantwortung sie tragen müssen. Aber es kann ihnen nur Recht sein, in einer so wichtigen Frage auch die Meinungen aus dem Land zu hören. Die starken Wurzeln unserer Partei liegen im Lande, und die Meinungen des Landes müssen zum Ausdruck kommen bei den wichtigen Fragen, die wir zu lösen haben. Ich kann es nur begrüßen, wenn heute in der Parteiführerfrage eine möglichst einmütige Auffassung besteht (Bravo!). Ich möchte heute nur noch einmal unterstreichen, was schon von dem Herrn Vorsitzenden angedeutet und von meinem verehrten Herrn Vorredner begründet worden ist: Wir halten die Frage des Stellvertreters für äußerst dringend und wichtig. Darin liegt keinerlei Einschränkung der Rechte und Pflichten des Vorsitzenden. Seien wir uns doch nicht im Unklaren darüber, daß die großen Aufgaben unserer Partei auf organisatorischem Gebiete – es ist durchaus nicht alles in Ordnung – ganz gewaltige Kräfte erfordern. Ein Mann, der zugleich noch die Führung der Reichstagsfraktion zu übernehmen hat, kann diese Aufgabe allein nicht lösen. Wir erwarten dringend, daß der Parteivorstand noch einmal in bestimmter Form erklärt, daß er die Frage der Stellvertretung für die nächste Zentralvorstandssitzung vorbereitet und uns darüber heute bindende Zusagen gibt (Beifall).

Herr Hembeck: Alles das, was bisher in der Debatte zu Punkt 1 gesagt worden ist, drängt doch jedem einzelnen ganz zwangsläufig eines in Herz und Hirn: nun endlich zur Tat zu schreiten! Man hat gerufen: Wir brauchen den Führer! Was reden wir noch lange um die Sache herum! Ich protestiere auch dagegen, daß man sagt, es sei nicht genügend Zeit gewesen, hin und her zu überlegen und jeden einzelnen zu Wort kommen zu lassen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß sicherlich manche wohlberechtigen Überlegungen und Wünsche vorgetragen worden sind. Aber ich erkenne nicht an, daß in diesem Augenblick, wo draußen im Reichstag gerungen wird, wo unser Herz zu den Männern steht, daß sie die richtige Entscheidung treffen möchten, der Zentralvorstand noch länger zögern darf, den Mann zu wählen und zu küren, der nach übereinstimmender Aussage der gesamten Reichstagsfraktion ein Mann der größten Loyalität und des größten Könnens ist, und das ist Scholz! (Bravo!)

Ich sehe, daß hier jemand die Hände verwundert zusammenschlägt. Dann hat er nicht begriffen, was mich in diesem Augenblick durchglüht. Ich habe Scholz Jahre hindurch gekannt und geschätzt. Ich habe ihn in manchen Situationen bewundert, daß er es verstanden hat, die Fraktion der Deutschen Volkspartei durch die schwierigsten Lagen hindurchzusteuern und zusammenzuhalten. Die Deutsche Volkspartei kann sich in diesem Augenblick keinen besseren Führer wählen als Scholz. Ich komme mit einem Wort auf den Vorschlag zu sprechen, den Herr Geheimer Kommerzienrat Schmidt gemacht hat, zu dem Mann, den ich genauso verehre wie er: Das ist Luther. Ich bedaure, daß dieser Name heute morgen in der Debatte gefallen ist. Wenn Sie der Überzeugung sind – und ich habe diese Überzeugung –, daß dieser Mann in Deutschland noch einmal eine große Rolle spielen wird, dann haben Sie ihm meines Erachtens keinen Dienst erwiesen, wenn Sie ihn in die Niederungen des Kampfes

hineinzerren. Halten Sie ihn in der Reserve, von der aus er vielleicht einmal über die Grenzen der Deutschen Volkspartei hinaus den Sammelruf ertönen läßt!

Das sind meine Auffassungen, und wie ich glaube, die weiter Kreise meiner Freunde, die hier sind. Ich bitte Sie im Sinne der Ausführungen meines Freundes Landgrebe und auch des Herrn Glatzel, dessen Ausführungen ich nach dieser Richtung als Ruf zum Sammeln und als Ruf zur Tat akzeptiere: Schreiten Sie zur Tat und wählen Sie jetzt ohne weiteres Dr. Scholz (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Aussprache ist geschlossen.

Wir treten in die Wahl ein. Die Zettelwahl ist die übliche und läßt der Freiheit der Meinungsäußerung den größten Spielraum. In technischer Beziehung verfahren wir wohl am kürzesten so, daß die Herrn an Ort und Stelle unter Vorlegung der grünen Eintrittskarte ihren Stimmzettel abgeben.

Geheimrat Dr. Rießer: Ich bin dafür, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen (Widerspruch).

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Wenn auch nur von einer Seite widersprochen wird – und dies ist der Fall –, ist Wahl durch Zuruf leider nicht möglich. Es bleibt bei der Zettelwahl.

(Die Stimmzettel werden eingesammelt)

Die Wahl ist geschlossen. Ich bitte die Herren Stocksiek und Burger, die Zählung vorzunehmen.

Wir kommen inzwischen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung: Wahl eines Mitgliedes in den Parteivorstand. Die gedruckte Vorlage gibt Ihnen bereits an, daß es sich um eine Wahl für Frau Mende handelt. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß es bei dieser Sachlage richtig ist, wiederum eine Frau in den Parteivorstand zu wählen. Ich frage zunächst: Ist der Zentralvorstand damit einverstanden, daß anstelle von Frau Mende wiederum eine Frau in den Parteivorstand gewählt wird? (Zustimmung) Wir kämen dann zu der Personenfrage. Hierzu bitte ich Frau Kornelie Bünger, sich im Namen des Reichsfrauenausschusses zu äußern.

Frau Bünger: Im Auftrage des Reichsfrauenausschusses, den unsere Vorsitzende Frau Dr. Matz heute nicht vertreten kann, weil sie dringend in den Reichstag gerufen worden ist, bitte ich Sie, anstelle von Frau Mende, die die Frauen jahrelang im Parteivorstand vertreten hat, Frau von Kulecza[13] zu wählen. Der Vorstand des Reichsfrauenausschusses hat sich einstimmig für Frau von Kulecza eingesetzt.

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Es ist beantragt, anstelle von Frau Mende Frau von Kulecza in den Parteivorstand zu wählen. Namen und Verdienste sind genügend bekannt; ich brauche darüber nichts auszuführen. Ich frage, ob der Antrag als Vorschlag gemeint ist, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen? (Wird bejaht) Wird der Wahl durch Zuruf widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß

[13] Anny von Kulecza (* 1868), Lehrerin. 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbandes, Vors. des Verbandes der Deutschen Volksschullehrerinnen. Stadtverordnete in Groß-Berlin. 1921–1932 MdL Preußen (DVP).

Frau von Kulesza durch Zuruf als Mitglied in den Parteivorstand gewählt ist (Bravo!). Ich spreche ihr den herzlichsten Glückwunsch dazu aus.

Wir kommen zum dritten Gegenstand des Tagesordnung: Zuwahlen zum Zentralvorstand. Hier hätte ich dringend gewünscht, daß Herr Dr. Kempkes in der Lage gewesen wäre, Ihnen die tatsächliche und rechtliche Lage genau klarzustellen. Ich bin selbst nicht Mitglied des Parteivorstandes, aber doch genau über die Situation unterrichtet. Ich muß Sie daher bitten, sich mit dem zu begnügen, was ich zu sagen habe. Der Parteivorstand schlägt Ihnen vor, diese Zuwahlen zum Zentralvorstand mit einer einzigen Ausnahme bis zu der im Januar oder Anfang Februar zusammentretenden Zentralvorstandssitzung zurückzustellen[14], und zwar mit Rücksicht darauf, daß es zweckmäßig erscheint, diese Wahlen erst nach der zu erwartenden Änderung unserer Satzung zu tätigen. Die einzige Ausnahme betrifft die Persönlichkeit Luthers. Aus politischen Gründen, die näher auseinanderzusetzen hier kaum eine Veranlassung bestehen kann, wird Ihnen vorgeschlagen, die Wahl Luthers in den Zentralvorstand heute schon vorzunehmen (Bravo!). Wird Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhoben oder eine Aussprache gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich zunächst negativ fest, daß die Wahlen bis zur nächsten Sitzung verschoben sind. Es ist vorgeschlagen, Dr. Luther durch Zuruf in den Zentralvorstand zu wählen. Wird der Wahl durch Zuruf widersprochen? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich weiter fest, da sich kein Widerspruch erhebt, daß Reichskanzler a.D. Dr. Luther in den Zentralvorstand gewählt ist (Beifall und Händeklatschen).

Nachdem so – vorbehaltlich des bekanntzugebenden Ergebnisses der Wahl – die drei ersten Punkte der Tagesordnung erledigt sind, können wir nunmehr ganz ruhig in die Erörterung der Geschäftsordnungsfragen eintreten, wie die Verhandlungen über die politische Lage fortzuführen sind. Ich höre soeben aus dem Reichstag, daß die Herren in der Fraktion möglicherweise in kurzer Zeit zu einer Entschließung gekommen sind. Wie die Lage im Plenum ist, weiß ich nicht, also auch nicht, wann die Abstimmungen beginnen.

Herr Dr. Jaenecke: Ich möchte dem Wunsche vieler Freunde Ausdruck verleihen, daß das jüngste Mitglied unseres Zentralvorstandes, Herr Dr. Luther, gebeten wird, an unseren Verhandlungen teilzunehmen, sofern er erreichbar ist. In weiten Kreisen unserer Parteifreunde besteht ferner der Wunsch – soweit ich unterrichtet bin –, daß Herrn Dr. Luther die Möglichkeit einer Mitarbeit im Parteivorstand gegeben werden möchte. Ich weiß, daß hier zunächst gewisse satzungsmäßige Bedenken bestehen, da ja die Zahl der Parteivorstandsmitglieder begrenzt ist und es zweifellos eines Eingreifens des Parteitages bedarf, um in dieser Beziehung eine Änderung herbeizuführen. Es haben sich aber auch früher Mittel und Wege gefunden, um Mitglieder, die die voraussichtlichen Zugänge zum Parteivorstand darstellten, als teilnehmende Gäste an den Verhandlungen des Parteivorstandes zu beteiligen, bis die satzungsmäßige Möglichkeit bestand, sie dem Parteivorstand einzugliedern. Wir sind uns über den Ernst der Lage völlig klar. Ich habe unter sehr schweren inneren Gewissenskonflikten darauf verzichtet, zu der Frage der Wahl des Parteivorsitzenden das Wort zu nehmen. Ich möchte Sie aber bitten, den Stimmungen und Wünschen, denen ich hier Ausdruck geben will, Rechnung zu tragen.

[14] Die nächste Zentralvorstandssitzung fand am 21.3.1930 statt, siehe Dok. Nr. 80.

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Diesem Wunsche wird selbstverständlich stattgegeben werden. Herr Dr. Luther wird benachrichtigt und eingeladen werden; ob es ihm möglich sein wird, an der Sitzung teilzunehmen, weiß ich natürlich nicht.[15] Zu der zweiten Anregung darf ich bemerken, daß auch früher schon Mitglieder, die nach der Geschäftsordnung nicht Mitglieder des Parteivorstandes waren, zu dessen Sitzungen eingeladen worden sind. Obwohl ich kein Mitglied des Parteivorstandes bin und sonst niemand vom Parteivorstand hier ist, darf ich doch sagen, daß der Parteivorstand in jeder Frage, in der der wertvolle Rat Dr. Luthers nicht entbehrt werden kann, davon Gebrauch machen wird. Sie müssen die Güte haben, sich vorläufig mit dieser Zusage aus meinem Munde zu begnügen. Ich werde nicht verfehlen, sie dem Parteivorstand mit dem genügenden Nachdruck vorzutragen. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Herr Dr. Jochmus: Ich habe vorhin in großer Erregung davon gesprochen, daß die gestrige Stellung der Reichstagsfraktion mir etwas Unwahrhaftiges in sich zu tragen schiene. Ich möchte erklären, obwohl mir dies von keiner Seite nahegelegt worden ist, daß es mir selbstverständlich ferngelegen hat, sagen zu wollen, daß subjektiv unwahrhaftige Absichten vorliegen. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß ich taktische Einstellungen in diesem Augenblick für außerordentlich gefährlich halte. Ich bitte, mir diese in der Erregung unterlaufene Entgleisung nicht verübeln [zu] wollen.

Ferner bitte ich zu beschließen, daß wir uns jetzt doch ganz kurz über die politische Lage aussprechen, aus folgendem Grund. Ich bin inzwischen im Reichstag gewesen und habe von Herrn von Gilsa folgendes erfahren. Die Sozialdemokratie hat erklärt, daß ihre gestrige Ablehnungserklärung nicht so ernst gemeint gewesen sei. Daraufhin haben sich – in dem Augenblick, als ich aus dem Reichstag ging, begann die Abstimmung in der Reichstagsfraktion – die Herren Minister dafür eingesetzt – und die Lage war so, daß die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Fraktion zu erwarten war –, daß erklärt wird: Der Reichstag billigt das Finanzprogramm der Regierung (Hört, hört!). Er erwartet, daß es vorbehaltlich von Änderungen in Einzelheiten in den Grundzügen durchgeführt wird und spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus[16] (Hört, hört!). Außerdem wird das Sofortprogramm als Initiativprogramm der Regierungsparteien eingebracht. Ich glaube, wir haben wohl Veranlassung, uns darüber zu unterhalten, wie wir zu diesen Dingen stehen. Deswegen beantrage ich, daß wir uns jetzt noch nicht vertagen.

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Ich gebe zunächst das Ergebnis der Wahl bekannt. Es sind 181 Stimmen abgegeben worden. Dabei darf ich darauf hinweisen, daß die gesamte Reichstagsfraktion mit einer Ausnahme [Kahl] gefehlt hat. Von diesen 181 Stimmen sind auf Scholz gefallen 153 (Bravo!), weiß 25, zersplittert 3 Stimmen.[17] Scholz ist also mit großer Mehrheit gewählt. Wir werden nicht verfehlen, ihm alsbald davon

[15] Kahl benachrichtigte Luther noch während der Sitzung von seiner Zuwahl und bat ihn, an der Tagung des Zentralvorstandes teilzunehmen. Das Antworttelegramm Luthers, der sich in Essen aufhielt, vom frühen Abend desselben Tages traf erst am folgenden Tag in Berlin ein, siehe BAK R 45 II/44, p. 69.

[16] Siehe Anm. 3.

[17] Von den zersplitterten 3 Stimmen waren 2 Stimmen auf Luther und 1 Stimme auf Dingeldey entfallen, siehe BAK R 45 II/44, p. 405.

Mitteilung zu machen. Ich spreche vor allem den herzlichen Wunsch aus, daß sich seine Gesundheit in Kürze so festigen möge, daß er nicht nur in ruhigen, sondern auch in stürmischen Zeiten als wackerer Steuermann an unserem Schiff stehen kann (Bravo!).

Es ist hier soeben eine Mitteilung über die Vorgänge im Reichstag gemacht worden, die mir selbst noch unbekannt war, und der Wunsch ausgesprochen worden, daß der Zentralvorstand versammelt bleiben möge, um sich über die politischen Dinge auszusprechen (Zurufe: Nein!). Ich muß dem Zentralvorstand anheimstellen, darüber Beschlüsse zu fassen, da ich jetzt zum Reichstag fahren muß.[18] Ich ersuche Herrn Stendel freundlichst, jetzt die Leitung zu übernehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Stendel: Jetzt verläßt der letzte Reichstagsabgeordnete unsere Sitzung. Ich bitte, sich doch einmal überlegen zu wollen, ob wir dem Vorschlage Dr. Jochmus folgen sollen, ob wir jetzt zu diesen Fragen Stellung nehmen können, über die wir doch keinerlei Auskunft bekommen. Wir wissen nur, was Dr. Jochmus uns gesagt hat. Wir wissen gar nicht, welche Vereinbarung vorliegt, wie weit die Verpflichtung der Sozialdemokratie geht. Deswegen halte ich es für wünschenswert, daß wir, wenn wir der Anregung Jochmus folgen wollen, zum mindesten versuchen, einige Herren aus dem Reichstag herüber zu bekommen. Ich glaube aber, daß dies im gegenwärtigen Augenblick gar nicht möglich ist; die Abstimmungen im Reichstag werden jetzt beginnen. Ich empfehle Ihnen deshalb dringend die Vertagung auf 4 Uhr. Eine Einwirkung auf die Entschließung der Reichstagsfraktion kann der Zentralvorstand in diesem Augenblick unter keinen Umständen vornehmen. Ich fürchte, wir reden jetzt stark aneinander vorbei, wenn wir in eine politische Aussprache eintreten.

Herr Dr. Jaenecke: Ich stimme dem Vorschlag, den Versuch zu machen, einige Mitglieder der Reichstagsfraktion hierher zu bitten, durchaus zu, obwohl ich im Zweifel bin, ob es möglich sein wird. Eines aber muß geschehen. Aus der Leitung der Versammlung heraus muß der Reichstagsfraktion klarer Wein darüber eingeschenkt werden, daß die Stimmung im Saal so ist, daß wir es nicht hinnehmen könnten, wenn die Reichstagsfraktion heute umfiele (Sehr richtig!). Deswegen halte ich es für völlig ausgeschlossen, daß wir jetzt hier die Türen schließen und uns davon begeben. Es ist zweifellos außerordentlich schwierig, hier in Abwesenheit der Reichstagsfraktion zu verhandeln, während diese wichtige Entscheidungen trifft. Aber es hat auch bei anderen Parteien und anderen Gelegenheiten solche Situationen gegeben. Damals haben die Fraktionen im Reichstag erklärt: Wir stehen vor einer schweren Entscheidung, wir haben heute die Möglichkeit, die Stimmung unserer Freunde im Lande kennenzulernen; wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie uns die Zeit gibt, mit unseren Freunden im Lande zu sprechen. Wir sind uns nicht im Unklaren darüber, wie die Lage ist: Unsere Partei droht auseinanderzubrechen. Glauben Sie doch nicht, daß die Stimmung im Lande es hinnehmen wird, wenn die Krise jetzt einen solchen Ablauf nimmt! Die Mitglieder aus dem Lande haben ein Recht, ihre Abgeordneten zu sprechen, und die Abgeordneten haben den Wunsch, diese Stimmung kennenzulernen. Eine Einwirkung muß doch schließlich bestehen. Der Zentralvor-

[18] In der um 15^{30} h beginnenden Nachmittagssitzung der Reichstagsfraktion schloß sich Kahl der zustimmenden Mehrheit an, siehe BAK R 45 II/67, p. 187.

stand ist doch das oberste Organ der Partei. Wenn es auch völlig richtig ist, daß jeder einzelne Reichstagsabgeordnete seine Entscheidung nach Pflicht und Gewissen treffen muß, unbeschadet der Haltung, die der Zentralvorstand einnimmt, so hat doch der Zentralvorstand das Recht, zu seinen Abgeordneten zu sprechen, und ebenso haben die Abgeordneten zweifellos den Wunsch, die Stimmung des Zentralvorstandes kennenzulernen und aufgrund dieser Kenntnis die Entscheidung zu treffen. Wir sitzen doch hier gewissermaßen als Stimmführer der Wählerschaft, auf deren Vertrauen die Abgeordneten Wert legen. Ich halte es für völlig unmöglich, daß im Reichstag eine ganz entscheidende Abstimmung stattfindet und daß sich der Zentralvorstand währenddessen vertagt und erst nachträglich Akt und Kenntnis von Dingen nimmt, die er dann gar nicht ändern kann. Wir müssen versuchen, die Stimmung der Versammlung der Reichstagsfraktion mitzuteilen. Wir müssen ihr so die Möglichkeit geben, sich darüber klar [zu] werden, ob sie von der Reichsregierung einen Aufschub verlangt, um sich mit uns hier auseinanderzusetzen (Widerspruch und Zustimmung).

Herr Burger: Auch ich bin der Auffassung, daß die Lage unserer Wirtschaft außerordentlich ernst ist und daß die Stimmung in unseren eigenen Reihen wirklich nicht nach Rosa aussieht. Ich halte es aber für unmöglich, jetzt, ohne Kenntnis der Unterlagen, Stimmungen festzustellen (Sehr richtig!). Es entspricht nicht dem Ernst der Lage, daß wir uns in Abwesenheit der Reichstagsfraktion über die außerordentlich wichtige Sachlage unterhalten. Gerade wegen der überaus ernsten Situation bitte ich dringend, die Sitzung zu vertagen und sich nicht in eine Aussprache zu verlieren, bei der der Saal – wir kennen uns in diesen Dingen aus – bald ganz leer ist. Ich bin aber ganz dafür, daß wir der Reichstagsfraktion Kenntnis von den Auffassungen geben, die hier geäußert worden sind. Eine Abstimmung über eine Stimmung halte ich allerdings für unmöglich. Viele unter uns werden sogar den ihnen nahestehenden Abgeordneten bereits gestern und in den letzten Stunden ihre Auffassungen mitgeteilt haben.

Herr Dr. Caspary: Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder führen wir unsere Debatte durch oder wir schließen die Sitzung. Heute nachmittag um 4 Uhr wieder hierher zu kommen, um dann ein Referat über Dinge zu hören, die erledigt sind, scheint mir der Würde des Zentralvorstandes nicht zu entsprechen (Widerspruch). Ich weiß nicht, was es für einen Zweck haben soll, ein solches Referat anzuhören und dann festzustellen: Was dort gemacht worden ist, paßt uns nicht. Es wird uns mitgeteilt, daß die Reichstagsfraktion die Absicht hat, der Regierung Müller-Hilferding ihr Vertrauen auszusprechen. Der Zentralvorstand hat die Möglichkeit, seinen Abgeordneten mitzuteilen, ob er auch der Ansicht ist, daß diese Regierung das Vertrauen der Volkspartei verdient. Ich kann nicht annehmen, daß die Abgeordneten über eine solche Meinungsäußerung einfach hinweggehen werden. Sie wollen doch schließlich auch einmal wiedergewählt werden und das Vertrauen ihrer Wähler haben. Wir müssen uns in aller Kürze schlüssig werden, was wir tun wollen. Wenn die Abgeordneten nicht hierher kommen können, ist es vielleicht zweckmäßig, daß einige Herren des Zentralvorstandes zum Reichstag gehen und den Reichstagsmitgliedern die Stimmung des Zentralvorstandes mitteilen.

Stellvertretender Vorsitzender Stendel: Wenn ich nur wüßte, wie die Stimmung wäre! (Sehr gut!)

Herr v. Eynern: Ist es wirklich richtig, daß es des Zentralvorstandes unwürdig ist, ein Referat über Dinge entgegenzunehmen, die erledigt sind? (Sehr richtig!) Ich glaube: Solange wir einen Zentralvorstand gehabt haben, hat er gerade das getan, und wir haben nicht die Überzeugung dabei gehabt, daß er sich unwürdig verhalten habe (Zustimmung). Wir stehen doch wohl auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Danach haben wir einstweilen noch keine imperativen Mandate, und wir von der Deutschen Volkspartei wollen die imperativen Mandate weiß Gott nicht einführen! (Sehr gut!) Wir als Zentralvorstand können selbstverständlich unseren Reichstags- wie Landtagsabgeordneten, nachdem sie aus ihrem besten Wissen und Gewissen heraus eine Entscheidung gefällt haben, sagen: Diese Entscheidung war falsch. Wir können alles tun, was wir dann für nötig halten. Wir können aus der Partei austreten, und – wie einer der Redner es ausgedrückt hat – die Partei mag auseinanderbrechen. Das ist in anderen Parteien passiert, und das wollen wir abwarten. Wenn es den Herren, die wir gewählt haben, denen wir unser Vertrauen geschenkt haben, die die volle Verantwortung für ihre Taten haben, nicht gelingt, uns klarzumachen, daß sie richtig gehandelt haben, – dann wollen wir sie zum Teufel jagen, und das mit Recht! Aber vorher mit einer doch sehr insuffizienten Kenntnis der Dinge und der Lage den Herren, die unser Vertrauen haben, eine Richtschnur geben, jetzt die Dinge vom Zentralvorstand umändern zu wollen, – das ist sicherlich nicht unsere Aufgabe (Sehr richtig!). Wenn bei der Einladung zu dieser Zentralvorstandssitzung vorauszusehen gewesen wäre, daß sie mit einem Krisenmoment höchst gefährlicher Art zusammentreffen würde, glauben Sie dann, daß irgendeine Parteileitung, irgendeine Partei sich auf den Standpunkt gestellt hätte: Ja, das ist der richtige Moment, den Zentralvorstand zusammenzuberufen! (Heiterkeit und Zustimmung) Wenn die Partei das getan hätte, so hätten wir gesagt: Eine so unfähige Parteileitung haben wir überhaupt noch nicht gehabt. All dies sind Binsenweisheiten.

Gewiß wäre es sehr bitter, wenn die Damen und Herren aus dem Lande fortreisen müßten, ohne von autorisierter Seite zu erfahren, was nun im Reichstag eigentlich vor sich gegangen ist. Wir wollen uns bis 4 Uhr vertagen und dann sehen, wie die Dinge gelaufen sind. Dann werden wir vielleicht auch sagen: Wir wollen diese Dinge erst mit unseren Freunden im Lande besprechen. Denn es ist immer gut, hier etwas Distanz zu wahren. Wir sind ja nicht in der unglücklichen Lage, von heute auf morgen Entschlüsse fassen zu müssen, wie es die Reichstagsfraktion muß. Mir erscheint es verfehlt, sofort in eine sachliche Erörterung eintreten zu wollen, zu der uns alle Unterlagen fehlen (Zustimmung).

Herr Landgrebe: Ich halte die Angelegenheit für geklärt. Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte.

Stellvertretender Vorsitzender Stendel: Ich bitte diejenigen, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. – Das ist die überwiegende Mehrheit, die Debatte ist geschlossen. Meines Erachtens hat es keinen Zweck, die Damen und Herren zu einem früheren Zeitpunkt als 4 Uhr zusammenzuberufen, da zwischen 3 und 4 Uhr die wichtigen Abstimmungen im Reichstag stattfinden. Ich bitte diejenigen, sich zu erheben, die für Wiederbeginn um 4 Uhr sind. – Das ist die übergroße Mehrheit, ich vertage die Sitzung.

(Vertagung von 1¼ bis 4 Uhr)

Die Sitzung wird um 4 Uhr 15 wieder eröffnet.

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich danke den Mitgliedern des Zentralvorstandes ganz ausdrücklich, daß sie so freundlich und verständnisvoll der von uns vorgeschlagenen Zeiteinteilung entgegengekommen sind. Ich weiß, es war für viele ein Opfer. Aber es war im Interesse der Sache nicht anders möglich. Erst um 1/2 4 Uhr hat im Reichstag die entscheidende Abstimmung stattfinden können.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich die Freude, Ihnen folgendes Telegramm bekanntzugeben:

»Tief bewegt durch die Mitteilung, die mir die Nachfolge unseres Stresemann anträgt, aber voller Vertrauen in die Zukunft der Partei nehme ich die Wahl zum Parteivorsitzenden an (Beifall). Im Geiste unseres verstorbenen großen Führers wird mein Wille und mein ganzes Streben der Stärkung und Kräftigung der Partei gehören, deren staatserhaltende Gesinnung die beste Bürgschaft für den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes ist. Den versammelten Freunden danke ich aus ergriffenem Herzen für das überwältigende Vertrauen, das sie mir schenken und bitte um seine Erhaltung auch für die schwere Arbeit der kommenden Zeit. Durch die Partei für Volk und Vaterland! Scholz.« (Lebhafter Beifall).

Wir fahren nunmehr in der Tagesordnung fort und kommen zum vierten Gegenstand: Wirtschaftsnot und Finanzreform. Ich ersuche den Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. Moldenhauer, uns sein Referat zu halten.[19]

Reichsminister Dr. Moldenhauer: Meine Damen und Herren! Ich hatte die Absicht gehabt, Ihnen heute einen wohlabgewogenen, gut vorbereiteten Vortrag zu halten über Wirtschaftsnot und Finanzreform, über alle diese großen Fragen und Sorgen, die uns bewegen. Ich habe diese Absicht aufgeben müssen; einmal, weil ich selbst unmittelbar von dem Schlachtfeld eines acht Tage lang dauernden Kampfes komme, der mir die Zeit nicht gelassen hat zu der sorgfältigen Vorbereitung, die ich sonst gewünscht hätte, aber auch deshalb, weil ich glaube, daß Sie viel mehr als eine mehr akademische Vorlesung über alle diese Fragen interessieren wird, wie die Fragen in dieser Woche entschieden sind, was geschehen ist, warum die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag die Stellung eingenommen hat, die sie in ihrer, sagen wir, größeren Mehrheit, heute bei der letzten Abstimmung zwischen 3 und 4 Uhr eingenommen hat.

Der Zentralvorstand hat in seiner letzten Sitzung im Februar dieses Jahres, die unser unvergeßlicher Führer noch leitete, einen Beschluß angenommen, in dem er die For-

[19] Moldenhauer berichtete rückblickend über die Atmosphäre im Zentralvorstand: »Um 4 Uhr stand ich vor dem Zentralvorstand der Partei, der seit morgens 9 Uhr auf mein Erscheinen wartete und sich, wie man mir sagte, in der wildesten Laune gegen mich befand. Ich war zwar entsetzlich müde, aber es gelang mir, in einstündiger freier Rede die Stimmung vollkommen umzuwerfen, so daß die Gegner alle Mühe hatten und sich lediglich auf die Verteidigung beschränkten. Der Zentralvorstand gab mir in seiner überwältigenden Mehrheit recht«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 18.

derung aufstellte, daß eine Finanzreform eingeleitet werde, die zu einer Senkung der Lasten führt, die auf der Wirtschaft unerträglich ruhen.[20] Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat ja um diese Zeit bereits die größten Anstrengungen gemacht, zu einer Lastensenkung zu kommen und zunächst einmal zu verhindern, daß neue Steuern ausgeschrieben würden und das Defizit im Etat durch Senkung der Ausgaben ausgeglichen würde.

Es ist Ihnen bekannt, welch bitterer Kampf um diese Lastensenkung, um diese Ausgabensenkung stattgefunden hat und daß dieser Erfolg angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten nur teilweise erzielt werden konnte. Wenn damals die Forderung auf Senkung der Steuern ausgesprochen wurde, dann bewegte den Zentralvorstand auch der Gedanke, daß man unmittelbar vor den Sachverständigenverhandlungen in Paris stand, von denen man erhoffte, daß sie eine erhebliche Minderung der unerträglichen Daweslasten bringen würden, und man glaubte, diese Minderung dazu benutzen zu können, die schweren Steuern zu senken, die auf der Wirtschaft und auf den einzelnen ruhen, insbesondere die direkten Steuern, die Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer, vor allem aber die Realsteuern.[21]

Die Verhandlungen in Paris haben sich viel länger hingezogen, als man ursprünglich dachte. Man hatte doch anfangs geglaubt, daß man im späten Frühjahr oder Sommer die ganzen Verhandlungen beendigen und die neuen Abkommen hätte ratifizieren können. Es wurde August, ehe man zur Haager Konferenz ging.[22] Und diejenigen, die von der Verabschiedung der Haager Konferenz nun eine schnelle Ratifikation des Young-Plans erwartet hatten, wurden auch enttäuscht, weil die Verhandlungen sich Monat um Monat hinzogen; nicht durch die Schuld Deutschlands, sondern weil die Verhandlungen in sich außerordentlich schwierig waren und nicht so schnell geführt werden konnten und weil unzweifelhaft eine starke Verschleppungstaktik auch bei unseren Gegnern einriß, die die ganze schwierige Situation Deutschlands kennen und die glauben, durch eine solche Taktik uns weiter mürbe machen zu können, ihre Forderungen besser durchdrücken zu können.

So gingen die Hoffnungen, die Ersparnisse aus dem Young-Plan zu einer erheblichen Steuersenkung noch im Jahre 1929 benutzen zu können, zu Grabe. Mit Rücksicht auf die außenpolitischen Verhandlungen schien es auch lange Zeit nicht ratsam, eine Finanzreform in die Wege zu leiten, die das Ziel einer Steuersenkung zum Gegenstand hatte, weil nach draußen bei unseren Gegnern allzu deutlich der Eindruck hervorgerufen würde, daß wir die Ersparnisse aus dem Young-Plan schon als feststehend in unsere Rechnung eingesetzt hätten. Es war gerade unser Führer Dr. Stresemann, der aus den außenpolitischen Sorgen heraus – und ihm wird man doch eine gute Beurteilung dieser Fragen zutrauen – noch im September davor warnte, diese Arbeiten der Reichsfinanzreform unverzüglich zu beginnen oder, besser gesagt, sie in die Öffentlichkeit zu bringen, d.h. zur Verabschiedung vor den Reichstag. Nach seinem Tode, als man sah, daß die Verhandlungen sich immer mehr in die Länge

[20] Siehe Dok. Nr. 73, Anm. 102.
[21] Siehe dazu Dok. Nr. 76, Anm. 8.
[22] Zu Verlauf und Ergebnis der 1. Haager Konferenz (6.–31.8.1929) siehe Dok. Nr. 76, Anm. 28, 29, 31, 38.

zogen, wäre eine schnellere Förderung dieser Arbeiten wohl notwendig gewesen. Aber auch da überwogen zunächst noch jene außenpolitischen Bedenken.

Kurze Zeit, nachdem ich mein Amt angetreten hatte, habe ich versucht, mir ein Bild von der Lage der deutschen Finanzen zu machen. Als ich die Lage erkannte, habe ich alle meine Kraft dafür eingesetzt, zusammen mit dem Kollegen Dr. Curtius dafür zu sorgen, daß die Frage der Reichsfinanzreform viel schneller gefördert wurde, alles in einen schnelleren Fluß kam. Im Laufe jener Wochen erst ist mir die trostlose Lage der deutschen Finanzen, ist mir die trostlose Kassenlage des Deutschen Reiches voll bewußt geworden, habe ich gesehen, wie verhängnisvoll sie für unser Volk sich gestaltet hat. Ich habe damals darauf gedrungen, daß das Reichskabinett die Frage der Finanzreform möglichst umgehend erledigt, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die gegenwärtige Regierung ernstlich entschlossen ist, die Steuern, die auf der Wirtschaft ruhen, die direkten Steuern vor allem, in starkem Maße zu senken. Mir ist damals erwidert worden, daß es praktischer sei, zunächst einmal mit den Finanzdezernenten der einzelnen Parteien zu verhandeln, um sie einzuweihen, weil die Minister, die ressortmäßig mit diesen Fragen nichts zu tun haben, voraussichtlich nicht geneigt sein würden, im Kabinett zu so weitgehenden Fragen Stellung zu nehmen, ohne vorher mit den Finanzreferenten ihrer Fraktionen Fühlung genommen zu haben.

Diese Arbeiten haben dann eingesetzt. In unserer Fraktion war ein besonderer Siebener-Ausschuß[23], der diese Fragen besonders geprüft hat. Das Ergebnis dieser Prüfung war relativ weit vorgeschritten. Es war notwendig, nicht nur von Seiten des Finanzministeriums mit den einzelnen zu verhandeln, sondern auch zu versuchen, unter den führenden Persönlichkeiten der Regierungsparteien ein Einverständnis über die Reichsfinanzreform zustande zu bringen, damit die spätere Erledigung der Reichsfinanzreform nicht auf übergroße Schwierigkeiten stieß. Wir haben uns damals gedacht, daß Anfang Dezember diese Fragen abgeschlossen sein würden, daß es also in der ersten Dezemberhälfte möglich sein würde, die Frage der Reichsfinanzreform vor das Kabinett zu bringen. Ich bin immer wieder zum Finanzminister gegangen und habe ihn gedrängt, vorwärts zu machen, so daß ich schließlich erreichte, daß auf den Freitag der vergangenen Woche als Tagesordnung für die Kabinettssitzung gesetzt wurde: die Reichsfinanzreform, und daß bereits für den Dienstag dieser Woche eine Parteiführerbesprechung vorgesehen wurde. Es war ferner vorgesehen, daß noch in dieser Woche, und zwar am Mittwoch – ursprünglich am Freitag, dann am Mittwoch – bei der Vorlage der Zolltarifnovelle[24] eine Erklärung der Reichsregierung zur Reichsfinanzreform erfolgen sollte. Es erschien uns eine unbedingte Notwendigkeit, über die Pläne der Reichsregierung auf diesem Gebiet Klarheit zu schaffen, damit auch die Wirtschaft ihrerseits in der Lage wäre, sich auf diese Fragen einzustellen, und um für diesen schweren Winter, den die deutsche Wirtschaft durchzumachen hat, einen Hoffnungsschimmer zu zeigen, daß die Lasten erleichtert werden würden. Ich glaubte, daß wir nicht nur in einer schweren wirtschaftlichen Depression standen, sondern daß sie ihre gefährliche Form erhielt durch die Vertrauenskrise, die unser ganzes Volk erfaßt hat, eine Hoffnungslosigkeit in weite-

[23] Dem Siebener-Ausschuß gehörten an: Becker, Cremer, Dauch, Hoff, Hugo, Thiel, Scholz.
[24] Siehe dazu Dok. Nr. 77, Anm. 14.

sten Kreisen, ob es noch einmal besser werden würde, ein Zusammenbrechen vieler Banken und vieler Einzelunternehmungen und ein immer größer werdender Pessimismus in allen Reihen, ein Pessimismus, der allen radikalen Tendenzen, allen umstürzlerischen Tendenzen von der äußersten Linken, von den Kommunisten, wie von der äußersten Rechten, den Nationalsozialisten, Wasser auf ihre Mühlen lieferte.

In diese Zeit hinein fällt nun das Pronunziamiento, das Memorandum des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.[25] Dazu ein paar Worte! Ich habe in den beiden Tagen, die dieser Erklärung vorausgingen, lange Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten gehabt, Besprechungen, die einmal stattfanden in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers mit dem Reparationsminister[26], und ein zweites Mal mit Herrn Hilferding, Herrn Dr. Popitz[27] und mir. In diesen Besprechungen handelte es sich um die Frage, wie der Ultimo Dezember zu überwinden sei, der Ultimo Dezember, der Verpflichtungen des Reiches von etwa 250 Millionen Mark – die Zahlen sind ja heute alle bekannt – bedeutete, für die eine Deckung nicht vorhanden war und auch in Deutschland nicht aufzutreiben war.

Bei diesen Besprechungen hat der Reichsbankpräsident immer wieder betont, es müsse Aufgabe der Reichsregierung sein, für die Deckung des Defizits so schnell wie möglich zu sorgen, es müßten die Quellen des Defizits verstopft werden, es müßten neue Quellen erschlossen werden. Es wurde in dem Zusammenhang – ich komme später darauf noch zurück –, einmal hingewiesen auf die Arbeitslosenversicherung, die bei der steigenden Arbeitslosigkeit in diesem Winter neue und große Anforderungen an die Reichskasse stellen würde, es wurde aber vor allen von dem Reichsbankpräsidenten die Notwendigkeit betont, sofort neue Steuerquellen zu erschließen. Er sagte: Es ist mir sehr gleichgültig, welche neuen Steuern sie einführen, aber mit weniger als 400 Millionen RM neuen Steuern werden Sie kaum die Schwierigkeiten überwinden. Nicht als ob durch diese neuen Steuern nun dieses Defizit am Ende des Jahres gedeckt werden könnte, aber mit dem Erschließen dieser Steuern

[25] Um die Ultimoschwierigkeiten zu überwinden, hatte sich Reichsfinanzminister Hilferding im Dezember 1929 um einen mittelfristigen Kredit bei dem amerikanischen Bankhaus Dillon, Read & Co. bemüht. Reichsbankpräsident Schacht lehnte diesen Kredit vehement ab und verlangte demgegenüber ein Junktim zwischen der Lösung der kurzfristigen Kassenprobleme und der langfristigen Sanierung der Reichsfinanzen. Nachdem der Versuch einer finanzpolitischen Einigung in einer Besprechung zwischen Müller, Curtius, Hilferding, Wirth, Moldenhauer und Schacht am 4.12. fehlgeschlagen war (Protokoll der Besprechung in: Kabinett Müller II, Dok. Nr. 367), veröffentlichte Schacht am folgenden Tag ein Memorandum, in dem er den Young-Plan vehement kritisierte und die Reichsregierung aufforderte, unverzüglich »das materielle Gleichgewicht des Haushalts« herzustellen, ebd., Dok. Nr. 369; die Stellungnahme der Reichsregierung vom 6.12.1929 ist abgedruckt: ebd., Dok. Nr. 372. Curt Hoff, einer der Finanzsachverständigen der DVP-Fraktion, sah durch die Aktion Schachts zwar »den Kredit des Reichs in unverantwortlicher Weise geschädigt«, beurteilte sie aber »im Endeffekt für uns günstig«, Fraktionssitzung vom 10.12.1929, BAK R 45 II/67, p. 177; siehe dazu auch Hjalmar Schacht, Das Ende der Reparationen, Oldenburg 1931, S. 86ff.; Maurer, S. 95ff.; Pentzlin, S. 131f.; James, Reichsbank, S. 114ff.

[26] So in der Vorlage; wohl gemeint: »Reparationsagenten« (Parker Gilbert).

[27] Johannes Popitz (1884–1945), 1925–1929 StS im Reichsfinanzministerium. 1932/1933 Reichsminister ohne Portefeuille. 1933–1944 preußischer Finanzminister. Als Teilnehmer an der Widerstandsbewegung des 20.7.1944 zum Tode verurteilt, im Febr. 1945 hingerichtet.

würde die Kreditfähigkeit gehoben, das Vertrauen gestärkt, würden die Geldgeber bereit sein, die Gelder zur Verfügung zu stellen.

In diesen beiden langen Besprechungen, namentlich am Abend vor der Veröffentlichung des Memorandums, habe ich dem Reichsbankpräsidenten leider vergeblich – und auch bis gestern abend leider vergeblich – etwas auseinanderzusetzen versucht, nämlich daß es nach meiner Ansicht falsch sei, nur auf den einen Punkt zu sehen und alle Ersparnisse aus dem Young-Plan und alle neuen Steuern ausschließlich zu benutzen, um das Defizit zu decken und nichts übrig zu behalten für die Senkung der Steuern. Ich habe ihm gesagt: Ich sehe die Notwendigkeit, diesen Zustand des Deutschen Reiches zu beendigen, daß am Ultimo der Finanzminister von Bank zu Bank laufen und sich das Geld zusammenschnorren muß. Das ist ein Zustand, der unerträglich und unwürdig ist, der abgestellt werden muß. Ich bin also durchaus damit einverstanden, habe ich gesagt, daß Maßnahmen nach dieser Richtung ergriffen werden, daß wir vor solche Ereignisse, vor denen wir jetzt stehen, unter einem solchen ungeheuren Druck, unter dem wir jetzt stehen, nicht wieder gestellt werden. Aber ich halte es für falsch, die Dinge so auf die Spitze zu treiben, daß zunächst das ganze Defizit abgedeckt wird und infolgedessen vor 1932 oder einem späteren Termin überhaupt nicht an irgendeine Steuersenkung zu denken ist. Ich habe ihm immer wieder gesagt: Ich begreife Ihre Politik, ich begreife, daß Sie von Ihrem Standpunkt als Präsident der Reichsbank nur auf diese eine Frage sehen, das Kassendefizit zu decken; aber ich bitte Sie doch einmal zu berücksichtigen: Die Steuern, aus denen das gedeckt werden soll, kommen aus der Wirtschaft, und wenn die Wirtschaft nicht entlastet wird, wird sie nicht fähig sein, diese Steuern aufzubringen. Ich habe ihm einmal – er spricht ja etwas drastisch, und man muß ihm auch so antworten – gesagt: Herr Reichsbankpräsident, Sie wollen einen Stall für eine Kuh bauen, aber wenn der Stall fertig ist, ist die Kuh mangels Nahrung eingegangen, dann nützt Ihnen auch der Stall nichts. Können wir uns nicht verständigen, habe ich ihm dargelegt, daß wir die Dinge so treiben, daß wir das Defizit in einer Weise mildern, daß es nicht mehr diese Gefahren auslöst, die wir in der Gegenwart haben, daß es auf der anderen Seite aber möglich ist, die Steuern zu senken. Ich habe ihm gesagt: Wir können die neu erschlossenen Steuerquellen – und meine Partei wird dafür nicht zu haben sein – nicht nur dazu benutzen, um das Defizit zu decken, sondern wir haben der Wirtschaft eine fühlbare Steuersenkung versprochen und die müssen wir durchführen, sonst wird aus dem Pessimismus, der heute die Wirtschaft erfaßt, eine Ratlosigkeit, eine Verzweiflung, die schließlich alle, auch Ihre, Berechnungen über den Haufen wirft.

Ich habe ihm noch gestern abend, als wir beim Staatsdiner beim Reichspräsidenten zusammensaßen, gesagt: Ich gebe zu, es klingt etwas widersinnig, in einem Satz zu sagen, wir wollen das Kassendefizit beseitigen und die Steuern senken. Aber die Dinge sind möglich, und das Finanzprogramm ist ja auch so vorbereitet, daß bei gutem Willen und Entschlossenheit der Beteiligten – darauf komme ich noch – es durchführbar ist. Wir dürfen uns nicht einem rettungslosen Pessimismus hingeben, denn die Zeit ist so bitter und ernst und die Nöte der kommenden Monate sind so ungeheuerlich, wenn die Städte bei mir waren und erklärt haben: Wir haben 800 Millionen RM weniger für den Baumarkt im kommenden Jahre zur Verfügung, wenn man von allen Seiten sagt, wie alles festgefahren ist, wie die Verschuldung an das Ausland ins Grenzenlose wächst, wenn man das alles sieht, das wir überwinden

müssen und zu dessen Überwindung nach meiner Überzeugung ein Programm, das eine Steuersenkung in sichere Aussicht stellt, eine unbedingte Notwendigkeit ist.[28]

Ich habe bis heute den Reichsbankpräsidenten nicht überzeugt. Ich überzeugte ihn damals so wenig, daß er mich mit den Worten verließ: Ich werde schweigen und nur reden, wenn ich gefragt werde, ich werde keine Krise machen. Und ich habe ihm meinerseits gesagt: Herr Reichsbankpräsident, der Wirtschaftsminister und Sie, wir müssen zusammenarbeiten, wir müssen zusammen einen Druck auf Regierung und Parlament ausüben, daß diese Finanzreform vorwärtsgebracht wird. Wir schieden als die besten Verbündeten. Zehn Minuten später erfolgte die Veröffentlichung des Memorandums (Hört! Hört!).

Sie sehen, es ist nicht ganz einfach, Politik zu führen und mit jemand zusammenzuarbeiten, der ein, sagen wir, so temperamentvoller Bundesgenosse ist. Wer will nicht bestreiten, daß die Form für die Reichsregierung etwas peinlich war. Aber das sind Dinge, über die kommen wir hinweg. Ich habe gestern sehr nett wieder mit ihm zusammengesessen, ich habe vorgestern fünf Stunden mit ihm verhandelt, was ich meinem besten Feinde nicht wünschte. Aber in der Sache hätten wir besser zusammenarbeiten können und hätten, glaube ich, mehr erreichen können, wenn wir mehr aufeinander eingestimmt wären. Denn wir beide ziehen doch schließlich an einem Strang. Er will die Wirtschaft in Ordnung bringen, und ich will ihm helfen. Wir müssen zusammenarbeiten. Aber so, mit solchen Extratouren, geht das nicht. Damit zerschlägt man mehr Porzellan, als man heilt, und diejenigen, die ihm zugejubelt haben, sind sich vielleicht nicht klar darüber gewesen, daß seine These bis gestern abend 10 Uhr 45 lautete: Keine Steuersenkungen, sondern alle neuen Steuern zur sofortigen Deckung des Defizits. Das heißt, auf absehbare Zeit der Wirtschaft sagen: Laßt die Hoffnung fahren (Hört! Hört!)!

Auch für seine Begründung läßt sich natürlich manches anführen. Er ist ein sehr kluger Mann. Aber er sieht diese Dinge nach meiner Überzeugung etwas einseitig, nur rein als Reichsbankpräsident. Ich habe ihm immer gesagt: Herr Reichsbankpräsident, ich habe die Sorge für die Wirtschaft übernommen, und ich habe in meinem Leben keine Sorge gekannt, die so furchtbar auf meinen Schultern lastet wie diese. Ich bin der Wirtschaft gegenüber verantwortlich. Vielleicht wird es mal gelingen, daß wir uns in dem Punkte wieder einigen. Es gibt genug Gelegenheiten, wo wir zusammenarbeiten können, z. B. auf dem Gebiet der Erziehung der Gemeinden zur Sparsamkeit, wenn wir von Seiten der Regierung festlegen wollen, daß in Zukunft keine Anleihen und Kredite von Gemeinden aufgenommen werden können ohne Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsbankpräsidenten (Bravo!).

Ich möchte Sie doch einmal bitten, diese Dinge in etwas größerem Zusammenhang zu sehen, nicht über Einzelfragen zu stolpern, sondern sich klar zu machen: Wir stehen vor einer ganzen Reihe ganz großer Fragen. Neulich ist in einer Besprechung gesagt worden: Die Kommunalaufsicht ist in den letzten zehn Jahren zugrun-

[28] Das von Hilferding am 9.12.1929 dem Kabinett vorgelegte Finanzprogramm sah eine Entlastung der Wirtschaft um 750 Millionen RM sowie eine Aufhebung der Zuckersteuer vor, während die Bier- und Tabaksteuer angehoben werden sollte. Den verbleibenden Steuerausfall von 510 Millionen RM hoffte Hilferding durch eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern zu decken, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 374.

degegangen, sie ist verschwunden, und wir müssen etwas an ihre Stelle setzen. Wir haben uns von der Deutschen Volkspartei für die sogenannte Bürgersteuer eingesetzt[29], für jenen beweglichen Faktor, den an sich das Reichskabinett auch akzeptiert hat, daß also diejenigen, die über die Ausgaben beschließen, auch zu den Steuern herangezogen werden müssen, es direkt fühlen müssen. Wir brauchen eine andere Aufsicht über die Kommunalverbände, über die Gemeinden. Wir haben ja in dem Programm der Reichsregierung vorgeschlagen, daß eine Rechnungslegung notwendig sei und eine Reihe anderer Maßnahmen. Aber ich bitte auch zu berücksichtigen, daß man alle diese Dinge nicht von heute auf morgen machen kann. Man kann nicht auf einmal den Gemeinden allen Kredit sperren.[30] Ich habe mich mit dem Reichsbankpräsidenten gegen die Anleihe von 6 Millionen für die Stadt Berlin gewandt, und gestern abend hat mir Herr Staatssekretär Weismann gesagt: Wir sind über die Schwierigkeiten hinweg, es ist auch so gegangen (Hört! Hört!). Es ist bitter gegangen, aber es geht auch so.[31] Da sind Mittel, da sind Möglichkeiten, da liegt manches außerhalb der Gesetzgebung. Wenn wir eine Sicherheit haben, daß der Reichsbankpräsident und diejenigen Persönlichkeiten in der Reichsregierung, die die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, daß der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister hier zusammenarbeiten und zusammenwirken, dann läßt sich, wie oft im Leben, viel mehr durch die Persönlichkeiten und Maßnahmen als durch Gesetze erreichen. Das nur als ein Beispiel.

Sie sehen: Da stand nun dieser Druck des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der erklärte: Es müssen sofort Steuerquellen erschlossen werden, die mindestens 400 Millionen, später 500 Millionen bringen, abgesehen davon, daß selbstverständlich dem kommenden Defizit in der Arbeitslosenversicherung vorgebeugt werden muß; sonst würde er nicht in der Lage sein, gegenüber Anfragen zu schweigen. Und wir wußten das eine: Der Kredit, den das Reich jetzt am Ultimo braucht, war nicht zu haben, wenn der Reichsbankpräsident davor warnte. Darüber besteht nicht der geringste Zweifel. Daß das eine sehr bittere Lage für eine Reichsregierung ist, wenn sie einen groben Brief in der Zeitung liest, gleichzeitig Verhandlungen anzuknüpfen mit dem Ziel, die Zustimmung oder wenigstens die Neutralität des Reichsbankpräsidenten zu erhalten, das mögen sie mir glauben. Das ist von niemandem von uns, die das mitgemacht haben, leicht getragen worden, das hat in uns allen den Wunsch erweckt, daß diese Dinge anders werden, daß wir nicht auf Gnade und Ungnade uns fügen müssen, sondern daß wir in Zukunft zusammen und gemeinsam an den großen Aufgaben arbeiten müssen.

Aber die Dinge lagen einmal so. Hätten wir diesen Kredit nicht bekommen, der, wie ich Ihnen sagte, auf dem inländischen Markt nicht zu bekommen war, so wäre am

[29] Die von Hilferding am 28.9.1929 vorgesehene »Gemeindebürgersteuer von 6 RM auf den Kopf des Wahlberechtigten« (Kabinett Müller II, Dok. Nr. 305, S. 972) wurde von der DVP als unzureichend abgelehnt, siehe BAK R 45 II/67, p. 176 f. (Fraktionssitzung vom 10.12.1929).

[30] Zur finanziellen Lage der Gemeinden siehe Dok. Nr. 73, Anm. 18.

[31] Die Berliner Anleihe, ohne deren Aufnahme sich die Stadt für zahlungsunfähig hätte erklären müssen, kam allerdings dennoch zustande, da Moldenhauer seinen Widerstand unter der Bedingung einstellte, daß die Hauptstadt ihre Vermögenslage offenlegte. Berlin wurde am 20.12.1929 unter Staatsaufsicht gestellt, wobei Ausgaben nur zur Tilgung kurzfristiger Kredite zugelassen wurden; zur Errichtung eines Tilgungsfonds mußten monatlich fünf Millionen Mark an die Staatsbank abgeführt werden, siehe Schultheß 1929, S. 229.

Ende dieses Jahres bzw. am Anfang des nächsten Jahres das Deutsche Reich nicht in der Lage gewesen, 180 Millionen Coupons Anleiheablösungsschuld einzulösen. Der Kredit eines Staates kann nie stärker erschüttert werden, als wenn der Staat den Dienst seiner Anleihen einstellt. Das ist die offene Bankrotterklärung eines Staates. Was das für das Deutsche Reich bedeutet hätte, brauche ich Ihnen kaum auszumalen. Was das für die deutsche Wirtschaft bedeutet hätte, brauche ich auch nicht hinzuzufügen. Glauben Sie, daß bei der ungeheuren Verschuldung ans Ausland jetzt die 5 bis 6 Milliarden kurzfristigen Kredite nicht sehr schnell zurückgefordert wären, in einem Augenblick, wo das Deutsche Reich seine Zahlungen eingestellt und seinen Konkurs hätte anmelden müssen? Glauben Sie, daß die deutsche Wirtschaft, die diese kurzfristige Verschuldung in so starkem Maße hat, einen solchen Stoß hätte aushalten können? Glauben Sie, daß nicht eine Unsicherheit, ein Run auf die Sparkassen und Banken erfolgt wäre, daß nicht vielleicht – ich will das harte Wort vermeiden – Unordnung und Verwirrung in einer Weise entstanden wären, daß bei der starken politischen Spannung in unserem Lande niemand hätte garantieren können, was in den nächsten Wochen geschehen wäre? Und glauben Sie, daß die Einstellung oder die Kürzung der Beamtengehälter nicht auch weite Teile des Beamtentums in die Arme des Radikalismus getrieben und eine Entwicklung angebahnt hätte, vor dem wir uns unter allen Umständen schützen müssen?

Man hat in diesen Tagen gesagt: Man stürze diese Regierung, es muß eine andere kommen. Ich möchte Ihnen nur das eine aus meiner Kenntnis der Dinge sagen: Ob diese neue Regierung dann mit dem Artikel 48 gearbeitet hätte oder ob sie eine Mehrheit gefunden hätte – wie immer: sie hätte, um über den Ultimo zu kommen, nichts anderes tun können als die jetzige Regierung, sie hätte wahrscheinlich in noch viel stärkerem Maße neue Steuern ausschreiben müssen. Wer auch immer der Wundermann gewesen wäre, man hätte ihm nicht allein auf seinen Namen das Geld gepumpt, sondern er hätte auch die Kreditfähigkeit genau so wieder herstellen müssen. Und niemand weiß, woher der Wundermann hätte kommen können, auf wen er sich hätte stützen können. Uns schien es in diesen Tagen außerordentlich bedenklich, Illusionen oder Vorstellungen nachzugehen, die nichts Reales in sich bargen.

So sind die Dinge gewesen. Und angesichts dieser Umstände trat das Kabinett zusammen und überlegte sich, wie die Lage zu meistern sei. Es schien mir dann richtig, nachdem die Vorarbeiten so weit gediehen waren, die Frage der Sanierung der Kassenlage zu verbinden mit dem Gedanken einer großen Reichsfinanzreform. Diese Idee, neue Steuern zu erschließen, das heißt die Last von den direkten Steuern zu verlagern auf die indirekten Steuern, denen entgehen kann, wer entgehen will, und dafür die direkten Steuern, die Realsteuern, zu senken, um den kleinen und mittleren Betrieben, die sich kaum noch Kredit beschaffen können, eine Erleichterung zu geben, jetzt durchzuführen, jetzt einmal zum Siege zu verhelfen, schien mir in diesem Augenblick möglich. Unter der ungeheuren Not der Zeit konnte die Sozialdemokratie vielleicht bereit sein, diesen Weg zu gehen, der an sich ja gegen ihre ganzen bisherigen Gedankengänge ist, und den zu gehen sie nur in äußerster Not entschlossen war.[32] Da mußte ich mir sagen: Ist nicht jetzt der Augenblick, ist nicht jetzt die

[32] Zu der erheblichen Opposition gegen das Steuerprogramm Hilferdings innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion siehe Keil, Bd. 2, S. 361 sowie detailliert Leuschen-Seppel, S. 224 ff.

Möglichkeit gegeben, in unserer Steuerpolitik einen Weg einzuschlagen, der uns die Erhaltung der Wirtschaft, namentlich die Erhaltung des Mittelstandes, möglich macht und der eine Wendung in der ganzen bisherigen Entwicklung bedeutet?

Und so setzte sich das Reichskabinett zusammen, und am Montag dieser Woche, nachdem alle Vorbereitungen getroffen waren, nachdem vor allem diese Finanzreform in allen Einzelheiten auch bei uns in der Fraktion, im Siebener-Ausschuß, mit Herrn Hoff[33] und anderen durchberaten und immer wieder durchgesprochen war, kam diese Frage zur Entscheidung.[34] Wir waren uns darüber klar: Es muß sofort etwas geschehen, um den Kredit wieder flüssig zu machen, um über den Ultimo hinwegzukommen, um solche Zustände, wie wir sie jetzt haben, zu beseitigen; es mußte aber gleichzeitig etwas geschehen, um wieder Vertrauen in die Wirtschaft zu bringen. Daraus und aus dem Druck, den Dr. Schacht ausübte, indem er sagte: Ich hintertreibe jeden Kredit, den Ihr braucht, wenn Ihr nicht sofort dafür sorgt, daß Eure Ausgaben abgeschwächt und neue Einnahmen geschaffen werden, erklärt es sich, daß nun der Gedanke kam, das Programm in zwei Teile zu zerlegen: in das Sofort-Programm und in das eigentliche Finanzprogramm.

In dem Sofort-Programm sollten zwei Dinge verwirklicht werden: einmal dem kommenden Defizit in der Arbeitslosenversicherung wenigstens in etwa entgegenzusteuern, und zweitens eine neue Quelle der Steuern zu erschließen. Was die erste Frage angeht, die ja in unseren Reihen am meisten Empörung, Verbitterung und Verärgerung hervorgerufen hat, so lagen die Dinge wie folgt. Im Herbst dieses Jahres ist eine Reform der Arbeitslosenversicherung beschlossen worden, bei der durch eine Reihe von Reformvorschlägen, die insbesondere die Deutsche Volkspartei gemacht hatte, angenommen wurde, daß sie etwa eine Ersparnis von 100 Millionen RM bringt. Es bleibt aber noch ein sehr erhebliches Defizit zu decken. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat damals eine Beitragserhöhung, die seit langem gefordert wurde, abgelehnt, weil sie glaubte, daß auf dem Wege der Reformen das ganze Defizit hätte abgedeckt werden können.[35] Mag sein, daß das möglich ist, obgleich die Gefahr besteht, daß ein Teil dieser Last dann auf die Gemeinden gefallen und an anderer Stelle wiedergekehrt wäre. Aber ich unterstelle durchaus, daß dieser Weg möglich gewesen wäre. Er war im gegenwärtigen Augenblick nicht gangbar, weil er auf die absolute Gegnerschaft aller anderen Parteien stieß. Ich habe es doch versucht, ich habe ver-

Moldenhauer stellte dazu rückblickend heraus: »Es war allerhand, was die Sozialdemokratie zugestand. Von den paar Feigenblättern abgesehen, war es ein durchaus kapitalistisches Steuerprogramm«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 17.

[33] Curt Hoff (1888–1950), Jurist und Nationalökonom. Dr. iur. 1913 in der Geschäftsführung des CdI. 1919–1923 in der Geschäftsführung des RdI, dann bei industriellen Fachverbänden tätig. 1928–1930 MdR (DVP).

[34] In der entscheidenden Fraktionssitzung am Abend des 11.12.1929 lehnten Moldenhauer und Curtius vehement den von zahlreichen Mitgliedern geforderten Austritt aus der Regierung, verbunden mit einer Anwendung des Art. 48, ab, und plädierten für die Annahme des Regierungsentwurfs, BAK R 45 II/67, p. 178 f.

[35] Nach langwierigen Auseinandersetzungen, bei denen die DVP die von Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell vorgesehene Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 % kategorisch ablehnte, wurde das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schließlich am 3.10.1929 mit 237 gegen 155 Stimmen bei 40 Enthaltungen verabschiedet, wobei sich die Mitglieder der DVP-Fraktion der Stimme enthielten, siehe VRT, Bd. 426, S. 3245 ff. sowie Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 589 ff.

handelt, und wenn die Dinge so lagen, dann spitzte sich die Frage wie folgt zu: Wollen wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung befristet erhöhen, und zwar nicht um ¼ %, wie der Arbeitsminister es wollte, sondern um ½ %, oder soll die Reichskasse dieses Defizit, diese Zuschüsse, im kommenden Vierteljahr tragen? Nun wissen wir, auch mit dem halben Prozent wird ja nicht viel mehr als 40 Millionen in diesem Vierteljahr geschafft. Aber es schafft insgesamt 140 Millionen, wenn man es auf ein Jahr verteilt. Der größere Teil des Defizits wird also damit antizipando gedeckt. Es kam mir darauf an, zunächst einmal hier eine Besserung vorzunehmen. Wollte man den Weg nicht gehen, so blieb der andere, daß das Reich weiter Zuschüsse zu leisten hätte. Aufgebracht werden mußten also die Beträge, und für die Kreditgebarung des Reiches schien es unumgänglich notwendig, die Minderung dieser Zuschüsse aus der Reichskasse vorzunehmen.

Es ist mir – das werden Sie mir glauben –, der ich den Standpunkt der Fraktion kannte, im Kabinett nicht leichtgeworden, für diese Erhöhung zu stimmen. Aber ich sah, wenn wir die Kreditfähigkeit der Reichs nicht mehr verschlechtern wollten, keinen anderen Weg als diesen, weil ich auch damals schon die Auffassung vertreten hatte, daß im Rahmen einer Gesamtreform unserer Finanzen schließlich die Frage sich dahin zuspitzt: Wollen wir eine Steuersenkung, die von 900 Millionen beginnend auf 2 Milliarden geht, daran scheitern lassen, daß wir einen Stein des Anstoßes auf der anderen Seite, die Nichtbewilligung des halben Prozent, nicht beseitigen? Das schien mir keine richtige Politik sein, auch wenn ich wußte, daß im Augenblick darüber eine leidenschaftliche Erregung besteht. Ich sage Ihnen auch warum, ich sage auch die Bedenken. Ich will nur das zunächst erwähnen: Eins war notwendig – und in allen Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten ist darüber nie ein Zweifel gewesen –: daß die Abstellung oder Minderung des Defizits aus der Arbeitslosenversicherung eine Voraussetzung der Kredithilfe gewesen ist. Und es gab, da sich die anderen Parteien der Reform versagten, im Augenblick nur diesen einen Weg, der für uns deshalb sehr schwer ist – ich habe das durchaus begriffen –, weil er eine Vorleistung bedeutet, ebenso wie die Tabaksteuer eine Vorleistung für die Sozialdemokratie bedeutet, der, das wollen wir auch nicht übersehen, es auch nicht sehr leicht wird, als erste Handlung einmal 70 Millionen der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitnehmer zu legen – die anderen 70 Millionen kommen auf die Arbeitgeber –, und zweitens eine Tabaksteuer zu bewilligen von 220 Millionen RM, die ihr natürlich die wildeste Agitation der Kommunisten eintragen muß, die ihr sagen: Ihr seid es also, die dem armen Mann die Pfeife verteuern, nur um diesen kapitalistischen Staat zu stützen! Das ist auch für die Sozialdemokratie, das dürfen Sie nicht übersehen, eine sehr schwere Vorleistung, die sie dann eher übernehmen zu können glaubte, wenn sie gleichzeitig die Zusicherung geben konnte, daß die Verhältnisse in der Arbeitslosenversicherung einer gewissen Besserung entgegengeführt würden.

Aber es bleibt natürlich für uns die Vorleistung bestehen. Und nun setzte jener Kampf ein, der diese ganze Woche gedauert hat, dieser Kampf, den man ausdrücken kann in die Worte: Wir wollen diese Vorleistung nur dann bewilligen, wenn sichergestellt ist, daß es nur der Teil einer Gesamtfinanzreform ist, wenn mit dieser Vorleistung nur der erste Schritt getan wird, um im Zusammenhang mit Tabak- und Biersteuer und Erleichterungen aus dem Young-Plan im nächsten Etat die Mittel zu

haben, um einmal die Einkommensteuer zu senken, und zwar in drei Etappen, um 25 %, dann die Grundsteuer um 10 %, die Realsteuern um 20 %, die Kapitalertragsteuer, die Vermögenssteuer, Erleichterungen in der Einkommensteuer durch Auseinanderziehen des Tarifs, die Rentenbankzinsen usw. Kurz und gut, wir einigten uns im Kabinett: Wir sind bereit, diese Vorleistungen – für die Sozialdemokraten und uns zu tragen peinlich – zuzugestehen, wenn ein Gesamtprogramm beschlossen wird und wenn das Kabinett sich entschieden hinter dieses Gesamtprogramm stellt, das als Gesamtreform, das habe ich immer wieder betont, gewisse Mängel und Unzulänglichkeiten aufweist, das aber einen ganz gewaltigen Fortschritt bedeutet, wenn Sie es im ganzen nehmen. Und das wird niemand leugnen, hat doch auch die Fraktion selbst dem Programm in den großen Grundzügen zugestimmt und es als einen Fortschritt erkannt, wenn auch manche Wünsche im Augenblick nicht befriedigt werden konnten. Da spielen eben die schlechten Finanzverhältnisse des Reiches und da spielen auch die politischen Machtverhältnisse eine Rolle.

Es ist nicht schwer, ein wunderschönes Finanzprogramm auszuarbeiten, aber es ist unendlich schwer, ein Finanzprogramm auszuarbeiten, das mit den augenblicklichen politischen Kräften und Mächten durchgesetzt werden kann. Und auch da will ich einmal ein sehr offenes Wort sprechen. Es ist dieser Eingriff in die Hoheit der Länder, dieser Eingriff in die Finanzen der Gemeinden – denen wir mit einem Strich sagen: die Realsteuern werden gesenkt, denen wir mit einem Wort sagen: Wir sperren für fünf Jahre jede Erhöhung Eurer Realsteuern – diese starken Eingriffe sind entweder überhaupt verfassungsändernd, was behauptet wird, oder zumindest ein solcher Eingriff in die Hoheit der Länder und Gemeinden, daß dagegen im Reichsrat erhebliche Widerstände bestehen, man bedarf dazu also einer breiten und starken Mehrheit im Reichstag.

Und nun will ich dazu ein anderes sagen. Glauben sie denn nicht, daß unsere Position eine ganz andere gewesen wäre, wenn wir bei den Verhandlungen im Kabinett hätten sagen können: Meine Herren von der Sozialdemokratie, wenn Sie sich diesen Wünschen der Wirtschaft und diesen Forderungen der Not verschließen, dann werden wir morgen eine starke bürgerliche Regierung bilden, und dann wollen wir einmal sehen, wie wir weiterkommen. Daß wir das nicht sagen konnten, verdanken wir Herrn Hugenberg, der uns diese Waffe aus der Hand geschlagen hat (Lebhafte Zustimmung). Berücksichtigen Sie doch bitte einmal alle diese politischen Schwierigkeiten. Ich habe neulich im Reichsverband der Deutschen Industrie gesagt: Leicht beieinander wohnen die Reform-Gedanken, doch schwer im politischen Raum stoßen sich die Sachen. Wir haben – das wird mir Kollege Curtius bestätigen – im Kabinett unseren Standpunkt mit aller Energie vertreten. Ich muß den sozialistischen Ministern zugeben, daß sie volles Verständnis für die Schwierigkeiten hatten, und ich muß dem Reichskanzler meine hohe Anerkennung aussprechen für die Initiative, die er in diesen acht Tagen entfaltet hat. Es ist ihm unvergessen, wenn er im Kabinett einem Zentrumsminister gegenüber sagte, daß die Kapitalbildung vollständig unzulänglich sei. Ich glaube, daß hier eine große Erziehungsarbeit, zunächst an den Führern, geleistet worden ist, und wer ein bißchen Optimismus auf dem Gebiete hat, muß versuchen, auf dem Wege weiterzukommen und die Sozialisten davon zu überzeugen und ebenso die Gewerkschaften aller Richtungen, daß man nicht einseitig Konsumentenpolitik und Lohnpolitik treiben kann, sondern daß schließlich, wenn

man die Gesetze der Wirtschaft außer acht läßt, sich dies in Arbeitslosigkeit und hohem Zinssatz äußert. Und sehen Sie: Ist nicht eine derartige Arbeit eine wertvolle Arbeit auch am Vaterlande, die hier bei solchen Beratungen im Kabinett geleistet wird?

Wir zwölf im Kabinett haben uns dann, bis nachts um ein Uhr zusammensitzend, schließlich auf ein Finanzprogramm geeinigt und uns gesagt: Jeder von uns hat Wünsche zurückzustellen, der eine diese, der andere jene. Aber wir glauben doch, daß das, was herauskam, insgesamt etwas Gutes, etwas Wertvolles für das Vaterland war. Und dann haben wir zwölf uns gesagt: Nun wollen wir das durchsetzen, nun wollen wir einmal versuchen, unseren Willen dem Reichstag aufzuzwingen; wir wissen, wie schwer das jetzt in den Fraktionen sein wird. Und als wir an dem Abend schieden, sagte ich scherzend zum Reichskanzler: Wer geht jetzt nun für mich in meine Fraktion? Und er sagte darauf: Es geht mir ja genauso wie Ihnen, Kollege Moldenhauer.

Darf ich hier auch einmal ein offenes Wort sprechen. Wir haben doch in der Deutschen Volkspartei immer gesagt: Hätten wir doch mal eine Regierung, die nicht immer der Spielball der Fraktionen ist, die nicht immer nur von den Parteien abhängig ist, sondern mal Menschen, die sich zusammensetzen und sich ehrlich bemühen und die dann, nachdem sie zusammengesessen haben, sagen: Wir zwölf glauben, daß das ein guter Weg ist, wir wollen uns für den Weg einsetzen, und wir wollen unseren Willen den Fraktionen aufzwingen. Sie werden dagegen anrennen. Das wissen wir, und von all dem Ansehen und Vertrauen, das der einzelne noch bei seiner Fraktion hat, wird verflucht wenig übrigbleiben. Es wird immer ein bitteres Gefühl sein, wenn die besten Freunde nachher rote Karten des Mißtrauens abgeben. Aber eins haben wir uns gesagt: Wir wollen doch den einen Beweis liefern: daß es noch Regierungen in Deutschland geben kann, die versuchen, einen Willen zu haben und ihn auch gegen das Parlament durchzusetzen (Lebhafter Beifall). Und das haben wir getan (Erneuter Beifall).

Draußen heißt es immer: Parteiwirtschaft, Fraktionenwirtschaft. Ich brauche nur eine Nummer der »Kölnischen Zeitung« in die Hand zu nehmen. Da heißt es: Interessencliquen. Ja, nun versuchen wir das einmal. Wir sind diejenigen, die das Führerproblem immer herausgestellt haben. Da haben wir nun mal – ich will von mir ganz schweigen – ein paar Leute, die den Mut haben zu sagen: So muß es gehen. War es falsch, dann, bitte, gebt uns das Mißtrauen. War es falsch, dann setzt uns ab. Wir werden besseren Männern gern weichen, die bessere Wege zeigen. Dazu sind wir jederzeit bereit. Ich bin der letzte, der an seinem Amt klebt, zu dem ich mich nicht gedrängt habe. Aber geben Sie uns doch mal die Möglichkeit, fallen Sie uns nicht am ersten Tage mit allem Mißtrauen in den Weg. Es hieß: Das wird die Sozialdemokratie nicht tun, das wird sie nicht tun. Es war ja ein Knäuel des Mißtrauens, durch das man sich durchwinden mußte. Aber haben wir nicht schließlich auch die Sozialdemokratie auf unser Programm gezwungen? Hat nicht schließlich die Sozialdemokratie sich zu diesem Finanzprogramm bekannt?

Ich weiß, damit ist nur ein erster Anfang gemacht. Ich weiß, morgen beginnen die neuen Schwierigkeiten. Wir müssen den Kampf mit der Sozialdemokratie nicht heute und morgen, wir müssen ihn 25 und 50 Jahre lang führen, bis das Bürgerliche einmal durchbricht. Aber geben Sie uns dazu doch die Möglichkeit, diesen Kampf zu füh-

ren. Ich kann von Curtius und mir nur das eine sagen: In dem Augenblick, wo wir scheitern im Kabinett, wo wir sehen, daß man über unsere Wünsche hinweggeht, daß das große Werk, das wir verfolgen, nicht erreicht wird, in dem Augenblick werden wir beide auch die Verantwortung nicht mehr tragen wollen. Aber geben Sie uns doch die Möglichkeit zu einem Versuch. Wir sehen die Hoffnung vor uns. Da wollen wir auch dafür alles einsetzen. Das wird manche Angriffe im einzelnen mit sich bringen.

Lassen Sie mich hier eine Zwischenbemerkung machen. Es war nicht ganz uninteressant: Kaum war das Ergebnis der Beratungen der Fraktionen bekannt, als der Reichsbankpräsident telefonisch der Reichsregierung seinen Glückwunsch aussprach (Heiterkeit). Die Zeit ist bitter ernst, und ich will Ihnen das eine sagen: Es ist mir sehr peinlich gewesen, diese Entscheidung heute in der Fraktion unter den starken Druck des Ultimo zu setzen, daß man sich dieses Mittels bedienen mußte zu sagen: Wenn nicht heute die Entscheidung fällt, dann ist wahrscheinlich eine Ultimo-Regelung nicht so einfach. Denn wenn sich das noch ein paar Tage hinzieht, stehen wir vor Weihnachten, und über die Weihnachtstage werden sie auch drüben in den Vereinigten Staaten 250 Millionen nicht so leicht auf der Straße auftreiben. Wenn nicht in diesen Tagen, wird überhaupt nichts erreicht.[36]

Nun sagt man: Wo bleibt die Sicherheit, daß die Sozialdemokratie sich dem nicht wieder entzieht. Wir haben sie – äußerlich sage ich – auf das Programm verpflichtet. Wir haben einmal die zwölf Kabinettsmitglieder, die hinter dem Programm mit ihrer Persönlichkeit stehen. Wir haben schließlich unsere beiden Minister im Kabinett, die dafür kämpfen werden. Sollte es dann nicht gelingen, dann ist immer noch Zeit genug, Krise zu machen, dann ist immer noch Zeit, das Kabinett zu sprengen. Aber nicht, ehe der Kampf beginnt, alle Hoffnung fahren lassen. Ich kenne die andere Auffassung. Ich begreife, daß meine besten Freunde sich von mir getrennt haben, weil sie nicht die Hoffnung hatten, weil sie glaubten, daß ich einen falschen Weg ginge. Mag man mich verurteilen. Man soll aber das eine anerkennen: daß Curtius und ich und wir anderen glaubten, das wäre ein gangbarer Weg.

Es hängt doch auch noch sehr viel anderes damit zusammen. Wir sollen doch auch der Landwirtschaft Hilfe bringen. Wie sollen wir den Zolltarif verabschieden? All die Hoffnungen, die daran geknüpft sind, mögen sie zum Teil noch kleiner sein, sind doch auch noch da, das läßt sich doch alles weiterführen. Ohne ganz zwingenden Grund die letzten aus dem Kabinett herauszuziehen, die ein Verständnis für die Wirtschaft haben, das sollten auch wir nicht tun. Und diese ganz zwingenden Gründe scheinen heute nicht vorhanden zu sein.

Meine Damen und Herren! Ich habe vielleicht etwas leidenschaftlich gesprochen. Sie sehen, die acht Tage haben an meinem Temperament verflucht wenig ändern können. Ich habe vielleicht dieses und jenes vergessen. Ich wollte mich vor Ihnen rechtfertigen. Ich wollte Ihnen sagen, wie ich die Dinge gesehen habe und wie ich sie noch ansehe und was ich von Ihnen erhoffe. Vielleicht war ich ein zu großer Optimist.

[36] Moldenhauer hatte am Vormittag auf der Fraktionssitzung ausgeführt: »Die Dinge lägen sehr ernst. Wenn es nicht gelinge, in etwa zwei Tagen mit Dillon Read abzuschließen, dann sehe er keine Möglichkeit mehr, den Ultimo zu überwinden. Eine Regierung, die nur die Geschäfte zu führen hat, könne selbstverständlich keinen Kredit bekommen«, BAK R 45 II/67, p. 185.

Vielleicht bin ich derselbe Träumer wie Stresemann, der einmal gesagt hat: Ohne Optimismus läßt sich in dieser Zeit und in dieser Welt nicht leben, kommt man nicht weiter und schafft man nichts vorwärts. Wenn Sie mich verurteilen, dann sprechen Sie Ihr Schuldig, dann werde ich gern zurücktreten. Aber ich habe den Optimismus, und ich möchte eins glauben. Wir leben jetzt in einer Zeit, wo die Tage am kürzesten, die Nächte am längsten sind, und in der tiefsten Dunkelheit sind wir froher Hoffnung, daß es nach den langen Nächten wieder hell wird. Wollen wir nicht auch hoffen, daß hier ein Anfang gemacht ist, ein Anfang, der uns herausführt aus der Nacht, in der wir uns befinden, aus der Finsternis, der Sorge und Not wieder aufwärts führt. Ohne Optimismus, ohne Mut, einen Weg zu gehen, den man für richtig hält, kommen wir nicht weiter. Nur mit der Devise: Hinter uns die Nacht, vor uns der Tag (Lebhafter, anhaltender Beifall)!

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Ich danke dem Herrn Minister in Ihrer aller Namen für sein aufklärendes Referat. Man mag zu all den Fragen stehen, wie man wolle, aber die Empfindung wird in Ihnen allen lebendig geworden sein, daß hier ein Mann zu uns geredet hat, der von dem allertiefsten Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Vaterland erfüllt ist (Beifall). Dieses Verantwortungsbewußtsein möge auch unsere weitere Aussprache begleiten, die ich hiermit eröffne.

Herr Dr. Jaenecke: Meine sehr verehrten Parteifreunde. Der Zentralvorstand ist an einem recht dramatischen Tage hier in Berlin zusammengetreten. Es ist im Parlament eine Entscheidung gefallen, die wir gestern noch nicht voraussehen konnten und die auch heute starker Kritik begegnen wird, hier und im Lande. Wenn eine solche Kritik, eine sachliche Kritik geübt wird, so ist es ganz selbstverständlich, daß das Verständnis und die Anerkennung für die Gründe, für die inneren Kämpfe, die die entscheidenden Persönlichkeiten, unsere Minister und unsere Reichstagsabgeordneten, hierbei bewegt haben, bei jedem von uns vorhanden ist. Es liegt uns völlig fern, etwa den Standpunkt einnehmen zu wollen, daß ein Gremium wie dieses, und wenn es auch in sich eigentlich die Partei verkörpert, ermächtigt wäre, der Reichstagsfraktion Richtlinien vorzuschreiben, nach denen sie ihre Politik zu machen hat, sondern ich glaube, daß wir alle der Überzeugung sind, daß jeder einzelne Abgeordnete, jedes Mitglied unserer Fraktion bei sich die Entscheidung treffen muß, die ihm nach der gegebenen Lage die richtige erscheint.

Wenn ich das alles voraussetze, so muß ich doch feststellen, daß die Entscheidung so, wie sie gefallen ist, eine schwere Erschütterung des Vertrauens im Lande bedeutet (Sehr richtig!). Diese Tatsache auszusprechen, sind wir verpflichtet, die wir mehr als die Herren, die im allgemeinen hier in Berlin sind, die Fühlung mit den Wählern haben. Die Stimmung unserer Wähler, die man natürlich nicht prozentual analysieren kann, sondern die man nur allgemein eindrucksmäßig wiedergeben kann, so wie man sie sieht, wie man sie aus Unterhaltungen, Briefen, Meinungsaustauschen kennt, würde ungefähr ähnlich sein der Stimmung, wie sie in einigen Wirtschaftsgremien zum Ausdruck kam, die in diesen Tagen hier auch in Berlin getagt haben. Wenn ich die Stimmung dieser Wirtschaftsgremien auf einen einfachen Nenner bringen soll, so war es die: Es muß ein Ende mit dieser Wirtschaft der Reichsfinanzen haben, es muß ein große allgemeine und schnelle Entlastung von solchen Steuern erfolgen, die die Wirtschaft langsam aber sicher erdrosseln. Das ist die Stimmung auch im Lande. Es ist vor allen Dingen auch die Stimmung im Lande, daß die Persönlichkeit des Reichs-

finanzministers nicht die nötige Gewähr und Bürgschaft dafür bietet, daß die Reichsfinanzen in einer pfleglichen Art behandelt werden. Das ist meines Erachtens der schwerste Punkt, über den mit unseren Wählern uns auseinanderzusetzen nicht ganz leicht sein wird. Denn es ist allgemein die Auffassung im Lande gewesen, daß diese kritischen Tage zugleich das Ende der Ministerherrlichkeit des Herrn Dr. Hilferding bedeuteten.[37] Das offen auszusprechen, glaube ich, schuldig zu sein.

Aber die Dinge sind geschehen, die Abstimmung ist erfolgt. Unsere Aufgabe ist es, uns mit ihnen auseinanderzusetzen und dafür zu sorgen, daß die Erschütterungen, die zweifellos stattfinden werden, in ihrem Ausmaß eine Grenze finden. Ich habe versucht, um eine uferlose Debatte zu vermeiden, die Auffassungen, die ich eben vorgetragen habe, in einigen kurzen Sätzen niederzulegen, die ich als Entschließung der Versammlung zur Annahme vorschlagen würde. Ich darf mir vielleicht erlauben, diese Entschließung vorzulesen, und darf dabei sagen, daß ich sie mit einer Reihe von Abgeordneten und Parteifreunden durchgesprochen habe. Es liegt mir durchaus fern, in irgendeiner scharfen Form Kritik üben zu wollen. Ich halte es aber für nötig, daß das Vertrauen unserer Wähler im Lande dadurch festgehalten wird, daß wir die Zielrichtung unserer Politik stark herausarbeiten. Nach meiner Auffassung ist die Krise, unter der das Land leidet, nicht gelöst, sondern sie ist vertagt (Sehr richtig!). Das muß zum Ausdruck kommen, damit die Hoffnung einer Lösung auch aufrecht erhalten bleibt. Meine Entschließung lautet:

»Der Zentralvorstand stellt fest, daß das Vertrauen zu der Geschäftsführung des Reichsfinanzministers im Lande auf das schwerste erschüttert ist. Er teilt daher bei aller Anerkennung der für eine Vertagung der Krise sprechenden Gründe doch die Bedenken, die zahlreiche Mitglieder der Reichstagsfraktion veranlaßt haben, der Entschließung der Reichsregierung ihre Zustimmung zu versagen. Die in diesem Programm vorgesehenen Ermäßigungen wirtschaftsdrosselnder Steuern, verteilt auf einen langen Zeitraum, reichen nicht aus, um eine Wiederbelebung des zerrütteten Geschäftslebens sowie eine Rückbildung und Neubildung von Kapital herbeizuführen. Der Zentralvorstand spricht daher die Erwartung aus, daß Minister und Reichstagsfraktion der Regierung nur solange ihre Unterstützung leihen, als der Finanzminister durch alsbaldige Einbringung schnell wirkender Gesetze eine entscheidende Senkung der die Wirtschaft drückenden Lasten zu Tat werden läßt. Er versichert die Fraktion seiner Zustimmung und Unterstützung, wenn sie zur Erreichung dieses Zieles von allen parlamentarischen Mitteln den nötigen Gebrauch macht« (Bravo!).

Herr Kuhbier: Meine Damen und Herren! Ich bin doch auch schwer erschüttert über den Ausgang der heutigen Verhandlungen im Reichstag. Ich bin nicht minder temperamentvoll als der Herr Reichswirtschaftsminister, und wenn ich dieses mein Temperament jetzt zügele, so wird mir das verdammt schwer. Ich habe bisher den Eindruck gehabt, als wenn die Fraktion der Deutschen Volkspartei dem Lande und dem Volke etwas wirklich Positives versprochen hätte, und nun müssen wir heute sehen, daß nichts oder weniger als nichts herausgekommen ist. Wenn Herr Dr. Molden-

[37] Reichsfinanzminister Hilferding, dessen Politik auch in der eigenen Fraktion nicht unumstritten war, trat am 21.12.1929 zurück, nachdem Curtius und Moldenhauer am 20.12. den Reichskanzler ultimativ um seine Entlassung ersucht hatten, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 397, 398; zu seinem Nachfolger wurde Moldenhauer ernannt.

hauer sagte, daß eine Lastensenkung erfolgen sollte, so merken wir in dem, was da in dem Programm gekommen ist, gar nichts davon. Wir haben noch vor einigen Tagen gehört, daß die Fraktion dieses ganze Programm als nicht genügend empfunden hat, und jetzt hören wir, daß dieses Programm zunächst nur, wie der Herr Minister sich ausdrückte, uns einen Hoffnungsschimmer für die Zukunft auf Senkung der Steuern bringt.

Wenn er sagt, daß das Programm in sicherer Aussicht steht, so frage ich, wo denn irgend etwas von Sicherheit liegt. Ich sehe diese Sicherheit nicht im mindesten. Und wenn betont wird, die ganze Sache hätte gemacht werden müssen aus der Ultimoangst heraus, weil die Wirtschaft einen solchen Zusammenbruch gar nicht tragen könnte, dann frage ich, ob man das nicht auch schon übersehen konnte, als die Fraktion hervorgetreten ist und gesagt hat: Jetzt bringen wir aber bestimmt die Lastensenkung, die Steuerumformung und das Steuersenkungsprogramm. Da mußte man das dem Volke offen und ehrlich sagen. Sonst stehen wir als Führer vor dem Lande, das erwartet hatte, daß in diesen Tagen in Berlin etwas Positives herauskommen würde, hoffnungslos da. Darum möchte ich betonen: Es ist wirklich schwer, ein Verständnis aufzubringen für die Haltung derjenigen Abgeordneten, die heute mit Ja gestimmt haben. Denn man muß sich doch vorstellen, daß schließlich etwas durchgesetzt werden muß mit einer Deutschen Volkspartei, und wenn die übrigen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, sehen, daß die Deutsche Volkspartei im letzten Augenblick doch immer zum Umfallen zu bringen ist, wird es soweit kommen, bis einmal bei der Reichstagsauflösung die Deutsche Volkspartei überhaupt keine Plattform mehr hat, auf der sie die Wahlen machen kann. Wo liegt denn eine Sicherheit? Wenn ich den Antrage ansehe, der im Reichstag dem Vertrauensvotum zugrunde gelegen hat, so sind darin so viele Vorbehalte, daß nachher bei der endgültigen Formulierung des Reformprogramms irgendetwas herauskommen kann, was nicht eine Verminderung, sondern eine Erhöhung der Steuern bedeutet.

Und nun ein sehr interessantes Moment: Herr Dr. Moldenhauer hat hier mit Verve gesagt, wir 12 Männer in der Regierung wollten einmal auf den Tisch schlagen und bei den Fraktionen etwas durchsetzen. Es ist etwas durchgesetzt worden, aber heute nur gegen die Fraktion der Deutschen Volkspartei (Bravo!). Das ist eben das mangelnde Vertrauen, nachdem wir so viele Jahre immer gehört haben, wir werden es machen, wir werden es machen, und nie gesehen haben, daß die Fraktion erzwungen hat, daß etwas gemacht wird (Bravo!). Das ist das Unglück bei der Situation. Darum kann ich nicht verstehen, wie es die Ja-Sager fertiggebracht haben, dem Finanzminister Hilferding und dieser Regierung das Vertrauen auszusprechen, weil Hilferding derjenige gewesen ist, der die ganze Zeit verhindert hat, daß eine Sanierung gemacht wurde. Und wenn die Fraktion einmal Nein gesagt hätte, dann wäre doch die Katastrophe nicht da, sondern die Möglichkeit gegeben, daß wir einen Finanzminister bekommen, der eventuell mehr Verständnis dafür hätte, ein durchgreifendes Finanzprogramm zu machen.

Lassen Sie mich schließen mit einem Appell an den Zentralvorstand. Die Dinge sind im Reichstag ihren Weg gegangen. Heute morgen bin ich mit aufgestanden, als der geschäftsordnungsmäßige Beschluß gefaßt wurde, eine weitere Debatte nicht stattfinden zu lassen, während die Fraktion nicht anwesend war. Ich verstehe voll und ganz diejenigen, die dem Grundsatz huldigen: Die Fraktion soll selbst ihre Verant-

wortung tragen. Aber wir im Zentralvorstand haben darüber hinaus die Pflicht, dem Lande zu sagen, besonders in diesem Falle, wo zum ersten Mal die Fraktion der Volkspartei in fast gleiche Hälften auseinandergesprungen ist, daß wir als Zentralvorstand zu denen gehören, die denen zustimmen, die Nein gesagt haben (Beifall).

Reichsminister Dr. Curtius: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Wenn man die Worte meines verehrten alten Freundes Kuhbier hörte, mußte man unter dem Eindruck stehen, daß wir in Deutschland in der Lage wären, eine Lastensenkung von unermeßlichem Umfang alsbald vorzunehmen. Ich habe in seiner Rede eine Bezugnahme auf unsere außenpolitische Lage, auf den Young-Plan[38], vermißt. Ich glaube, daß wir dieses ganze Problem auch nur verstehen, wenn wir uns darüber klar sind, daß erst dann, wenn uns das Ausland die Möglichkeit zu dieser Lastensenkung gegeben hat, und in dem Umfang, in dem es uns gelingt, vom Ausland diese Möglichkeit zu erlangen, von einer positiven Lastensenkung die Rede sein kann (Sehr richtig!). Ich verstehe nicht, wie sich ein Mann der Wirtschaft mit offenem Blick hinstellen und den Eindruck erwecken kann, als ob wir in der Lage seien, alsbald dem deutschen Volk Hunderte von Millionen an Lasten zu ersparen. Ich halte das für eine Demagogie, die hier nicht am Platze ist (Sehr richtig!).

Es wäre notwendig, einmal den Gesamtzusammenhang darzustellen. Die Dinge liegen doch so, daß diese Regierung im Sommer 1928 ins Leben gerufen worden ist[39], um in erster Linie eine Revision des Dawes-Planes und die Räumung herbeizuführen, und es wird allzu leicht vergessen, daß wir überhaupt unter diesem Vorzeichen unsere gesamte Politik seither geführt haben. Wir haben uns bisher auf den Standpunkt gestellt, noch bis vor kurzem, daß dieses Finanzprogramm erst verwirklicht werden kann, wenn der Young-Plan tatsächlich in Kraft gesetzt worden ist. Stresemann und ich haben bis zu Stresemanns Tod uns auf den Standpunkt gestellt, daß es, außenpolitisch gesehen, verbrecherisch wäre, mit dem Lastensenkungsprogramm alsbald hervorzutreten.[40] Ich sage Ihnen auch heute noch: Ich habe im Sommer den Standpunkt vertreten, die Haager Konferenz dadurch vorzubereiten, daß wir Steuersenkungen alsbald in dem Umfang herbeiführen, daß wir unter Umständen uns auf den Dawes-Plan zurückziehen können. Ich habe auch diesmal in der Kabinettssitzung für das Sofortprogramm von Steuersenkungen und Verminderung weiterer Lasten gestimmt, damit wir auf dieser Konferenz finanziell anders dastehen, als wenn wir uns einseitig auf Steuersenkungen festgelegt haben.

Ich sage Ihnen weiter, daß Diplomaten anderer Länder verschiedentlich zu mir in diesen Fragen gekommen sind und mir gesagt haben: Es muß euch in Deutschland ausgezeichnet gehen, wenn ihr in der Lage seid, ein Steuersenkungsprogramm in diesem Umfange vorzulegen (Sehr richtig!). Wir gehen nicht ohne das allergrößte Risiko auf diese zweite Haager Konferenz[41] mit diesem Programm, das wir hier ge-

[38] Zum Young-Plan siehe Dok. Nr. 76, Anm. 4.

[39] Das Kabinett Müller II amtierte seit dem 28.6.1928, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 5.

[40] Stresemann hatte die Veröffentlichung eines Steuersenkungsprogramms vor Verabschiedung des Young-Plans im Reichstag entschieden abgelehnt, siehe Dok. Nr. 76, S. 854 f.

[41] Aufgabe der 2. Haager Konferenz (3.–20.1.1930) war es, die zahlreichen komplizierten Detailfragen rechtlicher und finanzieller Art zu klären, die mit der Inkraftsetzung des Young-Plans und der Gründung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zusammenhingen, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 39.

bracht haben. Dennoch habe ich es, wie die Dinge liegen, auf mich nehmen müssen, daß wir dieses Steuersenkungsprogramm zunächst einbrachten, weil, bedauerlich genug zu sagen, wir allesamt, insbesondere draußen im Lande, angesichts der Krise die Nerven verloren haben. Ich wollte, daß das deutsche Volk etwas stärkere Nerven besessen und gewartet hätte bis zu dem Augenblicke, wo die Regierung ihr Hauptprogramm, nämlich die Revision des Dawes-Planes und die Durchsetzung des Young-Planes, tatsächlich erreicht haben würde.

Ich wollte auch, daß Herr Kuhbier etwas mehr von den Ultimo-Schwierigkeiten gesprochen hätte und auch mitgeteilt hätte, wie man draußen in der Wirtschaft ebenfalls die Notwendigkeit der Überwindung dieses Ultimo ansieht. Wenn wir in dieses Ultimo hineingeschlittert wären und tatsächlich nicht in der Lage gewesen wären, aus dieser Kalamität herauszukommen, wäre uns die andere Grundlage für jegliche Lastensenkung vollkommen zerschlagen worden.

Ich sage Ihnen hier, wenn Sie bei dieser Gelegenheit Herrn Dr. Hilferding beseitigen wollen: Herr Hilferding ist derjenige, der gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht die Steuersenkungen machen will. Denn Herr Schacht hat in den wiederholten Verhandlungen, auch mit mir bei der Kreuger-Anleihe[42] sich auf den Standpunkt gestellt: In dem ganzen Jahre 1930 kann von Steuersenkung nicht die Rede sein (Hört! Hört!), sondern Sie haben die Pflicht, zunächst dafür zu sorgen, daß unser Etat sich auf das Letzte ausgleicht und wir keinerlei Defizit mehr haben. Ich glaube, daß es absolut unrichtig ist, Herrn Hilferding alle Schuld aufzuladen. Die Sozialdemokratie hat heute sich noch zu Protokoll uns gegenüber verpflichtet, positiv an diesem Steuersenkungsprogramm mitzuarbeiten. Und um die Frage Hilferding von meinem Standpunkt aus zu erledigen, möchte ich sagen: Es ist leicht gesagt, der Finanzminister Hilferding muß beseitigt werden. Wir wären die ersten, die es getan hätten. Aber wo ist in diesem Gesamtzusammenhang aus der Sozialdemokratie heraus ein Mann, der jetzt an seine Stelle gesetzt werden könnte? Ich sehe nicht einen einzigen, der in der Lage sein würde, ihn wirklich zu ersetzen. Und glauben Sie mir: Hilferding ist schließlich noch der beste Garant für die Durchführung dieses Steuersenkungsprogramms. Wir müssen es mit der Sozialdemokratie machen oder wenigstens den Versuch machen bis zum äußersten, mit der Sozialdemokratie und mit einem sozialdemokratischen Finanzminister diese gewaltige Umschichtung von den direkten Steuern auf die indirekten vorzunehmen. Solange dieser Versuch nicht bis zu Ende gemacht ist, solange haben wir die Pflicht, den Finanzminister Hilferding zu halten, weil wir keinen anderen sehen (Bravo!).

Nun lassen Sie mich auch noch etwas Weiteres sagen. Wir haben den Zeitpunkt uns ursprünglich so zu wählen versucht, daß wir gesagt haben: Wir wollen mit der Durchsetzung des Young-Planes die Erledigung der gesamten Steuergesetze verbinden. Es ist in diesen Tagen mit großem Recht gelegentlich in der Fraktion gesagt

[42] Am 26. 10. 1929 war zwischen dem schwedischen Zündholztrust unter Führung von Ivar Kreuger und dem Deutschen Reich eine mit 6 % zu verzinsende und 50 Jahre laufende Anleihe von 125 Millionen Dollar vereinbart worden, die an das Inkrafttreten des Young-Plans gebunden war. Als Gegenleistung mußte das Reich ein Zündholzmonopol schaffen, in dem der schwedische Konzern beträchtlichen Einfluß besaß, siehe Kabinette Müller II, Dok. Nr. 306; Maurer, S. 79; zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats siehe den Entwurf eines Zündwarenmonopolgesetzes, RTDrs., Bd. 439, Nr. 1572; Schultheß 1929, S. 194.

worden: Wäre es nicht unter Umständen für die Deutsche Volkspartei eine viel gefährlichere Situation geworden, wenn wir in die Lage versetzt worden wären, wegen Mangels des Steuersenkungsprogramms den Young-Plan fallenzulassen? Die Gefahr wäre doch heraufgezogen, und die Gefahr kann immer noch heraufziehen. Ich glaube – und ich habe mir das seit langem überlegt –, daß es nicht richtig sein würde, da doch die Verabschiedung all dieser Steuern Monate in Anspruch nehmen wird, den Young-Plan, wenn er, hoffentlich bald, vor den Reichstag kommt, von diesem ganzen Programm loszulösen. Wir würden jedenfalls in diese gefährliche Situation hineingeraten sein, und dann hätten wir keinerlei Gewähr gehabt, daß die Sozialdemokraten mit uns irgendetwas von den Gesetzen mitgemacht haben würden. Die Situation, die wir jetzt ausgenutzt haben, hat uns wenigstens das eine eingetragen, daß zunächst die Sozialdemokratie sich bereit erklärt hat, diese Entschließung, dieses Vertrauensvotum mitzutragen. Und bagatellisieren Sie das bitte nicht. Ich verstehe auch da Herrn Kuhbier nicht. Er hat anscheinend die Entwicklung der ganzen Tage nicht verfolgt oder sich nicht orientiert. Die Sozialdemokratie hat zunächst einmal alles abgelehnt und sich geweigert, die einfachste Entschließung hinsichtlich eines Finanzprogramms mit zu unterzeichnen. Sie hat sich dann bereit erklärt, eine verwaschene Erklärung seitens des Zentrums mitzumachen. Und diese Erklärung, die sie heute mit unterzeichnet hat – und über die sie noch auf besonderen Wunsch der Fraktion besondere private Erklärungen abgegeben hat –, bindet sie jedenfalls nach mancher Richtung positiver, als das bisher geschehen ist. Sie sehen, ich drücke mich außerordentlich vorsichtig aus. Aber, wie ich in der Fraktion schon gesagt habe, lassen Sie mich auch hier sagen: Herr von Lindeiner-Wildau hat gestern mit Recht ausgeführt, es sei ein historischer Moment zu sehen, daß die Sozialdemokratie bereit wäre, sich positiv einzustellen für ein derartiges Finanz-Programm, wie es der Finanzminister Hilferding vorgelegt hätte.[43] So sehe auch ich die Dinge an. Ich glaube, es wäre töricht von uns gewesen, diese Gelegenheit nicht beim Schopfe zu greifen und nicht den Versuch zu machen, mit der Sozialdemokratie, nachdem sie, wenn auch zögernd, sich bereitgefunden hat, uns zu folgen, nun diesen Weg weiter zu gehen.

Wir haben den Versuch gemacht, auf diesem Wege voranzugehen. Gewiß, die drei Fraktionen Zentrum, Demokratie und Volkspartei sind zunächst nur diejenigen, die geschlossen und unmittelbar hinter der Regierung stehen. Aber wir haben den Erfolg gehabt, daß auch die Sozialdemokratie bereit ist, uns auf diesem Wege zu folgen. Wir haben deswegen die Pflicht, die Sozialdemokratie solange bei dieser Fahne zu halten, wie es nur irgend möglich ist. In dem Augenblick, wo wir sehen, daß das nicht mehr

[43] In seiner Rede vor dem Reichstag am 13.12.1929 hatte v. Lindeiner-Wildau (DNVP), trotz scharfer Kritik an Einzelheiten, der Haltung der Sozialdemokratie zum Finanzprogramm Anerkennung gezollt, siehe VRT, Bd. 426, S. 3561 ff. In der Fraktionssitzung vom Vormittag des 14.12.1929 hatte Curtius ausgeführt: »Die Regierung hat endlich sich ein Ziel gesetzt, für das sie kämpfen will. Das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten wollten folgen. Ohne die Sozialdemokraten sei das Ziel nicht zu erreichen. Wolle man nun die Sozialdemokraten heranziehen oder zurückziehen? [...] Wenn wir unter der Voraussetzung ausreichender Erklärungen der Sozialdemokratie zustimmen, dann machen wir uns verdient um die Wirtschaft. Wenn wir ablehnen, dann tragen wir die volle Verantwortung für den Ultimoskandal und seine außenpolitischen Folgen [...] Die Lage vor dem Zentralvorstand möge schwierig sein, schließlich aber habe die Fraktion die Verantwortung«, BAK R 45 II/67, p. 186.

geht – Kollege Moldenhauer hat das schon ausgesprochen –, gehöre ich ebenso wie Moldenhauer zu denen, die der Auffassung sind: Dann müssen wir uns von der Sozialdemokratie trennen, um der Durchführung dieser Ziele wegen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dabei aber doch auch ein paar Worte zu dem Votum sagen, daß heute abgegeben worden ist. Ich möchte auch meinerseits sagen, daß es mir schmerzlich genug ist, daß viele alte Freunde sich von uns getrennt haben, daß sie rote Karten gegen die Mitglieder der Regierung beziehungsweise gegen die übrigen Mitglieder der Fraktion abgegeben haben. Aber ich glaube, zunächst einmal sagen zu sollen: Es ist ja glücklicherweise nicht eine Trennungslinie gewesen auf irgendeinem Weltanschauungsgebiet, es ist glücklicherweise nicht eine Trennungslinie gewesen einer Rechten und einer Linken, sondern es sind wahrscheinlich im wesentlichen Fragen des Temperaments auf der einen Seite gewesen (Hört! Hört!) – verzeihen Sie, ich glaube, auch mehr –, und es ist auf der anderen Seite, selbstverständlich auch bei denjenigen, die abgelehnt haben, das allmähliche Zusammenballen all dieser Sorgen und Befürchtungen, all dieser Unbequemlichkeiten, all der Kritik, die in all den vergangenen Jahren sich aufgehäuft hat, gewesen. Das erkennen wir selbstverständlich an. Es ist sicher auch auf dieser Seite eine viel pessimistischere Einstellung zu den Dingen. Es ist aber ferner der Glaube gewesen – und den müssen wir ihnen vindizieren –, mit diesem Votum eine bessere Lage herbeizuführen. Und in dieser Frage der Beurteilung dessen, was hinterher kommt, haben wir uns grundlegend geschieden. Das sind aber nicht Fragen der Weltanschauung, die uns getrennt haben, sondern letzten Endes nur Fragen der Beurteilung.

Darum glaube ich, daß wir ruhig weiter zusammenarbeiten können und daß es deswegen nicht notwendig ist, daß nun ein tiefer Riß durch die Gesamtpartei geht. Es wäre etwas anderes, wenn es sich um eine große Weltanschauungsfrage, um das Reichsschulgesetz oder eine derartige Frage gehandelt hätte. Dann wäre es einfach nicht zu ertragen gewesen, daß die Fraktion auseinanderfiel. Aber in dieser Frage, wo es sich um die Beurteilung handelt: Was kommt danach, wenn wir jetzt diese Abstimmung so oder so vornehmen, ist es meines Erachtens eine Frage der Zweckmäßigkeit gewesen, die die Entscheidung nach der einen oder anderen Seite hat fallen lassen.

Es ist ja nun bedauerlich, daß es nicht möglich gewesen ist in der Eile des Augenblicks, noch von einem Vertreter der Fraktion eine Rede halten zu lassen, wie das häufig in solchen Fällen geschehen ist, in der der Standpunkt der Mehrheit und der Minderheit offen dargelegt wurde. Das würde draußen, glaube ich, einen besseren Eindruck hervorgerufen haben, als wenn heute nur die Mitteilung herausgeht, daß ein Teil der Fraktion von dem anderen Teil sich getrennt hat. Mein Wunsch geht dahin, daß, wenn es heute zu einer Entschließung kommen sollte, versucht wird, beides zum Ausdruck zu bringen, daß versucht wird, einen versöhnenden Abschluß zu erreichen, der in positiver Richtung liegen muß, die der Entwurf von Herrn Dr. Jaenecke kennzeichnet, in der positiven Richtung, daß wir auf diesem Wege weiter vorwärtsdrängen müssen entsprechend dem, was wir in der Volkspartei seit Monaten angestrebt haben, daß wir einem Ziel zustreben müssen, das wir unter allen Umständen glauben erreichen zu sollen. Ich würde nur bitten, daß wir dann auch ganz klar dieses Ziel verfolgen und dabei nicht etwa davon sprechen, daß die Krise nur vertagt wäre. Denn dann würde es heißen, daß wir diejenigen sind, die demnächst die Krise

machen wollen. Ich glaube, wir müssen auch in unseren eigenen Reihen uns davor hüten, als solche offenen Krisenmacher zu erscheinen. Ich weiß auch nicht, ob es zweckmäßig ist, einen offenen Stoß gegen den Reichsfinanzminister Hilferding zu führen. Nachdem die Mehrheit der Fraktion heute auch ihm das Vertrauen mit ausgesprochen hat, glaube ich, daß es die Pflicht des Zentralvorstandes ist, auch hier eine gewisse Disziplin zu üben. Stellen Sie die Entschließung, wenn irgend möglich, ab auf die positiven Forderungen für die zukünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dann kommen wir am ehesten über die inneren Schwierigkeiten hinweg.

In dem schönen Telegramm – damit lassen Sie mich schließen –, mit dem unser Freund Scholz das Amt des Parteiführers annimmt, hat er die meines Erachtens richtige Formulierung gebraucht: Durch die Partei für Volk und Vaterland! Als wir im vergangenen Sommer um die erste Entscheidung in der Frage der Arbeitslosenversicherung gerungen haben und die Mehrheit der Fraktion, wie Sie wissen, schließlich bereit gewesen war, dem Entwurf zuzustimmen, ein überwiegender Teil aber ihn ablehnen wollte, da hat auch diese Mehrheit sich auf den Standpunkt gestellt, wir wollen um der Einheitlichkeit willen uns der Stimme enthalten.[44] Ich habe mich schweren Herzens damals auch dazu entschlossen, und zwar deshalb, weil es mir daran lag, die Fraktion möglichst einheitlich über die Situation hinwegzuführen. Wir haben, glaube ich, noch eine historische Aufgabe als Partei und als Fraktion. Es kann eine ganz andere Mission geben. Ich will gleich einem Einwand, den ich mir auch immer zu machen habe, begegnen; nicht die [Mission], daß wir wünschen, daß wir noch einmal der Magnet sein werden, der die Kräfte von links und rechts an sich zieht. Wir könnten einer weiteren Zersplitterung entgegengehen.[45] Aber ich glaube, wir sollten in dieser Krise des Parteilebens überhaupt die Aufgabe uns stecken, daß wir versuchen müssen, weite Kräfte von links und rechts heranzuziehen. Dazu ist es meiner Auffassung nach notwendig, nicht nur immer auf das Staatsganze zu sehen, sondern auch den Versuch zu machen, die wertvollen politischen Faktoren, die in diesem Staatsleben unentbehrlich sind, die Partei und die Fraktion, so stark wie möglich zu erhalten. Darum bitte ich Sie, daß wir heute versuchen, über diese Schwierigkeiten des Augenblicks hinwegzukommen, indem wir uns positiv und sachlich für die Ziele der Partei einstellen und die Erwartung aussprechen, daß die Minister und die Reichstagsfraktion in diesem Sinne versuchen, durch dick und dünn zu gehen zur Erhaltung der Partei (Lebhafter, anhaltender Beifall).

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Ich darf zwischendurch zweierlei bemerken. Zuerst darf ich die wohl selbstverständliche Bitte aussprechen, daß die Ausführungen, die unser Freund Moldenhauer über seine speziellen Beziehungen zu dem Herrn Reichsbankpräsidenten gemacht hat, als vertraulich behandelt und nicht der Presse überliefert werden. Das Zweite ist die Mitteilung, daß die auf Montag, den 16. Dezember, vormittags 10 Uhr, einberufene Sitzung des Ausschusses für Reichsreform bis nach Neujahr verschoben werden muß.[46]

[44] Siehe Anm. 35.

[45] Die vorangehende unklare Passage ist in der Vorlage an der Seite angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

[46] Der vom PV eingesetzte Ausschuß beschloß in seiner Sitzung am 17.1.1930 umfangreiche Richtlinien zur Reichsreform, die zunächst jedoch vertraulich behandelt werden sollten, siehe

Herr Dr. Hugo: Meine Damen und Herren! Ich hatte an und für sich nicht die Absicht, hier heute abend das Wort zu nehmen. Aber es scheint mir doch Pflicht zu sein, daß einer derer, die bis zum Schluß gegen das Vertrauensvotum aufgetreten sind und heute eine rote Karte abgegeben haben, hier auch die Gründe darlegt, die uns veranlaßt haben, diese Haltung einzunehmen. Wenn wir diese rote Karte abgegeben haben, dann haben wir es nicht getan, um unseren Fraktionskollegen in der Regierung ein Mißtrauen auszusprechen. Ich persönlich möchte sogar noch weitergehen: Ich habe dabei nicht so sehr im Auge gehabt, das Kabinett in seiner Gesamtheit zu treffen, auch nicht einmal so sehr den Reichskanzler, als vielmehr die Tatsache, daß die bisherige Handhabung der innerfinanzlichen Aufgaben des Kabinetts von dem Mann, der an verantwortlicher Stelle steht, in einer so ungeheuerlichen Weise vernachlässigt worden ist, daß das mit einem Vertrauen überhaupt nicht gedeckt werden kann. In erster Linie steht Herr Hilferding als derjenige da, gegen den sich dieses Mißtrauensvotum richtet.

Wenn hier gesagt wird, wir sollten keine Krise machen, so frage ich: Wer hat denn diese Krise gemacht? Der erste Meister dieser Krise ist Herr Hilferding, der anderthalb Jahre lang die Reichsfinanzen sich abwirtschaften läßt, die Verschuldung bis über die Pappelbäume betreibt, den Pump in der ganzen Welt anlegt, Privatleute heranholt und ihnen Monopole verkauft und dergleichen mehr, der sogar steuerfreie Anleihen ausgibt, alles als Sozialist, nur um nicht gezwungen zu sein, die Finanzen in Deutschland in Ordnung zu bringen (Sehr richtig!). Wer so die Ausgaben verwaltet, verdient nicht das Vertrauen des Reichstags. Er hat die Krise gemacht. Herr Hilferding hat nichts getan bis zu dem Augenblick, wo sich plötzlich zu seinem Schrecken herausstellte, daß ein weiterer Pump nicht mehr möglich ist (Sehr richtig!). Diese Ultimogefahr, für die wir doch weiß Gott nicht die Verantwortung tragen, für deren Beseitigung die Partei heute wieder gewaltige Opfer ihres Ansehens im Lande bringen muß, diese Gefahr, die eintritt, nachdem anderthalb Jahre das Kabinett unter Hilferdings Finanzführung am Ruder ist, soll innerhalb von vierzehn Tagen beschworen werden, weil man bis dahin die Dinge hat laufen lassen. Meine Damen und Herren! Wenn es überhaupt einen Sinn hat zu regieren, wenn überhaupt der Parlamentarismus nicht in Grund und Boden sinken soll, dann dürfen solche Zustände, darf ein solches Verwalten der Reichsfinanzen nicht mit dem Vertrauen gedeckt werden (Sehr richtig!).

In zweiter Linie wenden wir uns gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hinsichtlich ihrer Haltung in steuerpolitischen Fragen. Ich habe nicht das Vertrauen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion uns in nächster Zukunft ermöglichen wird, eine Finanzreform durchzusetzen, die diejenigen Wirkungen hervorruft, die zwingend notwendig sind, um unsere deutsche Wirtschaft neu zu beleben und neues Vertrauen zur Lebensmöglichkeit zu geben. Die Sozialdemokratie und vor allem auch diejenigen Leute, die in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Vertretung der Steuerfragen haben[47], sind derartig dogmatisch, auch bis heute und bis zur Stunde, auf ihre Ideen festgelegt – und ich brauche nur an das Wort von der

BAK NL Luther 363 sowie den in grundlegenden Einzelheiten abweichenden Entwurf des »Februar-Clubs für Westdeutschland«, BAK R 45 II/4, p. 5–11.

[47] In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war – neben Wilhelm Keil – vor allem Paul Hertz der federführende Steuerexperte, siehe auch Leuschen-Seppel, S. 240ff.; zur Haltung des

Kapitalpsychose zu erinnern, an die ganze Art, wie diese Dinge der Riesenkapitalnot im »Vorwärts« behandelt worden sind. Die sind dort bagatellisiert, die sind dort lächerlich gemacht, als wenn überhaupt in Deutschland Kapital ein überflüssiger Faktor sei, als wenn genügend Kapital vorhanden sei. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird, fürchte ich, uns nicht so bald die Gelegenheit geben, eine Steuerreform durchzuführen, die das Mindestmaß dessen darstellt, was von der Volkspartei gefordert und was zum Nutzen des deutschen Volkes und zur Rettung aus der furchtbaren Situation der Wirtschaft notwendig ist (Zuruf: Mit wem wollen Sie sie machen?) – Warten Sie ab, ich komme noch dazu. – Nehmen Sie das, was heute das Kabinett uns als Finanzprogramm vorlegt, durchaus nicht so, daß es, ich möchte sagen, eine ungeheure Leistung zur Besserung der Lage darstellt. Ich bin weit davon entfernt, die Dinge zu bagatellisieren. Aber mit einer zwanzigprozentigen Gewerbesteuer werden Sie den gewaltigen Druck nicht los, der heute auf der Wirtschaft lastet, und mit einer Einkommensteuersenkung von 25 %, die sich in drei Etappen vollziehen soll, werden Sie nicht die Druckminderung hervorrufen können, die notwendig ist, und was für die Industrie aus dem Abbau der Industrieobligationen in den ersten beiden Jahren zu leisten ist, wird in der Hauptsache entnommen aus den Kapitalreserven, die in den Industrieobligationen vorhanden sind, und die Rentenbankzinsen-Erleichterung wird aus dem Mehraufkommen der Reichsbank genommen. Also ist es nicht so, daß zu Lasten irgendwelcher anderen Faktoren große Mittel gewonnen würden, um den Druck von der Wirtschaft zu nehmen, ihn so zu erleichtern, wie wir es für notwendig ansehen und wie es die Partei immer vertreten hat.

Trotzdem Herr Minister Curtius gesagt hat, daß ein Programm der Steuersenkung außenpolitisch gesehen ein Verbrechen darstelle, stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir die Steuersenkung haben müssen, und ich bin auch der Überzeugung, daß die Fraktion einmütig die Steuersenkung verlangt (Zuruf: Vor dem Young-Plan?). – Lassen Sie mich ruhig weiterreden. Welche Sicherungen sind uns denn gegeben, daß das Programm durchgeführt wird? Ich sehe die einzige Sicherung darin, daß eines guten Tages die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Weg, den wir gehen wollen, nicht mitgehen will, daß unsere Herren aus dem Kabinett ausscheiden, und die Krise später eintritt, die jetzt nur vertagt ist. Daß das eine Sicherheit sei hinsichtlich der Erreichung des Zieles, kann ich nicht anerkennen.

Nun hat man von uns auch noch weitere Opfer verlangt. Wir haben Vorleistungen vollbringen müssen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat seit langem den Standpunkt vertreten, daß eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nur in Frage kommen kann, wenn vorher alle Mittel ausgeschöpft sind, um durch eine innere Sanierung der Arbeitslosenversicherung die Dinge in Ordnung zu bringen. Darauf müssen wir jetzt nicht nur verzichten, wir müssen nicht nur zustimmen, daß eine Erhöhung der Beiträge von uns jetzt zugebilligt wird als Vorschußleistung, sondern die Reichstagsfraktion muß den Initiativgesetzentwurf mit einbringen und unterzeichnen, der, ohne irgendwelche reformatorischen Maßnahmen an

linken Parteiflügels siehe Ernst-Viktor Rengsdorf, Links-Opposition in der Weimarer SPD. Die »Klassenkampf-Gruppe« 1928–1931, Hannover 1977, S. 56.

der Arbeitslosenversicherung weiter vorzunehmen, eine Erhöhung der Beiträge jetzt unmittelbar vor Weihnachten durchführt[48] (Hört! Hört!).

Ich glaube, das sind Ansinnen, die rein politischer Natur sind. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte es nicht nötig, auf diesem Punkt unbedingt zu bestehen, wenn sie nur sachliche Politik machen wollte, wenn sie über den Ultimo hinwegkommen wollte. Sie hat uns dieses kaudinische Joch gebaut (Zuruf: Das Zentrum!). – Das ist ja in einem späteren Augenblick geschehen. Zunächst hat die Sozialdemokratie absolut darauf bestanden, daß für die Vorleistung der Tabaksteuer[49] ihrerseits wir die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mitmachen. Hermann Müller hat dann in einem späteren Stadium gesagt, er legte keinen Wert darauf, und dann hat das Zentrum gesagt: Nun wollen wir die Dinge doch darin behalten. Ich spreche ja von dem, was die Deutsche Volkspartei schlucken muß, und nicht von dem, was die anderen von uns als Geschenk entgegennehmen wollen.

Dann weiter! Die Sozialdemokratie stellt sich auf den Standpunkt – das ist durch private Sondierungen festgestellt worden –, daß sie nur dann bereit ist, eine Steuersenkung vorzunehmen, wenn sich Mittel dafür ergeben. Meine Damen und Herren, wenn diese Mittel natürlich beschränkt bleiben aus den frei werdenden Erleichterungen aus den Reparationszahlungen, dann werden wir der Wirtschaft damit nicht ausreichend dienen können. Etwas Weiteres hinzuzutun, ist ja hinsichtlich der Tabaksteuer eine beschlossene Angelegenheit. Wie weit das Heranziehen der Biersteuer erfolgen wird, ist eine zweite Frage. Wir haben darauf bestanden, daß eine Kopfsteuer eingeführt wird, um in den Gemeinden einen Ausgleich dafür zu bekommen, daß zwar heute die breiten Massen ein gewaltiges politisches Gewicht bei der Ausgabenbestimmung haben, daß sie aber keinerlei Verantwortung für die Beschaffung der Mittel zu tragen brauchen. Wir haben das in der Fraktion als eine Kardinalfrage betrachtet, daß diese Sache nicht unter den Tisch fällt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich aber in nichts darauf festgelegt, uns etwa in dieser Frage entgegenzukommen oder diesen Weg mitzugehen. So liegen die Dinge tatsächlich praktisch.

Ich glaube, daß wir wohl ein Recht haben, in dieser Situation das stärkste Mißtrauen gegenüber der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Herrn Dr. Hilferding zum Ausdruck zu bringen. Und ich glaube weiter, daß, wenn wir den Weg gehen wollen, der zum Ziele führen soll, es außerordentlich wirksam und bedeutungsvoll ist, daß nicht unsere Reichstagsfraktion in ihrer Gesamtheit heute der Regierung das Vertrauen ausgesprochen hat. Wenn es überhaupt möglich ist, die Sozialdemokratie auf dem Weg der Erfüllung unserer Wünsche und Forderungen weiterzubringen, dann wird es nur dadurch möglich sein, daß die Gesamtheit des Deutschen Reichstags und auch damit die Sozialdemokratische Partei klar sehen muß, daß in der Deutschen Volkspartei doch ein ganz energischer Widerstand vorhanden ist und daß wir

[48] Der Gesetzentwurf, der eine bis zum 30. 6. 1930 befristete Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 % vorsah, wurde von den Koalitionsparteien am 16. 12. 1929 eingebracht, siehe RTDrs., Bd. 438, Nr. 1507. Der Reichstag nahm die Vorlage am 21. 12. mit 248 gegen 154 Stimmen bei 9 Enthaltungen an, siehe VRT, Bd. 426, S. 3805.

[49] Der Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes (RTDrs., Bd. 438, Nr. 1506) vom 16. 12. 1929 wurde vom Reichstag am 21. 12. mit 250 gegen 146 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen, siehe VRT, Bd. 426, S. 3805.

nicht einfach ohne weiteres um der Koalitionserhaltung willen alles schlucken, was man von uns verlangt. Wäre diese Opposition heute nicht da, hätten wir alles ohne diese Opposition hingenommen, so würden wir, glaube ich, zur Durchsetzung unserer weiteren Ziele einen außerordentlich schweren Stand bekommen haben.

Nun ist gesagt worden, daß die Senkung der Steuern vor Verabschiedung des Haager Abkommens nicht möglich gewesen sei. In dieser Richtung hat Herr Minister Curtius sogar das Wort »verbrecherisch« gesprochen. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß die Reichstagsfraktion einstimmig den Beschluß gefaßt hat, nicht die Verabschiedung des Haager Abkommens abzuwarten, sondern vorher von der Reichsregierung die Vorlage eines Finanzprogramms zu verlangen und dieses nach Möglichkeit durchzusetzen (Hört! Hört!). Das hat die Fraktion beschlossen, und unser derzeitiger Fraktionsvorsitzender hat diesen Beschluß dem Herrn Reichskanzler Müller vor vierzehn Tagen mündlich überbracht.[50] Wie man demgegenüber sagen kann, daß wir nun nicht vor Abschluß der Haager Konferenz derartige Forderungen aufstellen dürften, verstehe ich nicht ganz. Ich bin auch der Überzeugung, daß ein Verpassen einer Sanierung der Reichsfinanzen vor der Weiterführung der Haager Verhandlungen uns in eine denkbar unglückliche Lage gebracht hat. Mit den ungeordneten Reichsfinanzen steht heute die deutsche Delegation weiß Gott wesentlich schwächer im Haag da, als es der Fall sein würde, wenn wir unabhängig vom Haag für eine Sanierung unserer Finanzen rechtzeitig Sorge getragen hätten (Sehr richtig!). Ich kann mir nicht vorstellen, daß es überhaupt für die Delegation erträglich ist, daß die Welt weiß, wie wir unsere ganze finanzielle Neuordnung in Deutschland spekulativ einstellen auf den Tag, wo wir durch den endgültigen Abschluß der Haager Verhandlungen eine Lastensenkung bekommen, die wir finanzpolitisch dann verwerten können. Einen solch gewaltigen Druck, daß das Ausland sieht, wie es in Deutschland um die Finanzen steht und wir sehr darauf angewiesen sind, unbedingt jetzt möglichst schnell und um jeden Preis zu einem Abschluß zu gelangen, sehe ich außenpolitisch für außerordentlich gefährlich an. Ich bedaure, daß es dahin gekommen ist, daß man nicht früher eine Ordnung der Finanzen vorgenommen hat, daß von Seiten des Herrn Hilferding nichts unternommen worden ist, um das Reich in einen verhandlungsfähigeren Zustand zu versetzen, als es gegenwärtig der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, daß diese Krise nicht von uns gemacht worden ist, sondern gemacht worden ist einmal von dem sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding, der es zu den Ultimosorgen hat kommen lassen, und dann von den sozialdemokratischen Ministern[51]; denn wenn die sozialdemokratischen Minister jetzt in diesem Augenblick das Vertrauen vom Reichstag verlangt haben, wenn das insonderheit der Reichskanzler Müller laut angekündigt hat, dann hätte er dafür sorgen müssen, daß er seine Fraktion mindestens in dem Umfang hinter sich hatte, wie das Programm des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers ging (Sehr richtig!). Er hat doch – und das ist der dritte Faktor – erleben müssen,

[50] Nachdem Hoff am 28.11.1929 in der Fraktion über das Finanzprogramm referiert hatte, begab sich Zapf am folgenden Tag zum Reichskanzler, um ihm mitzuteilen, daß die »Fraktion nicht mehr mit der Finanzreform warten« könne und erklärte zudem: »Eventuell schreckt die Fraktion nicht vor Komplikationen zurück«, BAK R 45 II/67, p. 173.

[51] Handschriftliche Korrektur aus: »Reichstagsfraktion«.

daß Herr Breitscheid[52] im Reichstag eine Rede gehalten hat, worin er den Herrn Reichsfinanzminister mit seinem Programm unsanft beiseite schob und sagte: Was Du da willst, lieber Junge, das machen wir noch lange nicht, das werden wir uns noch dreimal überlegen.[53] Wenn das die stärkste Regierungspartei, die den Kanzler und Finanzminister stellt, macht und wenn man in einem solchen Augenblick das Vertrauen des Reichstags verlangt, dann kann man uns nicht die Schuld dafür zuschieben, daß wir dieses Vertrauen versagt haben, dann ruht die Schuld bei denen, die entweder die Dinge nicht übersehen haben oder die geglaubt haben, dadurch, daß sie stark auf uns drückten, trotzdem mit dem Vertrauensvotum durchkommen zu können.

Dieser Gegensatz zwischen den sozialdemokratischen Ministern auf der einen Seite, denen ich zum großen Teil zutraue, daß sie ein ganz gut Stück Weges mit uns gehen wollen, und der sozialdemokratischen Fraktion auf der anderen Seite, mit ihren 150 Mann[54], die in der Hauptsache in Konkurrenz mit den Kommunisten steht und daher radikal eingestellt ist, ist eine der politischen Tatsachen, die uns gerade in der Gegenwart das Regieren in der Koalition so außerordentlich schwer macht.

Auch ich bin der Ansicht, daß es jetzt in dem Gedanken politisch fortzuwirken gilt, möglichst viel herauszuholen und die Partei zusammenzuhalten. Ich bin allerdings der Meinung, daß dieses eine neue, schwere Probe für das Vertrauen gegenüber der Partei im Lande ist (Sehr richtig!). Aber wir werden alle Kräfte anspannen müssen, um darüber hinwegzukommen. Ich bin auch der Meinung, daß die Tatsache, daß ein Teil von uns heute gegen das Vertrauensvotum gestimmt hat, durchaus ein starkes politisches Mittel für unsere Kabinettsmitglieder ist. Wir, die wir dagegen gestimmt haben, haben dies nicht getan, um etwa weiter den Streit in der Partei zu führen, sondern um die Partei zu stärken, damit sie umso kräftiger in ihrem Widerstand gegen die Sozialdemokratie und deren Forderungen dasteht.

Ich bin auch der Meinung, daß wir uns darauf besinnen müssen – und wir hatten ursprünglich auch eine Entschließung in dem Sinne heute beabsichtigt –, daß wir ein Sammelbecken für die große politische Bewegung im Lande sein wollen, die nun einmal vorhanden ist und die irgendwo landen will. Wenn die Deutsche Volkspartei sich nicht fähig erweist, in den nächsten Monaten die Führung zur Sammlung des Bürgertums zu übernehmen, dann ist das Bürgertum in Deutschland in einer

[52] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Nationalökonom, Dr. phil. Nov. 1918–Jan. 1919 preußischer Innenminister (USPD); 1926–1930 Mtgl. der deutschen Delegation zum Völkerbund; Juli 1928–März 1933 Vors. der SPD-Reichstagsfraktion. 1920–1933 MdR (SPD). 1933 Emigration. Febr. 1941 in Vichy-Frankreich (zusammen mit Hilferding) verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert. 1944 Tod bei einem alliierten Luftangriff im Konzentrationslager Buchenwald.

[53] Breitscheid hatte bei der finanzpolitischen Debatte im Reichstag am 13. 12. 1929 erklärt, die SPD sei bereit, dem Sofortprogramm zuzustimmen, gleichzeitig aber herausgestellt: »Wenn sie im gegenwärtigen Augenblick zu den von der Reichsregierung dargelegten Grundzügen der Finanzreform nicht abschließend Stellung nimmt, so vor allem deswegen, weil die ungünstige Entwicklung der Finanzverhältnisse des Reichs es fraglich erscheinen läßt, ob die Voraussetzungen für eine so umfangreiche Steuersenkung, wie die Regierung sie plant, gegeben sind«, VRT, Bd. 426, S. 3561. In der Fraktion der DVP löste diese Erklärung große Entrüstung aus: so betonte Zapf in der Fraktionssitzung vom Abend desselben Tages: »Es ist festzustellen, daß die SPD durch ihre Haltung ihren Finanzminister desavouiert hat«, BAK R 45 II/67, p. 183.

[54] Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehörten 153 Abgeordnete an.

geradezu hoffnungslosen Lage (Sehr richtig!). Wir sind die einzigen, die es noch können. Herr Hugenberg hat gründlich alles verdorben, so daß nach dorthin die Sammlung nicht stattfinden kann. Wir müssen uns nicht nur an die Sozialdemokraten klammern, sondern wir müssen dafür sorgen, daß diejenigen Elemente, die in der Politik der Sozialdemokratie ihre Befriedigung nicht sehen und denen wir bisher nichts geboten haben, zu uns das Vertrauen gewinnen, daß sie sich uns anschließen können und daß wir die Bannerträger sein werden in der Sammlung des deutschen Bürgertums.

Wir hatten beabsichtigt, Ihnen heute eine Entschließung vorzulegen, die in das Land hineinwirken sollte, die programmatisch zum Ausdruck bringen sollte, was wir dem Volke bringen wollen, was wir politisch erstreben. Es ist keine Stärkung für die Partei, daß wir nach dem Ablauf der Dinge nicht in der Lage sind, mit diesen Ideen so herauszutreten, wie wir es wollten und wie es im Sammlungsinteresse des deutschen Bürgertums erwünscht gewesen wäre. Wir stehen noch zu frisch unter dem Eindruck des Ablaufs der Dinge. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, ein Scherbengericht nach der einen oder anderen Seite zu halten. Wenn hier Herr Dr. Moldenhauer davon gesprochen hat und wenn unser hochverehrter Herr Präsident ihm unter dem Beifall der Versammlung bestätigt hat, daß es sein tiefes nationales Wollen in ihm ist, das hier zum Ausdruck gekommen ist, so ziehen wir an demselben Strang. An demselben Strang ziehen diejenigen, die heute von irgendeiner Seite geglaubt haben, von der Deutschen Volkspartei eine Stärkung für den nationalen Kampf in Deutschland erleben zu sollen (Lebhafter Beifall und Zurufe).

Mir wird hier vorgeworfen, ich hätte mein Wort nicht eingelöst. Darf ich dazu noch ein Wort sagen.

Meine Damen und Herren! Mir ist die Frage vorgelegt worden: Mit welcher Mehrheit wollen Sie denn die Steuersenkung machen? Wenn wir unter Anwendung von Vernunft – nicht unter Anwendung der Grundsätze, die die Wirtschaftspartei propagiert, indem sie einfach alle lästigen Steuern streicht und unmögliche Forderungen erhebt[55] –, wenn wir unter Anwendung von Vernunft die Forderungen, wie sie von unserem Siebener-Ausschuß beschlossen worden sind, durchsetzen wollen, dann werden wir das nicht erreichen mit der Sozialdemokratie, dann werden die politischen Verhältnisse sich weiter entwickeln müssen (Lachen und Zurufe: Wie denn?). – Das voreilige Lachen sollte hier eigentlich unterbleiben, wenn Sie eine ernste Beantwortung Ihrer Frage wünschen. Wenn die Sozialdemokratie unter dem Druck der Verhältnisse, unter denen wir heute in Deutschland stehen – und der Druck ist unendlich groß und diese Not ist, wie Freund Moldenhauer kürzlich einmal gesagt hat, unser stärkster Bundesgenosse –, auf ihrem Standpunkt verharrt, wenn sie, dieser Not Hohn sprechend, ihre Klassenpolitik fortsetzen will, dann haben wir die Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß das deutsche Bürgertum seine Stunde erkennt und daß wir mit einer bürgerlichen Mehrheit in Deutschland die Regierung machen (Zurufe: Mit Hugenberg? – Die war noch schlechter!).

[55] Die WP verlangte eine Ausgabensenkung der Etats bis 1932 um 10 %, die Beseitigung der Hauszins- und Realsteuer und ihre Ersetzung durch Zuschläge zur Einkommensteuer, siehe auch Schumacher, Mittelstandsfront, S. 125 f.

Meine Damen und Herren! Am 22. Dezember geht die Periode Hugenberg zunächst einem Abschluß entgegen.[56] Was dann auf der Rechten werden wird, darüber wollen wir heute noch keine Betrachtung anstellen (Zuruf: Nationalsozialisten!). – Ja, wenn Sie damit alles decken wollen, wenn Sie zu dem Standpunkt kommen, dann werden Sie in Deutschland niemals Ordnung schaffen. Mit einem Stück Optimismus müssen wir auch arbeiten (Zuruf: Aber nicht mit Katastrophenpolitik!). Wenn die Dinge auf der Rechten sich in kurzer Zeit geklärt haben werden, dann wird sich, glaube ich, auch erweisen, daß es sehr wohl möglich ist, eine andere Mehrheit, und sei es nach Neuwahlen, zu finden, die uns in den Stand setzt, die Aufgaben, die vor uns liegen, zu lösen. Es ist hier nicht Ort und Zeit, im einzelnen darüber Betrachtungen anzustellen, in welcher Regierungsform, mit welchen politischen Mitteln das Ziel zu erreichen ist. Aber wenn Sie die Hoffnung aufgeben, daß es nicht auch einmal ohne die Sozialdemokratie ginge, dann werden Sie niemals in Deutschland zu anderen Zuständen kommen (Zurufe). – Sie können ruhig anderer Meinung sein. Aber ich glaube, es ist nicht richtig, wenn sie heute sich derartig in unserem eigenen Lager darüber erregen, wenn ein Politiker anderer Meinung ist als Sie. Lassen Sie uns die Sache in Ruhe austragen. Die Partei verträgt es nicht, daß wir uns hier in einem Sinne verunreinigen, daß Sie, wenn Sie eine gegensätzliche Meinung hören, den Mann, der das ausspricht, wie einen politischen Gegner behandeln (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender [Kahl]: Das letztere versteht sich wohl von selbst und ist Meinung der ganzen Versammlung.

Herr Retzmann[57]: Meine Damen und Herren! So weit die Kritik an der Vergangenheit in Frage kommt, stimme ich dem verehrten Herrn Vorredner durchaus zu. Die gegenwärtige Lage aber müssen wir gerade als Wirtschaftler ganz nüchtern ansehen. Wir haben im Reichsverband der Deutschen Industrie uns seit dem Jahre 1925 bemüht, ein Programm nach dem andern zu präsentieren, um vernünftige Wirtschaftsgrundsätze durchzubringen. Die neueste Denkschrift sagt in ihrer Einleitung, daß es trotz größten sachlichen Ernstes bisher nicht gelungen wäre, irgendetwas von diesem Programm durchzubringen.[58] Heute stehen wir vor der Lage, daß es zum ersten Mal möglich geworden ist, ein gesamtes Finanzprogramm durchzubringen, mag es uns genügen oder mag es uns nicht genügen, aber es ist Tatsache (Sehr richtig!). Ich glaube, wir würden dieselben Fehler machen, die wir den Deutschnationalen dauernd vorwerfen, eine Alles-oder-Nichts-Politik zu treiben, wenn wir heute dieses Pro-

[56] Am 22. 12. 1929 fand der Volksentscheid über den Young-Plan statt, siehe Dok. Nr. 76, Anm. 5.

[57] Heinrich Retzmann (* 1872), Konteradmiral. 1920–1927 Direktor und Vorstandsmtgl. der Heine & Co. AG. Vorstandsmtgl. des Landesausschusses der Arbeitgeberverbände Sachsens und des Verbandes Sächsischer Industrieller. Präsidialmtgl. des RdI. Vors. des Wahlkreisverbandes Leipzig.

[58] In seiner Denkschrift vom Dezember 1929 forderte der RdI, der Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik eine entscheidende Wende zu geben und plädierte – neben einer Einschränkung der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit – vor allem für eine Senkung der öffentlichen Ausgaben wie der Steuern, siehe Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1929. Zur Haltung des RdI und der Schwerindustrie siehe Weisbrod, S. 466 ff.; Neebe, S. 53 ff.; Grübler, S. 49 ff. Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Reichsregierung am 14. 12. 1929 stimmten – trotz des Versuchs des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds des RdI, Ludwig Kastl, die Fraktion zu einer Annahme zu bewegen – alle Interessenvertreter der Schwerindustrie in der DVP-Fraktion mit Nein, siehe Anm. 3.

gramm, das uns geboten wird, ablehnten (Zustimmung und Beifall). Ich habe gestern noch Gelegenheit gehabt, mit dem Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller[59] über diese Dinge zu sprechen. Die sächsische verarbeitende Industrie, die aus mittleren und kleineren Firmen in der Hauptsache besteht, die seit Jahren bitter unter der Kreditnot leidet, fühlt die Krisis, fühlt die Not am eigenen Leibe am allerstärksten. Aber wir haben uns beide gesagt: Wie die Dinge jetzt machtpolitisch liegen, wo die Rechte vollkommen versagt, wo wir keinen Rückzug haben auf eine andere Koalition, wäre es nicht zu verantworten, wenn wir in diesem Augenblick aus der Regierung herausgingen und uns bei der Durchführung dieses Programms, für das wir die einzigen Garanten sind, versagten (Sehr gut!).

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat gesagt, es sei nur ein Anfang gemacht. Er hat sich mit seinem Wort dafür verbürgt, daß er die Verantwortung nur solange trägt, wie dieses Programm durchgeführt wird. Ich glaube, wir haben daher als Wirtschaftler alle Veranlassung, dieses Wort als gegeben anzunehmen. Wir würden sonst vielleicht in dieselbe Situation geraten, in der wir heute in Preußen sind[60] (Sehr richtig!). Wir können auch von uns aus die Entwicklung, wie sie jetzt auf der Rechten eingesetzt hat, nicht beschleunigen wollen, ohne sie zu stören. Wir müssen sie abwarten, und dann wird vielleicht in Zukunft, wenn sich unsere Partei in einer günstigeren Lage befindet, der Augenblick eintreten, wo ein derartiger Beschluß gefaßt werden muß. In diesem Augenblick, wo das Staatsschiff sich in höchster Not befindet, können wir nicht aussteigen.

Meine Damen und Herren! Ich bin mit einer derartigen Resolution, wie sie von unserem verehrten Freunde Dr. Jaenecke in versöhnlichem Sinne vorgeschlagen worden ist, durchaus einverstanden, vorbehaltlich der Änderung des Wortlauts (Heiterkeit). Redaktionelle Änderungen sind immer vorbehalten. Ich meine, daß diese Resolution den Ernst der Lage unterstreichen soll, daß sie unterstreichen soll, daß dieses Programm, auf das sich jetzt die Regierungsparteien verpflichtet haben, unter allen Umständen durchgeführt werden muß, daß die Deutsche Volkspartei die Verantwortung nicht einen Tag länger trägt, als dieses Programm in seinem Umfang durchgeführt wird. Unter diesen Voraussetzungen möchte ich hier ganz besonders noch zum Ausdruck bringen, – und ich freue mich, auch im Namen meiner sächsischen Freunde sprechen zu können –, daß wir uns mit der Haltung und dem Entschluß unserer sächsischen Reichstagsabgeordneten vollständig einverstanden erklären und ihnen unseren Dank aussprechen (Beifall).

Herr v. Kardorff: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann keinen Zweifel darüber lassen – ich habe das ja in der Öffentlichkeit sehr oft zum Ausdruck gebracht –, daß nach meinem Urteil über der Politik der Deutschen Volkspartei in den letzten zwei Jahren ein außerordentlich unglücklicher Stern gewaltet hat. Ich habe es seinerzeit für einen schweren und verhängnisvollen Fehler gehalten, daß wir in der Reichsregierung geblieben sind, ohne gleichzeitig in die preußische Regierung auf-

[59] Wilhelm Wittke (* 1884), Vorstandsmtgl. der Sachsenwerke Licht- und Kraft-AG, seit 1928 Vors. des Verbandes Sächsischer Industrieller.

[60] Die DVP war am 6.1.1925 in Preußen aus der Regierung ausgetreten, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82. Alle späteren Bemühungen, den Wiedereintritt in die Regierung zu erreichen, blieben ergebnislos.

genommen zu werden.[61] Ich kann auch darüber keinen Zweifel lassen – und das wird vielleicht manchem von Ihnen außerordentlich mißfallen, das mit solcher Offenheit zu sagen –, daß ich an dem Tage, als Dr. Stresemann das letzte Mal im Fraktionszimmer war, meinerseits vor dem Lande die Verantwortung dafür übernommen hätte, damals eine Krise herbeizuführen, weil nach meinem Urteil die Situation, in der sich die Partei befindet, eine von Monat zu Monat ernstere und schwerere wird.[62] Ich habe auch in den letzten Tagen im Lande über diese meine Auffassung keinen Zweifel gelassen.

Trotzdem stehe ich heute mit gutem Gewissen vor Ihnen und sage Ihnen, daß ich einer von denjenigen gewesen bin, die geglaubt haben, es nicht verantworten zu können, im gegenwärtigen Augenblick zu einer Krisis zu treiben.[63] Denn wer an der Krisis schuld ist, ist gleichgültig; entscheidend sind die Folgen einer Krise (Sehr richtig!). Wie mir von berufenster Seite, von einem angesehenen Mitgliede der ersten Bank in Berlin, gesagt worden ist, würde ein Sturz der Regierung im gegenwärtigen Augenblick ein außerordentlich schweres Verhängnis gewesen sein (Sehr richtig!). Meine Herren, das war heute ein Spiel mit dem Feuer. Diese Verantwortung, in diesem Augenblick eine Politik zu treiben, die unter Umständen zu einer schweren Ultimokrise geführt hätte, vor dem Lande übernehmen, das könnte ich nicht tun und habe ich nicht getan, und das hat die Mehrheit der Fraktion nicht getan. Ich achte die Auffassung derjenigen, die einen roten Zettel abgegeben haben, vollkommen, und es hat mit mir beinahe leid getan, daß ich nicht mit zu ihnen gehört habe (Hört! Hört!). Denn ich befinde mich in der Einschätzung der gesamtpolitischen Situation mit ihnen in den meisten Punkten in vollständiger Übereinstimmung.

Aber nun weiter, meine Damen und Herren: Was wären die wirtschaftlichen Folgen gewesen? Sie hätten, ich möchte beinahe sagen, das Risiko eines Staatsbankrotts auf sich genommen. Und was dann, wenn eines Tages die Koupons nicht mehr eingelöst werden? Was dann, wenn die Kredite gekündigt werden; was dann, wenn die Existenzen zusammenbrechen? Glauben Sie wirklich, daß man uns das als ein ganz besonderes Verdienst angerechnet hätte? (Sehr gut!) Und weiter: Wir sitzen sozusagen im Aufsichtsrat. Der Regreßklage entgehe ich nicht, wenn ich vor dem Zusammenbruch aus dem Aufsichtsrat austrete, sondern ich werde mit Recht vor dem Lande weiterhin regreßpflichtig gemacht. Deshalb habe ich es auch für richtig gehalten, daß, nachdem nun zum ersten Male auf Drängen von Schacht – und das ist und bleibt

[61] In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 25. 2. 1929 hatte v. Kardorff das »Spiel in Preußen« für die DVP als »für immer verloren« angesehen, während das Zentrum »einen Sieg ohne gleichen« davongetragen habe, BAK R 45 II/67, p. 129; siehe auch Dok. Nr. 73, Anm. 7.

[62] v. Kardorff hatte in der entscheidenden Fraktionssitzung am 2. 10. 1929 für eine Ablehnung des Gesetzentwurfes zu dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung plädiert und sich damit offen gegen Stresemann gestellt, siehe BAK R 45 II/67, p. 166.

[63] Auf der Fraktionssitzung vom Vormittag des 14. 12. 1929 (BAK R 45 II/67, p. 185) hatte v. Kardorff ausgeführt, »er wolle auf die Gefahr hin, sich zwischen alle Stühle zu setzen und seine letzten Freunde zu verlieren, folgendes sagen: Eine Krise in diesem Augenblick sei ein nicht wiedergutzumachendes Unglück für das Vaterland. Darum werde er nicht für den Sturz der Regierung stimmen. Er habe mit Stauß gesprochen und gehört, wie furchtbar ernst in diesen Kreisen die Folgen einer Krise beurteilt werden. Die Volkspartei werde einmal die Krise machen müssen. Aber erst dann, wenn die Sozialdemokraten wirklich versagten und ein akuter Anlaß vorliege. Wegen einer Rede von Breitscheid könne man keine Katastrophe verantworten«.

sein Verdienst – ein gewisses, wenn auch sicherlich uns nicht befriedigendes Sofort-Programm vorgelegt wurde, abzuwarten, wie die Dinge sich entwickeln und die Krise am konkreten Fall zu machen, das heißt, erst dann, wenn sich herausstellt – vielleicht wird es sich herausstellen –, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, das zu halten, was ihre Führer versprochen haben (Sehr richtig!). Ich glaube, eine solche Politik werden wir auch mit gutem Gewissen vor dem Lande vertreten können.

Ein weiteres kommt hinzu. Parlamentarisch gesprochen, ist die gegenwärtige Situation so unbequem und unerfreulich wie nur möglich. Der Young-Plan ist noch nicht erledigt, der 22. Dezember noch nicht vorüber, die Entwicklung auf der Rechten noch nicht abgeschlossen. Sie müssen sich doch natürlich auch die Frage vorlegen: Parlamentarisch ist bei der heutigen Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei für die Wirtschaft gar nichts zu retten. Denn es gibt ohne Sozialdemokratie im gegenwärtigen Augenblick eine Mehrheit im Deutschen Reichstag nicht, und es wird Sie interessieren, daß es eine solche Mehrheit wahrscheinlich auch nach den Wahlen nicht geben wird. Also parlamentarisch befinden wir uns in einer ganz außerordentlich schwierigen Situation. Das muß, glaube ich, von allen Seiten anerkannt werden.

Aber auch für eine außerparlamentarische Lösung ist meiner Ansicht nach der gegenwärtige Augenblick nicht der richtige. Es mag sein, daß einmal der Moment kommt, wo man versucht, ohne Reichstag zu regieren; es mag sein, daß der Moment kommt, wo sich einmal das Bürgertum [zusammen]schließt und das Verlangen an den Reichspräsidenten stellt, auch mal ohne eine Mehrheit im Deutschen Reichstag zur regieren. Aber das ist so lange nicht möglich, als nicht die außenpolitischen Fragen erledigt sind, und die außenpolitischen Fragen sind erst erledigt, bis zu einem gewissen Grade erledigt, nach Annahme des Young-Plans. Dann wird auch in den bürgerlichen Parteien die Situation sich geklärt haben, und dann wird meines Erachtens der Augenblick gekommen sein, wo die große Stunde der Deutschen Volkspartei schlagen wird, wo sie die Pflicht haben wird, zu sammeln von rechts und von links (Beifall).

Also, so sehr ich Verständnis habe für diejenigen, die heute einen roten Zettel abgegeben haben, so wird, glaube ich, auch der Zentralvorstand Verständnis dafür haben, daß die Mehrheit anders gehandelt hat. Ich gebe zu, das Opfer, das wir durch die Vorleistungen gebracht haben, widerspricht allem, was wir gegenüber dem Lande verkündet haben. Wir sind in der Arbeitslosenfrage zurückgewichen. Wir sind aber darum zurückgewichen, weil nicht nur das Zentrum, sondern auch die Bayrische Volkspartei durch ihre Redner erklärt haben: Wir sind gewillt, für eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu stimmen. Damit war eine parlamentarische Mehrheit auch ohne uns für eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gegeben. Also nach der Richtung hin hat unsere Politik dem Lande nach keiner Richtung hin geschadet, sondern auch bei einem Austritt aus der Regierung wären die Dinge so gelaufen, wie sie tatsächlich gelaufen sind.

Die Krise ist vertagt, ist gesagt worden, gelöst ist sie nicht. Das ist richtig. Wir sollen und werden bemüht und bestrebt sein müssen, dieses Reformprogramm, dessen Bedeutung doch auch nicht unterschätzt werden kann, auch wenn es unseren Wünschen nicht voll entspricht, nach Möglichkeit mit der Sozialdemokratie durchzufüh-

ren, und in demselben Augenblick, wo wir uns davon überzeugt haben, daß es mit der Sozialdemokratie nicht geht, werden wir aus der Regierung ausscheiden.

Dann, meine Herren, ein Wort zum Schluß. Ich habe es – fassen Sie es nicht als eine häßliche Kritik auf – außerordentlich bedauert, daß die sachlichen und ernst gemeinten Ausführungen des Kollegen Dr. Hugo hier gewissermaßen ein Echo der Heiterkeit gefunden haben (Sehr richtig!). Die Dinge sind außerordentlich ernst, und es sollte doch auch die Mahnung dieser Stunde, in der wir uns hier zusammenfinden, sein, daß wir über derartige Differenzen, wie sie heute an den Tag gekommen sind, hinwegkommen und uns daran erinnern: Einigkeit macht stark (Lebhafter, anhaltender Beifall)!

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Bevor ich das Wort weiter erteile, halte ich es im Interesse der Klarheit unserer Aussprache für geboten, Ihnen Mitteilung über die eingegangenen Entschließungen zu machen. Bekannt ist Ihnen bereits die Entschließung Dr. Jaenecke, die aber noch eine kleine Textänderung erfahren hat. Dann ist weiter eingegangen eine textlich kurze Entschließung Dr. Becker (Görlitz), und endlich habe ich Ihnen nunmehr den Vorschlag einer Entschließung des Parteivorstandes vorzulegen. Ich halte es im Interesse der klaren Fortführung der Aussprache für richtig, wenn die drei Entschließungen jetzt zur Kenntnis der Versammlung gebracht werden.

Trucksaess verliest die Entschließung Jaenecke[64]*, die Entschließung Becker (Voraussetzung des Vertrauensvotums ist eine vollständige Durchführung des Finanzprogramms* »mit jedem parlamentarischen Mittel«) *und eine Entschließung des Parteivorstandes, die eine scharfe Beschneidung der öffentlichen Ausgaben, eine* »weitgehende Senkung derjenigen Steuern, die in erster Linie die Produktivität der Wirtschaft stören«*, eine dauernde* »Neuordnung der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen« *sowie eine endgültige Sanierung der Arbeitslosenversicherung unter Ablehnung einer Beitragserhöhung* »über das bestehende gesetzliche Höchstmaß hinaus« *fordert.*

Herr Graf von Kanitz: Meine Damen und Herren! Es haben bisher heute reine Politiker und Industrielle gesprochen. Gestatten Sie, daß ein Landwirt, noch dazu aus dem äußersten Osten, in ganz kurzen Sätzen sagt, wie er zur heutigen Situation in der Partei steht.

Ich will Ihnen in aller Eindringlichkeit sagen, daß die Landwirtschaft ein wirtschaftliches Chaos nicht verträgt. Nach meiner allerdings sehr nüchternen Auffassung der Lage muß dieses wirtschaftliche Chaos kommen, wenn am 1. Januar z. B. die Gehälter nicht gezahlt werden können. Welche Mächte gibt es dann, die dann neben der wirtschaftlichen auch die politische Ordnung aufrechterhalten? Ich glaube, gerade wir als Deutsche Volkspartei hätten alle Veranlassung, an diese recht unpopuläre und recht unangenehme Situation sine ira et studio heranzugehen und nicht kurz vor Toresschluß die Nerven zu verlieren. Ich sehe die Situation und auch die Annahme dieses neuen Kompromisses nicht als eine Sache von Dauer an, sondern nur

[64] Siehe S. 896.

als ein Provisorium. Ich sage das ganz offen. Ich glaube kaum, daß die Tendenzen dabei maßgebend gewesen sind. Man hat sich gesagt: Wir müssen, so schäbig das ist, über die nächsten vier Wochen hinwegkommen. Das ist vielleicht schäbig und nicht schön, aber es ist nun einmal die gegenwärtige Situation.

Als ich heute in diesen Saal trat und sah, was hier vorging, da wurde ich mit geradezu lächerlicher Ähnlichkeit erinnert an einen großen politischen Vorgang vor jetzt vier Jahren. Da kam Stresemann aus Locarno zurück und daraufhin beriefen die Deutschnationalen ihren Zentralvorstand ein und zogen gegen den Willen ihrer eigenen Minister diese Minister aus dem Kabinett zurück; ein Vorgang, den sie nachher schon nach acht Tagen bitter bereuten.[65] Meine Herren, wir wollen doch um Gottes willen nicht solche Dummheiten nachmachen (Bravo!). Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich, der ich die Ehre habe, Mitglied der Fraktion im Preußischen Landtag zu sein, wie alle Mitglieder dieser Fraktion noch heute unter dem unseligen Zustand leide, der vor vielen Jahren eintrat, als die Preußen-Fraktion aus der preußischen Regierung austrat, aus absolut einleuchtenden Gründen, aber die Praxis hat nachher gegen diesen Entschluß gesprochen.

Darum wollen wir doch heute diese ganzen Dinge ohne die Krisenpsychose betrachten, in der mir einige Redner – ich bitte, mir das nicht übelzunehmen – sich schon zu befinden scheinen. Ich verstehe vollkommen die Kritik des Herrn Dr. Hugo an Dr. Hilferding. Aber nun lassen Sie, meine Herren von der Reichstagsfraktion, sich auch einmal etwas gesagt sein: Sie mußten doch wissen, daß das so mit Herrn Hilferding wird. Diese heutige Situation kann Sie doch nicht überraschen. Dann hätten Sie doch vor Monaten dafür sorgen sollen, daß Sie nicht mit Hilferding in ein neues Kabinett gingen. Oder haben Sie von Hilferding erwartet, daß er plötzlich die Dinge in Ordnung bringen könnte? Wir, die wir vielleicht etwas begriffsstutziger sind als die Herren aus der Reichstagsfraktion, haben diesen Glauben allerdings nicht gehabt (Heiterkeit). Darum wollen wir doch alle diese Dinge heute nicht so sehr temperamentvoll ansehen, sondern an unsere eigene Brust schlagen und sagen: Wir sitzen nun seit sechs Jahren zusammen mit den Sozialdemokraten in der Reichsregierung. Als wir noch den großen Führer Stresemann hatten, da hatten wir ein verhältnismäßig bequemes Leben. Alle Schwierigkeiten in der Partei wurden durch seine überragende Größe ausgeglichen. Wir können jetzt nicht weiter von dem Nimbus Stresemanns leben, sondern wir sind, wie jede andere Partei, nur eine Partei und noch dazu eine kleine Partei, und wir können uns nur halten durch die Güte unserer Ziele und durch die Energie der Methoden, mit denen wir versuchen, diese Ziele zu erkämpfen.

Ich bin gar nicht besorgt, daß man womöglich die Gelegenheit für viele Monate verpaßt hat, um vorwärts zu kommen. Im Gegenteil, ich persönlich glaube, daß schon im Januar, spätestens im Februar, das für uns eintreten kann, was die Sozialdemokraten in ihrem angeblichen Vertrauensvotum für sich in Anspruch nehmen, denn sie lassen sich gewissermaßen allerhand Hintertüren offen. Gut und schön, wenn sie das tun. Dann werden wir bei der doch viele Monate währenden Beratung über die Reformen auch diese Situation ausnutzen. Es ist ja heute noch gar nicht das letzte Wort über diese Dinge gesprochen. Deshalb haben wir, glaube ich, alle Veranlassung,

[65] Die DNVP hatte am 25. 10. 1925 auf Druck der Landesverbände ihre Minister aus dem Kabinett Luther I zurückgezogen, siehe Dok. Nr. 61, Anm. 4.

schließlich auch unseren Ministern, die mit größter Verantwortungsfreudigkeit diese Dinge bearbeiten, das Vertrauen auszusprechen und ihnen ihr Leben nicht noch zu erschweren.

Es ist ja nicht so, daß dies die einzige Materie wäre, die uns heute bedrängt. Ich als Ostmärker habe andere, schwerere Sorgen auf dem Herzen. Das ist vor allem der Liquidationsvertrag[66] (Sehr richtig!). Der wird heute nicht verhandelt, darum will ich den Frieden in Anführungsstrichen nicht stören. Aber ich habe Sie erinnert, daß es auch noch andere nicht gar leichte Dinge gibt, die die Partei belasten können. Und gerade weil es diese Dinge gibt, die noch gar nicht ausgekocht sind, wollen wir doch erst einmal das Jahresultimo politisch und wirtschaftlich überstehen und uns nicht als Handlanger einer Psychose hingeben, wie andere Parteien, die zwar sehr eilig mit dem Wort sind, aber nachher das herausgeglittene Wort nicht zurückholen können.

So scheinen mir heute die Dinge zu liegen. Für mich ist der heutige Tag besonders lehrreich und erfreulich, weil er zum ersten Mal, seit ich die Ehre habe, in dieser Partei zu sein, auf einer Zentralvorstandssitzung eine gewisse Divergenz in großen Dingen und Problemen bringt. Das begrüße ich. Ich fand die bisherigen Zentralvorstandssitzungen reichlich langweilig (Heiterkeit). Jetzt wird endlich mal gesprochen über die Dinge, die uns trennen, und wenn wir nun bei einer anderen großen Nachbarpartei wären, dann hätte Herr Hugenberg wahrscheinlich den Antrag gestellt, Herrn Curtius und Herrn Moldenhauer aus der Partei auszuschließen wegen vaterlandsloser Gesinnung (Heiterkeit), und umgekehrt wäre vielleicht auch allerhand passiert. Da wollen wir uns doch freuen, daß wir in einer Partei sind, bei der solche Dinge überhaupt nicht vorkommen können, weil wir eine wirklich liberale Partei sind. Wir wollen uns auch daran freuen, daß Meinungsverschiedenheiten sein können, weil sie uns niemals auseinanderbringen, sondern uns gegenseitig stärken. So sehe ich die Dinge an. Jedenfalls glaube ich, daß gerade diese Zentralvorstandssitzung auch für die Reichstagsfraktion ein Warnungszeichen sein wird, daß wir nach Stresemanns Tod um Himmels willen nicht das machen können, was mein verehrter, so viel geistreicherer Freund von Raumer neulich die Kabinettspolitik am laufenden Band genannt hat. Die Zeiten sind jedenfalls vorbei und dürfen niemals wiederkommen, wo so etwas passiert. Ich glaube, die Reichstagsfraktion und unsere verehrten Kollegen im Reichskabinett wissen nun, daß sie in Zukunft an der Partei im Lande nicht vorbeigehen dürfen. Das ist ihnen ganz deutlich gezeigt worden, und darüber freue ich mich als Ostmärker ganz besonders.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen und will nur noch einmal sagen, daß ich in keiner Weise traurig darüber bin, daß Herr Dr. Hugo das eine gesagt hat und andere Herren genau das Gegenteil gesagt haben. Endlich einmal ist es soweit, und das ist nur gut für uns. Wir werden das auf dem Lande viel besser vertragen als irgendeine andere Partei. Glauben Sie doch nicht, daß die Deutsche Volkspartei auseinanderplatzt. Es sind harmlose Irre, hätte ich beinahe gesagt, die das wirklich glauben, daß wegen solcher Zwiespältigkeit die Partei auseinanderplatzt. Ich bin in einer sehr viel größeren Partei gewesen, die angeblich viel gefestigter war[67], und ich glaube, jetzt sagen zu müssen, daß mir die Deutsche Volkspartei absolut intakt erscheint und daß

[66] Zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen vom 31. 10. 1929 siehe Dok. Nr. 77, Anm. 9.
[67] Graf Kanitz war im September 1923 aus der DNVP ausgetreten, siehe Dok. Nr. 25, Anm. 8.

diese Dinge die Partei niemals auseinanderbringen, im Gegenteil eher zusammenführen werden. Deshalb freue ich mich auch über diese Zentralvorstandssitzung und glaube allerdings, daß wir in sehr kurzer Zeit, vielleicht früher als wir denken, wieder zusammenkommen werden, weil inzwischen nach meiner unmaßgeblichen Ansicht Dinge passieren werden, die der ganzen Entwicklung ein anderes Gesicht geben, ob wir das wollen oder nicht. Ich glaube, daß wir im Februar wieder zusammensein werden, und hoffe, daß wir uns dann genauso gut vertragen werden wir heute (Heiterkeit und Beifall).

Herr Dr. Cremer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir alten Triarier der alten Nationalliberalen und späteren Deutschem Volkspartei können Herrn Grafen Kanitz aufrichtig dankbar sein, daß er aus dem Milieu, aus dem er herausgekommen ist, Urteile über uns selbst mitgebracht hat, die für uns schmeichelhaft sein könnten, wenn wir sie nicht längst über uns hätten, indem wir nicht nur davon überzeugt sind, daß die heutigen Auseinandersetzungen, die schließlich mehr aus taktischen als aus grundsätzlichen Dingen herausgekommen sind, nicht dazu führen werden, uns auseinanderzutreiben, sondern im Gegenteil uns auf die Höhe der Aufgaben bringen werden, die uns im Laufe der nächsten Wochen und Monate zwingen werden, gewollt oder ungewollt, uns in dem Mittelpunkt einer großen umformenden Bewegung der Parteien der bürgerlichen Mitte zu fühlen. An diesen Zeitpunkt nicht nur zu denken, sondern für ihn zu handeln, ist die Aufgabe der augenblicklichen politischen Aktion. Und da kann ich nur sagen: Wenn wir eine Schlacht zu schlagen haben, tun wir gut, uns den Moment nicht aufdrängen zu lassen, wo ein Armeekorps, auf das wir nicht verzichten, durch ein schwieriges Defilé marschieren muß, sondern auf den Augenblick zu warten, wo die Armeekorps, die für diese Schlacht in Frage kommen, aufmarschieren können und ihre volle Kampfkraft entfalten können. Ich glaube deshalb, im heutigen Augenblick wäre diese Armee nicht in der Weise zusammenzuführen, wie wir sie eines Tages brauchen werden.

Daß wir in einer solchen Situation die Mitverantwortung für den Staat, die wir sechs Jahre getragen haben, leichten Herzens aufgeben sollen, wird niemand von uns erwarten. Die Gesamtheit der Reichstagsfraktion, einerlei wie sie heute abgestimmt hat, ist ja von dem Willen getragen gewesen, so oder so unsere Mitbeteiligung an der Verantwortung auch für die nächsten Monate bis zum Abschluß der gegenwärtigen Aktion sicherzustellen. Nun möchte ich doch warnen, Fehler zu begehen in der Beurteilung der Situation, wie sie sich ergeben müssen, wenn man sich finanzpolitisch auf den Standpunkt stellt, der Anfang all dieser Dinge habe im Sommer 1928 gelegen, als Herr Dr. Hilferding Reichsfinanzminister wurde. Ich glaube, wir müssen vorsichtig sein in der Beurteilung der Frage hinsichtlich der Lage unserer Finanzen. Es kommen viele Dinge in Betracht, für die wir mehr oder weniger verantwortlich gezeichnet haben. Der Anfang unseres Finanzunglücks ist die Plethora gewesen, die Herr Dr. Luther uns hinterlassen hat, die großen Summen, die 1924 und 1925 steuerlich aus der Wirtschaft herausgezogen sind, die dann in großem Überfluß zur Verfügung standen und die das Reich, die Länder und Gemeinden zu dem Glauben verführt haben, daß sie aus dem Vollen wirtschaften könnten. Diese Summen sind der Grundstock der übermäßigen Ausgaben während der nächsten Jahre geworden. Es ist dann im Jahre 1925/26 in der Tiefkonjunktur das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt worden, für das unser Freund Curtius mit Herrn Reinhold gewisserma-

ßen verantwortlich gezeichnet hat. Denn diese beiden Minister haben das Programm ersonnen. Es hat seinen Zweck erfüllt, Arbeit in einer schlechten Konjunktur in hohem Maße im Lande zu schaffen. Aber es ist nicht möglich gewesen, die Kosten, die es machte, etwa 400 Millionen, aus der Erde zu stampfen. Die Reinhold-Anleihe war ein Mißerfolg, und seit jener mißglückten Anleihe ist dieses gewaltige Kassendefizit vorhanden.[68] Das hat uns nicht gestört, 1927/28 erhebliche weitere Ausgaben mit anderen Parteien, mit der Rechten zusammen, zu bewilligen. Wir haben mit der Rechten zusammen das Arbeitslosenversicherungsgesetz gemacht, wir haben mit der Rechten zusammen die Besoldungserhöhung gemacht, die uns mehr als eine Milliarde gekostet hat; wir haben mit der Rechten das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft gemacht; wir haben mit der Rechten zusammen den letzten Pfennig der von Luther sorgsam gesparten Kassenmittel ausgegeben, haben laufende Ausgaben auf einmalige Einnahmen basiert bis in das Jahr 1928 hinein. Das steht fest, davon ist nichts wegzustreichen, und es wäre ein Fehler von uns zu sagen: Das hat nun nachträglich Hilferding zu verantworten.

Auch Hilferding hat zu verantworten. Er hat im Sommer 1928 eine neue Steuersenkung durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums vorgenommen. Hilferding hat nicht Fürsorge getroffen, daß das Defizit aus der Arbeitslosenversicherung im laufenden Haushalt auf den ordentlichen Etat gesetzt worden ist. Denn dann wäre dieses Defizit zu Anfang des Jahres erkennbar geworden. Schließlich sind wir in diese Dinge hineingekommen. Als Hilferding uns im vorigen Winter ein Steuerprogramm von 400 bis 500 Millionen RM vorlegte, hat sich die Deutsche Volkspartei dagegen gewandt. Ich glaube mich zu erinnern, daß die Herren, die heute die wirtschaftliche Lage so besonders schwarz ansehen, sich damals auf den Standpunkt gestellt haben: Keine neuen Steuern, der Haushalt muß sich balancieren. Wir haben im vorigen Frühjahr die Steuern abgelehnt, und zwar die Biersteuer und andere Steuern, die wir jetzt anzunehmen bereit sind. Wir haben also diese Zustände durchaus nicht wie den Dieb in der Nacht über uns kommen sehen, sondern wir haben sie teilweise mit vorbereitet. Deswegen sind wir auch verpflichtet, uns für ihre Beseitigung mit verantwortlich zu fühlen. Wir können nicht einfach die Hände in die Tasche stecken und den anderen die Verantwortung dafür überlassen.

Weshalb haben wir im vorigen Frühjahr diesen Schritt getan? Wir wollten nicht, daß vor der Erledigung des Young-Plans die deutsche Finanzierung vorgenommen würde. Wir fürchteten, daß neue Steuerbewilligungen lediglich zur Finanzierung neuer Ausgaben dienen würden, und daß dann, wenn durch den Young-Plan Erleichterungen einträten, diese gesamten Beträge in Anspruch genommen werden müßten, um den Etat zu sanieren, aber nicht der Wirtschaft zugute kommen würden. Wir haben damals die Forderung aufgestellt: Die ganze Young-Plan-Erleichterung muß der Wirtschaft zugute kommen. Dieser Grundsatz hat in jedem Stadium bis in die Gegenwart hinein den schärfsten Widerspruch der Sozialdemokratie gefunden, die schon im vorigen Frühjahr erklärt hat: Ehe auch nur ein Pfennig zu Steuersenkungen verwendet wird, ist zunächst einmal das Gleichgewicht des Haushalts wiederherzustellen, sind die übermäßig hohen schwebenden Schulden zu konsolidieren, und erst

[68] Reichsfinanzminister Peter Reinhold (DDP) hatte im Frühjahr 1926 ein umfassendes Programm zur Stützung der Wirtschaft durchgeführt, siehe Dok. Nr. 64, Anm. 77.

dann, wenn das alles geschehen ist, frühestens im Jahre 1931, vielleicht noch später, kann von Steuersenkungen die Rede sein.

Ich frage Sie, meine Herren, ist das nicht genau dasselbe, was Herr Reichsbankpräsident Schacht vor einer Woche in die Welt gerufen hat, wenigstens dem Sinne nach? Hat denn niemand von den Tausenden von Wirtschaftlern, die dem Reichsbankpräsidenten vor wenigen Tagen zugejubelt haben, gemerkt, daß Herr Schacht hier gegen das sich wandte, was die gesamte Wirtschaft wollte, gegen die Steuersenkungen und für das Gleichgewicht im Staatshaushalt? Herr Schacht hat in der Verwendung der Mittel genau denselben Standpunkt vertreten, wegen dessen wir mit den Sozialdemokraten seit einem Jahr kämpfen. Wenn wir nun das Zugeständnis der Sozialdemokratie vor uns haben, in der Verwendung der Überschüsse aus dem Young-Plan mit uns gemeinsamen Weg zu gehen, die Zustimmung zu zwei wichtigen indirekten Steuererhöhungen, Tabak und Bier – seit Bismarcks Zeiten das Symptom des Kampfes zwischen Liberalen und der Linken –, dann ist das ein Zugeständnis, das ich außerordentlich hoch werte. Es ist der erste Fall, daß von weit links her solchen Steuern der Konsens erteilt wird. Und wenn ich weiter ins Auge fasse, daß von den 750 Millionen jährlichen Steuersenkungen doch im wesentlichen Besitz-, Verkehrs- und Realsteuern betroffen werden, während nur 160 Millionen auf eine Senkung indirekter Steuern, die Zuckersteuer, entfallen, so muß man doch zugeben, daß diese Summe von 750 Millionen schon im ersten Jahre, 1100 Millionen in dem zweiten und den folgenden Jahren für die Wirtschaft eine recht erhebliche Bedeutung haben.

Man darf diese Dinge nicht kleiner sehen, als sie sind. Darum bin ich etwas erschrokken, daß in einer der Resolutionen die vollständige Unzufriedenheit mit dem Steuerprogramm, das hier zwischen den Parteien vereinbart ist, zum Ausdruck kommt. Daß keine Zufriedenheit zum Ausdruck kommen darf, darüber bin ich mir selbstverständlich klar. Denn es gibt nichts, was nicht noch besser werden könnte. Und wenn die Dinge so gelaufen wären, wie wir es uns gedacht hatten, dann müßten ja die jährlichen Steuerermäßigungen nicht nur 750 Millionen, sondern nach den Plänen des Siebener-Ausschusses das Doppelte betragen. Aber Hand aufs Herz. Wer ist in diesem Saale der Meinung gewesen, daß die aufgestellten Forderungen bei einem Kompromiß bis zum letzten Pfennig ihre Erfüllung finden würden? Ich bin weit davon entfernt, das Kompromiß in allen Punkten zu billigen, und ich gehöre zu denen, was Sie vielleicht überraschen wird, die bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum eine blaue Karte[69] abgegeben haben. Nicht deshalb, weil ich Herrn Hilferding für einen schlechteren Finanzminister als andere Sozialdemokraten halte – innerhalb dieser Partei halte ich ihn immer noch für den verhältnismäßig besten (Hört! Hört!) –, sondern deshalb, weil es mir unerträglich erschien, daß in der Frage der Arbeitslosenversicherungsbeiträge wir vorschußweise vor Erledigung der Gesamtreform, in deren Rahmen ich mir hätte vorstellen können, daß man auch bereit ist, einen Strich unter das Verlangte zu machen, schon jetzt, ohne zu wissen, wie das Ganze zustande kommt, ein endgültiges Zugeständnis machen. Nun muß ich mich allerdings verbessern: endgültig nicht in dem Sinne, daß das für immer sein soll. Am 1. April 1930 ist die Sache zunächst wieder zu Ende, und in dieser Zeitbestimmung hofft man, irgendeinen taktischen Vorteil für uns zu erkennen. Diesen taktischen

[69] Cremer hatte sich der Stimme enthalten, siehe Anm. 3.

Vorteil sehe ich nicht in dieser Bestimmung. Wenn wir die Sache erst eingeführt haben, wird es schwer sein, davon abzukommen. Hier liegt die Schwäche der Sache, über die ich mich hinwegsetzen könnte und würde, wenn ich das ganze Werk vor mir hätte. In dem Augenblick, wo das letzte der Steuergesetze angenommen und unterschrieben ist, gut, da kann man der Wirtschaft wohl sagen: Wenn Ihr 750 Millionen Ermäßigung auf der einen Seite erhaltet, so werdet Ihr über 70 Millionen, die Ihr auf der anderen Seite mehr zahlen müßt, hinwegkommen.

Aber nun steht der große Zweifel vor uns wegen der höchst prinzipiellen Frage: Was wird aus der Kopfsteuer, aus dem beweglichen Faktor in der Kommunalbesteuerung? Es bleibt die große Sorge bestehen, daß diese Frage nicht in einem Sinne erledigt wird, wie wir alle es uns denken. Es sind sicherlich manche unter uns, die weniger auf die Kopfsteuer hinaus möchten, als vielleicht auf eine Mietsteuer, vielleicht auf irgendeine Art von besonderer Hauszinssteuer für Altwohnungen, vielleicht auf Zuschläge zur Einkommensteuer, – alles Auffassungen, die auch in unserem Schoße nebeneinander vertreten wurden. Die Kopfsteuer ist schließlich als die am meisten Anhänger habende übriggeblieben. Aber daß wir irgendeinen derartigen beweglichen Faktor haben müssen, hinlänglich bedeutsam, um erzieherisch zu wirken für die Massen der Kommunalbürger, um sie unmittelbar zu interessieren, das ist in unseren Kreisen Gemeingut, und das müssen wir erreichen, wenn die Finanzreform befriedigend ausfallen soll. Wir werden uns daher redlich nach dieser Richtung bemühen müssen, und ich wage, ohne einen großen Optimismus in mir zu hegen, das eine zu hoffen: Entweder wird im gegebenen Zeitpunkt die Sozialdemokratie sich unseren Auffassungen in größerem Maße als bisher anpassen, wenn sie nämlich sieht, daß die Annäherung im bürgerlichen Lager so starke Fortschritte gemacht hat, daß sie fürchten muß, im Feuer eines neuen Wahlkampfes um die Finanzreform zu kämpfen. Oder aber sie wird dieser Erkenntnis sich verschließen, dann werden wir genötigt sein, in einer neuen Front, und wenn nicht anders, bei Wahlen, darum zu kämpfen, daß die schließliche Finanzreform im wesentlichen in der Richtung unseres sorgfältig überlegten Programms ausgeführt wird (Beifall).

Herr Dr. Albrecht: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten uns hier nicht auseinander-, sondern zueinander reden, wie das glücklicherweise nach dem Vortrag des Kollegen v. Kardorff geschieht. Unter denjenigen, die der Regierung das Vertrauen nicht votieren konnten, ist nach meiner Überzeugung niemand, der einen Riß durch unsere Partei will. Es gibt keine Revolte in der Volkspartei, wie der »Jungdeutsche« heute bereits schreibt, sondern es handelt sich nur darum, daß einige von uns, eine nicht so geringe Zahl, geglaubt haben, dem Wohle der Gesamtpartei besser zu dienen, wenn sie sich diesmal der Mehrheit nicht anschlössen.

Ich kann mich hinsichtlich der Begründung meiner Stellungnahme nach den Ausführungen von Dr. Hugo und Dr. Cremer ganz kurz fassen. Ich konnte das Vertrauen nicht votieren, weil der Reichsfinanzminister Hilferding vor mir stand wie ein Direktor, der sein Werk etwa folgendermaßen in den letzten anderthalb Jahren geleitet hat: Erstens: Anstelle von Ausbeute, die Euch immer wieder versprochen ist, habt Ihr Zubuße zu zahlen; und zweitens, was für mich noch viel schwerwiegender ist: Ich kann leider die Selbständigkeit meines Unternehmens nicht mehr aufrecht erhalten, sondern muß mich einer Bank unter der Führung des Herrn Schacht unterwerfen. Und das Beschämendste – das ist zu meinem Bedauern bisher noch nicht zum Aus-

druck gekommen – ist in den ganzen letzten Tagen für mich gewesen, daß durch dieses Unterordnen der Reichsregierung unter Herrn Schacht die Staatsautorität einen sehr schweren Stoß erlitten hat und daß es vieler Taten bedürfen wird, um diese Autorität völlig wiederherzustellen. Und drittens war für mich – und das rührt gerade von der Machtposition des Herrn Schacht her – bestimmend, daß wir nicht ein geschlossenes Finanzprogramm votieren sollten, sondern daß uns ein Sofortprogramm aufgezwungen wurde, welches die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung enthält. Auch wenn wir einsehen, daß sich wahrscheinlich auf die Dauer eine Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge trotz weiterer Reform – denn die bleibt auch neben der Erhöhung von ½% notwendig – nicht vermeiden lassen wird, so kann ich Ihnen sagen: Wir alle dürfen nicht die Augen gegenüber der Tatsache verschließen, daß es uns im Lande außerordentlich schwer werden wird, diesen Schritt zu vertreten. Wir werden da sehr viel Aufklärungsarbeit leisten müssen, zumal wir gar nicht verhüllen können, daß uns feste Garantien hinsichtlich der Durchführung des übrigen Gesamtprogramms nicht gegeben sind. Es wird unsere Aufgabe als Abgeordnete sein, gerade in der nächsten Zeit – und das gilt gerade für diejenigen, die so hoffnungsvoll sind, daß das Programm durchgeführt wird, wie wir wollen – unsere Anhänger bei der Stange zu halten und dafür auf das allerstärkste zu wirken.

Nun halte ich das eine für völlig richtig, was viele Kollegen, die nicht meiner Ansicht sind, gesagt haben. Jeder Politiker muß sich selbstverständlich bei jedem Schritt fragen: Was kommt danach? Also, auch wenn ich dagegen votiert habe, war ich mir bewußt, wie Herr v. Kardorff sagte, daß ich mit im Aufsichtsrat sitze. Aber der Regreßklage glaube ich mich am besten dadurch zu entziehen, daß ich nach solchen Erfahrungen, wie wir sie mit Herrn Hilferding gemacht haben, die Werksleitung wechsele. Ich bin überzeugt, das Vertrauen zum Kredit des Deutschen Reiches würde ungeheuer gehoben werden – und darauf kommt es schließlich an –, wenn anstelle von Herrn Hilferding ein anderer Mann Reichsfinanzminister wäre (Sehr richtig!). Noch eins! Wir dürfen nicht so weit gehen, daß wir neben der Frage, was kommt danach, uns immer gleich sagen: Ja, auch ohne die Volkspartei ist ja eine Mehrheitsregierung im Reichstag möglich. Wenn wir so denken, dann können wir alles aufstekken. Grundsätze können wir dann überhaupt niemals mehr wahren, sondern dann sind wir von vornherein die gegebenen Kompromißler, die in jeder Hinsicht von vornherein nachzugeben bereit sind, und als solche auch von vornherein erkannt werden.

Das waren die Gründe, die mich veranlaßt haben, das Vertrauen nicht auszusprechen. Ich habe aber nicht eine rote Karte abgegeben und damit gegen die Regierung gestimmt. Ich habe es nicht getan, weil ich damit auch gegen meine verehrten Freunde im Kabinett, Curtius und Moldenhauer, gestimmt haben würde. Ich hätte durch eine rote Karte mich auch nach außen hin gegen die Mehrheit meiner Parteifreunde ausgesprochen. Nach innen hatte ich das getan. Es nach außen zu tun, verbot mir die Disziplin gegenüber der Partei (Bravo!). Deshalb habe ich durch Abgabe einer blauen Karte [dies] deutlich zum Ausdruck gebracht, und das reichte aus, daß ich hinter das Programm der Regierung nicht zu treten vermochte (Bravo!).

Herr Wallis: Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist heute abend zu wenig betont worden, wie diese Zauberformel, aufgrund deren die Regierungskrise beseitigt ist, im Lande aufgenommen werden wird. Es wird vielfach – mir ist das persön-

lich häufig gesagt worden – nicht verstanden, daß die Deutsche Volkspartei beständig Erklärungen abgibt und im entscheidenden Moment sich nicht an die Erklärungen hält. Und wenn eine Lehre aus diesen Tagen gezogen werden sollte, so ist es die, daß ich die Herren Abgeordneten bitten möchte, sich nicht zu sehr auf irgendetwas festzulegen, denn es geschieht nachher doch anders.

Was die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung anbetrifft, so erinnere ich Sie daran, daß immer von einem Abbau der sozialen Lasten gesprochen wurde. Ich beschäftige mich jetzt nicht damit, ob das notwendig ist oder nicht. Ich betone nur, daß man nicht beständig im Lande herumreisen und in Artikeln erklären kann: Wir wollen die sozialen Lasten abbauen, wir werden uns nie zu einer Beitragserhöhung bereitfinden, und dann doch im entscheidenden Augenblick das Gegenteil geschieht. Die anderen Parteien sind darin viel vorsichtiger. Wenn Sie jetzt nach Hause zurückkehren, werden Sie von allen Seiten gefragt werden: Wo sind die Sicherheiten? Der Herr Reichswirtschaftsminister meint, und ich glaube ihm das: Wenn die Versprechungen in einigen Wochen nicht erfüllt werden, wäre er der erste, der zurücktrete. Ich fürchte, Herr Moldenhauer, Sie werden sich bald auf das Zurücktreten vorbereiten müssen. Denn ich glaube nicht, daß Crispien[70] und diese Gruppe in der Sozialdemokratie die Stange hält, sie werden ausbrechen.[71] Wie soll die Presse nun den Leuten, die darauf geschworen haben, daß die Deutsche Volkspartei nicht eine Beitragserhöhung bewilligen wird, die jetzige Situation mundgerecht machen? Die Presse der Deutschen Volkspartei ist eine freiwillige Presse, sie ist keine Parteipresse in dem Sinne, daß sie einfach auf Kommando schreibt. Aber jeder Kollege wird mir zustimmen: Es wird uns sehr schwerfallen, da die richtige Wendung zu finden. Denn wir haben auch eine gewisse Überzeugung, und wenn die Partei in diesem Sinne beschließt, wenn sie sagt, sie lege sich auf irgendetwas fest, dann müssen wir das aufnehmen, und wenn es nachher anders kommt, sind wir auch die Blamierten. Es dürfen nicht Dinge versprochen werden, die nicht gehalten werden. Die Regierungskrise ist zu Ende, aber wir wollen einmal sehen, wie diese Zauberformel im Lande aufgenommen wird, ob es nicht heißen wird: Die Regierungskrise ist zu Ende, die Krise der Deutschen Volkspartei beginnt (Bravo!).

Herr Dr. Jochmus: Meine Damen und Herren! Was zur Begründung der beiderseitigen Standpunkte gesagt werden kann, ist im Laufe der Debatte gesagt worden. Darum verzichte ich darauf, noch einmal hierauf einzugehen. Aber ich empfinde es als Pflicht und als Bedürfnis, hier auszusprechen, daß ich für meinen Wahlkreis[72] und auch für andere Wahlkreise, in denen so gedacht wird wie bei uns, den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, die sich heute entschlossen haben, der Reichsregierung nicht das Vertrauen auszusprechen, danken möchte, daß sie es getan haben (Bravo!). Nicht deshalb, weil ich als Erscheinung nach außen hin das Auseinandergehen der Meinungen begrüße, sondern weil ich der Überzeugung bin, daß dieses Getrenntstimmen der Reichstagsfraktion für uns in den Wahlkreisen, die nun einmal so denken, wie

[70] Arthur Crispien (1875–1946), Maler. Nov. 1918–Jan. 1919 Vizepräsident und Minister des Innern der provisorischen Regierung in Württemberg (USPD), März 1919–Sept. 1922 einer der beiden USPD-Vors., 1922 Mitvors. der VSPD. 1920–1933 MdR (USPD/SPD). 1933 Emigration.

[71] Bei dem Vertrauensvotum am 14. 12. 1929 blieben 28 Abgeordnete des linken Flügels der SPD der Abstimmung fern, siehe dazu auch Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 632ff. sowie Anm. 47.

[72] Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord).

sie denken, die einzige Möglichkeit ist, die Dinge, die sich heute hier ereignet haben, zu vertreten.

Wenn Herr Minister Curtius davon gesprochen hat, daß wir den Glauben daran nötig haben, daß die Sozialdemokratie zu erziehen sei und sich entwickeln würde, so verzeihen Sie das harte Wort: In unserem Wahlkreis bedarf es des Glaubens daran, daß in mancher Beziehung auch die Deutsche Volkspartei sich innerlich weiterbildet, und dieser Glaube wird sich an die Minderheit knüpfen, die heute ihre Stimme gegen die Regierung abgegeben hat. Darum ist es im Interesse der Gesamtpartei, im Interesse ihres Zusammenhaltens, so ungeheuer wichtig und dankenswert, daß die Herren diese außerordentlich große Verantwortung auf sich genommen und so gestimmt haben. Ich bitte Sie zu verstehen, daß wir den Dingen mit diesen Empfindungen gegenüberstehen.

Zu den Entschließungen hat bisher niemand gesprochen. Darum darf ich kurz ein Wort dazu sagen. Die Entschließung des Parteivorstandes erscheint mir eine Unmöglichkeit (Zustimmung). Sie ist verfaßt aus der gestrigen Situation heraus, als man allgemein annahm, daß das Vertrauensvotum heute abgelehnt werden würde und daß es die Aufgabe des Zentralvorstandes sein würde, ein großes Aktionsprogramm zu verkünden. Die Situation ist heute absolut anders. Wenn wir heute anfangen, vor dem Lande ein Aktionsprogramm zu verkünden, dann wird in den Wahlkreisen, die die Entschließung der Mehrheit der Reichstagsfraktion heute nicht billigen können, das einen Erfolg auslösen, den man um Gottes willen verhüten muß. Deshalb scheint es mir nur möglich, die Entschließung Dr. Jaenecke anzunehmen. Ich möchte nur bitten, daß in diese Entschließung in Bezug auf die Arbeitslosenversicherung hineinkommt, daß mit der Beitragserhöhung bis zum 1. April nächsten Jahres nicht auf die sachliche Reform der Arbeitslosenversicherung verzichtet ist. Ich bitte, daß das hineinkommt, damit es uns ermöglicht wird, die Dinge zu vertreten, die sich heute ereignet haben, und dazu beizutragen, daß die Partei im Lande wieder Vertrauen gewinnt (Beifall).

Herr Dr. Dingeldey: Meine verehrten Parteifreunde! Sie dürfen davon überzeugt sein, daß alle Mitglieder der Reichstagsfraktion ohne jede Ausnahme wohl kaum in dem letzten Jahre jeder für sich stundenlang eine so ungeheuer schwere und verantwortungsvolle Entscheidung zu erwägen und schließlich zu fällen hatte wie die, die jetzt hinter uns liegt. Und wenn ich weiter hinzufüge, daß der Tatbestand, die Situation, die dieser Entscheidung zugrunde lag, keineswegs immer dieselbe war, sondern fast stündlich ein anderes Gesicht zeigte – durch die Erklärungen der Parteien, durch die Interventionen des Herrn Schacht, durch die Erklärungen der Minister –, so wird es Sie nicht wundernehmen, daß in der Fraktion auch zahlreiche Kollegen waren, die ihre Stellung zu der Gesamtsituation verschiedentlich anders, verschiedentlich widersprechend eingenommen haben. Zu denen gehöre ich. Man braucht sich nur den einen Gedankengang zu vergegenwärtigen, daß zwar das Finanzprogramm an sich, wie es uns vorlag, an zwei entscheidenden starken Mängeln krankte: Vorleistungen auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge und Unsicherheit für die Garantie des Gesamtprogramms infolge des Offenhaltens der Kopfsteuer. Wenn Sie sich aber demgegenüber die ungeheuerliche Schlußfolgerung vorstellen, die jeder vor Augen sehen mußte, die etwa eintreten konnte, wenn nun wirklich am 1. Januar das Reich

nicht in der Lage wäre, seine Zahlungen zu leisten, dann wird Ihnen klar, wie ganz ungeheuer schwer die Argumente waren, die von beiden Seiten auf uns einstürzten.

Für mich war die Frage entscheidend, ob es im Laufe der Verhandlungen gelingen könnte, von der Sozialdemokratie das Maß erdenklicher Garantien dafür zu bekommen, daß das Programm, was nun einmal vorlag, in seinem ganzen Tatbestande von ihr wirklich und loyal durchgeführt werden würde. Und das darf ich noch einmal hier aussprechen: Wir wollen gegenüber den Unvollkommenheiten des Programms, gegenüber der Unvollkommenheit der ganzen Situation doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß hier zum ersten Male seit Jahren einer unerhörten Ausgaben- und Defizitwirtschaft der gesamten deutschen Wirtschaft ein Finanzprogramm vorgelegt wird, das im nächsten Jahre per Saldo eine Erleichterung von über 1 ¾ Milliarden Reichsmark bringt. Es ist doch ganz klar, daß es für uns die Aufgabe sein mußte, wenn es erreichbar war, eine Bindung der Sozialdemokratie zu erzielen. Nach der unglücklichen Rede des Herrn Dr. Breitscheid vom gestrigen Tage schien das unmöglich geworden zu sein. Denn aus ihr mußte man ohne weiteres folgern, daß die Sozialdemokratie nicht mehr den ernsten Willen zu einer solchen Bindung hatte. Erst heute, nach den vielen Unterhaltungen des Reichskabinetts, gelang es noch einmal, durch einen offiziellen Schritt der Fraktion bei der sozialdemokratischen Fraktion, von ihr die Erklärung zu erhalten, daß sie, wenn die Berechnungen des Finanzministers über die Kassenlage in den nächsten Monaten sich als richtig erweisen sollten, ihre Aufgabe darin erblickte, loyal an der Durchführung des Gesamtprogramms mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren! In dieser Situation hat angesichts der Schwere der Verantwortung die Mehrheit der Fraktion dann schließlich sich zu positiver Entscheidung entschlossen. Ich bin ganz weit davon entfernt, denjenigen einen Vorwurf zu machen, die nun hier mit einem gewissen Temperament ihren gegensätzlichen Standpunkt hervorgekehrt haben. Die letzten Tage haben von uns allen so viel Nerven verlangt, daß für eine ruhig und sachlich zu führende Debatte verhältnismäßig wenig übriggeblieben ist. Am wenigsten darf man es wohl unseren beiden Herren Ministern übelnehmen, wenn sie in einem gewissen Übermaß des Temperaments ihren Standpunkt vertreten haben, da sie doch schließlich unter dem vollen Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit und ihres Ansehens vor dem Volk und vor der Partei und der Öffentlichkeit Tage und Nächte lang ihre Auffassung durchzusetzen und zu vertreten hatten. Dafür sollte man Achtung haben, dafür sollte man Mitempfinden haben, namentlich bei uns, die wir doch den Gedanken der Persönlichkeit nicht vergessen wollen.

Aber lassen Sie mich dieses Kapitel damit abschließen, daß ich folgendes sage. Ich stimme dem verehrten Kollegen Grafen Kanitz darin bei, wenn er hervorgehoben hat, es wäre erfreulich, daß zum ersten Mal seit langer Zeit vielleicht eine wirkliche Aussprache im Zentralvorstand stattgefunden hätte. Vielleicht war aber das Bedauerliche an dieser Aussprache, daß sie unter dem unmittelbaren Eindruck der heute abgerollten Ereignisse stand und daß so vielleicht der allgemeine politische Gedankengang nicht herausgeschält werden konnte, der für unsere künftige Entwicklung von Bedeutung sein muß. Und dazu möchte ich das eine sagen. Ich stehe heute, wie ich es in der Vergangenheit getan habe, zu der Überzeugung, daß angesichts der Gesamtverteilung der politischen Kräfte in unserem Volke, wie wir sie nun einmal

haben, die Deutsche Volkspartei nach ihrer ganzen inneren Anschauung, nach der Zusammensetzung ihrer eigenen wirtschaftlichen und geistigen und kulturellen Kräfte mit allen Anstrengungen den Versuch machen muß, die dazu tauglichen Kräfte der Sozialdemokratie auf dem Boden einer verantwortungsbewußten und aufbauenden Politik festzuhalten (Bravo!). Ich sehe, solange durch die Unvernunft der Politik unserer Nachbarpartei zur Rechten jede Aussicht, in absehbarer Zeit eine andere Mehrheitsgruppierung parlamentarischer Art zu schaffen, zerstört ist, gar keinen anderen Weg als diesen. Wir müssen uns solange auf diesem Weg gemeinschaftlich zusammenfinden, als nicht bewiesen ist, daß die Sozialdemokratie tatsächlich nicht das Staatsbewußtsein aufbringt, das zur Zurücklegung einer solchen Wegstrecke erforderlich ist.

Vielleicht werden die nächsten Wochen den Beweis liefern. Wenn er geliefert ist, steht unser Volk vor schweren Erschütterungen. Dessen müssen wir uns gewärtig sein. Ich aber meine, es sollte doch in dieser Stunde, verehrte Parteifreunde, in der der Zentralvorstand in einer gewiß sehr schwierigen und zwiespältigen politischen Situation zum ersten Mal nach dem Tode unseres großen Führers zusammengetreten ist, unsere Pflicht sein, uns der großen Leitgedanken der Politik wieder einmal zu erinnern, in denen wir uns bisher immer einmütig zusammengefunden haben, nämlich den Gedanken der Zusammenfassung aller tauglichen und staatsbewußten Kräfte so lange verfolgen, als nicht die wirklichen und unerbittlich harten Tatsachen uns zur Resignation auf diesem Wege zwingen. Es liegt doch ein Stück Idealismus darin, wenn wir diesen Weg im Kampf gegen alle Anfeindungen von außen her bisher gegangen sind. Lassen Sie uns dieses Stück Idealismus auch noch für die kurze Frist aufbringen, in der dieser Beweis endgültig geliefert werden muß.

Denken wir auch noch an eines. Wir kämpfen jetzt um die Finanzprobleme ausschließlich. Seien wir uns darüber klar: Wenn wir die große Aufgabe der Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte, die zum wirklichen staatsbewußten Arbeiten bereit sind, von uns aus meistern wollen, dann wird es nicht allein mit der Parole der Steuerreform möglich sein (Sehr richtig!), sondern dann muß das Denken und Handeln der Partei auch wieder befruchtet werden von den starken Kräften eines politischen Idealismus, ohne den wir nicht leben können (Lebhafter Beifall).

Herr Hembeck: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich gebe meiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß durch die verschiedenen Redner, die jetzt vor mir in der letzten Stunde zu Wort gekommen sind, die Debatte auf ein durchaus sachliches Niveau zurückgeführt worden ist und daß man, gleichviel welcher Ansicht der eine oder andere ist, bemüht war, Brücken zu schlagen und sich zu gemeinsamer, aufbauender Arbeit zusammenzufinden. Ich darf aber – und darüber will ich mit der Offenheit, mit der ich alle Dinge immer behandelt habe, auch als Politiker, keinen Zweifel lassen – sagen, daß ich es außerordentlich bedauere, daß unser Freund Curtius unseren Freund Kuhbier doch etwas zu scharf angegriffen hat. Wer Kuhbier kennt – und jetzt breche ich mit vollem Bewußtsein eine Lanze für ihn aufgrund der elfjährigen gemeinsamen Arbeit mit ihm –, muß wissen, daß es keinen loyaleren Kerl gibt als Kuhbier aus Duisburg (Bravo!). Er war immer der beste und erste Kämpfer im Kampfe, und ich freue mich, das hier einmal ausdrücklich feststellen zu können (Bravo!).

Darüber hinaus möchte ich nur eins feststellen, was vielleicht die Herren Reichstagsabgeordneten, die fünfzehn Neinsager und die 21 Jasager und auch diejenigen, die blaue Karten abgegeben haben[73], interessieren wird. Der einstimmige Beschluß der Reichstagsfraktion, ultimativ den Kanzler zu ersuchen, sofort ein Steuerprogramm, unabhängig von den Erleichterungen des Young-Plans, vorzulegen, lag vor und liegt vor. Ich stelle fest, daß Herr Minister Curtius dieses Vorgehen als verbrecherisch bezeichnet hat (Widerspruch und Zurufe). Wir wollen uns doch einmal klar darüber sein, wie schwer die Lage vor dem Lande ist, namentlich in Teilen, in denen wir uns auf die Zusagen der Reichstagsfraktion verlassen haben, wo es immer hieß: Von diesen Forderungen wird die Volkspartei auch nicht einen Schritt zurückweichen. Stellen Sie sich nun vor, daß wir dort anzutreten haben und das wieder gutzumachen haben. Die Reichstagsfraktion hat einmütig auf dem Standpunkt gestanden, daß das Regierungsprogramm ungenügend ist. Das Sofort-Programm ist als Vorleistung von der Fraktion abgelehnt worden. Noch gestern hat Herr Hoff das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, indem er von der Arbeitslosenmoral sprach, die gefördert werden sollte.[74] Hierauf ist doch verzichtet worden, und wir bringen nun dafür das Gesetz ein. Wir haben auch bezüglich der Kopfsteuer nicht die geringste Garantie. Das wollen wir doch nicht aus dem Auge verlieren. Denken wir doch bitte daran, wie von diesem Zentralvorstand aus im Lande gearbeitet und Brücken gebaut werden müssen, um nicht einen Trümmerhaufen an einzelnen Stellen zu sehen, den ich gern vermieden sehen möchte (Zurufe: Wir alle!). Selbstverständlich. Aber ich will nur einmal darauf hinweisen, wie schwierig die Situation für uns im Lande ist. Was glauben Sie denn? Die Presse steht uns nicht zur Verfügung. Morgen und übermorgen werden Sie wieder überall von der Fraktion Drehscheibe lesen können.

Nun handelt es sich darum, von diesem Zentralvorstand aus neues Leben in die Ruinen zu bringen. Darin unterscheide ich mich allerdings von dem Grafen Kanitz: Ich habe auch Vergnügen am Kampf, aber daß es gerade erbaulich wäre, innerhalb der Deutschen Volkspartei und des Zentralvorstandes derartige Auseinandersetzungen zu haben, kann ich nicht sagen, und ich bin auch nicht der Auffassung, daß wir daraus nun wer weiß welchen Nutzen ziehen könnten. Ich glaube, der Unterricht bei den Deutschnationalen hat Herrn Grafen Kanitz da doch etwas auf die schiefe Ebene gebracht. Dennoch bin ich der Überzeugung: Auch dies wird die Deutsche Volkspartei überstehen. Aber auf eines hinzuweisen, möchte ich nicht unterlassen. Wer war es denn, der damals im Esplanade-Hotel Ausführungen über die Krise in der Wirtschaft gemacht hat? Stresemann. Und er hat eine begeisterte Zustimmung gefunden wie kaum je zuvor.[75] Damals hatten es alle begriffen: Die Wirtschaft steht vor dem Abgrund. Mit Recht sagte Stresemann, daß bei jedem Steuertermin der Exekutor kommt, um dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stall zu holen, mit Recht wies er darauf hin, wie bei jeder ehrlichen Arbeit der Steuererheber steht. Und was ist heute von Steuersenkungen gesprochen worden, um das zu erreichen, was Stresemann in der letzten Vorstandssitzung damals vor seinem Ende noch in Aussicht stellte, wie er davon sprach, daß er es in die Lande rufen wollte, daß es so wie bisher mit dieser

[73] Siehe Anm. 3.
[74] In seiner Reichstagsrede vom 13. 12. 1929 hatte Hoff jede Vorleistung in Form eines Sofortprogrammes abgelehnt, siehe VRT, Bd. 426, S. 3559f.
[75] Zur Zentralvorstandssitzung vom 26. 2. 1929 siehe Dok. Nr. 73.

Schweinerei nicht weiterginge. Ich habe vor einem Jahre, als noch Mut dazu gehörte, das auszusprechen, gesagt: Ein Sterben geht durch die Industrie. Ich muß heute feststellen: Ein großer Teil der Industrie ist gestorben. Sehen Sie sich doch an die nicht mehr rauchenden Schornsteine, die stillgelegten Zechen, die verrosteten Maschinen, und fragen Sie die Leute, die die Verzweiflung gepackt hat. Bei Philippi sehen wir uns wieder! In diesem Winter wird der Zentralvorstand noch eine andere Stellung einnehmen. Darauf können Sie sich verlassen (Beifall).

Vorsitzender [Kahl]: Wenn nicht widersprochen wird, gebe ich jetzt Herrn Thiel das Schlußwort.

Herr Thiel: Meine verehrten Parteifreunde! Es ist nicht meine Absicht, mich noch eingehend zu den Fragen, die im Vordergrunde der Aussprache gestanden haben, zu äußern. Ich möchte zunächst nur einiges zur Frage der Entschließungen, die hier vorliegen, sagen. An der Entschließung des Herrn Dr. Jaenecke sind im Einvernehmen mit den Unterzeichnern durch verschiedene Anregungen, die im Laufe des Abends gekommen sind, Änderungen vorgenommen worden, so daß der Wortlaut jetzt folgendermaßen gestaltet ist:

»Der Zentralvorstand stellt fest, daß das Vertrauen zu der Geschäftsführung des Reichsfinanzministeriums im Lande auf das schwerste erschüttert ist. Er hat daher bei aller Anerkennung gewichtiger Gründe, die für eine Vermeidung der Krise zum jetzigen Zeitpunkt sprechen, Verständnis für die Bedenken, die verschiedene Mitglieder der Reichstagsfraktion veranlaßt haben, dem Programm der Regierung ihre Billigung zu versagen. Der Zentralvorstand ist nach eingehender Aussprache zu der einmütige Auffassung gelangt, daß die heute der Reichsregierung ausgesprochene Billigung von der Partei nur dann verantwortet werden kann, wenn die vollständige Durchführung des Finanzprogramms nicht nur versprochen, sondern mit jedem parlamentarischen Mittel verfolgt wird. Der Zentralvorstand hält an der Forderung einer sachlichen Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung fest. Im Kampfe für dieses Ziel versichert er die Fraktion seiner vollen Zustimmung und Unterstützung« (Bravo!).

Damit sind eine Anzahl von anderen Entschließungen, die eingereicht wurden, überflüssig geworden und von ihren Unterzeichnern zurückgezogen.

Dann ein kurzes Wort zu der hier verlesenen Entschließung des Parteivorstandes. Ich habe durchaus Verständnis für die Aufnahme, die sich hier gefunden hat, weil es ein Ding der Unmöglichkeit ist, Stellung zu nehmen zu einer so umfassenden Entschließung, wenn sie nicht im Wortlaut vorliegt (Sehr richtig!). Ich darf aber darauf hinweisen, daß die Absicht, sie den Mitgliedern des Zentralvorstandes im Wortlaut vorzulegen, um deswillen nicht verwirklicht werden konnte, weil wir nicht wußten, ob nicht im Laufe des heutigen Tages Ereignisse es unmöglich machen würden, uns auf den Boden der positiven Mitarbeit zu stellen. Deshalb ist die Vervielfältigung unterblieben, weil es nicht gut möglich gewesen wäre, im Falle eines Austritts aus der Regierung diese Entschließung, die auf die Mitarbeit in der Regierung zugeschnitten war, irgendwie in unbefugte Hände gelangen zu lassen.

Die Entstehungsgeschichte der Entschließung ist die folgende. Unsere Herren, die insbesondere in den Kreisen der Wirtschaft stehen, hatten den Wunsch, daß für den

Kampf draußen für unsere wirtschaftlichen Ziele klareres und besser abgewogenes Material zu Verfügung stünde, das sich aber auf die Zustimmung des Zentralvorstandes stützen könnte. Es ist deshalb im Siebener-Ausschuß, der die ganzen Wirtschafts- und Finanzfragen für die Fraktion vorbereitet, der Entwurf nach langer Arbeit zustandegekommen. Die Fraktion hat ihn einstimmig bewilligt, und der Fraktionsvorstand hat gestern seine Zustimmung gegeben. Es ist infolgedessen darin eine Aufstellung von Leitsätzen für den Kampf in der Richtung der hier wiederholt und von fast allen Rednern ausgesprochenen Ziele niedergelegt worden, und dieses Material dürfte eigentlich nicht unter den Tisch fallen. Ich würde deshalb der Meinung sein, daß es doch erwünscht wäre, im vorliegenden Falle hier die Zustimmung zu geben nicht für eine Entschließung, die in die Presse kommen soll, sondern in dem Sinne, daß die Entschließung den Instanzen der Partei als Material für die spätere Arbeit überwiesen wird (Sehr gut!). Ich glaube, daß damit auch dem Zweck gedient werden kann, ohne daß Sie sich auf jedes einzelne Wort festlegen (Bravo!).

Ich darf zum Schluß noch einige politische Bemerkungen anfügen. Es ist hier in der Zentralvorstandssitzung die Frage etwas stark in den Hintergrund getreten, wie sich die gegenwärtige Parteidämmerung nun eigentlich auswirken soll auf die gesamte politische Entwicklung, wie diese Dinge sich schließlich auswirken auf das Leben und die Entwicklung unserer eigenen Partei. Würde nicht die akute Regierungskrise uns hier so stark beschäftigt haben, so würden wir, glaube ich, sehr eingehend darüber gesprochen haben. Ich glaube aber, daß ein paar Gesichtspunkte nach dieser Richtung doch zu dem bisher Gesagten angefügt werden sollten, damit wir sehen, ob wir einigermaßen in der Beurteilung der Lage übereinstimmen.

Es ist zunächst einmal die Frage aufgeworfen worden, ob ein Austritt aus der Regierung von seiten der Deutschen Volkspartei einer Gesundung der Entwicklung förderlich gewesen wäre. Ich habe die Entwicklung in den Parteien, insbesondere in der Deutschnationalen Volkspartei, sorgfältig beobachtet und glaube, mit den verschiedensten Strömungen dort sehr vertraut zu sein. Ich komme aber zu dem Ergebnis, daß ein Austritt der Volkspartei aus der Regierung der Entwicklung der Dinge, wie sie in unserem Interesse gehen müßten, sehr abträglich sein würde. Der Kampf, der drüben geführt wird, ist der: hemmungslose und ziellose Opposition oder positive Arbeit am Staat, im Staat oder in der Verantwortung. Und bei diesem Kampfe würde ich fürchten, daß, wenn wir im Augenblick in der Opposition stünden, Hugenberg, nicht aber diejenigen, die schließlich in irgendeiner Form mit uns zusammenarbeiten wollen, Erfolg haben würden. Und ein anderes! Die Vorgänge, die sich da drüben abspielen, können auf unsere Partei einen gewissen Einfluß haben, nämlich dann, wenn wir nicht unsere Partei ganz erheblich aktivieren, wenn wir nicht in den Ortsgruppen stärkeres Leben entwickeln, wenn wir nicht uns geradezu bemühen, die Kräfte, die hoffnungsvollen Kräfte, die jetzt noch in der Opposition stehen, zu lebendiger Mitarbeit heranzuziehen. Darum möchte ich im Hinblick auf diese Vorgänge das eine aussprechen: Entweder ist unsere Partei so stark und so lebendig, daß sie eine starke Anziehungskraft auch auf das, was sich dort sammelt, ausübt, oder aber sie entwickelt diese Aktivität nicht, dann laufen uns die besten Kräfte davon, und in eine neue, junge, frische Partei mit neuen frischen Kräften hinein. Welchen Weg wir hier zu gehen haben, darüber kann gar kein Zweifel sein: äußerste Kraftanstrengung in unseren eigenen Reihen, vor allem in den Ortsgruppen.

In diesem Zusammenhang darf ich einer Ente den Hals abdrehen, die durch die Lande flattert, daß nämlich auch ich die Ansicht hätte, mich zu Hugenberg, wie es einmal hieß, oder zu Lambach[76], wie es jetzt heißt, zu der neuen Partei, zu wenden. Ich habe schon im vergangenen Jahr, als die Gerüchte auftauchten, erklärt, daß ich nicht daran dächte, sondern daß mein Feld die Deutsche Volkspartei sei, allerdings die Deutsche Volkspartei, die heute noch nicht geworden ist, von der ich aber hoffe, daß wir sie in einträchtiger Zusammenarbeit so gestalten, daß sie ihr Firmenschild in Ehren tragen kann. Ich glaube, daß wir im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahre in dieser Richtung gewisse Fortschritte gemacht haben. In einer Anzahl von Ortsgruppen und Wahlkreisen hat man gesehen, daß die Entschließung des Zentralvorstandes vom November vorigen Jahres[77] nicht nur hingenommen, sondern beachtet worden ist und daß eine Ergänzung aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft in den Vorständen und in den Mandatsträgern stattgefunden hat. Hierfür glaube ich nicht nur in meinem persönlichen Namen, sondern auch im Namen des Parteivorstandes diesen Ortsgruppen und Wahlkreisen herzlichen Dank sagen zu können. Ich glaube, Sie werden angesichts des Umstandes, daß gegenwärtig die Parteien links und rechts von uns ins Wanken kommen, erkennen, daß es 5 Minuten vor 12 war, als wir uns entschlossen, nach dieser Richtung hin einen Aufruf an die Kreise draußen im Lande von Seiten des Zentralvorstandes ergehen zu lassen. Ich glaube, daß durch die Wirkungen und durch die guten Absichten, die vielfach in der Verwirklichung dieses Aufrufs noch vorhanden sind, wir tatsächlich den Anfang gemacht haben zu einem neuen Aufstieg, und am Ende dieser Arbeit soll stehen eine wahre, eine große, eine einflußreiche Deutsche Volkspartei, die eine andere Stellung auch im Parlament sich durch die Zahl ihrer Mandate erkämpfen kann als eine Volkspartei von 45 Mitgliedern im Reichstag, die zu 250 Stimmen kommen muß, wenn sie ihren Willen durchsetzen will. Das ist eine Sisyphusarbeit, die insbesondere für unsere Minister manchmal das Menschenmögliche überschreitet in Anforderungen an ihre körperliche und geistige Kraft! Ich glaube deshalb, daß es notwendig ist, auf diese Zahlenverhältnisse im Parlament häufiger hinzuweisen, um anhand dessen zu würdigen, was unsere Freunde in der Regierung und was die Fraktionen in der Praxis tatsächlich leisten (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Behandlung der vorliegenden Entschließungen. In dieser Beziehung darf ich mir erlauben, folgendes zu bemerken. Die umfangreiche Entschließung des Parteivorstandes enthält außerordentlich viel wertvolles Material für die innere politische Arbeit, und unter diesem Gesichtspunkt möchte ich dem Zentralvorstand empfehlen, sie anzuerkennen und anzunehmen – das kann ohne besondere Abstimmung geschehen, wenn kein Widerspruch erfolgt – als nicht bestimmt für den Pressedienst, sondern für den internen Dienst und namentlich für die Arbeit der Fraktion (Bravo!). Wenn diesem

[76] Walter Lambach (1885–1943), kaufmännischer Angestellter. Seit 1919 Geschäftsführer des DHV. 1920–1932 MdR (DNVP/Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft/Konservative Volkspartei). Lambach, einer der 12 Abgeordneten, die Anfang Dezember aus Protest gegen den Kurs Hugenbergs aus der DNVP austraten (siehe Dok. Nr. 76, Anm. 45), war einer der Gründer der »Volkskonservativen Vereinigung«, die maßgeblich durch den DHV, in dessen Hauptverwaltung auch Thiel tätig war, gestützt wurde.

[77] Der ZV hatte in seiner Sitzung vom 24. 11. 1928 die Forderung Stresemanns und Thiels gebilligt, in die parlamentarischen Vertretungen der DVP mehr Arbeitnehmer zu wählen, siehe Dok. Nr. 70, S. 758.

Sinn, den ich dieser Entschließung beilege, von keiner Seite widersprochen wird, dann würde ich annehmen: Der Zentralvorstand billigt nicht nur den Inhalt dieser Entschließung, sondern nimmt ihn in Beziehung auf die einzelnen Programmpunkte dankend und zustimmend an und überweist ihn, sei es der Fraktion, sei es den anderen inneren Organen der Partei als Norm, sozusagen für die weitere politische Arbeit. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung) Ich höre keinen Widerspruch.

Dann wäre die andere Entschließung da, die soeben Freund Thiel hier noch näher begründet hat, auf die verschiedene Antragsteller sich geeinigt haben, so daß außer dieser einmütigen Entschließung eine weitere zur Abstimmung nicht vorliegt. Ich werde also diese Entschließung zur Abstimmung bringen und lege allerdings Gewicht darauf, daß diese Abstimmung eine förmliche Abstimmung ist.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, bringe ich nunmehr diese vereinigte Resolution Jaenecke-Becker-Thiel zur Abstimmung. Ich bitte, daß die Mitglieder des Zentralvorstandes, die diese Entschließung annehmen wollen, sich freundlichst von ihren Plätzen erheben (Abstimmung). Ich stelle, worauf ich Gewicht lege, fest, daß diese Entschließung einmütig angenommen worden ist (Beifall).

Ich hoffe, es wird den Empfindungen der Freunde entsprechen, wenn wir am Schluß des Tages, an dem wir zum ersten Mal ohne Stresemann wiederum im Zentralvorstand versammelt waren, an seine Gattin einen kurzen Gruß senden (Beifall), der lautet: »Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat heute bei seinem ersten Zusammentreten nach dem Tode seines Führers das Andenken an den großen Toten in dankbarer Treue geehrt. Er hat mich weiter beauftragt, Ihnen die aufrichtigsten Grüße zu übermitteln« (Beifall).

Hochverehrte Parteifreunde! Ich kann nun daran gehen, die Sitzung des Zentralvorstandes zu schließen. Ich will Sie gewiß nicht mehr durch längere Ausführungen, durch eine Zusammenfassung all der reichen und schönen Gedanken, die hier vorgetragen worden sind, ermüden. Ich möchte nur ganz kurz das folgende sagen. Es ist hier mehrfach die Freude geradezu darüber zum Ausdruck gekommen, daß auch einmal Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten sind. Meine Freunde, ich teile diese Freude, ich teile sie nicht bloß unter dem Gesichtspunkt, daß der weite geistige Horizont unserer Partei es selbstverständlich macht, daß die verschiedenen geistigen Strömungen sich ausleben, sondern unter dem einen großen ethischen Gesichtspunkt: Es entspricht der Wahrhaftigkeit einer Partei, daß jeder in ihr ehrlich seine Meinung sagt (Bravo!), und solange das der Fall ist, solange der Bindungssturm der Wahrheit unter uns aufrichtig weht, solange haben wir starke Garantien für die Gesundheit und den Fortbestand unserer Partei, und diesen Geist der Wahrhaftigkeit wollen wir uns alle erhalten. Durch diesen ist, wie auch richtig festgestellt ist, keinerlei Trennung des Geistes in der Partei bedingt. Wir sind im Ziele schlechterdings einig, in Beziehung auf den Weg können und mögen die Meinungen auseinandergehen. Aber ausdrücklich hat es ein Gegner [!], hat es Freund Hugo ausgesprochen: Auch sie werden, wenn sie selbst sich anders gestellt haben, mit vollen Herzen mitwirken an unserer weiteren geistigen Arbeit und dazu beitragen, die Partei zu stärken. Und ich habe mich ganz besonders gefreut, daß derselbe Freund und Redner hier noch die Notwendigkeit der allmählichen Sammlung und Konzentration der politisch-vaterländischen Kräfte der Mitte betont hat. Meine Freunde, Sie wissen

alle, das ist ein Problem, das uns alle innerlich bewegt, ganz gewiß keinen unter Ihnen mehr als mich, der ich seit Jahren an diesem Gedanken hänge. Aber ich halte es für gut, daß wir heute nicht näher in die Aussprache gerade dieses Problems eingetreten sind. Das müssen wir zurückstellen. Das ist eine Rücksicht auch auf unseren neuen Parteiführer. Bevor unser neuer Parteiführer sich mit uns nicht wieder politisch sozusagen eingelebt hat in den großen Problemen der Zeit, können wir derartige große Probleme schwerlich lösen. Ich glaube aber, daß der Parteivorstand sehr gern bereit ist, alle Anregungen, die nach dieser Richtung hin ergehen, für die, wie ich hoffe, nicht allzu ferne nächste Sitzung des Zentralvorstandes, in Verbindung vielleicht schon mit dem Parteitag, zurückzustellen. Mir bleibt nur übrig, den herzlichsten Wunsch auszusprechen, daß von diesem Parteitag von neuem der Entschluß der Vaterlandsliebe, der Vaterlandstreue und der gegenseitigen Treue, der unbedingten Unterordnung unter den großen und allgemeinen Vaterlandsgedanken erwachse, daß wir ihn alle mitnehmen zu unserer neuen Arbeit, daß wir, da wir wahrhaftig gegeneinander waren, uns auch ehrlich ins Auge sehen können und mit der Bürgschaft und mit der Garantie, daß das, was wir mit gutem Willen arbeiten und schaffen, nicht untergeht. Das Vertrauen zum Bestande unserer von so hohen Idealen getragenen Partei möge uns begleiten aus dieser Sitzung der Gemeinschaft hinaus wiederum in unsere tägliche Arbeit, und damit möchte ich nunmehr den heutigen Zentralvorstand schließen.

Herr Landgrebe: Meine sehr werten Damen und Herren! Ich glaube, der Zentralvorstand kann nicht geschlossen werden, bevor wir nicht noch den Dank an den Vorsitzenden der heutigen Zentralvorstandssitzung zum Ausdruck gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Wir kennen Herrn Geheimrat Kahl, der uns seit Jahren auf unseren Parteitagungen geführt hat, als weisen Führer, und wir freuen uns, daß er auch heute an dieser Stelle gestanden hat. Dafür sind wir ihm dankbar, und ich bin der Auffassung, daß es gerade seiner verbindlichen Art sowohl seiner Klarheit als auch der geistigen Schärfe, mit der er zu den Dingen Stellung genommen hat, gelungen ist, die Einigkeit herbeizuführen, die wir alle so sehr wünschen und gewünscht haben und die uns zu einer einmütigen Beschlußfassung geführt hat. Wir freuen uns, einen solchen Führer zu haben, der uns aber auch ein Symbol ist: Das Symbol der Einigkeit in der Partei. Wir wünschen, daß er uns noch lange erhalten bleiben möge.

(Lebhafter Beifall. Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen und bringen Herrn Geheimrat Kahl eine Ovation dar).

Vorsitzender D. Dr. Kahl: Meine verehrten Freunde! Ich danke Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie mir auch am Schluß dieser Sitzung noch dieses freundliche Vertrauen ausgesprochen haben. Ich bin darüber sehr gerührt. Verehrte Freunde, ich spüre wohl, daß ich älter werde. Das Alter zeigt sich bei mir darin, daß allmählich die Untertanen[78] zu versagen sich herausnehmen. Ob das mit meiner persönlichen Konstitution oder mit der demokratischen Staatsverfassung zusammenhängt, das weiß ich nicht (Heiterkeit). Aber das eine weiß ich, daß, solange mir noch ein Funken von Kraft übrigbleibt, ich der Sache, der ich nun seit bald 60 Jahren anhänge, mit ganzem Herzen weiter anhängen werde (Beifall). Für Ihre Güte und für Ihre Treue

[78] So in der Vorlage.

bringe ich ihnen meinerseits bis zum letzten aufrichtige und herzliche Treue entgegen. Ich danke Ihnen (Lebhafter Beifall).

Die Sitzung des Zentralvorstandes ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung gegen 8 Uhr).

79.

2. März 1930: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

BAK R 45 II/32, p. 5–113. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei Sonntag, den 2. März 1930, vormittags 10½ Uhr in Berlin, Reichsklub«.

Die Sitzung wird von Scholz eröffnet, der zunächst auf die Vertraulichkeit der Beratungen hinweist und darum bittet, in erster Linie die Vertreter der Parteiorganisation im Lande zu Worte kommen zu lassen, zumal am Nachmittag eine Sitzung der Reichstagsfraktion stattfindet.[2]

In seinen Ausführungen zur politischen Lage beschäftigt sich Scholz zuerst mit der Außenpolitik. Die Franzosen hätten nach 1871 eine für das ganze Volk verständliche und einfache Außenpolitik mit dem Ziel der Revanche betrieben. Auch die Außenpolitik Stresemanns habe ein einfaches Ziel verfolgt: die Befreiung des Rheinlandes.[3] *Die Deutsche Volkspartei hat sie,* »in vollem Bewußtsein derjenigen Opfer, die wir für diese Außenpolitik auf dem Gebiet der inneren Politik bringen müssen, mitgemacht. Wir müssen sie zu Ende führen«. *Obwohl auch innerhalb der DVP* »schwerste Bedenken wirtschaftlicher Natur« *gegen die Young-Gesetze bestünden*[4]*, müßten sie aus diesem Grunde doch ratifiziert werden. Erheblich erschwert werde der Partei ihre Zustimmung durch einige mit den Young-Gesetzen politisch verknüpften Dinge, insbesondere das Liquidationsabkommen und den Handelsvertrag mit Polen.*[5] *Doch bei allen Bedenken gegen letzteres spräche für die Annahme, daß die Vertreter der Deutschen in den jetzt polnischen Gebieten dringend bäten, den Vertrag nicht abzulehnen. Nach der Auffassung von Scholz steht ein Kampf* »bolschewistischer Kultur mit der alten Kultur des Abendlandes« *bevor; Polen aber sei* »kein bolschewisti-

[1] Die in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen. Tagesordnung: 1. Bericht und Aussprache über die politische Lage. 2. Verschiedenes.

[2] Die Reichstagsfraktion tagte am Nachmittag des 2.3.1930 von 15–18[15] Uhr, siehe R 45 II/67, p. 211.

[3] Die Alliierten hatten sich bereit erklärt, bei Annahme des Young-Plans durch Deutschland bis zum 30.6.1930 auch die dritte Zone – 5 Jahre vor der im Versailler Vertrag vorgesehenen Frist – und damit das ganze Rheinland zu räumen.

[4] Die Younggesetze wurden vom Reichstag am 12.3.1930 mit 265 gegen 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen, siehe VRT, Bd. 427, S. 4402ff. In ihrer Sitzung vom 11.3.1930 hatte die DVP-Fraktion hinsichtlich der Abstimmung Fraktionszwang beschlossen, siehe BAK R 45 II/67, p. 217.

[5] Zu dem mit Polen am 31.10.1929 geschlossenen Liquidationsabkommen siehe Dok. Nr. 77, Anm. 9.

scher Staat. Polen hat sogar eine alte Kultur, insbesondere in künstlerischer Beziehung, die wir durchaus als westlich bezeichnen können«. *Aus diesem Grund liege eine* »absolute Schwächung Polens« *nicht im deutschen Interesse.*

[Scholz:] Denn das will ich Ihnen trotz dieser meiner Ausführungen gestehen: Ich persönlich liebe diesen Polen-Vertrag nach gar keiner Richtung, und ich habe auch – das möchte ich Ihnen gleich erklären – meine Fraktion dazu bestimmt, in der Beziehung die Abstimmung frei zu geben.[6] Jedes Mitglied der Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag hat also die Möglichkeit, auch seine ablehnende Stimme gegenüber dem Polenvertrag zur Geltung zu bringen. Nur vor dem einen möchte ich warnen im Hinblick auf meine vorher gemachten Ausführungen zur Außenpolitik: Wir dürfen es im Sinne der von uns unter Führung Stresemanns seit sieben Jahren vertretenen Außenpolitik nicht dazu kommen lassen, daß auch etwa der Polenvertrag ein Hindernis werde auf dem Wege der endgültigen Befreiung deutscher Lande am Rhein. Deshalb ist die außenpolitische Lage auch nicht frei von taktischen Schwierigkeiten. Ich hoffe, daß wir sie überwinden werden, indem wir einmal in die Lage kommen, mindestens unseren Freunden im Osten, aber auch den übrigen, die auf dem Gebiet des Polenvertrages dissentieren, die Freiheit der Abstimmung zu geben, auf der anderen Seite aber doch den Abschluß desjenigen Werkes nicht zu gefährden, das in gradliniger Fortsetzung Stresemannscher Politik zur endgültigen Befreiung der Rheinlande führt.

Meine verehrten Damen und Herren! Mit dieser außenpolitischen Frage taktisch, aber auch innerlich verquickt ist die Frage, die augenblicklich im vordersten Vordergrund aller Erwägungen, auch unserer heutigen Erwägungen, stehen muß. Das ist, kurz gesagt, die innere Sanierung Deutschlands. Ich glaube, es ist an sich ein durchaus folgerichtiger Weg, den wir heute, die Deutsche Volkspartei, eingeschlagen haben, der auch durchaus denjenigen Auffassungen entspricht, die Stresemann insbesondere sehr wirkungsvoll auf der vorletzten Tagung unseres Zentralvorstandes im Frühjahr vorigen Jahres zum Ausdruck gebracht hat.[7] Die gradlinige und logische Fortsetzung der Befreiung deutschen Territoriums von fremder Besatzung ist die Ordnung innerhalb des Staates, der uns dann organisatorisch und verwaltungsmäßig in vollem Umfang zur Verfügung steht.

Deshalb folgt logisch auf die Befreiung deutschen Territoriums die Notwendigkeit der inneren Sanierung der deutschen Verhältnisse. So haben wir die Politik zu lenken versucht, als plötzlich durch den sogenannten Vorstoß des Zentrums die Dinge eine Wendung nahmen, die uns taktisch vor eine schwierige Situation stellte. Das Zentrum hat seine Zustimmung zu den außenpolitischen Gesetzen direkt verkoppelt mit der vorherigen oder gleichzeitigen Bereinigung dieser inneren Finanz- und Wirtschaftsfragen.[8] An sich eine Linie, die wir, objektiv gesehen, durchaus mitmachen

[6] Die Reichstagsfraktion hatte nach heftigen Auseinandersetzungen am 10.3.1930 einen Antrag von Curtius auf Fraktionszwang abgelehnt, siehe BAK R 45 II/67, p. 216.

[7] Siehe Dok. Nr. 73, S. 767ff.

[8] Der Fraktionsvorstand des Zentrums hatte am 27.1.1930 beschlossen, dem Young-Plan nur zuzustimmen, wenn die Sanierung der Reichsfinanzen garantiert werde und verbindliche Zusagen der Regierungsparteien über die Finanzreform vorlägen, siehe Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. Nr. 502; Ruppert, S. 397ff.; Schönhoven, S. 239ff. In der Fraktion erklärte Scholz am

könnten, ja vielleicht mitmachen sollten, weil auch wir der Auffassung sind: wenn man schon diese außerordentlichen, vielleicht nicht tragbaren Lasten übernimmt, die der Young-Plan dem deutschen Volke für mehrere Generationen auferlegt, so muß Hand in Hand damit eine derartige Stabilisierung unserer inneren, insbesondere unserer Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse gehen, daß wenigstens die Grundlage für die Möglichkeit der Erfüllung dieser ungeheuren Lasten geschaffen wird.

Wenn wir im Augenblick diese Taktik des Zentrums – die, nebenbei gesagt, ich will nicht urteilen, sondern nur andeuten, mir auch nicht bloß aus rein objektiven Gründen verfolgt zu werden scheint (Sehr gut) – nicht mitzumachen bereit sind, so im wesentlichen aus folgenden Gründen. Ich glaube, keiner von ihnen wird darüber im Zweifel sein, daß, wenn es gelänge, vor oder gleichzeitig mit der Verabschiedung der außenpolitischen Gesetze ein Kompromiß zwischen den augenblicklichen Regierungsparteien auf dem Gebiet der finanz- und wirtschaftspolitischen Sanierung zu finden, dieses Kompromiß für die Deutsche Volkspartei unter allen Umständen untragbar sein würde (Sehr gut!). Ich glaube, das kann man mit positiver Sicherheit aussprechen, wenn man die Auffassungen der maßgebenden Kräfte in der Sozialdemokratie, aber auch im Zentrum richtig kennt und einschätzt. Allein diese Feststellung, die, wie ich glaube, gar keinem Zweifel begegnen kann, muß uns zu der Taktik veranlassen, die ich bereits gekennzeichnet habe, nämlich der, daß man zunächst die außenpolitischen Dinge erledigt und dann an die Bereinigung der innerpolitischen Dinge herangeht.

Dafür spricht auch noch ein anderer, für mich sehr wesentlicher Grund; ein Grund, der in die Zukunft der Dinge, in die Zukunft der deutschen Politik und in die Zukunft der Parteiengestaltung weist. Ich habe vorhin schon ein Thema anklingen lassen, das auch auf dem nächsten Zentralvorstand und auf dem Parteitag eine starke Rolle spielen wird und spielen muß: Das ist eine gewisse, vielleicht notwendige Veränderung der Parteikonstellationen der deutschen Politik. Ich will im Augenblick gar nicht auf die fernen Ziele: Verschmelzung gewisser staatserhaltender Parteien, die sich auf gemeinsamem Boden finden könnten, eingehen. Aber ich glaube, Sie alle werden mit mir der Auffassung sein, daß eine gewisse Vorbereitung dieser Entwicklung, die weiteste Kreise unseres Volkes wünschen, dringend notwendig ist (Zustimmung). Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß solche Dinge, deren Entwicklung in der Zukunft man mit allen Kräften anbahnen muß, am besten gefördert werden, wenn man ein bestimmtes Ding, ein bestimmtes politisches Geschäft sich vornimmt und versucht, es mit denjenigen Parteien, die man glaubt, auch für diese künftige Entwicklung in Anspruch nehmen zu dürfen, zu erledigen. Ein solches Geschäft großen Ausmaßes ist die finanzpolitische und wirtschaftliche Sanierung Deutschlands (Sehr wahr!). Ich bin deshalb der Auffassung, daß auch unsere Augenblickspolitik auf solche zukünftigen Ziele abgestellt sein muß; so zwar, daß es uns gelingt, einen Boden zu schaffen, auf dem wir gemeinsam mit denjenigen Parteien, die mit uns diese Sanierung machen wollen und die bereit sind, auch in Zukunft aktiv und verantwortlich in der deutschen Politik mitzuarbeiten, diese Dinge vorbereiten.

10. 2. 1930, die DVP würde ihre »außenpolitischen Ziele vernachlässigen [...], wenn sie offen an der Seite des Zentrums ihren Platz« einnähme, BAK R 45 II/67, p. 201.

Das ist aber nur möglich, wenn – ich will mich populär ausdrücken – der Stein des Anstoßes der Außenpolitik, der heute noch zwischen uns und mehreren dieser in Frage kommenden Parteien liegt, zunächst weggeräumt ist. Ich will deutlicher werden: Diejenigen Parteien oder Parteigründungen der neusten Zeit, die für derartige Verhandlungen auch auf lange Sicht und mit großem Ziel in Frage kommen, sind die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft[9] und die Wirtschaftspartei – nicht aus Liebe zu ihr, sondern, wie ich mich immer ausgedrückt habe, aus Haß oder weil wir sie in die Verantwortung hineinziehen müssen – und die Demokraten. Zwischen den Demokraten und uns steht nicht der Young-Plan, aber zwischen der Wirtschaftspartei und uns und zwischen der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft und uns steht er. Erst wenn er aus der Welt gerät, d.h. erledigt ist, wird man mit Erfolg mit den genannten Parteien über einen engeren Zusammenschluß, zunächst für das bestimmte Gebiet der Sanierung der Wirtschaft und der Finanzen, vielleicht auch mit größerem Fernziel, Verhandlungen führen können. Auch daraus geht, glaube ich, die grundsätzliche Richtigkeit der Politik der Reichstagsfraktion hervor: zunächst die außenpolitischen Fragen zu erledigen und dann überzugehen zu der großen Aufgabe der inneren Reform.

Meine verehrten Damen und Herren! Der Leidensgang unserer inneren politischen Ziele steht Ihnen allen aus Ihrer Erfahrung und aus der Presse vor Augen; ich brauche ihn nicht im einzelnen auszumalen, sondern ich möchte nur in ganz großen Zügen dazu folgendes sagen. Es ist ja nicht so, als ob das Zentrum den Stein der Weisen gefunden hätte, indem es sagte: Die Erledigung der außenpolitischen Fragen und die Erledigung unserer finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen muß pari passu geschehen. Das ist eine Auffassung, die wir grundsätzlich seit anderthalb Jahren in der Reichstagsfraktion mit großer Entschiedenheit vertreten (Sehr richtig!). Wir haben schon vor ungefähr anderthalb Jahren in verschiedenen Proklamationen der Fraktion, die hineingingen bis in den Sommer vorigen Jahres, immer wieder betont, daß, wie auch die Erledigung der außenpolitischen Dinge sich vollziehen würde, eins jedenfalls klar sei: Nur auf der Grundlage einer einigermaßen gesunden deutschen Wirtschaft, nur auf der Grundlage eines einigermaßen gesunden deutschen Finanzsystems kann man sich überhaupt vorstellen, daß derartige Lasten nach außen hin getragen werden können.

Wir haben von Anfang an stets betont – und jeder, der den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Finanzen begreift und kennt, wird uns darin beipflichten müssen –: Die Grundlage für jede verständige Finanzpolitik ist eine verständige Wirtschaftspolitik (Sehr richtig!). Die Wirtschaft bringt die Finanzen auf, die Wirtschaft bringt die Steuern auf. Eine tote Wirtschaft kann keine lebendige Steuer bezahlen. Wenn man die Wirtschaft tötet, schlachtet man die Henne, die goldene Eier legen soll. Alles alte Gemeinplätze, alles Auffassungen, die bei uns nicht begründet zu werden brauchen! Wir haben infolgedessen stets den Standpunkt vertreten: Die erste Vorausset-

[9] Die Mehrzahl der nach einer Auseinandersetzung über das Volksbegehren im Dezember 1929 aus der DNVP-Fraktion ausgetretenen Abgeordneten gründeten am 28.1.1930 die Volkskonservative Vereinigung, die zusammen mit dem CSVD und der CNBL im Reichstag die Fraktion der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitz von Gottfried Reinhold Treviranus bildete, siehe dazu auch Jonas, S. 189ff. sowie Dok. Nr. 78, Anm. 76.

zung zur Gesundung unserer Wirtschaft und damit unserer Finanzen ist und bleibt die steuerliche Entlastung der produktiven Wirtschaft.

Ich habe vorhin von dem Leidensweg dieser unserer Auffassung gesprochen. Dieser Leidensweg findet, ich möchte sagen, seinen persönlichen Ausdruck in meinem Freunde Moldenhauer (Heitere Zustimmung). Unser Freund Moldenhauer hat in einer für die Finanzen und die Wirtschaft Deutschlands ungewöhnlich kritischen Zeit das Finanzministerium übernommen.[10] Es war selbstverständlich – das möchte ich mit aller Entschiedenheit betonen – daß er in allererster Linie die Aufgabe hatte, die augenblickliche Kassenlage des Reiches, die doch schließlich die Grundlage auch des Kredits des Reiches ist, zu sanieren. Die Verhältnisse, die er vorfand, waren dank der vorzüglichen Wirtschaft seines Herrn Vorgängers geradezu katastrophal (Sehr richtig!). Sie führten im weiteren Verlauf der Dinge dazu, daß der Finanzminister von der Deutschen Volkspartei, die immer die Steuersenkungen als ihr Programm bezeichnet hat, genötigt war, an das Kabinett mit erheblichen Steueranforderungen für das Jahr 1930 heranzutreten.[11] Also eine, ich möchte sagen, unseren Wählern außerordentlich schwer begreiflich zu machende Ideenumdrehung!

Aber wir, die wir die Dinge objektiv und mit Verständnis ansehen müssen, werden zugeben müssen: Ein anderer Weg war und ist nicht möglich (Sehr richtig!). Er ist schon aus einem ganz bestimmten Grunde nicht möglich, und dieser Grund liegt in der sogenannten lex Schacht, die bekanntlich die Tilgung von 450 Millionen innerhalb des Jahres 1930 gesetzlich festgelegt hat.[12] Für diese einmalige Ausgabe des Jahres 1930 und für verschiedene andere Dinge Deckung zu suchen und zu finden, ist natürlich die erste Aufgabe eines Finanzministers, der seine Aufgabe ernst nimmt.

Meine Damen und Herren! Wie ist es möglich, trotz dieser starken Belastung des Jahres 1930 an der grundsätzlichen Auffassung der Volkspartei, der Notwendigkeit von Steuersenkungen für die Wirtschaft, festzuhalten? Ich habe in der Fraktion und auch im Gespräch mit Moldenhauer schon öfter – es ist ja inzwischen auch in die Presse gekommen – die Idee des zweijährigen Etats ausgesprochen. An sich eine schwierige Sache, weil in der Verfassung der einjährige Etat festgelegt ist![13] Finanzwissenschaftlich ist darüber schon in der vorrevolutionären Zeit häufig gestritten worden, ob es nicht unter Umständen zweckmäßig sein könnte, eine längere Etats-

[10] Nach dem Rücktritt Hilferdings wurde Reichswirtschaftsminister Moldenhauer am 23.12.1929 zum Finanzminister ernannt, siehe auch Dok. Nr. 78, Anm. 37; sein Nachfolger wurde Robert Schmidt (SPD).

[11] Moldenhauer beabsichtigte, den Fehlbetrag von 657 Millionen RM vor allem durch eine Erhöhung der Umsatz-, der Bier- und der Weinsteuer zu decken, zudem sollten die Landesversicherungsanstalten und die Angestelltenversicherung gesetzlich zu Kreditzahlungen an die Arbeitslosenversicherung verpflichtet werden, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 432, 437. Zur Finanzpolitik Moldenhauers siehe detailliert Maurer, S. 113ff.; Leuschen-Seppel, S. 251f.

[12] Reichsbankpräsident Schacht hatte die Regierung Müller gezwungen, in den Etat 1930 einen 450 Millionen RM umfassenden Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Reichsschuld einzustellen, der aus »Steuern und Einsparungen bei den Ausgaben« gespeist werden sollte, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 394, S. 1291. Der Gesetzentwurf über den Fonds wurde am 22.12.1929 im Reichstag mit 224 gegen 132 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen, siehe VRT, Bd. 426, S. 3818 sowie James, Reichsbank, S. 115f.

[13] Art. 85 III der WRV legte fest: »Die Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt; sie können in besonderen Fällen auch für längere Dauer bewilligt werden. Im übrigen sind Vorschriften im Reichshaushaltsgesetz unzulässig, die über das Rechnungsjahr hinausreichen [...]«.

periode als die einjährige einzuführen. Praktisch ist es noch niemals gemacht worden. Für den Augenblick hätte es unleugbare Vorzüge trotz der sehr labilen Stellung der Wirtschaft und trotz der Einwände, die man daraus natürlich für eine lange Festlegung konstruieren kann. Es hätte den großen Vorzug, daß man den Steuererhöhungen, die zum Ausgleich der schwierigen Kassenlage des Reiches und zur Abdeckung der schwebenden Schuld im Jahre 1930 nötig sind, direkt für das Jahr 1931, also für das zweite Jahr der zweijährigen Etatsperiode, diejenigen Steuersenkungen gegenüberstellen könnte, die, wenigstens nach dem augenblicklichen Rechnungsbild, im Jahre 1931 möglich, dann aber auch nötig sind. Es wäre die stärkste gesetzliche Bindung der gleichzeitigen Erhöhung der indirekten Steuern in dem Ausmaße, das Ihnen bekannt ist für 1930, und der von uns für notwendig gehaltenen Senkung der direkten Steuern im Jahre 1931.

Aber das ist eine Form. Es kommt auf die Form nicht so sehr an als darauf, daß der Inhalt gesichert ist. Deshalb versteifen wir uns auf diese Form nicht. Ich habe Ihnen das nur vorgeführt, um Ihnen den ernsten Willen der Fraktion zu zeigen, so stark wie möglich gesetzliche Bindungen schon jetzt herbeizuführen, die eine Steuersenkung der direkten Steuern in erheblichem Ausmaß für das Jahr 1931 garantieren. Jedenfalls möchte ich die Auffassung, ich darf wohl sagen, der gesamten Reichstagsfraktion dahin feststellen: für uns ist ein Finanz- und Wirtschaftsprogramm, das überhaupt diesen Namen verdient, nicht anders zu denken als so, daß man zwar im Interesse der Sanierung der Kassenlage sich in diesem Jahr mit einer Steuererhöhung lediglich auf dem Gebiet der indirekten Steuern abfindet, daß man aber gleichzeitig in gesetzlicher Form Steuersenkungen in einem Ausmaß von rund 600 Millionen festlegt. Das wird rechnungsmäßig möglich sein.

(Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer: Wir haben gestern ausgerechnet: 700 Millionen!)

– Also sagen wir bescheiden 600 bis 700 Millionen, die im nächsten Jahre 1931 zur Senkung der direkten Steuern zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren! Ein anderer Punkt hätte eigentlich von mir an die Spitze dieser finanzpolitischen Diskussion gestellt werden müssen. Jedes Finanzreformprogramm muß anfangen mit der Senkung der Ausgaben (Lebhafte Zustimmung). Das allein garantiert diejenige Sparsamkeit, zu der wir zurückkehren müssen, wenn anders wir überhaupt die Zukunft unserer Politik garantieren wollen. Auf diesem Gebiet darf ich feststellen, daß unser Freund Moldenhauer, mit übermenschlicher Kraft gegen die übrigen Ressorts ankämpfend, schon einige, wenn auch im allgemeinen Rahmen nicht allzu bedeutende Erfolge erzielt hat. Es ist ihm immerhin gelungen, eine Reihe von Abstrichen bei den anderen Ressorts durchzusetzen, die den Anfang des Willens zur Sparsamkeit – ich will mich bescheiden ausdrücken – darstellen. Aber wir haben in der Deutschen Volkspartei – und ich glaube, es wird keiner unter Ihnen sein, der dem nicht zustimmt – uns von Anfang an gesagt: die Ersparnisse in den Einzeletats sind der Natur der Dinge nach verhältnismäßig beschränkt, da die Ausgaben fast alle auf gesetzlichen Festlegungen beruhen. Wir haben auch in früheren Stadien dieser Erörterungen immer wieder festgestellt: die Ersparnismöglichkeiten am Etat sind verhältnismäßig gering, wenn es nicht gelingt, die gesetzlichen Grundlagen zu ändern, auf denen der Etat aufgebaut ist.

Hier bot sich nun von Anfang an – ich glaube, auch darin werden Sie alle mit mir übereinstimmen – als ein ganz großes Gebiet der Möglichkeit von Ersparungen die Arbeitslosenversicherung[14], die ja auch innerlich gesehen gerade heute wieder der sedes materiae des ganzen Kampfes ist, der sich augenblicklich abspielt. Meine Damen und Herren, wenn man schon diesen großen Komplex von Fragen, der sich in der Arbeitslosenversicherung zeigt, als erste Notwendigkeit der Ausgabensenkung ins Auge faßt, so darf man diesen grundsätzlichen Gedanken der Senkung der Ausgaben sich nicht verfälschen lassen auf diesem Gebiet in eine Erhöhung der Einnahmen. Das wollen Sie bitte festhalten. Das ist der Kernpunkt der augenblicklichen politischen Lage. Denn Sie wissen alle, daß der augenblickliche Streit und die augenblickliche Krise darum geht – von den anderen Parteien gesehen und leider, das darf ich in diesem Zusammenhang sagen, auch von der höchsten Stelle des Reiches aus gesehen, ich spreche es ganz offen aus –: Verfälschung dieser Tendenz der Ausgabensenkung auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung in eine außerordentlich gefährliche Erhöhung der Einnahmen für diesen bestimmten Zweck (Zustimmung).

Das ist das entscheidende Kriterium auch für die Frage des Reichsnotopfers, um die es eben in erster Linie politisch geht.[15] Es bedeutet, wie ich nochmals sage, eine Verfälschung des ganzen Grundgedankens, wenn man bei dem ersten großen Ausgabenkomplex, der für eine Ausgabensenkung in Frage kommt, damit beginnt, daß man nicht die Ausgaben senkt, sondern die Einnahmen zu diesem Zweck schafft (Sehr richtig!).

Ich will die sonstigen Gefahren und Bedenken gegen dieses Reichsnotopfer nicht allzu stark ausmalen. Sie kennen sie alle. Es ist zunächst im äußersten Maße zweifelhaft – ich will mich bescheiden ausdrücken –, ob ein solches Notopfer, auf bestimmte Teile und Schichten unseres Volkes gelegt, nicht verfassungsändernd ist. Ich persönlich bin dieser Überzeugung. Ich bin der Überzeugung, daß es juristisch kaum zu konstruieren sein wird gegenüber dem Artikel 134[16], eine solche Sondersteuer auf ganz bestimmte Volksteile zu legen, auch wenn man sie über den Kreis der

[14] Gegen die Stimme von Arbeitsminister Wissell und gegen den Widerstand der SPD folgte das Kabinett am 13.2.1930 einem Vorschlag Moldenhauers und beschloß, im Jahr 1930 der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen festen Zuschuß in Höhe von 150 Millionen RM zu gewähren; die dafür erforderlichen Mittel sollten aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien an die Invaliden- und Angestelltenversicherung gewonnen werden. Da jedoch die Reichszuschüsse zur Abdeckung des Finanzbedarfs der Arbeitslosenversicherung nicht ausreichten, sollte das Präsidium der Reichsanstalt »weitgehende Rechte erhalten, durch eigene Beschlüsse die erforderlichen Mittel zu beschaffen entweder durch Senkung der Verwaltungskosten oder durch Kürzung der Leistungen oder durch Verbesserung der Exekutive oder durch vorübergehende Beitragserhöhung«, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 444, S. 1456.

[15] In der Kabinettssitzung vom 27.2.1930, in der über das Finanzprogramm Moldenhauers beraten wurde, hatte Innenminister Severing namens der SPD eine direkte Steuer gefordert und sich für einen Zuschlag zur Einkommensteuer ausgesprochen. Grundsätzlich bejahte das Kabinett die Frage eines »Notopfers« mit 8 zu 4 Stimmen (Curtius, Moldenhauer, Dietrich, Groener) und sprach sich mit 7 (SPD, Zentrum) zu 5 Stimmen für ein »Notopfer der Festbesoldeten« zugunsten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 455. Am Nachmittag des 2.3.1930 führte Scholz vor der Fraktion aus, daß seine ablehnende Haltung mit der der DDP-Politiker Koch-Weser und Meyer übereinstimme und daß er Kontakt zu Brüning halte, siehe BAK R 45 II/67, p. 211.

[16] Art. 134 WRV bestimmte: »Alle Staatsbürger ohne Unterschied tragen im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze bei«.

Beamten hinaus ausdehnt, etwa auf festbesoldete Angestellte, oder wie immer man es will. Daß außerdem eine katastrophale Ungerechtigkeit darin liegt, alle anderen Kreise des Volkes, die unter Umständen über sehr erhebliches Einkommen und sehr erheblichen Besitz verfügen, freizulassen, während man ausgerechnet – ich will hier einmal den Ausdruck gebrauchen – die armen Beamten und die Festangestellten in Anspruch nimmt, brauche ich nicht zu betonen.

Aber über all diesen Gründen steht für mich als das Entscheidende das, was ich zuerst gesagt habe. Man kann nicht, wenn man die Finanzen sanieren und die Ausgaben senken will, bei dem ersten großen Ausgabensenkungsgebiet eine Aktion machen, die zunächst einmal sich nicht als Ausgabensenkung, sondern als Einnahmeerhöhung für diesen Zweck kennzeichnet, die aber auch – und das ist vielleicht noch entscheidender – alle Reformen auf diesem Gebiete, die wir für unbedingt notwendig halten, mindestens ad calendas graecas vertagt (Zustimmung). Und nach der ganzen Stellung, die gerade in unserer Partei – erinnern Sie sich an den Zentralvorstand im vorigen Frühjahr[17] – überall zum Ausdruck gekommen ist, halten wir fest daran, daß auf diesem Gebiet aus finanziellen, aber auch aus arbeitsmoralischen Gründen unter allen Umständen eine Reform dringend notwendig ist (Zustimmung). Wir dürfen auf diesem Gebiet keinen Maßnahmen zustimmen, die diese Reform verhindern, die ein übles Flickwerk sind, und die noch dazu mit solchen Ungerechtigkeiten und Unmöglichkeiten verbunden sind, wie es das Notopfer nach meiner Auffassung ist.

Meine Damen und Herren! In diese Situation, die, wie ich glaube, ich objektiv geschildert habe, platzte nun – und nun komme ich zu denjenigen Äußerungen, die ich bitte, besonders vertraulich behandeln zu wollen – eine Aktion unseres in der Volkspartei, das darf ich wohl sagen, allgemein höchst verehrten Herrn Reichspräsidenten hinein. Der Herr Reichspräsident hat – es steht ja in allen Zeitungen, also kann man es ruhig sagen – in einer Form, die bisher, ich möchte sagen, völlig ungewohnt und ungewöhnlich war, nämlich durch eine Erklärung seines Staatssekretärs im Kabinett, eingegriffen in eine politisch außerordentlich wichtige Frage, in die Frage des sogenannten Reichsnotopfers, indem er erklären ließ, daß eine solche Lösung seiner persönlichen Empfindung durchaus entsprechen würde.[18]

Meine verehrten Damen und Herren! Ich stehe nicht an, in diesem vertraulichen Kreise zu sagen, daß mir eine solche Stellungnahme auch schon staatsrechtlich außergewöhnlich bedenklich zu sein scheint. Ich habe in einer Besprechung, die ich gestern mit dem Herrn Reichspräsidenten hatte, und die, wie ich Ihnen ganz offen sagen will, zu den schwersten Besprechungen meines Lebens zu zählen ist, auch ganz offen diese meine Ansicht ihm gegenüber ausgesprochen. Ich habe ihm gesagt: Herr Feldmarschall, Sie waren schlecht beraten, als Sie diesen Schritt getan haben; Sie wissen, wie sehr gerade die Deutsche Volkspartei häufig und unter Aufopferung des

[17] In seiner Sitzung vom 26.2.1929 hatte der Zentralvorstand jede Steuererhöhung vehement abgelehnt und eine grundlegende Sanierung der Reichsfinanzen gefordert, siehe Dok. Nr. 73, S. 799.

[18] StS Meissner hatte in der Kabinettssitzung vom 28.2.1930 erklärt, daß Hindenburg »dem Gedanken eines Notopfers der Festbesoldeten sympathisch gegenüberstehe«, da er darin den Gedanken der Volksgemeinschaft versinnbildlicht sehe; demgegenüber hatte Moldenhauer erklärt, er halte ein Notopfer »heute nicht für durchsetzbar«, Kabinett Müller II, Dok. Nr. 457, S. 1514f.

Intellekts Ihnen bedingungslos gefolgt ist. Ich habe ihm gesagt: Herr Reichspräsident, haben Sie Interesse daran, eine Partei wie die Deutsche Volkspartei, die, das darf ich sagen, die treueste Partei ist, die hinter Ihnen steht (Lebhafte Zustimmung), so aufs Spiel zu setzen? Ja, ich habe ihm ruhig gesagt, zu zerstören, worauf er im höchsten Maße erschrocken war und sagte, das wäre selbstverständlich nicht von fern seine Absicht gewesen.

Ich habe ihm gesagt: Aber der Effekt Ihrer Absicht kann es unter Umständen sein, wenigstens dann, wenn auf dieser Ihrer Ansicht in entschiedener Weise beharrt wird. Ich habe ihn schließlich dazu gebracht, daß er noch im letzten Augenblick die Veröffentlichung dieser Dinge immerhin in einer Form hat vor sich gehen lassen, die seiner Aktion etwas von ihrer Schärfe nimmt. Sie haben das alle gelesen. Es steht immerhin darin, daß es lediglich seine persönliche Meinung sei, und daß irgendein politischer Druck auf irgendeine Partei dadurch nicht ausgeübt werden sollte. Aber, meine verehrten Damen und Herren, täuschen wir uns darüber nicht: Das ist nur ein gewisses äußerliches Zurücknehmen; innerlich bleibt bestehen, daß der Reichspräsident sich für eine Lösung eingesetzt hat, die, das will ich ganz offen schon jetzt aussprechen, nach meiner Auffassung für die Deutsche Volkspartei nicht tragbar ist (Lebhafte Zustimmung).

Ich habe ihm das auch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt, aber ich kann Ihnen sagen: Angesichts der sehr starken Bedrückungen, die er vorher unter Anrufung des Vaterlandes und der Not des Vaterlandes an mich richtete, war mir dieser Entschluß nicht ganz leicht. Jedenfalls bleibt das eine bestehen: Für uns wird die Situation durch diesen Eingriff des Herrn Reichspräsidenten in nicht erfreulicher Weise beeinflußt, und ich muß auch hier mit derjenigen Objektivität, die ich Ihnen vorher versprochen habe, darauf hinweisen, daß es nicht gut möglich ist, mit einer gewissen Hurra-Stimmung über solche Äußerungen des Reichspräsidenten hinwegzugehen (Sehr wahr!). Verkennen Sie nicht, daß an sich ein solches Notopfer der Beamten und Festbesoldeten aus dem vom Reichspräsidenten selbst angeführten Gesichtspunkt, daß diejenigen, die keine Not durch Beschäftigungslosigkeit zu leiden haben, auch einmal aus dem allgemeinen Gedanken der Volksgemeinschaft heraus für andere etwas hingeben können, in weitesten Kreisen des Volkes sehr populär ist (Sehr richtig!), nämlich in all den Kreisen, die nichts zu bezahlen brauchen (Sehr richtig!).

Aber, meine Damen und Herren, berücksichtigen Sie bitte auch: In weiten Kreisen unserer Wählerschaft, im ganzen Mittelstand, Kleinhandel, Gewerbe nicht nur, sondern auch weit hinein in die Kreise der Industrie begegnen derartige Gedankengänge durchaus Verständnis, und es ist außerordentlich schwer, diese Gedankengänge lediglich mit der reinen Vernunft zu bekämpfen (Sehr richtig!). Die reine Vernunft hat noch nie Wahlschlachten gewonnen. Darüber müssen wir uns ganz klar sein, selbst wenn mein Freund Stettiner als Vertreter der Stadt der reinen Vernunft [Königsberg] mir so außerordentlich nahe sitzt (Heiterkeit). Damit können wir keinen Wahlkampf gewinnen. Und stellen Sie sich bitte einmal vor: Wenn jetzt aufgrund dieser Demarche des Reichspräsidenten und der Opposition der Deutschen Volkspartei wir zu einer Auflösung des Reichstags und zu einem Wahlkampf kämen, wie schwer dieser Wahlkampf für uns zu führen wäre (Sehr richtig!). Denn wir kämpfen dann nicht nur gegen den Reichspräsidenten, was für uns auch nicht angenehm ist, sondern gegen

eine ungeheuer verbreitete Stimmung im ganzen Volke, und ich glaube, dieser Wahlkampf wäre außerordentlich schwer zu führen (Sehr richtig!).

Aber lassen Sie mich trotz der Hervorhebung dieser Bedenken Ihnen sagen, daß ich persönlich – und ich hoffe, mit mir meine Fraktion – auf dem Standpunkt stehe, daß wir trotz aller dieser Bedenken unsere Linie auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerreform nicht verlassen können (Sehr gut!), daß wir uns infolgedessen auch trotz des Eingreifens des Herrn Reichspräsidenten von unserer Linie nicht entfernen dürfen, die da lautet: in erster Linie Ausgabensenkung, d.h. grundsätzliche innere Reform der Arbeitslosenversicherung mit dem Ziel der Ersparnis.

Über die Möglichkeit der Ersparnisse differieren natürlich die Meinungen sehr. Ich darf aber immerhin darauf hinweisen, daß seinerzeit sogar der bekannte Antrag Riesener, der von einem Zentrumsabgeordneten ausging, Ersparnisse in Höhe von annähernd 150 Millionen vorsah. Die Zeiten haben sich geändert, das wissen Sie. Es wird schwer sein, zu sagen, in welcher Höhe Ersparnisse durch innere Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung oder auf dem Gebiete der Leistungssenkung bei der Arbeitslosenversicherung möglich sein werden. Aber darauf kommt es meiner Auffassung nach gar nicht in erster Linie an, sondern es kommt darauf an, daß der Druck bestehen bleibt, der zu einer solchen inneren Reform und damit zu einer wesentlichen Ausgabensenkung für die Zukunft auf diesem Gebiet führen muß. Wenn wir jedes Druckmittel jetzt dadurch beseitigen, daß wir angeblich vorübergehend, wahrscheinlich aber auf die Dauer, Einnahmen schaffen, die diesen Topf wieder auffüllen, dann begeben wir uns all der Revisionsmöglichkeiten für die Zukunft. Das ist und bleibt für mich und, wie ich glaube, auch für die Reichstagsfraktion, der entscheidende Grund, trotz der kundgegebenen Auffassung des Herrn Reichspräsidenten bei unserem Nein gegenüber dem Notopfer zu bleiben.[19]

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen bezüglich dieses augenblicklich entscheidenden Problems eine möglichst objektive Darstellung zu geben. Lassen Sie mich zum Schluß Ihnen aber noch eins im allgemeinen sagen. Ich habe vorhin schon angedeutet, daß wir seit sieben Jahren in vollem Bewußtsein der schweren innerpolitischen Opfer, die damit für die Deutsche Volkspartei verbunden waren, den Kurs der Außenpolitik unentwegt gesteuert haben. Aber ich glaube, in uns allen, wenn wir uns ernstlich prüften, war doch wohl die Auffassung, daß, wenn wir dieses große Ziel der Außenpolitik erreicht haben würden, wir uns einmal besinnen müßten auf unsere grundlegenden Auffassungen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Natur (Sehr richtig!). Ich spreche ganz offen aus, daß wir genötigt waren, in diesen letzten sieben

[19] In einer Unterredung mit Scholz am 1.3.1930 hatte Hindenburg erklärt, er unterstütze den Gedanken, daß »der in seinen Lebensverhältnissen gesicherte Teil des Volkes dem ungesicherten Teil in Zeiten der Not seine Unterstützung leihen müsse«, »Kölnische Zeitung«, 1.3.1930, Nr. 132. Scholz hielt diese Erklärung, wie er unmittelbar nach diesem Gespräch vor dem Fraktionsvorstand ausführte, »für einen höchst eigenartigen Versuch, einen Druck auf die DVP auszuüben«, BAK R 45 II/66, p. 174. Der Fraktionsvorstand lehnte daraufhin das Notopfer kategorisch ab und empfahl seine Ablehnung auch der Fraktion, die am Nachmittag des 2.3.1930 einstimmig eine scharfe Entschließung (Wortlaut siehe Dok. Nr. 80) gegen das Notopfer faßte, in der eine »Entlastung der Wirtschaft« als »Kernstück jeder Finanzreform« gefordert wurde, siehe BAK R 45 II/67, p. 211. Unter dem Eindruck dieser Entschließung notierte Pünder am folgenden Tag in sein Tagebuch: »Man erwartet eigentlich allgemein den Rücktritt der Regierung«, Pünder, S. 41.

Jahren häufig von der Grundauffassung unserer Partei über diese Dinge abzugehen, weil, wie ich eben offen sagte, wir das größere Ziel, das vordringliche Ziel, das notwendige Ziel der Befreiung deutschen Territoriums voranstellten. Ist das erreicht, so muß ganz logisch unsere Politik dahingehen, nunmehr aber auch unsere innerpolitischen Auffassungen nach aller Möglichkeit zum Erfolg zu bringen.

Auch da will ich ein skeptisches Wort nicht unterdrücken. Wenn wir jetzt auf diesem Gebiet, wie ich es empfehle, festbleiben, so müssen wir uns auch die zukünftige Entwicklung völlig klar vor Augen halten. Die nächste Folge eines solchen Festhaltens wird, wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen, ein Bruch der bisherigen Regierungsgemeinschaft sein. Was danach folgt, ist ganz außerordentlich schwer zu beurteilen. Jedenfalls wird es ganz ungewöhnlich schwer für uns, diejenigen finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen durchzusetzen, die wir für eine Gesundung der Wirtschaft und des deutschen Volkes im allgemeinen für nötig halten. Ja, es kann sehr leicht umgekehrt gehen. Es kann sehr leicht aus diesem Bruch der jetzigen Regierungsgemeinschaft folgen[20], daß, unbeschwert durch das Hemmnis der Deutschen Volkspartei, die übrigen Beteiligten eine Finanz- und Steuerreform lächerlichen Ausmaßes machen, mit der nach unserer Ansicht nichts geholfen wird, vielleicht viel verschüttet wird. Und diejenigen Kreise der Wirtschaft, die uns jetzt sehr stark dazu drängen, fest zu bleiben, werden vielleicht die ersten sein, die uns nachher sagen: warum habt Ihr nicht noch viel Schlimmeres verhütet? (Zustimmung). Warum seid Ihr nicht dringeblieben auch auf Kosten gewisser Opfer? Warum habt Ihr nicht die Hand am Steuer gehalten? (Erneute Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Ich erwähne diese Auffassungen, ohne sie mir zu eigen zu machen (Bravo!). Denn ich stehe andererseits auf dem Standpunkt, daß eine Partei und eine Fraktion auf die Dauer jede Bündnisfähigkeit verliert, auch jeden Einfluß verliert, die nicht einmal in der Lage ist, auch die Kabinettsfrage zu stellen (Bravo!).

An einem solchen Punkte befindet sich nach meiner ehrlichen Auffassung die Deutsche Volkspartei. Wenn wir jetzt in diesem Augenblick unsere seit Jahren urbi et orbi verkündeten Auffassungen, die verankert sind in unserem Parteiprogramm und in unserem wirtschafts- und finanzpolitischen Programm, jetzt verleugnen, dann können wir auch in der Zukunft nicht daran vorbeigehen, daß unser Bündnis einen verhältnismäßig geringen Wert auf dem politischen Markt haben wird (Sehr richtig!). Noch immer hat sich, auf die Dauer gesehen, eine ganz entschiedene Auffassung durchgesetzt.

Ich will durchaus nicht – deshalb habe ich dies in voller Objektivität gesagt – bestreiten, daß die Entwicklung der nächsten Zeit vielleicht sehr zu unseren Ungunsten, sehr zu Ungunsten auch gerade der Kreise der Wirtschaft, die wir vertreten, ausschla-

[20] Bereits am 24.1.1930 hatten sich »rechtsstehende Kreise der Deutschen Volkspartei« in einer streng vertraulichen Besprechung darauf verständigt, falls die SPD sich der von der DVP gewünschten radikalen Sanierung der Arbeitslosenversicherung versage, »so muß sie entweder aus der Regierung ausscheiden, oder die Volkspartei muß durch ihren Austritt die Regierung des Reichskanzlers Müller stürzen«. Am 4.2.1930 erklärte Scholz dann gegenüber v. Gilsa, er werde nach Erledigung des Young-Plans »in ultimativer Form an das Kabinett die Aufforderung richten, gesetzlich festgelegte Bindungen für die Finanz- und Steuerreform vorzunehmen«, gleichzeitig stellte er heraus, er werde »bewußt auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie hinarbeiten«, Maurer/Wengst, S. 33f.

gen kann. Aber ich glaube, daß eine solche feste Haltung in einem solchen Augenblick, wie wir ihn eben haben, für die Zukunft die beste Garantie dafür gibt, daß endlich einmal ein Wandel in der Politik eintritt, die wir doch schon seit langer Zeit innerlich als unerträglich empfinden (Bravo!).

Deshalb lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, damit schließen, daß ich Sie bitte: unterstützen Sie diese von mir eben dargelegte Linie, die, wie ich hoffe, auch die Linie der Fraktion der Deutschen Volkspartei sein wird, mit allen Ihren Kräften. Nur wenn wir in dieser für unsere Partei ganz außergewöhnlich schweren Zeit – das wissen Sie alle vielleicht besser als ich –, in dieser außergewöhnlich belastenden Zeit alle unsere Kräfte einmütig zusammenspannen, werden wir dieser ganz außergewöhnlichen Lage vielleicht Herr werden können. Deshalb richtet sich die Bitte an Sie, auch unter Umständen unter Zurückstellung gewisser Bedenken mit uns einig zu sein in der großen Linie, die unser Parteiprogramm, die unsere Gesamtauffassung vorschreibt. Wenn wir fest darauf beharren, so sehe ich zunächst sogar – ich will einmal ganz optimistisch sein – noch immer eine gewisse Möglichkeit, daß wir uns durchsetzen. Aber sollten wir das auch im Augenblick nicht können, dann wird nur eine solche Politik auf die Dauer diejenigen Grundlagen geben, die wir verlangen müssen, um Deutschlands Zukunft sicherzustellen. Nur eine Partei, die, wie ich wiederholt sage, für ihre Auffassungen stehen, aber auch fallen kann, die geneigt ist, in einem bestimmten Augenblick zu sagen: bis hierher bin ich mitgegangen, aber jetzt kann ich es mit meiner inneren Überzeugung nicht mehr vereinbaren, – nur eine solche Partei wird in der Lage sein, in Deutschlands Zukunft und in Deutschlands Schicksal einzugreifen (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Stahlknecht (Bremen) stimmt mit den von Scholz gemachten Ausführungen zur politischen Lage restlos überein und billigt der Reichstagsfraktion freie Hand in der Frage des Polenvertrags zu. Die Finanzreform solle zunächst mit der Sozialdemokratie versucht werden, ansonsten müsse es zur Kabinettsumbildung oder zu Neuwahlen kommen. Wenn die Partei noch vor der Wahl das große Sanierungsprogramm veröffentliche, seien ihre Ausgangsbedingungen gut. Vor allem die Personalausgaben von Ländern und Gemeinden müßten reduziert werden; durch Kürzungen der Überweisungen des Reichs an Länder und Gemeinden könne Druck in dieser Richtung ausgeübt werden; die avisierten Steuersenkungen zur Entlastung der Wirtschaft seien spätestens nächstes Jahr dringend nötig. Wenn mit der Entlastung der Wirtschaft nicht endlich ernst gemacht werde, würden die 37000 DVP-Wähler in Bremen nicht bei der Partei zu halten sein.

Zehle (Magdeburg) warnt vor einer Kapitulation der Partei vor den Wünschen Hindenburgs, plädiert für ein Festhalten an der bisherigen Haltung gegen ein Notopfer und für eine Reform der Arbeitslosenversicherung, betont die Notwendigkeit einer besseren Information durch die volksparteiliche Presse und rät von einem Wahlkampf zu diesem Zeitpunkt ab. Eine Demission der volksparteilichen Minister werde »in weiten Kreisen der Partei geradezu mit Begeisterung aufgenommen werden«.

Stettiner (Königsberg) billigt das Junktim zwischen Youngplan und Polenabkommen, fordert aber weitergehende materielle Unterstützung für Ostpreußen. Klose (Neiße) erklärt, die Stimmung im Wahlkreis Oberschlesien sei an sich nicht gegen den Han-

delsvertrag, kritisiert aber einzelne Punkte des Vertrags (insbesondere das Kohlen- und Schweinekontingent). Bagge (Hamburg) fordert – gestützt auf eine einstimmig angenommene Entschließung des Landesparteitages – das Festhalten an der bisherigen Politik. Becker (Görlitz) berichtet über eine wachsende Einstimmigkeit in Bezug auf die großen Fragen der Außenpolitik in seinem Wahlkreis. Schwerste Vorbehalte bestünden jedoch gegen das Notopfer: »Gerade die Kreise, die vom Notopfer betroffen würden, seien in der Hauptsache in der Volkspartei tätig«*; es sei nur akzeptabel, wenn die Gewähr bestehe, daß die sozialpolitischen Fragen im Sinne der DVP geregelt werden. Dahn (München) hat Bedenken, wegen der Frage des Notopfers aus der Regierung auszuscheiden.*

Vorsitzender Dr. Scholz: Bezüglich des Junktims zwischen Polenabkommen und Young-Plan möchte ich, da Herr Dr. Curtius nicht hier ist, seine Haltung rechtfertigen. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß in unserer Presse und in unserer Partei über die Frage des Polenabkommens und seine innere Verbindung mit den Gesamtgesetzen, die aus den Vereinbarungen im Haag hervorgegangen sind, eine betrübliche Unklarheit geherrscht hat. Es ist zunächst als ein Erfolg der deutschen Delegation festgestellt worden – und es war einer – daß ein staatsrechtliches Junktim zwischen Polenvertrag und den übrigen Liquidationsverträgen auf der einen Seite und den eigentlichen Haager Schlußgesetzen auf der anderen Seite nicht bestehe. Das bleibt auch heute richtig. Dagegen hat unser Reichsaußenminister, glaube ich, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die unter Umständen durch eine Abtrennung des Polenvertrages für die Gesamtsituation entstehen können. Sie sind natürlich nicht in der Lage, das alles zu wissen, was der Außenminister großenteils auch vertraulich durch seine diplomatischen Verbindungen erfährt. Die Tatsache wird Ihnen aber auch, ohne daß ich es Ihnen dokumentarisch nachweisen kann, doch glaubhaft erscheinen, daß von allen beteiligten Mächten, nicht nur von Frankreich, sondern auch von England sehr stark auf die politische Zusammengehörigkeit der beiden Gruppen von Gesetzen hingewiesen worden ist. Und darauf aufmerksam zu machen, auch mit der Kraft und Autorität seines Amtes, ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Außenministers. Man kann diese Gefahren politischer Natur je nach seiner Einstellung hoch oder gering bewerten. Daß sie bis zu einem gewissen Grade vorhanden sind, wird niemand bestreiten können. Ganz bestimmt aber muß man demjenigen, der die ganzen Verhandlungen in autoritativer Stellung geführt hat, das Recht zuerkennen, auf die schweren politischen Bedenken hinzuweisen, die an sich bei einer Trennung durch den Deutschen Reichstag erfolgen würden.

Noch ein Wort zu der Frage des Notopfers. Ich habe gestern auch der höchsten Stelle des Reiches gegenüber mir folgendes auszuführen erlaubt. Man könnte vielleicht auf die Idee kommen, die ja in den Reden der beiden letzten Herren Vorredner durchgeklungen hat, daß auch dieses letzte Notopfer, um es so zu präzisieren, seitens der Volkspartei noch gebracht werden könnte, wenn man auch nur die leiseste Hoffnung haben dürfte, daß unsere übrigen Forderungen von den anderen Parteien erfüllt würden. Das ist aber, glaube ich, mit aller Entschiedenheit als unmöglich zu bezeichnen (Hört! Hört!). Wenn wir heute – ich spreche jetzt von der Fraktion – uns etwa bereit fänden, bezüglich des Notopfers eine positive Stellung einzunehmen – ein Bruch,

wie gesagt, mit allem, was wir bisher gepredigt und vertreten haben – so würde die absolut notwendige Folge seitens der Fraktion und, ich glaube, seitens der Partei im ganzen Lande gezogen werden müssen, daß wir dann auch auf einer restlosen Erfüllung unserer sonstigen Forderungen umso schärfer bestehen müßten. Das haben auch die beiden Herren Vorredner anerkannt. Das würde aber mit einer Verzögerung von vielleicht zwei Tagen doch zu dem sicheren Bruch führen, und wir hätten uns dann eines unserer wesentlichsten Rüststücke für die künftige Politik, eventuell auch für einen künftigen Wahlkampf, mit Absicht entkleidet. Wenn ich einen Weg sähe, die heutige Situation zu retten, so würde ich ihn – denn die Verantwortung bedrückt mich ganz ungeheuer – sicher gehen, und wenn es der wäre, den die beiden Herren vorgezeichnet haben. Aber ich sehe nichts anderes darin als eine Verzögerung derjenigen Verhandlungen, die, wenn wir, was anscheinend auch die Meinung des Reichsausschusses ist, dann umso stärker auf unseren übrigen Punkten bestehen müßten, mit Sicherheit doch zu einem unerwünschten Ergebnis, nämlich dem Scheitern der bisherigen Regierungskoalition, führen würden.

Ich betone nochmals: Wir in der Reichstagsfraktion sind uns der Schwere des Entschlusses vollkommen bewußt. Wenn wir, wie ich annehme, ihn fassen, so bestimmt nur, weil wir die Gesamtsituation allmählich als unhaltbar ansehen, und weil wir aus diesem Gesamtbild herausnehmen müssen, daß auch dieses letzte Opfer vergeblich sein würde, da nun einmal die Gegensätze bezüglich einer verantwortungsvollen Finanzpolitik, die wir jetzt so nötig brauchen wie das tägliche Brot, zwischen uns und der Sozialdemokratie auf die Dauer einfach nicht auszugleichen sind. Hätten wir die Aussicht, durch dieses kleine Opfer alles andere zu erreichen, würde ich den beiden Vorrednern zustimmen. Da ich aber der ehrlichen Überzeugung bin, daß das unter gar keinen Umständen der Fall ist, so rate ich ab, auch dieses Opfer noch auf dem Altar des Vaterlandes zu bringen (Beifall).

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer: Meine Damen und Herren! Die Frage des Notopfers kann ja nur im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem behandelt werden. Da liegen die Dinge doch so, daß wir das Ziel haben, daß unsere Entwicklung sich bewegen muß in Richtung der Entlastung der Wirtschaft, das heißt auf eine Senkung der direkten Steuern, unter denen die Wirtschaft zu erliegen droht und zum großen Teil schon erlegen ist, sowie auf eine Senkung der übrigen Gestehungskosten. Daraus entstand der Gedanke des Steuersenkungsprogramms vom Dezember. Als ich dann das Finanzministerium übernahm, fand ich eine unheilvolle Situation vor, eine ungeheure Leere in der Kasse des Reiches, eine Situation so trostlos, wie ich sie mir nicht vorgestellt hatte. Daß man noch am Silvester um 2 Uhr mittags die letzten 60 Millionen zusammenkratzen mußte, um bis zum Nachmittag die nötigen Mittel bereit zu haben[21], ist vielleicht nur ein Kennzeichen dieser Situation.

[21] Moldenhauer stellt in seinen Erinnerungen die Schwierigkeiten des Bankenkonsortiums dar, den Kredit zur Überbrückung des Ultimos im Dezember 1929 aufzubringen: »Es mußte versucht werden, die noch ausstehenden 60 Millionen von Parker Gilbert für wenige Tage zu leihen, womit er sich einverstanden erklärte. Aber nun begann eine Komödie. Am Morgen des 31. Dezember stritten die Beteiligten, ob erst die Zahlung und dann die Umwandlung in deutsches Geld erfolgen müsse oder erst die Umwandlung und dann die Zahlung [...] Schließlich erklärte Parker Gilbert, daß er in diesem Fall nachgeben wolle, weil er mir das Geld versprochen

Daß die Kassenlage saniert werden mußte, war erste und unabweisbare Forderung für einen Finanzminister und für jeden verantwortlichen Politiker. Der Kredit des Reiches hatte auf das allerschwerste gelitten im Inlande und im Auslande und damit auch der Kredit der deutschen Wirtschaft; denn ohne einen Kredit der deutschen Finanzen muß auf die Dauer der Kredit der deutschen Wirtschaft ebenso Not leiden. Ich glaube, daß wir nach der Richtung weitergekommen sind, daß sich der Kredit Deutschlands gehoben hat. Wir haben etwas bessere Kassenverhältnisse. Sie sind noch drohend, aber die Maßnahmen, die bisher getroffen sind, sichern uns doch gegen Zustände, wie wir sie im vergangenen Jahr erlebt haben. Ich habe sogar vor wenigen Tagen einen Bankkredit von 25 Millionen seitens des Deutschen Reiches gekündigt und zurückgezahlt, weil die Banken nicht ein Prozent heruntergehen wollten (Sehr gut!). Das hat auch in der Berliner Bankwelt nicht ganz schlecht gewirkt. Aber damit das Reich, das die segensreiche Mitwirkung der Banken immer anerkennt – ich will mir doch meine Freunde in der Bankwelt nicht verprellen –, nicht in unwürdige Abhängigkeit von den Banken kommt, auch nicht von der Reichsbank, denn die Reichsregierung soll in Deutschland regieren und nicht Herr Schacht (Sehr gut!), namentlich eine so problematische Persönlichkeit, wie Herr Schacht es ist, wie mir die zugeben werden, die ihn kennengelernt haben, dazu war notwendig, einmal eine rücksichtslose Abstoppung dieses Defizits in der Kasse. Das war nur dadurch möglich, daß man zunächst versuchte, Ausgaben zu senken, soweit es in der Kürze der Zeit möglich war, und die Steuern zu erschließen, die Möglichkeit gaben, das Defizit zu decken.

Die Ausgabensenkung ist angeführt worden. Wir haben den Etat auf das sorgfältigste durchgekämmt. Ich habe noch um die letzten Streichungen tagelang gekämpft. Ich bin der erste, der in den Etat des Arbeitsministeriums eine Bresche gelegt hat. Aber ich möchte warnen vor der Ansicht, als ob es ohne weitgehende gesetzgeberische Änderungen, die nicht von heute auf morgen zu machen sind, möglich wäre, darüber hinaus erhebliche Beträge zu sparen. Gestern Abend noch haben wir die Herren vom Reichsverband der Deutschen Industrie, vom Industrie- und Handelstag, vom Hansa-Bund, vom Großhandel und Kleinhandel bis ½1 Uhr nachts im Amt gehabt und sind Posten für Posten durchgegangen. Die Herren haben sich überzeugt, daß man da und dort noch kleine Abstriche machen kann, daß man aber große Ausgabensenkungen nur vornehmen kann, wenn man ganz neue Gesetze macht und ganz neue Änderungen trifft. Den berühmten Vorschlag, die 400 Millionen Reichszuschuß an die Invalidenversicherung zu streichen, kann man sofort auf dem Wege des Gesetzes ausführen. Dann muß man aber natürlich der Invalidenversicherung eine neue Einnahmequelle in Höhe von 400 Millionen erschließen.[22]

Damit komme ich auf die Frage der Arbeitslosenversicherung. Wir haben uns für die Reform eingesetzt und auf dem Gebiet in der Novelle des vergangenen Jahres tat-

habe [...] Um zwei Uhr erfolgte dann die Gutschrift bei der Reichsbank«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 29.

[22] Moldenhauer berichtet dazu in seinen Erinnerungen: »Schäffer lud eines Tages Kastl, Hamm und Mosich vom Hansa-Bund zu einer Nachtsitzung ein, in der man den ganzen Etat durchging, um festzustellen, wo man noch weiter sparen könne, ohne daß diese Sitzung sehr überzeugend gewirkt hätte. Insbesondere versteifte sich Mosich darauf, daß an der Invalidenversicherung 200 Millionen mindestens gespart werden könnten«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 79.

sächlich eine ganze Reihe von Punkten durchgesetzt.[23] Es ist kein Zweifel, daß erhebliche Mißstände hier noch bestehen und Reformen auch im begrenzten Umfang hinsichtlich der Leistungen heute noch möglich sind. Ich halte Reformen auf organisatorischem Wege für wohl möglich und glaube, daß man die Arbeitslosenversicherung auf eine ganz andere Basis mit der Zeit stellen muß. Aber das ist eine Arbeit von vielen Monaten. Die Frage ist: Was kann im Augenblick geschehen? Und da warne ich vor der Auffassung, als ob man die Belastung, die daraus entsteht, daß wir draußen drei Millionen Arbeitslose haben[24], irgendwie negieren kann. Wenn Sie die Beträge herabsetzen, wachsen sie in demselben Maße bei den Gemeinden wieder zu (Sehr richtig!). Das hat uns Herr Jarres gesagt, und das haben uns andere gesagt. Es sind die Vertreter der notleidenden Städte, von Breslau, Offenbach, Königsberg, Kiel, Pirmasens bei mir gewesen. Alle weisen Ihnen nach: Mit jeder sogenannten Reform wächst der Fürsorgeetat der betreffenden Gemeinden, und was wir im Reiche sparen, erscheint als neue Ausgabe im Fürsorgeetat der Gemeinden, in der Gewerbesteuer, und trifft da die Ansässigen der Industrie schwerer, als wenn es unter Umständen auf die Allgemeinheit geht.

Wenn Sie 500 000 Arbeitslose haben, können Sie auch tatsächlich die Leistungen herabsetzen, weil diese Leute noch eine ganze Masse Möglichkeiten finden, allenthalben durch die Wohltätigkeit, durch Unterstützung bei Verwandten, durch Nebenverdienst etwas zu bekommen. Wenn es aber 3 Millionen Arbeitslose sind, und wenn in einer Stadt ein Prozentsatz von über 10 % der Bevölkerung arbeitslos ist, hören diese Möglichkeiten auf. Das bitte ich zu berücksichtigen. Das heißt: In Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depression können wir 2 bis 3 Millionen Menschen nicht verhungern lassen, sondern es muß irgendwie für sie gesorgt werden. Es muß auf der anderen Seite gesorgt werden, daß der Etat des Reiches nicht jedesmal dadurch vollkommen über den Haufen geworfen wird.

Deshalb war mein erster Gedanke: zunächst einmal diese schwere Belastung aus dem Reichsetat heraus! Ich wollte diese 250 Millionen, die die Belastung für das Reich machen, außer den 150 Millionen für die Krisenfürsorge, abdecken durch Überwälzung auf die Versicherungsträger, die das als Darlehen geben, das später zurückgezahlt wird. Das ging auf dem Wege sehr schwer, und ich habe mich dann mit ihnen verständigt, daß sie mir 150 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn abnehmen, und daß ich um diese 150 Millionen Reichszuschuß in diesem Etat mich nicht kümmere. Ich habe gleichwohl in den Etat für 1931 100 Millionen eingesetzt, für 1932 aber keinen Pfennig mehr, weil dann der starke Geburtenrückgang aus dem Krieg sich geltend macht und die Entlastung daraus sehr stark sein wird.

Wie ist die Differenz zu decken? Auch das haben wir uns sehr sorgfältig überlegt. Es geht nicht, das möchte ich von vornherein sagen, dadurch, daß Sie die Leistungen

[23] Nach langwierigen Auseinandersetzungen war das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schließlich am 3. 10. 1929 verabschiedet worden, siehe Dok. Nr. 78, Anm. 35.

[24] Im 1. Quartal 1930 betrug die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen 3 366 000. Zur Frage der »unsichtbaren« Arbeitslosen siehe Preller, S. 418 ff.; Heidrun Homburg, Vom Arbeitslosen zum Zwangsarbeiter. Arbeitslosenpolitik und Fraktionierung der Arbeiterschaft in Deutschland 1930–1933 am Beispiel der Wohlfahrtserwerbslosen und der kommunalen Wohlfahrtshilfe, in: AfS 25 (1985), S. 251–298; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 23 ff.

herabsetzen. Das bekommen Sie politisch nicht durch. Das können Sie bei 3 Millionen Arbeitslosen auf der Straße in der Form nicht machen. Sie können aber folgendes machen. Es gibt gewisse Möglichkeiten der Ersparnis in der Verwaltung. Niemand macht mir klar, daß man in dem Riesenbetrieb bei Einnahmen, die über eine Milliarde gehen, nicht noch eine ganze Reihe Ersparnisse erzielen kann. Der Sparkommissar ist mit der Aufgabe betraut.[25]

Es gibt ferner die Möglichkeit, auf dem Verwaltungswege noch schärfer gegen die Mißstände einzuschreiten, die heute bestehen. Aber Sie dürfen auch nicht übersehen, daß heute die Leiter der Arbeitsämter vielfach fortgesetzt mit ihrem Leben bedroht sind, daß die Masse vor das Arbeitsamt zieht und die Fenster einschlägt, und dann ist es in solchem Moment mit dem scharfen Einschreiten gegen Mißstände immer eine zweifelhafte Sache. Es läßt sich aus dem warmen Zimmer dem Beamten gut sagen: Steht mit Eurem Leben ein. Das tut der eine oder andere, aber unter dem Druck geschieht nicht sehr viel.

Aber daneben lassen sich nach meiner Überzeugung auch gewisse Erleichterungen schaffen, indem man z. B. die Wartezeit etwas verlängert. Ich schätze ganz roh, daß 20 bis 30 Millionen sich dadurch noch herauswirtschaften lassen. Der Rest muß in irgendeiner Weise gedeckt werden. Ob wir es auf die Gemeinden überwälzen oder vorübergehend die Beiträge erhöhen, oder ob ein Staatszuschuß in Frage kommt – damit, daß wir sagen: Nun wollen wir nicht zahlen, kommen wir keinen Schritt weiter.

Ich habe mir überlegt, wie wir über diese Schwierigkeit hinwegkommen. Ich habe gesagt, das soll die Reichsanstalt, der Selbstverwaltungskörper, sich überlegen. Es sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an diese Frage herangehen, weil, unter den Druck gesetzt, der Gedanke der Reform, der Gedanke der Verbesserung hier bleibt. Auch wenn dieses Gremium beschließen sollte, daß man in der Weise vorgeht, 30 Millionen zu sparen und vorübergehend die Beiträge um 1/4 Prozent zu erhöhen, dann bleibt der Druck auf die Beteiligten. Das war der Gedanke, und daran halte ich fest.

Darum habe ich mich gegen den Gedanken des Notopfers, d. h. gegen den Gedanken, aus Staatsmitteln die Differenz zu decken, gewandt. Denn in dem Augenblick hört das Interesse am Reformieren der Arbeitslosenversicherung überhaupt auf, obgleich man hier eine Kombination schaffen könnte. Man könnte immerhin noch einen Zuschuß leisten und dazwischen genügend Raum für eine Reform lassen. Es gibt gewisse Möglichkeiten, aber sie sind nicht leicht zu verwirklichen. Schon aus dem Grunde habe ich mich immer dagegen gewandt, eine bestimmte Steuer für diese

[25] Das Kabinett ermächtigte am 5. 3. 1930 das Finanzministerium, gemeinsam mit dem Reichssparkommissar Saemisch ein langfristiges Sparprogramm aufzustellen, das die Grundlage für eine Steuersenkung schaffen und die laufenden Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1931 unter denen des Jahres 1930 halten sollte, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 463. Rückblickend berichtet Moldenhauer hinsichtlich der Einsparungsmöglichkeiten: »Vor allen Dingen aber wollte ich damals nicht die heikelste Frage anschneiden, die der Kürzung der Beamtengehälter. Im Amt setzte sich gegenüber der anderen Auffassung von Zarden die von Krosigk durch, daß mit den schematischen Abstrichen nichts gewonnen sei, man vielmehr den Weg der organischen Sparsamkeit, d. h. der Verwaltungsreform beschreiten müsse«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 80.

Aufgabe zur Verfügung zu stellen, weil damit in der Tat der Gedanke, hier einmal die Sache zu bessern, totgemacht wird.

Nun die Frage des Notopfers. Die ist sehr merkwürdig entstanden. Wir brauchen absolut kein Notopfer in der gegenwärtigen Zeit. Wir können mit den indirekten Steuern, die ich vorgesehen habe, durchaus das Defizit im Reich decken. Wir können durchaus damit die schwebende Schuld so tilgen, daß sie uns nicht mehr drücken wird. Der Gedanke war, die Verlagerung der direkten auf die indirekten Steuern und damit die Mittel zur wirksamen Senkung der direkten Steuern für das nächste Jahr zu gewinnen und im Augenblick die Rentenbankzinsen der Landwirtschaft aufzuheben und in der Industriebelastung etwas nachzulassen.

In dem Moment tauchte bei der Sozialdemokratie der Gedanke auf: Nein, wir wollen unter allen Umständen eine direkte Steuer. Wenn das auch einmal aus Rücksicht gegenüber den Massen geschieht, so steht doch dahinter der weitere Gedanke, eine Steuerreform in dem Sinne, wie wir es anstreben, die fühlbar die direkten Steuern senkt, zu vermeiden. Aus dem einmaligen Zuschlag zur Einkommenssteuer wäre dann vielleicht eine dauernde Einrichtung geworden, oder man hätte im nächsten Jahre die Steuersenkung darin erblickt, daß man um diesen Betrag die Steuer wieder zurückgenommen hätte, und wir stünden dann genau an derselben Stelle. Es ist doch der Vorschlag gemacht worden, dieses Jahr 10 % zur Einkommenssteuer zuzuschlagen und sie dann im nächsten Jahre entsprechend um 15 % zu senken. Das ist technisch schwer durchzuführen. Das bedeutet auf zwei Jahre eine Steuersenkung von 2½ %, ist also auch ein unmöglicher Vorschlag. Den habe ich, nachdem wir ihn durchgerechnet hatten, glatt abgelehnt.

In diese Zeit fällt die erste Anregung, die Beamten heranzuziehen. Das geht stark auf Stegerwald zurück, der schon 1927 der Anführer im Kampfe gegen die Beamtenbesoldung war.[26] Die Sozialdemokratie hat sich dem Gedanken des Notopfers der Festbesoldeten gegenüber zunächst vollständig ablehnend verhalten, auch im Kabinett. Sie hat erst, als ihre Ideen abgelehnt wurden, dieses Notopfer akzeptiert, das das Zentrum allerdings nur haben will für die Arbeitslosenversicherung. Aber man kommt nicht darüber hinweg, daß es eine verkappte direkte Steuer ist, daß es immer wieder den Grundgedanken der Finanzreform verwischt.

Dazu kommt, daß das Notopfer, wenn Sie es sich einmal durchdenken, zu unmöglichen Konsequenzen führt, zu einer sozialen Ungerechtigkeit (Sehr richtig!). Wenn ich ein Notopfer verlange, muß ich es auch von der Allgemeinheit verlangen.

Aber es besteht absolut keine innere Notwendigkeit, ein solches Notopfer zu verlangen. Wir kommen mit dem, was wir selbst haben, tatsächlich über die Schwierigkeiten hinweg. Dieses Notopfer ist lediglich als eine Geste gegenüber den breiten Schichten verlangt worden, die wünschen, daß in dem Augenblick auch der Besitz belastet wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß das zur Genüge geschieht durch eine Reihe der Steuern. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Besitz zehn Jahre lang überlastet ist, und daß nun eine Korrektur stattfinden muß, und daß sie nicht stattfinden kann dadurch, daß man eine neue direkte Steuer einführt. Das ist eigentlich der Grundgedanke, aus dem heraus ich allen Versuchen Widerstand geleistet habe. Ich

[26] Siehe dazu detailliert Ruppert, S. 274 ff.

habe im Kabinett erklärt: das muß ich aus ganz grundsätzlichen Erwägungen ablehnen; denn wenn die Finanzreform gleich am Anfang verfälscht wird, ist die große Gefahr, daß sie überhaupt in die Brüche geht. Wir stehen hier vor der Frage, ob wir die Finanzen des Reiches und damit auch der Länder und Gemeinden in Ordnung bringen und damit eine wirkliche Entlastung der Wirtschaft herbeiführen wollen. Denn die Entlastung der Wirtschaft ist schließlich der Schlüssel auch zur Frage der Arbeitslosenversicherung (Sehr richtig!). Wenn Sie das in Betracht ziehen, werden Sie begreifen, daß ich mich gegen die populäre Idee des Notopfers gewandt habe, weil hinter diesem Deckmantel immer andere Ideen stecken. Wir haben ausgerechnet, daß wir auch ein Notopfer so aufstellen können, daß gleichzeitig die Steuersenkung für das nächste Jahr festgelegt wird. Herr Dr. Scholz hat von dem zweijährigen Etat gesprochen. Ich bin mir zweifelhaft, ob wir das durchbringen würden.

Als nun in der Kabinettssitzung der Staatssekretär Meissner mitteilte, daß der Reichspräsident das Notopfer wünsche, habe ich erklärt: das ist selbstverständlich eine Tatsache von Bedeutung, daß ich nicht daran vorbeigehen kann, aber meine Bedenken dagegen bestehen weiter, ich muß mich nun erst einmal mit meinen Parteiinstanzen über diese Frage unterhalten, ich kann jetzt nicht mehr allein entscheiden. Ich bin der Auffassung, daß wir trotzdem diesem Gedanken des Notopfers in der Form Widerstand entgegensetzen müssen. Es geht hier im Augenblick um einen ganz scharfen Kampf. Es geht um den Kampf: wollen wir eine Finanzreform so, wie wir es im Interesse der Gesamtheit des Volkes wünschen, damit wir aus all dem Elend herauskommen, oder wollen wir sofort im Anfang in einer Frage nachgeben, die das ganze Ziel gefährdet? Ich glaube, auf diese einfache Formel kann man es bringen (Sehr gut!). Wenn es gelingen würde, mit der nötigen Energie die anderen fortzureißen und die Sozialdemokraten auf diesen Weg zu zwingen, würde ich das für den glücklichsten Ausgang halten. Wenn es nicht gelingt, laufen wir Gefahr, daß die Finanzreform in andere Hände gerät und dann ein ganz anderes Aussehen gewinnt.

Das ist die große Gefahr, der wir entgegengehen, und da ich in diesen Dingen gewisse Ressortsorgen habe, begreifen Sie, daß ich mir viele Gedanken über diese Frage gemacht habe. Aber ich glaube, wie die Lage heute ist, können wir diese Gefahr einmal laufen und müssen versuchen, ganz fest an dem Gedanken: Ablehnung des Notopfers und Senkung der direkten Steuern, festzuhalten, um das Ziel einer Finanzreform klar durchzusetzen.

Ich halte es nicht für unmöglich, daß wir uns dann mit diesem Gedanken doch noch durchsetzen. So habe ich bisher gehandelt – wenn ich in den Einzelheiten auch mal diese und jene Steuer genommen und verworfen habe, weil sie nicht durchsetzbar erschien –, und so sollten wir auch weiter handeln, ohne feste Beschlüsse zu fassen, was in vierzehn Tagen zu geschehen hat. Wir sollten nur klar und deutlich sagen: das Notopfer lehnen wir ab, weil es den Gedanken der Finanzreform verfälscht und den Gedanken einer Reform der Arbeitslosenversicherung verwischt (Lebhafter Beifall!).

Herr Dr. Hallensleben (Berlin) gibt seiner Freude über den Verlauf der heutigen Verhandlungen Ausdruck, die eine große Sorge von ihm genommen hätten. Die vielen, zum Teil widersprechenden Mitteilungen über die Verhandlungen der letzten Tage hätten Beunruhigung in seinem Wahlkreis erweckt und die Befürchtung auf-

tauchen lassen, die Deutsche Volkspartei werde wieder einmal umfallen. An einem einmaligen Opfer würden die Wähler gar nicht so sehr Anstoß nehmen, wenn sie nur sähen, daß damit für die Zukunft unsere Finanzen saniert würden. Durch dieses Notopfer aber werde der Gedanke der Finanzreform nur aufgeschoben. Er trete deshalb restlos hinter die Ausführungen des Parteiführers.

Herr Jochmus (Bielefeld) erklärt, der Wahlkreis Westfalen-Nord stehe mit ganzem Herzen hinter dem, was der Parteiführer als seine Auffassung zum Ausdruck gebracht habe. Er stimme insbesondere auch dem zu, was Dr. Moldenhauer in der Frage des Notopfers ausgeführt habe. Sollte es zu einem Wahlkampf kommen, dann bitte er die Reichstagsfraktion, so zu verfahren, daß nicht das Notopfer als der Punkt herausgestellt werde, an dem die Sache gescheitert sei, sondern die grundsätzlichen Forderungen, deren Erfüllbarkeit in dieser Koalition nicht zu erwarten sei (Bravo!).

Herr Dr. Kalle (Frankfurt/M.) äußert sich als Vertreter der Wirtschaft. Das Unglück der Volkspartei sei das Fehlen einer führenden Presse, die der falschen Auffassung entgegentreten könne, als ob es sich für die Volkspartei nur um die eigentlichen Interessen der Wirtschaft handele. In all den zahlreichen Verbänden, denen er angehöre, mache sich mehr und mehr eine Angstpsychose bemerkbar, ein Mangel an Vertrauen in unsere gesamte Zukunft. Man möge zugeben, daß hier und da vielleicht zuviel über die Not der Wirtschaft geschrien werde, aber diese Tatsache der Angstpsychose sei in ihrer Auswirkung ungeheuerlich; sie führe dazu, daß das Kapital immer mehr aus dem Lande wandere. Große Erfinder könnten ihre Erfindungen nicht mehr in Deutschland auswerten, was ein sehr gefährlicher Punkt sei. Die jetzige Angstpsychose in der Wirtschaft erinnere an die Zeiten von 1918/19, wo das Bürgertum auch gänzlich resigniert war. Deutschland sollte in seiner Not wahrhaftig alles tun, um die Wirtschaft zu fördern. Man sollte ein Treibhaus für die Wirtschaft machen. Stattdessen habe man die Wirtschaft derart belastet, daß eben diese Angstpsychose entstanden sei. Sie erfordere ein Zeichen, daß es anders werde. Es komme nicht so sehr darauf an, daß schon bald die Steuersenkungen sich auswirkten, wichtiger sei, daß man sehe: es wird jetzt anders, es fängt jetzt an. Es handele sich für die Wirtschaft nicht darum, eine etwas günstigere Entwicklung herauszuholen, es handele sich nicht darum, die Beamten zu schonen, sondern es handele sich um das Sein der gesamten deutschen Wirtschaft. Unsere Republik müsse wirtschaftsfreundlich und kapitalfreundlich werden (Beifall!).

Herr Dr. Hecker (Hannover) erklärt, der Wahlkreis Hannover-Süd und Braunschweig stehe voll und ganz hinter den Ausführungen des Parteiführers und des Reichsfinanzministers. Falls die Reichstagsfraktion die Konsequenzen aus ihrer Haltung ziehen und es zum Auseinandergehen der Koalition kommen sollte, würde sein Wahlkreis ebenfalls voll und ganz hinter der Reichstagsfraktion stehen (Bravo!).

Herr Hembeck erklärt: Ich antworte auf die uns gestellte Frage für Westfalen-Süd mit einem uneingeschränkten Ja. Die Zeit des Handelns ist gekommen. Handeln Sie! Nicht nur die Partei, das deutsche Vaterland wird Ihnen, Herr Dr. Scholz, für dieses Handeln den Dank aussprechen (Beifall).

Herr Kuhbier (Duisburg) betrachtet das Notopfer als taktische Maßnahme, das die Gegner der Volkspartei zwischen die Beine werfen wollten. Dem könne man nur entgegenwirken, indem taktisch so operiert werde, daß diese Frage nicht als die ent-

scheidende hingestellt werde. Wenn vielleicht auch als Folge des Herausgehens der Deutschen Volkspartei aus der Regierung nachher Vorwürfe von seiten der Wirtschaft kommen würden, so habe man doch das Vertrauen, das für längere Sicht sich die Richtigkeit dieser Politik durchsetzen werde. Er möchte es erleben, daß die Volkspartei wieder einmal unter einer geraden Linie in den Wahlkampf gehe. Dann werde es eine Lust sein, für die Volkspartei zu stimmen.

Herr Dieckmann (Dresden) verweist auf die Verhältnisse in Sachsen und den Sturz der Regierung Bünger. Die feste Haltung der Volkspartei habe bewirkt, daß die Parteien, die Bünger gestürzt hätten, hinterher wieder einen Volksparteiler als Ministerpräsidenten vorgeschlagen hätten. Es werde in weiten Wählerkreisen erlösend wirken, wenn auch im Reiche die Volkspartei ihre feste Haltung wahre. Der Beifall, der den Ausführungen von Dr. Scholz gefolgt sei, sei dem Gefühl einer gewissen Befreiung von einem Druck, der bewußt oder unbewußt, lange auf uns gelegen habe, entsprungen. In Sachsen stimme man der großen Linie der Politik des Parteivorsitzenden und des Reichsfinanzministers voll zu. Allerdings wolle er nicht verhehlen, daß in Sachsen erhebliche Bedenken gegen die Annahme des Polenabkommens beständen. Was das Notopfer betreffe, so gäbe es Freunde des Notopfers auch in Kreisen der Wirtschaft, schon aus rein stimmungsmäßigen Momenten. Aber realpolitisch gesehen, könne man diese Frage auf eine Linie führen, wie es der Vorsitzende gezeigt habe, die dieses Notopfer für uns als unannehmbar erscheinen läßt. Es sei betrüblich, daß sich die Wege der Volkspartei hier von denen des Reichspräsidenten scheiden müßten. Denn die Volkspartei sei gewissermaßen die Hindenburg-Partei par excellence geworden. Verschiedene Tatsachen der letzten Zeit seien zwar geeignet, ein gewisses Gefühl der Bitternis gegenüber dem Verhalten des Reichspräsidenten aufkommen zu lassen. Wir dürfen aber unter gar keinen Umständen diesem Gefühl nach außen freien Lauf lassen, sondern müßten in der bisherigen Linie in Bezug auf die Einschätzung und Hochachtung der Persönlichkeit des Reichspräsidenten unverrückbar festhalten (Beifall!).

Herr Thiel (Berlin) bringt die Besorgnis zum Ausdruck, daß die Partei sich bei der Vertretung des Standpunktes gegenüber dem Notopfer draußen nicht immer so bewege, wie es notwendig sei, um unter allen Umständen auch die großen Wählermassen bei der Stange zu halten. Wir hätten mit der Tatsache zu rechnen, daß in einzelnen Städten der dritte Teil der Bevölkerung arbeitslos sei. Die Klagen der Wirtschaft dürfe man nicht verallgemeinern. Es gäbe eine ganze Anzahl von Betrieben, die hinreichendes Kapitalvermögen gesammelt hätten. Dr. Moldenhauer habe mit Recht betont, es sei ausgeschlossen, daß in Zeiten, wo wir über 3 Millionen Arbeitslose hätten, diese lediglich durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterhalten werden könnten. In solchen Zeiten müsse die Allgemeinheit, müsse das Reich mit einspringen. Der Redner schildert zahlenmäßig die Auswirkung der letzten Novelle zur Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der nicht durch die Arbeitslosenversicherung Unterstützten sei größer geworden, als man erwartet habe. Die bessere Verwaltung und die Reform vom vorigen Jahre habe die doppelte, beinahe dreifache Auswirkung dessen gehabt, was man sich davon versprochen habe. Wenn man unter diesen Umständen jetzt nach weiteren Reformen schreie, so verursache das natürlich eine Nervosität. Jeder sollte dann auch gleich sagen, was reformiert werden könne. Man begegne vielfach ganz falschen Vorstellungen über die Höhe der Unterstüt-

zungssätze. Er für seine Person würde eine weitere Herabsetzung der Höhe der Unterstützungssätze nicht mitmachen können. Befürworten könne er dagegen noch eine kleine Verlängerung der Wartezeit. Dadurch werde dem Übelstand begegnet, daß, wie es vielfach vorkomme, Arbeitnehmer und Arbeitgeber miteinander vereinbarten, vorübergehend einen Teil der Arbeiter aus den Betrieben zu entlassen, also gewissermaßen das Risiko des Betriebes auf die Arbeitslosenversicherung abzuwälzen. Die Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung lehne er entschieden ab; denn die schließe sicher keine 5 % von dem Bezuge aus. Getroffen würden dadurch höchstens die Angestelltenkreise, die Kreise, die als Wähler der Volkspartei in Betracht kämen.

Zum Schluß befürwortet der Redner die Reichsreform; es sei unmöglich in allen Ländern große, kostspielige Parlamente aufrechtzuerhalten.

Herr Dr. Rode erklärt für den Wahlkreis Schleswig-Holstein, daß dieser hinter den Ausführungen des Parteiführers und Dr. Moldenhauers stehe.

Herr Bickes (Stuttgart) erklärt das gleiche für den württembergischen Wahlkreis. Er wendet sich gegen den Vorwurf, daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion zu lange eine Opportunitätspolitik getrieben hätte. Er sei im Gegenteil der Meinung, daß die Politik, die die Fraktion getrieben habe, die einzig richtige und mögliche war. Er sei aber zugleich der Überzeugung, daß jetzt erst der Augenblick gekommen sei, wo es gelte, den Kurs zu ändern (Bravo!).

Herr Sauerborn (Koblenz) stimmt ebenfalls den Ausführungen von Dr. Scholz und Dr. Moldenhauer zu. In bezug auf das Notopfer müsse man in der Verlautbarung der Stimmung Rechnung tragen, daß auch die Beamtenschaft ein solches Opfer bringen würde, wenn die Gewähr gegeben wäre, daß damit endlich die dauernde Sanierung unserer Finanzen erreicht würde. Wie in manchen Kreisen die Stimmung sei, zeige, was ihm von Winzern gesagt worden sei, nämlich: laßt die Beamten man bezahlen! Redner tritt für eine Reichsreform und Reform des Sozialetats ein. Man müsse dahin streben, die Sozialpolitik der Gemeinden aus einer Selbstverwaltungsangelegenheit zu einer Auftragsangelegenheit zu machen (Bravo!).

Herr Zahn (Nürnberg) führt aus, der Vertretertag des Wahlkreises Nord-Bayern habe vor kurzem einmütig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Wege der Außenpolitik, wie sie von Dr. Stresemann und Dr. Curtius gegangen seien, zu billigen seien. Gleichzeitig sei zum Ausdruck gebracht worden, daß jetzt innere Reformen eintreten müßten. Deshalb sei es von der Wirtschaft in Franken besonders begrüßt worden, daß Dr. Moldenhauer das Finanzministerium übernommen habe. Man habe heute noch das Vertrauen zu ihm, daß er die Belange der Wirtschaft wirksam vertreten werde. In bezug auf die Reform der Arbeitslosenversicherung teile er die Ansicht von Herrn Thiel, daß es schwierig sei, hier Remedur zu schaffen, nicht. Die Arbeitsmoral sei ungeheuer geschädigt worden. Er verweise z. B. darauf, daß die Ziegeleiarbeiter früher eine ausgesprochene Saisonarbeit geleistet hätten, während sie heute nur 26 Wochen arbeiteten und sich dann unterstützen ließen. Er sei der Ansicht, daß die Arbeitslosenversicherung auch durch Ausgabensenkung saniert werden könne.

Vorsitzender Dr. Scholz: Die Diskussion ist mangels weiterer Wortmeldungen geschlossen. Ich darf im allgemeinen eine erfreuliche Übereinstimmung der Meinungen

feststellen (Beifall), die umso nötiger ist, weil, wie Sie wissen, die Entscheidungen, die wir in den nächsten Tagen zu treffen haben, außerordentlich verantwortungsvoll und folgenreich sind. Zwei Redner haben gewisse Bedenken gegen unsere beabsichtigte Einstellung zum Notopfer geäußert. Ich glaube, aber auch diese beiden Äußerungen nur so verstanden zu haben, daß die beiden Herren nicht wünschen – das deckt sich vollkommen mit meiner und, wie ich glaube, auch mit der Auffassung der Reichstagsfraktion –, daß diese Frage als die allein entscheidende aufgefaßt werde. Davon kann und soll keine Rede sein. Ich glaube, meine Zwischenbemerkungen, daß diese Frage nur behandelt werden kann in dem großen Ganzen derjenigen Finanzreform, die wir jetzt für unbedingt nötig halten, haben schon bewiesen, auf welchem Standpunkt wir stehen. Insofern darf ich auch die beiden Herren Redner, die in etwas dissentiert haben, in den Kreis der allgemeinen Meinung einbeziehen. Es ist angeregt worden, die heutige Versammlung nicht ohne eine Entschließung ausklingen zu lassen. Ich will ganz offen sprechen: Ich betrachte den Reichsausschuß in erster Linie als eine durchaus vertrauliche Stätte, um die Meinungen der leitenden Herren aus dem Lande gegeneinander und mit der Parteileitung auszutauschen. Ich glaube, der Reichsausschuß würde sein wesentliches Recht dieser absolut vertraulichen Aussprache bis zu einem gewissen Grade aufgeben, wenn er immer Resolutionen nach außen fassen wollte, was früher auch nicht üblich war. Wir sind einmal davon abgewichen, weil damals der Zentralvorstand nicht zusammentreten konnte und weil es zweckmäßig war, eine Kundgebung nach außen zu richten.[27] Dieser Fall liegt heute nicht vor. Wir könnten uns damit begnügen, daß der Reichsausschuß heute seine, ich darf wohl annehmen, einmütige Meinung der Reichstagsfraktion, die heute nachmittag tagt, übermittelt, und daß in Aussicht genommen wird, bei einer eventuellen Publikation der Reichstagsfraktion dann, wenn die Ansichten sich decken, was ich nicht bezweifle, Bezug zu nehmen auf die einmütige Auffassung des Reichsausschusses (Zustimmung).

Daß diese einmütige Meinung so aussieht, daß wir von dem in Gemeinschaft mit unseren zuständigen Ministern beschrittenen Wege nicht abgehen sollen, darf ich feststellen, und wenn Sie einverstanden sind mit dem Vorgehen, kann ich heute nachmittag der Reichstagsfraktion diese Ihre einmütige Meinung übermitteln (Zustimmung).

Damit sind wir am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Ich habe das dringende und ehrliche Bedürfnis, Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, auf das wärmste zu danken für die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Auffassung, die Sie auch heute wieder in dieser Reichsausschußsitzung bewahrt haben. Glauben Sie mir – und nun spreche ich wirklich aus besorgtem Herzen für unsere geliebte Partei –: Wenn wir diese Einmütigkeit und Geschlossenheit der Meinungen auch unter Überwindung gewisser Opfer des Intellekts nicht in der Zukunft beweisen können, dann ist mir allerdings sehr bange um die Zukunft unserer Partei. Denn nichts schadet mehr als Zerrissenheit der Meinungen. Noch immer hat sich ein starker Wille, ein starker Wille zur Tat und eine starke Übereinstimmung der Meinungen durchgesetzt, wenn sie nicht durchsetzt waren von Zweifeln im eigenen Lager. Darum geht meine

[27] In seiner Sitzung vom 30.9.1929 verabschiedete der RA eine Entschließung gegen das Young-Plan-Volksbegehren, siehe Dok. Nr. 76, Anm. 59.

Schlußmahnung und Schlußbitte dahin: Unterstützen Sie uns in der, wie ich Ihnen versichern darf, objektiv und von dem Interesse des Vaterlandes in erster Linie und immer geleiteten Politik; unterstützen sie uns möglichst einmütig, denn nur Einmütigkeit und Geschlossenheit der Partei kann uns helfen, das zu vollbringen, was wir uns als Ziel gesetzt haben: den Wiederaufstieg unseres geliebten Vaterlandes (Lebhafter Beifall). Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 2½ Uhr).

80.

21. März 1930: Sitzung des Zentralvorstandes in Mannheim

Broschüre ›Achter Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim vom 21. bis 23. März 1930, hg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin 1930‹. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes«.[1]

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches trat am 21. März der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zusammen. Der Vorsitzende, Reichsminister a.D. Dr. Scholz, erstattete den Bericht über die politische Lage und erörterte dabei die großen Probleme der Zeit und Zukunft, die den Parteitag noch im besonderen beschäftigen werden. Seinen mit großem Beifall aufgenommenen Darlegungen folgte eine eingehende Aussprache, an der sich u.a. auch Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer beteiligte. Das Ergebnis der Aussprache über die Finanz- und Steuerfragen konnte der Vorsitzende unter Zustimmung des ganzen Zentralvorstandes dahin zusammenfassen, daß die Partei im Interesse des Reiches und Volkes eine Entlastung der Wirtschaft durch Steuersenkungen für unbedingt erforderlich halte. Einigkeit bestehe in der Partei, daß diese Steuersenkungen an Senkungen der öffentlichen Ausgaben gebunden seien und daß Reformen in der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden müssen.[2] Wie diese Ziele im einzelnen nun zu erreichen seien, das sei Sache der hierfür besonders verantwortlichen Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.[3] Die Partei begrüße in diesem notwendigen

[1] Im Bestand R 45 fehlt ein Sitzungsbericht; auch die NLC berichtete nicht über den Verlauf der Tagung. Tagesordnung: 1. Aussprache über die politische Lage, 2. Vorbereitung des Parteitags, 3. Organisationsbericht und Satzungsänderung, 4. Verschiedenes, BAK NL Jarres 40, p. 173.

[2] Zu Moldenhauers Sanierungsvorschlägen bezüglich der Arbeitslosenversicherung siehe Dok. Nr. 79, Anm. 11, 14, 18. In der Fraktionssitzung vom 2.3.1930 hatte sich Moldenhauer mit den »Beschlüssen der Parteiinstanzen einverstanden« erklärt, gleichzeitig aber betont: »Besser wäre es gewesen, Krise nach Annahme des Younggesetzes zu verlegen«, BAK R 45 II/67, p. 211.

[3] Die Fraktion war allerdings in der Frage des zukünftigen finanzpolitischen Kurses durchaus nicht einer Meinung. So beklagte Mittelmann am 11.3.1930 »den Zerfall der Fraktion in zwei Gruppen«, BAK R 45 II/67, p. 217 und Brüning schätzte Anfang März, daß sich die beiden Flügel in der Fraktion die Waage hielten, siehe Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. Nr. 528 (Fraktionsvorstandssitzung vom 5.3.1930), während Moldenhauer rückblickend konstatierte: »Die ständige Opposition betrug in der Fraktion selten mehr als fünfzehn. Unentwegt oppositionelle waren acht, darunter der Schweine-Schmid [Schmid-Düsseldorf], Hugo, Hueck, v. Gilsa als die Hauptanführer, denen sich meist Hintzmann anschloß. Diese Gruppe saß auch zusam-

Kampfe jeden Bundesgenossen und jede Unterstützung, von welcher Seite sie auch komme. Sollte sich herausstellen, daß die Fraktion trotz stärkster Bemühungen nicht das Maß von Sanierung der Wirtschaft und Finanzen durchsetzen könne, das sie zu erreichen für notwendig halte, dann stehe sie vor der Frage letzter Konsequenzen. Das sei diejenige sachliche Politik, auf deren Boden sich die ganze Partei zusammenfinden müsse.

Danach nahm der Zentralvorstand einstimmig folgende Entschließung an: »Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei stimmt den Ausführungen des Parteiführers und Vorsitzenden der Reichstagsfraktion zur politischen Lage zu. Der Zentralvorstand billigt die Beschlüsse des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März und erwartet, daß die Reichstagsfraktion daran unbeirrt festhalten wird und spricht dem Parteiführer und der Reichstagsfraktion sein Vertrauen aus«.

Die einstimmigen Beschlüsse vom 2. März lauten: »Die Deutsche Volkspartei ist der Auffassung, daß das Kernstück jeder Finanzreform eine Entlastung der Wirtschaft, die Wiederherstellung der Rentabilität in Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie sowie die Förderung der Kapitalbildung sein muß. Nur auf diesem Wege ist es möglich, das größte der sozialen Übel, die Arbeitslosigkeit, wirksam zu bekämpfen und aus dem Dreimillionenheer der Erwerbslosen einen möglichst großen Teil wieder in die Wirtschaft einzugliedern. Nachdem die Entwicklung der Finanz- und Kassenlage des Reiches die von allen Seiten als notwendig erkannte Senkung der direkten Steuern für das Jahr 1930 unmöglich gemacht hat, muß die gesetzliche Festlegung einer solchen Senkung für das Jahr 1931 gefordert werden. Unvereinbar hiermit wäre eine neue Erhöhung der direkten Steuern, gleichviel, unter welcher Bezeichnung sie erfolgt. Das sogenannte Notopfer würde außerdem den Willen zur Reform auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts im Keime ersticken. Im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt für 1930 müssen daher folgende Maßnahmen getroffen werden: Gesetzliche Sicherung der Ausgabensenkung in Reich, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch durch die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, unter Vermeidung jeder weiteren Erhöhung von direkten Steuern; gesetzliche Festlegung einer Senkung dieser Steuern vom Beginn des nächsten Haushaltsjahres ab«.

men. Auch Dauch ging sehr häufig mit ihnen, ebenso Becker, seltener Pfeffer«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 95.

81.

3. Juli 1930: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

BAK R 45 II/32, p. 129–239. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »Protokoll über die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am Donnerstag, dem 3. Juli 1930, nachm. 4 Uhr in Berlin, Reichsklub«.

Scholz eröffnet die auf Initiative einer Reihe von Wahlkreisverbänden einberufene Sitzung, weist darauf hin, daß die ursprünglich in Mainz vorgesehene Zentralvorstandssitzung leider in Berlin stattfinden müsse[2] *und skizziert die Grundzüge seiner Rede vor dem Zentralvorstand.*[3] *Er spricht sich gegen die Abfassung eines neuen Parteiprogramms aus und befürwortet die Aufstellung eines* »politisch akuten Aktionsprogramms« *bis zum Herbst.*

[Scholz:] Was die politische Lage im Reich betrifft, so möchte ich mich ohne Vorrede und ohne rückerinnernde Betrachtungen, die ich vielleicht morgen anstelle, darauf beschränken, Ihnen ganz kurz und ad diem zu sagen, wie heute die Reichstagsfraktion zu dem Programm der Regierung Brüning steht.[4] Ich spreche zunächst von der Arbeitslosenversicherung. Wir werden grundsätzlich der Regierung zustimmen, soweit sie Reformen mit dem Vorstand der Anstalt durchzuführen bereit ist. Wir werden stark darauf dringen und unsere Zustimmung unter Umständen davon abhängig machen, daß der berühmte Paragraph 163, der die unbeschränkte Zuschußpflicht des

[1] Die in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen.

[2] Mit Einladungsschreiben vom 12.6.1930 war die Sitzung des ZV »aus dem besonderen Anlaß der Befreiung des besetzten Gebiets« auf den 4.7. nach Mainz einberufen, aber durch Schreiben vom 28.7. nach Berlin verlegt worden, weil Reichskanzler Brüning die Fraktionsführer zu einer Besprechung am 4.7. um 18 Uhr in der Reichskanzlei einberufen hatte. Daß die Zentralvorstandssitzung wegen der Teilnahme von Scholz an dieser Besprechung nicht im »befreiten Mainz« stattfinden konnte, wurde von zahlreichen Rednern auf den Sitzungen von RA und ZV lebhaft bedauert.

[3] Siehe Dok. Nr. 82, S. 982 ff.

[4] Die Regierung Müller II war am Abend des 27.3.1930 zurückgetreten, da zwischen den Regierungsparteien keine Einigung in der Frage einer Sanierung der Arbeitslosenversicherung erzielt werden konnte. Zu den Gründen für das Auseinanderbrechen der Großen Koalition siehe die eindringliche Analyse bei Winkler, Arbeiter, Bd. 2, S. 809 ff. Zur Bildung der Regierung Brüning (Äußeres: Curtius; Finanzen: Moldenhauer) am 30.3.1930 siehe u.a. Kabinette Brüning I/II, S. XX ff.; Maurer/Wengst, S. XXXIII ff. Nachdem Brünings Plan zur Deckung des Defizits mittels eines allgemein gehaltenen Ermächtigungsgesetzes gescheitert war, stimmte das Kabinett am 25.6.1930 mit Stimmenmehrheit dem Deckungsplan des neuernannten Finanzministers Dietrich zu, der eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1%, Abstriche am Reichshaushaltsplan in Höhe von 100 Millionen RM, ein Notopfer der Beamten in Höhe von 2,5% ihres Gehalts, eine verstärkte Belastung der Ledigen sowie einen Zuschlag von 5% bei Jahreseinkommen über 8000 RM vorsah, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 56 sowie Maurer/Wengst, Dok. Nr. 93, 94; Pünder, S. 56 f.; Brüning, S. 176 f. Nachdem der Reichsrat die Gesetzentwürfe (RRDrs., Bd. 3, Nr. 125, 126) am 3.7.1930 gebilligt hatte, fand die erste Lesung im Reichstag am 7.7.1930 statt, siehe VRT, Bd. 428, S. 6188 f.; siehe auch Anm. 6.

Reiches enthält[5], gestrichen wird. Es ist auf die Dauer nun einmal nicht möglich, den Etat immer wieder durch diese unbegrenzte Zuschußpflicht des Reiches in Unordnung gebracht zu sehen. Ich könnte mir denken, daß wir demgegenüber auch eine Beitragserhöhung in Kauf nehmen, wie sie die Regierung vorschlägt, aber nur, wenn diese unsere prinzipielle Forderung befolgt wird.

Was die übrigen Deckungsvorschläge des Regierungsprogramms anlangt, so müssen wir feststellen, daß das neue Programm immerhin einige nicht unwesentliche Verbesserungen gegenüber dem früheren Programm enthält, wenn auch seine Grundzüge im allgemeinen dieselben geblieben sind. Diese Verbesserungen in unserem Sinne liegen zunächst auf dem Gebiet der Einsparungen im Etat. Gegenüber dem früheren Vorschlag Moldenhauer ist erfreulicherweise eine erheblich größere Einsparung im Etat erzielt worden. Das liegt natürlich ganz in unserer Linie. Ja, ich möchte darüber hinaus sagen: Wenn es innerhalb weniger Tage gelungen ist, hier eine Komplementierung dieser Streichung um rund 100 Millionen Mark zu erzielen, so kann man sagen: das Examen ist halb bestanden, es kann aber auch noch fortgesetzt werden. Angesichts der katastrophalen Notlage, über die wir uns alle klar sind, sollten wir uns dafür einsetzen, daß auf diesem Gebiete weitere Einsparungen mindestens in der Größenordnung von etwa 50 Millionen erfolgen. Was nun die positiven Deckungsvorschläge des Kabinetts betrifft, so brauche ich in diesem Kreis nicht auszuführen, daß wir nach unserer ganzen bisherigen wirtschaftlichen Tendenz und Auffassung gegen jede neue steuerliche Belastung Stellung nehmen müssen, speziell also gegen die Erhöhung der Einkommenssteuer. So verlockend es klingen mag, daß diejenigen, die nun einmal besser gestellt sind, auch an den Lasten stärker mittragen sollen als die anderen, so wollen Sie doch bitte das eine bedenken, daß es keinen Staat auf der Welt gibt, der seine Einkommenssteuer so angespannt hat wie Deutschland, daß dagegen auf sehr vielen anderen steuerlichen Gebieten die Dinge durchaus anders liegen, daß außerdem unsere alte Tendenz, die Wirtschaft zu entlasten und die Kapitalbildung zu ermöglichen, durch jede neue steuerliche Belastung vereitelt wird, wen immer sie auch träfe.

Über die Frage der Reichshilfe ist in letzter Zeit so unendlich viel gesprochen und geschrieben worden, daß ich mich darüber ganz kurz fassen kann. Noch heute steht die Reichstagsfraktion auf dem Standpunkt, daß diese Reichshilfe der Beamten und Festbesoldeten nach aller Möglichkeit zu vermeiden ist.[6] Es fragt sich, was an die

[5] Nach zähen Verhandlungen verständigte sich das Kabinett am 9.7.1930 auf eine Änderung des § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (»Kann der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen und aus dem Notstock nicht völlig gedeckt werden, obwohl der Beitrag rechtzeitig einheitlich für das Reichsgebiet festgesetzt ist, so gewährt der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen Darlehen«, RGBl. 1929 I, S. 185), siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 69.

[6] Finanzminister Moldenhauer hatte Überlegungen der Regierung Müller II aufgegriffen und zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 450 Millionen RM und zur Konsolidierung des Mehrbedarfs der Krisenfürsorge von 150 Millionen RM eine sogenannte »Reichshilfe der Festbesoldeten« vorgesehen, die für Beamte und Angestellte zwischen 2% und 4% ihres Einkommens betrug, siehe Kabinett Brüning I/II, Dok. Nr. 46. Nach heftigen Auseinandersetzungen versagte jedoch die Fraktion der DVP am 16.6.1930 ihre Zustimmung zur der Reichshilfe und forderte Moldenhauer zum Rücktritt auf, der dann am 20.6.1930 erfolgte, siehe R 45 II/67, p. 241 ff. sowie die Auszüge aus den Erinnerungen Moldenhauers, Ka-

Stelle gesetzt werden kann. Wir haben stets die sogenannte Kopfsteuer für die Gemeinden aus den verschiedensten Gründen angestrebt.[7] Sie gibt die Möglichkeit, einmal den Gemeinden neue Einnahmen zuzuweisen, sodann, in den Gemeindeverwaltungen diejenige Verantwortung herzustellen, die heute leider Gottes in weitestem Umfange fehlt. Beachten Sie bitte das akuteste Ereignis in dieser Beziehung, die Ablehnung des Etats durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung[8], das heißt das freiwillige Aufgeben oder den Selbstmord der Selbstverwaltung. Denn etwas anderes ist das nicht. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß es uns gelingt, auf diesem Gebiete einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Auch der Reichskanzler Dr. Brüning hat sich nicht grundsätzlich gegen diesen Kopfbeitrag ausgesprochen, sondern lediglich gesagt, es ließe sich jetzt nicht machen, dies müsse im Zuge einer großen Finanzreform im Herbst geschehen. Diese Gründe erscheinen uns nicht durchschlagend. Wir werden also bemüht sein müssen, die Reichshilfe der Beamten und Festbesoldeten in ihrem finanziellen Effekt durch den Kopfzuschlag für die Gemeinden zu ersetzen, der dann natürlich für das Reich eine erhebliche Beschränkung der Überweisungen an die Länder und Gemeinden zur Folge haben müßte. Es mag in diesem Augenblick hart klingen, aber wir sind uns in der Reichstagsfraktion darüber einig, daß die absolut notwendige Sparsamkeit in den Ländern und Gemeinden nur durch grobe Mittel erzielt werden kann. Es geht eben nicht anders, als daß der Brotkorb etwas höher gehängt wird. Es mag unendlich schmerzlich sein, es mag vielleicht hier und da zu schwerwiegenden Katastrophen führen. Aber allgemein muß die Tendenz sein, nun endlich einmal auch durch die stärksten Mittel auf diejenige Sparsamkeit hinzuwirken, die bestimmt in den Gemeinden und vielleicht auch in den Ländern nicht in demjenigen Umfang durchgeführt zu sein scheint, wie es im Reich schon geschehen ist. Diesen Zustand kann man weder vom Standpunkt des Reiches noch von dem der Allgemeinheit als richtig anerkennen.

Die Frage der Ledigensteuer[9] ist bekanntlich ein schwieriges Thema, weil man nicht weiß, wie viel Ledige und wie viel Verheiratete in einer Versammlung sind. Leider pflegt sich ja die allgemeine Einstellung zu solchen Dingen danach zu richten (Heiterkeit). Wir werden aber in dieser Beziehung nicht intransigent sein, wenn es auch vielleicht nötig sein wird, hier und da im einzelnen Verbesserungen anzubringen.

So etwa stellt sich in kurzen Zügen das Bild dar. Die akuteste Frage, die deshalb sehr bedeutungsvoll ist, weil von ihr die gesamte Haltung der Volkspartei zum Kabinett Brüning und damit die Frage der eventuellen weiteren Beteiligung oder Nichtbeteiligung abhängt, ist dies. Die Beteiligung ist ja, wie Sie wissen, schon jetzt verhältnismäßig gelockert. Es könnte der Augenblick eintreten, daß wir, wenn zu den Mit-

binette Brüning I/II, Dok. Nr. 50, Anm. 2, 3, 4. Moldenhauers Nachfolger wurde Hermann Dietrich (DDP/DStP).

[7] Zu den Plänen der Einführung einer allgemeinen Bürgersteuer siehe Dok. Nr. 78, Anm. 29. Am 24.6.1930 hatte Scholz Reichskanzler Brüning mitgeteilt, die DVP fordere die Einführung einer »Kopfsteuer«. Brüning führte vor dem Kabinett aus, daß er diesen Vorschlag zwar unterstütze, gleichzeitig aber fordere, »daß diese Frage im Rahmen eines Gesamtprogramms zur Erörterung komme. Das Bedenkliche der Kopfsteuer sei, daß sie im allgemeinen für die kleinen Leute stark belastend wirke«, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 54, S. 223 ff.

[8] Siehe dazu Büsch/Haus, S. 225 f.

[9] Das Kabinett hatte am 5.6.1930 die Einführung eines »Sonderbeitrages in Höhe von 10% der Einkommensteuern der Ledigen« beschlossen, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 46, S. 187.

teln des Artikels 48 gegriffen wird[10], vorher eine reinliche und absolute Lösung von diesem Kabinett vollziehen müssen. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß ein Kabinett, in dem wir vertreten sind, gegen die Volkspartei auflöst. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig (Sehr richtig!). Dieser Moment ist aber noch nicht gekommen. Wie Sie aus meinen vorherigen Darlegungen entnommen haben, bestehen nach unserer Auffassung noch heute Möglichkeiten, mit dem Reichskabinett zu verhandeln und unter Umständen zu einem Kompromiß zu kommen. Daß wir ehrlich bereit sind, diese Verhandlungen zu pflegen, geht wohl aus unserer ganzen Tendenz und unserer grundsätzlichen Einstellung zum Kabinett Brüning hervor.

Scholz hält den Moment für eine Reichsreform für günstig[11], *obwohl das Zentrum* »grundsätzlich sehr stark föderalistisch eingestellt« *sei. Auch gegenüber der preußischen Landtagsfraktion, in der starke Widerstände gegen eine Reichsreform bestehen, hält er fest:* »Das Volk draußen und auch die Wähler der preußischen Landtagsfraktion wünschen sehr stark und dringend, daß auf dem Wege einer durchgreifenden Reichsreform mit dem Ziele des Einheitsstaates rasch vorgegangen wird«.

[Scholz:] Ein Wort zu der Frage des Verhältnisses Preußens zum Reich. Hier darf ich einige allgemeinpolitische Betrachtungen vorausschicken, die ich morgen auch zu machen gedenke. Wir erleben in Preußen seit vier Jahren das Schauspiel, daß unsere Fraktion sich im Landtag in der Opposition befindet.[12] Ich glaube, mit Zustimmung unserer Freunde im Landtag feststellen zu dürfen, daß dies kein besonders erfreulicher Zustand war. Woher kommt das? Ich habe es neulich schon einmal in der Fraktion so präzisiert: Wir wollen uns in der Volkspartei darüber ganz klar sein, daß wir nun einmal kein Talent zur Opposition haben (Sehr richtig!). Wir sind eine Partei, die grundsätzlich nicht oppositionell ist. Wir sind gouvernemental im besten Sinne des Wortes (Zuruf: Und im schlechten!). Wir setzen unsere Erwägungen und Entschlüsse zusammen aus Staatsraison, aus Verbundenheit zum Staat, aber nicht aus Bekämpfung des Staates. Deshalb haben wir auch kein Dogma wie die Nationalsozialisten oder die Kommunisten oder die grundsätzlichen Oppositionsparteien. Wir haben das Dogma der Vernunft, und das zieht bekanntlich in den großen Wählermassen nicht. Aus diesen Gründen, weil wir eben kein Talent zur Opposition haben, müssen wir uns hüten, eine Stellung einzunehmen, die uns, wenn anders wir nicht unsere heiligsten Güter zu verteidigen haben, nunmehr auch im Reiche in eine oppositionelle Stellung hineinmanövriert. Wir könnten dann gerade bei Ihnen, den Vertretern unserer Wähler, dasselbe erleben, was Sie nun schon seit Jahren an unseren preußi-

[10] Bereits während der 2. Lesung der Deckungsvorlagen hatte Reichskanzler Brüning keinen Zweifel über die potentielle Anwendung des Art. 48 gelassen und betont: »Versagt das Hohe Haus die Mithilfe, so wird die Reichsregierung das, was für die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes erforderlich ist, auf anderen Wegen durchsetzen«, VRT, Bd. 427, S. 4920f.

[11] Der vom PV eingesetzte Ausschuß für Reichsreform hatte in seiner Sitzung am 17.1.1930 umfangreiche Richtlinien beschlossen, siehe Dok. Nr. 78, Anm. 46. Nach einem Beschluß des PV vom 1.4. sollte sich der Ausschuß (Scholz, Cremer, Stendel, Kempner, Medicus, Burger, Oberlandesgerichtspräsident Becker) am 9.4.1930 unter dem »Generalreferenten« Kempner neu konstituieren, siehe BAK R 45 II/65, p. 3.

[12] Die DVP war am 6.1.1925 in Preußen aus der Regierung ausgetreten, siehe Dok. Nr. 56, Anm. 82.

schen Verhältnissen auszusetzen lebhaft beflissen sind. Wenn ich die Stimmung unserer Wählermassen richtig beurteile, so geht sie dahin, schon seit Jahren: Es war ein Fehler, in Preußen aus der Regierung auszuscheiden (Sehr richtig!). Es wäre richtiger, wenn wir diesen Fehler korrigieren könnten (Sehr richtig!). Aber wollen Sie sich bitte auch bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die gleichen Wählermassen, die jetzt so denken, vorher erklärt haben: Heraus aus dieser Regierung!

Also des Volkes Wunsch ist veränderlich. Täuschen Sie sich nicht darüber, daß man in diesen Dingen, wenn man draußen sitzt und nur die Stimmung der nächsten Umgebung sieht, doch häufig etwas am Ziele vorbeischießt. Ich bitte deshalb, sich innerhalb Ihrer Wahlkreise Kundgebungen an die Zentrale immer vorher reiflich zu überlegen und sich zu sagen: Wie würden wir handeln, wenn wir persönlich für alle die Folgen einstehen müßten, die aus diesen unseren Entschlüssen hervorgehen? Nur so aber darf man die politischen Dinge beurteilen. Wenn das Echo aus den Wahlkreisen heute so und morgen so ertönt, so darf man es uns nicht übelnehmen, wenn wir schließlich nicht mehr wissen, was die Volksstimmung ist und wenn wir auf solche Äußerungen aus Wahlkreisen, die acht Tage vorher so und acht Tage später so lauten, nicht mehr allzu viel zu geben geneigt sein können und dürfen.

Aber nun zu der Frage Preußen, wie sie praktisch liegt! Ich habe, seitdem Herr Dr. Brüning Reichskanzler ist, – ich darf hier hinzufügen, daß ich mit ihm persönlich sehr gut stehe und häufig Gelegenheit habe, mit ihm intim zu sprechen – Herrn Dr. Brüning wiederholt gesagt: Herr Reichskanzler, es kann nur in Ihrem Interesse, im Interesse Ihrer Politik und Ihres Kabinettes liegen, wenn in Preußen – sagen wir bescheiden: – einigermaßen ähnliche Regierungsverhältnisse hergestellt werden wie im Reich. Ich habe ganz offen gesagt: Der Hebel dazu liegt natürlich bei Ihrer preußischen Zentrumsfraktion. Ich bitte Sie dringend, nicht in meinem, sondern in Ihrem Interesse, im Interesse Ihrer Regierung denjenigen Einfluß auf Ihre preußische Zentrumsfraktion zu nehmen, der geeignet ist, dort Wandel zu schaffen.

In diesem kleinen Kreis kann ich ja ruhig sagen, daß ich über das, was mir Herr Dr. Brüning darauf erwidert hat, nicht sonderlich entzückt war. Ich entnahm daraus nicht, daß er der starke Mann sei, von dem man ja bekanntlich zunächst immer gesprochen hat. Es zeigte sich, daß er eine erhebliche Angst a.) vor Herrn Dr. Hess und b.) vor Herrn Braun hatte. Erst als ich ihm eine gewisse Hilfestellung zusicherte, indem ich sagte: Ich stehe persönlich mit Braun ganz gut, lassen Sie uns doch einmal zusammen mit Herrn Braun sprechen!, erst da zeigte er sich dem Gedanken, die Sache zu ventilieren, geneigt. Diese Besprechung steht bevor. Ich habe vor acht Tagen mit Brüning darüber gesprochen, der weitere Verlauf wird mir sehr interessant sein; ob das weiter hilft, weiß ich nicht.

Ich habe Herrn Dr. Brüning gegenüber weiter betont: Wenn Sie grundsätzlich nicht glauben, jetzt im Reich und in Preußen paritätische Regierungen zustande bringen zu können, so müßte es doch in Ihrem Gedankenkreis liegen, wenn wenigstens durch das Hinzutreten der Deutschen Volkspartei zu der augenblicklich in Preußen bestehenden Koalition deren Schwerpunkt wenigstens etwas weiter nach rechts verlegt würde. Er hat dies auf das lebhafteste bejaht und mir versprochen, in dieser Richtung so weit tätig zu sein, als ihm dies möglich sei. Da Herr Dr. Hess aber wohl den stärkeren Willen hat als er – ich hatte wenigstens aus dieser Besprechung dieses Ge-

fühl –, muß ich sagen, daß ich diesen Dingen doch einigermaßen skeptisch gegenüber stehe. Ich wollte nur betonen, daß ich, seitdem die Regierung Brüning im Amte ist, immer wieder auf diese Frage zurückkomme, bezüglich deren ich mich in vollkommenem Einverständnis mit unserer Landtagsfraktion und, wie ich hoffe, auch mit den Parteifreunden im Lande befinde.

Zuletzt ein paar Worte über die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Ich glaube, wenn die sächsischen Wahlen irgendeinen Beweis erbracht haben, so kann man ihn nach zwei Richtungen definieren.[13] Einmal zeigt sich eine Erscheinung, die sich bei uns nicht zum ersten Mal, jetzt allerdings sehr stark, ja fast katastrophal ergeben hat. Ich möchte durchaus nichts beschönigen. Sie besteht darin, daß jeder, der sich heutzutage überhaupt an den Regierungsgeschäften beteiligt, daraus grundsätzlich mit erheblichen Wunden zurückkehrt. Denken Sie an den Siegeslauf der Demokraten, die, als sie in die Nationalversammlung einzogen, einige siebzig Mandate besaßen, an die Beschädigungen der Deutschnationalen nur dadurch, daß sie sich zweimal verhältnismäßig schüchtern an der Regierung beteiligt haben![14] Denken Sie auch daran, was für mich eigentlich das Bemerkenswerteste war, daß im sächsischen Wahlkampf selbst die Wirtschaftspartei zum ersten Male recht erheblich verloren hat![15] Das ist ein ganz deutliches Zeichen dafür, daß derjenige, der sich in dieser katastrophalen Lage unseres Vaterlandes, in der wir uns doch eigentlich seit Kriegsende befinden, augenblicklich allerdings im besonders starken Maße, überhaupt an den Regierungsgeschäften beteiligt, immer Verluste davonträgt. Diese Entwicklung ist gar nicht abzubiegen, und diejenigen Parteien, die bisher verantwortungslos in der Welt herumschweben konnten, die der Welt ihre Hoffnungen und Pläne vorzeigen konnten, ohne sie in den tatsächlichen Beweis umsetzen zu müssen, werden immer in der Wählerschaft das Prae haben. Auch die nationalsozialistische Welle wird sich nach meiner Ansicht nicht eher brechen, bis nach dem Vorbild von Thüringen sie vielleicht auch noch in verschiedenen anderen Ländern genötigt sein werden, praktische Politik zu machen.[16] Dann wird die Welt sehen, daß auch hier nur mit Wasser gekocht wird. Das enthebt uns natürlich nicht der Notwendigkeit, in unseren eige-

[13] Bei den sächsischen Landtagswahlen am 22.6.1930 mußte – neben der DNVP – vor allem die von Ministerpräsident Bünger geführte DVP starke Einbußen verzeichnen: sie verlor 136 000 Wähler und erzielte nur noch 8,7 % der Stimmen (12.5.1929: 13,4 %) und 8 (13) Mandate. Gewinne konnten nur NSDAP und KPD verzeichnen: SPD: 33,4 % (32), DDP 3,2 % (3), DNVP 4,8 % (5) NSDAP 14,4 % (14), KPD 13,6 (13). In der Fraktionssitzung vom 16.6.1930 stieß die von Moldenhauer vorgesehene »Reichshilfe« auf vehemente Ablehnung, wie dieser in seinen Erinnerungen berichtet: »Die Sachsen waren außer sich, weil am nächsten Sonntag Landtagswahlen stattfinden sollten und ich ihnen die Partei zerschlagen hätte. Ich legte meinen Standpunkt dar, stieß aber auf die stärksten Angriffe. Hueck [...] sprach von dem niederschmetternden Eindruck, den die Unfähigkeit des Finanzministers hervorgerufen habe«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 130.

[14] Bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 erhielt die DDP 75 Mandate. Die Mandatszahl der DNVP ging nach ihrer Beteiligung an den Kabinetten Luther I (15.1.1925–20.1.1926) und Marx IV (29.1.1927–12.6.1928) von 103 auf 73 zurück.

[15] Hatte die WP bei den sächsischen Landtagswahlen vom 12.5.1929 noch 11,3 % der Stimmen (11 Mandate) erreicht, so erhielt sie bei den Landtagswahlen vom 22.6.1930 nur noch 10,6 % der Stimmen (10 Mandate).

[16] In Thüringen amtierte seit dem 13.1.1930 eine bürgerliche Regierung von DVP, DNVP, WP, Landbund und NSDAP unter Erwin Baum (Landbund), der der Nationalsozialist Wilhelm Frick als Innenminister und Minister für Volksbildung angehörte, siehe dazu auch Hans Fenske,

nen Reihen zu tun, was wir tun können, um dieser unheilvollen Entwicklung zu begegnen.

Lassen Sie mich ganz offen aussprechen, was Sie alle wissen! Auch unsere volksparteiliche Politik mußte uns in immer steigendem Maße Anhänger abtrünnig machen. Das war vollkommen klar. Wir wußten das. Ich betone immer wieder: wir haben diese Politik vollkommen bewußt betrieben. Wir sind darin in unserem alten Grundsatz: Das Vaterland über die Partei! im Interesse der Partei vielleicht etwas zu weit gegangen. Wir haben die große außenpolitische Linie, die wir unter der Führung Stresemanns mit aller Kraft betreten und durchgeführt haben, nicht ohne starke und bedeutsame Konzessionen auf innerpolitischem Gebiet halten können, die uns natürlich von unserer Wählerschaft in weitestem Umfang verübelt worden sind. Nun kam das zweite, vielleicht entscheidende Unglück, besonders für den Ausfall der sächsischen Wahlen nach meiner Ansicht entscheidend. Wir haben unserer Wählerschaft immer wieder erklärt: Hinter die Außenpolitik muß nach der Annahme des Young-Planes ein Schlußpunkt gesetzt werden.[17] Wir müssen diesen Plan aber auch deshalb empfehlen, weil er uns in diesen unendlich schweren Zeiten die Möglichkeit gibt, zugunsten der Wirtschaft durch Verringerung unserer Tributzahlungen nunmehr im Innern diejenige Entlastung herbeizuführen, die wir für absolut notwendig halten. – Was geschah anstelle dessen? Unser volksparteilicher Minister war durch die Ungunst der Verhältnisse genötigt, statt Steuersenkungen, Steuernachlässen der Welt ganz erhebliche neue Steuern und noch dazu in zwei unmittelbar hintereinanderliegenden Etappen vorzuschlagen.[18] Es ist ganz klar, daß das auf die Dauer die größten Anhänger der Volkspartei stutzig machen muß. Es ist leider nicht möglich, unseren Wählern samt und sonders und erst recht nicht dem ganzen deutschen Volk beizubringen, warum das nötig ist und daß diese Dinge tatsächlich nicht von uns verschuldet worden sind. Sie alle, die Sie vielleicht im sächsischen Wahlkampf tätig gewesen sind, werden wissen, daß dies ungefähr der am meisten von Zustimmung begleitete Gedankengang der nationalsozialistischen Gegner gewesen ist. Dieser Gedankengang ist tatsächlich für weite Kreise schwer zu fassen. Wir müssen deshalb natürlich grundsätzlich da einsetzen, wo dieser – ich will nicht sagen: Fehler –, aber Mangel unserer Politik liegt. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit für eine finanzielle und wirtschaftliche Gesundung unseres Vaterlandes einsetzen. Ich darf Sie daran erinnern, daß das auch absolut und direkt in den Spuren unseres Gustav Stresemann liegt. Die N.L.C. hat neulich gegenüber allerhand Zeitungsmeldungen, die sagten, die Volkspartei verlasse die Traditionen Stresemanns, sie widersetze sich den Plänen der Regierung, in zweckmäßiger Weise darauf hingewiesen, daß gerade Stresemann es war, der auf der letzten Zentralvorstandssitzung, die er leitete, mit nicht zu überbietenden Worten die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Länder und des Reiches gegeißelt und festgestellt hat: Jetzt ist der Moment zur Umkehr da; in dem Augenblick, wo die außenpolitischen Verpflichtungen geregelt sind, muß die große Um-

Sachsen und Thüringen 1918–1933, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815–1933, Boppard 1983, S. 185–204 (hier: S. 195 ff.).

[17] Die Young-Gesetze wurden am 12.3.1930 im Reichstag angenommen, siehe Dok. Nr. 79, Anm. 4.

[18] Zu den von Moldenhauer vorgesehenen Steuererhöhungen siehe Dok. Nr. 79, Anm. 11, 15.

kehr stattfinden.[19] Nur so können wir das vielleicht etwas gesunkene Prestige der Volkspartei retten, und nur so werden wir hoffentlich in einem künftigen Wahlkampf etwas besser abschneiden als in Sachsen.

Die Sachsenwahlen haben deutlich gezeigt, daß an diesem Wahlausgang nicht zuletzt die entsetzliche und betrübliche Zersplitterung in den Kreisen des Bürgertums schuld war. Ich habe rechtzeitig vorher die stärksten Versuche gemacht, zunächst im weiteren Umfang, dann im engeren, schließlich beschränkt auf eine Arbeitsgemeinschaft parlamentarischer Natur diejenigen Parteien zusammenzuführen, die überhaupt für diese Zusammenarbeit in Frage kamen. Ich muß hier ausdrücklich feststellen: Mit Ausnahme der Wirtschaftspartei, die sich durchaus loyal und verständig benommen hat, sind diese Bemühungen von den anderen Parteien, das heißt von den Demokraten und von der Volkskonservativen Vereinigung, abgelehnt worden.[20] Ich betone ausdrücklich, daß ich darin nicht ein Scheitern der Aktion sehe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie morgen auf dem Zentralvorstand in der Lage wären, durch eine Resolution diese meine Bemühungen auch durch Ihre Stellungnahme zu unterstützen. Ich bin der Ansicht, daß es allerdings allerhöchste Zeit ist, daß das Bürgertum sich nunmehr darauf besinnt, daß diese Zersplitterung, wie sie sich bei den Sachsenwahlen wieder in voller Gloriole gezeigt hat, lediglich unseren Gegnern rechts und links nützt, während das Bürgertum auf die Dauer an diesen Dingen verblutet. Wenn irgendwann, so ist auch hier wieder der historische Moment gegeben, nunmehr erneut mit diesen Dingen zu beginnen. An uns hat es bisher nicht gefehlt. Hoffentlich zieht die Einsicht auch auf anderen Seiten ein.

Auf diese kurzen Worte, die schon ausführlicher waren, als ich eigentlich wollte, möchte ich mich beschränken. Zum Schluß nur noch eine Bitte! Ich habe schon vorher gesagt, ich denke nicht daran, irgend etwas zu beschönigen. Die Sachsenwahlen waren eine katastrophale Mahnung für die Deutsche Volkspartei (Sehr richtig!). Aber lassen Sie mich daraus auch den Schluß ziehen, daß wir mehr als je genötigt sind, aus eigener Kraft zu überlegen, wie wir die Dinge bessern können und Bundesgenossen heranziehen, die mit uns in eine gemeinschaftliche Front einzutreten bereit sind. Ich erkläre ausdrücklich: Ich glaube nicht, daß die Grundideen der Deutschen Volkspartei revisionsbedürftig sind. Lassen Sie mich im Gegenteil meine sehr entschiedene Auffassung dahin ausdrücken: Auch eine künftige Sammlung des Bürgertums wird sich im wesentlichen auf unseren Ideen zu vollziehen haben. Denn noch heute ist es so, trotz allen Geredes, das den Liberalismus in die Totenkammer werfen will, daß die nationale und liberale Grundauffassung, die diejenige unserer Partei ist, auch die allerweitester Kreise des deutschen Bürgertums ist. Unsere liberale Grundauffassung dürfen wir nicht als erledigt betrachten. Sie richtet sich nur gegen andere

[19] Siehe »Stresemann hat das Wort«, NLC 27.6.1930, Nr. 121 sowie Dok. Nr. 73, S. 767ff.

[20] Am 28.5.1930 hatte Scholz vor der Reichstagsfraktion ausgeführt: v. Lindeiner-Wildau habe ihm mitgeteilt, »daß die Verhandlungen bezüglich der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wegen der bekannten Einwände der Demokraten, aber nicht am Widerstand von Lindeiner gescheitert sind. Lindeiner ließ durchblicken, daß er besonders mit Schwierigkeiten bei den ihm angeschlossenen »Bauern« und bei den Welfen zu rechnen habe«, BAK R 45 II/67, p. 240. Am 25.6.1930 beschloß der PV, eine Doppelmitgliedschaft bei DVP und Volksnationaler Vereinigung sei mit »den Grundsätzen der Partei unvereinbar«, BAK R 45 II/65, p. 5. Zu den Bemühungen von Scholz hinsichtlich einer Sammlung der bürgerlichen Parteien unter Führung der DVP siehe detailliert Jones, Sammlung, S. 273ff.

Instanzen. Früher betraf sie – ich darf mich einmal so ausdrücken – im wesentlichen das, was man »Männerstolz vor Königsthronen« zu nennen pflegt. Heute sind diese Throne anders besetzt, unter uns gesagt, meist sehr viel übler als früher. Aber diese Throne regieren mindestens mit dem gleichen Absolutismus wie die früheren. Ich brauche nur an Preußen zu erinnern. Hier liegt die starke Aufgabe des Liberalismus, der noch immer ein Bollwerk gerade gegen den Sozialismus gewesen ist. Es gibt an sich keine stärkeren Gegensätze als Sozialismus und Liberalismus. In der apodiktischen Art, in der heute der Sozialismus und seine Vertreter besonders in Preußen regieren, – gegenüber dieser Tendenz sehe ich es als eine absolute Aufgabe an, daß der heutige aktive Liberalismus durchaus keine überwundene Weltanschauung ist, sondern dazu berufen ist, was latent im deutschen Bürgertum lebt, einmal nach der anderen Seite zu verstärken. Deshalb glaube ich an die Zukunft unserer Partei und daran, daß wir auch später der Anziehungspunkt für das deutsche Bürgertum im allgemeinen sein werden. Deshalb dürfen wir angesichts solcher Dinge, wie sie die Sachsenwahlen gebracht haben, nicht den Mut verlieren, müssen vielmehr davon überzeugt sein, daß wir eine Sendung zu erfüllen haben innerhalb des deutschen Vaterlandes und zu seinem Nutzen (Lebhafter Beifall).

Herr Dr. Zehle (Magdeburg): Im Reichsausschuß kann manches deutlicher ausgesprochen werden, als im Zentralvorstand schicklich ist. Die volksparteiliche Front ist erschüttert, sie divergiert in sich. Durch alle Wahlkreise geht eine große Verärgerung und Verbitterung; die Volksparteiler »verstehen sich nicht mehr ganz«. Es handelt sich nicht um die normale Verärgerung, in der sich jeder Wähler einer liberalen Partei befindet. Neuwahlen können wir in absehbarer Zeit nicht gebrauchen. Die bürgerlichen Regierungen haben in dem, was der Schauspieler den ersten Auftritt nennt, keinen Erfolg gehabt. Durch einen Minister unserer Partei haben wir einen Großteil unserer Wähler verloren. Die Verstimmung ist auch auf die Einflußlosigkeit der bürgerlichen Kreise in der preußischen Regierung zurückzuführen. Herr Braun führt ein brutales Regiment; wer mit ihm verhandelt, läuft Gefahr, übers Ohr gehauen oder niedergeknüppelt zu werden. Mit der verfluchten Sachlichkeit, wie wir sie namentlich in Preußen beobachten können, ist kein Wähler heranzuholen. Es ist auch einmal persönliche Opposition gegen die Männer der Regierung am Platze. In der Frage der Reichsreform wäre ein stärkeres Zusammenwirken der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion wünschenswert gewesen. In dieser Frage dürfen uns die eineinhalb Abgeordneten, die wir aus Bayern erhalten, nicht hindern, in der Öffentlichkeit das zu vertreten, was wir für richtig halten.

Gegen die Reichshilfe in ihrer jetzigen Form müssen wir mit aller Energie ankämpfen. Neuwahlen mit einer Volkspartei gegen die Reichshilfe kann ich mir wunderbar vorstellen (Lachen und Widerspruch). Es geht nicht an, daß hier wieder etwas in ein Faß ohne Boden kommt. Der Hansabund hat sich anheischig gemacht, aus dem Reichsetat 800 Millionen zu streichen.[21] Auch ich halte noch größere Einsparungen im Reich für möglich. Wir sollten uns bemühen, in allem zu den Friedenspreisen und

[21] Der Hansa-Bund hatte in einem Brief an den Reichskanzler vom 14.6.1930 Einsparungen im Reichshaushalt von 700–800 Millionen RM und ab dem 1.10.1930 Steuersenkungen in Höhe von 1 Milliarde RM gefordert. Der Brief ist abgedruckt in: »Ausgabensenkung statt Steuererhöhung«, Berlin 1930 (Flugschriften des Hansa-Bundes, Nr. 25); siehe dazu auch Dok. Nr. 79, Anm. 22.

Friedenslöhnen zurückzukommen. Der einprozentige Zuschlag zur Erwerbslosenversicherung nützt nichts, wenn wir der Öffentlichkeit nicht gleichzeitig positive Reformgedanken auf dem Gebiete der Erwerbslosenversicherung unterbreiten, aus der vor allem die Saisonarbeiter und die landwirtschaftlichen Arbeiter herauszunehmen sind. Die Gemeinden haben viel zu hohe Wohlfahrtslasten. Sie müssen zu einer Herabsetzung ihrer Richtsätze gezwungen werden. Ich halte es auch für möglich, die Zuweisungen an die Länder, insoweit sie die Ansätze von 1929 überschreiten, zu streichen. Im Staatsrat haben Herren aus dem Finanzministerium erklärt: Wir machen jede Reichsfinanzreform mit großer Begeisterung mit, denn wir kriegen davon neues Geld.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei haben gewiß Nützliches und Gutes geleistet. Vielfach wird aber darüber geklagt, daß man so wenig davon hört. Es fehlt ein Reklamechef. Andere Parteien verstehen es viel besser, ihre zum Teil törichten Anträge herauszustellen, z. B. den – meines Erachtens undurchführbaren – Gedanken der Arbeitsdienstpflicht.[22] Freilich ließe sich die Arbeitsdienstpflicht für Erwerbslose, wie sie in manchen Städten durchgeführt ist, sehr wohl verwirklichen. Ich erinnere daran, daß seinerzeit auch die Reichstagsabgeordneten die Forderung unterstützt haben: Heraus mit der Volkspartei aus der Preußenregierung! Die Anziehungskraft des liberalen Gedankens ist augenblicklich nicht sehr groß. Liberal sollten wir auch den Nationalsozialisten gegenüber handeln. Es ist verfehlt, wenn ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei das Uniformverbot begrüßt. Wir hätten vielmehr dieses Verbot bekämpfen sollen, weil es nicht gleichzeitig auf das Reichsbanner ausgedehnt ist. Wir haben keine Veranlassung, die Regierung ohne Not zu decken.

Herr Dr. Herrmann (Hamburg): Die schwere Vertrauenskrise, von der die Volkspartei betroffen ist, läßt sich nicht leugnen. Das Land ist verstimmt, weil die Zusammenarbeit zwischen den Ministern und der Reichstagsfraktion nicht in Ordnung ist. Die Wahlen in Sachsen sind mit Recht Moldenhauerwahlen genannt worden. Ich würde es begrüßen, wenn Herr Dr. Curtius seine Auffassung darlegen würde. Meine Freunde haben es lebhaft bedauert, daß in dem Aufruf der Reichsregierung unseres großen Führers Stresemann mit keinem Worte gedacht ist.[23]

Wir müssen gegen die Nationalsozialisten aufs schärfste Front nehmen. Meine Hamburger Freunde haben deswegen die offenen Worte, die von Kardorff den Nationalsozialisten gegenüber gefunden hat, freudig begrüßt.[24] Die Bewegung der Volks-

[22] Die WP hatte am 18.6.1930 einen Gesetzentwurf zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht und zur Behebung der Arbeitslosigkeit vorgelegt, siehe RTDrs., Bd. 442, Nr. 2159 sowie Schumacher, Mittelstandsfront, S. 135f.

[23] In dem Aufruf von Reichspräsident und Reichsregierung zum Abzug der alliierten Truppen aus dem Rheinland (Text: Schultheß 1930, S. 159f.) wurde Stresemann nicht erwähnt. Zur Kabinettsberatung über die Rheinlandbefreiungsfeiern siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 45, 48; auch in der Reichstagsfraktion stieß die Nichterwähnung Stresemanns auf scharfe Kritik, siehe BAK R 45 II/67, p. 251.

[24] Siegfried v. Kardorff hatte am 17.6.1930 unter erregten Zurufen aus der NSDAP im Reichstag ausgeführt, »Nationalsozialisten gehören aufgrund ihrer gesamten politischen Einstellung nicht in führende polizeiliche Stellungen« und sich stark für eine Reform des Parteiwesens eingesetzt, VRT, Bd. 428, S. 5492ff.

nationalen[25], die mit einer gewissen Überheblichkeit gegen uns kämpft, haben wir unterschätzt. Es gießt Wasser auf die Mühlen der Volksnationalen, wenn Herr von Kardorff erklärt, man müsse zu einer Reform des deutschen Parteiwesens kommen, weil niemand gleichzeitig den Demokraten, der Volkspartei und den Deutschnationalen Geld geben könne. Wir müssen vielmehr unsere finanzielle Unabhängigkeit nach allen Seiten wahren. Bei uns in Hamburg geschieht dies; wir bringen über 40000 RM aus den 6- und 12-Mark-Beiträgen der Mitglieder auf und würden jeden Geldgeber in seine Schranken zurückweisen, der mit unsachlichen Forderungen kommt.

Es ist auch betrüblich, daß sich ein weit verbreitetes Organ wie die »Dresdener Neuesten Nachrichten« für die Volksnationale Reichsvereinigung einsetzt. Der Sammlungsruf des Parteiführers ist leider ungehört verhallt. Der »Hannoversche Kurier«, das »Neue Stuttgarter Tageblatt«, das »Hamburger Fremdenblatt« und andere Blätter versuchen, in der Frage der Parteireform auf eine einheitliche staatsbürgerliche Meinung hinzuwirken. Dabei ist zweifelhaft, ob ihre Ansichten immer mit den Auffassungen der Deutschen Volkspartei übereinstimmen. In den verschiedensten Wahlkreisen hat sich gezeigt, daß die Unterschiede zwischen Volkspartei, Demokraten und Deutschnationalen denkbar gering sind. Ein schwerer Fehler in der letzten Entschließung der Reichstagsfraktion war die Andeutung, daß man eventuell im Wege der Gesetzgebung an den Tarifen rütteln wolle.[26] Diesen außerordentlich gefährlichen Weg sollte man aufgeben. Sonst stellt sich nicht nur in den Kreisen der Angestellten eine starke Verstimmung ein.

Der vor zwei Jahren eingesetzte Organisationsausschuß[27] muß seine Arbeiten endlich einmal beenden; dabei sind die Erfahrungen des sächsischen Wahlkampfes auszuwerten. Eine geschlossene Deutsche Volkspartei ist unentbehrlich. Wir haben in Hamburg in den ersten vier Monaten dieses Jahres 450 neue Mitglieder bekommen. Nur wenn eine große Menge ehrenamtlicher Kräfte zur Mitarbeit bereit ist, kommen wir vorwärts.

Herr Dahn (Bayern): Eine unglückliche Regie hat es verhindert, daß wir in diesen Tagen im Rheinland geschlossen auftreten und aller Welt zeigen, daß die Befreiung in erster Linie unserem verstorbenen Führer zu danken ist. Es geht zur Zeit um Leben und Sterben der Partei. Wenn es so weiter geht, stirbt die Partei. Wir vermissen in der Führung die gerade Linie. Nachdem wir sieben Jahre im vordersten Graben gestan-

[25] Am 5.4.1930 hatte sich aus Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens die »Volksnationale Reichsvereinigung« gegründet, siehe Hornung, S. 91f.; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 431–435; Alexander Kessler, Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung 1928–1930, Bd. 1, München 1974, S. 89f.

[26] Am 16.6.1930 folgte die Fraktion im Zusammenhang mit dem Oeynhausener Schiedsspruch nach heftigen Auseinandersetzungen einem Vorschlag Huecks, »äußerstenfalls eine Lohnsenkung im Wege der Gesetzgebung durchzuführen«, BAK R 45 II/67, p. 242 (Text der Entschließung Dok. Nr. 82, Anm. 30). Moldenhauer hielt dazu in seinen Erinnerungen fest, Huecks Forderung habe »bei seinen schwerindustriellen Freunden stärkste Unterstützung« gefunden, BAK NL Moldenhauer 3, p. 130. Zum Oeynhausener Schiedsspruch, der eine Lohnkürzung von 10% festsetzte und am 10.6.1930 von Reichsarbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärt wurde, siehe Bähr, S. 317ff.; Grübler, S. 170f.

[27] Der ZV hatte im November 1928 einen »vorbereitenden Organisationsausschuß für Satzungsänderung« eingesetzt, siehe auch Dok. Nr. 72, Anm. 2.

den haben, ist es dringend notwendig, daß unsere Truppen einmal zurückgezogen und aufgefrischt werden. Ich erinnere an die Zeit, in der die Volkspartei mit einer glänzenden sachlichen Opposition auch dem Vaterlande viel gedient hat. Der Männerstolz vor dem Geschrei der Straße und Verbände sollte etwas stärker werden. Als jetzt die vierprozentige Gehaltskürzung vorgeschlagen wurde, ist man auf das Geschrei der Beamtenverbände hin sofort umgefallen. Nur wenn wir ein gewisses Rückgrat zeigen, kommen wir vorwärts.

Wer sagt Ihnen denn, daß meine bayrischen Parteifreunde in der Frage der Reichsreform Schwierigkeiten machen wollen? Wir sind allerdings der Auffassung, daß sich ein Einheitsstaat ohne Zustimmung der Länder nicht schaffen läßt. Man sollte von dem Schlagwort »Einheitsstaat« absehen und sehen, was sich praktisch erreichen läßt.

Wir haben Mühe, selbst führende Parteimitglieder zu halten. Die scheinheilige Agitation der Volksnationalen, die sich selbst nicht als Partei bezeichnen, hat außerordentliche Verwirrung angerichtet. Es ist bedauerlich, daß wir keine eigentliche Parteipresse haben. Gerade aus den Kreisen der »Kölnischen Zeitung« sind die schärfsten Pfeile gegen die Partei geflogen. Das bedruckte Papier ist nun einmal der beste Resonanzboden.[28] Wir müssen es durchsetzen, daß der Begriff des Liberalismus wieder mit der alten Kraft erfüllt wird.

Herr Dr. Leidig (Berlin): Unsere Partei ist in einer sehr schwierigen Lage. Eine Mittelpartei, die Weltanschauungspartei ist, wird aber niemals verschwinden. Je nach dem, ob sich die materiellen Interessen vordrängen oder zurücktreten, werden sich gewisse Schwankungen in dem Einfluß zeigen, ihre Bedeutung aber wird sie niemals verlieren, besonders wenn die ideellen Fragen in den Vordergrund gerückt werden.

Es trifft nicht zu, daß die preußische Landtagsfraktion ein Gegner der Reichsreform sei. Wir lehnen nur das sogenannte Luther-Programm der differenzierten Lösung ab[29], weil sie unpraktisch ist und die künftigen Schwierigkeiten nur vermehrt. Auch Bismarck hat es für den größten Fehler erklärt, eine Reihe kleiner selbständiger Mittelstaaten zu schaffen. Die Zerstörung Preußens würde die Vernichtung ungeheurer Werte bedeuten, ehe feststeht, ob Gleichwertiges an seine Stelle tritt. Die Landtagsfraktion hat in der Frage der materiellen Reichsreform ein umfangreiches Programm aufgestellt, das sich auf die Fragen der Behördenorganisation, die Beseitigung der Ländergrenzen als Verwaltungsgrenzen, die Zusammenfassung der Justizorganisation, die Einwirkung der Reichsregierung auf die unteren und mittleren Behörden bezieht. Es hat den Vorteil, daß es durchführbar ist. Den zentralisierten Einheitsstaat halten wir für ein Unglück für das deutsche Volk.

---

[28] Auch Moldenhauer äußerte sich rückblickend bitter über die Rolle der volksparteilichen Presse in der Frage der »Reichshilfe«: »Die Zentrumspresse, auch die demokratische, hielten sich noch einen Augenblick zurück, um das Kabinett zu schonen. Als aber die Presse der Deutschen Volkspartei, allen voran die Kölnische Zeitung, keine Zurückhaltung übten, empfanden sie nicht die Notwendigkeit, nun ausgerechnet mich zu schonen, der von der eigenen Presse so schonungslos behandelt wurde [...] Morath veröffentlichte einen sehr scharfen Artikel gegen mich in der Kölnischen Zeitung, der gekennzeichnet wurde als die Zuschrift eines Mitgliedes der Reichstagsfraktion«, BAK Nachlaß Moldenhauer 3, p. 11 f.

[29] Siehe dazu Dok. Nr. 70, Anm. 30.

Auch ich halte es für dringend notwendig, daß ein sorgfältig ausgearbeitetes neues Parteistatut angenommen wird. Ich bedaure es, daß die Reform der Satzung von der morgigen Tagesordnung abgesetzt ist und die Frage damit wieder vertagt wird.

Hinsichtlich der Stellung der Partei zur Regierung Brüning teile ich die Ansicht des Parteiführers. Wir haben kein Talent zur Opposition. Es ist die Aufgabe der großen bürgerlichen Parteien, die große Masse der Arbeiter, die hinter der Sozialdemokratie steht, mit staatsbejahendem Empfinden zu erfüllen. Deswegen darf sich die Deutsche Volkspartei nicht vom Staat distanzieren. Wir müssen die Grenzen der Mitarbeit ziemlich weit ausdehnen.

Man darf sich nicht wundern, daß die Beamten das Notopfer ablehnen, wenn ihnen gesagt wird: Die anderen laufen mit dem Geld weg, euch können wir greifen, deshalb müssen wir das Geld euch abnehmen. Das ist psychologisch so falsch wie möglich. Wäre man taktisch richtiger verfahren, so hätten sich die Beamten der Reichshilfe nicht versagt. Der Satz der letzten Entschließung der Reichstagsfraktion, der von den Tarifverträgen handelt, hat bei den Angestellten mit Recht starken Widerspruch gefunden. Wo freiwillig abgeschlossene Verträge vorliegen, handelt es sich um Vertragsrecht, das gehalten werden muß. Anders bei den verbindlich erklärten Verträgen. Hier hat die Staatsgewalt das Recht, andere Wege zu gehen. Die Preissenkungsaktion wird, soweit staatliche Mittel in Betracht kommen, wahrscheinlich ebenso erfolglos sein wie die früheren Aktionen.[30] Es müssen alle helfen, Unternehmer und Arbeiter, Groß- und Kleinbetrieb, auch Einzelhandel und Handwerk. Die Notwendigkeit der Erwerbslosenunterstützung soll nicht angezweifelt werden. Daß bei einer solchen Katastrophe, wie sie heute besteht, die Allgemeinheit zur Hilfe verpflichtet ist, ist klar. Unmöglich aber ist es, wenn die Erwerbslosenunterstützung auf dem Versicherungsprinzip aufgebaut ist, daß alles auf Heller und Pfennig beansprucht wird, was in normalen Zeiten gewährt werden könnte. Wenn alle helfen, dann müssen auch die Arbeiter helfen. Die Situation ist außerordentlich gespannt, und nur, wenn alle Teile zusammenarbeiten, kommen wir über die schwere Krise hinweg. Es muß gelingen, die Dinge ohne den Artikel 48 zu meistern. Es handelt sich jetzt um die Entscheidung darüber, ob wir in Deutschland mit dem Parlamentarismus überhaupt noch weiter kommen. Hier muß jeder mithelfen!

Jochmus (Bielefeld) ist mit Scholz der Meinung, daß in der inneren Politik auf eine »grundsätzliche Umkehr« *hingewirkt werden müsse. Dem Reich sollten die Mittel zum Ausgleich des Etats nur dann gegeben werden, wenn die Forderungen der DVP zum Deckungsprogramm berücksichtigt würden und die Garantie bestehe, daß diese Forderungen im Herbst tatsächlich erfüllt werden. Die Regierung Brüning* »ist eine restlose Enttäuschung geworden. Wenn es die politische Lage nicht zuläßt, daß die Fraktion mit einem Mißtrauensvotum gegen diese Regierung auftritt, so kann sich die Reichstagsfraktion doch das Ziel setzen, diese Regierung zu stürzen und an ihre Stelle eine bürgerliche Regierung zu setzen, die keinen Gewerkschaftler als Arbeitsminister und einen von allen Verbänden unabhängigen Wirtschaftsminister hat«.

[30] Tatsächlich trat der gesamtwirtschaftlich erhoffte Preissenkungseffekt des Oeynhausener Schiedsspruchs nicht ein: Ende Juni 1930 lag der Index der Lebenshaltungskosten um 0,9 Punkte über dem Stand von Ende Mai, siehe dazu Grübler, S. 173.

Hecker (Hannover) fordert die baldige Fertigstellung des Aktionsprogramms und lehnt den Eintritt in die preußische Koalitionsregierung ab: »Wir können die geplanten Reformen nicht im Reiche mit einer Bürgerregierung durchführen und in Preußen mit der Sozialdemokratie eine Große Koalition bilden«.

Herr Dr. Schnell (Halle): Niemand sollte den wirklichen Ernst der Situation verkennen. Wir bekommen täglich Austrittserklärungen selbst der prominentesten Mitglieder. So werden wir allmählich ein Gremium von Offizieren ohne Armee. Es ist verständlich, daß die Beamtenschaft verbittert ist. Sie will gewiß Opfer bringen. Aber es geht nicht an, daß Gesetze herauskommen ohne jede Rücksicht auf verfassungsmäßige Verhältnisse. Bestehende Verträge dürfen nicht ohne weiteres durchbrochen werden. Die Angestellten sind aufs höchste verstimmt über den Passus in der Entschließung der Reichstagsfraktion, der von den Tarifverträgen handelt. So sind wir in Gefahr, uns zwischen sämtliche Stühle zu setzen, die es überhaupt gibt. Unsere Propagandaschriften werden von den Mitgliedern häufig kaum mehr geöffnet. Wir kriegen Versammlungen mit den Abgeordneten zustande, aber nicht, damit sie dort belehrend wirken, sondern damit sie beschimpft werden. Früher wurde unsere Partei durch die großzügige Außenpolitik zusammengehalten, deren Repräsentant unser Parteiführer war. Dieses Band fehlt heute. Überhaupt befinden sich sämtliche Weltanschauungsparteien in einem ständigen Rückgang. Zugenommen hat nur die Wirtschaftspartei mit ihrer engherzigen Vertretung von Wirtschaftsinteressen und die Partei mit der verschwommenen unklaren idealistisch gefärbten Losung, die nationalsozialistische Partei. Die Mahraunsche[31] Bewegung haben wir vielfach hochgepäppelt, dann aber nicht die Kraft gehabt, diese Stoßtruppe zusammenzuhalten.

Mit dem Wort »liberal« können wir augenblicklich keine politischen Geschäfte machen. Liberalismus als starke Betonung der Antithese gegen herrschende Parteien scheint mir den Begriff nicht auszufüllen. Liberalismus ist eine Grundeigenschaft der Persönlichkeit. Viele bleiben nur noch in der Volkspartei in der Hoffnung, daß sie der Kristallisationspunkt für etwas Größeres sein wird. Wenn diese Hoffnung versagt, wird unser Schicksal das gleiche sein wie das der Demokraten.

Die Preußenfraktion muß sich darüber klar sein, daß sie von ihren eigenen Wählern im Stich gelassen wird, wenn sie sich nicht zugunsten größerer Gesichtspunkte über die von ihr unmittelbar vertretenen Belange hinwegsetzt. Mit dem Prinzip des Fortwurstelns kommen wir nicht weiter. Wir dürfen uns auch nicht darauf beschränken, Annäherung bei anderen Parteien zu suchen, sondern müssen selbständig Anregungen geben. Was die Parteibürokratie nicht schafft, muß im Lande psychologisch durch Unterbau von Mensch zu Mensch erreicht werden. Die Unzufriedenheit läßt sich durch keine noch so ideale Lösung der Einzelfragen beseitigen. Das Wesentliche ist, daß die Partei wieder zusammenkommt unter einem einheitlichen Gesichtspunkt. Es muß ein großes Gesamtprogramm dahinterstehen. Der Einzelne muß sich

[31] Artur Mahraun (1890–1950), im Mai 1920 als Hauptmann aus der Reichswehr verabschiedet. Jan. 1920 Gründer und »Hochmeister« des »Jungdeutschen Ordens«, der in der Folgezeit zu einer politischen Organisation ausgebaut wurde. Im April 1930 Mitbegründer der »Volksnationalen Reichsvereinigung«, siehe auch Anm. 25.

sagen: Mag ich im Moment auch unzufrieden sein, die große Idee der Partei ist mir wertvoller als das Einzelinteresse, das ich im Augenblick zurückzustellen vermag.

Herr Dr. Curtius: Ich muß gestehen, daß die Stimmen aus dem Lande bisher kein eindeutiges Bild ergeben haben, höchstens in der negativen Richtung einer tiefen Unzufriedenheit, ja weitgehender Verzweiflung hinsichtlich der Parteiverhältnisse, darüber hinaus der Reichsverhältnisse und der Wirtschaft. Es ist nicht notwendig, dazu in den Reichsausschuß zu kommen. Das hört man überall, auch in den Berliner Zeitungen. Wir wissen genau, wie verzweifelt sich die Lage augenblicklich darstellt. Ich hatte gedacht, wir würden sehr viel mehr Überzeugendes nach der positiven Richtung hören.

Ich bin aufgerufen worden, zur Lage zu sprechen. Ich beschränke mich auf die Darstellung der Stellung der Reichsregierung zu dem neuen Programm. Vorher aber die Frage: Warum ist Stresemann in dem Aufruf der Reichsregierung nicht erwähnt worden? Hier muß ich Sie enttäuschen. Ich muß erklären, was ich schon in der Reichstagsfraktion gesagt habe, daß ich nicht in der Lage bin, über die internen Besprechungen innerhalb des Reichskabinetts und vor allen Dingen mit dem Reichspräsidenten nähere Auskunfte zu geben, um so weniger, als ich bei den ministeriellen Besprechungen, in denen die Richtlinien hierfür festgelegt wurden, nicht in Berlin anwesend war. Ich war damals in Stuttgart. Ich bin auch nicht gefragt worden, als im letzten Augenblick die preußische Regierung einen Vorstoß gegen die Reichsregierung bzw. den Reichspräsidenten unternahm.[32] Der Grund dafür, daß Stresemann nicht besonders genannt ist, ist mir von den Mitgliedern der Reichsregierung, die ich darüber gefragt habe, so dargestellt worden, daß in diesem Aufruf der Not des besetzten Gebietes, der Treue der Rheinländer und vor allem der Opfer, die im Rheinland gebracht worden sind, gedacht werden sollte, daß man aber davon absehen wollte, von den Bemühungen auch früherer Regierungen zu sprechen, weil dann naturgemäß nicht nur Stresemann, sondern auch Ebert, Erzberger, Rathenau und andere hätten erwähnt werden müssen (Widerspruch). Das ist nicht nur von den Herren des Zentrums gewünscht worden. Mit einer allgemeinen Floskel, wie sie in dem Aufruf der Preußenregierung enthalten ist, wäre der Sache auch nicht gedient gewesen. Im übrigen bitte ich Sie, zu dieser Frage die »Deutsche Allgemeine Zeitung« zu lesen. Ich wäre dankbar, wenn man in unseren Kreisen nicht auf diese Provokationen der Preußenregierung gegenüber dem Reichspräsidenten hereinfallen würde. Stresemann ist durch die Niederlegung eines Kranzes durch den Reichskanzler geehrt worden. Ich kann außerdem mitteilen, daß der Reichspräsident bei der ersten offiziellen Befreiungsfeier in Mainz Stresemanns besonders gedenken wird.

Das Programm der Reichsregierung zerfällt in zwei Teile; es gilt, zunächst das gegenwärtige Defizit zu decken und auf der andern Seite ein weitsichtiges Reformprogramm durchzuführen. Man hat Herrn Dr. Moldenhauer den Vorwurf gemacht, daß er das Defizit der Reichskasse offenkundig gemacht hätte. Das Defizit war manifest in dem Augenblick, wo das Institut für Konjunkturforschung feststellte, daß die

[32] Reichspräsident Hindenburg hatte den Vorschlag der preußischen Regierung abgelehnt, die Kundgebung durch die von der Besetzung betroffenen Länderregierungen mitunterzeichnen zu lassen, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 45, 48; die preußische Regierung erließ daraufhin einen gesonderten Aufruf, siehe Schulze, S. 613 ff.

Schätzung der Arbeitslosigkeit mit 1,2 Millionen, die im April maßgebend war, nicht mehr gelten konnte, sondern daß die Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 1,6 Millionen geschätzt werden müsse.[33] Der Finanzminister, der dieser Situation nicht Rechnung getragen hätte, hätte so leichtfertig gehandelt, wie die früheren Finanzminister, denen der Vorwurf der Verschleierung gemacht worden ist. Die Veröffentlichungen über das Defizit an Steuern beruhen auf gesetzlichen Vorschriften. Jeder, der lesen konnte, konnte im April und Mai feststellen, daß mit Steuerausfällen von 150 Millionen zu rechnen war. Wir haben den Etat am 31. März nicht verabschiedet. Mit unseren bisher vertretenen Grundsätzen wäre es unvereinbar gewesen, sich auf den Standpunkt zu stellen: Wir können auch ohne Berücksichtigung dieses unverkennbaren Steuerausfalls den Etat verabschieden. Moldenhauer war hundertmal im Recht, wenn er das Defizit manifest machte und zweitens dafür sorgte, daß es restlos abgedeckt wurde. Er hat sich dabei vor allen Dingen auf die Autorität des Reichsbankpräsidenten[34] stützen können, der aus Paris gekommen ist[35] und gesagt hat, daß mit Rücksicht auf die internationalen Verhandlungen keine höhere Pflicht bestehe als dieses einmal vorhandene und vom Ausland gekannte Defizit abzudecken. Diejenigen, die das nicht sehen, erkennen nicht, in welcher außenpolitischen Situation wir uns befinden. Wir haben keine Kontrolle mehr. Aber wenn wir gleich nach der Befreiung eine Defizitwirtschaft wie in den vergangenen Jahren mit uns schleppen, weiß ich nicht, was außenpolitisch geschehen soll. Es war unsere Pflicht, das Defizit mitzuteilen und für sofortige Deckung zu sorgen. Ich bin nicht der Meinung, daß man hätte warten sollen, bis das Defizit noch höher wurde. Diese Politik hätte nur dazu geführt, daß die Mittel, die später anzuwenden gewesen wären, noch viel gröber geworden wären als diejenigen, die jetzt zur Deckung des Defizits gefordert werden. Es ist ungerecht, im Lande Pessimismus großzuzüchten, indem man sagt, das jetzt errechnete Defizit reiche nicht aus, es sei ein Defizit von 750 Millionen Mark und noch mehr zu erwarten. Die Konjunkturkurve kann aufwärts führen. Ich denke gar nicht daran, bei der Krisis unserer ganzen Verhältnisse in Optimismus zu machen. Bei dem plötzlichen Umschlag der Dinge ist es durchaus nicht utopisch zu denken, daß die Entwicklung auch einen anderen Weg gehen kann. Ich will nur einige Symptome in dieser Richtung nennen. Die Reichspost beobachtet seit dem April eine Steigerung des Umsatzes. Die Reichsbahn hat mitgeteilt, daß im Güterverkehr die Wagengestellung in den beiden letzten Monaten angezogen hat. Ich will damit nur begründen, daß man nicht alles nur auf Pessimismus einstellen kann.

Gingen wir davon aus, daß wir das Defizit auf alle Fälle und unverzüglich zu decken hatten, so war auch dafür zu sorgen, daß die notwendigen Mittel hereinkamen. Ich brauche mich nicht damit zu beschäftigen, die verschiedenen Pläne aufzuzählen. Wir haben in der Reichsregierung tagelang gesessen und darum gerungen, wie wir des

[33] Das Institut für Konjunkturforschung hatte bereits im April 1930 geschätzt, daß »im nächsten Jahre für die Arbeitslosen 400 Millionen mehr ausgegeben werden müßten, als vorgesehen sei«, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 21, S. 66.

[34] Hjalmar Schacht war am 7.3.1930 zurückgetreten. Sein Nachfolger wurde der frühere Reichskanzler und Reichsfinanzminister Hans Luther, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 468; James, Reichsbank, S. 118; Pentzlin, S. 126ff.

[35] In Paris hatte Ende Mai/Anfang Juni 1930 eine Bankierskonferenz zu der im Young-Plan vorgesehenen Mobilisierungsanleihe stattgefunden; die Emmissionsverträge dazu wurden am 11.6.1930 unterzeichnet, siehe Schultheß 1930, S. 437.

Defizits Herr werden sollten. Wir haben all die verschiedenen Vorschläge geprüft, die auch jetzt wieder Gegenstand der Diskussion sind. Von diesen Überlegungen muß ich eines herausgreifen, was vorhin schon Herr Dr. Jochmus oder ein anderer kritisiert hat. Geben Sie sich keinen Illusionen hin! Wir sind nicht dazu da, irgend etwas zu beschönigen. Wir sind nicht in der Lage, im gegenwärtigen Augenblick mit der Bürgerabgabe eine Sanierung der Reichsfinanzen zu erreichen. Wir können die Länder und Gemeinden heute nicht in dem Sinne verkürzen[36], daß die notwendige Folge Ersparungen bei den Ländern und Gemeinden wären. Wenn wir in dieser Richtung Zwangsmaßnahmen vorschreiben wollten, hätten wir eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Wenn Sie den Ländern und Gemeinden also etwa 180 Millionen nehmen und ihnen die Bürgerabgabe geben, so heißt das, Sie geben ihnen die Möglichkeit, die entstehende Kürzung der Einnahmen dadurch hereinzuholen, daß sie alsbald die Bürgerabgabe einführen. Das bedeutet, daß Sie durch diese Bürgerabgabe das Defizit des Reiches nur übertragen. Dabei trifft diese Bürgerabgabe im Grunde genommen die minderbemittelten Kreise am härtesten. Zum Träger einer derartigen Forderung können wir uns nicht machen. Ich sage das ganz offen, obgleich ich weiß, daß ich mich damit im Gegensatz zu einer ganzen Reihe von Kollegen der Reichstagsfraktion befinde.[37] Wir sind in der gegenwärtigen Notlage nicht imstande, in den Ländern und Gemeinden diejenigen Reformmaßnahmen durchzuführen, die überhaupt erst die Einführung der Bürgerabgabe rechtfertigen würden. Wir können sie nur im Zusammenhang mit dem zweiten Teile unseres Programms, mit der notwendigen Sanierung auf dem Gebiete der Realsteuern, einführen. Wir sollten diese Waffe nicht zu früh aus der Hand geben und sollten die Realsteuern an diese Bürgerabgabe ketten und dafür sorgen, daß die Realsteuern immer nur pari passu mit einer solchen Abgabe erhöht werden.

Wenn in der Entschließung der Reichstagsfraktion gesagt wird[38]: Die Realsteuern dürfen nicht erhöht werden –, so nützen solche Befehle gar nichts, weil wir gar nicht in der Lage sind, sie auszuführen. Ich erinnere daran, daß wir in den Jahren 1927 und 1928 auch derartige Befehle gegeben haben. Sie sind nicht nur nicht befolgt worden, im Gegenteil, die Gewerbesteuer ist erst recht erhöht worden. So lassen sich die Dinge nicht meistern. Ich verstehe es, daß man im Lande unruhig wird und die Dinge endlich geregelt haben möchte. Wenn Sie aber wollen, daß die Dinge endlich gründlich angepackt werden, dann müssen Sie auch dem Reichskabinett und dem neuen Finanzminister, der nun einmal da ist, nachdem Moldenhauer gestürzt ist, die Möglichkeit geben, etwas auszuarbeiten, was auch tragfähig ist. Das können wir nicht bis zum 15. Juli oder auch nur bis zum 31. Juli durch Reichskabinett, Reichsrat und Reichstag bringen. Ich gehöre nicht zu denen, die da meinen, wir wären in der Lage, den Reichstag den ganzen Sommer zusammenzuhalten. Ich halte es für richtiger, den Reichstag nach Hause zu schicken und der Regierung die Gelegenheit zu geben, die

[36] So in der Vorlage statt wohl richtig: »die Überweisungen an die Länder und Gemeinden«.

[37] In einer stürmisch verlaufenden Fraktionssitzung am Abend des 1.7.1930 hatte Curtius ausgeführt: »Kabinett hat DVP-Programm Punkt für Punkt erörtert, ist allerdings zu anderen Entschlüssen gelangt [...] Loch im Etat bleibt; deshalb müßten Notopfer und Einkommensteuerzuschlag bleiben«. Am Ende der Sitzung hatte er deutlich gemacht, ein Festhalten der Fraktion an ihrem Programm werde die Auflösung des Reichstags bedeuten, siehe BAK R 45 II/67, p. 252f.

[38] Zur Entschließung der Reichstagsfraktion vom 2.3.1930 siehe Dok. Nr. 80.

Dinge ruhig vorzubereiten und im Herbst die Regierung vor die Verantwortung zu stellen, daß sie etwas bringt, was Hand und Fuß hat.

Nun zu Reichshilfe und Notopfer! Zunächst ein Wort zum Schutz von Freund Moldenhauer! Ich kann es nicht anhören, wenn in diesem Kreise über Moldenhauer so hergezogen wird (Bravo!). Ich habe den Mann fünf Tage nach seiner Ernennung im Haag kämpfen gesehen.[39] Ich empfinde es als schmählich, daß auf den Mann von der eigenen Partei Steine geworfen werden. Wir sollten an das denken, was er damals im Haag geleistet hat. Wer ihn im Finanzministerium beobachtet hat, hat gesehen, daß er mit aller Kraft und mit außerordentlicher Intelligenz bemüht war, die Dinge in Ordnung zu bringen. Daß wir fortwährend Änderungen bekommen haben, lag nicht an der Hilflosigkeit von Moldenhauer, sondern daran, daß wir in diesem Winter auf einmal eine Weltkrise oder eine Wirtschaftskrise in Deutschland bekommen haben, die dauernd andere und neue Formen angenommen hat. Daran hat es gelegen, daß Moldenhauer gar nicht in der Lage war, sein Steuersenkungsprogramm durchzuführen oder an der ursprünglichen Forderung festzuhalten. Ich glaube, daß ich es ihm schuldig bin, dieses hier ganz klar auszusprechen (Bravo!). Ich will es keineswegs beschönigen, wenn von ihm, was ich nicht weiß, im entscheidenden Augenblick die nötige Fühlungnahme mit der Reichtagsfraktion nicht hergestellt ist. Ich stelle aber fest, daß er an dem Morgen, an dem das Notopferprogramm herauskam, mir bei einem Frühstück erklärte, er habe sich mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt, glücklicherweise sei es ihm gelungen, hinsichtlich des Notopfers Vollmachten zu bekommen.[40]

---

[39] An der 2. Konferenz in Den Haag über den Young-Plan (3.–20.1.1930) nahm Moldenhauer als Reichsfinanzminister teil. Trotz eines von Reichsbankpräsident Schacht – der es ablehnte, die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zuzusagen – verursachten Eklats führten die Verhandlungen zu einem für Deutschland günstigen Ergebnis, da Zahlungsschema und -summe des Young-Plans aufrecht erhalten wurden und die Liquidationsabkommen nicht in das Vertragswerk aufgenommen wurden, siehe dazu Young-Plan, S. 356–384; Krüger, S. 497ff.; zu Moldenhauers Beteiligung siehe seinen Erinnerungsbericht, BAK NL Moldenhauer 3, p. 30ff.

[40] Moldenhauer berichtet dazu in seinen Erinnerungen: »Raumer teilte mir damals mit, daß er eine Besprechung mit den Führern der Gewerkschaften, insbesondere mit Leipart gehabt und diesem erklärt habe, die Wirtschaft könne nur gerettet werden, wenn Löhne und Preise gesenkt würden. Man wolle eine Verständigung miteinander treffen, daß die Arbeitnehmer sich mit der Senkung der Löhne einverstanden erklärten, wenn die Arbeitgeber ihrerseits entsprechend die Preise senkten. Nur wenn beide Parteien gemeinsam diese große Aufgabe angriffen, könne sie gelöst werden. Dann sei aber auch bei der Senkung der Preise viel leichter, den Beamten die Notwendigkeit der Gehaltskürzung klar zu machen, weil die Kaufkraft ihrer Gehälter dann nicht oder nur unmerklich berührt werde [...] Ich hielt es für erwünscht, mit Scholz Fühlung zu nehmen, mit dem ich über diese Frage, so lange sie noch im Stadium der ersten Erwägung war, nicht gesprochen hatte. Ich rief ihn an; er bat mich, doch ihn im Reichstag aufzusuchen [...] Hier sagte mir Scholz, daß er von Raumer über alles unterrichtet sei und den Schritt in jeder Weise billige [...] Am folgenden Morgen [4.6.1930] fand im Reichstag in meinem Zimmer eine Besprechung mit dem Fraktionsvorstand unter dem Vorsitz von Scholz statt. Ich habe hier zunächst erklärt, daß ich das Pensionskürzungsgesetz zurückzöge, weil ich in der Gegenwart den Beamten schon so viel zumuten müsse, daß ich die Situation nicht noch mehr verschärfen wolle. Ich könne aber an der Kürzung der Beamtengehälter nunmehr nicht mehr vorbeikommen. Scholz erklärte, daß er ja grundsätzlich sich schon früher damit abgefunden habe, daß eine solche Kürzung aber nur für die Partei tragbar sei, wenn sie im Rahmen eines großen Programms der Ersparnisse erscheine [...] Ich stand so stark unter dem Eindruck, daß der Frak-

Moldenhauer hat unendliches Pech gehabt. Die ganze Aktion sollte gleichzeitig stattfinden mit der großen Aktion der Neubelebung der Zentralarbeitsgemeinschaft und der feierlichen Erneuerung vor dem Reichspräsidenten.[41] Die Reichsregierung sollte ihrerseits mit dem Defizitdeckungsprogramm herauskommen. Gleichzeitig sollten die Unternehmer und Arbeitnehmer Hand in Hand vor dem Reichspräsidenten die neue Zentralarbeitsgemeinschaft gründen. Die Dinge waren schon so weit, daß uns im Reichskabinett das gemeinschaftliche Communique überreicht wurde, das am Tage darauf vor dem Reichspräsidenten von den beiden Parteien besiegelt werden sollte. Wir hätten der Öffentlichkeit sagen müssen: Wir sind noch nicht fertig, wartet noch drei Tage, erst dann können wir die Geschichte in Ordnung bringen, wenn wir alle diese gesetzgeberischen Pläne durchgesprochen haben. Trotzdem konnten wir, als am nächsten Tage die Aktion scheiterte, nicht länger zurückhalten, sondern mußten mit dem Deckungsprogramm herauskommen. Ich bin nicht der Meinung, daß hier irgendeine Vorleistung seitens der Beamten vorliegt. In ganz Deutschland liegt die Landwirtschaft darnieder. Der größte Teil der Wirtschaft, namentlich der kleinen Wirtschaft und die gesamten Arbeitnehmer sind geradezu abgesunken. Ich glaube, es ist durchaus richtig, daß in diesem Augenblick derjenige Teil des Volkes, der von dieser Krisis noch nicht aufs tiefste berührt ist, die Beamtenschaft, die sich immerhin noch in festen Stellungen befindet, auch ihrerseits Opfer bringen muß. Hinzu kommt der Oeynhausener Schiedsspruch, der schon damals erlassen war. Er war wahrhaftig nicht nur eine singuläre Erscheinung. Sie wissen ganz genau, daß es der feste Wille der Reichsregierung, auch des Reichsarbeitsministers, ist, in der Frage der Lohnsenkung vorwärtszugehen. Wir können das freilich nicht so machen, daß wir die Tarife von Gesetzes wegen zur Auflösung bringen. Da stehe ich ganz auf dem Standpunkt des Kritikers von vorhin, daß uns nichts mehr geschadet hat als der Versuch eines derartigen Eingriffes in bestehende Tarifverträge. Von solchen Versuchen sollten wir ablassen.

Es handelt sich also wie gesagt nicht um eine Vorleistung, sondern darum, daß in dem gesamten Zug der Dinge auch von den Beamten Opfer gebracht werden sollten. Daß nicht die Form einer Herabsetzung der Gehälter gewählt ist, liegt an den Verfassungsbestimmungen, nach denen dafür eine Zweidrittelmajorität notwendig gewesen wäre, aber auch daran, daß die Reichsregierung zur Deckung des Defizits gerade diese Beträge seitens der Beamtenschaft notwendig hatte. Ich stehe zu diesem Notopfer und der Reichshilfe der Beamten, ich vertrete sie und halte sie für unver-

tionsvorstand einverstanden sei, daß ich unmittelbar darauf im Kaiserhof zu Curtius hinging und sagte, ich käme eben aus der Fraktionsvorstandssitzung. Der Fraktionsvorstand habe sich mit der Kürzung der Beamtengehälter einverstanden erklärt«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 117ff. Das Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung vom Morgen des 4.6.1930 verzeichnet, daß Scholz »mit der allgemeinen Tendenz der geplanten Maßnahmen durchaus einverstanden« war, die »alles in allem der Stimmung der Fraktion« entsprächen, BAK R 45 II/66, p. 182.

[41] Das Treffen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beim Reichspräsidenten war für den Nachmittag des 3.6.1930 anberaumt, mußte dann aber aufgrund des hartnäckigen Widerstands führender Industrieller (u.a. Borsig, Thyssen, Wittke) abgesagt werden. Endgültig abgebrochen wurden die Verhandlungen dann am 24.6.1930 siehe Maurer/Wengst, Dok. Nr. 79, 97; Grübler, S. 160ff.; Neebe, S. 67ff.; Schneider, Unternehmer, S. 121ff.; Udo Wengst, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930, in: VfZ 25 (1977), S. 99–119.

meidlich.[42] Ich hoffe, daß die Beamtenschaft sich dem fügen wird. Wir dürfen uns auch darüber keinen Illusionen hingeben. Innerhalb der Reichstagsfraktion werden wir mit dem Reichskanzler und der Reichsregierung über dieses Programm noch zu beraten haben. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, wenn Sie als Vertreter des Landes hinausgingen in dem Glauben, es sei möglich, solche Forderungen durchzusetzen, wie sie verschiedentlich geäußert sind. Ich halte das Programm der Reichsregierung in den Grundlinien für feststehend. Es kann sich nur darum handeln, daß man in Einzelheiten Veränderungen vornimmt. Den Wünschen der Fraktion stelle ich meinerseits keineswegs ein Ultimatum entgegen. Ich halte mich aber doch für verpflichtet, Sie vor der Illusion zu bewahren, als ob es möglich wäre, Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen: »Wir werden durch Garantien und ultimative Forderungen irgend etwas Entscheidendes erreichen«.

Wenn ich so illusionslos sprechen muß, haben Sie das Recht zu fragen: Was soll geschehen? Da stimme ich nun mit dem überein, was Herr Dr. Schnell gesagt hat. Wir müssen uns von den Versuchen loslösen, immer wieder von neuem nur in den Wirtschaftsfragen die Partei hinter uns zu bringen. Es war außerordentlich interessant, was Herr Dr. Schnell vorgetragen hat, daß in den Wahlkreisen die verschiedenen Stände gegeneinander und gegen die Partei eintreten, daß sich die einzelnen Wünsche und Forderungen an die Parteileitung gewissermaßen gegeneinander aufheben. Ich darf mir diese Kritik erlauben, weil ich in diesen mehr taktischen Fragen fast regelmäßig anderer Auffassung gewesen bin. Wir haben allzuviel Richtlinien nur auf wirtschaftlichem Gebiete aufgestellt und uns an diese Richtlinien geklammert, als ob es Dogmen oder Fetische gewesen wären. Die Entwicklung der Wirtschaft ist über uns hinweggegangen. Das ist das eigentliche Unglück. Daran trifft niemand eine persönliche Schuld, insbesondere auch nicht den Reichsfinanzminister Moldenhauer. Wir sollten daraus entnehmen, daß wir uns in der starken Betonung der wirtschaftlichen Fragen möglichst zurückhalten sollten. Wir sollten versuchen, zu denjenigen Grundlinien zurückzukehren, die Herr Dr. Schnell ganz richtig gekennzeichnet hat, die mehr auf das Gemüt wirken und eigentlich politischen Charakter tragen. Ich glaube, Herr Dr. Schnell behält darin recht: wenn wir nicht in der Lage sind, unseren Wählern derartiges zu bieten, dann nützt es uns gar nichts, daß wir immer wieder versuchen, mit solchen problematischen Richtlinien für die Wirtschaftspolitik unsere Wähler bei der Stange zu halten.

Ich will mich einmal etwas romantisch ausdrücken. Wir haben neulich im Saal 12 des Reichstags erlebt, wie der Reichskanzler Brüning und der Finanzminister Dietrich ihr Programm entwickelt haben. Anwesend waren der gesamte Reichsrat, die Mitglieder der Reichsregierung, viele Reichstagsabgeordnete und die namhaften Vertre-

[42] Obwohl die Reichstagsfraktion Curtius am 25.6.1930 von ihrer ablehnenden Haltung unterrichtet hatte, stimmte er im Kabinett für das Notopfer und bezeichnete die Vorschläge der DVP gegenüber Brüninghaus sogar als »unsozial und zur Zeit nicht in Erwägung zu ziehen«, BAK R 45 II/67, p. 248. In einer sehr bewegten und von persönlichen Angriffen geprägten Fraktionssitzung vom 1.7.1930, in der Curtius die Deckungsvorlage Dietrichs verteidigte, forderte Scholz ihn schließlich dazu auf, »unter keinen Umständen« durch seine Haltung im Kabinett die Auffassung zu nähren, daß die »Fraktion schließlich doch mitmachen werde«, ebd., p. 253. Moldenhauer lobte rückblickend Curtius' »System, sich möglichst wenig um die Fraktion zu kümmern und sie so schlecht wie möglich zu behandeln«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 93.

ter der deutschen öffentlichen Meinung. Man hat manchmal solche romantischen Vorstellungen: zum Schluß der ganzen Tagung dachte ich: Wenn doch jetzt einer aufstände und sagte: Wir, die wir hier versammelt sind, vertreten im Grunde genommen das deutsche Volk. Es handelt sich in diesem Augenblick nur darum, wie regiert werden soll, gar nicht um den sachlichen Inhalt. Es handelt sich in diesem Augenblick ausschließlich um die Frage des Vertrauens zu einer nun einmal bestehenden Regierung. Wir billigen hier en bloc die von der Regierung vorgelegten Gesetze (Lachen und Zurufe). Sie lachen. Nach meiner Ansicht gibt es jetzt überhaupt gar keinen anderen Weg, als daß man sich darauf besinnt. Der Reichskanzler Luther hat früher einmal gesagt: Es muß doch irgendwie regiert werden. Wir kommen nicht daran vorbei: In dieser Regierung steht das deutsche Bürgertum mit dem Rücken gegen die Wand. Wenn die Deutsche Volkspartei die Regierung verläßt, so ist das der größte Schaden, der der Volkspartei nur zugefügt werden kann. Ich glaube, es bleibt gar nichts anderes übrig, als daß diese Regierung bleibt und daß man mit ihr die Dinge durchführt.

Wenn Sie sich auf diesen Standpunkt stellen und abwarten bis zum Herbst, dann brauchen Sie gar keine Versammlungen einzuberufen (Lachen und Zurufe). Ich beziehe mich hier auf das, was Herr Dr. Schnell gesagt hat, daß solche Versammlungen der Partei gegenwärtig kaum nützen. Vielleicht aber wird die ganze Entwicklung doch zu einer Anerkennung unserer Überzeugungen führen. Man wird dann wohl einsehen: wir haben über die schwere Krisis hinweggeholfen, wir haben mit verbissenen Zähnen das getan, was nach der Lage der Verhältnisse unvermeidlich war und die Regierung Brüning unterstützt. Wer sitzt denn in der Regierung? Herr Schiele, der bis heute die Hoffnung hat, diejenigen Leute, die zu ihm gehören, im wesentlichen auf dieses Regierungsprogramm zu vereinigen, Herr Treviranus[43], das Zentrum und die Demokraten! Wo sollen wir hingehen? Was heißt das: Opposition? Wollen Sie zu den Sozialdemokraten, zu Herrn Hugenberg oder den Nationalsozialisten gehen? Sie können doch nicht einfach beiseite treten und sagen: Wir machen nicht mehr mit. Inzwischen wird die Entwicklung einfach über Sie hinweggehen. Es besteht gar keine andere Möglichkeit, als in der dargelegten Weise zu operieren. Das bedeutet, daß wir im Zentralvorstand auf die allgemeinen Grundlagen zurückkommen, von denen Herr Dr. Schnell gesprochen hat, daß wir die allgemeinen Grundlinien verfolgen, die Frage der Reichsreform aufs intensivste in den Vordergrund stellen, daneben die Frage der Neubildung des Parteiwesens, nicht durch das Zusammenklammern irgendwelcher Parteien, sondern durch den Versuch, auf ideeller Grundlage miteinander zu verhandeln. Die Nationalsozialisten haben ihre Erfolge nicht, weil sie sich um ein bestimmtes Wirtschaftsprogramm gruppieren, sondern weil sie auf das Gemüt und Gefühl der Massen Einfluß haben. Es muß versucht werden, in dieser Beziehung auch unseren Einfluß wiederherzustellen. Es gilt in dieser Situation – es klingt vielleicht ungeheuerlich, aber es ist so –, daß Sie der Parteileitung und der Reichstagsfraktion einfach das Vertrauen aussprechen, daß Sie die ganze Geschichte in Ordnung bringen werden. Freilich dürfen Sie nicht vergessen,

[43] Gottfried Reinhold Treviranus (1891–1971), Marineoffizier. 1924–32 MdR (DNVP/Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft). März-Sept. 1930 Minister für die besetzten Gebiete, dann ohne Portefeuille und Reichskommissar für die Osthilfe. Okt. 1931–Juni 1932 Reichsverkehrsminister. 1934 Emigration.

daß hier vielleicht der Beschluß, den wir am 21. März in Mannheim gefaßt haben[44], ein gewisses Hindernis ist. Inzwischen ist aber die Lage ganz anders geworden. Deswegen sollte der Zentralvorstand die Reichstagsfraktion ganz glatt von dieser Verpflichtung entbinden. Sonst werden wir wieder wie früher eines Umfalls geziehen. In Wahrheit handelt es sich hier um höhere Ziele als Finanz- und Wirtschaftsfragen, so dringend sie auch sein mögen.

Vorsitzender Dr. Scholz: Die Ausführungen unseres Freundes Curtius nötigen mich, noch einmal in die Debatte einzugreifen. Ich hatte mich einleitend zurückhaltend geäußert. Ich muß jetzt etwas deutlicher werden. Wir haben seit langer Zeit darunter gelitten, daß wir die Grundsätze unserer Partei innenpolitisch nicht durchsetzen konnten, weil wir an das große außenpolitische Ziel gebunden waren. Wir waren uns mit Stresemann darüber einig, daß in dem Augenblick, wo diese Bindung wegfiel, es höchste Zeit war, sich auf die grundsätzlichen Auffassungen unseres Programms zu besinnen. Wir haben das unter schwersten Kämpfen, und nicht ohne auch gegen eine ganze Reihe von Stimmen aus dem Lande zu kämpfen, durchgesetzt, indem wir an die Stelle der sozialistisch geführten Regierung Hermann Müller die rein bürgerliche Regierung Brüning gesetzt haben. Nun stellen Sie sich die ungeheuerliche Verantwortung vor – darin gehe ich mit Curtius durchaus einig –: wenn wir aus irgendwelchen Gründen, die in der Öffentlichkeit nie voll gewürdigt werden, nunmehr zu einem Bruch mit dieser von uns der Richtung nach ersehnten Regierung kommen sollten. Ich bin der erste, der dem zustimmt, was Herr Jochmus gesagt hat: leider Gottes ist es so, daß eine starke Enttäuschung in den bürgerlichen Kreisen über das Kabinett Brüning herrscht (Zustimmung). Es ist auch so, daß das Kabinett Brüning daran zum Teil die Schuld trägt (Erneute Zustimmung). So sehr ich anerkenne und mich darüber freue, daß Curtius sich hinter Moldenhauer gestellt hat – das ist anständige, kameradschaftliche Gesinnung –, lassen Sie mich auch einmal die andere Seite des Problems beleuchten.

Die Affäre Moldenhauer war für die Partei in tiefstem Sinne schädigend, unangenehm und persönlich außerordentlich schwer, besonders für mich. Es ist nicht leicht gewesen, mit einem alten Freunde, wie er es von mir war, schließlich Besprechungen zu führen, die bewußtermaßen auf seinen Verzicht auf das Ministerium hinauslaufen mußten. Er hat es freiwillig getan, gewiß, natürlich, aber schließlich hätte er es nicht getan, wenn nicht diese scheußlichen Besprechungen, zu denen ich mich innerlich verpflichtet fühlte, vorangegangen wären. Warum habe ich das getan? Ich will Ihnen das ganz offen sagen. Erstens, weil er sich in einen tatsächlichen Gegensatz zu der Auffassung der Fraktion und, wie ich hinzufügen darf, des weitaus größten Teils der Partei gesetzt hat (Sehr richtig!). Das allein ist aber gar kein Grund. Auch die Frage zu diskutieren, ob Moldenhauer persönlich befähigt war oder nicht befähigt war, das Finanzministerium weiter zu verwalten, ist vollkommen müßig. Es wäre falsch, und ich habe das nie getan, in dieser Beziehung irgendwelche Vorwürfe gegen ihn zu erheben. Aber einen Vorwurf erhebe ich allerdings, und darin setze ich mich in einen bewußten Gegensatz zu Curtius: Der Fall Moldenhauer war nicht eine Krisis des

[44] Der ZV hatte in seiner Sitzung vom 21.3.1930 die Reichstagsfraktion ermächtigt, im Falle der Nichterfüllung ihrer finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen die »letzten Konsequenzen« zu ziehen, siehe Dok. Nr. 80.

Notopfers, er war nicht eine Krisis der mehr oder minder vorhandenen Befähigung des Finanzministers, sondern der Fall Moldenhauer war eine typische Krise des Führergedankens (Sehr richtig!). Moldenhauer hat – in diesem Kreise darf ich das sagen – in einer Art und Weise, die dem Führergedanken jedenfalls nicht Rechnung trug, die Verbindung mit Partei und Fraktion, mit Parteileitung und Fraktionsleitung unterlassen. Das ist das, was nicht geht. Denn entweder wünschen Sie eine zielklare Führung der Partei oder Sie wünschen sie nicht. Wenn Sie sie nicht wünschen, dann können Sie gestatten, daß irgendwelche Persönlichkeiten, bei denen ich die Minister nicht ausnehme, ihre Politik machen, die mit der Politik der Fraktion, der Politik der Partei, der Politik der Parteileitung nicht übereinstimmt. Das ist ein Standpunkt, den können Sie haben. Aber damit verzichten Sie bewußt auf den Führergedanken (Sehr richtig!). Darüber müssen Sie sich vollkommen klar sein. Und wenn eben verlangt worden ist: zielsichere und klare Führung, so gibt es niemand, der diesen Worten stärker zustimmt als ich. Aber ich erkläre Ihnen mit absoluter Entschiedenheit: Wenn Sie mir nicht die Möglichkeit geben zu führen, dann verzichte ich auf diese Führung (Bravo!). Denn meine Verantwortung steht mir augenblicklich höher als irgendwelcher persönlicher Ehrgeiz. Wenn ich überhaupt noch etwas auf diesem Gebiet habe, so ist es sachlicher Ehrgeiz, nämlich die Dinge so gut zu führen, wie ich in der Lage dazu bin. Aber wenn man die Möglichkeiten verneint, die Führung auch nur ins Bild zu setzen rechtzeitig vorher, dann ist eine Führung nicht möglich (Sehr richtig!).

Der Zusammenhang zwischen Ministern und Parteiführung hat in der letzten Zeit sehr viel zu wünschen übrig gelassen (Hört! Hört!). Ich glaube, persönlich von mir behaupten zu können, daß es wahrlich nicht an mir lag. Ich habe jederzeit meinem alten Freund Moldenhauer gern zur Verfügung gestanden. Ich habe ihm stets gesagt: Sie können mich rufen lassen, wann Sie wollen. Ich habe auf seine Tätigkeit als Minister auch in meiner Eigenschaft als Parteiführer diejenige Rücksicht genommen, die ich einem vielbeschäftigten Mann immer schuldig zu sein glaube. Ich habe ihm stets gesagt: Ich komme auch zu Ihnen, nur setzen Sie mich rechtzeitig ins Bild. Ich mache diese Ausführungen insbesondere deshalb, weil Curtius darauf hingewiesen hat, daß Moldenhauer in einem entscheidenden Moment nicht nur von mir, sondern einem größeren Kreise von Fraktions- und Parteifreunden, bevor er die Deckungsvorlagen im Kabinett einbrachte, berichtet hat: er, Moldenhauer, wäre beglückt zu ihm gekommen und hätte ihm gesagt: die ganze Korona war mit der Reichshilfe oder damals Notopfer glücklicherweise vollkommen einverstanden (Widerspruch des Reichsministers Dr. Curtius). Das haben Sie eben gesagt (Reichsminister Dr. Curtius: Ich habe gesagt: Moldenhauer hat mir gesagt: ich habe aus dieser Sitzung die Vollmacht seitens der Versammelten für das Notopfer erhalten!). Das ist noch etwas stärker. Dabei stelle ich ausdrücklich fest: Ich bin glücklich, in diesem Falle acht oder neun Zeugen zu haben, ich bin glücklich, ein festgelegtes Protokoll über diese Sitzung zu besitzen, woraus hervorgeht, daß leider Gottes diese Auffassung in vollem Widerspruch zu allem war, was damals geschehen ist[45] (Hört! Hört!). Das, meine Herren, will ich ganz offen sagen, war auch der Moment, in dem der Parteileitung

[45] Siehe Anm. 40.

und der Fraktion klar war, daß, wenn solche Mißverständnisse möglich sind, ein weiteres Zusammenarbeiten allerdings ungeheuer erschwert ist (Sehr richtig!).

Ich glaube, ich komme nicht in den Verdacht, Diktaturgelüste zu haben. Ich habe stets jedem, der mit mir verhandeln wollte, insbesondere meine Reichstagsfraktion wird mir das in allen Gliedern zubilligen, zur Verfügung gestanden. Ich bin niemals unbelehrbar gewesen. Ich habe mich sehr oft Meinungen angeschlossen, die ich zunächst nicht vertreten habe. Aber eins geht nicht: daß man die Meinungen derjenigen, die nachher der ganzen Welt gegenüber die Volkspartei in ihren Handlungen zu vertreten haben, gar nicht einmal vorher zur Kenntnis gebracht bekommt. Deshalb erkläre ich nochmals: der Fall Moldenhauer war kein Fall des Notopfers. Da kann man verschiedener Meinung sein, das hat sich auch heute hier gezeigt. Es war auch kein Fall der mehr oder minder großen Befähigung zu dem Posten des Finanzministers. Auch darüber läßt sich durchaus reden, und was Curtius dazu gesagt hat, unterschreibe ich in dieser Beziehung aus freundschaftlichen Beziehungen voll und ganz. Aber es war eine Krisis des Führergedankens, und das geht nicht. Das geht wenigstens nicht solange, wie ich an der Spitze der Partei und Fraktion stehe und diejenige Verantwortung in mir fühle, die Sie alle mir auferlegt haben, trotzdem ich Sie darum nicht gebeten habe (Beifall). Das, meine Herren, muß oberstes Gesetz für jeden, der sich als Volksparteiler fühlt, bleiben, an welcher Stelle er auch immer stehe, daß seine Handlungsweise getragen ist von der Gesamtauffassung der Partei und der Fraktion, der er sich freiwillig angeschlossen hat.

Es geht auch nicht – abgesehen von Einzelheiten, und wer würde in diesen Dingen kleinlich sein –, daß in großen und entscheidenden Fragen, die, wie man sieht, die Wählerschaft auf das heftigste bewegen, diese Divergenz zwischen Minister, Parteileitung und Fraktion besteht. Das ist in tiefstem Sinne auch der letzte Untergrund unseres Mißerfolges bei den sächsischen Wahlen (Lebhafte Zustimmung). Abgesehen natürlich von vielen anderen Gründen, die ich vorhin aufgeführt habe. Ich hätte diese Dinge nicht zur Sprache gebracht, aber, lieber Curtius, nehmen Sie es mir nicht übel: wenn man hier in der Sitzung des Reichsausschusses, vielleicht aus einer gewissen Erregung heraus, seine Stellung so stark im Gegensatz zur Reichstagsfraktion präzisiert, wie Sie das eben getan haben, so muß man auch gewärtigen, daß demgegenüber von anderer Seite Protest erhoben wird. Diesen Protest glaubte ich schuldig zu sein erstens meiner Reichstagsfraktion, zweitens aber auch der gesamten Partei (Lebhafter Beifall).

Dieckmann (Dresden) bespricht das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen: negative Auswirkung der DVP-Beteiligung an der thüringischen Koalitionsregierung mit der NSDAP und der Behandlung der Frage des Notopfers durch Moldenhauer.[46]

Böhm bemerkt, die 226000 für die DVP abgegebenen Stimmen zeigten, daß noch ein kräftiger Kern in der Partei vorhanden sei; schädlich wirke die Divergenz zwischen Ministern und Partei.

[46] Siehe auch seine Ausführungen auf der Zentralvorstandssitzung vom folgenden Tag, Dok. Nr. 82, S. 1027ff.

Sauerborn bedauert, daß in der Kundgebung der Reichsregierung der Name Stresemanns nicht erwähnt wurde, und kritisiert, daß die Länderfraktionen (Thüringen und Mecklenburg) eine Politik trieben, die mit der der Parteileitung nicht übereinstimme; er plädiert für eine energische Inangriffnahme der Reichsreform.

Stendel betont, daß eine Reichsreform niemals zur Zerschlagung Preußens führen dürfe. Festhalten dürfe man an der jetzigen Regierung nur dann, wenn man mit ihr die Ziele der Partei erreichen könne; das Notopfer sei in dieser Form für die Partei nicht tragbar.

Kuhbier empfiehlt folgende Punkte als Richtschnur: »1. Ausgabensenkung (Steuerreform, Reichsreform, Druck auf Länder und Gemeinden), 2. Gehaltssenkung, 3. Lohnsenkung, 4. Preissenkung, 5. Senkung des Lebensstandards in Deutschland bei den Schichten, die noch zahlungsfähig sind, freiwillig«.

Kammerzell (Erfurt) hebt hervor, daß die Partei in Thüringen keine andere Möglichkeit gehabt habe, als mit den Nationalsozialisten die Regierung zu bilden; für den Austritt aus der Regierung »müsse der psychologische Moment« *abgewartet werden.*

Reichsminister Dr. Curtius: Ich habe den Gesamteindruck, daß sich der Reichsausschuß auf den Standpunkt stellt, daß morgen möglichst nicht etwa eine spezialisierte Entschließung herauskommt. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte ich mir vorstellen, das wir uns in das Allgemeine hineinflüchten, zunächst von Stresemann und der Räumung ausgehend, dann allgemeine Grundsätze berühren. Ich bin durchaus einverstanden, daß man die wirtschaftlichen und sonstigen Grundgedanken hereinnimmt. Ich bitte mich nur recht zu verstehen. Ich habe vorhin gewarnt, daß wir Einzelheiten für einzelne Stände oder einzelne Projekte der Regierung darin aufnehmen. Ich habe gesagt, es ist notwendig, für die Zukunft dafür zu sorgen, daß auch diejenigen Werte mit anklingen, die auf das Gemüt wirken. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage der Reichsreform und der Gedanke der Staatspartei. Es wäre sehr negativ, wenn in dem Aufruf nichts zu irgendwelchen programmatischen Vorschlägen der Regierung enthalten wäre. Es kann kein Zweifel sein, daß wir aufs stärkste dahin wirken müssen, eine möglichst einheitliche Parteileitung zu haben. Ich erinnere daran, daß die Lösung des Führergedankens je und je schwer gewesen ist, auch unter Stresemann. Es hat immer die schwersten Konflikte in der Partei gegeben. Es ist immer gefordert worden, daß Stresemann andere Grundsätze vertrete. Ich wende mich dagegen, daß gesagt wird, daß mit Rücksicht auf die Außenpolitik die Innenpolitik Not gelitten hätte und als ob Stresemann nicht auch volksparteiliche Politik in der Reichsregierung getrieben hätte. Ich sage ganz offen, daß wir durchaus volksparteiliche Politik getrieben haben, daß die Politik von Stresemann, Moldenhauer und mir absolut volksparteilich gewesen ist. Aber was den Führergedanken anlangt, so werden sie in dem Augenblick, wo die Reichstagsfraktion Minister ins Kabinett schickt, immer von neuem vor solche Schwierigkeiten gestellt werden. Die Kreise decken sich ja leider nicht immer. Es gibt da auf einmal Notwendigkeiten von einem ganz anderen Standpunkt, vom reinen Reichsinteresse aus, wobei man unter Umständen Forderungen der Partei oder der Reichstagsfraktion nicht so beachten kann. Ich glaube, daß wir darin einig sind, und daß Scholz nur darüber klagt, daß nicht die notwendige Fühlung gewesen ist. Auch da lassen Sie mich Moldenhauer

wieder in Schutz nehmen. Nach meinen eigenen Erfahrungen hat Moldenhauer auch unter Aufbietung all seiner Kräfte immer von neuem die Fraktion aufgesucht und die Fraktion informiert. Es kann sich höchstens um den letzten Fall des Mißverständnisses handeln, von dem Scholz gesprochen hat. Und wenn ich vorhin festgestellt habe, daß Moldenhauer mir erklärt hat, er habe geglaubt, die Vollmacht zu haben, für das Notopfer einzutreten[47], so lassen Sie mich auch meinerseits versuchen zu erklären, woher diese Divergenz kommt. Sie erklärt sich daher, daß in der damaligen Zeit das Notopfer nicht isoliert stand, sondern verquickt war mit der Frage der Reaktivierung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen. Es wurde dann am nächsten Tage diese Aktion verschoben bis nach Pfingsten. Ich habe Ihnen geschildert, wie das Kabinett von Tag zu Tag die Öffentlichkeit beruhigen mußte, daß es noch nicht zu den Deckungsvorlagen Stellung genommen hatte. Und nun konnten wir gar nicht anders, als in dem Sinne handeln, daß wir das Defizit auch mit dem Notopfer deckten, in dem Vertrauen, daß im übrigen jene Aktion, die eingeleitet und vertagt war, weitergeführt würde. Sie wird ja weitergeführt, vielleicht auch in anderer Form. Wir sind uns aber klar gewesen, daß unter diesen Umständen das Notopfer keine Vorleistung bedeutete. Denn wenn es so nicht wäre, wäre es doch so gewesen: Moldenhauer hat mich angelogen. Er kam freudestrahlend zu mir und sagte, es sei in der Debatte grundsätzlich abgelehnt, den Widerstand gegen das Notopfer aufrecht zu erhalten. Und an jenem Montag abend war dann Moldenhauer in der Fraktion und hat sich auseinandergesetzt über die Dinge und hat gesagt, grundsätzlich könne er sich den Beschlüssen der Fraktion fügen.[48] Am nächsten Tage hat Moldenhauer das Programm für den Reichsrat entworfen, hat sich mit Scholz in Verbindung gesetzt, und am nächsten Morgen die Erklärung im Reichsrat, die doch eben diese Hineinstellung in ein Gesamtprogramm war, abgegeben. Meine Herren, daß an jenem Morgen Moldenhauer die seidene Schnur seitens der Fraktion überbracht worden ist, ist meines Erachtens auch eine Verletzung des Führergedankens.

Hembeck unterstützt die klare Herausstellung des Führergedankens durch Scholz.

Cremer hält die Haltung Moldenhauers für vollkommen unverständlich; im übrigen habe Moldenhauer nicht auf Vorschlag der Fraktion oder der Parteileitung, sondern aus eigenem Entschluß das Finanzministerium übernommen.

Spangenberg betont die Notwendigkeit eines Aktionsprogramms.

Hugo verteidigt die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion; man müsse Minister im Kabinett haben, die hundertprozentig zur Auffassung der Fraktion stünden.

Frau Mühsam meint, »über allem Gefühlsmäßigen müsse heute eine gesunde Wirtschaftspolitik stehen«.

v. Gilsa möchte, daß die unterschiedlichen Auffassungen – erst neue Einnahmequellen oder erst Ausgabensenkung – auf der Zentralvorstandssitzung klar zum Ausdruck kommen, der Zentralvorstand dürfe sich an dieser Frage nicht vorbeidrücken.

[47] Siehe Anm. 40.

[48] Moldenhauer hatte sich in der Fraktionssitzung vom 17.6.1930 mit der Haltung der Fraktion einverstanden erklärt, siehe BAK R 45 II/67, p. 242.

Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wird die Sitzung geschlossen.
(Schluß der Sitzung 9 Uhr 30).

82.

4. Juli 1930: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

BAK R 45 II/46, p. 27–365. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]; Erstschrift. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am Freitag, den 4. Juli, vormittags 10¼ Uhr in Berlin (Festsaal des Preußischen Landtags)«.[2]

Scholz eröffnet die Sitzung und bedauert, daß es die politische Lage unmöglich gemacht habe, in Mainz zu tagen.[3] *Eingehend gedenkt er der Verdienste Stresemanns um die Befreiung der Rheinlande und kritisiert, daß in der Kundgebung der Reichsregierung der Name Stresemanns nicht erwähnt wurde. Weiter erinnert er an die seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Zentralvorstandes.*

[Scholz:] Meine verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nunmehr zu dem eigentlichen Thema des heutigen Tages übergehen und versuchen, Ihnen in kurzen Abrissen zur Einleitung der Diskussion ein Bild der gegenwärtigen politischen Lage zu geben.

Wir alle stehen unter dem schmerzlichen Eindruck der Sachsenwahlen.[4] Wir wollen nichts beschönigen. Wir wollen nackt und klar feststellen, daß, wenn es auch vielleicht gelungen sein mag, einen alten und treuen Stamm Deutscher Volksparteiler in Sachsen auch diesmal um die Fahne der Partei zu scharen, wir doch ganz erhebliche, in einzelnen Wahlkreisen fast katastrophale Verluste zu verzeichnen haben. Nichts wäre falscher, als das beschönigen zu wollen. Es zwingt uns diese Tatsache umso stärker, nach den Ursachen dieser Verluste zu forschen und unsererseits alles, aber auch alles zu tun, um durch stärkste Arbeit und Geschlossenheit innerhalb der Partei die Verluste wieder wettzumachen, die wir dort erleiden mußten. Stärkste Aktivität auf allen gemeinschaftlich von uns zu fördernden Gebieten muß das Gebot der Stunde sein. Ich habe gestern schon im Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei grundsätzlich erklärt, daß wir auch um die Schaffung eines neuen Aktionsprogramms für

[1] Die in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen. Tagesordnung: 1. Aussprache über die politische Lage. Einleitender Bericht: Parteivorsitzender Reichsminister a. D. Dr. Scholz. 2. Beschlußfassung über die Satzungsänderung.

[2] Die NLC vom 5.7.1930, Nr. 127, veröffentlichte nur eine stark gekürzte Fassung der Rede von Scholz. Über den Verlauf der Diskussion wurde nicht berichtet, sondern nur die Namen der Diskussionsredner aufgeführt.

[3] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 2.

[4] Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 22.6.1930 hatte die DVP erhebliche Verluste hinnehmen müssen, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 13.

die Partei kaum herumkommen werden.[5] Sie wissen, daß wir schon seit längerer Zeit bemüht sind, ein solches Aktionsprogramm zu schaffen. Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, haben bisher noch nicht dazu geführt, daß wir Ihnen einen fertigen Entwurf vorlegen konnten. Aber ich glaube, gerade der Ausfall der Sachsen-Wahlen beweist, wie nötig es ist, daß die Volkspartei auch der Öffentlichkeit gegenüber einmal, den veränderten Verhältnissen seit zehn Jahren Rechnung tragend, mit einem Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit tritt, das in gewisser Weise unser Parteiprogramm, das an sich nicht geändert werden möge, zu ergänzen in der Lage ist (Zustimmung).

Was die politische Lage im Reich betrifft, so lassen Sie mich auch hier anknüpfen an die große Persönlichkeit unseres verstorbenen Führers Stresemann. Es ist so oft in diesen Tagen gesagt worden, daß die Intransigenz der Deutschen Volkspartei gegenüber der augenblicklichen Regierung, daß die verschiedene Auffassung bezüglich der Steuer- und Finanzvorlagen der neuen Regierung, die wir in der Deutschen Volkspartei, wenigstens in der Reichstagsfraktion, betont haben, nicht im Geist und Sinn Stresemanns liege. Nichts ist falscher, und es ist ein Verdienst unserer Nationalliberalen Correspondenz, vor wenigen Tagen einmal die Worte Stresemanns selbst zitiert zu haben, um diesen Gerüchten entgegenzutreten.[6]

Stresemann war es, der auf der letzten Sitzung des Zentralvorstandes, die er leitete, mit aller Entschiedenheit betont hat, daß auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches es nicht so weitergehen könne wie bisher, und daß entschiedenste und stärkste Umkehr auf diesem Gebiete Pflicht gerade der Aktion der Deutschen Volkspartei sein müsse.[7] Auch er hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß bisher und bis zum Abschluß, wenn ich mich so ausdrücken darf, der ersten Etappe der deutschen Außenpolitik eine gewisse Bindung an andere Parteien unumgänglich war, mit denen zusammen wir das große Ziel der Befreiung deutschen Territoriums erreichen mußten. Aber er hat auch klar zum Ausdruck gebracht, daß, wenn dieser Augenblick gekommen sei, dann die Deutsche Volkspartei die Pflicht habe, die Führung auf dem Wege der völligen Umkehr auf dem Gebiete der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik zu übernehmen.

Ich glaube deshalb, wir handeln durchaus im Geiste und im Sinne Stresemanns, wenn wir in unserer ganzen bisherigen Politik, die nicht erst von gestern ist, sondern die mindestens anderthalb Jahre zurückreicht, immer und immer wieder gepredigt haben, daß es auf diesem Wege nicht weitergeht, daß auf diesem Wege Deutschland immer mehr in finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Wir haben immer wieder betont, nicht erst seit Wochen und Monaten, sondern schon, solange der neue Reichstag existiert, schon in den ersten Verhandlungen über die Gründung der

[5] Siehe Dok. Nr. 81, S. 956.

[6] Um sozialdemokratische und demokratische Pressestimmen zu widerlegen, die »behaupten, daß die Deutsche Volkspartei sich mit ihrer gegenwärtigen Politik im stärksten Gegensatz zu den großen Ideen Stresemanns befinde«, zitierte die NLC, »Stresemann hat das Wort«, 27.6.1930, Nr. 121, wörtlich eine der wirtschaftlichen Kernpassagen von Stresemanns Rede vor dem Zentralvorstand vom 26.2.1929, siehe Anm. 7.

[7] Die letzte Sitzung des Zentralvorstands unter Stresemanns Leitung fand am 26.2.1929 statt, siehe Dok. Nr. 73.

Regierung Hermann Müller[8], daß die Gesundung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen nicht dadurch erreicht werden könne, daß immer wieder neue Lasten dem ohnehin viel zu sehr bedrückten deutschen Volke auferlegt würden, sondern daß umgekehrt äußerste Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben und Belebung der Wirtschaft die einzigen Mittel seien, um die Wirtschaft und in weiterem Zuge die Finanzen des Deutschen Reiches wieder in Ordnung zu bringen.

Ich darf darauf hinweisen, daß schon unsere sogenannten Verfassungsanträge vor anderthalb Jahren dieses Ziel mit Konsequenz verfolgten.[9] Ich darf darauf hinweisen, daß wir leider für diese Verfassungsanträge, besonders für den, der die Finanzen des Reiches auf eine sichere Grundlage stellen wollte, nicht nur keine Mehrheit, sondern sogar kaum irgendwo Zustimmung im Reichstag gefunden haben. Ich glaube, es ist wichtig, gerade diese Tatsache festzustellen, weil die Deutsche Volkspartei durch dieses sichtbar aufgerichtete Fanal, das eine Verfassungsänderung mit dem Ziele der Sanierung der Finanzen und des Etats bedeutete, deutlich zum Ausdruck gebracht hat: bis hierher und nicht weiter, nun muß eine grundsätzliche Änderung in der Finanzgebarung des Reiches eintreten. Nicht uns trifft die Schuld, wenn nicht damals schon durch Annahme unseres Antrages und damit durch stärkste Maßnahmen auf diesem Gebiet derjenige Zustand vermieden worden ist, den wir heute in seinen Folgewirkungen alle beklagen müssen.

Meine Damen und Herren! Die Regierung Brüning, die mit unserer lebhaften Zustimmung im Frühjahr dieses Jahres ans Ruder kam[10], schien uns allen der Beginn einer Zeit zu sein, die diese unsere grundsätzliche Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik, diese, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, bürgerliche Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik zum Durchbruch bringen würde. Lassen Sie mich ganz offen sagen, daß das starke Vertrauen, das weit über die Kreise der Zentrumspartei in fast allen bürgerlichen Kreisen Deutschlands der Regierung Brüning entgegengebracht wurde, leider durch ihre Tätigkeit bis zu einem gewissen Grade bereits verwirtschaftet worden ist (Sehr richtig!). Ich möchte einmal ein etwas krasses Wort gebrauchen: Die gut staatsbürgerliche Einstellung des Kabinetts Brüning, die es zu Anfang hatte, hat sich immer mehr zu einer spezifischen Zentrumspolitik entwickelt (Sehr wahr!). Das ist schließlich und letzten Endes die Quelle der Differenzen, in denen wir heute auch mit der Regierung Brüning stehen, wie ganz offen festgestellt werden muß.

Das ist schließlich auch die Quelle all der unerquicklichen Vorgänge, die mit dem Rücktritt unseres Freundes Moldenhauer verknüpft sind. Ich will heute über diese

[8] Die Große Koalition unter Hermann Müller (SPD) hatte am 28.6.1928 ihr Amt angetreten, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 5.

[9] Die Reichstagsfraktion hatte am 14.12.1928 den »Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung« eingebracht, siehe RTDrs., Bd. 434, Nr. 704. Der Art. 54 sollte dahingehend abgeändert werden, daß der Reichsregierung zu Beginn ihrer Amtsführung das Vertrauen ausgesprochen werden sollte, das nur mit Zweidrittelmehrheit oder mit einfacher Mehrheit bei der dritten Lesung des Haushalts entzogen werden konnte. Der Abänderungsantrag zu Art. 85 sah vor, daß Ausgabenerhöhungen im Haushalt nur mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats möglich sein sollten, wobei Mehreinnahmen zur Schuldentilgung und für die Bildung von Rücklagen verwendet werden sollten, siehe dazu auch die Begründung von Scholz, NLC 18.12.1928, Nr. 229.

[10] Das Kabinett Brüning I amtierte seit dem 30.3.1930, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 4.

ganzen Dinge nicht sprechen; ich will nicht anklagen, sondern ich will im Gegenteil die außerordentlich starken Verdienste unseres Freundes Moldenhauer hier hervorheben, die er sich im Haag durch seine zähe und kluge Verhandlungspolitik erworben hat[11] (Bravo!). Ich will mit ausdrücklichen Worten den besten Willen anerkennen, mit dem er herangegangen ist an die Übernahme der außerordentlich schwierigen und katastrophalen Erbschaft Hilferdings. Lassen Sie mich im übrigen von diesen Dingen schweigen. Denn nichts ist schädlicher für eine Partei, auch nach draußen hin, als der Streit in ihren eigenen Reihen (Lebhafte Zustimmung). Wenn er einmal nötig geworden ist, dann muß er schnell und rasch durchgeführt werden. Aber nichts ist falscher, als nachher durch lange Leichenreden diese Dinge immer wieder in das Licht der Öffentlichkeit zu stellen (Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Die außerordentlich schwere Verantwortung, die heute auf der Deutschen Volkspartei und insbesondere auf ihrer Vertretung im Reichstag lastet, läßt sich vielleicht durch eine Antithese am besten zur Darstellung bringen. Ich habe vorhin schon gesagt: Wir haben das Kabinett Brüning lebhaft begrüßt und unterstützt, weil es uns der Beginn der Abkehr von sozialistischen Finanzmißwirtschaftsexperimenten zu sein schien, und weil wir nach unserer ganzen Haltung bisher gerade diese Tendenz auf das lebhafteste begrüßen mußten. Wir stehen jetzt vor der Tatsache, daß, wenn auch, was anerkannt werden muß, das Kabinett Brüning stärkste Absicht und stärksten Willen auf diesem Gebiet gezeigt hat, die Wege, die es jetzt geht, mit den unsrigen durchaus nicht übereinstimmen (Sehr richtig!). Es ergibt sich daraus eine schwere und verantwortungsvolle Divergenz für unsere künftige Haltung. Auf der einen Seite wird es im Volke sehr schwer verstanden werden, wenn die Deutsche Volkspartei diese bürgerliche Regierung, die sie im Gegensatz zu der früheren sozialistischen Regierung selbst auf den Schild erhoben hat, im schwersten Moment im Stich läßt. Auf der anderen Seite steht unsere grundsätzliche Auffassung, die wir, wie ich wiederholt betone, nicht erst seit Wochen und Monaten, sondern seit Jahren immer wieder gepredigt haben, die nach unserer Auffassung in dem augenblicklichen Regierungsprogramm der Regierung Brüning nicht zu der notwendigen Erfüllung kommt.

Meine Damen und Herren! So geht es nicht, wie gestern im Reichsausschuß einer der verehrten Diskussionsredner dem Sinne nach gesagt hat: Um Gottes willen keine Reichstagsauflösung, aber strammste Haltung bis zum letzten Augenblick! (Heiterkeit). Das ist die Quadratur des Zirkels, und die vermag selbst die von mir so besonders hochgeschätzte Reichstagsfraktion nicht zu lösen. Sie müssen sich überlegen, wie groß und schwer die Verantwortung gerade der Reichstagsfraktion gegenüber dem Lande, gegenüber unseren Wählern, gegenüber Ihnen allen zur Zeit ist. Und ich glaube schon jetzt sagen zu dürfen: eine gewisse Freiheit des Handelns müssen Sie in diesem Augenblick Ihrer Reichstagsfraktion lassen (Zustimmung). Denn sie ist schlechterdings allein in der Lage, in den wechselnden taktischen und strategischen Momenten, die sich jetzt ergeben werden, die richtige Überlegung des Augenblicks zu finden, sagen wir: die hoffentlich richtige.

[11] An der 2. Konferenz in Den Haag über den Young-Plan (3.–20.1.1930) nahm Moldenhauer als Reichsfinanzminister teil, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 39.

Ich darf versuchen, Ihnen in kurzen Worten den Standpunkt der Reichstagsfraktion zu der augenblicklich akutesten Frage, zu dem Deckungsprogramm der Regierung Brüning[12], zu entwickeln. Was für uns von besonderer Wichtigkeit dabei ist, ist die Frage: wie verhält sich dieses Programm, das neueste Programm der Regierung Brüning, zu dem früheren Programm Moldenhauers? Ich glaube, man kann es kurz dahin charakterisieren, daß in seinen Grundzügen dieses Programm eine Ähnlichkeit mit dem Moldenhauerschen aufweist, daß es auf gewissen Gebieten eine Verbesserung in unserem Sinne bringt, daß es auf anderen Gebieten aber eine wesentliche Verschlechterung entgegen unserer Auffassung darstellt (Sehr wahr!).

Auf einem Gebiete haben wir Anlaß, das neue Programm zu begrüßen. Das ist der von uns stets vorangestellte Punkt der möglichst starken Senkung der Ausgaben. Meine Damen und Herren, an der Spitze jeder Finanzpolitik in schwerer Zeit, ja ich möchte sagen, auch in leichter Zeit, muß die stärkste Beschränkung der Ausgaben stehen. Denn diese Ausgabenbeschränkung ist jede Regierung der Bürgerschaft, die Steuern zu zahlen hat, schuldig. Deshalb müssen wir es mit Dank begrüßen, daß in dem neuen Programm der Reichsregierung eine ganz erheblich höhere Einsparungsmöglichkeit steht als in den bisherigen Programmen, daß die Einsparung sich um rund 100 Millionen vermehrt hat.

Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, daß auch das neue Programm der Regierung denjenigen Punkt enthält, den wir von Anfang an auf das stärkste bekämpft haben. Das ist das früher sogenannte Notopfer, die jetzt sogenannte Reichshilfe.[13] Durch diese Namensbezeichnung wird die Sache nicht besser, sondern sie bleibt genau dasselbe, was sie war. Besser geworden ist sie vielleicht dadurch – auch das muß anerkannt werden –, daß sie sowohl in ihren Sätzen als in ihrem gesamten finanziellen Ertrag ganz wesentlich gegenüber früher herabgesetzt worden ist. Das beseitigt aber nicht die grundsätzlichen Bedenken, die wir gegen diese Art der Besteuerung stets erhoben haben. Lassen Sie es mich ganz offen aussprechen, trotzdem ich alter Beamter und alter Spitzenführer einer Beamtenorganisation bin[14]: Wir haben diese unsere Stellung zum Notopfer nicht eingenommen in erster Linie wegen der schönen blauen Augen der Beamtenschaft, sondern aus ganz grundsätzlichen wirtschaftlichen Erwägungen. Wir haben – das habe ich schon vorhin betont – ganz im Sinne Stresemanns stets gekämpft gegen neue steuerliche Belastungen. Wir mußten umso stärker kämpfen gegen neue einseitige steuerliche Belastungen gewisser Volkskreise, weil darin, abgesehen von der Verletzung des Prinzips, auch noch eine starke Ungerechtigkeit liegt. Aber vordringlich war für uns die Auffassung, daß in diesen finanziell außerordentlich schwierigen Zeiten jede neue Steuerbewilligung nichts anderes darstellt als eine Einnahmevermehrung, und daß damit die große Gefahr verbunden ist, die wir in den letzten Jahren immer und immer wieder erlebt haben, daß diese Einnahmevermehrung in ein Faß ohne Boden geschüttet wird, daß damit der deutschen Wirtschaft im allgemeinen nicht nur nichts genützt, sondern vielleicht geschadet wird (Sehr richtig!).

[12] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 4.
[13] Zur sogenannten »Reichshilfe für Festbesoldete« siehe Dok. Nr. 81, Anm. 6.
[14] Ernst Scholz war bis zum Dezember 1929 Vorsitzender des ca. 100 000 Mitglieder umfassenden Reichsbundes der höheren Beamten, siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 639–646.

Eine weitere sehr wenig lieblich duftende Blüte des neuen Regierungsprogramms im Gegensatz zum Moldenhauer-Programm bedeutet für uns die Erhöhung der Einkommensteuer.[15] Auch sie müssen wir aus der gleichen grundsätzlichen wirtschaftlichen Auffassung ablehnen, die ich mir vorhin zu entwickeln erlaubt habe. Es klingt vielleicht populär, wenn man sagt: Die hohen Einkommen müssen etwas stärker herangezogen werden. Man vergißt da aber die wirtschaftliche Lage Deutschlands, und man vergißt, worauf ich immer wieder aufmerksam machen möchte, das Vergleichsmoment mit unseren Reparationsgläubigern, was späterhin noch einmal eine wesentliche Rolle auch in unserer Außenpolitik spielen wird. Sie wissen selbst, daß selbst der Versailler Vertrag sogar diesen Vergleich steuerlicher Art zwischen Reparationsgläubigern und Reparationsschuldnern immer gezogen hat, und da liegen die Dinge so, daß es kein Land der Welt gibt, das eine so hohe Einkommensteuerbelastung besitzt wie Deutschland, während auf vielen anderen Gebieten die steuerliche Belastung bei uns im Inland – ich weise auf verschiedene ungerechte Steuern hin – noch wesentlich niedriger ist als in vielen Gläubigerstaaten. Aber das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist auch hier, daß jede neue steuerliche Belastung unserer Auffassung nach wirtschaftlich ein Fehlschlag wäre, insbesondere dann, wenn sie, was durch die Art der Besteuerung der höheren Einkommen ganz bestimmt die Folge sein würde, das Moment der Kapitalflucht begünstigt, und wenn sie auf der anderen Seite die Ansammlung von Kapital im Inland, die wir so notwendig brauchen, verzögerte oder verhinderte.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung, die ja eine besonders bedeutungsvolle Rolle im Regierungsprogramm spielt, einige Worte! Wir begrüßen es, daß die Regierung – ich sage endlich – das tut, was wir – auch das dürfen wir mit Befriedigung feststellen – schon seit weit über Jahresfrist mit großer Entschiedenheit verfolgt haben, nämlich diejenigen Sanierungen des Betriebes der Arbeitslosenversicherung vornimmt, die wir schon vor fast anderthalb Jahren im Reichstag mit großer Entschiedenheit gefordert haben.[16] Ich wage zu behaupten, daß, wenn auch dadurch natürlich nicht das Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen an sich unterbunden worden wäre, so doch die finanziellen Verhältnisse der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zweifellos heute besser wären, wenn man schon vor Jahresfrist den Vorschlägen der Deutschen Volkspartei gefolgt wäre. Aber wir wollen damit nicht rechten. Wir wollen es begrüßen, daß diese Sanierungen jetzt kommen, da sie einen Anfang zur Besserung der Dinge darstellen, zur Besserung der Arbeitslosenfrage, die ja doch die Crux unseres gesamten Volkslebens, insbesondere unserer Reichsfinanzen, ist und bleiben wird, wenn anders es nicht gelingt, ganz starke und durchgreifende Reformen auf diesem Gebiete durchzusetzen.

Wir begrüßen – ich wiederhole es – die inneren Sanierungsmaßnahmen, die nunmehr auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung getroffen werden sollen. Aber lassen

[15] Am 1.7.1930 hatte Scholz vor der Fraktion ausgeführt, die Deckungsvorlage enthalte »zwei Gesetze, die wir auf das Schärfste bekämpft haben (Reichshilfe und Einkommenssteuerzuschlag)« und faßte das Ergebnis der mit großer Heftigkeit geführten Debatte zusammen: »Fraktion wendet sich einstimmig gegen Einkommensteuererhöhungen, mit großer Mehrheit gegen Reichshilfe. Ersatz durch Ersparnisse, Kopfsteuer und Kürzung der Überweisungen«, BAK R 45 II/67, p. 253.

[16] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 5.

Sie mich auch hier gleich eine politische Anmerkung machen. Mir ist aus der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses von gestern berichtet worden, daß auch hier schon wieder, und zwar ausgerechnet die Zentrumspartei, an denjenigen Reformmaßnahmen – zunächst allerdings finanziell nicht sehr wesentlich, aber immerhin ins Gewicht fallend – bereits abgestrichen hat, die die Regierung in diesem Punkte vorgelegt hat (Hört! Hört!). Das ist ein nach meiner Auffassung unglaublicher Vorfall, den sich der Herr Reichskanzler Brüning, der ja bekanntlich auch Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag war und in der ganzen Zentrumspartei eine maßgebliche Rolle spielt, meiner Ansicht nach entschieden zu verbitten haben würde. Denn dadurch wird von vorneherein das gesamte Werk der Sanierung der Arbeitslosenversicherung, auf das gerade wir besonderen Wert legen, in ihrem Erfolge wesentlich verschlechtert. Ich kann auch nicht anerkennen, daß solche Maßnahmen des Zentrums geeignet sind, das Zusammengehen der Regierungsparteien, das auch wir wünschen, zu fördern.

Eine schwierige Frage bei der Arbeitslosenversicherung wird die von der Regierung angeforderte Erhöhung der Beiträge darstellen. Wir haben uns immer grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Beiträge gewandt, weil auch sie eine neue Belastung der produktiven Wirtschaft in allen ihren Teilen darstellt. Aber auch wir müssen anerkennen, daß die Finanzlage des Reiches allerdings in erster Linie erfordert, daß die Arbeitslosenversicherung in ihrer Gesamtheit einigermaßen den Finanzen des Reiches angepaßt wird, so daß auch wir uns schweren Herzens entschlossen haben, in eine Erhöhung der Beiträge einzuwilligen. Strittig ist nur noch das Maß dieser Erhöhung. Ich darf auf der anderen Seite Ihnen sagen, daß wir auch unter Umständen sogar bereit wären, das eine Prozent Beitragserhöhung zu schlucken, wenn uns demgegenüber eine für uns sehr bedeutungsvolle Zusicherung gemacht wird. Das ist der Wegfall des bekannten § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der die unbeschränkte Zuschußpflicht des Reiches vorsieht. Solange diese unbeschränkte Zuschußpflicht des Reiches besteht, ist überhaupt kein Etat des Reiches jemals in Ordnung zu bringen (Sehr richtig!). Damit hört jede Etatsicherheit, jede Möglichkeit der Kalkulation auch für künftige Fälle, ich möchte sagen, jede Aufstellungsmöglichkeit eines gesunden Haushalts überhaupt auf. Und wenn es uns gelingt, diese unsere grundsätzliche Forderung durchzusetzen, so könnte ich mir denken, daß wir auf dem Gebiet der Beitragserhöhung zu Konzessionen bereit wären.

Im übrigen stelle ich mir – und, wie ich annehmen darf, mit mir die Reichstagsfraktion – die Dinge etwa folgendermaßen vor. Wir werden im wesentlichen Sturm zu laufen haben einmal gegen das einseitige und in der Form einer Besteuerung erhobene Notopfer, die sogenannte Reichshilfe. Das entspricht unserer bisherigen einmütigen Haltung in Partei und Fraktion. Wir werden ferner unserer ganzen wirtschaftlichen Auffassung nach Sturm zu laufen haben gegen die Einkommensteuererhöhung. Auch dieses Projekt widerspricht der grundsätzlichen wirtschaftlichen Gesamtauffassung der Partei. Wir müssen selbstverständlich in der verantwortlichen Lage, in der wir uns nun einmal befinden, uns überlegen, daß, wenn wir der Regierung auf der einen Seite etwas nehmen, wir auf der anderen Seite die Verpflichtung haben, ihr auch zu sagen, wie dieser Fehlbetrag eingebracht werden soll.

Nun, ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: In erster Linie muß bei allen diesen Überlegungen die Frage stehen: Wie kann ich die Ausgaben so stark wie möglich

senken? Wir glauben, daß in dieser Beziehung das Maß des Möglichen noch nicht erreicht ist (Sehr richtig!). Ohne mich mit den Vorschlägen des Hansa-Bundes, die Ihnen zum größten Teil bekannt sein werden, irgendwie zu identifizieren, möchte ich mir doch erlauben, darauf hinzuweisen, daß der Hansa-Bund auch noch heute in seinen begründeten Veröffentlichungen auf dem Standpunkt steht, daß ungefähr 800 Millionen am Etat auch heute noch gespart werden können.[17] Das halte ich für übertrieben. Aber wenn auch nur ein Viertel, ja nur ein Fünftel dieser Summe richtig wäre, so würde das schon eine ganz erhebliche Vermehrung der Einsparungsmöglichkeiten für den Etat bedeuten. Und lassen Sie mich auch das ruhig sagen: Wenn es möglich war, in kürzester Frist, in einer Frist von wenigen Tagen, ja wie manche behaupten, von wenigen Stunden, die Einsparungsmöglichkeiten des, um es kurz zu sagen, Moldenhauerschen Programms um beinahe 100 Millionen zu erhöhen, so liegt, glaube ich, der Schluß nahe, daß es dann auch möglich sein sollte, diese 100 Millionen noch um weitere, sagen wir bescheiden, 50 Millionen zu erhöhen. Deshalb wird nach meiner Auffassung unsere erste Forderung zu richten sein auf weitere Ersparnisse im Etat, die vielleicht mit 50 Millionen zum Ausgleich der entfallenden Einkommensteuer, die wir bekämpfen, dienen könnten.

Und was das Notopfer oder die Reichshilfe betrifft, so setzen wir an deren Stelle unseren alten Vorschlag, die Erhebung eines Kopfbeitrages durch die Gemeinden unter gleichzeitiger entsprechender Kürzung gerade der auch im Reichshaushalt in die Erscheinung tretenden Überweisungen an die Länder und Gemeinden.[18] Ich brauche Ihnen die Vorzüge dieses Kopfzuschlags, der natürlich auch Nachteile hat, nicht erneut vorzutragen. Das haben Sie schon oft gehört. Ich will nur auf eines hinweisen. Es kann leider keinem Zweifel unterliegen, daß die notwendige Sparsamkeit, die wir im Reich mit allen Mitteln zu erreichen bestrebt sind, in den Ländern und insbesondere in den Gemeinden noch nicht zu dem wünschenswerten Durchbruch gekommen ist (Sehr richtig!). Ich brauche nur zwei Dinge zu erwähnen, die mir als altem Oberbürgermeister sehr wohl bekannt sind. Das sind einmal die übersteigerten Gehälter der höheren und höchsten Beamten in den Kommunen (Sehr richtig!). Wenn heutzutage jede kleine Stadt, möchte ich sagen, ihren Bürgermeister mit annähernd 20 000 RM besoldet, so ist das eine absolute Übersteigerung dieser Begriffe[19] (Sehr richtig!). Und noch etwas anderes. Wir leiden im Reich bezüglich der Arbeitslosigkeit vielleicht weniger unter den Sätzen der Arbeitslosenversicherung als unter den Fürsorgesätzen der Gemeinden, die häufig weit höher sind, als es die Verhält-

[17] In einem Schreiben vom 14.6.1930 an den Reichskanzler hatte der Hansa-Bund Einsparungen im Reichshaushalt von 800 Millionen RM gefordert, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 21.

[18] Zu den Plänen der Einführung einer allgemeinen Bürgersteuer siehe Dok. Nr. 78, Anm. 29. Der Bürgersteuergesetzentwurf, auf den sich das Kabinett am 9.7.1930 einigte (RTDrs., Bd. 443, Nr. 2363), ermächtigte die Gemeinden, von den in der Gemeinde lebenden wahlberechtigten Personen eine Steuer von mindestens 6 RM (Ehepaare 9 RM) im Rechnungsjahr zu erheben. Nicht bürgersteuerpflichtig waren u.a. Personen, die laufend öffentliche Fürsorge empfingen; ab dem 1.4.1931 waren die Gemeinden verpflichtet, die Bürgersteuer zur Senkung der Realsteuern zu verwenden.

[19] Bereits am 24.6.1930 hatte die Reichstagsfraktion in einem Schreiben an Brüning die Senkung der Personalausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden gefordert, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 54.

nisse erlauben[20] (Sehr richtig!). Auch da könnte nicht nur, sondern müßte im Interesse der Arbeitsmoral und der Arbeitsfähigkeit Deutschlands erheblich gespart werden. Ich darf Ihnen sagen, daß ich noch vor kurzem von unserem Parteifreund Jorsch (?)[21], der jetzt unbesoldeter Stadtrat in Berlin ist, der im Berliner Magistrat unsere Partei wirkungsvoll vertritt, eine Mitteilung bekommen habe, wonach in Berlin heute die Fürsorgesätze für einen Arbeiter mit drei und mit vier Kindern um 1,50 RM bzw. 75 Pfg. im Monat den höchstmöglichen Lohn des betreffenden Mannes übersteigen (Hört! Hört!). Das sind offizielle Mitteilungen eines Magistratsmitgliedes, die bisher nicht angefochten werden konnten. Daß bei solchen Tatsachen der Arbeitswille im deutschen Volk allmählich überhaupt zugrunde gehen muß, ist doch klar, und daß man in dieser Beziehung vom Reiche aus einsetzen muß durch die stärkste Einwirkung auf die Gemeinden, indem man die Überweisungen an die Länder und Gemeinden kürzt, scheint mir eine absolut notwendige Forderung zu sein. Dabei soll gar nicht verkannt werden, daß auch die Gemeinden sich zum großen Teil in außerordentlich schwierigen Verhältnissen befinden. Aber das ist nun einmal das Los unserer Gesamtheit in Deutschland, und ich glaube, in einer solchen Lage muß jeder, muß das Reich, müssen die Länder, müssen aber auch die Gemeinden zu ihrem Teil dazu beitragen, daß wir wieder zu besseren Verhältnissen kommen.

Meine Damen und Herren! So stellt sich also das Problem in Bezug auf die augenblickliche Regierungsvorlage für uns ganz kurz so dar: Wir werden, wie ich glaube, bezüglich der Behandlung der Arbeitslosenversicherung mit der Regierung zu einer Verständigung auf dem angedeuteten Wege kommen können. Wir werden von der Regierung verlangen müssen, daß sie die Reichshilfe und daß sie die Einkommensbesteuerung ersetzen läßt durch unseren Vorschlag der Kopfbesteuerung in den Gemeinden, die man auch heute schon – das heißt natürlich mit einer gewissen Wirkung für die Inkraftsetzung – gesetzlich festlegen kann. Ich erwähne das besonders, weil die Regierung erklärt, das könnte sie erst zu einem späteren Zeitpunkt machen, sie selbst sei aber grundsätzlich auch für eine derartige Regelung. Ich glaube, wenn die Differenz nur noch in dem Zeitpunkt der Inkraftsetzung dieser Dinge liegt, so sollte sie sich mit einer verständigungsbereiten Regierung wohl überbrücken lassen. Deshalb sehe ich auf diesem Wege auch die Möglichkeit einer Verständigung mit der Reichsregierung, die – das möchte ich zum Schuß dieses Kapitels betonen – auch, glaube ich, im Zuge unserer volksparteilichen Auffassung insgesamt liegen sollte. Wir sind verständigungsbereit, wenn uns von der anderen Seite auch nur einigermaßen und, wie ich glaube, dargelegt zu haben ohne Opfer prinzipieller Überzeugung, entgegengekommen wird.

[20] Die Ausgaben der Gemeinden für die Wohlfahrtsunterstützung waren seit 1928 steil angestiegen. Materiell wurden die Richtsätze für die Höhe der Zuwendungen unter Berücksichtigung der örtlichen Lebenshaltungskosten festgelegt, so daß die Höhe der Unterstützungssätze regional stark schwankte, siehe dazu Stephan Leibfried, Existenzminimum und Fürsorge-Richtsätze in der Weimarer Republik, in: Christoph Sachße/Florian Tennstedt (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialarbeit 4 (1981), S. 469–523; Preller, S. 418ff., Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 25ff.; zu den Belastungen der Gemeindehaushalte durch die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen siehe Heindl, S. 222f.

[21] So in der Vorlage.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte über einige andere aktuelle Fragen sagen, die nicht mit dem akuten Zustand der Regierung und des Regierungsprogramms zusammenhängen. Wenn ich sage: zusammenhängen, so ist dieser Ausdruck vielleicht falsch; ich möchte lieber sagen: sehr innig zusammenhängen. Die eine Frage ist die Frage der Reichsreform.[22] Ich habe schon vor kurzem ausgesprochen: Niemals scheint mir der Augenblick günstiger zu sein zur Inangriffnahme einer umfassenden Reichsreform als heute (Zustimmung). Wir haben in der Wirtschaft seit langen Jahren trotz stärkster steuerlicher und sozialer Bedrückung den Willen zur Selbsthilfe bekundet, und zwar durch schärfste Rationalisierung, die unter Umständen sehr schwer gefallen ist – mir sind viele Beispiele auf diesem Gebiete bekannt –, und die auch nicht abging ohne stärkste, vielleicht auch personelle Rücksichtslosigkeiten, die nun einmal mit den Dingen verknüpft sind. Die Wirtschaft, die auf diesem Gebiet durch Selbsthilfe und Rationalisierung vorangegangen ist und die in ihrem weitesten Umfang doch schließlich der Steuerträger des Reiches ist, hat den Anspruch darauf, daß auch die Firma Deutschland, um einen Ausdruck unseres verstorbenen Freundes Kulenkampff zu gebrauchen, so sparsam und rationell verwaltet wird, wie es irgend möglich ist. Und das wird man sagen können, ohne unserem Deutschen Reich zu nahe zu treten: Es gibt keinen Staat auf der Welt, der so unrationell verwaltet wird wie Deutschland (Sehr richtig!). Und dafür zu sorgen, daß auf diesem Gebiet jetzt die stärksten Anstrengungen gemacht werden, Anstrengungen, die bei der heutigen Einstellung des Volkes gegenüber diesen Dingen auch von Erfolg begleitet sein können, ist in erster Linie auch Sache unserer Deutschen Volkspartei (Bravo!).

Ein weiteres Wort zu einer Frage, die in der letzten Zeit die Gemüter stark bewegt hat. Das ist die Frage der, sagen wir, Parteierneuerung. Sie wissen, daß ich seit unserem Parteitag in Mannheim[23], ja schon vorher, die stärksten Anstrengungen gemacht habe, um auf diesem Gebiet eine Sammlung derjenigen Parteien herbeizuführen, die gewillt sind, sich auf staatsbürgerlichen Boden zu stellen und gemeinsam positiv am Staate mitzuarbeiten. Ich muß unter lebhafter Anerkennung der Haltung der Wirtschaftspartei, die bis zum letzten Augenblick bereit war, in dieser Beziehung mit uns zusammenzugehen, feststellen, daß es die Schuld der Demokratischen Partei und der Volkskonservativen Vereinigung war (Hört! Hört!), wenn diese Einigung – zunächst nur auf dem Gebiet der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, aber mit weiteren Zielen – nicht zustande gekommen ist.[24] Ich hoffe, ich wage diese Hoffnung auszusprechen, daß gerade das Ergebnis der Sachsenwahlen, das wieder die unheilvolle Zersplitterung im bürgerlichen Lager jedem deutlich vor Augen geführt hat, vielleicht auch die anderen Parteien veranlassen wird, eine gewisse innere Einkehr zu halten. Ich wage diese Hoffnung auszusprechen, trotzdem ich alter Skeptiker bin. Jedenfalls darf ich sagen: Wir von der Deutschen Volkspartei – und insbesondere ich kann es für meine Person auf das lebhafteste versichern – dürfen es nicht ablehnen, diesen Versuch zu erneuern. Denn wenn wir nicht ein stärkeres Interesse der staatsbürgerlichen Kreise an der Möglichkeit – ich drücke mich bescheiden aus – der Zusammenballung stärkerer Kräfte erzielen, dann züchten wir immer mehr das, was

[22] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 11.
[23] Der 8. Parteitag der DVP hatte vom 21.–24.3.1930 in Mannheim stattgefunden.
[24] Die Verhandlungen mit der DDP und der Volkskonservativen Vereinigung waren Ende Mai 1930 vorerst gescheitert, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 20.

ja das Unglück bürgerlicher Politik von jeher war, nämlich das mangelnde Interesse an den Staatsgeschäften, das sich schließlich ausdrückt in der Wahlmüdigkeit, durch die die bürgerlichen Parteien noch immer gegenüber den, allgemein gesprochen, sozialistischen Parteien unterlegen sind.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auch ruhig einmal folgendes aussprechen. Das deutsche Volk und ein deutsches Bürgertum, das so stark seine staatsbürgerlichen Pflichten vernachlässigt, wie wir das leider bei den letzten Wahlen erfahren mußten, verdient, daß man sich ernstlich einmal die Frage der Wahlpflicht überlegt[25] (Sehr richtig!). Ich will Ihnen das heute nicht als einen Vorschlag unterbreiten, ich will es nur in diesen allgemeinen Gedankengang einmal stellen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wir haben, wie ich zu Anfang erwähnte, allen Anlaß, unsere Parteiarbeit auf das stärkste zu intensivieren. Wir haben allen Anlaß, auch mit den Parteien, die im wesentlichen auf gleicher Grundlage mit uns arbeiten wollen, zu einer stärkeren inneren Verbindung zu kommen. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß es schließlich doch noch gelingt, eine solche staatsbürgerliche Einigung auf breiterer Basis zu erreichen. Aber lassen Sie mich ganz offen aussprechen – und wir können das in diesem Augenblick tun, um doch eine Hoffnung für die Zukunft zu haben –: Auch diese Einigung wird sich nach meiner Auffassung vollziehen im allgemeinen auf denjenigen Grundlagen, die auch bisher die Grundlagen der Deutschen Volkspartei gewesen sind. Ich gehöre durchaus nicht zu denen – das möchte ich Ihnen ausdrücklich heute hier erklären –, die an der Zukunft unserer Partei verzweifeln. Nur dessen Zukunft ist verzweifelt, der an sich selbst verzweifelt, und dazu haben wir auch nach dem Ausgang der Sachsenwahlen, die in vieler Beziehung unter einem ungünstigen Stern standen, durchaus keine Veranlassung. Ich bin der ehrlichen Auffassung, daß der nationale und liberale Gedanke, den wir vertreten, auch in Zukunft seine Zugkraft bewahren wird. Es wird heute häufig davon gesprochen, daß der liberale Gedanke kein Gegenwartswert mehr sei. Vielleicht ist das bis zu einem gewissen Grade richtig, wenn man unter Gegenwart die augenblickliche geradezu katastrophale wirtschaftliche Notlage unseres Volkes versteht. Daß in solchen Augenblicken die Gedanken sich von weiteren Idealen abwenden und sich lediglich konzentrieren auf die Fragen des Tages, auf die Frage der wirtschaftlichen Gesundung, ist vollkommen klar. Aber auf die Dauer und in die Ferne gesehen, werden wir in Deutschland – das ist meine Hoffnung für die Deutsche Volkspartei – eine gleichzeitig nationale und liberale Partei nicht entbehren können (Bravo!).

Wir brauchen darüber hinaus und abgesehen von der grundsätzlichen Tendenz nach diesen beiden Richtungen, national und liberal, aber auch eine bürgerliche Partei, die weder gesinnungslos hinter der sozialistischen Auffassung herläuft – Sie wissen, wen ich damit meine –, und wir brauchen ebenso eine Partei, die nicht in unfruchtbarer Negation verharrt und die positive Arbeit am Staat ablehnt und erschwert – Sie wissen auch, wen ich damit meine –, und wir brauchen eine Partei, die getreu ihren alten

[25] Die DVP-Fraktion leitete dem Reichstag am 11.7.1930 einen Gesetzentwurf zur Erhöhung des Wahlalters auf 25 Jahre zu, siehe RTDrs., Bd. 443, Nr. 2324. In den Kabinettsberatungen am 19.8.1930 über den Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform sprach sich auch Brüning prinzipiell für eine Wahlpflicht aus, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 102.

nationalen und liberalen Grundsätzen, an denen wir festhalten, versucht, das deutsche Volk auch über die Schwere des Tages und über die unendlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Augenblicks hinüberzubringen zu besseren und zu gesünderen Zeiten. Wir haben die Anstrengungen auf diesem Gebiete seit zwei Jahren immer wieder erneuert und fortgesetzt. Wir werden sie fortsetzen, um dem Volke diejenigen Grundlagen zu geben, auf denen es später auch wieder einmal weiterreichende Ideale aufbauen kann.

Lassen Sie mich mit dem Bekenntnis schließen: Wir wollen uns durch die Ungunst der Sachsenwahlen nicht davon abbringen lassen, unsere grundsätzlichen Auffassungen nach wie vor im deutschen Volke zu vertreten. Wir wollen uns stärken lassen durch diesen Mißerfolg, wie wir ausdrücklich aussprechen, in der Notwendigkeit der stärksten Arbeit an Volk, Staat und Partei, durch Stresemanns »Arbeit und Opfer!«, Arbeit an und in der Partei, Opfer jedes Einzelnen, aber glauben an unsere Ideale, glauben an die Zukunft der Deutschen Volkspartei, an die Zukunft unseres Vaterlandes (Lebhafter Beifall).

Bevor wir in die Besprechung eintreten, hat Freund Glatzel gebeten, eine Erklärung zur Tagesordnung abgeben zu dürfen.

Herr Glatzel: Meine Damen und Herren! Auf der Tagesordnung, die ursprünglich für die Zentralvorstandssitzung vorgesehen war, stand als Punkt 2 die Satzungsberatung. Ich und mit mir meine näheren Freunde sind der Meinung, daß die Frage der Aktivierung der Partei so wichtig ist, daß es außerordentlich zu bedauern ist, daß dieser Punkt erneut von der Tagesordnung fortgefallen ist, und zwar ohne jede Begründung, nachdem man bereits auf der Zentralvorstandssitzung in Mannheim die Erörterung dieses Punktes vermißt hat.

Wenn meine Freunde und ich hinausgehen ins Land und bei der allgemeinen Ermüdung, die im Publikum gegenüber den staatspolitischen Parteien besteht, damit zu wirken suchen, daß wir erklären, daß starke Kräfte innerhalb der Partei für eine Aktivierung und Erneuerung wirken, dann ist es für uns unerklärlich, daß wir darin gewissermaßen Lügen gestraft werden, indem diese Politik sich praktisch in der Partei nicht durchsetzt, und daß die Erörterung dieses Punktes immer wieder, ich möchte milde sagen, verschoben wird. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß dafür irgendwelche technischen Gründe angeführt werden. Ich möchte aber zusammenfassend sagen, daß es unerträglich ist, die Aktivierung der Partei ständig auf die lange Bank zu schieben, nachdem wir seit zwei Jahren, auch von der Spitze der Partei aus, ausgesprochen haben, daß die Verjüngung und Aktivierung der Partei eine Notwendigkeit ist. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, diese Erklärung im Namen meiner Freunde abzugeben (Beifall).

Vorsitzender Dr. Scholz: Ich kann zu dieser mir sehr erwünschten Erklärung meines Freundes Glatzel nur sagen, daß es durchaus dem Wunsche der Parteileitung entspricht. Wir sind nur genötigt worden, durch eine ganze Reihe von Wahlkreisen, die beantragt haben, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der politischen Erörterungen usw. diese Dinge zurückzustellen, uns diesen Wünschen zu fügen. Aber wir sind sehr gern bereit, und wir folgen gern der Auffassung des Herrn Kollegen Glatzel, so schnell wie möglich diese Sache zur Bereinigung zu bringen, wobei ich allerdings an Sie alle die dringende Bitte richten möchte, Einzelwünsche zurückzustellen und nach

aller Möglichkeit nun einmal den Beschluß des Organisationsausschusses, den sämtliche Gremien der Partei außer dem Zentralvorstand bereits bejaht haben, auch zu dem Ihrigen zu machen. Denn wenn wir immer wieder Anträge aus den verschiedensten Wahlkreisen bekommen, die sich zum Teil widersprechen, dann können wir allerdings diese Satzungsänderung auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben. Darum bitte ich Sie: Üben Sie eine gewisse Zurückhaltung, dann werden Sie umso leichter mit uns das allgemein erstrebte Ziel erreichen, sobald wie möglich in den Besitz der neuen Satzung zu kommen.

Wir treten nun in die allgemeine Besprechung ein.

Herr Dingeldey: Sehr verehrte Parteifreunde! Wir sind hier im Zentralvorstand versammelt am Krankenbett der Partei, und ich glaube, selten, ich kann sogar sagen niemals seit der Neugründung der Partei, war eine Tagung für ihre Zukunft, für die Neuerweckung der Kräfte in ihr so entscheidend wie die heutige. Gehen wir von hier weg, ohne erfüllt zu sein mit dem inneren Glauben an die Möglichkeit, Kräfte im Volk für unsere Gesinnung werben und erwecken zu können, dann schreitet der Prozeß der Krankheit, und zwar der tödlichen Krankheit, der Sepsis, in der sich die Partei heute befindet, in erschreckendem Tempo fort (Sehr wahr!). Wie es uns geht, so geht es ja dem Vaterlande. Wir wissen ja alle, daß Staat und Wirtschaft und Volk sich wieder in einem Zustand des schleichenden Fiebers befinden. Ein kurzes Aufflackern von Vertrauen, das die Berufung des Kabinetts Brüning erzeugte, ist ein Beweis dafür, wie selbst in einer so von wirtschaftlichen Sorgen und harten materiellen Dingen überschatteten Zeit allein die imponderabilen Kräfte imstande sind, zunächst einmal wieder ein gewisses Maß von Vertrauen zu schaffen. Und der heutige Zustand der Dinge beweist, wie leicht es ist, dieses erworbene Vertrauen, das sich auf imponderabile Kräfte stützt, zu zerstören, indem man die Imponderabilien verkennt (Sehr wahr!).

Meine verehrten Parteifreunde! Man vergleicht die heutige Zeit gern mit dem Jahre 1923: die gleichen Nöte, die gleiche Resignation, die gleiche Hoffnungslosigkeit, die gleichen Zerfallserscheinungen. Gewiß, soweit stimmt der Vergleich, aber ich wage zu sagen: Die heutige Lage ist um soviel schlimmer, weil damals ein sichtbares Ereignis, die fremde Gewalttat nämlich, den zündenden Funken ins Volk zu schleudern vermochte, an dem sich eine einheitliche Zusammenfassung der Kräfte ermöglichen ließ. Heute bieten die Tatsachen an sich, heute bietet der Zustand des staatlichen Empfindens in den weitesten Schichten des Volkes nichts mehr von derartigen Kräften. Deshalb, sage ich, ist es die Pflicht der Staatsführung, aus dieser Atmosphäre des Zerfalls, der Resignation, der Auflösung des Staatsgefühls heraus in eine, wie ich mich ausdrücken möchte, heroische Atmosphäre gewaltsamer Aufraffung der Kraftanstrengung des gesamten Volkes hinüberzuführen (Sehr richtig!).

Das kann nicht geschehen, indem man mit einem Programm wie dem heutigen Regierungsprogramm oder dem Moldenhauerschen Programm, indem man mit einzelnen Maßnahmen vor das Volk tritt; das kann nur geschehen, wenn man mit dem ganzen Pathos eines leidenschaftlichen Staatsmannes den furchtbaren Ernst der Dinge schonungslos dem ganzen Volke vor Augen führt, und wenn man daran knüpft den Versuch, die Kräfte, nun dieser entsetzlichen Dinge Herr zu werden, zu wecken. Ob das gelingt, ob wir schon so weit sind, daß es nicht möglich ist, mit solchen

Methoden die Nöte zu wenden, vermag keiner von uns endgültig entscheiden. Aber eines kann man sagen: Ohne daß dieser Versuch gemacht wird, ohne daß dieser gewaltige Ernst von der Staatsführung dem Volke vor Augen gestellt wird und daran die unerbittlichen, unausbleiblichen, die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens und Staatsaufbaues angreifenden Maßnahmen geknüpft werden, ohne daß nicht wenigstens dieser Versuch unternommen wird, ohne das hat man nicht das Recht, mit den Teilmaßnahmen vor die Öffentlichkeit zu treten, die wir heute sehen.

Das ist der Kernpunkt der Differenzen zwischen Partei und Staatsführung, zwischen Fraktion und unserem Freunde Moldenhauer. Wir wissen, wir sind mit ihm in der Beurteilung vollkommen einig gewesen. Zahllose Aussprachen haben uns davon überzeugt. Auch er sah die Dinge genauso wie wir. Aber er wie das Gesamtkabinett haben geglaubt, wegen der parlamentarischen Schwierigkeiten, wegen der harten Dinge, die sich im Raume stoßen, davor zurückweichen zu sollen, zunächst einmal mit diesem gewaltsamen Vorstoß die Nebeldecke der Resignation und der Zersetzung, die heute über dem Volke liegt, zu durchstoßen. Und weil das nicht versucht worden ist, deshalb fehlt dieser ganzen Aktion jegliche Überzeugungskraft gegenüber dem Volk (Sehr richtig!). Und weil ihr die Überzeugungskraft fehlt, deshalb ergibt sich nun eine fehlerhafte Folge aus der anderen. Beginnt man nur mit Teilmaßnahmen bei diesem Gesamtbefunde, über den sich alle einig sind, dann besteht die Gefahr – die meisten von uns werden sagen: das ist selbstverständlich und unausbleiblich –, daß diese Teilmaßnahmen sich als unwirksam erweisen werden, und daß infolgedessen nur neue Kräfte des Volkes verpulvert, daß neue Zersetzungserscheinungen hervorgerufen werden und daß die Krankheit nicht geheilt, sondern an den Symptomen mit unzureichenden Mitteln herumkuriert wird. Deshalb glaube ich, die Partei kann gar nicht anders, wenn sie die Dinge ähnlich sieht, wie ich es eben geschildert habe, als daß sie grundsätzlich, von dieser Beurteilung der Dinge ausgehend, den Standpunkt für sich, für ihre Anhänger und gegenüber dem gesamten Volke aufstellt und durchhält.

Meine verehrten Freunde! Damit allein aber – lassen Sie mich das offen aussprechen – ist der Partei nicht geholfen. Sie wissen ganz genau, daß im Lande draußen über alle die Einzelmaßnahmen, die jetzt vorgeschlagen sind, Beamtenbesteuerung und ähnliche Dinge, die gegensätzlichsten Meinungen in jeder Ortsgruppe mühelos hervorgerufen, daß ganze Abende damit verschwendet werden können, indem sich die verschiedenen Teile der Partei in ihren Einzelinteressen gegeneinander stellen. Das Entscheidende auch für die Partei – das darf ich in einem kritischen Sinne aussprechen – ist, ob es ihr gelingt und ob es ihr gelungen ist oder gelingen wird, mit dem Maße von Stoßkraft, mit dem Maße von Leidenschaftlichkeit und Ernst den Gesamtzusammenhang der Dinge herauszustellen in der Öffentlichkeit (Sehr wahr!). Wenn der Eindruck erweckt wird, als ob die Deutsche Volkspartei sich hier schützend vor das Beamtentum stellt, wenn der Eindruck erweckt wird, als ob für uns der Vergleich zwischen Reallohn und Beamtengehalt irgendwie von Bedeutung in diesem Zusammenhang der Dinge wäre, dann ist die Sache verkehrt (Sehr richtig!). Notwendig ist, daß draußen auch bei unseren Anhängern und darüber hinaus der Glaube entsteht: hier ist tatsächlich aus tiefster, ernstester Würdigung des Zustandes unseres Volkes und seiner Wirtschaft eine Partei vorhanden, die nicht um einer Einzelschicht willen, nicht um irgendwelcher Einzelinteressen willen, sondern eben aus

dem Gesamtzusammenhang der Dinge heraus, um des Lebens unseres Volkes willen sich zu diesen grundsätzlichen Maßnahmen bekennt und auch ihre Existenz dafür aufs Spiel zu setzen bereit ist (Bravo!).

Meine verehrten Parteifreunde! Damit komme ich zu etwas anderem. Ich habe den Eindruck, und ich fürchte, daß die meisten von Ihnen dem zustimmen müssen, daß draußen im Lande unter den Tausenden, die unsere Ortsgruppensitzungen, unsere Mitgliederversammlungen besuchen, die also nicht bloß im losen Zusammenhang der Wählerschaft, sondern in dem etwas engeren Zusammenhang der Mitgliedschaft zur Partei stehen, eine klare Vorstellung von dem, was eigentlich die Lebensberechtigung dieser Partei in ihrer heutigen Erscheinung ist, nicht vorhanden ist (Sehr wahr!). Wir haben, verehrte Freunde, – ich habe es oft ausgesprochen und darf es auch heute einmal sagen – das unschätzbare Glück gehabt, in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Gegensätze andere Parteien schon zersetzten und zerstückelten, durch die lebendige Kraft einer leidenschaftlichen Führerpersönlichkeit immer wieder zusammengefaßt zu sein, ungeachtet dieser Schwierigkeiten, die auch bei uns vorhanden waren. Das war unser Glück im einen Sinne; es war natürlich auch ein Unglück im anderen Sinne. Denn es ist natürlich in demselben Augenblick, wo eine so gewaltige zusammenfassende Kraft fehlt, ganz naturgemäß, daß umso stärker die Reaktion, die Ernüchterung ihr Recht verlangt. Und Aufgabe der Partei, Aufgabe der Parteiführung, Aufgabe aller verantwortungsbewußten Führer innerhalb der Partei muß es sein, nun zu suchen, dieser Partei das lebensnotwendige Element einer inneren Hingabe an eine Gemeinschaft wieder zu erleichtern (Sehr gut!).

Ich sage ganz offen, ich sage es auch den Herren aus dem Wirtschaftsleben hier ganz offen: Damit, daß wir in der Frage des Notopfers, in der Frage der Arbeitslosenversicherung oder welches die Dinge auch sein mögen, seit zwei Jahren das Richtige getan oder das Unrichtige getan haben, bekommen wir diese innere Hingabe einer Bewegung im Volke nicht zustande. Wir werden mit Forderungen, wie sie bisher im Vordergrund unserer gesamten parlamentarischen und politischen Tätigkeit gestanden haben, das Schicksal der Partei nicht wenden, so richtig diese Forderungen im einzelnen sein mögen, sondern wir werden das nur zu tun imstande sein, wenn wir den Versuch machen, – und nun muß ich mich notgedrungen in ganz allgemeinen Redewendungen bewegen – die gewaltigen Aufgaben zu erkennen, die durch die Tatsachen uns gestellt sind, daß vielleicht nach dem ersten Jahrzehnt nach der Revolution nun die Zeit beginnt, wo dieser neue Staat, der bisher nur notdürftig gerettet werden konnte vor den Drangsalen von außen, im Innern aufgebaut und erst stabilisiert wird, wo also das Volk erfüllt wird mit irgendeiner Staatsidee, die wir bisher, weil unsere Kräfte anderen Aufgaben gewidmet waren, nicht herausstellen konnten.

Nun ein Weiteres! Wir haben, verehrte Parteifreunde, in den letzten Monaten mit aller Energie im Vordergrund unserer Erwägungen und Kämpfe für die finanzpolitischen Fragen gestritten, und ich habe Sie vorhin absichtlich in den Gesamtzusammenhange der Dinge gestellt. Aber ich habe auch mit unerbittlicher Schärfe meine Auffassung von der Gestaltung der Dinge, wie sie jetzt durch uns versucht und wie sie mit aller Konsequenz durchgehalten werden muß, ausgesprochen. Ich kann nicht im Verdacht stehen, daß ich nicht erkannt hätte, daß wir einig sein müssen, eben aus diesen sachlichen Überzeugungen heraus mit den Stimmen, die aus dem Wirtschaftsleben, die von den Führern der Wirtschaft an unser Ohr dringen. Aber ich sage nun

etwas anderes: Täuschen wir uns und täuschen die Führer der Wirtschaft sich doch nicht darüber, daß durch die gesamten Kreise des Bürgertums, daß durch die weitesten Kreise des deutschen Volkes eine antikapitalistische Welle ganz eindeutiger Prägung geht. Das ist die Folge tiefgreifender soziologischer Veränderungen, und das ist die Folge der Zerstörung des Mittelstandes, die Folge der gewaltigen Zunahme der abhängigen Existenzen aller Art in unserem Wirtschaftsleben.[26] Es ist die Aufgabe und die Verantwortung der Wirtschaftsführer, und es ist die Aufgabe und die Verantwortung in erster Linie der Deutschen Volkspartei, den Weg zu finden, die Synthese zwischen diesen jetzt in ein antikapitalistisches Fahrwasser geratenden, für den Aufbau des Volkes unentbehrlichen Kräften und unserer alten Wirtschaftsauffassung zu finden.

Ich kann nichts Positives im Augenblick darüber sagen. Was ich will ist, daß ich dieses Problem herausstelle, daß ich sage: Das ist die Zentralfrage bei der Behandlung dieser ganzen Dinge. Sie muß von der Partei, sie muß von ihren Führern, und sie muß auch von den Führern des Wirtschaftslebens erkannt und erfaßt werden. Denn sonst gehen die Räder der Zeit über sie und ihre Anschauungen unerbittlich hinweg. Ich darf sagen: Mit der alten Parole der Privatwirtschaft, mit der alten Parole der Freiheit der Wirtschaft werden Sie dieser Dinge heute nicht mehr Herr. Für sie werden Sie kein Millionenheer irgendwie in den innerpolitischen Kampf mehr führen können, wenn Sie es nicht verbinden mit den Fragen, die durch diese neuen Zustände in unserem Volk in völlig veränderter und grundsätzlich veränderter Form sich nun gestaltet haben.

Und nun ein Letztes! Ich habe vorhin von den Imponderabilien gesprochen. Auch für uns gilt selbstverständlich das Gleiche. Nicht nur die parlamentarisch taktische Tätigkeit ist das Entscheidende. Ja, ich wage zu sagen: Selbst eine verkehrte parlamentarische Taktik wäre nicht so schädlich, wenn ihr gegenüberstände diese Kraft von innen heraus, die eine lebendige Bewegung tragen kann. Und weil uns das abhanden gekommen ist, ist es so notwendig, daß auch wir an diese Imponderabilien denken. Und in diesem Zusammenhang bedauere ich namens meiner südwestdeutschen Freunde und, wie ich weiß, auch namens der Freunde aus den Wahlkreisen Koblenz-Trier und all der Wahlkreise, die von der Besatzung aufs stärkste betroffen waren, aufs tiefste, daß die Partei ein Ereignis, das ihr ein gütiges Geschick in der schwierigsten Lage in den Schoß warf, so ungenutzt hat vorübergehen lassen (Stürmische Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Ich verstehe vollkommen die ernsten verantwortungsvollen Überlegungen unseres Freundes Scholz, von denen er vorhin gesprochen hat, wenn ich auch der Überzeugung bin, daß trotz ihres vorhandenen Ernstes die Möglichkeit sich hätte finden lassen können, nach Mainz zu gehen. Aber wenn dann schon Mainz abgesagt wurde, dann verstehe ich nicht, warum nicht von der Parteizentrale aus die Anweisung ergangen ist und die Vorbereitungen getroffen worden sind, daß die Parlamentarier, ich möchte sagen, befohlen worden sind, um an diesem Tage landauf, landab, wo immer die Möglichkeit war, Befreiungsfeiern im Geiste unseres toten Führers Stresemann zu halten (Lebhafter Beifall).

[26] Die Zahl der Selbständigen war seit Ende 1928 kontinuierlich gesunken, siehe dazu die statistischen Angaben bei Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 60ff.

Man soll nicht von diesen Imponderabilien leicht denken. Man soll nicht glauben, daß man genug getan hat, wenn man eine richtige Fraktionspolitik getrieben hat, und wenn man ihre Früchte dem Volke vorstellt, sondern man muß davon durchdrungen sein, daß darüber hinaus eine ganz andere Erfassung des Gefühlslebens der Menschen notwendig ist. Ich habe jetzt in vielen Wahlkreisen gesprochen. Ich habe über die Nöte der Zeit, ich habe über unsere praktische Stellungnahme in der Fraktion gesprochen, und ich habe am Schluß meiner Reden fast stets ähnliche Gedankengänge entwickelt, wie ich sie hier anzudeuten versucht habe. Und ich habe überall, in Nord und Süd und West, wo ich gesprochen habe, gefunden: nicht nur die Jugend, für die es selbstverständlich gilt, sondern auch die Alten in diesem Sinne, all unsere Freunde, alle Besucher solcher Versammlungen werden doch Gott sei Dank immer noch von den tieferen Kräften mehr erfaßt und gepackt und mehr zusammengehalten als von den materiellen Streitsorgen des Tages (Zustimmung).

Hier liegt die große Aufgabe der Führung und aller Mitarbeiter in der Partei, daß wir versuchen, diese zusammenfassenden Kräfte wieder stärker lebendig zu machen, sie wieder herauszuholen gegenüber den Tagesstreitigkeiten. Das war doch das tiefe Geheimnis der Wirkung, die von der Persönlichkeit Stresemanns ausging: nicht so sehr das, was er auf diesem oder jenem Gebiet sachlich getan hat, als daß man die heiße Leidenschaftlichkeit eines politischen Temperaments, eines Menschen, der von diesen tiefsten Kräften aufs innerlichste erfaßt wird, überall und immer bei ihm gespürt hat (Beifall). Und lassen Sie uns selbst sagen: Es ist doch etwas Schönes, wenn man sich darüber klar wird, daß ungeachtet aller wirtschaftlichen Nöte diese Dinge noch eine so große Bedeutung haben.

Und in dieser Grundauffassung nun sehe ich – damit darf ich mich einer letzten Frage zuwenden – in Bezug auf das, was notwendig ist, in Bezug auf das, was empfunden wird, und in Bezug auf das, was zusammenhält, keinerlei Wesensunterschied mehr zwischen uns und den benachbarten, um mit Scholz zu sprechen, staatsbürgerlichen Gruppen, mit denen verhandelt ist. Ich habe selbstverständlich volles Verständnis dafür gehabt, daß unser Führer Scholz, auf dessen Schultern die schwere Verantwortung und Sorge der ganzen parlamentarischen Arbeit in erster Linie liegt, nun zunächst einmal sich das Ziel gesetzt hat, für die parlamentarischen Kämpfe, für die Arbeit, die im Parlament zu leisten ist, eine größere Truppe durch die Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Und wie richtig das gedacht war, beweist vielleicht gerade jetzt der Verlauf der Dinge gegenüber der Regierung Brüning. Aber ich habe nie geglaubt, darin unterscheide ich mich vielleicht von ihm, daß es auf diesem Wege möglich wäre, irgendwie die Massen der Menschen im Lande in Bewegung zu bringen (Sehr richtig!). Und ich gehe heute einen Schritt weiter und sage: Ich glaube auch nicht mehr, daß es überhaupt möglich ist, von oben her diese Dinge endgültig zu lösen (Zustimmung). Ich bin vielmehr der Meinung, daß in jedem Wahlkreis der Versuch gemacht werden muß, ausgehend von der grundsätzlichen Überlegung, wie ich sie angestellt habe, diesen Kräften sich anzunähern, mit den Menschen die Fühlung zu gewinnen, die Gruppen zusammenzuführen, und von da aus allmählich aufbauend auch in der Zentrale das Werk zu schaffen. Ich darf für mich sagen: Ich nehme mir die Freiheit, von heute ab draußen im Lande, wo ich kann, irgendwelche sich bietenden Verbindungslinien zu diesen anderen Gruppen aufzunehmen und zu versuchen, gleichsam durch eine Bewegung von außen her, von unten her unter Zu-

hilfenahme auch aller derjenigen Menschen, die vielleicht in der Politik bisher im Hintergrund gestanden haben, einen Druck auf die in Frage kommenden Parteiorganisationen auszuüben (Sehr gut!).

Denn, meine Damen und Herren, weder die Arbeitsgemeinschaft noch die einfache Fusion löst diese Frage. Gelöst werden kann sie nur dadurch, daß eine Bewegung im Volk entsteht, die von der Erkenntnis getragen ist, daß dieser neue Staat, daß diese neue soziologische Struktur unseres Volkes, daß der ganze Zustand, in dem sich Staat, Wirtschaft und Volk befinden, ein Zusammenrücken, eine Zusammenarbeit auf einer großen gemeinschaftlichen Glaubensgrundlage erfordert.

Und ein Letztes! Ich sprach von den Veranstaltungen, die ich gern gewünscht hätte. Ich wünsche, daß unsere Partei, wenn sie denn schon neue Satzungen braucht, vielleicht entgegen dem Grundcharakter ihres Wesens einen straffen zentralistischen Aufbau bekommt, daß ein wirklicher klarer Führerwille sich auch durchsetzen kann bis in die letzten Kanäle der Partei hinein (Bravo!). Ich wünsche, daß es möglich sein wird, dann von dort aus mit all dem Ernst, mit all der Leidenschaft, mit all der Hingabe ans Werk zu gehen. Denn – lassen Sie mich damit schließen – nicht der Streit zwischen Moldenhauer und der Fraktion, nicht die Auseinandersetzungen mit unserem Freunde Curtius, auch nicht die endgültige Stellungnahme zum Programm Dietrich[27] werden über das Schicksal der Partei entscheiden; entscheidend wird sein, ob wir, die Führung, und ob draußen die Geführten wieder mit dem Maße von Vertrauen und Glauben erfüllt werden, die allein ausgehen von einer lebendigen Hingabe an eine große, verbindende Idee (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Sauerborn dankt der Parteiführung und der Reichstagsfraktion für das Aufgreifen des Gedankens der Reichsreform[28] *und verliest einen Entschließungsentwurf dazu.*[29]

Herr Thiel: Meine Damen und Herren! Den Ausgangspunkt der Betrachtungen über die politische Lage fand unser Herr Parteiführer in dem Ausfall der Sachsenwahlen. Er ging dazu über, sich dann mit den akuten Streitfragen zu beschäftigen innerhalb der Reichsregierung und unserer Fraktion mit der Reichsregierung, um daran anknüpfend die notwendigen Folgerungen für unsere künftige Marschrichtung zu ziehen. Er hat dabei auf die bisherigen Beschlüsse der Reichstagsfraktion zurückgegriffen, und Ihnen ist aus der Presse bekannt, daß ich mich veranlaßt gesehen habe, nicht nur weil ich an der Vorbereitung und Abfassung des Beschlusses der Fraktion vom

[27] Hermann Dietrich (1879–1954), Dr. iur. 1914–1918 Oberbürgermeister von Konstanz, 1911–1918 Mtgl. der zweiten badischen Kammer (NLP), 1919–1933 MdR (DDP). März bis Juni 1930 Reichswirtschaftsminister, Juni 1930 bis Juni 1932 Reichsfinanzminister, ab 1933 Rechtsanwalt.

[28] Gemeinsam mit der DDP hatte die DVP am 28.6.1930 in einem Antrag die Reichsregierung ersucht, »mit größter Beschleunigung die zur Herbeiführung des dezentralisierten Einheitsstaates notwendigen Gesetzentwürfe vorzulegen, RTDrs., Bd. 443, Nr. 2224. Am 20.6.1930 hatte der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz ein umfangreiches Gutachten über die Organisation der Länder gebilligt, abgedruckt bei: Verfassungsausschuß der Länderkonferenz. Verhandlungen der Unterausschüsse vom 20.6.1930 und Beschluß des Unterausschusses über die Organisation der Länder und den Einfluß der Länder auf das Reich, hg.v. Reichsministerium des Innern, Berlin 1930, S. 67–72; siehe auch Biewer, S. 126ff.

[29] Zum Text der Entschließung siehe S. 1051 f.

16. vorigen Monats nicht mitwirken konnte[30], sondern auch weil ich seine Fassung für eine Gefahr ansah, mich öffentlich von diesem Beschluß loszusagen, und Sie haben ein Recht darauf, dafür hier in diesem Kreise von mir eine Begründung zu verlangen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß kaum irgend jemand weniger überrascht gewesen ist von dem Ausfall der Wahlen in Sachsen als ich. Ich habe in Auseinandersetzungen mit den mir nahestehenden Kollegen in Leipzig über die Frage, ob der auf der gemeinsamen Liste der Wahlkreise in Sachsen aufzustellende Kandidat aus dem Kreise der Angestelltenschaft an der dreizehnten Stelle noch Aussicht haben würde, von demjenigen Kollegen, der die Dinge am besten zu beurteilen vermag, die pessimistische Äußerung gehört: Wir bekommen im Höchstfalle neun Mandate. Wir haben uns hart und scharf mit ihm auseinandergesetzt, aber er sagte: Ich weiß genau,

[30] Am 16.6.1930 hatte die Reichstagsfraktion auf Initiative Huecks beschlossen: »Die soziale und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes zwingt zu entscheidenden Entschlüssen. Sie kann durch neue steuerliche Belastungen nicht behoben werden. Das Problem der deutschen Wirtschaft und der Finanzen des Reichs kann nicht von der Steuerseite, sondern nur von der Seite der Belebung der Wirtschaft und der rücksichtslosen Senkung der Ausgaben angefaßt werden. Die Gesamtwirtschaft befindet sich in einem Zustand fortschreitender Einschrumpfung. Arbeitslosenheere und Leere der öffentlichen Kassen sind nur Ausdruck dieses Zustandes. Deshalb muß die Senkung der Produktionskosten durch Herabsetzung der Personalausgaben in der privaten Wirtschaft von oben bis unten, durch gleichzeitige Herabsetzung der Preise und durch eine starke Minderung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. Solange die Voraussetzungen für eine solche gemeinschaftliche Kraftanstrengung des ganzen Volkes, sei es durch freie Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sei es im Wege der Gesetzgebung, nicht gegeben sind, bleibt eine einseitige Sonderbelastung wie »Notopfer« oder »Reichshilfe der Festbesoldeten« ungerecht und wirkungslos und muß daher von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden. Wir sind überzeugt, daß bei Sicherstellung der genannten Voraussetzungen auch die deutsche Beamtenschaft nach den Erklärungen ihrer Spitzenorganisationen bereit ist, sich einer solchen gemeinschaftlichen Kraftanstrengung zur Rettung von Staat und Volk durch entsprechende Herabsetzung der Personalausgaben in der gesamten öffentlichen Verwaltung nicht zu versagen. Die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung untergräbt nicht nur die Finanzen des Reichs, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes und begünstigt die Landflucht, indem sie der Landwirtschaft notwendige Arbeitskräfte entzieht und sie in den Städten anhäuft, wo kein Bedarf für sie ist. Hier kann nur eine grundsätzliche Umgestaltung helfen. Ohne Verzug sind zunächst die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt zu verwirklichen, zu gleicher Zeit ist die Reform der Krankenversicherung durchzuführen. Die Überweisungen des Reichs an die Länder und Gemeinden sind alsbald wirksam herabzusetzen. Als Ersatz dafür und zur Steigerung der Verantwortung der Länder und Gemeinden für ihre Ausgaben ist eine Bürgerabgabe für jeden wahlberechtigten Gemeindebürger reichsgesetzlich durchzuführen. Die Haushaltspläne für 1930 in Reich, Ländern und Gemeinden sind einer nochmaligen verschärften Nachprüfung mit dem Ziel einer erheblichen weiteren Herabminderung der öffentlichen Ausgaben zu unterziehen. Die deutsche Wirtschaft im weitesten Sinne, die sich scharf rationalisiert hat, und der deutsche Steuerzahler haben das Recht zu verlangen, daß auch die Verwaltung so rationell und sparsam wie irgend möglich geführt wird. Es ist die Stunde gekommen, in der Frage der Reichsreform von Erwägungen und Verhandlungen zur Tat zu schreiten«, NLC 18.6.1930, Nr. 114; siehe auch Dok. 81, Anm. 26. Am 25.6. scheiterte ein Versuch von Zapf und Thiel, diesen Beschluß durch eine Entschließung abzumildern, wonach »gesetzliche Eingriffe in das Tarifvertragswesen nur im äußersten Falle« zulässig sein sollten. Scholz stellte dazu klar, daß »eine solche Entschließung nicht gewünscht wird«, BAK R 45 II/67, p. 248. Am selben Tag sah auch der PV »von einer Festlegung einer gegenteiligen Auffassung [...] in diesem Punkte ab«, BAK R 45 II/65, p. 5.

welche Fortschritte in den Bevölkerungskreisen unseres Landes die Nationalsozialisten gemacht haben, und ich weiß, wie fest die sozialdemokratische Organisation steht, und ich sehe vor Augen, daß in dieser schwierigen Situation, wie immer auch Moldenhauer die Dinge im letzten Augenblick fingern wird, kaum Aussicht besteht, über neun Mandate hinauszukommen (Hört! Hört!). Es ist das der Partei offiziell ja auch bekannt. Ich glaube trotzdem, daß wir ohne die Schwierigkeiten hier in Berlin besser abgeschnitten haben würden (Sehr wahr!). Aber ich komme damit auf einen Zustand, auf den gerade ich verpflichtet bin, Sie aufmerksam zu machen.

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, dazu die Volksnationalen und Volkskonservativen, die sich sehr gut psychologisch für die Arbeitnehmerkreise einzustellen wissen, hämmern Tag um Tag mit einer ungeheuren Flut von Flugschriften und Zeitungen und regelmäßig wöchentlich erscheinenden Blättern auf unsere Wählerbestände in der Privatwirtschaft ein, und diese Kreise sind im Augenblick ungeheuer zermürbt durch alle möglichen Entwicklungen in den letzten Jahren. Sie haben in der Inflationskrise die Schwierigkeiten getragen, Schwierigkeiten in einzelnen Geschäftszweigen und Unternehmungen, wo die Anpassung an die Geldwerte nicht so möglich war, wie das in anderen Betrieben durchführbar war. Darunter litt ihr Gehaltsniveau. Sie haben die Deflationskrise erlebt, die viele Unternehmungen zu Grunde richtete. Sie haben dann die Rationalisierungskrise durchgemacht, durch die wiederum unendlich viele alte Menschen aufs Pflaster geworfen wurden ohne Hoffnung, jemals wieder Stellung zu bekommen. Und wir haben dann später gesehen, wie in immer stärkerem Ausmaß der Arbeitsmarkt sich bevölkerte, wie alles das, was beim Beamtenabbau herausgeworfen wurde, wiederum in diese Kreise hineinkam und dort als lästige Brotfortnehmer empfunden wurde. Daher eine starke Stimmung gegen die Beamtenschaft in diesen Kreisen, die begriffen werden muß, wenn wir mit den Kreisen Politik machen wollen. Wir sehen weiter, wie der Arbeitsmarkt auf die Lebenshaltung dieser Kreise drückt, wie man nicht mehr danach fragt, was habe ich nach Tarifvertrag an Gehalt zu verlangen, sondern man nimmt ganz einfach das hin, was geboten wird, und wagt es nicht, dagegen irgend etwas zu sagen, weil man fürchtet: werde ich stellenlos, habe ich keine Aussicht, wieder unterzukommen (Hört! Hört!).

Meine Damen und Herren! In dieser Lage werden Sie es begreiflich finden, daß es da ungeheuer entzündend wirken mußte, wenn, wie jetzt hier in Berlin, besondere Flugblätter gegen die Volkspartei in den Betrieben verteilt wurden, worin man den Leuten klarmachte: und nun verlangt die Deutsche Volkspartei das Eingreifen der Gesetzgebung in das Tarifvertragswerk, in die Lohn- und Gehaltspolitik; diejenigen Tarifverträge, die zum größten Teil eine langfristige Laufzeit auf Drängen und Verlangen der Arbeitgeber erlangt hatten, sollen jetzt, wo der Arbeitsmarkt darniederliegt und Tarifvertragsverhandlungen für die Arbeitnehmerschaft so ungeheuer schwer sind, plötzlich beseitigt werden. Daß Neuabschlüsse dann wesentlich ungünstiger sein würden auf der ganzen Linie, ist bekannt. Ja, da, wo wirtschaftliche Not vorhanden ist – das haben wir in der Praxis bewiesen –, haben wir mit den Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden unsere Verträge abgeändert, damit der Schornstein rauchen konnte. Aber unsere Leute machen doch die Bilanzabschlüsse. Unsere Leute sehen doch den Riesenaufwand, den Luxusaufwand, der in weiten Kreisen getrieben wird. Sie kennen die Privatkonten, auf denen Entnahmen stattfinden wie

niemals zuvor. Aus dieser Kenntnis heraus wissen sie sehr wohl, daß es unzählige Unternehmungen und ganze Geschäftszweige gibt, wo eine Ermäßigung der Gehälter nichts anderes bedeuten würde als eine Erhöhung der ohnehin ausreichenden Gewinne des Unternehmertums. Denn die Preise sind kartellgebunden und werden nicht herabgesetzt[31], und nirgendwo enthält die Forderung der Reichstagsfraktion irgend etwas nach der Richtung, daß etwa nun auch die Kartellverträge zur Hochhaltung der Preise irgendwie zerschlagen werden sollten, sie enthält auch nichts davon, daß etwa irgendwo die Zölle heruntergesetzt werden sollen, um die Auslandskonkurrenz zum Druck der Preise zu verstärken.[32]

Meine Damen und Herren! Eine solche Politik wird in diesen Kreisen nicht verstanden und kann dort nicht verstanden werden. Ein einziger Grundsatz darf nicht gebrochen werden. In der Frage der Wirtschaftspolitik, der nationalen Politik, der Sozialpolitik, auf allen diesen Gebieten werden wir uns auf dem Boden einer Volkspartei sehr wohl verständigen können. Aber das Eingreifen in die Lohn- und Gehaltspolitik wird im allgemeinen nach der Zusammensetzung unserer Partei immer nur zu Gunsten des Arbeitgebertums ausschlagen können, und ein solches Eingreifen zerschlägt die Möglichkeit der Aufrechterhaltung und Stärkung einer wirklichen Volkspartei. Was bedeutet das? Wenn die Kreise der privaten Arbeitnehmer, die heute noch zu unserer Partei und zu den anderen bürgerlichen Parteien halten, etwa dem Nationalsozialismus anheimfallen und den positiven, volksgemeinschaftlichen und staatsverantwortlichen Parteien entzogen werden, dann hört es auf mit einer geordneten Wirtschaft, dann bekommen wir jenes Durcheinander, das den Bolschewismus vorbereitet. Darum müssen wir alles verhüten, was diese Dinge erschwert. Darum war es unbedingt notwendig, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß eine Politik in dieser Richtung nicht bis zum bitteren Ende geführt werden kann.

Nun das allgemeine Bild der Partei! Sie wissen, welch einer unbegrenzten Beliebtheit sich Dr. Stresemann gerade in der Angestelltenschaft und in den Arbeitnehmerkreisen erfreute. Es ist hier bereits darauf hingewiesen worden, wie stark er heute von anderen Kreisen reklamiert wird und wie sehr man ihm in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit Unrecht getan hat. Aber nach dem Tode Stresemanns ist die Frage aufgeworfen: Wird der Kurs ein anderer werden? Und daher gerade ist es am notwendigsten, das wiederholte Eingreifen nach dieser Richtung unbedingt zu verhindern. Wir haben in diesem einen Jahre den Eingriff in die Sozialversicherung gehabt. Die ersten Vorschläge des Finanzministeriums! Das waren ungeheuer schwere Belastungen. Wir haben dann diese lohnpolitische Entschließung erlebt. Wir sind bei der

[31] Die Hoffnung der Regierung Brüning, im Gefolge des Oeynhausener Schiedsspruchs eine Preissenkung auf breiter Front zu erreichen, hatte sich Ende Juni 1930 zerschlagen, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 30. Besonders in den stark kartellierten Bereichen der Wirtschaft wurden Preissenkungen aufgeschoben, da die Unternehmer das wirksamste Mittel in der Hand behalten wollten, um bei neuen Tarifverhandlungen eine Lohnsenkung zu erreichen, siehe Schneider, Unternehmer, S. 121 ff.

[32] Das Reichskabinett hatte am 8.4.1930 das von Landwirtschaftsminister Schiele vorgelegte großagrarisch ausgerichtete Agrarprogramm angenommen, das die Regierung bis zum 31.3.1931 ermächtigte, die Zollsätze für Roggen, Weize, Gerste, Hafer und Erbsen autonom festzusetzen, zudem wurde das zollfreie Gefrierfleischkontingent aufgehoben, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 12, 13; Gessner, S. 183 ff. Der Gesetzentwurf wurde am 14.4.1930 im Reichstag verabschiedet, siehe VRT, Bd. 427, S. 4993 ff.

Reorganisation der Arbeitslosenversicherung gezwungen, viele Dinge mitzumachen, die für uns nahezu untragbar sind. Nicht das, was wir geglaubt haben, an der Arbeitslosenversicherung reformieren zu können, wird gemacht, sondern die Vorschläge der Reichsregierung sind zum größten Teil die Förderung einer weiteren Nivellierung, was wiederum die von uns vertretenen Kreise nicht ertragen können (Sehr richtig!).

Demgegenüber haben wir gesagt: Wohlan, wir fordern dann für die Angestelltenschaft die Ersatzkassen, wir wollen die durchsetzen. Dann können wir die Arbeitslosenversicherung ganz auf die Arbeiter zuschneiden. Ja, meine Damen und Herren, wegen mancher Steuerforderung, wegen mancher anderen Dinge gibt es Kabinettskrisen, herbeigeführt auch durch unsere Partei. Aber mit dieser Forderung lassen wir uns von einer Verhandlung zur anderen immer weiter zurückdrängen. Hier gibt es nicht ein letztes Entweder-Oder, sondern diese Frage wird immer dilatorisch behandelt. Hier kein harter Einsatz der Partei! Wir stellen die Anträge, aber im letzten Augenblick lassen wir uns aus allgemein politischen Erwägungen von den übrigen Parteien wieder niederknüppeln; so im Kabinett, so wahrscheinlich auch wieder bei den Ausschuß- und Plenarverhandlungen in den kommenden Tagen. Das ist keine Ermunterung, da findet der bedrängteste Stand in unserem Volk keinen Schutz und keinen Rückhalt. Und auf der anderen Seite die systematischen Hammerschläge aus den jungen Parteien, die ohnehin in ihrer Sprache den Leuten viel näherstehen als das Schrifttum und das Werbematerial unserer Partei, das in allererster Linie auf die Kreise des Unternehmertums zugeschnitten ist. Diese Gefahr ist außerordentlich groß.

Und nun noch ein Drittes! Es geht in unserer Partei ein Wort um: Wir in der Volkspartei eignen uns nicht für Opposition. Ich glaube, wir müssen auch die Politik der Regierungskunst noch etwas von seiten der Partei lernen. Wenn man am Ende einer verlorenen Schlacht steht – und das tun wir –, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß niemals eine Reorganisation der Kampftruppen erfolgt, wenn man dann die Betrachtung erst da anfangen läßt, wo die ersten Schüsse fallen, sondern die Vorbereitung des Gefechts muß vorher erfolgen.

Sodann scheue ich mich nicht, hier auszusprechen, daß der Beschluß des Reichsausschusses, der die gesamte deutsche Beamtenschaft glauben machen mußte, daß wir niemals und unter keinen Umständen irgendwelches Notopfer von ihnen verlangen würden, sich so festgesetzt hat, daß uns dadurch das Manövrieren für künftige Zeit sehr erschwert worden ist[33] (Sehr richtig!). Ich glaube, wir leiden an einem Fehler: daß wir uns selbst und der Öffentlichkeit allzu oft und allzu gern durch formulierte Beschlüsse kundtun, was wir wollen, und das in möglichst scharfe Sprache bringen, ohne vorher geprüft zu haben, ob wir das auch durchsetzen können (Zustimmung). Das halte ich für gut und nötig bei Fernzielen, bei denen für die nächsten zehn Jahre die Verwirklichung gefordert werden kann. Aber Entschließungen und Einzelfestlegungen hinsichtlich akuter Streitfragen gehören meines Erachtens nicht in die Öffentlichkeit hinein, sondern die sind in erster Linie für den internen Gebrauch als Marschlinie. Nach außen hin aber die Sprache des Zentrums anwenden, das uns ein

[33] Sowohl in der Sitzung des ZV vom 21.3.1930 (siehe Dok. Nr. 80) als auch in der Sitzung des RA vom 3.7. (siehe Dok. Nr. 81) hatte die Partei jede Zustimmung zu einem Notopfer kategorisch abgelehnt.

Beispiel gibt, wie man in der Regierung stark bleiben und auch die Massen bei der Hand halten kann (Sehr richtig!).

Darüber hinaus wird es, glaube ich, notwendig sein, daß in der Zentrale wie in den einzelnen Gliedern der Partei die Vorstände häufiger zusammenkommen und sich darüber klar werden, welche schwierigen Klippen wir in der nächsten Zeit zu umschiffen haben, und daß sie dann eine systematische Vorbereitung des Geländes für diese Dinge betreiben um deswillen, weil dann unsere Anhänger nicht in dem Maße überrascht werden von den doch immer nur im Kompromißwege möglichen Fortschritten und nicht allzu starr an den Programmforderungen hängen, die man herausgestellt hat. Wir wollen uns auf diesem Gebiet alle miteinander schuldig bekennen und versuchen zu bessern.

Und darüber hinaus noch ein anderes! In unseren Parteikreisen habe ich im Laufe der letzten Wochen und Monate doch so erbitterte Urteile über den Kollegen Dr. Moldenhauer gehört, daß mir das ans Herz gegriffen hat. Ich habe zehn Jahre mit ihm zusammengearbeitet und glaube, ihn zu kennen. Ich habe nicht ein einziges Mal über Mangel an Loyalität und Bemühung, zur Verständigung zu kommen, zu klagen gehabt. Daß er heute ein ganz anderer sein sollte, kann ich nicht begreifen und nicht glauben (Sehr richtig!). Ich habe aber den Eindruck, daß die Gesamtlast der Verantwortung und die Gesamtverhältnisse doch, wenn man sieht, wie sie liegen, auch diese Vorgänge für uns wenigstens besser verständlich machen können, wenn es auch niemals möglich war, in der breiten Öffentlichkeit diese Dinge im einzelnen klarzustellen. Dort haben wir einfach den Schlag wegbekommen, und wir müssen sehen, wie wir damit durchkommen. Aus der damaligen Fraktionsvorstandssitzung ist Moldenhauer fortgegangen mit der inneren Einstellung: Die Aktion der Arbeitgeberverbände und der Arbeitnehmerorganisationen[34] geben der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit, in irgendeiner Form das Notopfer der Beamtenschaft mit in Anspruch zu nehmen. Er ist in diesem Sinne an die Vorbereitung der Dinge herangegangen, ist dann aber durch das Nichtperfektwerden dieser Verhandlungen im Arbeitgeber- [und] Arbeitnehmerlager plötzlich seiner Unterlage beraubt worden.[35] Nun hat aber Moldenhauer bis dahin schon so oft sein Programm, gedrängt durch die immer größer werdende Zahl der Arbeitslosen und das Ausbleiben von Steuereingängen, die man geschätzt hatte, umarbeiten müssen, so daß er sich vielleicht in dem Augenblick gesagt hat: Vielleicht finden wir doch noch den Weg, um dieses Programm, zunächst des Verhandelns der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, perfekt werden zu lassen.

Ich hätte gewünscht und gehofft, daß in jenen kritischen Tagen der Parteivorstand und der Fraktionsvorstand mindestens sich mit diesen Dingen beschäftigt hätte: wie kommen wir aus der drohenden, nahenden Katastrophe heraus? Ich habe in den letzten Tagen vor dem letzten Kabinettsbeschluß die allergrößte Sorge um die Partei gehabt; ich habe meinen Reiseplan geändert, bin plötzlich nach Berlin gefahren, um Moldenhauer zu sprechen. Da war sein Bürodirektor noch der ehrlichen Überzeu-

[34] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 40, 41.

[35] Rückblickend stellte Moldenhauer fest, von den Teilnehmern der Fraktionsvorstandssitzung vom 4.6.1930 habe ihn einzig Thiel unterstützt, BAK NL Moldenhauer 3, p. 122; siehe auch Dok. Nr. 81, Anm. 40.

gung – und der meinte, daß das auch die Auffassung des Ministers sei –, daß sicher die Mehrheit der Fraktion für sein Programm zu haben sein würde. Meine Damen und Herren, hätten wir damals eine Parteivorstands- oder Fraktionsvorstandssitzung gehabt, hätte man diese bitteren Mißverständnisse mindestens klären können.

Ich halte es überhaupt für eine physische Unmöglichkeit, daß diese Riesenarbeitslast, die auf unserem Parteiführer lastete in diesen schlimmen Zeiten, von ihm allein getragen werden kann. Ich glaube, daß es vielleicht gut ist, daß wir heute nicht die Satzungsänderung zu beraten haben. Aber man muß sich einmal überlegen, ob wir überhaupt diese Last auf den Schultern unseres Führers allein lassen können, oder ob wir nicht dazu kommen müssen, ihm eine vollverantwortliche, mit ihm in dauernder Übereinstimmung arbeitende Persönlichkeit zur Seite zu stellen, einen Stellvertreter, der die volle Arbeitsteilung mit durchführen kann, sonst erleben wir, fürchte ich, auch hier wieder einen gesundheitlichen Zusammenbruch trotz der erfreulichen Gesundheit, in der wir unseren Führer wieder vor uns sehen.

Meine Damen und Herren! Seien wir uns darüber klar: Nicht durch Reden und auch nicht durch Entschließungen werden wir das Schicksal unserer Partei gestalten, sondern nur dadurch, daß wir eine viel größere Zahl von Menschen tagtäglich in die Mitverantwortung und Mitarbeit hineinziehen. Die große Werberschar, die wir bei den anderen Parteien sehen, müssen wir gewinnen, und wenn wir sie nicht gewinnen, holen die uns auch unsere bisher treuesten Anhänger noch durch ihre Hausbesuche heraus in ihr Lager. Das erfordert, daß wir in den einzelnen Orten zu Werbeausschüssen kommen, in denen begeisterte Menschen, die ein gutes Beispiel geben, vorangehen und zunächst zeigen, wie es gemacht werden muß. Es gehört dazu, daß wir genausogut wie die anderen den Mut haben, aus unseren Kreisen einen Saalschutz zu bilden und in die Öffentlichkeit zu gehen und öffentlich uns mit den Gegnern auseinanderzusetzen, mögen auch noch so viele Beulen davon dem Redner und anderen Versammlungsteilnehmern an den Kopf kommen. Hat das Bürgertum nicht den Mut, seine Position auch in den öffentlichen Kämpfen zu vertreten, dann hat, glaube ich, die letzte Stunde des Bürgertums als politischer Faktor in Deutschland geschlagen (Beifall).

Darüber hinaus noch eins! Es geht nicht anders in diesen schweren Zeiten, die wir durchleben müssen, als mindestens in allen großen Städten zu versuchen, die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in den Ortsgruppen oder Wahlkreisverbänden zusammenzuholen, um mit ihnen die Schwierigkeiten zu besprechen (Bravo!). Tun wir das nicht, dann können wir nicht die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um die Leute bei der Stange zu halten. Wir werden darüber hinaus nicht daran vorbeikommen können, daß wir mit aller Energie daran arbeiten, ein regelmäßig allwöchentlich herauskommendes Informationsorgan unseren sämtlichen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen (Sehr richtig!). Es müssen dafür Hausbesuche für die Werbung von Abonnenten betrieben werden, und die vornehmsten Persönlichkeiten mit ihren Frauen müssen bei dieser Gelegenheit vorangehen, sonst ist es nicht zu machen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen in eine Zeit hinein, in der es nicht mehr genügt, kurz vor den Wahlen die Freunde zu sammeln, denn dann sind sie längst nach anderen Seiten festgelegt. Wir müssen viel größere Bestände aus allen Volkskreisen als Mitglieder festgelegt haben in unseren Mitglieds- und Beitragslisten. Dieses Ziel

uns dienstbar zu machen und nach dieser Richtung auch von der Zentrale aus zu arbeiten, das wird die Aufgabe der leitenden Körperschaften der Partei sein, und es muß das seinen Widerhall finden in den breiten Kreisen unserer Ortsgruppen und Wahlkreisführer, sonst ist einfach unser Optimismus unbegründet. Geschieht das aber, dann werden unsere Ideen auch noch einmal wieder sich durch diese Zeit durchsetzen und das Schicksal abwenden, das uns sonst unfehlbar trifft (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Scholz: Meine Damen und Herren! Es liegt mir daran, im Interesse der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes eine kleine Berichtigung an den Ausführungen des Herrn Kollegen Thiel vorzunehmen. Er hat sich darüber beklagt, daß in dem entscheidenden Augenblick der Fraktionsvorstand nicht in die Lage versetzt gewesen wäre, mit dem Kollegen Moldenhauer über die Dinge zu sprechen und zu beraten. Ich stelle fest, daß in ausdrücklicher Verabredung zwischen mir und Moldenhauer eine Fraktionsvorstandssitzung in der entscheidenden Zeit stattgefunden hat, unmittelbar vor Einbringung der neuesten Vorlage oder der zweiten neuesten Vorlage der Reichsregierung (Thiel: Ich hatte die Zeit gemeint nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern!). Ganz richtig! Aber ich gestatte mir, um Mißverständnisse zu vermeiden, ausdrücklich diese Feststellung, gegen die Sie, glaube ich, schon deswegen nichts einwenden können, weil das Protokoll jener Sitzung in Anwesenheit von acht oder neun Mitgliedern des Fraktionsvorstandes aufgenommen worden ist. Unmittelbar vor der Einbringung der Moldenhauerschen Vorlagen hat mit ihm eine sehr ausgedehnte, stundenlange Besprechung des Fraktionsvorstandes stattgefunden mit dem Resultat, daß sich der Fraktionsvorstand damals durchaus einmütig gegen die Aufnahme des Notopfers oder der Reichshilfe in irgendeiner Form in dieses Programm ausgesprochen hat (Hört! Hört!). Ich bedauere, daß ich nochmals diese Dinge berühren muß. Aber es liegt mir daran, gegenüber dem Eindruck, den vielleicht die Worte meines Freundes Thiel erwecken konnten, festzustellen, wie die Dinge tatsächlich sich zugetragen haben. Ich kann die sämtlichen damals Anwesenden als Zeugen aufrufen; ich kann außerdem ein ausführliches Protokoll über diese Dinge als Zeugnis belegen, daß diese Aussprache stattgefunden hat, und daß der Herr Kollege Moldenhauer über die Stimmung in der Fraktion sich nicht einen Augenblick irgendeinem Zweifel hingeben konnte (Hört! Hört!).

Frau Dr. Wolf: Meine Damen und Herren! Ich habe im Namen und im Auftrag meiner politischen Freunde Bayerns zu zwei Punkten zu sprechen. Wir bedauern, daß die Partei bei der Behandlung der Deckungsvorlagen eine so schwankende und unklare Stellung in der Öffentlichkeit eingenommen hat. Wie verkennen nicht, daß bei Vorlagen von so weittragender Bedeutung die Stellungnahme innerhalb der Reichstagsfraktion vielen Wandlungen unterzogen sein kann. Wir erachten es aber als untragbar, wenn völlig widersprechende Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangen. Ohne hier auf den sachlichen Inhalt der Vorlagen des Näheren eingehen zu wollen, möchte ich doch betonen, daß das Schwanken uns mehr geschadet hat als die Vorlagen an sich. Wir haben erst einen großen Teil der Beamten und Angestellten in eine Stellungnahme gegen uns gebracht, und dann haben wir wieder die breite Öffentlichkeit, wie man bei uns in Bayern sagt, vergrämt. Es ist doch wohl untunlich, wenn z. B. in München ein prominentes Mitglied der Reichstagsfraktion in sehr

überzeugender Weise für die Moldenhauersche Deckungsvorlage eintritt, so überzeugend, daß manche Widerstände beseitigt wurden; und wenn dann sehr bald darauf die Reichstagsfraktion sich von dieser Deckungsvorlage lossagt und fast gleichzeitig in Nürnberg ein anderes prominentes Mitglied der Reichstagsfraktion gegen die Deckungsvorlage spricht, worauf am nächsten Tage ein Telefonat aus Berlin kam, daß man die Mitteilungen in der Presse nicht ganz so wiedergeben möchte, sondern man möchte hinausgeben, daß, wenn die Reichstagsfraktion dem Notopfer zustimmen würde, dies für sie nur sehr schwer tragbar wäre.

Diese wechselnden Meinungen sind doch wirklich ungeheuer schwer tragbar für eine Partei. Diese unklare Haltung hat uns viele alte Anhänger abtrünnig gemacht, und neue Anhänger haben wir dadurch nicht gewonnen.

Und zum Zweiten habe ich folgendes zu sagen. Die Absage der Befreiungsfeier, der Beteiligung unserer Partei bei den Befreiungsfeiern, halte ich für einen ganz großen, nicht wieder gutzumachenden, unerträglichen Fehler (Sehr richtig!). Die Gründe, die hierfür in den roten Blättern angegeben wurden, erscheinen uns nicht völlig stichhaltig. Wir meinen, daß doch wenigstens ein Teil der Reichstagsfraktion, ein Teil der prominenten Persönlichkeiten der Partei, bei den Befreiungsfeiern hätte anwesend sein müssen. Von allen Seiten hat man doch erwartet, daß die Deutsche Volkspartei jetzt in vorderster Reihe stehen müßte (Sehr richtig!). Stresemann hat unter heißem Ringen und allen Anfeindungen zum Trotz die Befreiungspolitik verfolgt, und unsere Partei hat ihn dabei gestützt, wir wissen es alle, unter sehr schweren parteipolitischen Opfern. Jetzt wäre die Zeit gewesen, zu ernten von dieser Saat. Aber diese Zeit haben wir versäumt. Auf der Plattform, die Stresemann geschaffen hat, stehen jetzt seine politischen Gegner. Das Volk in den befreiten Gebieten jubelt denen zu, die seine Politik stets bekämpft haben. Auf den Tribünen halten jene Ansprachen, die den Young-Plan, der doch die Voraussetzung für die Befreiung gewesen ist, abgelehnt haben (Sehr richtig!). Ich weise nur hin auf den bayrischen Ministerpräsidenten Held, den deutschnationalen Justizminister Dr. Gürtner, den Reichsminister Treviranus und viele andere. Sie haben die Stresemann-Politik bekämpft und werden von dem schnell vergessenden Volk jetzt bei den Befreiungsfeiern gefeiert. Ich glaube, daß die Deutsche Volkspartei einen geschichtlichen Augenblick, der in hundert Jahren nur einmal wiederkehrt, hat ungenützt vorübergehen lassen (Stürmische Zustimmung und Beifall).

Mit tiefem Bedauern haben wir dies in Bayern festgestellt und wird man dies auch im ganzen Reiche festgestellt haben.

Hinsichtlich der Reichsreform stellt sie heraus, daß auch in Bayern der »überwiegende Teil der Mitglieder« *für eine Reichsreform sei, besonders aber die* »jüngeren Kreise der Partei« *(Hochschul-, Jugend-, Angestelltengruppen).*

Reichsminister Dr. Curtius: Meine Damen und Herren! So reizvoll es sein würde, auf die allgemeinen Grundlagen zurückzugehen, die von Freund Dingeldey und anderen Rednern in den Vordergrund gestellt sind, so werden Sie es verstehen, daß ich aktuell sprechen muß. Sie werden von mir erwarten, daß ich hinsichtlich der Frage des Programms der Reichsregierung einige aufklärende Mitteilungen mache.

Ich bitte freundlichst, zunächst davon auszugehen, daß dieses Defizit, das jetzt gedeckt werden soll, nun einmal vorhanden war, daß es auch offenkundig war, daß niemand es etwa verschleiern konnte, weil nach gesetzlicher Verpflichtung die Einnahmen des Reiches veröffentlicht werden müssen. Ich bitte Sie ferner, davon überzeugt zu sein, daß, nachdem dieses Defizit vorhanden war, der Reichsregierung bei der internationalen Lage und mit Rücksicht auch auf die innerwirtschaftliche und innerpolitische Lage gar nichts anderes übrig blieb, als sich auf den Standpunkt zu stellen, so rasch wie möglich dieses Defizit abzudecken, und bei den Reformmaßnahmen und bei denjenigen Maßnahmen, die für die Abdeckung dieses Defizits zu ergreifen waren, sich auf das Allernotwendigste in diesem Programm, auf die, wie Dietrich gesagt hat, sogenannte Aufräumungsarbeit, das sogenannte Sofort-Programm, zu beschränken. Daß daneben die Reichsregierung die Maßnahmen einbetten wollte und eingebettet hat in ein allgemeines endgültiges Entlastungsprogramm, um nichts Näheres zu sagen, ist Ihnen bekannt. Ich möchte aber vor allen Dingen darauf hinweisen, daß ja Moldenhauers ganze Ideengänge, die er in der Parteiöffentlichkeit, die er vor dem Reichsrat, die er in der Presse und im Reichstag vertreten hat, immer von diesen allgemeinen Grundsätzen ausgingen, und daß es ihm keineswegs nur darum zu tun gewesen ist, jetzt irgendein Loch zu stopfen, um die Existenz seiner Person oder der Reichsregierung etwa bis zum Herbst hinüberzuretten. Die ganzen Maßnahmen, die jetzt vorgeschlagen werden – ob das nun das Moldenhauersche oder Dietrichsche Programm ist, sehr weit voneinander verschieden sind sie ja nicht –, sind alle miteinander nur verständlich, wenn man dahinter den Willen dieser Reichsregierung sieht und ihr vertraut, daß sie nach der Deckung dieses Defizits als unerläßliche Voraussetzung im Herbst darangeht, so tief zu greifen wie nur irgend möglich hinsichtlich der Reform der Finanzen, der Wirtschaft und der allgemeinen Verhältnisse, die damit zusammenhängen (Rufe: Das glaubt eben niemand!). Es gibt ein gewisses Gemurmel. Ich weiß nicht, ob das Zustimmung sein sollte (Rufe: Nein, im Gegenteil!). Ablehnung wohl in dem Sinne, daß man mit den immer wieder von neuem in der Öffentlichkeit mitgeteilten Vertröstungen nicht zufrieden sein kann, sondern daß diese Dinge alsbald gemacht werden müssen.

Da aber, meine Damen und Herren, zu all diesen Fragen, wenigstens zu einem großen Teil, auch eine Zweidrittelmajorität im Reichstag gehört, da ein großer Teil dieser Fragen – ich brauche nur das eine Ausgabensenkungsgesetz zu erwähnen, das aus sechs Gesetzesteilen der allerschwierigsten Art besteht[36] – wochenlange parlamentarische Verhandlungen erfordern, denn die wollen Sie ja doch, Sie wollen doch nicht eine Oktroyierung oder ein Ermächtigungsgesetz, sondern parlamentarische Verhandlungen, so sage ich Ihnen ganz offen: es ist utopisch zu glauben, daß man in diesem Sommer diese ganzen Fragen in einem Zuge erledigen könnte.

Wir haben nun einen neuen Finanzminister, aus welchen Gründen immer. Dieser neue Finanzminister wird fair play auch von uns haben wollen, er muß sich einarbeiten und wird vielleicht auch andere und neue Ideen bringen können, wird vielleicht, wie es ihm gelungen ist, durch einen brutalen Gewaltakt einfach den Befehl auszuge-

[36] Am 19.5.1930 hatte sich das Kabinett in der Frage des Ausgabensenkungsgesetzes auf die Schaffung eines Mantelgesetzes mit verschiedenen Einzelgesetzen geeinigt, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 37, 47.

ben: Jetzt werden hundert Millionen im Reichsetat gespart!, vielleicht auch auf anderen Gebieten in der Lage sein, nach einer gründlichen Einarbeitung noch etwas Besseres zu machen. Er ist jedenfalls nicht in der Lage, in diesen vierzehn Tagen oder drei Wochen, die jetzt noch zur Verfügung stehen, mit solchen Gesetzesvorschlägen zu kommen. Sie werden dann einfach nicht erledigt. Und wir können mit der Dekkung des Defizits nicht warten. Bei dieser Überlegung, wie das Defizit abzudecken wäre, bitte ich, der Reichsregierung und den Ministern zu glauben, daß sie keineswegs etwa geraden Wegs auf das sogenannte Notopfer losgesteuert wären (Sehr wahr!). Ich bedauere den Artikel von dem Kollegen Morath in der »Kölnischen Zeitung« auf das Tiefste.[37] Mir haben eine Reihe von Ministern und Fraktionsvorsitzenden anderer Parteien gesagt: Wenn von der eigenen Fraktion ein derartiges Signal gegeben wird, glauben Sie doch nicht, daß wir in der Lage wären, noch den Finanzminister Moldenhauer weiter zu decken. Also so gehen die Dinge auch nicht. Und es ist nicht Herr Stegerwald gewesen, sondern Moldenhauer, der aus vaterländischer Überzeugung und weil ihm nichts anderes übrigblieb, zu diesem Notopfer greifen mußte.

Nun lassen Sie mich auch eine Aufklärung zu geben versuchen für das immer wieder auftauchende Mißverständnis über jene Sitzung des Parteivorstandes[38] in der Woche vor Pfingsten.[39] Scholz und Thiel haben sich eben wieder hier vor versammeltem Zentralvorstand nicht recht verstanden. Thiel hat nämlich davon gesprochen, daß nach jener Vorstandssitzung, nachdem Moldenhauer nun trotz des Scheiterns der sogenannten Reaktivierung der Arbeitsgemeinschaft im Kabinett die Nothilfe gemacht hat, dann zehn Tage lang, bis nämlich zum Montag in der Nachpfingstwoche, keinerlei Verbindung zwischen Minister und Parteivorstand bestanden hat, daß die Möglichkeit nicht bestanden hat, in dieser Zeit die notwendige Aufklärung zu geben und Fühlung zu nehmen (Sehr richtig!). Das war, was Thiel beklagt hat. Was aber auf der anderen Seite der Herr Parteivorsitzende jetzt richtigzustellen suchte, war die Formulierung des Vorstandsbeschlusses: die Aufnahme einer Reichshilfe in jeder Form abzulehnen. Hier muß wieder ein Mißverständnis vorliegen, und ich bitte dringend, daß wir versuchen, uns über derartig psychologisch schwierige Lagen hinwegzuhelfen, indem wir sagen: Offenbar ist man von verschiedenen Situationen ausgegangen; denn sonst müßte man ja, ich weiß nicht, an welche Tiefen des Charakters der Beteiligten schließlich rühren. Es war doch eben einfach so, daß damals das Notopfer auch ein Teil dieser gesamten Senkungsaktion war. Damals lag dem Reichskabinett bereits die Formulierung der Einigung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vor. Damals war schon beschlossen, daß am nächsten Tage der Reichspräsident in feierlicher Audienz die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer empfangen sollte.[40] Und ich nehme an – ich bin nicht dabeigewesen –, daß Moldenhauer in diesem Zusammenhang auch das Notopfer in jener Sitzung des

[37] Die »Kölnische Zeitung«, 11.6.1930, M., hatte unter dem Titel »Darf die Volkspartei der »Reichshilfe« zustimmen. Warnung in letzter Stunde«, die »Zuschrift eines Mitglieds der Reichstagsfraktion der DVP« veröffentlicht, in der Moldenhauer scharf angegriffen und ein »Sonderopfer der Beamten« kategorisch abgelehnt wurde.

[38] So in der Vorlage statt richtig: »Fraktionsvorstandes«.

[39] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 40.

[40] Das Treffen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sollte am 3.6.1930 stattfinden, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 41.

Fraktionsvorstandes zur Sprache gebracht hat. Dann sind die Beteiligten davon ausgegangen, daß in einer solchen Lage auch das Notopfer mit herangezogen werden könnte. Denn ich appelliere auf der anderen Seite an alle Mitglieder der Reichstagsfraktion: sämtliche Mitglieder der Reichstagsfraktion sind auch heute bereit, dem Notopfer für die Beamten zuzustimmen, wenn es keine Vorleistung ist (Sehr richtig!). Und in dem damaligen Zusammenhang erschien das Notopfer nicht als eine Vorleistung. Moldenhauer aber sah in der ganzen Lage das, was vorhin einer von den Parteifreunden gesagt hat: die Aufhebung des schweren Hindernisses des Beschlusses des Zentralvorstandes vom 21. März, in dem der Anschein – ich drücke mich vorsichtig aus – erweckt wurde, als ob wir niemals einem Notopfer der Beamten zustimmen könnten.[41] So nur ist es mir erklärlich, daß drei Stunden nach dieser Parteivorstandssitzung, nach dieser Fraktionsvorstandssitzung Moldenhauer zu mir kam und mir freudig mitteilte: Es ist mir gelungen, den Parteivorstand[42] dazu zu bringen, auch einem Notopfer der Beamten zuzustimmen.

Nun hat sich die zentrale Arbeitsgemeinschaft zerschlagen, wenigstens in diesem Augenblick. Aber die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen – so wurde uns damals, als wir den Kabinettsbeschluß über das Notopfer faßten, gesagt – ziehen sich noch weiter hin, es ist durchaus unrichtig zu sagen, daß nichts mehr aus dieser Aktion wird. Wir im Kabinett konnten aber damals, am Donnerstag vor Pfingsten, nicht länger warten mit den Beschlüssen, auf die die ganze Öffentlichkeit seit Tagen und Wochen gedrängt hatte. Wir mußten deshalb handeln, obwohl inzwischen diese Reaktivierung der zentralen Arbeitsgemeinschaft nicht erfolgt war. Aber wir durften auch handeln. Und nun lassen Sie mich ohne Beziehung auf diese Situation meinen Standpunkt zu der Frage des Notopfers mit wenigen Strichen umreißen.[43] Ich bin ganz gewiß – wer mein Wirken in den beiden Ministerien verfolgt hat, weiß das – dagegen gefeit, daß ich in irgendeiner Form Rechte der Beamten antasten wollte und nicht das Äußerste täte, um für die Beamten zu sorgen. Und wenn ich auf diesem Hintergrunde das folgende sage, so glaube ich, nicht mißverstanden zu werden. Ich habe die Empfindung, daß, nachdem die Landwirtschaft geradezu versunken ist, nachdem die weitesten Teile der Wirtschaft, der Unternehmer, der Kleinunternehmer insbesondere, in die allergrößte Krise geraten sind, nachdem es über zwei Millionen Arbeitslose gibt[44], die fürchterliche Unruhe hinsichtlich der Arbeitslosigkeit in die weitesten Kreise der Angestellten- und Arbeiterschaft hineingetragen ist, – ich sage, daß in einem solchen Augenblick ein Notopfer der Beamten überhaupt keine Vorleistung ist. Ich sage nicht: eine Nachleistung. Ich denke nicht daran zu sagen: Nachleistung. Jedenfalls ist es aber so, daß dann diese Burg der Beamten nicht allein intakt stehen bleiben kann, wenn alles um diese Burg herum erschüttert ist (Lebhafte Zustimmung).

[41] Siehe Dok. Nr. 80.

[42] So in der Vorlage statt richtig: Fraktionsvorstand.

[43] Curtius hatte im Kabinett für das Notopfer gestimmt, obwohl ihn die Reichstagsfraktion von ihrer ablehnenden Haltung unterrichtet hatte, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 42.

[44] Im September 1930 gab es in Deutschland insgesamt 3 004 275 Arbeitslose, die sich folgendermaßen auf die Unterstützungsrichtungen verteilten: Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 1 492 766 (49,7 %), in der Krisenfürsorge 472 582 (15,7 %), Wohlfahrtsunterstützte 541 342 (18 %), Nichtunterstützte 497 585 (16,6 %).

Die Dinge liegen auch nicht so, wie vorhin ein Redner ausgeführt hat, daß hier Zentrumspolitik gemacht würde. Nein, hier ist vaterländische Politik gemacht worden im Reichskabinett, und ich wehre mich entschieden dagegen, daß irgend jemand es wagt, den Geist Stresemanns gegen mich auszuspielen und den Eindruck zu erwekken sucht, als ob ich unter Zentrumsdiktat und Zentrumseinfluß gehandelt hätte, und dasselbe gilt für Moldenhauer. Wir haben hier die dringendste vaterländische Not zu überwinden gehabt, und von Zentrumspolitik war nicht die Rede. Notabene: Dieser Reichsarbeitsminister ist auch der, der bei den Krankenkassen 300 Millionen drosselt, der bei der Arbeitslosenversicherung weitere 100 Millionen zunächst drosselt, ist auch derjenige, der eine Sperre gegen weitere Rentenversorgungen in der Kriegsbeschädigtenfrage einführt[45], ist derjenige, der den Oeynhausener Schiedsspruch für verbindlich erklärt hat[46], ist derjenige, der auf dieser Bahn fortschreiten wird. Ich möchte wissen, ob das etwas anderes ist als volksparteiliche Politik, die hier getrieben wird (Sehr wahr!). Wenn wir in diesem Rahmen mitmarschieren, haben wir alle Veranlassung, geltend zu machen, daß wir weiß Gott volksparteiliche Politik getrieben haben.

In diesen Entwicklungsrahmen wollen Sie bitte die ganzen Fragen einstellen. Aus diesem Gesichtspunkt und von diesem Standpunkt aus sage ich: Das Notopfer der Beamten war unvermeidlich, weil die anderen Maßnahmen eben einfach nicht zum Ziele führen. Ich sage heute noch einmal, was ich gestern gesagt habe[47]: So richtig und notwendig es ist, daß man den Versuch macht, diese Vorlage zu verbessern, – geben Sie sich keinen Illusionen hin und legen Sie die Reichstagsfraktion auch nicht nach außen hin durch Ihre Bekundungen dahin fest, daß diese Vorlagen in wesentlichen Punkten abgeändert werden können. Sie werden eine fürchterliche neue Enttäuschung erleben, und es wird in ganz kurzer Zeit unzweifelhaft von neuem wieder eine Situation entstehen, bei der die Partei dann gar nicht weiß, was sie machen soll (Sehr richtig!). Stellen Sie sich lieber auf den Standpunkt, den ich versucht habe, gestern zu umreißen. Es ist, ganz kraß ausgedrückt, der: Es kommt jetzt überhaupt nicht mehr auf die Art und auf die Form des Regierens an, sondern es kommt überhaupt nur noch auf das Regieren an. Wenn früher Luther einmal gesagt hat: es muß irgendwie regiert werden, so ist jetzt der Augenblick, in dem das der Partei hier auch einmal gesagt werden soll.

Ich zitiere nun meinerseits den Geist Stresemanns und frage mich, was würde wohl Stresemann in diesem Augenblick gesagt haben? Meine Damen und Herren! Das Wort Außenpolitik ist in diesem Zusammenhang überhaupt noch nicht gefallen. Stresemann würde gesagt haben: Wie können Sie es wagen, in einem Augenblick, in dem wir die Freiheit von den Kontrollen bekommen haben, in dem das Rheinland geräumt worden ist, nun eine Politik zu machen, die diese letzte Regierung des Bürgertums, die mit dem Rücken gegen die Wand steht, ihrerseits beseitigt! Das würde er

[45] Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Reichsversorgungsgesetzes, der in erster Linie eine Einschränkung des Kreises der versorgungsberechtigten Personen vorsah und u.a. eine Neuanmeldung weiterer Ansprüche auf Kriegsbeschädigtenversorgung sperrte, wurde von Reichsarbeitsminister Stegerwald am 21.6.1930 dem Reichstag vorgelegt, siehe RTDrs., Bd. 443, Nr. 2190, blieb aber unerledigt.

[46] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 26.

[47] Siehe Dok. Nr. 81, S. 970ff.

zunächst einmal vom außenpolitischen Standpunkt aus gesagt haben. Und er würde weiter vom innerpolitischen Standpunkt aus gesagt haben: Politik ist Macht, und warum sollen wir aus dieser Macht ausscheiden? Er würde sagen: heran mit dem zweiten volksparteilichen Minister! Und er würde sagen, was gestern Scholz angeregt hat: mit allen Kräften dahin streben und mit Braun verhandeln, daß wir gerade jetzt auch wieder in die preußische Regierung kommen. Denn Stresemann hat nichts von den Richtlinien gehalten, die immer wieder von der Fraktion in einzelnen Punkten herausgegeben worden sind. Er hat vielmehr an die Persönlichkeit und an die allgemeinen Tendenzen, die er und die Partei verfolgten, geglaubt, und er hat mit diesen Methoden weiß Gott die beste volksparteiliche Politik gemacht, die es gegeben hat. Er würde in dieser Situation unzweifelhaft an der Macht geblieben sein, mit allen Kräften sich angeklammert haben bis zum Letzten, und ich habe meinerseits neulich auch gesagt, daß, wenn alle anderen Minister abdanken, ich erst in dem Augenblick abdanken werde, wenn der Reichspräsident mich abberuft. Denn keiner von uns hat das Recht, in dieser Lage das Amt preiszugeben, solange er glaubt, in dieser Notzeit dem Vaterlande noch dienen zu können.

Und Stresemann würde auch, wenn die Reichstagsfraktion sich etwa auf einen ablehnenden Standpunkt stellen würde, gesagt haben: was später? Wir haben die Pflicht zu fragen, was nachher geschehen soll. Welche Regierung soll denn gebildet werden, wenn wir aus dieser Regierung gehen oder diese Regierung stürzen? Wollen wir dann qua Partei zu den Sozialdemokraten, zu Hugenberg oder zu den Nationalsozialisten gehen? Wir könnten doch nur ein kümmerliches Dasein im Schatten dieser Regierung führen, wenn wir auf einmal beiseite treten wollten. Es ist ganz undenkbar, was ein Beschluß der Fraktion für einen Inhalt haben sollte, der nach Lage der Verhältnisse den Sturz dieser Regierung Brüning zur Folge haben müßte. (Dr. Hugo: Warum müßte das die Folge sein?) Nein, er hat ihn bestimmt nicht zur Folge. Aber wenn Sie so handeln, müssen Sie ihn doch wollen. Wenn Sie in entscheidenden Fragen die Vorlage der Regierung ablehnen, müssen Sie doch im Innern gegen diese Regierung eingestellt sein.

Und nun etwas Weiteres! Wenn Sie nicht eine andere Regierung wollen, sondern diese Regierung, dann bedeutet das – das muß ich dem Kollegen Hugo erwidern –, dann müssen Sie entweder die Auflösung wollen oder den Artikel 48. Die Auflösung! Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, kein Teil des Bürgertums, auch nicht die Sozialdemokraten, hat irgendein Interesse daran, jetzt Neuwahlen zu provozieren. Insbesondere ich als Außenminister würde mich bis zum äußersten dagegen wehren, in dieser Situation den Radikalismus hervorzurufen. Wir haben sowieso die größte Sorge hinsichtlich der ganzen außenpolitischen Entwicklung, die in den letzten Wochen und Monaten doch eine ganz besondere Richtung genommen hat.[48]

[48] In der Außenpolitik verfolgte Brüning, wie er bei der Regierungserklärung am 1.4.1930 hervorhob, eine »organische Weiterentwicklung« der Stresemannschen Politik, die vor allem in einer wesentlichen Beschleunigung der Revision des Versailler Vertrags bestehen sollte, siehe VRT, Bd. 427, S. 4728ff. Zur Prioritätensetzung von Curtius' Außenpolitik siehe Rödder, S. 37ff. Zur Haltung des Kabinetts gegenüber Briands Europa-Memorandum vom 1.5.1930 (Text in: Schultheß 1930, S. 460–468), in dem dieser den europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbunds die Schaffung einer europäischen Union vorgeschlagen hatte, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 40, 68; ADAP, Serie B, Bd. 15, S. XXIXff.; Curtius, S. 158ff.; Walter Lipgens, Euro-

Aber auf den Artikel 48 von uns aus hinzusteuern, halte ich auch für ein Spiel mit dem Feuer. Ich glaube, wir haben allen Anlaß, wenn irgend möglich, parlamentarisch zu regieren und nicht die Regierung in eine Lage zu bringen, in der sie von dem Artikel 48 Gebrauch machen muß.[49] Auch da bedenken Sie bitte, was weiter kommen würde. Nehmen Sie an, die Regierung müßte von dem Artikel 48 Gebrauch machen, und zwar dann gegen die Reichstagsfraktion: Können Sie sich vorstellen, wie das Land darauf regieren würde, wenn am nächsten Tag unzweifelhaft auf der Tagesordnung des Reichstages der Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung dieser auch von der Deutschen Volkspartei bekämpften Verordnung stehen würde? Was machen wir dann? Erklären wir dann auf einmal: Ja, nun ist eine andere Lage, 24 Stunden vorher haben wir die Verordnung in ihrem sachlichen Inhalt abgelehnt, jetzt akzeptieren wir sie? Oder sollen wir sagen: Wir denken gar nicht daran, unseren Einfluß geltend zu machen, damit diese verfluchten Maßnahmen der Regierung, die wir in Grund und Boden verurteilt haben, nun aufgehoben werden?

So liegen die Dinge. Es gibt aus dieser Sache keinen anderen Ausweg, als daß man sagt: Es kommt gar nicht auf den Inhalt an, sondern es kommt darauf an, daß man die Notlage erkennt, daß man einsieht, die Regierung muß fair play haben, um das Defizit zu decken, um an die Arbeit zu gehen. Und dann wollen wir drei Monate ins Land gehen lassen, den Sturm sich austoben lassen und abwarten, wie im Oktober und November die Dinge sind. Dann wäre noch Zeit, diese Regierung vor die Verantwortung zu ziehen, ob sie in der Lage ist, ein weitergehendes Reformprogramm zu machen. Anders können die Dinge in diesem Augenblick nicht mehr gemeistert werden. Und so schwer es ist: Ich glaube, nur auf diesem Wege ist es möglich, auch die Partei vor Schaden zu bewahren. Denn wenn wir uns versteifen auf diese Entwicklung, dann erleben wir von neuem, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten erlebt haben. Wir können nur dadurch aus der Schwierigkeit herauskommen, daß wir uns überhaupt in eine ganz andere Sphäre flüchten, nämlich die, daß es nicht darauf ankommt, ob Notopfer oder geringfügige Steuern, sondern daß es sich darum handelt, im letzten Augenblick diese Deckung des Defizits durch diese Regierung zu begrüßen. Ob Sie das in der Form einer Ermächtigung an die Regierung machen oder wie Sie sich herausziehen wollen, das ist eine sekundäre Frage. Aber ich glaube, anders können die Dinge heute nicht mehr gemeistert werden; nicht nur wegen des Reiches, dessen Interessen wir zu vertreten haben, sondern auch wegen der Deutschen Volkspartei, und glauben Sie nur, daß mir daran liegt, für die Deutsche Volkspartei die Dinge so zu leiten, daß wir keinen größeren Schaden erleiden.

Es wird manchmal der Eindruck erweckt, als ob nicht genügend Fühlung zwischen Ministern und Fraktion vorhanden wäre (Sehr richtig!). Ein sehr ernstes Wort dazu!

---

päische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in: HZ 203 (1966), S. 46–89, 316–363 (bes. S. 315ff.).

[49] In der Kabinettssitzung vom 25.6.1930 hatte Brüning erklärt, im Falle einer Ablehnung der Deckungsvorlagen durch den Reichstag »müsse die Regierung ihren Willen notfalls mit Hilfe des Art. 48 durchsetzen«, siehe dazu auch Maurer/Wengst, Dok. 93, 94, 95; Brüning, S. 176; Pünder, S. 76f. sowie Ulrich Scheuner, Die Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung unter den Präsidentschaften von Ebert und Hindenburg, in: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning, hg. von Ferdinand Hermens/Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 249–286; Rudolf Haugg, Die Anwendung des Artikels 48 WRV, Diss. iur. Würzburg 1975, S. 114ff.

Ich habe – das werden Sie mir bescheinigen – in den Jahren des Wirtschaftsministeriums, wo Stresemann für diese Verbindung vollkommen ausfiel, regelmäßig an den Fraktionssitzungen teilgenommen. Es waren wenig Sitzungen, bei denen ich nicht anwesend war. Ich habe nachher fast zwei Monate hindurch ein Doppelministerium zu leiten gehabt[50], ich habe den Youngplan, die internationalen Verhandlungen, das Liquidationsabkommen, die Genfer Frage, unzählige Handelsverträge und unzählige andere außenpolitische Aufgaben zu erledigen gehabt, und ich habe trotzdem die Verbindung mit der Fraktion gehalten, so gut ich konnte. Ich wäre dankbar, wenn die Freunde aus der Fraktion das auch einmal anerkennen würden, daß bis zur Aufopferung der letzten Kräfte wir beiden Minister auch diese Verbindung mit der Fraktion zu halten versucht haben.[51]

Lassen Sie mich hinzufügen: Die Anberaumung der Fraktionssitzungen durchweg ohne Fühlungnahme mit den Ministern, ohne vorherige Anfrage, ob sie können, ist auch ein Unding. Wir müssen auch versuchen, da eine bessere Organisation zu treffen. Ich weiß, lieber Scholz, daß im allgemeinen die Fraktion nach dem Plenum zusammenkommen muß oder mittags um 2 Uhr, aber wenn es sich um wirklich wichtige Fragen handelt, haben wir auch schon während des Plenums getagt, und da müßte gefragt werden, wann die Minister können (Zuruf: Ist auch geschehen!). Bei mir darf ich feststellen, daß es geradezu niemals geschehen ist; wie es bei Moldenhauer gewesen ist, ist eine andere Sache. Bei mir ein einziges Mal in den letzten 14 Tagen, als Brüninghaus gefragt hat, ob ich bereit wäre, über die ganzen Fragen der Fraktion Auskunft zu geben.[52] Ich hätte ja niemand angeklagt, aber es ist doch notwendig, daß man offen darüber spricht. Wenn von der Reichstagsfraktion über mangelnde Verbindung geklagt wird, muß man auf der anderen Seite uns viel geplagten Ministern auch Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich sage das nur, um zu zeigen, daß ich mit allen Fasern daran klammere, mit der Partei und in der Partei die Dinge zu bewältigen. Aber ich sage auch: Ich stehe zu dieser Regierung, weil ich als Reichsminister verpflichtet bin, zu dieser Regierung zu stehen und – in ihren großen Zügen – zu ihren Deckungsvorlagen (Lebhafter Beifall).

Herr Bechly: Ich glaube, daß die schwierige Situation, in der sich die nationalen Mittelschichten unseres Volkes befinden, eigentlich darin zu suchen ist, daß wir ein Abströmen in die radikalen Flügel nach rechts und links in verstärktem Maße zu verzeichnen haben, und daß im übrigen eine starke Resignation der Jungen in den

---

[50] Curtius war vom 20.1.1926–11.11.1929 Reichswirtschaftsminister. Nach dem Tod Stresemanns am 3.10.1929 leitete Curtius vom 4.10.–11.11.1929 neben dem Wirtschafts- auch das Außenministerium.

[51] Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Reichstagsfraktion und Ministern resümierte Moldenhauer: »Ich habe versucht, nach Möglichkeit die Fühlung mit Scholz zu wahren und ihn zu unterrichten, während auf seiner Seite dieses Bestreben nie vorhanden war. Ihn, den Parteiführer, hatte der Minister zu unterrichten, nicht etwa auch er den Minister. Er ist niemals zu mir aufs Amt gekommen, er hat mich bis zum Tage meines Rücktritts nur ein einziges Mal und dann eben an diesem Tage angerufen. Auch Curtius klagte über dieselben Schwierigkeiten. In den vier Jahren seiner Ministertätigkeit hätte er dieselben Erfahrungen gemacht«, BAK NL Moldenhauer 3, p. 89f.; siehe auch Dok. Nr. 81, Anm. 42.

[52] Am 25.6.1930 hatte Brüninghaus, der Geschäftsführer der Reichstagsfraktion, Curtius die Haltung der Fraktion mitgeteilt und ihn darum gebeten, seinen Standpunkt vor der Fraktion darzulegen, siehe BAK R 45 II/67, p. 249.

Parteien sich bemerkbar macht. Ich stehe auf dem Standpunkt, den unser Parteiführer Scholz vertreten hat: Eine nationale Mittelpartei – ich sage nicht, daß sie unbedingt liberal sein muß – ist ein notwendiger Lebensfaktor für unser ganzes Volksleben. Ich habe noch vor wenigen Tagen vor sechseinhalbtausend kaufmännischen Angestellten unter dem Beifall dieser Sechseinhalbtausend zum Ausdruck gebracht, daß wir den Weg des Radikalismus nicht gehen können[53] (Bravo!).

Das ist die Linie. Nun kommt es darauf an, wer soll die nationale Mittelpartei bilden? Da muß ich schon etwas bemerken. Wenn irgendeine Industrievereinstagung ist, sind sechs bis acht bis zehn volksparteiliche Abgeordnete da. Auf dieser Tagung von sechseinhalbtausend Angestellten aber war kaum ein einziger Abgeordneter der volksparteilichen Fraktion. Darin sieht man schon so ein klein wenig die Wertschätzung, die man in diesen Kreisen bei der Deutschen Volkspartei findet. Wer, wie ich, die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß wir in der Deutschen Volkspartei die Partei haben wollen, die die Führung in diesem Kampfe aufnimmt, sucht vergebens nach Ideen und großen Zielen bei ihr. Denn jeder redet anders und jeder schreibt anders im Namen der Partei. Wir sprachen hier von dem Reichsnotopfer. Ich weise darauf hin, daß in zahlreichen Artikeln von volksparteilichen Abgeordneten und in zahlreichen Reden von volksparteilichen Abgeordneten stets und ständig die Notwendigkeit der Senkung der Löhne und Gehälter betont worden ist, daß jetzt von den Vereinigten Stahlwerken und von Krupp die Kündigungen herausgehen, daß Tarifverträge gekündigt werden zum Zwecke der Herabsetzung der Gehälter und Löhne, daß dann aber gleichzeitig die volksparteiliche Fraktion dagegen Stellung nimmt, daß die Beamtengehälter um 2½% gekürzt werden, während eine Kürzung der Angestelltengehälter und -löhne um 10% kommt. Wenn es darüber zu einer Reichstagsauflösung kommen sollte, in dieser Stimmung, wo überall die Löhne und Gehälter schon herabgehen, wo die Not überall vor der Tür steht, wo sogar die Gehälter von fremdsprachlichen Korrespondenten abgebaut werden, wo man ihnen 150 Mark Anfangsgehalt bietet, wenn diese Leute jetzt schon auf die Briefträger hinweisen, die weit mehr verdienten, dann, meine Damen und Herren, können Sie sich vorstellen, welche Wirkung das bei einer Reichstagswahl auf die volksparteilichen Kandidaturen haben würde. Seien Sie sich darüber klar, wie die Stimmung draußen ist. Sie brauchen sich über das Ergebnis der Wahlen in Sachsen nicht zu wundern. Sie würden sich aber bestimmt über das Ergebnis einer Reichstagswahl wundern.

Ich habe es bedauert, daß Herr von Raumer mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften allein anfing zu verhandeln.[54] Es wäre wünschenswert gewesen, das diplomatische Geschick des Herrn von Raumer, den ich persönlich hochschätze, einmal in der Zentrale unserer Partei einzusetzen, um da die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerführer einander näherzubringen, damit man sich über die politischen Möglichkeiten

[53] Bechly hatte am 28.6.1930 auf dem Deutschen Handlungsgehilfentag in Köln die Politik von KPD und NSDAP vehement attackiert, gleichzeitig aber auch scharf gegen den Beschluß der Reichstagsfraktion vom 16.6.1930 (siehe Anm. 30) polemisiert, siehe den Tagungsbericht in der »Deutschen Handels-Wacht«, 30.6.1930.

[54] Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zur Wiederbelebung der Zentralarbeitsgemeinschaft hatten Ende Mai 1930 auf Initiative Hans v. Raumers, des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie, begonnen, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 40, 41.

ausspricht. Was hat es für einen Zweck, Artikel zu schreiben in der »Berliner Börsen-Zeitung«, in der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung«, in denen die wüstesten Dinge verlangt werden? Was hat es für einen Zweck, Proklamationen herauszulassen? Wir sind angewiesen auf die Koalitionspolitik mit dem Zentrum, und wenn Sie die nationalen Arbeitnehmergruppen für diese Dinge nicht haben, dann haben Sie keine Aussicht, die Dinge im Reichstag durchzubringen (Sehr richtig!). Weshalb denn nun solche Dinge herausbringen in die Öffentlichkeit? Damit werden doch nur so und so viele Menschen aus der Partei herausgestoßen, und ein Erfolg in der Gesetzgebung wird damit doch nicht erreicht. Was hat das für einen Zweck? Ich will hier keinen Vergleich ziehen zwischen Beamtengehältern und Angestelltengehältern, das ist mir zu kleinlich. Wir mißgönnen den Beamten weiß Gott nicht ihre Gehälter. Aber in dieser Stimmung, soweit die Parteien in Betracht kommen, würde ich doch empfehlen, etwas Rücksicht auf diese Stimmung in den Massen zu nehmen, auf deren Stimmen wir doch immer noch bei den Wahlen angewiesen sind.

Unser verehrter Herr Parteiführer sagte auf dem Parteitag in Mannheim: Man kann auf die Dauer ohne die Sozialdemokratie nicht regieren.[55] Das verstehe ich. Aber wenn die Volkspartei ein großes Ziel haben wollte, dann müßte sie das haben, die Zentrale für die nationale Bewegung der gesamten nationalen Schichten unseres Volkes zu werden, und dann kann sie nicht mit der Sozialdemokratie gehen. Es müßte die Aufgabe der Deutschen Volkspartei sein, dieser Sammelpunkt der nationalen Schichten zu werden. Dann gewinnt sie auch wieder das Vertrauen der Massen. Dazu gehört aber auch, daß mehr die jungen Kräfte in den Vordergrund gestellt werden. Wir haben ein Altersgesetz für Beamte, wir haben leider nicht ein Altersgesetz für politische Betätigung. Es wäre doch wünschenswert, wenn in die führenden Stellen in den Wahlkreisen auch mal junge Menschen und wenn in die Fraktion auch einmal junge Menschen einziehen würden. Die Deutsche Volkspartei hat in der Beziehung, glaube ich, das höchste Durchschnittsalter von allen Parteien zu buchen.

Meine Damen und Herren! Wenn man jetzt diese Koalition zerschlägt, wenn wir zu Reichstagswahlen kommen, dann bleibt nur die Große Koalition noch übrig oder das Chaos. Und ob da die Wirtschaft ihre Ziele erfüllt sehen wird, scheint mir doch zum mindesten zweifelhaft. Aber ich sage: Das Gebot der Stunde ist die Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl.[56] Seien Sie sich klar darüber: Wenn es nicht gelingt, das Vertrauen der nationalen Arbeitnehmerschichten wieder zu erringen, dann haben wir im Reiche die politischen Machtverhältnisse wie in Preußen. Und nun stellen Sie sich vor, was wird, wenn unter solchen Verhältnissen die Reichspräsidentenwahl vor

[55] Scholz hatte am 22.3.1930 in Mannheim erklärt: »Wer mit den Verhältnissen rechnet, wie sie nun einmal sind, wer Realpolitik betreiben will, muß mindestens zur Zeit – das möchte ich ganz offen aussprechen – feststellen, daß ein Regieren gegen die Sozialdemokratie auf die Dauer kaum möglich ist. Das muß auch eine Partei anerkennen, die wie keine andere im innersten Kern antisozialistisch ist wie die Deutsche Volkspartei«, BAK R 45 II/31, p. 133. Nach der Erinnerung Moldenhauers rief diese Aussage auf dem Parteitag, von dem man »eine scharfe Entschließung« erwartet hatte, »die den Auftakt zur Auflösung der Großen Koalition geben sollte [...] allgemeine Verblüffung« hervor, BAK NL Moldenhauer 3, p. 90f.

[56] Die Amtsperiode des Reichspräsidenten lief im im Frühjahr 1932 ab; zur Wiederwahl Hindenburgs am 10.4.1932 siehe Dok. Nr. 94, Anm. 1.

sich geht. Seien Sie überzeugt: Bei der Stimmung, die wir draußen haben in der nationalen Bewegung mit Einschluß der nationalen Arbeitnehmerschaft, bekommen Sie einen Reichspräsidenten, der hinter der Sozialdemokratie und hinter dem Artikel 48 steht, und daß dieser Zustand des Artikels 48 dann etwa einträte, das ist etwas, was wir als nationale Arbeitnehmer genauso fürchten müssen, wie unter anderen Verhältnissen die Sozialdemokratie es fürchtet.

Darum wollen Sie meine Worte nicht nehmen als pro domo gesprochen, als die eines Interessenvertreters, sondern aus dem nationalen Pflichtgefühl als Führer einer großen nationalen Arbeitnehmermasse heraus, der weiß, wie es diesen Massen ums Herz ist. Wenn die nächsten Reichstagswahlen sind, werden wir es wieder mal erleben, daß wir einen Konzessionsschulzen aus dem Lager der Angestellten unter den Kandidaten haben, im übrigen aber werden wir Syndici, Geheimräte, wohllöbliche alte Herren auf den Listen in den Wahlkreisen haben. Damit würde die Hoffnung auf eine wirkliche Deutsche Volkspartei, die die Führung in den nationalen Massen in der Hand hat, wieder einmal zerstört sein. Glauben Sie etwa, daß die Volksnationale Aktion, daß die Volkskonservativen eine quantité négligable sind? Das sind Menschen, die sich auf die Art verstehen, wie man in den Massen denkt, und von denen sollten wir lernen: nicht lernen aus demagogischem Gefühl, sondern aus dem Verständnis und dem warmen Herzen für diese Massen. Wir sollten diese Kräfte wirken lassen in der Partei, ihnen eine Stellung geben, die nach außen zeigt, sie haben etwas zu bedeuten und sind nicht Konzessionsschulzen, wie es zum größten Teil den Anschein hat.

Es ist bitter, die jetzige Entwicklung zu sehen, wenn man, wie ich mit Stresemann, die Volkspartei gegründet hat. Nach dem Kriege, wo alles von Stresemann abrückte, bin ich neben Stresemann getreten und habe ihn nicht verlassen. Die nationale Bewegung der nationalen Mittelschichten herbeizuführen, wird immer wieder zerstört dadurch, daß wir es allen recht machen wollen. Jeder legt das Parteiprogramm so aus, wie es ihm paßt; jeder redet von der Partei so, wie er will. Sollte es nicht möglich sein, eine straffe Führung innerhalb der Partei und eine ganz klare Herausstellung der Ideen und des Willens der Partei fertigzubringen? Nicht dadurch, daß man sich gegenseitig überlistet, sondern daß man den Willen hat, gemeinsam ein Ziel zu verfolgen, erreicht man etwas (Beifall).

Herr Hueck: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich aus dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags um ein Viertel nach zwölf endlich hierherkommen konnte, hatte ich nicht im entferntesten die Absicht, mich hier zum Wort zu melden, weil ich der Ansicht bin, daß hier in erster Linie die Vertreter aus dem Lande zu Wort kommen sollen. Leider kam ich gerade in einem Augenblick in den Saal, als eine Rede von unserem Fraktionskollegen Thiel gehalten wurde, die meiner Ansicht nach nicht unwidersprochen bleiben kann.

Ich möchte damit beginnen, darauf hinzuweisen, daß der heute so häufig zitierte Führer Dr. Stresemann noch am 26. Februar 1929 in ganz unmißverständlicher Weise in der Zentralvorstandssitzung im Esplanade-Hotel darauf hingewiesen hat, daß die Hauptquelle unserer deutschen Not die Überspannung der Ausgabenwirtschaft sei, die Überspannung der Ausgabenwirtschaft in einer Form und in einem Ausmaß, die, wenn sie nur noch kurze Zeit so fortgesetzt würde, zum sicheren Ruin der deutschen

Wirtschaft führen müsse.[57] Von diesem Gedanken ausgehend, muß ich hier zunächst feststellen, daß ich dem Herrn Minister Curtius in seinen Ausführungen nur soweit folgen kann, wenn er die Gefolgschaft der Fraktion und der Partei verlangt, als er sich auch im Rahmen dieses Stresemann-Programms bewegt, und ich stelle fest, daß sowohl das Programm, das zunächst von der Regierung Brüning-Moldenhauer vorgelegt wurde, wie auch das später von der Regierung Brüning-Dietrich vorgelegte Sanierungsprogramm nicht in Einklang zu bringen ist mit den gesunden wirtschaftlichen Erfordernissen, die gerade Stresemann uns seinerzeit so deutlich vor Augen geführt hat (Sehr richtig!).

Bei dieser Gelegenheit lassen Sie mich folgendes sagen. Ich bin zum hundertsten Male in jedem Gremium, in dem ich bisher aufgetreten bin, der Legende entgegengetreten, als ob die Beschlüsse der Fraktion der Deutschen Volkspartei einen schützenden Schild über die heutige Gehaltshöhe der Beamten halten wollten. Diese Beschlüsse gehen zurück auf die wirtschaftliche Erkenntnis, daß die heutige Höhe der gesamten Arbeitnehmereinkommen in Deutschland vom Generaldirektor bis zum letzten Handlanger und vom Reichsminister bis zum letzten Kanzleidiener einfach nicht mehr getragen werden kann, wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit, in wenigen Monaten, vor einem wirtschaftlichen Chaos in Deutschland stehen wollen. Diese Erkenntnis hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei beseelt, als sie 16. Juni dieses Jahres das bekannte Memorandum beschlossen hat, auf das ich in seinen Einzelheiten gleich noch näher eingehen muß.

Es ist nun gerade von dem Herrn Minister Curtius eine Fülle von Bezugnahmen hier vorgetragen worden auf die bekannten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zwecks Herbeiführung einer Verständigung über die Lockerung des Lohn- und Preiswesens. Ich betone hier vor Ihnen ausdrücklich die richtige Benennung dieser Versuche, denn kein Mensch hat an eine Reaktivierung der früheren Arbeitsgemeinschaft gedacht, für die im Augenblick die Grundlagen noch absolut nicht gegeben sind. Diese Verhandlungen haben zum ersten Mal vor einer entscheidenden Wendung gestanden am 3. Juni. Damals hatten die Vertreter der Spitzenverbände, die mit diesen Verhandlungen zunächst beauftragt waren, mit der Reichsregierung Fühlung genommen, um die Möglichkeit zu schaffen, etwa am Nachmittag des 3. Juni positive Ergebnisse dieser Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten oder dem Herrn Reichskanzler vorzulegen. Zu einem positiven Ergebnis ist es aber in der Sitzung am 3. Juni nicht gekommen, sondern man hat beschlossen, weitere Verhandlungen zu führen, um sich auf einer schriftlich fixierten Grundlage einigen zu können.[58] Die nächste Möglichkeit, diese Verhandlungen fortzuführen, hat aber erst in der Woche nach Pfingsten bestanden, das bekanntlich auf den 8. Juni dieses Jahres fiel.

Nun ist am 4. Juni die berühmte Fraktionsvorstandssitzung gewesen, über deren Ergebnis zwischen Herrn Moldenhauer und den übrigen Beteiligten so schwer erklärliche Mißverständnisse bestehen. Und am 5. Juni ist bereits die Bekanntgabe des Programms Brüning-Moldenhauer erfolgt. Es war somit überhaupt nicht die Möglichkeit, vor Pfingsten nach dieser Richtung irgendein Gremium der Partei zusam-

[57] Siehe Dok. Nr. 73, S. 767f.
[58] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 40, 41.

menzuberufen, um mit diesem Gremium die neue Situation zu besprechen. Die nächste Sitzung, in der die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Spitzenverbände besprochen werden sollten, ist am 13. Juni, am Freitag nach Pfingsten, gewesen.[59] Daraus geht schon hervor, daß die Einberufung einer Fraktionssitzung – und ich bin der Ansicht, daß bei so entscheidenden Dingen es sich nur um die Einberufung der ganzen Fraktion, nicht um einen kleinen, zur Erledigung formaler Dinge bestimmten Ausschnitt der Fraktion handeln kann[60] – vor dem 13. Juni sinnlos gewesen wäre, weil sie ja bezüglich des Ausgangs dieser wichtigen Spitzenverhandlungen vollkommen im unklaren gewesen wäre. Diese Fraktionssitzung ist aber einberufen worden auf den 16. Juni, das heißt auf den folgenden Montag, und sie hat an diesem Tage sofort die Beschlüsse gefaßt, die hier den Gegenstand der Unterhaltung bilden. Ich stelle also ausdrücklich fest, daß es vollkommen an der Sache vorbeigeht, wenn hier der Vorwurf konstruiert wird, es sei durch eine gewisse Verschleppung der Weiterführung der Angelegenheit eine Verschärfung der Mißverständnisse herbeigeführt worden. Das ist absolut nicht der Fall. Die Dinge haben ihren vollkommen natürlichen und richtigen Verlauf genommen.

Und nun noch ein paar Worte zu dem Inhalt unserer damaligen Resolution, soweit er heute der Gegenstand der Kritik hier gewesen ist. Auch ohne die Kritik des Herrn Kollegen Thiel, der sich ja allerdings Kollege Bechly inhaltlich nicht nur hier angeschlossen hat, sondern bereits in Köln in einer überaus prononcierten Form angeschlossen hat[61], würde ich hier auf den Plan gerufen sein; denn ich bin der Ansicht, daß hier einmal ganz klargestellt werden muß, was die Fraktion tatsächlich zu der inkriminierten Beschlußfassung bezüglich der Möglichkeit eines gesetzlichen Eingriffs in bestehende Tarifverträge gebracht hat.

Es ist vielleicht eine viel zu wenig bekannte Tatsache, daß drei Viertel der deutschen Tarife automatisch vor dem 1. Oktober oder bis zum 1. Oktober dieses Jahres ablaufen. Für derartige Tarife braucht kein Mensch einen gesetzlichen Eingriff, um ihre Erneuerung in einer der jetzigen Wirtschaftslage angepaßten Form durchzusetzen. Aber drei ganz große Gruppen der deutschen Wirtschaft haben noch Tarife, die bis zum 1. April 1931 zwangsläufig festliegen, und zwar sind das die Reichseisenbahngesellschaft, das deutsche Baugewerbe und der größte Teil des deutschen Textilgewerbes. Nun ist Ihnen allen bekannt, daß eine so wichtige und vor allen Dingen in so fein verteilten Spitzen über das ganze deutsche Land ausgedehnte Wirtschaftsgruppe wie die deutsche Reichsbahn mit 400000 Arbeitnehmern unter gar keinen Umständen übergangen werden kann, wenn die Lockerung der Preise und der Löhne, oder besser gesagt, der Arbeitnehmereinkommen überhaupt Erfolg haben soll. Diese Erwägung, die ja in einer geradezu auffallenden Weise unterstützt worden ist durch das bekannte Memorandum des Herrn von Siemens, mit dem er die unmögliche Finanz-

[59] Am 13.6.1930 fand eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des RdI und der VDA statt, abgedruckt in: Maurer/Wengst, Dok. Nr. 86.

[60] Der am Anfang einer jeden Wahlperiode und dann jeweils zu Jahresbeginn gewählte Fraktionsvorstand bereitete die Tagesordnung der Fraktionssitzungen vor und bestellte die Berichterstatter für zentrale Punkte der Sitzungen. Er bestand 1930 aus den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, dem Geschäftsführer und sieben Beisitzern (Scholz, v. Kardorff, Brüninghaus, Beythien, Kempkes, Matz, Moldenhauer, Morath, Thiel, Winnefeld).

[61] Siehe Anm. 53.

lage der Reichsbahn der Regierung zur Kenntnis gebracht hat[62], war es, die es meiner Ansicht nach unbedingt für die Fraktion nötig machte, wenigstens die Möglichkeit einer Abkürzung eines solchen wichtigen Tarifs durch einen gesetzlichen Eingriff vorzusehen.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß in unserem Beschluß vom 16. Juni dies in der überaus vorsichtigen Form geschehen ist, daß gesagt worden ist: Die Lockerung der Lohn- und Preisverhältnisse muß angestrebt werden, sei es auf dem Wege freier Vereinbarung, sei es auf dem Wege eines gesetzlichen Eingriffs.[63] Kein Mensch hat damals daran gedacht, etwa einen Antrag auf Aufhebung von Tarifverträgen zu forcieren, wie es nachher in einem großen Teil nicht nur der gegnerischen Presse, sondern – ich stelle das mit einem gewissen Schamgefühl fest – auch unserer eigenen volksparteilichen Presse hingestellt worden ist. Ich bezeichne das hier in diesem Kreise als eine gewollt böswillige Entstellung, und ich stehe ferner nicht an zu erklären, daß ich derartig demagogische und meiner Ansicht nach an dem Kern der Sache vollkommen vorbeigehende Ausführungen noch in keinem Kreis der Deutschen Volkspartei gehört habe, wie ich sie zu meinem Bedauern vorhin von dem Kollegen Thiel habe hören müssen (Unruhe). Wenn Sie sagen, durch Ihre Herren wären Sie darüber unterrichtet, welche gewaltige Summen den Privatkonten der Unternehmer entzogen würden, um dem Luxus und der Verschwendung zu dienen, und wenn sie sagen, daß die von uns, wie ich glaube, fast einstimmig gefaßte Fraktionsentschließung nur dazu dienen sollte, um die schon reichlich hohen Unternehmergewinne noch unverdient zu erhöhen, so stelle ich fest, daß das ein Maß der Übertreibung ist, was ich bei einem Volksparteiler nicht für möglich gehalten hätte (Unruhe – Herr Thiel: Wie Sie die Sätze zusammendrechseln, das ist eine Übertreibung. Sie legen mir etwas in den Mund, was ich nie gesagt habe!). Ich hoffe, daß ein stenographischer Bericht existiert, daß wir den Wortlaut nachher genau feststellen können. Ich bedauere jedenfalls, die Worte so verstanden zu haben, und ich glaube nicht, daß ich der einzige in dieser Beziehung in diesem Saale bin. Derartige Ausführungen sind hier gemacht worden (Herr Thiel: Sind nicht gemacht worden!). – Sie sind gemacht worden, obwohl keiner im Saal sich darüber im Unklaren sein kann, daß die Deutsche Volkspartei sich in einem schweren Notzustand befindet. Ich kann nicht einsehen, wie man durch solche aufreizenden Worte die notwendige Einheit für ein gedeihliches Zusammenarbeiten in der Fraktion glaubt unterstützen zu können[64] (Unruhe).

---

[62] Der Präsident des Reichsbahn-Verwaltungsrates, Carl Friedrich v. Siemens, hatte in einem offenen Brief an den Reichskanzler vom 18.6.1930 die desolate Finanzlage der Reichsbahn dargelegt und eine Herabsetzung der Personalausgaben gefordert, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 66, 67.

[63] Siehe Anm. 30.

[64] Sowohl Thiel als auch Hueck sandten nach Vorliegen des stenographischen Berichts an alle Zentralvorstandsmitglieder Auszüge ihrer Reden und beschuldigten sich gegenseitig der Demagogie. Thiel hielt darüberhinaus noch grundsätzlich über die Verhandlungen im Zentralvorstand fest: »In den Körperschaften unserer Partei befindet sich eine unverhältnismäßig große Anzahl von Persönlichkeiten, die dem Unternehmertum nahestehen. Die Zahl der Mitglieder, die in dauernder Fühlung mit den großen Wählerschichten der Arbeitnehmerschicht stehen, ist gering. Das birgt die Gefahr in sich, daß die Meinungsbildung in dieser Körperschaft einseitig ohne hinreichende Beachtung der Auswirkungen auf große Schichten der Wählerschaft verläuft«, BAK NL Luther 363, Schreiben Thiels an die Mitglieder des ZV, 26.7.1930.

Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen: Die Beschlüsse unserer Fraktion vom 16. Juni sind inhaltlich vollkommen festgelegt durch die vereinigten und übereinstimmenden Beschlüsse sämtlicher maßgebenden Gremien der Partei innerhalb der letzten achtzehn Monate. Sie sind in der Form so vorsichtig gewählt worden, daß es unter keinen Umständen für einen Parteifreund auch nur, ich möchte sagen, möglich war, wenigstens ohne vorherige Fühlungnahme mit der Fraktion, ihnen einen vollkommen entstellenden Sinn unterzulegen. Und ich möchte hier nicht nur für meine Person, sondern auch für die Mehrheit der Fraktion erklären: Wir sind der festen Überzeugung, daß nur durch eine Gesundung der wirtschaftlichen Grundlagen unser Volk und damit auch unsere Deutsche Volkspartei in den Stand gesetzt werden kann, ihre hohen Aufgaben zu erfüllen und unser deutsches Volk aus dem heutigen Stande der Erniedrigung und der Verzweiflung wieder zu erträglichen Lebensverhältnissen zurückzuführen. Und daran mitzuarbeiten durch einen Beschluß, der diese sachlichen Grundlagen feststellt und klarlegt, das ist die Bitte, die ich hier an den Zentralvorstand zu richten habe (Beifall).

Vorsitzender Dr. Scholz: Ich darf die lebhafte und dringende Bitte an Sie richten, nicht die allgemeine Wirtschaftsnot, die alle Kreise des Volkes umfaßt, hier dazu zu benutzen, den einen gegen den anderen auszuspielen (Lebhafte Zustimmung). Es ist in einem Moment wie dem heutigen, in dem wir wissen, daß es um das Vaterland, daß es aber auch bis zu einem gewissen Grade um die Partei geht, nichts falscher, als, wie es leider bisher zum Teil geschehen ist, das Trennende voranzustellen und die Interessen der einzelnen Kreise den Interessen der anderen Kreise gegenüberzustellen, sondern es ist das Gebot der Stunde, im Augenblick nach aller Möglichkeit das Trennende zurückzustellen und das Einigende in den Vordergrund zu rücken.

Wir können – das wissen wir, und das haben wir trotz verschiedener Ausführungen der Vorredner auch gestern immer wieder feststellen müssen – leider nicht vorübergehen an dieser dringendsten und bittersten Not unseres Volkes. Wir können auch das Volk nicht darüber hinwegtrösten durch Aufstellen von großen Zukunftszielen, obgleich wir auch die in unseren Herzen bewahren müssen, sondern wir müssen uns mit diesen Dingen beschäftigen, wir müssen uns leider vordringlich mit diesen Dingen beschäftigen. Aber das darf wirklich nicht in der Weise vor sich gehen, daß die Interessen der einzelnen Stände und Berufe hier gegeneinander ausgespielt werden. Das mag verwiesen werden auf die Tagungen der einzelnen Verbände und der einzelnen Berufe; die haben die Berechtigung, für ihre eigenen Interessen einzutreten, denn sie sind Interessenverbände. Aber wenn etwas in der Deutschen Volkspartei nicht geschehen darf, dann ist es das, daß sie sich zersplittert in eine Reihe von gegenseitig sich bekämpfenden Interessenvertretungen (Lebhafte Zustimmung). Wir wollen auf gemeinsamem Boden arbeiten und versuchen, in uns diese Interessen auszugleichen. Nur so ist es möglich, diejenige Stoßkraft der Gesamtpartei zu entfalten, die wir brauchen in dieser schwierigsten Zeit unseres Vaterlandes (Lebhafter Beifall).

Dr. Caspari (zur Geschäftsordnung): Unsere Geschäftsordnung gibt dem Vorsitzenden die Möglichkeit, das Wort nach Belieben zu erteilen. So ist es auch möglich, daß ein Abgeordneter, der erst eine halbe Stunde im Saal ist, das Wort erhält, während andere, die von Anfang an auf der Rednerliste stehen, zurückstehen müssen. Das ist alter parlamentarischer Brauch. Aber wenn ein Abgeordneter, der so kurze Zeit hier ist, diese Möglichkeit benutzt, um einen anderen Abgeordneten, dessen Rede er nur

zur Hälfte gehört hat, in der schärfsten Weise anzugreifen, dann ist das, glaube ich, ein Mißbrauch der Geschäftsordnung (Zustimmung und Bravo).

Vorsitzender [Scholz]: Sie haben eben gehört, wie ich grundsätzlich zu diesen Dingen stehe. Aber ich muß auf der anderen Seite mir doch nach wie vor die Erlaubnis erbitten, die Redner einigermaßen zu verteilen. Das ist immer der Brauch gewesen. Das ist leider auch besonders nötig für die Abgeordneten, da, wie Sie wissen, nicht nur das Plenum des Reichstages, sondern auch eine große Reihe seiner Ausschüsse heute tagen. Es muß deshalb möglich sein, in dieser Weise eine gewisse Verschiebung in der Rednerliste eintreten zu lassen. Das hat ja auch der Herr Vorredner nicht angefochten.

Herr Dr. Most: Meine Damen und Herren! Wenn ich das Wort erbeten habe, so deshalb, weil mich eine geradezu von Tag zu Tag wachsende Sorge um die allernächste Zukunft unseres Vaterlandes bewegt. Das bisher hier Gehörte war leider nicht geeignet, diese Sorge zu bannen. Ich erinnere an die Sitzung des Zentralvorstandes, wo ich Gelegenheit hatte, über die weltanschaulichen Grundlagen der Volkspartei zu sprechen.[65] Darum werden Sie verstehen, daß ich viel Sinn hatte für das, was unser Freund Dingeldey vorhin ausführte, und der brausende Beifall, den er fand, mag verdient sein. Ich sage aber auch offen, ich habe mich bei diesem brausenden Beifall eines peinlichen Gefühls nicht erwehren können, des Gefühls, daß man über diese großen und mit Recht in die Weite weisenden Ziele vergessen könnte, daß wir meiner Überzeugung nach vor einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe allerersten Ranges stehen. Und ich glaube, wenn etwas wesentlich ist heute, so ist es das – und vielleicht würde der eine oder der andere der nachfolgenden Redner auch darauf sein Augenmerk richten –: ohne Polemik, da stimme ich Freund Scholz von Herzen bei, das eine gegen das andere abzuwägen und jeden sagen zu lassen, wie er aus seiner nächsten Nähe die Dinge beobachtet und was er der Fraktion und den Ministern aus dieser Erfahrung und Beobachtung heraus geben möchte.

Ich sitze in einer Stadt der Schwerindustrie [Duisburg], wo von 450 000 Einwohnern rund 50 000 in der öffentlichen Wohlfahrtspflege stecken; ich sehe, wie von Tag zu Tag sich das mehrt; ich sehe, wie wir eine Arbeitslosenmasse haben, die auch mit den schönsten Deklarationen nicht aus der Welt zu schaffen ist. Es hilft nichts, auch wenn ich Vorträge halten wollte über die Begründung dieser Krise und über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, davor die Augen zu verschließen. Ich sehe diese Not, und ich sehe die Folgen daraus im kommenden Winter. Ich sehe – da stimme ich dem Klagelied des verehrten Herrn Thiel zu –, wie neben den arbeitslosen Arbeitern die Fülle der Privatangestellten aus den Positionen herausfliegt. Aber ich weiß auch aus meinem Beruf als geschäftsführender Beamter einer nicht unbedeutenden Handelskammer[66], wie es mit dem Unternehmer heute gelegen ist.

Sicherlich gibt es noch Unternehmer, denen es gut geht. Es gibt auch noch Menschen, die sich der Öffentlichkeit gegenüber mit persönlichem Luxus umgeben. Das ist alles richtig. Aber wenn von dem Ausfall der Bilanzen gesprochen worden ist, so sage ich

[65] Auf der Zentralvorstandssitzung vom 24. 5. 1925 hatte Most das Hauptreferat über den liberalen Gedanken in der Deutschen Volkspartei gehalten, siehe Dok. Nr. 59.

[66] Otto Most war seit 1920 1. Syndikus der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer in Duisburg-Wesel.

Ihnen: Tag für Tag greife ich morgens und abends nach der Zeitung, um irgend etwas zu lesen von Nachrichten aus Industrie und Wirtschaft, ob es vielleicht hier oder da wieder besser geht. Wir wollen doch ja nicht anrühren an jene meiner Ansicht nach verbrecherische Methode sozialistischer und kommunistischer Blätter, die irgendein Unternehmen herausgreifen, das zehn oder zwölf Prozent Dividende bezahlt, und die vorübergehen an den Aktiengesellschaften, die nicht mehr leben und sterben können, an der Unzahl hervorragender, tüchtiger, verantwortungsvoller Unternehmer mittleren und kleineren Grades, die Tag für Tag vor die Hunde gehen (Sehr richtig!).

Ich kann es verstehen, daß die sächsischen Wahlen schlecht ausgefallen sind. Ich will nicht reden von Verschuldungen und Fehlern, die vielleicht gemacht worden sind. Ich möchte nur einen Punkt hervorheben. Daß in einer solchen Zeit wie der heutigen eine Partei wie die Deutsche Volkspartei, ja alle Parteien, die auf dieser bürgerlichen Mittelbasis stehen, Nackenschläge und Hammerschläge bekommen, das ist doch völlig klar. Aber darüber müssen wir hinweg. Wir müssen auch darüber hinweg, daß die Übergangszeit, wenn es eine solche noch gibt, zur Verbesserung der Lage nicht nur Unbequemlichkeiten, sondern erhebliche Bitternisse für alle Beteiligten bringen muß. Wir können natürlich in der Partei überhaupt nicht mehr leben, wenn wir nicht Vertrauen zu den Menschen haben, die unsere Geschäfte in Berlin besorgen. Darum bekenne ich mich zu einem Vertrauen zur Fraktion. Aber ich sehe ja viel Schlimmeres: nicht allein das Vertrauen zur Partei oder überhaupt zu den Parteien schwankt, sondern das Vertrauen zu unserem Staat als Ganzem, und das ist eine viel größere Frage als die, ob im einzelnen ein Vorschlag, der gemacht ist, vom Zentrum stammt oder von der Deutschen Volkspartei oder von irgendeiner anderen Partei. Freilich setzt solches Vertrauen eines voraus, von dem ich nicht überzeugt sein kann, daß es als Voraussetzung restlos gegeben ist, nämlich daß diejenigen, die die Partei hier vertreten, auch innerlich einig sind. Es ist für mich eine der betrübendsten Feststellungen gewesen, daß, unbeschadet wer schuld ist, zwischen Fraktion und Vertretern der Deutschen Volkspartei in der Regierung offenbar nicht die Einheitlichkeit und die enge Fühlung vorhanden ist, die vorhanden sein muß.

Herr Minister Curtius, Sie wissen, daß ich wirklich immer ein Mensch gewesen bin, der nie übertreibt und der auch loyal ist. Aber wenn Sie vorhin gesagt haben: Wir müssen das Vertrauen zu dieser Regierung haben, daß sie im Herbst nun auch handeln wird, so wollen Sie mir die Feststellung verzeihen, daß auch Leute, die mit sehr großem persönlichen Vertrauen zu den Männern dieser Regierung im Januar, Februar, März auf die Regierung geschaut haben, nicht deshalb sich so stark enttäuscht fühlen, weil etwas Falsches gemacht sei, sondern weil das nicht geschehen ist, daß regiert wird. Denn in der Tat ist es so: Es kommt heute in diesem psychologischen Augenblick, wo ein gutes Stück unseres Niederganges und unserer wirtschaftlichen Lage in dem vollkommenen Schwinden des Vertrauens begründet ist, nicht darauf an, was und wie, sondern daß überhaupt regiert wird. Ich muß doch sagen, daß ich mit großem Bangen gesehen habe, wie Woche um Woche, Monat um Monat vergangen ist, ohne daß etwas Entscheidendes geschah. Jetzt ist es Juli.[67] Wie werden die

[67] In der Vorlage irrtümlich: »Juni«.

Dinge im Oktober, im November, im Dezember, aussehen, wo das bißchen Entlastung, das uns das Sommergeschäft brachte, auch verloren ist, wo die die Finanzverhältnisse bei den Gemeinden auch katastrophal sein werden? Ich muß also appellieren einmal an diesen Willen zur Einigkeit, wobei es mir klar ist, daß zwischen verantwortungsbewußten Fraktionsmitgliedern und verantwortungsbewußten Ministern Kompromisse von beiden Seiten geschlossen werden müssen und können. Hier stimme ich einem der Vorredner zu: Es war immer ein Fehler der Deutschen Volkspartei, zuviel zu deklarieren und zuviel Proklamationen von sich zu geben (Sehr richtig!). Der Fehler liegt vielfach nicht darin, daß wir das eine oder andere nicht durchsetzen konnten, sondern daß wir gezwungen waren, abzuweichen von dem, was wir vorher, erfüllt vom Willen zum Wähler, zu stark festgelegt hatten.

Gestatten Sie mir, daß ich da noch auf einen Punkt eingehe. Es ist von Ausgabensenkung gesprochen worden. Ich freue mich, daß unser Herr Vorsitzender ausführte, er sei überzeugt, daß noch wesentlich mehr gespart werden könnte. Freilich, selbst wenn es gelingt, über die 125 Millionen im Reichsetat hinaus noch 50 Millionen herauszubringen, so ist das zwar erfreulich, aber natürlich nicht das, was gehofft und gewünscht werden muß. Nun ist heute auch schon das Wort Sparen auch von den Gemeinden gesprochen worden. Ich bin der Überzeugung, daß da noch manche Mißstände vorliegen. Aber verkennen wir nicht, daß wir uns da keinen blauen Dunst vormachen dürfen. Ich bin Führer der Stadtverordnetenfraktion bei uns in Duisburg-Hamborn, einer Stadt mit 450 000 Einwohnern. Ich sehe nicht mehr, nachdem wir alles herausgebracht haben, wie noch wesentlich gespart werden kann. Im Gegenteil, wir sehen, wie das Anwachsen des Heeres der Arbeitslosen unseren Etat zu Boden wirft, und die Möglichkeit zu sparen ist zum Teil gar nicht mehr vorhanden. Ich sage das, damit wir uns vor irgendwelchem blauen Hoffnungsdunst auch hier hüten, damit wir nicht auch hier einfach sagen: Die verfluchten Gemeinden mögen das Nötige tun.

Ich begrüße den Gedanken der Bürgersteuer. Aber man muß doch auch da eins klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Ich bin selber mittelbarer Staatsbeamter, und ich glaube, für mich in Anspruch nehmen zu dürfen – ich kann es beweisen, und Herr Morath weiß es –, wie stark ich von jeher bis in die allerletzte Zeit für die Belange der Beamten und für die Aufrechterhaltung ihrer wohlerworbenen Rechte eingetreten bin. Aber wenn so offen gesprochen wird von der Notwendigkeit der Senkung der Ausgaben, wenn davon gesprochen wird, daß 10 % der Ausgaben gesenkt werden sollen, selbst wenn man nur an derartige Möglichkeiten denkt, dann frage ich Sie: Wie ist das möglich ohne eine Senkung der Beamtengehälter? (Lebhaftes »Sehr richtig!«) Darüber kommt man doch nicht hinweg, zum Donnerwetter, verzeihen Sie; das muß doch offen gesagt werden. Wenn ich die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden ansehe, so habe ich aus der letzten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts entnommen, daß auf Personalkosten ungefähr 5 Milliarden kommen. Nehmen Sie dazu noch die Reichspost, die ja nur mit ihrem Saldo im Etat erscheint, und die Reichsbahn, so kommen Sie auf 9 Milliarden. Es ist doch klar, daß, wenn die sächlichen Ausgaben, die sicherlich gewisse Möglichkeiten bieten zu sparen, gesenkt werden, man nicht darum herum kommt, auch die Personalausgaben zu senken. Verehrter Scholz, Sie mögen den Kopf schütteln. Ich habe dazu zu sagen, was ich für richtig halte. Ich besorge, daß, wenn wir nicht hier einen Weg finden, die Beamten in

sehr baldiger Zeit ganz andere Dinge unter viel unglücklicheren Situationen erleben werden als heute (Sehr richtig!).

Es ist gesagt worden, es dürfte eine solche Senkung nicht erfolgen als Vorleistung. Es hat, glaube ich, schon ein Redner darauf hingewiesen, daß andere Vorleistungen auch schon da sind. Aber ich frage doch: Ist es so vollkommen unberechtigt, daß diejenigen, die ganz offen immer sagen, wie wir es tun, daß sie auf Gedeih und Verderb mit dem Staat verbunden sind, in dieser Zeit nicht auch ein kleines Opfer bringen? Wie können die Gewerkschaftssekretäre, etwa in Rheinland-Westfalen, ihren Arbeitern klar machen die Berechtigung eines 7½%igen Lohnabbaus, wenn auf der anderen Seite bei den Beamtengehältern nichts geschieht? Darum sage ich: Ich bin im Zweifel, ob es ganz richtig war, das Notopfer in dieser Form zu bekämpfen, und ich weiß nicht, ob es nicht im wohlverstandenen Interesse der Beamten wäre, den Absprung darin zu finden, daß das Notopfer heute anders aussieht als früher, und daß man nunmehr mit gewissen Kombinationen diesen oder einen ähnlichen Weg doch geht.

Ich sage das nur als meine Meinung. Im übrigen ist es klar, daß die Fraktion zu handeln hat nach dem Befehl der Wähler und nicht dem irgendeiner Gruppe, wohl aber im Bewußtsein der Verantwortlichkeit und nicht ganz unbeeinflußt davon, daß in einer großen Reihe unserer Parteifreunde bis in die Beamtenschicht hinein Gedankengänge, wie ich sie entwickelt habe, vorhanden sind und vielleicht doch etwas mehr Beachtung verdienen, als sie bisher gefunden haben (Beifall).

Herr Dr. Kalle: Meine Damen und Herren! Mir widerstreitet es an sich, mich als Abgeordneter zum Wort zu melden, weil wir doch hier in erster Linie das Land hören sollen. Aber die Situation ist eine so ernste, daß ich mich doch für verpflichtet halte, auch meinerseits meine Ansicht darzulegen. Ich sehe die Lage außerordentlich schwarz an, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft, denn vielleicht werden im Jahre 1931 die Dinge noch schlimmer, wenn von den Steuererklärungen dieses Jahres die Eingänge fehlen werden. Ich bin meinem Beruf nach, wie Sie wissen, Wirtschaftler und, soweit ich denken kann, auf das engste mit der Wirtschaft verbunden, und ich komme aus den Dingen, die ich dort kennengelernt habe, zu einer ganz anderen Auffassung, als sie heute hier von prominenten Wirtschaftlern vertreten worden ist. Ich halte es für meine Pflicht, das auch hier kurz zum Ausdruck zu bringen. Die Notlage der deutschen Wirtschaft ist Gemeingut von uns allen. Ich möchte feststellen: Weder gestern im Reichsausschuß noch in dem, was wir heute hier gehört haben, ist uns wirklich etwas Neues, ein wirklich neuer Gedanke gesagt worden, wie wir etwa aufbauen könnten, mit welchen Mitteln wir die Dinge bessern könnten. Wir wissen, wie es steht. Wir Wirtschaftler wissen auch, daß es ums Ganze geht, daß es so für die Wirtschaft nicht weitergehen kann. Wir haben auch seinerzeit davon gesprochen: Wir müssen den Hebel herumwerfen. Aber das ist in diesem Sinne mißverständlich. In dem Kampfe, um den es sich heute handelt, ist das Herumwerfen des Hebels ein langwieriger und schwieriger Prozeß. Mit irgendwelchen schönen Erklärungen ist das nicht zu machen.

Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß unser Pronunziamiento vom 16. Juni zum mindesten nicht geschickt war. Der Ernst der Lage erfordert, daß wir in dieser letzten bürgerlichen Regierung so lange wie möglich mitarbeiten (Sehr richtig!). Was soll denn sonst kommen? Diese Konstruktion Brüning mit Stegerwald ist doch aus

der Not geboren, um der Sozialdemokratie einmal zu zeigen, daß wir auch gegen ihren linken Flügel können. Gewiß ist anzuerkennen, daß die Leistungen dieses Kabinetts uns nicht mit einem Hurra zu einer anderen Situation führen. Was aber ist denn auch in dieser Zeit alles noch entstanden? Und was kann denn noch alles kommen? Es ist falsch, was hier gesagt worden ist: Dieses Kabinett triebe nur Zentrumspolitik, und wir wollten keine Zentrumspolitik betreiben. Es ist ja auch von anderer Seite gesagt worden, dieses Kabinett triebe sozialistische Politik. Wenn wir heute ein bürgerliches Kabinett überhaupt wollen, so ist es ohne das Zentrum nicht möglich. Das haben uns die letzten zwölf Jahre doch hinreichend bewiesen. Und meiner persönlichen Auffassung nach ist die Kombination Brüning-Stegerwald mit Kaas im Hintergrund immer noch das Beste, was das Zentrum zu bieten in der Lage ist. Wenn es auf den linken Flügel des Zentrums ankommt, dann ist der Mann Stegerwald für uns eine wichtige Persönlichkeit, und daß Stegerwald keine sozialistische Politik getrieben hat, beweisen die Dinge, die schon aufgezählt sind, ich will das nicht noch einmal wiederholen.

Darum war es von meinem Standpunkt aus außerordentlich bedauerlich, daß wir auch die Frage der Tarifregelung durch Ermächtigung der Regierung in unserem Pronunziamiento, was meiner Ansicht nach auch überhaupt besser unterblieben wäre, weil wir damit an die Heiligkeit der Tarife rühren, weil gerade von weiten Kreisen der Wirtschaft immer wieder lange Fristen für die Tarife verlangt worden sind, angeschnitten haben. Denn auch die große Frage, die heute so im Vordergrund steht, die Frage der Preisherabsetzung und der Lohnherabsetzung, ist keine Frage, die man mit einem Sauhieb lösen kann. Auch das ist ein Prozeß, der lange Zeit erfordert, und der nur im Kleinkampf im Lande zum Ziele führen kann. Ich möchte das doch hier auch einmal zum Ausdruck bringen (Sehr richtig!). Es handelt sich doch nicht darum, immer wieder hundertprozentig zu erklären, was wir einmal wollen – das wissen wir ja –, sondern die große, entscheidende Frage ist die: Was kann ich davon durchsetzen, und was muß ich tun, um diese Dinge möglich zu machen?

Und da fragt es sich in erster Linie: Kann ich das durch negative Politik, kann ich das durch Abrücken von der Regierungsgewalt oder muß ich nicht bis zur letzten Minute versuchen, mit dieser Regierungsgewalt das Bestmögliche herauszuholen? Hundertprozentig können wir nur unsere Forderungen durchsetzen, wenn Sie uns im Lande 250 Abgeordnete bescheren. Gewiß ein altes Schlagwort, aber die Sache ist zu ernst, und ich sehe in diesem Abfall von der alten volksparteilichen Linie, die uns doch letzten Endes Stresemann gelehrt hat, nämlich auch über die Partei und das Parteiinteresse hinaus positive Arbeit zu leisten, weil es unserem Vaterlande so schlecht geht, ich sehe in dieser großen Linie einen Umfall, wenn wir heute, ohne daß es zwingend notwendig ist, schon frühzeitig hier die Flinte ins Korn werfen.

Ich bin vor zwölf Jahren in die Politik hineingekommen aus dem Bestreben heraus, anzukämpfen gegen unsere Not im Lande, und in dem Gedanken, daß wir uns rühren müssen, um anzukämpfen gegen den schweren deutschen Fehler, gegen den Parteigeist. Was war es denn, was uns Stresemann gelehrt hat? Er hat uns aufgerufen in seinem Idealismus zur Volksgemeinschaft, er hat uns gelehrt, auch auf die leitenden Persönlichkeiten in anderen Parteien zu hören und mit ihnen Fühlung zu suchen. Da liegt unsere Aufgabe. Ich persönlich weiß gar nicht, wie man es als Volksparteiler noch tragen kann, wenn wir von diesem positiven Gedanken abschweifen zu dem

landläufigen Negativismus, zu der Hyperkritik, die alles lieber kritisiert, um der Partei zu helfen, und auf der andern Seite die einzige Möglichkeit der Hilfe vergißt, die darin liegt, daß wir mit Ruhe und Geduld die Schwierigkeiten überwinden und uns nicht in Kämpfen bis zum letzten aufreiben. Deswegen sage ich: weg mit allen unnötigen Erklärungen und mehr Vertrauen im Inland! Das ist ja vielleicht schwer, aber werden Sie nicht nervös, denn das ist nur möglich durch positive Arbeit.

Eins möchte ich noch sagen. Ich gebe zu, daß das Notopfer, wie es heute in dem neuen Programm steht, doch gegenüber dem anderen gerade vom Standpunkt der Beamten zwei große Vorteile hat. Einmal ist der Satz jetzt viel geringer, und dann ist der Haupteinwand, den wir erhoben hatten, beseitigt, daß man ungerecht nur diesen einen Teil des Volkes besteuern wollte. Durch die Einkommenssteuererhöhung ist vom Standpunkt der Beamten dieser Einwand weggefallen. Meiner Meinung nach können die Beamtenorganisationen sich heute durchaus mit dieser Konstellation zufriedengeben. Ich gebe aber zu, daß das Opfer, eine Einkommenssteuer zu bewilligen, gerade für einen Volksparteiler noch viel ungeheuerlicher ist. Denn zwei Jahre lang haben wir doch immer gesagt: Die Wirtschaft will das vermeiden. Aber ich für meine Person als Wirtschaftler, der weiß, für wie falsch wir das alles halten, würde doch in diesem Moment, wenn wir sonst im ganzen zusammenkommen, selbst das für tragbar halten, eben weil die Not so groß ist. In einem halben Jahre oder in einem Jahre ist es ja vielleicht noch viel schlimmer, und mir würde es wahrhaftig nicht lieb sein, in dieser kommenden Entscheidungszeit meine Partei nicht da zu sehen, wo geholfen werden kann (Beifall).

Noch ein Wort zum Rheinland! Auch ich bin auf das tiefste bekümmert, daß diese wundervolle Gelegenheit für uns, dort zu feiern und dort die Partei aufzurufen, nicht möglich war. Ich möchte aber noch eine Bitte aussprechen. Am nächsten Sonntag, dem 6. Juli, wird in Mainz der Grundstein gelegt zu dem Stresemann-Denkmal, von anderen Leuten, nicht von der Volkspartei (Vorsitzender Dr. Scholz: Erlauben Sie, ich halte die Gedächtnisrede![68]). Ich möchte die Bitte aussprechen, daß möglichst viele Prominente, die es ermöglichen können, dann in dieser Stunde, die für uns auch eine große Stunde ist, dort sind und mitfeiern. Wir müssen gerade von uns aus dafür sorgen zu betonen, daß es Stresemann und unserer Politik zu verdanken ist, wenn jetzt das Rheinland frei ist, und wir sollten alles tun, um uns in diesem Sinne zu betätigen (Lebhafter Beifall).

Herr Dr. Dieckmann[69] (Sachsen): Meine Damen und Herren! Wenn fast alle Redner sich mit den Wahlen in Sachsen beschäftigt haben, so beweist das, daß dieser Wahlkampf keine Angelegenheit der sächsischen Landespartei, sondern eine Angelegenheit von größter Bedeutung für die nächste Entwicklung der Gesamtpartei war. Am Tage nach den sächsischen Wahlen hat die »Nationalliberale Correspondenz« in einem ausgezeichneten Artikel zur Auswertung des Wahlergebnisses das Fazit mit

[68] Die Grundsteinlegung des Stresemann-Ehrenmals in Mainz, organisiert durch einen »Arbeitsausschuß Stresemann-Ehrenmal« (Mitgliederliste: BAK R 45 II/45, p. 182) erfolgte im Rahmen einer Feierstunde am Mittag des 6.7.1930.

[69] Johannes Dieckmann (1893–1969), Studium der Nationalökonomie und Philologie. 1919 Eintritt in die DVP, Generalsekretär in Hannover und in Dresden. 1928–1933 MdL (Sachsen), 1933–1945 Geschäftsführer mehrerer Kohlenwirtschaftsverbände, 1949–1969 Präsident der Volkskammer, 1960–1969 stellv. Vors. des Staatsrats der DDR.

Überschrift gezogen: die Schlappe der Volkspartei.[70] Ich glaube, man wird darüber hinaus feststellen müssen, daß es sich nicht nur um eine Schlappe gehandelt hat, sondern um eine Niederlage, der wir ins Auge sehen müssen und zu der wir uns bekennen müssen. Wenn wir in Sachsen über 130000 Stimmen in drei Reichstagswahlkreisen verloren haben, so ist das der Umfang eines Wahlmißerfolges, der die Kennzeichnung »Niederlage« durchaus verdient.

Gestern hat der Parteiführer von sich aus die Gründe dieser Wahlniederlage untersucht und von sich aus als den wesentlichsten Grund festgestellt, daß es die erste Wahl gewesen sei, die die Deutsche Volkspartei nach Annahme des Young-Plans habe durchkämpfen müssen, und daß es eine Wahl gewesen sei, die in einen Zeitpunkt gefallen sei, wo klar wurde, daß das Versprechen, das die Deutsche Volkspartei gegeben hatte, nach der Annahme des Young-Plans Steuersenkungen herbeizuführen, nicht innegehalten werden konnte. Es ist ohne Zweifel, daß hier einer der hauptsächlichsten politischen Gründe für diese Wahlniederlage der Volkspartei in Sachsen aufgezeigt ist. Denn dieser Wahlkampf hat in großem Umfang geführt werden müssen unter dem Zeichen des Kampfes für oder gegen den Young-Plan, für die Richtigkeit oder gegen die Richtigkeit der bisher von der Deutschen Volkspartei geführten Politik. Und alles, was mit dem Young-Plan zusammenhängt und in den Augen vieler bürgerlicher Wähler doch eine Belastung darstellt, ist für keine andere Partei so belastend gewesen wie für die Deutsche Volkspartei, die man voll und allein verantwortlich macht für die Entwicklung der deutschen Außenpolitik, eine Verantwortung, zu der wir uns gern und freudig und jederzeit in diesem Wahlkampfe bekannt haben.

Ich möchte noch kurz auf die allgemeinen Gründe dieser Niederlage eingehen. Was mir für die Weiterentwicklung von Bedeutung zu sein scheint, ist einmal das Abschneiden der Volksnationalen Reichsvereinigung des jüngsten deutschen Parteiführers Mahraun. Wir haben festgestellt, daß der mit außerordentlich großen Worten und mit Unterstützung leider Gottes auch eines Teils der volksparteilichen Presse – ich denke an die »Kölnische Zeitung« – unternommene Wahlfeldzug der Volksnationalen in Sachsen zu einem Mißerfolg auf der ganzen Linie geführt hat, trotz einer bis zum äußersten gesteigerten Agitation; und obgleich das ganze Land mit Rednern des Jungdeutschen Ordens und der Volksnationalen überzogen wurde, in einem Maße, wie man es nur noch bei den Deutschnationalen findet, hat diese neue Partei nicht mehr als 37000 Stimmen, d.h. ein Mandat, erwerben können, das zweite hat sie nur durch Aufrechnung erhalten.[71] Sie hat mit der Behauptung operiert, sie sei etwas ganz Neues, sie unterscheide sich grundsätzlich von allen anderen Parteien, sie habe ein neues Programm der Wählerschaft vorzulegen. Wir müssen dazu feststellen, daß das Neue an dieser Partei nur der Versuch ist, ihren Charakter als Partei zu verschleiern, daß aber im übrigen alles, was wir an der Partei kennengelernt haben, nicht nur alt, sondern von der schlechtesten alten Sorte ist. Es ist nichts innerlich Neues, wenn man den Parteiführer nicht Parteiführer nennt, sondern Hochmeister, wenn man den Parteisekretär Amtsleiter und wenn man die Partei Vereinigung nennt.

[70] Siehe »Die sächsische Schlappe«, NLC 24.6.1930, Nr. 118.

[71] Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 22.6.1930 entfielen auf die »Volksnationale Reichsvereinigung« 39358 Stimmen (1,5 %) und 2 Mandate.

Der innere Gehalt, mit dem die Partei vor die Wähler trat, ist doch auch nichts Neues, ist doch nichts anderes als das, was Stresemann jahrelang vorher schon gesagt hat, und zwar viel besser, als Mahraun es jemals wird sagen können. Wir dürfen feststellen, daß der Versuch, mit diesen durchsichtigen Mitteln einen Erfolg in der Wählerschaft zu erringen, der Volksnationalen Vereinigung nicht gelungen ist. Ich glaube, daß über Sachsen hinaus dieses Ergebnis von symptomatischer Bedeutung auch für andere Teile des Reiches ist. Lassen Sie mich noch feststellen, daß die Volksnationale Partei es im sächsischen Wahlkampf abgelehnt hat, sich irgendwie der Deutschen Volkspartei oder der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler zur Aussprache zu stellen, daß man gesagt hat: Wir haben das nicht nötig, wir wollen nicht wie die anderen Parteien vorgehen. Aber in demselben Augenblick hielt Mahraun es für angebracht, in öffentlichen großen Versammlungen stärkste Vorwürfe gegen unseren Parteiführer Scholz zu richten, ohne daß eine Möglichkeit der Widerlegung dieser Angriffe bestand.

Das andere, was bedeutungsvoll ist aus dem Gesamtergebnis der sächsischen Wahlen, ist die Haltung der Nationalsozialisten in diesem Wahlkampf, ihr Abschneiden bei den Wahlen und die Gründe ihres Wahlerfolges. Wir haben vor einem Jahre, als der vorletzte Sächsische Landtag aufgelöst war und die Nationalsozialisten die Schlüsselstellung in Sachsen errangen[72], den Versuch gemacht, eine bürgerliche Regierung in Sachsen zu bilden, in dem Augenblick, als die Nationalsozialisten uns erklärten, sie wären bereit, unserem Ministerpräsidenten Bünger ihre Stimme zu geben und die Regierung zu stützen. Diesen Versuch zu machen, war eine politische Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit. Es mußte erst vor dem Land und dem Volk der Beweis erbracht werden, ob die Nationalsozialisten gewillt und bereit waren, eine solche bürgerliche Regierung in der praktischen Arbeit des Tages zu unterstützen. So lernten wir denn, nachdem die Regierung Bünger gebildet war, die beste Regierung, die Sachsen je gehabt hat, unter der Führung eines Volksparteilers, kennen, daß die Nationalsozialisten ihre Schlüsselstellung mißbrauchten, um erst einmal einen Minister in dieser bürgerlichen Regierung zu stürzen und dann die Regierung selbst zu stürzen, und drittens sich zu weigern, einem zweiten bürgerlichen Ministerpräsidenten ihre Stimme zu geben, und endlich den Landtag aufzulösen; letzteres in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten und Kommunisten.[73] Diese merkwürdige Dreiheit haben wir ja nicht nur in Sachsen, sondern auch sonst in der deutschen Politik schon häufig kennengelernt.

Wir haben diese Haltung der Nationalsozialisten natürlich entsprechend ausgenutzt und unsere Aufgabe darin gesehen, dem sächsischen Volke darzutun, daß diese Partei keine bürgerliche Partei ist, sondern eine Partei, die in sich die verschiedensten Auf-

[72] Bei den sächsischen Landtagswahlen am 12.5.1929 entfielen auf die NSDAP 5 % der Stimmen (5 Mandate), am 22.6.1930 erhielt sie 14,4 % (14 Mandate).

[73] Das nach den Landtagswahlen vom Mai 1929 in Sachsen gebildete Kabinett Bünger (ASP, DVP, WP, DNVP, Landvolk) war auf die Tolerierung der NSDAP angewiesen. Da die beiden Linksparteien gemeinsam mit der NSDAP über eine Mehrheit im Landtag verfügten (50 von 96 Sitzen), erklärte das Kabinett Bünger, um einem drohenden Mißtrauensvotum auszuweichen, am 18.2.1930 seinen Rücktritt. Am 8.5.1930 bildete der Präsident des sächsischen Rechnungshofes, Walter Schieck, ein reines Beamtenkabinett, das am 10.7.1930 zurücktrat, die Regierungsaufgaben aber bis zum Ende der Weimarer Republik als Geschäftsministerium weiterführte.

fassungen vereinigt, unter denen vielleicht die stärkste die sozialistische und sogar bolschewistische Auffassung ist. Es war nicht leicht, angesichts der auffallenden Stimmung, die sich in weiten Kreisen für die Nationalsozialisten gebildet hat, den Wählern diese Dinge klarzumachen. Dennoch war es notwendig, daß einmal in diesem Sinne der Wahlkampf durchgeführt wurde. Und wenn wir noch in der letzten Sitzung des Landtags festgestellt haben, daß die Nationalsozialisten diesen Wahlkampf brauchten um ihrer Partei willen, um die tiefen Mißhelligkeiten und Gegensätze in ihrer eigenen Partei zu überbrücken, so haben ja die Ereignisse der letzten Tage bewiesen, daß dies richtig war. Wir stehen jetzt vor der Tatsache, daß der sozialistische Flügel der Nationalsozialisten sich von den anderen zu trennen beginnt, daß hier eine Scheidung der Geister einsetzt, die von den größten politischen Folgen sein kann.[74] Was für Folgen wird diese Scheidung der Geister in der Partei haben? Der Teil der bürgerlichen Wähler, der zu den Nationalsozialisten gegangen ist in der Erwartung, daß sie vielleicht die Aufgabe der gelben Gewerkschaften übernehmen könnten, wird schwer enttäuscht sein. In demselben Augenblick, wo feststeht, daß nunmehr die Nationalsozialisten jegliche Agitationsmöglichkeit in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verloren haben – denn in dem Augenblick, wo man die Sozialisten herauswirft aus der Partei, hat dieser Versuch ein Ende –, werden alle die Kreise schwer enttäuscht sein, die irgendeine Hoffnung hierauf gesetzt hatten. Wir haben bei uns in Sachsen festgestellt, daß die Nationalsozialisten trotz ihres großen Wahlerfolges nicht ein einziges Mandat den Kommunisten und Sozialdemokraten haben entreißen können. Es ist vielleicht mit das wichtigste Ergebnis dieses gegen die Nationalsozialisten von uns geführten Wahlkampfes.

Zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen (Rufe: Schluß! Schluß!). Ich möchte den Herren, die Schluß gerufen haben, einmal in aller Ruhe folgendes sagen. Nachdem hier etwa zwölf Redner über die Wahl in Sachsen gesprochen haben, könnten Sie ruhig soviel Entgegenkommen zeigen, nun auch einmal einen Redner aus Sachsen selbst anzuhören (Sehr richtig!). Noch einige allgemeine Bemerkungen über die Gründe dieses Wahlausfalles in Sachsen. Wir haben unendlich gelitten nicht unter der Tatsache, daß die Notopferpläne als solche auftraten, aber darunter, daß vor einigen Monaten der Reichsausschuß der Partei mit Willen der Parteiführung und der volksparteilichen Minister das Notopfer abgelehnt hatte und aufgrund dieser Ablehnung ein Werbefeldzug in der ganzen Beamtenschaft entfaltet wurde[75], der natürlich der Partei eine gute Position gab, und daß dann mitten auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes [das Notopfer] als Hauptprogrammpunkt in dem Sanierungsprogramm des volksparteilichen Reichsfinanzministers erschien. Das ist allerdings unmöglich. Eine Partei, die weiß, was sie will, wird ihrer Wählerschaft dieses und jenes zumuten können, auch wenn es gegen die vermeintlichen Interessen eines großen Teiles der Wählerschaft geht. Wenn ein Führerwille da ist, dann ist Vertrauen da.

[74] Anfang Juli 1930 spalteten sich von der NSDAP die von Hitlers Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Rechten enttäuschten »Revolutionären Nationalsozialisten« um Otto Strasser ab. Dazu und zu ihrer Erklärung »Die Sozialisten verlassen die NSDAP« vom 4.7.1930 siehe Schüddekopf, S. 317ff.; Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und die »Schwarze Front« Otto Strassers 1930–1935, Stuttgart 1985, S. 30ff.

[75] Der RA hatte in seiner Sitzung vom 2.3.1930 ein Notopfer kategorisch abgelehnt, siehe Dok. Nr. 79.

Aber so zu verfahren, wie im Falle des Notopfers, ist eine Unmöglichkeit. Das muß die schlimmsten Wirkungen auf die Wählerschaft auslösen, und diese Wirkungen bestanden darin, daß zunächst die Beamtenschaft verprellt wurde, und daß dann die anderen verprellt wurden, daß alle zweifelten, ob die Volkspartei überhaupt noch zu ihren Worten stehe. Das ist der Beginn einer Vertrauenskrise, die wir überwinden müssen und überwinden können, wenn wir den Gründen dieser Krise mit vollem Ernst nachgehen.

Schließlich noch ein Letztes. Wir sind nach diesen Erfahrungen, die wir in Sachsen gemacht haben, der Überzeugung, daß wir in der nächsten Zukunft um des Bestandes unserer Partei willen viel mehr Parteipolitik treiben müssen, als wir das in der letzten Zeit getan haben. Und wenn gesagt wird, die Not der Wirtschaft und die Lage des Staates erträgt es nicht, daß wir eine andere Politik als Staatspolitik machen, so möchte ich demgegenüber sagen, daß wir mit dieser Staatspolitik uns den Boden, auf dem allein wir kämpfen können, allmählich unter den Füßen selbst wegziehen und die Wähler in Scharen unsere Fahnen verlassen. Denn dann können wir überhaupt nicht mehr arbeiten, dann können wir nicht mehr die Partei des sozialen Ausgleichs sein, dann können wir nicht mehr die großen nationalen Ideale unseres Volkes hochhalten (Bravo!).

Herr Langrebe beantragt zur Geschäftsordnung eine Kürzung der Redezeit. Es wird beschlossen, zunächst die Redezeit auf zehn Minuten zu bemessen.

Kilburger gibt der Überzeugung Ausdruck, daß nach dem Scheitern der Bemühungen zur Schaffung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte dieser Weg nicht weiter verfolgt werden sollte und verliest dazu einen Entschließungsentwurf.[76]

Herr Dr. Cremer: Meine Damen und Herren! Die Kürze der Zeit hindert mich, lange Ausführungen zu machen. Gestern wie heute ist das Führerproblem gestreift worden. In der Tat ist es ein Kernpunkt unserer augenblicklichen Lage. Man kann Führer werden durch die Gnade und die Ernennung derjenigen, die geführt werden wollen, und solange es Parteiorganisationen gibt, wählen sie ihren Führer, und so muß es bleiben. Ich kann mich aber nicht auf den Standpunkt stellen, daß, wem Gott ein Amt verleiht, auch die Führung verleiht, sondern ich muß die Forderung stellen, daß diejenigen, die in verantwortliche Ämter rücken, die Fühlung mit der Partei behalten und mindestens dasjenige sich zur Richtschnur ihres Handelns nehmen, was innerhalb der Partei an ernsthaftem Gedankeninhalt festgelegt worden ist.

Wir haben in unserer Finanzpolitik nicht seit gestern oder vorgestern darüber nachgedacht, wie man die Finanzen verbessern könnte, sondern wir haben seit 1928, als sich die Peripetie zeigte, als die Sünden anfingen zu reifen, die in den Jahren 1925 bis 1928 gemacht sind, ein ernsthaftes Problem aufgestellt. Wir haben die Steuersenkungen an die Spitze gestellt und eine allgemeine Wirtschaftssanierung schon damals verlangt, obgleich die wirtschaftliche Lage damals noch nicht einen so katastrophalen Charakter angenommen hatte wie heute. Wir haben Vorschläge gemacht, die im

[76] Zum Text der Entschließung siehe S. 1052.

Frühjahr 1929 zu ernsthaften Konflikten führten.[77] Damals hat man sich uns gegenüber auf den Standpunkt gestellt: Wenn Ihr das nicht tut, was wir wollen, dann sprengt Ihr nicht nur die Koalition, sondern ruiniert Ihr das Deutsche Reich. Am Schlusse aber fand doch eine Verständigung statt. Wir haben damals erreicht, daß aus dem Haushalt des Reiches, der angeblich nicht streichungsfähig war, 200 Millionen gestrichen wurden. Das ist aber nicht die Höhe der Gefühle gewesen. Minister Hilferding hatte eine um 400 Millionen höhere Kürzung der Etatsansätze verlangt, aber nicht durchsetzen können gegen die Ressorts. Wir haben dann die Forderung aufgestellt, daß der Ausgabenbetrag des Jahres 1929 für 1930 nicht überschritten werden dürfe. Dabei sind außergewöhnliche Schwierigkeiten naturgemäß ausgeschieden worden, wie wir sie jetzt in Gestalt der großen Arbeitslosigkeit haben. Dieser Anforderung ist nicht entsprochen worden, sondern der für 1930 aufgestellte Etat hat in Wirklichkeit trotz aller Kürzungsversuche ein Plus aufzuweisen. Es ist damals im Januar, Februar, März von uns ununterbrochen verlangt worden, daß das Gleichgewicht hergestellt würde. Es sind übriggeblieben 25 Millionen, die man glaubte kürzen zu können, bis in den Mai und Juni hinein. Jetzt auf einmal geht es. Auch jetzt ist die Höhe des Möglichen noch nicht erreicht.

Ein zweiter Punkt, der jahrelang bei uns festgelegt war: durch Kürzungen der Überweisungen an Länder und Gemeinden zunächst entsprechende Ersparnisse heranzuholen. So irrsinnig ist ja niemand in der Reichstagsfraktion gewesen zu übersehen, wie schwierig durch das Ansteigen der Wohlfahrtsetats den Gemeinden die Balancierung ihrer Etats wird. Auf unsere Mahnung bis 1928, die guten Jahre zu Rücklagen zu benutzen und sich nicht mit Dauerausgaben zu belasten, hat man nicht reagiert. Frankfurt am Main z.B. ist in der Bemessung der Wohlfahrtsausgaben weit über jedes Maß hinausgegangen. Heute sind die Gemeinden mit unermeßlichen Ausgaben belastet, aber niemand wagt es, für eine Senkung der Sätze zu sorgen. Trotzdem werden wir doch in der gegenwärtigen Notlage an die Gemeinden zu denken haben. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn sie im Oktober hundertfach zusammenbrechen. Wir werden im Herbst, selbst wenn die Konjunktur besser werden sollte, an diesen Dingen noch lange zu tragen haben.

Daraus ergibt sich, daß der Plan der Reichstagsfraktion nicht dahingegangen ist, die Bürgerabgabe zu erheben und ihren Beitrag überzuleiten an das Reich für die Kürzung der Überweisungen, sondern den Gemeinden das Recht zu geben, einen variablen Zuschlag für eigene Rechnung von dieser Bürgerabgabe zu erheben, wenn sie sich gleichzeitig verpflichten, diesen variablen Zuschlag in Verbindung mit einer Realsteuer zu bringen und damit gleichzeitig herbeizuführen, daß unser altes Ziel endlich erreicht wird: Abbau der Realsteuern. Es wird also von der Bürgerabgabe nicht der gesamte Ertrag an das Reich fließen, sondern im Gegenteil, die Gemeinden werden ein Recht haben, im Anschluß an diese Bürgerabgabe durch Zuschläge für die eigene Kasse entsprechende Beträge heranzuholen. Wenn Sie sich überlegen, daß dies, das ganze Jahr 6 Mark pro Kopf gerechnet, 240 Millionen betragen würde, und wenn Sie die Zuschläge berechnen, so muß man zugeben, daß hier für die Gemeinden

[77] Die Etatverhandlungen vom Frühjahr 1929 wurden durch die rigorosen Kürzungsforderungen der DVP erheblich erschwert, siehe Dok. Nr. 73, Anm. 70. Cremer gehörte – neben Becker, Keinath, Hueck, Morath und Findeisen – zu der am 23.6.1930 eingesetzten fraktionsinternen Kommission, die ein Deckungsprogramm ausarbeiten sollte, siehe BAK R 45 II/67, p. 246.

eine wesentliche Einnahmequelle eröffnet ist, die gleichzeitig erzieherische Zwecke erfüllt, nämlich die Gesamtheit der Bevölkerung an den Aufgaben der Kommunen zu interessieren. Wir haben ja immer in den Vordergrund gestellt, das Interesse an der Selbstverwaltung wieder bei der Gesamtheit zu erzeugen. Nun hat mir Curtius gesagt, die Bürgerabgabe sei unter den jetzigen Umständen nicht zu verwirklichen. Wie man aber im Herbst diesen Plan ausführen will, ist mir schleierhaft. In der Gegenwart läßt es sich mit einfacher Mehrheit erreichen, weil dabei nicht in die Steuergesetzgebung der Einzelstaaten eingegriffen wird, sondern ihnen ein Plus gegeben wird zu dem, was sie schon haben. Die Erhebung der Zuschläge würde allerdings von der Beobachtung gewisser Grundsätze abhängig sein, aber sie würde fakultativ sein. Daß man sie überall erheben wird, versteht sich. Ich glaube nicht, daß ein Land sich dem entziehen würde.

Wenn man den Standpunkt vertritt, daß man, weil man in einer Koalition ist, mit den Wölfen heulen muß, wird man nicht viel erreichen. Ich verstehe nicht, wie man als Tatsache hinstellen kann ein Finanzprogramm, das keine Mehrheit im Reichstag hat und über das man trotzdem nicht mit Parteien verhandeln will, die man absolut braucht, um das Programm durchzusetzen. Die Deutsche Volkspartei hat einen Anspruch darauf, hierbei gehört und berücksichtigt zu werden. Und wenn unsere Minister das, was wir als Grundsatz seit zwei Jahren aufgestellt haben, sich gemerkt und mannhaft vertreten hätten, selbst auf die Gefahr hin, daß sie es abgelehnt hätten, für Vorlagen die Verantwortung zu übernehmen, wäre uns vielleicht manches Unangenehme erspart geblieben.

Diese Regierung kann doch nicht im Ernst auf Artikel 48 lossteuern.[78] Es gibt keine verfassungsmäßige Möglichkeit, mit Artikel 48 Steuervorlagen durchzuführen. Ich möchte dringend davor warnen, den Weg der Verfassungsmäßigkeit zu verlassen. Denn wenn wir diesen Weg einmal zulassen, wird er auch bei anderen Konstellationen von anderer Seite verlassen werden. Eine liberale Partei muß unter allen Umständen auf dem Wege der Gesetzmäßigkeit verbleiben. Die Regierung kann also, wenn sie sich mit uns nicht verständigt, nur eine logische Konsequenz ziehen, nämlich die, einen Personenwechsel eintreten zu lassen. Man spricht von der letzten Kompagnie und davon, daß man mit dem Rücken an der Wand stehe. Das haben wir oft erlebt, es sind im letzten Augenblick immer noch welche gekommen, die hinter uns gerückt sind. Und wenn die letzte Kompagnie so aussehen soll wie diese Regierung, dann hat sie ein verflucht schwarzes Kleid. Denn es sind darin sechs Minister, die das tun, was das Zentrum will: vier Zentrumsminister, ein Volkskonservativer, der nur von der Gnade des Zentrums leben kann, und ein bayrischer Volksparteiler[79], der Minister Groener gar nicht mitgerechnet. Daß es da schwer ist

[78] Bereits in der Fraktionssitzung vom 1.7.1930 hatte Cremer sowohl eine Lohn- und Gehaltskürzung als auch die Anwendung des Art. 48 kategorisch abgelehnt und weiter ausgeführt: »Programm von Moldenhauer und Dietrich nicht wesentlich unterschieden. Programm läßt vollkommen Eingehen auf unsere Linie vermissen. Reichshilfe nicht ohne Beibehaltung des Reallohns annehmbar. Versagen der Finanzverwaltung müsse erkannt werden. Da hat Reform einzusetzen [...] Bruch mit Regierung erst dann, wenn klar, daß nur Eigensinn der Regierung Schuld trägt«, BAK R 45 II/67, p. 251 f.

[79] Neben Reichskanzler Brüning gehörten Innenminister Wirth, Arbeitsminister Stegerwald und Verkehrsminister v. Guérard dem Zentrum an, Postminister Schätzel vertrat die BVP; Minister für die besetzten Gebiete war Treviranus (Konservative Volkspartei).

für die Deutsche Volkspartei, sich durchzusetzen, versteht sich. Aber wenn Verantwortungsfreudigkeit herrschte, sollte man doch dieser Tatsache Rechnung tragen und nicht versuchen, durch eine Flut von falschen Presseinformationen, durch Drohungen und Vergewaltigungsversuche die freie Meinungsbildung zu beeinflussen in den Kreisen einer Partei, auf die man dringend rechnen muß.

Ich hätte über das Notopfer gern noch einiges gesagt, aber ich glaube, meine Zeit ist zu Ende. Ich möchte nur betonen: Wir haben in der Reichstagsfraktion niemals das Notopfer unter dem Gesichtspunkt eines besonderen Schutzes für die Beamtenschaft betrachtet, wir haben es immer nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß es eingereiht werden muß in einen großen Rahmen, in dem die Gesamtheit des Volkes Opfer bringt, um über die schwierige Situation hinwegzukommen. Dieser große Rahmen fehlt hier. Denn das Notopfer ist nicht eine Ausgabensenkung, sondern die Beschlagnahme von Einkommensteilen für öffentliche Zwecke, also das Gegenteil von dem, was bei der Privatwirtschaft geschehen soll durch den Lohnabbau, das Gegenteil von allem, was auf Verminderung der produktiven Kosten hinausläuft.

Ein weiterer Fehler dieses jetzigen Programms liegt doch darin, daß es geflissentlich daran vorbeigeht, daß unsere Finanzlage noch viel schlechter ist, wenn keine grundsätzliche Wirtschaftsreform eintritt. Ich habe mir ausgerechnet, daß wir im Herbst neuerlich 750 Millionen auf die Beine bringen müssen, wenn wir den weiteren zu erwartenden finanziellen Schwierigkeiten begegnen wollen. Was will man dann noch machen, wenn man den Notopfergedanken vorzeitig absorbiert? Diese Halbheit des Programms ruft in der Bevölkerung das Gefühl hervor: Das sind wahllose Steuerpläne, die gemacht werden, um einige Mittel in die öffentlichen Kassen zu leiten. Aber Opfer zu bringen, die vergeblich sind, dazu hat niemand Lust. Für einen Zweck, der Erfolg verspricht, wird jeder opfern wollen. Es kommt darauf an, das Gefühl der Notwendigkeit der Opfer für alle herauszustellen. In dem Rahmen des großen Gedankens haben wir uns niemals dagegen gesträubt, daß auch der Beamte Opfer zu bringen hat. Aber herausgegriffen aus dem ganzen Rahmen, ist dieses einseitige Opfer eine Kurzsichtigkeit und ein nicht zu verantwortender Schritt, weil es das Vertrauen einer großen Schicht, auf die der Staat sich stützt, erschüttern muß und erschüttert hat (Beifall).

Herr Köhler: In aller Kürze einige Gedanken! Es wird viel von Wahlmüdigkeit gesprochen, und unser Vorsitzender verlangt eine Wahlpflicht. Ich kann dem nur beistimmen. Die Wahlmüdigkeit ist vielfach eine Folge der Zersplitterung des Bürgertums. Die Nationalsozialisten bekämpft man nicht durch Verbote und Zwangsmaßregeln. Damit schafft man nur Märtyrer. Die Spuren des Sozialistengesetzes sollten schrecken. Notwendig ist ein allgemeines Uniformverbot, aber unterschiedslos. Nur die Träger der Staatsgewalt dürfen Uniform tragen.[80] Dann hört die Soldatenspielerei auf und der Zulauf der Jugend zu jenen Organisationen und Parteien. Notwendig ist die Erhöhung des Wahlalters auf 25 Jahre. Die Sozialdemokraten werden sicher dafür zu gewinnen sein. Damit arbeitet man auch dem Radikalismus entgegen. Was die Thüringer Verhältnisse betrifft, so stehe ich denjenigen, die sich dafür inter-

[80] Das preußische Innenministerium hatte am 11.6.1930 das »öffentliche Tragen der sogenannten Parteiuniform der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei« untersagt, Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung, Jg. 1930, S. 548.

essieren, mit Auskunft gern zur Verfügung. Aber ich warne Neugierige, ähnliche Unternehmungen durchzuführen, da davon die Nationalsozialisten nur profitieren.[81] Ehe sie nicht so stark werden, daß sie im Reich die Verantwortung mitübernehmen können, sage ich: raus mit den Leuten aus jeder Länderregierung!

Herr Chapeaurouge (Hamburg): Lassen Sie mich sprechen als Vertreter einer Länderregierung, in der die Deutsche Volkspartei maßgebend beteiligt ist.[82] Ich spreche aus meiner Erfahrung als Mitglied des Hamburger Senats und als leitender Mitarbeiter der Hamburger Finanzverwaltung. Wir in Hamburg haben nicht von Steuersenkungen gesprochen, sondern wir haben, vielleicht als einziges deutsches Land, Steuersenkungen durchgeführt. Es ist unserem Bemühen gelungen, die Landabgabe für das Hamburger Landgebiet um 33⅓ % zu senken (Zuruf: Kunststück, in Hamburg!). Unser Parteiführer hat gesagt, daß, wenn die Partei sich jetzt der Regierung in Finanzfragen ablehnend gegenüber verhalte, wir Ersatzvorschläge haben müßten, die besser wären. Herr Dr. Cremer hat schon über die Ersatzvorschläge gesprochen. Ich warne die Partei dringend, den Weg ihrer Ersatzvorschläge weiterzugehen. Es gibt nichts Verfehlteres, als den Gedanken der Kopfabgabe weiter in der Öffentlichkeit zu vertreten. Was ist die Kopfabgabe weiter als eine Steuererhöhung? Die Kopfabgabe wird, wenn sie eingeführt wird, nach den praktischen Erfahrungen, die vorliegen, doch nur von denen gezahlt werden, die auch sonst ihre Steuern bezahlen. Die Kopfabgabe kann nicht genommen werden von den Arbeitslosen und deren Angehörigen. Und was bleibt dann übrig? Nur diejenigen, die sonst auch ihre Steuern bezahlen. Zudem macht keine Steuer mehr Kostenaufwand für die Verwaltung als diese. Nutzeffekt und Verwaltungskosten stehen bei ihr in einem schreienden Mißverhältnis. Es ist auch nicht wahr, daß dadurch ein Finanzausfall auf anderen Gebieten gedeckt werden kann. Ich habe der Reichstagsfraktion eine Denkschrift übergeben, die sie hoffentlich veranlaßt, diesen Gedanken nicht weiterzuverfolgen.

Verkehrt ist es auch, mit dem Gedanken zu spielen, die Nöte der Reichsfinanzen dadurch beseitigen zu wollen, daß man den einfachen Weg geht, den Ländern und Gemeinden etwas zu nehmen. Wir haben im vergangenen Jahre schon geringere Überweisungen bekommen.[83] Auf der anderen Seite wird von den Vertretern der Reichstagsfraktion zugegeben, daß die Wohlfahrtsaufwendungen der Gemeinden eine katastrophale Höhe erreicht haben: in Berlin 54 Millionen, in Hamburg 15 Millionen, Beträge, die in diesem Umfang gar nicht vorgesehen werden konnten. Die Länder und Gemeinden waren bereits in diesem Jahre gezwungen, zu sparen und nichts einzustellen, was nicht notwendig war. Zugegeben, daß im einzelnen noch gespart werden kann. Aber diese Form, Ersparnisse erzwingen zu wollen, ist vollständig verfehlt.

---

[81] In Thüringen amtierte seit dem 13.1.1930 eine bürgerliche Regierung unter Erwin Baum (Landbund) aus DVP, DNVP, Wirtschaftspartei, Landbund und NSDAP, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 16.

[82] In den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft vom 19.2.1928 erreichte die DVP 12,5 % der Stimmen (20 Mandate). In Hamburg regierte eine Große Koalition (SPD, DDP, DVP) unter Rudolf Roß (SPD).

[83] Die Regierung Müller II hatte die Überweisungen an die Länder für das Haushaltsjahr 1929 erheblich gekürzt, siehe Kabinett Müller II, Dok. Nr. 100, 188; Heindl, S. 158ff. In der Reichstagsfraktion setzte sich besonders Cremer immer wieder für eine Kürzung der Überweisungen an Länder und Gemeinden ein, siehe BAK R 45 II/67, p. 246, 251.

Betrachte ich auf der anderen Seite das Programm Dietrich, so ist es sicherlich nicht schön. Aber es ist meines Erachtens eher zu tragen als die Vorschläge, welche die Reichstagsfraktion gemacht hat (Hört! Hört!). Darum möchte ich die Reichstagsfraktion dringend bitten, sich den Weg zur Zustimmung zu dem Programm der Reichsregierung unter keinen Umständen zu versperren. Ich kann das, was Herr Minister Curtius darüber gesagt hat, nur unterstreichen, und ich möchte bitten, daß die Reichstagsfraktion es nicht dazu kommen läßt, irgendwelche ultimativen Erklärungen abzugeben, die es ihr unmöglich machen, schließlich doch noch zuzustimmen.

Nun noch ein Letztes! Wir stehen augenblicklich nur vor einer provisorischen Regelung einer Finanzkrise. Die große Regelung kommt erst. Da habe ich eine Bitte an die Parteiführung. Im vergangenen Jahre hat die Demokratische Partei auf ihrem Mannheimer Parteitag nach einem dreistündigen Referat von Herrn Stolper[84] sich eingehend mit einem Finanzprogramm beschäftigt.[85] Ich gebe zu, daß auch unsere Partei seit Jahren versucht, gewisse Reformvorschläge zu machen. Aber ich glaube, daß in dieser Hinsicht das Programm der Partei noch stark vertieft werden kann. Ich möchte die Herren bitten, die Ferien dazu zu benutzen, um von sich aus alles vorzubereiten und vorzuarbeiten für die großen Probleme, vor denen wir im Herbst stehen, so daß wir mit bestimmten Vorschlägen vor die Öffentlichkeit treten können. Zum Schluß eine Bitte. Wir haben im Lande gern Vertrauen zur Reichstagsfraktion, geben Sie auch denen Vertrauen, die Sie in der Reichsregierung vertreten (Beifall).

Frau Hertwig-Bünger[86] *plädiert dafür, daß bei weiteren Etatkürzungen Positionen verschont bleiben, die dem* »Schutz wirklich hilfsbedürftiger Mütter« *dienen. Das Abschneiden des Christlich-Sozialen-Volksdienstes*[87] *in Sachsen habe gezeigt, daß die Partei über der Wirtschaftspolitik die ethischen und religiösen Grundsätze nicht in den Hintergrund stellen dürfe.*

Kuhbier hält eine deutlichere Fassung der Entschließung vom 16. 6. 1930 für erforderlich; er verliest dazu einen Entschließungsentwurf.[88]

---

[84] Gustav Stolper (1888–1947), Nationalökonom, Dr. iur. 1923–1925 Chefredakteur des »Berliner Börsen-Couriers«. 1926–1933 Hrsg. der Zeitschrift »Der Deutsche Volkswirt«. 1930–1932 MdR (DStP). 1933 Emigration.

[85] Der Mannheimer Parteitag der DDP fand vom 4.–6. 10. 1929 statt, ein stenographisches Protokoll der Verhandlungen findet sich im BAK R 45 III/7. Zur Rede Stolpers siehe Gustav Stolper, Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie. Programmrede von Dr. Gustav Stolper auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei am 5. 10. 1929, Berlin 1929.

[86] Doris Hertwig-Bünger (1882–1968). Hausfrau. Dr. phil. 1920–1926 MdL Sachsen, 1928–1930 MdR (DVP).

[87] Der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD) war am 22. 12. 1929 als Zusammenschluß der Christlich-Sozialen Reichsvereinigung und des Christlichen Volksdienstes gegründet worden. Einige Abgeordnete des christlich-sozialen Flügels, die Ende 1929 aus der DNVP ausgetreten waren (u. a. Behrens, Mumm) traten dem CSVD bei, der bei den Landtagswahlen in Sachsen am 22. 6. 1920 2,2 % der Stimmen (2 Mandate) erzielte; siehe dazu auch Günter Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, Düsseldorf 1969, S. 155 ff.

[88] Zur Entschließung der Reichstagsfraktion vom 16. 6. 1930 siehe Anm. 30. Zum Text der von Kuhbier vorgelegten Entschließung siehe S. 1052. Zu Kuhbiers Ausführungen auf der Reichsausschußsitzung vom 3. 7. siehe Dok. Nr. 81, S. 980.

Herr Hippe: Der Herr Parteivorsitzende hat an den Ausgang der Betrachtungen über die politische Lage den Ausfall der Wahlen in Sachsen gestellt und im Anschluß daran die Frage aufgeworfen: Wo müssen wir die Ursachen suchen, die dazu geführt haben, daß das Ergebnis der Wahlen in Sachsen so ausgefallen ist? Er hat daran angeknüpft, daß wir ein neues Aktionsprogramm aufstellen müßten, um bei kommenden Wahlen nicht noch einmal einen derartigen Ausgang erleben zu müssen. Wenn wir es überhaupt soweit haben kommen lassen, daß wir uns heute damit begnügen müssen, die Ursachen zu suchen, so ist das wenig erfreulich. Meiner Auffassung nach wäre es gar nicht notwendig, diese Ursachen zu suchen, denn sie liegen einfach klar auf der Hand. Der heutige Tag hat es wiederum bewiesen, daß die Ursachen darin zu suchen sind, daß von großen Kreisen unserer Partei die lebenswichtigsten Interessen der großen Gesamtheit unseres Volkes verkannt und unterdrückt werden. Wenn Sie der Auffassung sind, daß der kleine Mann draußen im Lande, der den Wähler stellen soll, ein Verständnis dafür aufbringt, wie sich die Partei zu den Dingen, die sich um die Herren Moldenhauer und Curtius abspielen, stellt, dann wissen sie nicht, was der Mann darüber denkt. Der Wähler ist der Auffassung, wenn schon einmal unsere Partei Männer auf diese Posten stellt, dann hat sie dafür zu sorgen, daß diese Männer mit aller Energie unsere Gedanken in dieser Regierung durchbringen und nicht einfach die Flinte ins Korn werfen und bei der ersten besten Gelegenheit davonlaufen. Unsere ganze Haltung zum Reichsnotopfer ist nicht zu verstehen. Man will eine einseitige Belastung der Beamtenschaft durch das Notopfer nicht herbeiführen, auf der anderen Seite mutet man der Arbeitnehmerschaft und der freien Wirtschaft zu, eine weitere Erhöhung der Lasten der Arbeitslosenversicherung auf sich zu nehmen. Bezüglich der Arbeitslosenversicherung stehen wir im Angestelltenlager auf dem Standpunkt, daß die Arbeitslosenversicherung umgestaltet und vereinfacht werden kann, wenn sie Ersatzkassen zulassen. Ich bin von meinen schlesischen Freunden beauftragt worden, die Reichstagsfraktion dringend zu bitten, für Ersatzkassen einzutreten.

Zur Wirtschaftslage ein Wort! Wir haben es erlebt, daß in den letzten Jahren von den Führern der Wirtschaft immer auf den Niedergang der Wirtschaft hingewiesen worden ist. Auch heute haben wir das von einem Redner wieder gehört. Immer wieder wird erklärt: Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um der Wirtschaft zu helfen. Aber das kann nicht geschehen in dem Sinne, wie es vielleicht Herr Dr. Hugo will, daß die Löhne gesenkt werden. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch allzu hohe Löhne entstanden. Die Arbeitslosigkeit ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß 500 000 Menschen, die früher im dienstpflichtigen Alter im Heere standen, heute mit auf den Arbeitsmarkt drücken, daß schätzungsweise eine Million Rentner[89], die früher nicht zu arbeiten brauchten, heute auf den Arbeitsmarkt drücken, daß eine Million Menschen aus dem Ausland zurückgekommen sind, und daß schließlich circa zwei Millionen Menschen durch die Rationalisierungsmaßnahmen aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschaltet sind. Wenn unsere Reichstagsfraktion, wie es in ihrem Beschluß vom 16. Juni gesagt ist, sämtliche langfristigen Tarifverträge durch ein neues Gesetz illusorisch machen will, dann möchte ich darauf hinweisen, daß die Führer der Wirtschaft früher selbst langfristige Verträge gewünscht haben. Meine schlesi-

[89] So in der Vorlage statt richtig: »Rentiers«.

schen Freunde bitten die Reichstagsfraktion, diesen Punkt der Entschließung vom 16. Juni nicht weiter zu verfolgen.

Wir sagen der Sozialdemokratie immer nach, sie triebe einen bewußten Klassenkampf. Herr Dr. Hugo hat auch in einem seiner Artikel geschrieben, wir müßten einmal davon abgehen, diesen gegenseitigen Klassenkampf zu treiben. Aber, meine Damen und Herren, was wir in unserer Volkspartei zur Zeit treiben, ist ein unbewußter Klassenkampf, und der ist viel schlimmer als das, was man klar vor Augen sieht. Darum bitte ich Sie: Kommen Sie zu einer wirklichen Volksgemeinschaft in dem Sinne, daß alle Teile des Volkes zusammengehen. Die Angestelltenschaft wird der letzte Teil sein, der abseits steht, wenn einmal ernstlich die Frage geprüft wird, ob durch Lohn- und Gehaltssenkungen eine Preissenkung zu erzielen ist. Wenn eine Preissenkung von Seiten der Wirtschaft vorangeht, wird die Angestelltenschaft ohne weiteres diesen Weg mitgehen und sich mit der Arbeitgeberschaft an den Verhandlungstisch setzen, um zu prüfen, wo Löhne und Gehälter gesenkt werden können. Das ist der Wunsch, den ich der Reichstagsfraktion und der gesamten Parteileitung mit auf den Weg zu geben habe. Es besteht in der Wählerschaft draußen im Lande die Auffassung: Der Kurs der Deutschen Volkspartei ist falsch. Wenn der Kurs nicht geändert wird, dann stehen wir bei unserem nächsten Zusammensein nicht nur am Krankenbett der Partei, sondern an dem Bett eines Schwerkranken.

Herr von Eynern: Ich glaube, die Zeit ist zu weit vorgeschritten, um sich noch in Einzelheiten über Steuerprobleme usw. einzulassen. Es wäre sehr verführerisch, auf das Steuerprogramm einzugehen, das uns Herr Dr. Cremer entwickelt hat. Ich fürchte nur, daß ebenso, wie es zu lange Zeit dauern würde, das hier im einzelnen zu erörtern, es zu lange Zeit dauern wird, bis dieses Programm in die Wirklichkeit überführt ist. Das hält unser Reich nämlich nicht mehr aus. Ich glaube, wir müssen uns doch in allererster Linie mit der Empfindung erfüllen, daß wir in einer der schwersten Krisenzeiten leben, die seit dem Jahre 1924 über unser deutsches Volk hereingebrochen sind, und es ist gänzlich müßig – und es ist so recht ein Zeichen der Art und Weise, wie wir Volksparteiler die Dinge anfassen –, gegeneinander Vorwürfe zu erheben, als wenn Herr Dr. Moldenhauer die Sache hervorgerufen hätte oder irgend jemand anders. Diese Menschen sind vor eine Aufgabe gestellt, die fast unerfüllbar war (Sehr richtig!). Und nun kommt es jetzt gar nicht darauf an, daß wir möglichst gerissene und kluge Resolutionen fassen. Auch die Resolution Kuhbier ist mir viel zu klug – nehmen Sie es mir nicht übel. Im ersten Satz sagt er: keine neuen Steuern, und nachher läßt er so durchblicken, daß wir vielleicht doch neue machen. Aber ist denn hier jemand, der nicht genau wüßte, daß wir ohne neue Steuern, die bald fließen müssen, überhaupt bald am Ende sind? Dann ist auch unsere Wirtschaft verloren, wenn das Reich seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann. Was Herr Dr. Curtius gesagt hat, ist dasselbe, was Herr Moldenhauer gesagt hat, ist dasselbe, was Herr Schacht gesagt hat, und was alle sagen, die sich verantwortlich mit den Finanzen befassen: Jetzt muß etwas geschehen, und es muß schnell geschehen. Wir von der Deutschen Volkspartei dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen: Dabei wollen wir nicht mitarbeiten. Ach, das ist sehr angenehm, nachher sagen zu wollen: Wir sind nicht dabeigewesen. Nein, meine Herren, das ist keine mutige und keine mannhafte Politik. Die mutige und mannhafte Politik in der Ausgabensenkung ist sehr schön. Dazu gehört aber eines: eine ganz verfluchte kleine Detailarbeit. Mit dem großen

Befehl: Hier werden 100 Millionen gespart, sind sie noch lange nicht gespart. Und selbst wenn Sie bei den einzelnen Etatstiteln gestrichen haben, dann wissen Sie noch nicht, ob der Dezernent nicht nachher sagt: Ja, das waren Verpflichtungen, die ich erfüllen mußte, leider ist dieser Etat überschritten worden. Und dann bleiben die ganzen Streichungen auf dem Papier stehen.

Und jetzt die Überweisungen an die Länder zu kürzen, dazu ist es zu spät. Jetzt sind die Etats fertig, jetzt hat sich der Preußische Landtag zurückgezogen. Wir haben vergeblich in Preußen gewarnt: 41 Millionen habt Ihr vom Reiche bekommen, jetzt gebt das zurück für diese Notzeit. Nein, sie mußten verplempert werden mit dem Schullastenausgleich, der niemand etwas gebracht hat. Gewiß, es gibt einzelne Kommunen, die in dem Wahn leben, daß sie Geld hätten, die noch zuviel Ausgaben machen. Das mag in Frankfurt am Main, in Köln, in Berlin so sein. Aber dadurch, daß Sie schematisch das kürzen, was Sie Preußen geben, zwingen sie den preußischen Referenten doch nicht, da zu kürzen, wo er kürzen muß, sondern Sie belasten die Kommunen. Und die Kommunen erhöhen einfach die Gewerbesteuerzuschläge.

Schauen wir den Dingen ins Auge! Ein Programm der Reichsregierung liegt vor. Es ist immerhin etwas besser als das, was Herr Moldenhauer vorgeschlagen hatte, wenigstens scheint es doch so. Wir gehen in diese Erörterungen hinein, sehr stark geschwächt an Autorität durch die Episode Moldenhauer, das ist keine Frage. Also verlangen Sie von der Reichstagsfraktion nicht zuviel. Mögen die Herren kämpfen um diese und jene Position. Im Grunde genommen wissen wir alle: Viel wird dabei nicht herauskommen, wir müssen es ungefähr so schlucken.

Und nun darf ich einmal auf einen Punkt eingehen: So geht es nicht, daß jeder Stand sich in den Mittelpunkt stellt und seine Sonderwünsche allein berücksichtigt haben will. Da kommen die Beamten! Ja, die Lage der Beamten ist heute bei der Erbitterung, die in weiten Kreisen gegen die Beamten herrscht, eine so prekäre, daß sie Gott auf den Knien danken sollten, wenn sie mit 2½% davonkommen (Sehr richtig!). Und wenn die Beamtenschaft sich dagegen sträubt, so schreitet die Zeit in einer Form über ihre Rechte hinweg, die der ganze deutsche Staat und das ganze Deutsche Reich einmal bitter beklagen werden. Wir wollen die Beamtenrechte schützen, und wir wollen das Berufsbeamtentum verteidigen. Aber darum müssen wir als wahre Freunde der Beamten auch den Mut haben, ihnen zu sagen: Auch Ihr müßt Opfer bringen, Ihr könnt nicht Eure volle Sekurität wahren in einer Zeit, in der alles zusammenfällt, in der so viele Existenzen vernichtet werden.

Und nun kommen die Angestellten! Man hat vielfach die Empfindung, als wenn diese besondere Kasse[90], die sie bei der Arbeitslosenversicherung haben wollen, nun der Angelpunkt der ganzen Krise wäre. So ist es doch nun auch nicht. Gewiß wollen wir dafür kämpfen. Wenn es aber nun nicht erreicht wird, so ist das doch auch nicht das, worauf jetzt alles ankommt. Das kann auch noch in einem Jahre und in zwei Jahren geschehen. Die Hauptsache ist, daß wir so schnell wie möglich aus dieser Lage herauskommen und daß man dann einmal energisch herangeht, die Sozialgesetzgebung zu revidieren (Zuruf: Im Herbst!). Was im Herbst ist, kann ich heute nicht sehen. Was uns heute auf den Nägeln brennt, fühlen wir, und wenn heute unsere

[90] In der Vorlage irrtümlich: »Kaste«.

Staatswirtschaft und unsere Reichswirtschaft umgeschmissen wird, ist überhaupt kein Herbst mehr da, den wir noch in die Scheuern bringen können.

Nein, wir können nicht alle Einzelheiten berücksichtigen, und ich halte auch den Plan, jetzt gesetzlich an die Tarifverträge heranzugehen, für ganz außerordentlich gefährlich. Was heute zugunsten der Unternehmer geschieht, kann übermorgen zu deren Ungunsten geschehen. Hüten wir uns, diese Bresche einmal in privatrechtliche Abmachungen zu schlagen, um die es sich doch hier im Grunde genommen dreht. Nein, wir sind schließlich noch eine liberale Partei. Wir müssen uns bewußt sein, daß schließlich der Staat den großen Leiden der Wirtschaft gegenüber nichts anderes kann, als an den Symptomen zu kurieren. Wir haben noch nicht jenes Tränklein entdeckt, mit dem wir unsere Wirtschaft von Staats wegen beleben könnten. Es sind sozialistische, vielleicht sowjetische Gedankengänge, wenn man immer wieder damit spielt und sagt: Der Staat, der Staat muß die Wirtschaft retten. Nein, die Gesetze der Wirtschaft sind ewig und groß. Wir können sie beobachten, wir können mildern, wir können vieles bessern und vieles abglätten, aber wir können sie nicht von uns aus ändern. Der Staat kann sich nicht an die Stelle der Wirtschaft setzen. Das sollte doch gerade für eine liberale Partei eine Selbstverständlichkeit sein. Sorgen wir dafür, daß die Deutsche Volkspartei, die sich in letzter Zeit nicht mit übergroßem Ruhm bedeckt hat, dabei ist, wenn es heißt: heran an den Staat! Das war schließlich der leitende Gedanke unseres Führers Stresemann. Fassen Sie eine Resolution, welche Sie wollen, aber keine, mit der der eine so im Lande herumziehen kann und der andere so, der eine sie so auslegen kann und der andere so, sondern sagen Sie: Wir haben Vertrauen zur Reichstagsfraktion, Vertrauen zu unserem Führer, sie müssen wissen, was sie tun, wir wollen ihnen folgen, und dann sehen Sie zu, daß das Reich uns erhalten bleibt (Beifall).

Herr Jochmus (zur Geschäftsordnung): Wir haben die Entschließung von Herrn Kuhbier gehört, von der ich gesprächsweise vernommen habe, daß sie nicht auf Einstimmigkeit rechnen kann. Da es zwingend notwendig ist, daß der Zentralvorstand heute eine klare Meinungsäußerung von sich gibt, und ich überzeugt bin, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Fassung der Resolution sich am besten beseitigen lassen, wenn man sich in kleinerem Kreise einige Minuten zusammensetzt, möchte ich vorschlagen, daß der Zentralvorstand jetzt fünf Herren bestimmt, die die Entschließung redigieren.

Stellvertretender Vorsitzender Stendel: Ich bin der Meinung, wir sollten mit dem Zusammentritt des Ausschusses warten, bis unser Vorsitzender, Herr Dr. Scholz, wieder im Saale ist. Er ist im Augenblick zum Essen gegangen.

Herr Dr. Schuster: Meine Damen und Herren! Die Lage, in der wir uns heute befinden, ist die Lage, die wir seit vielen Jahren haben erwarten müssen. Es ist die Lage, die aus dem verlorenen Kriege resultiert. Wir müssen uns nur wundern, daß diese Lage nicht eher so deutlich geworden ist, daß wir nicht eher aus der Zeit der Palliativmittel, mit denen wir uns bisher die wirkliche Lage verschleiert haben, herausgekommen sind. Diese Lage, in der wir uns jetzt befinden, erfordert allgemeine Opfer, wobei es nicht angeht, daß der eine Stand sagt: der andere mag die Opfer tragen. Nun bin ich allerdings der Meinung, daß von den verantwortlichen und führenden Stellen nicht eben gerade sehr taktisch und geschickt gehandelt worden ist, daß wir jetzt als

Partei in der Tat in eine gewisse Zwangslage versetzt worden sind, einer Sache zuzustimmen, die wir eigentlich auch nur wieder als ein Palliativmittel ansehen.

Lassen Sie mich die Sache an einem Beispiel deutlich machen, von dem unser Herr Parteiführer merkwürdigerweise nicht gesprochen hat. Das ist die Krankenversicherung. Denen, die die Lage der Krankenversicherung und ihre Wirkung auf das Volk kennen, ist es kein Zweifel, daß hier eine Reform an Haupt und Gliedern notwendig ist. Die Krankenversicherung ist in der Gestalt, wie wir sie heute haben, psychologisch von Grund auf verkehrt. Sie wirkt in ihrer gegenwärtigen Gestalt in dem Sinne, daß sie den Willen zur Krankheit stärkt, daß sie eine Rentenpsychose erzeugt, sie wirkt aber nicht in dem Sinne, daß sie den Willen zur Gesundheit stärkt. Die Krankenversicherung stammt aus einer Zeit, wo unsere medizinische Wissenschaft noch auf dem fatalistischen Boden stand. Es handelt sich hier um eine ruhige, sachliche Beurteilung. Wir brauchen niemand einen Vorwurf zu machen, es handelt sich auch nicht um Simulation, sondern es handelt sich einfach um die Tatsache, daß die Krankenversicherung in der gegenwärtigen Gestalt eine bestimmte Psychose schafft und damit die Grundvoraussetzung der Gesundung untergräbt. An der psychologischen Beurteilung der Dinge hat es auch sonst gefehlt, hat es gefehlt in der Erwerbslosenfürsorge und in der allgemeinen politischen Haltung.

Nun lassen Sie mich ein Wort zu der Frage sagen, die Herr Dr. Curtius aufgeworfen hat, zu der Frage, ob wir in der gegenwärtigen Lage auf eine Reichstagsauflösung hinsteuern. Da bekenne ich offen, daß ich davor allerdings die schwersten Besorgnisse habe. Denn es ist leider Gottes so operiert worden, daß wir keine Parole für Neuwahlen haben. Machen Sie sich klar: Herr Moldenhauer bringt ein Finanzprogramm mit dem Notopfer der Beamten, die Beamtenschaft wird verärgert, Partei und Reichstagsfraktion lehnen das Notopfer ab mit dem Erfolg, daß die Wirtschaft verärgert wird. So ist auf beiden Seiten Verärgerung. Machen Sie sich noch ein anderes klar: Herr Moldenhauer bringt einen Finanzplan, er wird deswegen in die Wüste geschickt, und Herr Dietrich, der Demokrat, bringt einen Finanzplan, der nicht wesentlich anders ist. Das Ergebnis ist, daß der Finanzplan angenommen wird, und die Demokraten werden sagen: Was an dem Finanzplan schlecht ist, stammt von Moldenhauer, was daran gut ist, stammt von uns, von den Demokraten her. Das ist eine verzweifelte Lage.

Nun hat Herr Dr. Curtius gemeint, der Plan der Regierung müsse ohne wesentliche Veränderungen angenommen werden. Ich bedaure, daß dieses Wort gesprochen worden ist. Meiner Meinung nach sind noch wesentliche Verbesserungen möglich. Es muß die Steuer mindestens in der Höhe hergestellt werden, wie sie die Reichsregierung Ostern vorgesehen hatte. Es ist ganz untragbar, daß zumal die höheren Beamten, die schon vor dem Krieg in ihrer Besoldung erheblich hinter dem damaligen Wohlstandsniveau zurückgeblieben waren und dies nur tragen konnten, weil der Mittelstand damals Vermögen hatte, durch die Gehaltskürzung und die Besteuerung derer, die ein Gehalt über 8000 RM haben, doppelt belastet werden. Es finden sich darunter Leute mit kinderreichen Familien, die sich schon längst jeden entbehrlichen Genuß abgewöhnt haben. In den Gemeinden muß unbedingt eine Steuer eingeführt werden, die das Verantwortungsbewußtsein stärkt. Wenn Zweifel daran geäußert sind, ob diese Sache praktisch viel einbringt, so erwidere ich, daß es darauf gar nicht in erster Linie ankommt. Die Hauptsache ist die psychologische Wirkung, daß die-

jenigen, die in den Kommunen die Steuererhöhung beschließen, in irgendeiner, wenn auch geringen Form, an den Lasten beteiligt werden, und nicht nur sie, sondern auch ihre Wähler. Das kann nicht in der Form einer festen Kopfsteuer geschehen. Wenn sie feststeht, verpufft die Wirkung. Es muß mit jeder Erhöhung der Ausgaben auch eine Erhöhung der Steuer verbunden sein. Wir brauchen größere Sparsamkeit, nicht nur im Reich, wo recht wenig gespart werden kann, sondern am meisten in den Ländern und vor allem in den Gemeinden. Das einzige Mittel, die Gemeinden dazu zu veranlassen, ist eben dieses.

Bekommen wir eine gründliche Reichsreform, eine Reform der sozialen Gesetzgebung, eine gründliche Finanzreform, dann ist die Forderung berechtigt, daß auch die Beamten sich Opfern nicht entziehen dürfen. Dies kann aber nur geschehen, wenn Bürgschaften dafür bestehen, daß nicht alles in ein Faß ohne Boden kommt. Wir müssen hier eine absolut zwingende Bindung verlangen, bloße Zusagen genügen nicht. Auf der Mannheimer Zentralvorstandssitzung – viele von Ihnen werden sich dessen erinnern – habe ich ein mißverstandenes und, ich leugne es gar nicht, mißverständliches Wort gesagt. Ich will es in dieser Form nicht wiederholen, sondern nur sagen: Wir haben so oft Versprechungen für Reformen gemacht. Wir können es uns nicht leisten, immer wieder mit großen Vertröstungen und Versprechungen zu kommen. Mit der gründlichen Reform muß endlich der Anfang gemacht werden (Beifall).

Herr Wallis[91]: Es hat mich gewundert, ebenso weite Kreise, daß auch der Parteitag in Mannheim vorübergegangen ist, ohne daß jemand gegen die Verhältnisse in Thüringen Einspruch erhoben hat, gegen das Verhalten unserer dortigen Parteifreunde (Sehr richtig!). Vielfach ist es nicht begriffen worden. Wenn von dem Wohl und Wehe der Partei die Rede ist, dann müssen wir uns auch mal eine Minute mit dieser Sache beschäftigen. Weite Kreise unserer Partei, ich glaube sogar die meisten, lehnen den Weg eines Zusammengehens mit den Nationalsozialisten, wie ihn die thüringischen Parteifreunde eingeschlagen haben, aufs entschiedenste ab. Vorhin war davon die Rede, wir sollten im Sinne und Geiste Stresemanns handeln. Ich bin fest überzeugt, wenn Stresemann noch lebte, hätte er sich mit der ganzen Entschiedenheit seiner liberalen Gesinnung gegen diese Koalition gewendet (Sehr richtig!). Gewiß müssen in der Politik, wie überhaupt im öffentlichen Leben, immer Kompromisse geschlossen werden. Aber mit einer so demagogischen Partei, wie es die Nationalsozialisten sind, dürfen wir kein Kompromiß schließen. Vorhin hat einer der Herren aus Sachsen von dem großen Erfolg der Nationalsozialisten und der erheblichen Schlappe gesprochen, die mit Recht eine Niederlage der Deutschen Volkspartei genannt worden ist. Es wird vielfach nicht verstanden werden, daß wir auf der einen Seite gegen die Nationalsozialisten auftreten, auf der anderen Seite aber mit ihnen ein Bündnis machen. Das erweckt den Eindruck der Zweideutigkeit, den eine Partei, die sich liberal nennt, unter allen Umständen vermeiden müßte.

Man hat gesagt, mit den Sozialdemokraten ließe sich nicht regieren. Ich sage: Mit den Nationalsozialisten läßt sich nicht regieren. Das Beispiel, das Sie in Thüringen erlebt haben, spricht dafür. Ich glaube, die thüringischen Parteifreunde rufen jetzt schon: Nachbarin, euer Fläschchen! Es ist sehr schmerzlich, die beständigen Nackenschläge

[91] In der Vorlage: »Walles«.

zu empfangen, die zwischen dem Reich und dem Lande Thüringen erfolgen. Ich spreche im Namen vieler Parteifreunde, wenn ich sage: Das wollen wir nicht mitmachen! Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist. Mit den Nationalsozialisten umzugehen, besteht keine Möglichkeit. Die Partei müßte gegen das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten in Thüringen Stellung nehmen. Wenn wir heute eine Schlappe erleiden, so ist ein Grund dafür ganz gewiß, daß eben unserer Politik eine gewisse Zweideutigkeit anhaftet. Man sagt: Dort geht ihr gegen die Nationalsozialisten und bekämpft sie, bezeichnet sie als größte Gefahr, und hier geht ihr mit ihnen zusammen!

Stellvertretender Vorsitzender Stendel: Ich halte es nicht für richtig, die Fragen Thüringen und Sachsen zu vertiefen. Wir haben hier heute doch nur die die Gesamtpartei betreffenden Fragen zu besprechen.

Herr Dr. Caspari (Berlin): Ich halte die Frage des Zusammengehens mit den Nationalsozialisten für die Politik der Gesamtpartei für außerordentlich bedeutsam. Wir haben überall darunter zu leiden, daß uns entgegengehalten wird, wenn wir gegen törichte nationalsozialistische Anträge angehen: Eure Freunde in Thüringen machen ja das alles mit! (Zuruf: Das stimmt nicht!) Bitte schön, Sie haben den Antrag mit der Baubank, mit dem ungedeckten Papiergeld mitgemacht. Ich füge mich aber den Wünschen des Vorsitzenden und komme zu Dingen, die im Augenblick wichtiger sein mögen.

Da steht im Mittelpunkt zunächst die Frage, ob wir eine Entschließung fassen sollen oder nicht, bzw. wie sie aussehen soll. Wir haben früher immer den Vorzug gehabt, daß der Parteivorstand eine Entschließung vorgelegt hat, über die dann diskutiert wurde, die abgeändert und schließlich angenommen wurde. Eine solche soll vorhanden sein. Wir haben sie noch nicht gesehen; warum sie so geheimgehalten wird, weiß ich nicht. Statt dessen haben wir eine Entschließung aus Ostpreußen gehört, die sehr lang war und der ich nicht vollständig habe folgen können. Soll sie ein neuer Aufruf sein, sich mit anderen Parteien an einen Tisch zu setzen, so möchte ich davor warnen. Wir haben das einmal getan, wir haben damit Mißerfolg gehabt. Nun soll man die Sache sich langsam entwickeln lassen und sie nicht von uns aus vorwärts treiben. Sonst haben wir nur einen zweiten Mißerfolg.

Eine zweite Entschließung spricht der Reichstagsfraktion für das, was sie getan hat, Dankbarkeit und Anerkennung aus. Ich frage mich: Was hat denn die Reichstagsfraktion getan? Wenn wir heute die verschiedenen Herren der Reichstagsfraktion gehört haben, so war der eine dieser, der andere jener Ansicht. Sie haben sich bekämpft in einer Weise, wie ich sie sonst eigentlich nur aus Kämpfen zwischen Leuten aus ganz verschiedenen Parteien kenne. Ich sehe nicht ein, wie wir unter diesen Umständen der Fraktion in ihrer Gesamtheit Anerkennung und Dank aussprechen sollen. Dafür fehlt eigentlich jede praktische Grundlage.

Dann die Entschließung vom 16. Juni![92] Sie ist von der einen Seite so ausgelegt worden, von der anderen so. Eigentlich hat sie nirgends im Lande Zustimmung gefunden, sondern nur dazu beigetragen, die Kreise der Angestellten außerordentlich zu empören, ohne daß andere Kreise dadurch eine Beruhigung bekommen haben. Ich

[92] Siehe Anm. 30.

halte es nicht für glücklich, auf diese Entschließung mit ihrer sehr verschiedenen Auslegungsmöglichkeit zurückzukommen. Wenn Sie Entschließungen fassen wollen, dann müssen Sie sich ganz neue aussuchen.

Herr Schuster hat gesagt: Wir haben in den letzten Jahren so viel versprochen, daß wir endlich einmal mit Versprechungen aufhören sollten. Wenn wir Entschließungen fassen, sind sie auch nur Versprechungen. Sie können gar nicht mehr sein. Niemand wird beschließen wollen: Die Fraktion tritt aus der Regierung aus – oder: Die Fraktion bleibt drin. Das ist vollständig unmöglich. Das haben Dr. Curtius und Dr. Scholz deutlich und unwiderlegbar ausgeführt. Ich bin gespannt, was die fünf Herren herausbringen werden; wir werden es mit mehr oder weniger großer Genugtuung begrüßen.

Nun hat die Politik unter der Parole Moldenhauer ein Ergebnis gehabt. Die verschiedenen Berufsstände, die sich in der Volkspartei bisher einträchtig zusammengefunden haben, sind, Gott sei Dank [!], sämtlich gegeneinander getrieben worden. Die Arbeitgeber, die Angestellten, die Beamten, diese drei Gruppen stehen sich jetzt wie Feinde gegenüber. Bei den Beamten liegt die Sache zum Teil so, daß in den letzten Monaten und Jahren in die Öffentlichkeit Angaben über die Höhe der Beamtengehälter getragen sind, die geradezu unverantwortlich sind. Ein Kommunist hat neulich behauptet, ich hätte 30 000 Mark Gehalt. In einer Minute ist er bis auf 10 000 Mark heruntergegangen und ist damit ungefähr auf das Richtige gekommen. Ein Wirtschaftsparteiler sagte mir gestern: ein Ministerialrat mit 18 000 Mark und einem Auto! Das sind die Ansichten, die bei der Beamtenhetze im Volke entstanden sind. Und nun kommt die Regierung mit ihrem Notopfer für die Beamten. Alles sagt: Selbstverständlich, die Kerls, die so viel Gehalt kriegen, müssen endlich einmal abgeben! Niemand prüft, was sie in Wirklichkeit bekommen. Niemand weiß, wie wenig sich eigentlich die Besoldungsreform von 1927 für die einzelnen Beamten ausgewirkt hat, wie manche Beamte in ihrem Gehalt sogar schlechter gestellt worden sind.[93] Aber das sind Einzelheiten, die hier nicht interessieren. Wesentlich scheint mir zu sein: Keine Beamtengruppe hat sich geweigert, ihrerseits zu der Gesundung der Reichsfinanzen beizutragen. Aber die Sache ist derart unglücklich aufgezogen worden, daß alles andere unter den Tisch gefallen ist, abgesehen von der Beamtenabgabe. Deshalb ist das Dietrichsche Programm äußerlich so sehr viel besser aufgezogen, weil es mit einer Ersparung von 100 Millionen anfängt. Dabei läßt sich viel besser über die Sache reden.

Den Beamten und Angestellten wird erzählt, die Preise seien seit einem Jahr um 10 bis 15 % gefallen. Ja, fragen Sie einmal in Berlin und Hamburg irgendeine Hausfrau, ob sie irgend etwas davon gemerkt hat! Wir haben gemerkt, daß der Roggenpreis ins Unendliche gesunken ist, ist das Brot größer geworden? Wir haben gemerkt, daß die Viehpreise heute nicht höher sind als vor dem Kriege. Wir müssen das Dreifache für das Fleisch bezahlen! Hier liegen die Versäumnisse. Hier sitzen die Leute, die das Geld verdienen, über die so viel geredet wird, die uns mit den Riesenausgaben, die sie im In- und Auslande machen, dem Ausland gegenüber diskreditieren, die ihr Vermögen ins Ausland transportieren. Die Volkspartei müßte sich einmal der Aufgabe

[93] Die vom Kabinett Marx IV beschlossene Erhöhung der Beamtengehälter trat am 16.12.1927 in Kraft, siehe Kabinette Marx III/IV, Dok. Nr. 291, 293; RGBl. 1927 I, S. 349, Anlage 1.

unterziehen, nachzuprüfen, woher die Spanne zwischen den Preisen der Rohprodukte und den Marktpreisen rührt. Der Kupferpreis liegt unter dem Friedenspreis. Merkt irgend jemand, daß sich das in der Privatwirtschaft auswirkt? Bei einer gesunden Wirtschaft müßte sich hier doch ein Ausgleich ergeben. Es ist nicht der Fall, weil die Syndikate und Kartelle die Preise nicht heruntergehen lassen. Beamtenschaft und Angestelltenschaft stehen ja doch vollkommen auf einer Linie. Es ist ein besonderes Unglück, daß beide Gruppen, die ja doch dieselben Interessen haben, gegeneinander getrieben werden. Wenn sie wünschen, daß Beamte und Angestellte in der Partei mitarbeiten, dann müssen Sie auf der anderen Seite dafür sorgen, daß die Kreise der Wirtschaft, die ja in unserer Partei außerordentlich viel zu sagen hat, dafür eintreten, daß ein entsprechender Abbau erfolgt. Ich habe es sehr begrüßt, daß auch Herr Dr. Kalle darauf hingewiesen hat, daß die Spanne zwischen den Fabrikationskosten und den Marktpreisen heute oft so ist, daß der Fabrikant kaum existieren kann, trotzdem der Konsument hohe Preise zahlen muß. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, sind wir gern bereit, von den Gehältern und Löhnen abzugeben. Wir wissen es aus der Inflationszeit, daß es nicht auf das Nominalgehalt ankommt, sondern auf das, was wir kaufen können. Sorgen Sie für billige Preise! In demselben Augenblick werden Angestellte, Beamte und Arbeiter bereit sein, von ihren Löhnen abzugeben. Sie können aber nicht verlangen, daß erst die Gehälter und Löhne herabgesetzt werden und daß man sich dann vielleicht im Oktober – das war ein sehr böses Wort von Curtius – überlegt, ob man etwas machen kann. Wir wollen nicht, daß die großen Opfer, die jetzt verlangt werden, in ein Faß ohne Boden kommen, daß die 800 Millionen verschwinden, genauso wie die ersten 700 von der Bildfläche verschwunden sind. Wenn die Reichstagsfraktion bereit ist, in diesem Sinne zu arbeiten, dann wird sie auf der ganzen Linie die Zustimmung der Angestellten und Beamten finden! (Lebhafter Beifall)

Herr Dr. Jochmus (Bielefeld): Der Verlauf der heutigen Sitzung und der gestrigen Reichsausschußsitzung hat uns allen in erschütterndster Weise gezeigt, in welcher inneren Verfassung sich die Partei befindet. Ein solches Durcheinander von Meinungen und Auffassungen in kleinen und großen Dingen, ein solches mühseliges vergebliches Ringen darum, irgendeine Linie zu finden, wie die Dinge angefaßt werden sollen, ist erschütternd bis zum äußersten. Herr Dr. Dingeldey hat in seinen mit großem Beifall aufgenommen Ausführungen den Versuch gemacht zu zeigen, daß wir diese Einheitlichkeit nicht finden können, wenn wir uns nur an den Dingen der Tagespolitik abmühen, wenn wir nicht neben diesen Dingen gleichzeitig in die Zukunft blicken und versuchen, aus geistigen Höhen die große Linie herzustellen. Ich danke ihm ausdrücklich dafür, daß er darauf hingewiesen hat und freue mich, daß er mit seiner Rede diesen Beifall gefunden hat. Ich habe bei diesem Beifall nicht, wie Herr Oberbürgermeister Most, ein peinliches Gefühl gehabt, sondern bin freudig bewegt gewesen, daß diese Töne angeklungen sind. Was Herr Dr. Dingeldey gesagt hat, lag auf der gleichen Linie wie das, was die Herren Thiel und Bechly auszusprechen versucht haben. Beiden Herren ist entgegengehalten worden, sie hätten rein interessenmäßig für die Angestelltenschaft geredet. Ich habe in den Reden der beiden Herren kein Wort von Interessenpolitik gehört, sondern nur herausklingen hören das innigste Bemühen: Wie finden wir eine Plattform, auf der die Volkspartei die großen Massen der Angestellten fesseln kann? (Sehr richtig!) Wir sollten hier nicht

davon ausgehen, daß Angestellte vom Angestelltenstandpunkt aus sprechen und daß das die große Linie beeinträchtigt. Wir sollten vielmehr geradezu danach dürsten zu hören, was diese Herren aus ihren Kreisen uns zu sagen haben und sollten versuchen, eine einheitliche Linie zu finden. Ich bedauere außerordentlich, daß die Worte, die Herr Thiel gesprochen hat, auch für mich so geklungen haben, wie sie Herr Hueck aufgefaßt hat. Ich bedauere, daß es die durchaus begreifliche Empörung, in der Herr Hueck unter dem Eindruck dieser Worte geprochen hat, es nicht möglich gemacht hat, die Hand zu ergreifen, die Herr Thiel bot. Aus seinen Worten ging hervor, daß es sich nur um einen falschen Zungenschlag gehandelt hatte. In der ungeheuren Notlage, in der sich die Partei befindet, sollten wir uns bemühen, nicht Abweichungen in den Meinungen zu suchen, sondern das Verbindende finden und darauf eingehen (Beifall).

Ich möchte mich kurz gegen die Auffassung wenden, die uns Herr Dr. Curtius nahezubringen versucht hat, daß es nur darauf ankomme, daß regiert würde, nicht aber darauf, wie regiert würde. Wenn es jemals darauf angekommen ist, daß das Richtige geschieht, dann jetzt! Die heutige Lage ist nur dadurch entstanden, daß die großen Probleme, mit denen das ganze Volk ringt, von der Regierung nicht im April in Angriff genommen worden sind, als man glaubte, den Etat glatt zu haben. Sie werden jetzt nicht angegriffen und auch im Herbst nicht angegriffen werden können, weil dann dasselbe Loch im Etat vorhanden sein wird, vor dem wir jetzt stehen, und wieder der Versuch zur Sanierung gemacht werden wird. Ich bedauere es, daß unser Herr Parteiführer es unterlassen hat, in seiner Rede, der ich sonst zustimme, die großen Probleme des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit herauszustellen. Es wäre von entscheidender Bedeutung für die gesamte Öffentlichkeit gewesen, wenn aus seinem Munde die notwendigen Ausführungen über diese Frage gekommen wären. Denn die Presse bringt nicht, was die Diskussionsredner sagen, wohl aber das, was der Parteiführer sagt. Man wird es im ganzen Land vermissen, daß er zu diesen Dingen nicht gesprochen hat. Wir hätten dann von Anfang an eine einheitliche Linie gehabt und könnten das Ergebnis unserer heutigen Sitzung unter den großen Gesichtspunkt stellen: Die Deutsche Volkspartei setzt ihre ganze Kraft daran, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beseitigen. Darauf allein kommt es in der heutigen Lage an. Nur so läßt sich der Ausgleich des Etats wirksam erreichen. Dies ist in der Tat das entscheidende Problem für das Leben unseres Volkes in sozialer und kultureller Beziehung. Ich wünschte, daß durch eine geschickte Regie der Reichsgeschäftsstelle, die sich damit ihren Lorbeerkranz verdienen könnte, das ins Land hinausgetragen wird und dort Widerhall findet. Herr Dr. Kalle ist wieder einmal mit dem Gesichtspunkt gekommen, mit dem wir uns seit Jahren herumschlagen, hundertprozentige Ergebnisse könnten wir gegenwärtig nicht erreichen, wir müßten uns mit Teilergebnissen zufrieden geben. Diese Politik hat uns dahin geführt, wo wir heute stehen. Die Zustände werden noch schlimmer werden, wenn sie fortgesetzt wird. Deshalb ist meine feste Überzeugung, daß der Standpunkt der Reichstagsfraktion durchgehalten werden muß. Die Einzelheiten der Deckungsvorschläge mögen noch einmal gründlich auf Herz und Nieren geprüft werden. Aber die große Linie muß eingehalten werden.

Noch einmal meine innige Bitte: Bemühen wir uns, das Einigende zu finden! Ringen wir miteinander um unsere Seelen! Nur dann kann es gelingen, dem Führer ein In-

strument an die Hand zu geben, mit dem er spielen kann und hoffentlich auch spielen wird (Beifall).

Herr Glatzel: Die Debatten, die wir hier gehabt haben, werden für die Partei ihren Nutzen haben, wenn man daraus die richtigen Folgerungen zieht. Ich persönlich bin zweifelhaft, ob man aus dieser Debatte die Folgerung ziehen kann, daß eine eindeutige und klare Linie der Fraktionspolitik das Vertrauen gefunden hat. Ich bin aber der Meinung, daß, wenn die richtige Ausdeutung stattfindet, auch die Präambel stehen bleiben kann. Nach meiner Meinung muß in der Entschließung unbedingt zum Ausdruck kommen, daß es sich nicht nur um die Senkung der Produktionskosten, sondern auch um die Senkung der Preise handelt. In dieser Beziehung wäre eine Ergänzung angebracht. Im übrigen glaube ich, daß wesentlicher als diese Entschließung die anderen Entschließungen sind, die die grundsätzliche Linie der Partei betreffen.

Da ist zunächst die Entschließung, die sich auf die Forderung der Reichsreform bezieht. Dabei muß sicher sein, daß es sich nicht um schöne Gesten, sondern um klare Entschlüsse handelt. Eine andere Entschließung beschäftigt sich mit der staatspolitischen Zusammenfassung zu einer großen Partei der Mitte. Ich möchte auch am Schluß dieser Debatte auf die Ausführungen des Herrn Dr. Dingeldey zurückkommen, die mir einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung der Partei in ihrer Gesamtheit zu liefern scheinen. Es handelt sich jetzt darum, daß sich die Kräfte der Partei – nicht nur die Kräfte der jüngeren Volksparteiler, die ja schon seit mehr als einem Jahr die Reform der Partei auf der ganzen Linie fordern[94] – zusammenfinden. Ich glaube, daß wir über das Stadium hinausgekommen sind, daß es sich hierbei nur um eine Forderung jüngerer Politiker handelt, daß es sich vielmehr darum dreht, daß die gesamte Partei, soweit es ihr um die Existenz der Deutschen Volkspartei ernsthaft zu tun ist, in sämtlichen Instanzen an die Reform herangeht. Ich glaube allerdings, daß das wesentliche Schwergewicht sowohl für die Parteireform als auch für die staatspolitische Zusammenfassung draußen im Lande liegt. Ich glaube, daß wir aus dieser Tagung mit dem festen Entschluß fortgehen müssen, an dieser Reform und dieser staatspolitischen Zusammenfassung aufs ernsthafteste zu arbeiten. Wenn wir dieses Ergebnis aus der Zentralvorstandssitzung mitnehmen, so ist sie nicht umsonst gewesen. Ich glaube, daß die Stimme der Kritik auch an der Parteiführung, die im Saale laut geworden ist, auch im Land stark und deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Auf einer Wahlkreistagung in Düsseldorf kam am vergangenen Sonntag genauso stark zum Ausdruck, daß man im Lande nicht mehr wisse, welche Linie die Parteiführung verfolge.

Wir müssen uns darüber klar sein, ob wir eine verlängerte Wirtschaftspartei oder eine Volkspartei sein wollen. Wir wollen die Deutsche Volkspartei. Denn sie ist notwendig für die Wirtschaft, für die Beamten, für die Arbeitnehmer, für das ganze deutsche Volk. Wir wollen sie aber anders als sie bisher gewesen ist. Daran zu arbeiten ist jetzt das Gebot der Stunde (Beifall).

Herr Dr. Kriege (Berlin): Es klaffte ein tiefer Widerspruch zwischen den Ausführungen des Reichsministers Dr. Curtius und denjenigen des Parteiführers Dr. Scholz,

[94] Am 14.3.1930 hatte es die RjV in einem Rundschreiben als ihr vordringlichstes Ziel bezeichnet, »die im Organisationsapparat eingetretene Stagnation« zu überwinden, BAK R 45 II/6, p. 169.

soweit sie sich auf die Deckungsfragen bezogen. Herr Dr. Curtius sagte: Nur die Deckungsvorlage der Regierung ist überhaupt in der Lage, uns zu helfen. Herr Dr. Scholz sagte: Nein, nur das Programm, das die Fraktion hier vorgeschlagen hat, ist das richtige. Es entzieht sich meiner Kenntnis, welche Auffassung die richtige ist. Immerhin möchte ich annehmen, daß das, was Herr Dr. Scholz hier als die Auffassung der Reichstagsfraktion vorgetragen hat, wohl überlegt ist. In jedem Fall ist diese Auffassung der Reichstagsfraktion der Öffentlichkeit bereits durch die Presse genau bekannt geworden. Unter diesen Umständen muß meines Erachtens die Reichstagsfraktion an dieser einmal verkündeten Meinung festhalten, auch auf die Gefahr hin, daß sie sich, wenn sie ihre Meinung dem Kabinett Brüning gegenüber nicht durchsetzen kann, von der Regierung trennt. Die schlimmste Gefahr ist der Umfall (Sehr richtig!). Demgegenüber ist die Gefahr, aus der Regierung auszuscheiden, jedenfalls die geringere. Im übrigen bin ich persönlich der Auffassung, daß ein Ausscheiden aus der Regierung überhaupt keine Gefahr ist (Zurufe: Preußen!). Die Verhältnisse im Reich und in Preußen sind ganz anders. Lassen Sie mich als Frontsoldat sprechen: Wenn ein Bataillon in der Front durch die Angriffe des Feindes stark dezimiert war, zog man es in die Ruhestellung zurück, damit es Gelegenheit hatte, sich zu sammeln und aufzufrischen. Ich sehe für die Partei durchaus die Möglichkeit, auf diese Weise sich ebenfalls aufzufrischen und zu retten. Alle anderen Parteien haben im Reich vorübergehend der Regierung nicht angehört. Lediglich die Volkspartei gehört ihr seit fünf bis sechs Jahren an.[95] Herr Dr. Jochmus hat ausgeführt, daß die Auffassungen und Ansichten in der Partei außerordentlich auseinandergehen. Nirgends kann sich die Partei besser sammeln und finden als in der Ruhestellung.

Ein Wort zu der Frage des Notopfers! Durch die Äußerungen verschiedener Redner klang hindurch, daß die Beamten doch etwas egoistische Leute seien und mit mehr oder weniger sanfter Gewalt zu einer Minderung ihrer Ansprüche veranlaßt werden müßten. So liegen die Dinge nicht. Die Beamten wissen sehr wohl, daß sie sich über kurz oder lang einen Abbau der Gehälter wahrscheinlich über 2½% hinaus werden gefallen lassen müssen. Was die Beamtenschaft in Empörung gebracht hat, war zunächst die Art und Weise, wie das Notopfer begründet wurde. Man sagte: Da wir die anderen Volkskreise nicht fassen können, müssen wir uns an die Leute halten, die uns nicht weglaufen können, und das sind die Beamten. Verfehlt war es zweitens, daß man in dem Moment, in dem man den Beamten ein Notopfer zumutete, in Berlin durch einen ziemlich merkwürdig begründeten Schiedsspruch die Löhne der Arbeiter der B.V.G. heraufsetzte.[96] Herr Thiel hat gesagt, der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hätte geglaubt, in dem Moment, in dem er den Beamten das Notopfer zumutete, würden Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Tarife zustandekommen. Mir scheint hier des Pudels Kern zu liegen. Wenn es gelingt, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vernünftigen Vereinbarungen über die Herabsetzung der Tarife zu veranlassen, dann werden auch die Beamten nicht gern, aber einsichtig, bereit sein, sich eine Gehaltssenkung gefallen zu lassen. Ich möchte die Bitte an die Fraktion richten, soweit es in ihrer Kraft steht, dafür zu sorgen, daß dieses Junktim zwischen der Senkung der Tarife und der Senkung der

[95] Seit dem Kabinett Cuno (22.11.1922) hatte die DVP jeder Reichsregierung angehört.

[96] Zu dem Schiedsspruch hinsichtlich der Löhne bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) siehe Büsch/Haus, S. 47, 201 ff.

Beamtengehälter zustandekommt. Dann werden Sie nicht nur dem Vaterlande, sondern auch der Partei selbst den besten Dienst erweisen (Beifall).

Herr Heidenreich: Herrn Kollegen Hueck möchte ich sagen, daß ich bedauere, daß er die Ausführungen seines Kollegen Dr. Kalle nicht gehört hat. Die Reichstagsfraktion verlangt in ihrer Entschließung den Eingriff der Regierung in privatrechtliche Verträge. Sie verlangt damit den Eingriff in eine Art von Kartellverträgen, in der eben die Ware Arbeit geregelt wird. Ich knüpfe hier an die Ausführungen des Herrn Dr. Caspari über die Preissenkungen an. Warum verlangt die Reichstagsfraktion in derselben Entschließung nicht den Eingriff in andere Verträge aufgrund schon bestehender Gesetze, nämlich der Kartellverordnung? Hier müßte einmal etwas geschehen. Aber davon steht nichts in der Entschließung.

Der Parteiführer hat gesagt, wir müßten unbedingt zur Aufstellung eines Aktionsprogramms kommen. Dem stimme ich zu. Ich wünsche nur, daß unser Herr Parteiführer sehr schnell zur Ausarbeitung dieses Programms gelangt, damit es in einer sehr bald kommenden Sitzung vorgelegt werden kann. Nur den einen Wunsch habe ich: Dieses Aktionsprogramm soll sich nicht das Programm zum Vorbild nehmen, das jetzt von der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler veröffentlicht ist, in dem ständig von »republikanisch« und »demokratisch« die Rede ist, aber das Wort »liberal« kaum noch zu nennen gewagt wird. Ich habe schon in Mannheim gesagt, die Unruhe in unserer Partei, die damals schon vorhanden war, sei auf eine Vertrauens- und Führungskrisis zurückzuführen, wie sie in unserem ganzen Vaterlande bestehe. Ich habe vor der Geistesakrobatik unserer führenden Leute gewarnt, die den Leuten im Lande zumuten, an dem einen Tag dieses Programm, am anderen jenes als allein seligmachend anzuerkennen. Letzten Endes ist das ganze Vertrauen zur Deutschen Volkspartei daran zugrundegegangen. Man soll nicht glauben, daß alles in Butter ist, wenn ein solches Programm herauskommt. Wir haben ja in der Praxis unsere Erfahrungen gemacht. Eine Woche, nachdem ein derartiges Programm herausgekommen war, mußten wir hören: Es fehlen wieder 400 Millionen. Und dann kam wieder ein neues Finanzprogramm! Ich habe damals gesagt und wiederhole es: Wir stehen in dieser Regierung verantwortlich seit zwei Jahren, seit den Wahlen 1928. Haben denn unsere führenden Leute und Minister nicht früher gemerkt, daß es zu diesem Schlamassel kommen mußte? Warum muß man sich erst jetzt damit beschäftigen? Diesen Vorwurf müssen wir unserer Führung machen. Darin kommt die Vertrauens- und Führerkrise zum Ausdruck.

Die allgemeine Forderung geht dahin: keine neuen Steuern, dagegen Lohn- und Gehaltsabbau! Jawohl, ich bin damit einverstanden, umso mehr, als man aus den bisherigen Steuererhöhungen nichts anderes herausgefunden hat, als daß nichts damit erreicht ist, daß aber bestimmte Kreise unseres Volkes sich an den neuen Steuern bereichert haben. Es hat sich z.B. bei der Bierpreiserhöhung[97] allgemein gezeigt, daß überall ein Wucher getrieben wurde. Die Preiserhöhung war viel größer, als nach der Steuererhöhung gerechtfertigt war. Die Steigerung des Preises für ein Glas Bier um fünf Pfennige kann in keiner Weise gutgeheißen werden. Hier sollte einmal der Reichstag ein Wort der Abwehr finden.

[97] Die 50%ige Biersteuererhöhung war am 14.4.1930 mit knapper Mehrheit vom Reichstag angenommen worden, siehe VRT, Bd. 427, S. 5000ff.

Es ist gesagt worden, wir müßten gegen das Beamtennotopfer Sturm laufen. Nach meiner Ansicht ist es verkehrt gewesen, das Notopfer oder die »Reichshilfe« in der Art zu verbrämen, wie es geschehen ist. Man sollte alle Wortklauberei beiseite lassen und sollte den Beamten sagen: Das Vaterland ist in Not, deshalb müßt ihr euch einen Gehaltsabzug gefallen lassen. Wenn man dies den Beamten von vornherein mit dieser Brutalität gesagt hätte, so hätten sie Verständnis dafür haben müssen, obgleich nach der inzwischen erfolgten Aufklärung die Einstellung so mancher und der maßgebenden Beamtenorganisationen nicht zu begreifen ist. Wenn man mit dem einzelnen Beamten im Land spricht, so hat er im allgemeinen volles Verständnis für die Lage. Nur die Organisationsführer der Beamtenvereinigungen pochen auf die wohlerworbenen Rechte der Beamten. Fällt der Himmel ein, sind alle Spatzen tot. Ist niemand da, der die Steuern aufbringen kann, aus denen die Beamtengehälter bezahlt werden können, dann werden sie sich einen Abzug gefallen lassen müssen, der viel größer ist als der jetzt geforderte. Deshalb unterstütze ich die Forderung verschiedener Vorredner: Senkung der Produktionskosten, Senkung der Löhne und Gehälter, daneben aber gleichzeitig Senkung der Konsumentenpreise. Wir haben in den Jahren 1925 und 1926 eine Steuersenkung mit dem ausdrücklichen Verlangen der Preissenkung durchgeführt.[98] Die Senkung ist damals ausgeblieben. Diese Erfahrungen schrecken. Daher das Widerstreben der betroffenen Kreise. Für mich ist deshalb die vorgelegte Entschließung nur dann annehmbar, wenn neben der Bemerkung, daß die Produktionskosten zu senken sind, gleichzeitig ein Preisabbau gefordert wird.

Vorsitzender [Scholz]: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte nunmehr Herrn Generalsekretär Trucksaess, die Entschließung zur Rheinlandfrage vorzulesen, die, wie ich hoffe, Ihre einmütige Billigung finden wird.

Herr Generalsekretär Trucksaess: »Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei grüßt die endlich von fremder Besatzung befreiten Rheinlande! Die Bevölkerung am Rhein und an der Saar ist Zeuge dafür, daß die Politik der Deutschen Volkspartei seit dem Zusammenbruch als erstes Hochziel die Befreiung deutschen Landes von der Herrschaft fremder Truppen verfolgt hat. Das deutsche Volk weiß, daß diese Politik vor allem getragen wurde von unserem großen Führer Dr. Gustav Stresemann, der das Tor zur Freiheit geöffnet hat, selbst aber durch diese Pforte nicht mehr schreiten durfte. Dr. Stresemann stand mit seiner Partei im Vorkampfe gegen die Schmach und das Unrecht des Versailler Vertrages, gegen feindliche Willkür in deutschen Landen, gegen den Einbruch fremder Truppen ins Ruhrgebiet. Dr. Stresemann ist es gewesen, der in historischer Stunde den Entschluß zum Abbruch des Ruhrkampfes auf sich genommen, der fremdem Vernichtungswillen die Gesetze wirtschaftlicher und staatlicher Vernunft entgegengestellt hat. Ohne sich durch Anfeindungen und Rückschläge beirren zu lassen, hat er zielsicher die deutsche Politik zu Verträgen geführt, durch die das Rheinland aufhörte, eine Reparationsprovinz zu sein, durch die er der fremden Besatzung den Vorwand für ihr Dasein entzog. So hat die Politik Stresemanns und der Deutschen Volkspartei die Räumung des Ruhrgebietes und der Sanktionsstädte, dann die Räumung der ersten und zweiten Zone und endlich die völlige Befreiung deutschen Landes erkämpft. Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit! Die Par-

[98] Reichsfinanzminister Peter Reinhold (DDP) hatte im Frühjahr 1926 ein umfassendes Steuersenkungsprogramm durchgeführt, siehe Dok. Nr. 64, Anm. 77.

teitage der D.V.P. in Dortmund und Köln brachten den heißen Dank der Partei an ihren Führer für sein großes Werk zum Ausdruck, das deutsche Volk hat seit seinem frühen Tode nicht aufgehört, ihn mit Verehrung und Stolz zu nennen. Wir wissen und machen vor aller Welt kein Hehl daraus, daß wir um des großen Zieles willen schwere Opfer auf uns genommen haben. Die Zukunft erst wird lehren, ob ihre Erfüllung auf die Dauer möglich ist. Wenn wir unsere Brüder und Schwestern im nun befreiten Rheinlande aus bewegtem Herzen grüßen, so gilt noch ein besonderer Gruß dem treuen Saargebiet, für das die Stunde der Befreiung nun nicht mehr fern sein kann, für dessen wirtschaftliche und politische Interessen wir uns mit aller Kraft einsetzen. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei dankt allen Gesinnungsgenossen, dankt allen Deutschen im Rheinlande für ihre Opfer, für ihre Treue, für die Geschlossenheit, mit der sie alle Pläne und Wünsche unserer ehemaligen Feinde, die sich auf die Loslösung des Rheinlandes oder auf die Lockerung der Reichseinheit richteten, zunichte gemacht haben. Der Zentralvorstand erblickt in der endlichen Befreiung einen gewaltigen Schritt nach vorwärts, eine geschichtliche Tatsache, die mit dem Namen der Deutschen Volkspartei und ihres großen Führers unlöslich verbunden bleibt. Er erneuert das Gelöbnis, weiter mit allen Mitteln an der Festigung des Reichsgefüges, an der Gesundung der deutschen Wirtschaft, an der Heilung aller Kriegsschäden, an der Niederkämpfung der Kriegsschuldlüge zu arbeiten, um den Wiederaufbau des Reiches zu vollenden und die Ehre des deutschen Volkes wiederherzustellen«.

Vorsitzender [Scholz]: Ich frage, ob gegen diese Entschließung Einspruch erhoben wird? (Zurufe: Sie ist viel zu lang!). Ich bin wirklich für Kürze, aber in diesem Falle können wir durchaus etwas länger über diese Dinge sprechen. Es sind schließlich unsere Dinge gewesen. In der heutigen Diskussion ist immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß die Deutsche Volkspartei alle Veranlassung hat, dieses Tages auch einmal in etwas längeren Ausführungen zu gedenken. Wenn nur gesagt wird: »Zu lang!«, so ist das eine hübsche Kritik, aber es ist kein Gegenvorschlag. Wollen Sie bei der Kürze der Zeit eine kürzere Resolution machen? Das scheint mir auch nicht Ihre Absicht zu sein. Ich frage also, ob gegen diese Entschließung Widerspruch erhoben wird? – Das ist nicht der Fall; ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ferner ist von dem Kollegen Sauerborn eine Entschließung zur Reichsreform vorgelegt worden:

»Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei begrüßt die Initiative, die die Reichstagsfraktion zusammen mit der demokratischen Fraktion mit ihrem Antrag ergriffen hat, der die Reichsregierung ersucht, nunmehr nach Abschluß der Arbeiten der Länderkonferenz mit größter Beschleunigung die Gesetzentwürfe für die Reichsreform vorzulegen. Er begrüßt weiter die vom Parteivorstand betriebenen Vorarbeiten für die Herbeiführung einer Klärung der von der Partei aufzustellenden Forderungen. Der Zentralvorstand ist einmütig der Auffassung, daß eine Gesundung auch unserer finanziellen Verhältnisse ohne eine auf Einfachheit und Klarheit abgestellte Neuregelung der Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nicht möglich ist. Er fordert daher die Reichstagsfraktion auf, im Rahmen der notwendigen großen Reformen mit allem Nachdruck für eine Einbeziehung der Reichsreform zu wirken. Unbeschadet der zu erstrebenden Gesamtlösung ist der Zentral-

vorstand der Auffassung, daß diejenigen Maßnahmen vorweg beschleunigt durchgeführt werden, die für eine Entscheidung reif sind«.

Herr Buchhorn: Ich bitte die Worte »zusammen mit der demokratischen Fraktion« zu streichen. Der Zentralvorstand hat keine Veranlassung, das besonders zu betonen.

Vorsitzender [Scholz]: Ich habe gegen die Streichung keine Bedenken und stelle fest, daß die Entschließung keinen Widerspruch findet. Ferner ist folgende Entschließung Kilburger zur Parteienbewegung vorgelegt worden:

»Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei bedauert das Scheitern der Bemühungen seines Vorsitzenden um das Zustandekommen einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der Mitte als ersten Schritt zu einer wirksameren Einsetzung der zur Aufbauarbeit bereiten politischen Kräfte. Der Zentralvorstand stimmt seinem Führer darin bei, daß dieser Ausgang uns nicht entmutigen darf, die Aufgabe der Sammlung mit allem Nachdruck weiter zu verfolgen. Die unheilvolle Zersplitterung in unserem Parteileben schädigt so sehr die wahren Interessen der Volksschichten, denen die einzelnen Parteien dienen wollen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Umkehr sich durchsetzen muß. Die Deutsche Volkspartei sieht nach wie vor eine der wichtigsten innerpolitischen Aufgaben in der Zusammenfassung aller positiv gerichteten Kräfte zu einheitlichem Handeln unter Ausschaltung kleinlicher Sonderinteressen und jeglicher Eigenbrödelei, weil eine solche Geschlossenheit für die Lösung der großen bevorstehenden Reformen unentbehrlich ist«.

Herr Glatzel: Ich bin gegen die Worte »parlamentarische Arbeitsgemeinschaft«, das scheint mir zu eng zu sein.

Vorsitzender [Scholz]: Es folgen die Worte: »als ersten Schritt« usw. Ich stelle fest, daß auch diese Entschließung Ihre einstimmige Zustimmung findet.

Wir kommen dann zu der am stärksten umstrittenen, inzwischen durch Vereinbarungen geklärten Entschließung zur politischen Lage:

»Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei stimmt den Ausführungen des Parteiführers und Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Reichsminister a. D. Dr. Scholz zur politischen Lage zu. Er dankt der Reichstagsfraktion für die Klarheit und Eindringlichkeit, mit der sie die in der Finanzpolitik einzuschlagenden Wege aufgezeigt hat: Abkehr von einer Politik, die finanzielle Schwierigkeiten vorwiegend[99] durch weitere Erhöhung der Steuerlast beseitigen will und dadurch die Lage nur noch weiter verschlimmert. Demgegenüber fordern wir mit der Reichstagsfraktion Wirtschaftsbelebung durch Senkung der Produktionskosten, damit Preissenkung[100] und größtmögliche Ausgabensenkung in allen Etats von Reich, Ländern und Gemeinden. Die neuen Finanzvorlagen der Reichsregierung lassen wohl Ansätze zur Umkehr erkennen, aber zu einer wirklichen Gesundung bedarf es ganzer Arbeit. Der Zentralvorstand fordert die Reichstagsfraktion auf, bei der Beratung der Vorlagen mit allem Nachdruck auf eine Umgestaltung hinzuwirken, die den aufgestellten Zielen Rechnung trägt«.

[99] »vorwiegend«: eingefügt.
[100] Ursprünglich: »Wirtschaftsbelebung durch Lockerung der Preise und Löhne«.

Herr Freiherr von Heyl: Ich möchte darauf hinweisen, daß dieses Mal von einer Steuersenkung nicht die Rede ist, die doch auf dem Mannheimer Parteitag das Hauptthema war. Ich bitte zu erwägen, ob man nicht eine entsprechende Wendung in die Entschließung hineinbringt. Wir werden sonst zweifellos auf den großen Widerspruch hingewiesen werden.

Vorsitzender [Scholz]: Diese Ausführungen, so berechtigt sie an sich sein mögen, verkennen, daß es sich um eine Stellungnahme zur augenblicklichen politischen Lage, d. h. zum Regierungsentwurf handelt. Es ist meines Erachtens nicht zweckmäßig, in diesem Augenblick erneut Versprechungen zu machen, von denen wir wieder einmal nicht wissen, ob wir sie werden einlösen können. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nötig, weil sich die Entschließung bewußt auf die augenblickliche Lage, also auf das Regierungsprogramm beschränkt.

Herr Dr. Lohmann: Ich empfehle, statt des Wortes »hinzuwirken« das Wort »bestehen« zu wählen.

Vorsitzender [Scholz]: Der Ausdruck ist mit Absicht gewählt, damit die Reichstagsfraktion eine gewisse Freiheit hat. Ich lasse abstimmen. Diejenigen Damen und Herren, die der Entschließung zustimmen wollen, bitte ich die Hand zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich darf feststellen, daß die Entschließung mit großer Mehrheit angenommen ist.

Herr Dr. Most: Es entsteht leicht ein falsches Bild, wenn dieses Ergebnis der Abstimmung in dieser Form der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, daß gesagt wird: mit allen gegen vier Stimmen. Der Außenstehende kennt das Verhältnis nicht. Man könnte aufgrund der vorgelegten Präsenzliste feststellen, mit wieviel Stimmen gegen vier Stimmen die Entschließung angenommen ist. Es muß zum Ausdruck kommen, daß vier Stimmen eine ganz verschwindende Minderheit sind.

Vorsitzender [Scholz]: Ich könnte mir die Lösung so denken, daß wir von sämtlichen Entschließungen nur feststellen, daß sie angenommen sind. Wenn Sie es aber wünschen, können wir die Fassung so wählen, daß wir bei den übrigen Abstimmungen die Einstimmigkeit betonen und in diesem Falle sagen: gegen einige wenige Stimmen. Das entspricht der Situation. Eine Auszählung hat meines Erachtens keinen Zweck.

Herr Dr. Most: Ich stelle den Antrag, das genaue Zahlenverhältnis festzustellen. Denn niemand weiß, wie groß diese Versammlung gewesen ist, auch die meisten unserer Freunde nicht. Da immer zum Ausdruck gebracht ist, daß die Einigkeit der Partei betont werden müsse, müssen wir gerade in diesem Augenblick, um Mißdeutungen zu vermeiden, das wirkliche Zahlenverhältnis klarstellen und diese kleine Mühe der Auszählung auf uns nehmen.[101]

Vorsitzender [Scholz]: Ich habe ziemlich genau gesehen, wer gegen die Entschließung gestimmt hat, und glaube feststellen zu dürfen, daß diese Gegenstimmen auf sehr verschiedenen Erwägungen beruhen. Herr von Heyl z. B. wünschte, wenn seine Ausführungen vorhin einen Sinn hatten, eine Verschärfung der Entschließung. Er hat gegen die Resolution gestimmt, weil sie ihm nicht scharf genug ist. Verschiedene

[101] Die NLC (5.7.1930, Nr. 127) stellte in ihrem Bericht fest, an der Sitzung hätten etwa 200 stimmberechtigte Mitglieder teilgenommen.

Herren haben dagegen gestimmt, weil sie ihnen zu scharf war. Infolgedessen gibt auch das kein richtiges Bild (Zurufe). Es wird vorgeschlagen, daß ich meinen Vorschlag, zu sagen: »gegen einige wenige Stimmen« zur Abstimmung bringe. Ich bitte diejenigen, die mit dieser Fassung einverstanden sind, die Hand zu erheben. – Das ist die Mehrheit. Ich nehme an, daß Sie mit dieser Fassung der Öffentlichkeit gegenüber einverstanden sind.

Damit stehen wir am Schluß unserer Tagung. Ich will Sie nicht mit einem längeren Schlußwort beglücken, trotzdem ich einiges auf der Seele hätte. Denn erstens haben wir an diesem heißen Tage reichliche Arbeit geleistet, und zweitens bin ich durch die Verhandlungen über die großen Fragen, die jetzt im Reichstag beginnen, und die die praktische Arbeit bedeuten, genötigt, mich möglichst bald dorthin zu begeben. Lassen Sie mich mit dem Ausdruck des lebhaftesten Dankes für Ihre Beteiligung und Ihre rege Unterstützung am heutigen Tag die Hoffnung verbinden, daß diese Versammlung, so stark sie unter dem Eindruck gestanden hat, daß vieles in unserer Partei nicht ganz gut und nicht ganz richtig ist, sich um so stärker in dem Wunsche vereinigt, daß wir alle, jeder an seinem Platz, in gemeinsamer Arbeit dazu beitragen müssen, diese Fehler zu verbessern und unsere Partei wieder zu einem geschlossenen, stoßkräftigen Ganzen zu gestalten! (Bravo!) Das ist, wie ich mir vorhin schon auszuführen erlaubte, Zweck und Sinn einer großen politischen Partei, die alle Stände bewußt umfassen will, daß nicht die Interessen der einzelnen Stände die Hauptrolle spielen, sondern daß die einzelnen Stände sich bewußt und unter Umständen unter gewissen intellektuellen Opfern einfügen in die große Front der Partei, die nun einmal das politische Instrument zur Durchsetzung unserer Ansichten ist. Lassen Sie mich deshalb am Schlusse der heutigen Tagung die herzliche Bitte an Sie aussprechen, gerade in schweren Zeiten der Partei die Treue zu bewahren und in dieser Treue mit uns zu arbeiten an der Wiederauferstehung der Partei und am Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes! (Lebhafter Beifall.)

Damit schließe ich die Sitzung des Zentralvorstandes.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 40 Min.

83.

31. Juli 1930: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

BAK R 45 II/32, p. 245–425. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen. Überschrift: »Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei Donnerstag, den 31. Juli 1930«.

Scholz eröffnet die Sitzung, hebt die Vertraulichkeit der Verhandlungen hervor und stellt das Einverständnis des Ausschusses fest, daß neben den satzungsmäßigen Mitgliedern auch fünf Mitglieder von der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler an der Sitzung teilnehmen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen heute zur Einleitung unserer Besprechungen nicht etwa einen Vortrag über die politische Lage halten. Dazu wird in der

Sitzung des Zentralvorstandes Gelegenheit sein[1], in der wir den Wahlaufruf beschließen und aktiv in den Wahlkampf eintreten.[2] Heute scheint es sich mir vielmehr darum zu handeln, angesichts des von mir vorhin schon gekennzeichneten Wirrwarrs gerade in den Parteien der Mitte, in den bürgerlichen Parteien, Stellung zu diesen akuten Tagesfragen zu nehmen. Da darf ich mir erlauben, auf folgendes hinzuweisen. Die Gesamtlage, wie sie sich nach der Auflösung des Reichstages entwickelte, war nach meiner Auffassung in kurzen Strichen wie folgt zu kennzeichnen. Wir, die bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Extremisten auf beiden Seiten, der Sozialdemokratie und der Hugenberggruppe[3], haben uns gemeinsam hinter das Programm der Regierung gestellt, das zwar nicht alle unsere Wünsche befriedigte, das aber doch nach unserer Auffassung einen starken Ansatz zur Besserung enthielt und den ernsten Willen zeigte, den gefährdeten Staat, die gefährdeten Finanzen, die gefährdete Wirtschaft zu retten. Sie wissen, daß dieses Programm mit Recht als ein Hindenburgprogramm bezeichnet worden ist, weil der Reichspräsident sich mit seiner ganzen Autorität hinter dieses Programm gestellt hat. Aus der Tatsache, daß die Parteien – sagen wir – der verantwortungsbewußten Mitte sich mit diesem Programm auch unter gewissen Opfern der Überzeugung einverstanden erklärt haben, weil sie es als den notwendigen Beginn der Rettung von Staat und Wirtschaft ansahen, geht meines Erachtens hervor, daß auch für die Zukunft diese Parteien gemeinsam für die Verteidigung dieser Anfangsmaßnahmen der Regierung und für ihre gradlinige Fortsetzung einzutreten haben. Das war der eine sozusagen praktische Grund dafür, daß gerade von uns, die wir sozusagen in der Mitte dieser Entwicklung standen, mit aller Entschiedenheit der Ruf nach bürgerlicher Sammlung erhoben werden mußte.

Wir haben weiter in dem künftigen Wahlkampf, wie ich glaube, in erster Linie den Staat als solchen zu verteidigen, und zwar gegen die radikalen Gruppen von rechts und links, die sich immer stärker anmelden und die doch schließlich – auch die Nationalsozialisten, woran ich festzuhalten bitte – die Grundlagen unseres Staates zu zerstören bestrebt sind (Sehr richtig!). Deshalb muß unser Kampf auch bei den künftigen Wahlen in erster Linie diesen Staatszerstörern von rechts und links gelten. Darüber hinaus dürfte aber für die verantwortungsbewußte bürgerliche Mitte das Rin-

[1] Die Sitzung des ZV fand am 24.8.1930 statt, siehe Dok. Nr. 85.

[2] Nachdem am 16.7.1930 der Reichstag den Art. 2 der Deckungsvorlage (Reichshilfe des öffentlichen Dienstes) mit 256 gegen 193 Stimmen abgelehnt hatte, wurden am Abend des 16.7. sowohl die Deckungsvorlage als auch die Zulassung einer Gemeindegetränkesteuer als Notverordnung nach Art. 48 WRV erlassen, siehe VRT, Bd. 428, S. 6435; Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 80; Text der Notverordnungen in: RGBl. 1930 I, S. 207–213. Am 17.7. beantragte die SPD, der Reichstag solle der Reichsregierung das Mißtrauen aussprechen und die Notverordnungen aufheben (VRT, Bd. 428, S. 6438); die Abstimmung vom 18.7. ergab eine Mehrheit von 236 zu 222 Stimmen für die Aufhebung der Notverordnungen. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses verlas Reichskanzler Brüning die Auflösungsorder des Reichspräsidenten, siehe ebd., S. 6527f. Am 27.7.1930 wurde die »Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände« veröffentlicht, siehe RGBl. 1930 I, S. 311–331. Durch Kabinettsbeschluß vom 18.7. wurde die Reichstagswahl auf den 14.9.1930 anberaumt.

[3] Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag betreffend Aufhebung der Notverordnung vom 18.7.1930 (siehe Anm. 2) stimmten von der DNVP-Fraktion 32 Abgeordnete für und 25 gegen die Aufhebung, siehe VRT, Bd. 428, S. 6525 sowie Maurer/Wengst, Dok. Nr. 112 (Fraktionssitzung der DNVP vom 17.7.1930) und Nr. 113 (Erklärung Westarps vor der Reichstagsfraktion am 18.7.1930).

gen mit der Sozialdemokratie um die Gesamtauffassung innerhalb des Staates eine wichtige Rolle spielen. Wir sind nun einmal Vertreter bürgerlicher Wirtschaftsordnung, und wir müssen bestrebt sein, gegenüber den sozialistischen und sozialisierenden Tendenzen die Kräfte des deutschen Bürgertums zusammenzufassen. Denn wenn man auch vielleicht im Gegensatz zu den von mir soeben gekennzeichneten staatszerstörenden Elementen die Sozialdemokratie im weitesten Sinne als eine staatserhaltende Partei ansehen könnte, so trennen uns doch von ihr Weltanschauungsgegensätze, die innerhalb des Staates ausgetragen werden müssen, die aber verlangen, daß die bürgerlichen Kräfte stärker zusammengefaßt werden, um eine einigermaßen sichere Balance gegenüber den starken sozialistischen Kräften herauszustellen.

Endlich kommt es, wie ich glaube, bei dem künftigen Wahlkampf wesentlich darauf an zu versuchen, eine bürgerliche Mehrheit im künftigen Reichstag zu erringen. Das geht nur, wenn wir die unendliche Masse der Nichtwähler, der an dem Parteileben desinteressierten Menschen, zu gewinnen trachten. Nach meiner ehrlichen Auffassung, der sich der Parteivorstand angeschlossen hat, ist das nur möglich, wenn diese Masse der nichtinteressierten Nichtwähler durch eine neue starke Zusammenfassung der bürgerlichen Parteielemente einen neuen Auftrieb bekommt.

Diese, wenn ich so sagen darf, vier Gründe, erstens die Fortsetzung der von uns mit inaugurierten Politik des Kabinetts Brüning; zweitens die Erwägung stärkster Kampfnotwendigkeit gegen die staatszerstörenden Elemente auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken; drittens die Notwendigkeit der Schaffung eines starken Gegengewichts gegen die übermächtige Sozialdemokratie innerhalb des Staates und viertens der Wunsch, ja die Notwendigkeit, die nichtinteressierten Nichtwähler, die bekanntlich fast immer nur auf der bürgerlichen Seite zu finden sind, durch eine Konzentration und durch Aufstellung neuer bürgerlicher Ziele stärker heranzuziehen, haben den Parteivorstand der Deutschen Volkspartei bewogen, einstimmig den Beschluß zu fassen, an die Volkskonservativen, die Wirtschaftspartei und damals auch die Demokraten heranzutreten, um mit diesen Parteien gemeinsam einen Zusammenschluß der verantwortungsbewußten staatsbürgerlichen Parteien herbeizuführen. Dieser Beschluß ist, wie Sie wissen, am Dienstag der vorigen Woche gefaßt und am selben Tage den anderen Parteien sowie der Öffentlichkeit mitgeteilt worden.[4] Sämtliche Parteien, auch die Demokratische Partei, haben ihre grundsätzliche Zustimmung zu Verhandlungen über diesen Zusammenschluß erklärt.[5] Es mußte uns einigermaßen sonderbar anmuten, daß, nachdem diese Zustimmungserklärung erfolgt war und nachdem darüber hinaus Verhandlungen mit Teilen unserer Jugend und mit den Demokraten stattgefunden hatten, in denen von sonstigen Zu-

[4] Die NLC, »Sammelruf der Deutschen Volkspartei«, 23.7.1930, Nr. 140, meldete, »daß der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei in seiner Sitzung vom 22. Juli einstimmig beschlossen« habe, die Zusammenfassung aller derjenigen herbeizuführen, die, unter Zurückstellung des Trennenden, bereit sind, sich aktiv in den Dienst des Staates zu stellen«; siehe dazu detailliert Jones, Sammlung, S. 279ff.

[5] Bereits am 21.7.1930 hatte Scholz mit Graf Westarp verhandelt und die Bildung von gemeinsamen Listen vorgeschlagen, »möglichst von Koch-Weser bis Westarp«, Maurer/Wengst, Dok. Nr. 115, S. 307. Am 28.7. hatte Scholz Koch-Weser zu einer Besprechung auf den Nachmittag des 30.7.1930 eingeladen, siehe NL Koch-Weser 105, p. 59; Papke, S. 157ff.

sammenschlüssen kein Wort gesprochen worden war, noch am gleichen Tage der Aufruf zur Gründung einer Staatspartei erfolgte.[6] Ich kann nicht umhin, ein solches Vorgehen wenigstens in diesem Kreise als im höchsten Grade illoyal zu bezeichnen (Sehr wahr!), und ich bedaure es lebhaft, daß auch Kreise unserer Volkspartei sich diesen Dingen geneigt gezeigt haben[7] (Zustimmung). Ich bedaure das aus einer ganzen Reihe von Gründen, erstens einmal, weil doch schließlich auch in der Politik eine gewisse Loyalität, ein gewisser Anstand besonders gegenüber benachbarten Parteien gefordert werden kann und muß (Lebhafte Zustimmung). Ich kann es aber nicht als loyal bezeichnen, wenn offiziell eine Zustimmungserklärung seitens des Herrn Koch-Weser als des Vorsitzenden der Demokratischen Partei bei uns einläuft und gleichzeitig hinter unserem Rücken, ohne uns zu benachrichtigen, dauernd Besprechungen mit den betreffenden Herren stattfinden, bis dann dieser Querschläger erfolgt (Sehr gut!). Die Gründe der Demokratischen Partei, die sich in diesem Vorgehen äußern, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen (Rufe: Nein!). Ich habe gerade heute morgen von einem Parteifreund aus meiner Vaterstadt Wiesbaden ein kleines Gedicht erhalten, das mit dem Vers beginnt:

Der Demokraten letzter Schrei:
Wir nennen uns jetzt Staatspartei!

(Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!). Ich glaube, das kennzeichnet einigermaßen die Situation. Im übrigen brauche ich nicht darauf hinzuweisen, daß die Ehe zwischen Demokraten und Jungdo[8] eine etwas eigentümliche Färbung zeigt (Sehr wahr!). Gerade gestern, als die Verhandlungen des demokratischen Parteiausschusses erfolgten[9] und mein Freund Kempkes und ich zu Fuß den Reichstag verließen, habe ich eine große Masse prächtiger Autos vor dem Reichstagsgebäude gesehen, die doch offenbar zum großen Teil aus der von dem Jungdo so sehr gehaßten kapitalistischen Ära stammen (Rufe: Sehr gut!). Auf den berühmten arischen Paragraphen in den Satzungen des Jungdo will ich nur nebenbei hinweisen[10] (Sehr richtig!). Was mir aber be-

[6] Der Zusammenschluß von DDP und der vom Jungdeutschen Orden getragenen Volksnationalen Reichsvereinigung zur »Deutschen Staatspartei« erfolgte am 27.7.1930, siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 167; Hornung, S. 96ff.; Stephan, S. 439ff.; Bruce B. Frye, Liberal Democrats in the Weimar Republic: The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale 1985, S. 155ff.

[7] Die Gründer der DStP hofften vor allem auf Unterstützung durch prominente Parlamentarier der DVP wie Curtius, Thiel und Dingeldey, die einer Verschmelzung von DVP und DStP aufgeschlossen gegenüberstanden, siehe dazu Otto Bornemanns Aufzeichnungen über die Gründung der DStP, BAK R 45 III/59, p. 84f. sowie Koch-Wesers Schreiben an Curtius vom 28.7.1930, BAK NL Koch-Weser 105, p. 45f.

[8] Hier und im folgenden gemeint: »Jungdeutscher Orden«.

[9] In einer turbulenten Parteiausschußsitzung vom 30.7.1930 rechtfertigte Koch-Weser sein Vorgehen und führte aus: »Das Vorgehen, wie es Herr Scholz heute übt, beweist, daß man auf die althergebrachte Weise zu keinem Ergebnis kommt. Ich betrachte es als das wichtigste, was hier erreicht worden ist, daß ganz geräuschlos eine Tatsache in die Welt gesetzt worden ist, die aber nur erreicht werden konnte, wenn jeder einzelne seine persönlichen Interessen zurückstellte und wenn er vertrauensvoll es den Führern überließ, den Weg zu gehen, der zum Ziele führt«, Albertin/Wegner, Dok. Nr. 167, S. 562f. Zur Austrittsbewegung aus der DDP (u.a. Erkelenz, Rothenbücher) siehe Maurer/Wengst, Dok. Nr. 130.

[10] Nach §§6, 7, 11 der Satzung konnten nur Deutsche oder deutschstämmige Ausländer Mitglieder des Ordens werden, was nach der Auffassung des Jungdeutschen Ordens Juden ausschloß, siehe Verfassung des Jungdeutschen Ordens, Kassel 1921, S. 3ff. Koch-Weser führte in der Parteiaus-

sonders bei dieser ganzen Angelegenheit mißfällt und was meines Erachtens gerade in den Kreisen unserer jungen Volksparteiler, die sich dieser Bewegung geneigt gezeigt haben, noch nicht in vollem Umfange verstanden worden ist, ist ein ganz anderes Moment. Gerade aus den Kreisen unserer jungen politischen Freunde und darüber hinaus aus der Jugend überhaupt ist immer wieder mit besonderer Schärfe betont worden: Im Augenblick handelt es sich nicht – wie die betreffenden Damen und Herren sich ausdrückten – um veraltete Parteibegriffe, es handelt sich nicht darum, konservativ oder liberal in den Vordergrund zu stellen, sondern es geht jetzt einfach um die Rettung des Staates, um die Rettung der Finanzen, um die Rettung der Wirtschaft, um die Interessen des Staates selber, um die Existenz des Staates; hinweg mit den alten Begriffen![11] Aber im ersten Augenblick, in dem diese Teile der Jugend zu einer Tat schreiten, machen sie das genaue Gegenteil dessen, was sie vorher gepredigt haben (Sehr richtig!). Sie erklären nämlich: Mit diesen Leuten, die sich Konservative nennen, können wir natürlich nicht zusammengehen; wir müssen infolgedessen auf der bürgerlichen Linken ein Schwergewicht schaffen in direktem Gegensatz zu dem konservativen Gedanken, den die anderen predigen. Nun, das ist keine gradlinige Politik. Es ist kein [Wort fehlt], wenn man zunächst sagt: »Hinweg mit den Begriffen konservativ und liberal! Alles, was staatsbürgerlich denkt, muß zusammengefaßt werden!« und dann in dem Augenblick, in dem es darauf ankommt, diese Ansicht in die Tat umzusetzen, erklärt: »Nein, mit dem, was sich konservativ nennt, können wir nicht zusammengehen« (Sehr gut!).

Wir haben gerade umgekehrt in unserem Sammlungsruf die Auffassung vertreten, daß allerdings heute die Begriffe konservativ und liberal, über deren innere Strukturwandlung wir uns wohl alle klar sind, nicht mehr das sind, was in den Vordergrund gestellt werden darf. Nicht dieses Trennende, sondern das Einigende der Gesamtarbeit am Staat und an seinen Grundlagen muß das sein, was die bürgerliche Mitte oder die staatsbürgerlich denkenden Parteien zusammenfaßt. Deshalb haben wir davon abgesehen, nach rechts oder nach links zu optieren, sondern wir haben mit aller Kraft

schußsitzung vom 30.7.1930 aus, Mahraun habe seitens des Jungdeutschen Ordens die Erklärung abgegeben, »daß der Antisemitismus ihnen fern sei und daß sie es als eine Verleumdung ansehen würden, wenn man ihnen Antisemitismus vorwerfen wollte. Wir alle wissen, daß der Jungdeutsche Orden in seiner Vergangenheit zu dieser Frage anders gestanden hat als heute. Aber ist es denn nicht gerade im Interesse der jüdischen Staatsbürger ein ungeheurer Fortschritt, wenn alle diese Menschen sich heute nicht mehr zu solchen Ideen bekennen?«, Albertin/Wegner, Dok. Nr. 167, S. 565. Ein Rundschreiben des Jungdeutschen Ordens vom 16.8.1930 betonte zwar den »interkonfessionellen Charakter« der neuen Partei, enthielt aber deutliche antisemitische Spitzen: so wurde der ehemalige Vorsitzende der DDP-Reichstagsfraktion und Spitzenkandidat im Wahlkreis Potsdam II, Oscar Meyer, den Wählern folgendermaßen vorgestellt: »Meyer ist Halbjude, aber eine durchaus achtenswerte Persönlichkeit«, Maurer/Wengst, Dok. Nr. 131, S. 370.

[11] Bereits in einem Rundschreiben vom 14.3.1930 hatte die RjV zur »Sammlung einer großen Staatspartei der Mitte« aufgerufen; auch nach der Gründung der DStP forderte die RjV in einer Entschließung »weitere Verhandlungen von Partei zu Partei«, siehe BAK R 45 II/6, p. 199, 211. Glatzel, der seitens der RjV auch an dem von der »Jungen Front der Staatspolitischen Sammlung« unter Leitung von Josef Winschuh am 26.7.1930 anberaumten Treffen zwischen DDP, DVP und WP teilgenommen hatte (Verhandlungsbericht im StA Braunschweig GX 6/612), stand der Gründung der DStP aufgeschlossen gegenüber und plädierte für eine schnelle Annäherung beider Parteien, siehe seinen Artikel »Die jungen Volksparteiler und die Staatspartei«, »Berliner-Börsen-Courier«, 1.8.1930, Nr. 345.

versucht, alles das zusammenzufassen, was aktiv am Staat, an der Sicherung seiner Grundlagen mitarbeiten will, und ich bedaure auf das lebhafteste, daß dieser Sammlungsruf bis zu einem gewissen Grade durch die Sonderaktion der Demokraten zur Rettung ihrer Stimmen, ihrer Wähler und ihrer Mandate konterkariert worden ist (Lebhafte Zustimmung). Trotz dieses Querschlägers, der wirklich nur sehr wenig erfreuliche Gefühle auslösen kann, habe ich und hat mit mir der Parteivorstand die Auffassung vertreten, daß wir nicht Politik ab irato machen wollen (Sehr richtig!), sondern daß wir nach wie vor das von uns erstrebte große Ziel im Auge halten und nach Möglichkeit verwirklichen sollten. Ich habe infolgedessen ungeachtet der Dazwischenkunft der neuen Staatspartei die sämtlichen Parteien, die beteiligt waren und die sich zu Verhandlungen bereit erklärt hatten, einschließlich des Herrn Koch-Weser und einschließlich mehrerer Vertreter der jungen Bewegung, die Herr Koch-Weser bat, mitbringen zu dürfen, auf gestern nachmittag eingeladen, um sine ira et studio nochmals mit den Parteien die Möglichkeit des engsten Zusammenschlusses zu erörtern. Ich habe den Parteien noch gestern vorgeschlagen – und ich erkläre ausdrücklich, daß nach meiner festen Überzeugung selbst kurz vor dem Wahlkampf eine derartige Möglichkeit praktisch noch gegeben wäre –, zur Gründung einer gemeinsamen großen Partei des staatsbürgerlich eingestellten Bürgertums zusammenzutreten. Leider bin ich bei allen anderen drei Parteien[12] auf Ablehnung gestoßen (hört, hört!), eine Ablehnung, die in höfliche Worte gekleidet wurde und die man damit begründete, daß es besser sei, getrennt zu marschieren, weil damit größere Teile der Wählerschaft erfaßt würden, eine Ablehnung, die, wie gesagt, höflich verbrämt war, die aber doch eine Ablehnung blieb.[13]

Nachdem diese Ablehnung festgestellt werden mußte, die, wie ich betonen möchte, auch von der Wirtschaftspartei ausgesprochen worden ist[14], habe ich gebeten, eine weitere Möglichkeit zu erörtern, über die Sie, wie ich glaube, inzwischen durch die Presse orientiert worden sind. Ich habe erklärt: Wenn auch zu unserem lebhaften Bedauern die von uns mit aller Entschiedenheit befürworteten Einigungsverhandlungen bezüglich der Gründung einer Partei im Augenblick nicht zum Ziele geführt hätten, so müßten wir doch alle darin einig sein, daß der Wahlkampf von uns unter einem gemeinsamen Zeichen geführt werden müsse, aus den vielen Gründen, die ich mir erlaubt habe, Ihnen eingangs meiner Ausführungen darzulegen, aus Gründen, die eigentlich eine selbstverständliche Bindung der sämtlichen Parteien an die Grundsätze enthielten, zu denen wir uns gegenüber der augenblicklichen Regierung verpflichtet hatten. Dieser Gedanke fand nun auch durchaus grundsätzliche Aner-

[12] Gemeint: DDP/DStP, WP und KVP.

[13] Am 30.7.1930 hatte eine Besprechung zwischen Scholz, Treviranus, Drewitz, Sachsenberg, Koch-Weser, Meyer und zwei Vertretern der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler über eine Sammlung der bürgerlichen Parteien der Mitte stattgefunden; der von Scholz unterbreitete Vorschlag eines Zusammenschlusses zu einer »großen einheitlichen Partei des gesamten aktiven Staatsbürgertums« wurde jedoch von allen Beteiligten abgelehnt, siehe den (fälschlicherweise auf den 23.7.1930 datierten) Verhandlungsbericht im StA Braunschweig GX 6/612; sowie Schultheß 1930, S. 185 f.; Albertin/Wegner, Dok. Nr. 166, 167; Jonas, S. 83 f.

[14] In der Besprechung mit Graf Westarp vom 21.7.1930 hatte Scholz bereits Bedenken hinsichtlich der Wirtschaftspartei geäußert, »die voraussichtlich auf ihre Agitation nicht verzichten« werde, Maurer/Wengst, Dok. Nr. 115, S. 307; zur Haltung der Wirtschaftspartei siehe auch Schumacher, Mittelstandsfront, S. 161 ff.

kennung. Ich habe allerdings ausgesprochen – auch darin, wie ich wohl sagen darf, von den übrigen Parteien unterstützt –: Es ist nicht mit einem sogenannten Burgfrieden für die Wahlen getan.[15] Wer diese Dinge aus früheren Verhandlungen kennt, wird mir in folgendem zustimmen. Der Burgfriede ist entweder eine durch die Verhältnisse gegebene Tatsache, an der keine Partei aus Gründen ihrer eigenen Selbsterhaltung rütteln kann, oder er ist eine leere Phrase, eine Sache, die nur beschlossen wird, um nachher schon im Wahlkampf durchbrochen zu werden (Sehr wahr!). Burgfriede allein genügt nicht. Ich habe deshalb vorgeschlagen, daß die vereinigten Parteien sich zu einem gemeinsamen Wahlaufruf zusammentun sollten, den ich mir als eine Art Dachaufruf vorgestellt habe, unter dem die einzelnen Parteien, die ja nach der Ablehnung der großen Partei getrennt in den Wahlkampf eintreten müssen, noch ihre eigenen Aufrufe veröffentlichen können, der aber zunächst einmal das Gemeinsame, das uns alle eint, enthalten müßte, und zwar im wesentlichen die Festlegung auf die Verteidigung und die Ausweitung des Sanierungsprogramms der augenblicklichen Regierung, der aber darüber hinaus – und das ist für mich das Entscheidende gewesen – anzukündigen hätte, daß die vorläufig getrennt marschierenden staatsbürgerlichen Parteien sich im künftigen Parlament zu einer fraktionellen Gemeinschaft zusammenfinden, um das Gegengewicht gegenüber den anderen Parteien zu bilden, von dem ich vorhin gesprochen habe. Diese grundsätzlichen Auffassungen fanden mehr oder minder begeisterte, aber doch allgemeine Zustimmung bei den drei übrigen Parteien, und diese Zustimmung verdichtete sich auf meinen Vorschlag dahin, daß bereits für heute nachmittag eine Zusammenkunft vereinbart wurde, um diesen Dachwahlaufruf auch mit Rücksicht auf die künftige fraktionelle Zusammenfassung zu entwerfen. Erst dann wird eine endgültige Entscheidung nach dieser Richtung hin getroffen werden.

So sehr ich es bedauere, daß unsere starken Bemühungen nach der Richtung einer wirklich endgültigen und dauernden Zusammenfassung der Parteien zu einer einzigen großen, stoßkräftigen staatsbürgerlichen Partei zunächst gescheitert sind, so würde ich doch eine solche Lösung immerhin als einen Fortschritt ansehen (Zustimmung). Wir würden dann dem Volke gegenüber dokumentieren, daß die unter diesem Wahlaufruf vereinigten Parteien gewillt sind, wenn sie auch im Wahlkampf noch getrennt marschieren, in der praktisch-parlamentarischen Tätigkeit vereint zu schlagen. Es würde auf diese Weise die neu sich ankündigende große Partei zunächst in der praktischen Arbeit der Fraktion im Reichstag in Tätigkeit treten, und daraus würden sich Zukunftsentschließungen auch bezüglich der Parteiengemeinschaft erwarten lassen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch kurz andere Möglichkeiten erörtern! Aus nahezu allen Wahlkreisen unserer Partei ist uns immer eine Feststellung

[15] Bereits bei dem Treffen mit Graf Westarp am 21.7.1930 hatte dieser erklärt, neben dem Erlaß eines gemeinsamen »Dach-Wahlaufrufes« sei ein »absoluter Burgfrieden zwischen den in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen« notwendig, Maurer/Wengst, Dok. Nr. 115, S. 307. Am Nachmittag des 31.7.1930 einigten sich DVP, WP und KVP auf einen gemeinsamen Wahlaufruf, dessen Text Kempkes bis zum 7.8.1930 erarbeiten sollte, siehe Jones, Liberalism, S. 374f. Zum Wahlaufruf vom 18.8., in dem sich die drei Parteien zum »Reformwerk« Hindenburgs bekannten, siehe Schultheß 1930, S. 191f.; zur ablehnenden Haltung der DDP siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 165–169.

entgegengeklungen, ein Negativum: Die Parteienvereinigung ist sehr schön, und wir sind durchaus mit ihr einverstanden; aber lassen Sie es nicht dahin kommen, daß wir uns schließlich allein mit den Demokraten vereinigen (Lebhafte Zustimmung). Diese Möglichkeit dürfte also – ich glaube, es gibt überhaupt kaum einen Wahlkreis, der sich nicht spontan in dieser Weise geäußert hätte – für uns ausscheiden (Sehr gut!). Eine Verbindung zwischen uns, der Wirtschaftspartei und der neuen Staatspartei ist auch nach den Verhandlungen, die bisher geführt worden sind, meines Erachtens ausgeschlossen, und zwar schon deshalb, weil die Wirtschaftspartei nicht geneigt ist, etwas derartiges mitzumachen. Aber auch diejenigen von Ihnen, die vielleicht glaubten, man könne nunmehr mit der Wirtschaftspartei allein einen Zusammenschluß vollziehen, werden sich enttäuschen lassen müssen. Die Wirtschaftspartei hat dazu keine Neigung. Nach meiner Auffassung wäre die Wirtschaftspartei am geneigtesten zu dem großen Zusammenschluß gewesen; aber wenn dieser Zusammenschluß nicht möglich ist, dann lehnt die Wirtschaftspartei einen Sonderzusammenschluß auch mit uns ab. Sie hat sogar gestern in den Besprechungen darauf hingewiesen, daß wegen der Verhandlungen, die sie geführt habe, ihr schon jetzt in einer Reihe von Wahlkreisen große Schwierigkeiten gemacht würden, daß darin ein Verlassen ihres berufsständischen Gedankens gesehen werde, wie ganz offen ausgesprochen wurde (Sehr richtig!). Ich glaube also: Es ist müßig, darüber zu sprechen, ob im gegenwärtigen Moment eine Vereinigung zwischen uns und der Wirtschaftspartei allein möglich wäre.

Auf der anderen Seite stehen die Dinge, wie Sie wissen, auf der rechten Seite der für die staatsbürgerliche Einigung in Betracht kommenden Parteien so, daß die Landvolk-Partei beabsichtigt, besondere Listen aufzustellen, also als eine gesonderte Partei in den Wahlkampf zu ziehen, auch mit dem Hinweis darauf, daß gerade gegenüber dem Nationalsozialismus straffste Zusammenfassung der berufsständischen Interessen des Landvolks nötig sei und daß nur so der letzte Mann an die Urne gebracht werden könne.[16] Aber gerade dort – das muß ich loyalerweise feststellen – besteht eine starke Neigung zum fraktionellen Zusammenschluß nach der Wahl im Reichstage. Nicht nur Herr Treviranus und Herr v. Lindeiner-Wildau, sondern auch Herr Gereke haben immer wieder betont, zwar scheine es ihnen aus den eben erwähnten Gründen richtig zu sein, das Landvolk in der Wahl zusammenzufassen, aber sie sähen durchaus ein, daß eine berufsständische Gliederung des Parlaments erstens der Reichsverfassung und zweitens dem Sinn des ganzen Reichstags durchaus widerspreche und daß sie infolgedessen gerade deshalb bereit seien, später in eine große Fraktion der staatsbürgerlichen Parteien aufzugehen. Von dieser Seite wird also meines Erachtens die stärkste Unterstützung der zweiten Linie unseres Vorgehens, nämlich der Bildung eines Dachaufrufs mit dem Hinweis auf künftige gemeinsame Fraktionsbildung im Reichstag zu erwarten sein.

[16] Der am 17.2.1928 gegründeten CNBL, zu der auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete der DVP, Karl Hepp, gehörte, schlossen sich einige Sezessionisten der DNVP an, darunter Landwirtschaftsminister Martin Schiele; siehe dazu Gessner, S. 236f.; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 434–439. Am 21.7.1930 hatte Graf Westarp Scholz darüber unterrichtet, Schiele sei entschlossen, »seine eigene Landvolk-Liste zu machen, wozu er sich gezwungen sehe, weil sonst die christlich-nationalen Bauern unter Hepp abspringen würden«, Maurer/Wengst, Dok. Nr. 115, S. 307.

Ich glaube, mich folgendermaßen zusammenfassen zu können. Wir haben in dieser Beziehung getan, was immer von uns verlangt werden konnte. Wir haben mit allen Kräften und allen Mitteln den stärksten Zusammenschluß der staatsbürgerlichen Elemente versucht; er ist gescheitert an der Ablehnung der übrigen Parteien. Wir befinden uns im Augenblick in erfolgversprechenden Verhandlungen bezüglich der zweiten Lösung, also der Hoffnung, die jetzt nicht in die Erscheinung tretende große Partei doch in Zukunft mindestens in einer fraktionellen Gemeinschaft im Reichstag verwirklicht zu sehen. Angesichts dieser Tatsache müssen wir uns damit abfinden, daß mehr zur Zeit nicht zu erreichen sein wird. Immerhin dürfen wir feststellen, daß, wenn es zu diesem gemeinsamen Wahlaufruf und in weiterer Folge zu stärkster Annäherung in der parlamentarischen Gemeinschaftsarbeit kommt, wenigstens ein Teil des uns gesteckten Zieles, der Vereinigung aller aktiv bürgerlichen Kräfte erreicht ist. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß nach den gestrigen Verhandlungen die Deutsche Volkspartei für sich allein in den Wahlkampf ziehen wird (Bravo!).

Ich muß auch ganz offen sagen, daß ich diesem Wahlkampf durchaus nicht mit dem Pessimismus entgegensehe, von dem allgemein, leider auch in unseren Kreisen oft gesprochen worden ist (Sehr wahr!). Lassen Sie mich zunächst das eine herausstellen: Trotz hämischer Bemerkungen in der uns gegnerischen Presse hat unser Sammlungsaufruf im deutschen Volke weitgehend sehr gute Wirkungen auch für unsere Partei gezeitigt (Sehr richtig!). Wir können für uns in Anspruch nehmen, daß unsere gesamte Politik der letzten Zeit gerichtet war auf das große Ziel, in dem sich eigentlich alle staatsbürgerlichen Elemente einig sein sollten. Ja, darüber hinaus dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, daß alle diejenigen Dinge praktisch-politischer Natur, die jetzt durch das Kabinett Brüning in Angriff genommen und zum Teil durchgesetzt worden sind, letzten Endes auf Anregungen der Deutschen Volkspartei beruhen, die wir schon vor Jahren in immer stärkerem Maße gegeben haben. Ich darf daran erinnern, daß seitens der Reichstagsfraktion bereits vor eineinhalb bis zwei Jahren immer und immer wieder darauf hingewiesen worden ist, unsere finanzielle Grundlage treibe allmählich der Katastrophe entgegen. Immer erneut haben wir betont: So geht es nicht weiter, die sozialistische Finanzpolitik – die unter dem Namen Hilferding segelte – führt das Deutsche Reich ins Verderben. Wir haben schon damals in weitgehendem Umfange positive Vorschläge gemacht, die jetzt zum Teil durch die Regierung Brüning verwirklicht worden sind. Wir sind es in erster Linie gewesen, die darauf hingewiesen haben, daß unsere Arbeitslosenversicherung, ja, ich darf sagen, unsere ganze soziale Versicherung auf die Dauer die Finanzen des Staates heillos zerstört (Sehr wahr!). Wir haben vor eineinhalb bis zwei Jahren bezüglich der Sanierung der Arbeitslosenversicherung konkrete Vorschläge gemacht; wir haben verlangt, daß eine Begrenzung der Reichszuschüsse für die Arbeitslosenversicherung festgelegt wird.[17] Alles das sind Dinge, die jetzt die Regierung Brüning unter dem Druck der Not der Zeit in die Praxis umgesetzt hat. Alles das sind alte volksparteiliche Forderungen, die wir seit Jahren im Reichstag erhoben haben, und deshalb gehe ich wohl nicht zu weit, wenn ich sage: Die Grundlagen der ganzen Reformarbeit des Kabinetts Brüning – die wir auch gerade deshalb begrüßen konnten – sind volksparteilichen Ursprungs. Ich glaube, darauf können wir im Wahlkampf auch immer wie-

[17] Siehe Dok. Nr. 81, Anm. 5.

der hinweisen. Wir können darauf aufmerksam machen, daß wir zuerst positive Vorschläge, die dann allmählich und zögerlich von den anderen Parteien mitgemacht wurden, unterbreitet haben, daß die Gesamtpolitik, die sich jetzt in dem Kabinett Brüning konzentriert hat, durchaus volksparteilichen Gedanken folgt. Wenn ich noch einen für mich immer besonders charakteristischen Fall anführen darf, so ist es der folgende. Die letzte Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning kurz vor der Auflösung des Reichstags war ein starkes Bekenntnis zu den finanziellen Grundlagen des Reichs, der Länder und Gemeinden, wie sie die Deutsche Volkspartei stets – ich kann ruhig sagen: seit ihrer Geburt – vertreten hat. Es war allerhand von dem Zentrumsreichskanzler Brüning, daß er mit der größten Entschiedenheit von den Grundlagen der Erzbergerschen Steuer- und Finanzgesetze abrückte, von den Grundlagen einer Gesetzgebung, die wir stets als die Wurzel alles Übels bekämpft haben. Es fehlte nur noch, daß Herr Dr. Brüning den Namen Erzberger nannte. So klar waren seine Ausführungen darüber, daß es wie bisher nicht weitergehe, daß die Länder und die Gemeinden nicht immer nur vom Reich abhängig sein könnten, sondern daß es nötig sei, ihnen wie früher, nämlich vor Erzberger, eigene Steuerquellen zur verantwortlichen Bewirtschaftung zu eröffnen. Auch hier kann man ruhig von einem Sieg alter und immer wieder vorgetragener volksparteilicher Ideen sprechen.[18]

Wenn wir schließlich unter Opferung vieler unserer grundsätzlichen Auffassungen – ich erinnere an die Reichsnothilfe und derartige Dinge – es trotzdem wieder einmal aus vaterländischen Gründen fertig gebracht haben, uns zusammen mit den anderen reformbereiten Parteien in die Linie des Anfangs der Besserung zu stellen, so entspricht auch das, glaube ich, alter volksparteilicher Tradition.[19] Der eine oder andere mag darüber vergrämt sein – viele von uns sind es auch – daß es nötig war, Konzessionen auf diesem Gebiete zu machen. Grundsätzlich aber nehme ich an, daß auch unsere Wählerschaft anerkennen wird, daß wir in diesem Falle aus vaterländischen Notwendigkeiten heraus uns hinter die Regierung gestellt haben, hinter die erste

[18] Brüning hatte bei der zweiten Lesung der Deckungsvorlagen am 15.7.1930 ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage gezeichnet und an den Reichstag appelliert, Mut auch zu unpopulären Maßnahmen aufzubringen, siehe VRT, Bd. 428, S. 6373ff.; zur Finanzreform Erzbergers siehe Dok. Nr. 32b, Anm. 8.

[19] Nachdem Reichskanzler Brüning am 8.7.1930 den Forderungen der DVP auf Einführung einer Bürgersteuer und Abänderung des § 163 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der die unbeschränkte Zuschußpflicht des Reiches festlegte, entgegengekommen war, hatte Scholz der von der DVP bislang kategorisch abgelehnten Reichshilfe des öffentlichen Dienstes zugestimmt, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 67. Am 8. und 9.7. hatte die Reichstagsfraktion nach schweren Auseinandersetzungen mit 22 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden Fraktionsbeschluß gefaßt, der unveröffentlicht bleiben und Brüning mündlich mitgeteilt werden sollte: »Die Fraktion stimmt der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Ergänzung und Abänderung der Regierungsvorlage zu unter Voraussetzung, daß sie auch von den anderen beteiligten Fraktionen unverändert angenommen werden. Sie setzt dabei voraus, daß in einer Erklärung der Reichsregierung in der 2. Lesung der Gesetze der innere Zusammenhang der gegenwärtigen Aktiva mit der Lösung des Gesamtproblems der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, die für den Herbst in Aussicht genommen ist, besonders betont wird. In dieser Erklärung dürfte ferner auf die Belebung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch allgemeine Senkung der Produktionskosten hinzuweisen sein, wodurch allein die befristete Reichshilfe ihre innere Berechtigung erhält«, BAK R 45 II/67, p. 260. Der Gesetzentwurf über die Reichshilfe ging dem Reichstag am 15.7.1930 zu, siehe RTDrs., Bd. 443, Nr. 2363.

Regierung, die mit einiger Energie versucht, die sozialistische Mißwirtschaft auf dem Gebiete der Finanzen zu beendigen und neue Wege zu zeigen. Auch das ist trotz gewisser Opfer des Intellekts durchaus eine Fortsetzung unserer bisherigen Auffassung, die die Existenz des Staates vor etwaige parteipolitische Interessen oder Standesinteressen gestellt hat.

Ich glaube deshalb abschließend sagen zu dürfen: Wenn die Deutsche Volkspartei schon trotz stärkster Bemühungen zur Sammlung aller staatsbürgerlichen Elemente allein in den Wahlkampf ziehen muß, so kann sie es tun, weil sie alles in allem eine Politik getrieben hat, die richtunggebend war für das, was jetzt von der Regierung getan worden ist, die – und das ist allerdings für mich das Entscheidende – richtunggebend sein muß für die Ausweitung und die Befestigung der grundlegenden Anfänge des Kabinetts Brüning. Ich denke mir unser Eintreten in den Wahlkampf unter einem großen und bedeutsamen Reformprogramm, das sich auf den Staat selbst, auf die Reichsreform und insbesondere auf die Reform unserer Finanzen und unserer Wirtschaft beziehen muß. Nur so können wir meines Erachtens das feststellen, was ich mir erlaubt habe, Ihnen in meinen Ausführungen vorzutragen, nämlich daß die Anfänge dieser ganzen Entwicklung, die wir mitgemacht haben, dieser Entwicklung des bürgerlichen Kabinetts , dieser Entwicklung »Los von den sozialistischen Tendenzen!« zu verdanken sind der Deutschen Volkspartei, daß die Deutsche Volkspartei aber auf der anderen Seite bereit ist, weit über diese Anfänge hinaus in stärkster Reformarbeit endlich unserem Staate wieder diejenigen Grundlagen zu geben, deren er zu seinem Wiederaufstieg bedarf. Deshalb bin ich der ehrlichen Überzeugung: Wir können, gestützt auf diese Politik, gestützt auch auf unsere starken Bemühungen, den Zusammenschluß herbeizuführen – der nicht an uns gescheitert ist –, getrost in den Wahlkampf hineingehen. Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren: Geben Sie nicht dem Gefühl der Verzagtheit Ausdruck, wie wir das leider so oft auch in unseren Kreisen jetzt erleben mußten! Ich glaube nicht daran, daß uns diese Neugründungen erheblichen Schaden tun (Lebhafte Zustimmung und Rufe: Im Gegenteil!). Ich glaube insbesondere dann nicht daran, wenn sich jeder Volksparteiler auf seine grundsätzliche volksparteiliche Überzeugung besinnt (Sehr richtig!) und wenn er sie im Wahlkampf durchhält im Interesse unserer Partei, im Interesse des Vaterlandes, im Interesse der Rettung von Staat und Wirtschaft (Lebhafter Beifall!).

Im Anschluß an seine Ausführungen bezeichnet es Scholz als Aufgabe der Reichsausschußsitzung, eine einheitliche Linie für den Wahlkampf festzulegen und eröffnet dann die Aussprache.

Herr Dahn: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Parteivorsitzenden um so dankbarer für die klare und eingehende Darstellung des Sachverhalts, als draußen im Lande wir, wie ich ausdrücklich sagen möchte, leider wieder in Ermangelung genügender Information, allmählich zu der Überzeugung gekommen waren, daß über unseren Bestrebungen wieder einmal das böse Wort »zu spät und zu langsam« steht. Wir sind draußen allmählich zu der Auffassung gelangt, daß zwar der beste Wille vorhanden war, daß man aber zum mindesten der Robustheit der anderen nicht gewachsen war. Es ist wieder so wie seinerzeit bei der Parteigründung nach der Revolution, daß man Erwägungen angestellt und allerlei Dinge eingeleitet

hat, während die anderen gehandelt haben. Deshalb bin ich dankbar dafür, daß heute klargestellt worden ist, wie denn eigentlich die Verhältnisse gelagert sind.

Wir sind es ja von den Demokraten gewöhnt, daß sie, um sich zu retten, jede Anständigkeit in den Winkel werfen (Sehr wahr!), daß sie, um wenigstens etwas zu retten, zu jedem Mittel greifen, das ihnen dazu geeignet erscheint. Daß der Versuch, den man mit der Gründung der Staatspartei machte, uns draußen im Lande schaden wird, glaube ich nicht. Dagegen würde es uns außerordentlich schaden – ich freue mich, aus dem Munde des Herrn Parteivorsitzenden zu hören, daß das auch die Meinung der meisten Wahlkreise ist –, wenn die Deutsche Volkspartei sich mit den Demokraten allein in irgendwelcher Form zusammentäte (Zustimmung). Ich weiß, daß es Wahlkreise gibt, die direkt im Kampfe gegen die Demokraten ihre Organisation aufgebaut haben (Sehr richtig!). Ich weiß auch, daß es Wahlkreise gibt – ich glaube, das trifft auf alle Wahlkreise zu –, in denen uns bei einem Zusammengehen mit den Demokraten etwa 50 bis 75 % der Wähler verloren gehen würden. Weil ich dieser Meinung bin, möchte ich eine Frage anschneiden, die der Herr Parteivorsitzende in seinen letzten Bemerkungen zwar berührt, aber meiner Meinung nach nicht vollkommen erörtert hat. Das ist die Frage, ob, nachdem das Wahlabkommen im Großen gescheitert ist, in den verschiedenen Wahlkreisen und Landesverbänden die Möglichkeit zu Sonderabkommen der von uns erwünschten Art, nämlich im Sinne der großen Zusammenfassung besteht. Ich weiß, daß in einer Reihe von Wahlkreisen Besprechungen darüber stattgefunden haben, und ich bin der Meinung, daß unsere Partei gut tut, sich zum mindesten solchen Besprechungen nicht zu versagen (Zustimmung). Ich glaube, daß es notwendig ist, wenn die Möglichkeit an uns herangetragen wird, in Einzelwahlkreisen oder in Wahlkreisverbänden eine solche große Front der staatsbürgerlichen Parteien, von der der Herr Parteivorsitzende gesprochen hat, zusammenzubringen. Deswegen frage ich an, ob diese Möglichkeit von parteiwegen als gegeben erachtet wird. Sie haben vielleicht in der gegnerischen Presse gelesen, daß auch im Wahlkreise Oberbayern solche Bestrebungen im Gange waren. Sie sind zur Zeit mit Rücksicht auf den auch den dortigen Demokraten ganz plötzlich gekommenen Versuch der Gründung der Staatspartei selbstverständlich stillgelegt; allein ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß diese Bestrebungen auch in anderen Wahlkreisen wieder aufgenommen werden, und es ist notwendig, daß dazu Stellung genommen wird.

Eine andere Frage, die gleich zu Beginn der heutigen Reichsausschußsitzung angeschnitten wurde, indem der Herr Parteivorsitzende vorschlug, Vertreter der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler als Gäste anwesend sein zu lassen, bezieht sich auf folgendes. Ich möchte bitten, daß wenigstens in unserem vertrauten Kreise einmal festgestellt wird, wo in unseren eigenen Reihen dieser Versuch der Gründung der Staatspartei mitgemacht worden ist. Diese Frage muß geklärt werden; denn wir sind nicht in der Lage, uns an einen Tisch zu setzen, wenn wir nicht wissen, wer bei der Gründung der Staatspartei mitgearbeitet hat, und zwar hinter unserem Rücken und ohne uns zu verständigen.

Was die Jugendbewegung anlangt, so scheint sie mir für die Partei außerordentlich bedeutungsvoll und wertvoll zu sein. Das darf allerdings meiner Meinung nach nicht nach alter schlechter Tradition dazu führen, daß diese Jugendbewegung nun Sonder-

politik treibt, wie es seinerzeit geschehen ist (Sehr wahr!).[20] Was ich im Wahlkampf, der ja letzten Endes doch schon entbrannt ist, vermisse, das ist, daß ich die Jungen draußen als unsere Vorkämpfer in erster Reihe sehe (Sehr wahr!). Ich vermisse die Vertretung unserer Parteiinteressen durch die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler im Wahlkampf, in den Versammlungen usw. Das ist aber gerade das, was ich verlange und was ich von der Jugend erwarte, nämlich, daß sie sich jetzt für den Wahlkampf zur Verfügung stellt und ernsthaft mitarbeitet, und zwar nicht damit, daß sie hinter den Kulissen Politik mit anderen Parteien treibt (Sehr gut!), sondern damit, daß sie vor den Kulissen für unsere Partei eintritt. Dann wird meiner Meinung nach auch die Möglichkeit und die Notwendigkeit, die ich absolut anerkenne, bestehen, unsere Listen so einzurichten, daß diejenigen, die sich für die Parteiinteressen einsetzen, an Stellen kommen, in denen sie Aussicht haben, in das Parlament zu gelangen. Aber das kommt nur für diejenigen in Frage, die wirklich in erster Reihe für uns tätig sind.

Damit komme ich zu der Frage des Wahlkampfes überhaupt. Ich will die unfruchtbaren Erörterungen darüber, daß wir einen Wahlkampf nur führen können, wenn Geld da ist, nicht vertiefen, aber ich möchte doch von der Parteileitung über die Möglichkeiten dieses Wahlkampfes in finanzieller Hinsicht ein wenig hören. Wenn wir unseren Mitgliedern sagen müssen, daß auf Seiten der Parteileitung nichts für den Wahlkampf vorhanden ist, dann wird der Wahlkampf sehr schwierig, wenn nicht überhaupt unmöglich werden. Deswegen muß auch hierüber gesprochen werden. Ich weiß sehr genau, daß das ein sehr heikles Kapitel ist; aber ich meine, daß die Parteileitung dieses Kapitel erörtern muß, bevor wir nach Hause gehen. Ich stimme dem Herrn Parteiführer durchaus darin zu: Wenn wir den Wählern sagen, daß die Politik der Deutschen Volkspartei seit Jahren eigentlich das Prinzip vertritt, das jetzt die Staatspartei zu dem ihrigen gemacht hat, nämlich das Prinzip der Leistungsmessung, das Prinzip des Wirtschaftsaufbaues, das Prinzip der Zurückstellung aller Parteiinteressen hinter der Rettung von Staat und Wirtschaft – und dieses Prinzip ist weiß Gott manchmal bei uns zu weit getrieben worden – wenn wir die Einzelheiten, die im Laufe der letzten neun Jahre von uns getätigt worden sind, den Wählern darstellen, dann wird es uns gelingen, die Vernünftigen – ihrer gibt es trotz allem doch immer noch eine erkleckliche Anzahl – dazu zu bringen, von den Radikalen abzurücken. Darauf allein wird es ankommen. Es wird darauf ankommen zu verhindern, daß die Nichtwähler in die radikalen Reihen hineingezogen werden. Die Gefahr, daß das geschieht, scheint zu bestehen; sie hat aber meiner Meinung nach den Zenit bereits überschritten. Ich glaube, daß die Anziehungskraft der radikalen Parteien schon den Höhepunkt erreicht hat, und daß wir sehr wohl in der Lage sind, uns gegenüber diesen radikalen Parteien in der Wählerschaft durchzusetzen (Beifall).

Der Antrag Meister (Stettin), die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken, wird angenommen.

[20] Zu den Aktivitäten des »Jungliberalen Reichsverbandes«, in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg vehementester Verfechter einer umfassenden Reform und einer Öffnung der NLP nach links, dessen lokalen Vereine und Verbände aber nur locker in die Organisation der NLP eingebunden waren, siehe Reiß, S. 14ff.

Frau Szagunn wünscht, daß die DVP nicht mit Pessimismus in den Wahlkampf hineingeht. Die Einigungsbestrebungen hinsichtlich Zusammengehen bei der Wahl und weiterer Zusammenarbeit in irgendeiner Form sollen fortgesetzt werden.

Dieckmann (Dresden) spricht sich für die Verabschiedung eines Aktionsprogrammes noch vor den Wahlen aus und verteidigt die Haltung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hinsichtlich der bürgerlichen Sammlungsbewegung. Der Staatspartei werde es nicht gelingen, den deutschen Liberalismus um sich zu sammeln. Ein Zusammenschluß mit den falschen Parteien wäre für die DVP weit gefährlicher, als den kommenden Wahlkampf allein zu führen. Gegenüber dem Nationalsozialismus müsse der Wahlkampf »indirekt« *geführt werden, indem die Partei* »dem Wünschen und Sehnen derjenigen, die jetzt etwa in Sachsen aus dem altbürgerlichen Lager zu den Nationalsozialisten herüberblicken, nach Kräften« *entgegenkomme und versuche,* »dieses Wünschen und diese Sehnsucht zu erfüllen. Die Sehnsucht geht nach einer starken und zielbewußten Führung, weiter nach einer Sammlung der Zusammengehörigen über den Rahmen des bestehenden Systems heraus«.

Herr Dr. Glatzel (Düsseldorf): Ich möchte zunächst mit einigen Worten auf die Vorgeschichte der Gründung der Staatspartei eingehen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß Herr Dahn es für nötig gehalten hat, der Reichsgemeinschaft gewissermaßen den Vorwurf zu machen – so habe ich seine Worte wenigstens aufgefaßt –, als ob wir eine Politik hinter dem Rücken der Partei gemacht hätten. Ich persönlich bin der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Situation die in der Reichsgemeinschaft zusammengefaßte Jugend geradezu die Schutztruppe und der Schutzwall für die Partei gewesen ist (Sehr richtig!). Die Tatsache, die man in einem früheren Stadium vielfach mit Mißvergnügen feststellte, nämlich daß ich und meine Freunde versuchten, die junge Generation in der Partei zu organisieren, hat sich jetzt als außerordentlich günstig für die Partei selbst erwiesen (Rufe: Na, na!). Ich brauche nicht alle die Briefe zu zitieren, die ich aus dem Lande bekommen habe, ich brauche nicht auf die telegraphischen und telephonischen Anfragen zu verweisen, die in diesen Tagen an mich gerichtet worden sind und die dahin gehen, wie man sich zu der Staatspartei verhalten solle. Aus dem Gesamtkomplex der Stimmungen mögen Sie ersehen, daß überhaupt nur die straffe Organisationsform unsere Freunde im Lande davor bewahrt hat, einzeln auf das hereinzufallen, was ihnen in der Öffentlichkeit vorgesetzt worden ist (Sehr wahr!).

Was nun die Verhandlungen betrifft, die am Sonnabend nachmittag [26.7.1930] in Anwesenheit von Vertretern der jungen Richtung und in Anwesenheit einer Anzahl von parlamentarischen Führern sowohl der Volkspartei wie der Demokratischen Partei, ferner in Anwesenheit eines Vertreters der Wirtschaftspartei geführt worden sind[21], so hat Herr Minister Dr. Scholz vorhin mit vollem Recht zum Ausdruck gebracht, daß es eine Schamlosigkeit gewesen ist, daß man es in dieser Zusammenkunft wagte, die Tatsache des bereits vollzogenen Zusammenschlusses zwischen den Demokraten und den Volksnationalen zu verschweigen. Ganz abgesehen davon, daß es überhaupt unglaublich ist, einen Kreis von ernsthaften Menschen über eine Frage debattieren zu lassen, deren Grundlagen sich bereits verschoben haben, ist es eine

[21] Siehe Anm. 11.

besondere Ungehörigkeit, eine Persönlichkeit wie Herrn Geheimrat Kahl, der bei dieser Sitzung anwesend war, zu veranlassen, sich über eine Situation auszusprechen, die nicht mehr vorhanden ist (Sehr wahr!). Im Anschluß an diese Sitzung, in der in vollkommen loyaler Weise als Faktum lediglich festgestellt wurde, daß man den Erfolg der von Herrn Dr. Scholz eingeleiteten Sammlungsaktion abzuwarten habe, ehe man auf einer engeren Basis in Verhandlungen eintrete, hat eine Besprechung stattgefunden, zu der ich persönlich eingeladen wurde und an der teilnehmen sollten die Herren Mahraun, Mi... [Name nicht vollständig], Koch-Weser und ich. Statt des Herrn Mahraun hat dann Herr Bornemann teilgenommen, und es ist der Personenkreis etwas erweitert worden. Außer mir waren auch Herr Lach (?) aus Löbau und Herr Alexander Meyer aus Berlin als weitere Vertreter der Reichsgemeinschaft anwesend. Obschon man zweifellos durch illoyales Verhalten am Nachmittag den Versuch gemacht hatte, uns in einen gewissen Gegensatz zur eigenen Partei zu bringen, ist das nicht gelungen, und zwar entsprechend der von uns klar eingenommenen Linie, entsprechend dem stets von uns vertretenen Grundsatz, daß für uns und für die Öffentlichkeit die Frage der staatspolitischen Sammlung der nationalen Mitte nie anders als dahin zu verstehen gewesen sei, daß man einen Zusammenschluß wünschte, bei dem man sich die Deutsche Volkspartei in der Mitte dachte und sich eine Erweiterung nach rechts, etwa in der Richtung der Volkskonservativen, und eine Erweiterung nach links, in der Richtung der Demokraten, vorstellte. Als in der Nachmittagssitzung die theoretische Frage vorgelegt wurde, wie man sich zu einem Zusammenschluß lediglich mit der Wirtschaftspartei und den Demokraten verhalte, und Herr Hoepker-Aschoff dafür die Formel prägte, daß man nun, nachdem die bürgerliche Rechte sich weitgehend zusammengeschlossen habe, auch die bürgerliche Linke zusammenzufassen habe, erklärte ich, unterstützt von meinen Freunden, daß ein derartiger Zusammenschluß nicht das sei, was wir unter der Zusammenfassung der nationalen Mitte verständen, daß die Auseinanderreißung der bürgerlichen Front in eine Rechte und eine Linke diametral dem widerspreche, was wir wollten (Sehr richtig!). Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß, wenn nach dem Scheitern der Erweiterung nach rechts eine engere Basis für den Zusammenschluß in Frage kommen solle, zum mindesten die Mitwirkung der Volksnationalen für uns Voraussetzung sei. Selbst gegenüber dieser unserer Feststellung hat weder Herr Koch-Weser noch Herr Mi... [Name nicht vollständig] es für nötig gehalten, die bereits vollzogene Kombination zu erwähnen. Ich stehe nicht an, das laut und deutlich als eine Illoyalität zu bezeichnen (Lebhafte Zustimmung).

In der Abendsitzung, die nicht etwa zusammengebeten worden war, um mit uns die Frage der Staatspartei zu erörtern – dieses Thema war uns weder bekannt noch irgendwie genannt worden –, sondern die nur zu dem Zwecke zusammengebeten worden war, um die Frage zu besprechen, ob die volksnationale Bewegung in irgendeiner Form in die Sammlungsaktion einbezogen werden könnte – das war der uns bekannt gewordene Zweck der Besprechung, an der teilzunehmen wir selbstverständlich ein großes Interesse hatten –, begann Herr Koch-Weser die Erörterung mit der Mitteilung, daß zusammen mit den Volksnationalen bereits die Deutsche Staatspartei gegründet worden sei und daß der Aufruf für die Staatspartei am Montag [28.7.1930] erscheinen werde. Herr Koch-Weser sagte dann, er stelle nunmehr mich und die Reichsgemeinschaft vor die Frage, ob wir bereit seien, an dieser Gründung teilzu-

nehmen; man lege den größten Wert darauf, daß die Reichsgemeinschaft und eine Anzahl von Einzelpersönlichkeiten der Deutschen Volkspartei – man dachte an Dingeldey, Thiel und einige andere – sich an dieser Gründung beteiligten (Hört, hört!). Ich habe daraufhin zunächst gebührend die Illoyalität der Situation gekennzeichnet, habe festgestellt, daß man nunmehr vor einer ganz anderen Lage stehe als am Nachmittag, und ich habe dann strikte erklärt, daß, wenn man mich in diesem Falle vor die Frage stellte, nur ein glattes Nein die einzige Antwort sein könne. Ich habe ferner erklärt, daß ich es ablehnte, irgendwelche Entschließungen zu fassen, die auch nur im geringsten die Solidarität mit meinen Freunden in der Reichsgemeinschaft und mit meinen übrigen Mitkämpfern im Rahmen der Partei, sowohl der Fraktion als auch der sonstigen Parteibewegung, durchbrechen könnten, daß ich infolgedessen erst mit meiner eigenen Bewegung und mit meiner eigenen Partei Fühlung nehmen müßte. Andere Erklärungen lehnte ich ab. Auf die Frage, ob man in Form einer Presseveröffentlichung erwähnen dürfte, daß im Kreise der Volkspartei Erwägungen über einen Anschluß schwebten, habe ich zum Ausdruck gebracht, derartige Behauptungen in der Presse würden den Abbruch jeder Beziehung bedeuten.[22] Ich glaube also, daß man nicht wird sagen können, daß die Reichsgemeinschaft in irgendeiner Situation gegenüber der Partei hinter den Kulissen gearbeitet hat, sondern ich glaube, daß die Reichsgemeinschaft in einer völlig klaren und eindeutigen Weise einen Vorkampf im Interesse der Partei geführt hat.

Nun aber zur sachlichen Seite der Angelegenheit! Ich bin leider nicht der Auffassung, daß die Gründung der Staatspartei unseren Wahlerfolg unberührt läßt. Ich bin leider der Auffassung, daß die Gründung der Staatspartei durch die Art und Weise, wie die Stimmung weitester Kreise der Bevölkerung ausgenutzt wurde, einen erheblichen Druck auf unsere Wählerkreise ausüben wird. Ich gebe durchaus zu, daß die Lage in den einzelnen Landesteilen verschieden ist. Aber im Westen und im Südwesten sowie in weiten Teilen des übrigen Reichsgebiets ist die Stimmung unserer Wählerschaft durch diese Frage so stark erschüttert, daß, wie Herr Staatssekretär Schmidt und Herr Dr. Böhm mir bestätigen werden, gestern einstimmig von der Wahlkreisvertretung des Wahlkreises Düsseldorf-Ost mit außerordentlichem Pathos von uns verlangt wurde, hier die Forderung zu vertreten, daß die Deutsche Volkspartei entscheidende Schritte zugunsten eines Zusammenschlusses mit Staats- und Wirtschaftspartei tun muß (Zustimmung des Herrn Staatssekretärs Schmidt).

Ich darf noch nachträglich in Bezug auf die Besprechung am Sonnabend [28.7.1930] betonen, daß ich namens der Reichsgemeinschaft bereits an diesem Abend erklärt habe, für uns sei nunmehr das Ziel in die Nähe gerückt, über einen Zusammenschluß zwischen Volkspartei, Staatspartei und Wirtschaftspartei zu verhandeln. Ich habe

[22] In den Besprechungen vom Nachmittag und Abend des 26.7.1930 (siehe Anm. 11) kritisierte Glatzel die Verhandlungsmethoden Koch-Wesers und versuchte, die Verschiebung der Bekanntgabe der Gründung einer neuen Partei zu erreichen, um mit der Parteileitung der DVP Rücksprache zu nehmen. Nach der Gründung der DStP verwahrte sich die RjV in einer Entschließung »gegen jeden Versuch, die DVP zu spalten und die RjV von ihr abzudrängen«, BAK R 45 II/6, p. 211; siehe dazu auch den Beschluß der RjV auf ihrem Reichsvertretertag in Kassel, Dok. Nr. 85, Anm. 22. Am 12.8.1930 teilte Glatzel Scholz in einem Schreiben mit, es sei ihm nur unter erheblichen Schwierigkeiten gelungen, die RjV »geschlossen zu erhalten und davor zu bewahren, unter der Suggestion einer einseitigen Stimmungsmache einseitig nach links abgedrängt zu werden«, BAK R 45 II/5, p. 41.

auch erklärt, ich könne mir nicht vorstellen, daß man vor den Wahlen eine gemeinschaftliche Parteiorganisation bilden könne, sondern ich könne mir nur vorstellen, daß man in den Wahlkampf mit einer gewissen Wahlgemeinschaft zieht, eventuell mit einer gemeinsamen Liste. Darauf erhielt ich allerdings die Antwort von den anderen Herren, daß gar nicht daran gedacht sei, die Volkspartei als solche aufzufordern, sondern daß man lediglich einzelne Persönlichkeiten der Volkspartei zum Eintritt in die Staatspartei auffordern wolle (Lebhafte Rufe: Hört, hört!). Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß uns auch vom Standpunkte der Reichsgemeinschaft eine Zerreißung der Deutschen Volkspartei als eine Unmöglichkeit erscheint, daß die Deutsche Volkspartei als ein geschlossenes Ganzes ihre Entschließungen fassen muß (Lebhafte Zustimmung). Aber eines ist allerdings nötig. Wenn wir auf einen Erfolg in dem Wahlkampf rechnen wollen, müssen wir unbedingt das moralische Recht auf unserer Seite haben.

Ich weiß nicht, was aus der gestrigen Besprechung herausgekommen ist. Wenn man lediglich einen Wahlaufruf zustande bringen würde, der, wenn ich richtig verstanden habe, von der Staatspartei etwa bis zur konservativen Gruppe reichen soll, so ist es mir zweifelhaft, ob das ausreicht, um vor der Öffentlichkeit und auch vor der Stimmung unserer eigenen Wählerkreise in den weitesten Gebieten zu genügen. Ich bin der Meinung, daß, wenn nicht zum mindesten eine Zusammenfassung zu einer einheitlichen Fraktion bereits deutlich zum Ausdruck kommt, von uns noch ein Schritt nach der Richtung der Demokratischen Partei, der Staatspartei und der Wirtschaftspartei gemacht werden müßte, um einen solchen Zusammenschluß anzubieten. Zeigt sich dann, daß die Staatspartei sich illoyalerweise einem solchen Bündnis entzieht, weil tatsächlich ihre Tendenz auf eine Sprengung der Volkspartei hinausläuft, dann sind wir moralisch gerechtfertigt.[23]

Dazu ein letztes! Vom Standpunkt der Reichsgemeinschaft werden wir nur dann die Politik der Deutschen Volkspartei vertreten können, wenn der Gesamtkomplex der Ziele, die wir in der Partei verfolgt haben, berücksichtigt wird. Da steht neben der Frage der staatspolitischen Sammlung, bei der wir uns darauf berufen können, daß wir eine Sammlung auf großem Boden erstreben und nicht eine einseitige Linke wollen, auf der einen Seite die Frage der Aktivierung der Partei, der Verjüngung der Partei auf breiter Front, auf der anderen Seite der Gesichtspunkt der Zusammenarbeit mit sämtlichen Ständen. Ob also die Volkspartei in den Wahlkampf bei der dann gegebenen Volksstimmung mit Erfolg wird ziehen können, hängt von dem Gesamtbild ab, das sich bietet. Allerdings dürften dann nicht solche Dinge vorkommen, wie wir sie gestern im Wahlkreise Düsseldorf-Ost erlebt haben. In diesem Gebiet hat ein Wahlkreis erneut den Versuch gemacht, die Kandidatur eines wirtschaftsfriedlichen oder gelben Arbeitnehmers durchzusetzen. Von der Zentrale der Partei müßte ein Druck nach der Richtung hin ausgeübt werden, daß bei der Aufstellung der Kandidatenlisten unter dem Gesichtspunkt der Volksgemeinschaft in der Partei auch die Front der jungen Kräfte und der Arbeitnehmer zum Ausdruck gelangt. Das, was am meisten Eindruck machen wird, ist nicht der Name der Deutschen Staatspartei, son-

[23] Bereits am 22.5.1930 hatte Glatzel in einem Schreiben an Scholz energisch darauf hingewiesen, es sei im Falle eines Scheiterns der Sammlungsbestrebungen »selbstverständlich sehr wichtig, die Schuldfrage für das Nichtzustandekommen eindeutig festzustellen«, ebd., p. 29.

dern ist auch die Tatsache, daß man ein Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und zur jungen Front abgegeben hat. Von dieser Seite droht uns der stärkste Druck, und mit Rücksicht darauf müßte auch innerhalb unserer Partei und innerhalb unserer Parteiorganisation die Belehrung stattfinden, damit die Deutsche Volkspartei geschlossen und sieghaft in den Wahlkampf eintreten kann (Lebhafter Beifall).

Burger unterzieht dann die Fusion von Demokratischer Partei und Jungdo/Volksnationalen einer sehr kritischen Bewertung. Da die Staatspartei in nächster Zeit sehr mit sich selbst beschäftigt sein werde, habe die DVP von dieser Seite nicht viel zu befürchten, sofern sie in den eigenen Reihen Geschlossenheit bewahre.

Hardt stellt zur Geschäftsordnung fest, daß nun auch Herr Meyer von der RjV erschienen sei und bitte, an den Verhandlungen teilnehmen zu dürfen. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Herr Werbelmann: Wir begrüßen es außerordentlich, daß heute Gelegenheit für uns gegeben ist, mit den verantwortlichen Führern der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler über die Frage zu sprechen, die in den letzten Tagen Gegenstand unserer aller Sorge gewesen ist. Wir wollen diese Aussprache freundschaftlich, aber ebenso offenherzig führen.

Mit bezug auf die Aussichten der Staatspartei und die auch jetzt wieder von Herrn Glatzel gegebene Anregung, Versuche zu unternehmen, mit der Staatspartei, eventuell mit der Wirtschaftspartei in eine engere Verbindung zu treten, kann ich nur sagen, daß man gerade in Berliner Kreisen in den letzten Tagen immer wieder betont hat, die Staatspartei stelle nichts anderes dar als eine neuaufgemachte demokratische Partei, es sei durchaus falsch, in der Gründung der Staatspartei ein großes geschichtliches Faktum zu sehen. Die Demokratische Partei hat empfunden, daß man sie nicht mehr liebt, und sie hat sich deswegen jetzt jungdeutsch geschminkt ihren Verehrern wieder präsentiert. In dieser Beziehung haben wir keinerlei Sorgen. Die Staatspartei, die auf der Liste Nr. 6 figuriert, wird auch für die Zukunft von den meisten Wählern als demokratische Partei gewertet werden. Wir brauchen nicht zu besorgen, daß maßgebende Teile der Deutschen Volkspartei oder auch nur maßgebende Persönlichkeiten sich dieser Gruppe sympathisierend nähern werden. Erfreulicherweise ist auch die Tatsache zu verzeichnen, daß kein irgendwie bekanntes Mitglied der Deutschen Volkspartei sich in eine Verbindung mit der Staatspartei in ihrer gegenwärtigen Form begeben hat. Um so mehr aber bedauert man es in der Öffentlichkeit, daß überhaupt für die Führer der Staatspartei die Möglichkeit gegeben ist, immer wieder von engsten Beziehungen zu der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler zu sprechen (Sehr wahr!). Ich bin absolut der Überzeugung, daß Herr Glatzel und auch die übrigen Herren von dem besten Willen und von der stärksten Loyalität beseelt waren. Aber die Wege, die sie beschritten haben, haben unzweifelhaft den anderen erst die Möglichkeit gegeben, mit bezug auf einzelne Herren, mit bezug auf Eschenburg[24] und andere davon zu sprechen, daß die jüngere Generation der Deutschen Volks-

[24] Theodor Eschenburg (* 1904), Historiker. 1930–1933 Mtgl. der DStP, 1933–1945 Geschäftsführer von verschiedenen Industrieverbänden, 1947–1952 im württembergischen Innenministerium, 1952–1972 Professor für Politische Wissenschaften in Tübingen.

partei im Begriffe stehe, sich der Staatspartei sympathisierend zu nähern, wenn nicht gar sich ihr anzuschließen. Ich bin in der Lage, ihnen auch über Verhandlungen etwas zu sagen, die innerhalb der Staatspartei vorgestern und gestern gepflogen worden sind und in denen genaueste Mitteilungen darüber gemacht wurden, wie eng die Beziehungen zur Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler seien, daß es nur noch eines Federstriches bedürfe, um den Anschluß zu komplettieren (Zuruf: Dafür können Sie doch nicht die Reichsgemeinschaft haftbar machen!). Ich spreche nur davon, daß überhaupt diese Verbindung der Reichsgemeinschaft zur Staatspartei von vornherein hätte unterbleiben müssen (Sehr richtig!). Wenn Sie sich wirklich mit der Deutschen Volkspartei verbunden fühlen, dann ist Ihr Verhandlungsführer nicht der Führer der Reichsgemeinschaft, sondern der Parteiführer Herr Dr. Scholz (Lebhafte Zustimmung!). Wenn wir eine geschlossene Partei sind – gerade die Jungen haben stets auf Geschlossenheit und Führerwillen in der Partei gedrungen –, dann sollten Sie die ersten sein, die derartige Verhandlungen mit den übrigen Parteien ablehnten unter Berufung darauf, daß die Führung dem Reichsparteivorstande obliegt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine ganz klare Frage an die Herren Vertreter der Reichsgemeinschaft richten. Am 3. August findet Ihr Reichsvertretertag statt, und es hat auch bereits am Dienstagabend eine Besprechung der Reichsgemeinschaft stattgefunden. Über diese Besprechung schwirren die verschiedenartigsten Gerüchte herum, und auch Herr Dr. Glatzel hat gewisse Andeutungen nach der Richtung hin gemacht. Ist es richtig, daß die Reichsgemeinschaft mit bezug auf das gemeinschaftliche Vorgehen mit der Deutschen Volkspartei irgendwelche Vorbehalte macht, und zwar Vorbehalte, die sich auf die künftigen Wege der Partei in der Frage der engen Verbindung mit anderen Parteien, z. B. mit der Staatspartei, beziehen, ferner auf die personelle Berücksichtigung von Vertretern der Reichsgemeinschaft bei der Aufstellung der Listen? Von den verschiedensten Seiten ist mir ziemlich genau berichtet worden, daß man gewillt ist, von der Berücksichtigung dieser Forderungen die weitere Haltung der Reichsgemeinschaft abhängig zu machen[25] (Hört, hört!). Ich glaube, daß der Reichsausschuß Grund hat, diese Frage sehr ernst zu nehmen. Wenn wir miteinander freundschaftlich verhandeln, dann läßt sich über alle diese Forderungen sprechen. Aber es geht nicht an, daß man mit einem Partner verhandelt, der gewissermaßen in der einen Faust Forderungen und Wünsche auch personeller Art hat, in der anderen Faust die Kriegserklärung für den Fall, daß diese Forderungen nicht erfüllt werden. Gerade weil ich die Ausführungen des Herrn Glatzel über den Gang der Verhandlungen sehr sympathisch finde und weil ich überzeugt davon bin, daß bei den Führern der Reichsgemeinschaft der dringende Wunsch nach einem loyalen Verhalten zur Volkspartei vorhanden ist, möchte ich von den Vertretern der Reichsgemeinschaft wissen, ob es überhaupt während des Wahlkampfes für die Reichsgemeinschaft, auch wenn ihnen die Erfüllung aller Wünsche versagt wird, eine Möglichkeit gibt, sich von der Deutschen Volkspartei zu lösen. Diese Frage muß einmal klar beantwortet werden, weil die Klärung dieser Frage die Grundlage dafür

[25] In der ersten Augustwoche trafen Scholz und Glatzel nach langen Verhandlungen eine Übereinkunft, nach der Glatzel ein sicherer Platz auf der Reichsliste der Partei eingeräumt werden sollte, siehe die Mitteilung Kruspis an die lokalen Verbände der RjV vom 8. 8. 1930, BAK R 45 II/6, p. 221. Glatzel kandidierte schließlich auf dem 7. Platz des Reichswahlvorschlages und erhielt ein Reichstagsmandat.

bildet, ob wir überhaupt mit der Reichsgemeinschaft auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln können.

Nun wird sehr viel von der Berücksichtigung der jungen Generation gesprochen. In dieser Beziehung pflichte ich durchaus dem bei, was Herr Dr. Burger gesagt hat: Jugend und Partei, Alt und Jung gehören zusammen (Sehr richtig!). Die beste Politik der Verjüngung der Partei ist die, daß die Jugend sich nicht in irgendwelchem Zirkel zusammenfindet und eine Position gegen die Alten einnimmt, sondern zusammen mit den Alten für die Erreichung ihrer Ziele kämpft. Leider ist es heute so, daß Einzelne mit der Verjüngung der Partei eine ganz bestimmte Note in politischer Hinsicht der Partei aufdrücken wollen. Ich möchte nur erinnern an das politische Programm, das die jungen Volksparteiler herausgegeben haben und in dem es heißt, daß es die vornehmste Aufgabe der jungen Volksparteiler sei, eine Stärkung der republikanisch-demokratischen Regierungsgewalt herbeizuführen. In Bezug auf den politischen Kurs muß ich den jungen Volksparteilern allerdings das Recht absprechen, namens der jüngeren Generation in Deutschland zu sprechen. In der Deutschen Volkspartei gibt es zahlenmäßig weit größere Kreise, als die Reichsgemeinschaft hinter sich hat, die in Bezug auf den politischen Ideengang ganz andere Auffassungen vertreten, als sie in der Reichsgemeinschaft zum Ausdruck kommen (Sehr richtig!).

Was wir brauchen, ist eine geschlossene Partei. Ich sehe nicht ein, weshalb wir unbedingt die Lösung nach links und rechts suchen sollen. Ziehen wir die Fahne der Begeisterung für unsere eigene Partei hoch! Mit der Verzagtheit, indem man einfach sagt: »Es tut uns leid; Stresemann ist nicht mehr da; was soll aus der Deutschen Volkspartei werden?«, ist weiß Gott kein Kampf zu führen. Die Führerbegeisterung, die wir immer Stresemann gegenüber zum Ausdruck gebracht haben, sollten wir auch heute unserem Parteiführer, der sich weiß Gott redlich bemüht, die Partei in dieser schwierigen Zeit zu leiten, entgegenbringen (Lebhafter Beifall).

Scholz nimmt die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler gegenüber den Vorwürfen Werbelmanns in Schutz und bittet, persönliche Angriffe zu unterlassen.

Herr Dingeldey: Ich möchte in Ihrer aller Namen unserem verehrten Freunde Herrn Dr. Scholz herzlichen Dank für die Worte sagen, die er in dieser Minute gesprochen hat (Bravo!). Sie waren eine dringende psychologische Notwendigkeit, wenn nicht ein ganz schlimmes Unheil entstehen sollte (Sehr wahr!). Angesichts der Lage, in der wir uns befinden, sollten wir alle Kräfte zur restlosen Einigkeit und nicht zur Aufrollung irgendwelcher Zwistigkeiten verwenden (Zustimmung). Wenn man sich die Situation vorstellt, in der sich an jenem Samstagabend unser Freund Glatzel befand, dann verdient er unser aller rückhaltlosen Dank für die Haltung, die er eingenommen hat (Lebhafte Zustimmung). Es ist meines Erachtens nicht die Stunde, Kritik an irgendwelchen Dingen zu üben, die wirklich von minderer Bedeutung sind.

Nun zur Sache selbst! Ich habe bisher nicht gewußt, daß es in der politischen Naturgeschichte auch so etwas wie vererbliche Charakterfehler gibt. Bei der Demokratischen Partei scheint das aber der Fall zu sein. Denn mit einem großen Taschenspielerkunststück ebenso wie in den Tagen nach der Revolution (Sehr gut!) hat man auch jetzt in einer – das darf man wohl ohne Übertreibung sagen – geschichtlich bedeut-

samen Stunde für die innere Politik Deutschlands versucht, definitive Dinge zu schaffen und die anderen, die daran nicht beteiligt waren, unter den Zwang irgendwelchen äußerlichen Druckes zu stellen. Über das Moralische dabei braucht kein Wort verloren zu werden. Ich könnte das bisher Gesagte aus meiner eigenen Erfahrung ergänzen. Ich habe nicht nur Telephongespräche geführt, wie es durch die Presse ging, in denen ich allerdings vom ersten Augenblick an unzweideutig meine scharfe Ablehnung ausgesprochen habe (Hört, hört!), sondern ich habe auch sehr verlockende Angebote seitens der Herren Mahraun und Koch-Weser entgegennehmen dürfen. Das Ziel war, nicht die Partei, sondern einzelne Persönlichkeiten herüberzuholen, genau wie in den Tagen nach der Revolution. Dieser Versuch ist gescheitert. Aber täuschen wir uns über eins nicht! Die Leute haben psychologisch zunächst verflucht geschickt gehandelt (Sehr wahr!), allein schon durch diese beispiellose Mißhandlung der guten Sache der großen Staatspartei. Die Stimmung bei den Alten und Jungen innerhalb und außerhalb unserer Partei, am allermeisten aber bei denen, die dem politischen Leben gegenüber gleichgültig geworden sind, geht nun einmal dahin, daß eine große Staatspartei gebildet werden müsse (Zustimmung). Dieser Stimmung ist man zunächst durch einen geschickten Schlachtruf entgegengekommen. Auch die Maskierung der persönlichen Entschlossenheit, des Opfermutes bei der Auflösung der Demokratischen Partei hat zunächst auf manchen irreführend gewirkt, der nicht sah, daß enge parteipolitische und auch persönliche Triebe im Grunde dieser ganzen Aktion zum Ausgangspunkt dienten. Deshalb wäre es völlig verfehlt, wenn wir uns darüber täuschen wollten, daß auch in den Kreisen unserer Wählerschaft zum mindesten eine Beunruhigung durch diesen Husarenritt entstanden ist. Wir haben uns zu überlegen, was wir tun können, um unseren Wählern nicht nur negativ, sondern vor allem auch positiv zu sagen, wie wir uns die Zukunftsentwicklung denken.

Dann möchte ich eines aussprechen. Gerade weil ich, wie ich mir neulich erlaubt habe, im Zentralvorstand näher zu begründen, aus tiefster innerer Überzeugung heraus den Gedanken der Sammlung der politischen Kräfte unseres Volkes auf einer neuen ideenmäßigen Grundlage nach wie vor vertrete[26], gerade weil ich die Sammlung für unentbehrlich halte, wenn das Bürgertum nicht im Laufe der Zeit zerrieben werden soll, bedauere ich es am allermeisten, daß mit diesem Gedanken in solcher Weise Schindluder getrieben worden ist (Lebhafte Zustimmung). Es ist gar nicht möglich, der Sammlung im organischen Sinne einen schwereren Schaden zuzufügen, als es durch diese Neugründung geschehen ist. Aber lassen Sie uns als Volkspartei daraus die Konsequenz ziehen. Wir haben die Aufgabe, in der Art, wie wir in den Wahlkampf eintreten und die Parole für die Wahlen ausgeben, nicht zuletzt aber in der Art, wie wir die Wahlvorschläge konstruieren, das volle Bekenntnis zu den reformerischen Ideen nach wie vor abzulegen. Lassen Sie sich nicht durch eine an sich plausibel erscheinende Erklärung »Jung und Alt gehören zusammen« von dem Entschluß abbringen, daß in diesem Wahlkampf weder bei der Reichsliste noch bei den Wahlkreislisten irgendwie das Bestreben entscheidend sein darf, die Berufe gegeneinander auszuspielen, die Interessenkämpfe, wie sie früher in sämtlichen Wahlkreisen vorhanden waren, weiterzuführen, sondern sorgen Sie dafür, daß unsere Wahl-

[26] Siehe Dok. Nr. 82, S. 994ff.

vorschläge deutlich erkennen lassen, daß wir mit der jungen Generation an unserer Front für die Reform des politischen Lebens in Deutschland auf allen Gebieten nach wie vor kämpfen! (Lebhafte Zustimmung).

Ich bin weiter der Auffassung, daß der Reichsausschuß heute die Aufgabe hat, für die Öffentlichkeit ein ganz klares Bekenntnis gegenüber der Situation auszusprechen, in der wir uns befinden (Sehr gut!). Mein Freund Glatzel sieht die Dinge meines Erachtens zu optimistisch, wenn er meint, es sei heute noch möglich und auch taktisch und psychologisch richtig, noch einmal mit einem Versuch der Zusammenfassung von Wirtschaftspartei, Volkspartei und Staatspartei hervorzutreten. Wir wissen, daß die Wirtschaftspartei bereits gestern eine grundsätzliche ablehnende Haltung diesen Dingen gegenüber eingenommen hat und zwar unter Berufung auf ihren berufsständischen Charakter.[27] Es gibt im Wahlkampf einen Augenblick – gerade das möchte ich, der ich für die Sammlung immer gewirkt habe und weiter wirken werde, aussprechen –, über den hinaus derartige Angebote nur das Gefühl der eigenen Schwäche auslösen (Zustimmung). Ich fürchte, dieser Augenblick ist jetzt gekommen. Wir müssen in unseren Anhängern das Gefühl wachrufen, daß die Staatspartei eine Verfälschung des Gedankens der Staatspartei darstellt und daß wir gerade deswegen, weil wir nach wie vor für die Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte eintreten und für die Reform unseres politischen Lebens wirken wollen, weil die Staatspartei, wie sie jetzt vor uns steht, ein untaugliches Instrument zur Erreichung solcher Ziele ist, als Volkspartei gezwungen sind, mit den Reformzielen, die wir stets verkündet haben, ohne weitere Verhandlungen in den Wahlkampf einzutreten (Lebhafte Zustimmung!).

Im Wahlkampf solle sich die DVP davor hüten, »in die Niederungen der Steuerdebatte hinabzusteigen«, *sondern sie solle sich auf die* »großen, grundsätzlichen Gedanken« *konzentrieren. Die Stellungnahme der DVP zu der durch die Gründung der Staatspartei geschaffenen Situation solle in einer Entschließung des Reichsausschusses zum Ausdruck gebracht werden.*

Hembeck unterstützt die Ausführungen von Scholz und stimmt der Forderung Dingeldeys nach einer klaren Entschließung zur politischen Lage zu.

Stendel hält ein Zusammengehen mit der DDP für völlig ausgeschlossen. Herrn Koch-Weser kenne man im Wahlkreis Weser-Ems, wo man seit 1928 gegen ihn kämpfe; man könne nur sagen: »Ein alter Koch, ein neuer Brei: Das ist die Deutsche Staatspartei«. *Skeptisch äußert er sich über die Aufstellung gemeinschaftlicher Listen mit anderen bürgerlichen Parteien in einzelnen Wahlkreisen sowie zur Schaffung einer Fraktionsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte im Reichstag.*

Herr Dr. Böhm: Die Erklärungen des Herrn Glatzel über das Ergebnis der gestrigen Sitzung könnten vielleicht im einzelnen mißverstanden werden. Vielleicht könnte man daraus entnehmen, als ob innerhalb der Reichsgemeinschaft der Wunsch bestehe, daß man trotz der Gründung der Staatspartei und ihrer Haltung uns gegenüber sowie trotz der Konsolidierung auf der rechten Seite von uns aus irgendwie die Ver-

[27] Siehe dazu Schumacher, Mittelstandsfront, S. 162 f.

bindung mit der Staatspartei in Gestalt einer Fusion fördern sollte. Das ist natürlich nicht der Fall. Die gestrige Sitzung hat stattgefunden ohne Kenntnis der Verhandlungen, die gestern Nachmittag vor sich gingen. Der Sinn der Besprechung ist nur gewesen: auch nach der Gründung der Staatspartei möge die Deutsche Volkspartei versuchen, mit der Wirtschaftspartei und der Staatspartei irgendeine Wählergemeinschaft zusammenzubringen, und zwar in der etwa erreichbaren Form. Besonders Herr Staatssekretär Schmid hat noch darauf hingewiesen, daß man vielleicht versuchen könne, wenigstens den Vorschlag einer gemeinsamen Reichsliste zu machen. Wir wissen heute aus den Erklärungen des Herrn Scholz, daß das wahrscheinlich nicht erreicht werden kann. Der Sinn unserer ganzen gestrigen Aussprache war der Wunsch, zu erreichen, daß von der Deutschen Volkspartei in der Öffentlichkeit gesagt werden kann: von unserer Seite aus ist alles geschehen, um eine Zusammenfassung großen Stiles, nicht eine Fusion mit irgendeiner linksbürgerlichen Partei zustande zu bringen.

Dann einige Worte zu den Bemerkungen, die Herr Glatzel seinem Bericht hinzugefügt hat. Ich bedauere, daß er dabei auf Dinge eingegangen ist, die noch lange nicht entschieden sind. Ich glaube nicht, daß sein Vorstoß gegen die Aufstellung eines Kandidaten einer bestimmten Gruppe Gegenstand der Beratung des Reichsausschusses sein kann. Die Stellungnahme zu solchen Einzeldingen möge man ruhig den Wahlkreisen selbst überlassen (Sehr wahr!). Nun zur Sache! Ich bin der Meinung: mit Kritik soll man sich in der heutigen Zeit so wenig wie möglich abgeben, sondern man soll praktische Vorschläge machen. Herr Dr. Scholz hat auf die traditionelle Arbeit der Deutschen Volkspartei und der Fraktion im Reichstag hingewiesen. Er hat davon gesprochen, daß die Deutsche Volkspartei immer betont habe, so wie bisher gehe es nicht weiter, dann ist es nachher doch weitergegangen, und zwar mit unserer Mithilfe. Es hat für unsere Ideen der Herold gefehlt, die Presse. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Worte zu der Haltung sagen, die die »Kölnische Zeitung« einnimmt. Bei uns im Westen würde es begrüßt werden, wenn einmal in einer parteiöffiziösen Erklärung in der »Nationalliberalen Correspondenz« zum Ausdruck gebracht würde, daß die »Kölnische Zeitung« keine volksparteiliche Zeitung ist. Diese Version hält sich immer noch. In der Tat hat aber die »Kölnische Zeitung« einen so stark demokratisch gefärbten Redaktionsstab, daß es wünschenswert wäre, wenn von parteiwegen einmal darauf eingegangen würde.

Der Partei, insbesondere der Parteileitung, ist im Lande immer mangelnde Aktivität vorgeworfen worden. Mangel an Aktivität der Partei wird auch in der Sammlungspolitik empfunden. Ich möchte nun an Herrn Dr. Scholz eine Frage richten. Es gingen und gehen Gerüchte herum, in denen behauptet wurde, Herr Dr. Scholz sei zu einer Besprechung mit Herrn Koch-Weser, dem Jungdeutschen Orden usw. eingeladen gewesen, diese Einladung habe ihn aber nicht erreichen können; auf der anderen Seite habe er erklärt, er habe die Einladung in einer Form bekommen, in der er sie nicht habe annehmen können. Ich teile diese Gerüchte nur mit, um Gelegenheit zu geben, ihnen entgegenzutreten; denn sie haben, wovon ich mich gestern selbst überzeugt habe, im Rahmen unserer Parteiorganisation Aufsehen erregt, indem man sagt: »Da sieht man; ihr habt von vorneherein abgewinkt«. Ich bin natürlich überzeugt, daß in dieser Hinsicht eine falsche Berichterstattung vorliegt.

Bei den Bestrebungen zur Sammlung hat sich in gewissen Teilen der Partei allmählich eine Art Minderwertigkeitskomplex herausgebildet (Sehr gut!). Bei den anderen war alles groß und schön, bei uns war alles schlecht und klein (Sehr wahr!). Das ist der Grund dafür gewesen, daß man immer wieder über die Grenzen der Partei hinausgesehen hat. Es ist falsch, immer diejenigen, die der Meinung waren, die Volkspartei müsse der starke Kern einer solchen Gruppierung sein, als engstirnig zu bezeichnen. Die Überlegungen, die wir nach der halben Sammlung auf der linken bürgerlichen Seite heute anstellen müssen, geben meines Erachtens denen recht, die immer dafür eingetreten sind, daß in einer zukünftigen Sammlung die weltanschauliche und politische Zielsetzung der Deutschen Volkspartei maßgebend sein müsse.

Nun zu einigen positiven Dingen. Wir dürfen die Gründung der Staatspartei nicht gering achten. Es wird unsere Aufgabe sein, die richtigen Wege zur Bekämpfung dieser Partei zu finden. Ich glaube, daß diese Bekämpfung trotz allen Burgfriedens vor sich gehen muß. Der Burgfriede wird von der anderen Seite zuerst gebrochen werden. Allerdings bin ich der Meinung, daß wir mit einem gewissen Optimismus in den Wahlkampf hineingehen können und sollen, eben in dem Bewußtsein, daß wir kein Brei sind, sondern eine straff geschlossene Organisation. Wenn gesagt worden ist, wir müßten zunächst ein großzügiges Reform- und Aktionsprogramm aufstellen, so bin ich gegenteiliger Meinung. Wir haben dazu jetzt nicht die nötige Zeit, und ein solches Programm würde zum größten Teil doch Literatur werden, die wir nicht verwerten können. Wir müssen jetzt in die rein praktische Arbeit hineinsteigen und ganz einfache Zielsetzungen für den Wahlkampf finden. Es ist, wie Herr Dingeldey gesagt hat, notwendig, den Wahlkampf ganz einfach zu führen, um eine einheitliche Front herzustellen. Wir müssen einen einfachen Wahlaufruf herausbringen, der die Ziele darstellt, die wir erreichen wollen, und zwar ganz einseitig. Auch Stresemann wäre zu seinem Erfolg in der Rheinlandräumung nicht gekommen, wenn er nicht ganz einseitig ein festes Ziel verfolgt hätte. Aber wenn wir im Wahlkampf reüssieren wollen, dann müssen allerdings die sogenannten Querverbindungen aufhören, dann muß sich alles um einen festen Kern sammeln, geeint in den Wahlkampf gehen. Die Gründung der Staatspartei hat für uns auch eine durchaus gute Seite. Es hat sich gezeigt, wer bei der Sammlungspolitik nicht guten, sondern schlechten Willens ist, und das hält sehr viele von denen, die doch nur Mitläufer oder Treibholz wären, ab, sich bei uns anzuklammern. Wenn wir in diesem Sinne den Wahlkampf führen, dann werden wir alle diejenigen zu uns heranziehen, die nach einer festen Partei und nicht nach einem unmöglichen Brei verlangen (Bravo!).

Vors. Reichsminister a. D. Herr Dr. Scholz: Ich möchte auf die Frage, die Herr Kollege Dr. Böhm gestellt hat, mit einem absoluten und klaren Nein antworten. Es ist erstunken und erlogen, daß ich in irgendeinem Moment, sei es von Herrn Koch, sei es vom Jungdeutschen Orden, zu irgendwelchen Verhandlungen aufgefordert worden sei (Bravo!).

Herr Dr. Bockamp: Die Aktion, die unser verehrter Herr Parteiführer mit dem Parteivorstand nach der Reichstagsauflösung zur Sammlung der bürgerlichen Mitte einleitete, verdient sicherlich alle Anerkennung. Auch ich unterschreibe jedes Wort der Kritik, die an dem Gründungsverfahren und an dem Wesen der Deutschen Staatspartei geübt worden ist. Aber ich würde es doch für falsch halten, wenn wir hinsichtlich der bürgerlichen Sammlung jetzt schon bei dem Halt machen wollten, was bis

jetzt erreicht worden ist (Sehr richtig!). Ich habe den Eindruck, daß viele Redner die Dinge viel zu sehr vom engsten Parteistandpunkte aus betrachten. Mut, Treue und Entschlossenheit brauchen wir uns untereinander wirklich nicht abzusprechen (Sehr wahr!). Wir müssen die Dinge viel mehr vom Standpunkte der Wählerschaft aus ansehen, einer Wählerschaft, die Herr Dingeldey soeben sehr richtig gekennzeichnet hat, einer Wählerschaft, die durch die Gründung der Staatspartei in erhebliche Unruhe versetzt worden ist, die ihren Wunsch nach bürgerlicher Sammlung durch das, was bisher geschehen ist, noch nicht für befriedigt erachtet. Was ist bis jetzt erreicht? Es ist ein gemeinsamer Wahlaufruf und es ist die Ankündigung einer Fraktionsgemeinschaft erzielt, wobei das Zustandekommen eines wirklich vernünftigen Wahlaufrufs noch nicht gewährleistet ist und auch die Fraktionsgemeinschaft etwas bleibt, von dem man nicht weiß, ob es nachher wirklich vollzogen wird. Das ist also recht wenig. Ich bin nun der Letzte, der etwa einen Übergang zur Deutschen Staatspartei befürworten wollte, ganz abgesehen davon, daß er nicht gelingen würde, weil es der Deutschen Staatspartei auf die Zerschneidung der Deutschen Volkspartei in zwei Hälften ankommt. Aber wir müssen uns immerhin mit diesen konkreten Dingen befassen, und es bleibt die Erwägung, wieweit man etwa zu einer gemeinsamen Reichsliste innerhalb der bürgerlichen Mitte noch gelangen könnte. Ich glaube nicht, daß alle Möglichkeiten nach dieser Richtung hin erschöpft sind. Daß eine gemeinsame Partei jetzt nicht mehr gebildet werden kann, ist klar; aber eine gemeinsame Reichsliste, und wenn es nur eine gemeinsame Reichsliste mit der Wirtschaftspartei wäre, würde schon etwas anderes bedeuten. Aus dem Gedanken heraus, daß man diese Dinge nicht immer von oben her, sondern auch einmal von unten her betreiben soll, sind in meinem Wahlkreise bereits vertrauliche Verhandlungen mit den Führern der Wirtschaftspartei versuchsweise eingeleitet worden. Dabei hat sich ergeben, daß mindestens die Führer der Wirtschaftspartei im Wahlkreise Köln-Aachen durchaus dem Gedanken einer gemeinsamen Reichsliste zustimmen, ebenso dem Gedanken einer gemeinsamen Liste im Wahlkreise. Zu dem letzteren muß allerdings bemerkt werden, daß natürlich gemeinsame Listen in den Wahlkreisen allein keinen Zweck haben, wenn nicht die Möglichkeit des Anschlusses an eine gemeinsame Reichsliste besteht. Das Primäre müßte also eine gemeinsame Reichsliste sein. Ich bin der Meinung, daß ein Versuch nach dieser Richtung in aller Öffentlichkeit nochmals gemacht werden sollte. Selbst wenn er scheitert, kommt es darauf an, daß wir diejenigen, die die bürgerliche Sammlung nicht wollen oder sie falsch betreiben, öffentlich ins Unrecht setzen können. Daran hat es bis jetzt gefehlt. Wenn wir diejenigen, die die bürgerliche Sammlung nicht wollen oder sie falsch wollen, ins Unrecht setzen können, dann werden wir schließlich einen Erfolg im Wahlkampf erringen können (Beifall).

Kuhbier berichtet, daß der Wahlkreisverband Duisburg »seine Liste von dem Gesichtspunkt aus aufgestellt hat, die Berücksichtigung rein berufsständischer Interessen abzulehnen und in der Hauptsache der Jugend die Plätze einzuräumen«. *Zudem erklärt er, daß der Wahlkreisverband sich scharf gegen ein Zusammengehen nur mit der Staatspartei ausgesprochen habe:* »Verbündet ihr euch mit der Staatspartei, so gehen die Leute zu den Nazis«. *Für den Wahlkampf müssen einfache und klare Parolen ausgegeben werden, im übrigen müsse die Partei über die bevorstehenden Wahlen hinaussehen.*

Herr Dr. Schuster: Meine Damen und Herren! Wir sind von den Demokraten jetzt dreimal betrogen worden; das erste Mal im Jahre 1918, das zweite Mal im Jahre 1929 bei den weltgeschichtlichen kulturpolitischen Verhandlungen um das Konkordat, bei dem es auch nicht ohne eine schwere Enttäuschung durch die Demokraten abgegangen ist, und das dritte Mal jetzt. Heute liegen die Dinge folgendermaßen. Ich habe von den Demokraten in der gegenwärtigen Lage einen ehrlichen Anschluß an die große bürgerliche Sammlungsbewegung nicht erwartet, weil sie erst noch einen verzweifelten Kampf darum kämpfen werden, in Preußen Fraktionsstärke zu behalten, um ihrer Vormachtstellung in Preußen willen, ohne die es keine Weimarer Koalition in Preußen gibt (Sehr wahr!). Erst wenn diese Vormachtstellung zerschlagen ist, werden die Demokraten zu einer ehrlichen Zusammenfassung der bürgerlichen Mitte bereit sein. Das Gefährliche ist nun, daß die Staatspartei die Deutsche Volkspartei nicht als Ganzes haben will, sondern nur einzelne Persönlichkeiten. Man will also nach dem Grundsatz handeln: »Divide et impera!«. Auch wenn wir die Selbstüberwindung aufbringen würden – und die müßten wir um des Vaterlandes willen nötigenfalls aufbringen –, als Ganzes in den schon gefestigten Rahmen einzutreten, so bestände dazu gar nicht die Möglichkeit. Deshalb bin ich mit Herrn Dingeldey der Meinung, daß der an sich durchaus erwägenswerte Gedanke des Herrn Glatzel in der gegenwärtigen Situation nicht mehr in Betracht kommt; er ist unmöglich und verkehrt. Wenn die Dinge aber so liegen, dann müssen unsere Leute im Lande wissen, woran sie sind (Sehr richtig!), dann muß in irgendeiner Form eine ganz deutliche Klarlegung der Vorgänge herausgegeben werden.

Nun bin ich allerdings auch der Meinung: wir sollen die Deutsche Staatspartei nicht gewissermaßen als quantité négligeable betrachten. Wenn auch die Meinungen bei uns darüber auseinandergehen, ob sie gefährlich ist oder nicht, so wird doch eine gewisse Gefährdung unserer Anhänger und vor allem der Nichtwähler vorhanden sein. Das Aushängeschild lockt, und der Gedanke, die junge Generation in die Tätigkeit zu bringen, lockt ebenso. Wenn wir alledem tatenlos gegenüberstehen, haben wir allerdings eine Einbuße zu befürchten. Die Hauptarbeit, die wir tun müssen, besteht aber nicht in der Kritik, sondern besteht positiv darin, das Ziel der großen bürgerlichen Sammlung immer wieder mit aller Deutlichkeit darzulegen und das in den Vordergrund zu stellen, was bisher erreicht wurde. Deshalb bitte ich auch meinerseits, noch einmal die Fage zu erwägen, ob eine gemeinsame Reichsliste und gewisse Zusammenschlüsse in einzelnen Wahlkreisen möglich sind. Wenn die Aufstellung einer Reichsliste nicht möglich ist, dann können wir jedenfalls nicht bloß vor uns selbst, sondern auch vor der Öffentlichkeit das gute Gewissen haben, daß es an uns nicht gelegen hat. Wir dürfen nicht wie 1914 nach allen Seiten Kriegserklärungen abgeben, sondern man muß wissen, daß wir zur großen bürgerlichen Sammlung bereit waren und auch in Zukunft bereit sind. Ich rechne durchaus mit der Möglichkeit, daß dieser Wahlkampf und diese Reichstagswahlen nicht zum Ziele führen, daß auch der neugewählte Reichstag sich der großen Aufgabe versagt und wir noch ein zweites Mal zu wählen haben werden. Deshalb dürfen wir die Fäden des Zusammenschlusses nicht abreißen lassen.

Unser Bürgertum und auch die Parteien sind sich offenbar der furchtbaren Gefahr wirtschaftlicher und politischer Art, in der wir stehen, noch nicht recht bewußt (Sehr wahr!). Die Stunde wird erst kommen müssen, in der sie die Gefahr sehen und dann

daraus der Wille zur Überwindung der Gefahr hervorwächst. Wir brauchen unbedingt nicht nur eine Erklärung über unsere Stellung zur Staatspartei und über den Gedanken zur staatsbürgerlichen Sammlung, sondern wir brauchen auch sehr bald einen klaren Wahlaufruf. Wir können damit nicht bis zum 24. August warten. Schon Anfang August gehen wir in den Wahlkampf hinein, und unsere Freunde müssen wissen, wofür wir kämpfen. Ich stimme mit Herrn Dingeldey darin überein: wir kämpfen nicht bloß für das augenblickliche Notprogramm. Das wäre eine sehr unglückliche Parole; denn das Notprogramm enthält allerhand Schönheitsfehler. Leider ist noch im letzten Augenblick der Gedanke der Bürgersteuer durch die Veränderung, die er in der zweiten Notverordnung bekommen hat, um seine erziehliche Wirkung für die Gemeinden, wie ich fürchte, gebracht worden, und wir wünschten die Wiederherstellung der ersten Notverordnung (Zustimmung). Ich weiß auch, daß unsere Freunde sich darum bemüht haben; leider ohne Erfolg.

Wir brauchen ein großes Reformprogramm. Dieses Programm kann nicht mit allen möglichen Finessen ausgearbeitet werden; es muß aber deutlich gemacht werden, daß dies nur der Übergang, nur Mittel zum Zweck ist, und daß das andere hinterher kommt. Nun bin auch ich der Meinung: wir können in dem Wahlaufruf nicht auf alle Einzelheiten eingehen, aber ich bitte Herrn Dingeldey, sich zu überlegen, ob wir nicht im Wahlkampf, wenn wir in die einzelnen Dörfer und in die kleinen Städte gehen, auch über die Steuerfrage reden müssen (Sehr richtig!); denn die Leute, die zum Teil verzweifelt um ihr wirtschaftliches Dasein kämpfen, wollen wissen, woran sie sind, und ihnen müssen wir sagen, was wir auch auf diesem Gebiet wollen.

Was uns, wenn das Bürgertum wirklich zur Erkenntnis der Gefahr kommt, an bürgerlicher Sammlung gelingen wird, steht dahin. Wir dürfen uns jedenfalls nicht dogmatisch festlegen und sagen: wir wollen nur eine bürgerliche Sammlung mit Einschluß der Volkskonservativen. Frau Dr. Szagunn hat vielleicht recht, daß trotz aller Reden von der Auflösung des Unterschiedes zwischen Liberalen und Konservativen dieser Unterschied doch unter anderem Namen weiterbestehen bleiben wird. Wenn es vielleicht vorläufig nicht möglich sein wird, die Volkskonservativen mit heranzuziehen, so dürfen wir doch den Gedanken nicht ablehnen, uns mit der Wirtschaftspartei und einer zur Vernunft gebrachten Deutschen Staatspartei zu einem großen, im innersten Sinne liberalen Gebilde zusammenzuschließen, wenn daneben Tuchfühlung mit der Volkskonservativen Partei gehalten wird. Das sind aber spätere Sorgen. Ich bin überzeugt, daß in diesem Wahlkampf davon keine Rede sein kann, daß erst nach dem Wahlkampf diese Frage an uns herantreten wird. Im Augenblick handelt es sich um zwei Dinge: erstens um Klarheit für unsere Freunde über die gegenwärtige Situation und Fortsetzung des Willens zur bürgerlichen Sammlung, namentlich im Hinblick auf die Nichtwähler; zweitens um Aufstellung eines klaren Programms, eines Wahlaufrufs vor dem 24. August, damit wir wissen, wofür wir kämpfen (Lebhafter Beifall).

Herr Dingeldey (zur Geschäftsordnung): Ich halte die Ausarbeitung einer Resolution am heutigen Tage für politisch derart wichtig, daß ich bitten möchte, erstens jetzt eine Kommission zu wählen, die diese Resolution auszuarbeiten hat, und zweitens möglichst bald eine Verhandlungspause eintreten zu lassen, damit nachher nicht die Dinge in der üblichen Weise schnell abgewickelt werden müssen.

Vors. Reichsminister a.D. Herr Dr. Scholz: Ich hatte die Absicht, zunächst die Rednerliste zu Ende zu führen. Das ist auch nötig; denn die Herrschaften haben den Wunsch, zu den Dingen zu sprechen, die nachher in der Resolution niedergelegt werden sollen. Ich nehme an, daß die Aussprache in allerspätestens einer Stunde beendet sein wird. Dann könnten wir eine Pause eintreten lassen, während die Entschließung fertiggestellt würde, darauf erneut zusammentreten und diese Entschließung besprechen (Zustimmung).

Herr Sauerborn: Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil mir die Anregung, die zunächst von Herrn Glatzel ausging, aber dann völlig unter den Tisch fiel und nachher von Herrn Bockamp und Herrn Kuhbier wieder aufgenommen wurde, doch beachtlich erscheint. Ich bin mit Herrn Bockamp der Auffassung, daß es durchaus nicht darauf ankommt, uns gegenseitig Mut und Zuversicht zu predigen – es wäre ein trauriges Zeichen, wenn das notwendig wäre –, sondern darauf, festzustellen, ob nicht heute noch die Möglichkeit besteht, denen im Lande, die von uns ein starkes Bekenntnis zur Sammlungsbewegung erwarten, irgendetwas zu geben. Wenn man die Auffassung hat, daß das möglich sei, dann bitte ich dringend die Aussprache hierüber weiterzuführen und dann erst zur Abfassung einer Entschließung zu schreiten. Lediglich mit der Erklärung, daß wir mehr nicht hätten erreichen können und daß wir ein gutes Gewissen hätten, werden wir gegenüber unseren Wählern im Wahlkampfe nicht auskommen. Es handelt sich nicht um einen Minderwertigkeitskomplex, von dem Herr Dr. Böhm gesprochen hat, sondern um die Erkenntnis, daß nicht nur in den Kreisen unserer Wähler, sondern bis zu unseren wirklich tätigen Freunden eine starke Verdrossenheit und Mutlosigkeit eingerissen ist, die einen Auftrieb notwendig machen. Sehr viele von uns sehen die Rettung nur darin, daß noch in letzter Stunde eine Einigung des Bürgertums herbeigeführt wird. In den Ausführungen unseres Herrn Parteiführers ist mir nun nicht klar geworden, ob er sich lediglich darauf beschränkt hat, eine Zusammenfassung der Kräfte von Treviranus bis Lemmer[28] zu erstreben, oder ob er, nachdem er wohl hat erkennen müssen, daß dieses Ziel nicht durchführbar sei, Schritte nach der Richtung hin getan hat, um für einen der beiden Flügel zu optieren. Wir im Lande hatten die Auffassung, daß die Zusammenfassung nach rechts an der Haltung der Treviranusgruppe und der Landvolkspartei gescheitert ist. Wir hatten weiter die Auffassung, die in der letzten Vorstandssitzung meines Wahlkreises[29] am Montag zum Ausdruck kam, daß dann hätte versucht werden müssen, eine Gruppierung zwischen Volkspartei, Wirtschaftspartei und Staatspartei herbeizuführen. Ich habe den Eindruck, als wenn doch diese Gruppen sich einem Appell, der heute von dem Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei ausginge, nicht versagen würden, um über das, was Herr Dr. Scholz vorgeschlagen hat, über den gemeinsamen Wahlaufruf hinaus doch noch zu einer positiven Zusammenfassung zu kommen. Ich bitte Herrn Dr. Scholz dringend, sich dazu zu äußern, ob er eine derartige Möglichkeit für völlig ausgeschlossen hält. Wir werden es schwer haben, wenn wir unseren Wählern in dieser Hinsicht gar nichts mitbringen können. Die

[28] Ernst Lemmer (1898–1970), Volkswirt. 1922–1933 Generalsekretär des freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände; stellv. Vors. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Dez. 1924–Sept. 1932, März-Juli 1933 MdR (DDP/DStP). 1952–1970 MdB (CDU).

[29] Wahlkreis 21 (Koblenz-Trier).

Verdrossenheit, von der ich leider sprechen muß, ist, außer auf andere Dinge, auch darauf zurückzuführen, daß unsere Wähler sowie diejenigen, die von uns fortgelaufen sind, obschon sie von rechtswegen zu uns gehören, immer mehr zu der Auffassung gekommen sind – ob zu recht oder zu unrecht, bleibe dahingestellt –, daß wir uns für ihre materiellen Belange zu wenig eingesetzt haben. Sie haben das Vertrauen zu uns verloren und sind der Meinung, daß wir mit der Parole der Entsagung und des Opfermuts reichlich weitgegangen sind. Wenn jetzt durch die Presse Äußerungen des von mir sonst sehr verehrten Herrn Dr. Cremer des Inhalts gehen, daß es gar nicht darauf ankomme, ob unsere Partei oder eine andere Partei soviele oder soviele Mandate bekomme, sondern lediglich darauf, daß die hinter der Regierung stehende Quasi-Koalition die Mehrheit erziele, so fehlt uns dafür jedes Verständnis. Ich glaube nicht, daß mit einer derartigen Politik der Entsagung Geschäfte im Wahlkampf zu machen sein werden (Sehr richtig!). Deswegen bitte ich einmal, auch daran zu denken, wie wir den müde, schwach und verzagt gewordenen Kreisen, den Kreisen derer, die sich von uns abgewandt haben, und den Kreisen der Nichtwähler den neuen, unbedingt nötigen Auftrieb geben können. Dieser Auftrieb kann nur darin bestehen, daß wir eine Zusammenfassung der Kräfte herbeiführen. Unter keinen Umständen darf die allerletzte Chance, die sich vielleicht noch bietet, außer acht gelassen werden. Ich glaube nicht, daß eine spätere Fraktionsgemeinschaft einen derartigen Auftrieb bieten kann, weil der einfache und unverbildete Wähler im Lande – auf den kommt es an – aller dieser parlamentarischen Finessen müde ist und nicht mehr an sie glaubt. Er würde aber an sie glauben, wenn er sähe, daß über allen trennenden Egoismus hinweg der Gedanke der Einigkeit des Bürgertums sich durchsetzt. Wir müssen also noch in letzter Stunde einen Versuch nach dieser Richtung hin unternehmen.

Frau v. Kulesza lehnt entschieden die Aufstellung einer gemeinsamen Reichsliste mit anderen Parteien, vor allem mit der Wirtschaftspartei, ab.

Herr Dr. Jochmus (Bielefeld): Meine verehrten Damen und Herren! Ich kann unsere vollste Zustimmung zu dem erklären, was über die Illoyalität des Vorgehens der Demokraten und des Jungdo bereits von so vielen Rednern gesagt worden ist. Ich möchte aber, wie es uns der Herr Parteiführer empfohlen hat und wie es auch alle Vorredner getan haben, den Zorn zurückstellen und eine mehr staatspolitische Erwägung anstellen. Vom ersten Augenblick der Gründung dieser Staatspartei an habe ich die große Gefahr gesehen, daß sie das Zünglein an der Wage werden kann, das dem Zentrum die Möglichkeit bietet, auch in der Führung der Reichspolitik wiederum nach links abzurücken, indem in ebenso starker Stabilität, wie wir sie nun seit Jahren in Preußen erleben, das Reich mit einer Weimarer Koalition regiert wird, in der statt der Demokratischen Partei die Deutsche Staatspartei sitzt. Diese Gefahr ist vorhanden, obschon sowohl Herr Dr. Mahraun als auch Herr Koch sich bemühen, zum Ausdruck zu bringen, daß ihre Bewegung nach rechts gehen soll und nicht nach links. Wenn man diese Gefahr als gegeben ansieht, liegt natürlich die Erwägung nahe: Was haben wir zu tun, um diese Gefahr abzuwenden? Nachdem die Volkskonservativen sich endgültig einem Mitgehen in einem größeren Verbande versagt haben und sich nach ihrer ganzen Haltung auch in Zukunft immer versagen werden – so sehe ich

wenigstens die Dinge an –, scheint mir doch der Gedanke höchst erwägenswert zu sein, noch einmal mit allem Nachdruck auf die Wirtschaftspartei einzuwirken, um sie zu veranlassen, mit uns in irgendeiner Form vor den Wahlen den Anschluß an die Staatspartei herbeizuführen, um zu erreichen, daß die Staatspartei das wird, was sie sein muß, damit die Politik im Deutschen Reich so geführt wird, wie wir es für notwendig halten. Ich habe an den verehrten Herrn Parteiführer die Frage zu richten, ob Bemühungen dieser Art bereits eingesetzt haben. Wenn nicht, dann würde ich bitten, sie noch einsetzen zu lassen, damit auf diesem Gebiete alles getan wird, um eine Gefahr, die ich für sehr ernst halte, abzuwehren.

Wenn die Wirtschaftspartei sich einem solchen Bestreben versagen würde, läge natürlich theoretisch die Erwägung nahe, von der Deutschen Volkspartei aus allein den Schritt zu tun, um Schlimmeres zu verhüten. Ich brauche heute kein Wort mehr darüber zu verlieren, nachdem einmütig diese Stimmung zum Ausdruck gebracht worden ist, daß ein solcher Schritt für die Deutsche Volkspartei unmöglich wäre, vor allem, nachdem festgestellt worden ist, daß die Staatspartei uns als Partei nicht aufnehmen will. Aber ein Mittel, die Gefahr abzuwenden, würde sein – wenn die Bemühungen unseres Herrn Parteiführers zum Erfolge führen – daß die Staatspartei sich zur Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im kommenden Reichstag bereit erklärt. Ich habe heute morgen in der »Vossischen Zeitung« gelesen, es könne keine Rede davon sein, daß die Staatspartei derartige Bindungen eingegangen sei.[30] Ich wäre sehr dankbar, wenn wir darüber noch etwas hören könnten, welche Erklärungen Herr Koch und die Vertreter des Jungdo in der gestrigen Versammlung abgegeben haben und wie der Parteiführer die Lage beurteilt, ob mit einer solchen Bindung der Staatspartei wirklich zu rechnen ist. Findet sie nicht statt, dann sehe ich im Augenblick keine Möglichkeit, die Gefahr, die in der Staatspartei liegt, abzuwenden. Aber ich möchte dann doch wenigstens noch einmal auf diese Situation hingewiesen haben.

Was haben wir nun zu tun, um im Wahlkampf der Lage gerecht zu werden? Ich gehöre zu denen, die sich verpflichtet fühlen, dringend davor zu warnen, die psychologische Wirkung des Auftretens der Staatspartei auf unsere Wähler und auf die Nichtwähler zu unterschätzen. Ich kann Ihnen verraten, daß gestern in Bielefeld-Stadt, wo man an sich den Demokraten wahrlich nicht freundlich gesonnen ist, eine Versammlung des Ortsvereins [der DVP] stattgefunden hat, in der es nur durch das Eingreifen des Herrn Dr. Hugo und des Herrn Generalsekretärs Spangenberg gelungen ist – ich konnte aus bestimmten Gründen in der Versammlung nicht anwesend sein – zu verhindern, daß einstimmig die Absendung eines Telegramms nach Berlin und die Veröffentlichung in der Presse beschlossen wurde, die Deutsche Volkspartei solle sich sofort der Staatspartei anschließen (Lebhafte Rufe: Hört, hört!). Die Rufe »Hört! hört!!« klingen so, als ob das etwas so ungeheuer Verwerfliches sei. Es ist aber einfach die psychologische Wirkung, mit der wir rechnen müssen und die auch an anderen Stellen des Reiches auftauchen wird. Deshalb kommt meines Erachtens alles

[30] Die »Vossische Zeitung«, »Das Ergebnis der Scholz-Aktion«, 31.7.1930, Nr. 181, hatte gemeldet, daß die Staatspartei mit der DVP keine Fraktionsgemeinschaft bilden werde; zudem sei »die offizielle Führung der Deutschen Volkspartei, der ein großer Teil der früheren Anhänger nicht mehr gefolgt ist, isoliert«.

darauf an, daß wir uns in eine Position hineinarbeiten, in der kein Mensch von uns auch nur mit einem Schein des Rechtes behaupten kann, daß wir uns einem schwerwiegenden, entscheidenden Entschluß in einem Augenblick versagt hätten, in dem die Möglichkeit dazu gegeben gewesen sei. Viele werden die Dinge so ansehen. Wie den Gründern der Staatspartei hier allgemein nur schlechte Motive unterschoben worden sind, so werden die Gründer der Staatspartei und viele Nichtwähler auch uns schlechte Motive unterschieben, indem sie sagen, daß wir uns der Staatspartei jetzt nur deshalb versagen, weil die Sache nicht von uns ausgegangen sei. Deshalb ist es ungeheuer wichtig, dokumentarisch festzulegen, daß die Wirtschaftspartei ein Mithineingehen in die Staatspartei abgelehnt hat, und daß die Staatspartei die geschlossene Aufnahme der Deutschen Volkspartei ablehnt. Das sind die beiden Momente, mit denen wir Vorwürfe von vornherein entkräften können. Aber wenn diese Dinge noch nicht zweifelsfrei feststehen, so bitte ich Sie, so zu operieren, daß sie zweifelsfrei festgestellt werden. In dem Aufruf, den wir hinausgehen lassen, muß auch gesagt werden, daß wir die Bemühungen der Staatspartei zwar für falsch halten, daß aber das Streben nach Zusammenfassung des Bürgertums fortgesetzt wird. Es muß alles geschehen, um den Gedanken der Sammlung auch jetzt noch zu retten. Daher trete ich ein für alle Versuche der Bildung gemeinsamer Reichslisten. Wenn das nicht mit allen in Frage kommenden Parteien gelingt, dann bin ich im Gegensatz zu Frau v. Kulesza der Auffassung, daß wir es schlimmstenfalls auch mit der Wirtschaftspartei allein machen sollten (Zurufe: Die Wirtschaftspartei hat das doch abgelehnt!). Das war bisher noch nicht festgestellt (Rufe: Doch!). Wir haben bei uns in Bielefeld mit den Führern der Wirtschaftspartei verhandelt, und die haben erklärt, sie glaubten, daß man dazu durchaus bereit sein werde.

Des weiteren bitte ich um eine Klarstellung des Inhalts, daß wir das Recht, ja die Pflicht haben, über die Vereinbarungen, die hoffentlich heute nachmittag zentral zustande kommen, hinaus in den Wahlkreisen mit den dafür in Frage kommenden Parteien über eine gemeinsame Führung des Wahlkampfes und unter Umständen auch über weitergehende Bindungen zu verhandeln, damit auch so gezeigt wird, daß alles geschehen ist. Ferner bin ich der Meinung, daß unser Wahlaufruf, wenn wir schon, wie der Herr Parteiführer sagte, im Augenblick keine Zeit haben, ein Aktionsprogramm herauszubringen, alle die großen Gedanken der Notwendigkeit einer Reichsreform usw. herausheben muß, damit man wirklich sieht, daß wir auch an die Zukunft denken. Allerdings wird es sehr schwer sein, sachlich etwas wesentlich anderes zu sagen, als die Staatspartei in ihrem Aufruf zum Ausdruck gebracht hat. Es wird mit großem Geschick gearbeitet werden müssen, um gerade aus den sachlichen Forderungen heraus zu begründen, daß wir nicht in der Lage sind, auch allein zur Deutschen Staatspartei zu gehen.

Vorsitzender Reichsminister a.D. Herr Scholz: Ich möchte, damit weitere Mißverständnisse nicht aufkommen, doch folgendes noch einmal in Ihr Gedächtnis zurückrufen. Ich habe vorhin, und zwar, wie ich zu meiner Freude bemerken darf, im Einverständnis mit dem weitaus größten Teil der Redner, festgestellt, daß meine Bemühungen, bzw. die Bemühungen des Parteivorstandes darauf gerichtet waren, die gesamten staatsbürgerlich verantwortlichen Parteien zusammenzuführen, also nicht eine einseitige Aktion nach links oder nach rechts zu unternehmen (Sehr richtig!). Innerhalb dieses Vorsatzes sind die Verhandlungen bisher geführt worden. Es

ist doch ziemlich klar, daß ich, solange dieses von Ihnen gebilligte Ziel vorlag, gesonderte Verhandlungen mit einzelnen nicht führen konnte und durfte. Deshalb ist die direkte Frage an Wirtschaftspartei und Staatspartei, ob sie mit uns zusammen oder mit uns allein gehen wollten, bisher in eindeutiger Weise nicht gestellt worden. Das wäre ja eine Durchbrechung der Auffassung des weitaus größten Teiles der heutigen Versammlung gewesen (Zustimmung).

Aber der Herr Kollege Kempkes, der mit mir gestern die Verhandlungen geführt hat ebenso wie die früheren Verhandlungen, die zu diesem Ziele führen sollten, wird mir bestätigen, daß die Haltung der Wirtschaftspartei völlig eindeutig in der Richtung der Ablehnung ging, insbesondere in Bezug auf die Aufstellung gemeinsamer Reichslisten. Infolgedessen ist es jetzt meines Erachtens so, daß nach diesen eindeutigen Erklärungen der Herren Drewitz und Sachsenberg jeder Versuch, erneut an die Wirtschaftspartei heranzutreten, als das aufgefaßt würde, als was es eine Reihe von Rednern auch gekennzeichnet hat, als der Ausdruck unserer Schwäche (Lebhafte Zustimmung). Sie können sich wirklich darauf verlassen: Ich habe bis zur Aufopferung meiner persönlichen Auffassung gerade auch gegenüber der Staatspartei, die uns gegenüber wirklich im höchsten Maße illoyal gehandelt hat, mit voller Absicht alles Verärgertsein zurückgestellt, weil ich den Erfolg will und weil ich mich nicht verärgern lasse auf dem Wege, der vielleicht zu diesem Erfolg führt. Herr Kempkes wird mir bestätigen können, daß ich gestern gegenüber Herrn Koch und seinen Begleitern nicht das leiseste Wort des Tadels, obschon es wahrhaftig angebracht gewesen wäre, geäußert habe, nur um das Ziel zu erreichen, daß wir ferner mit der Wirtschaftspartei in liebenswürdigster Form verhandelt haben. Aber wenn man von der anderen Seite immer wieder ein Nein hört, dann ist es schließlich nicht mehr möglich – nicht etwa meines Prestiges wegen, sondern wegen des Prestiges der Deutschen Volkspartei (Zustimmung) –, immer wieder erneut zu bitten: Nun tut uns doch den Gefallen und macht es wenigstens mit uns allein. Ich glaube Ihnen ehrlich sagen zu müssen, daß ein solcher Versuch ganz aussichtslos ist nach den positiven Erklärungen, die bezüglich der Ablehnung der Reichslisten absolut klar waren, die aber auch hinreichend klar waren bezüglich eines Zusammengehens mit uns allein. Die Dinge liegen jetzt so, daß wir den letzten Versuch, der von mir gestern vorgeschlagen wurde und der heute, allerdings auch nur in Bezug auf die redaktionelle Fassung, entschieden werden wird, machen. Gelingt er – schön! Gelingt er nicht, dann können wir jedenfalls urbi et orbi gegenüber feststellen, daß die Deutsche Volkspartei alles getan hat, um die große Sammlung der staatsbürgerlichen Parteien herbeizuführen.

Lassen Sie mich in dieser Beziehung noch eines sagen! Glauben Sie doch nicht, daß mit einem Zusammengehen mit der Wirtschaftspartei für uns etwas gewonnen wäre (Sehr richtig!). Parteipolitisch sehe ich darin keinerlei Vorteil. Es wäre sogar ein glatter Bruch derjenigen staatspolitischen Linie, die wir uns im allgemeinen vorgezeichnet haben (Sehr wahr!). Wir würden dann mit einer rein berufsständischen Partei, die ganz offiziell und klar ihre eigenen Berufsinteressen dem Staatsganzen voranstellt, zusammengespannt sein (Zustimmung).

Lassen Sie mich auch noch eine andere Bemerkung machen! Vorhin ist, leider nach meinem Gefühl etwas zu wenig, von manchen Rednern das Verhältnis zum Zentrum behandelt worden. Ich habe es mit einer gewissen Absicht in meinen Eingangsworten nicht erwähnt. Für mich war das Verhältnis zum Zentrum einer der allerstärksten

Beweggründe zur Sammlung des gesamten übrigen Bürgertums (Sehr wahr!). Unterschätzen Sie nicht, daß das Zentrum noch immer trotz der stärksten Bindung mit der jetzigen Regierung, in die wir durch die Not der Verhältnisse hineingekommen sind, ein absoluter Feind des nationalen Liberalismus gewesen ist. Wir haben alle Veranlassung, nicht etwa in einen Kampf mit dem Zentrum einzutreten, aber ihm eine Kombination gegenüberzustellen, die ihm mindestens gleichwertig, hoffentlich stärker ist als es selbst, um zu vermeiden, daß das Zentrum im Kreise der bürgerlichen Gemeinschaft immer die eine gegen die andere Partei ausspielt, was es bisher recht gut gekonnt hat. Das war für mich als interner Grund auch für die Sammlungsversuche der übrigen staatsbürgerlichen Parteien maßgeblich. Wenn ich dabei den Weg gewählt habe, völlig loyal gegenüber dem Zentrum und dem Reichskanzler vorzugehen, den Reichskanzler von allen Schritten zu unterrichten, so ging das daraus hervor, daß wir zur Zeit in einer geschlossenen Kampfgemeinschaft mit dem Zentrum stehen. Aber darin stimme ich einigen der Vorredner durchaus zu: Wir können nicht nur Politik für den Tag machen (Sehr richtig!), sondern wir müssen uns überlegen, daß das Zentrum immer der stärkste Feind des alten Liberalismus gewesen ist und auch bleiben wird. Das Zentrum hat kein Interesse an dem Zusammenschluß der übrigen staatsbürgerlichen Parteien. Wenn der Reichskanzler Dr. Brüning mir gegenüber immer betont hat, daß er diese Bestrebungen durchaus begrüße, so war das, glaube ich, mehr eine façon de parler, als daß es seiner inneren Überzeugung entsprochen hätte. Mindestens entspricht das nicht der inneren Auffassung des Zentrums (Zustimmung). Es ist klar, daß man dem Zentrum nicht imponieren kann mit zwei verhältnismäßig kleinen Parteien, die zusammen seine Stärke kaum erreichen, sondern daß im weiteren Sinne auch gegenüber der Sozialdemokratie nur eine starke Zusammenfassung der aktiven staatsbürgerlichen Kräfte überhaupt einen Zweck hat.

Deshalb war an sich der Grundgedanke absolut richtig. Wenn er nicht zum Zuge gekommen ist, so können wir mit ehrlichstem Gewissen sagen, daß wir die Schuld daran nicht tragen. Wir müssen weiter hinzufügen, daß wir nach wie vor auch in Zukunft diese Bestrebung in stärkstem Umfange betreiben werden (Lebhafte Zustimmung). Denn es muß einmal zu dieser Zusammenfassung kommen. Auch der kommende Reichstag wird wahrscheinlich nicht lange leben, und dann wird der Moment kommen, in dem der Not der Zeit entsprechend dieser große Zusammenschluß erfolgt. Ihn zu führen und maßgeblich zu beeinflussen, dieses Vorrecht müssen wir für uns in Anspruch nehmen und müssen das auch ganz deutlich und klar zum Ausdruck bringen (Lebhafter Beifall).

Rode spricht sich im Namen des Wahlkreises Schleswig-Holstein gegen jeden weiteren Versuch erneuter Verhandlungen mit anderen Parteien aus, die nur eine Schwächung der eigenen Position im Wahlkampf bedeuteten, der jedoch gerade gegen die Staatspartei taktisch unter Aufstellung eines klaren Aktionsprogramms geführt werden müsse.

Stettiner (Wahlkreis Ostpreußen) hält ein Zusammengehen mit der Staatspartei oder der Wirtschaftspartei allein für unmöglich.

Frau Matz zeigt sich befriedigt, daß weitere Bemühungen um die Staatspartei nicht in Frage kommen und wünscht die Einbeziehung volkskonservativer Kreise in die ge-

plante Fraktionsgemeinschaft. Sie warnt vor dem Trugschluß, »daß die ganze Jugend, die hinter dem Jungdeutschen Orden steht, nun die Staatspartei wählen wird« *und begrüßt der klare Absage der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler an die Staatspartei. Die Entschließung des Reichsausschusses müsse neben der Betonung von Reformgedanken und ethischer Momente zum Ausdruck bringen,* »daß das Erbe der Deutschen Volkspartei das Stresemannsche Erbe ist und daß es nur zu Unrecht von anderen Parteien in Anspruch genommen wird«.

Bölz (Stuttgart) stellt die besondere Situation der Partei in Württemberg (»Regierung aus Vertretern sämtlicher bürgerlicher Parteien von der Demokratie bis zur äußersten Rechten«[31]) *heraus und weist darauf hin, daß die Führer der württembergischen DDP selbst durch die Gründung der Staatspartei überrascht worden seien.*

Herr Dieckmann (Dresden): Ich bin von mehreren Seiten gebeten worden, mich zu Gerüchten zu äußern, die in der heutigen Sitzung umlaufen und die meines Erachtens das, was wir gemeinsam wollen, nur gefährden können. Ein Gerücht geht dahin, daß die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler bestimmte zahlenmäßige Forderungen für die Kandidatenaufstellung im Reichstagswahlkampf an die Parteileitung gestellt habe. Ich möchte erklären, daß das unwahr ist, daß eine derartige Forderung von keiner Stelle der Reichsgemeinschaft an die Parteileitung gerichtet wurde, wie Herr Reichsminister Dr. Scholz mir sicherlich bestätigen wird (Zustimmung des Herrn Dr. Scholz). Wenn ich das ausspreche, so deswegen, weil ich damit die Bitte verbinden möchte, derartige Gerüchte nicht weiter zu kolportieren, weil sie unter allen Umständen den Zusammenhalt, den wir heute brauchen, nur erschweren können und zu Folgerungen führen müssen, die niemand erwünscht sein können.

Sodann möchte ich mich zu verschiedenen Angriffen aus Sachsen äußern, die heute Vormittag an mich gelangt sind, und zwar über die Frage des weiteren Vorgehens bezüglich der Sammlungsbewegung. Die heutige Aussprache hat, soweit ich sie übersehe, gezeigt, daß über einen Punkt bisher eine Klarheit nicht herbeigeführt werden konnte, über einen Punkt, der vielleicht der wichtigste ist. Soll für den Fall, daß die gestern von Herrn Dr. Scholz eingeleitete Einheitsbewegung mit dem Ziel der Fraktionsgemeinschaft nicht verwirklicht wird, die Volkspartei mit Wirtschaftspartei und Staatspartei weitere Sammlungsbewegungen führen? Diese Frage wird in unserem Kreise auf das entschiedenste verneint, und zwar nicht zuletzt auf Grund folgender Erwägungen. Wenn wir uns staatsvolklich einstellen – um die Formulierung des Herrn Reichsfinanzministers Dietrich »Staatsvolk oder Interessentenhaufen« zu verwenden –, dann können wir uns als Träger des staatsbürgerlichen Gedankens nicht in dieser engen Weise mit einer Partei wie der Wirtschaftspartei koalieren, die doch wirklich ein Interessentenhaufen ist, die darauf stolz ist und es sein will, wie sie bei jeder Gelegenheit erklärt. Es kommt ein anderes hinzu, was wir vom Standpunkte der volksparteilichen Wählerschaft aus untersuchen und prüfen müssen, nämlich daß eine Koalierung zwischen Volkspartei und Wirtschaftspartei nach meiner Einschätzung der Dinge den Abmarsch der Angestelltenwähler aus der D.V.P.

[31] Seit den Landtagswahlen vom 20.5.1928 regierte in Württemberg ein bürgerliches Kabinett (DDP, Zentrum, DVP, CSVD, Bauern- und Weingärtnerbund, DNVP) unter Eugen Bolz (Zentrum).

bedeuten würde. Wir wissen, daß die Angestellten in ihren großen Organisationen am schärfsten der Wirtschaftspartei gegenüberstehen, weil sie in ihr ein klassenkämpferisches Moment sehen, das den Auffassungen der in unseren Reihen kämpfenden Angestellten entgegengesetzt ist. Wir können in unserer Partei eine neue Belastung nicht ertragen, und ich warne davor, Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei über einen Zusammenschluß zu führen.

Der dritte Partner, der in Frage käme, die Staatspartei, ist schon durch das, was sich parteipolitisch bei ihrer Gründung herauskristallisiert hat, so wenig als geeigneter Partner für uns gekennzeichnet, daß man darüber nicht mehr viel zu sagen braucht. Heute ist schon so ausführlich in kritischem Sinne über diese Dinge gesprochen worden, daß ich mich auf diese Feststellung beschränken kann. Aber es ist vielleicht doch wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, wie in der gestrigen Auflösungssitzung der Demokratischen Partei einer der hervorragendsten Vertreter der neuen Staatspartei und der bisherigen Demokratischen Partei diese ganze Bewegung charakterisiert hat. Stolper hat den Zusammenschluß der Volksnationalen mit den Demokraten mit den Worten gekennzeichnet: »Es ist erfreulich, daß eine gänzlich idealistische Jugendbewegung wie die der Volksnationalen Reichsvereinigung nunmehr den Weg zur Deutschen Demokratischen Partei gefunden hat«. Diese Feststellung Stolpers wollen wir für den Wahlkampf festhalten und sie denen vor Augen führen, die noch nicht genau wissen, wie die weitere Entwicklung sich gestalten wird (Sehr gut!).

Ich möchte dann noch auf Versuche hinweisen, die uns bekannt geworden sind und die mit dem übereinstimmen, was ich vorhin in erster Linie von Herrn Stendel hörte, in ähnlicher Weise wie 1918 diese und jene Persönlichkeit der Volkspartei zu gewinnen, um damit in den Reihen der Deutschen Staatspartei Propaganda zu machen. Mir ist bekannt geworden, daß einer der Unterzeichner des Aufrufs der Staatspartei, ein Führer einer kleinen Gruppe der jüngeren Bewegung, es geradezu als Parole ausgegeben hat, daß man im Sinne der Zellenbildung bei einzelnen Volksparteilern, älteren und jüngeren, vorgehen solle, um auf diese Weise in der Presse mit dem Übertritt einzelner Volksparteiler Propaganda machen zu können. Das muß hier ausgesprochen werden, damit diejenigen, an die derartige Dinge herangetragen werden, rechtzeitig gewarnt sind.

Schließlich noch eine Bemerkung zu der Frage, die der Parteifreund aus Württemberg aufwarf. Ich habe vollstes Verständnis dafür, daß man aus landespolitischen Erwägungen diese oder jene Koalition innerhalb der Wahlkreisverbände wünschen könnte. Ich glaube aber, daß wir auf Grund reichspolitischer Erwägungen derartige Teillösungen in den Ländern unter keinen Umständen ertragen können. Ein Zusammengehen der Volkspartei mit dieser oder jener Partei in diesem oder jenem Lande würde, wenn dieses Zusammengehen nicht für die Gesamtpartei im ganzen Reiche erfolgen würde, die Position der Volkspartei schwächen und schädigen. Es ist meines Erachtens notwendig, auch in diesem Falle Parteidisziplin zu halten und trotz möglicher landespolitischer Erwägungen der Zielsetzung der Reichsparteileitung einheitlich zu folgen (Bravo!).

Die allgemeine Aussprache wird damit geschlossen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wählt der Reichsausschuß eine Redaktionskommission zur Ausarbeitung einer Entschließung, bestehend aus den Herren Dr. Zapf, Hembeck, Dr. Glatzel, Dingeldey und Kempkes.

(Schluß der Sitzung: 2 Uhr 15 Minuten).

Nachmittagssitzung

Die Redaktionskommission legt dem Reichsausschuß den Entwurf einer Entschließung vor. Nach einer Aussprache wird die Entschließung einstimmig in folgender Form angenommen: »Staat und Volk sind in Gefahr. Die Abwehr der den Staat zerstörenden Kräfte der radikalen Linken und Rechten fordert den Zusammenschluß der Kräfte, die bereit sind, Reich und Volk unter der Führung Hindenburgs zu retten. Nur eine wirklich umfassende Sammlung der Kräfte unter Zurückstellung aller unzeitgemäßen Unterschiede entspricht der Not des Staates und dem Willen des Volkes. Der Reichsausschuß dankt dem Parteiführer Dr. Scholz dafür, daß er in zäher Arbeit unter Ausschöpfung aller gegebenen Möglichkeiten diesen Gedanken in die Tat umzusetzen bemüht war. Die Gründung der Deutschen Staatspartei durch die Führer der Demokratischen Partei unter bewußter Ausschaltung der anderen Parteien der staatsbürgerlichen Mitte bedeutet eine bedauerliche Verfälschung dieses Sammlungsgedankens. Eine einseitige Anlehnung der D.V.P. nach links würde die Erreichung dieses Zieles der Sammlung für immer vereiteln. Für die Deutsche Volkspartei bleibt der Wille zur Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte bestehen. Nicht nur unsere Finanzen, nicht nur die deutsche Wirtschaft sind in ihren Fundamenten bedroht; die Gegensätze in unserem Volke haben sich unter dem Druck einer sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Lage und infolge der Unfähigkeit des Reichstags, der Schwierigkeiten Herr zu werden, derart verschärft, daß die ernstesten Gefahren für den inneren Frieden Deutschlands heraufziehen.

Die Notverordnungen der Reichsregierung suchen den dringendsten Forderungen gerecht zu werden. Die Deutsche Volkspartei will nicht bei diesen provisorischen Lösungen stehen bleiben, sondern verlangt die nötige, von der Nation längst geforderte Reform zur Konsolidierung des Reiches und zur Wiederherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft, um der deutschen Arbeit die Ruhe und Sicherheit zu gewähren, die allein eine stetige Weiterentwicklung und die Wiederaufnahme der Arbeitslosen in dem Arbeitsprozeß gewährleisten. Der Reichsausschuß setzt sich mit Nachdruck dafür ein, daß beim Aufmarsch zur Wahl für die D.V.P. die Herausstellung verantwortungsfreudiger Persönlichkeiten auch aus der jungen Generation maßgebend sein muß. Der Reichsausschuß stellt fest, daß die gesamte Partei die gefährdete Lage Deutschlands erkennt und entschlossen ist, in dem bevorstehenden Wahlkampf in voller Einmütigkeit ihre Pflicht zu tun«.

Scholz schließt die Sitzung um 16[30].

84.

23. August 1930: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

BAK R 45 II/32, p. 465–477. Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: »Sitzung des Reichsausschusses am 23. August 1930«.[1]

Scholz eröffnet die Sitzung und konstatiert, stimmberechtigt seien nur die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und die Vorsitzenden der Wahlkreisverbände oder deren Vertreter (anwesend: 30 Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und 35 Wahlkreisvertreter).

Dr. Scholz gibt zunächst den Vorschlag des Parteivorstandes für die Reichsliste bekannt:

1. Dr. Scholz, 2. Frau Matz, 3. Kahl, 4. Morath, 5. v. Stauß, 6. Glatzel, 7. Feuerbaum, 8. Köngeter, 9. Dr. Zapf, 10. Meyer zu Belm, 11. Dr. Schnell, 12. Streiter, 13. Lehmann, 14. Schmidt (Hirschberg), 15. Frau Hertwig-Bünger, 16. Dr. Böttger.

Im Anschluß daran begründet der inzwischen erschienene Herr Thomas die Wünsche des Pressevereins hinsichtlich der Kandidatur Dr. Böttger.

Staatssekretär Kempkes bespricht dann im einzelnen die ersten vom Parteivorstand vorgeschlagenen zwölf Kandidaturen.

Es wird sodann in eine Generalaussprache eingetreten.

Hollmann bedauert das Fehlen kultureller Kandidaturen (Zuruf: Kahl, Frau Matz). Geheimrat Runkel kehre nicht mehr in den Reichstag zurück. Es sei notwendig, dafür eine geeignete Persönlichkeit auf der Reichliste zu bringen. Er schlage Herrn Dr. Boelitz vor.

Sauerborn: Der Vorschlag des Parteivorstands braucht Ergänzung durch Persönlichkeiten, die auch auf den Wahlkreisen[2] stehen und die auch von Bedeutung für die Reichsliste seien, Persönlichkeiten wie Seeckt[3], außerdem der Vertreter der Arbeitnehmerschaft, Bergmann Winnefeld. Der Vorschlag des Parteivorstands nehme leider keine Rücksicht auf schwache Wahlkreise. Diese müßten dringend eine Versicherung ihrer Kandidaten wünschen. Es sollte eigentlich niemand auf die Reichsliste kommen, der nicht auch in einem Wahlkreis kandidiere.

Dr. Rode begrüßt die Berücksichtigung der jüngeren Generation. Der Vertreter des Handwerks komme zu spät. Im großen und ganzen entspreche aber der Vorschlag des Parteivorstands seinen Wünschen. Stahlknecht spricht sich ebenfalls dafür aus, daß der Handwerkerkandidat früher kommt. Auch ein Arbeitervertreter fehle.

[1] Tagesordnung: Aufstellung des Reichswahlvorschlags.
[2] So in der Vorlage statt richtig: »Wahlkreislisten«.
[3] Scholz hatte Seeckt bereits in einem Schreiben am 21.7.1930 eine Reichstagskandidatur angeboten, siehe BAK NL Seeckt 164; Meier-Welcker, S. 596ff.

Winnefeld tritt dafür ein, daß Herr Streiter weiter heraufgesetzt wird. Eine ganze Anzahl Redner wünscht ebenfalls dringend die Aufnahme von Kandidaten wie Seeckt und Winnefeld auf die Reichsliste zu Repräsentationszwecken.

Schwalm bedauert, daß die Kandidatur Schmidt (Hirschberg) vom Parteivorstand an so später Stelle berücksichtigt worden sei. Schmidt (Hirschberg) müsse nicht nur als Vertreter der verarbeitenden mittleren Industrie betrachtet werden, sondern als Repräsentant des Ostens, dessen Arbeitskraft am Osthilfeprogramm unentbehrlich sei. Neumann (Breslau) äußert sich in gleicher Weise.

Dr. Roeschmann weist auf die Bedeutung einer ärztlichen Kandidatur hin.

Auf Wunsch von Dr. Böhm werden die Spitzenkandidaturen in den Wahlkreisen verlesen.

Burger bringt zum Ausdruck, daß die Partei Herrn Dr. Scholz für die Kandidatur von Seeckt dankbar sein müsse. Eine Reihe von Namen, die man gern sehen würde, fehlen, wie Graf Stolberg, Brüninghaus, Becker (Hessen). Bayern im besonderen müsse auf Dr. Zapf hinweisen, der nach Auffassung der bayerischen Wahlkreise, auch wenn er in der Pfalz an 1. Stelle aufgestellt würde, gefährdet sei. Eine Vertretung im Reichstag sei aber für Bayern unerläßlich.

Hallensleben wünscht die Sicherung der Kandidatur von Raumer auf der Reichsliste.

Pietsch (Harburg): Wir müßten die Stände berücksichtigen, die uns Stimmen bringen. Das seien Beamte und Mittelstand. Hannover-Ost müsse unbedingt die Sicherung der Kandidatur Beythien fordern. Von Angestellten hätten wir nicht viel zu erwarten.

Dr. Cremer weist darauf hin, daß die Reichsliste nicht dazu da sei, Wahlkreiskandidaten zu versichern, sondern dafür, eine Ergänzung der Wahlkreiskandidaturen durch hervorragende Persönlichkeiten herbeizuführen. Man dürfe nicht zu viel Akademiker bringen. Cremer tritt für die Kandidatur Schnell ein, der nicht nur Arzt, sondern auch Kommunalbeamter sei und dazu noch ein Vertreter der jüngeren Generation. Weiter fordert Cremer eine stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft. Die Kandidatur Meyer zu Belm müsse höher gesetzt werden.

Dr. Jochmus will die Kandidatur Feuerbaum ebenfalls weiter nach vorn gesetzt wissen.

Dr. Zehle schließt sich dem Dank an den Parteiführer für die Kandidatur Seeckt an. Zehle tritt weiter für die Kandidatur Schnell ein. Die junge Generation sei ausreichend berücksichtigt. An Stelle von Herrn Meyer zu Belm wünsche er Graf Stolberg zu setzen.

Thiel wendet sich gegen die Auffassung des Herrn Pietsch, daß die Angestellten stimmenmäßig geringe Bedeutung für die Partei hätten. Kammerzell weist darauf hin, daß Thüringen bereit war, einen Angestelltenvertreter an zweiter Stelle aufzustellen, leider aber hätte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband den Betreffenden nicht frei gegeben. Unter diesen Umständen dürften die Angestellten sich über mangelnde Berücksichtigung nicht beklagen.

Beythien weist auf die Bedeutung des Einzelhandels für die Partei hin.

Thiel weist gegenüber Herrn Kammerzell darauf hin, daß er aus einer Berufsorganisation nicht zwei Leute für den gleichen Wahlkreis beurlauben könne. Herr Thiel bezeichnet als weiter notwendig, Herrn Streiter endlich auf einen aussichtsreichen Platz zu setzen.

Die allgemeine Aussprache ist damit geschlossen, und es wird in die Einzelberatung eingetreten. Einschiebungen zu Repräsentationszwecken sollen später berücksichtigt werden.

1. Stelle. Dr. Scholz. Durch Akklamation einstimmig angenommen.

2. Stelle. Vorschlag Frau Dr. Matz. Niepoth begründet den Antrag der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft[4], an diese Stelle Herrn Dingeldey zu setzen. Frau v. Kulesza tritt dafür ein, an diese Stelle die Frau zu setzen. Stendel wendet sich gegen den Antrag der Südwestdeutschen. Letztere ziehen den Antrag zurück.

3. Stelle. Geheimrat Kahl wird durch Akklamation einstimmig angenommen.

4. Stelle. Vorschlag Morath. Jochmus schlägt Feuerbaum vor. Stendel tritt für Morath ein. Wolf schlägt Dingeldey vor. Roeschmann schlägt Schnell vor. Jochmus zieht den Vorschlag Feuerbaum zurück. Schließlich wird abgestimmt zwischen Morath und Dingeldey. Der ersteren [Kandidatur] werden 49, der letzteren 12 Stimmen abgegeben. Morath ist somit gewählt.

5. Stelle. Vorschlag Dr. v. Stauß. Die Herren Stahlknecht, Jochmus, Rode und Kuhbier treten für Feuerbaum ein. Dr. Scholz weist auf die Bedeutung der Kandidatur v. Stauß hin und darauf, daß der Parteivorstand dem Handwerk ausreichend Rechnung getragen habe. Er bäte die Gründe zu würdigen, die den Parteivorstand zu seinem Vorschlag veranlaßt haben. In der Abstimmung erhält v. Stauß 42, Feuerbaum 21 Stimmen. Von Stauß ist somit gewählt.

6. Stelle. Vorschlag Glatzel. Von anderer Seite werden Feuerbaum und Schnell vorgeschlagen. Specht, Dieckmann, Dr. Hermann, Frau Matz, Dingeldey, Burger und Dr. Rode treten für Glatzel ein. Meyer (Herford), Dr. Leidig, Beythien, Kuhbier für Feuerbaum. Dr. Roeschmann für Schnell. Auf Vorschlag Dr. Scholz wird über die 6. und 7. Stelle gemeinsam abgestimmt in der Weise, daß die Stimmenzahl für die Reihenfolge entscheidend ist. Die Abstimmung ergibt, daß Glatzel mit 36 Stimmen für die 6. Stelle gewählt ist und für die nun 7. Stelle Feuerbaum mit 28 Stimmen.

8. Stelle. Vorschlag Köngeter. Zehle schlägt Dr. Schnell vor. Frau Matz und Bach sind für Frau Hertwig-Bünger. Pietsch für Herrn Beythien. Für Herrn Köngeter sprechen die Herren Burger, Hembeck, Winnefeld und Jarres. Die Abstimmung ergibt für Köngeter 37, für Dr. Schnell 11, für Beythien 9, für Frau Hertwig-Bünger 5 Stimmen. Köngeter ist somit gewählt.

9. Stelle. Vorschlag Dr. Zapf. Nitschke, Hecker, Jochmus treten für Herrn Beythien ein. Burger, Dahn, Spitzenfaden, Zahn für Zapf. Hallensleben für v. Raumer. Böhm für Schnell. Hoffmann und Schwalm für Schmidt (Hirschberg). Sauerborn für Becker (Hessen). Die Abstimmung ergibt für Dr. Zapf 21, Beythien 16, Becker (Hessen) 10, Schnell 5, v. Raumer 4, Schmidt (Hirschberg) 2, Frau Hertwig-Bünger

[4] Wahlkreisverbände Baden, Pfalz, Württemberg, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt.

2 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Zapf und Beythien ergibt für Beythien 35 und für Zapf 26 Stimmen. Beythien ist damit gewählt.

10. Stelle. Dr. Scholz teilt mit, daß der Parteivorstand nunmehr für diese Stelle Dr. Zapf vorschlage. Hass, Stendel und Schiftan unterstützen diesen Vorschlag. Kühn und Neumann treten für Schmidt (Hirschberg) ein. Böhm und Roeschmann für Dr. Schnell, Zehle für Graf Stolberg, Sauerborn für Becker (Hessen), Wilda für Moldenhauer, Frau Matz für Frau Hertwig-Bünger und Winnefeld für Streiter. Die Abstimmung ergibt für Zapf 24, Schnell 17, Schmidt (Hirschberg) 6, Graf Stolberg 5, Moldenhauer 3, Becker (Hessen) 2, Streiter 2, Frau Hertwig-Bünger 1 Stimmen. In der Stichwahl erhält Dr. Zapf 34 und Dr. Schnell 25 Stimmen. Zapf ist damit gewählt.

11. Stelle. Vorschlag des Parteivorstands Meyer zu Belm. Buchholz und Schwalm treten für Schmidt (Hirschberg) ein. Schiftan für Graf Stolberg. Stendel betont die Wichtigkeit eines bäuerlichen Landwirts. Nitschke spricht für Meyer zu Belm, Hekker ebenso und regt an, Meyer zu Belm als Repräsentationskandidatur schon an früherer Stelle einzusetzen. Winnefeld schlägt Streiter vor, Dahn Herrn Dr. Schnell. Die Abstimmung ergibt Meyer zu Belm 19 Stimmen, Schnell 16, Schmidt (Hirschberg) 13, Streiter 3, Graf Stolberg 2. Die Stichwahl ergibt für Meyer zu Belm 26, für Dr. Schnell 29 Stimmen. Dr. Schnell ist damit gewählt.

Spitzenfaden schlägt vor, die Besetzung der weiteren Stellen dem Parteivorstand zu überlassen. Ebenso die Einsetzung der Repräsentationskandidaturen. Der Antrag Spitzfaden wird mit der Modifizierung angenommen, daß erst noch die 12. Stelle besetzt werden soll. Stendel stellt die Frage: was sind Repräsentationskandidaturen? Die Aussprache hierüber wird zurückgestellt.

12. Stelle. Vorschlag Streiter. Schwalm und Kilburger treten für Schmidt (Hirschberg) ein, Dieckmann für Frau Hertwig-Bünger. Die Abstimmung ergibt für Schmidt (Hirschberg) 26, für Streiter 21, für Frau Hertwig-Bünger 6 Stimmen. Die Stichwahl für Schmid (Hirschberg) 38 und für Streiter 18 Stimmen. Schmidt (Hirschberg) ist somit gewählt.

Als Repräsentationskandidaturen werden auf einstimmigen Beschluß eingeschoben v. Seeckt und Winnefeld, die beide an erster Stelle ihrer Wahlkreisliste kandidieren.[5] Über die Frage, ob die Kandidatur Meyer zu Belm, der an 2. Stelle auf der Liste von Hannover steht[6], als Repräsentationskandidatur auf der Reichsliste anzusehen ist, entspinnt sich eine längere Aussprache. Ebenso über den Antrag, die Kandidatur des Herrn Dingeldey einzuschieben. Herr Schütz macht den Vorschlag, daß die Inhaber von Repräsentationskandidaturen die Verpflichtung eingehen müssen, unter keinen Umständen das Mandat auf der Reichsliste anzunehmen. Es sprechen dazu die Herren Schnell, Kempkes, Thiel, Dieckmann, Stendel, Hecker, Kammerzell und Kuhbier. Kammerzell beantragt schließlich, die genannten vier Kandidaturen von Seeckt, Winnefeld, Meyer zu Belm und Dingeldey einzuschieben, die beiden letztgenannten unter der Voraussetzung einer Erklärung im Sinne des Antrags des Herrn

[5] v. Seeckt kandidierte im Wahlkreis 10 (Magdeburg), Winnefeld im Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd).

[6] Meyer zu Belm kandidierte im Wahlkreis 16 (Südhannover-Braunschweig) hinter Helmuth Albrecht.

Schütz. Der Antrag Kammerzell wird für die drei erstgenannten Kandidaturen einstimmig, für die 4. Kandidatur Dingeldey mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen.

Gemäß dem Antrag Spitzfaden bleibt die Besetzung der weiteren Stellen dem Parteivorstand überlassen.[7]

85.

24. August 1930: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

BAK R 45 II/47, p. 33–197. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen[1]; Erstschrift. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am Sonntag, dem 24. August 1930, vormittags 10¼ Uhr im Reichstag, Saal 12«.

Scholz eröffnet die Sitzung, deren Hauptaufgabe es sei, durch Feststellung des Wahlaufrufs den Auftakt zur Wahlbewegung zu geben. Ein kurzer historischer Überblick soll verdeutlichen, worum es in diesem Wahlkampf geht.

[Scholz:] Wir haben seit ungefähr zwei Jahren in Deutschland eine Regierung gehabt, die im wesentlichen von der Sozialdemokratie geleitet wurde.[2] Hand in Hand damit ging, daß auch in Preußen, dem größten Bundesstaat, die Sozialdemokratie führend in der Regierung saß.[3] Ihr, der Sozialdemokratie, der weitaus stärksten Partei in Deutschland, war damit eine Machtfülle in die Hand gegeben, wie sie kaum je seit der Revolution irgendeine Partei besessen hat; eine Machtfülle und damit gleichzeitig auch eine ungeheure Verantwortung. Hat die Sozialdemokratie von dieser ihrer Machtfülle und von ihrer Verantwortung den Gebrauch gemacht, den das deutsche Volk in seiner Gesamtheit von ihr erwarten durfte? Ich glaube, diese Frage stellen, heißt, sie verneinen.

Was ist der Erfolg der sozialistischen Regierungstätigkeit im Reich und in Preußen gewesen? Immer weiter fortschreitende Zerrüttung der Finanzen, ungeheure Arbeitslosigkeit, Unterlassung der notwendigsten Reformen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens. Es hat sich immer stärker gezeigt – und ich

[7] Die endgültige Reihenfolge der Kandidaten auf dem Reichswahlvorschlag Nr. 5 (DVP) war: 1. Scholz, 2. Frau Matz, 3. v. Seeckt, 4. Kahl, 5. Morath, 6. v. Stauß, 7. Glatzel, 8. Feuerbaum, 9. Winnefeld, 10. Köngeter, 11. Meyer zu Belm, 12. Beythien, 13. Zapf, 14. Schnell, 15. Schmidt (Hirschberg), 16. Hertwig-Bünger, 17. Streiter, 18. Brüninghaus, 19. Lehmann, 20. Völker, 21. Binge, 22. Frau Mayer, 23. Graf zu Dohna, 24. v. Flotow, 25. Echternach, 26. Redlhammer, 27. Lürßen, 28. Zierold-Pritsch, 29. Stendel.

[1] Die in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen. Tagesordnung: 1. Die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf. Redner: Parteiführer Reichsminister a. D. Scholz. 2. Aussprache und Annahme des Wahlaufrufs.

[2] Das von Hermann Müller (SPD) geführte Kabinett Müller II amtierte vom 28.6.1928–27.3.1930.

[3] In Preußen regierte seit dem 3.4.1925 ein Kabinett der Weimarer Koalition unter Otto Braun (SPD).

glaube, dem dürfte in keinem bürgerlichen Kreise widersprochen werden –, daß die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit – ich betone das ausdrücklich – unfähig ist zu positiver Wiederaufbauarbeit. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß führende Köpfe der Sozialdemokratie durchaus einsichtsvoll gewesen sind, und wir müssen anerkennen, daß insbesondere der frühere Reichskanzler Hermann Müller und auch der sozialistische Finanzminister Hilferding in vielen ihrer Äußerungen durchaus den Standpunkt vertreten haben, den auch wir immer zu dem unseren gemacht haben, daß sie bereit waren, ihrerseits sich einzusetzen für die notwendigen Reformen auf allen Gebieten, die auch wir stets angestrebt haben. Aber im entscheidenden Moment zeigte sich jedesmal, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion nicht bereit war, mit ihren Führern diejenige Verantwortung zu übernehmen, die eine objektive, nicht klassenkämpferisch eingestellte Regierung gegenüber dem gesamten deutschen Volke haben muß.

Eine unbegrenzte Ausgabenwirtschaft und damit verbunden eine dauernde Erhöhung der Steuern und Lasten, daraus wieder resultierend ein ungeheures, gar nicht mehr zu vermeidendes Erliegen der Privatwirtschaft, das sind die Etappen auf dem Wege, den wir in den letzten zwei Jahren gegangen sind. Lassen Sie auch hier mich ganz offen das aussprechen, was ich schon auf dem Mannheimer Parteitag gesagt habe: die Sozialdemokratie stellt sich durch diese ihre ganze Einstellung bewußt oder unbewußt gegen die Grundlagen der von ihr selbst mehr oder weniger geschaffenen Weimarer Verfassung.[4] Denn die wirtschaftliche Grundlage der Weimarer Verfassung – das ist unbestritten – ist die Privatwirtschaft. Die bewußte oder unbewußte Zerstörung der privatwirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Wirtschaft geht gegen den Geist auch von Weimar. Deswegen sind wir es, die wir die Privatwirtschaft vertreten, die auf dem Boden der Verfassung arbeiten. Und die Parteien, die die wirtschaftlichen Grundlagen der Weimarer Verfassung, nämlich die Privatwirtschaft, antasten, sind diejenigen, die sich gegen den Geist der Weimarer Verfassung versündigen (Sehr richtig!).

Hand in Hand mit dieser Kette der Ereignisse, die immer stärker auf ein Erliegen der Privatwirtschaft und damit indirekt auf eine Sozialisierung hinarbeiteten, gingen die Bestrebungen in allen öffentlichen Körperschaften, insbesondere in den Gemeinden, in denen die Sozialdemokraten ja vielfach die Mehrheit besitzen, die Bestrebungen auf direkte Sozialisierung und Kommunalisierung. Hand in Hand arbeitend also auf der einen Seite von staatlicher Seite die Bedrückung der Privatwirtschaft durch immer neue Steuern und Lasten, auf der anderen Seite aktiv in den Kommunen die Ausdehnung der Sozialisierung und der Kommunalisierung! Erfolg: ein immer stärkeres Dahinschwinden der wirtschaftlichen Kraft des deutschen Bürgertums, einer wirtschaftlichen Kraft, die gerade wir vom Standpunkt unserer Partei nach allen

[4] Scholz hatte auf dem Mannheimer Parteitag am 22.3.1930 ausgeführt: »Die Sozialdemokratie steht durchaus nicht in ihrer Gesamtheit und insbesondere nicht nach ihren Taten gemessen auf dem Boden der Verfassung von Weimar. Zwar war die Republik Ziel ihrer Sehnsucht seit Beginn ihres Parteilebens. Aber diese gewordene Republik ist nicht sozialistisch. Sie ist nach ihrer Verfassung durchaus aufgebaut auf der privatkapitalistischen Wirtschaft. Das führt dazu, daß auch die größte republikanische Partei innerlich gegen die deutsche Republik eingestellt ist; sie macht grundsätzlich antikapitalistische Politik, besonders auf steuerlichem Gebiet«, BAK R 45 II/7, p. 35f.

Richtungen zu erhalten genötigt sind. Auch sozialistisch eingestellte einsichtige Leute haben schon oft erkannt, daß wir durch die Politik, die wir bisher getrieben haben, in immer stärkerem Maße ein Volk von Staatsrentnern wurden und daß wir in immer stärkerem Maße dazu übergehen, gerade das zu ertöten, dessen Erhaltung alter liberaler Grundsatz ist: die verantwortungsbewußte Eigenpersönlichkeit (Sehr richtig!).

Als diese Entwicklung im Frühjahr dieses Jahres einen Grad angenommen hatte, der mit der hoffnungsvollen Zukunft Deutschlands nicht mehr vereinbar war, da entstand auf stärkste Initiative unseres Reichspräsidenten von Hindenburg die rein bürgerliche Regierung Brüning.[5] Wir müssen feststellen, daß diese Regierung eine ausgesprochene Kampfregierung, ich will nicht sagen: gegen die Sozialdemokratie, aber gegen sozialistische Theorien und Ideen war. Es würde falsch sein, an diesem entscheidenden Punkte vorbeizugehen. Wir sind diesen Weg mitgegangen, weil er der unserige war, und weil alle die Dinge, die die Regierung Brüning sich vorgenommen hatte zu erfüllen, Forderungen waren, die die Deutsche Volkspartei längst innerhalb und außerhalb des Reichstags aufgestellt hatte. Wie ich ja immer wieder auch bitte, in diesem Wahlkampf mit Stolz darauf hinzuweisen, daß alle die Reformen, die jetzt von dem bürgerlichen Kabinett Brüning mit dankenswerter Energie begonnen worden sind, ihren Ursprung finden in Anregungen und Anträgen der Deutschen Volkspartei, die wir schon vor Monaten, vor Jahren zum Teil, niedergelegt haben (Zustimmung). Wir haben keinen Grund, keinen ideellen Grund, diesen Wahlkampf zu scheuen. Denn alles das, was jetzt im Interesse der staatsbürgerlich eingestellten Kreise des deutschen Bürgertums von der Regierung verlangt wird, sind alte Forderungen der Deutschen Volkspartei.

Wir haben uns, da im ganzen genommen der Weg des Kabinetts der unsrige war, trotz stärkster Bedenken im einzelnen hinter das Kabinett gestellt. Wir haben uns gesagt, daß es unsere Pflicht sei, Einzelheiten, über die man verschiedener Ansicht sein kann, Einzelheiten sogar, die uns aufs stärkste in ihrer Auswirkung bedrückten, zurückzustellen um des großen Ganzen willen, weil wir der Überzeugung waren, daß es sich einfach um die Rettung von Volk und Staat handelte. Wir haben deshalb die Notverordnungen Hindenburgs parlamentarisch unterstützt, und Sie wissen, daß es nicht gelungen ist, gegenüber einer Mehrheit von Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten diese Notverordnungen zu verteidigen.[6]

Aus dieser Gesamteinstellung, ich möchte sagen, des deutschen Bürgertums gegenüber den Zeitereignissen mußte für jeden Denkenden der Gedanke der Sammlung aller verantwortungsbewußten Kreise des deutschen Bürgertums notwendig erwachsen. Wir dürfen für uns in Anspruch nehmen – und auch das können wir im Wahlkampf mit gutem Gewissen betonen –, daß wir die ersten gewesen sind, die schon in Mannheim im März dieses Jahres den Sammlungsruf an alle bürgerlich eingestellten Kreise gerichtet haben.

---

[5] Zur Bildung der Regierung Brüning am 30.3.1930 siehe Dok. Nr. 81, Anm. 4.

[6] Der Reichstag wurde am 18.7.1930 aufgelöst, nachdem er mit den Stimmen von KPD, SPD, DNVP und NSDAP die Aufhebung der Notverordnungen zur Deckungsvorlage und zur Gemeindegetränkesteuer beschlossen hatte, siehe Dok. Nr. 83, Anm. 2.

Meine Damen und Herren! Sie kennen den Leidensweg dieser Sammlungsbestrebungen.[7] Niemand – das darf ich wohl in diesem Saale ruhig aussprechen – hat diesen Leidensweg stärker und persönlicher empfinden müssen als ich, und ich gebe die einzelnen Phasen dieses Leidensweges durchaus der Kritik preis. Man kann in solchen außerordentlich schwierigen Verhandlungen schlechterdings wirklich nicht in jedem Augenblick das allein und absolut Richtige tun, und ich nehme es niemand übel, wenn er an der taktischen Geschicklichkeit unserer Verhandlungsführer hier und da Kritik übt. Aber das eine bitte ich, uns zubilligen zu wollen: Wir haben von allem Anfang an eine ganz klare und folgerichtige Linie eingehalten bis zum heutigen Tage, und diese Linie war die eine Linie, die auch unser Stresemann stets innegehalten und häufig in der Öffentlichkeit betont hat: Eine Sammlung des Bürgertums darf nicht einseitig nach links oder rechts optieren. Eine Sammlung des Bürgertums, ausgehend von der Deutschen Volkspartei, die sich als Kern dieses Bürgertums fühlen darf, muß es vermeiden, eine einseitige Bindung nach links oder nach rechts einzugehen (Sehr richtig!). Diese klare Linie – das bitte ich uns zuzubilligen – haben wir, ich wiederhole es, von Mannheim an bis zum heutigen Tage unentwegt innegehalten. Und wenn Sie die gesamten, unerhörten Schwierigkeiten bedenken, die gerade in dem Augenblick, in dem rechts und links von uns alles in brodelnder Gärung begriffen ist, einer derartigen Sammlungsaktion entgegenstanden, so wird man immerhin mit einer gewissen Befriedigung das eine feststellen dürfen: Wenn auch kein positiver Erfolg der Sammlung als solcher zu verzeichnen ist, so ist doch eins feststehend: Der Gedanke der Sammlung hat sich im deutschen Bürgertum und in den Parteien rechts und links von uns in immer steigendem Maße durchgesetzt, und wir haben heute doch immerhin den von meinem Standpunkt äußerst bescheidenen, aber jedenfalls den Erfolg zu verzeichnen, daß wir wenigstens eine gewisse Zukunftshoffnung – ich drücke mich sehr bescheiden aus – in dem bekannten gemeinsamen Aufruf festgelegt haben[8], eine Zukunftshoffnung, die ich dahin auswerte, daß sich im nächsten Reichstag und vielleicht in einer späteren Phase – denn es ist durchaus möglich, daß der am 14. September zu wählende Reichstag kein allzu langes Leben fristen wird – dieser Sammlungsgedanke des Bürgertums durchsetzt. Denn sonst, meine Damen und Herren, stehen wir wirklich am Grabe des deutschen Bürgertums, der deutschen Intelligenz und der deutschen Privatwirtschaft. Und das nach allen Kräften zu verhüten, ist in allererster Linie unsere, der Deutschen Volkspartei, Aufgabe.

Ich darf noch einmal, nur um ganz wenige Phasen dieser Sammlungsbestrebungen zu beleuchten, Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen, daß ich es gewesen bin, was häufig von der gegnerischen Presse vertuscht wird, der trotz Ablehnung seitens der verantwortlichen Führer der Staatspartei, trotz ausdrücklicher Ablehnung von Herrn Koch-Weser, sich mit mir zu unterhalten, die Initiative ergriffen hat, Herrn Höpker-Aschoff an den Verhandlungstisch zu bitten.[9] Es ist nicht etwa umgekehrt gewe-

[7] Siehe zum Verlauf dieser Verhandlungen bis Ende Juli auch Dok. Nr. 83, bes. Anm. 5, 6, 11, 13.

[8] Zu den Verhandlungen zwischen DVP, WP und KVP über einen gemeinsamen Wahlaufruf siehe Dok. Nr. 83, Anm. 15.

[9] Koch-Weser hatte Scholz in einem ausführlichen Schreiben vom 1.8.1930 mitgeteilt, die Gründung der Staatspartei sei nicht in der Absicht geschehen, »gesinnungsverwandte Kräfte in der Deutschen Volkspartei auszuschließen« und hatte vorgeschlagen, daß »zur Ausschaltung aller hemmenden Empfindungen und Empfindlichkeiten hüben und drüben wir beide uns von der Führung der neuen Partei zurückhalten und sie anderen Kräften überlassen«, Maurer/Wengst,

sen, und ich kann Ihnen versichern, daß ich den ehrlichen Willen hatte, mit ihm auch allein zu einer Einigung zu kommen, zu einer Einigung aber – das möchte ich im Zuge meiner vorherigen Ausführungen ganz besonders betonen –, die nicht bedeuten durfte, daß die Deutsche Volkspartei sich nach links einseitig festlegte, sondern die nur so aufgefaßt werden konnte, daß auch für die Zukunft die grundsätzlichen und geistigen Grundlagen der Deutschen Volkspartei das Entscheidende in diesem Bündnis waren (Bravo!). Denn nur so war es möglich, trotz dieser teilweisen Einigung, die ich mit aller Kraft betrieben habe, die Möglichkeit offenzuhalten zur Erreichung des großen Zieles, nämlich auch die Kräfte rechts von uns, die gewillt sind, aktiv am Staate mitzuarbeiten, heranzuziehen. Wäre die Einigung auf der Basis erfolgt, wie sie die Staatspartei wünschte, dann, meine Damen und Herren, wäre – das ist keine Phantasie, sondern ich bin in der Lage festzustellen, daß es die ausgesprochene Meinung der rechts von uns stehenden Parteien, also der Konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei gewesen ist – jede Verhandlung für die und für uns für absehbare Zeit ausgeschlossen gewesen.[10] Ich brauche auch nicht darauf hinzuweisen, daß eine einseitige Bindung mit der Staatspartei in der Form, wie sie sie wünschte, in unsere eigenen Reihen stärkste Zerrissenheit hineingetragen hätte (Lebhafte Zustimmung), und ich glaube, daß Sie es mir als Ihrem Führer nicht verwehren dürfen, daß er in erster Linie dafür eintreten muß, daß die Partei ganz, geschlossen und einig bleibt (Beifall).

Ich habe schon festgestellt, daß der große Sammlungsgedanke nicht zum Abschluß gekommen ist. Ich halte ihn nicht für tot. Auch das habe ich mehrfach betont. Es wird unsere Aufgabe sein und bleiben müssen, die wir am stärksten vielleicht von allen Parteien im Reichstag eingesetzt sind zur Hüterin der deutschen Privatwirtschaft, der verantwortungsbewußten Eigenpersönlichkeit, der staatlichen Geschlossenheit Deutschlands und Preußens, mit aller Stärke uns auch in Zukunft dafür einzusetzen, daß auf möglichst breiter Basis des deutschen Staatsbürgertums diese Verteidigungs- und Angriffsarbeit geleistet werden kann.

Dok. Nr. 124, S. 350. Am 7.8.1930 hatte dann ein Treffen zwischen Scholz und Höpker-Aschoff stattgefunden, in dem Scholz das Aufgehen der DStP in der DVP vorschlug. Höpker-Aschoff lehnte diesen Vorschlag ab und plädierte für einen Zusammenschluß der Parteien auf »gleichberechtigter Grundlage« unter der Führung von Kahl, was Scholz zurückwies, NLC 7.8.1930. Zur Haltung von Scholz siehe seine Artikel »Der Sinn des Zusammenschlusses«, »Deutsche Allgemeine Zeitung«, 9.8.1930, Nr. 365/366; »Was ich will«, »Kölnische Zeitung«, 10.8.1930, Nr. 433. Am 6.8.1930 hatte Koch-Weser in einem Aktenvermerk festgehalten: »Herrn Meyer bitte ich zu sagen, daß ich keinesfalls öffentlich die Schuld haben möchte, wenn der Termin Donnerstag [7.8.1930] nicht zustandekommt [...] Ich möchte aber raten, daß er [Höpker-Aschoff] hingeht und Scholz ins Unrecht setzt. Erklärt Scholz, daß er eine Verschmelzung nicht will und den umfassenden Sammlungsideen nachjagt, so ist meine und unsere ganze Haltung gerechtfertigt. Ich wußte doch, daß er diesen Ideen nachhängt und konnte ihn nicht einweihen. Sollte er anders denken, so muß ihm klargemacht werden, daß die Volksnationalen ihn nicht wollen und er zurücktreten muß. Aber ich halte seine Ablehnung für sicher«, BAK NL Koch-Weser 105, p. 233. Weitere Verhandlungen vor der Reichstagswahl stellten sich in der Aussprache als zwecklos heraus, siehe dazu auch Jones, Sammlung, S. 298ff.; ders., Liberalism, S. 374f.

[10] Am Nachmittag des 7.8.1930, unmittelbar nach den Verhandlungen zwischen Scholz und Höpker-Aschoff (siehe Anm. 9), war die Absicht von DVP, KVP, WP und CNBL gescheitert, den Wahlkampf gemeinsam zu führen, siehe dazu detailliert Jones, Sammlung, S. 300ff.

Wir werden diesen Wahlkampf nicht zu führen haben gegen die Staatspartei, gegen die anderen Parteien rechts von uns, die mit uns gemeinsam, um mich so ausdrücken zu dürfen, die Hindenburg-Linie zu verteidigen bereit sind. Wir werden in dieser Beziehung unsererseits alles tun müssen, um den großen Sammlungsgedanken auch für die Zukunft nicht zu erschweren. Trotzdem gestatten Sie mir, einen Ausdruck des Bedauerns einfließen zu lassen bezüglich einiger Entwicklungen in verschiedenen Wahlkreisen, die nach dieser Richtung nicht ganz im Zuge unserer Politik lagen (Sehr richtig!). Ich verkenne durchaus nicht, daß in Süddeutschland, speziell gesprochen in Baden und Württemberg, besondere Verhältnisse vorliegen. Jeder, der die Struktur auch unserer Partei und die Lagerung zu den Demokraten in Süddeutschland kennt, wird mir zugeben, daß die Verhältnisse dort völlig anders liegen als in weiten Kreisen des übrigen Vaterlandes. Aber trotzdem hätte ich es, das spreche ich offen aus, gern gesehen, wenn man dort in engerer Verbindung, als es geschehen ist, mit der Zentralleitung vorgegangen wäre (Lebhafte Zustimmung). Es entspricht nicht der Übung, daß die einzelnen Wahlkreise, insbesondere vor einer Wahlschlacht, ihre eigene Politik machen, und ich hätte, wie ich nochmals betone, gewünscht, daß wir rechtzeitig über die dortigen Entwicklungen orientiert worden wären.[11]

Nachdem die Dinge einmal ihren Lauf genommen haben, und nachdem man, wie ich schon betont habe, das eine wird feststellen dürfen, daß dort besondere Verhältnisse vorliegen, auch beispielsweise in der Stellung der Staatspartei und Volkspartei in gemeinschaftlichem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, also völlig umgekehrt als in Preußen – ich sage, nachdem nun einmal diese Entwicklung stattgefunden hat, nützt es, glaube ich, nichts, nachträglich mit heftiger Kritik an diesen Dingen zu rütteln, sondern man muß gute Miene – ich will nicht sagen: zum bösen – zum Spiel machen. Und man kann es auch, meine Damen und Herren. Man kann es dann, wenn man, wie ich das tue, den Sammlungsgedanken, der nicht tot ist, sondern der leben soll, in den Vordergrund der Dinge stellt (Sehr wahr!), und wenn man auch diese Entwicklung einstellt in den Gesamtsammlungsgedanken und sie auffaßt als eine Etappe auf diesem Wege (Sehr gut!).

Selbstverständlich muß man dann aber auch – und das ist ja auch zum Teil geschehen – die Möglichkeit geben, eine gleiche Entwicklung mit einer Partei rechts von uns anzubahnen.[12] Ob das an sich im Wahlkampf unserer speziellen volksparteilichen Linie nutzt, ist mir allerdings zweifelhaft (Sehr wahr!). Aber wir müssen uns, wie gesagt, darauf einstellen, in diesem Falle das Beste aus der Sache zu machen und

[11] Anfang August 1930 hatten sich die Wahlkreisverbände 31 (Württemberg) und 32 (Baden) ohne vorherige Rücksprache mit der Parteileitung darauf geeinigt, bei den Reichstagswahlen gemeinsam mit der DStP auf einer Einheitsliste »Deutsche Volkspartei – Deutsche Staatspartei« (Württemberg: 1. Listenplatz: Heuß (DStP), 2. Platz: Keinath (DVP); Baden: 1. Platz: Curtius (DVP), 2. Platz: Dietrich (DStP)) anzutreten, siehe dazu auch Albertin/Wegner, Dok. Nr. 163; Maurer/Wengst, Dok. Nr. 131; Ende der Parteien, S. 33 f.; zu Baden siehe bes. den Telegrammwechsel zwischen Dietrich und Curtius am 9. und 10. 8. 1930, BAK NL Dietrich 255, p. 89 ff. In Schleswig-Holstein scheiterte ein solcher Zusammenschluß an der Haltung der DStP und am energischen Eingreifen des PV, siehe die Niederschrift eines Telephonats zwischen Kempkes und Macht (DVP-Schleswig) vom 14. 8. 1930, Landesarchiv Schleswig NL Schifferer 27g.

[12] Nach längeren Verhandlungen kam Anfang 1930 im Wahlkreis 1 (Ostpreußen) ein – von der Berliner Parteileitung mißtrauisch betrachtetes – Wahlbündnis zwischen DVP und KVP zustande (1. Listenplatz: Graf Kanitz (DVP), 2. Platz: v. Janson (KVP)).

zu sagen: Auch das sehen wir an als eine vielleicht notwendige Etappe auf dem großen Wege zur Sammlung des gesamten Bürgertums, dem Wege, den wir jetzt in seinem Ziele nicht erreicht haben, den wir aber fortsetzen müssen im Interesse der Gesamtheit der Nation.

Meine Damen und Herren! So viel über die Frage des Sammlungsgedankens. Und nun einige kurze Worte über unsere Einstellung im Wahlkampf überhaupt. Ich glaube, aus dem historischen Überblick werden Sie entnommen haben, daß es in diesem Wahlkampf, wie die Dinge geworden sind, einfach nicht anders geht, als daß sich die Spitze dieses Wahlkampfes, von der Volkspartei aus gesehen, einmal gegen die radikalen und staatszerstörenden Elemente auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken, dann aber, der ganzen Entwicklung der Dinge folgend, gegen diejenigen sozialistischen Ideen richtet, die uns in das Unglück hineingebracht haben, in dem wir leben.

Wir haben in dem Wahlaufruf, der bereits verteilt und wohl in Ihren Händen ist, unter anderem auch stark betont, daß wir den Wehrgedanken im deutschen Volke aufrechterhalten wollen[13] (Bravo!). Deshalb ist es vielleicht nicht ganz unangebracht, einmal ein taktisches Wort aus der alten Felddienstordnung zu zitieren. In der alten Felddienstordnung des deutschen Heeres steht ein taktisch sehr bemerkenswerter Satz, wie ja überhaupt diese alten militärischen Gesetze nicht die schlechtesten waren (Sehr wahr!). Da steht: »Das Ziel ist zu bekämpfen, das für die jeweilige Gefechtslage ausschlaggebend ist«. Ein sehr weises Wort! Deshalb ist für uns die Gefechtslage vollkommen klar. Ich betone nochmals: sie richtet sich gegen die staatszerstörenden Elemente rechts und links, sie richtet sich aber dem ganzen Sinn der Verteidigung der Hindenburgfront und der Verordnungen, die den Anfang derjenigen Reformen bilden, die auch wir für nötig halten, grundsätzlich gegen die sozialistischen Theorien und Einstellungen, womit ich nicht gesagt haben will, daß damit die gesamte Sozialdemokratie gemeint ist. Wir sind über den Verdacht erhaben, daß wir grundsätzlich eine Koalition mit der Sozialdemokratie ablehnen. Wir haben in hunderten von Fällen gezeigt, daß wir dazu bereit sind. Wir sind dann dazu bereit, wenn es uns möglich erscheint oder wenn es uns richtig erscheint, aus taktischen Gründen mit der Sozialdemokratie zusammen uns zu koalieren, aber doch natürlich nur dann, wenn wir glauben, in der Koalition besser unsere Auffassungen durchsetzen zu können als außerhalb der Koalition. Daraus geht, glaube ich, ganz klar hervor, was so oft in unseren Kreisen betont worden ist: Koalition ist immer Taktik, ist aber nie Gesinnungsgemeinschaft. Ob ich mit der Sozialdemokratie in einer Koalition meine Ziele besser durchsetze oder ob ich sie im Kampf mit ihr besser durchsetze, ist einfach eine Tatfrage. Und wenn sie diese Tatfrage heute einmal stellen, so glaube ich, mit aller Entschiedenheit sagen zu dürfen: Diejenigen großen Reformen, die wir in erster Linie vertreten haben und die jetzt das bürgerliche Kabinett Brüning, gestützt durch den Reichspräsidenten, durchzusetzen sich vorgenommen hat, werden Sie nur im Kampfe mit der Sozialdemokratie durchsetzen können (Zustimmung), einfach deshalb, weil es eine ganze Reihe von Dingen gibt, zu denen die Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit sich nun einmal offiziell nicht bekennen kann; woraus gar nicht zu folgern ist, daß sie sich nicht unter Umständen selbst vergewaltigen lassen

[13] Zum Entwurf des Wahlaufrufs siehe S. 1128ff.

wird. Aber das kann man natürlich nicht tun, wenn Sozialdemokraten selbst die leitenden Stellen in der Regierung innehaben, wie das jetzt die letzten zwei Jahre bis in das Frühjahr dieses Jahres hinein der Fall gewesen ist. Deshalb glaube ich, daß auch hier die taktische Lage vollkommen entschieden ist, so nämlich, daß es darauf ankommen muß – und auch diese Erwägung mündet schließlich in die Sammlungsbestrebung hinein –, der mächtigen Sozialdemokratie in Deutschland eine große Front staatsbürgerlicher Parteien gegenüberzustellen, die in der Lage ist, ihr mindestens das Gleichgewicht zu halten, die in der Lage ist, mit ihr in fair play zu kämpfen um die Grundauffassungen von Wirtschaft und Staat, die nun einmal verschieden sind zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Einstellung.

Aber lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun übergehen zu dem, was wir positiv im Wahlkampf zu vertreten haben werden. Damit komme ich gleich zu dem inneren Sinn und äußeren Aufbau unseres Wahlaufrufs. Daß in diesem Wahlaufruf unser Sammlungswunsch, unsere Sammlungsbestrebungen zu erwähnen sind, dürfte keinem Bedenken begegnen. Und was die positive Einstellung unserer Partei betrifft, so hat es der Parteivorstand für richtig gehalten, den Wahlaufruf gewissermaßen in zwei Teile zu gliedern: auf der einen Seite das zu sagen, was wir mit Stolz, wie ich betont habe, für uns in Anspruch nehmen können, das, was wir in den letzten Jahren gerade auf dem Gebiet derjenigen Reformbestrebungen positiv getan haben, die heute Inhalt und Gegenstand der Regierungserklärungen und der Notverordnungen sind, und auf der anderen Seite diejenigen Ziele herauszuarbeiten, für die wir in Zukunft in Ergänzung dieses Reformprogramms zu kämpfen gedenken.

Da lassen Sie mich in Anlehnung an den Wahlaufruf Ihnen folgendes sagen. Wir sind es gewesen, die seit Jahren, teilweise unter schwersten Opfern – das wissen Sie alle –, uns am stärksten eingesetzt haben für den äußeren und inneren Wiederaufbau des Deutschen Reiches. Unser Stresemann, und das darf nicht vergessen werden, ist es gewesen, der Deutschland die Gesamtfreiheit seines Territoriums wiedergegeben hat, auf deren Grundlage überhaupt erst ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg möglich ist[14] (Bravo!). Er ist es gewesen, der mit der Unterstützung seiner Partei diese erste Möglichkeit zur Zusammenfassung der gesamten staatlichen Kräfte überhaupt wieder gegeben hat, und ich glaube, es sollte noch Dankbare im deutschen Volke geben, die diese Tatsache anerkennen (Sehr richtig!), und die hinweggehen über diejenigen Schwätzer, die immer von Freiheit reden, für diese Freiheit aber niemals das mindeste getan haben (Lebhafte Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Wir sind es gewesen, die auf allen Gebieten, insbesondere auf finanziellem und sozialem Gebiet, den beiden großen Gebieten, denen die Reformarbeit auch des Kabinetts Brüning bisher gegolten hat, bahnbrechend und wegweisend gewesen sind. Ich darf daran erinnern, daß wir in der Fraktion der Deutschen Volkspartei schon vor zwei Jahren einige Anträge auf Verfassungsänderung gestellt haben[15], die, wenn sie damals angenommen worden wären – das wage ich kühnlich zu behaupten –, verhindert hätten, daß wir in ein solches finanzielles Elend

[14] Die Räumung des Rheinlandes von alliierten Truppen wurde am 30.6.1930 beendet, siehe auch Dok. Nr. 76, Anm. 28; Nr. 81, Anm. 23.

[15] Die DVP hatte am 14. Dezember 1928 einen Antrag auf Änderung der Art. 54 (Mißtrauensvotum) und 85 (Reichshaushalt) WRV im Reichstag eingebracht, siehe Dok. Nr. 82, Anm. 9.

hineingeschliddert wären, wie wir es tatsächlich sind. Darauf können wir uns berufen und müssen wir uns berufen auch im Wahlkampf. Wir sind es gewesen, die immer darauf hingewiesen haben, daß die Gesundung der deutschen Wirtschaft nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß man ihr immer neue Steuern und Lasten auferlegt, sondern daß umgekehrt eine Entlastung der Wirtschaft durch stärkste Sparsamkeit und Rationalisierung auf allen Gebieten das Notwendige ist. Wir haben auch, von diesem Standpunkt der Rationalisierung ausgehend, immer wieder betont: Reichsreform, Verwaltungsreform, Finanzreform. Wir haben, worauf bisher viel zu wenig hingewiesen worden ist, die ganz große Genugtuung gehabt, daß der Reichskanzler Dr. Brüning, ein Zentrumsmann, unter vollkommener Preisgabe aller Erzbergerschen Theorien, in seiner letzten großen Rede vor dem Reichstag diejenigen finanziellen Auffassungen vertreten hat, die wir von Anbeginn nach der Revolution festgehalten haben, diejenigen nämlich, die endlich einmal eine klare Scheidung der Verantwortung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bezüglich ihrer Finanzgebarung sichern wollen.[16] Das ist das Entscheidende. Alle Sparsamkeitsmaßnahmen äußerer Art nützen nichts, wir müssen zu einer Regierung kommen, bei der derjenige, der Ausgaben beschließt, auch verantwortlich gemacht wird für ihre Deckung (Sehr richtig!). Das ist das Alpha und Omega jeder vernünftigen Finanzwirtschaft. Und daß das ein Zentrumskanzler in direktem Gegensatz zu den Erzbergerschen Theorien offen im Reichstag ausgesprochen hat – es hätte nur noch gefehlt, daß der Name Erzberger mit einem Anathema versehen worden wäre, aber innerlich gesehen war es eine Verurteilung der Erzbergerschen Theorien –, das zeigt, daß die volksparteiliche Auffassung auf diesem Gebiet allmählich so ziemlich das ganze deutsche Bürgertum ergriffen hat. Aber wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir seit zehn Jahren es gewesen sind, die auf die verhängnisvollen Auswirkungen der Erzbergerschen Finanz- und Steuergesetzgebung immer wieder hingewiesen haben.

Unsere Zukunftsziele! Ich halte es für klar, daß wir auf dem Gebiet der Außenpolitik, das ja gewissermaßen durch Stresemann zu einer Domäne der Deutschen Volkspartei geworden ist, nicht etwa den Standpunkt einnehmen, als ob nun durch den Young-Plan und seine Auswirkungen die ganze Außenpolitik für uns erledigt wäre. Ferne davon! Die großen Aufgaben beginnen vielleicht erst (Sehr richtig!). Deshalb muß auch auf diesen Ausbau der Stresemannschen Politik hingewiesen werden. Er selbst hat nicht angenommen, daß mit der Befreiung der Rheinlande seine Politik erledigt wäre. Er selbst hat betont, daß dann ganz große Aufgaben, besonders im Osten, unserer harren. Und das zum Ausdruck zu bringen, ist, glaube ich, die Pflicht seiner Partei.

Daß wir im weiteren den starken Ausbau aller derjenigen Reformbestrebungen, die ich angedeutet habe, in unser Programm aufnehmen müssen, scheint mit klar zu sein. Wir müssen aber auch in den Vordergrund unserer Betrachtungen stellen, daß wir eine Partei sind, die nicht nur in der Erwägung finanzieller und steuerlicher und wirtschaftlicher Probleme aufgeht, sondern müssen stark betonen, daß wir eine Partei der Kultur sind (Sehr richtig!). Wir müssen herausschälen den inneren Zusammenhang, den doch schließlich die deutsche Kultur auch mit unserer ganzen Staatswerdung und mit unseren Auffassungen vom Staat hat. Wir sind in ganz großer

[16] Zur Reichstagsrede Brünings vom 15.7.1930 siehe Dok. Nr. 83, Anm. 18.

kultureller Gefahr. Ich habe das in Mannheim schon ausgeführt und will heute nur noch daran erinnern. In immer stärkerem Maße bis in die Familien hinein, die doch schließlich bisher der Sitz und der Hort deutscher Kultur waren, dringen die Mächte des Bolschewismus auf dem Gebiete der Kunst und Literatur in einer derart zersetzenden Weise, wie man das gar nicht scharf genug herausheben kann. Das ist ja das Schlimme, daß das nicht plötzlich und wie eine große Flamme herausschlägt, sondern daß sich dieser Brand bolschewistischer Ideen in das Gebälk selbst des Hauses und der Familie hineinfrißt, bis schließlich die ganze Gesinnung unterhöhlt ist und wir reif sind, das zu werden, was Rußland geworden ist (Sehr wahr!). Da ist es unsere besondere Aufgabe als Deutsche Volkspartei, uns schützend vor die deutsche christliche Kultur zu stellen, schützend vor das deutsche Familienleben, das immer noch der Hort dieser deutschen christlichen Kultur gewesen ist. Fassen Sie bitte diese Aufgabe nicht gering auf, denn die Mächte sind unendlich stark, und wenn man heute erleben muß, um nur ein Beispiel zu sagen, daß wieder einmal, jetzt in deutscher Übersetzung, der unglückliche Kreuzer Potemkin alle Lichtspieltheater unsicher macht[17], und daß da hinein nicht Hunderte, nicht Tausende, sondern Hunderttausende, auch von unseren Kindern strömen und dort systematisch vergiftet werden, dann zeigt dies, wohin der Weg geht, und wie notwendig es ist, derartigen Dingen rechtzeitig entgegenzutreten.

Ich glaube, daß wir in diesen Bestrebungen auch die Jugend auf unserer Seite haben. Denn Gott sei Dank lebt wenigstens in unserer volksparteilichen Jugend noch das alte Ideal des christlichen deutschen Staates. Die Jugend will sich nicht durchseuchen lassen, die Jugend sieht diese Gefahren selbst, und sie wird mit uns daran arbeiten, diesen Gefahren zu begegnen. Deshalb haben wir auch in diesem ganzen Wahlkampf von Anfang an – und ich glaube, in dieser Beziehung wird die sonst außerordentlich angefochtene Reichsliste wenigstens Ihre Billigung grundsätzlich finden – auch in der Reichsliste mit voller Absicht zum Ausdruck bringen wollen, daß junge und neue Elemente in die Deutsche Volkspartei einziehen sollen. Wir sollen gewissermaßen mit der Jugend kämpfen, und wir hoffen, daß die Jugend im verstärktesten Ausmaße auf dem Kampffeld der politischen Parteien erscheint.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag hat am Tage des Auseinandergehens ein starkes Bekenntnis abgelegt zu Volk, Vaterland und Hindenburg; sie ist auseinandergegangen mit dem Ruf: Mit Hindenburg für die Rettung des Staates![18] Das ist auch die Grundauffassung, in der wir in den Kampf hineingehen. Wir können

[17] Sergej Eisensteins Film »Panzerkreuzer Potemkin« konnte erst 1926 nach hartnäckigem Widerstand der deutschen Zensurbehörden aufgeführt werden; siehe dazu Klaus Petersen, Zensur in der Weimarer Republik, Stuttgart 1995, S. 245 ff. Zur Wirkung der »Russenfilme« siehe Helmut Korte (Hg.), Film und Realität in der Weimarer Republik, München 1978, S. 84–92.

[18] Die Reichstagsfraktion hatte am 18.7.1930 unter der Überschrift »Das Reich in höchster Not« einen Aufruf (Text: DGK 1930 Inl., S. 447) erlassen, in dem es u.a. hieß: »Im Einklang mit der Deutschen Volkspartei hat Reichskanzler Brüning die feierliche Verpflichtung zur Durchführung eines großzügigen Reformprogramms für die Herbstmonate übernommen. Hinter diesen Worten steht die ehrwürdige Person des Reichspräsidenten von Hindenburg. Das Volk muß entscheiden, ob es den zerstörenden und auflösenden Kräften unverantwortlicher und verblendeter Parteipolitiker mehr vertrauen schenken will als dem jederzeit bewährten, vorbildlichen vaterländischen Pflichtgefühl Hindenburgs. Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung, das soll unser Wahlspruch sein«.

es tun aufgrund unserer bisherigen Leistungen. Wir müssen es tun, indem wir betonen, daß das alles, auch das, was wir bisher beantragt und gewollt haben, nicht hinreicht, sondern daß ganz grundlegende Reformen auf allen Gebieten der Finanz-, der Wirtschafts- und der großen Politik erforderlich sind, wobei ich auch die Wahlreform nicht ausschließe; allerdings mit dem einen Hinweis darauf, daß leider Gottes der bisher veröffentlichte Regierungsentwurf einen, und zwar den Hauptpunkt nicht angreift: die Frage des Wahlalters[19] (Lebhafte Zustimmung).

Auf allen diesen Gebieten müssen wir weiter mit aller Kraft und Entschiedenheit den Weg gehen, den wir bisher eingeschlagen haben. Aber wir müssen ihn ausweiten zu ganz großen Zielen, zu den Zielen, die ich mir erlaubt habe, Ihnen anzudeuten, zu den Zielen, die auch im Wahlaufruf versucht worden sind zum Ausdruck zu bringen. Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie in dieser Stunde, die uns einem der schwersten Wahlkämpfe entgegenführt, die wir hier zu bestehen hatten, darum, daß wir aufgrund, das kann ich ehrlich sagen, unseres guten Gewissens sowohl gegenüber Deutschlands Bürgerschaft wie gegenüber der Verantwortung für die großen Sammlungsbestrebungen der staatsbürgerlich eingestellten Parteien geschlossen und einig in diesen Wahlkampf hineingehen (Beifall). Ich bitte auch besonders heute – und ich darf diese Bitte aussprechen auch im Namen des Parteivorstandes –, wenn irgendmöglich, das Trennende zurückzustellen und mit uns zu versuchen, diejenigen Kräfte vorzubereiten, die wir dringend brauchen, um diesen Wahlkampf einigermaßen mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Stärkste Einigkeit der Partei ist, wie früher, so besonders auch heute dringendes Gebot der Stunde. Wir werden diesen Wahlkampf nach meiner Auffassung mit gutem Gewissen führen können, aber wir können ihn nur führen, wenn wir einig sind und geschlossen (Bravo!).

Deshalb, meine verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, bewahren Sie die Treue, die Sie in vorbildlicher Weise der Deutschen Volkspartei stets gehalten haben, auch in diesem gefahrdrohenden Moment. Die Deutsche Volkspartei muß nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern im Interesse – das dürfen wir ruhig aussprechen – des gesamten deutschen staatsbürgerlich eingestellten Bürgertums in Kraft und Stärke erhalten bleiben, wenn anders es überhaupt möglich sein soll, dem deutschen Bürgertum diejenige Stellung zu erhalten, auf die es Anspruch hat aufgrund seiner Leistungen.

Mit dieser Bitte möchte ich schließen. Fassen wir alle Kräfte zusammen, um den Auftakt zur Wahl zu geben durch einen möglichst starken, möglichst begeisternden Wahlaufruf, darüber hinaus aber indem jeder einzelne hinausgeht in den Wahlkampf mit gutem Gewissen, mit der Hoffnung darauf, daß die Deutsche Volkspartei erhalten bleibt als Kern des deutschen Bürgertums. Glückauf zum Wahlkampf! Treu zur Volkspartei, treu zu Hindenburg, treu zum Vaterland! (Stürmischer langanhaltender Beifall).

[19] Die DVP-Fraktion hatte dem Reichstag am 11.7.1930 einen Gesetzentwurf zur Erhöhung des Wahlalters auf 25 Jahre zugeleitet, siehe Dok. Nr. 82, Anm. 25. Der vom Kabinett am 19.8.1930 behandelte Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform sah jedoch keine Heraufsetzung des Wahlalters vor, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 102.

Entsprechend dem Vorschlag von Scholz wird die Besprechung des Wahlaufrufs mit der allgemeinen politischen Diskussion verbunden.

In der Aussprache erklärt als erster Redner Steffens seine volle Übereinstimmung mit den von Scholz entwickelten Grundlinien. Eindringlich stellt er die Notlage der ostdeutschen Landwirtschaft dar und fordert die Partei auf, im Wahlkampf auch für den deutschen Osten einzutreten.

Herr Frank Glatzel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Reichsgemeinschaft der jungen Volksparteiler bisher im Kreise der Partei Forderungen vorgetragen hat, die sich auf die Reform der Partei und auf die starke grundsätzliche Kampflinie bezogen haben, so glaube ich, daß wir im gegenwärtigen Augenblick mit einem moralischen Recht vor Ihnen stehen und nicht nur mit Forderungen. Denn das, was in den letzten Wochen in Deutschland eine entscheidende Rolle gespielt hat, die Diskussion über die Frage der Sammlungspolitik, sah die Reichsgemeinschaft an einem entscheidenden Eckpunkt der Partei, und ich glaube, niemand von Ihnen wird leugnen können, daß die Entscheidung, die unsere Bewegung gefällt hat, für die Existenz der Volkspartei von wesentlicher Bedeutung gewesen ist, weil der Angriffspunkt, der gegen uns gerichtet worden ist, ganz wesentlich nicht nur den linken Flügel der Partei betraf, sondern sämtliche Schichten der jüngeren Generation.[20] Wenn ich das hier ausspreche, so tue ich es um deswillen, weil ich das Gefühl habe, daß zwar in dem Augenblick der Gefahr für diese Sachlage in den Kreisen der Parteifreunde ein gewisses Gefühl vorhanden ist, daß aber bereits ziemlich kurze Zeit danach, nachdem das Gespenst unmittelbar gebannt war, man sehr schnell wieder vergessen hat, in welcher Gefahr man sich befunden hatte. Ich darf daher folgendes aussprechen. Wenn hier vom Standpunkt der Parteiführung zum Ausdruck gebracht worden ist, daß es bei der Frage der Listenverbindungen im Lande erwünscht gewesen wäre, zunächst mit der Zentrale der Partei Fühlung zu nehmen, so muß ich ebenso sagen, daß es bei der Aufstellung der Kandidaturen im Lande erwünscht gewesen wäre, daß man nicht alle Kandidaturaufstellungen lediglich nach den örtlichen und regionalen Gesichtspunkten gemacht hätte, sondern daß man da über das ganze Reich einen Zusammenhang hergestellt hätte (Sehr richtig!). Denn wenn Sie sich jetzt die Gesamtheit der Kandidatenlisten im Reich, die die Deutsche Volkspartei den Wählern vorstellt, ansehen, dann werden Sie feststellen müssen, daß dabei im wesentlichen ein großer Zug einer neuen Richtung nicht zum Ausdruck gekommen ist, daß es insbesondere zu meinem außerordentlichen Bedauern nicht gelungen ist, Kandidaten der jungen Richtung und Kandidaten der Arbeitnehmerschaft an entscheidenden Punkten auf die Landeslisten zu bringen.[21] Das muß hier ausgesprochen werden, das muß um der Ehrlichkeit willen ausgesprochen werden. Es hat darin seinen Grund, daß wir bei der Aufstellung der Kandidaturen immer allzusehr von

[20] Zahlreiche Wahlkreisverbände standen den Aktivitäten der RjV und ihrer Haltung bei den Bemühungen um einen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien äußerst reserviert gegenüber, siehe auch Dok. Nr. 83, Anm. 11.

[21] Glatzel hatte sich bereits am 12.8.1930 in einem Schreiben an Scholz darüber beschwert, daß viele Parteistellen der RjV mit Mißtrauen begegneten und eine weitergehende Berücksichtigung von Kandidaten der RjV gefordert, siehe BAK R 45 II/5, p. 47.

den regionalen Gesichtspunkten ausgehen, daß die zusammenfassenden Tendenzen dabei zu wenig berücksichtigt werden.

Die Reichsgemeinschaft und die gesamte junge Richtung hat die Entscheidung, die sie in Kassel gefällt hat[22], in einem schweren Gewissenskampf gefällt für eine klare politische Linie, und sie läßt sich auch nicht durch irgendwelche Mißstimmung über diese Dinge, die ich eben erwähnt habe, irremachen in ihrer Haltung. Sie wird klar und entschlossen, wie sie bisher ihren Weg gegangen ist, auch weiter in diesem Wahlkampf für die Partei kämpfen. Aber ich habe mich für verpflichtet gehalten, das doch wenigstens hier zum Ausdruck zu bringen, und ich möchte Sie bitten, doch zwei Dinge in dem Wahlaufruf wesentlich stärker zum Ausdruck zu bringen.

Erstens die Tatsache, daß wir es begrüßen, daß die Kräfte der jungen Generation aktiv in die Politik eingreifen, und daß wir uns da nicht mit dem Satz begnügen, der am Schluß des Aufrufs steht. Zweitens, daß wir klar herausarbeiten, daß die Partei nicht nur eine Partei der Wirtschaft und des Eigentums ist, sondern daß sie auch eine Partei der Arbeitnehmer ist. Ich vermisse in dem ersten Teil des Aufrufs ein derartiges Bekenntnis. Es würde uns zweifellos dies entgegengehalten werden, wenn das in dem Aufruf fehlen würde. Ich stelle daher zunächst, indem ich mir eine Formulierung für den Punkt des Mitkampfes der Arbeitnehmer vorbehalte, einen Antrag in Bezug auf die Frage des Mitkampfes der jungen Generation. Ich beantrage den letzten Satz des Aufrufs: »Für diese Ziele ... soll die Jugend auf dem politischen Kampffeld erscheinen« zu streichen und dafür zu setzen, und zwar mit fettem Druck: »Wir begrüßen und fördern die aktive Anteilnahme der jungen Generation am politischen Geschehen unserer Tage und wünschen sie an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft in stärkstem Maße politisch und persönlich zu beteiligen« (Bravo!).

[22] Auf dem Reichsvertretertag der RjV am 3.8.1930 in Kassel war folgende Resolution verabschiedet worden: »Breiteste Schichten des deutschen Volkes sind des Parteistreites müde und fordern die Sammlung aller Deutschen, die in nationaler Disziplin und Verantwortung gegen Phrasen und Staatsverneinung stehen. Die Erfüllung dieser Volkssehnsucht ist die besondere Aufgabe, die in dieser geschichtlichen Stunde der jungen Generation zufällt. Als ihr Vorkämpfer hat die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler dafür zu sorgen, daß die zur großen Sammlung drängende Parteienbewegung der Mitte nicht vorzeitig erstarrt, daß nicht einseitige Teillösungen die geforderte Gesamtlösung unmöglich machen. Diese Sammlung darf nicht an Regiefehlern und Mißgriffen scheitern. Wenn die neugegründete Deutsche Staatspartei und die in ihr vorhandenen jungen Kräfte ernsthaft gewillt sind, nach den entsprechenden Erklärungen ihrer Gründer zu einer allgemeinen Sammlung beizutragen, so wird auch sie neue Wege zu Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei finden. Die Reichsvereinigung junger Volksparteiler wird jeden Versuch zu einer Verständigung fördern. Sie erwartet dabei, daß die Staatspartei sich der Notwendigkeit, sich in die beabsichtigte große Parteienfront einzureihen, nicht entzieht. Die Reichsvereinigung junger Volksparteiler bejaht den von der Deutschen Volkspartei in dieser Richtung unternommenen Versuch. Sie wendet sich entschieden gegen jede Bestrebung, die Deutsche Volkspartei zu spalten und die Reichsvereinigung junger Volksparteiler in einen Gegensatz zu ihr zu drängen. Daß sich eine neue Front politischer Parteien mit dem Ziele eines großen Zusammenschlusses anbahnt, ist das Verdienst der jungen Generation. Die Reichsvereinigung junger Volksparteiler geht in gleichem Sinne den Weg der Sammlung, den die Deutsche Volkspartei einschlägt, und dient damit der Erneuerung des Reichs«, DKG 1930 Inl., S. 449. Zur Kritik innerhalb der RjV an der Leitung Glatzels und am Verlauf der Kasseler Tagung, bei der Glatzel verhinderte, daß Delegierte aus Berlin, Lübeck und Frankfurt/M. einen Resolutionsentwurf einbrachten, in dem eine Vereinigung von DVP und DStP gefordert wurde, siehe »Berliner-Börsen-Courier«, 5.8.1930, Nr. 359 sowie den offenen Brief an Scholz, ebd., Nr. 360.

Dann noch einige kurze Vorschläge rein redaktioneller Natur. Ich glaube, daß die Punkte, die hier über die Außenpolitik aufgeführt sind, allzusehr den Charakter eines Katalogs haben, daß sie nicht einen großen zusammenhängenden Gesichtspunkt aufweisen. Ich bitte, als den zusammenhängenden Gesichtspunkt den Kampf für das großdeutsche Reich hier mitaufzunehmen. Ich bitte ferner, an der Stelle, wo von der Verfassungsreform die Rede ist, nicht dieses farblose abstrakte Wort zu wählen, sondern zu sprechen von der Stärkung der Reichsgewalt und von der Reform des Parlamentarismus, weil man darunter konkrete Kampfpunkte verstehen kann.

Schließlich halte ich es für notwendig, daß vom Standpunkt der Deutschen Volkspartei ein Gesichtspunkt überall auf das schärfste herausgearbeitet wird, der auch für die junge Richtung mit entscheidend ist, daß nämlich die Deutsche Volkspartei, auf der großen Linie gesehen, die einzige Partei ist, die wirklich klar Kurs gehalten hat. Ich erinnere Sie daran, daß es der Sinn unserer Politik gewesen ist, nach der Erledigung der außenpolitischen Fragen eine Erziehungspolitik nach rechts und nach links zu treiben. Das Ergebnis haben wir vor uns, daß nämlich, nachdem die Rechte sich dieser Erziehungspolitik versagt hat, dort die Folgen in der Form der Spaltung eingetreten sind. Eine Gruppe nach der anderen hat sich von der Rechten abgespalten und ist zur Mitte übergegangen.[23] Genau so liegen die Dinge auf der Linken. Auch dort hat sich gezeigt, daß die Erziehungspolitik der Volkspartei und Stresemanns in dem Augenblick bewies, daß man ein untaugliches Objekt vor sich hat, als die Sozialdemokratie nicht nur außenpolitisch mit uns zusammengehen sollte, sondern die notwendigen Folgerungen für die Innenpolitik daraus ziehen mußte. Es muß deshalb herausgearbeitet werden: Die Deutsche Volkspartei hat Kurs gehalten und führt jetzt den Kampf nach der Rechten und nach der Linken gegen diejenigen, die sich der Verantwortung zur Sicherung des deutschen Staates und der deutschen Zukunft entzogen haben (Beifall).

Dr. Dahn (München): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Burger abreisen mußte, hat er mich gebeten, zwei Dinge allgemeiner Natur hier zur Sprache zu bringen und eine Frage, betreffend den Wahlaufruf selbst. Wir sind in Bayern, wie Sie begreifen werden, nicht gerade erfreut darüber, daß unter den 13 ersten Namen auf der Reichsliste nicht ein einziger Süddeutscher ist. Trotzdem sind wir der Parteileitung zu Dank verpflichtet, und da es selten vorkommt, daß wir das so ausdrücken können, wie wir es heute können, möchte ich das besonders unterstreichen. Wir sind der Parteileitung insbesondere dafür zu Dank verpflichtet, daß sie es bei den notwendigen Sammlungsverhandlungen abgelehnt hat, im Interesse der Allgemeinheit, die Deutsche Volkspartei einseitig nach links anzulehnen und damit eine wirkliche Sammlung unmöglich zu machen (Sehr richtig!). Wir sind auch der Meinung – und da stimme ich mit meinem Herrn Vorredner nicht überein –, daß es eine Selbstverständlichkeit für Volksparteiler ist, daß sie sich so einstellen, wie sich die Reichsgemeinschaft eingestellt hat (Sehr richtig!). Wie liegen denn die Dinge? In dem Augenblick, wo sich die Deutsche Volkspartei einseitig nach links angelehnt hätte, wären alle Möglichkeiten für eine Sammlung zerschlagen gewesen. Aber nicht

[23] Im Dezember 1929 waren nach der Abstimmung im Reichstag über das »Freiheitsgesetz« 12 deutschnationale Abgeordnete aus der DNVP ausgeschieden, siehe Dok. Nr. 76, Anm. 45; nur wenige Tage nach der Reichstagsauflösung kehrten weitere 27 Mitglieder der Reichstagsfraktion der DNVP den Rücken, siehe auch Dok. Nr. 83, Anm. 3.

nur das. Es wäre ein tiefer Riß durch die ganze Deutsche Volkspartei hindurchgegangen (Sehr richtig!), und es wäre damit meiner Überzeugung nach die Deutsche Volkspartei in die Gefahr des Zerschlagenwerdens geraten.

Wir haben es aber aufs tiefste bedauert, daß es trotzdem möglich gewesen ist, daß, ohne daß die Parteileitung vorher davon informiert war, an einzelnen Stellen derartige einseitige Bindungen erfolgt sind. Wir haben Verständnis dafür, daß zur Rettung der Mandate in Baden und Württemberg gewisse Verhandlungen notwendig waren. Allein gerade aus den Reihen der Kreise um meinen Herrn Vorredner herum wurde ja noch bis in die allerletzten Tage in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen versucht, die Partei entgegen der Parole der Reichsleitung auf die Anlehnung an die Staatspartei festzulegen (Widerspruch). In einer ganzen Reihe von Wahlkreisen, z. B. in Oberbayern-Schwaben, wo wir 4 ½ Stunden darüber verhandeln mußten! Wir haben nur da für diese Dinge Verständnis, wo die Notwendigkeiten dafür vorliegen. In den übrigen Wahlkreisen, außer Baden und Württemberg, liegen solche Notwendigkeiten unserer Meinung nach nicht vor. Wir freuen uns deshalb, daß es gelungen ist, in den übrigen Wahlkreisen die Partei einheitlich zusammenzuhalten.

Aber nun komme ich zu einem Punkt, der geeignet ist, uns in Bayern unnötigerweise noch größere Schwierigkeiten zu bereiten, als wir ohnehin schon zu bestehen haben. Ich bin der Meinung, daß unbedingt in diesem Wahlaufruf zur Sprache kommen muß, daß die Deutsche Volkspartei sich einsetzt für eine Ausgestaltung all dessen, was man unter dem Namen Reichsreform zusammenfaßt. Allein, wenn sie in diesem Aufruf nur mit dem Schlagwort Einheitsstaat operieren, unter dem sich ja jeder etwas anderes vorstellt, dann werden Sie für uns in Süddeutschland den Wahlkampf außerordentlich gefährden. Herr Kollege Burger, der in Südbayern aufgestellt ist[24], hat mir gesagt, er könne ja in gar keine Versammlung gehen, wenn dieser Wahlaufruf in dieser Form durch die bayerischen Zeitungen ginge, er werde dann aus jeder Versammlung herausgeschmissen. Ist es denn notwendig, diese Fassung zu wählen? Ist denn das tatsächlich der ganze Inhalt dessen, was wir uns unter Reichsreform vorstellen? Ich glaube doch nicht. Ich glaube nicht, daß einer hier im Saale ist, der sich vorstellen kann, daß in absehbarer Zeit tatsächlich ein Einheitsstaat, etwa nach dem Muster von Frankreich, in Deutschland möglich ist. Dagegen glaube ich, daß wir alle der Meinung sind, daß eine Klärung der Zuständigkeiten in dem gegenwärtigen Durcheinander herbeigeführt werden muß, daß das Problem Preußen und Reich und auch das Problem Bayern und Reich gelöst, wenigstens einer Lösung nähergebracht werden muß. Ob unsere Generation noch zur Lösung fähig sein wird, ist eine Frage für sich. Aber Sie erschweren diese Lösung dann, wenn Sie den Leuten dies allein als Inhalt der Reichsreformbestrebungen hinwerfen. Ich bitte deshalb, in dieser Richtung eine Änderung in dem Wahlaufruf vorzunehmen, die einfach durch Streichung von vier Worten geschehen kann.

Dann sollte der Schlußsatz des Aufrufs, also die ganze Tendenz des Aufrufs, sich meiner Meinung nach freihalten von einer reinen Phrase. Denn der letzte Satz ist wirklich eine reine Phrase: »Mit Hindenburg für Rettung des Vaterlandes, für das Ideal des deutschen Staates, für deutsche Freiheit und Kultur!« Der gegenwärtige Staat ist das Ideal sicher nicht. Aber was heißt denn: für das Ideal des deutschen

[24] Friedrich Burger kandidierte im Wahlkreis 24 (Oberbayern-Schwaben) auf Listenplatz 1.

Staates? Geben wir doch den Wählern sachlich etwas und speisen wir sie nicht mit Phrasen ab (Bravo!).

Herr von Kardorff: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur einige ganz kurze Bemerkungen machen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie nicht von allen Seiten gebilligt werden. Ich kann kein Hehl daraus machen, daß ich es für im höchsten Grade bedenklich halte, die Person des Herrn Reichspräsidenten in dieser Weise in den Kampf der Parteien zu ziehen (Sehr richtig!). Der Herr Reichspräsident genießt das Vertrauen weit über die Grenzen derjenigen Parteien hinaus, die seinerzeit für die Notverordnungen gestimmt haben. Es liegt im deutschen Staatsinteresse, daß ihm dieses Vertrauen gewahrt wird. Es liegt nicht in seinem Interesse, daß wir, wenn die Wahlen nicht so ausgehen, wie wir denken und hoffen, dann zu einer Regierungskrise und Parlamentskrise auch noch eine Präsidentenkrise bekommen. Zweitens vermisse ich in dem Wahlaufruf etwas, das, glaube ich, nicht unterdrückt werden darf, selbst wenn die Ansichten in diesem Punkte nicht ganz homogen unter Ihnen sein sollten. Dieser Wahlaufruf muß eine scharfe Absage an die radikalen Elemente rechts und links enthalten (Zustimmung).

Weiter muß, nach meiner Ansicht, in diesen Wahlaufruf etwas hinein, was vielleicht mit der etwas fragwürdigen Bemerkung »Ideal des deutschen Staates« gemeint war. Es muß hinein, was wir in der Beziehung wollen. Was wollen wir denn? Wir wollen eine Reform der Verfassung, und zwar zunächst mit dem Ziel der Herstellung einer starken Reichsgewalt. Ich halte es nicht für ganz unbedenklich, in einem Wahlaufruf das Ziel des Einheitsstaates in dieser Weise zu proklamieren. Ich mache gar keinen Hehl daraus: Ich bin ein überzeugter Anhänger des Einheitsstaates. Aber wir dürfen das eine doch nicht vergessen, daß die partikularen Interessen und Bindungen in den einzelnen Ländern noch immer ganz außerordentlich groß sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir damit vielleicht diesen oder jenen doch vor den Kopf stoßen. Ich glaube, es ließe sich hier unschwer eine Fassung finden, die nicht anstößt und uns doch die Möglichkeit gibt, auf dem Wege der Reform in Zukunft ein gutes Stück vorwärts zu kommen.

Dann muß auch ich dringend bitten, den Passus »für das Ideal des deutschen Staates« einer Revision zu unterziehen. Herr Theodor Wolff würde in seinem nächsten Leitartikel sagen: Wir bitten um Antwort, ist das Ideal des deutschen Staates die Republik oder ist das Ideal des Staates die Monarchie? Es hilft uns nichts, wir müssen uns zu dem Staat von heute in stärkstem Maße bekennen (Sehr richtig!). Wir können das um so mehr tun, wenn wir zugleich die Reform der Verfassung, nicht nur mit dem Ziele des Einheitsstaates, sondern auch mit dem Ziel der Beseitigung der alleinigen Allgewalt des Parlaments, in den Vordergrund stellen. Denn darüber müssen wir uns doch klar sein, daß gerade diese durch das ganze Reich hindurchgehende absolute Parlamentsherrschaft uns vielfach dahingebracht hat, wo wir heute sind.

Ich würde bitten, diese Gedanken einer wohlwollenden Berücksichtigung zu unterziehen. Ich darf wohl annehmen, daß der Parteivorstand damit einverstanden ist, daß der Entwurf des Wahlaufrufs in diesem oder jenem Punkte noch verändert wird.

Meine Damen und Herren, es ist nicht der Augenblick, allzu stark an die Vergangenheit zu denken, es ist nicht die Stunde, die Frage aufzuwerfen, wie die Verhandlungen in Bezug auf die Sammlung geführt worden sind, ob es möglich war, die Verhandlun-

gen zu einem besseren Ziel zu führen. Nach meiner Überzeugung ist das deutsche parlamentarische Leben, sind die deutschen Parteien ganz einfach noch nicht reif für das, was die Forderung des Tages und die Forderung der Stunde wäre (Sehr richtig!). Ich muß auch offen gestehen, daß es mir lieber gewesen wäre, wenn wir, nachdem nun einmal der Sammlungsgedanke nach links nicht zum Erfolg geführt hat, frei nach links und frei nach rechts in den Wahlkampf eintreten könnten. Wir werden – und ich glaube, auch das aus den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden entnommen zu haben – diese losen Bindungen, die hier und da eingegangen sind, vielleicht dahin interpretieren können, daß damit gewisse Beziehungen zwischen rechts und links hergestellt worden sind, daß damit – das ist ja das Entscheidende, darauf wird es den Wählern ankommen – die Möglichkeit gegeben ist, wenn der Reichstag gewählt ist, zwischen den Parteien, die guten Willens sind, eine engere Arbeitsgemeinschaft herzustellen, als wir sie bisher gehabt haben. Denn das ist – das hat auch mit Recht der Herr Vorsitzende schon gesagt – die Crux unseres politischen Lebens, daß einer erstarkten, innerlich geeinten Sozialdemokratie ein in vier, fünf, sechs Parteien zersplittertes Bürgertum gegenübersteht, und das macht die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unmöglich, weil die Sozialdemokratie dann in der Lage ist, die eine Partei gegen die andere auszuspielen.

Alles in allem sollten und müßten wir, glaube ich, in diesen Wahlkampf mit guten Hoffnungen hineingehen. Wir sind, wenn wir von der Wirtschaftspartei, die ja eine berufsständische Partei ist, und vom Zentrum, das eine Partei für sich ist, absehen, unter den übrigen Parteien die einzige, die mit altem Programm, mit einem großen Stamm von Vertrauensleuten, mit Leistungen in der Vergangenheit, mit Anspruch an die Zukunft in diesen Wahlkampf eintritt. Wir werden betonen können, daß unter dem Hin und Her, was rechts und links von uns sich vollzieht, letzten Endes – und das werde ich in allen Wahlreden sagen – für das deutsche Bürgertum die Deutsche Volkspartei noch immer die mündelsicherste Partei ist, die es gibt (Lebhafter Beifall).

Frau Dr. Neven-Dumont[25]: Meine Damen und Herren! Als dritte Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses habe ich den Auftrag, Ihnen folgende Erklärung vorzulesen, die einstimmig vom Reichsfrauenausschuß angenommen worden ist:

»Die Frauen der Deutschen Volkspartei haben mit Befremden und Entrüstung die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß auf der Reichsliste die zweite Frau an zwanzigster [Doris Hertwig-Bünger] , die dritte an vierundzwanzigster [Anna Mayer] Stelle steht, trotzdem in keinem Wahlkreise eine Frau an sicherer Stelle kandidiert. Diese Reichsliste müssen wir Frauen ablehnen. In dem Bewußtsein, daß es bei diesem Wahlkampf um die Rettung des Staates wie auch um die Existenz der Partei geht, weisen wir hin auf die mehr als 50 % Frauenstimmen, die der Partei die bisherige Zahl der Mandate gesichert haben. Will die Partei ihren Besitzstand wahren und das Herüberströmen der Frauen in andere Parteien hindern, so muß sie Sorge tragen, daß ein Rückgang der Frauenstimmen durch offensichtliche Zurücksetzung wie bei dieser Aufstellung der Reichsliste vermieden wird.

Das Verhalten des Reichsausschusses läßt einen völligen Mangel an psychologischem Verständnis für Frauenarbeit und Fraueneinstellung erkennen; dies wird der Partei

[25] Alice Neven-Dumont (1877–1964), Ehefrau des Kölner Verlegers Alfred Neven-Dumont.

erhebliche Stimmenverluste einbringen. Die wirkungvolle Führung des Wahlkampfes wird uns Frauen hierdurch unmöglich gemacht. Wir erwarten, daß der Parteivorstand aufgrund der ihm erteilten Vollmachten in letzter Stunde eine Änderung der Reichsliste vornimmt und den Frauen einen zweiten Platz an 14. Stelle (hinter Dr. Zapf), einen dritten an 18. Stelle (hinter Herrn Streiter) einräumt« (Bravo!).

Herr Morath: Meine verehrten Damen und Herren! Ich weiß sehr wohl, daß Wahlaufrufe, wenn sie aus einem Guß sind, schwer in letzter Stunde noch zu ändern sind. Dennoch erlauben Sie mir, aus den Erfahrungen, die ich in 14tägigen Wahlreisen, die mich durch ganz Deutschland geführt haben, gewonnen habe, zur Sprache zu bringen, daß das, was soeben Herr von Kardorff ausgeführt hat, auch mir in dem Wahlaufruf zu fehlen scheint. Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, am Schluß des zweiten Teils zu sagen: »Hinweg mit den radikalen Parteien eines national verbrämten Sozialismus und eines von Rußland geleiteten Bolschewismus«.

Wenn wir es nicht wagen, die Nationalsozialisten anzugreifen, dann sind wir in diesem Wahlkampf verloren (Lebhafte Zustimmung). Man hat mir in manchen Wahlkreisen nahegelegt, ich möchte die Nationalsozialisten nicht zu sehr angreifen, ich möchte nur unsere nationalen Ziele betonen. Wenn wir das tun, meine Damen und Herren, ist der Wahlkampf tatsächlich schon für uns verloren (Zustimmung). Darum bitte ich Sie, einer solchen Formulierung zuzustimmen.

Zweitens vermisse ich noch etwas, was Herr von Kardorff nicht genannt hat, was mir mehr ein Schönheitsfehler zu sein scheint. Es fehlt in diesem Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei ein Wort vom Liberalismus (Sehr richtig!). Es mag sehr schwer sein, in einer Zeit, in der wir für die große Sammlung kämpfen, dieses Bekenntnis zum Liberalismus hineinzubringen, und dennoch wird es gehen, wenn wir etwa sagen im ersten Teil: »Wir sind und bleiben die entschiedenen Vorkämpfer eines sozialen Liberalismus«. Ich habe gemerkt, daß in unserer Wählerschaft doch etwas wie Mißtrauen gegen ein vielleicht zu enges Zusammengehen mit der Wirtschaftspartei herrscht. Da sollten wir doch betonen, daß Sammlung nicht – wie das auch unser Herr Parteiführer in anderem Zusammenhang ausgeführt hat – Preisgabe eigener Ideen bedeutet, daß eine solche Gemeinschaft noch keine Ideengemeinschaft ist. Darum darf das Wort vom Liberalismus nicht fehlen.

Dann noch ein Drittes. Ich bin von dem Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion und von Exzellenz Kriege darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Wort vom Berufsbeamtentum, daß hier steht, etwas zu farblos ist. Ich bin sonst in diesen Versammlungen des Zentralvorstandes, wie Sie bestätigen werden, nie mit besonderen Beamtenwünschen hervorgetreten. Aber diesmal glaube ich es sagen zu müssen: Wenn wir uns überhaupt an einem Erfolg des Wahlkampfes freuen sollten, haben wir es zum großen Teil der Beamtenschaft zu danken, gerade dem Teil, der jetzt besondere Opfer bringen muß. Überall da, wo der Kampf gegen die Staatspartei geht, stehen die Beamten noch fest zu uns. Darum dürfen wir auch verlangen, daß wir hier etwas mehr genannt werden. Der Vorschlag, den der Kollege Stendel mir gemacht hat, ist vielleicht für alle annehmbar. Ich sehe darin jedenfalls ein große Verbesserung unseres Wahlaufrufs. Der Vorschlag geht dahin, an der Stelle, wo von dem Schutz der Berufsbeamten die Rede ist, zu sagen: »Schutz des für die Erhaltung des Staates un-

bedingt erforderlichen Berufsbeamtentums und Sicherung seiner verfassungsmäßigen Rechte«.

Lassen Sie mich noch etwas hinzufügen. Wir kämpfen den Wahlkampf unter den Beamten besonders glücklich vielleicht deshalb, weil die Staatspartei, wie heute morgen der »Vorwärts« verrät, Beamtenkandidaturen zurückgestellt hat[26] und weil auch die Sozialdemokraten den einzigen Beamten ihrer Fraktion, der bisher für eine Organisation der Beamten auf parteipolitisch neutraler Grundlage gekämpft hat, den Abgeordneten Steinkopf[27], nicht wieder aufgestellt hat. Da wird es uns besonders helfen, wenn wir in unserem Wahlaufruf das zum Ausdruck bringen, was die Beamten jetzt hören wollen. Darum bitte ich Sie, diese drei Anträge anzunehmen (Beifall).

Herr Bechly: Meine Damen und Herren! Ich habe ein paar kleine Wünsche für den Wahlaufruf, die ich allerdings schon mit verschiedenen Herren, die anderer Meinung sein könnten, besprochen habe. Ich beantrage daher, sie dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Ich bin der Meinung, daß wir keine Veranlassung haben, darüber zu schweigen, was wir positiv in sozialer Beziehung im Reichstag geleistet haben, damit man nicht immerwährend nur von der Gegenseite etwas in dieser Beziehung hört. Ich beantrage deshalb einzufügen: »Wir haben uns eingesetzt für die Verstärkung der Selbstverwaltung im sozialen Versicherungswesen, für ihre Verbesserung durch einen Umbau auf berufsständischer Grundlage«.

Ich möchte ferner bitten, daß man die Sozialdemokratie in unserem Aufruf nicht gar so glimpflich behandelt, sondern sie ruhig beim Namen nennt. Die Sozialdemokratie ihrerseits nimmt doch weiß Gott keine Rücksicht auf uns. Wenn wir hier nur ganz einfach von den sozialistischen Theorien sprechen, so ist mir das zu verwaschen. Ich möchte die »hemmende Verantwortungsscheu der Sozialdemokratie« hineingebracht haben.

Dann möchte ich bitten, in dem zweiten Teil bei der Erwähnung der Sicherung der sozialen Errungenschaften zu sagen: »Sicherung und Umbau der sozialen Errungenschaften in Richtung der berufsständischen Gliederung«.

Und zum Schluß noch etwas. Ich verstehe nicht, wie man das Familienleben und die christliche Kultur nur gegen den Bolschewismus verteidigen will. Meine Herrschaften, das »Berliner Tageblatt«, die Nachtausgabe vom »Tag«, die »Vossische« und die »Welt am Montag« sind viel schlimmer als die Bolschewisten. Ich bin der Meinung, daß man das sagt: »gegen die entsittlichenden Kräfte im staatlichen und gesellschaftlichen Leben«. Das umfaßt unser ganzes Kulturleben. Ich bitte, diese Anträge dem

[26] Der Reichstagswahlkampf wurde auf Seiten der DStP durch einen 15 Mitglieder zählenden Hauptaktionsausschuß vorbereitet, dem es nur nach erheblichen persönlichen und politischen Spannungen gelang, eine Reichsliste aufzustellen, siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 167; Maurer/Wengst, Dok. Nr. 131.

[27] Willy Steinkopf (1885–1953), Postamtmann. MdR 1919–1930 (SPD), Obmann des Fachausschusses für Beamtenfragen in der SPD-Fraktion. Steinkopf trat im Juni 1929 vom dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in den parteipolitisch neutralen Deutschen Beamtenbund über. Daraufhin wurde er vom Parteivorstand aufgefordert, seine Funktion im Fachausschuß niederzulegen und wurde im Sommer 1930 nicht mehr als Kandidat für die Reichsliste der SPD aufgestellt, siehe dazu Gabriele Hoffmann, Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der SPD zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Hamburg 1972, bes. S. 268ff.

Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Es ist ja schwierig, über die einzelnen Absätze abzustimmen (Bravo!).

Herr Fabel: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind zwei Fragen, mit denen ich mich hier an Sie wenden möchte. Wenn wir einen etwaigen Stimmenverlust bekämpfen wollen, werden wir den Kampf gegen den Nationalsozialismus führen müssen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß im kommenden Reichstag eine Regierungsbildung mit den Nationalsozialisten ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ich bedauere, daß die »Nationalliberale Correspondenz« hier nicht mit der nötigen Präzision abgegrenzt hat. Ich hoffe nicht, daß diese mangelnde Klarheit der Abgrenzung etwa darauf zurückzuführen ist, daß man Rücksicht auf die bestehende Koalition in Thüringen nimmt. Wie sollen wir den Kampf gegen den Nationalsozialismus außerhalb Thüringens führen, wenn wir in Thüringen selbst noch mit den Nationalsozialisten in einer Regierung sitzen. Ich glaube, daß gerade für die Kreise in Sachsen und in Mitteldeutschland hier die allergrößten Schwierigkeiten entstehen werden. Wir müssen hier vor Beendigung des Wahlkampfes unbedingt Klarheit schaffen.[28]

Die zweite Frage ist die Haltung der jüngeren Generation im Wahlkampf. Wir haben einen außerordentlich schweren Stand gegenüber den Parteien, in denen die jüngere Generation sich in starkem Maße durchgesetzt hat, nämlich gegenüber den Volkskonservativen und gegenüber der Staatspartei. Auch die Volkspartei hat ja anerkannt, daß sie dem Zuge der Zeit folgen muß. Aber ich vermisse doch die freudige Bereitwilligkeit, der jüngeren Generation den nötigen Einfluß einzuräumen. Ich stelle fest, daß nur nach hartem Kampfe die Durchsetzung der Jüngeren gelungen ist. Ich bedauere, daß unser Führer Glatzel auf der Reichsliste hinter die Wirtschaftsführer geraten ist, daß er nicht deutlich unter den ersten Persönlichkeiten herausgestellt ist.[29] Hier hätte die Volkspartei zeigen sollen, daß sie die Jugend zu sich heranziehen will. Auf Kassel[30] möchte ich nicht mehr zurückkommen. Aber ich möchte doch feststellen, daß sich hier ein Vergleich mit Schillers Fiesco aufdrängt; nicht daß eine Verschwörung stattgefunden hätte, sondern daß man der Reichsgemeinschaft gegenüber den Standpunkt eingenommen hat: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Ich hoffe, daß diese Kurzsichtigkeit den Wahlkampf nicht in stärkerem Maße beeinflußt. Wir Jungen wollen für die Partei im Wahlkampf kämpfen mit aller Bereitwilligkeit und Aktivität. Aber unsere Parole wird sein: nach dem Wahlkampf Entschlossenheit zur Parteireform (Bravo!).

v. Hansemann bittet die Parteileitung im Namen der jüngeren Generation, an dem Sammlungsgedanken festzuhalten.

Herr Dr. Dieckmann: Ich möchte im Namen und im Auftrage meiner sächsischen Freunde zunächst unserer erheblichen Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß die große politische Linie dieses Wahlkampfes, die in wochenlangen Verhandlungen

[28] Die Auflösung der seit Januar 1930 in Thüringen amtierenden bürgerlichen Regierung unter Einbeziehung der NSDAP (siehe Dok. Nr. 81, Anm. 16) hatte Glatzel seitens der RjV in einem Schreiben an Scholz vom 12.8.1930 als »Vorbedingung einer erfolgreichen Wahlkampfführung« bezeichnet, BAK R 45 II/5, p. 47.

[29] Glatzel kandidierte an 7. Stelle der Reichsliste, siehe Dok. Nr. 84, Anm. 7.

[30] Siehe Anm. 22.

deutlich gezeigt worden ist, die Linie der großen Sammlung, in einem Teil des Reiches, in Süddeutschland verlassen worden ist. Wohl haben wir Verständnis für die besondere Lage des süddeutschen Liberalismus, die zu dieser Vereinbarung geführt hat, aber wir bedauern, daß man nicht im Interesse des großen Ganzen, der einheitlichen Linie der Führung dieses Wahlkampfes im ganzen Reich diese Sonderinteressen zurückgestellt hat. Ich scheue mich auch nicht, es auszusprechen, daß wir es besonders bedauern, daß der einzige volksparteiliche Minister im Reichskabinett [Curtius] mit bei dieser Sonderaktion in Baden und Württemberg gewesen ist (Sehr richtig!)

Dann ein anderes, eine ehrliche Bitte an alle, die für die Redaktion des Wahlaufrufs verantwortlich sind: Wollen wir nicht einmal drei Wochen lang uns bemühen, die Sprache des Wählers zu sprechen, zu versuchen, uns ihm gegenüber verständlich zu machen. Wenn Sie diesen Wahlaufruf, der gut und sauber gemacht worden ist, hernehmen und sich vorstellen, wie Sie damit auf den Wähler, auf die Massen wirken wollen, dann ist das eine unmögliche Aufgabe. Da steht z.B. als Mittelpunkt im Wahlaufruf: »Der Sinn der Wahl ist, für Hindenburg eine Mehrheit zu schaffen, mit der regiert werden kann«. Das ist eine Erläuterung, zu dem, was vorher steht. Wäre es da nicht besser, zu sagen: »Und nun heißt es: Schafft die Volksmehrheit für Hindenburg, die ihm das Parlament verweigert hat«. Das versteht die Wählerschaft, aber nicht einen Satz dieser blutlosen Art.

Dann heißt es: »Unser Stresemann hat die rheinischen Lande befreit«. Nein, das hat er nicht, das hat auch Stresemann niemals gesagt, sondern er hat die Räumung der rheinischen Lande erkämpft. Das ist ein wesentlicher Unterschied, und wir sollten uns hüten, das zu sagen, was hier steht, weil wir in jeder Versammlung auf eine derartige Formulierung festgenagelt werden.

Dann steht da in der Mitte: »Wir haben seit Jahren die Reformen verlangt, die jetzt in Angriff genommen worden sind«. Was heißt das: die Reformen? Das muß erläutert werden. Es muß mindestens heißen: »die wirtschaftspolitischen Reformen«.

Sodann ist in diesem Aufruf zum ersten Mal in einer offiziellen Verlautbarung der Partei das Ziel aufgestellt worden, das wir alle sicherlich freudigst begrüßen werden: Revision des Young-Plans. Wenn man das schon tut, wenn das die Deutsche Volkspartei als die Partei Stresemanns und als die Partei, die den deutschen Außenminister stellt, tut, dann soll man es ganz anders in den Mittelpunkt des Wahlaufrufs stellen, als es hier geschehen ist. Schließlich muß ich noch gerade vom Standpunkt unserer sächsischen Freunde etwas zur Reichsreform sagen. Gewiß sind wir für die Durchführung einer Reichsreform mit dem Ziel der baldigen Herstellung des Einheitsstaates. Aber wir sind nicht so einseitig landespolitisch eingestellt, um nicht zu begreifen, daß diese Formulierung in dem Wahlaufruf eine Unmöglichkeit für weite Teile des übrigen Reiches ist. Das muß unter allen Umständen korrigiert werden.

Schließlich ist in dem Wahlaufruf einige Male das Wort Jugend verwendet worden. Das ist ein irreführender Ausdruck in dem Wahlaufruf der Volkspartei, die einen Antrag im Reichstag auf Heraufsetzung des Wahlalters vorliegen hat.[31] Setzen Sie dafür: Frontgeneration oder junge Generation. Dann werden Sie das treffen, was

[31] Siehe Anm. 19.

die Kreise der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler ersehnen. Ich betone noch einmal: wählen Sie die Sprache, die der Wähler versteht, denn an den werden wir uns in den nächsten drei Wochen zu wenden haben (Bravo!).

Herr Dr. Schnee: Ich halte eine Ergänzung des Wahlaufrufs für notwendig in der Richtung, wie es die Herren Kollegen von Kardorff und Morath gewünscht und in Vorschlag gebracht haben. Ich halte es für notwendig, daß zum Ausdruck gebracht wird, daß die Deutsche Volkspartei energisch gegen die staatszerstörenden Kräfte von rechts und links Stellung nimmt. Aber was die Nationalsozialisten angeht, so genügt es nicht, in dem Wahlaufruf Stellung zu nehmen. Es geht eine Psychose durch weite Kreise des deutschen Volkes, es ist besonders die Jugend davon erfaßt. Nach Schätzungen, die ich für zuverlässig halte, wird angenommen, daß ein Drittel der studierenden Jugend auf nationalsozialistischem Boden steht[32] (Zuruf: Mindestens). Wir können, glaube ich, nicht damit rechnen, daß wir diese so ergriffenen Kreise, daß wir speziell auch die Unmündigen darunter, die leider das Wahlrecht haben, überzeugen können. Aber es sind andere sehr große Kreise, die mit erfaßt werden, die nicht selbst unter dem Einfluß der Psychose direkt stehen, aber bei denen die Gefahr vorliegt, daß sie als Mitläufer in Betracht kommen.

Mir ist insbesondere zur Kenntnis gelangt, daß unter den Frauen sehr vielfach die Ansicht zu finden ist, namentlich wenn ihre eigenen Angehörigen Studenten sind: Das sind ja sehr nette junge Leute, die diese Ideen verfolgen. Sie sagen: Das sind nette junge Leute, die nationale Ideen haben. Diese Frauen aber haben meistens gar keine Ahnung davon, was eigentlich die Nationalsozialisten wollen. Mir ist es wiederholt begegnet, daß die betreffenden bei Unterhaltungen sagten: »Ja, das wissen wir ja gar nicht«. Namentlich haben sie gar keine Ahnung von den nationalsozialistischen Ideen in wirtschaftlicher Beziehung, die gegen das Zinseinkommen gerichtet sind, die auf Enteignung von Privateigentum hinausgehen usw.[33] Ich meine, da muß Aufklärung geschaffen werden. Dann wird es gelingen, einen großen Teil jener, die im Begriff sind, mitzulaufen, zu uns herüberzuziehen. Aber man wird mit Wahlversammlungen und mit Flugblättern allein das nicht erreichen können. Ich halte eine ganz andere Arbeit der Presse für erforderlich zu diesem Zweck. Wenn Sie die Presse verfolgen, so sehen Sie, wie etwa die sozialdemokratischen Zeitungen ständig gegen die Kommunisten aufklärende Artikel bringen. In ähnlicher Weise müßte in der bürgerlichen Presse, die auf dem Boden des Hindenburgprogramms steht, eine ständige Aufklärung über die Ziele der Nationalsozialisten gebracht werden. Ich richte an die Parteileitung die Bitte zu versuchen, von sich aus in den Blättern, die uns zugänglich sind, ein derartiges Vorgehen herbeizuführen. Ich richte weiter an die Parteileitung die Bitte, in Verbindung mit denjenigen anderen Parteien, die auf dem Boden des

[32] Der Nationalsozialistische Studentenbund war der eindeutige Gewinner der AStA-Wahlen des Wintersemesters 1929/30. In Würzburg erzielte er 33,3 % der Stimmen, an der Technischen Hochschule Berlin 38 % und in Greifswald sogar 53 %, siehe Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen [4]1964, S. 147f. sowie Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1975, bes. S. 218ff.; Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, 2 Bde., Düsseldorf 1973.

[33] Die NSDAP forderte in Punkt 12 und 13 ihres Programmes vom 24.2.1920 eine »Brechung der Zinsknechtschaft« und die »Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Großbetriebe«, Mommsen, S. 549; zum Wahlkampf der NSDAP 1930 siehe Thomas Childers, The Nazi Voter. The Social Foundations of Facism in Germany 1919–1933, Chapel Hill 1983, S. 138ff.

Hindenburgprogramms stehen, zu treten und gleichfalls bis zu dem Wahltermin eine laufende Aufklärung in der von mir angedeuteten Richtung herbeizuführen. Nach meiner Ansicht ist das der bedrohlichste Punkt bei der jetzigen Wahl. Wenn es gelingt, gerade hier die nötige Aufklärung zu schaffen, können wir guten Mutes in den Wahlkampf ziehen und dem Ergebnis des Kampfes mit Zuversicht entgegensehen (Beifall).

Reichsminister Dr. Curtius: Meine Damen und Herren! Mir wird, als ich eben außerhalb es Saales war, mitgeteilt, daß Freund Dieckmann eine gewisse Kritik an der badischen Einheitsliste geübt habe. Lassen Sie mich deshalb mit wenigen Worten sowohl für den badischen Verband wie für den württembergischen Verband auf die Frage der Einheitsliste eingehen.[34] Unser Herr Parteiführer hat bei grundsätzlicher Anerkennung der besonderen Lage in Baden und Württemberg den beiden Verbänden eine freundliche Rüge erteilt. Ich denke nicht daran, gegen diese Rüge zu protestieren und zu polemisieren, im Gegenteil, wir quittieren sie dankend und möchten anerkennen und aussprechen, wie loyal und verständnisvoll Herr Dr. Scholz und die übrigen Herren der Parteileitung sich gegenüber dieser besonderen Lage in Baden und Württemberg gestellt haben. Es war von Anfang an nicht zu erwarten, daß die Parteileitung, die doch für möglichste Einheitlichkeit und Geschlossenheit nach dem Scheitern der Sammlungsbestrebungen eintreten mußte, ausdrücklich das Sondervorgehen in Baden und Württemberg unterstützte oder genehmigte. Ich glaube, wir dürfen aber sehr befriedigt darüber sein, daß die besondere Lage in den beiden Wahlkreisen von Seiten der Parteileitung anerkannt worden ist.

Lassen Sie mich zu dieser besonderen Lage – Sie werden ja vielleicht von dem Tatbestand Gebrauch machen wollen – ein kurzes Wort sagen. Zunächst einmal besteht in Baden und Württemberg seit längeren Jahren eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Volkspartei und der jetzigen Staatspartei. In dem einen Falle sind beide Teile in der Regierung – in Württemberg notabene mit den Deutschnationalen[35] – vertreten, im anderen Falle, in Baden, stehen beide in der Opposition gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum.[36] Daraus ergab sich eine besondere Lage, die es rechtfertigte, daß unmittelbar nach der Reichstagsauflösung schon Fäden herüber und hinüber gesponnen wurden. Wir haben dann aber, als hier die Sammlungsaktion zum Scheitern kam, geglaubt, daß damit auch diese Frage in Baden nunmehr zunächst erledigt sein würde. Als wir unmittelbar darauf in Baden in unserem Ausschuß uns zusammenfanden, wurden uns zwei neue Tatsachen mitgeteilt. Einmal, daß die Verhandlungen in Württemberg auch über die Staatspartei hinaus mit der Wirtschaftspartei weit vorangeschritten wären. Was aber für die badischen Verhältnisse noch besonders wichtig war, war folgendes. Es lag nun ein offizielles Angebot seitens der Staatspartei vor, in Baden eine Einheitsliste zu führen. Herr Minister Dietrich hatte speziell mich antelefoniert und mir angeboten, die erste Stelle auf der Gemeinschaftsliste zu führen, was an sich ja selbstverständlich war nach den bisherigen Kräfteverhältnissen, was

[34] Zur gemeinsamen Liste von DVP und DStP in Baden und Württemberg siehe Anm. 11.

[35] In Württemberg amtierte seit dem 20.5.1928 ein bürgerliches Kabinett aus DDP, Zentrum, Volksrechtspartei, DVP, CSVD, Bauern- und Weingärtnerbund und DNVP unter Eugen Bolz (Zentrum), siehe Dok. Nr. 83, Anm. 31.

[36] Die badischen Landtagswahlen vom 27.10.1929 bestätigten die amtierende Koalition unter Josef Schmitt (Zentrum).

aber doch immerhin vom Standpunkt dieses außerordentlich populären Finanzministers und tatsächlichen Führers der Staatspartei eine gewisse Unterordnung wenigstens für diesen Wahlkreis unter die Volkspartei bedeutete. Diejenigen von Ihnen, die in früheren Jahren vielleicht die badischen Verhältnisse verfolgt haben, wissen, daß, im Grunde genommen, die Demokraten und wir seit Jahren um die Siegespalme gerungen haben und daß es uns gelungen ist, langsam die demokratische Partei in Baden zu überflügeln.[37] Unser Ausschuß hatte sich zunächst – für uns selbst überraschend – mit 14 gegen 3 Stimmen für die Verhandlungen ausgesprochen, und als am nächsten Tag der Vertretertag des ganzen Landes zusammenkam und die Verhandlungen mit den Demokraten beschlossen hatte, waren sämtliche Vertreter und der Gesamtausschuß nachher einstimmig der Auffassung, daß man solche Verhandlungen nicht ablehnen dürfe. Die selbstverständliche Voraussetzung, die auch da wie hier insgesamt zum Ausdruck kam, war die, daß naturgemäß nun nicht etwa damit ein Linkskurs eingeschlagen würde, daß man deutlich sich nach links abgrenzen und kämpfen müsse, sondern daß man auf dem Sammlungsgedanken der Volkspartei im Reiche aufbauen wolle.

Meine Damen und Herren! Die verschiedenen Wendungen, die die Verhandlungen genommen haben, brauche ich nicht zu schildern. Es hat keinerlei Schwierigkeiten gemacht, die Staatspartei dazu zu bringen, mit uns die Sozialdemokratie entschieden zu bekämpfen. Dietrich hatte bereits acht Tage vorher in Karlsruhe in einer Versammlung die allerstärksten Töne gerade gegen die Sozialdemokratie angeschlagen. Ich glaube, es ist das Beste, wenn ich Ihnen vorlese, was gestern zwischen der Staatspartei und der Volkspartei in Baden in dem Gemeinschaftsaufruf für den Wahlkampf zum Ausdruck gekommen ist. An der Spitze dieses Aufrufs stehen nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung die Worte: »Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen die staatsfeindlichen Bestrebungen und die Katastrophenpolitik der Kommunisten und der Nationalsozialisten, die unser seelisch zermürbtes Volk durch unsinnige Versprechungen betrügen und gegeneinander aufhetzen. Wir sind kein Bürgerblock, aber wir wollen nicht, daß im Reichstag die Lösung lebenswichtiger staatspolitischer Aufgaben durch die politisch und gewerkschaftlich einseitige Haltung der Sozialdemokratie unmöglich gemacht wird«. Hier ist also an der Spitze dieses Gemeinschaftsaufrufs auch der Kampf gegen die Sozialdemokratie verkündet (Bravo!).

Lassen Sie mich bitte im Anschluß daran noch allgemein folgendes sagen. Durch die Art und Weise, wie die Dinge in Baden und wohl auch in Württemberg zustande gekommen sind, wird man sagen können, daß in den beiden Wahlkreisen keine einseitige Entwicklung der Volkspartei nach links stattgefunden hat oder stattfindet, sondern daß umgekehrt die Staatspartei an uns herangezogen und herangedrängt wird (Sehr richtig!). Der beste Ausdruck dafür ist vielleicht auch das, was mir heute noch mitgeteilt worden ist, daß nämlich in Württemberg gestern die Wirtschaftspartei an die beiden Parteien herangetreten ist und gebeten hat, auf dieser Gemeinschaftsliste nun auch ihrerseits noch kandidieren zu dürfen, und daß in Baden auch gestern noch von neuem seitens der Wirtschaftspartei der Versuch gemacht worden

[37] Bei den badischen Landtagswahlen vom 30. 10. 1921 erhielt die DDP 8,5 %, die DVP 6 %, am 25. 10. 1925 entfielen auf die DDP 8,7 %, auf die DVP 9,5 %, am 27. 10. 1929 erreichte die DDP 6,7 % und die DVP 8,0 % der Stimmen.

ist, hinzugezogen zu werden.[38] Ob das noch in diesem vorgeschrittenen Stadium technisch möglich sein wird, weiß ich nicht, denn es ist außerordentlich schwierig, diese ganze Technik vorzubereiten und zu vollenden. Aber ich führe es zum Beweis dafür an, daß die Wirtschaftspartei dort offenbar der Auffassung ist, daß sie sich in dieser Gesellschaft, auch mit der Staatspartei, in Baden und Württemberg sehen lassen kann. Und so glaube ich, daß unser Parteiführer durchaus recht hat, wenn er zum Schluß seine Ansicht dahin formuliert hat, daß wir gute Miene zu diesem Spiel machen können. Denn es ist in der Tat nicht ein Abweichen von der allgemeinen Linie der Volkspartei, sondern umgekehrt ein Heranholen der übrigen Gruppen zu dieser gemeinschaftlichen Linie (Sehr richtig!). Deshalb glaube ich, daß es auch für die zukünftige Entwicklung der ganzen Dinge nur ein Vorläufer sein kann, und daß keineswegs die allgemeine Linie der Partei durch diese besonderen Verhältnisse in Baden und Württemberg geschwächt wird. Wir haben auch Wert darauf gelegt, deutlich zu betonen, daß es sich um keinerlei Fusion und Parteiverschmelzung handelt, sondern um ein Wahlbündnis, wie wir es doch in früheren Jahren in der Friedenszeit immer nötig gehabt haben. Ich erinnere mich noch, daß im Jahre 1912 die alte Nationalliberale Partei aus eigener Kraft nur vier Kandidaten in den Reichstag brachte, alle übrigen 46 waren durch Stichwahlbündnisse, zum größten Teil mit dem Fortschritt, zum Teil auch mit dem Zentrum, durchgebracht worden.[39] Um nichts anderes als um ein solches Wahlbündnis handelt es sich hier in Baden. Wir wollen versuchen, durch eine größere taktische Einheit eine größere Anziehungskraft auf das Bürgertum auszuüben. Ob der Versuch gelingt, wissen wir auch nicht. Aber wir haben leider auch gerade bei uns die Erfahrung machen müssen, daß weite Kreise des Bürgertums verdrossen beiseite stehen. Wir hoffen, diese große Reserve heranzuziehen, weil eine größere taktische Einheit schon, ich möchte sagen, nach physikalischen Gesetzen auch eine größere Anziehungskraft hat

(Zuruf: Wohin gehen die Reststimmen?). Die gehen zur Staatspartei (Hört! Hört!), und zwar so, daß, wenn Sie vom pessimistischen Standpunkt ausgehen, daß die beiden Volksparteiler Curtius und Keinath auf jeden Fall gesichert und die beiden nächsten Mandate zunächst gefährdet sind, die Reststimmen natürlich der Staatspartei zustehen, und wenn Sie vom günstigeren Standpunkt ausgehen und annehmen, daß beide zusammen vier bekommen, müßten wiederum die Reststimmen an die Staatspartei gehen, denn der fünfte, der von der Staatspartei in Württemberg, wäre derjenige, der dann die größten Reststimmen bekäme. Aus diesem Grunde muß man loyalerweise der Staatspartei diese Reststimmen überlassen. Ich gebe zu, daß, wenn Sie sich darüber hinaus noch optimistischer einstellen und glauben, daß wir mehr als fünf herausholen und daß dann noch ein Rest bleiben würde, den Vorteil die Staatspartei haben würde. Aber ich glaube, es kommt viel weniger auf diesen ganz kleinen Rest von Stimmen an als darauf, daß wir bei diesem Zusammenhang nicht nach links uns entwickelt haben, sondern die Staatspartei an uns herangezogen haben. Das

[38] In Baden und Württemberg hatte die Wirtschaftspartei in letzter Minute versucht, sich an der Einheitsliste von DVP und DStP (siehe Anm. 11) zu beteiligen, siehe Schumacher, Mittelstandsfront, S. 144 ff., 167 ff.

[39] Bei den Reichstagswahlen von 1912 gewann die NLP von ihren 45 Sitzen nur 18 im 1. Wahlgang, hingegen 27 Sitze bei den Stichwahlen im 2. Wahlgang, siehe dazu detailliert Jürgen Bertram, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912, Düsseldorf 1964, S. 221 ff.

scheint mir das Entscheidende zu sein. Ich glaubte, Ihnen diesen Tatbestand noch an die Hand geben zu sollen, und ich glaube, daß es vielleicht wertvoll ist, dies evtl. im Wahlkampf zu verwerten.

Da ich das Wort habe, gestatten Sie mir auch zum Wahlaufruf noch ein paar Bemerkungen. Auch ich unterstütze den Wunsch des Herrn Kollegen von Kardorff, daß man Hindenburg nicht auch in dem ersten programmatischen Satz mitzitiert, sondern daß man in irgendeiner Form eine andere Wendung für die Schaffung der notwendigen bürgerlichen Mehrheit findet. Man könnte vielleicht sagen: »Der Sinn der Wahl ist, für die Rettung des Reiches eine Mehrheit zu schaffen«. Jedenfalls erscheint es mir verfassungsmäßig und mit Rücksicht auf die Realisierung bei Versagen dieser Mehrheit nicht richtig zu sein, Hindenburg so stark in diese Kampflinie zu ziehen. Ich halte es ferner für erforderlich, daß wir den Radikalismus auch von rechts auf das Entschiedenste bekämpfen, und ich glaube, es ist wohl hinter dem Passus über die Wahlreform durchaus noch Platz, einen kurzen Satz gegen diesen Radikalismus unterzubringen. Wenn aber vorhin eine gewisse Kritik an unseren Thüringer Freunden geübt worden ist, so möchte ich den Kritiker doch darauf aufmerksam machen, daß ich gerade in den letzten Tagen das Material darüber auf der Reichsgeschäftsstelle durchgesehen habe, und daß danach die Dinge gerade umgekehrt liegen. Wir haben aus den thüringischen Verhältnissen heraus ein glänzendes Material, um die Nationalsozialisten bekämpfen zu können.

Schließlich noch ein Wort zu Außenpolitik. Ich möchte nicht, daß Sie mich mißverstehen. Ich weiß zu unterscheiden zwischen den Bedürfnissen der Partei und den notwendigen Maßnahmen der Außenpolitik. Aber lassen Sie mich bitte auf eins hinweisen. Wir sagen hier, was unsere nächsten Aufgaben sind. Und darunter führen wir auf: Fortsetzung der nationalen Befreiungspolitik Stresemanns, Revision der Friedens- und Tributverträge. Alles das sind Aufgaben, die doch auch nach Ihrer Auffassung voraussichtlich nicht unsere nächsten Aufgaben sein können. Ich glaube, daß darin, wenn wir als nächste Aufgabe die Revision der Tributverträge anführen, außenpolitisch sehr starke Bedenken liegen können. Man wird, wenn wir diese Frage etwa jetzt bald einmal anschneiden sollten, uns doch – und gerade von unserem Standpunkt aus mit Recht – sagen: Zunächst einmal müssen wir im Innern Ordnung schaffen. Das ist doch gerade unsere These auch in diesem Wahlkampf: Damit wir eine starke aktive Außenpolitik führen können, ist es notwendig, Ordnung im Reich selbst zu schaffen. Erst dann können wir an die Frage der Revision der Tributverträge herangehen. Vergessen Sie auch nicht: Eine eigentliche Revision im echten Sinne wird es ja nicht sein. Eine Revisionsklausel ist ja im Young-Plan nicht enthalten. Der Young-Plan hat Entwicklungsmöglichkeiten in sich selbst, aber eine eigentliche Revision nicht, und bei der gesamten Lage, die die Außenpolitik jetzt beherrscht, auch gerade nach den Reden des Reichsministers Treviranus und deren Echo[40], wäre

[40] Auf einer Veranstaltung der »Heimattreuen Ostverbände« am 10.8.1930 hatte Gottfried Reinhold Treviranus (KVP), der Reichsminister für die besetzten Gebiete, u.a. ausgeführt: »Die Zukunft des polnischen Nachbars, der seine staatliche Macht nicht zum geringsten Teil deutschen Blutopfern verdankt, kann nur gesichert sein, wenn Deutschland und Polen nicht durch ungerechte Grenzziehung in ewiger Unruhe gehalten werden [...] Der Tag wird kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschland und Europa befreit hat«, Schultheß 1930, S. 189. Zu den weiteren Äußerungen Treviranus' und seiner Auseinandersetzung mit Curtius bei der Minister-

es angebracht, in irgendeiner Form denjenigen Teil der Stresemannschen Politik zum Ausdruck zu bringen, der das Schlagwort Verständigungspolitik trug. Ich weiß, daß das schwierig sein wird, gerade in den Wahlaufruf das in irgendeiner Weise hineinzubringen. Vielleicht wäre es möglich, daß man statt »Revision der Friedens- und Tributverträge« sagte: »friedliche Revision unhaltbarer Vertragsbestimmungen«.

Es ist in Art. 19 des Versailler Vertrages[41] derjenige Weg gewiesen, den wir tatsächlich beschreiten wollen, und es würde, wenn wir Stresemanns Bahn folgen wollen, wenn wir wirklich die Außenpolitik praktisch unterstützen wollen, eine Art von Entlastung darstellen, wenn wir in dieser Weise es umschrieben. Ich gebe es Ihrer Erwägung anheim, ob es möglich sein wird, jegliche Mißdeutung nach dieser Richtung hin zu vermeiden (Lebhafter Beifall).

Scholz weist darauf hin, daß auch das Saargebiet im Wahlaufruf erwähnt werden müsse.

Schmelzer[42] *hebt hervor, daß die DDP des Saargebiets nach der Revolution fast ausnahmslos aus ehemaligen Nationalliberalen bestanden habe. In der Frage der bürgerlichen Sammlung gibt er der Überzeugung Ausdruck, daß die Wähler,* »zum mindesten in Westdeutschland und in Süddeutschland« *den* »Zusammenschluß in irgendeiner Form« *wünschten. Bei der Auswahl der Kandidaten für die Reichsliste sei das* »regionale Prinzip« *gegenüber der Berücksichtigung von Berufsständen zu kurz gekommen; vielmehr müsse sie so zusammengestellt werden,* »daß sie auch auf den gefährdeten Posten noch Anziehungskraft« *habe.*

Gegenüber den Ausführungen Schmelzers weist Scholz darauf hin, daß die Reichsliste vom Reichsausschuß und nicht vom Zentralvorstand festgesetzt werde.

Frau Dr. Matz: Ich möchte über einige Erfahrungen aus der praktischen Wahlarbeit sprechen. Ich habe schon einige öffentliche Wahlversammlungen abgehalten und dabei jedesmal in allerschärfstem Kampf gegen die Nationalsozialisten gestanden. Die Nationalsozialisten stellen ganze Trupps von 30 bis 50 Mann auf, blockieren sie an ganz bestimmten Teilen des Saales und brüllen mitten während der Ausführungen im Sprechchor: »Lüge! Lüge! Lüge! Deutschland erwache!« Kurz und gut, es ist tatsächlich nicht ganz leicht, diesen Wahlkampf zu führen nach dem, was ich bisher erlebt habe. Infolgedessen glaube ich, daß unser Kampf ganz besonders stark gegen

besprechung vom 20.8.1930, in der der Außenminister an die Kabinettsmitglieder appellierte, sich zu außenpolitischen Fragen »so vorsichtig wie nur möglich zu äußern«, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. 104, S. 388. In seinen Erinnerungen hebt Curtius hervor, nach dieser Episode sei »eine starke Verstimmung innerhalb des Kabinetts« zurückgeblieben, Curtius, S. 166.

[41] Der Art. 19 des Versailler Vertrags ermächtigte die Völkerbundsversammlung »von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse« aufzufordern, »deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte«. Zur Auslegung dieser Bestimmung durch die deutsche Regierung siehe Marshall M. Lee, Gustav Stresemann und die deutsche Völkerbundpolitik 1925–1930, in: ders./Wolfgang Michalka (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982, S. 350–375 (hier: S. 365 f.).

[42] Wilhelm Schmelzer (1876–1942), Dekorationsmalermeister. Fraktionsvors. der Deutsch-Saarländischen Volkspartei. Seit Sept. 1921 ständiger Delegierter der saarländischen Bevölkerung bei den Völkerbundsratssitzungen. Mtgl. des Saarausschusses im Auswärtigen Amt.

die Nationalsozialisten eingestellt sein muß. Die Nationalsozialisten haben weite Kreise des deutschen Bürgertums allmählich zu sich herübergezogen, Kreise des Bürgertums, die infolge der Überspitzung der verschiedenen Parteien einfach als Volk neben den Parteien herlaufen, die staatsverdrossen sind und die so leicht den Nationalsozialisten zum Opfer fallen. Gegen die Nationalsozialisten wäre nun in erster Linie zu betonen, was vorhin schon gesagt wurde: die wirtschaftlichen Grundgedanken ihres Programms. Ich möchte mich damit nicht weiter beschäftigen. Ich möchte vielmehr mit einigen Worten eingehen auf das geistige, ideenhafte Moment, das wir in dem Kampf gegen die Nationalsozialisten hervorheben müssen. Da möchte ich eine kleine Änderung unseres Wahlaufrufs, und zwar an der Stelle, wo es heißt: Schutz des deutschen Familienlebens usw. Da schlage ich im Einverständnis mit dem Herrn Vorsitzenden unseres Reichsschulausschusses [Hollmann] vor, zu sagen: »Schutz des deutschen Familienlebens, Verteidigung unserer bodenständigen christlichen Kultur und Schule gegen die zerstörenden und entsittlichenden Mächte des Bolschewismus«.

Es wird zweifellos notwendig sein, neben dem allgemeinen Wort Kultur noch die Schule besonders zu benennen, nicht nur gegenüber den Nationalsozialisten, sondern auch gegenüber den Kundgebungen anderer Parteien. Ich erinnere an das Manifest der Staatspartei, an das, was die Volksnationalen, die Konservative Volkspartei oder gar die Richtung Mumm[43] herausbringen.

Weiter wird es sehr wertvoll sein, gegenüber den Nationalsozialisten darauf hinzuweisen, was die in Thüringen mit dem Haßgebet für Schaden und Unheil angerichtet haben bzw. hätten anrichten können.[44] Ich möchte hier eine kleine Mitteilung wiederholen, die wir schon im Plenum des Reichstags gemacht haben, daß nämlich nicht die Nationalsozialisten, wie sie es so gern behaupten, das Schulgebet, nachdem früher Sozialdemokraten und Kommunisten es abgeschafft haben, wieder eingeführt haben, sondern daß es der volksparteiliche Kultusminister Dr. Leutheusser gewesen ist, der es eingeführt hat. Das ist eine sehr wichtige Feststellung im Wahlkampf.

Ein weiteres, was einem auch entgegentritt in den Wahlversammlungen und in den Gesprächen vorher und nachher, ist das, was ich nennen möchte: geradezu eine Verzweiflung des deutschen Bürgers und der deutschen Bürgerin am Staate, ein ganz uferloser Pessimismus gegenüber unserer Wirtschaftslage, gegenüber den Aussichten, überhaupt wieder einmal ein geordnetes Staatsganzes mit geordneter Gesetzgebung und Finanzen wiederherzustellen. Da glaube ich, daß gerade wir als Deutsche Volkspartei diesem Pessimismus entgegentreten sollten. Wir können dabei darauf hinweisen, daß wir uns heute als deutsches Volk in einer, wenn auch den äußeren Umständen nach etwas anderen, so doch schicksalsmäßig ähnlichen Lage befinden wie der, in der sich das deutsche Volk 1919 oder 1924 befunden hat, und daß, genau so wie wir damals herausgekommen sind, wir auch jetzt herauskommen werden. Hein-

[43] Reinhard Mumm (1873–1932), Dr. theol. Pastor in Berlin. 1912–1932 MdR (Christlich-Soziale Partei/DNVP/ab 1929 Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft/ab 1930 CSVD). Bis 1929 Führer des christlich-sozialen Flügels in der DNVP, Gründungsmitglied des CSVD.

[44] Siehe dazu Günter Neliba, Wilhelm Frick, Paderborn 1992, S. 58 mit Anm. 127.

[45] Heinrich von Treitschke (1834–1896), Historiker und Publizist. 1874 Professor in Berlin. 1866–1869 Hrsg. der »Preußischen Jahrbücher«, 1874–1884 MdR (NLP/ab 1878 parteilos).

rich von Treitschke[45] hat einmal gesprochen von den Epochen der Auflösung und von den Epochen des Glaubens. Ich glaube, wir als Deutsche Volkspartei sollten in allerstärkstem Maße diesen Glauben an den Staat, den Glauben daran, daß es wieder besser werden wird, in die Wählermassen hineintragen (Bravo!)

Herr Passavant: Ich möchte als Vertreter des Wahlkreises Hessen-Nassau doch kurz der Darstellung von Herrn Schmelzer entgegentreten, der die Stimmung in Westdeutschland nicht richtig gekennzeichnet hat. Wenn wir in Hessen-Nassau uns einseitig nach links, also nach der Staatspartei festgelegt hätten, dann wäre auch bei uns der Riß ganz erheblich gewesen. Dann würden wir bei uns erheblich nach rechts verloren haben. Denken Sie daran, daß bei uns die Staatspartei respektive die Demokratische Partei nicht so ganz leicht umzustellen ist, daß bei uns die Verhältnisse anders liegen als im Saargebiet und in Baden und Württemberg, weil bei uns die Demokratische Partei in der »Frankfurter Zeitung« eine große Presse hat.[46] Aber das dürfen wir doch feststellen, auch die stärkste Presse hat den Zerfall der Demokratischen Partei nicht aufhalten können (Sehr richtig!). Wir haben ein Beispiel bei den letzten Kommunalwahlen gehabt. Da hat in Wiesbaden eine Vereinigung mit den Demokraten und sogar mit der Wirtschaftspartei stattgefunden. Das hat man dem Bürgertum sehr übel genommen, und Wiesbaden ist die einzige Stadt gewesen, wo die Deutschnationalen zugenommen haben. Denken Sie ferner daran, daß die Volkspartei in Frankfurt einen großen Erfolg errungen hat[47], weil sie gekämpft hat gegen die Politik des demokratischen Oberbürgermeisters Landmann[48], der den kommunistischen Stadtrat gestützt hat, der das Kreuz als Zeichen der christlichen Kirche von den Friedhöfen entfernen wollte. Wir sind der Meinung, daß der Weg, der von unserer Partei begangen worden ist, der richtige ist. Ich wollte das nur sagen, damit nicht falsche Meinungen über die Stimmung in Westdeutschland aufkommen (Bravo!).

Herr von Raumer: Eine Reihe von Ausführungen kann ich mir sparen, da sie schon von verschiedenen Vorrednern gemacht worden sind. Das ist erstens der Wunsch, in dem Wahlaufruf mit dem Namen Hindenburg sparsamer zu sein, und das ist zweitens der Wunsch, den Wahlaufruf etwas schlagkräftiger zu gestalten. Ich möchte ein Wort zu den Ausführungen sagen, die eben Frau Kollegin Matz gemacht hat zu der Frage unserer Einstellung zur Wirtschaftkrisis. Es wird von vielen Seiten gesagt, daß diese deutsche Wirtschaftskrisis verursacht sei durch die Weltwirtschaftskrisis. Das eine außerordentlich bequeme Art der Argumentation. Wir haben durch die Welt-

[46] Die DDP/DStP wurde seit der Revolution 1918 von der linksliberalen »Frankfurter Zeitung« stark unterstützt, siehe Kurt Paupié, Frankfurter Zeitung, in: Fischer, Zeitungen, S. 241–257.

[47] Bei den Stadtverordnetenwahlen in Wiesbaden am 17.11.1929 erzielte die Bürgerliste (DVP, DDP, WP, VRP) 17 Mandate; die SPD 13, die NSDAP 9, das Zentrum und die KPD je 6 und die DNVP 3 Mandate. Bei der Stadtverordnetenwahl in Frankfurt/M. am 17.11.1929 verlor die Weimarer Koalition ihre absolute Mehrheit, wobei die DVP ihre Mandatszahl von 9 auf 11 steigern konnte; bei den Kommunalwahlen im gesamten hessischen Raum erlitt die Partei jedoch starke Einbußen, siehe Eberhard Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim 1972, S. 158ff.

[48] Ludwig Landmann (1868–1945), Jurist. Dr. iur. 1894–1917 Stadtsyndikus von Mannheim, 1917–1924 Stadtrat, ab 1924 Oberbürgermeister von Frankfurt/M. Zum Frankfurter Kommunalwahlkampf im Winter 1929 siehe Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975, bes. S. 259ff.

wirtschaftskrisis eine Ersparnis an unserem eigenen Bezuge[49] von anderthalb Milliarden jährlich, und unsere Ausfuhr ist nur um 4,8 % gefallen, am wenigsten von allen Staaten der Welt.[50] Wir müssen feststellen: unsere Wirtschaftslage ist nur hervorgerufen durch die Finanzwirtschaft im Innern, durch die öffentliche Wirtschaft im Innern, die die Wirtschaft des Kapitals beraubt, ohne das eine kapitalistische Wirtschaft nicht geführt werden kann. Deswegen sollten wir uns bei allen Erörterungen über die Wirtschaftslage klar auf den Standpunkt stellen, daß unsere Wirtschaftskrisis eine Sache ist, die wir durch eigene Anstrengung überwinden können. Es ist nicht schicksalhaft, es liegt an uns selbst, ob wir die Kraft haben zurückzuschrauben und unsere Wirtschaft in Ordnung zu bringen.

Ich möchte dann auf einen Punkt kommen, der von Herrn Schmelzer angeschnitten worden ist. Herr Kollege Scholz hat eben festgestellt, daß die Reichsliste nur vom Reichsausschuß festgestellt wurde, und der habe nun gesprochen und es sei nichts mehr zu ändern. Ich weiß nicht, ob noch etwas zu ändern ist. Aber auf eine Wunde möchte ich den Finger legen. In unserem Programm steht als einer der obersten Punkte die Frage der Reichsreform, und da muß ich sagen: wie eine Partei die Reichsreform in die Hand nehmen will, wenn sie im Reichstag überhaupt keinen Abgeordneten aus dem zweitgrößten Bundesstaat, aus Bayern hat, das möchte ich wissen. Deswegen möchte ich doch an die Mitglieder des Reichsausschusses und auch an diejenigen Herren, die auf der Reichsliste stehen, die Frage richten, ob es nicht im Interesse der Partei notwendig ist, diesem Gesichtspunkt Folge zu geben. Sie müssen einen Bayern auf der Reichsliste haben, und zwar an einer Stelle, wo er gewählt werden kann. Es ist ja nicht so, daß dieser Bayer die Reichsliste belastet. Ich nehme an, daß wir 80000 Stimmen aus Bayern bekommen.[51] Aber ob daraus ein Abgeordneter wird, ist die Frage. Nach meiner Auffassung kann eine Fraktion der Deutschen Volkspartei, die die Reichsreform voranbringen will, dies nicht, ohne daß ein Bayer in der Fraktion sitzt. Das halte ich für eine faktisch und politisch unmögliche Situation (Zustimmung).

Herr Dr. Schneider (Dresden)[52]: Ich darf ebenfalls ein paar Worte zur Kritik der Reichsliste sagen. Wenn man sich die Reichsliste nach Gruppen aufteilt, so ergibt sich: die Plätze 1 bis 6 sind mit Berlinern besetzt, die Plätze 7 bis 12 mit Westfalen (Heiterkeit). Meine Kritik wendet sich weniger dagegen, daß Herren, die vielfach zufällig ihren Wohnsitz in Berlin haben, diese ersten sechs Sitze einnehmen, als dagegen, daß hinter diesen ersten sechs Sitzen dann die Sitze 7 bis 12 ausschließlich mit Westfalen besetzt sind, daß erst an dreizehnter Stelle der erste Süddeutsche und an

[49] So in der Vorlage; wohl gemeint: »Einfuhr«.

[50] Obwohl der Rückgang der deutschen Ausfuhr im Verhältnis zu anderen Staaten geringer ausfiel, hatte Deutschland jedoch die durchschnittliche Zuwachsrate der Weltproduktion bis 1930 auch nicht annähernd erreicht, siehe dazu die Daten bei Fischer, S. 31, 103; James, Weltwirtschaftskrise, S. 136ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 26. Zur Investitionsquote 1930 siehe Hardach, S. 265f.

[51] Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.1930 erhielt die DVP im Wahlkreis 24 (Oberbayern-Schwaben; Spitzenkandidat Friedrich Burger) 17162 und im Wahlkreis 25 (Niederbayern; Spitzenkandidat Hans Dahn) 6495 Stimmen.

[52] Rudolph Schneider (1876–1933), Kaufmann. Dr. phil. 1911–1919 Geschäftsführer des BdI, dann bis 1922 des RDI. 1922–1925 MdL Sachsen, 1924–1933 MdR (DVP). Vorstandsmtgl. des Verbandes Sächsischer Industrieller und des VdI. Syndikus des Bankhauses Bondi & Maron.

zwanzigster Stelle ein Sachse und ganz weit hinten erst Ostdeutschland kommt. Dagegen ist doch ein Wort zu sagen. Diese Reihenfolge: erst die Berliner, dann die Westfalen, ist gar keine vereinzelte Reihenfolge in Deutschland. Wir von Sachsen haben so und so oft Klagen darüber gehört. Das ist ein Schema in Deutschland, das ist das Schema für den Verwaltungsrat der Reichsbahn und der Reichsbank, für das Präsidium der großen Spitzenverbände, das ist das Schema für den Reichswirtschaftsrat usw. Was Berlin nicht besetzt, besetzt Westfalen, und dann kommen alle übrigen. Dagegen ist von anderen sehr wohl etwas zu sagen.

Sodann möchte ich mich noch einmal für die Vertretung der Frauen, speziell für die Kandidatur unserer Frau Hertwig-Bünger einsetzen. Wir stehen ja ungefähr vor vollendeten Tatsachen. Aber es ist vielleicht möglich, daß der Vorstand im Auftrage des Reichsausschusses noch einmal etwas daran ändert. Aber ich verfehle nicht, für die nächste Zusammensetzung der Reichsliste in kommenden Fällen diesen Anspruch der Frauen und speziell der Kandidatin, die bisher uns in Sachsen vertrat, mit aller Entschiedenheit anzumelden.

Herr König: Da die wahlberechtigte junge Volkspartei sich nicht nur rekrutiert in der Reichsgemeinschaft, sondern, rein zahlenmäßig gesehen, sich viel stärker noch rekrutiert in den Reihen der eigenen Jugendgruppe[53], sei auch von dieser Seite ein kurzes Wort zum Wahlaufruf gesagt. Wir sind als die Jüngsten in der Parteipolitik zunächst noch bescheiden genug, um Abstand zu nehmen von bestimmten Forderungen zu den Teilfragen des Wahlaufrufs. Um so stärker wünschen wir, daß in dem Wahlaufruf das anklingt, was gerade die allerjüngsten politischen Menschen, die in der Volkspartei tätig sind, bewegt. Wir möchten gern, daß die Volkspartei im Wahlaufruf anklingen läßt die starke Treue zu sich selbst und ein unverrückbares Festhalten am weltanschaulichen Gut des nationalen Liberalismus. Daraus leiten sich von selbst Forderungen und Wünsche der Jugend zu dem Kulturprogramm her. Ich schließe mich all den Anregungen an, die nach dieser Seite ergangen sind. Wir wünschen, daß der Wahlaufruf auch etwas anklingen läßt von einem noch vorhandenen Idealismus auch in der Deutschen Volkspartei, einen starken Glauben zu der nationalen Ideenwelt, die Stresemann immer gepredigt hat, an den Idealismus, den wir in der Gegenwart wieder einmal bitter nötig haben (Bravo!).

Herr Dr. Stendel: Freund Morath hat Sie gebeten, für die Beamten noch etwas mehr in den Aufruf zu setzen. Ich glaube, daß wir mindestens die Worte haben müssen: »Sicherung seiner verfassungsmäßigen Rechte«. Sie wissen, wie stark man die gerade in Preußen durch Herrn Braun angetastet hat. Wir wissen auch, daß bei der Staatspartei die Frage des Berufsbeamtentums stärker angeklungen ist als bei uns. Dann ist von Herrn Bechly gefordert worden, nicht zu sagen: »Bolschewismus«, sondern: »gegen die Entsittlichung im staatlichen und gesellschaftlichen Leben«. Ich bitte, es da bei der Fassung des Entwurfs zu lassen. Ein Wahlaufruf soll packend sein. Unter dem Begriff Bolschewismus wird die Sache schneller und stärker erfaßt. Dann hat der Herr Außenminister gebeten, wir sollten sagen: »friedliche Revision der Friedens- und Tributverträge«. Ich bitte dringend, das Wort »friedlich« hier nicht einzusetzen. Es ist doch ein Telegrammstil. Das soll doch auf die Bevölkerung wirken.

[53] Zu dem gespannten Verhältnis zwischen RjV und dem Hindenburgbund siehe detailliert Krabbe, S. 156ff.

Wenn nachher bekannt wird, daß ursprünglich das Wort nicht dringestanden hat, würde das eine üble Wirkung haben. Daß es nur friedlich möglich ist, ist ja Allgemeingut. Darüber braucht man nicht zu sprechen.

Dann ist verschiedentlich zu den Vorgängen in Baden und Württemberg Stellung genommen. Man kann nie zu den Dingen Stellung nehmen, wenn man sie nur aus einem Gesichtswinkel sieht. Daß diese dortigen Vereinbarungen im Interesse der Volkspartei in Baden und Württemberg gelegen haben, darüber brauchen wir ein Wort nicht zu verlieren. Wir müssen uns aber fragen: Wie wirkt das auf das übrige Reich? Baden und Württemberg haben zwei Abgeordnete[54], wir haben im übrigen Reich 43 Abgeordnete. Die Verhältnisse liegen im Nordwesten, im Norden und im Osten ganz anders. Bei uns jedenfalls wollen die Leute eine einseitige Bindung nach links unter gar keinen Umständen (Sehr richtig!). Ich bin fest überzeugt, wenn man diese einseitige Bindung vorgenommen hätte, hätten wir mit einem Verlust von mindestens 40 % volksparteilicher Stimmen rechnen müssen. Ich weiß, daß ganz große Gebiete des Reiches das unter gar keinen Umständen mitgemacht hätten. Ich finde doch, daß eigentlich die Badener und Württemberger nicht so ganz die Linie eingehalten haben, die unser Parteiführer uns vorgezeichnet hat. So mußten wir in diesen Wochen im Wahlkampf erleben, daß uns von Seiten der Jungdeutschen entgegengehalten wurde: Ja, die klugen und einsichtigen Leute sitzen in Baden und Württemberg, aber ihr Dickköpfe, besonders euer Führer Scholz und der schwerindustrielle Flügel, macht derartige Dinge nicht mit. Das hätte man nach meinem Empfinden in Baden und Württemberg bedenken müssen.

Wenn Herr Schmelzer meint, daß in der demokratischen Partei zum größten Teil die Leute säßen, die früher nationalliberal waren, so sage ich: Gott sei Dank haben wir den größten Teil der Leute wieder. Ich erinnere an die Zeit von 1918 bis 1922. Da hat man bei der Demokratischen Partei mit denselben Grundsätzen gearbeitet wie jetzt bei der Staatspartei. Einmal haben sie das Bürgertum gefangen, zum zweiten Mal wird es ihnen nicht wieder gelingen. Sind Leute da, die einmal zu uns gehört haben und nun[55] zurückkommen wollen, sind sie herzlich willkommen, aber eine Fusion müssen wir ablehnen. Daß da unten eine Arbeitsgemeinschaft bestanden hat, kann es lokal verständlich machen, daß die Leute den Wunsch hatten, gemeinsam vorzugehen. Aber wohin soll es kommen, wenn überall in den einzelnen Wahlkreisen, wo man mit Demokraten oder mit Sozialdemokraten zusammengearbeitet hat, das im Wahlkampf berücksichtigt werden soll? Der Wahlkampf dient dem Ziel, die Gesamtpartei so stark zu machen, wie es überhaupt möglich ist. Das Telegramm von Herrn Dietrich war außerordentlich geschickt.[56] Ich kann mich aber des Verdachts nicht erwehren, daß er das nicht nur aus badischem Interesse getan hat, sondern daß er sich gesagt hat: das wird Zwiespalt in die Reihen der Volkspartei bringen, das wird uns einen starken Auftrieb für die Wahlen geben. Und daß Herr Dietrich scharfe Töne gegen die Sozialdemokratie anschlägt, ist in diesem Wahlkampfe selbstverständlich. Aber wir haben doch die Äußerungen von den übrigen Mitgliedern der Staatspartei.

[54] Julius Curtius und Theodor Bickes.
[55] In der Vorlage sinnwidrig: »nicht«.
[56] Siehe Anm. 11.

Was ist nun die Folge des badischen Wahlbündnisses gewesen? Wir haben in Ostpreußen jetzt eine Listenverbindung mit den Konservativen bekommen.[57] Ich verurteile diese Tatsache genauso stark wie das Vorgehen in Süddeutschland. Trotzdem sage ich: Nachdem einmal in Süddeutschland die Dinge so gelaufen sind, ist es gut, daß man im Osten gezeigt hat: wir haben hier die Wahleinstellung mehr nach rechts hin.

Was wir wollen ist doch, von rechts und links die Kräfte zusammenzufassen. Es ist falsch, wenn man in Süddeutschland meint, daß das, was dort geschehen ist, eine Etappe zur Vereinigung von rechts und links wäre. Es kann eine Etappe sein, für eine Vereinigung nur nach links; aber das ist ein Weg, den wir in der überwiegenden Mehrheit doch wohl ablehnen. Und dann die Überführung der Reststimmen auf die demokratische Reichsliste. Zahlenmäßig mag nicht viel dabei herauskommen. Aber stellen Sie sich die Wirkung vor! Man wird sagen: Wir sollen jetzt für die Staatspartei kämpfen. Ein solches Vorgehen untergräbt die Disziplin in der Partei. Das Gebot der Stunde ist Einigkeit und nochmals Einigkeit (Bravo!).

Freiherr von Rheinbaben: Gestatten Sie einem bescheidenen Mitarbeiter an der Bewältigung der außenpolitischen Probleme wenige Worte zu dem Passus über die Außenpolitik. Freund Curtius hat als Außenminister begreiflicherweise Bedenken gehabt, daß es heißt: »Revision der Friedens- und Tributverträge«. Denn es ist erklärlich, daß das in der Presse des Auslandes Mißdeutungen und Angriffe hervorrufen kann. Andererseits ist kein Zweifel, daß die Mehrheit des Zentralvorstandes sich gegen den Vorschlag von ihm ausgesprochen hat, das Positive abzuschwächen durch Beifügung des Wortes »friedlich«. Ich erlaube mir folgenden praktischen Vermittlungsvorschlag. Es bleibt dabei, daß es heißt: »Revision der Friedens- und Tributverträge«, es wird aber hinzugefügt: »mit den Mitteln der Vertragspolitik«. Ich habe vorhin mit Curtius gesprochen und glaube sicher zu sein, daß er damit durchaus einverstanden wäre. Denn damit schwächen wir das Positive, das mit Recht gefordert wird, nicht ab, vermeiden aber auch den Mißgriff.

Herr Spieß: Zu der Aufstellung der Reichsliste hat der Presseverein der Deutschen Volkspartei in einer Sitzung Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt, den ich in seinem Namen dem Zentralvorstand mitteile.

»Der Presseverein hat als seinen Kandidaten Herrn Dr. Boettger[58] präsentiert, dem außer journalistischer auch langjährige parlamentarische Erfahrung zur Verfügung steht. Im Wahlausschuß ist diese Kandidatur an die 22. Stelle der Reichsliste gesetzt worden. Der Zweck unserer Kandidatur war nicht in erster Linie die Wahrnehmung von Standesinteressen, sondern die Sicherung einer laufenden journalistischen Beratung von Parteileitung und Fraktion. Das Lebensinteresse der Partei hängt nicht zuletzt davon ab, daß die An- und Absichten der Partei stärker und zielsicherer als bisher durch die Presse an die Öffentlichkeit herangebracht werden. Mit einer Ehrenbenennung an später Stelle wird dieses Ziel nicht erreicht. Deshalb bedauert der Verein, daß er mit seinem Antrag kein ausreichendes Verständnis gefunden hat und zieht im Einverständnis mit Herrn Dr. Boettger die Kandidatur zurück«.

[57] Siehe Anm. 12.

[58] Hugo Boettger (* 1863), Schriftsteller, später Syndikus. Dr. phil., Hrsg. der »Deutschen Stimmen«. 1903–1907, 1912–1918 MdR (NLP).

Vorsitzender Dr. Scholz: Zur allgemeinen Aussprache liegen Wortmeldungen nicht mehr vor. Ich darf vielleicht grundsätzlich das eine noch sagen: Wir müssen die Zuständigkeiten, die satzungsmäßig festgelegt sind, unter allen Umständen respektieren (Sehr richtig!). Der Reichsausschuß hat Anspruch darauf nach unserer Satzung, endgültig über die Reichsliste zu entscheiden, nicht der Zentralvorstand, und ich kann Ihnen eins schon jetzt versprechen: Ich werde bei künftigen Wahlen den Reichsausschuß nach dem Zentralvorstand einberufen. Das scheint mir ein praktisches Ergebnis der heutigen Besprechung zu sein. Aber ich darf das folgende hinzufügen. Der Reichsausschuß hat innerhalb seiner Zuständigkeit gestern dem Parteivorstand die Möglichkeit gegeben, von der Stelle 12 der Liste ab – bis dahin hat der Reichsausschuß die Festsetzung vorgenommen – die eine oder die andere Änderung vorzunehmen.[59] Ich habe volles Verständnis insbesondere für die Auffassung unserer Frauen, daß sie sich nicht besonders befriedigt fühlen durch die ganze Gestaltung der Reichsliste. Ich darf aber feststellen, daß nach ernstestem, stundenlangem Ringen endlich diese Reichsliste zustandegekommen ist. Daß Sie nicht jedem gefällt, ist klar. Ich kann Ihnen mitteilen, daß ich schon jetzt den Parteivorstand einberufen habe, um nach Beendigung der Zentralvorstandssitzung zu beraten, ob die Möglichkeit besteht, den Wünschen der Frauen – natürlich immer nach der 12. Stelle – in etwas stärkerem Maße entgegenzukommen. Ich kann mich darauf nicht im voraus festlegen. Ich bitte aber auch unsere Frauen, meinen guten Willen anzuerkennen, ihnen zu helfen, soweit ich das irgend kann.

Jetzt wird es sich darum handeln, wie wir geschäftsordnungsmäßig weiter verfahren.

Herr Admiral Retzmann: Es scheint mir unmöglich zu sein, in diesem Gremium die Fassung des Wahlaufrufs endgültig festzustellen und über den Wortlaut der einzelnen Anträge und Anregungen abzustimmen. Ich erlaube mir daher den Antrag, daß sämtliche Anträge und Anregungen dem Parteivorstand zur Berücksichtigung bei der endgültigen Fassung des Wahlaufrufs überwiesen werden mit der Maßgabe, daß die von dem Herrn Parteiführer festgelegte Linie der Sammlungspolitik nicht durchbrochen wird.

Herr Dr. Caspari: Ich glaube, daß man im wesentlichen dieser Anregung folgen kann, nur muß, glaube ich, der Zentralvorstand sich grundsätzlich darüber entscheiden, ob im Anfang des Wahlaufrufs der Name Hindenburg genannt werden soll.

Vorsitzender Dr. Scholz: Ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, hier einen Beschluß zu fassen, daß der Name Hindenburg aus dem Wahlaufruf herausbleibt (Dr. Caspari: Aus dem Anfang!). Auch ich bin gar kein Freund davon, immer wieder den Namen Hindenburg herauszustellen. Aber daß man in diesem Augenblick, in dem es sich tatsächlich verfassungsrechtlich um die Verteidigung der Verordnungen des Reichspräsidenten handelt, nicht darum wird herumkommen können, diese Tatsache festzustellen und auch den Namen zu nennen, scheint mir allerdings auch richtig zu sein. Ich würde es vielleicht für genügend ansehen, wenn man es vielleicht einmal sagt, man muß es nicht dreimal sagen. Darin wird, glaube ich, auch der Parteivorstand mit mir einer Auffassung sein, daß die dauernde Erwähnung des Namens nicht erforderlich ist.

[59] Siehe Dok. Nr. 84.

Nun lassen Sie mich einmal ganz offen etwas aussprechen. Es ist doch die Hauptaufgabe des neuen Reichstags, die Verordnungen des Reichspräsidenten zu verteidigen. Deshalb wählen wir doch überhaupt. Deshalb ist es nicht gut möglich, an diesen Dingen vorbeizugehen. Wenn Sie also vielleicht Ihre Gesamtauffassung dahin zum Ausdruck bringen wollten, daß mit dem Namen Hindenburg möglichst sparsam umgegangen werden soll, daß er nicht drei- oder fünfmal, sondern nur einmal erwähnt wird, dann wäre, glaube ich, diese Frage auch ausgeräumt.

Darf ich dann, da Wortmeldungen zu dem Antrag Retzmann nicht mehr vorliegen, bitten, daß diejenigen, die diesem Antrag zustimmen wollen, Ihre Hand erheben. Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen ist. Ich habe bereits gesagt, daß ich den Parteivorstand einberufen habe. Er wird sofort zusammentreten, um die nötigen Maßnahmen bezüglich des Wahlaufrufs sowohl bezüglich der Reichsliste zu ergreifen.

Meine Damen und Herren! Damit stehen wir am Schlusse unserer Beratungen. Ich darf Ihnen allen nochmals lebhaft danken für Ihr Erscheinen und für Ihre rege Anteilnahme. Ich möchte insbesondere mit Rücksicht auf die letzte Äußerung des Herrn Vertreters der Presse sagen: Wir bitten auch unsere Presse, mit der uns am gestrigen Abend noch ein sehr gemütliches Beisammensein verbunden hat, mit aller ihrer Kraft einzutreten für unsre Politik, und ich hoffe, daß dieser Ruf auch Gehör finden wird, wenn die Presse vielleicht auch nicht zufrieden ist mit der Plazierung ihres Vertreters auf der Reichsliste. Glauben Sie mir, daß das nicht irgendwie zu tun hat mit einer geringeren Einschätzung der Presse, sondern alle Herren, die im Reichsausschuß mitgearbeitet haben, wissen, daß es alle möglichen anderen Gründe waren, die uns genötigt haben, andere Herren besonders bevorzugt zu berücksichtigen. Wir bitten um Ihre Unterstützung, denn ohne die freudige Mitarbeit der Presse ist ein Wahlkampf schlechterdings nicht zu führen.

Ich schließe damit, daß ich uns allen einen kraftvollen und gesunden Wahlkampf wünsche. Die Deutsche Volkspartei erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut! (Beifall) Ich schließe die Sitzung des Zentralvorstandes.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 40 Min.)

Anlage

Entwurf des Wahlaufrufs zur Reichstagswahl vom 14. 9. 1930[60]

»Deutsche Frauen, deutsche Männer!

Der Reichspräsident hat den Reichstag aufgelöst, der sich unfähig erwies, die zur Rettung von Wirtschaft, Volk und Staat erforderlichen Gesetze zu verabschieden. Eine Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten, hat die Vorlagen zu Fall gebracht. Der Sinn der Wahl ist, für die bürgerliche Regierung eine Mehrheit zu schaffen, mit der sie ihre Aufgabe lösen

[60] Der Text des Wahlaufrufs wird im folgenden nach der endgültigen Fassung abgedruckt (Text u. a.: DKG 1930 Inl., S. 450f.). Veränderungen gegenüber dem Wortlaut der vom Zentralvorstand verabschiedeten Fassung (BAK R 45 II/47, p. 199) werden in Anmerkungen nachgewiesen.

kann.[61] Die Deutsche Volkspartei hat den Versuch unternommen, die zersplitterten bürgerlichen Parteien zu sammeln, um in geschlossener Front dies Ziel zu erreichen. Noch ist der Versuch nicht gelungen – unser Wille zum Zusammenschluß bleibt bestehen und muß zum Erfolg führen. Die Deutsche Volkspartei hat seit Jahren in vorderster Linie ihre Kraft für den äußeren und inneren Wiederaufbau Deutschlands eingesetzt. Unser Stresemann hat die rheinischen Lande befreit. Damit ist erst die Grundlage gelegt worden zur Aufwärtsentwicklung im Innern. Wir haben seit Jahren die Reformen verlangt, die jetzt in Angriff genommen worden sind. Wir haben zuerst betont, daß die Gesundung nicht durch neue Steuern und Lasten, sondern nur durch Belebung der Wirtschaft und äußerste Sparsamkeit herbeigeführt werden kann. Wir haben uns jederzeit eingesetzt für den Schutz[62] des Privateigentums, die Erhaltung[63] des Berufsbeamtentums und die Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte[64], die Stärkung des Mittelstandes und die Rettung der Landwirtschaft. Wir haben uns eingesetzt für die Stärkung der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortlichkeit im sozialen Versicherungswesen. Wir haben gekämpft und werden weiter kämpfen für große und umfassende Reformen auf allen Gebieten der Finanzen, der Wirtschaft und der Staatsordnung, die erforderlich sind zur Rettung von Volk und Staat aus Verelendung und Arbeitslosigkeit, in die uns die Verantwortungsscheu der Sozialdemokratie hineingebracht hat.[65]

Unsere nächsten Aufgaben sind: Fortsetzung der nationalen Befreiungspolitik Stresemanns: Revision der Friedens- und Tributverträge, Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, Wiedergewinnung der völligen Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern der Erde, Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich[66], Bereinigung der Ostgrenze, Schutz der deutschen Minderheiten, Wiedererlangung kolonialer Betätigung; Ausbau der Osthilfe zur Rettung des deutschen Ostens; Erhaltung und Stärkung des Wehrgedankens im deutschen Volke; Reichsreform, Verfassungsreform, Parlamentsreform[67], Schaffung einer übersichtlichen und billigen Verwaltung; Wahlreform mit dem Ziele einer stärkeren Verantwortung der Wähler und Gewählten; Finanzreform mit dem Ziele des Abbaus der Steuern und der Wiederherstellung wirklicher Verantwortlichkeit der Körperschaften für die Deckung der von ihnen bewilligten Ausgaben; Sicherung der sozialen Errungenschaften unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, Umbau auf berufsständischer Grundlage[68]; Schutz des deutschen Familienlebens, Verteidigung unserer christlichen Kultur[69] gegen die vordringenden Mächte des Bolschewismus. Für diese Ziele, die auch die Ziele unserer Jugend sind[70], wollen wir uns mit ihr gemeinsam einsetzen. Stärker und einflußreicher als bisher soll die Jugend an der politischen Gestaltung

[61] Ursprünglich: »für Hindenburg eine Mehrheit zu schaffen, mit der regiert werden kann«.
[62] Ursprünglich: »die Erhaltung«.
[63] Ursprünglich: »den Schutz«.
[64] Hinzugefügt die Passage »Sicherung seiner verfassungsmäßigen Rechte«.
[65] Ursprünglich: »in die uns sozialistische Theorien hineingebracht haben«.
[66] Hinzugefügt die Passage: »Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich«.
[67] Ursprünglich: »Reichsreform mit dem Ziele des Einheitsstaates, Verfassungsreform«.
[68] Hinzugefügt die Passage: »Umbau auf berufsständischer Grundlage«.
[69] Ursprünglich: »unserer bodenständigen christlichen Kultur«.
[70] Ursprünglich: »die auch die der deutschen Jugend sind«.

der deutschen Zukunft mitarbeiten.[71] Gegen alle staatszerstörenden Kräfte![72] Mit Hindenburg für Rettung des Vaterlandes![73] Für deutsche Freiheit und Kultur!«

86.

2. November 1930: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

BAK R 45 II/32, p. 503–755. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am Sonntag, dem 2. November 1930, vormittags 10 Uhr im Reichsklub, Berlin«.

Dingeldey als stellvertretender Parteivorsitzender eröffnet die Sitzung und schlägt vor, dem erkrankten Parteivorsitzenden ein Grußtelegramm zu übermitteln.[2] *Weiter gibt er den Rücktritt Kempkes' von seinen Parteiämtern bekannt und dankt ihm für seine Arbeit.*[3] *Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Angelegenheit Meyer zu Belm behandelt (Annahme einer* »Dekorationskandidatur« *auf der Reichsliste). Nach ausgedehnter kontroverser Diskussion nimmt der Reichsausschuß* »mit übergroßer Mehrheit« *einen Antrag an, durch den der Beschluß vom 23. August 1930 bestätigt und die Angelegenheit an die dazu satzungsgemäß berufenen Instanzen verwiesen wird; sodann wird protokollarisch festgehalten:* »Es entspricht der einstimmigen Willensäußerung des Reichsausschusses, daß künftighin derartige Dekorationsstellen auf der Reichsliste nicht mehr erscheinen«.[4]

Die politische Lage. Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Dingeldey in der Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am 2. November 1930.

Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen in drei große Abschnitte gliedern. Ich möchte einmal die Entstehung der gegenwärtigen parlamentarischen

[71] Ursprünglich: »Stärker und einflußreicher als bisher soll die Jugend auf dem politischen Kampffeld erscheinen«.

[72] Passage hinzugefügt.

[73] Ursprünglich: »Mit Hindenburg für die Rettung des Vaterlandes, für das Ideal des deutschen Staates«.

[1] Die in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen.

[2] Scholz, der seit seiner Bauchoperation im Herbst 1929 immer wieder mit schweren gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hatte, hielt sich seit Mitte Oktober 1930 in Locarno auf.

[3] Kempkes schlechter Gesundheitszustand zwang ihn dazu, im Oktober 1930 alle Parteiämter niederzulegen.

[4] Gustav Meyer zu Belm war aus lediglich agitatorischen Gründen auf Platz 11 der Reichsliste aufgestellt worden, siehe Dok. Nr. 84, S. 1093. Alle Repräsentationskandidaten hatten sich gegenüber der Parteileitung für den Fall, daß sie in ihrem Wahlkreis nicht gewählt würden, schriftlich verpflichten müssen, »auf keinen Fall das Mandat auf der Reichsliste anzunehmen«. Meyer zu Belm weigerte sich jedoch, diese Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen und nahm das ihm zugefallene Mandat an, siehe BAK R 45 II/32, p. 505 ff., obwohl ihn der Parteivorstand am 24. 9. 1930 dringend zum Verzicht zugunsten von Beythien aufforderte, siehe BAK R 45 II/67, p. 268.

Situation, die Haltung der Reichstagsfraktion und ihre Motive Ihnen erläutern; ich möchte dann dazu übergehen, die allgemeine staatspolitische Lage zu kennzeichnen, um daraus Möglichkeiten für die künftige praktische parlamentarische Politik zu entlehnen; und ich möchte endlich mich mit der Lage der Deutschen Volkspartei als solcher befassen, mit den Zukunftsaufgaben, die der Partei für dieses Winterhalbjahr gestellt sind.

Zu dem ersten Abschnitt darf ich meinen Ausgangspunkt nehmen von der Frontstellung, in der wir den Wahlkampf durchgeführt haben. Wir haben gekämpft innerhalb der hinter dem Kabinett Brüning stehenden Parteifront. Aber wir haben diese Frontstellung schon vor dem Wahlkampf wie während des Wahlkampfes lediglich als eine durch die taktische Situation gegebene angesehen. Die inneren Gründe für die Front der Politik, die die Partei im Wahlkampfe vertreten hatte, läßt sich kennzeichnen durch die Forderung der Durchsetzung eines großzügigen und entschlossenen Reformprogramms unter Ablehnung aller sozialistischen Einflüsse.

Das Ergebnis des Wahlkampfes stellt zweifellos zunächst nach der ersten mehr formellen Seite der Frontstellung der Parteien hinter der Regierung Brüning eine eindeutig ablehnende Willensbildung des Volkes dar. Die Regierung Brüning hat keine Mehrheit bekommen, die hinter ihr stehenden Parteien, insbesondere diejenigen, mit denen wir in einer engeren politischen Gesinnungsgemeinschaft oder grundsätzlichen Gesinnungsgemeinschaft vielleicht zusammengefaßt werden könnten, also etwa die Parteien vom Landvolk an über die Wirtschaftspartei bis zu uns, sind schwer beschädigt aus dem Wahlkampf hervorgegangen.[5]

In der Sache selbst, auch hinsichtlich der Frage der parlamentarischen Grundlage für ein großzügiges Reformprogramm, ist leider – und das ist das Entscheidende – ebenfalls das negative Ergebnis der Willensbildung des Volkes festzustellen. Es liegt eine Ablehnung an sich in beiderlei Sinne vor: eine Ablehnung der parlamentarischen Front, die in den Wahlkampf gegangen war, eine Ablehnung zugleich aber auch des sachlichen Inhalts dessen, für das sie gekämpft hat.

Das ist natürlich der ungeheuer gefährliche Eindruck, den zunächst einmal, von allen anderen Dingen abgesehen, das Wahlergebnis vom 14. September innerhalb Deutschlands wie außerhalb unserer Grenzen hervorrufen mußte, als ob dieses Volk nicht willens sei, mit fester Entschlossenheit an die Durchführung der großen wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen heranzutreten.

Es wäre an sich im Zuge der Ereignisse selbstverständlich gewesen, wenn unter Anwendung klarer parlamentarischer Grundsätze die Regierung Brüning nach Feststellung dieses Ergebnisses die Konsequenz in Form ihres Rücktrittes gezogen hätte. Es wäre das wohl umso mehr notwendig gewesen, als weder die Regierung Brüning noch auch wir uns während des Wahlkampfes und erst recht jetzt im Zweifel darüber

[5] In der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 erzielten die Nationalsozialisten einen großen Wahlerfolg; sie konnten ihre Mandatszahl von 12 auf 107 Sitze steigern, während die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien der Mitte – mit Ausnahme des Zentrums und der BVP – empfindliche Verluste hinnehmen mußten: die DVP konnte nur noch 4,5 % der Stimmen und 30 Mandate erreichen (20. 5. 1928: 8,7 %, 45 Mandate). Zum Wahlergebnis siehe die Tabelle bei Kolb, Weimarer Republik, S. 283; zu einer detaillierten Analyse des Wahlergebnisses siehe ebd., S. 121 ff., 223 f.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 189 ff.

befinden können, daß überhaupt die parlamentarische Durchführung derartig tief einschneidender Maßnahmen, wie es die sind, die heute die Lage gebietet, wahrscheinlich in Deutschland auch ohne dieses Wahlergebnis kaum möglich ist; daß es also zu ihrer Durchsetzung einer Regierung von einer möglichst breiten, gesicherten, unerschütterten inneren Autorität, einer Staatsführung von klarer Entschlossenheit und breiter Gefolgschaft bedurft hätte.

Das Ergebnis des Wahlkampfes läßt schon rein formell die Zweifel daran entstehen, ob derartige Voraussetzungen hier erfüllt sind. Aber wenn Sie die parteipolitische Situation ansehen, wie sie durch den Wahlkampf entstanden ist, so ergibt sich ja nun folgendes Bild.

Die Regierung würde und wird, sobald sie auf dem von ihr verkündeten Wege wirklich unbeirrt und entschlossen die tief einschneidenden Maßnahmen mit Schnelligkeit durchzusetzen bemüht ist, die sie angekündigt hat[6], in wachsendem Maße die Kampfstellung der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Partei gegen sich erfahren. Ich komme im einzelnen noch darauf zu sprechen. Es steht also fest: Je ernster es die Regierung mit der sachlichen Durchführung des von ihr verkündeten Programms nimmt, desto schärfer muß der Gegensatz zur Sozialdemokratie herauswachsen, desto sicherer sind die parlamentarischen Konflikte von dieser Seite her gegeben.

Auf der anderen Seite hat die Regierung dadurch, daß sie aus wohlerwogenen Gründen, die ich nachher erörtere, den Entschluß zum Rücktritt nach den Wahlen nicht faßte und den Nationalsozialisten die Möglichkeit, auf die Zinne des Tempels geführt zu werden oder vor die praktische Verantwortung gestellt zu werden, nicht eröffnete, die Kampfstellung der Nationalsozialistischen Partei mit der ihr eigenen revolutionären Phraseologie in den ersten Wochen nach dem Wahlkampf begründet, und diese Kampfstellung besteht unverändert fort.[7]

---

[6] Nach langwierigen Beratungen hatte das Reichskabinett am 29.9.1930 ein umfangreiches Sparprogramm verabschiedet: So wurden in die Reichshaushalte der kommenden 3 Jahre 420 Millionen RM zur außerordentlichen Schuldentilgung eingesetzt, die Beamtengehälter und -pensionen um 6% gekürzt (ausgenommen waren lediglich Personen mit einem Jahresgehalt unter 1500 RM), zudem wurden erhebliche Abstriche bei den Sachausgaben, Kürzungen bei den Überweisungen an die Länder und eine Erhöhung der Tabaksteuer beschlossen. In der Frage der Arbeitslosenversicherung fiel die Grundsatzentscheidung, das Reich in den kommenden Jahren von Zuschüssen völlig zu entlasten; aus diesem Grund wurden die Beiträge zum 1.10.1930 von 4,5% auf 6,5% angehoben, zudem wurden die Kriterien für den Erhalt der Krisenfürsorge verschärft, die Unterstützungssätze in den höheren Klassen gesenkt und die Unterstützungsdauer verkürzt, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 124. Zur sozialdemokratischen Haltung gegenüber dem Sparprogramm siehe Keil, Bd. 2, S. 396; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 218ff.

[7] Am 5.10.1930 hatte sich Brüning in der Wohnung von Reichsminister Treviranus mit Hitler, Frick und Gregor Strasser getroffen. Brünings Versuch, Hitler zu einem Verzicht auf seine Forderung nach einer sofortigen Revision des Young-Plans zu bewegen, schlug jedoch fehl: »Nationalsozialisten grundsätzlich auf anderem Standpunkt, und zwar in völliger Erkenntnis der katastrophalen Folgen ihres Vorschlags. Daher Zusammenarbeiten vorerst nicht möglich« vermerkte Pünder in einer Notiz über die Mitteilungen, die Brüning am 7.10.1930 Hindenburg über den Verlauf des Gesprächs machte, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 135, S. 511; zu dem Gespräch zwischen Brüning und Hitler siehe auch Brüning, S. 191ff.; Pünder, S. 62ff.; Gottfried Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 162.

Da aber die Regierung den Versuch machen wollte, unter allen Umständen zunächst einmal parlamentarische Möglichkeiten auszuschöpfen, ist sie auf den Weg gekommen, dessen Ziel vorerst die Abstimmungen des Reichstags gewesen sind, auf den Weg, die Feindschaft von rechts zu überwinden durch eine Hilfestellung der sozialdemokratischen Fraktion.[8] Sie konnte, wie die Dinge einmal lagen, nur auf diese Weise überwunden werden, und in diesem Tatbestand lag für die Deutsche Volkspartei, von allen parteipolitischen Erwägungen abgesehen, von Anfang an die Grundlage der Erwägungen, die dahin gingen, ob wir die Verantwortung für eine solche Lösung der Dinge, für einen solchen Stand einer Regierung, die solche Aufgaben übernommen hat, tragen wollten.

Dazu kamen nun andere Erwägungen parteipolitischer Art. Ich habe bereits von dem Zwang zur Verantwortung gesprochen, vor dem man nach dem Wunsche breitester Schichten unserer Partei sobald wie irgendmöglich die Nationalsozialistische Partei hätte stellen sollen. Diese Wünsche waren auch in der Reichstagsfraktion selbstverständlich in hohem Maße vorhanden und haben lebhaften Ausdruck gefunden.[9]

Dazu kam weiter, daß wir das Ergebnis der Wahlen als eine solche äußere Schwächung der Autorität der Regierung ansahen, daß wir Zweifel haben mußten, ob diese Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung die innere Stärke besitzt, um den Weg innerer Reformen mit der Entschlossenheit zu Ende zu gehen, die allein unsere Unterstützung finden kann.

Dazu kam endlich, was ich offen aussprechen muß, daß in einem breiten Teile der Reichstagsfraktion zwar der ernste Wille, der hohe ethische Gehalt und die politische Klugheit der Persönlichkeit des Reichskanzlers durchaus anerkannt werden, daß aber darüber Zweifel vorhanden waren und sind, ob er das Maß von eiserner Energie besitzt, das nach unserer aller Überzeugung allein eine Regierung in so schwieriger Lage durch die Fährlichkeiten hindurchsteuern kann.[10] Wir hätten auch gewünscht,

[8] Die Regierung Brüning verfügte im 5. Reichstag lediglich über 200 der 577 Sitze. Nach offiziellen und inoffiziellen Verhandlungen zwischen führenden Sozialdemokraten (Breitscheid, Hilferding, Müller, Wels) und Brüning faßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Anfang Oktober 1930 den Entschluß, die Regierung Brüning vorerst zu tolerieren, siehe UuF, Bd. 8, S. 98 (Fraktionsbeschluß vom 3. 10. 1930); siehe dazu auch Pünder, S. 62 ff.; Ende der Parteien, S. 103 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 215 ff.; Pyta, S. 203 ff.; Eberhard Kolb, Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime, 2 Bde., Hamburg 1986, Bd. 1, S. 157–176; Rainer Schäfer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung?, Frankfurt/M. 1990, S. 65 ff. Am 18. 10. hatte der Reichstag in einer von Tumulten unterbrochenen Sitzung mit den Stimmen der SPD ein Gesetz über die Schuldentilgung angenommen, sich für eine Überweisung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 26. 7. 1930 an den Haushaltsausschuß ausgesprochen und beschlossen, »über alle Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen«, wobei sich seitens der DVP lediglich Bellmann der Stimme enthielt, siehe VRT, Bd. 444, S. 202–217. Nach der Abstimmung vertagte sich der Reichstag bis zum 3. 12. 1930. Zum turbulenten Verlauf der Debatte siehe Brüning, S. 198 ff.; Severing, Bd. 2, S. 259; Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg [3]1953, S. 533; Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1958, S. 56 ff.

[9] In der Reichstagsfraktion sprachen sich vor allem Dauch, Schmidt und Schnee für die Heranziehung der NSDAP aus, siehe BAK R 45 II/67, p. 268 f. (Fraktionssitzung vom 24. 9. 1930).

[10] Die Reichstagsfraktion der DVP hatte sich am 10. 10. 1930 nach schweren Auseinandersetzungen, die in Dingeldeys Forderung gipfelten, sich von der Regierung Brüning zu lösen, mit dem Sparprogramm der Regierung unter gewissen Vorbehalten einverstanden erklärt und »mit allen

daß von ihm mit ganz anderem Elan die Notwendigkeiten der Reformen von Anfang an hervorgekehrt worden wären. Wir hätten vor allen Dingen gewünscht, daß bei der Veröffentlichung des Programms der Regierung Brüning vor Zusammentritt des Reichstags, des sogenannten Finanzprogramms, man mit größerer Deutlichkeit und Energie die wirtschaftspolitische Seite, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Herabsetzung der Selbstkosten unserer Wirtschaft herausgestellt hätte.

Es waren also sehr ernste Gedankengänge, die damals einem großen Teil der Fraktion Anlaß gaben zu der Erwägung, ob nicht schon jetzt die Entscheidung hätte herbeigeführt werden sollen, daß die Fraktion sich nicht damit einverstanden erklären könnte, daß diese Regierung kurzerhand ans Werk geht. Wir hätten also gewünscht, wenn wir dieser Überlegung gefolgt wären, daß zunächst das parlamentarische Exerzitium nach beiden Extremen bis zum Ende durchgeführt, das heißt, die beiden in Frage kommenden großen Parteien, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, vor die unmittelbare Frage der praktischen Verantwortung gestellt worden wären. Wir hätten gewünscht, daß nach Erledigung dieses Exerzitiums dann eine in ihrer Zusammensetzung wie in ihrer Führung wirklich innere Autorität darstellende Regierung die Arbeit übernommen hätte; weil wir der Überzeugung sind, daß ein anderer Weg als der der rein sachlichen Einstellung, der Außerachtlassung parteitaktischer und letzter parlamentarischer Erwägungen, keine Garantie für die Durchsetzung der sachlichen Forderung bietet.

Wenn die Regierung diesen Weg nicht gegangen ist – ich habe es schon in Parenthese bemerkt –, so hatte sie, das ist ohne Zweifel anzuerkennen, reiflich erwogene sachliche Gründe auf ihrer Seite. Denn die Dinge liegen ja doch in Deutschland so, daß die unmittelbare Auswirkung des Wahlergebnisses während der nächsten Wochen nach den Wahlen ein solches Maß von Unsicherheit aller Verhältnisse, der staatlichen, der wirtschaftlichen, der geldwirtschaftlichen, war, daß allein von dieser Unsicherheit aus die schwersten Gefahren innerhalb wie außerhalb der Grenzen für den deutschen Staat ausgehen konnten. Sie haben die Entwicklung der Dinge verfolgt. Sie wissen, daß die Flucht deutschen Kapitals, die Zurückziehung fremder Gelder schließlich einen Gesamtbetrag – innerhalb der ersten zwei bis drei Wochen – von nahezu einer Milliarde Goldmark umfaßt hat.[11] Und wenn dem auch ohne weiteres entgegenzustellen ist, daß die Sicherheit der Währung durch die Stärke der Reichsbank auch solchen Stößen standhält, so mußte doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß dieser Prozeß des Verfalls und der Erschütterung zu Zwangsmaßnahmen führen würde, die zu einer natürlichen Arbeitslosigkeit eine durch Währungsgesichtspunkte erzwungene Arbeitslosigkeit hinzufügen würden.

Alledem konnte nur begegnet werden, wenn an die Stelle der Unsicherheit zunächst einmal eine sachliche Sicherheit gesetzt wurde, wenn also zunächst einmal die Frage

gegen 2 Stimmen« eine Unterstützung der Mißtrauensanträge gegen die Regierung abgelehnt, BAK R 45 II/67, p. 281 f.

[11] Nach den Septemberwahlen 1930 wurden Auslandsguthaben in beträchtlicher Höhe abgezogen, siehe dazu James, Reichsbank, S. 166ff. In seiner Regierungserklärung vom 16.10.1930 führte Brüning aus, die Regierung sei aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen und der hohen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung, aber auch aufgrund des Rückzugs von Auslandsguthaben und der Kapitalflucht gezwungen, einen Auslandskredit in Höhe von 125 Millionen Dollar aufzunehmen, siehe VRT, Bd. 444, S. 17ff.

des sachlichen Kurses, die Frage des Wirtschafts- und Finanzprogramms ganz klar in den Vordergrund gestellt wurde. Und wenn die Regierung Brüning, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, alle parlamentarischen Erwägungen zur Berücksichtigung des Wahlergebnisses zunächst abgelehnt und es als ihre erste Aufgabe angesehen hat, dieses sachliche Programm in den Vordergrund zu rücken, so hat sie ohne Zweifel starke Argumente auf ihrer Seite gehabt. Das mußte anerkannt werden.

Gleichwohl hat die Fraktion in der Lage, in der sie sich nach dem Zusammentritt des Reichstags infolge dieses Verhaltens der Regierung Brüning nunmehr befand, vor der Frage gestanden, ob sie ihr die Möglichkeit auch noch auf einigermaßen absehbare Zeit zutrauen konnte, diesen sachlichen Kurs auch wirklich umzusetzen. Die Hilfestellung der Sozialdemokratie war von Anfang an das stärkste Element des Zweifels in diesen Erwägungen. Denn es konnte sich ja niemand des Eindrucks erwehren, daß diese Hilfestellung der Sozialdemokratie sich in etwa auch in der sachlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den akut werdenden Fragen auswirken könnte. Darin aber war die Reichstagsfraktion in ihrer ersten Sitzung völlig einmütig, daß nicht nur nach dem Ergebnis der Wahlen, sondern weil wir mit aller Entschlossenheit die innere Reform wollen, irgendwelche sozialistischen Einwirkungen von uns unter keinen Umständen in Kauf genommen werden können[12] (Bravo!). Wir haben aus der vergangenen Zusammenarbeit in dem alten Kabinett Müller, wir haben aus den Vorgängen des verflossenen Reichstags die Überzeugung gewonnen, daß ungeachtet der Tatsache, daß einzelne Persönlichkeiten der Sozialdemokratie zwar die Einsicht in die Dinge haben und sie vielleicht auch aussprechen, diese Partei als solche unter gar keinen Umständen in der Lage ist, Mitträgerin oder auch nur Unterstützerin derjenigen sachlichen Politik zu werden, die allein heute die Rettung von Wirtschaft und Staat bringen kann (Sehr richtig!).

Aus dieser Überzeugung heraus hat die Reichstagsfraktion in ihrer ersten Sitzung die Schlußfolgerung gezogen, daß sie in der Ihnen bekannten Entschließung zunächst einmal ihre völlige Unabhängigkeit in den Vordergrund gestellt hat.[13] Dazu war sie umso mehr berechtigt, als ja auch die Regierung Brüning vom ersten Augenblick ihrer Entstehung an stets betont hat, daß sie eine fraktionell nicht gebundene Regie-

[12] In ihrer Sitzung vom 24. 9. 1930 hatte die Reichstagsfraktion mit 20 gegen 5 Stimmen einen Passus in ihre Entschließung aufgenommen, der »Kompromisse mit sozialistischen Ideen« ablehnte. Am 10. 10. 1929 stellte Scholz dann zur politischen Lage heraus: »Das Programm zeigt keine sozialistischen Züge. Regierung glaubt nicht an parlamentarische Erledigung; sie wünscht, daß der Reichstag sich vertage und der Regierung Zeit lasse, ihr Reformprogramm im Wege des Art. 48 in Kraft zu setzen. Frage: Wie stellt sich die Fraktion zur Regierung? Klar ist, daß die Partei keine gemeinsame Lösung mit der SPD dulden kann. Aber stürzen kann man in diesen Augenblick die Regierung durch Austritt nicht. Eine Distanzierung der DVP von der Regierung werde zu Demission der Regierung führen. Zugegeben muß werden, daß späterer Absprung schwieriger ist«, BAK R 45 II/67, p. 268 f.

[13] Die Reichstagsfraktion faßte in ihrer Sitzung vom 24. 9. 1930 folgenden Entschluß: »Im Einverständnis mit dem Parteivorstand behält sich die Reichstagsfraktion völlige Freiheit der Entschließung gegenüber den Maßnahmen der Regierung vor. Die Fraktion wird das Regierungsprogramm daraufhin prüfen, ob es mit den von der Fraktion seit langer Zeit vertretenen Grundsätzen vereinbar ist. Sie ist der Ansicht, daß dabei irgendwelche Kompromisse mit sozialistischen Gedankengängen für sie untragbar sind. Sie hält an ihrem bisherigen Ziel der Zusammenfassung aller staatsbejahenden bürgerlichen Parteien fest«, Schultheß 1930, S. 196 f.

rung, sondern eine lediglich durch das Vertrauen des Reichspräsidenten berufene Regierung sei.

Und das Zweite, was die Reichstagsfraktion zum Ausdruck brachte, war die Erklärung, daß sie der Regierung bei der Durchsetzung eines wirklichen Reformprogramms ihre Unterstützung unter der Bedingung leihen wird, daß die Abwehr irgendwelcher sozialistischer Gedankengänge in die Tat umgesetzt bleibt.

Meine Damen und Herren! Als nun die endgültige Entscheidung der Fraktion heranreifte, da waren wir uns, obwohl die Meinungen naturgemäß in einer so schwierigen Situation hin- und herwogten, alle dessen bewußt, wie ungeheuer groß die Verantwortung sei, wenn es in diesem Augenblick durch unsere Initiative zu einem Sturze der Regierung käme. Wir waren uns klar darüber, daß die wirtschaftlichen, die geldwirtschaftlichen und auch die außenpolitischen Gefahren, von denen ich vorhin gesprochen habe, zweifellos erneut stark in Erscheinung treten könnten. Entscheidend für unsere Willensbildung mußte sein: Welche Sicherheiten hatten wir, wenn die Regierung etwa zum parlamentarischen Sturz gebracht worden wäre, um eine Prognose für den weiteren Ablauf der Dinge im Parlament und – ich sage es offen – beim Herrn Reichspräsidenten uns stellen zu können. Denn darüber sind wir uns auch wohl in diesem Kreise einig: Das alte Spiel von Verhandlungen zwischen Fraktionen zur Herbeiführung einer Regierung verträgt auch nur während einer Zeit von zwei Wochen das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft im gegenwärtigen Zustande nicht (Sehr richtig!).

Was also gespielt werden mußte, das mußte mit Entschlossenheit, mit Zielklarheit und mit äußerster Schnelligkeit sich abwickeln. In dem Augenblicke aber, in dem die Regierung gestürzt ist, namentlich in der gegenwärtigen Lage und namentlich bei einer fraktionell nicht gebundenen Regierung, ruht der Schlüssel zur Lösung der weiteren Ereignisse in der Hand des Herrn Reichspräsidenten. Also nicht mehr die Partei und nicht die Fraktion war es, die dann Einfluß nehmen konnte auf die Abwicklung der Dinge, nicht mehr von ihrem Einfluß hing es ab, ob die Dinge sich schnell, ob sie sich so abwickelten, wie es das Interesse der Nation verlangt. Wir mußten also zunächst sehen, was uns irgendwie bekannt werden konnte über Möglichkeiten, über Wünsche, über Willensäußerungen jener anderen Stelle. Die Fraktion hat versucht, nach allen Seiten hin diesen Tatbestand zu klären, und ich kann mit aller Vorsicht folgendes als Ergebnis feststellen. Die Fraktion ist nicht zu dem Eindruck gekommen, daß irgendetwas Sicheres und Greifbares über die Möglichkeiten, Wünsche und Ziele des Herrn Reichspräsidenten für einen solchen Fall des Rücktritts der Regierung Brüning festzustellen war.

Die Fraktion hat aber naturgemäß auch festzustellen versucht, welche Rückwirkungen ein Regierungssturz bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge auf unsere geldwirtschaftliche Lage haben würde. Ich darf in diesem Kreise, da ja die Dinge vertraulich sind, ganz offen sagen, daß für uns nichts näher lag, als uns mit unserem Parteifreund, dem Herrn Reichsbankpräsidenten [Hans Luther] über die Dinge auszusprechen. Es hat eine sehr sorgfältige und eingehende Erörterung über die Frage mit dem Herrn Reichsbankpräsidenten stattgefunden, und das Ergebnis dieser Aussprache – für uns an sich ja nicht überraschend – war jedenfalls ganz eindeutig, daß seine Meinung durchaus gegen jegliche Regierungskrise in diesem Augenblick ins

Gewicht fiel. Er wies auf die schweren Verheerungen hin, die auf dem Geld- und Kreditmarkt eingetreten waren, er wies auf die außenpolitischen Folgen hin, und er erklärte für seine Person jedenfalls ganz unzweideutig, daß er es nicht verstehen würde, wenn eine Partei wie die Deutsche Volkspartei, der solche Gedankengänge naheliegen, in diesem Augenblick die Verantwortung für eine solche Entwicklung tragen würde. Nicht als ob das Urteil für die Fraktion ausschlaggebend gewesen wäre, aber in Verbindung mit der vorerwähnten Tatsache, daß keinerlei Sicherheit und Klarheit über die mögliche weitere Entwicklung zu erbringen war, ergab sich für die Fraktion ein ziemlich klarer Tatbestand. Wir hätten aus guten Gründen und aus parteipolitischen Gründen eine Entwicklung in Gang gesetzt, deren Ende wir nicht kannten; wir hätten Möglichkeiten im voraus diskontiert, von denen wir nicht wußten, ob sie eintreten würden; wir hätten eine Politik im luftleeren Raum gemacht und hätten nicht gewußt, wie die Dinge sich dann entwickeln würden. Das waren die Gründe, die die Reichstagsfraktion bei ihrer endgültigen Abstimmung einstimmig zu dem Entschluß brachten, in diesem Augenblick der Regierung, wie ich es im Parlament ausgedrückt habe, nicht in den Arm zu fallen.

Dazu kam noch ein weiteres. Herr Dr. Luther hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß, wie die Dinge auch in Zukunft laufen mögen, für die ganze Durchführung aller Reformen in Deutschland in diesem Winter und in diesem Halbjahr von entscheidender Bedeutung ist, daß jetzt einmal in den ersten Wochen in den zuständigen Ministerien durch die Ministerialbürokratie diejenigen Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden können, die die alleinige Grundlage aller praktischen Arbeit bilden müssen (Sehr richtig!). Eine Regierungskrise aber in jenem Augenblick hätte natürlich den ganzen Apparat zum Stillstand gebracht bis zu dem Zeitpunkt, wo neue Anweisungen von der entscheidenden Stelle aus hätten ergehen können.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich heute noch an die zweite Sitzung der Reichstagsfraktion, in der die Ansichten noch ungeklärt waren, in der sie gegeneinander ankämpften, in der die staatspolitische wie die parteipolitische Beurteilung der ganzen Lage für uns eine ganz außerordentlich schwierige und ernste war und in der jeder, auf welcher Seite er auch stand, die furchtbare Verantwortung empfand, die die Fraktion durch den wie auch immer gearteten Entschluß auf sich nahm. Ich darf es wohl auch hier feststellen: Für die Partei, für ihre Geschlossenheit und Schlagkraft, für die Gradlinigkeit ihrer kommenden Entwicklung ist es von ganz entscheidender Bedeutung, daß schließlich durch die sorgfältige Abwägung aller dieser Dinge, durch die Ausschöpfung aller Erkundungsmöglichkeiten es gelungen ist, die Fraktion einmütig in ihrem Entschlusse zusammenzuhalten (Bravo!).

Umso mehr – lassen Sie mich auch das hier ganz offen aussprechen – bedauere ich es auf das tiefste, daß in dem offiziellen Organ des Wahlkreises Berlin, in den »Berliner Stimmen«, anläßlich der Entscheidung der Fraktion und ihrer Abstimmung im Reichstag ein Aufsatz erscheinen konnte, in dem die Abgeordneten – und nach dem Text konnten selbstverständlich auch unsere Abgeordneten damit gemeint sein – beschuldigt wurden, sie hätten durch ihre Abstimmung mit dem Mandat, das ihnen die Wähler übertragen haben, Schindluder getrieben. Meine Damen und Herren, ich habe volles Verständnis dafür, wenn jemand im Lande – und es gibt solche Stimmen – aus ernster, sachlicher Erwägung zu einem anderen Ergebnis kommt, aber eine Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Vertretern der Partei in der Reichstags-

fraktion, geführt in der Öffentlichkeit durch ein offizielles Parteiorgan, hat nach meine Auffassung jeden Respekt vor der Verantwortung der Persönlichkeiten in der Form wenigstens zum Ausdruck zu bringen, der die Voraussetzung jedweder harmonischen Zusammenarbeit sein muß (Zustimmung). Die Fraktion muß es ablehnen, sich gegenüber solchen Angriffen überhaupt zu verantworten. Sie erwartet, daß die Partei von vornherein unterstellt, daß, wie auch immer ihre Entscheidungen fallen, sie getragen sind von vollster und ernstester Verantwortlichkeit jedes einzelnen Mitgliedes der Fraktion (Bravo!).

Meine Damen und Herren! Ich glaube also, daß, wie die Dinge damals gelaufen sind und wie die Argumente sich gruppierten, die Entscheidung der Fraktion gegeben war und nicht anders fallen durfte und konnte. Nach wie vor bleibt bestehen das, ich möchte sagen, rote Damoklesschwert über den bürgerlichen Häuptern unserer Regierung. Denn es bleibt doch bestehen der Druck, der von der sozialdemokratischen Fraktion ausgeht, und es bleibt bestehen das Gefühl der Unsicherheit, ob die Regierung in der Lage wäre, in einer solchen taktischen Situation ihren Weg unbeirrt zu Ende zu gehen.

Die Reichstagsfraktion hatte schon damals durch ihren Vorsitzenden, den Herrn Kollegen Dauch, in einer ganz ernsten und nicht einmal für die Öffentlichkeit der Reichstagsfraktion bestimmten Auseinandersetzung den Willen Brünings, die Ernsthaftigkeit und die Linie seines Wollens noch einmal feststellen lassen, und zwar mit befriedigendem Ergebnis. Die Reichstagsfraktion hat später wiederum durch Herrn Kollegen Dauch feststellen lassen, ob Beunruhigungen, die mit Recht entstanden waren, etwa in einer Schwächeanwandlung Brünings ihren Untergrund hätten.[14]

Die Beunruhigung war entstanden durch zweierlei. Einmal durch das Verhalten der Regierung gegenüber dem Metallarbeiterstreik in Berlin.[15] Ich widerstreite durchaus der Auffassung, als ob es an sich möglich wäre, eine große politische Krise, wie es der

[14] In der Fraktionssitzung vom 16.10.1930 berichtete Dauch von seinem Treffen mit Brüning, er habe »den Eindruck, daß Brüning den festen Willen hat, das Programm der Regierung zu erfüllen«, zudem habe er »keine Bedenken gegen Person und Zielrichtung des Kanzlers«, BAK R 45 II/67, p. 281.

[15] Der Verband Berliner Metall-Industrieller hatte am 29.8.1930 den Tarifvertrag mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zum 30.9.1930 gekündigt. In den darauffolgenden Verhandlungen konnte keine Einigung erzielt werden, da die Arbeitgeber eine Senkung der Tariflöhne um 15%, der Metallarbeiterverband dagegen Lohnerhöhungen oder eine Senkung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich forderte. Die Schlichtungskammer unter dem Vorsitz Carl Völckers verkündete dann am 10.10. einen Schiedsspruch, nach dem die Löhne zwischen 6% und 8% gesenkt werden sollten. Aus Protest gegen den Schiedsspruch traten 126000 Metallarbeiter am 15.10. in den Ausstand. Am 18.10.1930 nahm der Reichstag mit den Stimmen von SPD, KPD und NSDAP einen Antrag der SPD an, wonach der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch nicht für verbindlich erklären durfte. Die von Arbeitsminister Stegerwald daraufhin eingesetzte Kommission einigte sich am 28.10. darauf, die Arbeit sofort unter den alten Bedingungen aufzunehmen und die endgültige Entscheidung eines Schlichtungsgremiums (Brauns, Jarres, Sinzheimer) abzuwarten, deren Spruch sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer im vorhinein unterwarfen. Zur Entscheidung der Dreierkommission vom 8.11.1930, die im Kern den Schiedsspruch vom 10.10.1930 aufrechterhielt, siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 235; Bähr, S. 320ff.; Grübler, S. 319ff. Zu Aufrufen und Streikberichten siehe Frank Deppe/Witich Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933, Köln 1981, S. 77–92.

Regierungssturz durch uns wäre, zu inszenieren wegen eines Schiedsspruchs an irgendeiner Stelle. Darüber sind uns wir wohl einig. Aber ebenso werden Sie uns darin zustimmen, daß gerade der Metallarbeiterstreik, weil er am Anfang einer von der Regierung selbst verkündeten großzügigen Aktion stand, weit über lokale Verhältnisse hinaus symptomatische Bedeutung für den ernsten Willen dieser Regierung hatte (Zustimmung). Deshalb mußte uns daran gelegen sein festzustellen, ob man auf diesem Boden der Auseinandersetzungen über den Schiedsspruch vor einem möglichen sozialdemokratischen Mißtrauensvotum – denn so lautete manche Argumentation gegen Herrn Stegerwald –, das in Zukunft kommen könnte, sich zurückziehen würde und etwa nun nur halbe Arbeit leisten würde.

Wir konnten das aus zwei Gründen gar nicht tragen. Wir hätten es nicht tragen können, weil diese Dinge dann symptomatisch waren für eine mangelnde oder halbe Entschlossenheit, und zum zweiten – lassen Sie mich das auch offen aussprechen – deshalb nicht, weil wir in Konsequenz unserer früheren Haltung in parteifreundlicher Gegnerschaft gegen unseren Freund Moldenhauer unter gar keinen Umständen in Kauf nehmen könnten, daß hier durch die Kürzung der Beamtengehälter einseitig die Beamtenschaft belastet worden wäre, ohne daß gleichzeitig die wirtschaftspolitische Aktion, die die Grundlage und die moralische Berechtigung der anderen Maßnahme bildet, mit aller Energie vorgetrieben würde.[16]

Auch nach der Richtung hin, wenn auch äußerlich die Tatsache abschließend noch nicht in Erscheinung getreten ist, haben erneute Fühlungnahmen des Kollegen Dauch befriedigende Ergebnisse gehabt (Zuruf: Na, na!). Ich glaube nicht, daß Sie von dem Kollegen Dauch über den Inhalt seiner Unterhaltung mit dem Reichskanzler unterrichtet sind, und ich darf Sie bitten, vielleicht noch einige Tage abzuwarten, dann werden Sie ja den Spruch des Schiedsgerichts kennen, dem sich beide Parteien bedingungslos unterworfen haben. Ich kann nur sagen, daß nach den Mitteilungen, die uns geworden sind, dieser Spruch keinen Anlaß zu der Annahme geben wird, daß die Reichsregierung von ihrem Kurs abweicht.

Der zweite Punkt, der uns bedenklich stimmten mußte, war das Verhalten des Herrn Reichsinnenministers Dr. Wirth durch die Ernennung des Herrn Spiecker[17] und durch die bekannte Note an das Land Braunschweig.[18] Es ist ganz selbstverständlich

[16] Reichsfinanzminister Moldenhauer war am 20.6.1930 zurückgetreten, siehe Dok. Nr. 81, Anm. 6.

[17] Carl Spiecker (1888–1953), Redakteur, 1917–1919 in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts; 1919–1922 Staatskommissar für Oberschlesien, 1922–1923 Verlagsdirektor der »Germania«, 1923–1925 Reichspressechef, 1931–1932 Sonderbeauftragter des Reichs für die Bekämpfung des Nationalsozialismus, 1933 Emigration.

[18] Reichsinnenminister Wirth hatte die Überweisung der Polizeigelder an das Land Braunschweig zurückgehalten, weil gegen den Braunschweigischen Minister des Inneren, Anton Franzen (NSDAP), ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Begünstigung eingeleitet worden war: Er hatte den während der nationalsozialistischen Krawalle in Berlin am 14.10.1930 von der Polizei festgenommenen Landwirt Paul Guth als den Landtagsabgeordneten Hinrich Lohse (NSDAP) ausgegeben. Wirth blieb mit seinem Widerstand gegen die Führung der Polizei durch einen nationalsozialistischen Minister im Reichskabinett jedoch völlig isoliert, so daß die Polizeigelder am 31.10.1930 freigegeben wurden, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 156; Ernst-August Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961, S. 161ff.; Küppers, S. 283f.

– ich habe das auch in Stellvertretung des Parteiführers unseren braunschweigischen Freunden geschrieben –, daß ein Minister, der strafbarer Handlungen bezichtigt ist, im Interesse der Staatsautorität unter allen Umständen dafür sorgen muß, daß dieser Tatbestand eindeutig und so schnell wie möglich geklärt wird (Sehr richtig!). Es ist Aufgabe gerade der Deutschen Volkspartei, die die Staatsautorität stärken will, die sie auch programmatisch, wie ich nachher noch sagen darf, stärken will, in einem solchen Falle gar keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen. Aber ebenso ist es ein Unding, daß dieser persönliche Fall des braunschweigischen Ministers von dem Reichsinnenminister dazu benutzt wird, um dem Lande Braunschweig eine Vorenthaltung der Zuschüsse für die Polizei anzukündigen. Darin mußte ein ganz klarer parteipolitischer Wille zum Ausdruck kommen, darin mußte der Wille des Herrn Dr. Wirth zum Ausdruck kommen, in einer Zeit, in der seine Regierung der Sozialdemokratie nichts zu bieten vermag, wenigstens durch solche taktische Einstellung diese etwas drohende Gegnerschaft zu beschwören. Auch darüber hat Herr Kollege Dauch mit dem Herrn Reichskanzler gesprochen, und der Inhalt dieser Unterredung – das darf ich vielleicht sagen – ist heute bereits durch die Tatsache nach außen hin zum Ausdruck gekommen, nämlich darin, daß die Reichsregierung beschlossen hat, sich ihre endgültige Stellung in dieser Frage vorzubehalten, aber die angekündigte Zurückhaltung der Polizeizuschüsse nicht auszuführen; sie sind bezahlt.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie mit mir in die Erwägung eintreten wollen, welchen Weg es etwa gäbe, um ohne Entfesselung einer Regierungskrise ein Regierungsmitglied sachlich zu desavouieren, so würden Sie, glaube ich, ungefähr zu der Formulierung kommen, die das Kabinett gewählt hat.

Damit darf wohl auch aus diesen Ereignissen der Schluß gezogen werden, daß bis zum Augenblick Symptome dafür, daß die Reichsregierung von ihrem Wege abgeht oder sich abdrängen läßt, nicht vorhanden sind. Die Dinge werden aber sehr schnell zu ganz klaren Auseinandersetzungen heranreifen. Denn die Sozialdemokratie hat ja bekanntlich die Notverordnung als Ganzes nur deshalb passieren lassen, weil sie sich vorgesetzt hat, im Reichstags-Hauptausschuß Abänderungsanträge dazu zu stellen, und zwar zu den Spezialverordnungen über die Sozialpolitik und über die Bürgersteuer.[19] Nach dem ganzen Verhalten der Nationalsozialisten kann man heute schon mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die Nationalsozialisten derartigen Anträgen zustimmen und damit den Konfliktfall praktisch machen werden. Sie tun das aus ihrer allgemeinen Einstellung zu diesen Fragen, die ja leider noch durchaus in sozialistischem Fahrwasser geht; und sie tun das außerdem mit Freuden, weil sie daraus den Konfliktfall zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie heranreifen sehen.

Es wird sich dann herausstellen, welche Haltung die Reichsregierung bei einer Ablehnung wichtiger Punkte der Notverordnung im Reichstags-Hauptausschuß einnimmt. Die Reichsregierung wird weiter dann zu der Frage Stellung zu nehmen haben, ob sie es darauf ankommen lassen kann – sie wird wahrscheinlich schon frü-

[19] Der Reichstag hatte am 18.10.1930 mit den Stimmen der SPD beschlossen, die Anträge von KPD, DNVP und NSDAP auf Aufhebung der Notverordnung vom 26.7.1930 an den Haushaltsausschuß zu überweisen, siehe Anm. 8.

her hierzu Stellung nehmen –, die jetzt dem Reichsrat zugeleiteten 30 Gesetze[20] ähnlichen Fährnissen auszusetzen und damit auf die Möglichkeit zu verzichten, das, was schnell in die Tat umgesetzt werden muß, in Kraft treten zu lassen. Es wird sich also zeigen, ob die Regierung in den nächsten 14 Tagen parteipolitische und parlamentarische Erwägungen für weniger wichtig als die sachliche reformbejahende Einstellung zu ihrem Programm ansieht. Wird sie in dieser Entscheidung von dem sachlichen Willen, von der Entschlossenheit zur Durchsetzung dieser Dinge geleitet, dann werden wir ihr weiterhin die Gefolgschaft leisten müssen, weil wir dasselbe wollen, nämlich daß in diesem Winter die Dinge gemeistert werden, soweit wir ihrer Herr werden können.

Wird die Regierung sich von parlamentarischen, wird sie sich von parteipolitischen Einflüssen leiten lassen, dann, meine Damen und Herren, kommt der Konfliktfall mit uns. Darüber kann ein Zweifel gar nicht bestehen. Es war eines der wesentlichsten Argumente bei unseren Überlegungen, daß wir uns sagen konnten: Die taktische Stellung der Reichstagsfraktion in diesem Augenblick ist so stark, weit stärker als die kleine Zahl ihrer Mandate, sie hat die Schlüsselstellung innerhalb der Front. Ihrem Einfluß war es zu danken, ihrem Entschluß zuzuschreiben, daß auch die Wirtschaftspartei in der hinter uns liegenden Entscheidung die Regierung gestützt hat.[21] Die Wirkung einer negativen Entscheidung der volksparteilichen Fraktion würde auch nach der Richtung später etwa wiederum die gleiche sein wie damals[22], und die Regierung stünde dann vor der Tatsache, daß sie in Auswirkung ihres Programms wegen mangelnder Entschlossenheit oder Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie durch die Mehrzahl aller der Parteien zum Sturze gebracht würde, die an sich sachlich hinter ihrem Programm stehen.

Die Regierung würde also nicht durch ihren eigenen Sturz, sie würde durch die Tatsache, daß der Sturz durch eine bürgerliche Front erfolgt, nach meiner Überzeugung gleichzeitig auch den sachlichen Reformen, die sie selbst will, den schwersten Stoß versetzen, wenn sie sich abdrängen läßt von der Linie, die sie eingenommen hat. Ich möchte annehmen, daß diese Erwägung auch bei dem Herrn Reichskanzler und im Kabinett maßgebend ist. Endgültiges nach der Richtung kann heute nicht gesagt werden. Es bleibt abzuwarten, wie die Dinge gemeistert werden.

Wir alle – und damit darf ich mit wenigen Worten auf die allgemeine staatspolitische Lage zu sprechen kommen – haben das Gefühl, daß die Möglichkeiten, in diesem Winter mit normalen parlamentarischen Mitteln zu arbeiten, denkbar gering sind.

---

[20] Der Reichsfinanzminister hatte am 31.10.1930 u.a. den Reichshaushaltsgesetzentwurf 1931 sowie die Gesetzentwürfe über Gehaltskürzungen und Ausgabenbegrenzungen dem Reichsrat zugeleitet, siehe RRDrs. 1930, Bd. 4, Nr. 173.

[21] Der Fraktionsvorsitzende der Wirtschaftspartei, Hermann Drewitz, hatte Reichskanzler Brüning am 13.10.1930 mitgeteilt, seine Fraktion habe beschlossen, »den Herrn Reichsjustizminister Professor Dr. Bredt zu ersuchen, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen«, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 141, S. 535. Auf persönliches Ersuchen Hindenburgs verblieb Bredt allerdings im Amt, siehe Martin Schumacher (Bearb.), Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914–1933, Düsseldorf 1970, S. 252ff., 359ff. In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 13.10. teilte Scholz mit: »Brüning ist der Auffassung, daß Dr. Bredt Minister bleiben werde«, BAK R 45 II/67, p. 275f. In der Abstimmung vom 18.10.1930 (siehe Anm. 8) stimmte die WP dann mit der Regierung, siehe VRT, Bd. 444, S. 210f.

[22] Zum Rücktritt der Regierung Müller II am 27.3.1930 siehe Dok. Nr. 81, Anm. 4.

Wir alle haben die Überzeugung, daß die Aufgaben, die gelöst werden müssen, so schwierig und psychologisch und gefühlsmäßig für die große Mehrheit unseres Volkes auch so wenig verständlich sind, daß alles darauf ankommt, ob eine starke Staatsführung von sachlicher Unbeirrbarkeit sich gegen alle parlamentarischen Kräfte durchzusetzen entschlossen ist. Wie der Weg in einem solchen Falle im einzelnen gehen kann, zu erörtern, ist heute verfrüht. Daß der Weg gefährlich ist, daß er Gefahren allerernstesten Ausmaßes für die innere Ordnung des Staates in sich birgt, dessen müssen wir uns immer bewußt bleiben.

Gerade deshalb ist es nach meiner Überzeugung eine der wesentlichen Aufgaben unserer Partei und der Taktik, die wir einschlagen, auch der programmatischen Haltung, die wir einnehmen, daß wir die in der Form revolutionären Kräfte, die in der nationalsozialistischen Fraktion von 106 Abgeordneten Vertretung gefunden haben[23], umgestalten können zu einem aufbauenden Element des Staates; eine Aufgabe, die leicht ausgesprochen, aber in der Praxis ungeheuer schwer durchzuführen sein wird. Denn alles, was an praktischen Aufgaben von den Herren bis jetzt angegriffen worden ist, im Kleinen wie im Großen, von der Kasseler Stadtverordneten-Versammlung an, die aus dem städtischen Säckel mit nationalsozialistischer Bewilligung die streikenden Metallarbeiter unterstützt hat, über die Ablehnung der Ausführungsbestimmungen zur Bürgersteuer im thüringischen Landtag bis zu den Abstimmungen im Reichstag, die eine sozialistische Mehrheitsbildung von links und rechts uns gezeigt haben, beweist, daß diese Partei im gegenwärtigen Augenblick gegenüber den praktischen Aufgaben, die in diesem Winter zu lösen sind, eine durchaus negative Haltung einnimmt (Sehr richtig!).

In der an sich maßvollen, außerordentlich geschickten Rede des Herrn Gregor Strasser im Reichstag[24] war für mein Empfinden kennzeichnend, daß er in diesem bedeutungsvollen Augenblick, in dem ja doch auch nach den Erwägungen der Führung dieser Partei die Frage der Verantwortung sich jeden Augenblick stellen konnte, ein feierlich zu Papier gebrachtes Programm, sicherlich von Adolf Hitler entworfen, dem erstaunten Reichstag vorlas, ein Programm, das in der bekannten romantischen und agitatorischen Sprache dieser Redner das Zukunftsideal des Dritten Reiches, das man für Deutschland herbeiwünscht, entwickelte; daß aber in der ganzen Rede des Herrn Strasser irgendeine Stellungnahme zu den praktischen Aufgaben dieser Tage und Wochen, zu den sozialpolitischen, zu den wirtschaftspolitischen, zu den steuerpolitischen Notwendigkeiten, absichtlich völlig unterblieb. Daraus ist zu folgern, daß die Reife der Bewegung für die Übernahme der Verantwortung in der gegenwärtigen Zeit nach meiner Auffassung nicht vorhanden ist, daß auch das parlamentarische Exerzitium, von dem ich sprach, naturnotwendig zu einem negativen Ergebnis hätte führen müssen. Vielleicht wäre es umso nützlicher gewesen, wenn man es gemacht hätte.

[23] Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion umfaßte 107 Mitglieder.

[24] Am 17.10.1930 hatte Gregor Strasser im Reichstag ausgeführt, die Nationalsozialisten strebten keinen Bürgerkrieg, sondern die »innere Aussöhnung des deutschen Volkes« an. Zudem bezeugte er den Verfassungen der Länder und des Reiches seine »Achtung« und stellte heraus: »Wir sind jetzt für die Demokratie Weimars, wir sind für das Republikschutzgesetz, solange es uns paßt [...] Im übrigen können Sie tun, was Sie wollen«, VRT, Bd. 444, S. 62ff.

Aber weiter bin ich der Auffassung, daß das, was nun positiv getan werden kann, um diese Bewegung heranzuholen, von uns aus unterstützt werden muß. Aus dieser Überlegung wollen Sie die Einstellung der Reichstagsfraktion zu der Frage der Reichstagspräsidentenwahl herleiten.[25] Als die nationalsozialistische Fraktion an uns herantrat mit der Anregung, Herrn Dr. Scholz Herrn Löbe als Reichstagspräsidentenkandidat entgegenzustellen, und als diese Anregung sogar noch ausdrücklich damit begründet wurde, die Nationalsozialisten wollten damit ihrerseits bekunden, daß sie eine bürgerliche Bewegung seien und daß eine große bürgerliche Mehrheit in diesem Reichstag vorhanden sei, da konnte nach meiner Überzeugung die Reichstagsfraktion gar nichts anderes tun, als in diesem Augenblick zu sagen: eine so begründete und uns so vorgeschlagene Kandidatur unseres Vorsitzenden können wir nicht ablehnen, denn sie bringt zweierlei zum Ausdruck: Sie bringt zum Ausdruck, daß nach der Meinung dieser nationalsozialistischen Fraktion der Führer der Deutschen Volkspartei besonders dazu geeignet sei, als Symbol einer bürgerlichen Mehrheit herausgestellt zu werden, und das nach einem Wahlkampf, der gegen uns mit dem Schlagwort der marxistischen Verseuchtheit geführt worden ist (Sehr gut!).

Deshalb hat die Reichstagsfraktion sehr schweren Herzens und unter Überwindung schwerster Bedenken bei einzelnen unserer Freunde schließlich diesem Vorschlag zugestimmt. Sie hat dem auch zugestimmt, obwohl die Aussicht, daß der Vorschlag einen praktischen Erfolg haben würde, denkbar gering war. Denn selbst wenn die Deutschnationalen geschlossen, was sie nicht getan haben, sich dem Vorschlag angeschlossen hätten, war immer noch die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung nach der Seite ohne Zentrum und Bayerische Volkspartei und bei der Unsicherheit einzelner Splittergruppen denkbar gering. Gleichwohl glaubte die Fraktion diesen Vorschlag nicht ablehnen zu dürfen im Interesse der Partei. Meine Damen und Herren, wenn die Begründung dieses Vorschlages, die uns gegeben worden ist, mit der Tatsache der grundsätzlichen Ablehnung durch uns im Lande veröffentlicht und agitatorisch gegen uns ausgenutzt worden wäre, dann würde die Massenflucht aus der Partei einen neuen gewaltigen Antrieb erhalten haben (Zustimmung).

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang schon eines aussprechen. Wer heute sieht, wie die Katastrophe des 14. September nicht abgeschlossen ist, wie nicht Ernüchterung anstelle des Rausches getreten ist, sondern wie eine Panikstimmung schlimmster Art immer weiter wächst, wie es bröckelt, wie es von uns abgeht, immer noch weiter, Wochen hindurch, der muß zunächst einmal ein tiefes Bedauern, sage ich es

[25] Am 13. 10. 1930 hatte v. Stauß vor der Fraktion mitgeteilt, »daß der Abg. Göring an ihn herangetreten sei, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Nazi gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien einen Volksparteiler als Reichstagspräsidenten wählen möchten. Brüning hat Bedenken wegen der Brüskierung der Sozi«. Nach sehr kontroverser Debatte faßte die Fraktion den einstimmigen Beschluß: »Wenn von mehreren Fraktionen Dr. Scholz als 1. Präsident vorgeschlagen wird, dann wird die Fraktion sich geschlossen für ihn einsetzen«, BAK R 45 II/67, p. 275 f.; siehe dazu auch die Fraktionssitzungen vom 14. und 15. 10. 1930. Vor der Abstimmung am 15. 10. 1930 hatte Frick seitens der NSDAP im Reichstag erklärt, seine Partei wolle nicht den »Kriegsdienstverweigerer Löbe«, sondern den »Frontsoldaten Dr. Scholz« als Reichstagspräsidenten, VRT, Bd. 444, S. 8; siehe dazu auch Brüning, Memoiren, S. 199 f.; Pünder, S. 66 f. In der Abstimmung setzte sich Löbe in einer Stichwahl mit 269 gegen 209 Stimmen gegen Scholz durch, wobei 77 ungültige Stimmen abgegeben wurden, siehe VRT, Bd. 444, S. 8 f.; siehe auch Anm. 50.

offen, über die Feigheit und die Panik empfinden, die weiteste Kreise des sogenannten Bürgertums in diesen Zeiten nach außen hin zur Schau tragen (Lebhafte Zustimmung). Ich habe es einmal so gekennzeichnet: Es ist ein jammervoller Zustand, daß die Menschen, die emporgewachsen sind auf dem staatspolitisch alten Boden der Tradition, der Hingabe an den Staat, wie wir ihn vertreten, heute in einer Angst vor Katastrophen eine Art von Mimikry gegenüber den Nationalsozialisten an den Tag legen und meinen, wir könnten uns dadurch wieder hochbringen, daß wir uns möglichst wenig von den Nationalsozialisten unterscheiden. Meine Damen und Herren, solche Erwägungen haben uns in der Reichstagsfraktion nicht geleitet, sondern die Rücksicht darauf, daß, weil die Dinge so liegen, eine andere Entscheidung schwerste Schädigungen im Lande zur Folge gehabt haben würde.

Meine Damen und Herren! Die staatspolitische Situation ist also gekennzeichnet durch die Möglichkeit des außerparlamentarischen Regimes, in welcher Form auch immer, durch die Gefährlichkeit dieses Weges, durch die Notwendigkeit, die Staatsautorität, die die Verantwortung dafür tragen will, daß sie ihn einschlägt, nach Möglichkeit zu stützen und zu stärken. Es kann das nur dadurch möglich sein, daß die ganz klare Linie sachlicher Unbeirrbarkeit in keinem Punkte verlassen wird, und es kann auch nur dadurch möglich sein, daß die Deutsche Volkspartei ihrerseits, wenn sie diesen Weg mitgeht, es sich und ihren Mitgliedern klarmachen kann, daß es ein von sozialistischen Einflüssen unbedingt freier sachlicher Reformwille ist, der Regierung und Volkspartei in diesem Augenblick miteinander verbunden hat.

Die Fraktion hat sich ihre Entscheidungen vorbehalten. Sie hat mit aller Schärfe im Parlament zum Ausdruck gebracht: die Regierung trägt ihre schwere Verantwortung, die Fraktion trägt die ihrige, und die ist die, mit aller Vorsicht und aller Genauigkeit darüber zu wachen, daß der einmal eingeschlagene sachliche Weg nicht um Haaresbreite verlassen wird. Dabei stelle ich jetzt in diesem Augenblick bewußt alles zurück, was die Fraktion im einzelnen an Wünschen gegenüber dem Regierungsprogramm vorzubringen hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß es eine ganze Reihe von Fragen steuerpolitischer und anderer Art gibt, die von uns anders gesehen und anders behandelt werden wollen. Die Fraktion hat einen Ausschuß eingesetzt, der die Wünsche zu diesem Programm im einzelnen formuliert.[26] Sie wird ihre endgültigen Entschlüsse zu dem Programm, zu den einzelnen Formulierungen fassen, wenn dieses Programm in Gesetzesform an den Reichsrat gegangen ist. Es wird dann vielleicht auch die Möglichkeit bestehen, in Verhandlungen mit der Reichsregierung das eine oder andere zu ändern auf dem Gebiet der Reform der Arbeitslosenversicherung im einzelnen, wie jetzt nur angedeutet ist, auch auf manchem steuerpolitischen Gebiet. Vielleicht wird die Diskussion einem der Kollegen Raum geben, um über diese Fragen noch zu sprechen.

Aber in meinem Gedankengang glaube ich mich nun der Gesamtlage der Partei zuwenden zu dürfen.

Meine Damen und Herren! Um die Lage der Partei richtig würdigen zu können, wird man ausgehen müssen von den Gründen des Ausgangs des 14. September. Ich

[26] In ihrer Sitzung vom 10. 10. 1930 hatte die Reichstagsfraktion einen aus Cremer, Hugo, Moldenhauer und Keinath bestehenden Ausschuß zur Beratung des Regierungsprogramms eingesetzt, siehe BAK R 45 II/67, p. 275.

glaube, diejenigen werden dem 14. September nicht gerecht, die als alleinige oder vorwiegende Ursache dieses erstaunlichen Aufstiegs der nationalsozialistischen Bewegung, diese Flucht von Millionen deutscher Wähler aus dem Raum der politischen Mitte in den Radikalismus und in die Romantik hinein, nur die wirtschaftliche Notlage unseres Volkes verantwortlich machen, und diejenigen, die glauben, wenn es uns nur mal wieder etwas besser geht, wird diese Bewegung überwunden sein, werden der völligen Umschichtung der soziologischen wie auch der seelischen Struktur unseres Volkes, die in den letzten Jahren vor sich gegangen ist und die vielleicht von uns nicht rechtzeitig und genügend beachtet worden ist, nicht gerecht (Lebhafte Zustimmung).

Wir haben gewiß als äußere Dinge zu sehen, daß die Menschen sagen: Diese Mißwirtschaft, diese Korruption im Beamtenkörper, diese Verschwendung von öffentlichen Mitteln ist mit irgendwelchen Maßnahmen nicht aufzuhalten und zu beseitigen, alle Versuche, die ihr unternommen habt, sind fehlgeschlagen, es gibt nur eins: Es muß sich alles ändern, es muß zunächst einmal dieses System zusammengeschlagen werden. Das waren sicher Regungen, die ganz oberflächlich viele Menschen hineingetrieben haben in diesen Rausch, der Millionen von Menschen erfaßt hat. Aber es kommt doch nun das andere hinzu: Es wirkt sich jetzt erst die Entwurzelung, die völlige wirtschaftliche und im weiteren Verlauf auch geistige und seelische Entwurzelung einer ganzen Kulturschicht des deutschen Volkes durch die Inflation und ihre Folgeerscheinungen aus (Sehr wahr!). Der entwurzelte Mittelstand hat nicht nur seine wirtschaftliche Sicherheit, sondern mit dem damit verbundenen sozialen und kulturellen Niveau auch die geistige Grundlage seiner Existenz verloren, und die Söhne des entwurzelten Mittelstandes, die heute unter schwerstem Ringen und in völliger Unsicherheit und Ungewißheit ihrer Zukunft, nicht mehr gestützt durch die sichere Tradition eines von Kulturgütern gesegneten Heimes, ihren Weg durch das schwere Leben gehen, diese Söhne des entwurzelten Mittelstandes sind die Rekruten der von der nationalen Seite herkommenden revolutionären Bewegung (Sehr richtig!).

Es kommt noch hinzu, daß naturgemäß die Menschen, die in eine solche Verfassung, in einen solchen Zustand durch die Tatsachen hineingetrieben wurden, das Gefühl der Hilflosigkeit, das Gefühl der Vereinsamung nicht mehr ertragen können. Die Predigten der Freiheit und Selbständigkeit der Persönlichkeit, die großen Ideale des alten Liberalismus, die als Grundlage einer geistigen Haltung auch heute ihre Bedeutung nicht verloren haben, sie gehen an den Ohren dieser Menschen spurlos vorüber, weil sie dieses Losgelöstsein nicht mehr ertragen können, sondern hinflüchten in den Zustand irgendeiner Gemeinschaft und der Verantwortungslosigkeit unter irgendeinem Führer und einem Programm, das sie vorwärtstreibt und den Zustand vergessen läßt, in dem sie sich befinden. Das sind, glaube ich, die seelischen und geistigen Wurzeln der Entwicklung von dieser Seite her betrachtet.

Und nun kommt von der anderen Seite natürlich das, was in erster Linie von der nationalen Kraft angetrieben wurde. Wir haben – das müssen wir ja leider uns selbst und unseren Freunden heute sagen, obwohl die Tatsachen doch weiß Gott eine andere Sprache reden sollten – es nötig, uns immer noch einmal zu bekräftigen, daß wir ein gutes Gewissen dafür haben, daß wir die Stützer und Führer der Stresemannschen Außenpolitik im deutschen Volke waren. Denn alles das, was heute an Re-

formmaßnahmen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art und an positiver Außenpolitik in der Zukunft geleistet werden kann, wäre ja nicht denkbar ohne das Ergebnis der Stresemannschen Außenpolitik (Sehr richtig!). Ich habe im Reichstag den Herren gesagt: Wenn Sie heute von der Revision des Tributplanes[27] reden, wenn Sie nicht schnell genug zur Anwendung der im Tributplan vorgesehenen Mittel für dieses Ziel kommen können, – haben Sie dann ganz vergessen, daß es vor noch nicht einem Jahre hieß, daß dieser Tributplan allen Mahnungen der Regierung zum Trotz unabänderlich sei für zwei Generationen?[28] Also die Politik die wir betrieben haben, bleibt richtig, auch wenn sie das Volk jetzt ablehnt, auch wenn das Volk jetzt aus anderen Gründen und Zuständen heraus sich gegen sie auflehnt. Aber Stresemann war – das haben viele Freunde und auch ich von ihm oft und namentlich in seinen letzten Tagen, ich am allerletzten Tage von ihm gehört – sich dessen bewußt, daß er auf dem Altar des Vaterlandes für dieses Ziel seiner Politik die Kräfte seiner Partei, die Kräfte der politischen Mitte überhaupt bewußt zum Opfer brachte, und er war entschlossen, mit Erreichung dieses außenpolitischen Zieles mit der ganzen leidenschaftlichen Hingabe, mit der er sich bis dahin für seine Ideale auf außenpolitischem Gebiet eingesetzt hatte, nunmehr für die innere Reform unseres Volkes zu kämpfen, weil er darin die Voraussetzung für eine Rettung der politischen Mitte in Deutschland sah.

Wir wissen auch heute, daß es nicht von ungefähr kommt, wenn nunmehr in diesem Stadium der Entwicklung unseres Volkes wir die Leidtragenden sind und wer von uns, der jung war, und wer von uns, der im alten deutschen Reich den Glanz und die Größe des Vaterlandes an sich selbst empfunden und als Herzensstärkung mit sich getragen hat, sollte kein Verständnis haben für die jungen Menschen, deren ganzes Empfinden sich dagegen aufbäumt, daß ihr Staat nach außen hin nur der Gegenstand der Willkür anderer Mächte und nach innen hin das Opfer völliger Ziellosigkeit und Zerfahrenheit ist? Daß also ein gesunder Instinkt bei den jungen Menschen vorhanden war, der sie hineingetrieben hat in die Entwicklung, kann nicht geleugnet werden. Wenn man aber die Diagnose so stellt, kommt man zu der Schlußfrage: Kann überhaupt die Deutsche Volkspartei etwas tun, um dieser Entwicklung entgegenzutreten, und was kann sie tun?

Lassen Sie mich negativ eines aussprechen. So sehr ich vorhin hier einen graden Kurs in der Politik der Reichsregierung gepredigt habe, so sehr ich mir klar darüber bin, daß ein Abweichen von diesem Kurs die Parteienfront zerschlagen könnte, so lassen Sie mich eins ganz offen einmal sagen, und zwar deswegen, weil wir in den letzten Jahren uns immer nur im wesentlichen über die Politik der Fraktionen unterhalten haben: Auf die Dauer hängt die Lebenskraft einer Partei nicht in erster Linie von der taktischen Einstellung ihrer Fraktionen ab, sondern davon, daß die Glieder dieser Partei von einer bewußten gemeinschaftlichen Grundvorstellung über den Staat und seinen Aufbau getragen werden (Lebhafter Beifall): Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen jetzt mit allem Ernst mit uns selbst ins Gericht gehen, müssen uns darüber klar werden, daß wir in diesem Jahre diese Aufgabe nicht genügend gesehen und sie nicht genügend angepackt haben (Sehr richtig!).

[27] Gemeint: der Young-Plan.
[28] Zur Rede Dingeldeys im Reichstag am 17.10.1930 siehe VRT, Bd. 444, S. 81–86 (hier: S. 84).

Meine Damen und Herren, wir wollen nun nicht damit etwa ein papiernes Parteiprogramm aufstellen. Wir wollen aber versuchen, einige große, leitende Grundanschauungen herauszuarbeiten und in einer populären Darstellung ins Land hinauszugeben, weil das allein den Menschen wieder die Möglichkeit eines Glaubens und einer inneren Hingabe an eine Bewegung geben kann, die sonst zum Untergang verurteilt ist (Lebhafte Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Ich darf versuchen, wenige dieser Grundgedanken hier zu umschreiben. Ich gehe aus vom staatspolitischen Aufbau des Reiches. Wir wollen aus den Ergebnissen dieser zwölf Jahre in einem Stadium der historischen Entwicklung unseres Reiches, das ich als die endgültige Austragung der in der Revolution nur ganz verschwommen hervorgetretenen Grundgegensätze bezeichnen möchte, den Schlußstrich unter die Erfahrungen ziehen, die wir mit dem parlamentarischen System der Weimarer Verfassung gemacht haben. Wir wollen sagen, daß es in dieser Form unerträglich ist für das deutsche Volk und seine Zukunft. Wir wollen fordern, daß gegenüber der schrankenlosen Herrschaft des Parlaments der Ausgleich geschaffen werden muß. Und da nehme ich die Parole auf, die unser Freund von Kardorff schon oft ausgesprochen hat: Durch eine starke Präsidialgewalt, sei es nach dem Vorbild der Präsidialverfassung der Vereinigten Staaten oder sei es nach einem in der Schweiz erprobten Beispiel, gegenüber der schrankenlosen Herrschaft der Masse die Autorität der führenden, verantwortlichen Persönlichkeit stärker auch in der Verfassung herauszukehren, scheint mir eine Forderung, für die wir kämpfen müssen. Und im Zusammenhang damit für die Einschränkung der rein politischen Kräfte innerhalb des Parlamentarismus durch die Einfügung einer nach sachverständigen Motiven geleiteten ersten Kammer (Zustimmung).

Endlich gehört zu diesen staatspolitischen Grundfragen das Problem der Reichsreform. Wir haben die Frage der Reichsreform ja oft erörtert. Wir haben sie in dem Wahlkampf auf unsere Fahne geschrieben seit Jahr und Tag, und unser Führer hat auf dem Mannheimer Parteitag darüber gesprochen.[29] Aber lassen Sie uns das eine ganz offen unter uns sagen: Es hat gar keinen Zweck, daß wir die Reichsreform fordern, wenn wir uns nicht selbst erst darüber klar werden und offen darüber aussprechen, was wir unter der Reichsreform verstehen wollen (Zustimmung). Wir haben einen Sachverständigenausschuß unter dem Vorsitz des Kollegen Dr. Cremer gehabt, der in langer gründlicher Arbeit zu einem Ergebnis gelangt ist.[30] Wir haben dann, weil diese Arbeit Gegensätze mit unseren preußischen Freunden zur Folge hatte – die Arbeit dieses Cremer-Ausschusses bewegte sich im wesentlichen, plump ausgedrückt, auf der Linie einer abgewandelten Luther-Lösung[31] –, und wir haben dann erneut unter dem Vorsitz des Parteiführers einen kleineren Ausschuß mit dem Ziel eingesetzt,

[29] Auf dem Mannheimer Parteitag im März 1930 hatte sich Scholz in seiner programmatischen Rede intensiv mit der Frage der Reichsreform auseinandergesetzt, siehe BAK R 45 II/31, p. 143 ff.

[30] Der vom PV eingesetzte Ausschuß für Reichsreform hatte in seiner Sitzung vom 17.1.1930 umfangreiche Richtlinien zur Reichsreform beschlossen, siehe Dok. Nr. 78, Anm. 46. Zur Reorganisation des Ausschusses unter dem Vorsitz von Scholz und Cremer siehe Dok. Nr. 81, Anm. 11.

[31] Zu den Reichsreformplänen des »Bundes zur Erneuerung des Reiches (Lutherbund)« siehe Dok. Nr. 70, Anm. 30.

eine Einigung zustande zu bringen zwischen denjenigen, die ausgingen von der Unmöglichkeit eines Dualismus zwischen Reich und Preußen, und denjenigen, die vorwiegend vom Standpunkt der preußischen Freunde aus die Dinge betrachten.

Meine Damen und Herren, daß dieser Gegensatz vorhanden ist, mußte jedem klar sein, der sich überhaupt einmal mit den Dingen befaßt hat, und ich kann mir nicht vorstellen, daß wir auf die Dauer zu einer Herausarbeitung dieser Dinge und zu einer Propagandamöglichkeit auf diesem Gebiet gelangen, wenn wir immer diesen Zustand der mangelnden Übereinstimmung der Meinungen in Ausschüssen begraben sein lassen (Sehr richtig!). Ich bin vielmehr der Auffassung: Die Parteiinstanzen müssen sobald wie möglich vor eine endgültige Entscheidung in dieser Frage durch Abstimmung gebracht werden (Beifall). Die Form, die dann schließlich gewählt wird, muß diejenige sein, für die dann auch die Schlagkraft der Partei eingesetzt wird. Ich habe mir erlaubt, den kleinen Ausschuß, den ich erwähnt habe, alsbald wieder zusammenzuberufen, damit er so schnell wie möglich zu einer fertigen Grundlage kommt.

Das zweite Problem ist die Stellungnahme zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hier darf ich etwas anklingen lassen, was ich mir erlaubt habe, schon einmal in einer Sitzung des Zentralvorstandes auszusprechen.[32] Wir stehen doch gerade deshalb, weil wir aus innerster, gewissenhafter Überzeugung mit aller Kraft der Meinung sind, daß eine Gesundung des Staates und der Wirtschaft gar nicht anders als auf privatwirtschaftlichen und kapitalistischen Anschauungen möglich ist, weil wir diese Auffassung vielleicht mehr und deutlicher als irgendeine andere Partei vertreten und uns deshalb in so gefährlicher Situation befinden, vor der Verpflichtung, Hindernisse nach Möglichkeit hinwegzuräumen, die dem Durchbruch solcher Anschauungen entgegenstehen. Das Problem steht heute so: Wie ist es in Deutschland möglich, den Privatkapitalismus zu retten vor einem zu 80 % von antikapitalistischen Instinkten erfüllten Volke (Sehr gut!)? Es ist die Aufgabe in erster Linie unserer Partei, einmal ihrer Grundanschauung wegen und zum zweiten, weil sie auf dieser Grundanschauung sowohl Unternehmer wie Arbeitnehmer in ihren Reihen vereinigt, diese Synthese herauszuarbeiten, die einen klaren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufbau gestattet.

Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren, an den Leipziger Parteitag, an die stürmische, von wirklicher innerster Leidenschaft erfüllte Begeisterung, mit der damals das Bekenntnis Vöglers zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen wurde.[33] Das war doch nicht bloß aus praktischen Erwägungen und nicht in Ansehung der sich ergebenden praktischen Möglichkeit, sondern es war wegen der hinter diesen praktischen Dingen stehenden ideellen und idealen Grundeinstellung. Die ist uns in weiten Teilen innerhalb der Partei verloren gegangen, und sie muß wiedergefunden werden. Die Partei hat die Aufgabe, auf diesem Gebiete die Synthese zu schaffen. Schwer ist das, und hier kann ich nichts weiter sagen als das Problem anzudeuten, hier kann ich keine positiven Forderungen stellen, hier kann ich nur eines

[32] Siehe Dok. Nr. 82, S. 995ff.

[33] Auf dem Leipziger Parteitag vom 18.–20.10.1919 hatte sich Albert Vögler in einer programmatischen Rede für das Zusammenwirken von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgesprochen, siehe Prot. 2. PT, S. 111f.

sagen: Ich habe mir erlaubt, auf meine Verantwortung hin Persönlichkeiten der angesehensten Namen aus beiden Lagern, zweifelsfreie Parteifreunde, zusammenzubitten, um ohne das Licht der Öffentlichkeit, ohne das Licht der Parteiöffentlichkeit, ohne jede Einwirkung von außen her zunächst einmal den Versuch zu machen, über diese Dinge eine Linie der Einigung zu finden (Bravo!). Beide Parteien – ich wiederhole: Persönlichkeiten, die in ihrem Kreise, im Lager der Unternehmer und im Lager der Arbeitnehmer, von absoluter Autorität sind – haben mir freudig ihre Zustimmung mitgeteilt und sind bereits ans Werk gegangen. Ich denke mir den weiteren Verlauf der Dinge so, daß das, was hier festgestellt wird, als Material den zuständigen Gremien der Partei zugeleitet wird, als ein Material, das aber sehr viel mehr sachliche Bedeutung besitzt als irgendein Material von einem Parteiausschuß, weil es nämlich dann getragen wird von den beiden Kräften, deren Zusammenführung ja gerade das Ziel der Arbeit ist. Ob es gelingen wird, meine Damen und Herren, weiß ich nicht. Worauf es heute ankommt, scheint mir zu sein, daß wir von der Parteileitung aus und von den Wahlkreisen aus draußen im Lande in allen öffentlichen Kundgebungen den Willen dazu ganz klar herausstellen, auf der Grundlage des privatwirtschaftlichen und kapitalistischen Systems, auf der Grundlage unserer allgemeinen politischen Anschauungen diese Kräfte wieder zusammenzuführen.

Und endlich das Kapitel der Außenpolitik! Meine Damen und Herren! Wenn die Partei bisher im Trommelfeuer unter der schweren Last der Verantwortung, unter der Notwendigkeit, unpopuläre Dinge weitgehenden Ausmaßes unter schwersten inneren Kämpfen immer wieder zu schlucken und in Kauf nehmen zu müssen, nicht zusammengebrochen ist, dann darf sie heute als logische Konsequenz des Werkes Stresemanns und als Lohn für ihre eigene Verantwortung verlangen, daß sie für sich in den Fragen der Außenpolitik eine deutliche, selbstbewußte, klare Sprache reden kann (Beifall). Wir müssen diese Wende, von der ich sprach, wir müssen diese Instinkte, die in der jungen Generation in erster Linie vorhanden sind, einfangen und einschmelzen. Wir müssen nicht dastehen als diejenigen, die nur mit dem Verstand, der kalten Vernunft den Fragen des Lebens und der Nation gegenüberstehen, sondern von deren verantwortlichen Sprechern auch der warme Ton des Herzens wieder ausgehen kann, wenn sie zu diesen Dingen Stellung nehmen. Wir müssen auch ungeachtet der Tatsache, daß unser Freund Curtius die Verantwortung für die Außenpolitik innerhalb des Kabinetts trägt, aus dem Lebensinteresse der Partei heraus diese Freiheit für sie fordern (Bravo!). Wir fordern sie nicht nur um unseretwillen. Es wird nicht möglich sein, die politische Mitte wieder herzustellen, solange sie in diesen Fragen den Vorwurf der kalten Berechnung, der vernünftigen Erwägung ausgesetzt bleibt und nicht zu überzeugen vermag durch die einfache, primitive Sprache, die zu jedem deutschen Herzen redet (Beifall).

Lassen Sie mich da wenige Dinge in den Vordergrund stellen. Erstens die Frage, bei der ich nun gerade nicht die Sprache des Herzens reden kann, nämlich die Frage der Revision des Tributplanes. Diese Dinge haben alle ihre Grenze am Gewissen, und es geht nicht an für uns, wenn wir die innere Reform so entschlossen durchkämpfen und durchsetzen wollen, wie wir es verkünden, daß wir uns heute hinstellen und mit den anderen reden: vor der Reform zunächst die Revision. Das lähmt den Willen des Volkes, sich zu den Maßnahmen aufzuraffen, ohne die es nicht abgeht. Erst wenn diese innere Kraftleistung vollbracht ist, erst dann, aber dann mit Entschlossenheit

muß der Weg beschritten werden. Und gerade die Tatsache, daß nicht nur Curtius, sondern der Reichskanzler sich in diesem Punkte vollständig eindeutig geäußert haben, gab uns erst recht einen Anlaß, uns zu seiner Politik zu bekennen.[34]

Dann die andere Frage, die jetzt der Auswärtige Ausschuß beraten hat: die Frage der Abrüstung und Entwaffnung. Das ist im elementarsten Sinne des Wortes eine Frage nicht nur der praktischen Politik, sondern des innersten Herzens, des Gefühls unseres Volkes. Ich danke es in Ihrer aller Namen unserem Freunde Dauch – und ich darf hinzufügen: mit ihm unserem Freunde Curtius, denn sie haben beide gemeinschaftlich operiert –, daß sie es fertiggebracht haben, bei einer solch schwierigen parlamentarischen Situation in dieser Grundfrage durch ihre Initiative einen Beschluß zustande zu bringen[35], zu dem sich auch die Nationalsozialisten haben bekennen müssen, einen Beschluß, von dem sich nur die Mannen des Herrn Hugenberg ausgeschlossen haben, bei denen allerdings die Wärme des Herzens nirgends zu spüren ist, sondern nur der kalte Haß des an seiner Zukunft verzweifelnden Führers.

Meine Damen und Herren! Das muß ein Anfang sein. Die Partei, glaube ich, darf und muß anders reden als der Außenminister. Die Partei darf aussprechen, daß, wenn sie hier die Abrüstung jetzt fordert, wenn sie verlangt, daß die Dinge der Klärung zugeführt werden, daß festgestellt wird, ob die Welt endlich begriffen hat, daß nicht die Sicherheit des französischen Volkes, sondern die Sicherheit des deutschen Volkes zur Diskussion steht (Bravo!). Die Partei darf zugleich auch aussprechen, daß, wenn es sich endlich herausstellen sollte, daß diese Dinge von der Welt nicht begriffen und nicht gehandhabt werden, dies ein flagranter Bruch des Vertrages von Versailles ist, dessen Folgewirkungen für den anderen Vertragspartner dann von selbst gegeben sind (Bravo!).

Schließlich die Frage der Ostgrenze! Hier lassen Sie mich aussprechen, daß der Außenminister nicht alle Hasen heute auf einmal jagen kann, daß er nicht gleichzeitig Revision und Aufrüstung verlangen kann, daß er nicht gleichzeitig Revision und Abrüstung und Revision der Ostgrenze verlangen kann. Das ist eine Überlegung, deren Einfachheit wir uns hier nicht verschließen können. Aber wir als Partei stehen doch – das ist eigentlich mit die wesentlichste Erscheinung der Wahl des 14. September – vor der Tatsache, daß uns der ganze Osten verloren zu gehen droht.[36] Der ganze deutsche

[34] Zu den außenpolitischen Zielen des Kabinetts Brüning I siehe Dok. Nr. 82, Anm. 48 sowie die scharfe Stellungnahme Brünings vom 3.11.1930 gegenüber dem »Petit Parisien«, Schultheß 1930, S. 221 ff. Obwohl über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister vom 18.10.1930 (RTDrs., Bd. 448, Nr. 127) nicht abgestimmt wurde, hatte sich die Stellung von Curtius zu diesem Zeitpunkt bereits erheblich verschlechtert. So stellte Albrecht am 16.10.1930 in der Fraktion fest, die Partei sei »zu klein geworden, um auf die Dauer für Außenpolitik verantwortlich zu sein«, BAK R 45 II/67, p. 284; Schnee forderte sogar offen den Rücktritt des Außenministers, ebd., p. 272 (Fraktionssitzung vom 10.10.1930).

[35] Die dem Auswärtigen Ausschuß vorliegenden Anträge zum Young-Plan wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Angenommen wurde lediglich eine Entschließung der Abg. Dauch und Westarp, in der die Reichsregierung aufgefordert wurde, mit »äußerstem Nachdruck eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern [...] und Klarheit darüber herbeizuführen, ob die auswärtigen Mächte gewillt seien, diese Forderung entsprechend den im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen«, Schultheß 1930, S. 220.

[36] Für den Spitzenkandidaten der DVP im Wahlkreis 1 (Ostpreußen), Graf Kanitz, wurden bei der Reichstagswahl 56 846 Stimmen (5,4 %) abgegeben; gegenüber den Maiwahlen 1928 bedeutete dies einen Verlust von 41 122 Stimmen (4,5 %).

Osten besitzt jetzt eine parlamentarische Vertretung im Reichstag in unseren Reihen nicht mehr, so daß alles davon abhängt, ob das verlorengegangene Vertrauen für die Partei dort wiedergefunden und gesichert werden kann.

Dem dient zweierlei. Einmal ein Entschluß der Parteileitung und der Reichstagsfraktion, bestimmte Mitglieder der Reichstagsfraktion im Einvernehmen mit den zuständigen Wahlkreisorganisationen mit der Aufgabe zu betrauen, Treuhänder der betreffenden verwaisten Wahlkreise zu werden[37] (Bravo! Zuruf: Das hätte schon vor den Wahlen geschehen müssen!). Ja, was hätte geschehen müssen, das steht leider heute nicht mehr zur Debatte. Seien wir froh, wenn es uns gelingt, Mittel und Wege zu finden, um das zu tun, was jetzt geschehen muß (Zustimmung).

Wir werden auch hinsichtlich der elementaren Lebensbedürfnisse des deutschen Ostens uns sehr viel mehr einsetzen, wir werden zum Ausdruck bringen müssen, was geschehen muß nicht bloß auf dem Boden des Agrar-Programms[38], sondern auch auf dem Boden der sonstigen wirtschaftlichen Forderungen breiter Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt des gewerblichen Mittelstandes und der notleidenden, schwer darniederliegenden Industrien, insbesondere des schlesischen Ostens und der Grenzmark, um hier wieder einigermaßen rettend einzugreifen. Daß gerade in diesen Fragen der Minister Treviranus der Sachwalter des deutschen Ostens geworden ist[39], ist vielleicht eine Tatsache, die von unserem Standpunkt nicht sehr zu begrüßen ist, aber um so mehr haben wir die Pflicht, uns in diesen Aufgaben mit aller Energie zu betätigen.

Nun ein letztes: Fragen, die bisher in diesem Kreise selten erörtert worden sind, die aber, glaube ich, mit sehr viel größerer Schärfe jetzt in den Vordergrund treten müssen, Fragen des kulturellen Lebens unseres Volkes (Lebhafte Zustimmung). Wir haben gelebt, ich sagte es schon, von der Erörterung der parlamentarischen Ereignisse. Wir haben gekämpft für die Taktik der Reichstagsfraktion. Wir waren vielleicht geschickte Anwälte und Verteidiger, aber wir wußten damit nicht die Menschen zu erwärmen. Wir haben nicht davon gesprochen, wonach die Seelen im Grunde doch in all den Jahren hungerten, von dem, wie wir uns zur Frage der letzten Kräfte des menschlichen Lebens stellen. Der Liberalismus weist uns in der gegenwärtigen Zeit gewiß eine Grundeinstellung zu, aber eine Grundeinstellung, die in der Bejahung der Freiheit und der Verantwortlichkeit der Persönlichkeit und in der Verneinung der Massenherrschaft doch ihre Grenze findet an den Rücksichten auf die Erhaltung der Gemeinschaft. Und lassen Sie mich da ganz offen aussprechen: Es ist nicht liberal und es ist nicht liberale Toleranz, sondern es ist innere Gleichgültigkeit, wenn die Deutsche Volkspartei bisher gegenüber der ganzen durch Literatur, Schrifttum, Theater und Rundfunk betriebenen Zersetzung der letzten Volkskräfte geschwiegen und sich passiv verhalten hat (Lebhafte Zustimmung). Ich bin überhaupt der Meinung, daß wahre Toleranz im Sinne des Liberalismus nur der üben kann, der in sich

[37] Die von Dingeldey vorgesehenen »Wahlkreispatenschaften« stießen allerdings im Vorstand der Reichstagsfraktion auf erheblichen Widerstand, da in ihnen eine Festlegung für künftige Kandidaturen gesehen wurde, siehe BAK R 45 II/66, p. 187 (Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. 11. 1930).

[38] Zum Agrarprogramm des Kabinetts Brüning I siehe Dok. Nr. 82, Anm. 32.

[39] Der ehemalige Reichsminister für die besetzten Gebiete, Gottfried Reinhold Treviranus (KVP), war seit dem 30. 9. 1930 Reichsminister ohne Portefeuille und Reichskommissar für die Osthilfe.

eine ganz klare Grundeinstellung zu den Dingen hat, nicht aber der, der ihnen gleichgültig gegenübersteht.

Ein Freund in der Reichstagsfraktion, Herr Glatzel, hat mir neulich erzählt, daß er sich einmal das Geschichtsbuch hat kommen lassen, das jetzt der neue nationalsozialistische Minister Franzen[40] in Braunschweig verboten hat, das Geschichtsbuch, das von dem früheren sozialistischen Minister eingeführt worden war. Er war entsetzt über das völlig verzerrte seelen- und wesenlose Bild deutscher Geschichte, das dort den Kindern des armen Landes Braunschweig jahraus jahrein vorgetragen wurde. Ein Beispiel: Das einzige Vierseitenbild in diesem Buch, das die großen Köpfe der deutschen Geschichte zeigt, weist folgende Persönlichkeiten auf: Luther, der Große Kurfürst, Napoleon und Ebert (Hört! Hört!). Meine Damen und Herren, solche Dinge sind uns bisher entgangen, das ist von uns nicht klar genug erfaßt worden. Diese Dinge aber müssen angepackt werden von der Partei, von den Wahlkreisen, von den Landtagsfreunden in den einzelnen Ländern, diese Dinge müssen hierher gemeldet werden, damit auch die Parteileitung sich damit befassen kann. Es wird oft darüber geklagt, daß die Richtlinien in diesen Dingen von der Zentrale zu wünschen übrig lassen. Mag dem sein, wie es will. Richtlinien von der Zentrale werden dann völlig wirkungslos bleiben, wenn sie nicht aufgenommen werden in den Unterorganisationen, wenn die Wahlkreisvorsitzenden und Generalsekretäre ihrerseits nicht alles tun, um das Material und die Beobachtungen in der Bewegung der Volkskräfte die Zentrale so vollständig wissen zu lassen, daß wir eine wirkliche Beobachtung der Dinge machen können.

Dazu noch eines! Im preußischen Staate kämpft zur Zeit unsere Landtagsfraktion durch den Antrag Stendel gegen die Imparität auf kulturpolitischem Gebiet.[41] Wir sehen, daß nach Verabschiedung des Konkordats bis zum heutigen Tage die evangelische Kirche nicht zu ihrem Recht kommt.[42] Wir wissen, daß sie politisch genotzüchtigt werden soll, indem man politisch nicht willkommene Superintendenten von der Ausübung ihres Amtes von Staats wegen ausschließt. Wir sehen, daß die Pädagogischen Akademien für den Katholizismus und entgegen allen Grundsätzen der Verfassung für die Dissidenten zwar gegründet, aber für die Evangelischen in der Hauptstadt hinausgeschoben werden.[43] Kollege Stendel hat mit vollem Recht an

[40] Anton Franzen (1896–1968), Dr. iur. 1928 Landgerichtsrat, 1929 Amtsgerichtsrat in Kiel. Sept. 1930–Sept. 1931 MdR (NSDAP), Okt. 1930–Juli 1931 braunschweigischer Innen- und Kultusminister, nach Konflikt mit der Parteiführung im Sommer 1931 Ausschluß aus der NSDAP und Verzicht auf Mandat und Amt.

[41] Siehe Anm. 43.

[42] Das Konkordat zwischen dem preußischen Staat und dem Heiligen Stuhl war am 13.8.1929 in Kraft getreten, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 18. Der Kirchenvertrag zwischen der preußischen Landesregierung und den acht evangelischen Landeskirchen trat am 11.5.1931 in Kraft, siehe Dok. Nr. 70, Anm. 19.

[43] Nach dem Scheitern des Reichslehrerbildungsgesetzes kam es an Stelle der in der Reichsverfassung vorgesehenen einheitlichen Lehrerausbildung seit 1926 in Preußen auf Initiative Carl Heinrich Beckers zur Gründung von Pädagogischen Akademien, die die Volksschullehrerseminare ersetzten. Zwischen 1926 und 1930 wurden in Preußen 12 evangelische (Altona, Breslau, Dortmund, Elbing, Erfurt, Frankfurt/O., Halle, Hannover, Kassel, Kiel, Cottbus, Stettin), 2 katholische (Beuthen, Bonn) und eine simultane Akademie (Frankfurt/M.) gegründet. Zu der Auseinandersetzung um den konfessionellen Charakter der Akademien siehe bes. Rainer Bölling, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1933, Göttingen 1978,

mich die Bitte gerichtet, diese Angelegenheit nicht als eine preußische, sondern als eine Frage der Gesamtpartei dem Herrn Reichskanzler vorzutragen und ihn darauf hinzuweisen, daß ungeachtet aller praktischen Politik auf die Dauer sich ganz schwere Konflikte zwischen uns und dem Zentrum auf der ganzen Linie ergeben müssen, wenn wir sehen, daß unsere wichtigsten kulturpolitischen Anschauungen in so rücksichtsloser Weise durch die preußische Regierung hintangesetzt und mißhandelt werden[44] (Lebhafte Zustimmung).

Sie sehen, meine Damen und Herren, es ist ein unendlich großer Arbeitsstoff, der vor uns liegt und der unabhängig ist von dem, was im Reichstag vor sich geht, der aber aufgenommen werden muß von der Zentrale und ihrer Leitung. Und wenn ich – lassen Sie mich dazu nun ein offenes Wort sagen – glaube, daß wir auf dem Wege nicht sofort, so hoffnungsfreudig kann man nicht sein, aber allmählich wieder Boden gewinnen, auch Anhänger werben, auch die Ausstrahlung eines klaren Willens vermitteln können, so bin ich mir doch dessen durchaus bewußt: Es wird nur möglich sein bei Bewahrung völliger Einheit und Geschlossenheit, bei einträchtiger Zusammenarbeit aller Kreise der Partei (Lebhafte Zustimmung).

Wenn ich das ausspreche, so sage ich zugleich – ich will die Dinge hier offen nennen – folgendes. Wenn der Herr Wahlkreisvorsitzende in Halle-Merseburg, Herr Dr. Schnell, nach dem furchtbaren Ergebnis des 14. September die Initiative ergriffen hat zu einer Erörterung über die Lage der Partei, wenn er davon ausging, daß alles Sammlungsgerede keinen Erfolg habe, sondern daß Sammlung nur durch Erneuerung des Parteiwesens von der Idee her durchgeführt werden kann, so hat er damit – das hat der Parteiführer ja in aller Form erklärt – durchaus den richtigen Punkt getroffen und eine Erörterung eingeleitet, die lebensnotwendig für die Partei ist.[45] Und wenn ich Ihnen heute sagen darf, daß Herr Dr. Schnell, gerade weil er wußte, daß diese Dinge nun heute hier in den Mittelpunkt unserer Erörterungen

S. 212ff.; Hellmut Becker/Gerhard Kluchert, Die Bildung der Nation. Schule, Gesellschaft und Politik vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Stuttgart 1993, S. 392ff. Am 25.10.1930 hatte die preußische Landtagsfraktion der DVP beantragt, von der Errichtung einer weltlichen Akademie in Berlin Abstand zu nehmen und eine katholische Akademie in Berlin nur zu gründen, falls gleichzeitig eine evangelische Akademie errichtet werde, siehe Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags, Bd. 9, Nr. 5402. Am 6.11.1930 beantragte die Landtagsfraktion dann, »von der Errichtung neuer pädagogischer Akademien bis auf weiteres Abstand zu nehmen«, ebd., Nr. 5476.

[44] Am 11.11.1930 teilte Dingeldey Stendel mit, Reichskanzler Brüning habe ihm zugesagt, sich bei »seinen politischen Freunden« dafür einzusetzen, daß eine evangelische pädagogische Akademie in Berlin gegründet werde, BAK NL Dingeldey 47, p. 1f.

[45] Walther Schnell hatte Scholz am 17.9.1930 eine umfangreiche Stellungnahme übersandt, in der er darlegte, daß das Schicksal des deutschen Bürgertums von seinem Zusammenschluß in einer großen politischen Partei abhinge, und Scholz davor gewarnt, die Parteiinteressen der DVP über dieses große Ziel der bürgerlichen Sammlung zu stellen. Gleichzeitig trat er vehement für die Wahl Dingeldeys zum stellvertretenden Parteivorsitzenden ein, da die Aufgaben von Scholz als Vorsitzender der Reichstagsfraktion ihm zu wenig Zeit für die dringend notwendige Neuorganisation der Partei ließen, siehe BAK NL Dingeldey 42, p. 9–20. Zwei Tage später lud Schnell die Wahlkreisvorsitzenden und die Mitglieder der Reichstagsfraktion für den 23.9.1930 zu einer Besprechung über das künftige Vorgehen in der Frage der bürgerlichen Sammlung in das Berliner Hotel »Habsburger Hof« ein (ebd., p. 1f.). Dieses Treffen ergab vor allem Einigkeit darüber, daß engere Kontakte zwischen den lokalen Gliederungen der bürgerlichen Parteien unerläßliche Voraussetzung der bürgerlichen Sammlung seien, siehe den Sitzungsbericht im Staats-

gestellt werden sollen, seinen Freunden in diesem Ausschuß den Vorschlag gemacht hat, der einmütig beschlossen wurde, mit dem heutigen Tage die Tätigkeit dieses Ausschusses als abgeschlossen und eingestellt anzusehen und der offiziellen Parteileitung zu übertragen, so ist er dadurch ledig aller Mißdeutungen, die da und dort sein Vorgehen haben konnte (Bravo!). Ich bin überzeugt, die Gedanken, die da angefaßt wurden, werden weiter wirken und werden erst recht auch freudig aufgenommen werden in allen Kreisen der Partei, wenn sie von der offiziellen Parteileitung aus hineingegossen werden in die Kanäle der Organisation.

Zweitens die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler! Wie ich zu ihr stehe, habe ich oft gesagt. Aber es gibt immer noch zahlreiche Bedenken in den Kreisen der Partei gegenüber dieser Erscheinung an sich, gegenüber einzelnen ihrer Bestrebungen. Ich kann Ihnen sagen, Herr Kollege Glatzel hat mit mir auch über die Zukunftsarbeit dieser Vereinigung gesprochen, und er ist sich vollkommen darüber klar – und er und seine Freunde mit ihm haben es am letzten Sonntag in internen Beratungen auch beschlußmäßig bekräftigt –, daß die Arbeit der Reichsgemeinschaft in der Zukunft sich mit aller Intensität innerhalb der Partei auswirken muß (Bravo!), daß die Möglichkeit, Mitglied der Reichsgemeinschaft zu werden, ohne Mitglied der Partei zu sein, für die Zukunft ausgeschlossen werden muß (Sehr gut!), daß ein Zusammenwirken und Zusammenarbeiten zur Wiederbelebung und Erneuerung unsere Parteikräfte durch die Leitung der Reichsgemeinschaft und die Parteileitung als Ziel gesetzt werden muß für die erste Zeit, dem dann die endgültige und lückenlose organisatorische und äußere Einheit aller der Kräfte folgt, die für unsere Zukunft arbeiten wollen (Bravo!).

Und wenn ich Ihnen endlich sage, daß die Parteileitung vom 1. November ab im Reichstag einen Nachrichtendienst errichtet, der nun über das ganze parlamentarische Treiben, über die Leistungen der Ausschüsse, über die Leistungen und Erwägungen der Fraktion, über den Gang der politischen Entwicklung im Parlament ständig die Wahlkreisgeschäftsstellen und möglicherweise auch weitere von diesen zu benennende Persönlichkeiten mit Material versehen wird, dann werden Sie mit mir überzeugt sein, daß ein weiterer Fortschritt in der Aktivierung auch der organisatorischen Tätigkeit geschehen ist (Bravo!). So lassen Sie uns, meine Damen und Herren, die Lehre vom 14. September die sein: Klarheit, entschlossener Wille in der praktisch-parlamentarischen Politik, Schwung der Begeisterung in der Auswirkung unserer Ideen und organisatorische Einheit, Abwehr aller Zersplitterung (Lebhafter, anhaltender Beifall).

Nachmittagssitzung, Aussprache

Herr Dr. Zehle (Magdeburg): Meine Damen und Herren! Nachdem Sie beschlossen haben, die Rede unseres heutigen Vorsitzenden drucken zu lassen[46], wäre es vielleicht

archiv Braunschweig GX 6/637. Zu Schnells führender Rolle bei dem Sturz von Scholz siehe auch Dok. Nr. 88, Anm. 2.

[46] Der Wortlaut der Rede Dingeldeys wurde mit leichten stilistischen Glättungen als Flugschrift der Deutschen Volkspartei veröffentlicht: Die Deutsche Volkspartei seit dem 14. September 1930. Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden Reichstagsabgeordneten Dingeldey in der Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am 2. November 1930, hg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin o. J.

angezeigt, jetzt den Antrag zu stellen, eine Diskussion nicht stattfinden zu lassen. Aber ich glaube, daß damit nicht allen gedient ist. Lassen Sie wenigstens als meine grundsätzliche Anschauung voranstellen, daß der Herr Vorsitzende es verstanden hat, uns nicht nur zu fesseln und auch neue Wege zu zeigen, sondern daß er mit einer bemerkenswerten Geschicklichkeit die Unebenheiten geglättet hat, zu denen wir uns in der Diskussion sehr gern ausführlicher geäußert hätten, wenn es nicht schon vorweggenommen wäre. Da entspricht es ja ganz dem hohen Amt eines Vorsitzenden, daß er sich wesentlich geschmeidiger und eleganter ausdrückt, als wir es in unserer Unzartheit bisweilen tun. Ich könnte mir nämlich vorstellen, daß über die Sondergruppen und Sonderaktionen ein kräftiges Wort hätte gesprochen werden können. Aber im Rahmen unserer heutigen Sitzung will ich es mir versagen, darauf einzugehen, in der Hoffnung, daß nicht erst auf dem Zentralvorstand dieses Gespräch in Gang gebracht wird. Ich bin der Ansicht, man sollte das zu den Akten legen und begraben sein lassen.

Ich möchte den Herrn Vorsitzenden warnen. Ihre Worte, Herr Kandidat, waren ausgezeichnet. Wir haben aber schon einmal in der Partei starke Worte gehört und sind schwer enttäuscht worden. Es ist nicht ganz richtig, wenn Sie den katastrophalen Rückgang, unsere schwere Niederlage allein zurückführen auf wirtschaftliche Schwierigkeiten und auf die geistige und seelische Entwurzelung weiter Wählerkreise. Die Enttäuschung über die starken Worte hat allenthalben, soweit ich gehört habe, nachgezittert. Es ist freilich eine müßige, aber doch eine Frage, die entsteht: Was denn wohl den größeren Anteil an der Niederlage in vielen Teilen des Deutschen Reiches gehabt hat. Daher möchte ich darauf hinweisen, daß sicher in der Praxis sehr große Schwierigkeiten bestehen werden. Das halte ich aber nicht für ausschlaggebend. Denn wenn wir geführt werden nicht mit einem Programm, einer in Paragraphen abgesetzten, ausgeklügelten Parteigerüsterei, sondern wenn uns aus warmen, seelischen Regungen kommende kulturelle Fragen vorgesetzt werden, wenn in die Bevölkerung wirklich Streitfragen hineingetragen werden, wobei es sich für uns auch lohnt, in Wahlversammlungen für die Volkspartei einzutreten, wenn wir nicht bloß darauf angewiesen sind, nur verstandesmäßig die Außenpolitik zu verteidigen, nicht bloß darauf angewiesen sind, die Notverordnung in allen ihren Konsequenzen auseinanderzuschälen und dem erstaunten Publikum klarzumachen, daß es mit Begeisterung diese neuen Steuern zu tragen hat, wenn wir packende Fragen hineinbringen können ins Volk, dann wird auch das Volk mit uns zufrieden sein, und das ist ja im letzten Grunde nicht bloß parteitaktisch, sondern allgemein vaterländisch betrachtet, die Hauptsache.

Es ist ein Irrwahn gewesen, wenn wir gemeint haben, es genüge, unseren Wählern hochgestellte, angesehene Persönlichkeiten vorzusetzen. Die Volksseele verlangt heute etwas ganz anderes. Darum möchte ich bitten: Lassen Sie nicht nach, Herr Kollege Dingeldey, mit Ihren Anschauungen, lassen Sie nicht nach, diese Anschauungen zu verbreiten. Ich danke Ihnen ganz besonders dafür, daß Sie heute klare Worte dafür gefunden haben, daß nicht Fraktionspolitik und Fraktionsbekümmernisse die Politik der Partei ausmachen können, sondern daß wir im Volke wurzeln, und daß wir ganz andere Aufgaben in unseren Sitzungen hier zu lösen haben. Es war gut, daß das einmal gesagt wurde. Ich hoffe, daß es nicht ein zweites Mal noch gesagt zu werden braucht.

Zehle schließt sich dem Dank des Vorsitzenden an Kempkes an und bringt seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß »die Entwicklung in unserer Reichstagsfraktion offenbar eine ganz andere geworden ist, als sie früher war, als der Parteivorsitzende gleichzeitig Minister war, als er sich um die eigentliche Ausarbeitung der Probleme gar nicht kümmern konnte«.

Herr Professor Dr. Schuster (Hannover): Ich habe mit großem Dank und herzlicher Zustimmung die Richtlinien für den inneren Aufbau und für die äußere Arbeit unserer Partei gehört. Die praktische Durchführung wird unendlich schwierig sein, und es bedarf hier eines zähen und langen Willens. Ich erinnere an das Nietzsche-Wort: Nicht die Stärke, sondern die Dauer der hohen Empfindung macht hohe und vornehme Menschen aus. Möge es daran der Reichstagsfraktion nicht fehlen. Wir können uns der schweren Sorge nicht verschließen, daß die taktische Lage der Reichstagsfraktion eine denkbar schwierige ist. Denn durch die intransigente Haltung der Rechten ist es doch schon wieder dahin gekommen, daß dieses Kabinett von der Linken toleriert wird. Ich möchte mit besonderer Deutlichkeit aussprechen, daß bei der schönen psychologischen Erklärung des Aufschwungs der Nationalsozialisten ein Moment noch nicht stark genug hervorgetreten ist. Herr Dr. Schacht hat in Amerika ausgeführt, daß dem deutschen Volke, dem geduldigsten Volke der Welt, jetzt endlich einmal der Geduldsfaden reiße. Das ist, glaube ich, der letzte Grund für den Aufstieg der Nationalsozialisten. Die Leute haben nach der Partei gegriffen, die endlich einmal einen energischen Antrieb verhieß.

Lassen Sie mich sodann auf einige Dinge in Preußen hinweisen. Der Exponent der preußischen Sozialdemokratie, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als der junge Mann von Herrn Braun, der Kultusminister Grimme[47], hat zwei Dinge herausgegeben, die in nationaler Beziehung geradezu empörend sind. Das ist der Kolonialerlaß, der den Lehrern verbietet, auch nur indirekt etwas zu tun, was wie eine Pflege des kolonialen Gedankens aussieht. Und das ist die Verfügung, die die Tätigkeit für den V.d.A.[48] in unerhörter Weise einschränkt. Das sind Zeichen nationaler Ehr- und Würdelosigkeit. Demgegenüber bäumt sich bei uns das Gefühl auf. Eine Lebensfrage für die Deutsche Volkspartei ist es, ob es uns gelingen wird, den nationalen Impuls, der in einer praktisch unmöglichen Form in den Nationalsozialisten lebt, in unsere Partei hineinzutragen, und unsere Partei zum Träger einer wahrhaft nationalen Politik zu machen. Nachdem die Befreiung der Rheinlande erreicht ist, müssen wir auch einen erheblich anderen Kurs in der nationalen Politik einschlagen. Der Antrag Dauch – v. Seeckt im Auswärtigen Ausschuß[49] hat bei uns wie eine Erlösung gewirkt. In diesem Stil muß weitergearbeitet werden (Beifall).

[47] Adolf Grimme (1889–1963), Philologe. 1925–1927 Oberschulrat in Magdeburg, 1928–1929 Ministerialrat im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1930–1933 preußischer Kultusminister (am 20.7.1932 amtsenthoben), 1946–1948 niedersächsicher Kultusminister, 1948–1956 Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks.

[48] Der 1881 gegründete »Verein für das Deutschtum im Ausland« unterstützte in der Weimarer Republik vor allem den Aufbau einer deutschen Irredenta in den Gebieten, die nach dem Versailler Vertrag vom Deutschen Reich abgetreten worden waren, siehe Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 282–297.

[49] Siehe Anm. 35.

Frau v. Kulesza unterstützt die kulturpolitischen Ausführungen Dingeldeys, empfiehlt ein stärkeres Eintreten für die evangelischen Belange und regt eine stärkere Zusammenarbeit der volksparteilichen Fraktionen in Reich und Ländern an.

Herr Regierungsrat Dr. Rose (Stade): Die Rede unseres Herrn Vorsitzenden hat auch mich mit außerordentlich vielen Gedanken erfüllt. Auch ich bin der Meinung, daß die Reichstagsfraktion richtig gehandelt hat, wenn Sie sich in diesem Augenblick hinter die Regierung Brüning gestellt hat. Aber es ist ganz gewiß auch richtig, daß wir aus dem Aufflammen der nationalsozialistischen Bewegung lernen müssen. Wir müssen, wie weite Kreise unserer Partei wünschen, versuchen, die Nationalsozialisten positiv an die Verantwortung heranzubringen. Wenn das jetzt aus taktischen Rücksichten und im Hinblick auf die verzweifelte wirtschaftliche Lage nicht möglich ist, so muß versucht werden, einen Ausgleich zu schaffen, indem man wenigstens in den Ausschüssen die Nationalsozialisten zu positiver Arbeit zu bringen sucht.

Rose plädiert für eine Inangriffnahme der Reichsreform; in der Frage der bürgerlichen Sammlungsbestrebungen soll die Partei »positive Ziele« *herausstellen:* »Dann wird das Bürgertum ganz von selber sich hinter uns stellen«. *Die Reichstagsfraktion müsse sich zudem hinter jeden Versuch einer Wahlrechtsreform stellen, dürfe es jedoch nicht als* »selbstverständlich hinnehmen, daß ohne das Parlament regiert wird«. *Wirtschaftspolitisch müsse der Ruf nach dem Staatssozialismus stärker bekämpft werden. In der Außenpolitik solle die Partei den nationalen Gedanken stärker zur Geltung bringen.*

Herr Rektor Specht (Charlottenburg): Ich spreche für den Wahlkreis 3. Wir wünschen der Reichstagsfraktion auf dem eingeschlagenen Wege alles Glück. Nur in einem Punkt bin ich mit dem Herrn Vorsitzenden nicht einer Meinung. Das ist die verunglückte Scholz-Aktion, das Bestreben der Reichstagsfraktion, Herrn Scholz zum Reichstagspräsidenten zu machen. Ich verstehe vollkommen die Beweggründe, die die Fraktion geleitet haben. Aber wenn wir einen von den unseren und sogar unseren Führer herausstellten, dann hätten wir uns Sicherungen geben lassen müssen. Nachdem aber eine und dann die zweite bürgerliche Partei aus der Front ausbrach, hätte man auf dieses Experiment verzichten sollen. Wir haben dem Menschen und dem Parteiführer Scholz damit keinen Dienst erwiesen, und wir haben unsere Partei dadurch diskreditiert.

Der Wahlkreis 3 billigt es, wenn die Fraktion sich hinter die Regierung Brüning gestellt hat und noch stellt. Dabei machen wir freilich dieselbe Einschränkung, die der Herr Vorsitzende gemacht hat. Wir können uns nur solange hinter die Regierung Brüning stellen, solange sie den Kurs hält, den sie versprochen hat, solange sie sich nicht von der Sozialdemokratie abdrängen läßt von ihrem Weg. Ich freue mich auch darüber, daß die Reichstagsfraktion die Schlüsselstellung, die sie jetzt hat, ausnutzt.

Wir haben uns in unserem Wahlkreis auch die Frage vorgelegt, ob es richtig ist, daß ein Mitglied unserer Partei weiter das Ministerium des Auswärtigen behält. Wir sind ja jahrelang der Wahlkreis Stresemanns gewesen, und wir wissen, was wir daran zu tragen gehabt haben gegenüber Hugenberg mit seiner großen Garde. Uns als Volks-

partei ist immer alles an die Rockschöße gehängt worden. Wir haben es gern getragen, und wir sind der Meinung, daß es im Staatsinteresse keinen anderen Weg gab. Aber nun haben wir einige Wünsche. Der Vorsitzende hat zu meiner Freude schon gesagt, daß man in all dem, was in der auswärtigen Politik geschieht, nicht nur in der Sprache der Vernunft, sondern auch in der Sprache des warmen Herzens reden soll. Wir wissen, Herr Minister Dr. Curtius, daß Sie nicht so sprechen können, wie wir zu sprechen gewohnt sind. Aber wir dürfen bitten, daß in all dem, was getan werden muß, das nationale Moment in Zukunft schärfer betont wird, namentlich auch nach dem deutschen Osten hin. Wir sehen, daß die Polen fortgesetzt versuchen, die deutsche Kultur abzudrosseln. Gerade, nachdem wir im Osten keinen einzigen Vertreter mehr haben, müssen wir nach dieser Richtung das nationale Moment stärker hervorkehren, um dort wieder Anhang zu gewinnen. Eine Bitte hätte ich noch an den Herrn Minister. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Sie sich all ihrer Gegner mit Leichtigkeit entledigt haben. Mir ist auch gesagt worden, daß Sie im Auswärtigen Ausschuß ein Material gehabt hätten, gegenüber dem die schärfsten Gegner von Ihnen betreten und betroffen gewesen seien. Ich möchte den Herrn Minister bitten, uns nach der Richtung mehr Informationen zu geben, damit wir in der Lage sind, unseren Gegnern entgegentreten zu können.

Wir haben uns auch darüber unterhalten, welchen Kurs wir in Zukunft gehen sollen, einen Rechtskurs oder einen Linkskurs. Ich verweise darauf, daß Stresemann es immer abgelehnt hat, uns als eine Rechtspartei oder Linkspartei bezeichnen zu lassen. Wir sind eine Staatspartei. (Heiterkeit und Widerspruch). Ich meine natürlich eine Staatspartei im besten Sinne des Wortes. Darin liegt schon, daß wir weder einen Kurs nach links noch einen Kurs nach rechts gehen können. Selbstverständlich müssen wir einen scharfen Kampf führen gegen die unsinnigen Wirtschaftsforderungen der Sozialdemokratie. Aber ebenso müssen wir Front machen gegen die mittelalterlichen Ansichten der Nationalsozialisten. Wenn wir die Sozialdemokratie bekämpfen, so bekämpfen wir mit ihr die hinter ihr stehenden Gewerkschaften und Verbände und Einzelpersonen. Wenn wir die Nationalsozialisten bekämpfen, bekämpfen wir vor allem ihre Fraktion, ihre Führer und ihr verschwommenes Programm. Wir haben aber bei diesem Kampf zu schonen die guten deutschen Männer und Frauen und Jünglinge und Jungfrauen, die nur im Überschwang ihrer Gefühle dem Nationalsozialismus erlegen sind.

In Bezug auf die Sammlungspolitik, die eigentlich mehr Unruhe als Ruhe in die Front der Mittelparteien gebracht hat, begrüßen wir es, daß nunmehr diese Idee hineinverlegt werden soll in die Parteileitung. Ebenso freuen wir uns, daß die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler sich bereit erklärt hat, offiziell in unsere Partei einzulaufen (Beifall).

Reichsminister Dr. Curtius: Ich möchte auf die Ausführungen meines Vorredners zur Außenpolitik mit einigen Worten eingehen. Ich darf aber vorher mit einigen Worten zur Innenpolitik sprechen. Ich möchte meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß es auch mir möglich gewesen ist, einmütig zusammen mit der Reichstagsfraktion alle maßgebenden Entscheidungen zu treffen, die bis zu diesem Augenblick geführt haben. Ich möchte aber gegenüber der Kritik, die soeben an der sogenannten Scholz-Aktion geübt worden ist, sagen, daß auch ich dieser Aktion zugestimmt habe, gewiß mit schwerem Herzen, und vielleicht wird man sagen können,

daß man gewisse einleitende Schritte besser unterlassen hätte, daß man wenigstens das Terrain besser hätte abtasten müssen. Aber daran kann nicht der geringste Zweifel sein: Nachdem die einleitenden Schritte einmal getan waren und die Reichstagsfraktion vor der Tatsache stand, daß große andere Fraktionen unseren Parteiführer für das Amt des Reichstagspräsidenten vorschlagen wollten, blieb für die Reichstagsfraktion nichts anderes übrig, als sich bis zum letzten Mann für den Parteiführer einzusetzen. Das haben wir getan, und wenn es nachher schiefgegangen ist, so wird man der Reichstagsfraktion daraus keinen Vorwurf machen können. Bedauerlich genug für Freund Scholz, daß die Dinge so gelaufen sind. Aber es ist nicht richtig, wegen dieser Dinge einen Vorwurf zu erheben. Es wäre in dem Stadium der Dinge, in dem diese Sache an die Reichstagsfraktion herantrat, ganz unmöglich gewesen, nun etwa abzulehnen, daß Herr Scholz auch von der Reichstagsfraktion unterstützt wurde, und ich habe den mannhaften Entschluß des Kollegen Dauch für durchaus richtig gehalten, daß er schließlich selbst auf die Tribüne gegangen ist und Scholz selbst vorgeschlagen hat.[50]

Ich bin auch insofern mit der Reichstagsfraktion und ihrem Verhalten auch nach der Vertagung des Reichstages durchaus einverstanden, als ich in der Tat glaube, daß die Bedeutung der Fraktion darin beruht, immer wieder von neuem das Gewissen gegenüber der Reichsregierung zu bilden, nicht etwa nach links hin abzurutschen. Deshalb die Schritte von Dauch, die nach meiner Beobachtung – ich habe ihn auch im Kabinett unterstützt – das Ergebnis gehabt haben, daß von einem solchen Abrutschen nicht die Rede sein kann. Die Formulierung, die vorhin Herr Professor Schuster gebraucht hat, daß das Kabinett von der Linken lebe, ist meines Erachtens ganz falsch. Ich darf da etwas weiter ausholen. Ich bin naturgemäß in Genf[51] nach dem Ergebnis der Reichstagswahl wiederholt gefragt worden: Wie werdet Ihr nun die Dinge im Reich gestalten, werdet Ihr nun etwa eine Koalition mit den Sozialdemokraten bilden? Ich habe allen, die mich gefragt haben, von Anfang an erklärt: Das ist ein völliger Irrtum, derartige Koalitionsmöglichkeiten bestehen überhaupt nicht, ganz abgesehen davon, daß das gegenwärtige Kabinett nach seiner Entstehung kein koalitionsgebundenes ist; eine Große Koalition mit der Sozialdemokratie kommt

[50] Nachdem die Verhandlungsführer der DVP-Reichstagsfraktion trotz anfänglicher Willensbekundungen von verschiedener Seite (siehe Anm. 25) auch nach ausgedehnten interfraktionellen Besprechungen schließlich doch keine andere Partei dazu gewinnen konnten, Scholz als Reichstagspräsidenten zu nominieren, schlug Dauch ihn am 15. 10. 1930 selbst vor, siehe VRT, Bd. 44, S. 8 sowie seinen Bericht in der Fraktion einen Tag vor der Abstimmung: »Dauch (die deutschnationalen Quaatz und Oberfohren waren einverstanden, Dr. Hugenberg hat Bedenken). Hintzmann (die Wirtschaftspartei werde gegebenenfalls für Dr. Scholz stimmen), Schmidt (das Landvolk werde gegebenenfalls für Dr. Scholz eintreten). Thiel (der Christlich-Soziale Volksdienst neigt dazu, der stärksten Partei das Präsidium zuzuerkennen; jedoch steht die Entscheidung noch nicht fest. Esser hat den Standpunkt des Zentrums dahin charakterisiert, daß das Zentrum für Scholz nur stimmen könne, wenn die Sozi einverstanden sind). v. Stauß (unterstreicht die Bedenken der Deutschnationalen. Die Nazi werden geschlossen für Dr. Scholz stimmen). Glatzel (die 6 Jungdeutscher-Orden-Abgeordneten haben Bedenken)«, BAK R 45 II/67, p. 277.

[51] In Genf fand vom 17. 9. – 3. 10. die 61. Tagung des Völkerbundrats und vom 10. 9. – 4. 10. 1930 die 11. Bundesversammlung des Völkerbunds statt, siehe Schultheß 1930, S. 441–449. Siehe dazu auch die Ministerbesprechung über die einzuschlagende außenpolitische Marschroute vom 3. 9. 1930, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 110 sowie Krüger, S. 512 ff.

überhaupt gar nicht in Frage. Aber das, was notwendig ist – so habe ich damals schon in Genf, auch in Verbindung mit Berlin, überall mitteilen können –, das ist, gegenüber der Verantwortungsscheu, die überall zu beobachten war, gegenüber der unendlichen Kritik etwas Positives hinzustellen.

Wenn vorhin in anderem Zusammenhange von einigen Rednern gesagt worden ist, es sei gut, daß die bisherige Sammlungsaktion beendet sei, so möchte ich sagen: Eine Sammlung ist immer nur möglich mit einem positiven Programm, mit Ideen. Dasselbe gilt von dem Verhalten der Reichsregierung. Wir waren nach der Wahl ein schwaches Häuflein, wir waren, wie Dingeldey mit Recht ausgeführt hat, in der Wahl als Koalition geschlagen. Es blieb also nichts übrig, als mit Ideen, als mit einem positiven Programm in fester Entschlossenheit vor das Volk zu treten und zu versuchen, mit diesem Programm diejenigen Stimmen zu sammeln, die wir im Reichstag für die Durchbringung dieses Programms notwendig hatten. Wir haben dabei den Erfolg gehabt, daß uns schließlich von allen Seiten die notwendigen Stimmen zugeflossen sind. Ich glaube, niemand wird sagen können, daß dieses Programm irgendwie sozialistisch gefärbt gewesen wäre, daß es die kleinste Konzession nach links enthalten hätte. Ich hoffe, daß es dem Reichskanzler Brüning weiter gelingt, in der tatkräftigen Entschlossenheit, die er auch nach meinen Beobachtungen besitzt, diese Linie weiter zu verfolgen und durch diese Sachlichkeit, durch die Verantwortlichkeit für das Notwendige diejenigen in seinen Bann zu ziehen, die auf einer solchen sachlichen Linie das deutsche Volk wieder mit emporführen wollen.

Nun lassen Sie mich einige Ausführungen zur Außenpolitik machen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die Ausführungen von Freund Dingeldey zur Außenpolitik in den Grundlinien mit mir vorher besprochen worden sind, und daß diese Ausführungen ganz in der Linie liegen, in der ich mir das Zusammenwirken zwischen Partei auf der einen Seite und Außenminister auf der anderen Seite nur denken kann. Es ist nach Lage der außenpolitischen Verhältnisse ganz selbstverständlich, daß die Partei immer mindestens um eine Pferdelänge dem Außenminister voraus sein muß. Aber glauben Sie mir nur, daß es eine ungeheure seelische Belastung für den Außenminister bedeutet, nicht auch einmal frisch von der Leber weg sprechen zu können. Wenn Sie, Herr Specht, in freundlichen Worten von meiner Tätigkeit im Auswärtigen Ausschuß berichtet haben nach dem, was Ihnen erzählt worden ist, dann lassen Sie mich in aller Klarheit, wenn Sie wollen, vielleicht auch Bescheidenheit, das eine sagen: Nicht etwa die Kraft der sachlichen Argumentation allein ist es gewesen, sondern die Tatsache, daß ich in den Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses doch einmal auch gerade diese psychologische Belastung des Außenministers geschildert habe, daß ich einmal gezeigt habe, daß selbstverständlich das Ziel, das ich vertrete, genau das gleiche ist wie das, das die anderen Parteien vertreten. Wir sind ja in einer überraschenden Übereinstimmung, wenn Sie den Young-Plan nehmen, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, und Sie können es mir glauben: Für mich gäbe es keinen glücklicheren Moment, als wenn ich endlich auch einmal auf den Tisch schlagen könnte oder frei von der Leber weg reden könnte. Ich habe während der wenigen Monate, in denen ich im Amte bin[52], schließlich doch

[52] Julius Curtius war nach dem Tod Stresemanns am 3.10.1929 zunächst mit der Führung der Geschäfte beauftragt worden; am 11.11.1929 wurde er zum Außenminister ernannt.

schon dasselbe erdulden müssen, was Stresemann in all den Jahren hat auf sich nehmen müssen. Ich habe eine Unmasse von Haß auf mich gezogen, weil ich immerfort das Ventil zuhalten mußte für das Ausströmen all der nationalen Leidenschaften in den vergangenen Wochen und Monaten. Ich habe den Young-Plan gegen eine überwältigende Mehrheit zunächst durchbringen müssen wegen des Liquidationsabkommens[53], und ich habe darunter gelitten, seelisch und körperlich, wie irgendeiner von Ihnen. Glauben Sie mir, es wäre mir die größte Freude, wenn ich auch einmal ein wenig von der Gunst der öffentlichen Meinung getragen werden könnte, wenn ich vor die Nation treten und sagen könnte: Jetzt ist der Moment gekommen, wo wir meinetwegen die Revision im Osten anpacken können oder wo wir die Revision des Young-Plans in Lauf setzen wollen. Aber lassen Sie mich hinzufügen: Man darf es dann auch nur dann tun, wenn man weiß, daß nun diese Aktion wirklich in einem ununterbrochenen Dauerlauf zum Ziele geführt werden kann. Nehmen Sie gerade die Frage des Ostens. Ich denke nicht daran, meinem Kollegen Treviranus noch nachträglich irgendeinen Vorwurf zu machen. Aber sicher ist, daß diese hochgespannten Erwartungen, die sich an diese Rede geknüpft[54] und hüben und drüben das empfindlichste Echo gefunden haben, nun zu einem Erschlaffungszustand, ja Verzweiflungszustand im Osten geführt haben. Ich habe selbst mit unseren Freunden im Osten darüber gesprochen. So geht es eben nicht, daß man die Spannung von Regierungsseite noch weiter vergrößert, sondern dazu ist man erst in der Lage in dem Augenblick, wo man wirklich glaubt, handeln zu können, es sei, daß man gleichzeitig mit diesen Mitteilungen auch darlegt, in welcher Weise sich diese ganze Etappe vollziehen soll. Das bedeutet nicht, daß ich etwa den Dingen des Ostens nicht meine Aufmerksamkeit widmen wollte. Die Haupttätigkeit während meiner ganzen Ministerzeit ist doch bisher immer den Problemen des Ostens gewidmet gewesen; zunächst in den Kämpfen um das Liquidationsabkommen, daneben in all den Kämpfen, die ich mit Polen über Grenzverletzungen und andere Dinge zu führen hatte. Wenn Sie in den letzten Tagen und Wochen die Presse aufmerksam verfolgt haben, werden Sie doch auch schon durch die Darlegungen aus dem Auswärtigen Amt eine gewisse Wendung in den Dingen haben beobachten können. Die Intervention von Rauscher in Warschau – vor etwa zehn Tagen habe ich die Veröffentlichung herausgebracht – redete schon eine ganz andere Sprache, als man es im allgemeinen gehört hatte.[55]

Ich habe vor wenigen Tagen auch über die Grenze nach der Tschechoslowakei hin gesprochen. Ich darf in diesem Kreise sagen: Es war nicht ein Zufall, daß der sächsische Reichsratsbevollmächtigte mich in der Sitzung des Reichsrats plötzlich interpellierte, sondern ich habe fünf Minuten vorher ihn zu mir bestellt und ihm gesagt: Herr Dr. Gradnauer, tun Sie mir den Gefallen und interpellieren Sie mich einmal

[53] Das mit Polen am 31. 10. 1929 geschlossenen Liquidationsabkommen wurde am 12. 3. 1930 ratifiziert, siehe Dok. Nr. 77, Anm. 9.

[54] Nach einer antipolnischen Rede von Treviranus im August 1930 kam es zwischen ihm und Curtius zu scharfen Auseinandersetzungen im Kabinett, siehe Dok. 85, Anm. 40.

[55] Zu den wachsenden deutsch-polnischen Spannungen aufgrund der polnischen Repressionen gegen die deutsche Minderheit im Oktober und November 1930 siehe Riekhoff, S. 193 ff. Am 6. 11. 1930 wurde der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, angewiesen, wegen der sich steigernden Angriffe auf die deutsche Minderheit in Polen, Pommerellen und Oberschlesien bei dem polnischen Außenminister Zaleski vorstellig zu werden, siehe ADAP, Serie B, Bd. XVI, Dok. Nr. 45.

heute wegen der tschechischen Dinge, ich möchte meinem Kollegen drüben einmal ganz deutlich sagen, was die Würde der deutschen Kultur von dem deutschen Volk auf der einen Seite und von dem tschechischen Volk auf der anderen Seite erwartet.[56] Er hat das in sehr netter Weise getan, und es mußte dann naturgemäß so in die Presse kommen. Ich habe mir die Frage bestellt, weil ich endlich einmal ein deutliches Wort nach dieser Seite sagen wollte (Bravo!).

Und wenn vorhin durch einen Zuruf auf Litauen exemplifiziert wurde, so habe ich noch heute morgen im Reichsklub die Deputation der heimattreuen West- und Ostpreußen empfangen, worunter auch Memelländer waren. Sie haben bei dieser Gelegenheit, wie auch schriftlich, mir ihren Dank für mein Auftreten in Genf ausgesprochen. Es war eine Sprache, die den Litauern gegenüber deutlich genug gewesen ist. Das eine aber bitte ich in dem Verhältnis Deutschland, Memelland und Litauen nicht außer acht zu lassen. Wir haben naturgemäß bei dem Eintreten für die Memelländer eine Grenze zu beobachten: daß wir nicht die Litauer an die Polen herandrängen oder mit den Polen zusammenschweißen. Das ist immer die furchtbare Schwierigkeit bei der Wahrung der deutschen Interessen im Memelland gewesen. Ich glaube, es ist diesmal noch gut gegangen. Ich habe, nachdem ich in Genf die Litauer auf die Knie gezwungen hatte[57], unsere Forderung zu bewilligen, mit Befriedigung feststellen können, daß der Erinnerungstag des Handstreichs auf Wilna[58] keineswegs zu einer Abschwächung des Hasses der Litauer gegen die Polen geführt hat, sondern im Gegenteil, sie haben die Gelegenheit benutzt, um den Polen noch einmal deutlich ihre Auffassung über dieses Verhältnis zu sagen. Verkennen Sie nicht, daß in Litauen ganz starke Elemente am Werke sind, um die Litauer nach den historischen Erinnerungen mit Polen wieder zusammenzubringen. Vergegenwärtigen Sie sich, was es geographisch [und] strategisch bedeuten würde, wenn die Litauer mit den Polen wirklich zu einer Einigung kommen würden, und wenn dann das vereinigte Polen-Litauen um ganz Ostpreußen herumreichen würde und uns diese Brücke, die wir noch nach Rußland haben, versperren würde. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es gelungen, den Litauern Konzessionen abzuringen, die sich jetzt zum großen Teil auch bei den Wahlen im Memelgebiet[59] ausgewirkt haben. Das Ergebnis der Wahlen zeigt, daß das Auftreten der deutschen Delegation in Genf im Memelgebiet die notwendige Stim-

[56] Am 23.10.1930 hatte Curtius im Reichsrat ausgeführt, in den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen hätten »Besonnenheit und guter Wille primitive Vorurteile der Straße überwunden« und einen Zustand wieder hergestellt, »auf dessen Grundlage unsere Beziehungen, insbesondere der kulturelle Austausch beider Völker, weiterentwickelt werden könnten«, Niederschriften über die Vollsitzungen des Reichsrats, Berlin 1930, S. 567.

[57] Die Memelländer hatten die litauische Regierung der Verletzung des Memelstatus von 1924, das die Autonomie des Memellandes regelte (Schultheß 1924, S. 447), beschuldigt. Nach dem Rücktritt des Präsidenten des Memeldirektoriums hatte die litauische Regierung zwei Litauer in das dreiköpfige Direktorium berufen, wodurch der Einfluß der deutschen Memelparteien ausgeschaltet worden war, siehe Schultheß 1930, S. 361 ff. Nach langwierigen inoffiziellen Verhandlungen mit dem litauischen Außenminister Zaunius erreichte Curtius schließlich einen Kompromiß, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 130.

[58] Wilna war während des russisch-polnischen Krieges im Oktober 1920 von polnischen Truppen eingenommen und 1922 in das polnische Staatsgebiet eingegliedert worden; dagegen erhob Litauen Anspruch auf Wilna und erklärte es 1928 zu seiner Hauptstadt.

[59] Am 10.10.1930 hatten im Memelgebiet Landtagswahlen stattgefunden; zum Ergebnis siehe Schultheß 1930, S. 364.

mung erzeugt hat, um einen überwältigenden deutschen Wahlsieg herbeizuführen (Sehr richtig!).

So sehen Sie, wie intensiv ich mich gerade mit den Ostfragen beschäftige. Ich habe gestern unseren Freunden aus Ostpreußen auch erklärt, daß ich mich seit langem mit dem Gedanken trage, einmal als Außenminister nach Königsberg zu gehen, um dort mit den maßgebenden Kreisen Fühlung zu nehmen, und daß ich dann auf einem Bankett oder bei irgendeiner Gelegenheit das sagen würde, was nach Lage der Verhältnisse gesagt werden muß und dann hoffentlich auch nach Lage der Verhältnisse gesagt werden darf. Glauben Sie mir nur, daß ich jede Gelegenheit ausnutzen werde, die sich irgendwie bietet, um diese Grenze zu überschreiten, die Grenze der reinen Vernunft, will ich einmal sagen, und ebenfalls auch nach außen hin Töne zu finden, die unmittelbar auf die Seele des deutschen Volkes hinzielen.

Ich darf noch auf zwei andere Punkte der Außenpolitik zu sprechen kommen, die in diesen Zusammenhang gehören, weil auch darüber gesprochen worden ist. Das eine ist die Frage der Revision des Young-Plans, das andere die Frage der Abrüstung bzw. Aufrüstung. Ich schließe mich natürlich dem an, was Freund Dingeldey hinsichtlich der Revision des Young-Plans gesagt hat. Ich glaube, in unserem Kreise ist wohl im allgemeinen die Taktik der Reichsregierung und unserer Fraktion für richtig befunden worden. Zunächst müssen wir unbedingt das Sanierungswerk durchführen, soweit das nur irgendwie gemacht werden kann. Lassen Sie sich doch auch durch alles, was einem immer entgegengehalten wird, nicht von dieser klaren Linie abbringen. Wir sind es gerade gewesen, die im Zusammenhang mit Schacht, mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie, mit allen verantwortungsbewußten Kreisen im Jahre 1928/29 uns auf den Standpunkt gestellt haben: Wir können diese Sanierung durchführen, trotzdem wir die Reparationslast – damals war es noch viel mehr, damals waren es 2,5 Milliarden – an das Ausland zu übertragen haben. Ich sage auch heute, ich bin froh darüber, daß nicht etwa die Taktik des Zentrums im Februar 1929 [!] zum Siege geführt hat, den Young-Plan nur im Zusammenhang mit der Sanierung der Reichsfinanzen zu verabschieden.[60] Denn jetzt ist das Ja, das wir damals ausgesprochen haben, immer noch beschwert mit dem Zweifel, daß wir unsere Finanzen sanieren könnten. Wenn wir das gleichzeitig durchgeführt hätten, wäre es ein rundes Ja gewesen, wäre es mit dieser Voraussetzung beschwert, und das würde die Außenpolitik, die Revisionsmöglichkeit meines Erachtens ganz gewaltig erschwert haben. Wenn wir vorher die Sanierung durchgeführt und dann noch den Young-Plan angenommen hätten, dann wären wir nicht mehr in der Lage, so zu paktieren, wie wir hoffentlich in der Lage sein werden, die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Es versteht sich, daß die Durchführung dieser Sanierung, soweit sie überhaupt möglich ist, die psychologische Voraussetzung auch für das Ausland ist mitzumachen. Lassen Sie es mich brutal ausdrücken: Wenn wir heute den Sonderausschuß bei der Internationalen Bank[61] zusammenberufen würden, sei es allein oder in Verbindung

[60] Das Zentrum hatte am 27.1.1930 beschlossen, dem Young-Plan nur zuzustimmen, wenn die Sanierung der Reichsfinanzen garantiert werde und verbindliche Zusagen der Regierungsparteien über die Finanzreform vorlägen, siehe Dok. Nr. 79, Anm. 8.

[61] Nach Ziff. 119 des Young-Plan-Gesetzes vom 7.6.1929 (RGBl. 1930 I, S. 448) konnte auf Verlangen der deutschen Regierung der beratende Sonderausschuß der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einberufen werden, wenn durch den teilweisen oder vollständigen Transfer

mit dem Moratorium, so ist doch klar, daß dieser Sonderausschuß nichts andres tun könnte, als auf das Aktenstück zu schreiben: Wieder vorzulegen nach sechs Monaten, weil zunächst einmal die deutsche Regierung und das deutsche Volk diese Sanierungsaktion durchführen müßten. Und wenn es schlecht laufen würde – das wäre durchaus nicht von der Hand zu weisen –, würde vielleicht dieser Sonderausschuß ein eigenes Sanierungsprogramm uns oktroyieren und würde vielleicht hinzusetzen: Zimmermanns stehen genug zur Verfügung, um dem deutschen Volke zu helfen, wenn es sich nicht selbst helfen kann.[62] Das müssen wir unter allen Umständen vermeiden. Dazu kommen die besonderen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten. Ich brauche das nicht weiter auszuführen. Nach allen Erkundungen und Verhandlungen, die ich geführt habe, ist es in den nächsten Monaten unmöglich, mit den Vereinigten Staaten in dieser Frage zusammenzugehen.[63]

Ich bin aber mit Dingeldey der Auffassung, daß wir im Laufe des Winters immer wieder von neuem versuchen müssen, ob wir nicht doch in eine solche Lage kommen, sobald wie möglich an diese Frage heranzugehen. Ich habe ja die Regierungserklärung auch in diesem Sinne gefaßt.[64] Die Möglichkeit besteht jeden Augenblick nach der durchgeführten Sanierung bzw. wenn dieses Sanierungswerk scheitern sollte, wenn sich herausstellen sollte, daß es immer noch nicht möglich ist, die Finanzen zu sanieren durch die inneren Maßnahmen, zu prüfen, ob wir nicht nach außen hin das Moratorium zu erklären oder den Sonderausschuß einzuberufen haben oder darüber hinaus eine Art von Revision des ganzen Verfahrens wegen Verschiebung der Basis in die Wege zu leiten.

Damit steht in sehr eindeutigem Verhältnis die Frage der Abrüstung. Sie haben den Beschluß begrüßt, der im Auswärtigen Ausschuß gefaßt worden ist. Herr Professor Schuster, der inzwischen nicht mehr hier ist, meinte, es sei ein Zusammenwirken von Seeckt und Dauch gewesen. Nein, es war ein Zusammenwirken von Curtius und Dauch. Ich bedaure, daß Herr v. Seeckt nicht da ist, ich würde ihm auch hier sagen, daß dieser Beschluß gerade eine Abbiegung der Seeckt'schen Richtlinien bedeutet. Es geht nicht, daß wir in einem Augenblick, wo wir die Revision anstreben, für die Aufrüstung eintreten. Wenn wir das tun würden, dann würden wir nicht nur die Franzosen aus der Situation befreien, in die sie sich selbst oder wir durch unsere Taktik sie seit Jahrzehnten [!] hineinmanövriert haben, wir würden uns nicht nur die Amerikaner verprellen, die aufs stärkste auf die Abrüstung drängen, sondern es ist selbstverständlich, daß wir dann auch keine Möglichkeit mehr haben würden, in der Internationalen Bank durch den Sonderausschuß eine Herabsetzung der Lasten zu bekommen. Wir können deshalb nicht anders, als auf die schärfste Weise auf die

der aufschiebbaren Annuitäten die deutsche Währung und die deutsche Wirtschaft ernsthaft gefährdet werden sollten. Der Reichstag hatte am 18.10.1930 zahlreiche Anträge auf Revision des Young-Plans und Erlaß eines Zahlungsmoratoriums dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen, siehe VRT, Bd. 444, S. 213.

[62] Anspielung nicht aufzuklären.

[63] Der deutsche Botschafter in den USA, Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, hatte das Auswärtige Amt nachdrücklich auf das Mißfallen hingewiesen, das ein deutsches Moratoriumsgesuch in den USA aufgrund der Konsequenzen hinsichtlich der interalliierten Schulden auslösen würde, siehe den Bericht von Curtius auf der Chefbesprechung vom 28.10.1930, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 153 sowie Link, S. 489ff.

[64] Siehe dazu die Regierungserklärung Brünings vom 16.10.1930, VRT, Bd. 444, S. 19ff.

Abrüstung zu drücken, und das haben wir mit diesem Beschluß, den Dauch und ich zusammen vorbereitet haben, getan.

Meine Herren! In manchen Kreisen von Ihnen werden Zeitungen wie die »Hamburger Nachrichten« oder die »Münchener Neuesten Nachrichten« oder die »Weser-Zeitung« gelesen, und immer wieder von neuem fragen sich manche: Ist es nicht doch richtig, was in diesen deutschnationalen Zeitungen steht? Da lese ich z.B. in den »Hamburger Nachrichten«: »Es ist in der Tat das erste Mal, daß dem Reichsaußenminister so nachdrücklich eine Zensur für seine Politik erteilt worden ist. Man merkt doch sehr die Umgruppierung im Ausschuß[65], dessen Vorsitzender ein nationalsozialistischer Abgeordneter, der thüringische Minister Dr. Frick, ist«, usw. In den »Münchener Neuesten Nachrichten« hieß es, daß die Entschließung einer Niederlage von Curtius gleichkomme. Und in der »Weser-Zeitung« stand: Ein Vorstoß von Dauch gegen Curtius. Die Wahrheit ist, daß wir gemeinschaftlich hier diejenige Politik gemacht haben, die im Zusammenwirken zwischen Parlament und Regierung die einzig fruchtbare ist. Und wenn Sie sich vielleicht die Mühe machen wollten, meine Abrüstungsreden in Genf mit dem Wortlaut dieser Entschließung zu vergleichen, so würden Sie eine merkwürdige Identität der Ausdrücke dabei finden.[66] Ich finde es schon sonderbar genug, und ich betrachte es als eine Illoyalität dieser Zeitungen, wenn sie die Dinge als etwas Neues darstellen, wo doch auch ein Teil der deutschnationalen Presse mir in Genf gerade bezüglich der Abrüstungsreden bescheinigt hat, daß noch niemals so scharfe Worte von einem deutschen Vertreter gegenüber Briand gebraucht worden wären. Die Herren brauchten nur ein wenig zurückblättern in der Geschichte der vergangenen Wochen, um sich zu überzeugen, daß der Beschluß im Auswärtigen Ausschuß genau die Linie ist, die ich in Genf eingehalten habe. Wir müssen freilich immer weiter und energischer in dieser Frage vordringen. Darum war es richtig, daß Dauch den Vorschlag gemacht hat: Wir wollen diese Gelegenheit benutzen, nicht etwa nur den nationalsozialistischen Antrag abzulehnen, sondern ihm eine scharfe positive Erklärung zur Abrüstung, nicht zur Aufrüstung, entgegensetzen.[67] Und in der Tat hat das so gewirkt, wie es gerade mir erwünscht sein muß.

Auf dieser Linie müssen wir weiter fortschreiten. Nur versprechen Sie sich nicht unmittelbare Erfolge von der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die in den nächsten Tagen in Genf beginnt.[68] Sie hat im wesentlichen technische Bedeutung. Es ist die zweite Lesung eines Vertragsentwurfes, in dem überhaupt keine Ziffern stehen, weder hinsichtlich des Personals noch hinsichtlich des Materials. Hinsichtlich der Reserven und all der anderen Fragen stehen keinerlei Ziffern in diesem Vertragsentwurf. Wir haben nur das eine Interesse: daß so rasch wie möglich diese mehr tech-

[65] Gemeint: im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages.

[66] Curtius hatte am 16.9.1930 auf der Bundesversammlung des Völkerbunds kritisiert, daß »die Regierungen mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung zur größten Enttäuschung Deutschlands im Rückstand sind. Wir müssen uns über die völlige Unhaltbarkeit der Lage einig sein«, Schultheß 1930, S. 443.

[67] Der Auswärtige Ausschuß hatte den Antrag der NSDAP, die Reichsregierung solle unverzüglich die nötigen Schritte zur Aufhebung des Versailler Vertrags und der auf ihm aufgebauten Tributverträge einleiten (RTDrs., Bd. 448, Nr. 62), in seiner Sitzung vom 29.10.1930 abgelehnt.

[68] Der vorbereitende Abrüstungsausschuß tagte vom 6.11.–9.12.1930 in Genf, siehe Schultheß 1930, S. 453ff. sowie die Chefbesprechung über die Abrüstungsfrage vom 17.12.1930, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 205.

nischen Arbeiten des Vertragsentwurfes endlich nach Jahren abgeschlossen werden, damit die Bahn frei ist, den letzten Akt, die allgemeine Abrüstungskonferenz, stattfinden zu lassen. Wir haben darauf stark gedrückt und fordern auch heute mit den Amerikanern, daß die allgemeine Abrüstungskonferenz spätestens Ende des nächsten Jahres zusammentritt. Das muß die Linie bleiben, daß wir aufs stärkste auf die Abrüstung der anderen drücken, auch wenn wir wissen, daß es letzten Endes nicht zum Ziele führen wird. Wir mögen ruhig in der Partei und in Veröffentlichungen von dem Schwindel der anderen sprechen, wir sollen uns aber hüten, an verantwortlicher Stelle zu sagen: Wir werden aufrüsten. Dazu ist der Moment nicht gekommen. Wir müssen erst die Frage der Revision des Young-Plans weiter durchführen, in der nächsten Etappe kann dann erst diese Frage kommen. Überhaupt wäre es richtig, nicht die Frage der Aufrüstung, sondern die Frage der Freiheit vom Versailler Vertrag zu stellen. Wir müssen eines Tages in die Lage kommen und kommen bestimmt in diese Lage, daß wir nach Schluß der allgemeinen Abrüstungskonferenz das Lokal mit den Worten verlassen: Nunmehr ist für uns der Teil V des Versailler Vertrages erledigt[69] (Bravo!). Die Frage, was wir dann machen, ist aber eine andere Frage. Der Augenblick ist noch nicht gekommen. Ich kann mir nicht denken, daß wir die Frage der Revision im Osten wirklich anpacken können, bevor wir nicht die Frage der Revision des Young-Plans und diese Frage der Abrüstung bereinigt haben. Erst dann wird die praktische Basis gegeben sein, um die Frage des Ostens wirklich in Angriff zu nehmen. In der Zwischenzeit müssen wir überall versuchen, auf Nebengebieten vorwärts zu kommen, müssen wir versuchen, psychologisch die Lage so zu halten, daß nicht eine Verzweiflung in Ostpreußen entsteht, und Sie können sich darauf verlassen, daß ich alles tun werde, um die seelische Bedrückung des deutschen Volkes zu erleichtern, wie es nur immer im außenpolitischen Interesse geschehen kann (Lebhafter Beifall).

Hollmann (Berlin) erklärt seine weitgehende Zustimmung zu der Rede Dingeldeys, hebt die positive Entwicklung in der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hervor und fordert eine verstärkte Berücksichtigung der evangelischen Interessen: »Es müsse auch für die große Masse der evangelischen Wählerschaft wieder mehr das evangelische Bewußtsein hervorgekehrt werden«.

Herr Dr. Dahn (München) empfiehlt, die Nationalsozialisten in der Form, wie es im Auswärtigen Ausschuß schon geschehen sei, bei ihren eigenen Wählern in Mißkredit zu bringen, indem man sie zwinge, entgegen dem, was sie den Leuten vorreden, abzustimmen und zu zeigen, daß sie im Moment der Verantwortung auch nichts anderes tun könnten, als zwangsläufig die Politik mitzumachen, auf die Deutschland nun einmal angewiesen sei.

Er warne davor, in der Propaganda von einer Verteidigung des Privatkapitalismus zu sprechen. Man sollte statt dessen lieber von einem Eintreten für das Privateigentum sprechen. Der Kapitalismus ethischer Prägung amerikanischer Art sei keineswegs das Ideal. Bei der Wahlreform werde man sehen müssen, eine Kompromißlösung zu

[69] In Teil V des Versailler Vertrags waren die Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt festgelegt.

finden. Dabei bitte er dringend, zwei Punkte nicht aus den Augen zu lassen. Das sei einmal der für kleine und ländliche Wahlkreise lebensnotwendige amtliche Stimmzettel, und zweitens die Möglichkeit irgendeiner Form der Verbindung kleiner Parteien. Als psychologische Begründung für den Erfolg der Nationalsozialisten werde vielfach angeführt, daß sie einen tüchtigen Trommler an ihrer Spitze hätten. Nach der heutigen Rede des Vorsitzenden sei er der Meinung, daß auch wir einen solchen Trommler für uns gefunden hätten. Er könne sich nicht vorstellen, daß eine solche Rede, wie sie heute von Dingeldey gehalten worden sei, nicht draußen die Wirkung des großen Trommlers erreichen würde. Darum bitte er dringend, daß Dingeldey nicht nur Parteiführerstellvertreter, ehrenamtlicher Geschäftsführer sein möchte, sondern daß er sich vor allem auf das ihm so sehr liegende Gebiet des Trommelns in der Agitation im Lande begeben möchte (Beifall).

Eine Warnung möchte er aussprechen. Es sei vielfach davon gesprochen worden, daß man mit den parlamentarischen Mitteln die Notlage dieses Winters vielleicht nicht mehr meistern könnte, daß man vielleicht zu anderen Mitteln greifen müßte. Er habe bisher von keiner Stelle gehört, welche Mittel das sein sollten. Wenn aber wirklich daran gedacht werde, so müsse so etwas von langer Hand psychologisch vorbereitet werden, sonst könnten uns die Dinge über den Kopf wachsen. Er bitte dringend, den Wahlkreisen rechtzeitig zu sagen, was beabsichtigt sei.

Werbelmann (Berlin) weist die Kritik Dingeldeys an den »Berliner Stimmen« zurück und bittet, den betreffenden Passus in die gedruckte Fassung der Rede nicht mit aufzunehmen.[70]

Geheimrat D. Dr. Kahl: Verehrte Freunde! Durch die ausgezeichnete Rede des Herrn Vorsitzenden ist ein solcher Reichtum von Problemen uns vorgelegt worden, daß die Versuchung sehr naheliegt, ins Weite zu gehen und sie im einzelnen zu behandeln. Der Versuchung möchte ich nicht unterliegen. Ich möchte mich auf einen ganz bestimmten Punkt in ein paar Minuten beschränken.

Der Versuchung unterfalle ich nur insoweit, als ich ein Wort zu der angerührten Frage der Wahlreform sagen möchte. Meine Freunde! Diesem ganzen Projekt stehe ich mit großer Reserve gegenüber (Zustimmung). Es ist nur eine Reform von durchgreifender Wirksamkeit: Das ist die Heraufsetzung des Wahlalters (Zustimmung). Das ist aber im gegenwärtigen Augenblick nicht zu erreichen. Ich habe als Vorsitzender des Rechtsausschusses im Reichstag zweimal Wahlreformprojekte zur Verhandlung vor mir gehabt, und diese Verhandlung ist immer charakteristisch verlaufen: Sobald dieser Punkt auf der Tagesordnung aufgerufen wurde, allgemeine Begeisterung; sobald es ins einzelne ging, hat jede Partei ganz genau ausgerechnet, wie eine solche Reform auf sie zurückwirken würde. Infolgedessen kam niemals etwas zustande. Ich stehe immer unter dem Eindruck eines herrlichen Wortes von Bismarck. Er hat einmal ausgeführt: »Ob ich im Preußischen Landtag, der gewählt ist nach dem engherzigen Dreiklassenwahlrecht, rede, oder ob ich im Reichstag spreche, der gewählt ist nach dem denkbar freiesten Wahlsystem, ich sehe immer die lieben gleichen

[70] In der gedruckten Fassung der Rede (siehe Anm. 46) fehlt der Passus.

Gesichter wieder« (Heiterkeit). Das ist meines Erachtens ein absolut richtiges Urteil, daß nicht die äußere rechtliche Form das Entscheidende dabei ist.

Damit verlasse ich aber das Gebiet. Mir liegt etwas ganz anderes am Herzen. Das ist die ganz klare Grenzziehung, wenigstens grundsätzlich, zwischen der Deutschen Volkspartei und der Nationalsozialistischen Partei. Es ist von Ihnen und auch von mehreren Rednern gestreift worden. Aber es ist eine Kardinalfrage, die absolut klargestellt sein muß. Und auch hier, lieber Freund Werbelmann, nehmen Sie mir das ja nicht übel, muß ich ein ganz ernstes Wort gegenüber den »Berliner Stimmen« sprechen. Die »Berliner Stimmen« haben einen Artikel gebracht, der in seinem einen Teil geradezu ein außerordentlicher Lobspruch, aber kein sachlich begründeter, auf die Nationalsozialisten war. Ich weiß nicht, ob Sie alle den Artikel gelesen haben. Darin war gegenübergestellt die herrliche Haltung der Nationalsozialisten im Reichstag im Vergleich zu den Kommunisten. Wer den ersten Tag im Reichstag mitgemacht hat, der weiß, daß die Kommunisten sich unendlich anständiger benommen haben als die Nationalsozialisten (Sehr richtig!). Ich sehe dabei ganz ab von der Komödie der Tracht[71], in der die Burschen eingezogen sind, und die wahrhaft ekelerregend war für den, der einiges Gefühl für Würde und Bedeutung eines Deutschen Reichstags hat. Die Kommunisten waren zurückhaltend und sind in der angenehmen Ziviluniform erschienen. Aber das war nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist die, daß von Anfang an ein Geist des Widerspruchs, ein Geist des kleinlichsten Dreinredens in diesen Kreisen links von uns sich geltend gemacht hat, bei den Nationalsozialisten, der geradezu unerträglich war. Eine Fülle von solchen frechen Zurufen und Kritiken an den Rednern auch da, wo die Redner absolut maßvoll gesprochen haben, hat sich da geltend gemacht, von dem sich derjenige keine Vorstellung macht, der nicht dabei war (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!). Die dabei waren – Herr v. Kardorff bestätigt es –, haben das als geradezu unerträglich empfunden.

Dann die weitere Linie! Was haben wir erleben müssen von Herrn Strasser! Er hat, öffentlich darauf angesprochen, daß er sein Ehrenwort gebrochen habe, gesagt: Jawohl, das habe ich gebrochen, das werde ich auch weiter tun, denn ich halte das für ein berechtigtes Mittel des politischen Kampfes (Hört! Hört!). Meine Freunde, neben solchen Leuten muß man sitzen! Das ist einfach, schon von dieser äußeren Seite des Anstandes aus gesehen, eine ganz außerordentliche Differenz. In dieser Art haben die Kommunisten noch niemals sich bloßgestellt wie in diesen Tagen die Nationalsozialisten.

[71] Die 107 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten waren aus Protest gegen das Uniformverbot der preußischen Regierung zur konstituierenden Sitzung des Reichstags am 13.10.1930 in der braunen SA-Uniform erschienen. Zudem störten sie die Sitzungen vom 15., 16. und 18.10.1930 durch Trillerpfeifen, Drohungen an die Adresse der sozialdemokratischen Redner und dauernde Sprechchöre; siehe dazu Severing, Bd. 2, S. 258; Braun, S. 179f.; Brüning, S. 198ff. Zum preußischen Uniformverbot vom 11.6.1930 siehe Dok. Nr. 82, Anm. 80. Der nationalsozialistische Abgeordnete Edmund Heines, SA-Obergruppenführer und berüchtigter Fememörder, rief dem bayerischen Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner in der Sitzung vom 18.10.1930 zu: »Kommen Sie nur wieder nach München«; nach Hoegners Erinnerung lautete der Zuruf sogar: »Warten Sie nur, bis Sie wieder nach München kommen, dann werden Sie gekillt!«, Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1958, S. 56–59; Heines wurde daraufhin des Saales verwiesen, siehe auch Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt/M. 1966, S. 154ff.

Und nun unterschreibe ich Wort für Wort, was Freund Dingeldey ausgeführt hat. Selbstverständlich, wir müssen nicht in zwecklosen Kämpfen uns gegenüber den Nationalsozialisten stellen; wir müssen namentlich der Jugend gegenüber Verständnis zu gewinnen versuchen; wir müssen die Mittel erwägen, durch die wir diese irregeführte Jugend zurückgewinnen können, und dergleichen. Das ist alles richtig. Aber auf der anderen Seite muß eine ganz scharfe Grenzlinie gezogen werden zwischen uns und den Nationalsozialisten. Denn sonst hätte es gar keinen Sinn, sonst gehen uns, wenn doch kein Unterschied ohne weiteres zu erkennen ist, unsere jungen Leute fort zu der radikaleren Partei. Das liegt in der Natur der Sache. Das darf unter keinen Umständen eintreten. Es müssen diese Grenzlinien absolut gezogen werden. Die Überhebung der Nationalsozialisten, als ob sie allein die Träger des vaterländischen Gedankens und der großen Ziele der Freiheit wären, ist eine Lächerlichkeit, der müssen wir bei jeder Gelegenheit widersprechen. Ich stimme all dem zu, was hier erörtert ist, daß wir gelegentlich die nationalen Töne schärfer anklingen lassen müssen, als es bisher möglich gewesen ist. Aber verkennen wir doch nicht die ganz ungeheure Gefahr, die in dem sozialistischen Programm der Nationalsozialisten gelegen ist (Zustimmung). Man liest immer nur das Nationalistische, nicht aber das Sozialistische, und das ist doch bis jetzt schon in den Anträgen der Nationalsozialisten hervorgetreten, daß wir demgegenüber den allerschärfsten Grenzstrich ziehen müssen, der überhaupt möglich ist. Wir unterscheiden uns hier noch viel schärfer vielleicht von den Nationalsozialisten als von den Sozialdemokraten. Denn ich halte die Verbindung des Sozialistischen mit dem Nationalen für eine ganz besondere Gefahr. Deshalb lege ich das größte Gewicht darauf, daß diese Differenz zwischen unseren beiden Parteien immer – in der sachlichsten und vornehmsten Weise selbstverständlich, aber bei jeder Gelegenheit mit absoluter Schärfe – nicht nur an den Reichstag denke ich –, auch im Lande bei jeder Gelegenheit festgelegt wird. Denn sonst kann eine Vermischung und eine Verwirrung eintreten. Wir stehen hier den allergrößten politischen und nicht zuletzt wahlpolitischen Gefahren gegenüber.

Es war mir ein Bedürfnis, das hier auszusprechen, daß ich bitte, daß diese Grenzlinie unter allen Umständen festgelegt wird. Wir sind nicht eine mit den Nationalsozialisten koalierte bürgerliche Partei. Das lehne ich unter allen Umständen ab. Wir sind eine ausgesprochen bürgerliche Gegenpartei gegen die Nationalsozialisten, und dies hier auszusprechen und den Herrn Kollegen Werbelmann zu bitten, daß das auch in den »Berliner Stimmen« entsprechend gehandhabt wird, ist mir einfach eine Gewissenspflicht gewesen (Lebhafter Beifall).

Herr Dr. Stendel meint, man könne Politik nicht allein aus dem Gefühl heraus machen. Es komme nicht darauf an, wie man im Gefühl den Nationalsozialisten gegenüberstehe, sondern es komme darauf an, was man tun müsse, um zu dem gesteckten Ziele zu kommen. Ganz etwas anderes sei es, wie weit man mit ihnen in einem Parlament zusammenarbeiten solle. Er stimme mit Herrn Werbelmann darin überein, daß auch an den Maßnahmen der Parteileitung Kritik geübt werden müsse. Aber dies müsse in einer glücklichen Form geschehen. Herr Werbelmann hätte als Herausgeber seiner Korrespondenz nach der Richtung wohl mehr Einfluß nehmen können.

Auf die schwierige Lage des Ostens sei schon mehrfach hingewiesen worden. Nachdem jetzt kein Vertreter des Ostens mehr in der Reichstagsfraktion sei, würde es zweckmäßig sein, einen Vertreter des Ostens in das höchste Gremium der Partei

einzugliedern. Daß gerade Herr Treviranus als Betreuer der Ostfragen ausersehen sei, sei angesichts der Haltung, die die »Konservativen Stimmen« gegen die Volkspartei einnehmen, nicht zu begrüßen. Die Volkspartei könne es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß dieser junge Mann die Gelegenheit wahrnehme, um im Lande gegen die berufenen Führer der Volkspartei aufzutreten. Zu begrüßen sei es, daß nunmehr die kulturellen Belange von Partei wegen mehr in den Vordergrund gestellt werden sollten. Die preußische Kulturpolitik sei nicht allein als eine Frage der Preußenfraktion anzusehen, sondern als eine Frage der Gesamtpartei. Die Partei könne es nicht ertragen, daß das Zentrum in Preußen eine solche Politik treibe. Demgegenüber gebe es nichts anderes, als dem Zentrum die Faust zwischen die Augen zu setzen. Es bedürfe nur eines leichten Druckes auf das Zentrum, um die Vereinbarung mit der evangelischen Kirche in Preußen jetzt zum Abschluß zu bringen, und zwar in einem Sinne, wie die evangelische Kirche es fordere. Man müsse vom Zentrum energisch verlangen, daß es uns dort entgegenkomme. Dasselbe gelte für die Pädagogischen Akademien. Es sei eine Unmöglichkeit, daß in Berlin eine religionslose Akademie und keine evangelische Akademie errichtet werden solle. Ein Bedürfnis für eine religionslose Akademie bestehe in Berlin nicht. Der Kultusminister habe selbst zugegeben, daß er jährlich mit 80 Leuten rechne, die eine derartige Akademie für Religionslose besuchen würden. Das normale Maß der Besetzung für kleinere Anstalten sei aber mindestens 300. Uns zuzumuten, daß wir mit der evangelischen Akademie noch wer weiß wie lange warten sollten, sei eine Unmöglichkeit. Das müsse dem Zentrum so deutlich wie nur möglich gesagt werden. Die Personalpolitik in Preußen schreie zum Himmel. So könnten die Dinge in Preußen nicht weitergehen. Man müsse dem Zentrum deutlich sagen: Wollt Ihr, daß wir diese Regierung im Reich auf die Dauer stützen, dann verlangen wir ein Entgegenkommen in dieser Beziehung. Es sei nicht daran zu denken, daß wir heute noch in die preußische Regierung hinein wollten. Die Preußenfraktion habe den Mißtrauensantrag, der von anderer Seite gekommen sei, mit unterstützt. Er bitte die Parteileitung, die Preußenfraktion in diesem Kampfe zu unterstützen (Bravo!).

Herr Kuhbier (Duisburg) gibt seiner Freude Ausdruck über die Festigkeit der Reichstagsfraktion in ihrer Stellung gegenüber dem Gesundungsprogramm der Regierung. Er sei aber etwas skeptisch, ob das jetzige Programm Brüning oder ein erweitertes überhaupt noch in der Lage sei, uns aus dem finanziellen und wirtschaftlichen Elend herauszuführen. Vor zwei Jahren, vielleicht vor einem Jahre, wäre es noch gegangen; ob es heute noch gehe, bezweifle er. Ein Beispiel: in der Stadt Duisburg-Hamborn hätten im vorigen Jahre die Ausgaben für Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge sich auf 3¼ Millionen belaufen. In diesem Jahre seien für die Wohlfahrtsfürsorge 7 Millionen in den Etat eingesetzt worden. Aber schon bis jetzt weise der diesjährige Etat ein Defizit von 11 Millionen auf. Die von der Reichsregierung empfohlenen Steuern – Bürgersteuer, Biersteuer und Schankstättenabgabe – würden bis Ende des Etatjahres höchstens eine Million bringen. Nun wolle man ein fünftes Quartal der Realsteuern erheben. Auch damit werde man kaum die Hälfte des Defizits abdecken. Im Industriegebiet seien viele Städte in der gleichen Lage. Da müsse man zu der Frage kommen, ob es überhaupt noch möglich sei, das deutsche Volk weiter zu ernähren. Er befürchte, daß wir in diesem Winter und im nächsten Früh-

jahr zu der Verpflegung über Suppenküchen kommen würden, und daß es schwer sein werde, die Straße ruhig zu halten.

Vor einigen Tagen sei in einem größeren Kreise von einem Mitgliede der Reichstagsfraktion das blutige Wort gesprochen worden, daß die deutschen Wirtschaftsführer eine unnationale Wirtschaftsführung betrieben. Er habe dem Betreffenden gesagt, ob es ihm unbekannt wäre, daß die deutsche Wirtschaft nicht aus Eigenem zur Rationalisierung gezwungen wäre, sondern infolge der Lasten durch den verlorenen Weltkrieg sowie als Folge des Ausfalls des Wirtschaftsgebietes von Rußland und als Folge der Tatsache, daß Indien, China und das exotische Ausland sich immer mehr von dem alten Europa in wirtschaftlicher Beziehung freimachten. Wenn in diesen Tagen eine deutsche Firma einen Auftrag von 25 Millionen für ein Hochofenwerk in Südafrika erhalten habe, so sei das erfreulich. Aber in drei bis vier Jahren würden die Afrikaner ihr Eisen selber blasen. Heute schon schicke Indien ein Eisen, das mit Erfolg konkurrieren könne, das um 10 Mark pro Tonne billiger sei frei Hamburg, als er – Redner – es in Duisburg machen könne. Es sei unverantwortlich, denen, die heute in der Wirtschaft ständen, vorzuwerfen, sie handelten nur aus Eigennutz.

Redner erinnert an eine Unterhaltung, die er mit Stresemann früher einmal gehabt habe über die Frage des Bevölkerungszuwachses. Da habe Stresemann gesagt: er sehe in Zukunft das große Problem darin, wie wir unser Volk nicht nur ernähren, sondern beschäftigen könnten. Jetzt seien wir soweit. Ebenso recht habe Stresemann mit einem anderen Wort gehabt: es müsse unsere Aufgabe sein, eine politische Mitte zu erhalten, die den Radikalismus rechts und links allmählich abdrängt. Nach den letzten Reichstagswahlen könne man fast verzweifeln, ob es möglich sein werde, diese Mitte zu erreichen. Er selbst gehe nicht so weit, aber ein ganz schweres Werk sei es ohne Frage, den Radikalismus niederzuringen. Darum begrüße er es, daß die Reichstagsfraktion der Regierung Brüning die Zeit gewährt habe, mit ihren neuen Gesetzen herauszukommen. Jede Möglichkeit, solange wie es irgend gehe, mit verfassungsmäßigen Mitteln den Zusammenbruch aufzuhalten, müsse ausgenutzt werden. Das dürfe aber nicht bedeuten, daß wir uns den Sozialisten verschrieben. Denn dann schon lieber den Untergang gleich jetzt!

An das deutsche Volk richte er noch einmal ein letztes Wort. Er sehe die Rettung des Eigentums und der Wirtschaft nicht darin, daß man ein paar hunderttausend Mark ins Ausland schleppe. Diejenigen, die noch etwas Geld hätten, sollten dem Volk mit gutem Beispiel darin vorangehen, daß sie ihrerseits ihre Lebenshaltung senkten. Von den oberen Schichten dürften keine Luxusausgaben mehr gemacht werden, die nur das Volk reizten. Ebenso solle sich jeder gegen die Überfremdung wenden. Der Bezug von nicht absolut notwendigen Waren aus dem Ausland müsse unterbleiben. Er habe sich gefreut, daß der Kladderadatsch eine Propagandanummer herausgebracht habe: Deutsche kauft deutsche Waren!

Auch die Revision des Young-Plans müsse ernstlich angeschnitten werden, aber nicht im Augenblick. Es müsse ein scharfer Trennungsstrich gegen die Nationalsozialisten gezogen werden. In der Agitation komme man mit denen doch nicht mit, denn die hätten, wie er einmal gesagt habe, die größere Schnauze. Man könne diesen Trennungsstrich am besten ziehen, indem man sage: wir bleiben in der rein vernunftgemäßen verantwortlichen Politik. Wenn die Nationalsozialisten nur einmal

im Jahr positiv mitarbeiten müßten, dann würden von den 80 % bürgerlicher Stimmen 75 % wieder zur Volkspartei zurückkommen (Beifall).

Stahlknecht (Bremen) teilt die Ansicht Stendels über Treviranus. »Bei den Nationalsozialisten sei zu beachten, daß diese Partei stark von dem Prestige der gewachsenen Wählerschaft lebe. In dem Moment, wo bei Nachwahlen Mißerfolge einträten, würden auch die Nationalsozialisten wieder bescheidener werden. Im Hamburger Landgebiet habe sich das bereits gezeigt. Dort seien die Nationalsozialisten bei den letzten Wahlen stehengeblieben, zum Teil zurückgegangen. Er zweifele nicht, daß auch bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen am 30. November die Nationalsozialisten wieder zurückgehen würden.[72] Denn die Anträge, die die Nationalsozialisten im Reichstag gestellt hätten, übten ihre Wirkung aus in erster Linie auf die Kreise der Wirtschaft. Wer habe denn vielfach nationalsozialistisch gewählt? Sehr viele aus unseren Kreisen. Wenn die Väter vielleicht noch Deutsche Volkspartei gewählt hätten, so hätten die Frauen und Töchter wahrscheinlich, die Söhne sicher nationalsozialistisch gewählt. Diese Stimmung werde aber bald verfliegen, wenn wir wieder einen energischen Aktionismus zeigten (Bravo!)«.

Landgrebe (Hessen-Nassau) unterstützt die energische Haltung Kahls gegenüber den Nationalsozialisten; es sei bedauerlich, daß vielfach Kreise der Wirtschaft so stark mit der nationalsozialistischen Bewegung sympathisiert hätten.

Zahn (Bayern) sieht in Dingeldeys Ausführungen den Beweis, »daß ein neuer Zug durch die Arbeit der Deutschen Volkspartei gehe«. *Er bittet um Berücksichtigung der besonderen Interessen Bayerns in der Reichstagsfraktion.*

Vorsitzender Dingeldey: Die Rednerliste ist geschlossen.

Wir stehen am Ende einer, wie ich glaube, für die Zukunft der Partei äußerst erfreulichen und ausgiebigen Aussprache. Wenn durch die Ausführungen unseres Freundes Kuhbier der volle, furchtbare Ernst der Lage unseres Volkes noch einmal lebendig vor unsere Augen trat, so ist das nur zu begrüßen. Denn wir wollen bei aller Hingabe an die Notwendigkeit der ideologischen Belebung unserer Tätigkeit nicht die Augen vor diesen furchtbar harten Tatsachen der Gegenwart verschließen. Wir wollen uns dessen bewußt sein, daß die praktische Politik in erster Linie der Überwindung dieser Schwierigkeiten dient und daß alles, was die Reichstagsfraktion zu tun haben wird, nur unter dem Gesetze stehen kann, soweit es überhaupt in ihrer Kraft steht, darüber zu wachen, daß die Regierung das Ziel innerer Gesundung unverändert und unbeirrt weiter verfolgt.

Wenn ich an so manche Stimmung der Beunruhigung im Lande denke, wenn ich daran denke, wie so manche harte Stimme der Verurteilung auch gegenüber unserem Freunde Curtius aus seiner jüngsten Tätigkeit im Lande gesprochen worden ist, dann darf ich mit umso größerer Freude feststellen, daß wir alle heute das Gefühl mitge-

[72] Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen am 30.11.1930 erreichte die NSDAP, die bei den vorhergehenden Wahlen vom 13.11.1927 nicht angetreten war, 25,4 % der Stimmen und 32 Mandate. Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 verbuchte die NSDAP im Wahlkreis 14 (Weser-Ems) 20,5 % der Stimmen.

nommen haben: im Ziel, in der Grundeinstellung des vaterländischen Willens sind wir mit ihm vollkommen innerlich eins und verbunden. Die Grundlage inneren Vertrauens ist damit wieder geschaffen. Und wenn ich hinzufüge, daß ich das Wort aufnehme und unterstreiche, daß er als Mitglied des Kabinetts einerseits und als Mitglied der Fraktion andererseits mit voller Absicht hier betont hat, daß auch er auf diesem Standpunkt der unbeirrten Wachsamkeit der Fraktion gegenüber der Richtschnur des Kabinetts stünde, so liegt auch hier ein weites Moment des Vertrauens, das für uns alle von besonderem Wert ist. Wenn Herr Kollege Dr. Curtius gesagt hat, daß er der Meinung wäre, daß die Fraktion mit Recht sich gegenüber der Regierung ihre eigene Verantwortung bewahrt hat, wenn er ausgesprochen hat, daß die Fraktion in dem Augenblick, in dem sich zeigen sollte, daß der Kurs nicht weitergesteuert wird, zu dem sie mitgewirkt hat, die Konsequenzen zieht, dann darf ich daran – das scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein – die Hoffnung knüpfen, daß mit der Fraktion auch er die Konsequenz zieht, wenn solche Dinge eintreten sollten (Beifall). Damit ist die einmütige und geschlossene Linie der Partei in ihren verantwortlichen Spitzen gewahrt.

Ich nehme ferne das Nietzsche-Wort auf, das Herr Kollege Schuster zitiert hat. Ich bin mir dessen mit vollstem Ernst bewußt: Nicht nur auf die Leidenschaftlichkeit des Willens im gegenwärtigen Augenblick, sondern auf die Zähigkeit des Willens während der nächsten Zeit kommt es in der Führung wie in allen verantwortlichen Instanzen der Partei an.

Meine sehr verehrten Freunde! Wenn in einer sehr schwierigen Lage der Partei angesichts einer so ungeheuer verantwortungsvollen taktischen Situation, angesichts so mancher Strömungen, die ich beklage, und so mancher Erörterungen, die der heutigen Tagung vorausgegangen sind, eine so warme Übereinstimmung in den Grundauffassungen das deutliche Ergebnis der heutigen Sitzung ist, so lassen Sie uns das nicht einen Gegenstand bloß unseres Stolzes sein, an den wir uns in kommenden Tagen mit Beruhigung erinnern, sondern einen Anlaß zur Verpflichtung, aus dieser Übereinstimmung nun auch den Strom des Willens und der Gesinnung hinausgehen zu lassen ins Land, in die Wahlkreise, in die Ortsgruppen. Und wo dieser Wille lahm geworden ist, wo Untätigkeit, wo Gleichgültigkeit und wo Kleinmut heute etwa praktische Arbeit unmöglich machen, da, meine Herren Wahlkreisvorsitzenden, bitte ich sie dringend: Greifen Sie rücksichtslos durch. Wir müssen, wenn wir überhaupt gesunden wollen, wenn wir die Organisation der Zentrale mit der ganzen Lebendigkeit des Willens und dem ganzen Nachdruck der Organisation ausstatten wollen, uns darauf verlassen können, daß der gleiche Wille bis hinein in die kleinsten Zellen der Partei lebendig bleibt (Sehr gut!).

Meine Damen und Herren! Ich habe mit besonderer Freude auch die Ausführungen von Herrn Geheimrat Kahl gehört. Das ist ja die große Gefahr, von der viele in unseren Reihen heute schon angekränkelt sind, daß sie aus einer Feigheit der Gesinnung heraus dem starken Sieger sich blindlings unterwerfen wollen und nicht den Mut zum Kampf für die eigene Natur mehr besitzen (Sehr richtig!). Dadurch, daß wir uns dieser Natur wieder bewußt werden, dadurch, daß wir sie mit klaren Strichen gegenüber der Öffentlichkeit und unserer Partei zeichnen, übernehmen wir selbstverständlich die Verpflichtung zum aktiven Kampf auch gegen die für das Vaterland schädlichen Entartungserscheinungen dieser nationalsozialistischen Bewe-

gung. Ich stimme dem durchaus zu nicht nur und in erster Linie, daß diese Bewegung sozialistischen Geist hat, sondern viel schlimmer noch ist, daß dieser sozialistische Geist im Gewande der vaterländischen Gesinnung einherwandelt. Das ist die große Gefahr, vor der unsere Wirtschaft und unser Staatsleben stehen. Deshalb müssen hier die Grenzlinien mit aller Schärfe auch in der Zukunft von uns herausgearbeitet werden.

Die kleine Auseinandersetzung unserer Berliner Freunde, die verantwortlich für ihr Parteiorgan zeichnen, habe ich nicht tragisch genommen. Ich bin ganz weit davon entfernt, empfindlich zu sein, Herr Kollege Werbelmann. Auch nicht, daß hier mal ein starkes Wort in der Kritik gewählt wurde, ist für mich das Entscheidende. Entscheidend ist das: Wenn die Reichstagsfraktion nach sorgfältiger Abwägung, nach schwerster Prüfung ihres eigenen Gewissens zu einem Entschluß gekommen ist, dann entspricht es nicht dem menschlichen Respekt vor einer solchen Fraktion, wenn man in so wegwerfendem Ton vor der Öffentlichkeit von ihr redet. Sie werden solche Elemente innerhalb der Partei, wie ich sie gekennzeichnet habe, die heute von Panik und Kleinmut ergriffen sind, niemals dadurch aufrichten, daß sie mit solchen Worten Kritik an der Spitze der Partei üben. Kritik muß und wird immer sein, je schwerer die Lage, vielleicht umso notwendiger. Aber sie kann nur dann aufbauend wirken, wenn aus ihrer Sprache der Geist der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Zusammenwirkens spricht, die die Voraussetzung für jegliche Verständigung sind.

Meine Damen und Herren! Viele Wünsche sind ausgesprochen worden. Ich will mich nicht mit dem Wunsch beschäftigen, den Herr Kollege Dahn ausgesprochen hat, indem er so etwas wie einen kleinen Katechismus über Diktatur für die Partei für die nächsten Wochen und Monate gefordert hat. Solche Dinge – darin liegt vielleicht auch die Möglichkeit ihres Gelingens – müssen allerdings ohne kleinen Katechismus gemacht werden, wenn sie gemacht werden (Sehr richtig!), und ich glaube, wir täten der kommenden Entwicklung keinen guten Dienst, wenn wir uns jetzt hier in einer Diskussion über die verfassungsmäßigen Möglichkeiten einer solchen Arbeit in den nächsten Monaten bewegen würden, noch weniger, wenn wir es draußen in der Partei tun. Hier braucht es keine Vorbereitung, hier bekehrt allein der ernste, sittliche Wille zur vaterländischen Tat. Ist er vorhanden, dann werden die Schwierigkeiten vielleicht gemeistert werden; ist er nicht vorhanden, dann werden alle stimmungsmäßigen Vorbereitungen für solche Dinge niemals etwas helfen können (Sehr gut!).

Ein letztes, ein ganz offenes Wort! Es sind mir viele unerfreuliche Dinge über das, was in den Parteigremien draußen im Lande geflüstert und weitergetragen worden ist, in den letzten Wochen zu Ohren gekommen. Lassen Sie mich demgegenüber eines sagen. Wenn Sie nicht zu den, wenn auch nur vorübergehend verantwortlichen Persönlichkeiten das Vertrauen haben, daß sie in ihren Anschauungen und in ihren Handlungen sich auf das entschiedenste gegenüber jeder Illoyalität auflehnen würden, dann verdienen diese Persönlichkeiten nicht das Vertrauen, das sie ihnen schenken. Glauben Sie nicht, daß ich jemals irgendeinen Weg gegangen wäre oder gehen würde, der mich von dieser Grundlinie, die für uns alle oberstes Gesetz sein muß, entfernen könnte. Der, der an verantwortlicher Stelle innerhalb der Partei zu arbeiten hat und auf sich mit Recht den Verdacht illoyaler Handlungsweise ruhen fühlte, wäre

in demselben Augenblick sowohl in seiner Position wie auch in der Möglichkeit segensreicher Arbeit durch die Partei gelähmt. Mein Bestreben während dieser Wochen, in denen ich in Vertretung unseres Führers die Geschäfte leite, ist, daß ich ihm die Partei, wenn er zurückkommt, einig, geschlossen, optimistisch und kampfesfroh wieder in die Hände geben kann (Lebhafter Beifall).

Wir kommen zum dritten Punkt der Tagesordnung:

Bericht der Satzungskommission, den ihr Vorsitzender, Herr Kollege Sauerborn, erstatten wird.

Darf ich vorher noch etwas einflechten. Der Parteivorstand hat sich gestern noch einmal mit den Einzelheiten der kommenden Tagung des Zentralvorstandes[73] befaßt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß, wenn wir dort vor dem Zusammentritt des Reichstages und nach sehr entscheidenden Beratungen des Hauptausschusses die dann wahrscheinlich sehr schwierige politische Lage zu erörtern haben werden, daneben die endgültige Durchberatung und Verabschiedung der Satzung und endlich noch die zu tätigenden Wahlen vornehmen wollen, dies an einem Tage kaum möglich sein wird. Der Parteivorstand hat deshalb beschlossen, für die Tagung des Zentralvorstandes zwei Tage anzusetzen, und zwar Sonntag, den 30. November und Montag, den 1. Dezember. Wir werden wahrscheinlich die Sitzung des Reichsausschusses zur endgültigen Stellungnahme zu der Satzung vormittags abhalten und am Nachmittag die Beratung der Satzung im Zentralvorstand durchführen.

Vorsitzender der Satzungskommission Herr Sauerborn: Fürchten Sie nicht, daß der Bericht, den ich im Auftrage des Vorbereitenden Organisationsausschusses zu erstatten habe, Ihre Zeit über Gebühr in Anspruch nehmen wird. Wenn wir aber noch zu dem Bericht kommen, dann deshalb, damit die Mitglieder des Reichsausschusses eine gewisse Vorbereitung für die Sitzung haben, die der Herr Vorsitzende eben angekündigt hat. Es ist zweckmäßig, wenn Sie heute schon hören, was wir Ihnen vorzuschlagen haben, damit Sie in den Wahlkreisen zu den Punkten, die von einer gewissen Bedeutung sind, Stellung nehmen können.

Ich darf kurz auf den Leidensweg, den die Angelegenheit bis jetzt hat nehmen müssen, zurückkommen. Wir haben ja die neuen Satzungen, nachdem der Organisationsausschuß anderthalb Jahre an ihnen gearbeitet hat, bereits im Reichsausschuß eingehend behandelt. Herr Kempkes hat damals einen aufschlußreichen Bericht gegeben, auf den ich mich beziehen kann. Sie haben dann in ausführlicher Aussprache Ihre Wünsche geäußert, die für uns bei unseren weiteren Arbeiten maßgebend gewesen sind. Auf dem Zentralvorstand in Mannheim ist es dann nicht möglich gewesen, die neue Satzung zur Annahme zu bringen. Es waren hier und da noch Sonderwünsche, und so ist es gekommen, daß auf Vorschlag des Zentralvorstandes der Parteivorstand in Mannheim beschlossen hatte, erstens die Angelegenheit noch einmal an den Organisationsausschuß zurückzuverweisen, und zweitens dem Zentralvorstand die Ermächtigung zu geben, seinerseits ohne Parteitag die neue Satzung endgültig anzunehmen.

[73] Siehe Dok. Nr. 88.

Dem uns gewordenen Auftrage haben wir gestern in einer lang dauernden Sitzung entsprochen, und wir sind bis auf einen Punkt, den ich am Ende berühren darf, zu einer einstimmigen Beschlußfassung gelangt.

Es ist mir dabei zunächst ein Bedürfnis, Herrn Kempkes, der auch gestern als Vertreter der Parteileitung an unseren Beratungen teilgenommen hat, und den Mitgliedern der Reichsgeschäftsstelle den allerherzlichsten und aufrichtigsten Dank dafür zu sagen, daß sie es uns möglich gemacht haben, in einer so ausführlichen Weise, wie die Protokolle ausweisen, zu all den Dingen Stellung zu nehmen und zu Ergebnissen zu kommen, die, wenn sie auch nicht alle Ihre Wünsche erfüllen, so doch Ihren Wünschen weitgehend entgegenkommen.

Wenn ich anschließend darauf hinweisen darf, daß es in einer Partei wie der unsrigen schlechterdings unmöglich ist, allen Wünschen, und seien sie noch so berechtigt, bei einem derart weitschauenden Werk Rechnung zu tragen, dann darf ich zum mindesten in diesem Kreise auf Verständnis dafür rechnen. Das Werk, das wir Ihnen vorlegen, entzieht sich Ihrer Kritik nicht. Es ist Menschenwerk wie alles, was wir tun. Aber eins darf ich noch einmal sagen. Alles, was an Wünschen an uns herangekommen ist, von den Wahlkreisen und sonstwie, hatte sich schon vorher in unseren Beratungen niedergeschlagen, und nichts von dem war von uns nicht schon ausführlichst erörtert worden. Daran darf ich den an die Parteileitung und die Reichsgeschäftsstelle gerichteten Wunsch knüpfen, daß es nicht bloß dabei bleibt, daß die neuen Satzungen in dieser oder einer anderen Form angenommen werden, sondern daß, was vielleicht ebenso wichtig ist, diese Vorarbeiten, die den Stand der Organisation in einer erschöpfenden Weise wiedergeben, auch praktisch für die Kleinarbeit im Lande ausgewertet werden. Wir hatten ja nicht nur den Auftrag, neue Satzungen zu entwerfen, sondern wir sollten die ganze Organisation von oben bis unten nachprüfen und Vorschläge dazu machen. Diese Vorschläge liegen vor, und ich hoffe, daß sie nicht vergebens gemacht sind. Wenn Herr Dingeldey Ihnen mitteilen konnte, daß jetzt die neue Informationsstelle im Reichstag geschaffen ist, so darf ich darauf aufmerksam machen, daß auch diese Dinge auf Beschlüsse und Anregungen des Organisationsausschusses zurückgehen.

Nach diesen Vorbemerkungen lassen Sie mich kurz mitteilen, welche Änderungen wir seit dem letzten Beschluß vorgenommen haben. Dabei schicke ich voraus, daß an den grundlegenden Gesichtspunkten sich nichts geändert hat, und ich darf diese grundlegenden Gesichtspunkte noch einmal vortragen, auch deshalb, weil sie meines Erachtens so schön zu dem passen, was wir heute morgen von Herrn Dingeldey gehört haben. Eine Partei wird nur vorankommen, wenn zweierlei gegeben ist: einmal ein Parteiprogramm, wie wir es heute morgen nicht besser hätten hören können, und zweitens eine festgefügte Organisation. Das eine nicht ohne das andere. Die Gesichtspunkte, die uns geleitet haben, waren folgende: zunächst eine sehr starke und führungsfähige Leitung zu schaffen und zum zweiten eine straff zusammenfassende Gliederung aller Parteiorganisationen herbeizuführen und zum dritten zu ermöglichen, daß in stärkerem Umfange als bisher alle maßgeblichen und verantwortlichen Faktoren, die in der Parteiarbeit stehen, an der Bildung des Willens der Partei beteiligt werden können. Von diesen drei Gesichtspunkten haben wir uns von Anfang bis zu Ende leiten lassen, und ich darf für uns in Anspruch nehmen, daß wir

glauben, diesen uns gesteckten Richtlinien im großen und ganzen gerecht geworden zu sein.

Ich weise auch gegenüber Abänderungswünschen darauf hin, daß dem Ausschuß eine Fülle von Sachkennern angehört hat, von Männern, die seit langem gerade auf diesem Gebiet Gelegenheit hatten, Erfahrungen zu sammeln, und ich darf diesen Damen und Herren für ihre Tätigkeit besonders danken.

Im einzelnen möchten wir Ihnen an Abänderungen gegenüber dem bisherigen Zustand folgendes vorschlagen: Zunächst wollen wir, einem Antrag von Berlin folgend, stärker zum Ausdruck bringen, daß die Bildung von Ausschüssen und von ähnlichen Gliederungen für bestimmte Zwecke im engsten Zusammenwirken mit den an und für sich maßgebenden Instanzen, den Wahlkreisverbänden und Ortsgruppen, zu erfolgen hat. Das wird dadurch ermöglicht, daß wir an der betreffenden Stelle statt «in« sagen «von«. Wir haben sodann in der Zusammensetzung des Zentralvorstandes eine sehr weitgehende Änderung vorgesehen und damit dem Wahlausfall Rechnung getragen. Ihnen, meine Herren, die Sie in den Wahlkreisen jetzt die Neuwahlen zum Zentralvorstand vorzunehmen hatten, wird es genauso wie mir schmerzlich gewesen sein, daß eine Anzahl bewährter Parteifreunde in den Zentralvorstand nicht wiederkehren konnten. Wir haben uns gesagt, daß wir dem Zentralvorstand die Mitarbeit dieser Persönlichkeiten erhalten müßten und daß wir auch bei einem schlechten Wahlausfall dafür sorgen müssen, daß alle wertvollen Kräfte der Partei die Möglichkeit haben, wieder im Zentralvorstand mitzuwirken. Wir haben deshalb den Wahlquotienten, den Divisor, der bis jetzt auf 20 000 festgesetzt war, auf 15 000 heruntergesetzt. Dadurch wird für die Wahlkreise wieder eine wesentlich stärkere Beschickung des Zentralvorstandes ermöglicht. Wir haben weiter vorgesehen, daß dieser Divisor ein gleitender ist, damit je nach den abgegebenen Stimmen sich die Mitgliederzahl auf einer ungefähr konstanten Höhe halten kann.

Wir haben sodann die Möglichkeit gehabt, einem durchaus berechtigten Wunsch unserer Frauenorganisation nachzukommen. Es war ein unhaltbarer Zustand, daß dem Reichsausschuß bis jetzt unter 140 Mitgliedern ungefähr nur 2 Frauen angehörten. Da wird die Möglichkeit gegeben, daß diese Zahl um 5 vom Parteivorstand im Benehmen mit dem Reichsfrauenausschuß zu benennenden Frauen erweitert wird.

Wir haben dann die dem Parteivorstand obliegende Leitungspflicht etwas schärfer und präziser gefaßt. Über die Einzelheiten brauche ich wohl nicht zu sprechen.Wir haben weiter noch – das ist vielleicht die wesentlichste Änderung – die Aufstellung der Reichsliste in einer etwas anderen Weise vorgesehen, als unsere ersten Beschlüsse das geregelt hatten. Nach dem ursprünglichen Vorschlag sollte lediglich der Parteivorstand die Reichsliste aufstellen. Er wollte dazu den Reichsausschuß anhören. Wenn man bedenkt, daß von den heutigen 30 Mitgliedern der Reichstagsfraktion nur 20 unmittelbar gewählt und 10 auf der Reichsliste gewählt sind, wird man allgemein schon aus Zweckmäßigkeitsrücksichten, besonders aber auch hinsichtlich der psychologischen Auswirkungen, sich fragen müssen, ob eine derartige Verschiebung der Machtverhältnisse angezeigt ist. Wir möchten Ihnen deshalb vorschlagen, daß in Zukunft der Reichswahlvorschlag zwar durch den Parteivorstand aufgestellt wird, aber gemeinsam mit den Wahlkreisvorsitzenden. Das nähert sich dem bisherigen Zustand. Es käme dann eine Körperschaft von 40 bis 50 Köpfen dabei heraus.

Das wären die Änderungen, die wir Ihnen vorzuschlagen haben. Nun gestatten Sie mir zum Schluß eine Bitte. Leider hat sich die Verabschiedung der Satzung sehr stark verzögert. Bitte folgen Sie nunmehr dem Appell, den auch der Herr Vorsitzende an Sie gerichtet hat, und helfen Sie mit, daß es möglich ist, in der Sitzung des Zentralvorstandes die Satzung zu verabschieden. Das, was jetzt in der Satzung steht, ist so oft durchgesprochen worden, und was an Änderungsvorschlägen gekommen ist, so viel hin und her erwogen worden, daß ich glaube, es ist nun genug beraten, laßt uns nun auch die Taten sehen.

Einen Punkte hätte ich noch zu erwähnen. Wir haben gestern beschlossen, einen sehr wesentlichen Punkt der Satzung aus unseren Beratungen auszuschalten, und zwar im Einvernehmen mit dem Parteivorstand. Das ist die Frage, wie die Stellvertretung des Parteiführers geregelt werden soll. Wir haben diese Frage deshalb ausgeschaltet, weil sie durch den Verlauf der Dinge zu einem Politikum geworden ist.[74]

87.

30. November 1930: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

BAK R 45 II/32, p. 791–803. Maschinenschriftliches Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen.[1] Überschrift: »Reichsausschuß«.

Nach eingehender Beratung des Entwurfs der neuen Parteisatzung[2] berichtet v. Stauß vertraulich über interne Vorgänge in der Deutschen Bank (Erpressungsversuche durch ehemalige Mitarbeiter[3]; Spekulationsverluste durch den Zusammenbruch des Rohstoffmarktes) und weist alle gegen ihn gerichteten Angriffe in der Presse zurück. Dingeldey teilt vertraulich mit, daß »der Stahlhelm wegen des Volksbegehrens in Preußen[4] an die Parteileitung herangetreten sei[5]; er habe sich bereit erklärt mitzuwirken, wenn die Unabhängigkeit dieser Mitwirkung gesichert sei. Neuerdings hätten die Nationalsozialisten ihre Mitwirkung verweigert. Für die

[74] Die stenographische Niederschrift bricht hier ab.

[1] Die in der Reichsgeschäftsstelle vorgenommenen Korrekturen betreffen nur Schreibfehler und falsch geschriebene Namen von Personen und Orten; sie werden daher nicht im einzelnen nachgewiesen. Tagesordnung: Vorbesprechung der Sitzung des Zentralvorstandes.

[2] Siehe Dok. Nr. 86, S. 1175ff.

[3] Umfangreiches Material dazu findet sich im BAK NL Dingeldey 62.

[4] Am 12.11.1930 hatte im Berliner Hotel »Prinz Albrecht« eine vertrauliche Unterredung zwischen Vertretern zahlreicher Organisationen und Parteien der politischen Rechten über ein Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtags stattgefunden, an der seitens der DVP Kempkes teilnahm, siehe BAK R 45 II/20, p. 13ff. Zu den Verhandlungen vom Winter 1930/31 siehe Berghahn, S. 158ff.; Ehni, S. 198ff.; Schulze, S. 659ff.; Möller, S. 315ff.; Josef Wieszt, KPD-Politik in der Krise 1928–1932, Frankfurt/M. 1976, S. 307ff.

[5] Am 5.11.1930 hatte die Bundesführung des Stahlhelm (gez. Wagner) Dingeldey mitgeteilt: »Für das Volksbegehren sind bereits gewonnen Deutschnationale Volkspartei, der Reichslandbund, die Bauernorganisationen, die Wirtschaftspartei usw.; mit den Nazis schweben noch Verhandlungen, die wahrscheinlich zu einem positiven Ergebnis führen werden. Wenn auch die Volkspartei sich einschalten will, wird es also allmählich Zeit«, BAK NL Dingeldey 40, p. 2.

Volkspartei bestehe keinerlei Anlaß, die Angelegenheit von uns aus neuerdings aufzugreifen«.

88.

30. November/1. Dezember 1930: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC vom 2. und 3.12.1930, Nr. 234, 235. Überschrift: »Zentralvorstand der D.V.P.«.[1]

Die Sitzung wird vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Dingeldey eröffnet, der einleitend der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Zentralvorstandes gedenkt.

Zur politischen Lage führt er aus, daß Scholz sich entschlossen habe, seine Ämter als Vorsitzender der Partei und der Reichstagsfraktion niederzulegen. Auf die Bemühungen des Parteivorstandes, ihn von diesem Entschluß abzubringen, habe Scholz erklärt, daß die schwierige Lage der Partei und des Reiches sowie vor allem die Notwendigkeit, das innere Leben der Partei von der organisatorischen und gedanklichen Seite her zu erneuern, mit seiner Gesundheit nicht zu vereinbaren seien.[2] *Dingeldey würdigt die Verdienste von Scholz, der* »unter größten Schwierigkeiten und persönlichen Opfern in entscheidungsvollen Augenblicken sich selbst und die Reichstagsfraktion dem großen Führer der deutschen Außenpolitik zur Beendigung seines Werkes zur Verfügung gestellt habe«. *Der Parteivorstand habe beschlossen, Herrn Dr. Scholz den Ehrenvorsitz der Partei anzutragen.*

Der Zentralvorstand beschließt die Absendung eines entsprechenden Telegrammes an Scholz.[3] *In seinen weiteren Begrüßungsworten gedenkt Dingeldey insbesondere der Vertreter des Saargebietes, des deutschen Ostens und Oberschlesiens.*

Dann nahm Regierungsrat Sauerborn als Vorsitzender des Organisationsausschusses das Wort zu dem neuen Organisationsstatut. Die neue Satzung der Partei sei das

[1] Ein stenographischer Bericht ist im Bestand R 45 II nicht überliefert. Dem in der NLC abgedruckten Text der Rede Dingeldeys dürfte der – verlorengegangene – stenographische Bericht zugrundeliegen.

[2] Kurz nach der Wahl von Dingeldey zum stellvertretenden Parteivorsitzenden am 2.11.1930 (siehe auch Dok. Nr. 86, Anm. 2) lehnte Scholz ultimativ die Betrauung Dingeldeys mit der Führung der Verhandlungen zur bürgerlichen Sammlung und mit der Aufgabe der Parteireform ab. Daraufhin verstärkten die Kreise um Walter Schnell den Druck auf die Parteiführung, Scholz zum Rücktritt zu bewegen, siehe die Schreiben von Schnell, Jänecke, Dauch und Jochmus vom 6.11.1930 an Dingeldey, BAK NL Dingeldey 31, p. 3ff. Obwohl Scholz auf Seiten des schwerindustriellen Parteiflügels noch starke Befürworter besaß, gab er nach einem Gespräch mit Dingeldey und Dauch in der ersten Novemberwoche in Locarno den Kampf um die Parteiführung auf und teilte dem PV in einem Schreiben vom 11.11.1930 mit, daß er aus gesundheitlichen Gründen den Partei- und Fraktionsvorsitz niederlegen müsse. Gleichzeitig schlug er Dingeldey als seinen Nachfolger vor, BAK NL Dingeldey 31, p. 48f. Der Fraktion berichtete Dauch am 2.12.1930, er habe »den Eindruck gehabt, daß Dr. Scholz noch monatelanger Schonung« bedürfe, BAK R 45 II/67, p. 288.

[3] Das Telegramm und die zustimmende Antwort von Scholz finden sich im BAK R 45 II/32, p. 865f.

Ergebnis langer und sorgfältiger Vorarbeit. Der Grundgedanke der Satzung bestehe in einer schärferen Zusammenfassung der Kräfte durch Stärkung der Befugnisse des Parteivorstandes. Der bisherige Geschäftsführende Ausschuß sei aufgehoben. Seine Aufgaben gehen auf den Reichsausschuß über, der auch in Zukunft die Zusammenfassung der Wahlkreis- und Landesverbandsvorsitzenden, der Wahlkreisgeschäftsführer und der Fraktionen des Reiches und der Länder sei. Satzungsgemäß seien alle Sicherungen getroffen, daß in sämtlichen Gliederungen die junge Generation, die Frauen und die wichtigsten Berufsstände vertreten sind. Dem Führergedanken sei dadurch entsprochen, daß die Stellung des Parteiführers besonders hervorgehoben ist. Ein Stellvertreter des Parteiführers kann von ihm im Einvernehmen mit dem Parteivorstand bestellt werden.

Die Satzungen wurden darauf nach den Vorschlägen des Organisationsausschusses mit großer Mehrheit angenommen.[4]

Unter dem Vorsitz des Seniors der Partei, Geheimrat Professor Dr. Kahl, erfolgte dann die Wahl des neuen Parteiführers. Geheimrat Kahl schlug zur Wahl den Abgeordneten Dingeldey vor, der seit 1½ Jahren Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sei[5] und es in überraschender Weise verstanden habe, das Vertrauen seiner politischen Freunde zu erwerben, sich Achtung und Ansehen in der ganzen Partei zu verschaffen. Er sei der Mann der Stunde, den die Partei brauche. Der Zentralvorstand wählte darauf einstimmig durch Zuruf den Abgeordneten Dingeldey zum 1. Vorsitzenden der Partei.[6]

Geheimrat Dr. Kahl stellte ausdrücklich fest, daß weder Gegenvorschläge gemacht worden seien noch irgendein Widerspruch erfolgt sei. Unter den stürmischen Beifallskundgebungen des Zentralvorstandes begrüßte darauf Geheimrat Professor Dr. Kahl den neuen Parteiführer Dingeldey, wobei er besonders betonte, daß durch die vollzogene Wahl nicht nur das Vertrauen des Zentralvorstandes, sondern auch das der Gesamtpartei einmütig zum Ausdruck komme. Der neue Parteiführer übernehme sein Amt in selten schwieriger Lage. Für die Partei ständen jedoch nicht die eigenen Sorgen und Interessen im Vordergrund, sondern die Not des Vaterlandes. Unter erneut einsetzenden Beifallskundgebungen wiederholte Geheimrat Dr. Kahl seinen Glückwunsch und bekräftigte das Vertrauen der Partei zu dem neuen Parteiführer durch Handschlag. Dingeldey dankte in bewegten Worten für das bewiesene Vertrauen, das ihn mit Stolz erfülle. Er gedachte des großen Gründers der Partei Stresemann, an dessen Stelle er heute stehe. In seinem Geiste wolle er kämpfen und hoffen, daß die Partei sich im Geiste kameradschaftlicher Gemeinschaft zusammenschließe. Die Versammlung bekräftigte dies durch erneuten lebhaften Beifall.

[4] Siehe dazu auch S. 1175ff.

[5] Eduard Dingeldey gehörte dem Reichstag seit Mai 1928 an (gewählt im Wahlkreis 33, Hessen-Darmstadt).

[6] Nachdem der Fraktionsvorstand am 25.11.1930 einstimmig beschlossen hatte, »bei der gegenwärtigen Lage« müsse das »Amt des Parteiführers und des Fraktionsführers in einer Hand liegen«, BAK R 45 II/66, p. 190, wurde Dingeldey am 2.12.1930 auch zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, siehe BAK R 45 II/67, p. 288.

Am folgenden Tag geht Dingeldey in seiner Rede zur politischen Lage, ausgehend von der steigenden Arbeitslosigkeit[7]*, eindringlich auf die mit einer Zerstörung des Mittelstandes einhergehende Weltwirtschaftskrise*[8] *ein, die die gesellschaftlichen Gegensätze in beängstigendem Maße verschärfe. Auch die Lage auf dem Geldmarkt sei aufgrund des Kapitalmangels und der kurzfristigen Verschuldung an das Ausland bedrohlich.*[9] *Eine solche Lage von Staat und Wirtschaft bedürfe nur* »des kleinsten Anstoßes«, *um ein* »unübersehbares Maß an Unglück« *heraufzubeschwören und könne allein durch die Geschlossenheit der Staatsführung gemeistert werden:*

Es gibt jetzt gar keinen anderen Weg, als mit zäher und unbeirrbarer Entschlossenheit die Reformen durchzuführen, die uns wegführen von dem verhängnisvollen Abweg, den Staat und Wirtschaft im Laufe der letzten Jahre genommen haben. Es ist nichts Parteipolitisches, sondern in allerhöchstem Maße Staatspolitisches, wenn ich ausspreche: Die Erkenntnis, daß die Ursachen der Krankheit im weitem Umfange das Überwuchern sozialistischer Ideen im Staatsgetriebe, das Eindringen sozialistischer Gedankengänge in weiteste Schichten des Bürgertums (Lebhafte Zustimmung) und die Übernahme sozialistischer Gedankengänge in den Staat in weitem Umfange sind, zwingt uns zu der Schlußfolgerung, daß der Weg dieser Reformen selbstverständlich sich nicht stützen kann und daß kein Bündnis eingegangen werden kann mit eben denselben Trägern dieser sozialistischen Gedankengänge (Lebhafte Zustimmung).

Es ist nicht engstirnige Parteipolitik, nicht die Aufnahme der phrasenhaften Parole Hugenbergs und anderer Kräfte, sondern die ganz klare Erkenntnis, daß wir in Deutschland in den historischen Abschnitt eingetreten sind, wo es sich darum handelt, den aus der unausgetragenen Revolution noch vorhandenen Schutt und zerstörende Gedankengänge aus unserem Staatsgetriebe wieder zu beseitigen (Erneute Zustimmung). Das Gefühl der Verantwortung muß uns sagen, daß wir die Staatsführung in diesem Augenblick unmöglich um noch so berechtigter und ernster parteipolitischer Gedankengänge willen im Stiche lassen können (Zustimmung). Auch wir könnten wie die Wirtschaftspartei argumentieren[10], daß die nationalsozialistische Welle immer höher gegen unser kleines Schifflein anschlägt und die Flucht aus der Verantwortung vielleicht die Rettung unserer eigenen Existenz ist. Aber wir wären nicht die Erben der Ideenwelt, auf die wir unsere Arbeit gründen, wenn wir in diesem Augenblick nicht so viel Verantwortungsgefühl aufbrächten, sobald wir selbst zu der Überzeugung gekommen sind, daß es zur Zeit keinen anderen Weg gibt, um über die Not hinwegzukommen. Sicherlich ist das Programm der Regierung Brüning noch unvollkommen, aber es ist das einzige klare Aktionsprogramm, das vorliegt

[7] Im November 1930 hatte die Zahl der Arbeitslosen die 3,5-Millionen-Grenze überschritten.

[8] Die deutsche Binnenkonjunktur hatte sich im November 1930 noch nicht von den Auswirkungen des amerikanischen Börsenzusammenbruchs vom 24.10.1929 erholt, siehe dazu Fischer, S. 31 ff.; Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, München [2]1979, S. 35 ff.

[9] Die Abhängigkeit von ausländischen Krediten war besonders bei den Gemeinden und Kommunalverbänden außerordentlich hoch, siehe dazu Maurer, S. 20 ff.; Fischer, S. 31 f., 109. Zum Problem des Kapitalmangels siehe Born, S. 30 ff.; James, Reichsbank, S. 172 ff.

[10] Am 25.11.1930 verließ die WP das Kabinett Brüning. Sie berief sich dabei auf einen Fraktionsbeschluß vom 26.9., wonach sie sich an keiner Regierung beteiligen werde, »auf welche die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar Einfluß ausübt«, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 187, S. 685; siehe dazu auch Schumacher, Mittelstandsfront, S. 144 ff.

und für das sich Regierungsautorität einsetzt. Man tut der Wahrheit Gewalt an, wenn man behauptet, daß dieses Programm etwa die Ausführung sozialistischer Gedankengänge wäre (Zustimmung). Die Deutsche Volkspartei kann nicht der Regierung in diesem Augenblick deshalb in den Arm fallen, weil die Sozialdemokratie ihre Hilfestellung gewährt hat.[11] Ich weiß, daß diese Tatsache draußen auch in unseren Kreisen Unbehagen und Zweifel auslöst, ob die Regierung den richtigen Weg geht. Wir müssen uns aber daran gewöhnen, unsere Entscheidungen nicht nach taktischen Gesichtspunkten zu fällen. Ein Programm verliert deshalb nicht die Unterstützungswürdigkeit, weil andere aus irgendwelchen Motiven heraus dieser Regierung ebenfalls ihre Unterstützung leihen (Zustimmung). Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die Bundesgenossen, aus denen heraus die parlamentarischen Kampftruppen zusammengesetzt werden, bei einem solchen Zustand des Volkes von sehr verschiedener Beschaffenheit sein werden. So lange wir die Sicherheit haben, daß die Regierung von den gleichen Grundanschauungen ausgeht wie wir, sich einsetzt für den Abbau dieses sozialistischen Schuttes innerhalb des deutschen Wirtschaftssystems, kann uns die Tatsache, daß sie Bundesgenossenschaft auch auf der Linken gefunden hat, nicht abhalten, auf diesem Wege weiter zu gehen. Woher kommt denn diese Bundesgenossenschaft? Wenn die Sozialdemokratie der Regierung das Regieren unmöglich macht, dann weiß sie, daß sie im selben Augenblick ihre einzige und starke Machtposition in Deutschland, die preußische Staatsposition, zerstört.[12]

Der Deutschen Volkspartei wird zum Vorwurf gemacht, daß sie in ihrem Programm nur einseitige industrielle oder großkapitalistische Interessen vertritt. Das ist grundfalsch. Ich bin der festen Überzeugung, auch die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie haben heute erkannt, daß das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft nicht gerettet werden können, wenn nicht der Lebensstandard des deutschen Volkes so herabgedrückt wird, daß der Anschluß an den Weltmarkt wieder

[11] In der von Hindenburg am 1.12.1930 unterzeichneten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen (Text: RGBl. 1930 I, S. 517–608), die – neben Änderungen der Notverordnung vom 26.7.1930 – Teile des Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung vom 30.9. hinsichtlich der Steuervereinfachung und des Finanzausgleichs sowie das vom Kabinett am 25.10.1930 beschlossene Agrarprogramm enthielt, hatten die Sozialdemokraten nicht unerhebliche Zugeständnisse erreicht, so die Gebührenfreiheit in der Krankenversicherung u.a. für Arbeitslose, Invalidenrentner und Berufsunfähige, die Wiederkehr des Unterstützungsanspruchs in der Arbeitslosenversicherung für Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren sowie eine schärfere Staffelung der Bürgersteuer, von der nun ältere Familienangehörige ohne eigenes Einkommen, die Empfänger von Arbeitslosen- und Fürsorgeunterstützung und Kriegsbeschädigtenrente ausgenommen waren, siehe dazu Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 182, 183; Pünder, S. 77; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 265ff.

[12] In der Kabinettssitzung vom 30.11.1930, bei der die Ablehnung der neuen Notverordnung (siehe Anm. 11) durch DNVP und NSDAP bereits feststand, erklärte Brüning in Anwesenheit des StS im preußischen Staatsministerium, Robert Weismann: »Unter diesen Umständen müsse die Sozialdemokratie dem Kabinett eine Mehrheit für die neue Notverordnung schaffen. Sollte die Sozialdemokratie sich hier versagen, werde vom Zentrum die Frage der Preußenkoalition aufgerollt werden. Er, der Reichskanzler, nehme an, daß die Sozialdemokratie und insbesondere auch der Preußische Ministerpräsident sich hierüber im klaren sei. Staatssekretär Weismann bestätigte, daß der Preußische Ministerpräsident sich hierüber vollkommen im klaren sei«, Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 183, S. 667. Am Vortag hatte Braun in einem Gespräch mit Brüning, Heß und Pünder erklärt, er werde sich »in seiner Fraktion absolut stark dafür machen, daß sich niemand für die Aufhebung [...] in der Abstimmung aussprechen werde«, ebd., Dok. Nr. 182, S. 662; siehe dazu auch Schulze, S. 644ff.

hergestellt wird. Der Unterschied besteht nur darin, daß sie daraus nicht die Nutzanwendung ziehen können, weil sie sich gegenüber den Massen nicht durchsetzen. Die Aufgabe ist heute, in dem durch ein falsches System und entarteten Parlamentarismus zersplitterten Volkskörper das schwere Werk der Herabminderung des Lebensstandards durchzusetzen. Es ist in diesem ganzen Programm fast nichts zu tun möglich, ohne daß diese oder jene Schicht des Volkes auf das schwerste in ihren Interessen berührt wird. Es gibt keine andere Zeit, in der solches Maß von unpopulären Maßnahmen zur Staatsnotwendigkeit geworden ist als die gegenwärtige. Die Aufgabe ist umso schwieriger, da das Volk sich in einem inneren Zustand der Verwirrung und Zersplitterung befindet und infolgedessen noch weniger als sonst geeignet ist, das Verständnis für die Notwendigkeit der Maßnahmen aufzubringen. Damit werden auch die Wurzeln dafür aufgedeckt, daß wir schon seit geraumer Zeit die Grundlagen des bisherigen Parlamentarismus verlassen und zu einem anderen Parlamentarismus hinübergewandelt sind, den wir für sachlicher halten. Was bedeutet es denn, daß jetzt der Reichsrat der Boden geworden ist, wo die Regierung ihr Programm entwickelt[13]: Nichts anderes als die deutlich sichtbare Bestätigung der Tatsache, daß der Parlamentarismus in seinen alten Grundlagen solchen außergewöhnlichen Zeiten nicht gewachsen ist (Zustimmung). Die Flucht aus der Verantwortung beschränkt sich nicht auf die Wirtschaftspartei. Wir würden sie auch bei der Sozialdemokratie im gleichen Augenblick erleben, in dem die preußische Karte nicht mehr ins Spiel gesetzt werden kann. Wir sehen sie rechts von uns bei allen Gruppen. Wenn wir den Weg besonnener Verantwortung angesichts der Lage des Reiches gehen, dann werden wir ziemlich vereinzelt marschieren. Trotzdem können wir diesen Weg nicht verlassen. Hat sich denn die Regierung von ihrem ursprünglichen Weg abbringen lassen? Der Reichskanzler ist gewiß nicht jene Gestalt von eiserner Willenskraft, aber er sieht in der Grundeinstellung zu den Problemen die Dinge genauso an wie wir und verfolgt mit der Zähigkeit, die seiner Natur innewohnt, das Ziel, das er sich gesetzt hat. Die Aufgabe der Deutschen Volkspartei muß darin bestehen, das lebendige Gewissen dieser Reformation zu sein und darüber zu wachen, daß der Weg in keiner Weise durch das neue Einbringen parteipolitischer Gedankengänge durchbrochen wird.

Es ist selbstverständlich, daß die Staatsführung alle Möglichkeiten einer parlamentarischen Erledigung ausschöpfen muß. Jene Kräfte im Ausland, die sozusagen unsichtbar die Hand am Halse des deutschen Volkes haben, empfinden die Frage, ob parlamentarisch oder außerverfassungsmäßig regiert wird, in hohem Maße als einen Prüfstein dafür, ob das Volk in seiner Gesamtheit überhaupt noch die Kraft hat, sich selbst aus der Not herauszubringen. Heute stehen wir nun mitten in dem Prozeß des erneuten Übergangs vom rein parlamentarischen Weg zu einem anderen. Innenpolitisch und parteipolitisch ist an sich geradezu begrüßenswert, wenn der starke Führerwille der Regierung sich manifestiert in der klaren Übernahme der Verantwortung auch über das Durcheinander der parlamentarischen Kräfte hinweg. Aber kreditpolitisch und außenpolitisch bedeutet ein solcher Weg immer wieder aufs neue die Heraufbeschwörung ernster Gefahren. Die nächsten Tage und Wochen werden die

[13] Die Ausschüsse des Reichsrats, der immer mehr in die Rolle einer Ersten Kammer hineinwuchs, hatten am 20.11.1930 unter dem Vorsitz Brünings den Haushaltsplan 1931 und das Haushaltsgesetz verabschiedet, siehe Schultheß 1930, S. 224–229.

Entscheidung bringen, ob es überhaupt möglich ist, aus diesem Übergang wieder zu einer normalen Entwicklung zu kommen, zur Herausbildung einer breiten parlamentarischen Front, die fähig und bereit wäre, die Verantwortung für die im Jahre 1931 nach wie vor und mehr denn je unabweislichen Reformen zu übernehmen. Das Problem heißt heute: Was kann angesichts der Lage Deutschlands seine Staatsführung mit der starken Vertrauenskundgebung anfangen, die das deutsche Volk der radikalen Bewegung des Nationalsozialismus erwiesen hat? Ist es denkbar und wie ist es möglich, die nationalsozialistische Bewegung als Trägerin einer Verantwortung in der Gegenwart anzusehen? Ich weiß, daß in unseren Reihen sich viele Stimmen erhoben haben, die aus der Sorge um das künftige Schicksal der Partei verlangten, die Nationalsozialisten so schnell wie möglich vor die Pflicht ernster Verantwortung zu stellen.[14]

Dieser Bewegung gegenüber gibt es nichts Törichteres, als ihr mit kleinlichen Polizeimaßnahmen zu Leibe zu gehen[15] (Zustimmung). Daß die Sozialdemokratie aus ihrer eigenen Geschichte nicht gelernt hat, beweist, wie kurzsichtig diese Partei geführt wird. Was man dort versucht, bedeutet nichts anderes als eine weitere Förderung der Radikalisierung der breiten Massen und die Erziehung der Jugend zur Staatsfeindschaft. Ist der andere Weg gangbar? In der nationalsozialistischen Bewegung sind Millionen von Menschen, die hineingegangen sind aus dem Triebe des Protestes, der Aufbäumung gegen die innen- und außenpolitischen Zustände, unter denen das Volk heute lebt. Die nationalsozialistische Bewegung hat deutlich zwei Gesichter: das eine, das von uns nur zu spürende, mit der Sorge verfolgte, das die Anhänger draußen im Lande zeigen, das andere aber, dem viele in Deutschland nicht den Mut haben, ins Auge zu sehen, das gegenwärtig durch die Führer und die Anträge der nationalsozialistischen Fraktionen immer wieder deutlich gezeigt wird. Wenn wir uns darüber klar sind, daß in Deutschland nur ein langsamer Aufschwung erhofft werden kann, wenn es gelingt, den Schutt sozialistischer Gedankengänge wegzuräumen, dann wollen wir uns aber auch bewußt sein, daß für diese entscheidende Frage deutscher Zukunft die größte Gefahr ist die Verbindung der sozialistischen Gedankengänge mit dem vaterländischen Gedanken (Lebhafte Zustimmung). Mit dem Sozialismus im internationalen Gewand werden wir fertig; daß sich in Deutschland der Sozialismus auch im nationalen Gewand zeigt, ist die schwere Gefahr, vor der Staat und Wirtschaft heute stehen. Wir werden weder Wirtschaft noch Staat zu retten vermögen, wenn wir uns abdrängen lassen von der klaren Stellungnahme, daß nur auf dem Wege des Privateigentums der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Rettung in Angriff genommen werden kann.

Ich weiß, daß die Gegensätze von Reich und Arm stärker als je heute vom Volke empfunden werden; zugleich sind antikapitalistische Instinkte in Kreisen des Volkes gewachsen, die früher nicht daran dachten. Es gibt nun in der Wirtschaft heute führende Persönlichkeiten, die den kurzsichtigen Standpunkt vertreten, man müsse dieser in nationalem Gewande einherschreitenden sozialistischen Bewegung die Hand

[14] Siehe dazu auch Dok. Nr. 86, Anm. 9.

[15] Die preußische Regierung hatte am 3.7.1930 allen Beamten unter Androhung von Disziplinarstrafen untersagt, Mitglied in der NSDAP – oder der KPD – zu sein und sich für diese Parteien zu betätigen, siehe Maurer/Wengst, S. 87ff.; zum Uniformverbot vom 11.6.1930 siehe Dok. Nr. 82, Anm. 80.

deshalb reichen, weil man dann die Aussicht habe, ihre sozialistische Tendenzen zu überwinden.[16] Diese Persönlichkeiten wissen nicht, wie sie damit die furchtbare Gefahr der Fortbildung einer zu ihrer eigenen Vernichtung bestimmten Bewegung immer weiter fördern.

Das, was im Hineinströmen in diese Bewegung zum Ausdruck kam, der wirtschaftliche und der nationale Protest, spricht von Herz zu Herz und läßt auch bei uns die Herzen höher schlagen. Denn auch die Menschen der Deutschen Volkspartei empfinden genau wie die anderen den furchtbaren Zustand, in dem, vom Empfinden her erlebt, unser Volk nun seit mehr als einem Jahrzehnt gehalten wird infolge der Auswirkungen des Diktates von Versailles. Und wenn die junge Generation auch noch leiden muß unter dem demütigenden Vorenthalten der internationalen Gleichberechtigung Deutschlands und der Unterdrückung deutscher Lebensinteressen, dann besteht bei uns volles Verständnis dafür, warum die jungen Menschen hineingetrieben worden sind in jene Bewegung der Auflehnung gegen solche Zustände. Die Aufgabe der Führer einer solchen Bewegung, die Aufgabe, die dieser Bewegung vor der Geschichte erst den Titel des Rechts verleihen wird, ist aber, aus solchen gefühlsmäßigen Wallungen zum politischen Gestalten und Arbeiten kommen (Lebhafte Zustimmung). Und dieses Stadium scheint doch offensichtlich bei der nationalsozialistischen Bewegung keineswegs erreicht zu sein, denn es dreht sich ja nicht bloß um diese sozialistischen Gedankengänge, sondern auch darum, daß wir immer noch einen völligen Staatsnihilismus am Werke sehen und uns bisher vergeblich fragen, wo denn bei den Nationalsozialisten die klare Herausarbeitung staatspolitisch aufbauender Gedankengänge bleibt.

Ich spreche das deshalb so deutlich aus, weil ich der Überzeugung bin, daß die Methode der Zurückweisung dieser Bewegung in die Verantwortungslosigkeit das Törichtste und Kurzsichtigste wäre, was der Staat sich in seiner heutigen Lage leisten könnte. Es ist die Aufgabe der Staatsführung und einer Partei wie der unsrigen, die Kräfte, die aus dieser Bewegung staatspolitisch aufbauend eingesetzt werden können, herauszuziehen, um auch dort dem Staat, der ohne das nicht leben kann, eine neue tragfähige Stütze zu schaffen. Wir lehnen nicht, um es deutlich auszusprechen, Bündnisse nach der einen oder anderen Seite weltanschauungsmäßig oder für alle Zeiten ab, wir wollen aber auch nicht, daß in der Betrachtung der nationalsozialistischen Bewegung die Deutsche Volkspartei den verhängnisvollen Weg der Partei des Herrn Hugenberg geht, wo man nicht mehr weiß, was denn eigentlich die eigene Existenzberechtigung noch bedeutet; jenen Weg, auf dem man sich selbst aufgibt, aus Angst darüber, daß die nationalsozialistische Bewegung über einen hinwegwachsen könnte (Lebhafter Beifall). Unsere Aufgabe besteht nicht darin, eine Option für links oder rechts vorzunehmen, sondern darin, eine klar umrissene eigene Politik zu treiben (Lebhafter Beifall).

Die Deutsche Volkspartei wird die augenblickliche Sturmzeit überstehen, wenn sie darin ihr eigenes Wesen nicht verleugnet. Ich freue mich darüber, daß unsere Bewegung draußen im Lande jetzt schon wieder das Bedürfnis nach der politischen Linie

[16] Besonders die rheinisch-westfälische Schwerindustrie war von der Annäherung zwischen Brüning und der SPD alarmiert und befürwortete eine engere Fühlungnahme mit der NSDAP, siehe Maurer/Wengst, Dok. Nr. 140, 150 sowie detailliert Neebe, S. 73 ff.; Grübler, S. 209 ff.

für die Zukunft empfindet. Wir dienen weder uns noch dem deutschen Volke, wenn wir versuchen, eine Art Mimikry mit den Nationalsozialisten zu treiben. Wir werden auch von den Nationalsozialisten ganz anders als politischer Faktor gewertet, wenn wir unser eigenes Wesen selbstbewußt herauskehren (Erneuter Beifall).

Dingeldey warnt die Partei davor, sich allein in »taktische Gedankengänge und wirtschaftliche Überlegungen« *zu verstricken. Auf dem Gebiet der Kultur und der Reichsreform müsse ein Zukunftsprogramm ausgearbeitet werden; besonders die Verbindung von Universitäten und Volk müsse wiederhergestellt werden. Verfassungspolitisch sei – neben der Erhöhung des Wahlalters*[17] *– eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten gegen den* »schrankenlosen Parlamentarismus« *notwendig. Um dem Volk* »das notwendige Ventil gegen die allzu drückende innere Belastung« *zu geben, sei es nach der Befreiung der Rheinlande außenpolitisch an der Zeit,* »*die Sprache der diplomatischen Vernunft zu ersetzen durch die freiere Sprache* »reinsten vaterländischen Willens«. *Der Zentralvorstand müsse die Tragikomödie der Genfer Abrüstungsverhandlungen*[18]*, die eine starke Gefahr für die Erhaltung des Friedens in der Welt heraufzubeschwören drohe, mißbilligen:* »Glauben denn unsere Vertragsgegner, daß es möglich wäre, auf die Dauer ein Volk von solchem Lebenswillen in dieser Form der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, der Waffenlosigkeit zwischen waffenstarrenden Völkern erhalten zu können? Sieht man nicht jenseits der Grenzen, wie es gerade diese Tatsachen sind, die die radikale Bewegung in Deutschland mit jedem Tage von neuem anschwellen lassen (Lebhafte Zustimmung)«.

Neben den laufenden parlamentarischen Arbeiten müsse die Partei sich die »Organisation der nationalen Besonnenheit in Deutschland« *zum Ziele setzen; aus diesem Grund müsse das Aktionsprogramm der Deutschen Volkspartei spätestens im Frühjahr nächsten Jahres fertig vorliegen*[19]*:* Es soll unsere Ideen in einer dem Empfinden der heutigen Menschen entsprechenden einfachen Sprache enthalten.

Wir haben im letzten Halbjahr an politischer Verwilderung Schlimmeres erlebt als in früheren Jahren und sehen, wie im bürgerlichen Lager der Abbröckelungsprozeß immer weitergeht, vor allem wegen der Engstirnigkeit der kleineren Parteien. Die Staatspartei hat die Art ihrer Gründung durch ihr weiteres Schicksal selbst negiert, aber das hat scheinbar bei den Herren noch nicht zu dem nötigen Maß innerer Einsicht geführt (Sehr wahr!). Während nämlich kurz vor dem Parteitag der Staatspartei in Hannover[20] die demokratische Presse erfüllt war von Anklagen gegen die Deutsche Volkspartei, weil sie die Annäherung nicht schnell genug vollzogen habe, hat in Hannover der Parteiführer, Reichsfinanzminister Dietrich, ausgeführt, die Deutsche Volkspartei arbeite unter der Parole des Marxismus in Deutschland gegen die abhängigen Schichten des Volkes (Gelächter). Ich habe das als eine kränkende Behauptung

[17] Das Reichskabinett hatte sich entgegen dem Antrag der DVP am 19.8.1930 gegen eine Heraufsetzung des Wahlalters entschieden, siehe Dok. 82, Anm. 25.

[18] Der vorbereitende Abrüstungsausschuß hatte seine Tagung am 6.11.1930 in Genf begonnen, siehe Dok. Nr. 86, Anm. 68.

[19] Die »Kampfziele der Deutschen Volkspartei« wurden auf der Zentralvorstandssitzung vom 19.4.1931 verabschiedet, siehe Dok. Nr. 89, S. 1191 ff.

[20] Die DStP hatte am 9. und 10.11.1930 in Hannover ihren Gründungsparteitag abgehalten, siehe Albertin/Wegner, S. XLVI f.

des Herrn Reichsministers Dr. Dietrich aufgefaßt und ihn gebeten, mir mitzuteilen, auf welche Tatsachen er glaubte, eine so kränkende Behauptung stützen zu können. Erst gestern aber bekam ich Antwort, die dahin ging, daß es wohl besser wäre, mündlich über diese Dinge zu verhandeln (Erneutes Gelächter). Ich habe nicht den Eindruck, daß dieses Verhalten für den Glauben an die eigene Behauptung Zeugnis ablegt.

Selbstverständlich muß uns als Zukunftsziel vor Augen stehen die Aktivierung aller staatspolitischen Kräfte in Deutschland, die für Politik auf bürgerlicher Grundlage tauglich sind und die Sammlung dieser Kräfte zu einer starken Einheit. Aber alle Versuche, dieses Ziel von der taktischen, fraktionellen und parlamentarischen Seite her zu erreichen, sind aussichtslos und müssen unterbleiben (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Reichsaußenminister Dr. Curtius nahm dann das Wort zur Ausführungen über die deutsche Außenpolitik. Der Minister knüpfte an seine programmatische Erklärung im Reichsrat an[21] und hob im einzelnen nochmals die dort vorgetragenen Gesichtspunkte hervor. Er begann mit der Erörterung der Genfer Abrüstungskonferenz und stellte unter lebhaftem Beifall der Versammlung fest, daß der deutsche Vertreter Graf Bernstorff mit Mut und Entschlossenheit und auch mit Würde die deutschen Interessen vertreten habe. Den Anspruch auf Sicherheit könne mit vollem Recht auch Deutschland erheben.[22] Der Minister ging weiter auf die Reparationsfrage, auf die Minderheitenfrage und die Vorgänge bei den polnischen Wahlen ein.[23] Er arbeitete auch hier scharf die Stellung und Rechte Deutschlands und vor allem auch der deutschen Minderheiten heraus. Seine Ausführungen, in denen er auch die großen Verdienste Stresemanns besonders hervorhob, fanden den lebhaften Beifall des Zentralvorstandes.

Aussprache und Beschlußfassung

Der »großen Rede des Parteiführers Dingeldey« *und den außenpolitischen Darlegungen des Ministers Dr. Curtius folgte eine ausgedehnte Aussprache,* »die sich auf fast alle Gebiete der äußeren und inneren Politik, der Wirtschafts- und Kulturpolitik erstreckte«.[24] *Einstimmig wurden Entschließungen zur oberschlesischen Frage (Pro-*

[21] Curtius hatte auf der Sitzung des Reichsrats am 6.11.1930 eine ausführliche außenpolitische Erklärung abgegeben, die sich in erster Linie mit der Frage der Memelautonomie beschäftigte, siehe die Niederschrift über die Vollsitzungen des Reichsrats, Berlin 1930, S. 567ff.

[22] Der deutsche Bevollmächtigte zur Genfer Abrüstungskonferenz, Johann Heinrich Graf von Bernstorff, hatte am 7.11.1930 in einer scharfen grundsätzlichen Erklärung das gesamte Landabrüstungsabkommen abgelehnt. Am 2.12. wurde dann der deutsche Antrag, den Völkerbundrat zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz auf den 5.11.1931 zu ersuchen, abgelehnt, siehe Schultheß 1930, S. 454f.; Krüger, S. 530.

[23] Die Wahlen zum polnischen Sejm hatten am 16.11.1930 stattgefunden, siehe Schultheß 1930, S. 372. Besonders in Oberschlesien wurden zahlreiche Deutsche an der Stimmabgabe gehindert, wogegen Curtius in Noten vom 27.11., 9. und 17.12.1930 an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir James Drummond, protestierte, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. 227; ADAP, Serie B, Bd. XVI, Dok. Nr. 83, 102, 118, 119.

[24] An der Aussprache beteiligten sich: Arpt (Oberschlesien), Schnee, Hermann, Jochmus (Bielefeld), Beeres (Frankfurt/M.), Frau Pape (Hamburg), Graf Stolberg, Niepoth (Essen), Leidig, Caspari, Hollmann (Berlin), Frau Prüssing (Jena), Bayer (Waldenburg), Glatzel, Schuster, Mey-

test gegen die Gewalttaten, Forderung nach Revision der deutschen Ostgrenzen) und zur innenpolitischen Lage (»grundlegende Neuordnung der finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse«; »Stärkung des nationalen Willens zur Selbstbehauptung, Festigung der Regierungsgewalt, Beseitigung der Alleinherrschaft des Parlaments, Neuordnung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern, Wiederherstellung gesunder Grundlagen in den Gemeinden, Kampf gegen alle Bestrebungen, die kulturellen Grundlagen von Volk und Staat zu zerstören«*) verabschiedet.*[25]

In seinem Schlußwort hebt Dingeldey hervor, »die Deutsche Volkspartei habe sich auf dieser Tagung des Zentralvorstandes ein neues äußeres Gerüst« *gegeben und betont,* »er sei des festen Glaubens, daß es dem einmütigen Zusammenwirken gelingen werde, das Schiff der Partei durch alle Stürme hindurchzusteuern« (Stürmischer Beifall).

89.

19. April 1931: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC vom 21.4.1931, Nr. 80. Überschrift: »Kampfziele. Der Eindruck von der Tagung des Zentralvorstandes der D.V.P.«[1]

Die letzte Tagung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei hat einen starken Eindruck hinterlassen und im ganzen Lande ein lebhaftes Echo gefunden. Schon äußerlich trat die Bedeutung dieses Kongresses in Erscheinung. Wenn in heutiger Zeit 400 führende Männer und Frauen aus einer Partei nach Berlin eilen, um in stundenlangen Sitzungen zu lauschen und zu beraten, dann zeugt das von stärkstem inneren Interesse. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand diesmal das neue Aktionsprogramm der Deutschen Volkspartei: »Kampfziele«[2], wie sie der Parteiführer genannt hat. Den Höhepunkt aber brachte die Rede Dingeldeys, die gewissermaßen den Kommentar zu dem neuen Programm bot. Inhaltlich stellt sich das Programm als eine straff gegliederte, gedankenreiche Arbeit dar, die durch klaren Aufbau und die Kraft der Sprache ausgezeichnet wirkt. Die Tatsache, daß der Parteiführer für dieses Programm wohl die Vorarbeiten maßgebender Parteifreunde und Sachkenner herangezogen, den Entwurf aber selbst hergestellt hat, sicherte ein Werk, das wie aus einem Guß geschaffen vor dem Lande steht. Der Nachteil anderer Programme, die wochenlang zwischen Ausschüssen und Kommissionen hin- und hergeschoben, verwässert oder verbessert werden sollen, ist hier vermieden worden. Daß die Kampfziele vom Reichsausschuß der Partei einstimmig zum Beschluß erhoben wurden, daß

er (Berlin), Werbelmann. Die Ausführungen der Teilnehmer an der Aussprache werden im Bericht der NLC nicht referiert.

[25] Der Wortlaut der Entschließungen ist abgedruckt in: NLC 3.12.1930, Nr. 235.

[1] Im Bestand R 45 II findet sich kein stenographischer Bericht über die Sitzung. Die Rede Dingeldeys wurde unter dem Titel »Kampf und Politik der Deutschen Volkspartei. Rede des Parteivorsitzenden Dingeldey in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am 19. April 1931« (Berlin 1931) als Broschüre veröffentlicht.

[2] Die »Kampfziele der Deutschen Volkspartei« werden als Anhang zu diesem Dokument abgedruckt.

sie vom Zentralvorstand mit lebhafter Zustimmung ebenso einstimmig angenommen worden sind, das beweist, mit welcher Eindruckskraft sie erfüllt sind, wie sie das Wesen einer geistig und wirtschaftlich reich gegliederten Gemeinschaft zu umspannen vermögen, weil sie fast alle Probleme konzentrisch auf wenige Punkte zusammenführen.

Geheimrat Kahl, der Patriarch der Partei, sprach es dankbar aus, daß nach seiner Überzeugung und seinem Urteil dieses Aktionsprogramm vom Geiste der großen Vergangenheit getragen sei, daß es nichts von dem verleugnet, was zum Wesensinhalt der Nationalliberalen Partei gehört hat. Der Parteiführer fügte hinzu, daß er es nicht als seine Aufgabe betrachtet habe, Fernziele aufzustellen, sondern für den politischen Tageskampf das ideologische Rüstzeug zu schaffen, die weltanschaulichen Grundlagen festzustellen und zu den konkreten politischen Fragen Stellung zu nehmen. Das alles aber in einer Sprache, die die Jugend versteht. Die weltanschaulichen Grundlagen, das sind die alten Begriffe: Vaterland und Freiheit. Der vaterländische Gedanke, in dem sich die Deutsche Volkspartei von niemand übertreffen läßt, die Freiheit der Persönlichkeit und zugleich ihre freiwillige Bindung innerhalb der Gemeinschaft – das sind die Kernpunkte. Von diesen Grundgedanken ausstrahlend, beleuchtet das Programm die Stellung der Partei zum Staat, zur Wirtschaft, zur Kultur. Die Reichsreform, für die die Deutsche Volkspartei einen festumrissenen Vorschlag von ihren Sachkennern ausarbeiten ließ, wird in den Vordergrund gestellt. Die Staatsautorität wird losgelöst von der Parteipolitik und entscheidend vorangestellt. Deutlich die Absage an den Staatssozialismus! Scharf wird die Aufgabe der freien verantwortlichen Persönlichkeit im Wirtschaftsleben herausgehoben. Mit Wärme werden die sozialen Fragen behandelt, mit Ernst und mahnender Sorge aber zugleich auch die Schattenseiten angedeutet, die den guten Gedanken der Sozialpolitik ins Gegenteil verkehren und deshalb reformiert werden müssen. Umfassend sind die Abschnitte über die Fragen der Berufsstände, besonders aber auch der kulturellen Lebensinteressen, um die gekämpft werden muß, nicht allein mit polizeilichen und staatlichen Mitteln, sondern auch durch die Vertiefung des deutschen Kulturgedankens. Am Schlusse erheben die Kampfziele die unverzichtbaren Forderungen nach der deutschen Freiheit, sie verlangen die Brechung der Ketten, die Revision der Diktate, die Wiedergutmachung des Unrechts an den deutschen Grenzen, die Gleichberechtigung unserer Nation mit anderen Völkern, die Wehrfreiheit und die Pflege der Wehrhaftigkeit und des Machtwillens. So fest sich die Partei in diesem Programm zum heutigen Staate bekennt, dessen Symbole zu achten sind, so treu ist ihre Liebe zu den Zeichen des deutschen Heldentums, den Farben Schwarz-Weiß-Rot.

Mit Spannung hat man die Rede des Parteiführers erwartet, des Mannes, der seit seiner Wahl, die ihn an die Spitze der Partei berief[3], zum ersten Male Rechenschaft zu geben hatte. Die Rede Dingeldeys hat diese Erwartungen erfüllt, ja übertroffen. In scharfen Umrissen zeichnete er das Bild von der ernsten Lage des Staates und der Wirtschaft. Er stellte vor Augen, unter welchen Voraussetzungen die Deutsche Volkspartei das Kabinett Brüning unterstützt hat. Er legte dar, daß die Reichstagsfraktion diese Aufgabe erfolgreich erfüllt und daß der Reichskanzler seinem Sanie-

[3] Dingeldey war auf der Zentralvorstandssitzung vom 30.11./1.12.1930 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt worden, siehe Dok. Nr. 88.

rungsprogramm treu geblieben ist. Das Vertrauen zu ihm hat sich als berechtigt erwiesen. Dann wandte sich Abg. Dingeldey den anderen Fronten zu. Auf der einen Seite die Irrlehren der Linken, auf der anderen das Versagen der Deutschnationalen und die unverantwortliche Demagogie der Nationalsozialisten. Manche Blätter glauben in seiner Rede eine veränderte Stellung der Deutschen Volkspartei zur Hitlerpartei zu erblicken. Das ist falsch. Die Deutsche Volkspartei hat es nach den Septemberwahlen[4] bekanntlich abgelehnt, eine Haltung einzunehmen, durch welche die nationalsozialistische Bewegung auf die Bahn der Staatsfeindschaft getrieben wurde. Sie sieht auch heute noch den Zwang zur Verantwortung als das beste Erziehungsmittel an. Aber seit dem 14. September hat sich manches ereignet: Nicht nur der Auszug aus dem Reichstag[5], sondern auch die Rede, die Hitler am 1. April in Weimar hielt. Dort kündigte er eine »gigantische Propaganda gegen die Deutsche Volkspartei« an. Der erste April »solle ihr Sterbetag sein«.[6] Das Datum ist vorbei, die Deutsche Volkspartei lebt aber noch und ist bei besten Kräften. Herr Hitler sieht aber jetzt seinen Hauptfeind nicht mehr im Marxismus, sondern in jener Partei, mit der seine Freunde in Thüringen in der Regierung saßen.[7] Reden, Agitation, die Leistungsprobe der praktischen Arbeit aber ist ausgeblieben, trotz der 107 Mandate! Abg. Witzmann[8] hat aus der thüringischen Politik heraus dargelegt, wie groß die Fehler der nationalsozialistischen Politik in Thüringen gewesen sind und wie frevelhaft ihr Übermut. Dingeldey hat festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei sich unmöglich wüste Beschimpfungen gefallen lassen kann, daß sie zuviel Selbstachtung besitzt, um im gleichen Tone zu antworten, daß sie aber von den Nationalsozialisten eine anständige Sprache verlangen muß.

»Mehr Selbstbewußtsein!«, das war der Ruf des Führers an die Anhänger, der mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde. Das Wohlbefinden der Partei darf nicht davon abhängig sein, was rechts oder links von ihr die Gegner schreiben.

Dann wandte sich der Parteiführer der Außenpolitik zu. Er zeigte die Gefahren des Bolschewismus und wies auf den trotzdem unbelehrbaren Unverstand der Pariser Machthaber hin. Er begrüßte den Schritt des Ministers Dr. Curtius, der zur Zollunion führen soll[9]; er verwies auf die Schicksalsfragen der Tributrevision und der

[4] Gemeint: die Reichstagswahlen vom 14.9.1930; siehe Dok. Nr. 86, Anm. 5.

[5] Siehe dazu Dok. Nr. 93, Anm. 3.

[6] Siehe die Rede Hitlers auf einer NSDAP-Versammlung am 1.4.1931 in Weimar, abgedruckt bei: Hitler. Reden, Schriften, Aufzeichnungen, Bd. IV, Teil 1, hg. und komm. von Constantin Goschler, München etc. 1994.

[7] Am 1.4.1931 waren die nationalsozialistischen Minister Frick und Marschler durch den thüringischen Landtag gestürzt worden, wobei die 5 Abgeordneten der zur Regierungskoalition gehörenden DVP dem von KPD und SPD eingebrachten Mißtrauensvotum zugestimmt hatten; als Begründung erklärte der DVP-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, Witzmann: »Die NSDAP, die doch eine Bewegung und keine Partei sein wolle, habe sich in Wirklichkeit als die am meisten parteiische von allen Parteien entpuppt«, Schultheß 1931, S. 101; zur inneren Situation der NSDAP nach der »Stennes-Revolte« am 1.4.1931 siehe Orlow, S. 216ff.

[8] Georg Witzmann (1871-nach 1957), Dr. phil. Direktor der Aufbauschule Gotha. 1919–1933 MdL Thüringen (DVP).

[9] Am 21.3.1931 war das Projekt einer Deutsch-Österreichischen Zollunion bekanntgegeben worden, siehe ADAP, Serie B, Bd. XVII, Nr. 25; Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 267; Curtius, S. 188f.; ders., Bemühung um Österreich. Das Scheitern des Zollunionsplanes von 1931, Heidelberg 1947; zu der scharf ablehnenden Haltung Frankreichs und Englands siehe Krüger, S. 533f.

Abrüstung, die uns vor die schwersten Entscheidungen stellen werden. Mit seinem Verständnis ging dann der Redner auf die innere seelische Verfassung unseres Volkes ein, die zu einer Politik der Opfer nur noch fähig sein wird, wenn es geführt wird und weiß, daß der Weg zur Freiheit auch nach außen hin angebahnt wird. Damit kam Abg. Dingeldey zurück zu den Quellen deutschen Wesens, zu dem Ringen der deutschen Seele um die innere Freiheit, zu dem Sehnen nach Verantwortung und Führung durch die sittlich gebundene Persönlichkeit.

Es war ein unvergeßlicher Eindruck, wie die Versammlung durch zwei Stunden in den Bann einer großen Rede gezwungen, sich zu brausenden Beifallskundgebungen erhob. Abg. Thiel, der Gewerkschaftsführer, sprach allen Zuhörern aus dem Herzen, als er sagte, daß diese Rede an die besten Zeiten Stresemanns erinnere. Nun aber müsse mit allen Kräften im Lande gearbeitet werden, um die Scharen zu sammeln, die bereit sind, dem Führer zu folgen.

Wir haben ein Programm, wir haben einen Führer! Mit diesen Gedanken erfüllt, haben die Mitglieder des Zentralvorstands die Reichshauptstadt verlassen, um das Werk der Erneuerung im Lande weiterzuführen.

Anhang

Kampfziele der Deutschen Volkspartei[10]

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat am 19. April 1931 in einer Sitzung in Berlin folgende Kampfziele der Deutschen Volkspartei aufgestellt:

1. Abschnitt: Vaterland und Freiheit

Vaterland

Unser ganzes Denken, unsere heiße Sehnsucht und unser Kämpfen gilt der Größe und Freiheit des Vaterlandes. Ein Volk, dessen Lebensraum gewaltsam und wider alle Moral beschnitten, dessen Lebensfreiheit durch sinnlose Diktate in Ketten geschlagen, dessen Wirtschaftskraft durch ein System maßloser Tributverpflichtungen gelähmt ist, kann sich nur emporringen durch die Stärke des vaterländischen Gefühls und der nationalen Geschlossenheit. Der Marxismus hat in langen Jahren anstatt entschlossenen vaterländischen Willens eine schwächliche internationale und pazifistische Romantik gezüchtet. In der Hingabe ans Vaterland, in der Leidenschaft ihres nationalen Willens steht die Deutsche Volkspartei stets in vorderster Front. Der unbeirrbare Glaube an die im deutschen Volk noch vorhandenen nationalen Kräfte ist ihr Grundlage allen Wirkens. Der Geist der nationalen Volksgemeinschaft ist ihr oberstes Gesetz.

Freiheit

Unser Glaube und unsere Lebensanschauung wurzeln in dem geistigen Boden, den die Zeiten von Bismarck und Bennigsen und vor ihnen die großen Geister des deut-

sowie jetzt detailliert Andreas Rödder, Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931, Paderborn 1996, S. 186ff.

[10] Nach der Broschüre »Kampf und Politik der Deutschen Volkspartei« (siehe Anm. 1), S. 41–52.

schen Idealismus geschaffen haben. Die Freiheit der Persönlichkeit ist uns Ausgangspunkt allen staatspolitischen und kulturellen Strebens. Freiheit aber ohne sittliche Verantwortung bedeutet Zersetzung der staatlichen Gemeinschaft. Die Freiheit aus den Tagen der Revolution ist Willkür und Zerstörung. Die Freiheit, die wir meinen, ist die der sittlich verantwortlichen Persönlichkeit. Jede sittliche Verantwortung aber wurzelt im Glauben und der Religiosität, Revolution und Sozialismus haben einen öden Materialismus, haben den Kampf der Klassen gegeneinander, haben Neid und Mißgunst gezüchtet, weil sie die religiösen Kräfte im Leben des Volkes nicht kennen. Diese geistige und sittliche Verelendung des Volkes führt die Irrenden und Suchenden in die Bahn der Verzweiflung. Gegenüber Massenwahn und Herdentum kämpfen wir dafür, daß die Rechte der freien, religiös-sittlich begründeten Persönlichkeit anerkannt werden. Nur wenn der sittliche Freiheitsbegriff wieder zur Geltung kommt, wird wie in der großen Vergangenheit so auch in alle Zukunft deutsche Volksgemeinschaft erwachsen.

2. Abschnitt: Staat, Wirtschaft und Kultur

Staat

Wir kämpfen gegen das Zerrbild eines Zwangsstaates, der das freie Leben der nationalen Kräfte in Ketten schlägt. Wir fordern einen organisch gegliederten Staat, dessen Wesen die Freimachung und Entfaltung der in der Volksgemeinschaft lebendigen Kräfte sein muß. Der Staatssozialismus ist ein wirtschaftlich utopisches, finanziell zur Verelendung des ganzen Volks führendes Zwangssystem. Deshalb kämpfen wir für die Wiedergewinnung geistiger, wirtschaftlicher und sittlicher Freiheit der heute in Staatsketten geschlagenen Kräfte der Volksgemeinschaft.

Es ist unsere Aufgabe, den heutigen Staat mit dem vaterländischen und wahrhaften Freiheitsgeiste zu erfüllen, der diesem Staate innere Kraft und seinen Bürgern endlich wieder den Stolz gibt, Glieder eines gesunden Staatswesens zu sein. Die Achtung vor den Symbolen des Staates ist für uns selbstverständlich.

Verfassung

Alles, was undeutsch und wesensfremd im Verfassungsleben ist, alles was die Massenherrschaft an die Stelle der Herrschaft der Leistung setzt, muß beseitigt werden. Nur die Verfassung hat Bestand, in der dem Begriff einer Herrschaft des Volkes gleichberechtigt der Begriff der Führung und der Autorität gegenübersteht. Die Massenherrschaft führt zu parteipolitischer Willkür und zu Korruption des Beamtentums.

Wir bekämpfen einen übertriebenen Parlamentarismus. Deshalb fordern wir: eine zweite Kammer. Neben den Reichstag muß eine gleichberechtigte Kammer treten, bestehend aus den Ländervertretern, aus den Vertretern der Wirtschaft und aus führenden Persönlichkeiten des geistigen und öffentlichen Lebens, die der Reichspräsident auf Grund von Vorschlägen, insbesondere auch der Kirchen und Hochschulen, beruft.

Bitter not tut uns: einheitliche Zusammenfassung des nationalen Willens in der obersten Instanz, Durchsetzen dieses Willens bis zu den letzten und untersten Gliedern

des Beamtentums! Wirtschaftliche und finanzielle Überlegungen sowie kulturelle und staatspolitische Notwendigkeiten zwingen dazu, die Aufgabe der Reichsreform ohne weiteres Zögern in Angriff zu nehmen. Von den Sachverständigen der Deutschen Volkspartei sind Vorschläge für ein straff gegliedertes einheitliches deutsches Reich ausgearbeitet worden.

Wir tun einen ersten entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Reichsreform, indem wir verlangen, daß der Reichspräsident künftighin zugleich Oberhaupt des Landes Preußen wird. Der Reichspräsident ernennt, wie den Reichskanzler und die Reichsminister, so auch den preußischen Ministerpräsidenten und die preußischen Staatsminister. Damit wird zugleich erreicht Stärkung der Macht des Reichspräsidenten und der Staatsautorität. Die vom Reichspräsidenten berufene Regierung soll nicht jederzeit willkürlich von einer Zufallsmehrheit gestürzt werden können. Die Reichsregierung muß erst dann zurücktreten, wenn die Mehrheit der gewählten Mitglieder des Reichstages ihr durch ausdrücklichen Beschluß das Mißtrauen ausspricht. Gegenüber übereilten Beschlüssen des Parlaments soll der Reichspräsident ein aufschiebendes Vetorecht erhalten.

Die Wahlrechtsfrage ist umstritten. Die politische Willensbildung hängt nicht allein von dem Wahlsystem ab. Daher muß die Frage des Wahlsystems aus der Reichsverfassung herausgenommen werden. Vor allem fordern wir die Wiederheraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre.

Wirtschaft

Die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die allein das ganze Volk ernährt, ist nationales Gebot. Deshalb fordern wir grundsätzlich die Befreiung der Wirtschaft von jedem ihre Entwicklung hemmenden Zwang.

Den Fluch der Arbeitslosigkeit von Volk und Reich zu nehmen, werden wir nur imstande sein, wenn wir die Grundwahrheiten volkswirtschaftlichen Denkens wieder anerkennen.

Die Minderung der Selbstkosten der deutschen Wirtschaft ist Voraussetzung dafür, zusammengebrochene, stillgelegte oder verödete Betriebe wieder in Gang zu bringen, arbeitslosen Menschen wieder Arbeit zu geben. Senkung der Selbstkosten heißt in erster Linie Senkung der öffentlichen Lasten, der Steuern, der Tarife der öffentlichen Betriebe und der sozialen Abgaben.

Die Grundsätze der privatwirtschaftlichen Gütererzeugung müssen wieder zur Geltung gelangen. Schutz des Privateigentums und Sicherung der Früchte der Arbeit gewährleistet allein die Wiederherstellung und Senkung der die Gestehungskosten maßlos verteuernden Zinssätze.

Die Störung der Privatwirtschaft durch staatssozialistische Gedankengänge ist zum großen Teil für die trostlose Lage des deutschen Volkes verantwortlich. Der Staatssozialismus in jeder Form geht darauf aus, den Menschen die Verantwortung zu nehmen und sie der staatlichen Fürsorge zu überlassen. Die verhängnisvolle und die Wirtschaft zerstörende Wirkung einer solchen Gesetzgebung liegt heute vor uns.

Auch im Wirtschaftsleben muß die sittliche Verantwortung für das eigene Handeln oberstes Gesetz sein. Der Staat hat das Recht und die Pflicht der Vermittlung, des Ausgleiches und der Förderung wirtschaftlicher Kräfte.

Die übernommenen Aufgaben der öffentlichen Hand sind abzubauen. Der aufgeblähte Apparat ist zu drosseln, die Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden sind mit schärfstem Nachdruck herabzusetzen.

Deutschlands heutige Lage und seine Bevölkerungsdichte erfordern stärkste Förderung und Pflege des Handels und der Schiffahrt. Deutsche Exportgüter in fremden Ländern sind die besten Beweisgründe zu Überwindung des Tributwahnsinns. Dem muß die Handelspolitik Rechnung tragen.

Finanzen

Die Steuergesetzgebung ist zu vereinfachen. Die Staffelung der Steuertarife darf nicht zur Lähmung der Wirtschaftskraft und des Unternehmungsmutes führen. Die Realsteuern sind beschleunigt herabzusetzen, für die Hauszinssteuer muß die völlige Aufhebung angebahnt werden.

Ein endgültiger Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bildet hierfür die Voraussetzung. Nach Herabsetzung des Einkommensteuertarifes kann den Gemeinden des Recht kommunaler Einkommensteuern unter der Voraussetzung verliehen werden, daß wie bei der Bürgersteuer alle Gemeindebürger von dieser Steuer erfaßt werden. Die Senkung der Gemeindeausgaben setzt eine Selbstverwaltung im Geiste des Freiherrn vom Stein voraus, die von Eigenverantwortung getragen wird. Über die Gemeindegeschicke sollen grundsätzlich nur die Bürger mitentscheiden, die auch an den Gemeindelasten teilnehmen. Für das staatliche Aufsichtsrecht gegenüber den Gemeinden sind vom Reiche einheitliche Grundsätze aufzustellen.

Die Besoldungsregelung in den Gemeinden muß in Einklang gebracht werden mit der Regelung in Reich und Ländern. Ebenso muß die Bezahlung der Angestellten und Arbeiter der Gemeinden denen der Privatwirtschaft angeglichen werden.

Der heutige trostlose Zustand der Gemeindefinanzen als Folge der Überlastung durch Wohlfahrtsausgaben bedroht aufs äußerste auch die Finanzen von Reich und Ländern und bedarf der schleunigen Abhilfe unter entscheidender Mitwirkung des Reichs.

Landwirtschaft

Die der gesunden Fortentwicklung und dem Wachstum des deutschen Volkes drohenden Gefahren durch die beängstigende Ausbreitung der Großstädte erfordern die stärkste Förderung und ernste Pflege der deutschen Landwirtschaft. Sie ist der gesunde Nährboden für die Erhaltung deutscher Volksart. Im Rahmen der deutschen Gesamtvolkswirtschaft bildet sie den Kern des inneren Marktes. Deshalb muß die Landwirtschaft davor bewahrt werden, daß sie durch fremde Konkurrenz erdrückt wird. Die Deutsche Volkspartei hat die Schutzzölle, die diesem Ziele dienen, bewilligt und wird auch weiterhin für sie eintreten. Das Hauptaugenmerk soll dabei der bäuerlichen Veredelungswirtschaft gelten. Wir halten neben den landwirtschaftli-

chen Klein- und Mittelbetrieben auch die Großwirtschaft für wertvoll und notwendig.

Den deutschen Osten vor der Überflutung fremden Volkstums auch wirtschaftlich zu schützen, ist Aufgabe der Osthilfe. Deutsches Bauerntum soll einen wirtschaftlich und national unüberwindlichen Wall an Deutschlands Grenzen bilden.

Mittelstandspolitik

Die verhängnisvollste Folge des Eindringens sozialistischen Denkens in deutsche Gesetzgebung und Verwaltung ist die Zerstörung der Grundlagen eines lebensfähigen Mittelstandes in Deutschland. Die in Massen zusammengeballte Industriearbeiterschaft einerseits, große Unternehmen andererseits würden unerträgliche Gegensätze sozialer und staatspolitischer Art heranwachsen lassen, wenn es nicht gelingt, dem deutschen Mittelstand durch eine seinen Bedürfnissen entsprechende Gesetzgebung wieder die Sicherung seiner Existenz zu schaffen. Diesem Ziele muß nicht nur die Steuerpolitik namentlich durch Herabmilderung der Realsteuern und Aufhebung der Hauszinssteuer, sondern auch eine Wohnungspolitik dienen, die die Privatinitiative, das Privatkapital und die freie Unternehmerschaft an die Stelle öffentlicher Bewirtschaftung des Wohnungsmarktes setzt. Alle Zwangswirtschaft hat sich auch auf diesem Gebiete als ein Übel erwiesen, dessen Beseitigung erstes Ziel einer gesunden Mittelstandspolitik ist.

Sozialpolitik

Die Deutsche Volkspartei will eine Sozialpolitik, die den Arbeitnehmer zum freudigen Schaffen anregt, die freie menschliche Persönlichkeit im Arbeitsverhältnis zur vollen Auswirkung kommen läßt und die menschliche Arbeitskraft zur vollen Ausnutzung wirksam bewahrt. Wir erblicken darin die erste Voraussetzung für eine vertrauensvolle Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft, die wir erstreben. Die Deutsche Volkspartei bekämpft die unter dem Namen Sozialpolitik teils durchgeführten, teils erstrebten Maßnahmen, soweit sie zur Vernichtung berufsständischer Eigenart, zur Schematisierung und Nivellierung führen, die die Schwächung des persönlichen und beruflichen Verantwortungsgefühls zur Folge haben muß.

Dem Streben nach Allmacht und Herrschaft des Staates in der Sozialpolitik setzen wir unsere Forderung nach verstärkter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der organisierten Berufsstände entgegen. Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer, die als Träger der Selbstverwaltung in Frage kommen sollen, müssen in völliger wirtschaftlicher, parteipolitischer und gesinnungsmäßiger Selbständigkeit, frei von fremden Einflüssen ausschließlich dem Kampfe für die Ideale und das wirtschaftliche Wohl ihrer Mitglieder und ihres Standes dienen.

Um eine größere Beweglichkeit der Lohnpolitik in bezirklicher, fachlicher und leistungspolitischer Hinsicht zu erreichen, um zu größerer Selbstverantwortung zu erziehen, erstreben wir die Übernahme des Schlichtungswesens aus den Händen des Staates in die arbeitsgemeinschaftlichen Selbstverwaltungskörper der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; denn nur auf diesem Wege

werden wir zu einem Lohnsystem gelangen, das dem Arbeitnehmer dauernden Nutzen verspricht und die Gefahren der Arbeitslosigkeit herabmindert.

In der Sozialversicherung wie im Arbeitsnachweiswesen bekämpfen wir auf das entschiedenste alle Monopolisierungsbestrebungen und die Verstärkung des Einflusses der Bürokratie.

Die Bestrebungen zur Sanierung kranker Versicherungsträger durch Zugriffe auf die Vermögen von solchen Versicherungsträgern, die durch verantwortungsbewußte Selbstverwaltung sich gesund erhalten haben, sind für die Deutsche Volkspartei unannehmbar. In der Arbeitslosenversicherung, die sich auf die Entschädigung konjunktureller Arbeitslosigkeit beschränken soll, sollen öffentliche Mittel nicht eingesetzt werden. Die Leistungsdauer ist auf die durch sparsamstes Haushalten mit erträglichen Beiträgen finanzierbare Zeit zu beschränken. Die Forderung nach Zulassung berufsständischer Ersatzkassen muß endlich verwirklicht werden, um den verschiedenartigen berufsständischen Bedürfnissen, insbesondere denen der Angestellten, zu entsprechen.

Bei lange andauernder Arbeitslosigkeit ist die Arbeitslosenversicherung zu ergänzen durch eine anschließende Fürsorge, die die heutige Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge zusammenfaßt und durch die Beseitigung von heute üblicher Doppelarbeit erhebliche Verwaltungskosten erspart. Dabei ist für Reich, Länder und Gemeinden eine billige Lastenverteilung zur Minderung der Notlage der Gemeinden vorzunehmen.

Die Senkung der Selbstkosten kann vor den persönlichen Bezügen nicht Halt machen. Die Deutsche Volkspartei hält es dabei für selbstverständlich, daß die Führer der Wirtschaft, die Vorstände der Gesellschaften und die oberen Schichten des Wirtschaftslebens durch ihr Vorbild den Arbeitnehmern gegenüber die sittliche Voraussetzung zur Durchführung der Selbstkostensenkung schaffen, wie es anerkennenswerterweise bereits in weitem Umfang geschehen ist.

Alle Starrheit und Unbeweglichkeit im Arbeitsrecht sind zu beseitigen. Im Zusammenwirken der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist eine Beweglichkeit im Arbeitsrecht zu schaffen, die die Lebensbedingungen der in der deutschen Wirtschaft tätigen Menschen (Unternehmer und Arbeitnehmer) den jeweils gültigen Lebensgesetzen der Gesamtwirtschaft, ihrer Teile und der einzelnen Werke anpaßt.

Beamtenpolitik

Das deutsche Berufsbeamtentum wird von uns gegen alle Anschläge auf seine verfassungsmäßige Unabhängigkeit geschützt. Die Voraussetzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Unabhängigkeit ist die Erhaltung der wirtschaftlichen Grundlage des Berufsbeamtentums. Die Opfer des Beamtentums für die Freiheitsziele deutscher Politik erhalten nur dadurch ihren Sinn, daß durch sie das Beamtentum vor der Gefahr geschützt wird, seiner Verfassungsrechte in einem zusammenbrechenden Staate verlustig zu gehen. Die schlimmste Gefahr für Staat und Wirtschaft ist eine Erschütterung des Vertrauens in die Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit des deutschen Beamtentums. Deshalb fordern wir die Beseitigung des Parteibuchbeamten und verlangen, daß die Überantwortung der Ausübung von Hoheitsrechten an

Beamte allein abhängig ist von dem objektiven sachlichen Gesichtspunkt der Vorbildung und der Leistung.

Kulturpolitik

Das deutsche Kulturgut ist nach Wesen und Geschichte erwachsen aus der engen Verbindung von deutschem Volkstum und christlicher Welt- und Lebensanschauung. Die Erhaltung und Förderung dieses Kulturgutes als Grundlage des Volkslebens ist die Aufgabe aller kulturpolitischen staatlichen Betätigung.

Wir fordern staatlichen Schutz für alle Religionsgemeinschaften, insbesondere die Kirchen beider christlichen Konfessionen. Alles, was die christliche Grundlage deutscher Kultur bedroht, nicht nur die entsittlichende Tätigkeit kommunistischer Agitatoren und der Gottlosenpropaganda, sondern auch das Überwuchern materialistischer undeutscher Anschauungen findet in uns entschlossene Gegner.

Die religiösen Grundlagen der Schulerziehung sind zu sichern. Wir verlangen die Erziehung der deutschen Jugend zu bewußtem deutschen Volkstum. Das bedingt Erziehung der deutschen Jugend in der Kenntnis und in der Ehrfurcht vor der deutschen Geschichte und dem deutschen Geistesgut. Sie ist zu bewahren vor jeder parteipolitischen Verflachung und Verarmung. Schulen und Hochschulen sollen körperlich, sittlich und geistig gesunde, für den Lebenskampf tüchtige Menschen heranbilden, nicht aber schon in der Jugend die volkszerklüftenden Mauern des Hasses und der Leidenschaft aufrichten.

Wir fordern die Sicherung der Kunst, der Wissenschaft und ihrer Lehre vor allen einengenden staatlichen Eingriffen. Wir kämpfen dabei für eine nach Wesen und Gesinnung deutsche Kunst und fordern staatlichen Schutz gegen die heutige, die sittliche Volkskraft zerstörende undeutsche Betriebsamkeit, gegen Unkultur, Schmutz und Schund in Rundfunk, Theater und Film.

Der Rückgang der deutschen Volkskraft ist eine Folge der Materialisierung und seelischen Verödung unseres Volkslebens. Wir fördern alle Maßnahmen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete, die der Familie und einer gesunden Bevölkerungspolitik dienen.

Die deutschen Hochschulen, einst in der ganzen Welt gerühmt als Stätten der freien Lehre und der Vertiefung wissenschaftlichen Strebens, sind freizuhalten von jedem parteipolitischen Eingriff. Sie müssen gegenüber der Gefahr, Stätten bloßer Berufsbildung zu werden, wieder zu Mittelpunkten des geistigen Lebens unseres Volkes entwickelt werden.

Die deutsche Jugend lebt bei der Trostlosigkeit der wirtschaftlichen und nationalen Lage unseres Staates unter schwerstem seelischem Druck. Nur ein Staat, der in Reinheit der Verwaltung, Unbestechlichkeit des Beamtentums und Klarheit seines nationalen Willens Hingabe und Opfermut zu erzeugen vermag, wird die deutsche Jugend an sich fesseln.

3. Abschnitt: Die Freiheit nach außen

Mit bewaffneter Macht haben die Gegner Deutschlands die deutsche Freiheit unterdrücken, die deutsche Einheit zerstückeln wollen. Der jahrelange Kampf der Deutschen am Rhein fand seinen Lohn, als dank der Führung Stresemanns der Franzose auf das Ziel, vom Rhein her Deutschland dauernd niederzuhalten, endlich verzichten mußte. Erst damit, wenn auch durch das schwere Opfer des Young-Plans, hat das deutsche Volk die Grundlage gewonnen, nunmehr für seine Lebensrechte, für seine Gleichberechtigung und wirtschaftliche Freiheit gegen den Wahnsinn des Friedensdiktats zu kämpfen. Der Young-Plan ist heute schon durch die wirtschaftlichen Tatsachen als unhaltbar widerlegt. Nächstes Ziel der deutschen Außenpolitik ist deshalb die Befreiung von den wirtschaftlichen Ketten, in die unser Volk geschlagen ist. Den Kampf um seine wirtschaftliche Freiheit kann Deutschland nur dann mit Aussicht auf Erfolg durchhalten, wenn es im Innern finanziell und wirtschaftlich gefestigt ist.

Für die deutsche Selbstachtung unerträglich ist der Zustand, daß Deutschland allein entwaffnet mit ungesicherten Grenzen zwischen waffenstarrenden Völkern leben soll. Das deutsche Volk, waffenlos und durch die Tributverträge wirtschaftlich ausgeblutet, ist nicht willens und nicht imstande, diesen mit seiner Geschichte, mit seiner Leistungsfähigkeit, mit seinem Willen zu friedlicher Arbeit unvereinbaren entehrenden Zustand länger zu ertragen.

Der Völkerbund steht vor der Frage, ob er die Unmöglichkeit dieses Zustandes anerkennen und durch eine wahre und wirklich gleichmäßige Abrüstung den Worten der Verträge die Tat folgen lassen will. Versagt der Völkerbund, so hat Deutschland nach Menschenrecht und vor seiner Geschichte die Pflicht, den Weg zur freien Entwicklung seiner Kräfte selbst zu wählen.

Die deutsch-österreichische Zollunion wird von der Deutschen Volkspartei begrüßt als der Beginn zur Ausgestaltung eines starken, zusammenhängenden, selbständigen Wirtschaftsgebietes in Mitteleuropa.

Die Gewaltmaßnahmen gegen das Deutschtum im Osten, die Verbrechen der polnischen Aufständischen und ihrer offenen und geheimen Führer haben die Unmöglichkeit des Zustandes an der deutschen Ostgrenze von neuem bewiesen. Wir werden nicht ruhen, bis wir dieses niemals anerkannte Unrecht beseitigt, Leben und Existenz unserer deutschen Brüder im Osten im Rahmen eines starken, geschlossenen Heimatlandes wieder gesichert haben.

Deutsches Volk und Land an der Saar müssen endlich ihrer deutschen Freiheit und Unabhängigkeit zurückgegeben werden. Das Unrecht an Eupen und Malmedy und an der deutschen Nordmark muß wieder gutgemacht werden.

Wir fordern die Freiheit zur kolonialen Betätigung durch Rückerlangung eigenen deutschen Kolonialbesitzes.

Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge ist und bleibt die vornehmste Pflicht des ganzen deutsches Volkes.

Den Kampf für den deutschen Gedanken in der Welt und damit den Schutz der deutschen Minderheiten in fremden Ländern betrachten wir als eines der vornehmsten Ziele der deutschen Außenpolitik.

Mit aller Leidenschaft des Herzens, mit dem unbeirrbaren Glauben an Deutschlands Kraft und Größe stehen wir im Freiheitskampf. Weil wir ein Volk mit Freiheitswillen und Selbsterhaltungstrieb sind und bleiben wollen, fordern wir die Pflege der Wehrhaftigkeit und des Machtwillens in der Volkserziehung. Weil wir in den Zeiten der Erniedrigung Kraft schöpfen aus den Tagen deutscher Macht und Stärke, bleibt unser Herz dem Wahrzeichen deutschen Machtwillens und deutschen Heldentums, den Farben schwarz-weiß-rot.

Diesen Kampfzielen gilt unsere Arbeit! Wer gleichen Sinnes ist, hat die Verpflichtung mitzuhelfen. Wer mit uns kämpft, dient der Erneuerung des Reiches und einer besseren Zukunft!

90.

12. Juni 1931: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 13.6.1931, Nr. 117. Überschrift: »Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei«.

Im Reichsklub der Deutschen Volkspartei trat heute der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei zusammen. Es waren fast sämtliche Mitglieder des Reichsausschusses erschienen, alle Wahlkreise waren vertreten. Der Parteiführer, Abg. Dingeldey, erstattete einen einleitenden Bericht über die politische Lage, wie sie seit dem Erlaß der Notverordnungen sich gestaltet hat.[1] Der Vortrag des Parteiführers wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: »Der Reichsausschuß steht in Geschlossenheit hinter dem Parteiführer und hat zu seiner Führung volles Vertrauen«.

[1] Am 5.6.1931 hatte Hindenburg die zweite umfangreiche Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen unterzeichnet (RGBl. 1931, S. 279–314), die die Renten für Invaliden und Kriegsversehrte minderte, die Unterstützungsdauer für Saisonarbeitslose herabsetzte, die Beamtengehälter kürzte, den Einheitslohnsatz senkte sowie die Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren strich. Zur Vorgeschichte der Notverordnung siehe Kabinette Brüning I/II, S. XXXff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 320ff. Am Abend des 11.6.1931 führte Dingeldey vor der Reichstagsfraktion aus, »man könne die Wege der jetzigen Regierung nicht mehr mitgehen« und plädierte für eine »Umbildung des Kabinetts«. Die Fraktion beschloß daraufhin mit 15 zu 13 Stimmen, im Ältestenrat den Antrag auf Einberufung des Reichstags zu stellen, BAK R 45 II/67, p. 328. Der politische Kurs Dingeldeys stieß jedoch bei den dissentierenden Mitgliedern der Reichstagsfraktion auf erheblichen Widerstand: So teilte Wilhelm Kalle Dingeldey am 12.6.1931 mit, eine Fortsetzung des Konfrontationskurses gegenüber Brüning ließe ihm und seinen politischen Freunden nur die Alternative eines Austritts aus der Partei, BA NL Dingeldey 75, p. 8ff. Nach einem Gespräch mit Brüning, Kaas und Vögler, bei dem der Reichskanzler Dingeldey u.a. eine Umbildung der Reichsregierung zusagte (zum Verlauf siehe Dingeldeys Memorandum ebd., Nr. 36, p. 79f.), folgte die Reichstagsfraktion mit 18 gegen 9 Stimmen seiner Empfehlung, von dem Beschluß auf Einberufung des Reichstags abzurücken. In der Sitzung des Ältestenrats vom Nachmittag desselben Tages wurde mit der Stimme der DVP eine Einberufung des Reichstags und des Haushaltsausschusses abgelehnt, siehe BAK R 45 II/67, p. 329f. Vor allem auf dem rechten Flügel der Partei stieß die Haltung Dingeldeys auf scharfe Kritik, siehe dazu das Schreiben von Albert Zapf an Dingeldey vom 8.7.1931, BAK NL Zapf 1.

In einer eingehenden Aussprache wurde zu den Einzelfragen Stellung genommen und über die Auffassung der Parteiorganisationen im Lande berichtet. Es beteiligten sich daran die Herren Reichsminister Dr. Curtius, Becker (Kassel), Schnell (Halle), Zehle (Magdeburg), v. Kardorff, Jochmus (Bielefeld), Dieckmann (Dresden), Kuhbier (Duisburg), Rode (Kleinflottbeck), Hembeck (Lüdenscheid), Sauerborn (Koblenz), Stettiner (Königsberg).

Der Parteiführer, Dr. Dingeldey, schloß die Tagung mit dem Ausdruck der Genugtuung darüber, daß die Partei als einheitlicher, kampfbereiter Körper den politischen Aufgaben entgegensieht im Vertrauen darauf, daß sie mit ihrer Arbeit der Zukunft des Vaterlandes am besten dienen wird.

91.

10. Oktober 1931: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 13.10.1931, Nr. 199. Überschrift: »Die Deutsche Volkspartei zur Lage«.

In seinem Bericht über die politische Lage erklärt Dingeldey, daß die DVP in der gegenwärtigen Situation entschlossen sei, die »staatspolitischen Interessen in den Vordergrund« *zu stellen und betont:* »Die Partei müsse den stärksten Wert darauf legen, daß die Beschlüsse ihrer verantwortlichen Instanzen in voller Einheitlichkeit durchgeführt werden«. *Weiter würdigt Dingeldey die Arbeit von Curtius.*[1] *Mit starker Mehrheit faßt der Reichsausschuß folgenden Beschluß:* »Parteivorstand und Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei billigen die Erklärungen, die der Parteiführer gegenüber dem Reichskanzler abgegeben hat«.[2]

[1] Reichsaußenminister Curtius hatte nach dem Scheitern der Zollunionspläne am 3.10.1931 sein Rücktrittsgesuch eingereicht, siehe Schultheß 1931, S. 217, nachdem ihn Dingeldey bereits am 4.9. zum Rücktritt aufgefordert hatte, siehe BAK NL Dingeldey 57, p. 1f.; Curtius, S. 201ff.

[2] Dingeldey hatte dem Reichskanzler erklärt, die DVP werde das Kabinett fernerhin nicht unterstützen. Schon am 16.6.1931 hatte die Fraktion folgende Entschließung gefaßt: »Die Reichstagsfraktion hält die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht für geeignet zur Durchführung der genannten Aufgaben und verlangt vielmehr unter Führung des Kanzlers eine Regierung, in der für den schweren Abwehrkampf der Nation parteipolitisch nicht einseitig gebundene, im ganzen Volk anerkannte Persönlichkeiten vertreten sind, durch die allein die Vertrauensgrundlage geschaffen und erhalten werden kann«, BAK NL Dingeldey 36, p. 69. Am 23.9.1931 berichtete Dingeldey dann vor der Fraktion über seine Gespräche mit Brüning: »Zusammenfassend sei gesagt, daß der Gesamtkurs der Regierung unseren volksparteilichen Auffassungen nicht entspricht«, BAK R 45 II/67, p. 339. Die NLC betonte am 7.10.1931: »Die Hoffnung und das Ziel der Deutschen Volkspartei, das Kabinett Brüning von allen parteipolitischen Rücksichten zu lösen, sind als gescheitert zu betrachten. Deshalb hat es nach unserem Dafürhalten keinen Zweck, mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen«. Am 7.10.1931 erfolgte die Demission des Kabinettes Brüning I, siehe dazu und zur Neubildung der Regierung Dok. Nr. 93, Anm. 6. In einer Rede im Reichsklub am 11.10.1931 erklärte Dingeldey, er habe dem Reichskanzler erklärt, daß er das Kabinett Brüning II für schwächer als das Kabinett Brüning I halte, siehe BAK NL Dingeldey 7, p. 143ff.

92.

5. Dezember 1931: Sitzung des Reichsausschusses in Hannover

NLC vom 8.12.1931, Nr. 237. Überschrift: »Der Kurs der Deutschen Volkspartei. Sitzung des Reichsausschusses der D.V.P.«.

Die Sitzung dient der Vorbereitung der Tagung des Zentralvorstandes.[1] *Dingeldeys Ausführungen über den Kurs der Partei und aktuelle Tagesfragen werden zustimmend aufgenommen. Die Aussprache ergibt, daß die Partei ihre politische Arbeit in Geschlossenheit fortsetzen und eine selbständige Opposition gegen die derzeitigen Regierungen im Reich und in Preußen führen wird.*

93.

6. Dezember 1931: Sitzung des Zentralvorstandes in Hannover

NLC vom 8.12.1931, Nr. 237. Überschrift: »Der Kurs der Deutschen Volkspartei. Die Tagung des Zentralvorstandes«.

Dingeldey eröffnet die mit nahezu 400 Vertretern stark besuchte Sitzung und hebt die große Bedeutung der Tagung hervor.

Abg. Dingeldey führte in seinem mit großer Spannung entgegengenommenen, mehr als zweistündigen Vortrage aus, daß das Ringen der Geister von jeher die Reihen der Nationalliberalen Partei und der Deutschen Volkspartei am stärksten erfaßt hat. Dr. Stresemann hat das erlebt, als er hier in Hannover 1924 um die Einigkeit der Partei gekämpft hat[1] und dazu aufforderte, das Kleine, das uns in der Auffassung der Einzeldinge trennen kann, klein zu werten, groß aber zu betrachten, was uns einigt und den besten Traditionen des deutschen Bürgertums entspringt. So ist es immer gewesen. Heute aber ist diese Aufgabe größer und gefährlicher als früher. Es handelt sich um die Frage der gemeinschaftsbildenden Kraft, nicht nur in der Partei, sondern auch im Staate. Die Spannungen im Innern sind drohend angewachsen. Nach den Wahlen von 1930 hätte man die Sieger der Wahlschlacht zur Verantwortung zwingen sollen[2] (Stürmischer Beifall). Man ist diesem Risiko ausgewichen und hat damit neue Gefahren geschaffen (Zustimmung). Nicht durch Vertagungen von Entschlüssen, sondern durch Lösungen, bewußt und planmäßig, müßte die Verbindung zwischen Volk und Staatsführung hergestellt werden. Reichskanzler Dr. Brüning hatte ein großes Kapital von Vertrauen auf seiner Seite. Ein Führer wie Hitler besitzt seine Zugkraft

[1] Siehe Dok. Nr. 93.

[1] Zu Stresemanns Auseinandersetzung mit der Nationalliberalen Vereinigung auf der Zentralvorstandssitzung vom 28.3.1924 siehe Dok. Nr. 55.

[2] Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14.9.1930, in der die NSDAP einen großen Wahlerfolg erzielte, siehe Dok. Nr. 86, Anm. 5.

in einem fast mystischen Glauben der Massen. Das ist es, was ihm den Anhang sichert, nicht die Klarheit irgendeines Programms (Beifall). Dem Kanzler fehlte trotz aller Teilerfolge die Planmäßigkeit und innere Kraft der Maßnahmen. Das System der Notverordnungen trieb Millionen in die Arme des Radikalismus. Historisch war der Auszug der nationalen Opposition aus dem Parlament der größte Fehler der letzten Entwicklung[3] (Sehr richtig!). Herr Hugenberg hat sich gerühmt, daß er 1930 bewußt seine Parteieinheit geopfert hat.[4] Umgekehrt wäre es richtiger gewesen, eine große Partei positiv einzusetzen (Sehr wahr!). Die Sozialdemokratie mag vieles in Kauf genommen haben, bestehen aber bleibt, daß ein wirtschaftlicher und staatlicher Aufbau nicht mit den Kräften erfolgen kann, die für das, was wir am heutigen Zustand beklagen, verantwortlich sind (Beifall). Nun ist das Vertrauenskapital verwirtschaftet. Es verstärkt sich die Forderung, große Massen aus der aufwühlenden Atmosphäre der Opposition in die Verantwortung zu führen.[5] Wir sind nicht kurzsichtig gegenüber den Risiken, die darin bestehen, die aber nicht kleiner werden, wenn der notwendige Entschluß zu spät kommt (Zustimmung). Nicht Sympathie und Antipathie sollen Politiker leiten. Schließlich sind doch auch die Millionen der radikalisierten Massen Fleisch von unserem Fleisch, Menschen, um die der Staat und um die wir ringen müssen (Sehr wahr). Dabei ist klar herauszustellen: Unser Entschluß, in die Opposition zu gehen, war nicht aus der Gebundenheit oder Abhängigkeit zu irgendwelchen Interessengruppen entstanden[6] (Beifall). Ich werde niemals

---

[3] Der Reichstag hatte am 10.2.1931 Änderungen in der Geschäftsordnung beschlossen, mit dem Ziel, den Mißbrauch des Interpellationsrechts und der namentlichen Abstimmungen einzuschränken, auch das Ordnungsrecht wurde verschärft, siehe VRT, Bd. 444, S. 860ff.; Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 234. Die Abgeordneten von DNVP und NSDAP hatten daraufhin den Reichstag verlassen und boykottierten seit dem 10.2.1931 die Plenarsitzungen, siehe Pünder, S. 87f.; Brüning, S. 255ff.

[4] Bei der Abstimmung über die Aufhebung der ersten Notverordnung des Kabinetts Brüning I am 18.7.1930 im Reichstag kam es zur Spaltung der DNVP-Fraktion, aus der wenige Tage später 27 Abgeordnete (u.a. Bazille, Graf Westarp, M. Wallraf) ausschieden, siehe Dok. Nr. 83, Anm. 2, 3.

[5] In der Fraktionssitzung vom 16.10.1931 hatte Dingeldey über seine Gespräche mit Göring und Hugenberg berichtet, »es seien von einer Rechtsregierung weder Experimente auf dem Gebiete der Außenpolitik, noch der Sozialpolitik, noch der Handelspolitik zu erwarten. Als Außenminister sei der Botschafter von Neurath in Aussicht genommen [...] Hitler habe gestern abend der Fraktion der Nationalsozialisten erklärt, daß sie in einer neuen Regierung sozialpolitische Maßnahmen einführen müsse, die sie bisher bekämpft habe. Als Kanzler sei an eine neutrale Persönlichkeit gedacht. Die Nationalsozialisten nehmen für sich nur Reichswirtschaftsministerium und Reichsinnenministerium in Anspruch. Komme es aber nicht zu einer Rechtsregierung, dann ist allem Volke klargemacht, daß diese Kräfte rechts von uns zu einer Regierungsbildung unfähig sind. Scheitert die Rechtsregierung, dann muß diese Haltung des Zentrums gebrandmarkt werden«, BAK R 45 II/67, p. 344.

[6] Zur Neubildung der Regierung Brüning am 10.10.1930 siehe Kabinette Brüning I/II, S. XXIXf.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 431ff.; Schulz, Demokratie, Bd. 3, S. 548f. Zu dem Schritt der DVP in die Opposition siehe Dok. Nr. 91, Anm. 2; zum erheblichen Druck der schwerindustriellen Kreise auf die Partei siehe die bei Döhn, S. 440f. abgedruckte Aufzeichnung Otto Steinbrinks für Friedrich Flick sowie Hermann Weiß/Paul Hoser, Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, München 1989, S. 143ff.; Neebe, S. 103f. Am 10.10.1931 trat Hans v. Eynern aus Protest gegen Dingeldeys Kurs aus der Partei aus (siehe seinen Artikel »Notrecht und Parteien«, »Berliner-Börsen-Courier«, 24.10.1931, Nr. 497). In einer Sitzung der Reichstagsfraktion vom selben Tag sprach sich eine starke Minderheit um v. Kardorff und Kalle dagegen aus, dem

eine politische Entscheidung treffen, die ich nicht vor meinem eigensten Gewissen verantworten kann (Lebhafter Beifall). Das müssen Sie Ihrem Führer glauben (Stürmische Beifallskundgebungen). Auch die außenpolitischen Aufgaben sprechen für unsere Auffassung. Es darf darin keine andere Entscheidung geben als die völlige Loslösung von den außenpolitischen Zahlungen, solange wir um unser Leben ringen.[7] In der Abrüstungsfrage ist unser nationales Ehrgefühl mitverpflichtet.[8] Vielleicht vollziehen sich im Zusammenhang auch mit den wirtschaftlichen Veränderungen der Welt die politischen Umlagerungen schneller, als es zunächst scheinen konnte. Der seelische Abwehrkampf unseres Volkes gegen die französische Machtpolitik wird uns nicht erspart bleiben. Diese moralische Widerstandskraft zu mobilisieren, ist notwendig. Das wird nicht gelingen mit den Faktoren des Pazifismus oder der internationalen Einstellung (Beifall). Außenpolitische Verhandlungen werden nur dann Klarheit schaffen und von Bestand sein, wenn sie von denen mitverantwortet werden, die heute die Massen in die Opposition gegen den Staat führen. So sprechen auch diese Gründe für unsere politische Haltung. Wir würden gern auch die Partei als Opfer auf dem Altar der Politik niedergelegt haben, wenn dieser Einsatz sich durch einen sicheren Erfolge gelohnt hätte. Niemand aber wird sagen, daß er diesen festen Glauben daran besaß. Ich habe auf die Frage des Kanzlers, ob ich sein zweites Kabinett stützen wolle, in der bekannten Weise geantwortet.[9] Ich glaube, Sie werden es verstehen, daß es Entscheidungen gibt, die es nicht vertragen, daß erst die Meinungen aller möglichen Instanzen eingeholt werden (Stürmische Beifallsbekundungen). Nichts mußte widerlicher wirken als die Behauptung einer gewissen Presse, meine Haltung sei von dem Wunsche bestimmt gewesen, Minister zu werden. Solche Anträge sind an mich gewiß wiederholt gestellt worden, aber ich habe geantwortet, daß ich eine zu hohe Auffassung von meinem Führeramt in der Partei habe, um auf solche Gedanken einzugehen. Es war also nicht unser Wunsch, in die Opposition zu Brüning zu treten; wir wären lieber an seiner Seite geblieben, wenn dafür die Voraussetzungen vorhanden waren.

Über die Vorgänge innerhalb der Partei äußerte sich der Parteiführer dahin, daß es ganz natürlich sein mußte, daß die Entscheidung vom 16. Oktober heiß umstritten wurde; daß ein völlige Einmütigkeit nicht hergestellt worden ist, ist beklagenswert.[10]

Reichskanzler die Unterstützung zu entziehen, siehe BAK R 45 II/67, p. 341 f. Die Wortführer des rechten Flügels der Fraktion forderten Dingeldey daraufhin auf, disziplinarische Maßnahmen – bis hin zum Parteiausschluß – gegen die Dissentierenden zu treffen, siehe die Schreiben von Hugo (12.10.1931) und Hembeck (13.10.1931) an Dingeldey, BA NL Dingeldey 73, p. 41 ff. Siehe auch Anm. 10.

[7] Zum Hoover-Moratorium, das ein internationales Schuldenfeierjahr vom 1.7.1931–30.6.1932 vorsah, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 389, 390, 444; Link, S. 500; Kent, S. 225; Krüger S. 544 f.

[8] Die Abrüstungskonferenz wurde am 2.2.1932 in Genf eröffnet, siehe Schultheß 1932, S. 444. Zu Verlauf und Ergebnis siehe Krüger, S. 546 ff.; Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980, S. 237 ff.; Sten Nadolny, Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler, München 1978.

[9] Siehe Dok. Nr. 91, Anm. 2.

[10] Die Reichstagsfraktion hatte sich in einer dramatischen Sitzung am 16.10.1931 mit 20 zu 6 Stimmen für die Unterstützung eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung ausgesprochen, siehe BAK R 45 II/67, p. 345. In der Reichstagssitzung desselben Tages unterstützen 21 Abgeordnete

Das haben alle Freunde empfunden und darunter auch menschlich gelitten, Freunde, die vorbildliche Opfer und Leistungen für die Allgemeinheit gebracht haben. Der Parteiführer hat unter diesen Verhältnissen davon abgesehen, den Fraktionszwang zu empfehlen, aus eigener Verantwortung, ebenso, wie er seine Entscheidung gegenüber dem Reichskanzler auf seine Schultern genommen hat (Lebhafter Beifall). Jetzt kommt es darauf an, Einheit und Geschlossenheit für das künftige Ringen in der Politik herzustellen. Darüber soll der Zentralvorstand ein politisches Bekenntnis ablegen.

Welcher Kurs? Die Deutsche Volkspartei darf nicht in Abhängigkeit von anderen Bewegungen kommen oder ihren eigenen Weg aufgeben (Stürmischer Beifall). Daraus spricht nicht parteipolitische Engherzigkeit, sondern der Glaube, daß wir zwar vorübergehend kleiner an Zahl, aber stärker im Widerstand werden, daß in unserer Partei Kräfte vorhanden sind, die erhalten werden müssen, weil Volk und Staat ohne diese geistigen und sittlichen Werte um vieles ärmer werden müßten. Die Auseinandersetzung Hugenbergs mit den Nationalsozialisten zeigt deutlich genug, wohin es führt, wenn man sich an eine andere Bewegung anhängen will. Nüchternheit und Besonnenheit bewahrt sich eine Partei nur dann, wenn sie jede Verflechtung solcher Art ablehnt (Beifall). Auch künftige Koalitionen und Konstellationen werden nur fruchtbar sein, wenn sie von selbständigen Faktoren gebildet sind. Wir denken nicht daran, die weiße Fahne aufzuziehen. Wir wissen aber, daß das nationale Bürgertum gestärkt werden muß. Das ist eine mahnende Sprache an alle, die es angeht. Das Schicksal dieses Bürgertums wird in den nächsten Monaten entschieden. Nicht Bündnisse und künstliche Formulierungen, sondern nur die großzügige Erkenntnis der gesamten Lage kann hier richtunggebend sein. Wir sind bereit, an einer solchen Entwicklung mitzuarbeiten mit dem Ziele, unser eigenes Wesen herauszustellen in dem künftigen Aufbau des Staates und der Politik. Die Reichstagsfraktion hat in einer langen Arbeitswoche sich selbst Klarheit zu schaffen versucht, wie sie zu der Fülle der Probleme stehen wird.[11] Wir sehen überall schwere Gefahren, auch in Gestalt der Krise, die in den Bindungen zwischen Beamtentum und Staat entstanden ist. Notwendigen Maßnahmen kann sich heute niemand entziehen, aber auch das Notwendige muß gerecht und wirksam sein. Hier auf diesem Gebiet, aber auch bei einer Reihe anderer Fragen, sehen wir den Beginn der Zerstörung des Rechtsbegriffs, der für das öffentliche Leben höchst gefährlich ist (Zustimmung). Unsere neue taktische Front fordert eine einheitliche selbständige Haltung der Partei. Sie wird nicht die Formen der Opposition von rechts und links annehmen. Sie bedeutet aber eine klare Frontstellung gegen die Regierung. Es ist der beste Gedanke Stresemannscher Politik, den wir vertreten, wenn wir alle Kräfte heranholen wollen für den Staat (Lebhafter Beifall). Die Partei wird in neuer Politik ihre alten Gedanken aktivieren. Das ist unsere Aufgabe in einer Zeit, die auf so vielen Gebieten eine Umwertung der Werte

der DVP die von KPD, NSDAP und DNVP gestellten Mißtrauensanträge, während 5 dagegen votierten (Glatzel, Kahl, Kalle, v. Kardorff, Thiel); 3 Abgeordnete (Curtius, Moldenhauer, Schneider) fehlten bei der Abstimmung, 1 (Dauch) war beurlaubt, siehe VRT, Bd. 446, S. 2239. Nach dieser Sitzung vertagte sich der Reichstag auf den 23.2.1932.

[11] Auf Initiative Dingeldeys hatte die Reichstagsfraktion zur »Fundamentierung ihrer Mitarbeit im Zeichen einer sachlichen Opposition« vom 23.–27.11.1931 eine Arbeitstagung abgehalten, auf der die zentralen innen- und außenpolitischen Themen behandelt worden waren, siehe BAK R 45 II/68, p. 49.

zeigt. Der Redner schloß mit einem dringenden Appell, auf dem Posten zu sein für die Sache der Partei und des Vaterlandes, einig zu sein im festen Willen. Denn: Klarheit ist wertvoll, wenn hinter ihr die Einheit steht (Stürmischer, minutenlanger Beifall. Die Versammlung bereitet dem Parteiführer eine große Ovation).

Aussprache

An den Vortrag des Parteiführers schloß sich eine mehrstündige Aussprache, die von allen Seiten mit großem Ernst und unter Abwägung der verschiedensten politischen Gesichtspunkte und Forderungen geführt wurde. Es beteiligten sich daran: Dr. Rode (Schleswig-Holstein), Exz. Dr. Schnee, M.d.R., Senatspräsident Caspari (Berlin), Otto Thiel, M.d.R., Stadtverordneter Landgrebe (Frankfurt, M.d.R), Oberbürgermeister von Hansemann (Flensburg), Dr. Schneider, M.d.R., Justizrat Dahn (München), Otto Hembeck (Lüdenscheid), Hintzmann, M.d.R., Dr. Boehm, M.d.L., Abg. Niepoth, Haas (Nürnberg), Kuhbier (Duisburg), Justizinspektor Beeres (Frankfurt a.M.), Frau Dr. Brökelchen-Kemper (Goslar), Dreher Porrmann (Dresden), Malermeister Bayer (Waldenburg), M.d.L., Frau Dr. Matz, M.d.R.

Der Parteiführer Abg. Dingeldey nahm zu den Ausführungen der Debattenredner und zu den vorgelegten Anträgen in einer zweiten Rede Stellung. Er bekannte sich zu dem Standpunkt, daß die am 16. Oktober eingeleitete Politik der Reichstagsfraktion auch in der Diskussion als ein Faktum anerkannt worden ist, an dem nichts geändert werde und das konsequent durchgeführt werden muß. Wenn die Nationalsozialisten vielleicht schon in aller Kürze, nachdem die Sozialdemokratie sich von der Regierung gelöst habe, vor die Frage der Verantwortung gestellt werden[12], so ist das die Folge einer Kräfteverschiebung, die in anderen Ländern nicht als eine tragische Angelegenheit, sondern als ein selbstverständlicher politischer Vorgang empfunden würde. Die Deutsche Volkspartei wird niemals engherzig sein können. Es geht aber nicht an, daß Mitglieder ihre eigene Partei in der gegnerischen Presse angreifen. Wir haben uns heute offen ausgesprochen. Nun liegt der Kurs fest. Auch Duldung und Toleranz haben ihre Grenzen. Deshalb erwartet die Parteileitung, daß etwa abweichende Ansichten nur noch innerhalb der Partei und auf der Linie der Partei zum Austrage kommen. Die Versammlung begleitete diese Ausführungen mit einem minutenlangen Beifallssturm, um ihren Willen für die Fortführung einer einheitlichen und geschlossenen Parteiarbeit zu unterstreichen.

Mit 344 zu 14 Stimmen wird folgende Entschließung verabschiedet:

»Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Ausführungen des Parteiführers über die politische Lage und den Kurs der Partei. Er spricht dem Parteiführer sein volles Vertrauen aus. Der Zentralvorstand ist der Auffassung, daß die Rettung Deutschlands aus seiner heutigen bedrängten Lage nur in Abkehr von der Sozialdemokratie erfolgen kann. Er hält die Bildung einer auf die breiten nationalen

[12] Im Herbst 1931 waren sich Brüning, Groener und Schleicher in dem Versuch einig, die NSDAP aus ihrer radikalen Oppositionshaltung herauszuführen; Prämisse sollte die Zustimmung Hitlers zu einer Wiederwahl Hindenburgs sein, siehe dazu Brüning, S. 391, S. 460ff.; Vogelsang, S. 135ff., Schulz, Demokratie, Bd. 3, S. 721ff.

Kräfte des deutschen Volkes gestützten Reichsregierung für dringendes Erfordernis. Aus dieser Erkenntnis steht die Deutsche Volkspartei unter Wahrung ihrer Selbständigkeit nach allen Seiten in entschlossener Opposition zu der gegenwärtigen Reichsregierung und zu der Regierung in Preußen. Von allen Gliederungen der Partei fordert der Zentralvorstand straffe Zusammenarbeit, von der Reichstagsfraktion in allen wichtigen politischen Entscheidungen Einheit und Geschlossenheit als Vorbedingung jeden Erfolges«.

Ebenfalls angenommen wird ein Antrag Schneider (Schutz der Währung und des selbständigen Unternehmertums; Inangriffnahme der Haushaltskonsolidierung vor einer Regelung der Tributfrage[13]*).*

94.

28. Februar 1932: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 1.3.1932, Nr. 43. Überschrift: »Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei«.

Den Bericht über die politische Lage gab der Parteiführer Abg. Dingeldey in mehrstündiger, oft mit stürmischer Zustimmung begleiteter Rede. Die nächste Aufgabe der deutschen Politik, die die besondere Förderung und Unterstützung durch die Deutsche Volkspartei verlangt, ist die Durchsetzung der Wiederwahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten.[1] Es wäre Sache der gesamten Rechten gewesen, sich von Anfang an und ohne Bedingungen für diese Wahl einzusetzen.[2] Wenn das nicht geschehen ist, so hat sie in einem historischen Augenblick ein Versäumnis begangen, das sich bitter rächen kann. Das politische Ziel des veränderten Kurses, das vom nationalen Deutschland verkündet wird, muß erreicht werden durch den Kampf im Parlament, nicht aber durch einen Druck von den Parteien auf das Reichsoberhaupt. Die Wahl Hindenburgs soll eine Volkssache sein und

[13] Der Wortlaut des Antrags ist abgedruckt in: NLC 8.12.1931, Nr. 237.

[1] Die Amtszeit Hindenburgs lief am 27.4.1932 aus. Da die auch von der DVP unterstützten Versuche Brünings, eine parlamentarische Verlängerung der Amtsperiode zu erreichen, an der ablehnenden Haltung von Hitler und Hugenberg scheiterten (siehe Kabinette Brüning I/II, S. LVIIIf., Dok. Nr. 622, 626, 629; Brüning, S. 502–514; Dorpalen, S. 248 sowie die Unterredung Dingeldeys mit Hitler am 9.1.1932, BAK NL Dingeldey 37, p. 26f.), rief am 1.2. der »Hindenburg-Ausschuß« unter Führung des parteilosen Berliner Oberbürgermeisters Heinrich Sahm zur Wahl Hindenburgs auf, siehe Schultheß 1932, S. 21f. Am 27.2.1932 sprach sich auch der sozialdemokratische Parteivorstand für eine Unterstützung Hindenburgs aus, siehe ebd., S. 50. Zur Vorbereitung der Wiederwahl Hindenburgs siehe Vogelsang, S. 147ff.; Schulz, Demokratie, Bd. 3, S. 704ff.; Erich Matthias, Hindenburg zwischen den Fronten. Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932, in: VfZ 8 (1960), S. 75–84; zur Haltung der SPD siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 479ff.; Schulze, S. 719f.

[2] Die DNVP und der Stahlhelm hatten am 22.2.1932 mit Theodor Duesterberg, dem zweiten Bundesvorsitzenden des Stahlhelm, einen eigenen Kandidaten aufgestellt, siehe Berghahn, S. 195ff.; ders., Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Präsidentschaftswahlen 1932, in: VfZ 23 (1965), S. 64–82. Am selben Tag erklärte auch Hitler seine Kandidatur, siehe Schultheß 1932, S. 28.

nicht eine Angelegenheit von Parteien. Die Haltung der Deutschen Volkspartei zeigt, daß man mit guten Gründen und mit aller Entschiedenheit gegen das Kabinett Brüning stehen und doch für die Wiederwahl des Reichspräsidenten mit aller Hingabe und Entschiedenheit eintreten kann. Gerade deshalb aber war die Geschlossenheit der Reichstagsfraktion in diesem Augenblick eine Notwendigkeit von staatspolitischer Bedeutung.[3] Davon sind ihre Beschlüsse bestimmt worden. Die gleiche Geschlossenheit wird von allen Gliederungen der Partei gefordert, verbunden mit einem entschiedenen Schnitt gegenüber solchen Kräften, die die Partei zerstören wollen.

Die Deutsche Volkspartei ist für ein loyales Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen und anderen bürgerlichen Parteien gegen die verderblichen Ziele und Erscheinungen unserer Tage. Sie wird aber nicht bereit sein, die weiße Fahne der Kapitulation aufzuziehen. Wo es hinter dem Rücken der Parteileitung versucht worden ist, die eigene Organisation in ein anderes Lager hineinzuführen, wird sie hart entschlossen sein, alle Maßnahmen dagegen rücksichtslos zu treffen. Die Herren Hembeck und Schütz haben sich durch ihr Verhalten von selbst aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen.[4] Eine Zusammenfassung der staatspolitisch wertvollen Kräfte der bürgerlichen Auffassung und der wirtschaftlichen Vernunft wäre das Beste, was heute geschehen kann. Dazu sind wir bereit, das ist aber für uns nur möglich unter Aufrechterhaltung unseres eigenen inneren Wesens. Das Gefühl der nationalen und liberalen Weltanschauung, das uns verbindet, wird immer stärker sein als alle Machenschaften, die sich gegen uns richten, als alle Angriffe, die gegen uns erhoben

[3] Am 13.12.1931 hatte Dingeldey vor der Fraktion ausgeführt: »Das Verbleiben Hindenburgs im Amt ist staatspolitische Erforderung ersten Ranges. Nur diese Wahl bewahrt Deutschland vor schwersten innen- und außenpolitischen Gefahren [...] Die Verhandlungen des Reichskanzlers waren ungeschickt. Hitler wäre anfangs für die Kandidatur Hindenburgs zu haben gewesen, er ist erst unter Druck zu einem anderen Entschluß gekommen [...] Im Zentrum ist der Wind umgeschlagen; das Zentrum bleibt in der Linkskoalition. Der Reichskanzler ist entschlossen, unter keinen Umständen freiwillig seinen Platz zu räumen. Das Entscheidende wird sein ein Steckenbleiben Brünings auf halbem Wege in seiner Außenpolitik. Die SPD wird ihn zum Nachgeben zwingen. Die Finanz- und Kassenlage wird wiederum zu untragbaren Eingriffen führen. Die NSDAP wird nicht vor die Verantwortung gestellt werden und weiter wachsen. Die Frontverbände lehnen es ab, Hindenburg zu unterstützen. Das ist eine ungeheuer ernste Situation. Hindenburg erscheint nunmehr als Kandidat der Brüningregierung. Es wird einen Wahlkampf geben, der mindestens den großen Namen Hindenburgs in die Drecklinie bringt. Der Ausgang ist zahlenmäßig sehr zweifelhaft. Für die DVP steht bedingungslos das Ziel Hindenburg fest«, BAK R 45 II/67, p. 354f. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion unterstützte die Haltung Dingeldeys.

[4] Der Generalsekretär des Landesverbandes Westfalen-Süd, Peter Schütz, hatte – unterstützt von Erich v. Gilsa – Anfang Januar 1932 Verhandlungen mit Hugenberg mit dem Ziel einer Fusion von DVP und DNVP eingeleitet. Bei einem Treffen Dingeldeys mit Vertretern der Rheinisch-Westfälischen-Arbeitsgemeinschaft der Partei am 28.1.1932 stellte Dingeldey heraus, daß Hugenberg nicht an einem gleichberechtigten Zusammenschluß, sondern nur an einer Absorption der DVP gelegen sei, siehe das Schreiben von Kuhbier an Jarres vom 2.2.1932, BAK NL Jarres 42. Anfang März trat daraufhin unter Führung von Hembeck der gesamte Wahlkreisverband Westfalen-Süd zur DNVP über; darüber hinaus kehrten auch weitere einflußreiche westfälische Mitglieder der Partei den Rücken, so u.a. die früheren Reichstagsabgeordneten v. Gilsa und Hueck sowie der Vorsitzende der westfälischen Jugendorganisation, Hermann Klingspor; siehe auch Horst Romeyk, Die Deutsche Volkspartei im Rheinland und in Westfalen, in: Rheinische Vierteljahresblätter 39 (1975), S. 189–236 (hier: S. 219ff.).

werden, als alle Resignation, die das Bürgertum zeitweise zu erfassen droht. Wenn die Deutsche Volkspartei ihr Dasein nur aus den Bedingungen der Tagespolitik schöpfen wollte, dann wäre sie längst erledigt, aber weil sie bestimmte innere Überzeugungen vertritt, auf Gesinnungen gebaut ist, weil sie Werte bewahrt, die aus der Geschichte geboren sind, wird sie sich über ungünstige Tagesströmungen hinweg behaupten. Die Fraktion und die Partei im Lande müssen fest zusammenstehen, um der neuen politischen Entwicklung, die schneller einsetzen wird, als man vor wenigen Wochen noch glauben wollte, gerüstet gegenüberzustehen. Das Ausscheiden der Herren Dr. Curtius und von Kardorff aus der Fraktion war nach Lage der Dinge unvermeidlich.[5] Die Fraktion bleibt den Herren für ihre Verdienste aufrichtig dankbar, ihr Ausscheiden hinterläßt keine persönliche Bitterkeit. Jetzt aber gilt es, die Augen nach vorwärts zu richten und für eine Sache sich mit Kraft und Entschlossenheit einzusetzen, die für Staat und Volk eine Notwendigkeit bleibt.

Die Versammlung dankte dem Parteiführer durch eine stürmische Ovation des Dankes und des Beifalls. An der Aussprache beteiligten sich Redner aus allen Teilen des Reiches. Es gelangte zum Ausdruck, daß sämtliche Wahlkreise entschlossen sind, die Einigkeit der Partei aufrechtzuerhalten und die Politik der Reichstagsfraktion zu vertreten. Insbesondere wurde vom Wahlkreise Baden[6] erklärt, daß er von dem festen Willen erfüllt bleibt, alle Kräfte anzuspannen und treu mit der Deutschen Volkspartei zu arbeiten. Das entschiedene Vorgehen der Parteileitung gegen die Treibereien in Westfalen-Süd werde das erleichtern. Mit besonderem Nachdruck sprachen die Redner des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ihre Entrüstung über dasjenige aus, was in Dortmund von einzelnen Führern versucht, aber an der Treue der großen Mehrheit der dortigen Parteifreunde gescheitert ist. Der Grundton der Aussprache war, die Partei durch straffe Einheit für die kommenden Aufgaben zu stärken und dabei keine persönlichen Rücksichten zu üben.

Im Hinblick auf die Vorgänge in Westfalen-Süd stellte der Reichsausschuß einstimmig fest: »Wer ohne Wissen und Auftrag der Parteileitung über Zusammenschluß von Organisationen der Deutschen Volkspartei mit anderen Parteien verhandelt oder gar dazu auffordert, stellt sich dadurch außerhalb des Rahmens der Partei«.

---

[5] In einer dramatischen Sitzung am 22.2.1932 war die Fraktion mit 17 gegen 3 Stimmen (v. Kardorff, Curtius, Schneider) dem Vorschlag Dingeldeys gefolgt, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning einzubringen, siehe RTDrs., Bd. 452, Nr. 1362 vom 23.2.1932. Trotz der Warnung v. Kardorffs vor dieser »Selbstmordpolitik« wurde am 25.2.1932 Fraktions- und Anwesenheitszwang beschlossen und auf Vorschlag Dingeldeys protokollarisch festgehalten, »daß, wer sich ohne genügende Begründung nicht an der Abstimmung im Sinne der Fraktion beteiligt, sich damit außerhalb der Fraktion stellt«. Kardorff stellte darauf fest, »daß er der Fraktion das Recht bestreite, einen solchen Beschluß zu fassen«, BAK R 45 II/67, p. 362f., 367f. In der Abstimmung vom 26.2.1932 im Reichstag wurden gegen die Stimmen auch der DVP alle Mißtrauensanträge abgelehnt, nur Curtius und v. Kardorff blieben unentschuldigt der Abstimmung fern (Dauch, Glatzel, Kahl, Hugo, Schnee, Schneider, Scholz und Thiel waren beurlaubt oder fehlten wegen Krankheit), siehe VRT, Bd. 446, S. 2462. Dingeldey stellte daraufhin am Abend des 26.2.1932 in der Fraktion fest, daß »die Abgeordneten Dr. Curtius und v. Kardorff wegen Nichtteilnahme an der Abstimmung der Fraktion nicht mehr angehören«, ebd., p. 371. Am folgenden Tag teilte Dingeldey v. Kardorff und Curtius brieflich ihren Ausschluß aus der Fraktion mit, siehe BAK NL v. Kardorff 16, p. 58; NL Dingeldey 57, p. 34.

[6] Die DVP in Baden wurde im Reichstag von Julius Curtius vertreten, siehe auch Anm. 5.

Der weitere Inhalt der Beratungen galt den Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl, die mit allen Kräften unterstützt werden soll, ebenso der Vorbereitung der kommenden Preußenwahlen.[7] Für die Hindenburgwahl wurde ein besonderer Aufruf des Reichsausschusses und des Parteivorstandes beschlossen.[8] Der Parteiführer Abg. Dingeldey schloß die Beratungen mit der Feststellung, daß der Reichsausschuß sich mit imposanter Einmütigkeit in dem Willen vereinigte, die Partei aus allen Schwierigkeiten heraus gestärkt zu erhalten und sie für die kommenden Aufgaben fähig und kampfbereit werden zu lassen.

95.

19. Juni 1932: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

Sonderausgabe der NLC vom 20.6.1932, Nr. 115. Überschrift: »Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei«.[1]

Dingeldey eröffnet die Sitzung und gedenkt der verstorbenen Mitglieder des Zentralvorstandes; besonders eingehend würdigt er die Verdienste Kahls und Rießers.

Der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, ergriff sodann das Wort zu seinem mit großer Spannung aufgenommenen Vortrage über den Aufmarsch der Parteien zum Reichstagswahlkampf.

Er führte u. a. aus: Der Ablauf der politischen Dinge ist von uns vorausgesehen worden und dann doch unerwartet schnell vor sich gegangen.[2] Die Hoffnung auf eine schnelle Schicksalswende wurde immer weiter hinausgeschoben. Es kam dazu die Verkettung der Not Deutschlands mit der Notlage der ganzen Welt. Was heute deut-

[7] Die Wahlen zum preußischen Landtag fanden am 24.4.1932 statt, zum Wahlergebnis siehe Dok. Nr. 95, Anm. 14.

[8] Siehe dazu den »Aufruf der Deutschen Volkspartei zur Hindenburgwahl«, NLC 1.3.1932, Nr. 43.

[1] Das stenographische Protokoll der gesamten Zentralvorstandssitzung fehlt im Bestand BAK R 45 II, hingegen findet sich im NL Dingeldey das Wortprotokoll seiner eigenen Rede (BAK NL Dingeldey 7, p. 166–198; Überschrift von unbekannter Hand: »Rede Dingeldeys auf dem Zentralvorstand 19.6.32«). Vermutlich handelt es sich um ein Teilstück des verlorenen stenographischen Gesamtprotokolls dieser Zentralvorstandssitzung. Der Vergleich von Dingeldeys stenographisch aufgenommenen Darlegungen mit der Wiedergabe seiner Rede in der NLC ergibt, daß in der NLC die Grundgedanken von Dingeldeys Rede angemessen referiert sind; deshalb wird hier der (kürzere) Text abgedruckt.

[2] Nach dem Rücktritt der Regierung Brüning II am 30.5.1932 war am 1.6.1932 eine »Regierung der nationalen Konzentration« unter Reichskanzler Franz von Papen (Zentrum) gebildet worden, siehe Kabinett Papen, S. XIX ff.; Schulz, Demokratie, S. 877 ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 612 ff. Da für das neue Kabinett eine Mehrheit im Reichstag nicht vorhanden war, löste der Reichspräsident den Reichstag auf; am 2.6.1932 bestimmte das Kabinett den 31.7.1932 als Wahltermin, siehe Kabinett Papen, Dok. Nr. 2. Der Reichstagswahlkampf wurde nach der Aufhebung des SA-Verbots am 16.6.1932 von zahlreichen blutigen Zwischenfällen überschattet, siehe Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge 1983, S. 123 ff.

sche Staatsmänner immer tun werden: Ohne Stresemanns Werk wäre nichts möglich. Innerpolitisch hat Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit seinen [!] Siegeszug in stürmischem Tempo vollzogen. Wir suchten, ob unter der Oberfläche der Bewegung Kräfte vorhanden seien, die ein seelisches Heilmittel werden könnten. Das ist das Thema, das uns bedrückt: Kann aus dieser gärenden Zeit irgendwo und irgendwie etwas gefunden werden, das für die Gesundung unserer Verhältnisse auszunutzen ist? Was von den Nationalsozialisten an praktischen Taten vorliegt, ist in seiner Summe eine einzige Widerlegung der Möglichkeit, auf diesem Wege vorwärts zu kommen. Nicht nur das Jungvolk, sondern auch Millionen aus dem bürgerlichen Lager haben alle Überlieferungen über Bord geworfen zugunsten einer kurzfristigen Diesseitsreligion. Darin ist sowohl das Negative wie das Positive ausgedrückt. Auf den Taumel des neuen Glaubens wird das furchtbare Erwachen folgen. Der Zusammenbruch steht als Warnung hinter diesem Siegeszug. Seit dem Zentralvorstande in Hannover[3] haben wir den Gedanken entwickelt, daß eine Politik des Reiches, die mit äußeren Mitteln an diesen Kräften vorbeigehen will, in kurzer Frist zu Erschütterungen führen werde. Damit haben wir die traurige Entwicklung vorausgesagt. Gerade weil wirtschaftliche Lösungen von durchgreifender Kraft jetzt unmöglich sind, mußte es darauf ankommen, das seelische Ventil zu öffnen, damit der Kessel nicht zum Platzen kam. Man hat die Richtigkeit dieser Anschauung gelegentlich anerkannt, den Zeitpunkt der Befolgung aber von einer Etappe zur anderen verschoben. So müssen wir ausgehen von der Grundlage, daß infolge einer falschen Behandlung dieses Problems alles zerstört wurde und auf der Strecke blieb, was durch Besonnenheit und Sachkenntnis im bürgerlichen Lager jener Welle entgegenstand. Dafür trägt der verantwortliche Führer der Politik die geschichtliche Verantwortung. Das Bürgertum ist durch diese Methode zerstört worden, sein Schicksal ist ein allgemeines und beschränkt sich nicht auf eine einzelne Partei. Auch die letzte Gruppe, die sich dem entziehen wollte, wird dasselbe Schicksal sehr schnell erleiden.

Bei der neuen Kabinettsbildung erwies es sich von Anfang an als ein verhängnisvoller Weg, daß auch jetzt die klare Frage der Verantwortung an die Nationalsozialisten nicht gestellt wurde.[4] Das Kennzeichen der Kabinettsbildung ist, daß mit ihr irgendwelche Verantwortung von den Parteien nicht verbunden war. Das gilt leider auch

[3] Am 6.12.1931; siehe Dok. Nr. 93.

[4] Über seinen Empfang bei Hindenburg am Vormittag des 31.5.1932 berichtete Dingeldey der Reichstagsfraktion, er halte »für den gesündesten Weg den einer normalen parlamentarischen Mehrheitsbildung in Reich, Preußen, Ländern, d.h. Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten. Solche Mehrheit allerdings materiell sehr fragwürdig – weit entfernt von unseren Gedankengängen. Aber so müßte der Radikalismus aufgefangen werden. Von unserem Gesichtspunkt allerdings eher »Präsidialregierung« mit allen Vollmachten ausgestattet – also oberstes Gesetz: sachliche Notwendigkeit. Anderenfalls Kampf gegen Wirtschaft und entsprechende Auffassungen unserer Art. Für Präsidialregierung große Aufgaben: Verfassungsreform. Was beabsichtigt Reichspräsident? Darüber vermag Dingeldey nichts zu sagen. Bei Empfang hat Hindenburg fast nur gefragt. Dingeldey hat obige Gedankengänge dem Reichspräsidenten vorgetragen [...] Dingeldeys Eindruck, daß der Reichspräsident im Augenblick Auflösung ablehnt. Zentrum hat aktive Mitarbeit in Regierung abgelehnt. Reichspräsident will die Dinge im Reich und Preußen gleichzeitig lösen. Also praktisch nur Präsidialregierung homogener Männer mit Programm und Billigung durch rechte Hälfte. Ziemlich zuverlässig zu beurteilen. Nationalsozialisten sollen bereit sein, wenn baldigst Reichstagswahlen. Zentrum ist bereit, Möglichkeit des Arbeitens zu geben. Persönlichkeiten bestimmt noch nicht bekannt«, BAK R 45 II/67, p. 380.

von den Nationalsozialisten, die sich denn auch nicht scheuen, mit jedem Tage stärker ihre Unabhängigkeit von dem Kabinett zu betonen. Die Regierung Papen ist der kühne Versuch, das Überwuchern radikaler Strömungen durch starke nationale Mächte zu bannen. Um so notwendiger wäre es gewesen, die Fragestellung an die Nationalsozialisten vorhergehen zu lassen. Das Kabinett ist angetreten mit der Verkündung, daß es nach seinen Taten beurteilt werden will.[5] Das soll geschehen. Die wirtschaftlichen Notverordnungen bewegen sich in dem alten Geiste der Aushilfen, die sich schnell genug abgebraucht haben.[6] Entscheidend wird sein, ob Reformen eingeleitet werden, die sich zu einem wirklichen Programm entwickeln, das die sachlichen Notwendigkeiten durchsetzt. Bis heute haben wir nur Versprechungen. Eine Chance muß man ihm aber gewähren. Allerdings lehnen wir die Opposition um jeden Preis, die die Parteien der Weimarer Koalition angekündigt haben[7], ab. An der Entwicklung trägt das Zentrum ein großes Maß an Schuld.[8] In seiner Hand lag es, die organische Durchführung der innerpolitischen Notwendigkeiten zu erreichen, statt dessen hat es durch den Übergang zur schärfsten Opposition nach dem Sturze Brünings den Anlaß zur Neuwahl geschaffen, der das gesamte übrige Bürgertum in die schwersten Gefahren bringt. Zentrum, Staatspartei und Sozialdemokraten verkünden also den Kampf der Weimarer Koalition gegen die anderen Volksteile. Auf der anderen Seite steht die noch ungebändigte nationalsozialistische Bewegung. Dazwischen stehen die politisch uneinigen und wirtschaftlich schwer erschütterten Kräfte der bürgerlichen Parteien.

Was kann das Ergebnis des Wahlkampfes sein? Es kann den Sieg der Radikalen und die Zerstörung der Grundlagen von Staat, Wirtschaft und Kultur bedeuten. Hitler weicht in seinen Reden vor den Problemen der Gegenwart aus, hinter ihm stehen aber ganz andere, die in allen Grundfragen Anschauungen vertreten, die uns und der geschichtlichen Überlieferung entgegengesetzt sind.[9] Daraus ergab sich die

[5] Da der Reichstag aufgelöst war, wurde Papens Regierungserklärung vom 4.6.1932 im Rundfunk übertragen, siehe Schultheß 1932, S. 98f.; auf die scharfen Angriffe Papens antwortete die zurückgetretene Regierung Brüning II mit einer Gegenerklärung, siehe ebd., S. 99ff.

[6] Am 14.6.1932 erließ die Regierung Papen ihre erste Notverordnung »Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden«, siehe RGBl. 1932 I, S. 279–314. Die Notverordnung entsprach in ihren Grundzügen den Beschlüssen des Kabinettes Brüning II vom 18.5.1932, siehe Kabinette Brüning I/II, Dok. Nr. 752, verschärfte diese aber noch erheblich: So sollte eine Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung bereits nach 6 Wochen erfolgen, zudem erfolgte eine beträchtliche Kürzung der Sozialleistungen; siehe dazu auch die Erklärung der Reichsregierung zur Begründung der Notverordnung, Schultheß 1932, S. 109.

[7] SPD, Zentrum, BVP und DStP hatten dem Kabinett Papen – wie KPD, CSVD und WP – in den ersten Junitagen 1932 brüske Absagen erteilt, siehe Schultheß 1932, S. 95ff.

[8] Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, hatte Papen in einer Unterredung am Nachmittag des 31.5.1932 dargelegt, daß die Partei seiner Berufung nicht zustimmen könne, siehe Morsey, Zentrumsprotokolle II, Dok. 700, 701; Brüning, S. 607ff.; Ende der Parteien, S. 306ff.

[9] Dieser Gedankengang wurde von Dingeldey noch weiter ausgeführt: »Hinter diesem Führer, der den Gegenwartsfragen ausweicht, stehen die zahllosen anderen, deren Reden und Taten ganz deutlich Zeugnis dafür ablegen, daß sie in allen Grundfragen des innerstaatlichen Lebens, nämlich des Verfassungslebens, des Wirtschaftslebens und des Kulturlebens von einer Gedankenwelt ausgehen, die unsrigen, die überhaupt derjenigen, die geschichtliche Überlieferung und Anerkenntnis der menschlichen Leistung als Ausgangspunkt ihres Denkens nimmt, entgegengesetzt und Todfeind sind (Sehr richtig!). Diese Dinge will ich ganz scharf hier herausstellen, weil wir vor der gewaltigen Aufgabe in der kommenden Entwicklung stehen, und weil ich

Schicksalsfrage nach dem Zusammenschluß des Bürgertums. Eine Addition alter Parteien oder die Herstellung bloßer Wahlbündnisse kann nicht genügen, um eine neue Form des Widerstandswillens und der politischen Macht zu schaffen. Die Sehnsucht in weiten Bürgerkreisen für ein solches großes politisches Instrument ist vorhanden. Es müßte von den Deutschnationalen bis in die Staatspartei alle erfassen, die jenes Ziel als Schicksalsaufgabe bejahen. Der Versuch ist gemacht worden, über die alten Parteien und Organisationen hinweg zu einer solchen Einigung zu kommen.[10] Es ist nicht zu leugnen, daß dabei auch Teile der Linken mitbeteiligt waren, die in der Bewegung ihren Einfluß gewinnen wollten. Es sind das auch Kreise, die nach der Parole der Staatspartei den Kampf gegen das jetzige Kabinett auf der Linie der Weimarer Koalition verlangen.[11] Die Deutsche Volkspartei hat ihre Mitwirkung bei einer Sammlung zugesagt, sie hat aber auch die Hemmungen richtig eingeschätzt, die auf dem so beschrittenen Wege vorhanden waren. Niemand kann ihr also den Vorwurf machen, daß sie schuld daran sei, wenn jene Bewegung gescheitert ist. Zunächst haben sich die Deutschnationalen grundsätzlich versagt. Dann aber ist es klar, daß in einem Schicksalskampfe irgendwelche Unklarheit keinen Zweck hat. Nicht Resignation darf das Gesetz des Handelns bestimmen, sondern fester Wille und klares Ziel.

darüber gar keinen Schleier irgendwelchen, sagen wir, mehr sentimentalen Verständnisses breiten möchte: Ob wir aus dieser Bewegung heraus die zahllosen Menschen und die dort ganz zweifellos auch vorhandenen Ideenkräfte herauszulösen verstehen, die unser Volk davor bewahren, daß eines schönen Tages jene zerstörenden Kräfte rücksichtslos den Fuß auf den Nakken des übrigen Volkes setzen können«, BAK NL Dingeldey 7, p. 182f.; siehe auch Anm. 1.

[10] Die DStP hatte am 2.6.1932 die Initiative zur Gründung einer »bürgerlichen Sammelpartei« ergriffen; die von August Weber und Wolfgang Jaenicke geleiteten Verhandlungen mit der DVP, der WP, der VKV und dem CSVD führten zwar am 6.6.1932 zur Aufstellung einer Liste unter Führung von Hugo Eckener, Wilhelm Solf und Carl Petersen, scheiterten Mitte Juni aber an der Haltung Dingeldeys, der sich weigerte, »eine einseitige Kampfstellung gegen den Nationalsozialismus« einzunehmen, siehe BAP DVP 225, p. 69; zahlreiches Material dazu findet sich auch im BAK NL Dingeldey, Nr. 42; siehe auch Jones, Sammlung, S. 295ff.; Booms, S. 531ff. Siehe auch Anm. 11.

[11] Die DStP hatte am 6.6.1932 einen Aufruf beschlossen, in der das Kabinett Papen »mit aller Bestimmtheit« abgelehnt wurde, Schultheß 1932, S. 95; Albertin/Wegner, Dok. Nr. 197. Zu den brüsken Absagen von SPD, Zentrum und BVP an das Kabinett Papen siehe ebd., S. 96ff. Zu den Verhandlungen zwischen DVP und DStP, die »am ersten Tage schon auf der Seite Dingeldeys einen eigentümlichen Verlauf« nahmen, siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 198, S. 722; Nr. 199, 200. Am 6.6.1932 teilte Moldenhauer v. Kardorff mit: »Sie werden niemals die Partei dazu kriegen, eine Fusion mit der Staatspartei einzugehen, oder nur unter sehr erheblichen Verlusten. Dagegen erscheint es richtiger, eine neue bürgerliche Partei auf die Beine zu stellen, die ihren Rahmen so weit steckt, daß sowohl rechtsgerichtete Demokraten als auch verständige Konservative in ihn hineinpassen«, BAK NL S. v.Kardorff 16, p. 167. Nach ausgedehnten Vorverhandlungen wurde dann am 18.9.1932 in Berlin der »Deutsche Nationalverein« unter Vorsitz von Eberhard Wildermuth als »Zusammenschluß derjenigen Deutschen« gegründet, »die in der freien und verantwortlichen Persönlichkeit die Grundlage von Staat und Wirtschaft sehen«, BAK R 45 II/8, p. 13; stellvertretende Vorsitzende wurden die ehemaligen DVP-Politiker Alexander Graf zu Dohna und Otto Ziebill. Obwohl Dingeldey in einem Schreiben an Wildermuth vom 16.12.1932 »die Übereinstimmung in dem Ziele einer politischen Reaktivierung der nationalen Kräfte des nicht reaktionären und nicht in den katholischen Parteien gesammelten Bürgertums« hervorhob, kritisierte er jedoch »die Werbetätigkeit, die der Nationalverein bei den organisierten Mitgliedern und Vertrauensleuten der Deutschen Volkspartei unternommen« habe, ebd., p. 46f.; den Mitgliedern der DVP wurde die »Übernahme von Vertrauenspositionen« im Nationalverein untersagt.

Daraus hat die Deutsche Volkspartei ihre Schlüsse zu ziehen. Im kommenden Parlament wird es sich um die ganz großen Dinge handeln, nicht um einzelne Wirtschafts- oder Tagesfragen, auf diese wird unser Einfluß gering sein. Bei den Grundlagen des politischen Wollens aber und bei der Gestaltung von Staat und Wirtschaft müssen wir auf der Hut sein, um gefährliche Entwicklungen entschieden zu bekämpfen. Dazu gehört auch die Frage der Währung. Wir sagen unserem Parteifreunde, Reichsbankpräsident Dr. Luther, Dank dafür, daß er durch die Herausstellung der politisch unabhängigen Position der Reichsbank allen Absichten, die etwa vorhanden sein sollten, von Anfang an eine klare Grenze gezeigt hat[12] (Beifall). Gegen jeden staatssozialistischen Dilettantismus werden wir also für die Grundlagen einer echten Privatwirtschaft zu kämpfen haben. Das stolze Bekenntnis einer opferreichen Tätigkeit, die oft über die Kraft der eigenen Partei gegangen ist, gibt uns das Recht dazu, jedem zu bestreiten, daß er seinen nationalen Freiheitswillen dem unsrigen voranstellen könne (Stürmische Beifallskundgebungen). Machtwille und Wehrhaftigkeit und die Gemeinschaft im Volksleben sind Kräfte, zu denen wir uns bekennen, weil ohne sie die Grundlagen unseres Daseins nicht zu retten sind. Der Kabinettswechsel hat das Absterben der überspitzten Parteidemokratie gezeigt. Im Kampfe gegen die Schäden des Verfassungswerkes haben wir einzusetzen. Unsere Pflicht ist die Herbeiführung einer Reform, zu einer Fortentwicklung, durch welche das Gleichgewicht zwischen Volksmacht und Führung, zwischen Parteimacht und Sachkunde hergestellt wird. Die Umschmeichelung der Berufsstände ist zum Unsegen der Politik geworden. Wir kämpfen um große und entscheidende Ideen und werden uns in unserem Aufmarsch von irgendeiner Interessengruppe nicht hineinreden lassen (Beifall). Unsere Grundlage ist das nationalliberale Ideengut. Eine scharfe Antithese tritt in die Erscheinung. Auf der einen Seite steht unsere Überzeugung, daß die Gemeinschaft nichts sein wird ohne verantwortliche Menschen, die aus sittlichen Bindungen heraus sich zum Ganzen bekennen; auf der anderen Seite steht der Aberglaube an die Allmacht der Gemeinschaft, nach der Befehlsgewalt des Staates oder derer, die ihn lenken. Wahrer Liberalismus ist keine Zersetzung, das lehrt die deutsche Geschichte. Wahrer Liberalismus ist nicht zersplitternd, sondern aufbauend. Das hat die Reichsgründung Bismarcks im Zusammenwirken mit den großen Persönlichkeiten der Nationalliberalen Partei bewiesen. Nicht der Revolutionär, sondern derjenige, der sich die Freiheit des Denkens bewahrt hat, bei dem die Achtung vor sittlichen Bindungen, vor Volksgemeinschaft und Geschichte lebendig ist, wird aufbauend wirken. Heute sehen wir chaotische Kräfte ohne geistige Klärung, erfaßt von dem dynamischen Prinzip, aber noch nicht getragen von inneren Werten. Die alte Nationalliberale Partei hat manches Auf und Ab in ihrer Geschichte erlebt. Die schwerste Zeit war, als Ende der 70er Jahre sich Bismarck von ihr wandte, als die Zeit der Niederlagen und Spaltungen begann. Damals schrieb Rudolf von Bennigsen in seiner Erklärung vom 29.5.1881:

[12] Obwohl Papen und Schleicher nach einer Aufzeichnung Pünders »vor allem die Beseitigung von Luther beabsichtigten, der keine Basis im Ausland habe und durch Schacht ersetzt werden müsse«, Pünder, S. 135, kam es am 2.6.1932 zu einer Unterredung zwischen Papen und Luther, in der – mit Rücksicht auf »Währungsgefährdung infolge der jetzt umlaufenden Gerüchte«, wie Luther am selben Tage notierte, BAK NL Luther 342 – die Veröffentlichung einer beruhigenden Presseerklärung beschlossen wurde; siehe auch Kabinett Papen, Dok. Nr. 1, 4.

«Nach schmerzlichen Erfahrungen und Prüfungen der Vergangenheit ist die Nationalliberale Partei aus der Überzeugung unseres Volkes hervorgegangen, daß eine über ganz Deutschland ausgebreitete unabhängige, reaktionäre wie radikale Tendenzen gleichmäßig fernhaltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die großen gemeinsamen Ziele starke liberale Partei eine Notwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortdauernder, die Grundfesten des Staates erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an dem andere Völker kranken und nicht zur Ruhe kommen können, unserm Vaterlande nicht erspart bleiben. An dieser Überzeugung hält die Nationalliberale Partei auch in der heutigen Zeit unerschütterlich fest, wo wirtschaftliche Sorge wie politische Enttäuschung und Verbitterung das ruhige Urteil zu verwirren und die Bevölkerung in großer Zahl dem politischen Leben zu entfremden oder extremen Richtungen nach rechts oder links zuzutreiben drohen«.[13]

Das ist wie für den heutigen Tag geschrieben. Wenn es nicht gelingt, auch im kommenden Reichstag eine, wenn auch kleine, Schar zu stellen, die Bannerträger einer Idee, Anfang künftigen Werdens sein kann, so wird kein Zukunftsglaube das uns unentbehrliche Gut erhalten. Der Kampf wird schwer sein. Die Not des Bürgertums hat die Organisationen der Partei geschwächt. Trotzdem werden wir wiederum den entscheidenden Versuch machen, unser Gedankengut vor das deutsche Volk zu stellen. Die Deutsche Volkspartei darf und kann nicht darauf verzichten, ihre eigenen Fahnen in den Kampf zu tragen gegen Verwirrung und Massenwahn (Stürmischer Beifall). Ziffernmäßig mag das schwer sein, erleichtert wird uns aber solcher Kampf, weil wir ihn für Wollen und Glauben und nicht für Einzelfragen austragen. Gegen den Ansturm der Unvernünftigen muß der Wall der Vernunft verteidigt werden, bis der letzte Kämpfer gefallen ist (Stürmische Beifallskundgebungen). Wir lassen von dem Glauben nicht, daß diese Ideen irgendwie und irgendwann im deutschen Volke wieder Gestalt und Macht gewinnen werden. Das sind Grundgedanken, geboren ursprünglich aus der gärenden und kämpfenden Zeit der Französischen Revolution und aus den Jahren des deutschen Idealismus, in die praktische Tat umgesetzt von den Führern der alten Nationalliberalen Partei in der gemeinsamen Arbeit mit dem genialen Staatsmanne, der Ideen nutzen und sie auszubauen verstand. Wir wissen, daß das, wofür wir kämpfen, nicht untergehen kann, weil es ist und bleibt: ein Teil des deutschen Wesens. Deshalb muß der Beschluß von dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei ein Beschluß des Mutes und des Glaubens sein. Der Beschluß dieses Zentralvorstandes muß bedeuten: Trotz all der gewaltigen Massenerscheinungen, trotz des Rauschzustandes unseres Volkes wollen wir den Kampf als Deutsche Volkspartei auf der Grundlage unseres Ideengutes führen mit der ganzen Kraft, die uns noch innewohnt. Ich schlage vor, daß wir als Deutsche Volkspartei den Kampf unter solcher Parole führen, ich schlage vor, daß Sie dem Parteivorstand den Auftrag erteilen und die Ermächtigung, alle Vorbereitungen für den Aufmarsch zu diesem Kampfe zu treffen (Lebhafter Beifall). Wir werden dafür sorgen, daß technische Maßnahmen getroffen werden, daß keine Stimme, die von unseren Wählern abgege-

[13] Die »Berliner Erklärung« Bennigsens vom 29.5.1881, mit der die Nationalliberale Partei sich nach der Sezession der »Liberalen Vereinigung« vom August 1880 neu zu formieren suchte, ist abgedruckt bei: Wolfgang Mommsen/Günther Franz, Die deutschen Parteiprogramme 1871–1918, Heft 2, Berlin [4]1932, S. 26ff.

ben wurde, verloren geht. Das ist uns bei der preußischen Landtagswahl gelungen[14] und wird auch jetzt gelingen. Die Voraussetzung ist selbstverständlich, daß wir uns in unserem Kampf und in unserer parlamentarischen Vertretung die politische Selbständigkeit erhalten.

Wir stehen an der Wende einer Zeit, an der Schwelle neuer Entwicklungen, uns bewußt der Schwere der großen Aufgabe, aber getrieben von der Erkenntnis, daß Vaterland und Partei von uns das Letzte an Mut, Hingabe und Vertrauen fordern. Wenn wir diesen Glauben an den historischen Wert der Ideen, die wir von den Vätern überkommen haben und die wir in neue Formen fortentwickeln müssen, aufrecht erhalten, so erfüllen wir eine politische Aufgabe, die uns niemand abnehmen kann. Wenn wir so im Kampfe für volksgestaltende Ideen stehen wollen, die in die Zukunft weisen, vereinigen wir uns hier und alle Mitstreiter im Lande zu dem festen Gelöbnis: »Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!« (Langanhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen).

An der Vortrag des Parteiführers Dingeldey schloß sich eine angeregte Aussprache [an], an der sich Dahn (München), Dr. Röper (Hamburg), Zehle (Magdeburg), Wenderoth[15] und Dr. Faehre (Dortmund), Frau Dr. Luerßen (Bremen), Dr. Most (Duisburg) beteiligten. Alle Redner traten für ein selbständiges Vorgehen der Partei im Wahlkampf ein und forderten im Sinne der Ausführungen des Parteiführers den entschiedenen Kampf für das unvergängliche Ideengut des Nationalliberalismus. Dann wurde folgender Antrag der Parteileitung mit erdrückender Mehrheit angenommen:

»Alle ernsthaften Versuche, die nationalen Kräfte unseres Volkes für ein sauberes und machtvolles Deutschland auf dem Boden der geltenden Wirtschaftsordnung in geschlossener Einheit in den Kampf zu führen, sind gescheitert. Nunmehr erwartet das Volk klare Fronten und klare Zielsetzungen. Die Gefahr des Versuchs einer Parteidiktatur fordert den Einsatz aller Wählerstimmen, die gegen sozialistische Irrlehren und einseitige Diktatur die Kräfte der Sachkenntnis, der Besonnenheit und die Anerkennung des sittlich verantwortlichen Menschen und seiner Leistung durchsetzen wollen. Die Deutsche Volkspartei tritt deshalb in allen Wahlkreisen selbständig in den Kampf. Der Kampf geht heute um die Grundideen deutschen Zukunftsbaues, nicht um Standes- und Tagesfragen. Wir werden den Kampf führen, getragen von der Kraft unseres nationalliberalen Ideengutes, an dessen Unvergänglichkeit wir glauben, weil es ein Stück deutschen Wesens ist. Der Parteivorstand wird beauftragt, alle zur erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes erforderlichen Maßnahmen zu treffen«.

[14] In den Landtagswahlen vom 24.4.1932 in Preußen hatte die DVP eine vernichtende Niederlage hinnehmen müssen: so erreichte sie nur noch 1,5 % (1928: 8,5 %) der Stimmen und 7 Mandate (1928: 40). Die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DStP verlor ihre Mehrheit; obwohl die NSDAP erdrutschartige Gewinne hatte verbuchen können (36,3 % der Stimmen (1928: 1,8 %), 162 Mandate (1928: 6)) bot nur eine Koalition aus NSDAP und Zentrum (229 von 423 Sitzen) eine sichere Mehrheit; zum Wahlergebnis siehe Schultheß 1932, S. 69; die Regierung Braun war seit ihrer Demission am 19.5. geschäftsführend im Amt geblieben; siehe dazu auch Braun, S. 374; Ehni, S. 246ff.; Schulze, 725ff.; Hömig, S. 253ff.

[15] Oskar Wenderoth (1875–1953), Dr. phil. Gymnasiallehrer. Vorsitzender des Wahlkreises Westfalen-Süd.

Die abweichenden Stimmen betonten, daß ihr Widerspruch sich lediglich gegen den Schlußabsatz der Entschließung richte.[16]

Mit einem starken Appell, alle Kraft einzusetzen und mit einem Hoch auf das Deutsche Reich und das deutsche Volk, dem von jeher das ganze Streben und die ganze Arbeit der Deutschen Volkspartei gegolten habe, schloß Abg. Dingeldey die einmütig verlaufene und von stärkstem Kampfeswillen getragene Sitzung des Zentralvorstandes.

96.

25. September 1932: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 27.9.1932, Nr. 175. Überschrift: »Die Deutsche Volkspartei vor den Wahlen«.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag [25.9.1932] zu einer vollzählig aus allen Teilen des Reiches besuchten Sitzung zusammen. Der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, erstattete den Bericht über die politische Lage. Die Deutsche Volkspartei steht geschlossen hinter dem Reichspräsidenten von Hindenburg und unterstützt das Rettungsprogramm der Reichsregierung[1], vorbehaltlich der kritischen Stellung zu Einzelfragen. Die eingehende Aussprache ergab darin völlige Übereinstimmung aller Vertreter. Der Parteiführer wurde ermächtigt, für den Einsatz aller nationalen Kräfte in einer einheitlichen Front des Wahlkampfes die erforderlichen Schritte zu tun.[2] Die weiteren Beratungen galten organisatori-

[16] Nach langwierigen Verhandlungen kam am 2.7.1932 ein Wahlabkommen zwischen DVP und DNVP zustande, siehe BAK Dingeldey 38, p. 21 ff., nach dem die DVP auf die Aufstellung einer eigenen Reichsliste verzichtete und Platz 13–20 des Reichswahlvorschlages der DNVP besetzte. Auf einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Wahlkreisvorsitzenden am 5.7.1932 einigte man sich nach äußerst kontroverser Debatte auf folgende Reihenfolge der Kandidaten: Dingeldey, Hugo, Zapf, v. Stauß, Frau Matz, Morath, Pfeffer, Winnefeld, siehe BAK R 45 II/16, p. 113. Am 16.7.1932 appellierte Hugenberg an Dingeldey, »unter allen Umständen [...] während der letzten 14 Tage Wahlkampf, die noch vor uns liegen, in aller Ruhe die Dinge laufen zu lassen und vorkommende kleinere Reibereien als praktisch unerheblich« zu behandeln, BAK NL Dingeldey 38, p. 38. Als Folge dieser Verhandlungen traten in der ersten Juliwoche Cremer, Bechly, Glatzel und Thiel aus der Partei aus.

[1] Am 4.9.1932 hatte die Reichsregierung die »Notverordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft« verkündet, am folgenden Tag folgte als Ausführungsverordnung die »Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit«, siehe RGBl. 1932, S. 425–432 (4.9.1932), S. 433–435 (5.9.1932). Zum Inhalt der Notverordnungen siehe Kabinett Papen, S. XXXVIII ff.; zu den Reaktionen auf die Verordnungen siehe Neebe, S. 127 ff.; Bähr, S. 346 ff.; Schneider, Gewerkschaften, S. 704 ff. Am 12.9.1932 war der Reichstag nach einer dramatisch verlaufenden Sitzung aufgelöst worden, siehe VRT, Bd. 454, S. 17 ff. sowie Brüning, S. 625 f.; Vogelsang, S. 274 ff.; Kabinett Papen, Dok. Nr. 134, 135, 139, 158. Zum verfassungsrechtlichen Aspekt der Auflösung siehe Ernst-Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7, Stuttgart u.a. 1984, S. 1092 ff., 1104 ff.

[2] Das Wahlabkommen, das DVP und DNVP am 2.7.1932 für die Reichstagswahl am 31.7. geschlossen hatten (siehe Dok. Nr. 95, Anm. 16), wurde im September 1932 »auf gleicher Basis erneuert«, siehe BAK R 45 II/17, p. 3. Als Spitzenkandidaten wurden Dingeldey, Hugo, Frau Matz, Morath, Schröder, v. Stauß, Winnefeld und Keinath aufgestellt.

schen Fragen. Es wurde beschlossen, den Zentralvorstand auf den 9. Oktober einzuberufen.[3]

97.

9. Oktober 1932: Sitzung des Zentralvorstandes in Erfurt

97a: NLC vom 10.10.1932, Nr. 183. Überschrift: »Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei«.

Unter starker Beteiligung aus allen Wahlkreisen versammelte sich heute der Zentralvorstand im Stadthaussaale.

Abg. Dingeldey eröffnete die Tagung mit Worten der Begrüßung.[1] Wir stehen vor dem Beginn eines neuen Wahlkampfes.[2] Wenn es jetzt nicht gelingt, die schwarzbraune Mehrheit[3] zu brechen, dann sehe ich nicht, wie weiterhin die Hoffnungen des Volkes auf eine Besserung der Verhältnisse Erfüllung erhalten sollen. Es wäre kurzsichtig, wenn wir nicht mit voller Kraft für das Ziel kämpfen wollten, ein neues arbeitsfähiges Parlament als Ergänzung einer festen Staatsführung zu wählen. Es fehlt nicht an tausend Zeugnissen, die uns fest machen in dem Glauben, daß es mit uns als Partei wieder vorwärtsgeht. Das Auf und Ab unseres Ergehens ist das Spiegelbild der Stimmungen im Volke. Weil wir glauben, daß die schwersten Krankheitstage hinter ihm liegen, glauben wir auch an den Erfolg unseres Kampfes. Alle unsere Kämpfe und Arbeiten gelten allein dem Vaterlande und seiner Größe (Lebhafter Beifall).

Der Wahlkreisvorsitzende von Thüringen, Stadtverordnetenvorsteher Kammerzell, sprach dann herzliche Begrüßungsworte für die Gäste in der alten Lutherstadt Erfurt.

Der Zentralvorstand beschloß sodann, den Parteiführer zu ermächtigen, zur Wahrung der Freiheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei und zur Verhinderung von Schädigungen Anordnungen zu treffen, die für alle ihre Gliederungen verbindlich sind. Sodann wurde die Wahl des Parteiführers vorgenommen. Abg. Dr. Hugo beantragt unter großem Beifall die Wahl durch Zuruf. Abg. Dingeldey wurde bei seinem

---

[3] Siehe Dok. Nr. 97a, b.

[1] Zur Rede Dingeldeys siehe Dok. Nr. 97b.

[2] Der Reichstag war am 12.9.1932 aufgelöst worden, siehe Dok. Nr. 96, Anm. 1. Am 17.9. legte das Reichskabinett den 6.11. als Termin für Neuwahlen fest, siehe Kabinett Papen, Dok. Nr. 146, eine entsprechende Verordnung des Reichspräsidenten erging am 20.9.1932 (RGBl. 1932 I, S. 485).

[3] Gemeint: die Mehrheit von NSDAP und Zentrum in dem am 31.7.1932 gewählten Reichstag. Im August 1932 hatte es taktische Fühlungnahmen zwischen beiden Parteien zur Bildung einer Koalitionsregierung gegeben, siehe Brüning, S. 622ff.; Vogelsang, S. 225ff.; Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Ende der Parteien, S. 281–453 (hier: S. 320ff.); Detlev Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33, Stuttgart 1969, S. 86ff. Bei der Wahl des Reichstagspräsidenten am 30.8.1932 votierte die Zentrumsfraktion für Hermann Göring (NSDAP), der mit großer Mehrheit (367 von 583 abgegebenen gültigen Stimmen) gewählt wurde und damit Paul Löbe (SPD) ablöste, siehe VRT, Bd. 454, S. 6ff.

Wiedererscheinen im Saale durch eine stürmische Ovation begrüßt. Dr. Hugo übermittelte ihm die herzlichen Wünsche des Zentralvorstandes, der das Vertrauen zu Dingeldey habe, in der Schicksalsstunde unseres Volkes große Arbeit zu leisten. Abg. Dingeldey versprach, die Führung der Partei auch weiter nach der Prüfung des eigenen Gewissens frei von irgendwelchen Einflüssen zu führen. Nur so könne das schwere, aber aussichtsvolle Werk gelingen (Lebhafter Beifall).

97b: »Botschaft an das nationale Deutschland. Rede des Parteiführers, Reichstagsabgeordneten Dingeldey, vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in Erfurt am 9. Oktober 1932«, Berlin o. J. (23 Seiten). Auszüge.

Dingeldey geht aus von der Feststellung, derzeit finde ein grundsätzlicher Kampf statt »um die Prinzipien der Staatsverfassung, der Staatsgestaltung und der Staatsgesinnung«, *ein* »historischer Prozeß, der die Liquidation des Weimarer Systems umfaßt«*; immer deutlicher zeige sich* »die Sehnsucht nach straffer Führung und fester Ordnung der staatlichen Gewalt«.

[Dingeldey]: Der Nationalsozialismus wird, wenn Sie alles in allem nehmen, geschichtlich wohl einst gewertet werden als diese Reaktion eines irregewordenen Volkes auf alles das, was ihm gepredigt, was ihm an neuem Aufbau vor die Augen gestellt wurde, und was vor ihm nicht bestanden hat. Diese Reaktion ging in stürmischem Tempo voran, sie prägte Parolen, von denen wir alle wußten und von denen es Gott sei Dank heute noch mehr Deutsche wissen, daß sie niemals die Grundlage von Volksgemeinschaft und Staatsaufbau sein können (Sehr richtig!).

Wie sehen aber, wie sich aus dem Gären heraus allmählich nun die Gegensätze klar herausstellen. Als Adolf Hitler den Weg der Massenbewegung voranschritt, als er, von einem kleinen Häuflein plötzlich emporgetragen durch die Wellen der leidenschaftlichen Auflehnung unserer Volksmassen, Führer einer Millionenbewegung wurde, da stand er vor der großen Entscheidung: Faschismus, das heißt revolutionärer Nationalismus, oder parlamentarische Legitimität. Nicht daß er sich für das letztere entschied, ist das Schicksal dieser Bewegung, sondern daß er sich weder für das eine noch für das andere klar zu entscheiden vermochte, das ist das Schicksal der Bewegung (Sehr richtig!). Ein Adolf Hitler als Führer eines nationalistischen, revolutionären Heeres, ein Adolf Hitler als Führer des Faschismus, der konnte die Macht fordern, wenn er sie sich geschaffen und erobert hatte. Ein Adolf Hitler, der seine Anhänger mit faschistischen Lehren füttert, aber in den Geheimzimmern der Parlamentsfunktionäre sich durch Kuhhandel die Macht zu schaffen sucht, die auf andere Weise nicht zu erobern ist, hat damit dem Geiste des Faschismus den Abschied gegeben (Lebhaftes sehr richtig!).

Das fühlen die Massen, und die große Frage ist allerdings in einer solchen Zeit: Welches ist denn nun der Weg, den sie geführt werden sollen?

Ist's der Weg des Verhandlungszimmers der Fraktionsführer oder jener Weg der Sturmfahrt über Deutschland? Ist's der Weg der Unterhaltungen mit den Industriekapitänen in Düsseldorf oder der Reden im Sportpalast von Berlin? (Sehr gut!). Eini-

gen lassen sich diese Gegensätze nicht, und das fühlen die Millionen von Anhängern, und es bäumen sich nun diejenigen auf, die sehen, daß auf diesem Wege keine Klarheit über die Zukunft Deutschlands zu finden ist, daß sie hineingeführt werden in ein trübes Kompromiß zwischen Dingen, die sich gegenseitig ausschließen. Sie sehen, wie dieses Kompromiß die Ursache ist, daß auf allen Gebieten die geistige Klarheit nicht gefunden werden kann.

Ein Wirtschaftsprogramm, verehrte Freunde, zu dessen Abfassung man sich der Sachverständigen bedient, die an große Tageszeitungen durchaus und eindeutig privatkapitalistischer Färbung entsandt worden sind, ein solches Wirtschaftsprogramm gleichzeitig zur Unterlage für eine proletarische Massenbewegung zu machen, dieses Kunststück haben die Herren nicht fertiggebracht. Und so fühlen die Massen, daß im Dunkeln, wo sie dem Führer nicht gegenüberstehen, Zusagen gegeben, Richtlinien aufgestellt worden sind, die ganz anders sind als das, was man ihnen gepredigt hat. Und es sehen die anderen, die den Deutschen, den Vaterlandsfreund, den leidenschaftlichen Patrioten gefeiert und in ihm auch den Führer aus Staats- und Wirtschaftskrise gesucht haben, heute an den Toren ihrer Werke die Streikposten mit dem Hakenkreuz und mit dem Sowjetstern einträchtig nebeneinander stehen[1] (Stürmische Zustimmung).

Man konnte schon seit langer Zeit diesen inneren Zwiespalt der Bewegung beobachten. Und in diesem Zwiespalt wuchs – darüber wollen wir uns klar sein – die neue große Gefahr empor, daß aus dieser Bewegung waffenmäßig gesehen, nur die Stärke des revolutionären Gedankens schließlich geboren werden würde. Was wir alles erlebt haben an Formen der Auflehnung gegen Staatsordnung, gegen Sicherheit, gegen den Grundsatz der Volksgemeinschaft, war ein Beweis dafür, wie viele menschliche Kräfte, die von Natur nur zum Zerstören bestimmt zu sein scheinen, bereits in dieser Bewegung sich Geltung verschafft haben (Sehr wahr!). Ich habe alle Achtung vor der demagogischen Kunst eines Mannes wie Dr. Goebbels[2], und wer ihn einmal gehört hat, wird mir darin zustimmen, daß diese Zeit in ihm vielleicht den größten und begabtesten Demagogen Deutschlands seit der Revolution geboren hat (Sehr richtig!). Aber wer ihn hört, wer ihn am Werke gesehen hat, der fühlt auch: er ist einer von diesen Menschen, deren Schicksal es ist zu zerstören, aber nicht aufzubauen (Lebhafte Zustimmung). Und unter ihm sammeln sich immer mehr jene, die nicht den Weg der Realpolitik, sondern den Weg der Revolution und schließlich den Weg

[1] Ende September/Anfang Oktober 1932 kam es in verschiedenen Städten zu Streikaktionen, die von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) initiiert wurden, an denen sich aber auch Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) beteiligten. Ihren Höhepunkt erreichte die Kooperation zwischen RGO und NSBO beim Berliner BVG-Streik Anfang November, bei dem NSBO-Angehörige in die RGO-Streikleitung aufgenommen wurden. Angehörige von RGO und NSBO standen friedlich nebeneinander Streikposten. Nach Schätzung von V. Kratzenberg nahm die NSBO zwischen April 1932 und BVG-Streik an 101 Streiks teil, siehe Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1981, S. 182ff.

[2] Josef Goebbels (1897–1945), nach philologischem Studium als Schriftsteller tätig. 1922 Eintritt in die NSDAP, 1926 Gauleiter von Berlin-Brandenburg, 1927–1935 Herausgeber der Berliner Wochenzeitung »Der Angriff«, 1928–1945 MdR (NSDAP), 1929 »Reichspropagandaleiter« der NSDAP, März 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1944 »Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz«, Freitod am 1.5.1945.

der proletarischen Instinkte gehen wollen. Die große Gefahr, in der die nationalsozialistische Bewegung im heutigen Augenblick steht, ist uns doch fast täglich vor Augen gestellt: an die Stelle einer großen (in Gedanken wenigstens) Freiheitsbewegung des ganzen Volkes tritt in schnell und verhängnisvoll zunehmender Verschärfung eine rein proletarische Klassenkampfbewegung, die unter Umständen in ihrer Schärfe noch weit über das Maß dessen hinausgeht, was wir in der Zeit der Revolution von 1918 erlebt haben (Sehr wahr!).

Ich frage Sie, verehrte Freunde: War das nötig? War diese Entwicklung zu vermeiden? Bleibt es nicht, gerade weil es so gekommen ist, wahr, daß, wenn rechtzeitig die Staatsmänner dieser Entwicklung sich angenommen hätten, indem sie sie aus dem Zwielicht der Agitation in die Helle der Verantwortung führten, dieser Prozeß der furchtbaren, mit einem Schlage einsetzenden Enttäuschung vermieden und eine organischere Absonderung der Spreu vom Weizen in dieser Bewegung hätte stattfinden können?

Darüber kann kein Zweifel sein: Was uns parteipolitisch jetzt förderlich ist, das ist national und staatspolitisch gesehen zunächst ein Grund zu schwerer Sorge. Denn, verehrte Freunde, wenn Sie sich den Reichstag dieser Zeit ansehen, so bleibt doch wahr, daß ein Instinkt, ein primitiver Grundinstinkt die weit überwiegende, die überwältigende Mehrheit zusammenführt, das ist der Besitzhaß (Zustimmung). Der einfache, nackte und primitive Besitzhaß! Nicht Sozialismus ist es, denn unter Sozialismus ist immerhin ein Gedankengebäude in bestimmter Form zu verstehen; etwas rein Negatives ist es: der Haß gegen diejenigen, die noch nicht auf das Niveau der Verarmung hinabgestoßen sind. Darin liegt ja doch die ungeheure Gefahr, in der wir uns befinden, darin liegt auch der Schlüssel für die Unfähigkeit dieses Parlaments, auf dem Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung zu einer positiven Auswirkung überhaupt zu gelangen. Und keinerlei Koalitionsgespräche, keinerlei Abmachungen zwischen den Parteien werden jemals über die Grenze des Negativen hinaus zu klaren positiv aufbauenden Konstruktionen gelangen können, es sei denn über Zerstörung von Staats- und Wirtschaftsordnung.

Was wir dabei menschlich noch an Entartungserscheinungen erleben, geht weit über das hinaus, was wir befürchten müssen. Ich spreche jetzt nicht von dem Telegramm nach Beuthen[3], ich spreche nicht von der Rede nur, die in München gehalten worden

[3] In der Nacht vom 9. zum 10.8.1932 hatten in Potempa (Landkreis Gleiwitz) neun uniformierte SA-Leute den Landarbeiter Konrad Pietzuch auf bestialische Weise getötet. Gegen fünf der Angeklagten verhängte daraufhin das Sondergericht beim Landgericht Beuthen am 22.8. die Todesstrafe, ein Angeklagter wurde wegen Beihilfe zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Grundlage für das Strafmaß war die »Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror« vom 9.8.1932 (RGBl. 1932, S. 403f.), die unter anderem Totschlag aus politischen Beweggründen mit der Todesstrafe bedrohte und unmittelbar vorher in Kraft getreten war, siehe dazu auch Paul Kluke, Der Fall Potempa, in: VfZ 5 (1957), S. 279–297; Richard Bessel, The Potempa Murder, in: CEH 10 (1977), S. 241–254. Das Telegramm Hitlers vom 22.8.1932 an die fünf zum Tode Verurteilten, in dem er sich mit den Mördern solidarisch erklärt, ist abgedruckt bei: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. 5, Teil 1, hg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit, München 1996, Dok. Nr. 174. Anfang September 1932 wurden die zum Tode Verurteilten zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, als »Vorkämpfer der nationalen Erhebung« dann nach Amnestie zwischen dem 18. und 23.3.1933 aus der Haft entlassen.

ist.[4] Das tat ich gestern abend. Ich frage vielmehr und wünsche, diese Frage in der Öffentlichkeit zu stellen: Was ist denn wahr daran, daß nationalsozialistische Führer und Führer des Zentrums nach Bundesgenossen gesucht haben, um jenen Artikel der Reichsverfassung anzuwenden, der dem Reichstag das Recht gibt, die Anklage gegen den Reichspräsidenten zu erheben?[5] (Pfuirufe).

Ich frage: Ist es wahr, daß sich derselbe Adolf Hitler, der vor der Neuwahl Hindenburgs, wie ich wiederholt erkläre, die nationalpolitische Bedeutung dieses Namens und dieser Gestalt anerkannt hatte und anerkennen wollte, sich unter dem Druck der Leidenschaften seiner Unterführer soweit sollte vergessen haben, daß er die Hand bieten könnte zu dem schmählichen Akte eines Anklageversuches gegen diesen historischen Helden? (Rufe: Unerhört!).

Der deutsche Reichstag hat ja schon einmal in seiner Geschichte ein trauriges Beispiel dafür geliefert, wie klein sein Augenmaß und wie niedrig die Gesinnung seiner Führer sein kann, verglichen mit dem einfachen und schlichten Empfinden unseres Volkes: damals, als man dem alten Fürst-Reichskanzler den Glückwunsch verweigert hat[6] (Sehr richtig!). Aber weit in den Schatten gestellt wird das, was wir damals erlebt haben, durch den Gedanken nur, daß Führer des Volkes sich heute finden könnten, um den Feldmarschall des Weltkrieges in den Anklagezustand zu versetzen (Sehr richtig!). Diese Dinge sollen heraus aus dem trüben Licht der Dunkelkammer, sie sollen an die Öffentlichkeit (Sehr richtig!). Wir erwarten, daß die Führer, die da verhandelt haben, klar Rede und Antwort stehen (Stürmische Zustimmung).

Wir haben weiter gesehen, daß wir damals, als wir die Verantwortung der Nationalsozialisten forderten[7], von der Überzeugung ausgingen, daß mindestens ganz klar erwiesen werden müsse, daß diese Führer die wahre Verantwortung scheuen. Hätte man damals zu einem frühen Zeitpunkt schon die Führer vor die Frage der Verantwortung gestellt, so hätte die Ernüchterung, die heute gekommen ist, in sehr viel

[4] Hitlers Rede über die politische Lage auf der NSDAP-Versammlung in München am 7.9.1932, in der er die Regierung Papen scharf angriff, ist abgedruckt in: ebd., Dok. Nr. 183.

[5] Die Weimarer Verfassung ermächtigte in Art. 58 den Reichstag, den Reichspräsidenten vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzuklagen, wenn er »schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz« verletzte. Der Antrag auf Anklageerhebung mußte von mindestens hundert Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedurfte der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit, siehe auch §2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (RGBl. 1921, S. 905). Bereits in ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstags am 30.8.1932 hatte Clara Zetkin (KPD) die Erhebung der Anklage wegen Verfassungsbruchs gegen den Reichspräsidenten und die Reichsminister als vordringliche Pflicht des neuen Reichstags bezeichnet, siehe VRT, Bd. 454, S. 1ff. In der Kabinettssitzung vom 14.9.1932 bestätigte StS Meissner die Darstellung von Reichsarbeitsminister Schäffer, »daß die Nationalsozialisten und auch das Zentrum bereits die Frage erwogen hätten, ob man eine Anklage aus Art. 59 der Reichsverfassung gegen den Reichspräsidenten ins Auge fassen könnte«, Kabinett Papen , Dok. Nr. 141, S. 582.

[6] Der Reichstag lehnte es am 23.3.1895 mit 163 zu 146 Stimmen ab, Bismarck zu seinem 80. Geburtstag (1.4.1895) durch Reichstagspräsident v. Levetzow die Glückwünsche des Reichstags aussprechen zu lassen (mit »Nein« stimmten SPD, Freisinnige, Polen, Welfen, Elsässer und der größte Teil der Zentrumsfraktion); Reichstagspräsident v. Levetzow trat nach der Abstimmung von seinem Amt zurück, siehe Manfred Hank, Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890–1898, München 1977, S. 579f.

[7] Siehe Dok. Nr. 89, S. 1190; Nr. 93, Anm. 5; Nr. 95, Anm. 4.

schnellerem Tempo und, wie ich glaube, in sehr viel segensreicherer Form sich durchsetzen können. Denn damals war der Machtrausch nicht nur der Führer, sondern auch der Millionen der Gefährten noch nicht so groß, wie er heute geworden ist. Wenn man Millionen von Menschen wochen- und monatelang predigt: An einem bestimmten Tage kommt Eure Herrschaft, nur noch einen kurzen Atemzug, nur noch ein wenig Geduld, dann seid Ihr die Herren des Staates, – und wenn sich dann zeigt, wie schwach und klein die Männer sind, wenn sie vor die Frage der Übernahme von Verantwortung gestellt werden, dann stürzen diese Millionen Menschen aus überstiegenen Hoffnungen in eine verstärkte Entrüstung und Leidenschaft wieder hinab (Lebhafte Zustimmung).

Die große Aufgabe von heute besteht darin, Menschen, die nicht zu neuen Parteien wollen, weil ihnen die geistige und seelische Kraft dafür geraubt worden ist, langsam und pfleglich einer gesunden und verständigen Staatsauffassung wieder zuzuführen. Die Voraussetzung aber dafür ist: kein Parteiprogramm, nichts an Verkündigung von Ideen. Das haben diese Menschen allzu oft und allzu lange gehört. Es gibt in diesem Augenblicke nur eines, was den Enttäuschten, Resignierten, Verzweifelten einen Halt bieten kann: Das ist nicht das Wort, das ist allein die zeugende Tat (Beifall). Und weil wir diese Tat sehen, weil wir die befreiende Wirkung der Tat bei der Einsetzung der Reichsregierung und bei den Vollmachten, die Hindenburg ihr gegeben hat[8], am Werke sehen, und weil wir wollen, daß die gesundende Wirkung der Tat nicht wieder durch das Wort zerstört werde, deshalb allein und zuvorderst stehen wir hinter der Autorität in diesem Augenblick (Lebhafter Beifall).

Verehrte Freunde! Wir wissen, es wird nicht leicht sein, aus diesen Stürmen heraus das Staatsschiff zu führen, auch wenn die Vollmachten noch so groß sind. Wir können von uns bekennen, daß wir die Dinge in der geistigen und politischen Entwicklung unseres Volkes seit langem klar und richtig gesehen haben, und ich habe gebeten, daß man Ihnen heute noch einmal auf den Tisch unsere »Kampfziele«[9] legen möge, damit Sie nachlesen können, was wir damals über den Staatsaufbau und über die Grundlagen auch der wirtschaftlichen Gesundung und Befreiung unseres Vaterlandes gesagt haben. Ich glaube, fast jedes Wort von dem, was damals als unser Bekenntnis niedergelegt worden ist, stellt heute die Grundlage der Arbeit dar, die wir von den verantwortlichen Männern erwarten können.

Es ist ja vielleicht ein kleiner Konkurrenzstreit um den Gebrauchsmusterschutz entstanden, als Herr von Papen diese Gedanken als »konservativ« zu bezeichnen die Güte hatte, während wir für uns unbedingt das Prioritätsrecht dafür in Anspruch nehmen müssen (Heiterkeit). Dokumentarisch ist es nachgewiesen durch das, was wir damals niedergelegt haben. Dokumentarisch steht auch fest, daß in vielen Punkten dieses von uns damals ausgearbeiteten Programmes wir uns trennen von Anschauungen, die sonst weitgehend parallel mit uns laufen. In einem allerdings sind wir in voller Übereinstimmung mit der Deutschnationalen Volkspartei im gegenwärtigen Augenblick, nämlich in dem festen Entschluß, unsererseits das Äußerste daranzusetzen, dieser nun allein in Deutschland noch übrigbleibenden Autorität die Mög-

[8] Zur Berufung des Kabinetts von Papen siehe Dok. Nr. 95, Anm. 2.

[9] Die »Kampfziele der Deutschen Volkspartei« vom 19.4.1931 sind als Anhang zu Dok. Nr. 89 abgedruckt.

lichkeit des Handelns zu schaffen und von ihr abzuwehren die zerstörenden Kräfte derer, die zum Handeln sich als unfähig erwiesen haben (Zustimmung).

Die Parolen des gegenwärtigen Augenblicks gehen aber hinaus über das, was jetzt in dieser Wahl zur Abstimmung gestellt wird. Wir wissen, wenn der gärende Zustand der leidenschaftlichen Volksbewegung andauert, wenn auf der einen Seite jenes Extrem der Demokratie und auf der anderen Seite nun die schäumende Reaktion eines Wunschbildes von einem deutschen Zukunftsstaate zur Folge hat, das niemals verwirklicht werden kann, dann werden die Dinge auf die Dauer nicht gut in Deutschland gehen können. Es bleibt die große Aufgabe, zwischen den großen Sünden der Vergangenheit, zwischen den verhängnisvollen Fehlern eines Geschlechts von Massenführern, die keine Staatsmänner sein können, die Brücke zu schlagen. Und diese Brücke kann nur – auch hier sei das Wort noch einmal gesagt – durch die Tat der Reform unseres Staatsbaues geschlagen werden.

Das, was angekündigt wurde an Änderungen der Verfassung, was angekündigt wurde an einer Verbesserung des parlamentarischen Systems, an Einführung eines Oberhauses, an Änderungen des Wahlrechts, an Vermehrungen der Rechte des Staatsoberhauptes und ähnlichem[10], es kann nur einen Anfang bilden. Entscheidend muß für uns und unsere Arbeit bleiben, daß in dem Augenblick, wo die verantwortlichen Führer unseres Reiches sich zum Handeln, zur Reform der Verfassung nun wirklich anschicken, auch die geistige Einstellung und Erziehung unseres Volkes schon so weit gestaltet und beeinflußt werden kann, daß dieses Volk reif für die neue Form geworden ist.

Im folgenden äußert sich Dingeldey zur Wirtschaftspolitik (Absage an jeden staatlichen Zwang) und zur Sozialpolitik (das »Mindestniveau staatlicher Lebensführung« *dürfe nicht durch* »staatliche Maßnahmen weiter vernichtet« *werden).*

Staat und Parteien

Verehrte Freunde! Wir sehen, daß die Parteipolitik jedem Handeln, jedem Vorwärtsstreben sich störend in den Weg wirft. Was Zentrum und Nationalsozialisten in diesen Wochen vor der Auflösung des Reichstags gemeinschaftlich erstrebten – ich deutete es schon an –, war ja nicht wirtschaftlicher Aufbau, sondern war nur eine gegenseitige Garantie von politischen Machtpositionen, die der eine nicht preisgeben und der andere erobern wollte (Sehr gut!). Was wir heute im Wahlkampf sehen, diese Verwilderung der öffentlichen Meinung, diese Zerstörung jeglichen Vertrauens, ist auch nichts anderes als aus engstirniger Parteienpolitik geborene Zerstörung der ersten Regungen einer neuen Hoffnung, eines neuen Schaffenswillens in unserem Volke (Sehr richtig!).

Die Parteien, die in dieser Front heute kämpfen, laden eine ungeheure Verantwortung auf sich. Die Nationalsozialisten sind nicht gewohnt, staatspolitische Rücksichten zu beachten. Aber das Zentrum blickt ja doch zurück auf eine lange Zeit staatspolitischer Arbeit und Erfahrungen. Diese unwahre und von dem Willen, den

[10] Zu den Verfassungsreformplanungen des Kabinetts Papen (Umkonstituierung der parlamentarischen Republik in einen konservativ-autoritären »Neuen Staat«) siehe Kolb/Pyta, S. 159ff.

Partner am nächsten Tage wieder zu betrügen, diktierte Bindung zwischen Schwarz und Braun, sie ist, glaube ich, die erste große politische Dummheit, die das Zentrum seit der Revolution in Deutschland gemacht hat (Lebhafte Zustimmung). Es ist die Sackgasse, in die der Haß, der persönliche Haß gewisser hochmögender Zentrumspolitiker diese Partei hineingeführt hat (Sehr richtig!).

Auch das fühlen die Wähler, und sie wollen heraus aus dieser Sackgasse. Das Zentrum in dem Deutschland nach der Revolution kann und will bis zum heutigen Tage an der Seite der Macht stehen, und die Anhänger spüren, was der Verlust der Macht für sie auf allen Wegen heute schon zur Folge hat. Ich sehe das Zentrum einschwenken, ich sehe also, wie die Dinge auf diesem Gebiet vielleicht parteipolitisch schnell ein anderes Gesicht annehmen können.

Dingeldey geht anschließend auf die Handelspolitik ein (Notwendigkeit des »Schutzes der heimischen Arbeit« *und der rentablen Gestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung) und formuliert dann als außenpolitische Ziele: Wehrgleichheit, Rückgabe deutscher Kolonien, Kampf gegen das* »schreiende Unrecht, das uns an der Ostgrenze zugefügt wurde«, *Bekämpfung der Kriegsschuldlüge.*

Verehrte Freunde! Wir stehen endlich vor der letzten großen Aufgabe der geistigen Wandlung unseres Volkes. Dazu noch einige Worte! Es ist erstaunlich, daß diese nationalsozialistische Bewegung, die, wenn Sie die rein vaterländische Leidenschaft einmal beiseite stellen, doch in ihrem ganzen geistigen Gepräge durchaus und im innersten Kern undeutsch ist (Sehr richtig!), so sehr Millionen von Menschen hat gefangennehmen können. Denn eine Bewegung wird ja nicht durch ihre vaterländische Gesinnung allein geformt und gekennzeichnet; für diese Bewegung ist doch kennzeichnend die unvollkommene und, ich muß hinzufügen, unbefähigte Nachahmung des italienischen Faschismus auf einem Boden, dessen Volkstum für diese Methoden absolut ungeeignet ist (Sehr richtig!). Deutsches Volkstum mit dem Cäsarengruß des Faschismus zu begleiten, mag in der Zeit, wo die Menschen in ihrer Not in alle möglichen Rauschzustände geraten, denkbar sein, auf die Dauer wird ein deutsches Volk mit solchen Methoden niemals regiert werden können (Lebhafter Beifall).

Mir ist unverständlich – und ich halte mich auch vom Boden unserer Partei aus für berechtigt und verpflichtet, ein ernstes Wort der Warnung auszusprechen –, wie es möglich war, daß so viele Diener der evangelischen Kirche dieser Bewegung verfallen konnten[11] (Lebhafte Zustimmung). Wir waren und sind keine konfessionelle Partei, wir werden es auch niemals werden. Aber stets sind wir uns dessen bewußt: Die Geistesluft, die wir atmen wollen, läßt sich nicht vom Wirken der deutschen Reformation trennen (Beifall). Der letzte Inhalt dieses Werkes war die geistige Befreiung des deutschen Menschen, seine Erhöhung zum selbständig und verantwortlich denkenden Lebewesen. Was heute unter den Fahnen des Hakenkreuzes sich vollzieht, ist der Versuch, den deutschen Menschen zu der niedrigsten Stufe des nur Gehorsamen

[11] Zum Zusammenhang siehe u. a. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt/M. 1977, S. 171 ff., 245 ff.; Kurt Nowak, Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen 1981, S. 298 ff.

herabzuwürdigen (Sehr richtig!). Wer im Luthertum Wurzel gefaßt hat, wer den Begriff der Freiheit eines Christenmenschen nicht nur äußerlich, sondern innerlich, geistig sich erarbeitet hat, der kann sich gar nicht darüber im unklaren bleiben, daß der Nationalsozialismus, solange [er] eine unvollkommene Nachahmung des Faschismus mit Diktatur des Führers und besinnungsloser Gehorsamspflicht der Gefolgsmannen ist und bleibt, mit der Herrschaft der Parolen für die Massen und der Unterdrückung der Vernunft, nur einen Rückschritt gegen das darstellen würde, was wir seit den Tagen der Reformation nun durch Jahrhunderte hindurch als wahrhaft deutsch erkannt und gepflegt haben (Lebhafter Beifall).

Verehrte Freunde! Die Erziehung unseres Volkes wieder zu diesen Grundsätzen zurück würde die Aufgabe sein, und gerade wir haben die Pflicht, auch hier auf die Bindungen mit hinzuweisen, die diesen geistigen Zusammenhang zu den Tagen Luthers schaffen. Wir haben die Pflicht nicht als Gegner, sonders als Freunde der evangelischen Kirche, mit ihr und ihren guten Geistern gemeinschaftlich dieses Gut, diese Geistes- und Gewissensfreiheit in Deutschland zu verteidigen und wieder zu erobern auch für die Massen unseres Volkes (Beifall).

Der Protestantismus hat gegenüber der katholischen Kirche viele Schwächen des äußeren Bildes immer aufzuweisen, und er hat auch geistig die eine große Schwäche, daß er an den einzelnen Menschen Anforderungen stellt, die ein hohes Maß von Gefühl, Verantwortung und geistiger und menschlicher Reife zur Voraussetzung haben. Aber sein Ziel ist gerade deswegen das große: die Menschen vorwärts zu führen auf dieser höheren Stufe. Und gerade weil er die Menschen dorthin führen will, deshalb hat er bei uns in Deutschland, wo unser Geisteswesen von jeher ausgezeichnet war durch den Drang nach innerer Freiheit, nach sittlicher gebundener Freiheit, so fest Wurzel fassen können. Wir wollen, ohne daß wir Stellung nehmen im Streite der Konfessionen, was nicht unseres Amtes ist, uns dessen bewußt sein, ja mehr als das, wir wollen in dieser Zeit, die eine Zeit auch der geistigen Krise ist, es auch bewußt zum Ausdruck bringen, daß unser Wirken, unser Arbeiten in dieser Zeit an der Seite der geistigen Werte des Luthertums sein muß (Bravo!).

Wir wollen hoffen, daß auch die Jugend den Weg zu dieser höheren Stufe höherer Entwicklung wieder findet. Es ist das tief Niederdrückende ja auch in dieser Zeit, die jetzt hinter uns liegt, gewesen, daß unsere Jugend selbst von diesem ganzen undeutschen Wesen so stark ergriffen worden ist. Wir sehen, daß in ihr eine Sehnsucht lebendig ist, die auch die unsrige sein kann und muß, Autorität, starke Führergewalt gegenüber dem Durcheinander und der Unordnung und der Unproduktivität der Massenherrschaft zur Geltung zu bringen. Nun wohl, diese Autorität ist heute da. Sie verkörpert sich in einem Manne, der weit entfernt ist von allen parteipolitischen Grenzen und Bindungen, und dessen großes menschliches Wesen gerade durch die schlichte und einfache Größe sich so ganz von allen anderen Führern unseres Volkes unterscheidet. Die Autorität ist da und wird verkörpert durch eine Persönlichkeit, die nicht nur für die Alten und nicht nur für die, die im Weltkrieg unter ihm gedient haben, sondern mehr noch gerade für die Jungen in einer solchen Zeit der Unordnung einen festen Halt und eine klare Mahnung sein sollte (Beifall).

Mit Hindenburg! Wenn die Deutsche Volkspartei sich hinter Hindenburg gestellt hat, so nicht aus Liebedienerei gegenüber der obersten Spitze, so nicht aus gouverne-

mentaler Einstellung gegenüber dem, der an der Spitze des Reiches stand, sondern aus der tiefen Überzeugung heraus, daß dieser Halt auch für die gärende Zeit der alleinige ist, der uns von einer Vorsehung, die es sonst manchmal schlecht mit Deutschland in diesen Jahren gemeint hat, noch erhalten blieb. Wir sind stolz darauf, daß keine Partei so wie die unsrige heute in diesem Kampf um die Autorität aus innerster Treue heraus die Parole ausgeben kann: für die Autorität Hindenburgs! (Beifall).

Keine Partei wie die unsrige! Denn als wir uns hinter ihn stellten, verehrte Freunde, haben wir nicht danach gefragt, welchen innerpolitischen Kurs er im Augenblick oder in der nächsten Woche gehen würde (Lebhaftes Sehr richtig!). Wir haben allein danach gefragt, ob er als Mensch und Führer Sinnbild der besten Wünsche und Hoffnungen ist, die wir für die Zukunft unseres Volkes in uns tragen. Das war er, als er 1925 gewählt wurde, das ist er und bleibt er, solange ihn Gott uns erhält (Beifall).

Am Schluß seiner Rede begründet Dingeldey das wahltechnische Zusammengehen mit der DNVP.

98.

11. Dezember 1932: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 13.12.1932, Nr. 224. Überschrift: »Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei«.

Den einleitenden Vortrag hielt der Parteiführer Abgeordneter Dingeldey. Er ging auf die letzte politische Entwicklung ein und hob hervor, daß das parlamentarische System, wie es heute beschaffen ist, kein Vertrauen verdiene, daß aber die große Mehrheit des Volkes den politischen Konflikt nicht um des Konfliktes willen herbeiwünsche.[1] Der Reichstag hat trotz aller radikalen Reden einer gewissen Ruhepause gegenüber der Weihnachtskrise[2] den Vorzug gegeben.[3] Diese Vertagung aber ist bezahlt worden mit Dingen, die bis hart an die Grenze des Erträglichen gehen. Die

[1] Bei der Reichstagswahl vom 6.11.1932 konnte die DVP leichte Gewinne verzeichnen und stieg von 436002 auf 660889 Stimmen (1,9%, 11 Mandate), die NSDAP mußte starke Verluste hinnehmen, während DNVP und KPD erhebliche Gewinne verbuchen konnten. Zum Wahlergebnis siehe die Tabelle bei Kolb, Weimarer Republik, S. 283; eine ausführliche Analyse der Wahl bieten Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 774ff.; Thomas Childers, The Limits of National Socialist Mobilisation: The Elections of 6th November 1932 and the Fragmentation of Nazi Constituency, in: ders. (Hrsg.), The Formation of the Nazi Constituency, London 1986, S. 232–259. Das Kabinett v. Schleicher amtierte seit dem 3.12.1932, siehe Kabinett Schleicher, S. XIXff.; Vogelsang, S. 318ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 791ff.; Henry A. Turner, Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996, S. 26ff.

[2] »Weihnachtskrise«: ein damals gängiger Terminus, weil die meisten Kabinettskrisen im Dezember ausbrachen.

[3] Am 9.12.1932 hatte sich der Reichstag gegen die Stimmen von SPD und KPD auf unbestimmte Zeit vertagt und gleichzeitig dem Reichstagspräsidenten Göring die Ermächtigung erteilt, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat die nächste Sitzung anzuberaumen, siehe VRT, Bd. 455, S. 111.

Deutsche Volkspartei denkt dabei nicht in erster Linie an die sozialpolitischen Beschlüsse[4], obwohl auch sie zum Teil bedenklich genug sind, denn ihr Redner, Abgeordneter Hugo, hat im Reichstag ausgeführt, daß sie z. B. bei den Rentenkürzungen die Beseitigung von Härten als notwendig betrachtet.[5] Wir denken vielmehr an den Rahmen und den Umfang der Amnestie, der sich nicht darauf beschränkt hat, die Schärfe einzelner Urteile zu mildern, sondern in dem großen Ausmaß der Strafbefreiung zu einer Schädigung des Rechtsgefühls im Volke führen muß.[6] Die Deutsche Volkspartei sieht die politische Lage auch weiterhin als durchaus ernst an und sieht neue Kämpfe heraufziehen, denen sie mit Entschlossenheit begegnet. Sie hat durch die technische Fraktionsgemeinschaft in allen wichtigen Ausschüssen ihre Vertretung gefunden.[7] Die Vorgänge bei der Präsidentenwahl haben ergeben, daß mit ihr wieder als einem politischen Faktor zu rechnen ist.[8] Die organisatorischen Aufgaben der Partei sind gewaltig. Der Parteiführer bedarf der Entlastung und hat deshalb von seinem satzungsgemäßen Rechte Gebrauch gemacht und den Reichstagsabgeordneten Hugo als stellvertretenden Parteiführer bestimmt. Die Zeitströmungen, die lange genug für das nationale Bürgertum ungünstig waren, zeigen eine Abkehr von der Massenpsychose zur Selbstbesinnung weiter Schichten und eröffnen für die Deutsche Volkspartei nicht nur neue politische Aufgaben, sondern auch starke Möglichkeiten für ihren Aufstieg.

Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag des Parteiführers ergriffen zahlreiche führende Männer aus dem Reiche das Wort zur Aussprache, um ihrer vollen Zustimmung zum Kurse der Deutschen Volkspartei und ihren Dank für die zielklare und feste Politik ihres Vorsitzenden auszusprechen. Am Schluß sprach Finanzminister Dr. Mattes[9] über die politische Lage im badischen Lande. Er wies im besonderen nach, daß die badischen Kirchenverträge nicht nur zur Herstellung einer

[4] Der Reichstag hatte am 9. 12. 1932 eine Vielzahl von Anträgen aus den Reihen der SPD, KPD und NSDAP zu Winterhilfsmaßnahmen an den Sozialpolitischen- und den Haushaltsausschuß überwiesen, siehe ebd., S. 30 ff., 112 ff.

[5] Zu der von stürmischen Zwischenrufen der Sozialdemokraten und Kommunisten immer wieder unterbrochenen Rede Hugos vom 9. 12. 1932 siehe VRT, Bd. 455, S. 74–78.

[6] Die Fraktionen von SPD, KPD und NSDAP hatten dem Reichstag am 6. 12. 1932 verschiedene Gesetzentwürfe über eine weitgehende Reichsamnestie für politisch motivierte oder aus wirtschaftlicher Not begangene Straftaten als Initiativanträge vorgelegt. Sie wurden vom Plenum am 7. 12. in erster Lesung behandelt und dann dem Rechtsausschuß überwiesen, siehe ebd., S. 51. Am 9. 12. 1932 nahm der Reichstag dann mit qualifizierter Mehrheit die weitestgehende nach 1918 gewährte Amnestie an, siehe ebd., S. 110; das Gesetz trat am 20. 12. 1932 in Kraft (RGBl. 1932, S. 559).

[7] Auf Initiative Dingeldeys hatten sich die Abgeordneten von DVP, CSVD, DBP und DHP zur Stärkung des gemeinsamen Einflusses im Parlament, jedoch ohne »irgendwelche politische Bindungen der Gruppen untereinander« zu einer »Technischen Arbeitsgemeinschaft« zusammengeschlossen, BAK NL Dingeldey 34, p. 11 f.

[8] Bei der Wahl des 3. Vizepräsidenten des Reichstags am 6. 12. 1932 konnte sich Paul Löbe (SPD) mit nur einer Stimme Mehrheit gegen den von der NSDAP vorgeschlagenen Otto Hugo (DVP) durchsetzen, siehe VRT, Bd. 455, S. 6–11.

[9] Wilhelm Mattes (1892–1952), Dr. oec., Landwirt. 1921–1933 MdL Baden (DVP), seit 1925 Fraktionsvors.; Juni 1931–März 1933 badischer Finanzminister, Okt. 1945–Sept. 1947 hessischer Finanzminister.

bürgerlichen Regierung des Landes, sondern auch zu einer Lösung geführt haben, die gerade im Interesse der evangelischen Kirche gelegen ist.[10]

Reichstagsabgeordneter Dingeldey dankte in seinem Schlußwort Hüttendirektor Kuhbier (Duisburg), der nach vierzehnjähriger Tätigkeit in den führenden Gremien der Partei zum letzten Male an dieser Tagung teilnahm, für seine bewährte Treue. Der Parteiführer schloß seinen Rückblick mit der Feststellung, daß das Jahr schwere Kämpfe und viele Enttäuschungen gebracht hat, daß sich aber der neue Aufstieg der Deutschen Volkspartei unter dem Zeichen des starken politischen Willens und der festen Geschlossenheit deutlich hervorhebt.

99.

15. Januar 1933: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

BAK R 45 II/33, p. 1–18. Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: »Niederschrift über die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am Sonntag, den 15. Januar 1933, vorm. 10½ Uhr im Reichsklub«.

Die politische Lage

[Dingeldey:] Verehrte Parteifreunde! Sie wissen, daß die heutige Tagung im wesentlichen gedacht war als eine Fortsetzung der Aussprache, die wir vor Weihnachten hier in diesem Saale hatten.[1] Damals galten unsere Überlegungen dem Ausblick auf die Zukunft, der Fürsorge für die eigene Partei und der Betrachtung der Möglichkeiten, unserer Partei eine neue Lebenskraft zu erwerben. Aus diesem Gedankengang heraus habe ich damals vor Ihnen die schon oft erörterte Frage erneut angeschnitten, ob die Partei dazu übergehen sollte, den alten nationalliberalen Namen auch wieder in ihr Wappenschild offen aufzunehmen. Ich kann jetzt schon auf Grund der zahlreichen Briefe, die aus Wahlkreisen und einigen Ortsgruppen an mich gelangt sind, feststellen, daß die Meinungen erstens über die Opportunität eines Namenswechsels überhaupt und zweitens über den Zeitpunkt, wenn man sich grundsätzlich zu einem Namenswechsel entschließt, innerhalb der Partei noch sehr stark differieren.

[10] Das Konkordat zwischen dem Freistaat Baden und dem Heiligen Stuhl vom 12.10.1932 (Text: Huber/Huber, Dok. Nr. 193) bestätigte im wesentlichen die bisherige Zirkumskription der Diözese Freiburg sowie den Fortbestand der katholisch-theologischen Fakultät und der beiden »Konkordatsprofessuren« für Geschichte und Philosophie an der Universität Freiburg. Während das Konkordat die kirchliche Aufsicht über den Inhalt des katholischen Religionsunterrichts bekräftigte, verzichtete es auf Aussagen zum Schulwesen in allgemeinen; zur kirchlichen Anerkennung des badischen Simultanschulwesens kam es jedoch nicht. Nachdem die SPD, die Konkordat und Kirchenvertrag scharf bekämpfte, aus der Großen Koalition in Baden ausgeschieden war, wurde das Bestätigungsgesetz zum Konkordat und zum evangelischen Kirchenvertrag vom 14.11.1932 (Text: ebd., Dok. Nr. 316) im badischen Landtag nur mit äußerst knapper Mehrheit (44:42 Stimmen) angenommen, siehe dazu Susanne Plück, Das badische Konkordat vom 12.10.1932, Mainz 1984.

[1] Siehe Dok. Nr. 98.

Ich darf Sie daran erinnern – damals stimmten sie mir ja zu –, daß ich damals sagte: wenn wir einen solchen Schritt tun, muß er erstens getragen sein von der überwältigenden inneren Zustimmung der Anhänger der Partei und zweitens sich vollziehen auf einem Parteitag, der dieser überwältigenden Meinungsäußerung unserer Freunde aus dem ganzen Reich Ausdruck verleiht. Ich glaube, diese Vorraussetzungen sind – leider, muß ich von meinem Standpunkt aus sagen – nicht gegeben, und es hat gar keinen Zweck, sich in Betrachtungen darüber zu verlieren, ob das erfreulich ist oder nicht. Aber es ist nun etwas anderes hinzugekommen, was mich zwingt, heute die Gedankengänge von uns allen wieder mehr auf die eigentliche politische Situation hinüberzuführen.

Die politische Lage, soweit ich sie jetzt mit aller Vorsicht auf Grund der Besprechungen, die ich in den letzten Tagen hatte, übersehen kann, zwingt uns leider, zunächst und zu allererst daran zu denken, daß wir vielleicht schon in sehr wenigen Tagen vor einem neuen Konflikt, vor der Auflösung des Reichstags und vor Neuwahlen stehen.[2] Die Ursachen des Konflikts sind, auf eine kurze Formel gebracht, darin zu sehen, daß die Krise des Nationalsozialismus bei der ganzen verhängnisvollen Verwobenheit der Existenz des Nationalsozialismus mit der Existenz unseres Parlaments zu einer Krise des Parlaments und des Staates wird.[3] Weil Hitler nicht weiß, welche Politik er treiben soll, deshalb steht das deutsche Volk wahrscheinlich vor der Notwendigkeit, erneut in einen aufwühlenden Kampf einzutreten. Hitler weiß bis zum Augenblick noch nicht, welche Politik er in den nächsten Wochen treiben wird. Er steht ja an sich vor der schicksalsschweren Entscheidung, ob diese nationalsozialistische Bewegung den Anschluß an den Staat und die Mitarbeit im Staat unter den dafür allein denkbaren Bedingungen suchen und beherzt ergreifen soll, oder ob sie sich verzehren soll in einem heute doch schon aussichtslos gewordenen Kampfe. Und aus dieser Alternative schien Herr Hitler bis in die letzten Tage den für ihn bezeichnenden Weg einer Vertagung wählen zu wollen. Nach dem, was ich gehört und beobachtet habe, sind die Anzeichen dafür, daß es zu einer solchen Vertagung des Reichstags kommt, sehr viel geringer geworden. Daraus ergibt sich, daß wir mit der Wahrscheinlichkeit eines Konflikts rechnen müssen.

Ich möchte, bevor ich diese ganze politische Situation, die sich aus dieser Entwicklung der Dinge ergibt, näher untersuche, von unserem Standpunkt aus noch eines

---

[2] Am 4.1.1933 hatte der Ältestenrat die Wiedereinberufung des seit dem 9.12.1932 vertagten Reichstags auf den 24.1.1933 beschlossen, siehe Schultheß 1933, S. 5. Am 11.1.1933 sicherte Dingeldey Schleicher in einer Besprechung die Unterstützung seiner Partei zu, siehe ebd., S. 11; Vogelsang, S. 363. Im Ältestenrat hatte StS Planck erklärt, die Regierung werde sich nicht damit zufriedengeben, daß der Reichstag sich nach der Entgegennahme der Regierungserklärung vertage oder die Abstimmung über die noch anhängigen Mißtrauensvoten hinauszögere. Zur Vorbereitung der Kraftprobe zwischen dem Präsidialkabinett Schleicher und dem Reichstag führte der Reichskanzler in der ersten Januarwoche Gespräche mit Gregor Strasser, Otto Braun sowie – außer Dingeldey – mit Kaas und Hugenberg, siehe dazu und zu den Spekulationen der Tagespresse Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 56, Anm. 3.

[3] Nachdem der Versuch Gregor Strassers, des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, Hitler zu einer Tolerierung des Kabinetts Schleicher zu bewegen, Anfang Dezember 1932 gescheitert war, trat er von seinen Parteiämtern zurück, siehe Vogelsang, S. 340ff.; Orlow, S. 287ff.; Udo Kissenkötter, Gregor Strasser und die NSDAP, München 1978, S. 170ff.; bei den thüringischen Gemeindewahlen vom 4.12. büßte die Partei fast 25 % der Stimmen gegenüber der Reichstagswahl vom 6.11.1932 ein.

hinzufügen. Der Reichskanzler hat nicht die Absicht, diese Entschlußlosigkeit oder das Ausweichen vor klaren Entschlüssen des nationalsozialistischen Führers von sich aus zu erleichtern. Er ist, wie Sie gelesen haben, vielmehr entschlossen, wenn ein solcher Vertagungsantrag im Ältestenrat kommt, eindeutig durch seinen Vertreter feststellen zu lassen, daß ein Vertagungsantrag von der Reichsregierung als ein Billigungsakt angesehen würde, der ihr die Freiheit des Handelns in der vorläufig nicht festgelegten Frist, die dann beschlossen werden sollte, gibt.[4] Ich glaube, daß das, vom Standpunkt des Reichskanzlers aus gesehen, richtig ist.

Wie steht aber die politische Situation gegenwärtig? Als die Regierung Papen kam und als Herr von Papen seine ersten Reden hielt[5], haben wir von unserem Standpunkt aus wohl zweierlei empfunden. Einmal unzweifelhaft die befreiende Wirkung der Tatsache, daß hier auf einmal an die Stelle dieser ganzen blassen und leblos gewordenen Art der Regierungsweise in Deutschland, wie sie zuletzt unter Brüning herrschte, wieder die frische Farbe des Entschlusses und auch eine die Menschen anspornende – und zum Angriff oder zur Abwehr aufreizende – Sprache trat. Diejenigen, die Herrn von Papen kannten, namentlich unsere preußischen Freunde, waren von Anfang an von einer sehr großen Skepsis erfüllt, weil sie wußten, daß das rein intellektuelle oder das persönliche Ausmaß dieses Kanzlers mindestens in der Vergangenheit nicht in genügendem Umfang hervorgetreten war, um das Vertrauen zu begründen, daß er den ungeheuren Anforderungen gewachsen wäre. Aber es bleibt bestehen, daß er ein ausgezeichneter Vermittler derjenigen Gedanken und Taten war, die zunächst einmal ihre aufrüttelnde Wirkung gegenüber dem Volke ausübten. Seine ersten Reden – das ist gar nicht zu leugnen – haben draußen im Volke infolgedessen ein ganz starkes Echo gefunden. Sie sprachen zur Phantasie der Menschen, sie zeigten ihnen das Bild eines neuen Staates, einer neuen Dynamik des politischen Geschehens; denselben Menschen, die allmählich in völlige Resignation verfallen waren.

Aber wir wissen, daß, je länger je mehr, sich gewisse Einflüsse geltend machten, die dieser Sprache des Reichskanzlers von Papen auch für unsere Ohren allmählich etwas Verdächtiges gaben, Einflüsse, die aus der Reform eine Restauration machen wollten, Einflüsse, die unter dem Begriff des autoritären Staates eine Staatsverfassung und einen Staatsaufbau dachten, wobei auch wir mit unseren politischen Anschauungen nicht mehr hätten mitmachen können.[6] Und es ist nicht zuletzt diesen Einflüssen zu verdanken, daß die Front der Gegenwirkungen draußen im Volke immer mehr anwuchs.

Die Dinge spitzten sich immer weiter zu. Es war zweifellos eine ganz überhitzte Atmosphäre in den Tagen, in denen Herr von Papen seinen Rücktritt erklärte, um die Bahn für neue Lösungen freizumachen. Heute ist es vielleicht besonders notwendig, daran zu erinnern, daß in jenen Tagen nach dem Rücktritt Papens und vor der Neubildung der Regierung die Zahl der Sendboten aus der großen Wirtschaft, namentlich des Westens, ungeheuer war, die hier erschienen, um zu erklären: eine Wie-

[4] In der Kabinettssitzung vom 16.1.1933 äußerte Schleicher die Absicht, »Neuwahlen bis zum Herbst zu verschieben«, Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 56, S. 231. Zu den Plänen einer Erklärung des Staatsnotstandes siehe auch Kabinett Papen, Dok. 229, 232; Vogelsang, S. 318ff.; Kolb/Pyta, S. 155–181.

[5] Zur Bildung der Regierung Papen am 1.6.1932 siehe Dok. Nr. 95, Anm. 2.

[6] Siehe dazu die zahlreichen Äußerungen Papens bei Walter Schotte, Der neue Staat, Berlin 1932.

derbetrauung Papens mit dem Reichskanzleramt bedeutet das Signal zur Revolution; wir können unsere Betriebe dann nicht mehr schützen.[7] Das waren dieselben Leute, die kurz vorher Herrn von Papen auf den Schild erhoben hatten, dieselben Leute, die heute so tun, als wenn Herr von Papen jetzt auf einmal wieder der richtige Mann geworden wäre, dieselben Leute, die vermutlich nach vierzehn Tagen, wenn Herr von Papen berufen wäre, erneut ihre Sendboten erscheinen ließen.

Aber Tatsache ist, daß die Berufung des Generals von Schleicher auf den Posten des Reichskanzlers zunächst in den Kreisen der Wirtschaft mit Mißbehagen aufgenommen wurde, und dieses Mißbehagen hat sich in dieser Zeit seiner Amtsführung nicht etwa geschwächt, sondern unzweifelhaft verstärkt. Warum? Herr von Schleicher hatte in der Vergangenheit sonderbaren Verkehr gepflogen, wenn ich mich so ausdrükken soll; vielleicht aus den geistigen Interessen eines Mannes heraus, der allen neuen Regungen mit einer gewissen Aufgeschlossenheit gegenübersteht. Man sah die Herren des »Tatkreises«[8] usw. häufig im Reichswehrministerium ein- und ausgehen und hatte dann auf eine enge politische Meinungsverbundenheit des Generals von Schleicher mit diesen Leuten geschlossen. Man wußte von Verhandlungen mit den Gewerkschaften.[9] Man sah in gewissen Kreisen mehr diese Verhandlungen mit den Gewerkschaften und sah nicht – das möchte ich auch aussprechen –, daß in demselben Zimmer, in dem Herr Leipart oder Herr Stegerwald gelegentlich saßen, die Führer des Stahlhelm, der Kronprinz, die nationalsozialistischen Führer, viele Deutschnationale vielleicht ebenso häufig gesessen haben.

Aber ich darf vielleicht hinzufügen: das ist ja nicht allein die Ursache dieses sonderbaren Mißbehagens, sondern Herr von Schleicher hat durch seine Rundfunkrede[10], mit der er seinen politischen Antritt sozusagen vollzog, in den Kreisen der Wirtschaft nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen erweckt. Ich bin mir sehr im Zweifel dar-

[7] In seiner Morgenausgabe vom 29. 11. 1932 berichtete der »Vorwärts«, daß die Nachricht einer voraussichtlichen Wiederbetrauung Papens mit dem Kanzleramt einen »Sturm in den Betrieben« und eine »ungeheure Erregung bei der Arbeiterschaft« ausgelöst habe, zit. nach: Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 797. Zur Haltung der Schwerindustrie Ende November 1932 siehe auch den bei Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967, S. 73, abgedruckten Bericht des Leiters eines industriellen Nachrichtenbüros an Bracht über die Stimmung auf der Tagung des Langnam-Vereins in Düsseldorf.

[8] Der Herausgeber der »Tat«, Hans Zehrer, der im August 1932 mit finanzieller Hilfe des Reichswehrministeriums die »Tägliche Rundschau« übernommen hatte, gehörte zu den publizistischen Wegbereitern der Kanzlerschaft Schleichers, siehe dazu Kurt Sontheimer, Der Tatkreis, in: VfZ 7 (1959), S. 239–260; Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist, Mainz 1971, S. 84 ff.; Klaus Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, Das Beispiel des »Tat«-Kreises, Frankfurt/M. 1976.

[9] Schleicher bemühte sich, publizistisch unterstützt vom »Tat-Kreis«, seit dem Sommer 1932 um eine »Querfront« von den Freien Gewerkschaften bis hin zum Strasser-Flügel der NSDAP, siehe dazu Axel Schildt, Militärdiktatur auf Massenbasis? Die Querfrontkonzeption um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1981; Joachim Petzold, Alternative zur faschistischen Diktatur? Die Regierungskonzeption des Generals Kurt von Schleicher, in: Militärgeschichte 22 (1983), S. 16–31; zur Haltung der Gewerkschaften siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 715 ff., 747 ff.

[10] Die Regierungserklärung Schleichers wurde am 15. 12. 1932 im Rundfunk übertragen, siehe Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 25.

über, ob die Wirkung dieser Rundfunkrede, die sie in den Kreisen der Wirtschaft wegen ihrer in wirtschaftlichen Dingen bewußt durchgeführten Farblosigkeit hervorgerufen hat, die gleiche auch in den breiten Massen der Bevölkerung gewesen ist. Ich habe unmittelbar, nachdem ich die Rede gehört habe, sie so charakterisiert: es war eine Rede an die Galerie und nicht an das Parkett. Ich glaube, daß diese sehr schlichte, lediglich von der Sprache des gesunden Menschenverstandes getragene und bewußt unproblematische Rede bei den einfachen Leuten ungeheuer viel werbende Kraft ausgeübt hat (Sehr richtig!).

Wenn wir diese ganze Episode, die seit dem Schleicherschen Amtsantritt vor uns liegt, richtig werten wollen, dürfen wir auch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Vereinigung der Macht des Reichswehrministeriums mit der Position des Reichskanzlers[11] nicht ein zufälliges Ereignis ist, sondern namentlich von dem alten Herrn[12] selbst, wie ich aus vielstündigen Unterhaltungen in jenen Tagen weiß, sehr schweren Herzens schließlich vorgenommen wurde, aber mit dem ganz klaren Bewußtsein, daß damit auch die letzte Autorität eingesetzt worden sei. Deshalb lassen Sie mich eines vorwegnehmen. All dieses Geraune und Geflüstere über Machenschaften des Herrn von Papen oder wer sonst etwa dahinter stehen möge, all dieses Geraune, daß die Stellung Schleichers erschüttert werden könnte oder erschüttert sei, kann nur auf Leute irgendwelchen Eindruck machen, die bei jeder Gelegenheit in eine politische Nervosität verfallen. Der alte Herr hat sich zu diesem grundsätzlich sehr bedenklichen Schritt der Vereinigung der Wehrmacht und der politischen Macht in einer Person nach sehr schweren Überlegungen und Bedenken entschlossen. Nachdem er sich aber entschlossen hat – davon dürfen sie überzeugt sein –, kann mit solchen Palavers wie in Köln[13] oder anderswo eine irgendwie geartete Rückwärtsrevision dieser Entwicklung gar nicht mehr in Frage kommen. Man soll sich nicht darüber täuschen: dieser Mann, der heute Reichskanzler ist, ist zur Zeit der mächtigste Mann in Deutschland, und es gibt gar keinen, der ihn von der Stelle drükken könnte. Es wird sich jetzt also lediglich darum handeln, wie man sich mit dieser nun einmal stabilisierten Macht auseinanderzusetzen hat. Zur Persönlichkeit des jetzigen Reichskanzlers lassen sie mich sagen, daß er vielleicht der einzige ist, der in dieser Zeit des Gegeneinander und Durcheinander mit der leichten Hand, die er auf der einen Seite hat, mit dem kühlen Wagemut des politischen Spielers, den er auf der anderen Seite hat, und der kalten Energie, die ihn erfüllt, die Dinge vorwärts treiben kann.

Ich möchte auch noch, ehe ich zur Kritik übergehe, etwas zum Ausdruck bringen, wozu ich mich in meinem Gewissen verpflichtet fühle. Ich habe in all dieser Zeit, in diesen schwierigen Situationen, in denen wir alle das Leben der Partei kaum noch als länger zu sichernd ansahen, zahlreiche tatsächliche Beweise, nicht nur durch Worte,

[11] In dem von ihm geleiteten Kabinett war Schleicher auch mit der Führung der Geschäfte des Reichswehrministeriums beauftragt, siehe Kabinett Schleicher, S. XIX ff.

[12] Gemeint: Reichspräsident Hindenburg.

[13] Am 4.1.1933 hatte sich der ehemalige Reichskanzler v. Papen im Haus des Kölner Bankiers Kurt v. Schroeder mit Hitler getroffen. Zu Verlauf und Wirkung der aufsehenerregenden Begegnung siehe Heinrich Muth, Das »Kölner Gespräch« am 4.1.1933, in: GWU 37 (1986), S. 463–480, 529–541; zur Unterstützung v. Papens seitens der rheinisch-westfälischen Großindustrie siehe Neebe, S. 142 ff.

erkennen können, daß das, was er an Unterstützung und Hilfe in der politischen Arbeit mir versprochen hat, bis zum letzten auch gehalten und durchgeführt hat. Nicht um unseretwillen selbstverständlich, aber es beweist, daß dieser Mann aufgeschlossen genug ist, um zu sehen, wie absolut notwendig gerade in dieser schwierigen Zeit die Erhaltung eines politischen Faktors von der Art unserer Partei ist.

Nun zu seiner Amtsführung. Die Kritik setzte ein bei der Rundfunkrede und kennzeichnete diese als ein Bekenntnis zur wirtschaftspolitischen Grundsatzlosigkeit. Die Kritik setzte ein bei den Amtshandlungen. Man sagt, wir stünden wieder in der Gefahr, irgendwie in wirtschaftspolitische Experimente mit planwirtschaftlichem oder staatssozialistischem Einschlag hineinzugeraten. Man verweist auf die Margarine-Verordnung[14], man verweist auf die agrarpolitische Unklarheit, diesen Gegensatz der Dinge, den wir da erleben, und manches andere, um daraus zu folgern, daß wir als Vertreter der Privatwirtschaft nicht das Vertrauen zu diesem Kanzler haben könnten, er würde entsprechend unseren Grundsätzen eine absolut sichere Amtsführung garantieren.

Herr von Schleicher hat – ich stelle das ganz objektiv fest, ohne zu den Mitteln, die er angewandt hat, Stellung zu nehmen – in wenigen Wochen die Atmosphäre in Deutschland sehr weit entlastet, er hat diesen Dampf aus dem Kessel gelassen, er hat eine Atmosphäre der entspannteren Nerven geschaffen. Er hat zweifellos bei der großen Masse unseres Volkes das Bewußtsein wieder dafür geweckt, wieviel erstrebenswerter ein Zustand des innerpolitischen Friedens für das gemeinschaftliche Zusammenleben wäre. Ich glaube, bis weit in die Reihen derer, die nationalsozialistisch gewählt haben, geht das Gefühl: jetzt wollen wir doch mal in Ruhe weiterarbeiten können, damit die Dinge in Deutschland nicht völlig zerstört werden. Das ist ein Positivum und ein Aktivum, erst recht, wenn wir demnächst einen Kampf würden führen müssen gegen Störenfriede, die auch diesen Zustand wieder beseitigen wollen.

Dann hat Herr von Schleicher die bekannten wirtschaftlichen Verordnungen erlassen[15], die ich schon angedeutet habe. Sie werden nicht erwarten, daß ich hier zur Margarine-Verordnung in ihren Einzelheiten Stellung nehme. Ich glaube, darüber kann es keinen Zweifel geben unter uns, daß das, was in dieser Verordnung z. B. über die Kontingentierung der Produktion durch den Staat festgelegt ist, ein ganz eindeutiger schwerer Verstoß gegen die wirtschaftspolitischen Grundsätze ist, die nach unserer Überzeugung nun einmal strikt durchgehalten werden müssen.

Dann das Gereke-Programm![16] Was bedeutet es in unseren Augen, die wir ja doch aus der Vergangenheit gelernt haben, anderes als die ungeheure neue Gefahr, daß die

[14] Durch eine Notverordnung vom 23.12.1932 hatte sich die Reichsregierung ermächtigt, für Margarine zwangsweise die Beimischung von Butter anzuordnen, siehe RGBl. 1932 I, S. 575 f. Diese Maßnahme löste nicht nur bei SPD und Gewerkschaften, sondern auch auf Seiten des RLB stürmische Proteste aus.

[15] Am 23.12.1932 war eine Sammelnotverordnung über Wirtschaft und Finanzen erlassen worden, die u. a. neue Bestimmungen über Kreditschöpfungsmöglichkeiten und Einheitspreisgeschäfte und eine Verlängerung der »Reichsfluchtsteuer« enthielt, siehe RGBl. 1932 I, S. 571.

[16] Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Günther Gereke, hatte nach langwierigen Beratungen im Kabinett und mit der Reichsbank am 21.12.1932 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt, das Träger öffentlicher Arbeiten Darlehen in Höhe von 500 Millionen RM zur Ver-

Kommunen unter weiterer Verschuldung in Unternehmungen hineinsteigen, die ihnen später nicht mehr die Möglichkeit geben, auch innerhalb der Kommunen diejenige Lastensenkung durchzuführen, ohne die auf die Dauer das wirtschaftliche Leben überhaupt nicht vorwärtsgetrieben werden kann. Noch ein Wort zum Arbeitsbeschaffungsprogramm! Als Herr Gereke berufen werden sollte, teilte mir Herr von Schleicher das schon einige Tage vorher als seine Absicht mit. Er ging dabei im wesentlichen von politischen Überlegungen aus, wie ja dieser Mann in allererster Linie immer politisch und politisch-taktisch denkt und handelt. Er ging von der Erwägung aus: diesem Gereke ist es nun einmal gelungen, eine sehr breite und sehr gefährliche Front für seine dilettantischen Wirtschaftsideen zu gewinnen. Hinter ihm stand ja damals nicht nur ein großer Teil der Gewerkschaften, hinter ihm stand der Stahlhelm, ein Teil der Kommunalverbände; kurzum, es war zu befürchten, daß, verstärkt durch die in gleicher Richtung und noch weitergehenden nationalsozialistischen Tendenzen, von dort aus ein Vorstoß gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung geführt werden könnte, dem sehr schwer Widerstand zu leisten wäre. Deshalb sagte er sich: herein mit dem Mann in die Regierung, in der genügend erfahrene und geschulte Persönlichkeiten sitzen, die den Dilettantismus dieses ursprünglichen Projekts sehr schnell auch seinem Vertreter gegenüber enthüllen werden. Und wenn wir jetzt das alte Projekt von Herrn Gereke in Vergleich setzen mit dem heutigen, so ist kein Zweifel: es ist tatsächlich gelungen, diesen Mann aus einer Position herauszuholen, in der er agitatorisch und politisch hätte eine Gefahr werden können, und ihn hineinzustellen in eine Umgebung, in der das Gefährliche seines ursprünglichen Projekts auf der Strecke geblieben ist.

Ich leugne nicht, daß das, was übriggeblieben ist, von unserem Standpunkt aus noch immer die äußersten Bedenken erregen muß. Die Kommunen, die den Zinsendienst für die Schulden, die sie in der Vergangenheit aufgenommen haben, heute nicht mehr leisten können, sollen sich nach diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm aufs neue verschulden, um diese Unternehmungen zu finanzieren.[17] Auch wenn die Bedingungen dieser Schulden erstaunlich günstig sind – vom Standpunkt des allgemeinen Anleihemarktes –, so bleibt doch grundsätzlich die Tatsache bestehen. Dazu kommt, daß wir überhaupt Bedenken haben gegen jede Betätigung der öffentlichen Hand in großem Umfang auf diesen Gebieten, weil trotz aller Versprechungen, daß die private Unternehmerschaft in erster Linie die Aufträge zugewiesen bekommen soll, die Gefahr des Neuanwachsens öffentlicher Betriebe immer gegeben ist.

Aber ich möchte nun auch einmal den anderen Gedanken entwickeln, der die Sache von der anderen Seite ansieht, wie er von dem Reichswirtschaftsminister Warm-

fügung stellte, wobei das Reich den Hauptteil der Zinslast tragen sollte, siehe Kabinett Schleicher, S. XXXVII ff.; James, Reichsbank, S. 319. Zu den Reaktionen der Gewerkschaften und Unternehmerverbände siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 826 ff.; Neebe, S. 148 ff.; Helmut Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher, Bern u.a. 1974, S. 253 ff.; Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung 1930–1934, Berlin 1977, S. 98 ff.

[17] Die finanzielle Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände, die nach Gerekes Plan die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu einem Teil mitfinanzieren sollten, war zu Beginn des Jahres 1933 durch die beträchtlichen Zahlungen für die Wohlfahrts- und Krisenfürsorge äußerst angespannt, siehe Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 2, 3; Heindl, S. 221 ff.

bold[18] auch im Haushaltsausschuß zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir haben seit der Lausanner Konferenz[19], die eine gewisse internationale Vertrauenswelle geschaffen hat, unverkennbar Ansätze der Wirtschaftsbelebung nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern. Wieweit diese Ansätze zu einer stetigen Entwicklung führen und ob die Kurve zunächst in der Waagerechten oder schnell ansteigend verlaufen wird, hängt nicht von uns und unseren deutschen Maßnahmen in erster Linie ab, sondern von der Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Probleme, denen wir jetzt in der Weltwirtschaftskonferenz entgegengehen.[20] Immerhin hat diese Belebung des Vertrauens zu einem Ansteigen des Beschäftigungsgrades geführt.[21] Durch die politische Krise nach dem Rücktritt Papens, die beinahe zeitlich zusammenfiel mit dem saisonmäßigen Abflauen des Weihnachtsgeschäftes, ist in weiten Teilen der Wirtschaft eine gewisse Lähmung dieser ursprünglich vorhandenen Impulse eingetreten. Wenn man nun der Überzeugung ist – und der Reichswirtschaftsminister ist dieser Überzeugung –, daß an sich die Voraussetzungen für ein weiteres Ansteigen der Beschäftigungskurve gegeben sind, daß es sich jetzt im Augenblick darum handelt, gewisse psychologische Momente, die verloren gegangen sind, wiederzugewinnen, dann ist es durchaus vertretbar, über diese Stockungen des Augenblicks hinwegzuführen durch diese öffentlichen Auftragserteilungen.

Ich habe das deshalb so ausführlich behandelt, weil ich glaube, man muß bei diesen Dingen das eine gegen das andere abwägen und sich schließlich entscheiden, ob der Schritt der Begebung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms tatsächlich in flagrantem Widerspruch mit den wirtschaftspolitischen Grundsätzen steht, die wir vertreten. Ich bemerke dabei, daß der Reichsbankpräsident Dr. Luther, der dieser Begebung anfänglich mit äußerster Reserve gegenüberstand, das Programm in der Form, in der er es durchgeführt wird, von sich aus gebilligt und auch die Hilfe der Reichsbank in dem geschilderten Umfang zur Verfügung gestellt hat.

Dann kamen die Fragen der Landwirtschaftspolitik. Hier liegen die Dinge für uns verhältnismäßig einfach. Denn wir haben ja seit langem schon in der Frage der Kontingentierungspolitik den Standpunkt vertreten, daß wir es unter gar keinen Umständen für richtig ansehen können, wenn man glaubt, es wäre möglich, die deutsche Landwirtschaft zu retten, indem man auf Kosten des Absatzmarktes, den wir innerhalb der deutschen Grenzen haben, zunächst einmal einen angeblichen Binnenmarkt züchtet. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, eine solche Politik kann, selbst wenn sie theoretisch richtig wäre, nicht so schnell den Binnenmarkt stark machen, daß nicht die in der Zwischenzeit angerichtete Zerstörung der auf den Export angewiesenen Teile unseres Volkes und der Ausfall an Kaufkraft alle etwaigen Errungenschaften zunichte machen würde. Das war unser Standpunkt in der Kontingentie-

[18] Hermann Warmbold (1876–1976), Landwirt. April–Nov. 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, ab 1922 Vorstandsmtgl. der BASF, dann der I.G. Farben, Okt. 1931–Mai 1932, Juni–Okt. 1932, Dez. 1932–Jan. 1933 Reichswirtschaftsminister (parteilos).

[19] Auf der Reparationskonferenz von Lausannne (16.6.–19.7.1932) hatten die Gläubiger Deutschlands – abgesehen von einer geringfügigen Schlußzahlung – auf die Zahlung weiterer Reparationen verzichtet und ihre eigenen Zahlungen an die USA eingestellt, siehe Krüger, S. 544f.; Link, S. 525ff.

[20] Die Weltwirtschaftskonferenz tagte vom 12.6.–27.7.1933 in London.

[21] Seit Mitte 1932 hatte sich die wirtschaftliche Lage – wenn auch auf einem sehr niedrigen Niveau – stabilisiert, siehe dazu Fischer, S. 57ff.

rungspolitik, und diese grundsätzliche Einstellung gilt natürlich auch gegenüber all dem, was da jetzt wieder abgehandelt wird.

Es ist für uns eine entsetzlich schwierige Aufgabe, da wir ja zum allergrößten Teil der Landwirtschaft beruflich fernstehen, uns in die seelische Situation der Menschen zu versetzen, denen Sie, wenn Sie ihnen gegenüber solche Ansichten vertreten, im Grunde folgendes sagen: Ich weiß, du gibst ständig mehr aus, als du einnehmen kannst; ich weiß, du mußt notwendigerweise darunter allmählich zugrunde gehen, aber es gibt nur einen Weg, um dir zu helfen, nämlich den, daß die anderen Menschen in Deutschland wieder arbeiten und mehr verdienen, damit du auch wieder zu besseren Preisen verkaufen kannst; bis dahin gibt es im Grunde keinen Weg, um dir zu helfen, alles andere sind Palliativmittel, mit denen man Hoffnungen erweckt, die ein paar Wochen Ruhe schaffen, um dann umso schärfere Forderungen und Angriffe zur Folge zu haben.[22] Ich sage, man muß sich darüber klar sein: man wird bei sehr wenigen Landwirten, die sich in einer Psyche befinden, die durch die Zerstörung ihrer Substanz entstanden ist, mit solchen Argumenten Gegenliebe[23] finden. Damit verlieren aber diese Argumente auch nicht ein Jota von ihrer Richtigkeit. Als ich dieser Tage mit dem Reichskanzler von Schleicher über diese Dinge sprach, habe ich ihm gesagt: lassen Sie bitte die Hoffnung fahren, daß es möglich wäre, der Reichsregierung eine politische Erleichterung in dieser Situation, die noch auf absehbare Zeit gilt, dadurch zu schaffen, daß Sie einen sogenannten Vertrauensmann der Landwirtschaft im Kabinett haben. Dieser Vertrauensmann geht in wenigen Wochen an der Tatsache zugrunde, daß er unmöglich in der Lage ist, das Vertrauen zu rechtfertigen, das seine Freunde in ihn setzen, nämlich ihren Ansichten über die notwendige Wirtschaftspolitik zum Siege zu verhelfen. Es gibt gar keinen anderen Weg, es sei denn, daß Sie sich entschließen, die Wirtschaftspolitik grundsätzlich agrarpolitisch zu orientieren. Herr von Schleicher hat mir zugestimmt und gesagt, daß auch verständige und kluge Landwirte durchaus die Einsicht hätten, wie er aus zahlreichen Unterredungen in der letzten Zeit festgestellt hätte, es gäbe tatsächlich, abgesehen von solchen immer gefährlichen kleinen Mittelchen, keinen Weg, um die Dinge anders zu führen.

Umso erstaunter sind wir natürlich alle gewesen, als wir gestern aus den Zeitungen erfuhren, daß eine so starke politische und persönliche Annäherung zwischen Herrn von Schleicher und Hugenberg erfolgt sei.[24] Denn diese politische Annäherung kann

---

[22] Der RLB hatte in einer Besprechung mit dem Reichskanzler am 11.1.1933 einen umfassenden Zoll- und Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft gefordert. Kurz nach der Besprechung veröffentlichte der Bundesvorstand des RLB eine noch vor der Unterredung gefaßte Entschließung, die das Kabinett mit großer Schärfe angriff. Noch am selben Tag ließ Schleicher amtlich bekanntgeben, die Regierung werde angesichts dieser illoyalen Handlungsweise keine weiteren Gespräche mit den Vorstandsmitgliedern des RLB mehr führen, siehe Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 50, 51, 53; Schultheß 1933, S. 11 f.; Gessner, S. 242 ff.

[23] In der Vorlage sinnwidrig: »keine Gegenliebe«.

[24] Am 13.1.1933 hatte Hugenberg Schleicher eine Regierungsbeteiligung der DNVP unter der Bedingung angeboten, daß er das Wirtschafts- und Ernährungsministerium erhalte; zudem hatte er die Vertagung des Reichstags oder den Aufschub von Neuwahlen für mindestens ein Jahr verlangt. Nachdem Schleicher die Pläne Hugenbergs abgelehnt hatte, verabschiedete die Reichstagsfraktion der DNVP am 21.1.1933 eine scharfe Entschließung gegen das Kabinett, siehe Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 64; Vogelsang, S. 363.

doch selbstverständlich nur denkbar sein auf der Grundlage einer Verständigung auch über diese grundsätzliche Frage der künftigen Wirtschaftspolitik. Ich kann über das, was ich über diese Verhandlungen im einzelnen gehört habe, jetzt hier keine Ausführungen machen. Aber ich möchte soviel aussprechen: die Zeitungsnachrichten des gestrigen Tages über die angeblichen Pläne einer großen Kabinettsumformung in dem Rahmen der Namen, die da genannt sind: Hugenberg, Stegerwald, Strasser, Seldte, nehmen Sie bitte ernster, als man vielleicht geneigt wäre, sie so obenhin zu nehmen. Wir fragen uns in einer solchen Lage: was heißt das, wirtschaftspolitisch und politisch gesehen?

Wenn ich mir vorstelle, es könnte etwas derartiges Tatsache werden, so bedeutet das einen ungeheuren Einschnitt in die ganze innerpolitische Entwicklung der Nachkriegszeit. Es würde bedeuten die endgültige und klare Option des Zentrums für rechts. Es würde bedeuten das Bündnis zwischen den Gewerkschaften und dem deutschnationalen Parteiführer, die beide bis zum Augenblick in Todfeindschaft leben. Es würde in die gleiche Front den Stahlhelm hineinziehen. Es würde mit anderen Worten das gesamte Bürgertum im weitesten Sinne des Wortes in einer Front aufmarschieren lassen, und es würde außerdem noch den Versuch bedeuten, eine Bresche in die Front der Nationalsozialisten zu treiben, die vielleicht auch von dort aus noch Hilfstruppen für diese ganze Front des bürgerlichen Bewußtseins schaffen könnte.

Wirtschaftspolitisch aber frage ich mich: was soll das für ein Bild einer Wirtschaftspolitik sein, das eine solche Regierung uns präsentiert? Herr Hugenberg hat in der Vergangenheit bis in die jüngste Zeit wirtschaftspolitisch eine absolut und leidenschaftlich vertretene andere Haltung eingenommen, als es die ist, die ich vorhin gekennzeichnet habe. Ich erinnere an die Verhandlungen über unser Wahlabkommen.[25] Da hat er geradezu leidenschaftlich mir gegenüber den Standpunkt vertreten: Zwei große Schicksalsfragen sind es, die heute das Leben unserer Nation bedrohen, einmal die Frage der Landwirtschaft und zweitens die Frage der privaten internationalen Verschuldung. Beide Fragen müssen zunächst gelöst werden, sonst kann keine Rettung von Landwirtschaft und Industrie in Frage kommen. Die Landwirtschaft kann, so sagte er damals, nur noch durch ein System der autonomen Kontingentierung von Ein- und Ausfuhr gerettet werden, und die internationale private Verschuldung nur durch einen autonomen Akt Deutschlands, der für diese privaten Schuldverhältnisse eine Konversion kurzfristiger in langfristige Schulden und gleichzeitig einen niedrigeren Zinssatz mit entsprechender Amortisation bringt. Beides sind Dinge, die vollkommen diametral all dem entgegengesetzt sind, was wir auf diesen beiden Gebieten vertreten können. Wir sind uns klar, daß das die Zerstörung jeglicher Kreditbasis bedeutet, deren wir gerade bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft so dringend bedürfen.

Und auf dem Gebiet der Sozialpolitik Hugenberg neben Stegerwald! Herr Hugenberg hat heute noch in den Reihen seiner Reichstagsfraktion die Vertreter der gelben Gewerkschaften sitzen als die einzigen von ihm zugelassenen Arbeitnehmervertreter. Er hat sich deshalb seit vielen Jahren die Todfeindschaft aller Gewerkschaften zuge-

[25] Die DVP hatte zur Reichstagswahl am 6.11.1932 ein Wahlbündnis mit der DNVP geschlossen, siehe Dok. Nr. 96, Anm. 2.

zogen. Ich kann mir noch kein Bild darüber machen, auf welcher Basis hier eine Zusammenarbeit möglich sein könnte.

Aber jetzt lassen Sie mich auch einmal von einer anderen Seite von dieser augenblicklichen Situation sprechen. Der Reichstag hat keine Mehrheit, mit der gearbeitet werden kann. Die Nationalsozialisten würden, wenn Hitler sich zum Kampfe entschließt, endgültig ausscheiden aus dem Bereich derer, die überhaupt für positive Mitarbeit in Frage kommen. Besteht Hoffnung, durch eine Neuwahl eine parlamentarische Mehrheit zu erlangen? Ich glaube, diese Hoffnung kann man ernsthaft gar nicht hegen. Daraus folgt, daß die Staatskrise, die unter der Regierung Papen durch sein eigenes Auftreten sozusagen auf der offenen Bühne dem deutschen Volke vorexerziert wurde, nach wie vor und ungeschwächt vorhanden ist, und daß der Zwang, dieses grundsätzliche Problem anzupacken, nach wie vor besteht. Nach wie vor besteht auch die Tatsache, daß diese Probleme nicht gelöst werden können auf dem Wege der normalen parlamentarischen Entwicklung (Sehr richtig!). Deshalb wird eine Regierung – ich will sie eine Regierung der nächsten Zukunft nennen – von ihrem Führer gebildet und von ihren Mitgliedern von vornherein bewertet werden unter dem Gesichtspunkt, daß sie unter Umständen nicht nur entschlossen, sondern auch sowohl nach ihrer Zusammensetzung wie nach ihrer Basis im Volke befähigt sein muß, diese antiparlamentarische Entwicklungsperiode zu führen.

Von der Regierung Papen – das können wir heute rückschauend sagen – mußten wir von vornherein sagen, daß ihre sehr schmale Basis sie kaum dazu befähigte, diese große Aufgabe ohne ungeheure Erschütterungen zu lösen. Nur dieser Gedankengang allein, den ich jetzt einmal angedeutet habe, kann mir einen Schlüssel zu den Nachrichten des gestrigen oder vorgestrigen Tages geben. Nur unter diesem Gesichtspunkt sehe ich die Möglichkeit, eine Regierung zustande zu bringen, die aus so heterogenen Elementen zusammengesetzt ist. Und auch nur so können wir von unserer Partei aus die richtige Einstellung zu der Frage gewinnen: wo stehen wir, wenn es jetzt in dieser Front zum Wahlkampf kommt?

Lassen Sie mich eines vorwegnehmen. Daß wir in Opposition stehen könnten, braucht ja wohl hier überhaupt nicht ernsthaft erwogen zu werden. Gewiß, es könnten Anlässe sein, uns mit schwersten Bedenken zu erfüllen. Ich habe einiges gestreift, insbesondere die Wirtschaftspolitik. Es können Dinge passieren, die von unserem Standpunkt aus nicht schön und erwünscht sind. Aber wo sollten wir denn in der Opposition stehen? Etwa an der Seite der Kommunisten und Sozialdemokraten? Eine völlig phantastische Idee! Also können wir, wenn es jetzt zum Kampfe kommt, nur stehen hinter der Regierung, in der Front eben, wie ich sie vorhin geschildert habe, der Gesamtzusammenfassung der bürgerlichen Kräfte mit diesem Ziel der Staats- und Wirtschaftsreform, die solange aufgeschoben worden ist.

Alle die einzelnen Empfindungen des geminderten Vertrauens oder des größeren Mißtrauens gegenüber der Wirtschaftspolitik des Kanzlers und seines Kabinetts bringen uns nicht von der Situation weg, die uns zwingt, jetzt in diesem Augenblick, wenn es zum Kampfe kommen sollte, ganz eindeutig mit in der Front zu stehen, die für eine solche Regierung kämpft. Das ist nicht ganz leicht für uns; dann noch schwerer – ich spreche das ganz offen aus –, wenn sich tatsächlich das Unerwartete vollziehen sollte, daß ein Bündnis zwischen Zentrum und Deutschnationaler Volks-

partei zustandekäme. Denn das würde naturgemäß die Position der Deutschen Volkspartei unendlich erschweren. Es hilft aber nichts, diese Situation ist uns zwangsläufig durch die Lage aufgedrängt, und es gibt da nur die eine Erwägung: wir werden sie durchzuhalten haben mit möglichster Herausstellung der Eigenart unserer Partei. Die Wiederholung des Bündnisses mit der Deutschnationalen Partei ist nicht möglich, und zwar nicht etwa nur aus unserem Willen nicht möglich, sondern auch nach dem Willen des deutschnationalen Parteiführers.[26]

Der kommende Wahlkampf wird von uns selbständig geführt werden müssen. Er wird geführt werden müssen mit der Parole, daß es alles darauf ankommt, gerade bei einer solchen Zusammenfassung der Kräfte gegenüber dem einseitigen Überwuchern agrarpolitischer Belange der Landwirtschaft, gegenüber reaktionären Wünschen unsere wirtschaftspolitische und staatspolitische Einstellung zur Geltung zu bringen. Ich halte es gar nicht für so sehr schwer, sehr viele Menschen aus dem Lager unseres Bürgertums an diese Gedankengänge heranzubringen. Ich halte es für durchaus denkbar, daß sehr viele Menschen an sich mit großer Freude das Zustandekommen einer großen, breiten politisch-bürgerlichen Front bis hinein in früher nationalsozialistische Kreise begrüßen würden, dabei aber Wert darauf legen, daß auch der linke Flügel einer solchen nationalbürgerlichen Front mit seinen Anschauungen staatspolitisch und wirtschaftspolitisch zur Geltung kommt. Denn wir wären ja innerhalb dieser Front – das Zentrum läßt sich da schlecht einordnen – selbstverständlich der linke Flügel. Wir würden dafür zu sorgen haben, daß sowohl auf dem wirtschaftspolitischen wie auf dem staatspolitischen Gebiet keine einseitigen Gewaltkuren angewandt werden. Ob es dahin kommt, ob es zum Kampfe kommt, und ob es in dieser Front zum Kampfe kommt, weiß ich heute noch nicht. Ich kann nur sagen: die größere Wahrscheinlichkeit spricht für den Kampf. Es kann auch anders kommen. Dann schadet es nichts, wenn wir uns auch mit dieser Situation einmal gedanklich auseinandergesetzt haben.

Ich fasse mich dahin zusammen: Die Staatskrise ist nicht beendet, es ist eine Entgiftung der überhitzten Atmosphäre eingetreten, die die Sehnsucht nach innerpolitischem Frieden und ruhigem Arbeiten dem Volke wieder zum Bewußtsein gebracht hat. Aber es ist nichts anderes vorhanden als die Möglichkeit, zunächst einmal in Ruhe zu arbeiten. Keines der großen staatlichen Probleme ist gelöst, keines der großen Probleme in seinem Ernste für uns irgendwie geschwächt worden. Und infolgedessen wird nach meiner Überzeugung [der Weg] dieser und jeder kommenden Regierung gar kein anderer sein können, als die Lösung auch dieser Probleme ins Auge zu fassen. Wir wollen uns dabei bewußt sein, daß diese Kombination zwischen Wehrministerium und Reichskanzleramt, die wir heute sehen, den letzten Einsatz

[26] Nachdem sich die Spannungen zwischen DNVP und DVP bereits vor den Novemberwahlen 1932 erheblich verschärft hatten, führte die von der NSDAP unterstützte Kampfkandidatur Hugos gegen den deutschnationalen Gräf um den Posten des 3. Reichstagsvizepräsidenten am 6.12.1932 (siehe Dok. Nr. 98, Anm. 8) endgültig zum Bruch: In einem mit »Deutsche Volkspartei« überschriebenen maschinenschriftlichen Manuskript im NL Dingeldey 38, p. 76–84 bezeichnete Hugenberg die Kandidatur Hugos als »den Gipfel der Undankbarkeit« der DVP, die »auf unseren Krücken erst in den Reichstag gekommen ist« und stellte heraus: »Es ist ein offenes Geheimnis im Reichstag, daß lange vor der Wahl des Präsidiums zwischen NSDAP und DVP hinter dem Rücken der DNVP Verhandlungen stattgefunden haben, die den Zweck hatten, den der NSDAP unbequemen Gräf auszuschalten«.

darstellt, bewußt den letzten Einsatz, mit den Augen des Reichspräsidenten gesehen. Durch die Presse ging ein Wort des Reichspräsidenten, das ich bestätigen kann, daß er nämlich in einem Gespräch während der letzten vierzehn Tage gesagt hat: Der Reichswehrminister von Schleicher ist der letzte Kanzler, den ich ernannt habe. Das bedeutet, daß er sich über den Entschluß, den er damals gefaßt hat, in vollem Umfange klar ist. Es handelt sich um den Einsatz der allerstärksten, der letzten Autoritäten, und infolgedessen ergeben sich daraus jenseits von allen Sentiments und Gefühlen über Mißtrauen, über menschliches oder sachliches Mißvergnügen für uns einfach politische Notwendigkeiten, die uns bei aller Reserve gegenüber Einzelmaßnahmen dieser Regierung zunächst hinter sie zu treten zwingen. Wir würden sonst, glaube ich, zermahlen werden zwischen den Gewalten, die in diesen ganzen gärenden Zeiten gegeneinander in Deutschland stehen.

Deshalb können wir in diesem Kreise unsere Stellung gegenüber der jetzigen Regierung dahin zusammenfassen: Wir müssen uns die Freiheit des Urteils über Einzelmaßnahmen vorbehalten, wir sind nicht persönlich oder durch politisches Glaubensbekenntnis an diese Regierung gebunden. Wir wissen aber, daß wir die Pflicht haben, das Äußerste von unserm Standpunkt zu tun, diese Regierung zu stützen, solange wir es mit unserem Bekenntnis von den politischen Dingen in Einklang bringen können. Das ist keine Situation, in der man flammende Reden, sei es vom Standpunkt der Opposition, sei es vom Standpunkt der Verteidigung halten kann. Denn auch, wo wir verteidigen, tun wir es ja in einer Lage, in der wir nicht gerade mit leidenschaftlichem Glauben verteidigen. Und wenn wir in der Opposition ständen, hätten wir es leichter. Das ändert nichts, es gibt gar keine andere als die umrissene Position für uns. Ich hoffe, daß es uns gelingt für den Fall des Wahlkampfs, dabei die Kurve fortzusetzen, die sich vom 31. Juli bis 6. November gezeigt hat. Ich hoffe, daß für den Fall, daß es nicht zum Wahlkampf kommt, unsere stetige Kleinarbeit draußen das überall wachsende Vertrauen zur Partei weiter stärken wird. Seien wir uns klar darüber: wenn manche Möglichkeiten des Aufstiegs für Partei und Wirtschaft aufgegeben sind, die großen entscheidenden Kämpfe stehen uns noch bevor (Beifall).

Aussprache

Herr Dr. Albrecht beschäftigt sich mit der Frage, welche Stellung die Partei bei einem nahe bevorstehenden Wahlkampf einzunehmen habe. Albrecht bittet den Parteivorstand, ernstlich zu erwägen, ob es in dieser Lage nicht doch richtig sei, wieder eine Listenverbindung mit den Deutschnationalen zu erstreben. Vielleicht werde auch Herr von Schleicher dabei seine Unterstützung leihen können, falls die Deutschnationalen keine Neigung dazu haben sollten. Das beste wäre, wenn Herr von Schleicher sich entschließen könnte, ein Mitglied aus unseren Reihen, möglichst unseren Führer, in ein solches Sammlungskabinett hineinzunehmen. Dann hätten wir eine ganz andere Plattform. Wenn das aber nicht möglich sei, müsse unbedingt wieder eine Listenverbindung mit den Deutschnationalen erstrebt werden.

Herr Dr. Schiftan erklärt, er könne den Ausführungen von Herrn Dr. Albrecht von Anfang bis zu Ende nur zustimmen, und geht dann auf die Frage der Landwirtschaft ein. Er beklagt sich über die in letzter Zeit in der N.L.C. erschienenen Aufsätze, gezeichnet A.R., über landwirtschaftliche Fragen und bedauert, daß der Verfasser

keinerlei Fühlung mit den landwirtschaftlich orientierten Mitgliedern der Partei genommen habe. Der Verzweiflungsschrei seitens des Reichslandbundes erscheint begreiflich, wenngleich die Form abzulehnen sei.

Herr Sauerborn hält, wenn es jetzt sofort zu Neuwahlen käme, eine technische Sicherung durch Listenverbindung mit den Deutschnationalen für notwendig. Ohne eine solche Sicherung würde die Entschlossenheit und Freudigkeit zu kämpfen, stark beeinträchtigt werden. Das Pflänzchen der Wiedererstarkung der Partei sei so schwach und zart, daß es nicht wieder auflebe, wenn es jetzt von einem rauhen Winde geknickt werde. Gehe die Partei unter ungünstigen Aussichten in den Wahlkampf, so werde sie eine Schlappe erleben, die nicht ausgewetzt werden könnte.

Herr Dr. Boehm stimmt dem Parteiführer darin zu, daß bei einer kommenden Auseinandersetzung für die Partei nichts anderes übrig bleibe, als sich wohlwollend zur Regierung zu stellen. Aber es sei dann besser, sich nicht hinter die Regierung zu stellen, sondern neben die Regierung. Im Westen habe man vielfach den Eindruck, als ob wir allzu sehr hinter der Regierung stünden, das heißt bloßes Anhängsel wären. Es besteht der Eindruck, als ob wir personell sehr stark an die Regierung gebunden wären. Gewisse Verlautbarungen in der N.L.C. seien im Westen so gedeutet worden, als ob wir ohne große Kritik uns dem Kabinett Schleicher anschlössen. Das Recht der Kritik müßten wir uns auf alle Fälle vorbehalten. Bei einem nahen Wahlkampf würden wir sicher eine schwere Stellung haben. Aber der Gedanke einer Listenverbindung mit den Deutschnationalen sei für die Freunde im Westen vollkommen unmöglich.

Dieckmann (Dresden). Redner begrüßt die Feststellung des Parteiführers, daß die Partei an der Linie der Ablehnung der Kontingentierungspläne festhalte. Gegenüber der Auffassung des Parteiführers, daß es die Aufgabe der Volkspartei sei, in einer bevorstehenden antiparlamentarischen Periode sich unbedingt hinter die Regierung zu stellen, könne er gewisse Bedenken nicht unterdrücken. Redner spricht seine Verwunderung darüber aus, daß sich plötzlich wieder so viele Stimmen für eine Erneuerung des Wahlbündnisses mit den Deutschnationalen erhoben hätten. Die Partei müsse unbedingt selbständig in den Wahlkampf gehen. Nur dann habe sie auch die Möglichkeit, die Elemente wieder aufzufangen, die jetzt von den Nationalsozialisten zurückströmten.

Haas (Nürnberg) schildert die Zersetzungserscheinungen bei den Nationalsozialisten in Franken, die geradezu katastrophale Formen angenommen hätten.[27] Diese Situation müsse die Volkspartei ausnützen. Das könne sie nur durch selbständiges Vorgehen. Bei einem Bündnis mit den Deutschnationalen werde man die Zurückströmenden nicht einfangen.

Landgrebe (Frankfurt/Main) erklärt namens seines Wahlkreises, daß dieser restlos auf dem Boden der Ausführungen des Parteiführers stehe. Er möchte weder ein Nebenherschleichern noch die Parole F.h.z.[28] befürwortet haben. Er sei überrascht, daß die ersten drei Redner wieder ein taktisches Zusammengehen mit den Deutschnatio-

[27] Siehe dazu Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933), Nürnberg 1976, S. 370ff.

[28] Die Abkürzung ließ sich nicht auflösen.

nalen empfohlen hätten. Er halte es für verfrüht, sich überhaupt heute darüber zu unterhalten. Wenn die Deutsche Volkspartei in den letzten Monaten wieder zu einem Faktor in der öffentlichen Politik geworden sei, so gerade durch die selbständige Art der Politik, die sie unter Dingeldey getrieben habe.

Graf Stolberg führt folgendes aus: Herr Dr. Schiftan hat recht, wenn er die Not der Landwirtschaft als auf einem ganz ungeheuren Punkt der Gefahr angelangt geschildert hat. Aber es ist immer wieder so im Leben, daß diejenigen, die am meisten einem Berufsstand zum Mund reden, nicht die besten Freunde des Berufsstandes sind, und ich fürchte als Landwirt, daß in dieser Beziehung der Reichslandbund auch eine Politik des F.h.z.[29] treibt, aber leider in einem ganz anderen Sinne, als sie der verehrte Vater von Herrn Dieckmann seinerzeit getrieben hat, nämlich mit der Auslegung: Friß heftig zu (Heiterkeit)! Ich fürchte, daß er damit uns, den Landwirten selbst, einen ungeheuren Schaden zufügt.

Lassen Sie mich auch diese Frage einmal zahlenmäßig beleuchten. Wir haben in den Monaten von Januar bis November 1932 eine Mehreinfuhr an landwirtschaftlichen Produkten von rund 1,1 Milliarden gehabt, eine Mehreinfuhr an Roh- und Halbwaren von 2,3 Milliarden und eine Mehreinfuhr an Fertigwaren von 3,4 Milliarden. Wenn wir eine Politik treiben, wie der Reichslandbund sie empfiehlt, dann haben wir die Möglichkeit, dem Ausland gegenüber zu manipulieren mit 1,1 Milliarden, während das Ausland die Möglichkeit hat, einmal mit den 2,3 Milliarden Einfuhr an Rohstoffen uns die ungeheuerlichsten Schwierigkeiten zu machen und zum andern uns bezüglich der 3,4 Milliarden Ausfuhr einfach lahmzulegen. Es besteht also gar kein Zweifel, daß das Ausland, wenn es zu Konflikten in der Handelspolitik kommt, am längeren Hebel sitzt, daß dann Milliarden an Volkseinkommen verloren gehen und daß dann wir Landwirte unfehlbar die Leidtragenden dabei sind. Deshalb komme ich zu dem Ergebnis, daß eine richtige Handelspolitik heute nur so gestaltet werden kann, daß sie versucht, im Verhandlungswege möglichst viel an Schutz für die Landwirtschaft herauszuholen, daß sie aber alles vermeidet, was zum Konflikt mit dem Ausland führen muß, gerade im Interesse von uns Landwirten selber.

Dr. Kalle vermutet, daß Schleicher als geschickter Taktiker Hugenberg in die Regierung hereinnehmen wolle, um ihn damit zu fangen durch die Übernahme der Verantwortung innerhalb der Regierung. Hugenberg würde seine alten Ideen innerhalb der Regierung gar nicht durchsetzen können.

Wichtig sei, die Jugend zu erfassen. Das könne nur geschehen durch eine Arbeitsteilung der rein politischen Gremien und anderer Faktoren. Man müsse Gremien schaffen, wo man mit den jungen Leuten über alle diese Gedanken diskutieren könne, wo man eine Schulung und Erziehung der jungen Leute zum Mitgehen mit uns vornehmen könne. Insbesondere auch solche Fragen wie der Ausgleich der landwirtschaftlichen und industriellen Interessen könnten da erörtert werden. Eine Partei wie die unsrige sei wie keine andere dazu berufen, zusammen mit Wissenschaftlern und Volkswirtschaftlern in Verbindung mit der politischen Praxis dieses Problem zu lösen. Außerordentlich wertvolles Material dafür sei z.B. bei der Friedrich-List-Gesellschaft vorhanden. Mit Schlagworten lasse sich hier nichts machen. Es sei die gro-

[29] Siehe Anm. 28.

ße Aufgabe, innerhalb der Industrie- und Wirtschaftsführer für politisches Denken zu arbeiten. Man habe in der letzten Vergangenheit gesehen, wie die Wirtschaftspolitiker bei großen Fragen immer falsch getippt hätten. Die Wirtschaftler müßten lernen, sich auf die politischen Aufgaben, die auch sie hätten, einzustellen. Ihre Interessenpolitik könnte durch die Verbände getrieben werden. Aber es sei gerade bei uns in Deutschland nötig, diese apolitischen Wirtschaftler, die meist nicht genug von den Dingen verstünden, zu politischen Menschen zu machen, sie zu erziehen, daß sie nicht die Aufgabe der Parteien darin erblicken, ihre Interessen zu vertreten, sondern daß sie selbst als wirtschaftliche Menschen hineingingen in die Partei, um im Ausgleich mit den anderen Ständen den rechten Weg zu suchen und zu finden.

Deswegen wollten ein paar Herren, volksparteilich eingeschworene Wirtschaftler, den Versuch machen, etwas dieser Art ins Leben zu rufen. Er selbst habe diesen Gedanken schon seit vierzehn Jahren verfolgt und sich bemüht, in seiner Heimatprovinz eine derartige Organisation zu schaffen. Auch an anderen Stellen wären Ansätze vorhanden, um in kleineren Gremien, klubartig, diese Erziehungsarbeit zu leisten. Es sei in manchen Orten schon so, daß diese Klubs Mode geworden seien, daß jeder Wirtschaftler gern dorthin gehe, daß auch Beamte eingeladen würden usw. Diese Möglichkeit, dort über alle diese Dinge zu sprechen, erleichtere es ungeheuer in Wahlzeiten, die Leute auf die politischen Möglichkeiten hinzuleiten. Hier in diesem vertraulichen Kreise erbitte er die Unterstützung für diese Arbeit. Es handele sich um eine stille, vorsichtige Arbeit. Solche Gremien zu gründen, werde schwer sein. Es brauche auch nicht überall zu geschehen. Das müsse in möglichst freiheitlichen Formen vor sich gehen. Aber es sei notwendig, daß in all diesen Gremien Leute die Sache in die Hand nehmen, die wirklich echte Volksparteiler sind. Es sei viel eher möglich, in solchen Wirtschaftsgebilden Leute heranzuziehen als in ausgesprochen politischen Gremien (Beifall).

Dr. Zapf bespricht zunächst die finanzielle Lage des Reiches. Der Haushaltsetat des Reiches sei für die kommenden Jahre bis 1938 mit 3 Milliarden vorbelastet. Auf dem deutschen Volke ruhe somit eine Last, die geeignet sei, auch eine blühende Volkswirtschaft zu erdrücken, die aber eine ausgetrocknete überhaupt nicht tragen könne. Diese ganze Schuldensumme sei finanziert bei der Reichsbank, deren ganze Deckung durch Wechsel mehr als fragwürdig sei.[30] Die Steuereinnahmen der künftigen Jahre seien heute schon zum größten Teil verpfändet. All diese Summen müßten von den deutschen Steuerzahlern künftig wieder beigebracht werden.

Wenn man angesichts dessen wirklich die Idee haben sollte, erst die Wirtschaft in Ordnung zu bringen und dann den Staat, so werde man sehr bald am Ende sein. Vorläufig sei es mit der Besserung noch nicht so, wie man vielfach glaube. Die Versprechung, die der Abg. Morath im Haushaltsausschuß dem Reichsfinanzminister abgelockt habe, daß weitere Gehaltskürzungen nicht kommen würden, sei sehr schön, aber alle solche Versprechungen seien, wie die Vergangenheit gezeigt habe, höchst problematisch. Man solle auch nicht allzu sehr auf den inneren Streit bei den

[30] Die Reichsbank hatte für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung die Ausgabe von Rentenbank-Schuldverschreibungen als zusätzliche Grundlage der Wechselfinanzierung bewilligt; zur Rediskontpolitik und zur Deckung der Auslandsschulden siehe James, Reichsbank, S. 256ff., 282ff.; Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 8, 17, 33.

Nationalsozialisten bauen. Wenn sich erst die finanzielle Situation vollständig enthülle, würden sie weiteren Auftrieb haben.

Der heutige Staat sei nach seiner Auffassung nicht in der Lage, die ungeheuren Spannungen, die in der Nation schlummerten, zu überwinden. Wir lebten heute in einer halben Diktatur. Der Artikel 48 werde in einer Weise angewandt, die nicht mehr mit der Verfassung in Einklang zu bringen sei. Wir müßten aus dieser Situation heraus. Es wäre ein Unglück, wenn wir eine Regierung bekämen, die antiparlamentarisch eingestellt wäre. Die unanständige Subventionspolitik, die wir erlebt hätten, sei auf die Dauer einfach nicht mehr möglich. Unser Wunsch und Wille müsse dahin gehen, wieder eine wirklich parlamentarische Regierung zu bekommen und zu diesem Zweck die Verfassung so zu ändern, daß der Deutsche wieder ein Europäer werde, der unter Gesetzen und unter Recht lebe und nicht unter einem Zustand, wo die Bürokratie mache, was sie wolle. Tatsache sei, daß der Staat, wie er heute bestehe, dem Bürgertum das Rückgrat gebrochen habe. Also Reform der Verfassung und des Wahlrechts sei die vordringlichste Aufgabe!

Röper (Hamburg) erklärt, er sei erschüttert gewesen, als er hier die Möglichkeit habe erörtern hören, wir könnten noch einmal mit Hugenberg zusammengehen. Für seine Freunde in Hamburg sei das unmöglich. Man könne die Grundsätze der Volkspartei, die liberale Idee einfach nicht mehr aufrechterhalten, wenn man durch solche Wahlbündnisse fortgesetzt die Grenzen verwische.

Dr. Wenderoth (Dortmund) stellt fest, daß die Debatte bewiesen habe, daß unser Verhältnis zu den Deutschnationalen der Kernpunkt der Entwicklung sei. Das gelte insbesondere auch für den Wahlkreis Westfalen-Süd.

Wentz (Minden) hält ein technisches Abkommen mit Herrn Hugenberg für völlig unmöglich. Die Volkspartei dürfe nicht immer der kranke Mann sein, der nur nach Krücken suche.

Retzmann (Leipzig) widerspricht der Auffassung von Herrn Dieckmann, daß die Partei die Regierung nicht tolerieren dürfe, wenn sie die parlamentarische Kontrolle ausschalten wolle. Er sei im Gegenteil der Meinung, daß nach dem offenen Versagen des Parlamentarismus diese Kontrolle vorübergehend ausgeschaltet werden müsse, um die Reichsreform durchführen zu können. Nur müsse aus unseren liberalen Grundsätzen heraus gefordert werden, daß diese Kontrolle dann so bald wie möglich wiederhergestellt werde. Einem nochmaligen Wahlbündnis mit den Deutschnationalen möchte er unbedingt widerraten. Wir würden unsere innere Selbständigkeit aufgeben.

Dr. Stahlknecht (Bremen) verneint die Frage, ob die Partei sich gegebenenfalls an einem Kabinett der Deutschnationalen und des Zentrums mitbeteiligen solle; denn bei ihrer numerischen Schwäche könne sie günstigstenfalls erreichen, daß sie eines der einflußlosen Ministerien bekomme. Dagegen habe sie dann die ganze Verantwortung für das Kabinett mitzutragen.

Dr. Rode (Altona) bedauert den Pessimismus von Herrn Sauerborn hinsichtlich der Möglichkeit, von Seiten unserer Partei etwas für die Landwirtschaft zu tun. Gewiß sei es schwer, heute die Landwirtschaft für agrarpolitische Ziele zu gewinnen. Mit solchen Mitteln wie dem Vollstreckungsschutz könne nicht geholfen werden. Aber

man dürfe sich nicht achselzuckend von der Frage abwenden. Was das Verhältnis zu den Deutschnationalen betreffe, so sei heute noch nicht der Augenblick gekommen, hierüber eine Entscheidung zu treffen. Die dauernden Wahlabkommen mit den Deutschnationalen führten schließlich zu einer Verwischung unserer Ziele. Wenn es jetzt zu einer Wahl käme, müßte sich die Volkspartei natürlich auf den Boden der Regierung stellen, und zwar voll und ganz, nicht nur so, daß es heiße, sie habe eben so mitgemacht.

Dr. Mattes (Karlsruhe) betont zunächst, wir dürften, auf die Dauer gesehen, nicht darauf verzichten, das Vertrauen der Landwirtschaft wieder zu erringen. Die Vertretung der Landwirtschaft in der Partei sei auch heute noch stärker, als sie zahlenmäßig erscheine. Auch er selbst sei Agrarier. Das Unglück in Bezug auf die Landwirtschaft bestehe darin, daß der Landbund die Landwirtschaft in wesentlichen Fragen irreführe, daß er Probleme als lösbar darstelle, die überhaupt nicht lösbar seien. Die wirtschaftliche Weltkrise äußere sich in Bezug auf die Industrie dahin, daß Millionen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und die Preisbasis gehalten werde, in der Landwirtschaft dagegen dahin, daß der Produktionsumfang gehalten werde, die Preisbasis aber sinke. Mit Überwindung der Wirtschaftskrise werde hier eine Änderung eintreten. Die Kontingentierungspolitik könne unsere Partei deshalb nicht mitmachen, weil damit der Landwirtschaft nicht geholfen werde, die Industrie aber stark geschädigt werde. Die Stellungnahme zu diesen Fragen werden von Bedeutung sein für die Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen in den Städten und bei der Wiedereroberung der landwirtschaftlichen Bevölkerung für die Volkspartei. Über den Gereke-Plan denke er nicht so skeptisch wie der Parteiführer. Die Länder könnten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm von einer Milliarde wohl verdauen. Nur sei die Voraussetzung, daß nur volkswirtschaftlich notwendige Dinge gemacht werden, die im Ablauf der nächsten Jahre sowieso gemacht werden müßten.

Was die allgemeine Politik betreffe, so sei unsere Lage viel einfacher, als sie sich aus der heutigen Debatte ergebe. Unsere allgemeine Politik habe sehr stark den zwangsläufigen Charakter, daß die Träger der Politik auf lange Sicht hinaus die bürgerlichen Parteien sein würden und sein müßten. Darum könnte die Volkspartei auch nicht in die Opposition gehen. Die Frage sei nur, in welchem Ausmaß wir an der Regierung beteiligt sein würden. Wenn eine Regierung gebildet werde, in der Exponenten der Parteien vertreten seien, dann müsse auch ein Exponent der Volkspartei darin sein, um das Dasein der Volkspartei zu dokumentieren. Dagegen sei genau zu prüfen, ob schon der Moment da sei, wo der Führer der Partei eingesetzt werden könne. Dieser Zeitpunkt scheine ihm noch nicht ohne weiteres gegeben zu sein. Gerade wenn in diese Regierung der Führer der Deutschnationalen hineinginge und man erwarte, daß er dabei vielleicht verunglücke, so würde dieses Unglück dann mit auf unseren Führer fallen. Darum sollte er sich freihalten und für eine bessere Zeit aufsparen. Über die Listenverbindung hätten ja anscheinend die Deutschnationalen schon entschieden in ablehnendem Sinne; es sei schwer, da noch eine Wendung zu sehen.

Der Redner macht dann noch spezielle Ausführungen über Baden: Nachdem die Sozialdemokratie ausgeschieden war, standen wir vor der Aufgabe, das Innenministerium neu zu besetzen. Man hatte zunächst erwartet, daß hierfür ein Zentrumsmann oder zum mindesten ein Katholik in Frage käme. Die erste Überraschung war, daß das Zentrum erklärte, das Innenministerium solle nicht mit einem Angehö-

rigen der Zentrumspartei besetzt werden, und daß es auch wenig Geneigtheit zeigte, mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen. Die Absicht des Zentrums war von Anfang an, das Innenministerium einem Vertreter des Protestantismus, und zwar positiver Richtung, zu geben, um auf diese Weise die nicht durch die Deutsche Volkspartei vertretenen protestantischen Kreise für die Regierung zu interessieren. Es ist uns nun gelungen, auf diesen Posten trotzdem ein altes, eingeschriebenes Mitglied der Deutschen Volkspartei zu bekommen[31], so daß die Volkspartei heute in Baden zwei Ministerien – das Finanzministerium und das Innenministerium – besetzt hat und außerdem noch einen Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium hat. Eine starke Vertretung, die in starkem Mißverhältnis zu der zahlenmäßigen Stärke der Partei steht.

Das Groteske bei dieser Sache war nun, daß der neue Innenminister – der Präsident der evangelischen Synode, der dort von den Positiven präsentiert worden war –, durch den jetzt zum ersten Mal eine starke Beteiligung der Evangelischen in der Regierung erreicht wurde, vom evangelischen Volksdienst mit einem Mißtrauensvotum begrüßt wurde. Evangelischer Volksdienst und Kommunisten haben sich gegenüber der neuen Regierung um die Priorität des Mißtrauensvotums gestritten. Zu solch sonderbaren Erscheinungen führt die einseitige konfessionelle Politik, die sich auf der orthodoxen Einstellung gewisser kirchlicher Kreise aufbaut (Beifall).

Dr. Leidig empfiehlt in Bezug auf die Stellungnahme zu den Deutschnationalen eine abwartende Haltung. Hugenberg werde höchstwahrscheinlich die Listenverbindung von sich aus ablehnen.

Morath tritt der Auffassung von Dr. Zapf entgegen, daß wir unter der furchtbaren Schuldenlast der nächsten Jahre erdrückt werden müßten. Man dürfe sich auch nicht die Übertreibung zuschulden kommen lassen, daß wir überhaupt keine Deckung in der Reichsbank mehr hätten und daß das Wechselportefeuille der Reichsbank nichts wert sei. Gewiß, der Etat weise in diesem Jahre ein Defizit von 800 Millionen RM auf, und das Gesamtdefizit betrage 2 Milliarden, wovon allerdings 740 Millionen auf die Übernahme unfundierter Schulden auf das Extraordinarium entfielen. Diese 2 Milliarden würden uns für die nächsten Jahre allerdings schwer belasten. Aber diese Zahlen verlören, wie der Reichsfinanzminister im Haushaltsausschuß dargelegt habe, vollkommen ihren Schrecken, wenn man bedenke, daß wir jetzt pro Jahr 1,8 Milliarden für Arbeitslosenunterstützung ausgeben. Der Redner führt weitere Einzelheiten aus den Haushaltsberatungen der letzten Tage an und bezeichnet dabei den Reichsfinanzminister von Krosigk[32] als den besten, den die nachrevolutionäre Zeit gebracht habe. Bei dem großen Defizit dürfe man auch nicht die Belastungen vergessen, die durch die Sanierungsaktion, die Bankenstützung usw. entstanden seien.[33]

[31] Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Großen Koalition in Baden aufgrund der Auseinandersetzung um die badischen Kirchenverträge am 30.11.1932 (siehe Dok. Nr. 98, Anm. 10) wurde am 10.1.1933 der Ministerialrat Erwin Umhauer zum Innenminister ernannt.

[32] Lutz Graf Schwerin von Krosigk (1887–1977), preußischer Regierungsassessor. Seit 1920 im Reichsfinanzministerium (1929 Ministerialdirektor und Leiter der Haushaltsabteilung), Juni 1932–Mai 1945 Reichsfinanzminister.

[33] Zu der vom Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank (»Danatbank«), der nach der Deutschen Bank größten deutschen Privatbank, am 13.7.1931 ausgelösten »Bankenkrise« siehe

Was im besonderen die Beamtengehaltsfrage betreffe, so habe nicht er diese Frage im Haushaltsausschuß angeschnitten, sondern der Zentrumsabgeordnete Ersing. Dieser habe dargelegt, wir hätten 7 Milliarden mehr an Reichsfinanzbedarf als 1913, wovon allein 2 Milliarden auf die Kosten der Verwaltung entfielen. Diesen Unsinn habe er, Morath, widerlegt, was in der Beamtenpresse ausführlich wiedergegeben sei, und er glaube, damit der Partei keinen schlechten Dienst geleistet zu haben.

Dr. Zapf erwidert, er habe keinen Angriff gegen den Finanzminister richten wollen. Er habe nur ausgeführt, daß erst der Staat in Ordnung gebracht werden müsse, ehe Wirtschaft und Finanzen in Ordnung kommen könnten. Wenn wir den Staat in dem heutigen Zustand ließen, würden wir nicht dazu kommen. Das große Defizit komme allerdings zum großen Teil von der falschen Subventionspolitik, und er halte es für sehr dringend notwendig, daß parlamentarisch auch einmal in die ganze Angelegenheit der Bankensubvention hineingeleuchtet würde. Nach seiner Auffassung hätten die Goldschmidts und Konsorten am 13. Juli 1931 die Regierung ungeheuer übers Ohr gehauen. Gegen Gehaltskürzungen zu protestieren, sei dann immer zu spät, wenn sie vom Finanzminister vorgeschlagen würden; denn dann sei die Lage immer so, daß sie nicht mehr aufzuhalten wären. Ehe das Budget nicht in Ordnung gebracht sei, werde man vor weiteren Gehaltskürzungen nicht sicher sein. Gerade wegen der Gehaltskürzungen seien die Beamten massenweise zu anderen Parteien gegangen.

Dr. Albrecht betont, daß nach seiner Ansicht jetzt der entscheidende Punkt gekommen sei, wo wir das beste Pferd, das wir hätten, politisch einsetzen müßten; gerade neben Hugenberg. Hugenberg werde die Politik nicht rein agrarisch steuern können. Dieses geschilderte Kabinett müsse notgedrungen diejenigen Aufgaben erfüllen, die staatspolitisch notwendig seien. Dabei seien im Grunde alle Parteiprogramme mehr zum Wehe als zum Wohle. Unterstelle man das als richtig, so wäre es auch richtig, bei einem bevorstehenden Kampf eine Listenverbindung mit den Deutschnationalen zu haben. Wenn wir etwa zwar nicht in Gegnerschaft zum Kabinett ständen, aber auch nicht daran beteiligt wären, so führe das zu einer Unklarheit und Zersplitterung.

Dieckmann hebt noch einmal hervor, daß er einen Widerspruch darin sehe, wenn eine parlamentarische Partei einen antiparlamentarischen Kurs unterstützen wolle. Wir müßten dann in einem solchen Wahlkampf auch eintreten für die Taten der Regierung Schleicher. Und worin beständen die bis jetzt? In der Margarine-Verordnung und in der Amnestie. Als kleine Partei müßten wir uns so weit wie möglich zurückhalten. Wenn die Partei wieder stark geworden sei, könne sie die Rolle spielen, die ihr die Zukunft zuweise.

Damit ist die Aussprache beendet.

Vorsitzender Dingeldey geht in seinem Schlußwort zunächst auf die Frage der Landwirtschaft ein. Herr Dr. Schiftan hat gemeint, ich hätte selbst darauf hingewiesen, daß die Volkspartei der Landwirtschaft fremd gegenüberstehe. Ich bitte das nicht so aufzufassen, als ob das ein Willensakt der Volkspartei sei; es ist leider zum größeren Teil ein Willensakt der Landwirtschaft gewesen, der zu dieser Entfremdung beigetragen hat. Ich bin ganz der Auffassung von Herrn Dr. Mattes, daß es für die fernere

detailliert Rolf E. Lüke, 13. Juli 1931. Das Geheimnis der deutschen Bankenkrise, Frankfurt/M. 1981; James, Reichsbank, S. 173 ff.

Zukunft unter allen Umständen unser Ziel sein muß, in der Landwirtschaft wieder festen Boden zu gewinnen. Denn auch für die Bildung der staatspolitischen Begriffe und des staatspolitischen Denkens ist es geradezu eine Lebensfrage für eine Partei, die einen überparteilichen Staatsbegriff sich zu eigen machen will, daß sie in der Landwirtschaft feste Wurzeln geschlagen hat. Die tragische Situation liegt darin, daß unter dem Einfluß des Reichslandbundes die Regierungspolitik während der letzten Jahre nicht im wahren Interesse der Landwirtschaft gelegen hat.

Was die gesamtpolitische Situation betrifft, so hat Herr Dr. Albrecht die Lage, vor der wir möglicherweise stehen, durchaus richtig gekennzeichnet. Die Versuche, die jetzt unternommen werden, haben nur den einen Sinn: nachdem der mit unzureichenden Mitteln unternommene Versuch der Regierung Papen, die Probleme zu durchhauen, gescheitert ist, wird jetzt der Versuch unternommen, noch einmal auf neuer Basis mit anderen Mitteln dasselbe zu beginnen. Ich halte es für abwegig, wenn man sagt: weil möglicherweise eine solche Entwicklung außerparlamentarisch ist, habe eine parlamentarische Partei zu ihr nur in Ablehnung zu stehen. Es ist ja noch gar nicht so lange her, daß die Deutsche Volkspartei zu denen gehört hat, die betont haben: Die entscheidenden Grundfragen unseres staatlichen Lebens sind gar nicht anders zu lösen, als indem man diese Methoden anwendet. Und dann sollen wir aus Angst, in Mitverantwortung in diese Entwicklung hineinverflochten zu werden, die theoretischen Gegensätze zwischen parlamentarischer Partei und antiparlamentarischer Regierungsmethode als Kulisse ansehen dürfen, hinter der wir unser Leben notdürftig fristen? Das ist unmöglich.

Wenn ich heute wüßte, daß hier eine Regierung kommt mit einem verständigen wirtschaftspolitischen Programm und mit den Garantien der obersten Reichsspitze, daß ihr wirklich Zeit gegeben ist, auf lange Sicht diese Probleme zu lösen, so würde ich unter allen Umständen dafür sein, daß die Deutsche Volkspartei sich an einer solchen Regierung beteiligt (Beifall). Aber da setzen eben leider die Zweifel ein sowohl hinsichtlich der Wirtschaftspolitik als hinsichtlich der Staatspolitik. Ich habe früher einmal im Freundeskreise gesagt, als viele von uns die Hoffnung aufgegeben hatten, daß wir noch einmal vorwärts kommen könnten: ich bin mir klar darüber, es wird und muß eine Periode kommen, wo der letzte Durchbruch aus diesem ganzen furchtbaren Zustand des Chaos und des Verfalls zu neuem Vorwärtsschreiten in unserem Vaterlande erreicht wird. Es wird die Schicksalsfrage der Partei sein, davon hängt ihre künftige Existenz ab, ob ihre Anhänger einst sagen werden: unter denen, die Deuschland mit herausgerissen haben, war die Deutsche Volkspartei dabei (Beifall).

Gegenüber der augenblicklich bestehenden Regierung habe Herr Dr. Boehm gemeint, wir sollten uns nicht hinter die Regierung, sondern neben die Regierung stellen. Vom Standpunkt der Sache aus könne er einen großen Unterschied darin nicht sehen. Er sei durchaus dafür, daß man vorsichtig in der Taktik sei, daß man sich nicht vorzeitig festlege, aber er sei auch ein Gegner des umgekehrten Grundsatzes, als ob immer Vorsicht der Weisheit letzter Schluß sei, als ob immer das allerbeste wäre, daß die Leute nicht recht wüßten, ob wir Fisch oder Fleisch seien. Die Wähler wollten haben, daß unsere Politik Charakter habe, daß klar zu erkennen sei: wo stehen unsere Freunde, und wo stehen unsere Gegner. Er wiederhole: bei aller grundsätzlichen und selbstverständlichen politischen Stützung dieser Regierung müßten wir uns die Selbständigkeit des Urteils über ihre einzelnen Maßnahmen vorbehalten. Es sei dann

weiter verlangt worden, die Partei möchte mehr zu den großen Lebensfragen der Nation und zu den wirtschaftlichen Problemen Stellung nehmen. Dem stehe leider die Schwierigkeit gegenüber, daß es heute, speziell was ein wirtschaftliches Aufbauprogramm angehe, keine Zaubermethoden gebe, die wir anwenden und empfehlen könnten.

In den Gedankengängen des Kollegen Dr. Zapf kehre als roter Faden immer wieder: nicht die Wirtschaft kann zuerst kuriert werden, sondern der Staat muß zuerst kuriert werden. Das sei begrifflich richtig, aber methodisch nicht durchsetzbar. Das falsche Vorgehen Papens habe das gezeigt. Papen wäre vielleicht nicht an seiner Aufgabe gescheitert, wenn nicht der Chor der Scherl-Presse und der deutschnationalen Agitatoren das alles als frisch-fröhlichen Bürgerkrieg hingestellt hätte. Er glaube auch nicht, daß es ganz richtig sei, daß man hier ein Nacheinander der beiden Aktionen ansetzen könne. Er habe die größten Zweifel, ob rein finanziell gesehen die Staatsreform so zu Buche schlagen werde, wie man sich das vielfach vorstellt. Aber jedenfalls werde man den starken Staat nur bekommen, wenn der Boden genügend psychologisch vorbereitet sei und wenn die Männer so handeln könnten, wie sie sich vor ihrem Gewissen verpflichtet fühlten. Darum halte er die Politik des Reichskanzlers für richtig, der nach all dieser Vergiftung der Atmosphäre zunächst eine Entlüftung vorgenommen habe. Man könne heute noch nicht mit Sicherheit sagen, ob in kurzer Frist Neuwahlen kämen. Aber für den Fall, daß gewählt werden würde, habe er sich verpflichtet gefühlt, den vollen Ernst der Lage der Partei vorzutragen. Er könne in diesem Kreise ja nicht alles in rosenrotem Optimismus malen, worauf dann die Ernüchterung folge. Aber er bitte doch, sich dringend davor zu hüten, daß wir wieder in den Zustand der Resignation zurückfielen. Eins sei doch sicher: eine so gewaltige Zusammenfassung aller national-bürgerlichen Kräfte in Deutschland auf breitester Basis und mit der Aussicht auf ganze Arbeit würde eine ungeheure Anziehungskraft auf breite Massen der Bevölkerung ausüben, und unter diesen Massen gebe es Gott sei Dank noch eine ganze Reihe von Menschen, die sich dabei bewußt seien, daß in einer solchen Zeit die Kräfte einer gemäßigteren Staatsauffassung unterstützt werden müßten gegenüber den Gefahren, die von der Reaktion drohen. Die Staatspartei sei erledigt.[34] Was sich da an Klubs aufgetan habe, brauche man nicht zu beachten. Aber die Menschen, die Wähler aus diesem Lager seien noch da und die seien sicher bereit, an einem solchen Werk mitzuwirken; ihr Platz werde an unserer Seite sein, weil sie über uns hinweg den Weg zu Hugenberg nicht finden würden. Es werde sich sehr wohl mit Erfolg eine große Wahlpropaganda treiben lassen. Es besteht kein Grund zu Pessimismus. Wir könnten sehr wohl mit der selbständigen Herauskehrung unserer Gedankenwelt den Kampf aufnehmen (Lebhafter Beifall).

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 45 Minuten).

[34] Die DStP hatte bei den Reichstagswahlen vom 6.11.1932 nur noch 1% der Stimmen und 2 Mandate erreicht, deren Inhaber (Dietrich, Maier) sich im Reichstag als »Süddeutsche Demokraten« bezeichneten, siehe Albertin/Wegner, Dok. Nr. 202, 203, 204.

100.

5. Februar 1933: Sitzung des Reichsausschusses in Berlin

NLC vom 7.2.1933, Nr. 24. Überschrift: »Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei«.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei nahm am 5. Februar [1933] in Berlin in einer vollzählig aus allen Wahlkreisen besuchten Versammlung zur politischen Lage Stellung.[1] Den einleitenden Bericht erstattete der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Dingeldey. Die Deutsche Volkspartei sei an den Verhandlungen, die der Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg vorangegangen sind, nicht beteiligt worden. Als nationale Partei, die von jeher eine starke Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte als notwendig gefordert hat, wird sie der neuen Regierung nicht mit grundsätzlicher Opposition begegnen, sondern wird ihre Haltung von den Taten des Kabinetts abhängig machen. Vor allen wird sich ihre Wachsamkeit den wirtschaftlichen und sozialen Fragen zuwenden. Ein einseitiger Agrarkurs[2] auf Kosten der breitesten Volksschichten würde ebensowenig erträglich sein wie eine Politik solcher Experimente, die zu Lasten der Sparer und des Mittelstandes gehen oder die geeignet wären, den Kredit aller Wirtschaftskreise zu erschüttern. Die Deutsche Volkspartei will unter Aufrechterhaltung und Verfechtung ihrer nationalen und liberalen Anschauungen den Wahlkampf aufnehmen. Die Entwicklung werde zeigen, daß die Aufgaben des nationalen Bürgertums noch nicht erfüllt sind, sondern nach wie vor eine entschlossene und sachkundige Vertretung fordern.

Der Vortrag des Parteiführers fand den stürmischen Beifall der ganzen Versammlung. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

»Innere Gesundung und äußere Freiheit wird das deutsche Volk nur erringen, wenn alle vorhandenen nationalen Kräfte zu gemeinsamer Arbeit geeinigt werden. Diesen Grundsatz hat die Deutsche Volkspartei in schweren Kämpfen seit Jahren vertreten. Sie stellt sich deshalb entschlossen in die Front gegen Bolschewismus und gegen die Wiederkehr einer schwarz-roten Herrschaft. Ohne die in Krieg und Frieden in vaterländischem Verantwortungsmut erprobten Kräfte des nationalen Liberalismus ist das von Hindenburg gesteckte Kampfziel nicht zu erreichen. Die in der Regierung Hitler-Hugenberg zusammengefaßten Parteien stellen eine wahrhafte Konzentration aller nationalen Kräfte nicht dar. Je stärker die Deutsche Volkspartei aus den Wahlen

[1] Das Kabinett Schleicher war am 28.1.1933 zurückgetreten, das neue Kabinett Hitler wurde am 30.1. vom Reichspräsidenten vereidigt, siehe dazu Kabinett Schleicher, Dok. Nr. 79; Vogelsang, S. 384ff.; Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 857ff.; Larry E. Jones, »The Greatest Stupidity of My Life«: Alfred Hugenberg and the Formation of the Hitler-Cabinet, in: JCH 27 (1992), S. 63–87. Am 1.2. wurde der Reichstag aufgelöst und der 5.3.1933 als Termin für Neuwahlen bekanntgegeben; zum Wahlaufruf Hitlers vom 1.2.1933 siehe Regierung Hitler, Teil I, Bd. 1, S. 5–10.

[2] In der letzten Sitzung der Reichstagsfraktion am Nachmittag des 4.2.1933 hatte Dingeldey herausgestellt: »Die DVP kann nicht grundsätzlich zur Regierung in Opposition treten, obwohl die Sorge vor dem Kommenden ungeheuer groß ist. Die Personalpolitik wird eine abenteuerliche werden. Freiwillig dürfte Hitler seinen Platz nicht mehr räumen. Landwirtschaftliche Forderungen dürften noch vor dem Wahltag erfüllt werden«, BAK R 45 II/67, p. 389.

hervorgeht, desto stärker ist die Gewähr dafür gegeben, daß die ganze Kraft der nationalen Erhebung zur vollen Geltung kommt. Mit Sorge vermißt die Deutsche Volkspartei bis zum heutigen Tage jedes klare staats- und wirtschaftspolitische Programm der neuen Regierung, sie wird deshalb innerhalb der zu erstreitenden nationalen Mehrheit der Kämpfer gegen Parteidiktatur und gefährliche Wirtschaftsexperimente sein«.

Der Reichsausschuß ermächtigte die Parteiführung, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um jede national-bürgerliche Stimme zu sichern.[3] Die Versammlung endete mit einem starken Vertrauensvotum für die Parteiführung.

[3] Nachdem Dingeldeys Bemühungen um einen Anschluß an die »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« Anfang Februar 1933 endgültig gescheitert waren, schlossen DVP, CSVD, DBP und DHP ein Wahlabkommen und reichten einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag ein, siehe BAK R 45 II/19, p. 13, 335. Über die Tagung des Reichswahlausschusses am 13.2. berichtete Zapf in einem Schreiben an Moldenhauer vom 14.2.1933: »Ich habe einen denkbar ungünstigen Eindruck aus der gestrigen Sitzung mitgenommen [...] Ich habe auch leider die Überzeugung erlangt, daß Dingeldey [...] der Dinge absolut nicht gewachsen ist. Er besteht aus Taktik, hat für alles eine angenehme, populäre und vielen Leuten gut in die Ohren gehende Formulierung. Über die Dinge hinaus sieht er nicht«, BAK NL Zapf 4.

101.

31. März/1. April 1933: Sitzung von Parteivorstand und Reichsausschuß in Berlin

NLC vom 4.3.1933, Nr. 59. Überschrift: »Die Deutsche Volkspartei zur Lage«.

Der Parteivorstand und der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei traten am Freitag und Sonnabend zu eingehenden Beratungen über die politische Lage zusammen.[1] Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in folgender einmütig angenommener Entschließung niedergelegt[2]:

»Der Kampf gegen Weimar als eine der Quellen deutschen Niedergangs wurde von der Deutschen Volkspartei länger als ein Jahrzehnt unter großen Opfern geführt. Jetzt ist es einer gewaltigen nationalen Volksbewegung gelungen, dieses Hindernis deutscher Wiedergenesung hinwegzuräumen.[3] Die Deutsche Volkspartei steht in den

[1] In den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 war die DVP vollkommen aufgerieben worden: Sie erhielt lediglich 1,1 % der Stimmen und 2 Mandate (Dingeldey, Hugo); zu einer ausführlichen Analyse der Wahl siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 884ff. Am 28.2.1933 hatte der Reichspräsident die Notverordnung zum »Schutz von Volk und Staat« erlassen, die die wichtigsten Grundrechte bis auf weiteres außer Kraft setzte, neue Möglichkeiten zum Vorgehen gegen die Länder schuf und für eine Reihe von Delikten, darunter Brandstiftung, die Todesstrafe einführte, siehe RGBl. 1933 I, S. 83. Am 23.3.1933 hatte der Reichstag das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« (Ermächtigungsgesetz) beschlossen, das der Reichsregierung das Recht gab, für die Dauer von vier Jahren Gesetze zu beschließen, die von der Reichsverfassung abwichen; zudem genügte für das Inkrafttreten der beschlossenen Gesetze die Ausfertigung durch den Reichskanzler und die Verkündung im Reichsgesetzblatt, siehe RGBl. 1933 I, S. 141; zum Ermächtigungsgesetz und zum Verlauf der Reichstagssitzung vom 24.3.1933 siehe Rudolf Morsey (Bearb.), Das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933, Düsseldorf 1992. Bei der Abstimmung, an der Dingeldey nicht teilnahm, da er sich seit Mitte März in einem Schweizer Sanatorium aufhielt, stimmte Hugo mit Ja. Zur Lage in der Partei teilte Zapf Moldenhauer am 17.3.1933 mit: »Das Resultat der Wahl hat ja die schlimmsten Befürchtungen noch etwas übertroffen [...] Die Aufregung in der Partei ist sehr groß und an allen Ecken und Enden werden Pläne erwogen, wie die Partei und wie der einzelne aus dem Unglück herauskommen könne. Alle Parteisekretäre fühlen nunmehr das Gefährliche ihrer Situation und die Überzeugung ist allgemein, daß man unter einem drei- oder viermal geschlagenen General sich unmöglich im Felde behaupten könne«, BAK NL Zapf 4.

[2] Am 20.4.1933 berichtete Zapf an Becker, die Sitzung des RA vom 1.4. sei »völlig ergebnislos« verlaufen, »da schon in der Sitzung eine Reihe von Wahlkreisen erklärte, nicht mehr mitzumachen. Ich hatte schon beim Beginn der Sitzung zahlreiche absolut neue Gesichter bemerkt, viele Parteisekretäre, auch Hilfsparteisekretäre waren anwesend, weshalb ich verzichtete, auch nur ein Wort zu sagen, zumal der Herr Vorsitzende selbst bekanntgab, daß die Versammlung nicht als wasserdicht zu betrachten und deshalb größte Vorsicht geboten sei«, NL Zapf 1.

[3] In einem Schreiben an Dingeldey vom 11.4.1933 protestierte Zapf gegen diesen Satz der Entschließung und teilte Dingeldey mit: »Wohl hat die Partei einige Programmpunkte und Anträge gegen die Verfassung aufgenommen und sich damit auf eine allen Parteipolitikern wohlbekannte Weise eine Art Alibi zu verschaffen versucht, aber sie hat diese Forderungen in den Parteiakten verstauben lassen [...] Die Oberhand behalten und die Politik bestimmt haben in der Partei die Berufspolitiker, welche sich mit der Weimarer Verfassung aus naheliegenden Gründen schon längst abgefunden hatten«, BAK NL Zapf 4. Zapf versandte im März 1933 die von ihm zusammengestellten »Dokumente zur Geschichte der Deutschen Volkspartei«, um zu beweisen, daß die Parteileitung die von ihm immer wieder angemahnte Verfassungsreform immer wieder verschleppt habe, siehe BAK ZSg. 1/42.

Reihen der unter Hindenburgs Führung wirkenden nationalen Front. Die nationale Regierung unter ihrem Reichskanzler Adolf Hitler bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen, ist selbstverständliche Pflicht der Deutschen Volkspartei. Die alten bürgerlichen Parteiformen sind erschüttert. Ein neuer Geist fordert neue Formen. Die Deutsche Volkspartei wird sich gern und ohne parteipolitische oder persönliche Eigensucht in den Dienst neuer und größerer Zusammenfassungen der nationalen bürgerlichen Kräfte stellen und ihrerseits alle Bemühungen darauf richten, diese herbeizuführen. Für die Gegenwart ist die Geschlossenheit all derer Notwendigkeit, denen in einem starken deutschen Vaterland die Werte der nationalen Pflichterfüllung, der sittlichen Persönlichkeit, der Gewissensfreiheit und des verantwortlichen Menschentums unverzichtbare Ideale sind. Die gewaltigen Aufgaben des Aufbaues des neuen deutschen Lebens stehen uns erst noch bevor. Darum gilt für heute das Gebot des Zusammenstehens und des mutigen Zeugnisablegens: Wir sind und bleiben zusammen in der Gesinnungsgemeinschaft und Organisation der Deutschen Volkspartei«.[4]

102.

23. April 1933: Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin

NLC vom 25.4.1933, Nr. 66. Überschrift: »Die Tagung des Zentralvorstandes«.[1]

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat am 23. April im Reichstage zusammen. Es waren 214 Vertreter aus fast sämtlichen Wahlkreisen des Reichsgebietes

[4] Im Kommentar der NLC vom 4.4.1933, Nr. 59, zu der Entschließung heißt es u.a.: »Die politische Entwicklung ist noch im Flusse. Bürgerliche Kräfte im alten Sinne waren es, die den Kampf gegen Versailles, gegen die Vulgär-Demokratie, gegen den Bolschewismus, gegen alle Erscheinungen der Korruption zunächst begonnen und viele Jahre lang geführt haben. Der Erfolg dieses Kampfes ist zum Teil erreicht worden, zum anderen Teil aber auch hinter seinen Zielen zurückgeblieben. Erst die neue Bewegung des Nationalsozialismus hat mit einem Einsatz, den sie selbst als nationale Revolution bezeichnet, den Durchbruch vollzogen. Ihr Bekenntnis zu nationaler Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ist stets auch dasjenige der D.V.P. gewesen. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß die Deutsche Volkspartei sich in die große nationale Front einreiht, zu der Hindenburg gerufen hat, dem die Partei stets und unter allen Umständen die Treue hielt. Ebenso steht fest, daß die Deutsche Volkspartei an denjenigen Zielen und Idealen festhält, die ihr politisches Dasein bisher bestimmt haben. Sie muß bestrebt sein, diese ihre Grundsätze zur Geltung zu bringen, unter welchen politischen Konstellationen das auch immer sein möge. Dabei steht obenan, daß die Partei niemals Selbstzweck sein wird. Sollte die nächste Zukunft zeigen, daß sich die Gedanken des Nationalliberalismus in einem anderen und größeren Rahmen erfolgreich verwerten lassen, so wird die Deutsche Volkspartei bereit sein, auf eine eigene politische Form zu verzichten und sich um der vaterländischen Sache willen in ein größeres Organisationsgebilde einzuordnen. Zur Zeit fehlen noch die Ansatzpunkte dafür, daß eine solche Entwicklung erfolgreich und möglich wäre. Es wird abzuwarten sein, ob die nächste Zeit dafür Raum und Aussichten schaffen wird. So lange das aber nicht der Fall ist, hat die Deutsche Volkspartei nicht das recht, ihre Anschauungen und Ideale preiszugeben, weil sie davon durchdrungen ist, daß diese ein unentbehrlicher Bestandteil des deutschen Wesens bleiben werden«.

[1] Von der Reichsgeschäftsstelle war folgender Verlauf der Sitzung vorgesehen: »Leitmotiv: An der Tatsache der Liquidation der Deutschen Volkspartei ist nichts mehr zu ändern. Es kommt jetzt

erschienen.[2] Der Saal war mit schwarz-weiß-roten Farben und mit den Büsten Bismarcks und Hindenburgs sowie der nationalliberalen Parteiführer Rudolf von Bennigsens, Ernst Bassermanns und Gustav Stresemanns geschmückt.

Der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, war aus seinem Krankheitsurlaub erschienen[3], um in einer bedeutungsvollen Stunde der Parteigeschichte in eigener Verantwortung vor den führenden Männern und Frauen der Partei zu sprechen. Er wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die schwarz-weiß-roten Symbole das Zeichen seien, unter denen die Deutsche Volkspartei, wie ihre Vorgängerin, die Nationalliberale Partei, stets und ohne Schwanken gekämpft hat. Niemals war für sie der Standpunkt der Partei richtunggebend, sondern immer der Dienst am Vaterlande. Heute ist unsere Lage ernst bestellt. Wir wünschen von ganzem Herzen den Bestrebungen der Regierung des Reichskanzlers Adolf Hitler Erfolg, ein gefestigtes, nach innen und außen starkes Deutsches Reich aufzubauen. Wer uns jemals unterstellt haben mag, der Sinn der Deutschen Volkspartei bestehe darin, darauf zu hoffen, daß die jetzt verantwortlichen Männer durch Fehler und Mißgeschicke scheitern, der hat den tiefen vaterländischen Sinn unserer politischen Arbeit nicht erfaßt (Lebhafter Beifall). Wir werden an dem Gelingen des großen vaterländischen Werkes mit den anderen nationalen Kräften gemeinschaftlich streben, wenn auch in eigener Weise und in eigener Form. Nach unserer Überzeugung ist ein großes Deutsches Reich nicht denkbar ohne die geistigen Güter der Gewissens- und Glaubensfreiheit, der sittlichen Persönlichkeit und aller jener Gedanken, für die unsere Väter ruhmreich gekämpft haben. In diesem Sinne wird der Zentralvorstand eröffnet (Lebhafter Beifall).

Der Zentralvorstand beschließt dann, an den ritterlichen Freund der Deutschen Volkspartei, Generaloberst von Seeckt, den Schöpfer der deutschen Wehrmacht, der am 22. des Monats seinen 67. Geburtstag feierte und an den Beratungen nicht teilnehmen konnte, einen herzlichen Gruß zu senden.

---

alles darauf an, daß das Ende sich in einer so würdigen Form vollzieht, wie es der Geschichte und den unvergänglichen Grundlagen unserer Partei entspricht, in einer Form auch, die Hoffnung für die Zukunft wieder entstehen läßt. Auseinandersetzungen zwischen den letzten Getreuen der Partei müssen in jedem Fall unterbleiben [...] Der Verlauf der Sitzung. Erster Teil: Der Stellvertretende Parteiführer, Landgerichtsdirektor Stendel, berichtet über die innerparteilichen Vorgänge seit der letzten Reichsausschußsitzung, begründet den Auflösungsbeschluß des Parteivorstandes und verliest dann etwaige letzte Verlautbarung der Partei an die Öffentlichkeit. Aussprache unter Beteiligung des Parteiführers. Abstimmung über Auflösung und Verlautbarung. Zweiter Teil. Rede des Parteiführers Dingeldey: Eine Würdigung der Arbeit der Partei und der Verdienste ihrer Führer. Betonung, daß unser Gedankengut unabhängig ist vom Bestand der Partei und unvergänglich bleibt. Dritter Teil. Abschiedsworte von Dr. Kalle«, BAK NL Dingeldey 51, p. 44.

[2] Gegenüber Meldungen der Tagespresse, die Vertreter von 10 Wahlkreisen hätten sich an der Tagung nicht beteiligt, stellte die NLC vom 26.4.1933, Nr. 68, heraus: »Wie die genaue Feststellung der Anwesenheitsliste beweist, sind fast alle Wahlkreise vertreten gewesen [...] Vielmehr ist es richtig, daß selbst aus den Wahlkreisorganisationen, die sich schon aufgelöst haben, einzelne große Ortsgruppen darum gebeten hatten, an der Beratung des Zentralvorstandes teilnehmen zu dürfen, da sie ihre Beschlüsse bis nach dem Ergebnis des 23. April zurückgestellt hatten. Dadurch entstand die Sachlage, daß auch die meisten derjenigen Wahlkreise, die früher die Auflösung verkündet hatten, an den Beratungen und an der Abstimmung durch eigene Vertreter beteiligt waren, wenn auch nicht durch die ihnen sonst zustehenden Stimmenzahlen«.

[3] Dingeldey hielt sich seit dem 15.3.1933 in einem Schweizer Sanatorium auf.

Dann ergriff der Parteiführer, Abg. Dingeldey, das Wort zu seinem einleitenden Bericht über die Zukunft der Partei.[4] Er bat die Tagung, die Schwere der Entscheidungen zu achten, die jeder für sich und seine Freunde fassen soll, und die Gefühle jedes Mitkämpfers zu ehren, der mit sich selbst zu ringen hat. Wie anders ist heute das Bild, als bei der letzten Tagung in Erfurt![5] Es hat sich eine elementare Wandlung vollzogen, die zu einem großen Teile die Rebellion des mißhandelten deutschen Blutes gegen alle Bedrückung von innen und außen ist. Diese Bewegung ist nicht mit den Waffen des Verstandes zu bannen, weil sie sich mit der Gewalt der Gefühle vollzogen hat, die ihr innewohnt. Niemand kann verkennen, daß sie weit mehr ist als nur die Bildung einer neuen Regierung oder der Sturz des parlamentarischen Systems, den wir ganz gewiß nicht beklagen. Wir sehen aber in den gärenden Formen noch nicht, welches Antlitz Deutschland beim Ablauf dieses Vorgangs tragen wird. Die Deutsche Volkspartei repräsentiert mehr als wirtschaftliche und politische Kräfte, sie ist die Partei der denkenden Deutschen. Oft hat man das vergessen. Ihr Standort ist diejenige Nahtstelle, an der sich die verschiedenen Kräfte auseinandersetzen. Deshalb vollziehen sich alle Auseinandersetzungen um das deutsche Schicksal zunächst und am stärksten innerhalb dieser Partei. Das ist ihr Schicksal, aber trotzdem war es ein unverdienter Schlag, daß Männer, die innerhalb der Partei Verantwortung trugen, dieser Gesinnungsgemeinschaft ohne das Wissen und hinter dem Rücken des Parteiführers einen Stoß versetzt haben, der sie bis in Mark getroffen hat.[6] Wir werfen keinen Stein auf solche bisherigen Freunde, die aus diesen oder jenen Gründen glauben, ihren Anschluß bei den Nationalsozialisten suchen zu müssen, aber wir verbergen unsere Entrüstung nicht gegenüber solchen, die dem Ansehen und der Ehre der Sache geschadet haben, für die sie früher gekämpft haben (Stürmischer Beifall). Zweifellos ist dadurch das Leben der Partei ernst bedroht. Aber gerade diejenigen wie Dr. Hugo, die geglaubt haben, durch einen Abmarsch zur N.S.D.A.P. der Sache zu nützen, hätten wissen müssen, daß ein solcher Schritt, wenn er zu bejahen wäre, nur dann von Erfolg begleitet sein konnte, wenn er von der ganzen Partei einmütig und geschlossen getan wurde. Heute muß mit Bedauern festgestellt werden, daß ein solches Vorgehen keinem genutzt hat, weder der Partei noch dem Vaterlande.

Unsere politische Haltung ist rückschauend als gerechtfertigt festzustellen. Ich habe mich schon 1930 und 1931 für die Heranziehung der Nationalsozialisten an den Staat

[4] In einem Schreiben an Becker vom 7.6.1933 berichtete Zapf über den Verlauf der Sitzung: »Dingeldey war entschlossen, auf dem letzten Zentralvorstand die Auflösung der Partei zu beantragen. Alles war in diesem Sinne vorbereitet [...] In Folge einer im letzten Augenblick einsetzenden Einwirkung auf Herrn Dingeldey entschloß er sich, alles anders zu machen und eine flammende Rede für den Fortbestand der Partei zu halten«, BAK NL Zapf 1; siehe auch Anm. 1.

[5] Siehe Dok. Nr. 97a, b.

[6] Kurz nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes teilte der stellvertretende Parteivorsitzende Hugo in einem Schreiben vom 28.3.1933 Dingeldey mit, er halte die Zeit für die Auflösung der DVP für gekommen und plädierte für einen Übertritt aller Parteimitglieder in die NSDAP, um dort die gemäßigten kapitalistischen Kreise zu stärken, BAK NL Dingeldey 73, p. 75f. Aufgrund der Entschließung des RA vom 1.4.1933 zur Selbständigkeit der Partei (siehe Dok. Nr. 101) trat Hugo von allen seinen Parteiämtern zurück und traf am 5.4.1933 in einer Unterredung mit Hitler ein Abkommen, daß ehemalige Mitglieder der Partei der NSDAP beitreten könnten, siehe sein Schreiben an Dingeldey vom 6.4.1933, BAK NL Dingeldey 73, p. 78f. Drei Tage später erklärten die Wahlkreisorganisationen im Rheinland und in Westfalen auf Hugos Initiative ihren geschlossenen Übertritt zur NSDAP, siehe dazu auch Booms, S. 536ff.

eingesetzt.[7] Auf dem Zentralvorstand in Hannover[8] wollten es mir manche nicht glauben, als ich davon sprach, daß die große Welle einst rücksichtslos über Deutschland hereinbrechen werde, wenn wir die Bewegung nicht rechtzeitig in die politische Verantwortung einschalteten. Der Trennungslinien gegenüber der N.S.D.A.P. sind wir uns stets bewußt gewesen. Es muß aber ausgesprochen werden, daß der Führer jener Partei, seitdem er der führende Staatsmann ist, unzweifelhaft an Geltung gewonnen hat, weil er sich der Verantwortung seiner Position durchaus bewußt ist. Die historischen Fortschritte sind nicht zu bestreiten, die in dieser Zeit errungen wurden, die Zerstörung des Geistes der Revolution, das Verschwinden des Kommunismus[9], die Herstellung einer einheitlichen Reichsmacht im Vaterlande. Auch die nationale Verbundenheit im Volke gegenüber den Gefahren von draußen ist gewachsen. Auf der anderen Seite stehen Überschreitungen und Übergriffe durch örtliche Organe, stehen Einschränkungen der geistigen Freiheit, die nach unserer Überzeugung auf die Dauer nicht von Segen sein können.[10]

Die großen Aufgaben des wirtschaftlichen und geistigen Aufbaues stehen noch restlos vor uns. Im Ringen um deutsche Wehr und deutsche Ehre haben wir noch nie versagt. Wir sehen deutlich, daß die Widerstände Frankreichs gegen unseren Freiheitswillen im Wachsen sind.[11] Unter solchen Umständen darf und kann nach unserer Überzeugung keine nationale Kraft zurückgestoßen werden, die bereit ist, aufrichtig und loyal an der Gestaltung der vaterländischen Dinge mitzuarbeiten (Lebhafter Beifall). Fremde politische Formen können nicht ohne weiteres und ohne Schaden auf Deutschland übertragen werden. Das haben uns auch die Ereignisse von

[7] Siehe Dok. Nr. 82, S. 994ff.; Nr. 86, S. 1132f.; Nr. 89, S. 1190.

[8] Am 6.12.1931; siehe Dok. Nr. 93.

[9] Nach dem Reichstagsbrand am 27.2.1933 waren bereits Hunderte von kommunistischen Funktionären festgenommen worden, wobei sich die Verfolgung nach der Reichstagswahl vom 5.3.1933 noch steigerte. Im April 1933 war der Parteiapparat der KPD vollständig zerschlagen, siehe dazu Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945, Wuppertal 1980, S. 49f.; Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, Frankfurt/M. 1975, S. 39ff.; Johann Wachtler, Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929–1933, Frankfurt/M. 1983, S. 215ff. Zur Haltung des Kabinetts Hitler gegenüber einem Verbot der KPD siehe Konrad Repgen, Ein KPD-Verbot im Jahre 1933?, in: HZ 240 (1985), S. 67–99. Am 31.3.1933 verabschiedete das Kabinett das »Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich«, das in seinem §10 die kommunistischen Mandate im Reichstag und preußischen Landtag annullierte, siehe RGBl. 1933 I, S. 153f.

[10] Göring hatte als kommissarischer preußischer Innenminister am 17.2.1933 die Polizei in einem Runderlaß dazu aufgefordert, staatsfeindlichen Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten und, »wenn nötig, rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen«. Ein Erlaß vom 22.2.1933 gestattete die Heranziehung von SA, SS und Stahlhelm als freiwillige Hilfspolizei, siehe Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München [2]1971, S. 92ff.; zur Legalisierung des Terrors und Zerschlagung von SPD und Gewerkschaften siehe Winkler, Arbeiter, Bd. 3, S. 868ff.

[11] Die massiven Revisionsvorstöße seit dem Sommer 1931, hier besonders Deutschlands Forderung nach einer Gleichberechtigung in der Rüstung, hatten das Verhältnis zu Frankreich in den letzten Jahren der Weimarer Republik erheblich belastet, siehe Michael Salewski, Zur deutschen Sicherheitspolitik in der Spätzeit der Weimarer Republik, in: VfZ 22 (1974), S. 121–147; Krüger, S. 546ff. Zur Anfangsphase der nationalsozialistischen Außenpolitik siehe Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995, S. 563ff.

1918 gelehrt, wo man uns ein wesensfremdes System zur Einführung brachte.[12] Hüten wir uns vor dem Glauben, daß eine Uniformierung des Denkens die Grundlage des staatlichen Lebens in Deutschland sein könne (Lebhafter Beifall). Der Staat kann auf die Dauer nur existieren, wenn er Respekt vor dem geistigen Schaffen und der menschlichen Persönlichkeit kennt, die dem Deutschen angeboren ist. Will man versuchen, in das geistige oder sogar religiöse Leben mit Machtmitteln einzugreifen, so tritt das ein, was niemand wollen kann (Lebhafter Beifall).

Nicht um der Partei willen, nicht um der Menschen willen, sondern für das Vaterland ist es nötig, daß für eine kommende Entwicklung dieser Glaube und diese Überzeugung erhalten bleibt, lebendig ist und Bekenner findet. Gewiß, auch Ideen und Ideale können sterben, aber nur, wenn keine Menschen da sind, die sich für sie einsetzen (Beifall). Bis heute ist der Beweis nicht erbracht, daß es möglich ist, diese geistigen Grundlagen auch innerhalb der großen herrschenden Partei zu vertreten. Solange das nicht zu sehen ist, ist es für uns nicht möglich, auf ein eigenes politisches Dasein zu verzichten.

Ob der Weg nach dem italienischen Beispiel zum Faschismus führen muß, der das Leben jeder anderen Partei und nicht nur der unsrigen abschneidet, wollen wir erst einmal abwarten. Ich glaube es nicht. Jedenfalls haben wir keine Veranlassung, eine solche Entwicklung aus eigenem Entschluß vorwegzunehmen (Lebhafter Beifall). Ich weiß, daß es unzählige, innerlich Ringende und Zweifelnde in unserer Gefolgschaft gibt, aber ebensoviele, die an ihrem Gedankengut festhalten und die sich davon nicht losreißen lassen wollen. Mögen sich selbst Wahlkreisorganisationen auflösen, das kann in der Partei demoralisierend wirken, aber damit ist noch nicht die Tatsache beseitigt, daß es auch in ihrem Raume ungezählte denkende Menschen gibt, die so empfinden wie wir und dabei bleiben werden. Ich kann unter solchen Umständen als Ihr Führer gar nicht die Verantwortung auf mich nehmen, zu sagen, die Fahne muß heruntergeholt werden, es ist aus. Solange es in nennenswerter Zahl Aufrechte und Gläubige, Opferwillige und Lebensmutige für unsere Ideen gibt, ist es für mich ein sittliches Gebot, an meiner Stelle zu bleiben (Anhaltender Beifall). Wollen wir heute unser Dasein beschließen, so bedeutet das – und zwar endgültig –, daß wir den Abschnitt des Nationalliberalismus beendigen. Wir aber wollen uns zu ihm bekennen, solange nur die Möglichkeit gegeben ist. Eines Tages wird man sich vielleicht noch gern daran erinnern, daß sich im großen nationalen Heerbann Menschen von Erfahrung und Fähigkeit befinden, deren Bedeutung dadurch nicht verloren hat, daß sie nicht Überläufer sein wollten, sondern dem deutschen Staate auf der Grundlage eigener Weltanschauung dienen wollen (Lebhafter Beifall).

[12] Auf den von Zapf in einem Schreiben an Dingeldey vom 11.4.1933 erhobenen Vorwurf, die Partei habe »weder die schon im Februar 1929 begonnene Aktion zur Reform der Verfassung weiter vorgetragen, noch die Ausräumung der Schäden des Weimarer Systems als das Ziel und den Blickpunkt ihrer politischen Bewegung aufgestellt, noch endlich einen ernstlichen Kampf um diese Fragen geführt«, antwortete Dingeldey am 18.4.1933: »Auf Grund des Kampfes der Partei gegen das Weimarer System und den Geist der Revolution wurde in Deutschland 1920 der Sieg errungen, der Sie ins Parlament brachte [...] Ich begrüße die Reform unserer Verfassung durch Adolf Hitler, in dessen Hand allerdings alle Macht konzentriert ist und in dessen Partei Eigensüchteleien und Neigung zu zersetzender Kritik von jeher rücksichtslos unterdrückt wurden«, BAK NL Zapf 1.

Das sind die Gründe, weshalb ich als Parteiführer die Parole der Auflösung nicht ausgeben kann. Es geschieht aus dem Gefühl der sittlichen Verpflichtung gegenüber den Vielen, die uns die Treue halten. Ich kann es nicht, weil das Bild der neuen politischen Lage mir noch nicht so geordnet und klar erscheint, daß wir auf unsere Ideen verzichten, ich kann es nicht, weil es kein leeres Wort ist, für ewige Ideen gekämpft zu haben. Der Parteivorstand ist zu keiner einmütigen Stellungnahme gekommen. So liegt die Verantwortung hier vor dem Zentralvorstand auf mir allein. Die Zeiten werden parteipolitisch noch unendlich schwer werden. Das Bürgertum hat in diesen Monaten ein Maß von Charakterlosigkeit und Minderwertigkeit bewiesen (Stürmische Zustimmung), daß es sich nicht wundern darf, wenn es heute schlecht behandelt wird. Wenn wir das Heer der Überläufer vermehren wollen, werden wir uns nicht die Achtung sichern, die derjenige beanspruchen darf, der in schweren Zeiten ehrlich und anständig für seine Anschauungen gekämpft hat. Wir dürfen das Banner nicht einziehen, weil wir uns und dem Lande damit nichts nutzen, weil wir aber die Ideen zerstören, die uns zusammenhalten. In unserer Partei sind viele Sünden begangen worden, es waren unter uns solche, die nicht der Glaube in unsere Reihen führte, sondern die Interessen. Die Not zwingt uns, wieder Glaubensgemeinschaft zu werden (Stürmisches Bravo). Damit werden wir die Kräfte stärken, die uns tragen müssen. Ich kann nicht anders schließen, als mit dem Wort, das der Apostel den Verzagten und Verstimmten seiner Gemeinden zugerufen hat: »Wachet, haltet fest am Glauben, seid männlich und seid stark!«[13] (Stürmischer langanhaltender Beifall. Die Versammlung erhebt sich und bereitet dem Parteiführer eine große, aus tiefer Bewegung kommende Ovation).

Dann wird in die Aussprache eingetreten. Daran beteiligten sich an erster Stelle der alte nationalliberale Parlamentarier Dr. Lohmann (Weilburg), ferner Reichsminister a.D. Moldenhauer, Dr. Höhne (Dresden), Dr. von Hansemann (Flensburg), Prof. Gleisberg, A. Morath, Dr. Kalle, Abg. Dieckmann (Sachsen), Reichsminister a.D. Graf Kanitz, Büsch (Gelsenkirchen), Frau Abg. von Kulesza, Frau Fritsch.

Abg. Dingeldey stellte mit Befriedigung den sachlichen Verlauf der Aussprache fest, die ein Zeichen der persönlichen Hochachtung und des menschlichen Bandes unter den Mitgliedern des Zentralvorstandes gewesen sei.

Es wurde in namentlicher Abstimmung die Aufrechterhaltung der Deutschen Volkspartei mit Mehrheit beschlossen.[14]

Abg. Dingeldey schloß: Der Glaube an Macht und Größe des Vaterlandes bei persönlicher Freiheit des verantwortungsbewußten Staatsbürgers war nationalliberales Programm. Es muß auch das unsere bleiben. Dafür verschwendete Stresemann seine Lebenskraft. Dieses Gut kann nicht ausgetilgt werden in der deutschen Nation. Dafür litten und kämpften unsere Väter, dafür uns zu bekennen, sind wir berufen und

[13] So der Apostel Paulus, in: 1. Kor. 16,13.

[14] Die NLC vom 26.4.1933, Nr. 68, dementierte die Meldung des »Hamburgischen Correspondenten«, 24.4.1933, Nr. 190, der Beschluß sei »nur mit der sehr knappen Mehrheit von 86 gegen 70 Stimmen« gefaßt worden, nicht und betonte, daß auch »die Minderheit des Zentralvorstandes [...] keinesfalls einer Auflösung der Partei das Wort reden wollte. Soweit sich feststellen läßt, war der größte Teil auch dieser Zentralvorstandsmitglieder für die Fortführung des Gedankengutes der Deutschen Volkspartei. Es bestanden aber auf dieser Seite bestimmte organisatorische Wünsche oder Gedanken über eine Änderung des bisherigen Namens der Partei«.

entschlossen! Mit einem dreifachen brausenden Hochruf auf unser Vaterland in Not und Hoffnung schloß der Parteiführer die denkwürdige Tagung.

Die Entschließung des Zentralvorstandes hat folgenden Wortlaut:

»Die Deutsche Volkspartei wurde 1918 gegründet, um für Vaterland, Ordnung und deutsche Volksgemeinschaft, gegen die Kräfte der marxistischen Revolution zu kämpfen. Für diese Ziele haben wir unablässig gestritten. Wir erkennen freudig an, daß Reichskanzler Adolf Hitler mit seiner gewaltigen Bewegung das vaterländische Bewußtsein im deutschen Volke neu belebt und den Gedanken der Reichseinheit endlich verwirklicht hat. Deshalb fordert die Deutsche Volkspartei von allen ihren Mitgliedern die tätige Mithilfe am Werke des nationalen Aufbaues, das unter der Führung Adolf Hitlers begonnen ist. Eine Auflösung der Deutschen Volkspartei dient diesem Ziele nicht. Die Partei gründet ihr Daseinsrecht auf das Bekenntnis zu den unvergänglichen Gütern deutscher Geistes- und Gewissensfreiheit im Rahmen eines machtvollen nationalen Staates. Gerade beim geistigen und wirtschaftlichen Aufbau des neuen Deutschland sind diese Anschauungen unentbehrlich. Der Zentralvorstand erwartet von allen deutschen Frauen und Männern, die so denken, daß sie in der gemeinsamen Kampffront für den neuen nationalen deutschen Staat auch weiterhin in der Deutschen Volkspartei für diese Ziele kämpfen.«

103.

4. Juli 1933: Auflösungserklärung der Deutschen Volkspartei

W.T.B. vom 4.7.1933.

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, teilt mit: Da mit dem Wesen des jetzigen nationalsozialistischen Staates Parteien im alten Sinn nicht vereinbar sind, werden hierdurch mit sofortiger Wirkung sämtliche Organisationen der Deutschen Volkspartei aufgelöst. Die Liquidation ist nach Möglichkeit zu beschleunigen. Über die Stellung der Mandatsträger sind Verhandlungen mit maßgebenden Stellen aufgenommen worden.

Ich erwarte von allen Freunden der Deutschen Volkspartei, daß sie getreu ihrer Überlieferung verantwortungsfreudig an des Vaterlandes Größe und Freiheit mitarbeiten. Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand.

Nationalliberale Correspondenz

Pressedienst der Deutschen Volkspartei

Herausgeber u. verantwortl. Schriftleiter: Gustav Mittig, Berlin
Fernsprech-Anschluss: A 2 Jäger 7261
Drahtanschrift: Deutschliberal Berlin

Verlag: Deutsche Grenzwerbung G. m. b. H.
Schriftleitung: Berlin NW 7, Dorotheenstr. 36

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag. Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung, wenn nichts anderes vereinbart, beiderseits vier Wochen vor dem Quartalsende. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

60. Jahrg. Berlin, Mittwoch, den 5. Juli 1933 Nr. 93

Erklärung.

Da mit dem Wesen des jetzigen nationalsozialistischen Staates Parteien im alten Sinne nicht vereinbar sind, werden hierdurch mit sofortiger Wirkung sämtliche Organisationen der Deutschen Volkspartei aufgelöst. Die Liquidation ist nach Möglichkeit zu beschleunigen. Ueber die Stellung der Mandatsträger sind Verhandlungen mit den massgebenden Stellen aufgenommen.

Ich erwarte von allen Freunden der Deutschen Volkspartei, dass sie getreu ihrer Ueberlieferung verantwortungsfreudig an des Vaterlandes Grösse und Freiheit mitarbeiten. „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand!"

Dingeldey.

Berlin, den 4. Juli 1933

Die D.V.P. löst sich auf.

Am 23. April hatte der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei die Weiterführung der Partei beschlossen. Schon damals war sich die Mehrheit darüber klar, dass das Wesen und die Form der politischen Arbeit eine andere sein werde, als früher. Die Parlamente sind zum grössten Teil - durch die Ermächtigungsgesetze usw. - ausgeschaltet. Deshalb liege die Aufgabe einer Partei nicht mehr in der parlamentarischen Arbeit, sondern in der Pflege der Gesinnung, in der Erhaltung von Werten und Ueberlieferungen, die für das Volksganze wichtig und unentbehrlich sind. Zur Mitarbeit aller, die guten Willens sind, war vom Reichskanzler und verschiedenen Reichsministern nachdrücklichst aufgefordert worden, ein Totalitätsanspruch bestand damals noch nicht.

./.

Anhang

Synopse

A. Satzung der Deutschen Volkspartei
Beschlossen auf dem 1. Parteitag in Jena am 13. April 1919

B. Satzung der Deutschen Volkspartei
Beschlossen auf dem 4. Parteitag in Stuttgart am 1. Dezember 1921 mit den vom 6. Parteitag in Dortmund am 14. November 1924 beschlossenen Änderungen

Vorbemerkung: Die Satzungen von 1919 und 1921/1924 weichen im *Aufbau* voneinander ab, d. h. sie weisen eine *abweichende Reihenfolge* der Paragraphen auf. Deshalb ist im folgenden Abdruck so verfahren worden, daß bei der *Gegenüberstellung* von alter (1919) und neuer Fassung die *Anordnung der neuen Fassung* zugrunde gelegt wurde. Ihr werden die entsprechenden Formulierungen der alten Fassung – ohne Beachtung der Reihenfolge von deren Paragraphen – gegenübergestellt.

Mitgliedschaft

§ 1

Die Deutsche Volkspartei besteht aus Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen, die sich der Vertretung und Verbreitung der Grundsätze und Ziele der Deutschen Volkspartei widmen.

Ortsvereine

§ 2

Vereine erwerben die Mitgliedschaft durch Beschluß des Wahlkreisverbandes. Voraussetzung dafür ist, daß sie

1. einen Vorstand haben, der zum größeren Teile aus Wahlen durch die Vereinsmitglieder hervorgegangen ist;

2. sich verpflichten, sich den Beschlüssen der Parteiorgane unterzuordnen;

3. sich verpflichten, den durch die ordnungsgemäßen Beschlüsse festgesetzten Beitrag durch ihren Wahlkreisverband an die Partei zu zahlen.

Ein aufgenommener Verein kann nur nach Zustimmung des Zentralvorstandes ausgeschlossen werden. Dem Verein und den etwa bestehenden größeren Verbänden ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Einzelpersonen

§ 5

Einzelpersonen, die einem angeschlossenen Verein nicht angehören, erwerben die Mitgliedschaft durch Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses des Zentralvorstandes. Ihre Aufnahme soll nur ausnahmsweise erfolgen.

Über den Ausschluß eines Einzelmitglieds entscheidet der Zentralvorstand.

Mitgliedschaft

§ 1

Die Deutsche Volkspartei besteht aus den Deutschen, die sich der Vertretung und Verbreitung der Grundsätze der Deutschen Volkspartei widmen und dies durch Beitritt zur Partei bekunden.

Vereine

§ 2

Die Mitglieder der Partei werden auf der Grundlage der örtlichen politischen Verwaltungsbezirke zu Vereinen zusammengefaßt, und zwar möglichst gemeindeweise zu Ortsvereinen.

Voraussetzung für die Anerkennung von Vereinen ist, daß sie

1. einen Vorstand haben, der zum größeren Teile aus Wahlen durch die Vereinsmitglieder hervorgegangen ist;

2. sich verpflichten, sich den Beschlüssen der Parteiorgane unterzuordnen;

3. sich verpflichten, den durch ordnungsgemäßen Beschluß festgesetzten Beitrag an ihren Wahlkreisverband zu zahlen.

Einzelpersonen

§ 3

Einzelpersonen, die einem Verein nicht angehören, können ausnahmsweise die Mitgliedschaft durch Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses erwerben.

Verbände

§6

Die in einem Wahlkreis bestehenden Vereine müssen sich zu einem Wahlkreisverband oder Wahlkreisverein zusammenschließen.

Mehrere Wahlkreisverbände können sich mit Zustimmung des Zentralvorstandes zu größeren Verbänden zusammenschließen. Der Zentralvorstand verkehrt indes unmittelbar mit den Wahlkreisverbänden.

§7

Die Wahlkreis- und größeren Verbände haben in ihrem Bezirk die Vertretung der Interessen der Partei im Benehmen mit dem Zentralvorstand wahrzunehmen, für die Einheitlichkeit der Politik und Taktik der Partei einzutreten, die Organisation auszugestalten und die Verbindung der Wahlkreise und der Vereine mit der Gesamtpartei herbeizuführen und aufrechtzuerhalten.

Die Wahlkreisverbände insbesondere haben die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen, die Wahlen vorzubereiten und durchzuführen und die Kandidaten aufzustellen. Die Aufstellung der Kandidaten soll möglichst nach Anhörung des Zentralvorstandes erfolgen.

Die Satzungen der Wahlkreis- und größeren Verbände sind im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand festzustellen.

Verbände

§4

Die in einem Reichstagswahlkreis bestehenden Vereine müssen sich zu einem Wahlkreisverband zusammenschließen.

Mehrere Wahlkreisverbände können sich mit Zustimmung des Geschäftsführenden Ausschusses zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen. Die Stellung der Wahlkreisverbände zur Gesamtpartei wird dadurch nicht berührt.

Der Zusammenschluß einzelner Vereine eines Wahlkreisverbandes zu besonderen Vereinigungen bedarf der Zustimmung des Wahlkreisverbandes. Verweigert dieser die Zustimmung, so steht die endgültige Entscheidung dem Geschäftsführenden Ausschuß zu.

§5

Die Wahlkreisverbände haben nach den von der Gesamtpartei gegebenen Richtlinien in ihrem Bezirk die Interessen der Partei wahrzunehmen, für Einheitlichkeit der Politik der Partei einzutreten und die Organisation auszugestalten.

Die Wahlkreisverbände haben insbesondere die Wahlen vorzubereiten und durchzuführen und die Kandidaten aufzustellen. Die Aufstellung der Kandidaten hat im Benehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß zu erfolgen.

Die Wahlkreisverbände haben ferner die Beiträge für die Gesamtpartei nach einem durch den Geschäftsführenden Ausschuß zu bestimmenden Beitragsverhältnis aufzubringen.

Die Satzungen der Wahlkreisverbände und Arbeitsgemeinschaften sind im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß festzustellen.

Die Geschäftsführer der Wahlkreisverbände werden von diesen im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß angestellt.

Berufs-, Zweck- und Jugendvereine

§ 3

Innerhalb der Ortsvereine können besondere Gruppen für bestimmte Zwecke gebildet werden.

Jugendgruppen dürfen keine Mitglieder haben, die über 25 Jahre alt sind.

Besondere Ausschüsse und Gruppen.

§ 6

Innerhalb der Vereine und Verbände können besondere Ausschüsse für bestimmte Zwecke und Jugend- und Studentengruppen gebildet werden.

Die Zusammenfassung dieser Ausschüsse und Gruppen innerhalb der Gesamtpartei erfolgt in Reichsausschüssen (vgl. § 17 Abs. 1).

Jugendgruppen dürfen keine Mitglieder haben, die über 25 Jahre alt sind.

Presseverein

§ 4

Die Verleger und Schriftleiter der Parteizeitungen und Parteizeitschriften bilden einen besonderen Verein. Als Parteizeitungen und Parteizeitschriften gelten diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, die sich die Vertretung der Grundsätze und Ziele der Deutschen Volkspartei zur Aufgabe machen. Vor der Aufnahme und Ausschließung eines Mitgliedes ist dem Geschäftsführenden Ausschuß Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Presseverein

§ 7

Die Verleger und Schriftleiter der Parteizeitungen und Parteizeitschriften bilden einen besonderen Verein. Als Parteizeitungen und Parteizeitschriften gelten diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, sich die Vertretung der Grundsätze und Ziele der Deutschen Volkspartei zur Aufgabe machen. Vor der Aufnahme oder Ausschließung eines Mitgliedes ist dem Geschäftsführenden Ausschuß Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Ausschluß

§ 8

Über den Ausschluß von Vereinen und Einzelpersonen entscheidet der Geschäftsführende Ausschuß, über den Ausschluß von Verbänden der Zentralvorstand. Den Beteiligten ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Organe der Partei

§ 8

Organe der Deutschen Volkspartei sind

1. der Parteitag;
2. der Zentralvorstand;
3. der Geschäftsführende Ausschuß.

Parteitag

§ 16

Der Parteitag hat das Programm der Partei zu beschließen und die Richtlinien für ihre Politik festzulegen.

Der Parteitag besteht aus

1. den Mitgliedern der Reichstagsfraktion und den Fraktionen der einzelnen Länder;
2. den Mitgliedern des Zentralvorstandes;
3. den Vertretern der einzelnen Wahlkreisverbände. Jeder Wahlkreisverband entsendet auf je angefangene 5000 bei den letzten Reichstagswahlen für die Deutsche Volkspartei abgegebene Stimmen einen Vertreter. Ist infolge eines Wahlbündnisses eine einheitliche Liste mit anderen Parteien aufgestellt worden, so bestimmt der Geschäftsführende Ausschuß, wieviel von den abgegebenen Stimmen der Deutschen Volkspartei zuzurechnen sind.
4. den Geschäftsführern der Wahlkreisverbände und den leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle.

Organe der Partei

§ 9

Organe der Deutschen Volkspartei sind

1. der Parteitag;
2. der Zentralvorstand;
3. der Reichsausschuß;
4. der Geschäftsführende Ausschuß;
5. der Parteivorstand.

Parteitag

§ 10

Der Parteitag hat das Programm der Partei und deren Satzung zu beschließen und die Grundsätze für ihre Politik festzulegen.

Der Parteitag besteht aus

1. den Mitgliedern des Zentralvorstandes;
2. den Vertretern der einzelnen Wahlkreisverbände. Jeder Wahlkreisverband entsendet auf je angefangene 5000 bei den letzten Reichstagswahlen für die Deutsche Volkspartei abgegebene Stimmen einen Vertreter. Ist infolge eines Wahlbündnisses eine einheitliche Liste mit anderen Parteien aufgestellt worden, so bestimmt der Geschäftsführende Ausschuß im Einvernehmen mit dem betreffenden Wahlkreisverband, wieviel von den abgegebenen Stimmen der Deutschen Volkspartei zuzurechnen sind;

ferner, soweit sie nicht schon unter Ziffer 1 und 2 enthalten

3. den Mitgliedern der Fraktionen der Landtage und der übrigen politischen zentralen Körperschaften des Reichs und der Länder bzw. deren Stellvertretern,
4. den Geschäftsführern der Wahlkreisverbände und den leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle.

Die übrigen Parteibeamten haben beratende Stimme.

§ 17

Der Parteitag wird auf Beschluß des Zentralvorstandes einberufen. Er soll möglichst einmal im Jahre zusammentreten.

Der Zentralvorstand bestimmt die Tagesordnung. Anträge müssen auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sie von einem Wahlkreisverband oder von mindestens 15 Mitgliedern des Zentralvorstandes spätestens 14 Tage vor der Versammlung des Parteitages dem Geschäftsführenden Ausschuß eingereicht werden.

Für den Parteitag gilt sinngemäß die Geschäftsordnung des Reichstages. Die Berechtigung der Mitglieder ist durch einen vom Parteitag zu bestimmenden Ausschuß zu prüfen.

Zentralvorstand

§ 9

Die Leitung der Gesamtpartei steht dem Zentralvorstand zu. Dieser setzt sich zusammen aus:

1. den Vertretern der Wahlkreisverbände. Jeder Wahlkreisverband entsendet zwei Mitglieder; Wahlkreise, in denen bei den letzten Wahlen zum Reichstag mehr als 15 000 Stimmen für Kandidaten der Deutschen Volkspartei abgegeben worden sind, haben das Recht, für jede ferneren abgegebenen 5000 Stimmen einen weiteren Vertreter zu entsenden.
2. den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, acht Mitgliedern der preußischen und bis zu drei Vertretern der bayerischen Landtagsfraktion, je zwei Vertretern der sächsischen und württembergischen und je einem Ver-

§ 11

Der Parteitag wird auf Beschluß des Zentralvorstandes oder des Geschäftsführenden Ausschusses einberufen. Er soll möglichst einmal im Jahre zusammentreten.

Der Geschäftsführende Ausschuß bestimmt die Tagesordnung.

Für die Verhandlungen des Parteitags gilt sinngemäß die Geschäftsordnung des Reichstags. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Berechtigung der Mitglieder ist durch einen vom Parteitag zu bestimmenden Ausschuß zu prüfen.

Zentralvorstand

§ 12

Der Zentralvorstand hat die Richtlinien für die Durchführung der Politik der Partei aufzustellen und die Arbeiten des Parteitags vorzubereiten.

Der Zentralvorstand setzt sich zusammen aus:

1. Den Vertretern der Wahlkreisverbände. Jeder Wahlkreisverband entsendet seinen Vorsitzenden und zwei Mitglieder. Wahlkreise, in denen bei den letzten Wahlen zum Reichstag mehr als 25 000 Stimmen für Kandidaten der Deutschen Volkspartei abgegeben worden sind, haben das Recht, für jede ferneren angefangenen 25 000 Stimmen einen weiteren Vertreter zu entsenden.

treter aller übrigen Landtagsfraktionen.

3. drei vom Presseverein (§4) zu wählenden Vertretern.
4. bis zu dreißig vom Zentralvorstand selbst nach Anhörung der Wahlkreisverbände zuzuwählenden Personen. Bei der Zuwahl ist dafür Sorge zu tragen, daß möglichst alle Berufe und Bevölkerungsschichten in Stadt und Land ausreichend berücksichtigt sind. Fünf der Zuzuwählenden müssen aus dem Kreise der leitenden Parteibeamten gewählt werden. Sinkt die Zahl der zugewählten Mitglieder unter zwanzig herab, so sind unverzüglich neue Zuwahlen vorzunehmen.

§10

Die Wahlen zum Zentralvorstand gelten für je eine Reichstagswahlzeit. Der Zentralvorstand führt nach den Neuwahlen zum Reichstag die Geschäfte fort, bis die vom Geschäftsführenden Ausschuß sofort auszuschreibenden Neuwahlen zum Zentralvorstand vollzogen sind.

§11

Der Zentralvorstand wählt einen ersten, zweiten, dritten und vierten Vorsitzen-

2. Bis zu 30 vom Zentralvorstand zuzuwählenden Personen. Der Geschäftsführende Ausschuß bereitet die Wahlvorschläge vor. Bei der Zuwahl ist dafür Sorge zu tragen, daß möglichst alle Berufe und Bevölkerungsschichten in Stadt und Land im Zentralvorstand ausreichend vertreten sind. Ein Fünftel der Zuzuwählenden muß aus dem Kreise der Parteibeamten gewählt werden. Sinkt die Zahl der zugewählten Mitglieder unter zwanzig herab, so sind unverzüglich neue Zuwahlen vorzunehmen.
3. Den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, 50 v.H. der Mitgliederzahl der preußischen Landtagsfraktion, mindestens jedoch 25 Mitgliedern, drei Vertretern der bayrischen, je zwei Vertretern der sächsischen und der württembergischen und je einem Vertreter aller übrigen Landtagsfraktionen. Die in Frage kommenden Vertreter sind durch die betreffenden Fraktionen zu wählen.
4. Sechs vom Presseverein zu wählenden Vertretern.

Die Mitgliedschaft im Zentralvorstand ist persönlich.

§13

Die Wahlen zum Zentralvorstand gelten für je eine Reichstagswahlzeit. Der Zentralvorstand bleibt jedoch nach Reichstagsschluß solange bestehen, bis die vom Geschäftsführenden Ausschuß sofort nach erfolgter Reichstagswahl auszuschreibenden Neuwahlen zum Zentralvorstand vollzogen sind.

§14

Der Zentralvorstand wird vom Vorsitzenden, und zwar mindestens einmal im

den sowie einen Schriftführer und einen ersten und zweiten Schatzmeister.

Der Zentralvorstand wählt einen Vorsitzenden und die notwendigen Stellvertreter.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes ist zugleich Vorsitzender der Gesamtpartei. Durch ihn wird die Partei nach außen vertreten.

§ 12

Der Zentralvorstand wird vom Vorsitzenden, und zwar mindestens einmal im Jahre berufen. Er muß außerdem auf Verlangen des Geschäftsführenden Ausschusses oder von wenigstens zwanzig Mitgliedern des Zentralvorstandes berufen werden.

Die Einladungen ergehen durch den Vorsitzenden, mit Angabe der Tagesordnung, möglichst so, daß sie spätestens 4 Tage vor der Sitzung in den Händen der Mitglieder sein können. Bei etwaigen Wahlvorschlägen sind die Namen der Vorgeschlagenen in die Tagesordnung aufzunehmen. Für die Verhandlungen im Zentralvorstand gilt sinngemäß die Geschäftsordnung des Reichstags.

Jahre berufen. Er muß außerdem auf Verlangen des Geschäftsführenden Ausschusses oder von wenigstens zwanzig Mitgliedern des Zentralvorstandes berufen werden.

Die Einladungen ergehen durch den Vorsitzenden mit Angabe der Tagesordnung, möglichst so, daß sie spätestens vier Tage vor der Sitzung in den Händen der Mitglieder sein können. Bei etwaigen Wahlvorschlägen sind die Namen der vorgeschlagenen in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die Wahlkreisgeschäftsführer sowie die leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle haben beratende Stimme.

Für die Verhandlungen im Zentralvorstand gilt sinngemäß die Geschäftsordnung des Reichstages.

Reichsausschuß

§ 15

In eiligen Fällen wichtiger politischer Entscheidungen, zur Besprechung vertraulicher politischer Angelegenheiten und zur Aufstellung des Reichswahlvorschlags wird vom Parteivorstand der Reichsausschuß einberufen. Er muß einberufen werden, wenn wenigstens sieben Wahlkreise es beantragen. Der Reichsausschuß besteht aus:

1. den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses,

2. den Vorsitzenden der Wahlkreisverbände oder deren ordnungsmäßigen Stellvertretern,
3. den Wahlkreisgeschäftsführern und den leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle.

Die Ausdehnung auf einen weiteren Kreis von Personen mit beratender Stimme für besondere Fälle bleibt dem Parteivorstand überlassen.

Bei Aufstellung des Reichswahlvorschlages haben außer den Mitgliedern zu 1 nur die Vorsitzenden der Wahlkreisverbände oder deren Stellvertreter Sitz und Stimme.

Geschäftsführender Ausschuß

§ 13

Zur Erledigung der laufenden Parteigeschäfte wird ein Geschäftsführender Ausschuß bestellt. Er besteht aus:

1. den vier Vorsitzenden und den beiden Schatzmeistern des Zentralvorstandes;
2. sechs bis zwölf vom Zentralvorstand aus seiner Mitte für die Reichstagswahlzeit zu wählenden Mitgliedern.

Der Geschäftsführende Ausschuß kann sich bis zu vier Mitglieder des Zentralvorstandes zuwählen.

Der Geschäftsführende Ausschuß führt nach den Neuwahlen zum Reichstag die Geschäfte fort, bis der Zentralvorstand neu gewählt ist.

§ 14

Der Geschäftsführende Ausschuß setzt folgende ständige Unterausschüsse ein:

Geschäftsführender Ausschuß

§ 16

Zur Erledigung der laufenden Parteiangelegenheiten wird ein Geschäftsführender Ausschuß bestellt. Er besteht aus:

1. den Mitglieder des Parteivorstandes,
2. zwölf vom Zentralvorstand aus seiner Mitte zu wählenden Mitgliedern,
3. zwölf vom Geschäftsführenden Ausschuß selbst zuzuwählenden Mitgliedern.

Die leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle haben beratende Stimme.

Der Geschäftsführende Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und den Schatzmeister sowie die notwendigen Vertreter.

Der Geschäftsführende Ausschuß führt nach den Neuwahlen zum Reichstag die Geschäfte fort, bis die entsprechenden Neuwahlen durch den Zentralvorstand erfolgt sind.

§ 17

Zur Erledigung besonderer Aufgaben kann der Geschäftsführende Ausschuß

1. einen Rechnungsausschuß; dieser hat insbesondere in Gemeinschaft mit dem Schatzmeister und nach den Anweisungen des Geschäftsführenden Ausschusses die Mittel der Partei zu verwalten;
2. einen Organisations- und Werbeausschuß;
3. einen Presseausschuß;
4. einen Ausschuß für Werbearbeit unter den Frauen (Frauenausschuß).

Die Errichtung weiterer Ausschüsse zur Besorgung einzelner Geschäftszweige oder zur Erledigung einzelner Geschäfte bleibt ihm überlassen.

Den Ausschüssen können auch Personen angehören, die nicht Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sind.

Den Vorsitz in allen Ausschüssen führt ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, der diesem gegenüber für die Geschäftsführung der Ausschüsse verantwortlich ist.

Unterausschüsse einsetzen. Als solche gelten auch die im §6 Abs. 2 erwähnten Reichsausschüsse.

Für das Kassen- und Rechnungswesen ist ein Rechnungsausschuß unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses einzusetzen, dem der Schatzmeister und sein Stellvertreter anzugehören haben. Der Rechnungsausschuß hat nach den Weisungen des Geschäftsführenden Ausschusses die Mittel der Partei zu verwalten.

Den Vorsitz in den Unterausschüssen führen Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, welche diesem gegenüber für die Tätigkeit der Ausschüsse verantwortlich sind.

In die Unterausschüsse können auch Personen berufen werden, die nicht Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sind.

Parteivorstand

§18

Im Rahmen der Beschlüsse der vorerwähnten Parteiorgane (§9 Ziffer 1-4) liegt die politische Leitung der Partei in den Händen des Parteivorstands.

Der Parteivorstand besteht aus:

1. dem Parteivorsitzenden,
2. dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses,
3. dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion,
4. dem Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion,
5. fünf vom Zentralvorstand zu wählenden Mitgliedern.

Der Geschäftsführende Ausschuß hat Vorschläge dazu zu machen.

Liegen mehrere der in Ziffer 1–4 erwähnten Ämter in einer Hand, so tritt für das nachgenannte Amt der ordentliche Stellvertreter ein.

Der Parteivorstand soll in der Regel alle Monate zusammentreten.

Reichsgeschäftsstelle

§ 15

In der Reichshauptstadt wird eine Reichsgeschäftsstelle errichtet.

Die Leitung der Reichsgeschäftsstelle wird einem oder mehreren Generalsekretären übertragen.

Die Generalsekretäre stellt der Zentralvorstand auf Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses, alle anderen Beamten stellt der Geschäftsführende Ausschuß an.

Die Generalsekretäre bedürfen zur Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat der vorherigen Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses.

Die Geschäftsführer der Wahlkreisverbände werden von diesen nach Anhörung des Zentralvorstandes angestellt.

Reichsgeschäftsstelle

§ 19

Die Geschäftsführung der Gesamtpartei liegt in den Händen der Reichsgeschäftsstelle.

Zur Führung der Geschäfte werden ein oder mehrere leitende Beamte bestellt.

Die Anstellung der leitenden Beamten erfolgt namens des Zentralvorstandes durch den Parteivorsitzenden im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses.

Die leitenden Beamten der Reichsgeschäftsstelle bedürfen zur Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat der vorherigen Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses.

Die Geschäftsführung der Reichsgeschäftsstelle untersteht dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses.

Fassungsänderungen und Inkrafttreten der Satzung

§ 18

Der Zentralvorstand ist berechtigt, Fassungsänderungen an der Satzung vorzunehmen.

§ 19

Die Satzung tritt sofort in Kraft.

§ 20

Die vorstehende Satzung tritt sofort in Kraft. Der derzeitige Zentralvorstand und Geschäftsführende Ausschuß bleiben bis nach den nächsten Reichstagswahlen in Tätigkeit.

Grundsätze der Deutschen Volkspartei

Beschlossen auf dem Parteitag in Leipzig am 18.–20. Oktober 1919

Deutsches Wesen besteht von alters her in dem Streben nach freier Entfaltung des einzelnen und seiner Eigenart im Rahmen der vom Gemeinsinn beherrschten Volksgesamtheit. Deutsches Wesen zu pflegen und ihm Geltung und Achtung in der Welt zu erringen ist das Bestreben der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei vertritt daher auf der Grundlage nationaler Staatsgesinnung die Vertiefung und Aussöhnung der liberalen und sozialen Gedanken. Sie ruft alle geistigen und sittlichen Kräfte des deutschen Volkes auf zur Mitarbeit an einer inneren Erneuerung von Volksleben und Staat aufgrund voller Gleichberechtigung, ernster Pflichterfüllung und echter Liebe zum Vaterlande.

I. Vom Staatswesen

1. Staatsgewalt

Eine starke, festgefügte Staatsgewalt – gestützt auf sorgsame Pflege staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins, letzten Endes aber auch auf die unerläßlichen Machtmittel – ist die erste Voraussetzung für eine gedeihliche Entfaltung der deutschen Volkskraft nach außen und innen. Je geringer die Machtmittel des Reiches sind, um so notwendiger ist es, daß Pflichtbewußtsein gegen den Staat bis zum Tode, die Manneszucht und Kameradschaft, die Grundpfeiler, auf denen unser deutsches Volksheer aufgebaut war, im deutschen Volke lebendig zu erhalten. Dafür wird die Deutsche Volkspartei allezeit eintreten. Sie fordert volle politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger; sie erblickt aber in der freiwilligen, vertrauensvollen Gefolgschaft, die das Volk seinen selbstgewählten Führern leistet, eine wesentliche Vorbedingung für Deutschlands Freiheit und Aufstieg. Sie wird diese Gesinnung besonders pflegen.

2. Stellung nach außen

Wie für den einzelnen in der Volksgemeinschaft so verlangt die Deutsche Volkspartei für das deutsche Volk im Kreise der Völker die ihm gebührende Achtung und Freiheit der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie erstrebt eine politische und wirtschaftliche Völkerversöhnung, hält diese aber für unmöglich, solange die Ehre des deutschen Volkes von unseren Feinden zertreten, eine Vereinigung aller Deutschen, die von uns gerissen sind oder sich zum Reiche bekennen, einschließlich

der österreichischen Deutschen, verhindert und der uns aufgezwungene Gewaltfrieden aufrechterhalten wird.

Unsere auswärtige Politik bedarf einer umsichtigen, zielbewußten und sachkundigen Leitung. Der auswärtige Dienst ist umzugestalten, unsere Vertreter im Ausland sind allein nach dem Gesichtspunkt der Tüchtigkeit so auszuwählen, daß sie auf Grund enger Beziehungen zum Auslandsdeutschtum und zu den maßgebenden Kreisen des Auslandes, insbesondere der ausländischen Presse, unsere Politik, unseren Handel und unsere Industrie erfolgreich zu unterstützen vermögen. An der geistigen und sittlichen Hebung der auf niedriger Kulturstufe stehenden Völker mitzuarbeiten, ist auch das deutsche Volk berechtigt.

3. Staatsform

Die Deutsche Volkspartei wird den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern. Daher wird sie im Rahmen ihrer politischen Grundsätze innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten. Die Deutsche Volkspartei fordert den deutschen Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der einzelnen geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften. Solange sich aber nicht alle deutschen Länder gleichmäßig dem deutschen Einheitsstaat einfügen, wird die Deutsche Volkspartei sich jedem Versuch einer Zertrümmerung Preußens widersetzen. Wir fordern die Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weiß–roten Reichsfarben.

Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform. Verantwortliche Mitarbeit der Volksvertretung an der Regierung, ohne Ausbeutung der jeweiligen Parteimacht, gilt uns als wesentliche Grundlage jeder Verfassung.

4. Verwaltung und Rechtspflege

Die Deutsche Volkspartei verlangt eine zeitgemäße Neugestaltung und Vereinfachung der Reichsverwaltung auf freiheitlicher Grundlage mit weitgehender Selbständigkeit der einzelnen Behörden. Sie fordert die Ausgestaltung des Rechtsschutzes in der Verwaltung und den weiteren Ausbau der Selbstverwaltung in allen Stufen öffentlicher Gemeinschaft. Bei den Verwaltungsgeschäften sind alle Volkskreise zu verantwortlicher Mitarbeit heranzuziehen. Diese Mitarbeit ist eine Ehrenpflicht, für deren Erfüllung nur die tatsächlichen Aufwendungen zu erstatten sind.

In einer unabhängigen, lediglich auf Gesetz und Gerechtigkeit gegründeten Rechtspflege erblickt die Deutsche Volkspartei den Grundpfeiler staatlicher Ordnung. Der Richterstand ist aus dem übrigen Beamtenkörper herauszulösen und vor Einflüssen der jeweiligen Regierung sicherzustellen. An der Unabhängigkeit der Richter ist festzuhalten, ihre Berufung durch Wahl zu verwerfen. Bei schweren Eingriffen in die Rechte des einzelnen muß, auch gegenüber demokratischen Mehrheitsbeschlüssen, die Anrufung des unabhängigen Richters ermöglicht werden. Die Deutsche Volks-

partei erstrebt eine gemeinverständliche Gesetzessprache, eine Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung des Rechtsganges und weitgehende Beteiligung der Laien an der Urteilsfindung. Die Neugestaltung des Strafrechtes und des Prozeßrechtes ist zu beschleunigen. Sondergerichte sind möglichst zu vermeiden.

5. Beamte

Die Deutsche Volkspartei vertritt mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß ein geordnetes Staatswesen für die Lösung seiner Aufgaben eines in der erforderlichen Weise praktisch, theoretisch und wissenschaftlich vorgebildeten Berufsbeamtentums als seines Rückgrates unbedingt bedarf. Zur Erhaltung und Fortentwicklung eines tüchtigen, leistungsfähigen Beamtentums erhebt sie folgende Forderungen:

unkündbare, lebenslängliche Anstellung der Beamten lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und religiöses Bekenntnis, nach kurzer Wartezeit mit Anspruch auf Gehalt, Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge und Urlaub sowie dauernde Sicherung dieser Grundrechte der Beamten durch die Verfassung;

Schutz für den gelehrten Arbeiter, besonders in der Rechtspflege, der Lehrtätigkeit und Seelsorge;

Erleichterung des stufenweisen Aufstiegs für Persönlichkeiten von anerkannter Tüchtigkeit ohne Rücksicht auf die Art der Aneignung der erforderlichen Fachkenntnisse, auf Parteirichtung und Vermögenslage;

Beschränkung der Neubesetzung von Beamtenstellen infolge eines Wechsels der parlamentarischen Regierung auf leitende politische Stellungen und ausreichende, durch Gesetz festzusetzende Entschädigung der aus dem Amte Scheidenden;

Besoldung, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, die der Ausbildung und der Stellung der Beamten entsprechen, den jeweiligen Teuerungsverhältnissen angepaßt sind und mit dem Einkommen gleichartiger Volksschichten im Einklange stehen, sowie eine Neugestaltung des Wohnungsgeldzuschusses mit besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien;

weiteren Ausbau der Beamtenrechte durch ein besonderes Beamtengesetz, welches die völlige politische und außerdienstliche Freiheit und die Mitwirkung an der Gestaltung der Stellung und des Wirkungskreises der Beamten und Beamtenausschüsse und Beamtenkammern und ihrer Fachverbände sicherstellt;

unbedingte Aufrechterhaltung des Staatsbürgerrechts, des Versammlungs-, Vereins- und Vereinigungsrechts und Gewährung des grundsätzlichen Rechts und der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift;

Verbesserung des Dienststrafverfahrens, insbesondere durch Einfügung der Berufung, der Wiederaufnahme und der Besetzung eines Teiles des Gerichtshofes mit Beamten vom Range und dem Dienstzweige des Angeschuldigten;

völlige Gleichstellung der Lehrer und Gemeindebeamten in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht mit den Staatsbeamten.

6. Volkstum und Familie

Die Not der Zeit, die Bedrückung durch unsere Feinde, der Haß und die Verleumdung, die dem deutschen Volke überall begegnen, machen es besonders notwendig, daß es seiner völkischen Eigenart bewußt werde und alle geistigen und sittlichen Werte, die in ihm liegen, herausarbeite. Dazu will die Deutsche Volkspartei nach Kräften mitwirken. Dagegen bekämpft sie alle Zersetzungsbestrebungen, die an die Stelle des Bekenntnisses zum nationalen Staat und zum deutschen Volkstum das Weltbürgertum setzen wollen. Sie verwirft alle Bestrebungen, die unser deutsches Empfinden zurückdrängen wollen zugunsten weltbürgerlicher, uns wesensfremder Auffassungen. Der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Volkes kann nur gelingen, wenn wir zurückkehren zu den alten Grundsätzen von Treue, Ehrlichkeit, Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit im öffentlichen Dienst, in Handel und Wandel. Alle andersgearteten Gesinnungen bekämpft die Deutsche Volkspartei, gleichviel von welcher Seite sie kommen.

Einem auf unser Volkstum und Staatsleben zersetzend wirkenden Einfluß des Großkapitals, wie er bei demokratischer Staatsform zu befürchten ist, muß scharf entgegengetreten werden. Die tiefste Quelle unserer Volkskraft liegt in der deutschen Familie. Je mehr die Schule unter Einflüsse kommt, die dem deutschen Wesen fremd sind, um so kräftigeren Rückhalt muß die Pflege deutscher Geschichte und deutscher Vaterlandsliebe in der Familie finden. Alles, was zum Schutz und zur Stärkung der Familie, insbesondere auch durch Boden-, Wohnungs- und Steuerpolitik getan werden kann, wird durch die Deutsche Volkspartei tatkräftigste Förderung erfahren.

7. Bevölkerungspolitik

Die Volksgesundheit leiblich und sittlich zu pflegen und zu fördern ist der Deutschen Volkspartei ernste Pflicht. Sie will das deutsche Volk deutsch erhalten und bekämpft daher insbesondere die seit der Revolution eingetretene Überflutung Deutschlands durch fremdstämmige Personen. Die Auswanderung von Deutschen gilt ihr als Verlust deutscher Volkskraft und deutschen Volksvermögens. Soweit sie nicht zu verhindern ist, sind die Auswanderer sachgemäß zu beraten und so zu leiten, daß sie ihr Deutschtum und den Zusammenhang mit der Heimat behalten.

8. Auslandsdeutschtum

Für die deutschen Minderheiten in fremden Staaten fordert die Deutsche Volkspartei das Recht auf Wahrung ihres Volkstums. Die Pflege der Kulturgemeinschaft mit den Auslandsdeutschen als den Vertretern des deutschen Gedankens, den Vorkämpfern für die Achtung des gesamten Deutschtums und den Pionieren des deutschen Handels gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Reichs. Insbesondere sollen die gegen ihren Willen von uns losgerissenen Volksgenossen mit dem deutschen Volke geistig fest verbunden bleiben.

9. Frauenfrage

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für die politische, wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter. Sie fordert Zulassung der Frauen zu allen Ämtern und Stellen unter Voraussetzung vollwertiger Vorbildung, die zugleich Vorbedingung zu ihrem Aufstieg bis in die höchsten Stellen wird. Das Wirken der Frau als Mutter und Erzieherin der kommenden Geschlechter, als Leiterin des Hauswesens und als Mitarbeiterin und Mitkämpferin im sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben findet weitgehende Würdigung und Unterstützung bei der Deutschen Volkspartei.

10. Schule und Volksbildung

Die Deutsche Volkspartei fordert die nationale Einheitsschule. Auf einer allgemeinen Grundschule soll sich ein reichgegliederter und vielgestaltiger Aufbau des deutschen Schulwesens erheben, dessen einzelne Teile unter sich eng verbunden sind, so daß sich dem Tüchtigen ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes und des Besitzes vielfache Aufstiegsmöglichkeiten bieten und deutsches Geistesleben sich in seiner ganzen Mannigfaltigkeit entfalten kann. Dabei ist der Zusammenhang mit den Grundlagen deutscher Kultur, insbesondere dem Christentum, zu bewahren. Die Deutsche Volkspartei fordert deshalb auch die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften unter Wahrung voller Gewissensfreiheit.

Bei der Einrichtung der Volksschule ist auf die geschichtliche Entwicklung und auf den Willen der Erziehungsberechtigten Rücksicht zu nehmen. Je nachdem diese es fordern, ist sie simultan oder konfessionell zu gestalten. Das höhere Schulwesen ist unter Berücksichtigung der neueren Bildungsaufgaben im Anschluß an die geschichtlich gewordenen Formen zu entwickeln. In diesen Aufbau des nationalen Bildungswesens sind alle Fach- und Fortbildungsschulen einzugliedern.

Den privaten Schulen ist unter staatlicher Aufsicht freie Betätigung zu gewährleisten.

Einschließlich des Besuches der Berufs- und Fortbildungsschulen dauert die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Das gesamte Schulwesen steht unter staatlicher Aufsicht, die von Fachleuten ausgeübt wird. In allen Schulen soll ein Geist der Freiheit, der Arbeitsfreude und der Selbstverantwortlichkeit walten, soll den Lehrern und Eltern ein Mitbestimmungsrecht gewährt und die Gewissensfreiheit geachtet, zugleich aber die nationale Bildungseinheit und das nationale Bildungsziel gesichert werden. Staatsbürgerliche Gesinnung zu erwecken, echte Vaterlandsliebe und den Stolz auf die geschichtliche Größe des deutschen Volkes zu pflegen ist eine der höchsten Aufgaben aller deutschen Schulen.

Die Lehrerbildung ist aus ihrer Sonderstellung zu lösen und in den großen Zusammenhang des gesamten nationalen Bildungs- und Erziehungswesens einzufügen. Den Abschluß der verschiedenen Bildungswege sollen mannigfache Arten von Hochschulen bilden, zu deren Besuch ein entsprechender Befähigungsnachweis Vorbedingung ist. Die deutschen Hochschulen stehen in erster Linie Studierenden deut-

scher Abstammung und deutscher Muttersprache offen. Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Erforscher und Lehrer muß gewährleistet bleiben, eine ausreichende wirtschaftliche Sicherstellung für alle Diener der Wissenschaft und soziale Fürsorge für die Studenten durchgeführt werden. Der innere Aufbau der Hochschulen ist unter verantwortlicher Mitwirkung der akademischen Körperschaften und Vertretungen auszugestalten.

Volkshochschulen und Hochschulkurse sind mit dem Ziel vertiefter Herzens- und Verstandesbildung auf der Grundlage deutscher Volks- und Stammensart einzurichten. Bildungs- und Unterhaltungseinrichtungen (Volksheime, Volksbüchereien, Sammlungen, Lichtbild-, literarische und musikalische Darbietungen) sollen unter Verwendung öffentlicher Mittel mehr als bisher in den Dienst der Veredlung, der Erholung und Geselligkeit gestellt werden.

11. Jugendpflege

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für einen tatkräftigen Ausbau der Jugendpflege unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft. Alles, was zur körperlichen, geistigen und sittlichen Ertüchtigung der Jugend dient, ist nachdrücklich zu fördern. Die öffentlichen Fürsorgemaßnahmen und die private Wohltätigkeit für die Jugend sind, insbesondere durch gesetzliche Einführung von Jugendämtern, auszubauen und miteinander zu verbinden.

12. Religion und Kirche

Die Deutsche Volkspartei verlangt Gewissensfreiheit und Selbstverantwortlichkeit in allen religiösen und kirchlichen Angelegenheiten. Sie sieht im Christentum einen Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens. Sie erstrebt eine verständnisvolle Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften mit dem Staate im Dienste der Volkserziehung sowie der Milderung der konfessionellen Gegensätze durch gegenseitiges Verständnis und einträchtiges Zusammenarbeiten im öffentlichen Leben.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für volle Freiheit und Selbstverwaltung aller religiösen Gemeinschaften. Die Kirchen sollen, frei von staatlicher Bevormundung, ihre bisherige Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts, einschließlich des Rechts zur Besteuerung ihrer Mitglieder, behalten. Anderen Religionsgemeinschaften ist die Möglichkeit zu verschaffen, durch staatliche Anerkennung dieselben Rechte zu erwerben. Die Verpflichtungen des Staates sollen durch Gesetz in einer den Lebensbedingungen der Kirche entsprechenden Form allmählich abgelöst werden. Für den Fortbestand der theologischen Fakultäten, der Seelsorge in Heer und Marine, in öffentlichen Krankenhäusern und Gefängnissen sind auch ferner staatliche Mittel bereitzustellen.

13. Kunst, Literatur und Presse

Die Deutsche Volkspartei erkennt an, daß allen in der Kunst und Literatur um Geltung ringenden Strömungen das Recht auf freie Entfaltung zukommt; ihre besondere Förderung wird sie aber denjenigen Bestrebungen widmen, die deutsches Wesen und deutsches Empfinden künstlerisch darstellen wollen. Die Kunststätten und künstlerischen Bestrebungen in den mittleren und kleineren Orten sind besonders zu pflegen. Die Freiheit der Presse ist zu gewährleisten, Schmutz in Wort und Bild aber zu unterdrücken und durch Pflege guter Kunst und Literatur zu verdrängen. Die Presse ist als berufene Vertreterin der Öffentlichkeit anzuerkennen; der Bürger ist vor ungerechtfertigten Angriffen der Presse gegen sein häusliches Leben und seine persönlichen Rechte zu schützen. Der Zeugniszwang gegen die Presse ist zu beseitigen.

II. Von der Volkswirtschaft

14. Wirtschaftsordnung

Die Deutsche Volkspartei fordert für jeden Staatsbürger das Recht der freien Entfaltung seiner Kräfte. Das Streben nach Gewinn muß aber bei dem einzelnen seine sittlichen Schranken finden in der Rücksichtnahme auf das Wohl und die Bedürfnisse der übrigen Volksgenossen.

Die Deutsche Volkspartei hält fest an dem Recht auf Privateigentum und dem gesetzlichen Erbrecht der engeren Familie. Der Besitz ist als anvertrautes Gut zu behandeln, das zu fruchtbarem Schaffen verpflichtet; dies gilt in erhöhtem Maße vom ererbten Gute.

Bei der Überführung von wirtschaftlichen Unternehmungen in die öffentliche Hand, die nur gegen Entschädigung erfolgen darf, wird die Deutsche Volkspartei unter der Voraussetzung mitwirken, daß wesentliche Vorteile für die Allgemeinheit dauernd gewährleistet sind. Im allgemeinen wird eine Beteiligung des Staates an freien Betrieben den Vorzug verdienen. Dem Genossenschaftswesen in Stadt und Land wird die Deutsche Volkspartei sachgemäße Förderung zuteil werden lassen.

15. Arbeitsgemeinschaft

Die Deutsche Volkspartei sieht die Lösung der sozialen Frage nicht in äußeren Formen des Wirtschaftslebens, die mit erhöhtem Zwang nur seine Leistungsfähigkeit mindern, sondern in der innerlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen und der sittlichen Überwindung aller Gegensätze zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen, zwischen Stadt und Land, Unternehmern und Mitarbeitern. Eine Sozialisierung der deutschen Wirtschaft verwirft sie; der Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Forderungen der einzelnen Berufsgruppen ist auf dem Wege gütlicher oder schiedsgerichtlicher Einigung herbeizuführen.

Der Glaube, daß eine Volksklasse nur für die andere arbeite, muß nicht nur wie bisher durch soziale Fürsorge, sondern vor allem durch ein enges Zusammenwirken zwischen dem Arbeitgeber und seinen Werksangehörigen widerlegt werden. Freigewählte Vertrauensleute der Arbeiter und Angestellten sollen nach Maßgabe der Gesetze und allgemeinen Vereinbarungen gemeinsam mit dem Unternehmer die den Arbeitsdienst und die Arbeiterwohlfahrt betreffenden Fragen lösen. Die geschäftliche und technische Leitung der Betriebe bleibt der Verantwortlichkeit der Unternehmer überlassen.

Dem berechtigten Verlangen der Arbeiter und Angestellten, verantwortlich an der Regelung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mitzuwirken, ist Rechnung zu tragen. Dieses Ziel will die Deutsche Volkspartei durch eine von den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragene Arbeitsgemeinschaft erreichen. In freier und unbefangener Gemeinschaftsarbeit soll sich so auf dem Boden der Gleichberechtigung zwischen den Unternehmern und ihren Mitarbeitern eine berufsständische Vertretung aller schaffenden Arbeit bis hinauf zum Reichswirtschaftsrat aufbauen.

16. Angestellte und Arbeiter

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter müssen durch verständnisvolles Zusammenwirken aller Beteiligten neugestaltet werden. Hierbei ist auf freie verantwortliche Betätigung der einzelnen und auf Würdigung der Persönlichkeit nach ihrem besonderen Wert und ihren Leistungen hinzuwirken.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für gesetzliche Gewährleistung des Koalitionsrechtes und der Koalitionsfreiheit, insbesondere für Schutz der gewerkschaftlichen und politischen Überzeugung des einzelnen Arbeitnehmers, sowie für Anerkennung der Berufsverbände, für Schaffung eines zeitgemäßen Arbeiter- und Staatsarbeiterrechts und den Ausbau des Angestelltenrechts unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Angestelltengruppen. Den besonderen Verhältnissen der Landarbeiter, Handwerksgehilfen und Hausangestellten ist Rechnung zu tragen. Die Deutsche Volkspartei fordert Erweiterung der sozialen Fürsorge auf allen Gebieten. Internationale Durchführung der sozialen Versicherungs- und Schutzgesetze ist daher ein dringendes Erfordernis.

17. Freie Berufe

Die Deutsche Volkspartei tritt für Erhaltung und Schutz der freien Berufe (Ärzte, Apotheker, Anwälte, Techniker, Schriftsteller usw.) ein. Sie verwirft eine Sozialisierung dieser Berufe und eine Bestallung ihrer Angehörigen zu Beamten. Die wirtschaftlichen Bestrebungen der Berufsverbände sollen staatliche Förderung finden. Das Recht am geistigen Eigentum ist zu erweitern.

18. Landwirtschaft

In einer blühenden Landwirtschaft und einem kräftigen, selbstbewußten Bauernstand sieht die Deutsche Volkspartei die wichtigste Grundlage deutscher Volkskraft. Durch planmäßige Pflege aller Zweige der Landwirtschaft ist die Hebung der Erzeugung und damit die Unabhängigkeit unserer Volksernährung vom Auslande anzustreben. Die Viehzucht bedarf ganz besonderer Förderung. Die restlose Ausnützung aller zur Fischzucht geeigneten Gewässer ist geboten. Durch die Wirkungen des Weltmarktes darf die deutsche Landwirtschaft in ihrem Bestande nicht gefährdet werden; hiervor ist sie durch Schutzzölle ausreichend zu sichern.

Durch eine großzügige Innensiedlung ist eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz unter Vermehrung der selbständigen Bauernstellen und der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu erstreben. Der Aufstieg zu wirtschaftlicher Selbständigkeit ist, namentlich bei den Landarbeitern, planmäßig zu fördern. Die Zusammenlegung zersplitterten Besitzes und die Durchführung von Bodenverbesserungen ist erheblich zu erleichtern. Die landwirtschaftlichen Fideikommisse in der seitherigen Form und Ausdehnung müssen wegfallen. Häufung von Gütern und Pachtungen in einer Hand ist zu verwerfen.

Das Handwerk auf dem Lande ist zu neuer Blüte zu erwecken, das Verkehrswesen auszubauen. Das Schulwesen auf dem Lande muß nachdrücklichst gehoben werden. Landwirtschaftliche Fachschulen dürfen nirgends fehlen. Versuchs- und Musterwirtschaften sollen die kleineren und mittleren Besitzer zu gesteigerten Leistungen ermuntern und Berufsfreude und Berufsstolz in ihnen erhöhen.

Die hohe Bedeutung der Landfrau innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes, bei dem Ausgleich sozialer Gegensätze im Dorfe und in der Förderung ländlicher Kultur ist vollauf zu werten. Zur Wiederbevölkerung des Landes ist das Landleben nicht nur an Bildungsmöglichkeiten, sondern auch an würdiger Unterhaltung reicher auszugestalten. Das Dorf muß ein Kulturmittelpunkt werden. Durch soziale Hebung der ländlichen Unterschichten ist ein Rückstrom der vom Lande stammenden städtischen Bevölkerung mit allen Mitteln zu fördern. Volksfremde Arbeitskräfte sind so bald als möglich durch einheimische zu ersetzen.

19. Industrie

Um dem deutschen Volke Unterhalt zu schaffen, bedarf es des erneuten Aufschwungs der Industrie. Was von Staats wegen zu ihrer Förderung geschehen kann, insbesondere durch wissenschaftliche Forschungs- und Bildungsangelegenheiten, Ausgestaltung der gewerblichen Schutzrechte (Patente usw.), gesetzliche und verwaltungsmäßige Erleichterung der Begründung und Führung industrieller Betriebe (Konzessionsverfahren, Wasserrecht, Elektrizitätsrecht, Gestaltung der Verkehrsgebühren usw.), wird die Unterstützung der Deutschen Volkspartei finden. Die Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik muß auf die Lebensnotwendigkeiten und die gesunde Entwicklung der Industrie sorgfältige Rücksicht nehmen. Eine gut gelohnte, geistig hochstehende Arbeiterschaft wird die wertvollste Mithelferin der Industrie sein.

20. Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe

Die Deutsche Volkspartei würdigt den bedeutsamen nationalen und wirtschaftlichen Wert eines selbständigen Mittelstandes und sieht im selbständigen Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe dringend erhaltenswerte, der Landwirtschaft, der Industrie und dem Großhandel gleichberechtigte Erwerbsstände, deren Lebensfähigkeit zu sichern und zu fördern ist. Sie erblickt daher eine ihrer vornehmsten Aufgaben darin, die Wiederaufrichtung des gewerblichen Mittelstandes in Stadt und Land mit allen Kräften zu betreiben.

Die berufsständischen Verbände sind bei der Lösung aller den gewerblichen Mittelstand betreffenden Fragen heranzuziehen und in den Reichswirtschaftsrat einzugliedern. Durch Vermittlung der Berufsverbände und Genossenschaften sind den Mittelstandsbetrieben Waren und Rohstoffe in ausreichendem Maße zuzuführen und ihnen der erforderliche Kredit unter günstigen Zins- und Rückzahlungsbedingungen zu verschaffen.

Reich, Staat und Gemeinden sollen durch schleunige Vergebung aller notwendigen Arbeiten Arbeitsgelegenheiten schaffen. Dabei muß den Mißständen des Verdingungswesens dadurch ein Ende bereitet werden, daß alle öffentlichen Arbeiten nur zu angemessenen Preisen, die im Einvernehmen mit den Berufsverbänden festzulegen sind, vergeben werden. Die Kommunalisierung der Betriebe des Mittelstandes lehnt die Deutsche Volkspartei ab. Eine Bevorzugung der Konsumvereine und anderer Wirtschaftsgemeinden zuungunsten des gewerblichen Mittelstandes hat zu unterbleiben. Die berufliche und wirtschaftliche Ausbildung der Handwerker und Gewerbetreibenden ist zu fördern. An der Werkstattlehre ist festzuhalten. Der Lehr- und Stundenplan der Fachschulen ist unter Mitwirkung der Berufsverbände aufzustellen.

21. Handel und Schiffahrt; Kolonien

In Anerkennung der hohen Bedeutung des Bank- und Versicherungswesens, des Handels und der Schiffahrt für unsere gesamte Volkswirtschaft wird die Deutsche Volkspartei ihnen mit allen Mitteln behilflich sein, die frühere Weltgeltung wieder zu erringen. Lästige Fesseln müssen [von] ihnen ferngehalten werden. Den Wiederaufbau der Handelsflotte hat das Reich mit Nachdruck zu fördern. Für die durch die Auslieferung der Handelsflotte schwer getroffene seemännische Besatzung zu sorgen, ist Ehrenpflicht des Reiches. Der Ausbau der deutschen Seehäfen mit Mitteln des Reiches ist erforderlich, um sie im Wettbewerb mit den ausländischen Häfen lebensfähig zu erhalten. Auch die Seefischerei bedarf seiner Unterstützung.

Die Deutsche Volkspartei wird alles daransetzen, um für Deutschland ein seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechendes Kolonialland wiederzuerlangen.

22. Verkehrswesen

Eisenbahnen, natürliche und künstliche Wasserstraßen bilden die Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft und damit auch eine Voraussetzung für geordnete politische Zustände. Die Staatseisenbahnen sind auf das Reich zu überführen. Sie sind zu einer sich selbst verwaltenden Anstalt zusammenzuschließen, welche unabhängig von den Finanzen des Reichs die deutsche Volkswirtschaft zu fördern hat. Ihre Einnahmen müssen die Verzinsung und Abschreibung der Anlagekosten ermöglichen.

Auch die Förderung der Schiffahrt auf den natürlichen Wasserstraßen, der Bau und die Pflege eines ausgedehnten Kanalnetzes und der maschinelle Betrieb auf ihm muß Aufgabe des Reiches sein. Bei Ausnutzung der Wasserstraßen dürfen der privaten Unternehmungslust nur insoweit Schranken gesetzt und Lasten auferlegt werden, als dies zur Deckung der Auslagen des Reiches und zur Regelung des Verkehrs geboten ist.

23. Bodenpolitik und Wohnungswesen

Der heimatliche Boden ist unter ein Recht zu stellen, das ihn dem deutschen Volke sichert und seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert, das jeden Mißbrauch ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, der Allgemeinheit nutzbar macht. Alle deutschen Familien, insbesondere die kinderreichen, sollen möglichst eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte erhalten.

In Stadt und Land ist eine von sozialem und technischem Verständnis geleitete Wohnungsaufsicht durchzuführen, der Ausgleich der Gegensätze zwischen Vermieter und Mieter durch verständnisvolle Rücksichtnahme aufeinander ist anzustreben.

Der Bedarf an neuen Wohnungen ist rechtzeitig zu sichern. Hierbei muß vor allem die private Bautätigkeit gefördert werden. Reich und Staat haben durch sachgemäße Ordnung des Kreditwesens und der Bewirtschaftung der Baustoffe, sowie durch Verbesserung des öffentlichen Verkehrswesens helfend einzugreifen. Baubereiter Boden ist überall dort, wo er zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung steht, mit Hilfe von Vorkaufs- und Enteignungsrechten zu beschaffen. Die Baupolizeivorschriften müssen von lästigen Fesseln befreit, aber von sozialem Geist getragen sein. Für Wohnbauten ist eine weiträumige, niedrige und gesunde Bauweise zu erstreben und durch Schaffung schneller Verkehrsverbindungen von den gewerblichen Mittelpunkten in ihre weitere Umgebung zu ermöglichen. In der städtischen Bevölkerung, insbesondere in der großstädtischen Jugend, muß die Liebe zum Heimatboden wieder geweckt werden. Kleingartenbau und Kleintierzucht sind zu fördern.

24. Kriegsschäden

Weitgehende Fürsorge für alle Krieger, insbesondere für die Kriegsbeschädigten, sowie für die Hinterbliebenen, unter Berücksichtigung ihrer früheren Lebenshaltung, ist selbstverständliche Ehrenpflicht des Reiches. Die Deutsche Volkspartei verlangt

eine großzügige und weitherzige Fürsorge für die Bewohner des vom Feinde besetzten Gebiets und für die deutschen Rückwanderer. Sie wird volle Schadloshaltung der Bewohner des besetzten Gebietes für die ihnen durch Maßnahmen der Feinde zugefügten Verluste erstreben.

25. Finanzen und Steuern

Ehrlichkeit, Ordnung und Sparsamkeit müssen in den öffentlichen Haushalten wieder zur Geltung kommen. Nur so kann die Gesundung der Finanzen des Reiches wieder herbeigeführt werden. Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden müssen pfleglich und nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden. Auch Unternehmungen in öffentlicher Hand, die in erster Linie zur Förderung der Gesamtwirtschaft bestimmt sind, müssen möglichst nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung bewirtschaftet werden.

Einkommen und Vermögen sind nach der Leistungsfähigkeit zu den Staatslasten heranzuziehen. Das Arbeitseinkommen ist dem Einkommen aus Vermögen gegenüber zu bevorzugen. Der Familienstand ist zu berücksichtigen; die für die Volkskraft wichtigen Mittelschichten müssen vor einem Herabsinken bewahrt werden. Steuern auf den Verbrauch, den Aufwand und den Verkehr der breiten Massen werden nicht zu vermeiden sein. An die Stelle entfernter Verwandter soll als gesetzlicher Erbe der Staat treten. Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind rücksichtslos zu bekämpfen.

Die Zusage an die Zeichner der Kriegsanleihen ist einzulösen. Der gewaltige Steuerbedarf des Reiches rechtfertigt es, daß das Steuersystem nach dessen Bedürfnissen ausgestaltet wird; es muß aber den Ländern und Selbstverwaltungskörpern so viel finanzielle Freiheit gelassen werden, daß diese die ihnen obliegenden Aufgaben, insbesondere wirtschaftlicher und kultureller Art, auch fernerhin erfüllen können.

Nach diesen Zielen strebt die Deutsche Volkspartei. Sie will den Sammelpunkt bilden für die weiten Kreise unseres Volkes, die entschieden national, liberal und sozial empfinden. Sie weiß, daß mit solcher Gesinnung der Weg gefunden werden wird, der aus dem Dunkel der Gegenwart wieder hinaufführt in eine lichtere Zukunft.

Bei aller Not – dennoch vorwärts!

Register

Vorbemerkung

Das Sach-, Orts- und Personenregister wurde von Ludwig Richter unter Mitarbeit von Carolin Lau erstellt.

Nicht aufgenommen wurde der Name Gustav Stresemann. Mit einem * gekennzeichnete Seitenzahlen verweisen auf die Einleitung.

Abegg, Wilhelm *355*
Abrüstung 606, 1150, 1164–1166, 1186, 1187, 1203
Adams, Otto *392*, 490
Adenauer, Konrad *769*
Afrika 729
Ägypten 203
Aktien 719
Alba, Fernando *614*
Albert, Heinrich *353*, 356, 373, 382
Albrecht, Helmuth 313, *340*, 749, 773 f., 833–835, 869, 919, 1093, 1150, 1240, 1247 f.
Alldeutscher Verband 557 f., 619
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund s. *Gewerkschaften*
Allix 502
Amnestie 356, 505, 571, 1227
Anding, Berthold 299, 360
Andres 23*
Angestellte *s. Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Angestelltenausschuß, Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten- und Mittelstandsfragen; Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband*
Anleihen
– Auslandsanleihen 484, 503 f., 513
  – Dawes-Anleihe 573, 576
  – Kreuger-Anleihe 899
– Inlandsanleihen
  – Kreditaktion der Industrie 433, 435, 440
  – Kommunalanleihen 593
  – Zwangsanleihe 344, 357, 403
  s. a. *Devisen; Finanz- und Steuerpolitik; Gemeinden; Reparationen; Währung*
Antisemitismus 189 f., 217–219, 289, 389, 449
  s. a. *Juden, Judenfrage*
Appenweier 570
Arbeiter 395, 411, 452, 589
  s. a. *Gewerkschaften; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Arbeiterausschuß; Deutsche Volkspartei, Industrie, Industrieverbände; Parteimitglieder; Löhne; Preise; Reichsverband der Deutschen Industrie; Tarifauseinandersetzungen*
Arbeitsausschuß Deutscher Verbände 417
Arbeitslose, Arbeitslosigkeit 478, 527, 946, 1010, 1022, 1024, 1032, 1037, 1046, 1134, 1181
– Arbeitsbeschaffungsprogramm 1234 f., 1243, 1245
– Arbeitsdienstpflicht 965
– Arbeitslosenversicherung 749, 836, 858, 888, 890 f., 904 f., 911, 917 f., 922, 937, 940–942, 945, 948 f., 952, 955–957, 987 f., 1003, 1010 f., 1037, 1039, 1062, 1132, 1134, 1199
– Wohlfahrtsunterstützung 1170
Arbeitszeit 480, 484, 515, 718
  s. a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Löhne; Reichsverband der Deutschen Industrie; Tarifauseinandersetzungen; Wirtschaftspolitik*
Arendt, Otto 286
Arndt, Ernst Moritz *781*
Arnstadt, Albert 235
Arpt, Gerhart 1187
Aßmann, Julius *52*, 66
Ausfuhr s. *Handelspolitik*
Auslandsdeutsche 178, 678
  s. a. *Verein für das Deutschtum im Ausland; Volksbund für das Deutschtum im Ausland*
Auswanderung 133

Bach, Alfred 302, 443, 1092
Backhaus, Alexander *21*, 129, 133, 151, 185, 359
Backhaus, Wilhelm 153
Backheuer, Gustav 20, 23, 31, 44–46, 52, 70, 234, 241, 280
Bad Berka 699, 708
Baden 176, 254, 408, 434, 733, 1116 f., 1228
Baden, Max von 244
Baeckler, Max 44*, 16, 73
Bagamojo 730 f.
Bagge, Heinrich 867, 943
Baldwin, Stanley 576
Baltrusch, Friedrich 26*, 15
Bang, Paul *557*
Banken 364, 500, 552
– Bankgesetz 502
– Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 973, 898, 1163 f.

- Bank von England s. *Großbritannien*
- Bank von Frankreich s. *Frankreich*
- Darmstädter- und Nationalbank 1246
- Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt 479
- Dillon Read & Co. (New York) 885, 894
- Dresdner Bank 1246
- Röchling Bank 7
- Sächsische Bodenkreditbank 36

Barth, Emil *248*
Barth, Erwin *259*
Barthou, Louis *721*
Bartels 14*, 249, 674
Bartling, Eduard 27*, *4*, 6f.
Bauer, Gustav 161, 211f., 234, 243, *241*, 263, 265, 315, 367
Bauer, Heinrich 591
Bauer, Otto 134
Bauer, Max *185*, 260, 273f.
Baum, Erwin 961, 1035
Bassermann, Ernst *6*, 31f., 84, 462, 469, 558, 874, 1254
Bassermann, Julie *48*, 67, 139, 148, 152, 169, 177, 192, 286, 343, 360, 389
Bayer, Friedrich 1187, 1205
Bayerische Volkspartei 119, 312, 450, 531, 553, 741
Bayern 125, 254, 261, 271, 299, 335, 358, 396, 408, 449–451, 457, 476, 478f., 481f., 485, 510, 530f., 689, 964
Bazille, Wilhelm 1202
Beamte 98–100, 128, 178, 181, 214, 397, 455f., 464, 690–694, 697, 710, 715, 806, 968f., 1111, 1124, 1196
- Besoldung 403f., 540f., 731, 737, 889, 948, 973f., 1024f., 1025, 1039, 1041, 1044, 1050, 1247

Beamtenorganisationen
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund 264, 450
- Deutscher Beamtenbund 183
- Reichsbund der höheren Beamten 986

Bebel, August *80*, 85
Bechly, Hans 26*, *183*f., 359, 429, 491, 580, 650, 743, 1014f., 1019, 1045, 1112, 1124, 1216
Becker, Carl Friedrich 1152
Becker, Erich 786, 943
Becker, Franz 591, *673*, 700, 1200
Becker, Friedrich *49*, 68, 139, 148, 152, 169, 209, 221, 232, 280, 288, 279
Becker, Johann Baptist *32*, 37–40, 89, 122, 138, 142, 147f., 196, 209, 221, 250, 273, 280, 286, 308, 321, 326, 333, 338–340, 342f., 347, 359, 380, 388f., 397, 403, 419, 422, 437, 458, 487, 490, 492, 525, 528, 559, 561–563, 565–567, 581, 913, 929, 1091–1093, 1252, 1255
Becker, Rudolf 360
Becker (Magdeburg) 590
Becker (Oberlandesgerichtspräsident) 959
Becker (Frankenthal) 360
Beckler, Hans 19
Beeres 1187, 1205
Behm, Margarete 217
Behncke 742
Behrens, Franz *79*, 1036
Belgien 298, 325, 461, 472, 478, 598, 601, 622, 666, 706, 721, 850f., 853f.
Bell, Johannes 152
Bellmann 1133
Benarke 65
Benecke, Wilhelm *109*, 197f., 201, 221, 280, 360, 380, 387f., 397, 399, 402, 404, 416f., 419, 431, 436, 443
Benesch, Eduard *607*
Bennigsen, Rudolf von *34*, 46, 558, 584, 702, 717, 726f., 759, 874, 1213f., 1254
Benthin (Generalsekretär) 643
Berck, Ludwig *130*
Berger, Herbert von *271*
Berger, Wolfgang 807
Berlin 18, 70, 76, 100, 253, 257, 261, 267, 270, 275, 278f., 281, 283, 302, 327, 391, 421, 433, 451f., 505, 762, 781, 888, 895, 897, 956, 958, 970, 1001, 1004, 1007, 1023, 1035, 1039, 1044, 1048, 1068, 1106, 1160, 1171, 1177, 1218, 1250
Berliner Verkehrsgesellschaft 1048
s. a. *Tarifauseinandersetzungen*
Bern 377
Bernstorff, Johann Heinrich Graf von 1187
Bernays, Marie 360
Bernhard, Georg 16*, *213*, 308
Bernhard, Henry 46*, 281, 658, 774, 833, 837
Berthelot, Philippe 632

Bertram 153
Besatzungspolitik 439, 499, 507–509, 612f.
Besetztes Gebiet 474–480, 500, 507–509, 514, 524, 531f., 534, 564, 570–573, 613, 639, 662–665, 681, 850
– Räumung der ersten Zone 572f., 614, 621
– Räumung der zweiten und dritten Zone 634f., 661, 682, 689, 847, 864f., 931
– Paßzwang 461f., 571
s.a. *Amnestie; Friedensvertrag von Versailles; Rheinland; Ruhrgebiet; Thoiry*
Best, Georg *592*f.
Bethmann Hollweg, Theobald von *83*, 162, 347
Bethusy-Huc 12*
Betriebsräte 91, 110, 395, 756
-Betriebsrätegesetz 199f., 207
s.a. *Reichswirtschaftsrat*
Beuermann, August 184, 241, 247, 251, 256, 280, 288, 332, 369, 386, 583
Beuthen 1220
Beythien, Heinrich *185*f., 288, 340, 459, 488, 492, 568, 581, 649, 743, 758, 760, 1019, 1091–1094, 1130
Bickes, Theodor 280f., *379f.*, 388, 404, 416, 419, 431, 435f., 485, 952, 1125
Bienvenu, Jean 501
Bielefeld 742, 1083
Binge, Theodor 1094
Bismarck, Otto von 77, 88, 93, 109, 182, 237, 285, 449, 665, 686, 723, 818, 918, 967, 1167, 1213, 1221, 1254
Bissing, Moritz Ferdinand Freiherr von 68
Bissing, Wilhelm Moritz Freiherr von 68, 70
Blankenburg, Wilhelm 23*
Blos, Wilhelm 251
Blüher, Bernhard *48*, 68, 139, 148, 152, 168f., 179, 193, 209, 343, 360, 380, 397, 404, 411, 750, 803, 805, 807, 817, 835
Blum 183f.
Blum, Léon *553*
Blunck, Andreas 250
Bockamp, Karl 742, *788*, 836, 1077, 1081
Böckelmann 450
Böhm, Theodor 280, 836, 979, 1069, 1075, 1077, 1081, 1091f., 1205, 1241, 1248
Böhm, Willy *698*, 708, *805*
Böhme, Karl *581*
Boelitz, Otto *52*, 68, 360, 441–443, 446, 457, 464, 517, 522, 589, 617, 738, 779, 1090
Boerschmann, Ernst *298*, 360, 380, 383, 388, 390, 397, 404, 414, 418
Böttger, Hugo 1090, *1126*
Bolz, Eugen 1087, 1116
Bollert, Gerhard 23*, 26*f., *76*
Bolschewismus 95, 107, 203, 260, 266, 275, 277f., 279f., 284, 291f., 297, 300, 317, 323, 328, 330, 333, 349, 383, 411, 451, 722, 931, 1002, 1103, 1112, 1124, 1190, 1250
s.a. *KPD; Marxismus; USPD*
Boncour, Paul 501
Bonn, Moritz Julius *332*, 334, 342, 353–357
Borckemeyer 590
Bornemann, Otto 658, 1068
Borsig, Ernst von 974
Botschafterkonferenz, alliierte 534
s.a. *Besetztes Gebiet; Friedensvertrag von Versailles; Rheinland, Rheinlandkommission*
Brackmann, Albert 196, *197*
Brandenstein, Karl Freiherr von 679
Brandes, Alwin 732, 836
Brandi, Ernst 735
Brandi, Karl *48*, 68, 138f., 145, 152f., 155, 167–170, 173, 179, 187, 196, 201, 303, 309, 311, 343, 360, 380, 404, 416–418, 485
Braun, Otto 234, 301, 320, *409*f., 441f., 465, 517, 590, 746, 763f., 775–780, 785, 814f., 960, 964, 1012, 1094, 1124, 1156, 1182, 1229
Brauns, Heinrich 368, 406, 480, *635*f., 1138
Braunschweig 124, 1139f., 1152
Bredereck, Paul 9, 249
Bredt, Johann Viktor 1141
Breitscheid, Rudolf 868f., *907*, 911, 923, 1133
Bremen 124, 836, 1172
Breslau 221, 421, 445, 467, 946
Bretschneider, Friedrich 393, *492*, 743

Briand, Aristide *427*, 439, 597f., 600, 602f., 610, 613, 621, 635, 644, 661f., 704–706, 720f., 724f., 730, 844, 849f., 852–854, 1165
Bricker 391
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf 37, *84*, 103, 162f., 336, 358, 363
Brökelchen-Kemper, Else 1205
Brückner 658f.
Brües, Otto 17*f., 20*f., 25*, 20f., 135, 192, 360, 420
Brüggemann, Heinrich 491, 580, 743
Brüning, Heinrich 588, *715*, 937, 954, 956, 958–960, 968, 975, 977, 984–986, 992, 998, 1056, 1062, 1012f., 1018, 1025f., 1033, 1048, 1055, 1062–1064, 1086, 1096, 1101–1103, 1131–1135, 1138, 1141, 1143, 1150f., 1153, 1157, 1160, 1164, 1171, 1181–1183, 1185, 1189, 1199–1201, 1205–1207, 1230
Brüninghaus, Franz Willi *169*f., 173, 177, 179, 193, 198, 286, 313, 333, 337, 343, 346, 356f., 380f., 386f., 404, 416, 418f., 436f., 443, 594, 760, 975, 1014, 1019, 1091, 1094
Brüser (Reichsgeschäftsstelle) 34*, 148, 150, 152f., 169, 173, 179, 196, 199, 221, 251, 303, 380, 397
Buchholz 1093
Buchhorn, Josef *834*, 1052
Buck, Wilhelm 410
Büchting 249
Bülow, Bernhard von *202*, 358, 390, 470
Bünger, Kornelie 876
Bünger, Wilhelm *300* , 457f., 659, 803, 951, 961, 1029
Bürgerkrieg 274f., 283, 302, 449, 462f., 527
Bürgerräte 107f., 132f., 357f.
s. a. *Räte, Rätesystem*
Büsch, Friedrich 1258
Büttemeyer, Karl 391
Brune (Generalsekretär) 195, 280, 360, 491, 581, 743
Buhl, Franz Armand *6*, 491, 580
Bulgarien 725
Bund Deutscher Werkvereine s. *Deutscher Arbeiterbund*
Bund Königin Luise 860
Bund der Landwirte 205
Burger, Friedrich *298*, 443, 446, 460, 476, 487f., 530, 638, 735, 742, 760, 761, 836, 876, 880, 959, 1071, 1073, 1091f., 1107f., 1123
Burlage, Eduard 257, *263*f., 276, 344

Caillaux, Joseph *637*, 720f.
Carlsson, Wilhelm 360, 380, 388, 404, 431, 436, *457*, 460, 475
Campe, Rudolf von 28*, *4*, *7*, 280, 300, 369, 419, 431, 437, 443, 453, 460, 474, 486, 488, 492, 513, 520, 522, 528, 556, 561, 563, 565f., 580, 589, 591, 596, 654, 735, 737, 760
Chamberlain, Austen *598*, 616, 625, 632f., 722f., 736, 741, 742, 845
Chapeaurouge, Paul de 420, 443, 475, 490f., *829*, 1035
Chile 666
China 666, 729, 851, 1171
Carbe, Martin 12*, *74*
Carl, Friedrich *382*f.
Caspari, Wilhelm 13, 397, 690, 694, 697, 710, 880, 1021, 1043, 1049, 1127, 1187, 1205
Casselmann, Leopold von *360*, 396
Christlich-Soziale Partei 97
Cassirer, Hugo 12*
Chemnitz 256
Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft 934
Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 934, 1061, 1081, 1125
Christlich-Soziale Reichsvereinigung 1036
Christlich-Sozialer Volksdienst 934, 1036
Class, Heinrich 558
Cleinow, Georg 26*, *24*, 249, 360, 395
Clemenceau, George 182, *664*, 850
Cohen-Reuß, Max 91
Coolidge, Calvin 576
Cramm, Friedrich 869
Cremer, Carl *21*, 23–27, 48f., 63, 65, 68, 107, 137f., 184, 193, 201, 210, 220f., 226, 229–231, 251f., 255, 280, 286f., 289, 303, 305, 307–309, 313, 322, 329f., 333f., 338f., 341–343, 349, 360, 380, 389, 397, 400f., 404, 411, 416–418, 431f., 435, 486, 492, 581, 584, 736, 738, 742, 743, 760, 866, 869, 884, 916, 918f.,

959, 981, 1031–1033, 1035, 1038, 1082, 1091, 1144, 1147, 1216
Crispien, Arthur *921*
Crone-Münzebrock, August *186*
Cronjäger 13, 15, 221
Cuno, Wilhelm *458–460*, 468f., 475, 498, 503, 845, 1048
Curtius, Julius *39*, 42f., 48, 51, 54, 62f., 72f., 119f., 123, 145, 150, 169–173, 175f., 184, 201, 280, *287–289*, 299, 303f., 306, 335, 337, 342f., 353f., 360, 379f., 397, 404, 434, 476, 488, 492, 543, 581, 588, 652, 707, 712f., 714, 717, 726, 728, 731–733, 743f., 749, 752, 756–759, 763, 771, 776, 778–780, 792, 795f., 815, 823, 835f., 863–865, 868f., 873, 884f., 890, 892, 894, 896–898, 900, 904, 906, 915f., 920, 922, 924f., 932, 937, 943, 952, 956, 965, 970, 972, 974f., 977–979, 999, 1007, 1010, 1012, 1014, 1018, 1023, 1033, 1036–1038, 1041, 1044–1048, 1057, 1099, 1114, 1116, 1118–1120, 1125f., 1149f., 1158, 1160–1162, 1164f., 1172f., 1187, 1190, 1200, 1204, 1208
Cushendun, Ronald Viscount *844*

Dänemark 644, 665
Däumig, Ernst 248
Dahn, Hanns *299*, 302, 443, 456f., 460, 591, 621, 742, 943, 966, 1064, 1067, 1092f., 1107, 1123, 1166, 1174, 1205, 1215
Damann 15*
Damaschke, Adolf 23*, 93, *193*, 198, 238
Danzig 82, 300
Daressalam 731
Dauch, Walter 313, 321, 341f., 490, 537, 549f., 697f., 743, 760, 861, 865, 869, 884, 955, 1133, 1138–1140, 1150, 1156, 1159, 1164f., 1179, 1204, 1208
David, Eduard *82*, 181
Dawes, Charles 493, *498*
Dawes-Plan s. *Reparationen*
Degoutte, Jean 479
Dehmel, Ida *196*, 201, 210, 286, 343
Dehmel, Richard 196
Delacroix, Léon *316*f., 703
Delbrück, Clemens von *205*, 216, 223, 225
Delegiertensystem 612f., 628, 647 s.a. *Besetztes Gebiet; Rheinland*
Delet 649
Delius, Herbert *199*
Den Haag 605, *747*, 839f., 842, 847, 864, 906, 943, 973, 985
Dernburg, Bernhard 13*, *264*, *332*
Descamps 502
Deutsch-Hannoversche Partei 87, 538f.
Deutsch-Österreich 11, 122, 131, 134, 367, 389
Deutsch-Österreichische Zollunion s. *Zölle*
Deutsche Adelsgenossenschaft 858
Deutsche Demokratische Partei 204f., 268, 301, 390, 403, 449, 469, 519, 686, 1036, 1042, 1082
- Gründung 9*ff., 73–79
- Programm 114, 169
- Regierungsbildung in Preußen (1921) 408–410

Deutsche Staatspartei 1068–1072, 1083, 1106, 1113, 1118, 1125, 1186, 1249
- Gründung 1056–1058, 1065, 1067–1072, 1074–1078, 1082–1084, 1086, 1089

Deutsche Volkspartei
- Aktionsprogramm 902, 981–983, 1037, 1049, 1067, 1077, 1084, 1186, 1188f., 1191–1199, 1222
- Ehrenvorsitz 46, 1179
- Geschäftsführender Ausschuß (GA) 49, 69, 138, 309, 389, 400–402, 437
  - Kompetenzen 50f., 69f., 114f., 167, 196, 399
  - Verhältnis zum ZV 67
  - Vorsitz 389, 760
  - Zuwahlen 47–52, 66, 139, 194, 196f., 201, 360, 380, 389, 437, 459, 492, 568, 580, 594, 649, 711, 743
- Reichsausschüsse 115, 140f., 153, 436f., 649
  - Ärzte 760
  - Angestelltenausschuß 220, 380, 420
  - Arbeiterausschuß 151, 220, 380
  - Beamte 380, 760
  - Frauenausschuß 140, 151, 177, 181, 194, 197, 210, 233, 381, 388, 649, 876, 1110, 1177

- Freie akademischen Berufe 210
- Handel, Industrie und Gewerbe 141, 151
- Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen 151, 183
- Irredentaauschuß 221
- Jugendausschuß 115, 150, 177, 381, 389, 402, 760
- Kriegsbeschädigte-, Hinterbliebenen- und Flüchtlingsfürsorge 431, 437, 760
- Kulturpolitik 717
- Landwirtschaft und Siedlungswesen 151, 153, 380, 760
- Österreichische Angelegenheiten 431, 760
- Organisation 53, 140, 154–159, 163, 174, 199, 221
- Organisationsausschuß für die Satzungsänderung 761, 833, 871, 966, 993, 1175 f.
- Ostfragen 740
- Politischer Ausschuß 158 f., 164–167, 400–402, 417–420
- Presseausschuß 140
- Propaganda 140
- Rechnungsausschuß 34*, 140, 146, 187, 194, 197, 201, 210 f., 221, 350 f., 390, 420, 431, 489
- Rechtsanwälte 742, 760
- Schul- und Kirchliche Fragen 176 f., 180, 190, 225, 732–736, 778, 901
- Sozialpolitik 176
- Techniker 417, 459
- Verfassungs- und Verwaltungsreform 742, 748, 902, 959
- Wahlausschuß 186, 286
- Wehrmacht 177, 381
- Wirtschaft 380

- Kommissionen zur Behandlung aktueller Fragen
  - Presse 388, 760
  - Parteiprogramm 179, 187–190
  - Neuorganisation der Partei 760
  - Satzungen 24, 53–55, 62–66, 72 f., 107, 137 f., 198, 388, 398 f., 401 f., 420, 431
  - Schlichtungskommission Garnich – Flathmann 388, 391
  - Schlichtungskommission Mittelmann-Thaer 197, 201, 221, 233, 313, 343, 358, 402
  - Schlichtungskommission Geisler – Thiel 420, 431, 444
  - Schlichtungskommission Streiter – Geisler 431, 459
  - Wahlprüfungskommission 389
  - Fall Wentzcke 431
- Großdeutsche Volkspartei in Österreich 122, 134
- Gründung 9*–30*, 3–10, 28, 73–75, 583, 589, 726
- Hochschulgruppen 591
- Jugendorganisationen 106, 150 f., 174, 366, 475, 591, 718, 750, 816, 873, 1065 f., 1103
  s. a. *Hindenburgbund*
- Landesverbände
  - Baden 119, 207, 435, 679, 1099, 1108, 1114, 1117 f., 1125, 1246
  - Bayern 119, 207, 221, 302, 435, 622 f., 335, 708, 741, 964, 1006 f., 1091, 1107, 1123
  - Berlin 1123 f.
  - Braunschweig 667
  - Hannover 835
  - Hamburg 22, 595, 807 f., 966, 1035
  - Hessen 142
  - Mecklenburg 142, 335, 679, 708
  - Ostpreußen 740, 1126
  - Pommern 307
  - Posen 221
  - Rheinland 642 f.
  - Sachsen 594, 1087, 1113, 1124
  - Schlesien 221, 616
  - Thüringen 335, 708, 1091, 1119, 1190
  - Westfalen 1123 f.
  - Württemberg 119, 142, 207, 221, 335, 1087 f., 1099, 1108, 1114, 1116–1118, 1125
- Name, Namensänderung 107, 109 f., 116, 119–123, 389, 667, 676–679, 681, 687, 727
- Parteiaustritte 969, 1207, 1216, 1255
- Parteibeamte, Parteisekretäre 210, 684
- Parteifinanzen 106, 141, 143, 154–156, 165, 194, 210 f., 308, 438, 459, 350, 737 f.
- Parteiführer 871, 980 f., 1179

- Stellvertreter(-frage) 871, 1179
- Parteimitglieder 35*f., 370
  - Frauen 34–36, 38, 101, 681, 740f., 1110
  - Beamte 806
  - Arbeiter 410f., 429f.
  - Jugend 366, 750
  - Süddeutschland 34–40, 68f.
  - Katholiken 221, 232
- Parteiorganisation 105, 144f., 156–158, 367, 520, 739
- Parteiprogramm 10–13, 78–96, 104, 114, 133f., 145, 168–173, 177–179, 188, 190f., 193, 195, 197, 230, 427, 728, 745
  - Außenpolitik 201–204
  - Beamte 98–100, 128
  - Bodenreform 93f., 128, 151, 182, 188
  - Kulturpolitik 101f., 127, 177, 441
  - Landwirtschaft 100f., 111, 129, 153
  - Preußenfrage 134
  - Reichswehr 177
  - Schule 102, 125f., 232
  - Sozialisierung 97, 108f., 396
  - Staat und Kirche 102
  - Wirtschaft 128, 209
- Parteitage
  - Jena (13.4.1919) 16f., 66, 71–73, 111, 393, 398
  - Leipzig (18.–20.10.1919) 173, 182f., 193, 389, 393, 1148
  - Nürnberg (3./4.12.1920) 393–399, 417
  - Stuttgart (1./2.12.1921) 419f., 431, 437
  - Hannover (29./30.3.1924) 459, 475, 520, 523, 538, 547
  - Dortmund (14.11.1924) 568, 593
  - Köln (30.9.–3.10.1926) 581, 649, 652, 655, 677
  - Mannheim (21.–24.3.1930) 859, 871, 991, 993, 1016, 1049, 1053, 1095–1097, 1103, 1147
- Parteivorstand 28–38, 398f., 401, 437, 581, 1175, 1177f.
  - Zuwahlen 492, 581, 710, 743, 876–879
- Presse 17, 106, 431
- Reichsausschuß 398, 444f., 459, 460, 469, 651, 667, 679, 861f., 870, 953, 970, 980, 1003, 1075, 1081, 1089, 1110, 1127–1129, 1251
- Reichsklub der Deutschen Volkspartei 197f.
- Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler 869, 873, 1047, 1052, 1058, 1065–1073, 1087, 1105f., 1124, 1154
- Reichsgeschäftsstelle 34*, 105, 117, 144f., 203f., 208, 288, 307f., 625, 737, 1176
  - Presseabteilung 106, 388
  - Wahlkämpfe 562, 564, 580, 736–742
  - Finanzierung der Wahlkreisverbände 116, 142f., 154f.
- Reichstagsfraktion 18, 289, 309, 338–340, 389, 398, 401, 404, 407, 414, 422, 438, 442–446, 468, 476, 489f., 494f., 515f., 560, 652, 714, 764, 783, 799f., 927, 1141, 1156f., 1172–1174
  - Fraktionszwang 425, 931f., 1204, 1208
  - Nationalversammlung 13f., 17, 67, 70f., 78, 156–169, 200, 229, 671
  - Verhältnis zum GA 309–311
  - Verhältnis zum ZV 895
  - Verhältnis zur preußischen Landtagsfraktion 964
  - Fraktionsgemeinschaft mit DNVP 213f.
  - Fusion mit DNVP 156–160, 164, 674
  - Opposition 157f., 214f., 224, 426
  - Schulfrage 733–735
  - »Arbeitsgemeinschaft der Mitte« 449, 453, 449, 457, 467f., 475, 689
- Satzungen
  - 1919 17, 53–63, 72f., 137f., 145f.
  - Satzung 1921 36*f., 397–402, 417–420, 431, 437f., 443
  - Satzung 1926 710, 739
  - Satzung 1930 993f., 1175f., 1179f.
- Schatzmeister 29, 38f., 43
- Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden 537
  - DDP/DStP 9*, 3, 9, 72–77, 79, 1067–1072, 1079, 1099
  - DNVP 77–79, 130, 156–160, 164, 214, 222, 228, 231, 406, 434, 449, 451, 455, 464, 466, 472, 670–674,

680, 686, 688, 690, 702f., 706f., 714, 744
– Aktion Jarres-Gayl 673–676, 679f., 685–688, 690, 694, 697, 700–703
s. a. Deutschnationale Volkspartei; Koalitionspolitik; Sammlungsbestrebungen, bürgerliche
– Deutscher Arbeiterbund 21, 194, 220
– Jungdeutscher Orden 450, 456f., 658f., 695
– NSDAP 965f., 1042f., 1111, 1168f.
– Reichslandbund 473, 718
– SPD 199f., 214, 374f., 408, 410–412, 432–435, 455, 466, 520, 585, 680, 744
– Stahlhelm 744f., 750
– Vaterländische Verbände 699
– Wirtschaftspartei 391f., 660f., 675, 680, 739, 934, 1059, 1161
– Wehrverbände 658–660, 695
– Zentrum 217, 715, 716, 1085
– Wahlabkommen mit der DNVP für die Reichstagswahl 31.7.1932 1216, 1226, 1237, 1241
– Wahlabkommen mit der DNVP für die Reichstagswahl vom 6.11.1932 1216
– Listenverbindung mit DNVP 1239–1241, 1246
– Wahlkreisarbeitsgemeinschaften 833–835
– Mitteldeutsche Arbeitsgemeinschaft 822
– Norddeutsche Arbeitsgemeinschaft 595, 649
– Ostdeutsche Arbeitsgemeinschaft 748, 750
– Rheinisch-Westfälische Arbeitsgemeinschaft 595, 678, 1207
– Südwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft 371, 379, 429, 1092
– Wahlkreise, Wahlkreisverbände
– Annaberg-Schwarzenberg 613
– Baden 1092, 1099, 1208
– Bayern-Nord 952
– Berlin-Stadt 146, 595, 667, 812, 819, 949f., 1137
– Braunschweig 869, 950
– Breslau 616
– Chemnitz 154
– Düsseldorf-Ost 678, 811, 1047, 1069f.
– Düsseldorf-West 410, 678, 1047
– Franken 667, 687
– Frankfurt/Oder 748
– Hamburg 595, 649
– Halle-Merseburg 154, 822, 1153
– Südhannover-Braunschweig 950, 1093
– Hannover-Ost 537, 1091
– Hessen-Darmstadt 1092
– Hessen-Nassau 1092, 1122
– Koblenz-Trier 678, 742, 995, 1081
– Köln-Aachen 642, 678, 788, 1078
– Liegnitz 616
– Magdeburg-Anhalt 142, 154, 667, 687, 785, 822, 1093
– Mecklenburg 142, 595, 649
– Niederbayern 667, 687, 1123
– Oberbayern-Schwaben 1065, 1108, 1123
– Oppeln 616, 624, 942
– Ostpreußen 748, 1099
– Pfalz 1092
– Pommern 595, 649, 688, 748
– Potsdam I 564, 812, 819
– Schleswig-Holstein 595, 649, 952, 1086
– Thüringen 822, 1217
– Weser-Ems 595, 1075
– Westfalen-Nord 678, 950
– Westfalen-Süd 556, 678, 1093, 1207f., 1244
– Württemberg 952, 1092, 1099
– Wahlkreispatenschaften 1151
– Zentralvorstand 3, 395, 398, 401, 416, 518, 520, 525
– 1. Vorsitzender 28f., 139, 491, 580, 742, 867, 869–878, 1180, 1217
– 2. Vorsitzender 29–34, 139
– 3. Vorsitzender 35–38
– 4. Vorsitzender 38–40
– Aufgaben 398f., 520, 565f., 643
– Zuwahlen 18–27, 195, 350, 359f., 389, 393, 420, 437, 491, 711, 743, 877
– Austritte 490f.

Deutscher Arbeiterbund 21–25, 194, 220
s. a. *Gewerkschaften; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Arbeiterausschuß; Deutsche Volkspar-*

tei, Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden, Löhne; Tarifauseinandersetzungen
Deutscher Herrenklub 676
Deutscher Offiziersbund 857, 860
Deutscher Ostmarkenverein 640f.
Deutsche Industriellen-Vereinigung 557f.
s.a. *Deutscher Industrie- und Handelstag, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie; Industrieverbände; Reichsverband der Deutschen Industrie; Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Wirtschaftspolitik*
Deutschnationale Volkspartei 9*, 157, 169, 205, 223, 226f., 406, 706f., 717, 873
– Agitation gegen DVP 222f., 274, 354, 406, 445, 466, 485, 585, 601, 643, 674f., 680, 682f., 688, 701, 703
– Antisemitismus 157, 205, 217, 220
– Bayerische Mittelpartei 121, 305
– Dawes-Plan 493–495, 542f., 703, 850
– Deutschnationaler Lehrerbund 225
– Eintritt in den Völkerbund 664, 707
– Nationale Arbeitsgemeinschaft 740, 934
– Nationaler Club von 1919 198
– Parteitage 618, 630, 671f., 689, 700
– Reichslandbund 473
– Reichstagsfraktion 78, 158, 160, 425, 707, 713, 1236
– Vertrag von Locarno 535, 596f., 612, 617f., 630, 646, 657, 690, 706, 714, 827
– Young-Plan 838
s.a. *Koalitionspolitik; Sammlungsbestrebungen, bürgerliche*
Deutscher Industrie- und Handelstag 945
Deutscher Nationalverein 160, 759
Deutschlandlied 454, 468, 622
Deutscher Reichskriegerbund »Kyffhäuser« 699
Deutscher Tag 546–548
Deutsches Landvolk s. *Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei*
Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 22
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe; Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Reichsverband der Deutschen Industrie; Wirtschaftspolitik*
Deutschvölkische Freiheitspartei 460, 472, 530f., 547, 553
Devisen 452
s.a. *Reichsbank; Währung*
Dieckmann, Hermann 18*, *54*, 96, 124, 592
Dieckmann, Johannes 252, 951, 979, *1027*, 1067, 1087, 1092f., 1113, 1116, 1200, 1241f., 1244, 1247, 1258
Dietrich, Hans 360, *380*, 388, 404, 408, 416f., 419, 431, 435, 492, 581, 736, 741
Dietrich, Hermann 752, 758, 937, 956, 958, 975, *999*, 1008, 1018, 1033, 1036, 1041, 1087, 1099, 1116f., 1125, 1186f., 1249
Dietrich, Karl 48, 79
Diktatur 258, 269, 769, 786
s.a. *Parlamentarismus; Reichspräsident*
Dingeldey, Eduard 42*–48*, 4, *53*, 114, 127, 140, 343, 359f., 367, 371, 378, 380, 382f., 388f., 392, 394f., 397, 400–402, 404, 408f., 412, 417, 419, 429, 431, 434, 437, 443, 446, 457, 460, 466, 474f., 485, 492, 581, 620, 625, 642, 742, 760f., 857, 878, 922, 994, 1007, 1022, 1045, 1047, 1057, 1069, 1073, 1075, 1077–1080, 1089, 1092–1094, 1130, 1133, 1146, 1151, 1153–1155, 1157, 1160, 1163f., 1166f., 1169, 1172, 1176, 1178–1181, 1186, 1188–1191, 1199–1212, 1215–1218, 1223f., 1226–1229, 1242, 1247, 1250–1252, 1254f., 1257f.
Dingeldey, Hildegard 43*f.
Diskont, s. *Reichsbank; Währung*
Dittmann, Wilhelm *383*
Dix, Arthur *179*, 188, 221
Doebrich 491
Döbsch 21
Dörfing 393
Dohna-Schlodien, Alexander Graf zu *270*, 386, 1094, 1212
Dohna, Freda-Marie Gräfin zu 354
Dominicus, Alexander *262*, 266, 269
Dommisch, Karl 47*
Dorpmüller, Julius *694*
Dorten, Hans 324f., 341
Dortmund 214–216, 229, 569f., 1051
Doumergue, Gaston 501

Dresden 76, 234, 250, 252–255, 266f., 276, 691
Drewitz, Hermann 1041, 1059, 1085
Drewitz, Johann Georg von 286
Drummond, Sir Eric 579, 629, 1187
Dryander, Gottfried von *639*
Düringer, Adalbert 223
Düsseldorf 507, 524, 621, 746, 1218
Duesterberg, Theodor 547, 659, 1206
Duisberg, Carl *415*
Duisburg 142, 461, 621, 1022, 1024, 1171
Duisburg-Hamborn 1170
Duisburg-Ruhrort 507, 524
Dusche, Wilhelm *139*f., 151–153, 165, 193, 201, 221, 286, 288f., 301, 303, 307, 343, 360, 380, 397, 404, 416, 436

Eberle, Johann Christian *185*, 191f.
Ebert, Friedrich *80*f., 86, 161f., 234, 260, 262, 270f., 275, 291, 303, 357, 377, 441, 454, 468, 539, 543, 699, 970, 1152
Echternach 1094
Eckener, Hugo 1212
Eckert 653
Edelstahlwerke Röchling *7*
Eduard VII. 745
Ehrhardt, Hermann 233f.
Ehrlicher 653
Eichhoff, Franz 594
Einfuhr s. *Handelspolitik*
Einheitsstaat s. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform; »Lutherbund«; Reichseinheit*
Eisenach 173
Emke, Erich 19
Emmerich 570
Enteignung 650f.
Entente 134, 260f., 415, 447, 597, 629
s.a. *Besetztes Gebiet; Friedensvertrag von Versailles; Rheinland, Rheinlandkommission*
Entwaffnung 323, 631, 725, 853
s.a. *Besetztes Gebiet; Friedensvertrag von Versailles; Rheinland, Rheinlandkommission*
Elsaß-Lothringen 111f., 126, 288, 600f., 604, 610, 840
s.a. *Frankreich; Friedensvertrag von Versailles*
Engberding, Heinrich 475
Erfüllungspolitik 439, 444, 525
s.a. *Frankreich; Großbritannien; Reparationen, Annuitäten, Londoner Ultimatum, Londoner Zahlungsplan; Reichsbank; Vereinigte Staaten von Amerika; Währung*
Erfurt 256, 1217, 1255
Erkelenz, Anton *44*
Ermächtigungsgesetze 793, 1008, 1013
s.a. *Notverordnungen; Parlamentarismus; Reichsverfassung von Weimar*
Ersing, Joseph 1247
Erster Weltkrieg , 510, 596, 601, 730, 1171
– Kriegsgefangene 134
– Kriegsverbrecher 429
– Kriegsschulden 112
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Kriegsbeschädigte; Friedensvertrag von Versailles; Kriegsbeschädigte; Kriegsschuldfrage; Gerichte; Renten*
Erzberger, Matthias *29*, 35, 37, 42, 44, 82, 162f., 209, 224, 235, 316, 320, 324, 363, 367, 373–375, 377, 384, 861, 970, 1063, 1102
Eschenburg, Theodor *1071*
Escherich, Georg *356*, 358
Essen 117, 392, 394, 445, 878
Esser, Thomas 1159
Eßlen, Josef 12*, 13*, 22*
Estorff, Ludwig von 252
Etat s. *Reichshaushalt*
Europa 294f., 574, 579, 591, 601, 616, 627, 637
Everling, Otto *21*, 301, 313, 387
Ewert, Max *151*
Eynern, Hans von *21*, 39, 135, 396, 431, 590f., 827, 881, 1038, 1202

Fabel, Ludwig 1113
Faehre, Margarete 393, 742, 1215
Fahrenholz, Karl 743
Falkenhausen, Friedrich Freiherr von *242*
Familienpolitik 126, 130, 177, 591
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse,*

Kriegsbeschädigte-, Hinterbliebenen- und Flüchtlingsfürsorge
Faschismus 1218, 1225, 1257
s. a. *Diktatur; Italien; Nationalsozialismus; NSDAP*
Fecht, Wilhelm 391, 649, 736
Fehrenbach, Konstantin *161*, 256, 314 f., 319 f., 322, 344, 356, 358, 368
Felsch (Generalsekretär) 761
Fememorde 450
s. a. *Politische Morde, Republikschutzgesetz*
Fester, Gustav *23*, 27
Feuerbaum, Johannes *743*, 1090–1092, 1094
Feuersänger 395, 443
Feuerstein 460
Fichte, Johann Gottlieb 582
Fiedler 54
Filling, Grete 184 f., 359
Film 229
– Reichskinogesetz 229
– »Panzerkreuzer Potemkin« 1103
Finanz- und Steuerpolitik 347, 453, 475, 719, 752, 592, 783, 788, 887, 904, 935 f., 962 f., 1000, 1031–1035, 1038, 1042, 1049, 1053, 1183, 1194
– Finanzlage von Ländern und Gemeinden 1032, 1035, 1063, 1102
– Kredite, -politik 515, 533, 637
– Steuern
  – Besitzsteuern 433, 918
  – Biersteuer 786, 887, 891, 905, 915 f., 935, 1049, 1170
  – Direkte Steuern 948 f.
  – Einkommensteuer 752, 867, 883, 892, 908, 948, 957, 972, 987, 1027
  – Erbschaftssteuer 470, 749, 786
  – Getränkesteuer 1055, 1096
  – Gewerbesteuer 867, 904, 972
  – Grundsteuer, Grunderwerbssteuer 892
  – Hauszinssteuer 908
  – Indirekte Steuern 948
  – Kapitalertragssteuer 892
  – Körperschaftssteuer 883
  – Ledigensteuer 958
  – Mietsteuer 919
  – Realsteuern 866, 883, 892, 908, 918, 972, 989, 1170
  – Reichsbürgersteuer 867, 888, 905, 919, 922, 925, 958, 989 f., 1024, 1035, 1042, 1063, 1140, 1170
  – Reichsnotopfer 357, 344, 394, 403, 433, 937–940, 942–944, 947–955, 957 f., 964, 968, 972–975, 979 f., 986, 989, 1000, 1003 f., 1006, 1009–1011, 1013, 1015, 1025, 1027, 1030 f., 1034, 1037, 1039, 1041, 1044, 1048, 1063
  – Schankverzehrsteuer 1170
  – Tabaksteuer 887, 891, 905, 918, 1132
  – Umsatzsteuer 935
  – Verkehrssteuern 918
  – Vermögenssteuer 473, 786, 892
  – Weinsteuer 935
  – Zuckersteuer 887, 918
Findeisen, Adolf 387, 491, 1032
Fischbeck, Otto 12*, 13*, 15*–18*, 20*–24*, 29*, *74*
Fischer, Johann David 27*, 692, 694
Fiume 478
Flaggenfrage 361, 445 f., 678
s. a. *Auslandsdeutsche, Reichsverfassung von Weimar*
Flathmann, Johannes 18*, 25*, *72*, 139, 142, 145 f., 148, 151 f., 154, 164, 167, 169, 176, 178, 185, 191, 194, 196, 201, 207, 210 f., 217, 221, 234, 241, 286, 303, 313, 343, 350, 360, 380, 388 f., 390, 397, 402, 404, 416, 419, 431, 491, 581
Flensburg 281, 295
Foch, Ferdinand *82*
Foerster, Friedrich Wilhelm 120, 123, *190*
Foerster 462, 840
Flotow, von 1094
Fortschrittliche Volkspartei 9*–13*, 3, 5, 228
Fränkel, Ludwig *32*, 38, 45, 49, 65 f., 68, 131
Frank, Arthur 743
Frankfurt/Main 228, 256, 561, 733, 1032, 1039, 1106, 1122
Frankfurter, Richard 12*, 13*
Frankreich 131, 182, 266, 292, 298, 377, 423 f., 428, 432, 447 f., 472, 479, 498, 500–503, 507–509, 513, 523, 525, 536, 540, 542, 544, 549 f., 551, 570–573, 575, 578, 599, 600 f., 604, 607, 626, 633, 661,

666, 703, 706f., 708, 720f., 725, 845–849, 850–854, 861, 931, 943, 1256
- Besatzungspolitik 524f., 535, 544, 571–574, 621, 661, 850
- Elsaß-Lothringen 111f., 126, 572, 575, 632
- Flaggenaffäre 325, 328f., 334, 341, 421
- Regierungswechsel 1926 720f.
- Reparationspolitik 131, 294, 497–501, 505–508, 551, 600, 749
- Rheinlandpolitik 458f., 461, 477f.–479, 525, 637, 661–663, 703, 720, 850
- Saarland 103, 572f., 661, 703, 853
- Stinnes – Lubersac Abkommen 447f.
- Währung 637, 673, 706, 721, 842
- Wirtschaft 472, 498, 637, 706
s.a. *Besetztes Gebiet; Friedensvertrag von Versailles; Handelsverträge; Konferenzen, internationale; Reparationen; Separatismus; Thoiry*

Frantzen 541
Franzen, Anton 1139, *1152*
Frauen, Frauenpolitik
- Bund deutscher Frauenvereine 228
- Reichsfrauentagung 389
- Wahlverhalten bei der Wahl zur Nationalversammlung 122
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Frauenausschuß; Deutsche Volkspartei, Parteimitglieder; Renten*

Freikonservative Partei 454, 714
Freisinnige Partei 708
Freireligiöse Bewegung 781
s.a. *Kirchen*
Freisinnige Vereinigung 173
Frenzel 36, 43
Freund 251
Freytagh-Loringhoven, Axel Freiherr von *205*, 364, 707, 850, 854
Frick, Wilhelm 961, 1132, 1143, 1165, 1190
Friedberg, Robert 11*f., 16*–19*, 21*–29*, *3*, 4–8, 31, *74–77*, 97, 114, 121, 309, *726*
Friedensvertrag von Versailles 37, 135, 151f., 156f., 158, 160–164, 279, 296, 298, 323, 389, 425, 457, 462, 496, 535, 549, 572, 598f., 606, 610, 615, 661, 671, 681, 689, 705f., 850f., 854, 862, 1120, 1150, 1165f., 1185
- Art. 88 184
- Art. 231 536
- Art. 232 535, 551
- Art. 234 439
- Militärkontrolle 534, 546, 548f., 578f., 725f.
- Revision 202, 203, 294, 298, 335, 411, 439f., 448, 841, 1119, 1165
s.a. *Erfüllungspolitik; Frankreich; Großbritannien; Reichsbank; Reparationen; Vereinigte Staaten von Amerika*

Friedrich II. 510, 840
Friedrich-List-Gesellschaft 1242
Frietz, Karl 360
Fritsch, Bruno *48f.*, 404, 416
Fritsch, Milka 300, 360, 397, 420, 491, 581, 1258
Frölich, August 481
Fromageot, Henri 603, *605*
Fürsorgepflichtgesetz 758
Fürstenabfindung 650f.
s.a. *Volksbegehren, Volksentscheide*

Fuhrmann, Paul *27*, *216*–218, 222
Fusban, Hans *37*
Fusionsfrage 395
- mit der DDP/DStP 394, 1069–1072, 1075, 1084, 1098, 1212
- mit der DNVP 157, 159f., 165, 215, 217f., 225, 229, 656, 674, 1207
- mit der Wirtschaftspartei 1069, 1071, 1088
s.a. *Deutsche Volkspartei, Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden; Deutschnationale Volkspartei; Koalitionspolitik; Sammlungsbestrebungen, bürgerliche*

Gärmann 591
Gambetta, Léon *428*
Garnich, Hugo 29*, 35*, 10, 13, *14*, 15, 27–29, 31, 45, 47, 70, 76, 96, 126f., 133–135, 138–140, 142, 145–148, 152f., 155, 159, 164, 168–180, 186–188, 194–198, 200f., 203, 206, 208, 210f., 213,217, 220f., 229, 231–236, 241–244, 246–248, 251, 256–260, 262f., 266, 269, 286, 288, 310–313, 343, 358f., 369f., 380, 388f.,

391, 397, 400, 402, 404, 418f., 436f., 459, 492, 568, 581, 594, 649, 711
Garnich, Charlotte 13, *52*, 234, 241, 251, 313, 474
Gasparri, Pietro 472
Gaus, Friedrich *603*, 605, 608f., 639
Gayl, Wilhelm Freiherr von 653f., 675, 682, 685–687
Gebhardt, Karl *185*
Geilenkirchen, Theodor 474
Geisler, Fritz *128*, 280, 301, 313, 360, 380, 388, 392, 397, 404, 412, 419f., 429, 431, 457, 459
Geiß, Anton 251
Gemeinden 1032, 1042, 1234
s.a. *Anleihen; Arbeitslosigkeit; Finanz- und Steuerpolitik; Kredite, Kreditpolitik*
Genf 335, 338, 342, 353, 356, 664, 689, 720, 723f., 729, 762, 855, 1159f., 1162, 1165
Geschäftsführender Ausschuß s. *Deutsche Volkspartei*
Gereke, Günther 1061, 1233f., 1245
Gerichte 502
s.a. *Erster Weltkrieg; Republikschutzgesetz*
Gerlach, Hellmut von 13*, 26*, *190*
Gerland, Heinrich 12*, 73
Gerlich 9f., 13, 142
Germanenorden 861
Geßler, Otto 207, *267*, 279, 454, 712
Gewerkschaften 91, 391f., 1015, 1231
– Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund 391f.
– »Gelbe« Gewerkschaften 14f., 391, 1030
– Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 146f., 392
– Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 128
– Nationalverband Deutscher Berufsverbände 391
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe; Deutscher Industrie- und Handelstag, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie; Industrie, Industrieverbände; Reichsverband der Deutschen Industrie, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Wirtschaftspolitik*
Giesberts, Johann 37, *267*, 518
Gilbert, Seymour Parker *785*, 885, 944
Gildemeister, Alfred *342*, 360, 380, 388f., 397, 401, 404, 419, 436, 460, 475f., 487f., 490, 528, 595, 742, 744
Gilsa, Erich von 744, *750*, *761*, 834, 857, 865, 869, 878, 941, 954, 981, 1207
Glasenapp, Otto von 493
Glatzel, Frank *743*, *771*, 816, 873, 876, 993, 1047, 1052, 1067, 1069–1073, 1075f., 1079, 1081, 1089f., 1092, 1094, 1105f., 1113, 1152, 1154, 1159, 1187, 1204, 1208, 1216
Gleisberg 1258
Goebbels, Josef *1219*
Göpel, Kurt 743
Görck, Wilhelm *49*
Göring, Hermann 1143, 1202, 1217, 1226, 1256
Görnandt, Rudolf 21*, *19*, 359, 391
Goethe, Johann Wolfgang von 582
Gollnow, Heinrich 653
Goltz, Gustav Graf von d. 696
Goltz, Rüdiger Graf von d. *243*
Gothein, Georg 13*, 17*, 20*, 29*, *199*, *277*
Gradnauer, Georg 243, 1161
Graef, Walther 1239
Graefe, Albrecht von *79*, 199, 205, 208f., 213–216, 218, 222–228, 378, 713
Grandke, Fritz 22–24, 360
Greve, Ferdinand 537
Grimme, Adolf *1156*
Gröber, Adolf *161*, 135
Groener, Wilhelm *347*, 355, 376, 937, 1033, 1205
Gronowsky 466
Groß, Philipp 360
Großbritannien 44, 93f., 203, 260, 266, 292, 377, 424, 427, 432, 448, 472, 497f., 501, 507, 525, 542, 544, 546, 550, 554, 576, 607, 600, 611, 621, 632f., 721, 729, 844, 846f., 853, 943
– Kolonien 203, 729
– Bank von England 448
s.a. *Besetztes Gebiet; Erfüllungspolitik; Friedensvertrag von Versailles; Handelsverträge; Konferenzen, internationale; Reparationen*

Groß-Berlin 812–814
Grünspahn 12*,13*
Guérard, Theodor von 763, 777, 1033
Gürich 716
Gürtner, Franz 1007
Gütte 97
Guggenheimer, Emil *336*
Guth, Paul 1139
Gutsche, Wilhelm 26*, *19*, 146, 183, 359, 391

Haager Abkommen s. *Young-Plan*
Haas, Rudolf 1205, 1241
Hagen 300
Hagen, Louis 500
Halbach, Otto *457*
Halberstadt 210, 215
Halle 547f.
Hallensleben, Emil 286, *360*, 595, 653, 700, 742, 949, 1091f.
Haller von Hallenburg, Josef 82
Hamburg 117, 164, 173, 254, 756, 1044, 1171
Hamm 461
Hamm, Eduard 538, 945
Hammacher, Friedrich *6*, 46
Hammerstein, Hans Freiherr von 103
Hanau 733
Handelspolitik, -verkehr 574, 575, 1224, 1242
Handelsverträge, -beziehungen 754
– Belgien 573
– Finnland 865f.
– Frankreich 573, 754
– Großbritannien 573
– Italien 573
– Japan 573
– Österreich 577
– Polen 573, 577, 865, 931f.
– Rumänien 754
– Schweden 865f.
– Schweiz 573
– Sowjetunion 722
– Spanien 573, 588f., 592
– Tschechoslowakei 754
– Türkei 573
– Ungarn 754
– USA 573
s.a. *Landwirtschaft; Zollpolitik*

Handwerk 755
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe, Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Finanz- und Steuerpolitik; Mittelstand; Reichsverband der Deutschen Industrie; Wirtschaftspolitik*
Hannover 124, 181, 254, 394, 489, 538f., 624, 710f., 741, 1186, 1201, 1210, 1256
Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie 191, 945, 964, 989
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe, Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen; Gewerkschaften; Reichsverband der Deutschen Industrie; Wirtschaftspolitik*
Hansemann, von 1113, 1205, 1258
Harburg 537
Harden, Maximilian *328*
Harding, Warren *422*
Hardt, Joseph 761, 1071
Harte, Friedrich 288
Hartmann, Fritz *66*,196, 210, 213, 233, 286, 303, 342, 360, 380, 397, 404, 416, 418f., 431, 436
Hartung, Fritz *710*
Hass, Richard 1093
Haushalt s. *Finanz- und Steuerpolitik*
Hausmann, Fritz 27*
Haußmann, Conrad 13*, 16*, 249
Hatzfeldt-Wildenburg, Hermann Fürst zu *346*, 348, 351, 384, 386
Havemann, Heinrich 288, *459*, 488, 491, 568, 594, 743, 760, 869
Havenstein, Rudolf *403*, 413, 448
Hebert 360
Hecht 12*
Hecker, Ewald 393, 735, *833*–835, 950, 969, 1092f.
Heeger, Ernst 369
Heeringen, Josias von *548*
Hegemann-Springer 742
Hegenscheidt 23*

Heidenreich, Robert *694*, 760, 826, 1049
Heilbron, Friedrich 320, *353*
Heilmann *777*
Heim, Georg *202*, 206f., 209, 213
Heimann, Max 280
Heimatbund Posener Flüchtlinge 676
Hein, Wolfgang Theodor *23*, 26, 51, 114, 280
Heine, Wolfgang 238, 259, 861
Heinemann, Peter 393
Heines, Edmund 1168
Heinze, Rudolf 27*, *17*, 47, 67, 69f., 76, 135, 152, 156, 157, 159f., 162, 164, 179,181–186, 196, 221, 229f., 234f., 243, 246f., 266f., 269f., 272–274, 276, 280, 286f., 289, 293, 303, 308–311, 313f., 320f., 326f., 330, 332f., 337, 339–341, 343, 345, 347, 356f., 360, 367f., 371–374, 377, 381–383, 385–387, 391–393, 404, 416, 419, 426–428, 431, 437, 443, 446, 458, 469, 475, 481, 485–487, 594, 649
Held, Heinrich *499*, 1007
Held, Theodor *151*, 313
Heldt, Max 659, 803
Helfferich, Karl *84*, 204, 243, 374, 378, 407, 469, 478, 483, 493f.
Hell, Hans 443, 485
Helle 397
Hembeck, Otto *229*, 460, 466, 474, 561, 569, 591, 641, 710, 736, 739, 741, 743, 761, 836, 867, 875, 924, 950, 981, 1075, 1089, 1092, 1200, 1205, 1207
Henderson, Arthur *849*
Hepp, Karl 313, 473, 483, 487, 568, 1061
Herbette, Jean 578
Hergt, Oskar 158, *198*, 205, 222, 224, 226, 234, 243f., 269, 273, 277, 311, 362, 364, 372, 381, 407, 434, 469, 494, 663, 689, 702–705, 707, 715
Herrmann, Gustav 48, 64, 761, 965, 1092, 1187
Hermes, Andreas *382*f.
Herold, Karl 234, 250, 257, *408*
Herriot, Edouard Marie 497, 500–502, 505–507, 510, 514, 524, 546, 548–551, 553, 571, 576, 598, 600, 614, 720f.
Hess 69, 960
Hess, Friedrich 15, 22, 220
Heß, Joseph *777*, 1182
Hesse 22f.
Hessen 408, 620, 733
Hertwig-Bünger, Doris *1036*, 1090, 1092–1094, 1110, 1124
Hertz, Paul 903
Hertzog, James *729*
Heuß, Theodor 1099
Heyd, Lisbet 360
Heyderhoff, Julius *402*
Heyl, Ludwig Cornelius Freiherr von *591*, 1053
Hieber, Johannes von 14*, *306*
Hielscher, Gertrud 360, 380, 389
Hilferding, Rudolf 478f., 749, 752, 757, 767, 783, 786, 848, 867, 880, 885, 887, 889, 896f., 899f., 902f., 905–907, 914, 916f., 919f., 935, 985, 1032, 1062, 1095, 1133
Hille, Curt *564*
Hilpert, Hans *689*f.
Hindenburg, Paul von *187*, 191–193, 198, 261, 265, 357f., 547, 587f., 590, 593, 646, 698, 744, 769, 821, 856, 862, 869, 938, 940, 942, 951, 970, 1015, 1055, 1096, 1099, 1103f., 1108, 1114–1116, 1119, 1122, 1127–1130, 1132, 1182, 1205–1207, 1210, 1222, 1225, 1232, 1253f.
Hindenburgbund 1124
Hintze, Paul von *358*, 443, 446, 458, 460, 475
Hintzmann, Ernst 280, 460, 474, 492, 520, 523, 526, 528, 530, 556, 761, 836, 869, 1159, 1205
Hippe 1037
Hirsch, Felix 24*
Hirsch, Johannes 225
Hirsch, Julius *336*f., 348, 351–353, 355, 375
Hirschberg 28*, *4*, 21, 27, 41, 49, 51, 53, 72
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine s. *Gewerkschaften; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe, Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Reichsverband der Deutschen Industrie*

Hitler, Adolf 481f., 1132, 1142, 1190, 1201f., 1205–1207, 1211, 1218, 1220f., 1229, 1232, 1238, 1250, 1253–1255, 1257, 1259
Hobrecht, Arthur *584*
Höfle, Anton 518, *541*
Hoegner, Wilhelm 1168
Höhne, Friedrich Wilhelm1258
Hoensbroech, Paul Graf von *313*
Hoepker-Aschoff, Hermann 1068, 1097f.
Hörsing, Otto 253, 328, *709*
Hoetzsch, Otto *328*, 604, 690, *707*
Hoff, Curt 865, 884f., *890*, 906, 925
Hoffmann, Antonie 9f., 13, *29*, 34, 139f., 148, 151, 152, 164, 168f., 173, 179f., 196, 201, 210, 221, 251, 286, 303, 313, 322, 343, 360, 380f., 387–389, 397, 402, 404, 416, 419, 431, 436, 460, 491, 581, 743, *760*
Hoffmann, D. 13
Hoffmann, Friedrich 1092
Hoffmann, Johannes 251f., 265, *796*
Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich 454
Hohenzollern 840
Hollmann, Ludwig *26*, 45, 47f., 52, 63–65, 127, 139, 169, 176, 192, 195, 201, 210, 221, 225, 231f., 241, 247, 251, 280, 286, 303, 311, 343, 354, 380, 388, 397, 402, 404, 419, 431, 436, 568, 594, 649, 736, *740*, 760, *761*, 1090, 1121, 1166, 1187
Holst, Alfred 299
Holtum 325
Hué, Otto *316*, 318, 339
Hueck, Alfred 749, *757*, 865, 869, 954, 961, 966, 1000, 1017, 1020, 1032, 1046, 1049, 1207
Hurst 603
Hopf, Wilhelm *65*
Horion, Johannes *571*
Hüfner, Karl *191*, 280
Hugenberg, Alfred 21, 154, *227*, 243, 416, 601, 619, 683, 686, 696, 766, 806, 821, 823, 832, 843, 850f., 856f., 859, 861, 864, 892, 908f., 915, 927f., 976, 1012, 1055, 1150, 1157, 1159, 1181, 1185, 1202, 1206f., 1216, 1229, 1236f., 1239, 1242, 1244, 1246f., 1249f.
Hughes, Charles E. *498* , 543
Hugo, Otto 16*, 19*, 22*, 24*, 26*f., *3*, 6, 8, 10, 13, 15, 25, 27, 29, 32, 40–42, 71f., 103f., 112, 115, 117, 129, 138, 144–147, 152f., 168, 209, 227, 251, 254–257, 269, 275, 280, 302, 333, 336, 338f., 341f., 380, 396, 403, 418f., 429, 438–440, 446, 485, 514, 520f., 526, 529, 531, 536, 551–555, 559–561, 568, 594, 650, 742, 760, 819f., 822f., 825–828, 830f., 834f., 864, 867, 869, 884, 903, 913–915, 919, 929, 954, 981, 1012, 1037f., 1083, 1144, 1208, 1216–1218, 1227, 1239, 1252, 1255
Husen, Werner 34*, 568, 736, 760
Hypotheken, Hypothekenaufwertung 588, 592
s. a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Finanz- und Steuerpolitik; Reichsbank; Währung*

Ickler, Gustav 18*
Indien 203, 1171
Industrie, Industrieverbände 43f., 129, 375, 471, 496f., 517, 650, 675, 772, 806, 1047
s. a. *Deutsche Industriellen-Vereinigung; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Handel und Industrie; Deutscher Industrie- und Handelstag, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie; Reichsverband der Deutschen Industrie, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Wirtschaftspolitik, Zwangswirtschaft*
Ingolstadt 578
Internationales Rohstahlkartell 754
Internationales Rotes Kreuz 474
Interfraktioneller Ausschuß 390, 392, 422, *757*, 804
s. a. *Koalition, Koalitionspolitik*
Italien 212, 346, 472, 478, 496f., 546, 550, 554, 633, 645, 853
s. a. *Faschismus*

Jacobs, Wilhelm 692
Jacobson, Siegfried *190*
Jänecke, Walther *749*, 781, 828, 833f., 877, 879, 895, 901, 910, 913, 926, 929, 1179
Jänicke, Wolfgang 249, 870, 1212

Jagow, Traugott von *249*, 253, 256, 259, 261f., 268
Jahn, Karl *49*, 67, 132, 138, 152, 169, 178, 639
Jandrey 217
Jansen, Robert 273
Janson, Heinrich 449, 865, 869, 1099
Japan 202f.
Jarres, Karl *491*, 527, 581, 587f., 593, 653–655, 667, 673–675, 679f., 682–689, 698, 700–702, 708, 711, 743, 860, 867, 873, 946, 1092, 1138, 1207
Jatho, Karl 674
Jena 89, 393
Jochmus, Hermann *792*, 867, 878f., 921, 950, 968, 972, 977, 1040, 1045, 1048, 1082, 1091f., 1179, 1187, 1200
Joël, Kurt *277*, 283
Juden, Judenfrage 189, 220, 222, 383, 389
– Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens 219f.
s.a. *Antisemitismus; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm*
Jugend 585, 769, 1225, 1242
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Jugendausschuß; Deutsche Volkspartei, Parteimitglieder; Deutsche Volkspartei, Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler; Hindenburgbund*
Jungdeutscher Orden 456, 466, 632, 658f., 695f., 742, 966, 969, 1057f., 1077, 1082f., 1087
s.a. *Deutsche Staatspartei; Volksnationale Reichsvereinigung*
Jugoslawien 478, 645, 723
Junck, Johannes 11*, 14*, 16*, 18*, *75*
Justiz s. *Recht, Rechtspflege*

Kaas, Ludwig *777*, 814, 1199, 1211, 1229
Kabinette
– Scheidemann (1919) 9
– Bauer (1919–1920) 243, 253, 260f., 275
– Müller I (1920) 363
– Fehrenbach (1920–1921) 320, 406f., 413–415, 420–422, 424
– Wirth I (1921) 420, 426f., 434, 439, 444
– Wirth II (1921–1922) 444–446, 449f., 453, 456–458, 467, 577f.
– Cuno (1922–1923) 457–461, 468, 471f., 475, 503, 689, 1048
– Stresemann (1923) 475, 483, 485, 499, 689, 691
– Marx I und II (1923–1925) 508f., 511, 542, 570, 587, 652f., 765
– Luther I (1925) 597, 610f., 602, 612, 617, 625, 627, 629, 631, 675, 678, 717, 827, 914
– Marx III (1926) 711, 713
– Marx IV (1927–1928) 711–713, 715, 717, 740, 1044
– Müller II (1928–1930) 743f., 745f., 752, 762, 765, 798, 885f., 868, 880, 883–885, 889, 906, 925, 931, 956, 962, 977, 984, 935, 956f., 1035, 1094, 1135, 1141, 1163
– Brüning I und II (1930–1932) 956–959, 968, 970, 975, 977, 984–987, 998, 1007, 1013,1026, 1046, 1055f., 1062-1064, 1084, 1096, 1101, 1131, 1134–1137, 1144, 1171, 1181, 1189, 1200, 1208f.
– Papen (1932) 1209–1211, 1221–1223, 1230, 1232, 1235, 1238, 1248f.
– Schleicher (1932/33) 1213, 1231–1234, 1229, 1231–1234, 1236, 1240, 1247, 1233f., 1247
– Hitler (1933) 1205f., 1211, 1250
s.a. *Interfraktioneller Ausschuß; Koalition, Koalitionspolitik*
Kaefer, Rudolf 367
Kahl, Wilhelm 28*, *4*, 6–8, 13f., 71f., 102f., 116, 145, 162, 165, 193, 212, 234, 249f., 273, 288f., 303, 312f., 319, 321f., 358, 389f., 437, 480, 581, 584, 586, 664, 732, 771, 805, 823, 868f., 871f., 874, 876, 878f., 882, 895, 902, 909, 913, 926, 928, 930, 1068, 1090, 1092, 1094, 1098, 1167, 1172f., 1180, 1189, 1204, 1208f.
Kahr, Gustav Ritter von 265, 299, *358*, 390, 478, 482
Kaiser, Fritz *36*, 48, 52f., 396, 466, 474, 485, 594, 659
Kalisch, David 843
Kaliski, Julius 91
Kalkoff, Hermann *144*
Kalle, Wilhelm Ferdinand 288, 360, 379f., 397, 404, 419, 431, 435f., 443,

445f., 457, 460, 474f., 492, 525, 581, 594, 649, 736, 742, 743, 760, 761, 950, 1025, 1045f., 1049, 1199, 1204, 1242, 1254, 1258
Kamerun 645
Kammerzell, Franz 980, 1091–1094, 1217
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 1251
s.a. *Deutsche Volkspartei, Wahlabkommen; Wahlen zum Reichstag, 5. März 1933*
Kanitz, Gerhard von *287*, 552, 758, 865, 913, 915f., 923, 925, 1099, 1150, 1258
Kant, Immanuel 582
Kanzow, Karl 15*, 21*
Kapp, Wolfgang 233–*236*, 238–246, 249–271, 274–277, 280, 283, 285, 290, 296
Kapp-Lüttwitz-Putsch 231, 233–285, 264, 295, 302, 328, 356f., 376, 391, 695
– Aufruf der DVP 247f., 281–285
Kardorff, Siegfried von 26*, 140, *223*, 286–288, 309, 327, 329, 333, 339, 345–348, 351, 359, 369, 385f., 389, 395, 397, 399–401, 404, 407, 409, 412, 419, 428f., 431f., 437, 443, 446, 460, 474f., 745, 759, 762, 864f., 910f., 919f., 965f., 1019, 1109, 1111, 1115, 1117, 1147, 1168, 1200, 1204, 1208, 1212
Karl V. 614
Karlsruhe 570, 1117
Kassel 212, 263, 1106, 1142
Kastl, Ludwig 765, *794*, 852, 945
Kaufmann, Ernst 21*
Kautsky, Karl 104
Kehrl, Gustav *491*
Keil, Wilhelm 903
Keinath, Otto 21*, 1032, 1099, 1118, 1144, 1216
Kellogg-Pakt 751
s.a. *Großbritannien; Frankreich; Vereinigte Staaten von Amerika*
Kempkes, Adolf 31*, 37*, 39*f., *52*, 54f., 59, 61–63, 65f., 69, 137f., 196f., 200f., 210, 221, 226, 230, 232–236, 241, 243, 245, 248f., 251, 254, 257f., 265, 270, 286f., 290, 303, 307f., 313, 338f., 343, 350, 358f., 380, 388f., 391, 397, 401f., 404, 407, 412, 415–417, 419f., 431, 436–438, 443, 488, 492, 567f., 580f., 586, 588, 594, 649, 710, 736, 742, 743, 745, 760–762, 823, 832, 836, 863, 868–871, 874, 877, 1019, 1057, 1060, 1085, 1089f., 1093, 1099, 1130, 1156, 1176, 1178
Kempner, Franz 959
Kemnitz, Hans Arthur von 184, 342, 431
Kemper, Hans Erich 492, 581, 591
Kerenski, Alexander *278*, 290
Kessler, Harry Graf 544
Keudell, Walter von *715*, 732
Kiehl, Johannes *492*, 581, 743
Kiel 946
Kilburger (Generalsekretär) 195, 360, 492, 581, 761, 1031, 1093
Kilmarnock, Viktor Alexander Lord *260*
Kindersley, Sir Robert 502
Kirchen
– Evangelische Kirche 534, 1166, 1170, 1224f., 1228, 1246
– Katholische Kirche 472, 1225
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Freireligiöse Bewegung; Preußen; Konkordat; Schule*
Kirdorf, Emil 651
Kleefeld, Kurt 12*
Kleiner, Fritz *616*, 625, 639
Klöckner 479
Klönne, Moritz 490f.
Klopstock, Friedrich Gottfried 623
Klose, Walther 624, 942
Knebel 67, 69f., 138–140, 146f., 169, 172f., 175, 179, 183f., 186, 188, 191, 193, 196, 200f., 203, 210, 217, 220f., 231f., 286, 343, 391f.
Knollmann, Friedrich 349
Koalitionspolitik 200, 206f., 209, 223f., 226–230, 291f., 406–414, 453, 455, 466f., 485f., 519–523, 551–553, 553–555, 560f., 585, 679f., 714, 1159f.
– Bürgerblock 199f., 224, 229, 451, 486, 495, 531f., 536, 553, 655, 684f., 689, 713
– Große Koalition im Reich 441, 560, 585, 587, 684, 744
– 1921 432–435, 440–443
– 1923 485f., 623f., 653, 684, 767, 821
– 1928/29 744

- in Preußen 432, 434f., 441, 453f., 462f., 465, 467, 474, 522, 527, 589f., 746f.
- Aufnahme der DVP 747f., 762f., 775, 784, 801f., 808, 811–813, 815, 830
- in Sachsen 486, 659, 750, 803, 805

Kober 393
Kockelkorn, Gottfried 148, 152, *153*, 179f., 196, 201, 208, 210, 221, 251, 303, 343, 380, 388, 431, 464, 760, 762, 771
Koch, Wilhelm 715
Koch-Weser, Erich 206, 227, 234f., 243, *266f.*, 330, 348, 382, 394, 475, 519, 586, 721, 746, 822, 937, 1056f., 1059, 1068f., 1074–1077, 1082f., 1085, 1097f.
Köhler, Paul 1034
Köhn 13, 65
Köln 251, 663, 746, 769, 1015, 1019, 1039, 1051, 1232
Köngeter, Eugen 865, 869, 1090, 1092, 1094
König, Adolf *711*, 1124
König, Max 249
Könige, Heinrich *193f.*
Königsberg 946, 1163
Königswinter 524
Köß 280
Köster (Generalsekretär) 336, 393, 454, 457
Korfanty, Woyciech 345, *384*, 423, 427f.
Kopsch, Julius 19*, 4
Kolin 818
Kollbach 699
Kolonien, Kolonialfrage 563f., 644f., 664, 728–731
- Deutscher Kolonialverein 728

s.a. *Auslandsdeutsche; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Großbritannien*

Kolumbien 665f.
Kommunistische Partei Deutschlands 546, 565, 1256, 1168
s.a. *Roter Frontkämpferbund; Sowjetunion; SPD, USPD; Volksbegehren, Volksentscheide*

Konferenzen, internationale 496
- Brüssel (1920) 843
- Cannes (1922) 843
- London (1924) 524, 570
- Locarno (1925) 596–629, 634–648, 661–663, 681, 705, 751, 850, 853
  - Schiedsverträge 602f., 607f., 665
  - Vergleichskommission 853f.
  - Antwortnote der Reichsregierung (20.7.1925) 602–604
  - Londoner Schlußkonferenz 611
- Londoner Weltwirtschaftskonferenz 1933 1235
- Washingtoner Konferenz (1921) 439

Konkordate
- Badisches Konkordat 1228, 1246
- Bayerisches Konkordat 716
- Preußisches Konkordat 746–748, 750f., 762, 776–778, 780f., 787, 796f., 804, 818f., 1152

s.a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Kirchen; Preußen*

Konservative Volkspartei 928, 934, 991, 1080, 1082, 1113
Konservativismus 582, 585, 857
Kopfsteuer s. *Finanz- und Steuerpolitik, Reichsbürgersteuer*
Kornilow, Lawrentij *291*
Kossmann, Bartholomäus 725
Kowes 13
Krämer, Hans 393
Krassin, Leonid 578, *607*
Krause, Paul von 27*, *71*, 241, 245, 247f., 251, 256, 267, 280, 313, 321, 334, 370, 380, 388–390, 396f., 399–402, 404, 407, 410, 419f., 429, 437, 446
Kredite, Kreditpolitik 484, 503f., 535, 552, 637f.
s.a. *Anleihen; Finanz- und Steuerpolitik; Gemeinden; Reichsbank, Währung; Wirtschaftspolitik*

Kretschmar 222
Kreuger, Ivar 899
Kriege, Johannes *183*, 185, 590, 761, 834, 1047, 1111
Krieger 735
Kriegsbeschädigte 367
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Deutsche Volkspartei, Reichsausschüsse; Renten*

Kriegsschuldfrage, »Kriegsschuldlüge« 104, 439, 448, 509–511, 533f., 536, 545, 557f., 557f., 563, 612, 638, 664, 705, 750, 839f., 840, 855, 862, 1051, 1224

Kriegsverbrecher 211f., 223, 315, 423, 429f., 622, 855
s.a. *Erster Weltkrieg; Gerichte*
Krisenunterstützung s. *Arbeitslosigkeit*
Krohne, Rudolf 586f., 652, *715*, 726
Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 947, *1246*
Krupp (Firma) 44, 1015
Krücke 742
Kruspi, Friedrich *492*, 581, 591, *760*, 1072
Kühn, Walter 1093
Kühnemann, Eugen *184*
Kühnemann, Max 692
Küker *727*
Külz, Wilhelm 716
Künne, Robert *7*
Kürbis, Heinrich 328
Kuhbier, Max *35*, 68, 129, 135, 138, 142, 144, 152, 169–179, 209, 220f., 228, 230, 232f., 280, 286, 289, 303, 307, 311, 343, 350, 352, 354, 358, 360, 380, 387f., 392f., 397, 404, 410, 416, 418f., 431, 436, 438, 443, 458, 460, 462, 642, 799, 836, 865, 896, 898–900, 924, 950, 980, 1036, 1038, 1078, 1081, 1092f., 1170, 1172, 1200, 1205, 1207, 1228
Kuhlemann, Max 280
Kulenkampff, Walther *339*f., 785, *831*–835, 837
Kulesza, Anny von 594, 649, 716, 736, 739, 760f., *876*, 877, 1082, 1084, 1092, 1157, 1258
Kulturpolitik 92f., 232, 441, 1197
s.a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm, Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Kirchen; Preußen, Schule*
Kundt, Ernst 9f.
Kunz, Wilhelm 742
Kuratorium für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft 77, 106
s.a. *Deutsche Volkspartei, Parteifinanzen; Deutsche Volkspartei, Reichsgeschäftsstelle; Industrie, Industrieverbände, Reichsverband der Deutschen Industrie*
Kurzarbeiter s. *Arbeitslose*
Kyffhäuserbund s. *Deutscher Reichskriegerbund »Kyffhäuser«*
Lambach, Walter *928*
Landgrebe, Ernst 280, *301*, 458, 491, 743, 760f., 874, 876, 881, 930, 1031, 1172, 1205, 1241
Landmann, Ludwig *1122*
Landmeyer 280
Langwerth von Simmern, Ernst Frhr. 633
Landsberg, Otto 37, *81*
Länder, deutsche 1032, 1042
s.a. *Anleihen; Deutsche Volkspartei, Reichsausschüsse, Verfassungs- und Verwaltungsreform; »Lutherbund«; Finanz- und Steuerpolitik; »Lutherbund«; Reichseinheit; Reichsreform; Reichsverfassung von Weimar, Art. 18*
Landvolkpartei s. *Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei*
Landwirtschaft 20, 100f., 132, 151, 301, 397, 452, 517, 675, 738, 758, 865f., 894, 913, 1105, 1194f., 1235–1237, 1242, 1245, 1247
s.a. *Bund der Landwirte; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Finanz- und Steuerpolitik; Handelspolitik; Zollpolitik*
Lange, Else 65
Langer, Walter 29f., 63, 65, 71f., 151
Langnamverein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlicher Interessen in Rheinland und Westfalen) 842
s.a. *Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Reichsverband der Deutschen Industrie; Wirtschaftspolitik*
Lawin, Gerhard 393
Lebius 9
Ledebour, Georg *246*, 315
Lederer, Emil 336, 354
Legien, Carl *44*, 214, 278f., 303
Lehmann, Ernst 1090, 1094
Leicht, Johann 468, 475
Leidig, Eugen 14*, 22*–24*, 26*f., 10, *13*, 15, 35, 48f., 52, 63, 65, 72, 76, 107f., 141, 145f., 168–170, 172f., 188f., 191f., 194, 196–198, 200f., 210, 215, 218, 221, 226, 229–231, 234, 241, 245, 251, 254f., 257, 267, 269f., 280, 286–289, 313, 343, 350f., 354f., 357, 359f., 369, 380, 383–

385, 387–389, 395f., 402, 404, 420, 431, 434, 437, 443, 445f., 457f., 460, 462, 467, 475, 488, 491f., 526, 556, 567f., 581, 584, 649f., 760f., 826, 865, 967, 1092, 1187, 1246
Leinert, Robert 37, 309, *407*
Leipart, Theodor 1231
Leipzig 173, 220, 300, 391, 393, 1000
Lejeune-Jung, Paul 671
Le Mang, Ina 393
Lemmer, Ernst *1081*
Le Rond, Henri *427*
Lenin, Wladimir Iljitsch *278*, 291, 333
Lent, Friedrich *457*
Leonhardt (Generalsekretär) 462
Lerchenfeld, Hugo von 439
Lersner, Kurt Freiherr von 212, 288*f.*, 313, 334, 391, 490, 534, 564
Lessing, Gotthold Ephraim 623
Leutheußer, Richard *342*, 865, 869, 1121
Levetzow, Magnus von 1221
Lewowski 360
Liberale Vereinigung 586, 1201, 1214
s.a. *Sammlung, bürgerliche*
Liberalismus 9*, 9, 77, 85f., 88f., 95, 114f., 123f., 130f., 582–585, 593, 771f., 964, 969, 1111, 1151
Liepmann, Paul 15*
Lind, Heinrich *674*f.
Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann von 231, *602*, 900, 963, 1061
Lindenau, Heinrich 12*
Lisco, Hermann 124
List, Friedrich 15*, 18*, *75*
Litauen 665, 1162
Lloyd George, David *93*, 288, 315, 317, 321, 323, 325, 405, 408, 411, 413, 415, 427, 557f., 601, 843
Locarno-Verträge s. *Konferenzen, internationale*
Lodgmann, Rudolf Ritter *639*
Loebell, Friedrich Wilhelm von *357*, 586, 588, 595
Löbau 1068
Löbe, Paul 135, 367, 390, *409*, 555, 1143, 1217, 1227
Löhne
– Lohn- und Gehaltspolitik 1002, 1038, 1045
– Tarife, Tarifverträge 502, 1001f., 1019f., 1026, 1037, 1048
s.a. *Arbeiter; Arbeitszeit; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Finanz- und Steuerpolitik; Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Reichsverband der Deutschen Industrie; Preise; Tarifauseinandersetzungen; Wirtschaftspolitik*
Loewy 23*
Lohmann, Walter 27*, 557, 625, 635, 642, 673, 683, 706, 1053, 1258
Lohse, Friedrich 37*, *50*, 63, 65, 368
Lohse, Hinrich 1139
London 405, 448, 645, 844
Loos, Wilhelm *376*
Lorch 699f., 708
Losowski, Solomon 382
Lossow, Otto von 482
Loucheur, Louis 447
Lubersac, Jean de 447*f.*
Lucas, Georg 16*
Ludendorff, Erich 81f., *185*, 274, 547, 786f.
Ludwig XIV. 600
Lübeck 1106
Luerßen, Elisabeth 48, 389, 1094, 1215
Lüttich 622
Lüttmann 280
Lüttwitz, Walther Freiherr von 233f., 242f., 262, 264, 267f., 273f., 277, 280, 283
Luftfahrt 634
s.a. *Zeppelin*
»Lutherbund« 749, 834, 967, 1147
s.a. *Deutsche Volkspartei, Reichsausschüsse, Verfassungs- und Verwaltungsreform; Reichseinheit; Reichsreform*
Luther, Hans 391, *501*, 542, 596, 606, 629, 636, 644, 678, 749, 798, 809, 869f., 872, 875, 877f., 916, 971, 976, 1011, 1136f., 1213, 1235
Luther, Martin 1152
Luther, Paul *151*, 391, 459, 568, 591, 594, 684f.
Lyck 301, 604, 606, 609, 616, 646

Mackensen, August von *358*
MacDonald, James Ramsay *505*, 507, 512, 514, 525, 546, 548, 553, 576

Madrid 589, 633, 853
Maercker, Georg 234f., 243, 246, 253, 257, 264–268, 271, *278*
Magdeburg 154f., *782*
Maginot, André 501
Mahraun, Arthur 658, *969*, 1029, 1058, 1068, 1074, 1082
Maier, Reinhold 1249
Mainz 130f., 956, 970, 982, 997, 1027
Malkewitz 217
Malcolm, Sir Neill 260
Maltzahn, Hans Jasper Freiherr von *702*
Mannheim 570, 977, 1016, 1036, 1042, 1175
Marschler, Eugen 1190
Martin, Louis *721*
Marwitz, Bruno 11*, 13*, 20*, 26*, *7*
Marx, Wilhelm 468, 475, 494, 542, 571, 590, 652, 713, 1044
Marxismus 80
s. a. *KPD, Sowjetunion, SPD, USPD*
Maretzky, Oskar 26*, 10, *26*, 234–236, 241, 243f., 246, 248f., 251f., 256–258, 261, 263, 265, 268–271, 280, 313, 332, 386, 466, 474, 487, 490, 564
Margis, Hildegard *437*
Martow, Julij 383
Mathy, Wilhem 810, 834
Mattes, Wilhelm *1227*, 1245, 1248
Matz, Elsa 360, 397, *402*, 404, 492, 568, 581, 591, 649, 681, 736, 740, 743, 760f., 876, 1019, 1086, 1090, 1092–1094, 1120, 1122, 1205, 1216
Mayer, Anna *313*, 389, 743, 1094, 1110
Mayer(-Kaufbeuren), Wilhelm 202f., 239, 335, 459
McNeill, Ronald *844*
Mecklenburg 335, 980
Mecklenburg-Schwerin 679, 680
Medicus 959
Meerveld, Felix Graf 716
Meinecke, Ernst August 360
Meinel, Wilhelm *530*
Meissner, Otto 938, 949, 1221
Meister 1066
Melchior, Carl 37, 353, 765, *794*, 852
Memelland 1162
Mende, Clara 19*, 23*, 28*, *4*, 10, 13, 15, 17, 24, 29f., 34–38, 52, 70, 76, 138–140, 145, 147f., 152f., 155, 166, 173, 179–181, 185f., 191f., 196f., 201, 203, 209f., 221, 228, 231f., 234, 241, 247, 251, 269, 286, 288f., 300, 306, 313, 329, 341f., 350, 359, 380f., 388, 397, 402, 404, 412, 419, 429, 431, 436f., 446, 475, 492, 533f., 542, 551, 564, 568, 581, 594, 649, 736, 741, 742, 743, 760, 876
Metger, Kurt *152*, 167, 179,182, 185f., 416
Meyer, Alexander 1068, 1071
Meyer, Gustav 71f., 172
Meyer, Oscar 937, 1058f., 1098
Meyer, Theodor *141*, 169, 195, 201, 210f., 221, 228, 251, 288, 301, 303, 343, 360, 380, 431, 436, 492, 568, 581, 594, 761, 1092
Meyer zu Belm, Gustav 1090f., 1093f., 1130
Micum, Micumverträge 540f., 551, 628
s. a. *Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Reparationen; Reichsverband der Deutschen Industrie; Wirtschaftspolitik*
Millerand, Alexandre 212, *260*, 315f., 501, 507, 621
Minden 367
Mittelmann, Fritz 14*, 28*, *4*, 7, 17, 40f., 48, 122, 139f., 196f., 201, 210, 215–217, 233, 251f., 258, 260f., 265f., 303, 307, 343, 358, 360, 380, 389, 402, 404, 431f., 436, 568, 594, 649, 687, 760, 954
Mittelstand 1195
s. a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe, Hauptausschuß für Beamten-, Angestellten-, Arbeiter- und Mittelstandsfragen; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Finanz- und Steuerpolitik; Reichsverband der Deutschen Industrie; Wirtschaftspolitik*
Miquel, Johannes von *584*, 728
Mleineck, Clara 288, 393, 581
Möhl, Arnold von 265
Moldenhauer, Paul *33*, 47f., 53, 64, 67, 70 , 103, 138–140, 145, 148, 150, 169–171, 173, 178, 188, 191f., 207, 209f., 221, 227, 230, 232f., 286–288, 298, 303, 313, 322, 343, 358, 360, 380, 385, 397,

402, 404, 415, 419, 437, 444, 460, 492, 523, 525, 533, 535, 551, 555, 581, 736, 742, 743, 749, 757f., 760, 773, 822, 826–828, 832, 864f., 867, 869, 882, 885, 890, 893f., 896f., 901f., 908, 915, 920f., 935–938, 944f., 947, 950–952, 954, 956–958, 961f., 965–967, 970–975, 977–981, 984–987, 989, 994f., 999, 1001, 1004, 1006, 1008–1011, 1014, 1016, 1018f., 1033, 1037–1039, 1041, 1044, 1048, 1093, 1139, 1144, 1204, 1212, 1251f., 1258
Molkentin, Ludwig 9
Moltke, Carl Paul Oskar Graf *644*
Monarchie 432, 80, 83–86, 88, 172f., 182, 189, 230, 432, 547, 1109
s. a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Republik*
Morath, Albrecht 13, *14*, 29, 40f., 49, 98, 128, 288, 517, 583, 967, 1019, 1024, 1032, 1090, 1092, 1094, 1111, 1115, 1124, 1216, 1243–1247, 1258
Morosowicz, Elard von 745
Mosich, Ernst 945
Mosse-Verlag 74, 190
Most, Otto 270, 280, 461, 581, 585f., 676, 678, 743, *1022*, 1045, 1053, 1215
Mügel, Oscar *593*
Mühsam-Werther, Charlotte 393, *492*, 581, 743, 981
Müller, Adolf 544
Müller, Hermann 152, 234, 238, 303, 320, 326, 336, 356, 361, 390, *406*, 408f., 433, 468, 617, 712, 744f., 752, 754, 762f., 774, 777, 798, 820f., 831, 864, 868, 880, 885, 905f., 935, 941, 957, 977, 984, 1094f., 1133
Müller (Pirna) 581
Müller-Meiningen, Ernst 265
Müller-Zimmermann 393
München 306, 325, 340, 484, 601, 622, 688, 705, 1006, 1220f.
Mugdan, Otto 286, 360, 492, 581
Mumm, Reinhard 674, 1036, *1121*
Mussolini, Benito 860

Nassau 733, 746
Naphtali, Fritz *757*
Napoleon 847, 1152
Nationalsozialismus 1061, 1113, 1120, 1132f., 1142, 1157f., 1167, 1169, 1184f., 1223, 1229
s. a. *Faschismus*
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 786, 858f., 909, 969, 1029f., 1113, 1120f., 1132f., 1142f., 1156–1158, 1171f.
– Franken 1241
– Reichspräsidentenwahlen 1932 1143
– Sachsen 1001
– SA-Verbot 1209
– Studentenschaft 1115
– Thüringen 1042f.
s. a. *Deutsche Volkspartei, Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden*
Nathanson 219, 289
Nationalismus, Nationalisten 9, 121, 450, 454, 514
Nationalliberale Partei 9*, 3, 74f., 180, 198, 285, 582–584, 650, 656, 726–728, 787, 1118
– 60. Jahrestag in Hannover 710f., 726–728, 741
Nationalliberale Vereinigung 490f., 564, 677
Nationale Verbände 482, 632
Nationalverband Deutscher Offiziere 191
Nationalversammlung 206
– Verfassungsausschuß 87
– Verfassungsentwurf 230
Naumann, Friedrich 13*, 15*, *88*f., 98
Neuhaus, Oskar 588, 717
Neumann, Eduard 18
Neumann, Joseph *47*f., 64f., 69, 139, 300, 397, 653
Neumann, Paul 1093
Neumayer, Friedrich *48*f.
Neurath, Konstantin Freiherr von 1202
Neven-Dumont, Alice *1110*
Newhaven 498
Nichtwähler 1082f.
Niederlande 212, 346, 666
Niethammer, Conrad *48*
Niepoth, Friedrich 1092, 1187, 1205
Nikolaus II. 745
Nipperdey, Hans-Carl 771
Nitschke, Linus 1092

Novemberrevolution 85f.
s.a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Kapp-Lüttwitz-Putsch; Monarchie; Reichsverfassung von Weimar; Sozialisierung*
Noske, Gustav *85*, 162, 199, 234, 241, 278, 328, 539
Notverordnungen 1055, 1096, 1101, 1182, 1199, 1211, 1233
s.a. *Ermächtigungsgesetze; Parlamentarismus; Reichsverfassung von Weimar*
Nürnberg 306, 1007
Nuschke, Otto *74*

Oberschlesien 300, 326, 328, 345f., 351, 355, 381, 384, 387, 395, 405, 413, 423–430, 723f., 1187
– polnische Agitation 394
– Autonomie (-gesetz) 381, 386, 394f.
– Abstimmung 184, 346, 405
s.a. *Separatismus*
Oertmann 289
Oeser, Rudolf *262*, 266, 518, 552
Österreich 11, 131, 134, 367, 389, 551, 577, 730
Oetjen, Heinrich 590, *741*
Offenbach 946
Offenburg 570
Oheimb, Katharina von *140*, 201, 210, 217, 219–221, 286, 289, 303, 307f., 313, 329, 343, 360, 380, 389, 404, 409, 419, 436, 492
Ohligs 811
Ohlsberg, Max *153*, 169, 187
Oldenburg 124, 217, 251
Oldenburg-Januschau, Elard von *85*
Oldermann, Helene 360
Osann, Arthur 14*, 4, *7*, 28, 32, 35–40, 63, 65, 71f., 81
Ossent, C. 28*, *4*
Osthilfe 1151, 1163
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Finanz- und Steuerpolitik; Landwirtschaft, Zollpolitik*
Organisation Consul 861
Osten, Oskar von der *273*
Ostpreußen 301, 389, 451, 675f., 740, 1166
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Finanz- und Steuerpolitik; Landwirtschaft, Zollpolitik*

Paasche, Hermann *580*
Pabst, Waldemar *277*, 283
Pachnicke, Hermann 15*, *262*, 266
Painlevé, Paul 501
Panzerkreuzer A s. *Reichswehr*
Papen, Franz von 1209, 1211–1213, 1221–1223, 1230, 1235, 1238, 1248f.
Pape, Elisabeth 750, 1187
Paris 459, 472, 971
Parlamentarismus 83, 291, 712, 729, 764f., 769–773, 789, 903, 968, 1147, 1183, 1186, 1244
s.a. *Diktatur; Ermächtigungsgesetze; Liberalismus; Notverordnungen; Republik, Reichsverfassung von Weimar*
Parmoor, Charles Alfred Lord 544
Parteibeamte, -sekretäre s. *DVP*
Passavant, Wilhelm 1122
Paulssen, Arnold 410
Payer, Friedrich von 17*, *96*, 135, 162
Pazifismus 548, 582, 638f., 704
Pelet-Narbonne, von 736
Penner 221, 280
Peters, Wilhelm 376
Petersen, Carl *278*, 304, 1212
Pietsch 1091f.
Pietzuch, Konrad 1220
Pilotti, Massimo 603
Pirmasens 946
Pischke, Hermann *386*
Pistorius, Theodor von 184
Pius XI. 472
Pfalz (Berlin) 812, 814, 816, 819
Pfeffer, Friedrich 749, 757, 869, 955, 1216
Pfeiffer, Maximilian *95*
Philipp II. 614
Piper, Carl Anton *67*, 138, 142, 148, 168, 179, 193, 201, 203, 286, 303, 343, 360, 380, 397, 416, 419f., 436, 457, 487, 490
Planck, Erwin 1229
Poehlmann, Margarete 386, 389, 397, 402, 404, 419, 474
Poincaré, Raymond 459, 480, *493*, 497f., 500–502, 504, 506–508, 514, 524, 549, 599–602, 614, 673, 706, 720f., 725, 730, 843

Polen 129, 349, 384–386, 423, 577, 602, 607–609, 616, 723f., 730, 931f., 1162, 1187
- Deutsche Minderheit 645, 665, 723f., 1161, 1187
- Deutsch-Polnisches Liquidationsabkommen 865, 915, 931f., 943, 973, 1161
- Völkerbund 664–666, 676, 703
  s.a. *Friedensvertrag von Versailles; Handelspolitik; Handelsverträge; Konferenzen, internationale; Oberschlesien*

Politische Morde
- Erzberger 861
- Rathenau 445, 448f., 467, 527, 861
  s.a. *Fememorde; Gerichte; Republikschutzgesetz*

Polizei 631f.
s.a. *Thüringen*

Pohlmann, Alexander 249

Popitz, Johannes 752, *885*

Porsch, Felix *348*

Porrmann 1205

Posadowsky-Wehner, Arthur von *78,* 135, 162, 223, 273, 287, 358

Posen 129
s.a. *Heimatbund Posener Flüchtlinge*

Posse, Ernst 12*, 27*

Potempa 1220

Prag 577

Praschma, Hans Graf von *386*

Preise
- Preissenkung 1002, 1038, 1044, 1047, 1052
- Bierpreis 1049
- Kohlenpreise 541
  s.a. *Finanz- und Steuerpolitik; Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Löhne; Reichsbank; Reichsverband der Deutschen Industrie; Tarifauseinandersetzungen; Währung; Wirtschaftspolitik*

Presse
- Demokratische Presse 560, 811, 967
- Deutschnationale Presse, »Hugenbergpresse« 328, 464, 601, 611, 619, 624, 664, 683, 688, 701, 766, 1165
- Presseverein der DVP 1090, 1126
- Reichspresseverband 211, 210
- Sozialdemokratische Presse 90, 811
- Volksparteiliche Presse 106, 145, 523, 529, 557f., 560, 619, 666, 738, 761, 811, 815, 921, 950, 967, 1020
- Zentrumspresse 422, 967
- Einzelne Zeitungen, Zeitschriften und Korrespondenzen
  - Action Française 618
  - Die Arbeiter-Versorgung 178
  - Badische Presse 307
  - Baltimore Gazette 717
  - Berwerkszeitung 638
  - Berliner Börsen-Courier 1058, 1106
  - Berliner Börsen-Zeitung 490, 1016
  - Berliner Lokalanzeiger 213, 613, 619, 683, 813, 860
  - Berliner Morgenpost 181
  - Berliner Tageblatt 13*, 15*–17*, 25*, 9, 44, 74–77, 92, 272, 277, 677, 794, 1112
  - Berliner Stimmen 1137, 1167–1169
  - BZ am Mittag 560
  - Chemnitzer Tageblatt 222
  - Daily Telegraph 509
  - Das Deutsche Adelsblatt 858
  - Das Deutsche Volk 715
  - Deutsche Allgemeine Zeitung 167, 273, 308, 546, 662, 970, 1098
  - Deutsche Freiheit 187, 199, 256, 272
  - Deutsche Handels-Wacht 1015
  - Deutsche Juristenzeitung 77, 592
  - Deutsche Stimmen 354, 374f., 411, 1126
  - Deutsche Zeitung 216, 618, 724
  - Deutscher Pressedienst 683
  - Dresdener Neueste Nachrichten 966
  - Echo de Paris 635
  - Ere Nouvelle 635
  - Fränkischer Kurier 703
  - Frankfurter Zeitung 75, 231, 272–274, 302, 1122
  - Freiburger Zeitung 306
  - Germania 426, 617, 777
  - Hamburger Fremdenblatt 966
  - Hamburger Nachrichten 1165
  - Hamburger Stimmen 22
  - Hamburgischer Correspondent 1258

- Hannoverscher Kurier 3, 8, 13, 520, 749, 834, 966
- Heidelberger Zeitung 176, 178 f.
- Jenaer Zeitung 71
- Der Jungdeutsche 632, 919
- Juristische Wochenschrift 592
- Kladderadatsch 843, 855, 1171
- Konservative Stimmen 1171
- Kölner Tageblatt 76
- Kölnische Zeitung 12*, 5, 95, 157, 163, 192, 306, 335, 434, 581, 597, 667, 672, 677, 682, 684, 734, 852 f., 893, 940, 967, 1009, 1028, 1076, 1098
- Kölnische Volkszeitung 276
- Königsberger Allgemeine Zeitung 654, 740
- Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei 156
- Kreuzzeitung 493, 619, 686, 846
- Leipziger Neueste Nachrichten 585
- Mannheimer Generalanzeiger 306
- Münchner Neueste Nachrichten 483, 601, 1165
- Nationalliberale Correspondenz 18, 106, 111, 116, 127, 151, 181, 187, 198 f., 209, 308, 335, 388, 464, 682, 689, 738, 741, 810, 962 f., 983, 1027, 1053, 1056, 1076, 1113, 1188, 1240 f., 1258
  - Namensänderung 110 f., 116, 151
- Neue Badische Landeszeitung 278, 283
- Neue Stuttgarter Tageblatt 966
- Neue Zürcher Zeitung 855
- Niederdeutsche Zeitung 624
- Die Ostmark 640
- Petit Parisien 597, 1150
- Pforzheimer Generalanzeiger 306
- Pommersche Tagespost 687
- Quotidien 635
- Rheinisch-Westfälische Zeitung 1016
- Schaubühne 190
- Schlesische Post 364
- Stahlhelmzeitung 852
- Der Tag 490, 683, 1112
- Tägliche Rundschau 156, 181, 199, 211, 335, 431, 741, 1231
- Die Tat 1231
- Telegraphenunion 416, 683, 734
- Temps 535, 625, 635
- Theologische Literaturzeitschrift 789
- Ulk 190
- VERA-Verlagsanstalt 619
- Völkischer Beobachter 482
- Vorwärts 43, 256, 272, 617, 712, 775, 853, 904, 1112, 1231
- Vossische Zeitung 11*, 16*, 213, 626, 794, 815, 1083, 1112
- Weltbühne 190
- Welt am Montag 512, 1112
- Weser-Zeitung 1165
- Wolff's Telegraphisches Büro 257, 271, 367, 373, 406, 508, 546, 634, 691, 734, 1259
- Die Zeit 431, 470, 535, 568 f., 580, 738, 815
- Zeitschrift für den Evangelischen Religionsunterricht 789

Preuß, Hugo 59, *77*, 86, 124, 181

Preußen 86, 124, 230 f., 299, 346, 354, 359, 462 f., 526–530, 546, 708, 964, 967, 1039, 1079, 1082, 1098
- Evangelische Landeskirchen 747, 780 f., 796 f., 1152, 1170
- Koalitionspolitik
  - Kabinett Stegerwald 406–412, 453, 463
  - Kabinett Braun 1925 522, 589 f., 617, 655, 738, 746, 751, 787, 834, 910, 959, 1094
- Landesverfassung 229 f., 396
- Landtagsfraktion DVP 309, 389, 395, 399, 401 f., 411, 442, 445 f., 453, 463 f., 522, 526 f., 528–530, 560, 589, 655, 1170
- Provinziallandtagswahlen 649
- Staatsrat 653, 700, 702, 965
  - Arbeitsgemeinschaft von DVP und DNVP 653 f., 656 f., 668–676, 679 f., 682–686, 688, 700
- Verhältnis zur Reichsregierung 465, 467, 527, 530, 737
- Verwaltung, Beamtenschaft 463 f., 748

  s. a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Kirchen; Koalitionspolitik; Konkordate; Kulturpolitik; »Lutherbund«; Reichseinheit; Reichsreform; Reichsverfassung von Weimar, Art. 18*

Preyer, Dietrich *676*, 864

Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm 1164
Privatwirtschaft 1095, 1097f., 1213
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Finanz- und Steuerpolitik; Gewerkschaften; Handwerk; Mittelstand; Industrie, Industrieverbände; Reichsverband der Deutschen Industrie; Wirtschaftspolitik*
Prüssing 1187
Pünder, Hermann 664, 671, 848, 868, 940, 1132, 1182, 1213
Puttfarken, Franz 592

Quaatz, Reinhold 288, 432, 466, 474, 476, 485, 487, 490f., 864
Quarck, Carl Hermann 360
Quidde, Ludwig 190, 840

Radbruch, Gustav *450*
Rahmlow, Käte 492
Rappmundt, Erich 474
Raschdau, Ludwig von *641*
Rathenau, Walter 82, 223, 320, *332*, 334, 336, 342, 353f., 357, 413, 445, 447–449, 463, 467, 861, 970
Rathusius, von 572
Räte, Rätesystem 91–93, 112f., 136
– Arbeiter- und Soldatenräte 53, 110, 112f., 135f.
– Betriebsräte 91
– Rätekongreß (1919) 91
s.a. *Betriebsräte; Bürgerräte; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Reichsverfassung von Weimar; Wirtschaftspolitik*
Rapallo-Vertrag (1922) 577f.
s.a. *Konferenzen, internationale; Sowjetunion*
Rauch, Fritz 251, 254, 359
Raumer, Hans von 313, 321, 329, 337–339, 344, 348, 373, 393, 414f., 422, 457, 475, 735, 749, 865, 915, 973, 1015, 1091f., 1122
Rauscher, Ulrich 242, 1161
Ravené, Louis *185*, 251, 255
Rawengel, Anna Therese 72, *103*, 185, 193, 203, 288, 369
Rebmann, Edmund 14*, 18*, *7*
Redlhammer 1094
Reese, Rudolf *591*
Regh, Engelbert *581*, 771
Reichsbahn 269, 343f., 352, 443f., 496f., 501–503, 515, 851, 971, 1019f., 1020, 1024, 1124
– Reichsbahngesetz 502f., 765, 851
– Verwaltungsrat 502, 694, 1124
Reichsbank 552, 851, 1124, 1243, 1246
– Diskont 539f., 542f.
– Währung, Währungspolitik 460
s.a. *Anleihen; Devisen; Finanz- und Steuerpolitik; Hypotheken; Kredite; Preise; Währung*
Reichsbanner 134, 465, 585, 699, 709
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 699
Reichsbürgerrat s. *Bürgerräte*
Reichsehrenmal 699, 708f.
Reichseinheit 86f., 358, 367, 414, 451, 469, 584
– Einheitsstaat 182, 208, 396, 745, 750, 967
– Zertrümmerung 414
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; »Lutherbund«; Preußen; Reichsreform; Reichsverfassung von Weimar, Art. 18*
Reichsflagge 658
Reichsgeschäftsstelle s. *DVP*
Reichshilfe s. *Finanz- und Steuerpolitik, Reichsnotopfer*
Reichslandbund 473, 483, 718, 738, 1236, 1241f., 1245, 1258
s.a. *Bund der Landwirte; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Deutsche Volkspartei, Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden; Deutschnationale Volkspartei; Finanz- und Steuerpolitik; Handelspolitik; Wirtschaftspolitik; Zollpolitik*
Reichsminister, Reichsministerien
– Reichsarbeitsminister, Reichsarbeitsministerium 337
– Reichsaußenminister, Auswärtiges Amt 361, 394, 405, 413, 421, 546, 598f., 602, 718, 943

- Reichsernährungsminister, Reichsernährungsministerium 337
- Reichsfinanzminister, Reichsfinanzministerium 338f., 395, 403f., 592, 683, 691–694, 697, 917, 935, 944, 951, 971, 973, 1050
- Reichsjustizminister, Reichsjustizministerium 383, 427, 693
- Reichsverkehrsminister, Reichsverkehrsministerium 361, 376
- Reichswehrminister, Reichswehrministerium 356, 376, 631
- Reichsminister für den Wiederaufbau, Reichsministerium für den Wiederaufbau 337, 339, 354f.
- Reichswirtschaftsminister, Reichswirtschaftsministerium 336–338, 348, 351, 354f., 365, 375, 483, 896, 910

Reichspartei des Deutschen Mittelstandes s. *Wirtschaftspartei*

Reichspost 971, 1024

Reichspräsident
- Ausbau der Machtbefugnisse 744f., 856, 1186
- Notverordnungsrecht s. *Reichsverfassung, Art. 48*

s. a. *Diktatur, Parlamentarismus*

Reichspräsidentenwahlen 187, 357f., 390, 468f., 586–588, 1206
- Kandidatur Damaschke 193, 198
- Kandidatur Duesterberg 1206
- Kandidatur Jarres 587f., 698
- Kandidatur Hindenburg 187, 191–193, 198, 586–588, 590, 593, 1206f., 1216
  - Sahm-Ausschuß 1206
- Kandidatur Hitler 1206f.

Reichsrat 496, 509, 511, 535, 631

Reichsreform 745, 749, 810, 866f., 918, 952, 959, 967, 976, 980, 991, 999, 1007, 1042, 1047, 1051, 1108, 1114, 1123, 1147, 1189, 1244

s. a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; »Lutherbund«; Preußen; Reichsreform; Reichsverfassung von Weimar, Art. 18*

Reichssparkommissar 690, 867, 947

s. a. *Finanz- und Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik*

Reichstag 509, 515
- Ältestenrat 1230
- Auflösung 569, 1096, 1209, 1250
- Reichstagsausschüsse
  - Auswärtiger Ausschuß 414, 730, 1160, 1165
  - Bildungsausschuß 732f.
  - Haushaltsausschuß 1133, 1140
  - Rechtsausschuß 450, 467
  - Sozialpolitischer Ausschuß 757, 796, 1017
  - Wirtschaftsausschuß 414
- Reichstagspräsidium 1143, 1157–1159, 1227

Reichsverband der Deutschen Industrie 130, 255, 440, 470f., 503, 657, 691, 841, 909, 945, 1163

s. a. *Gewerkschaften; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Arbeiterausschuß; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe; Industrie, Industrieverbände; Löhne; Preise; Tarifauseinandersetzungen; Wirtschaftspolitik*

Reichsverfassung (1871) 83f.

Reichsverfassung von Weimar 230, 293, 457, 585, 788f., 984, 1095, 1192f., 1244, 1248, 1257
- Artikel 18 381, 385, 538f.
- Artikel 48 592, 959, 968, 1012, 1017, 1033, 1055, 1135, 1244
- Artikel 54 744, 856, 1101
- Artikel 85 1101
- Artikel 174 733
- Verfassungstag 469

s. a. *Diktatur, Ermächtigungsgesetze; Nationalversammlung; Novemberrevolution; Parlamentarismus; Räte, Rätesystem; Reichspräsident; Reichseinheit; Reichsreform*

Reichswehr 177, 282, 302, 482, 712f., 719, 721
- Kapp-Putsch 252, 262f.
- Panzerkreuzer A 744, 782
- Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Verbänden 712
- Zusammenarbeit mit Roter Armee 712

Reichswirtschaftsrat 175, 302, 324, 331, 353, 756, 1124
s.a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Räte, Rätesystem; Reichsverfassung von Weimar; USPD; Wirtschaftspolitik*
Reimar Hobbing-Verlag 308
Reincke-Bloch, Hermann 125, 280, 430, 443
Reinhardt 64f., 234
Reinhold, Peter 683, *691*, 916f., 1050
Renten
- Invalidenrenten 1199
- Kleinrentnerversorgungsgesetz 750
- Witwenrenten 118
s.a. *Erster Weltkrieg; Frauen; Kriegsbeschädigte; Preise, Sozialversicherung*

Reparationen 405f., 414, 459, 473, 497, 500, 505, 512f., 514, 535, 540f., 559, 587, 749, 849
- Annuitäten 471, 495, 843, 848, 857
- Dawes-Plan 493–499, 535, 572, 576, 615, 662f., 703, 705, 719, 765, 795, 839, 842–846, 850f., 862, 898f.
- Haager Konferenzen 747, 839, 845, 847f., 852–855, 864, 883, 898, 906, 943, 973, 985
- Konferenz von Spa 309, 313–333, 335–338, 340–342, 361, 376, 421, 843, 849
- Lausanner Reparationskonferenz 1932 1235
- Londoner Gutachten 493, 501, 504f., 513, 523–525, 530f., 534, 537f., 541–544, 548, 550–552, 559, 562, 565f., 575
- Londoner Konferenz 1921 405, 413–415, 512, 552, 571, 671
- Londoner Konferenz 1924 493, 496f., 505, 509, 511, 513, 524, 542, 548, 550, 552f., 559,
- Londoner Ultimatum 1921 421, 423–430, 432f., 495, 671, 705, 862
- Londoner Zahlungsplan 1921 405f., 408, 411, 413–416, 421, 426, 433, 439, 512, 552, 570, 572f., 576, 615, 765
- Paris, Pariser Beschlüsse (1921) 405, 413f., 424f.
- Pariser Sachverständigenkonferenz 747, 765, 786, 794–796, 804f., 838, 841, 844, 847f., 883
- Transfer 662f., 704f., 719, 749
- Youngplan 747, 794f., 837–839, 841–852, 855–859, 862, 865–867, 883, 889, 898–900, 910, 915f., 925, 931–934, 941–943, 962, 971, 973, 1007, 1014, 1028, 1102, 1160f.
  - Revision des Young-Plans 1114, 1119, 1132, 1146, 1149, 1161, 1163–1166, 1171

Republik 173, 450, 454, 456
s.a. *Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Diktatur; Liberalismus; Parlamentarismus; Reichspräsident; Reichsverfassung von Weimar*
Republikschutzgesetz 445, 449–451, 457, 467
s.a. *Gerichte; Fememorde, Politische Morde*
Retzmann, Heinrich 836, *909*, 1127f., 1244
Reusch, Paul *842, 870*
Revolution s. *Novemberrevolution*
Rheinbaben, Werner Freiherr von 196, *199*, 201–204, 210, 221, 307, 313, 322, 332, 342, 369, 428, 475, 580, 865, 1126
Rheinhessen 130
Rheinische Republik s. *Separatismus*
Rheinland 191, 411, 458, 298, 591–593, 600f., 610, 613, 618, 633, 641–644, 667, 682, 689, 708, 931, 1007, 1050f.
- Interalliierte Rheinlandkommission 524, 611, 613, 633
- Rheinlandbesetzung 64, 421, 459, 477–479, 852–854
- Rheinlandräumung 614, 661–665, 703, 730, 864f., 980, 982, 1101
s.a. *Amnestie; Besetztes Gebiet; Botschafterkonferenz; Delegiertensystem; Entwaffnung; Entente; Frankreich; Großbritannien, Separatismus; Thoiry; Währung*

Rheinprovinz 64, 207
Richert, Hans *180*
Richter, Ernst von *4*, 7, 28, 30–35, 138f., 164, 168, 179, 189, 192f., 286, 290, 298, 303, 309, 311, 313, 343, 346, 348, 359, 369, 380, 382, 385–388, 397, 402, 404, 420, 431, 438, 441f., 446, 467, 474, 476, 487f., 517, 522, 589, 617, 738, 742, 779
Richter, Eugen 656

Richthofen, Hartmann Freiherr von 11*, 14*–18*, 21*, 26*, *9*, 75, 596
Riedler 69
Riesener 940
Rießer, Jacob 11*, 19*, 4, 13, 17, *47*f., 67–69, 139–140, 152, 155, 159–162, 164, 166–168, 179, 191, 196, 201f., 206, 210f., 218f., 221, 241, 244–246, 247–249, 264, 269, 286, 303, 310, 343, 357, 360, 391, 397, 404, 415, 419, 458, 487, 742, 876, 1209
Rippler, Heinrich 288, *431*
Rode, Hermann 952, 1086, 1090, 1092, 1200, 1205, 1244
Röchling, Karl *27*, *7*
Röper, Erich 1215, 1244
Roeschmann, Hermann *437*, 711, 743, 761, 1091f.
Roesicke, Gustav 473
Rolin 603
Rose, Hermann 13, *15*, 31, 50–52, 63, 65, 136, 138–141, 148, 152f., 155, 165, 167–169, 171, 173–175, 179–182, 186f., 189, 195f., 200f., 206, 209–211, 215, 218, 220f., 228, 231, 233f., 251, 270, 280, 313, 342f., 350, 360, 380, 387f., 390, 397f., 401f., 404, 420, 431, 434, 474, 520
Rose, Otto 14*, 31*, 22, 30, 41f., 48, 63, 107, 113, 139, 148, 168, 203, 280
Rosenberg 471
Roter Frontkämpferbund 709
s. a. *KPD*
Rüdesheim 697
Ruhrgebiet
– Besetzung 317, 424, 459f., 461f., 465, 472–474, 478–480, 498, 513, 523, 564, 600, 628, 845
– Passiver Widerstand 461, 472, 477f., 480
– Räumung 504, 506f., 523, 569f., 621, 1050
s. a. *Amnestie; Besetztes Gebiet; Botschafterkonferenz; Delegiertensystem; Entwaffnung; Entente; Frankreich; Großbritannien; Separatismus; Währung*
Rumänien 645, 666
Runkel, Heinrich 386, 580, 732–735, 862f., 1090
Rupp, Karl *146*
Rußland s. *Sowjetunion*

Saarland 103, 572f., 634f., 676, 725, 1051, 1120
– Abstimmung 572f., 634f., 853
– Rückgliederung 661–663, 703, 705, 853
Sachs, Hans *19*, 38, 54, 62, 68, 70f., 138–142, 148, 154–157, 159, 167–169, 175f., 178f., 181, 185f., 191, 196, 200f., 202f., 207f., 213, 216, 221, 233, 286, 288, 303, 305, 308, 343, 355, 358, 389, 622
Sachsen 36f., 375, 750, 951, 1042f.
– Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands 659f.
– NSDAP 1030, 1042
– Reichsexekution 481, 485, 658f.
– Regierung Buck 410f.
– Regierung Bünger 951, 1029
– Regierung Heldt 659
– Regierung Zeigner 466, 475, 481
– Wahlen 1920 387, 396f., 410, 836
– Wahlen 1926 658f.
– Wahlen 1930 961–963, 965, 979, 982, 993, 999–1001, 1023, 1027–1031, 1036f.
– Wehrverbände 658f., 695, 709
Sachsenberg, Gotthard 1059, 1085
Saemisch, Friedrich 947
Sahm, Heinrich 1206
Sahm-Ausschuß s. *Reichspräsidentenwahl*
Saigge 152
Salomon, Richard 280
Sammlungsbestrebungen, bürgerliche 74–77, 160, 164f., 178, 297, 300, 392–395, 933, 963, 991, 1056, 1058–1062, 1064f., 1070, 1074–1082, 1084–1087, 1096–1101, 1105f., 1113f., 1116f., 1153, 1156–1162, 1167f., 1212
s. a. *Deutsche Volkspartei, Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden; Deutschnationale Volkspartei; Deutscher Nationalverein; Fusionsfrage; Liberale Vereinigung; Koalitionspolitik*
San Salvador 665f.
Sartorius, Otto 368, 397, *420*, 431, 492, 581
Sauerborn, Georg 40*, 761, *809*, 825f., 830, 836, 862, 952, 980, 999, 1051, 1081,

1090, 1092f., 1175, 1179, 1200, 1241, 1244
Saust, Klara 24, 48, 67, 69f.,139f.
Seibert, Theodor *342*
Seitz, Theodor *185*
Schacht, Hjalmar 12*, 19*, 21*, 23*f., *84*, 502f., 518, 552, *765*, 794, 841, 843f., 852, 885, 888, 890, 899, 911, 918–920, 922, 935, 945, 971, 973, 1038, 1156, 1163, 1213
Schäffer, Hans 945, 1221
Schätzel, Georg 1033
Schaller 53
Schanghai *729*
Scheer, Reinhard *185*
Scheel, Otto 369
Scheidemann, Philipp *9*, 80–82, 84, 92, 198, 199, 250, 275f., 295f., 320, 378
Scherl-Verlag 683, 1249
s. a. *Presse, Deutschnationale Presse*
Scheveningen 860
Schian, Martin *301*, 369
Schieck, Walter 1029
Schiele, Georg Wilhelm *259*, 597, 715, 717, 738, 976, 1002, 1061
Schietrumpf 393
Schiffer, Eugen 27*, 48, 223, 234, 267, 277f., 326, *344*, 348, 357, 365, 378, 381, 423, 432
Schiftan, Franz 151, 301, 397, 475, 594, 649, 736, 738, 743, 761, 836, 1093, 1240, 1242, 1247
Schiller, Friedrich 582, 1113
Schilling 24
Schindler, Paul 420, 492, 743, 761
Schlange-Schöningen, Hans *622*, 688
Schleicher, Kurt von 301, 1205, 1213, 1231–1234, 1229, 1231–1234, 1236, 1240, 1242, 1247
Schlesien 451, 458, 787, 840, 865
Schlichtung s. *Tarifauseinandersetzungen*
Schleswig-Holstein 272, 299, 386
Schleusener, Hermann 249
Schlieben, Otto von 717
Schlottner, Erich Heinz 47*, 281
Schmelzer, Wilhelm *1120*, 1122f., 1125
Schmid, Carl Christian 590, 869, *811*f., 834, 954, 1069, 1159
Schmidt, Hermann 865, *872*, 875
Schmidt(-Hirschberg), Max 743, 860, 1090–1094
Schmidt, Robert *355*, 426, 935
Schmidtgall 119
Schmitt, Josef 1116
Schmittmann, Benedikt *384*
Schmitz, Wilhelm *642*
Schmutz- und Schundgesetz 402f., 591
Schnee, Heinrich *563*f., 728–730, 730, 819, 865, 869, 1115, 1133, 1150, 1187, 1205, 1208
Schneider, Kurt 136
Schneider, Rudolf 360, 429, 457, 749, *1123*, 1204f., 1206
Schnell, Wilhelm 760, 969, 975f., 1090–1094, 1153f., 1179, 1200
Schoch, Karl Ritter von 288, 342, 437, 449, 583, 688
Schöler 263
Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz 27*, 4, *7*
Schönherr, Franz 196, 201, 210, 221, 251, 286, 303, 313, 343, 360, 380, 416, 419, 436
Schönrock 649, 736
Scholz, Ernst 32*, 38*, 42*, *19*, 288, 313, 317f., 321, 324, 326, 329–332, 337, 348, 351–355, 360, 363f., 367, 373, 375f., 384f., 387, 414f., 485–487, 586, 596, 520, 634, 644, 647, 649f., 652, 654, 710, 714, 732, 742, 743f., 760, 762f., 772, 777, 800, 803, 805, 807, 809–812, 814, 816f., 819f., 823, 825–829, 834–837, 868–870, 872f., 875f., 878, 882, 884, 902, 931f., 937, 940–943, 949–952, 954, 956, 958f., 963, 968, 975, 977, 980–982, 984, 986f., 993, 997f., 1000, 1006, 1009, 1012, 1014–1016, 1019, 1021f., 1024, 1027, 1040, 1044, 1047f., 1050–1054, 1056f., 1059, 1061, 1063f., 1067–1070, 1072f., 1075–1077, 1081, 1083f., 1087, 1089–1095, 1097f., 1105, 1113, 1116, 1120, 1123, 1125, 1127, 1130, 1135, 1141, 1143, 1147, 1153, 1157–1159, 1179, 1208
Schowalter, Johann Heinrich August *20*, 35, 47, 50, 64, 96, 135, 138, 151, 252, 300
Schrader, Georg 66
Schroeder, Kurt von 1232

Schröder, Paul 679, 1216
Schultz, Georg 152, *162*, 166
Schultz, Ludwig *130*, 300, 360, 380, 388f., 404, 419, 431, 435
Schücking, Walter 22*, 37, *190*, 365
Schütz, Peter 153, 169f., 172, 179, 183, 191, 193f., 196f., 201, 210, 221, 229, 231, 241, 251, 286, 303, 313, 343, 380, 388f., 397, 402, 404, 416, 419, 431, 436, 581, 743, 761, 834, 1093f., 1207
Schule 102f., 177, 180, 225, 380, 441, 619, 732–734
– Einheitsschule 102, 125, 177, 180, 442
– Gemeinschaftsschule 733–735
– Grundschule 125f., 177
– Höheres Schulwesen 125f., 177
– Konfessionelle, Bekenntnisschule 232, 733, 735
– Minderheitsschule 723
– Privatschule 177
– Reichsschulgesetz 177, 464, 732–735, 778, 901
– Reichsschulkonferenz 225
– Simultanschule 232, 441, 733, 735
– Volksschule 466
– Volkshochschule 126
– Weltliche Schule 441f.
– Weimarer Schulkompromiß 442
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Kirchen; Konkordat; Preußen*
Schulte, Otto *25*
Schultze-Pfälzer, Gerhard *248*, 251
Schulz, Hermann 742
Schulze, Rudolf 692
Schuster, Hermann 360, 370, 460, 761, *789*, 794, 796, 807, 809f., 817f., 831–834, 867, 1040, 1044, 1079, 1156, 1159, 1164, 1173, 1187
Schwabach, Felix von 27*, *197*, 201, 210, 221, 228, 251, 253–255, 268, 286, 288, 303, 343, 346, 393
Schwalm, Heinrich 1091–1093
Schwander, Rudolf 27*
Schwarz, Martha 202, *210*, 221, 251, 380, 388, 404, 416, 419, 431, 436, 649, 760
Schwarze, Gustav 581, 711, 736, 742, 743, 760
Schwarzer, Georg 246, 251
Schwarzhaupt, Wilhelm *589*
Schweiz 346
Schwendy, Gottfried 748, 761, 807
Schwennicke, Carl Hubert 46*, 837
Seeckt, Hans von 234, 243, *376*, 478, 482, 578, 631, 1090f., 1093f., 1156, 1164, 1254
Segall, Sali 12*
Seipel, Ignaz *577*
Selbstbestimmung, Selbstbestimmungsrecht 203, 616, 706
Seldte, Franz *548*, 856, 861, 1237
Selves, Louis de 501
Semmler, Friedrich Wilhelm *205*, 221
Separatismus 224, 385, 533
– Bayern 87, 202, 476
– Hannover 87, 124
– Oberschlesien 624
– Rheinland 104, 130f., 232, 500, 614
Severing, Karl 256, 328, 330, *409*f., 435, 442, 456, 460, 464–466, 517f., 565, 590, 663, 860, 937
Siemens, Carl Friedrich von 77, *204*, 207, 1019f.
Silberberg, Ludwig 12*, 13*
Silverberg, Paul *657*, 696f.
Simons, Walter *314*–319, 322–334, 336, 340f., 363, 376–378, 394, 405, 411, 413–415, 421f., 477
Sinowjew, Grigorij 382*f.*
Sinzheimer, Hugo 91, 1138
Skrzynski, Alexander Graf von *609*
Snowden, Sir Philip *844*f., 847f.
Solf, Wilhelm *203*, 1212
Sorge, Kurt *197*, 312f., 329, 339, 460, 490, 492, 626
Sowjetunion 203, 327, 377, 432, 448, 604, 607, 721, 1103
– Berliner Vertrag 754
– Frankreich 578
– Polen 607
– Vertrag von Rapallo 577f.
– Russisch-Polnischer Krieg 320, 349
– Völkerbund 545, 603–605
s.a. *Handelspolitik; Handelsverträge; KPD; Marxismus*
Sozialdemokratische Partei Deutschlands 9, 80f., 94f., 390, 450f., 592f., 744, 782, 1158
– Beamte 99
– Erfurter Programm 69, 172, 292

- Görlitzer Programm 292, 431f., 453, 455, 861
- Reichstagsfraktion 712f.
- USPD 80, 199, 433
  s.a. *Deutsche Volkspartei, Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden; Finanz- und Steuerpolitik; Gewerkschaften; Koalitionspolitik; KPD; Löhne; Tarifauseinandersetzungen; Preise; Preußen; USPD; Wirtschaftspolitik*

Sozialisierung, Sozialisierungsfrage 90f., 353f., 372f., 393, 396, 473, 1095
s.a. *Betriebsräte; Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Handel, Industrie und Gewerbe; Deutscher Industrie- und Handelstag; Gewerkschaften; Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie; Industrie, Industrieverbände; Räte, Rätesystem, Reichsverband der Deutschen Industrie, Reichsverfassung von Weimar; Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Wirtschaftspolitik*

Sozialismus 582f., 964, 1220

Sozialpolitik 718, 1148, 1195

Sozialversicherung, -spolitik 1002, 1039
- Invalidenversicherung 945, 1199
- Krankenversicherung 1041
  s.a. *Arbeitslose, Arbeitslosenversicherung; Erster Weltkrieg; Kriegsbeschädigte; Renten*

Spahn, Martin *716*

Spahn, Peter *344*f., 348

Spangenberg, Otto 981, 1083

Spanien 840

Specht, Hugo 1092, 1157, 1160

Spickernagel, Wilhelm 581

Spiecker, Carl *1139*

Spieß, Eduard 24*, 34*, 66, 124, 127, 145, 196, 199, 201, 251, 256, 269, 271, 313, 343, 388, 416, 594, 743, 760, 1126

Spitzenfaden, Friedrich 1092f.

Staatsangehörigkeit 746

Stadthagen, Hans *6*

Staffehl, Hermann 653

Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 466, 547f., 632, 658f., 695f., 699, 708, 744f., 750, 823, 851f., 856f., 860, 1231
s.a. *Deutsche Volkspartei, Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden*

Stahlknecht 942, 1090, 1092, 1172, 1244

Stalin, Josef 333

Sthamer, Friedrich *335*, 390

Stauß, Emil Georg von *186*, 260, 305f., 316, 389, 393, 416, 431, 436, 443, 490, 492, 581, 710, 743, 760, 911, 1090, 1192, 1094, 1143, 1159, 1178, 1216

Steffens, Wilhelm 568, *594*, 649, 736, 740, 760, 867, 1105

Stegemann, Hermann *523*

Stegerwald, Adam *44*, 209, 392, 394f., 409, 421, 453, 948, 1009, 1011, 1025f., 1033, 1138f., 1231, 1237

Steinbauer, Rudolf 251

Steinkopf, Willy *1112*

Steiner, Hermann 393

Steinert 129

Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum 182, *428*, 483, 643, 687

Stein-Hardenbergsche Reformen 100

Stendel, Ernst *64*f., 251, 256, 280, 474, 743, 747f., 760f., 763, 774, 784, 787f., 797, 813–815, 827f., 831f., 834, 836, 879–881, 959, 980, 1040, 1075, 1088, 1092–1094, 1111, 1124, 1152f., 1169, 1254

Stettin 252

Stettiner, Paul 28*, *4*, 32, 63, 65, 280, 675, 760, 816, 939, 942, 1086, 1200

Steuern s. *Finanz- und Steuerpolitik*

Stingl 518

Stinnes, Hugo 255, 288, *308*, 313, 315f., 318–323, 329, 332, 334, 339–341, 353, 354, 364, 391, 414f., 422, 432, 447f., 471, 476, 479, 845

Stinnes-Konzern 447

Stock, Christian 356

Stocksiek, Hermann 46*, 152f., 169, 179, 196, 201, 210, 251, 343, 380, 388f., 397, 404, 431, 436, 489, 649, 736, 760f., 876

Stöcker, Adolf 97

Stolberg-Wernigerode, Albrecht Graf zu 474f., 594, 665, *685*, 828f., 865, 867, 1091, 1093, 1187, 1242

Stolper, Gustav *1036*, 1088

Strasser, Gregor *855*, 1132, 1142, 1168, 1229, 1237
Strasser, Otto 1030
Streiks 132, 238, 241f., 247, 258, 261f., 264, 268f., 271, 276, 280, 283, 300, 391, 394
Streiter, Georg 26*, 13, *14*, 146, 183, 301, 360, 380, 388, 392, 397, 419, 431, 492, 565, 581, 594, 649, 736, 740, 743, 760, 1090–1094, 1111
Stubmann, Peter 27*
Stuttgart 252, 257, 271, 276, 279, 419, 446, 601f., 970
Sudetendeutsche 639
Südafrika 731, 1171
Südekum, Albert *238*, 259, 262, 861
Süddeutschland 32, 172f., 207, 286, 288, 295, 299, 304f., 356, 379, 396, 408, 417ff., 967, 1099, 1108, 1114, 1126
– Kapp-Lüttwitz-Putsch 251, 260, 266, 271, 275, 356
s.a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse, Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform; Einheitsstaat; »Lutherbund«; Reichseinheit*
Südtirol 394
Szagunn, Ilse *48*f., 51, 65, 71, 101, 107, 110, 176, 1067, 1080

Tantzen, Theodor 251
Tardieu, André *661*, 850
Tarifauseinandersetzungen
– Ruhreisenstreit (1928) 753, 757
– Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie (1930) 1138f., 1142
– Schiedsspruch von Bad Oeynhausen (1930) 966, 974, 1002, 1011
s.a. *Finanz- und Steuerpolitik; Gewerkschaften; Industrie, Industrieverbände; Löhne; Preise; Reichsbank; Reichsverband der Deutschen Industrie; Tarifauseinandersetzungen; Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Wirtschaftspolitik*
»Tatkreis« 1231
Tauroggen 722
Teicke, Charlotte 148, 196
Tetzlaff 18, 359
Thaer, Clemens *197*, 233, 251, 358, 402
Thiel, Otto *18*, 184, 191, 196f., 201, 210, 219–221, 228, 251, 254, 280, 286, 288, 301, 303, 305, 312, 360, 380, 388, 391f., 395, 419f., 428, 436f., 443, 492, 568, 580f., 591, 594f., 649, 735, 739, 741, 742, 743, 749, 758, 760f., 884, 926, 928f., 951f., 999, 1004, 1006, 1009, 1017, 1019f., 1022, 1045f., 1048, 1057, 1069, 1091–1093, 1159, 1191, 1204f., 1208, 1216
Thiele, Georg 126f., 359
Thissen, Hermann Josef 21*, 13, *14*, 18, 30, 33, 40f., 146, 157, 359
Thoiry 661f., 673, 703–705, 720, 853
s.a. *Frankreich, Rheinland*
Thomas, Fritz 313, 1090
Thümmel, Wilhelm *71*f.
Thüringen 335, 475, 481, 961, 1034f., 1042f., 1190
– DVP-Landtagsfraktion 980
– Regierung Baum 961, 1034f., 1042f., 1113
– Regierung Paulssen 410
– Polizeikonflikt 651
– Reichsexekution 481
Thyssen, Fritz 974
Tiedje, Johannes 299
Tiedjesche Linie 299
Tirol 723
Tirpitz, Alfred von 494, *547*
Tokio 203
Trampler, Kurt 492, 581
Traub, Gottfried 26*, *78*f., 205, 223, 225f., 240, 244 , 259, 601, 674
Treitschke, Heinrich von *1121*
Treviranus, Gottfried Reinhold 671, 934, *976*, 1007, 1033, 1059, 1061, 1081, 1119, 1132, 1151, 1161, 1170, 1172
Trimborn, Karl 277, 283, 300, *303*, 310, 382, 407
Tropfke 286
Trotzki, Leo *333*
Trunk, Gustav 408
Trucksaess, Karl 37*, 43*–48*, 8, 138, *145*, 147f., 152f., 157, 168f., 175f., 179, 196f., 201, 210, 220f., 233, 241, 258, 263, 286, 303f., 307, 313, 343, 349f., 359, 388, 397, 402, 404, 416, 419, 431, 436, 443, 446, 580, 594, 649, 667, 736, 743, 760f., 837, 1050

Tschechoslowakei 607, 640, 645, 665 f., 723, 1161 f.
Türkei 851

Ullstein, Louis *213*
Ullstein-Verlag 213
Ulm 378
Ulrich, Carl 375, 408
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 80, 109, 165, 199, 349, 382 f., 449, 451, 456, 465, 468
s. a. *Betriebsräte; Räte, Rätesystem; Marxismus*
Ungarn 646, 725
Uniformverbot 1168
Universitäten 301
USA s. *Vereinigte Staaten von Amerika*

Vandervelde, Emile *608*, 616, 622, 644
Vaterländische Verbände 548, 695–697, 699
Verband Sächsischer Industrieller 910
Verein für das Deutschtum im Ausland 641, 1156
Vereinigte Staaten von Amerika 212, 422, 427, 432, 497 f., 525, 535, 542, 576, 607, 638, 846
– Anleihen an Deutschland 637 f.
– interalliierte Schulden 846 f.
– Young-Plan 846 f.
s. a. *Anleihen; Devisen; Friedensvertrag von Versailles, Reichsbank; Reparationen; Währung*
Vereinigte Vaterländische Verbände 695–697, 699
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 749
Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen s. *Langnamverein*
Vitznau 837, 855, 859
Vögler, Albert 25, *28* f., 35–40, 42–45, 68, 70, 138–144, 147, 152–155, 157, 163, 169–172, 179, 196, 200, 207 f., 209, 214, 221, 224, 226–228, 255, 276, 289, 303, 307–309, 353 f., 359, 391, 422, 432, 479, 488, 490, 651, 653, 765, 794, 809, 841, 859 f., 1148, 1199
Völcker, Carl 1138
Völker, Wilhelm 1094

Völkerbund 11, 179 f., 181, 202 f., 328, 525, 579 f., 605, 608, 629, 633, 663, 681, 703, 705, 707, 728, 730, 747, 854
– Art. 6 610
– Art. 15 608
– Art. 16 603–607, 634
– Art. 19 607
– Beitrittserwägungen 534, 525, 543–546, 563, 602 f., 605, 610, 644, 681
– Minderheitenfrage, -schutz 640, 645, 665
– Mitgliedschaft 525, 579, 601, 629, 640, 645 f., 656, 664–666, 686, 699, 720, 723, 725
– Oberschlesien-Beschluß 440, 723
– Protektorat über das Rheinland 525, 544
– Völkerbundsrat 606, 645 f., 664 f., 723, 725, 853, 1159
Vogel, Paul 19*, 22*, 28*, *4*, 6 f., 17, 45 f., 195 f., 281, 445, 594, 650
Vogelstein, Theodor 12*, 13*, 17*
Voigt, Jane 118, 135
Volksbegehren, Volksentscheide 744, 838, 855–857, 860, 862, 864, 909, 934
s. a. *Fürstenabfindung*
Volksnationale Reichsvereinigung 966, 969, 1088
Volksbund für das Deutschtum im Ausland 723

Währung, Währungsfrage 433, 446, 457, 475, 478–483, 496, 535, 592, 704, 844, 1213
s. a. *Devisen; Erfüllungspolitik; Finanz- und Steuerpolitik; Frankreich; Löhne; Preise; Wirtschaft*
Waffenstillstand 81 f., 167
Waffenstillstandskommission 103
Wagner 13
Wagner, Siegfried 1178
Wahlen zur Nationalversammlung 77, 122, 961
– in Bayern 119–121
– Wahlaufruf 10–13
Wahlen zum Preußischen Landtag 351–357
– 21. Februar 1921 351, 354 f., 368 f., 390, 396, 406, 428
– Termin 348, 353, 390

– 7. Dezember 1924 517, 522
– 24. April 1932 1215
Wahlen zum Reichstag
– Forderung nach Neuwahlen 1919/20 19, 70, 95, 204, 206, 208, 235, 258, 273, 275, 279, 281, 283, 290
– 6. Juni1920 174f., 183–186, 191–193
– Reichsliste 286–288, 312
– Wahlkampf 206f.
– Wahlaufruf 288f.
– Wahlergebnis 303–313
– 4. Mai 1924 493–495, 536, 685
– Wahlaufruf 491
– Wahlkampf 493–495
– 7. Dezember 1924 568f., 580, 623
– 20. Mai 1928 736–742
– 14. September 1930 1123, 1131, 1201
– Wahlaufruf 1077f., 1080, 1084, 1100f., 1105–1114, 1120, 1124, 1127–1129
– Wahlkampf 1055, 1064, 1066f., 1070, 1074f., 1077, 1080, 1083f., 1094, 1099–1101, 1104f., 1108, 1110, 1113, 1125, 1128, 1131f.
– Kandidaturen 1074f., 1078f., 1105, 1107, 1124
– Reichsliste 1090–1094, 1110, 1120, 1123f., 1127f., 1130
– 31. Juli 1932 1209–1216
– 6. November 1932 1217–1226
– 5. März 1933 1239, 1240–1250
Wahlrecht, Wahlgesetz 174, 186, 207, 217, 288, 369, 390, 538, 745, 749, 960, 992
Wahlrechtsreform 96, 538, 745, 771, 1034, 1104, 1166f., 1186, 1244
Wallis, Wilhelm 280, 429, 623, 682, 920, 1042
Wallraf, Max *465*, 554, 716, 1202
Walter, Paul 474, *679*, 708
Wangenheim, Konrad Freiherr von *259–261*, 266, 268
Warmbold, Hermann *1235*
Warburg & Co. (Hamburg) 765
Warschau 349, 608, 1161
Watter, Oskar Freiherr von *256*
Wauer, William 238, 252
Weber, Alfred 11*, 13*, 14*–18*, 20*–22*, 24*, 26*, 28*, *74*, 1212
Weber, August 1212
Weber, Carl August 28*, *3*, 4, *7*
Weber, Max (Rechtsanwalt) 555, 583
Weber, Max (Soziologe) 13*, 22*
Wehrverbände 658, 660, 695f.
– Werwolf 658, 695
– Wiking 658, 695
Weilburg 674
Weimar 1190
Weismann, Robert 311, *775*, 888, 1182
Wels, Otto 234, 241, 390, 617, 1133
Weltwirtschaftskrise 865, 973, 1122, 1181
s. a. *Devisen; Finanz- und Steuerpolitik; Löhne; Preise; Währung*
Wenderoth, Oskar 19, *101*, 127, 1215, 1244
Wenken (Generalsekretär) 195, 302, 360, 395, 492, 581
Wentz 475, 748, 1244
Wentzcke, Paul 152, *153*, 198, 402, 431, 650, 710
Werbelmann, Hans 1071, 1073, 1167, 1169, 1174, 1188
Wesel 570
Westarp, Kuno Graf *205*, 214, 223f., 226, 243, 287, 366, 378, 407, 596, 672, 714, 736, 839f., 846, 853, 856, 1055–1061, 1150, 1202
Westermann, Heinrich 342, 397, 459, 580
Westfalen 125, 190, 214, 254, 562, 641
Wiedfeldt, Otto *316*
Wieland, Philipp 12*, 19*, *306*
Wiemer, Otto 19*, 4, 286, 360, *380*, 388f., 404, 419, 431, 436
Wienbeck, Erich *872*
Wiesner, Max *75*
Wilckens 33*
Wilda 1093
Wildermuth, Eberhard 1212
Wilhelm I. 604
Wilhelm II. 212, 558
Wilhelm, Prinz von Preußen 86, 450, 484
Wilke 581
Wilna 1162
Wilson, Thomas Woodrow *81f.*, 88, 422
Windthorst 653
Winnefeld, August 25, *392*, *568*, 594, 649, 736, 741, 743, 749, 760, 869, 1019, 1090–1094, 1216
Winnig, August *252*, 255, 275

Winterfeldt, Detlof von *249*
Winschuh, Josef 1058
Wiesbaden *746*, 1122
Winkhaus 651
Winzer 588 f., 592
Wiskott, Walter 651
Wirth, Joseph *319*–322, 329, 335, 338 f., 341, 344, 377, 403, 426 f., 433–435, 439, 617, 689, *778*, 853 f., 885, 1033, 1139 f.
Wirtschaft 95, 414 f., 454, 452, 471 f., 478, 537, 570, 626, 704, 749, 1122, 1193 f., 1235
s. a. *Deutsche Volkspartei, Geschäftsführender Ausschuß, Reichsausschüsse; Deutsche Volkspartei, Parteiprogramm; Deutscher Industrie- und Handelstag; Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie; Industrie, Industrieverbände; Löhne; Preise; Reichsverband der Deutschen Industrie, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Zwangswirtschaft*
Wirtschaftsdemokratie 181, 756 f.
Wirtschaftspartei 582, 660, 695, 908, 934, 969, 1125, 1181
Wirtschaftspolitik 364, 427, 433, 470 f., 759, 1040, 1148
– Zwangswirtschaft 147, 397
Wissell, Rudolf 890, 937
Witkowski, Felix Ernst 328
Wittenberge 97
Witthoeft, Heinrich 360
Wittig, Gustav 65, 195, 280, 360, 649, 736, 761
Wittke, Wilhelm *910*, 974
Witzmann, Georg 302, *1190*
Wohlfahrtsunterstützung s. *Arbeitslosigkeit*
Wohnungsfrage 539
– Mietgesetzgebung 539, 591
s. a. *Steuer- und Finanzpolitik; Zwangswirtschaft*
Wolf, Gertrud *492*, 581, 649, 743, 760 f., 1006, 1092
Wolff, Philipp 151
Wolff, Theodor 11*, 13*–18*, 20*, 22*, 24*, 26*, 29*, 9, *74*, 76 f., 107, 1109
Wrisberg, Ernst von 243
Wüllen-Scholten 393
Württemberg 141, 254, 305 f., 335
– Fusion von DVP und DNVP 119, 216
– Landtagswahlen 1928 1087
– Württembergische Bürgerpartei 305
Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund 119
Wulle, Reinhold *378*
Wunderlich, Johannes 588, 592 f., 650
Wyneken, Alexander 14*, 27*, *140*

Yorck von Wartenburg, Hans David Ludwig *722*
Young, Owen D. 747

Zabel, Hans 195, *360*
Zahn, Heinrich 952, 1092, 1172
Zaleski, August *723*, 1161
Zapf, Albert *339*, 389, 407, 437, 449, 491, 525, 543, 760, 766, 833, 837, 857, 869, 906 f., 1089–1094, 1111, 1199, 1216, 1243, 1246 f., 1249, 1251 f., 1255, 1257
Zarden, Arthur 947
Zaunius, Dovas 1162
Zehle, Georg *743*, 760 f., 784, 809–811, 822, 833–835, 942, 964, 1091–1093, 1154, 1156, 1200, 1215
Zehrer, Hans 1231
Zeigner, Erich 36, 466, 481, *660*
Zell, Karl *811*
Zentralarbeitsgemeinschaft 24, 42–44, 133, 136, 147, 457, 658, 974, 1010, 1015, 1148 f.
Zengen, Hans-Werner von *492*, 581
Zentrumspartei 119, 217, 224 f., 232, 390, 403, 424, 449, 551 f., 582, 590, 671, 718, 1026, 1211, 1217, 1223
Zeppelin 576 f.
Zetkin, Clara 1221
Ziebill, Otto 1212
Ziegler, Friedrich *178*
Zierold-Pritsch, Bruno 1094
Zimmer, Hermann 328
Zollpolitik 552, 574, 1002, 1190, 1200
Zündholzmonopol 899
Zwangswirtschaft 147, 397, 421

Bildnachweis

Erster Halbband: F. Ziegler, Haag/Menschen der Zeit. Hundert und ein Lichtbildnis wesentlicher Männer und Frauen aus deutscher Gegenwart und jüngster Vergangenheit (Die Blauen Bücher), Königstein im Taunus und Leipzig: Karl Robert Langewiesche 1931 (6*), Deutscher Aufbau/Transocean (8*, 72*), Simplicissimus (2)

Zweiter Halbband: Rudolf Grossmann, Fünfzig Köpfe der Zeit, Berlin: Mosse 1926 (6*), Deutscher Aufbau/Transocean (10*)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Nationalliberalismus in der Weimarer Republik :
die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933 /
[im Auftr. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der Politischen Parteien].
Eingeleitet und bearb. von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. –
Düsseldorf : Droste, 1999
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien : Reihe 3, Die Weimarer Republik ; Bd. 9)
ISBN 3-7700-5219-6

Halbbd. 2. 1926–1933. – 1999

EX OFFICINA
1999

Satz
Linotype Stempel Garamond
SatzWeise Trier

Papier ⊗
Geese Hamburg

Gewebe
Bamberger Kaliko

Druck
Verlagsdruckerei Schmidt
Neustadt/Aisch

Printed in Germany

Nationalliberale Correspondenz

Zu beziehen durch die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei Berlin W 66, Wilhelmstr. 46–47. – Fernsprecher für die Redaktion: Amt Zentrum Nr. 5916 u. 5917. Telegramm-Adr.: Nationalliberal Berlin

Im Auftrage der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei herausgegeben von Eduard Spieß

Offizielle Parteikundgebungen werden in durchschossenem Druck veröffentlicht. – Die „N. l. C." erscheint in der Regel wöchentlich sechsmal. – Nachdruck der Artikel ist für Nichtabonnenten verboten

45. Jahrgang | Berlin, Montag den 16. Dezember 1918. | Nr. 238

...ruf der Deutschen Volkspartei.

Krieg und ... turz haben Staatsverfassung und Parteiformen gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der **Deutschen Volkspartei** zu scharen.

Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsere ganze Politik unter den **nationalen Gedanken**, um so schärfer lehnen wir all diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die **Reichseinheit** ist uns Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können. Wir begrüßen mit voller Zustimmung die von den Deutschen Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reiche. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den **Deutschen im Auslande** und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern. Wir beharren auf unserem Recht auf **kolonisatorische Betätigung** und wir verlangen die Sicherung der **Freiheit der Meere** als wesentliche Grundlagen für den Neuaufbau unserer Wirtschaft. Unter der Bedingung völliger **Gleichberechtigung** aller Staaten begrüßen auch wir den Gedanken des Völkerbundes.

Wir bekennen uns zu dem demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen **Wahlrechts** nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir verlangen

völlige Neuordnung des **Auswärtigen Amtes** und unserer ausländischen Vertretungen.

Ein **Volksheer**, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundsätzen: Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft.

Sicherung der **Freiheit für Wort und Schrift**, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte.

Weiteste **Selbstverwaltung** auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, **Kreis** und Provinz.

Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und **Kräftigung eines breiten Mittelstandes** in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand.

Warmherzige Fürsorge und **würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten** und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs.

Sicherung der Stellung der **Beamten, Offiziere** und **Lehrer**, materiell und rechtlich. Anerkennung ihrer Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenausschüssen.

Wir treten ein für Kräftigung und Nahrung der

freien Bauern auf eigener Scholle,

wir treten ein für die im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendige Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, für eine **großzügige Siedlungspolitik**; Domänen, Großgrunddesitz, Fideikommisse sind hierzu in ausgiebiger Weise heranzuziehen. Der soziale Aufstieg des Landarbeiters, die Möglichkeit für ihn, zu Eigenbesitz zu gelangen, ist weitgehend zu erleichtern.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des **Kleinwohnungswesens**, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen in Grund und Boden und soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts.

Wir verlangen **volle Koalitionsfreiheit**, ein neues sozial gestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der Sozialpolitik, insbesondere auch Ausbau der Frauen-, Wöchnerinnen- und Kinderschutzgesetze, Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht. Die internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zu erwirken.

Wir halten fest an dem Grundsatze des **Privateigentums** und des **Erbrechts**, wir halten fest an der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betriebe wie in der Volkswirtschaft, jedoch unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung. Wir stellen uns in bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigen...ms ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen. Einer Überführung dazu geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt sind wir bereit zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden.

Die geschichtlich überkommene

Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden.

Volle Gewissensfreiheit. **Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule.** Kein Gewissenszwang für Eltern und Lehrer. Die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen, die hauptamtliche Fachaufsicht allgemein durchzuführen. Die allgemeine und die Fachbildung sollen gehoben, die höheren Lehranstalten ihres Charakters als Standesschulen entkleidet und alles Berechtigungsunwesen beseitigt werden.

Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die an uns herantreten, werden **Steuern** und wirtschaftliche Maßnahmen verschiedenster Art, auch Monopole notwendig machen. Reichs-Eisenbahnen sind schon um deswillen erforderlich. Wir verlangen, daß in dem Steuersystem eine Reichs-Einkommen- und Erbschaftssteuer, schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe sich befinden. Die Vermögensabgabe muß jedoch in Formen geschehen, die die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbinden.

Die Umwälzung hat der **Frau die Gleichberechtigung** im politischen Leben gebracht. Dieses Recht muß der Frau erhalten bleiben; darüber hinaus fordern wir die Zulassung der Frau zur Vorbildung und zur Ausübung öffentlicher Ämter. Alle privatrechtlichen Härten, die noch zu Ungunsten der Frau bestehen, müssen aufgehoben werden.

Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für **Ruhe und Ordnung** sorgt. Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Preßfreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder, wir verlangen die **Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe** in das Wirtschaftsleben, die uns mit **Hungersnot, Anarchie** und **Staatsbankerott** bedrohen.

Wir fordern die **Sicherstellung** der **Staats-** und **Kriegsanleihen**, der Sparkasseneinlagen, Bankdepositen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge.

Wir fordern den alsbaldigen Ausbau der bürokratischen Zwangswirtschaft.

Wir verlangen die sofortige Überführung der jetzigen, lediglich auf den Tatsachen der Revolution beruhenden Regierungsgewalt in eine neue Rechtsordnung; wir verlangen daher die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung als verfassungs- und gesetzgebender Körperschaft; ohne deren Zustimmung entbehrt jede Gesetzgebung der rechtlichen Grundlage.

Wir verlangen, daß die jetzige Regierung alles daran setzt, **sofort den Frieden** zu erhalten, damit der Neuaufbau des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft schleunigst in Angriff genommen werden kann.

Alle diejenigen, welche bereit sind, nach diesen Grundsätzen und diesen Zielen mit uns zusammen zu arbeiten und sich mit uns zur

Deutschen Volkspartei

zu vereinigen, rufen wir zur Mitarbeit auf; unsere Aufforderung ergeht insbesondere auch an die deutschen Frauen und an die deutsche Jugend, die nun in den Kreis der politisch Vollberechtigten eingetreten sind.

Schließen wir uns zusammen unter der Fahne:

Freiheit und Vaterland!

Albrecht, Karl, Fabrikbesitzer. Arend, Opernsänger. von Behr, Generalkommissionspräsident, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat. Dr. Breiger, Sanitätsrat. Barth, Mcrg., Schneiderin. Bergmann, Buchdruckereibesitzer. Bräuer, Frau, Generalin Böll, Betriebsleiter. von Borries, Oberstleutnant a. D. von Borries, Major a. D. Butsch, Verlagsbuchhändler. Frau Major Behr. Conrad, Sekretär. Agnes da Costa, Frau. Dieckmann, Hauptmann. von Dewitz, J., Frau. Prof. Dr. Dührssen, Frauenarzt. Döhn, Kaufmann. Döring, Frau, Bürovorsteherin. Damcke, Alfons, Fabrikant. Damcke, Erwin, Fabrikant. Eichhoff, Rektor und Schriftsteller. Ewest, städt. Lehrer. Fischer, Herm. Kaufmann. von Förster, Kaufmann. Dr. Felder, Direktor am Kali-Syndikat. Fraedrich, Gastwirt. Fischer, Herm., Kaufmann. Fischer, Marg., Stenotypistin. Geerke, Kunstmaler. Dr. Gerlich, Hauptgeschäftsführer. Glaser, Amandus, Direktor. Dr. Gehlhaar, Spezialarzt. Gericke, Oberleutnant. Dr. Gersdorf, Marine-General-Oberarzt a. D. Gartbrecht, Röntgentechniker. Grützner, Fabrikant. Girrulat, Kaufmann. Günther, Oberleutnant zur See. Hartisch, Rechnungsrat, Major der Landwehr I. Hackbarth, Adelheid, Buchhalterin. Heyne, Professor. Helm, Kaufmann. Hirche, Laborant. Hoffmann, Joh. Kaufmann. Hoffmann, Georg, Generalsekretär. Hoop, Tischlermeister. Haertel, Oberingenieur., Dr. Hahn, Zahnarzt. Huhn, Fabrikbesitzer. Harting, Luise, Kontoristin. Otto Herbert, Handelsvertreter. Heintze, Ingenieur. Isserhagen, Fabrikbesitzer. Joseph, Bezirks-Schornsteinfegermeister. Janisch, Kaufmann. Krech, Fabrikbesitzer. Dr. Ernst Kundt. Klein, Fabrikant. Knuth, Marta, Buchhalterin. von Knobelsdorff, Oberleutnant. Kockelmann, Major a. D. Lenz, Frau Major. von Looper, Frau, geb. Freiin von Wangenheim. Lüttges, Rittmeister. Lüders, Paul, Justizrat. Mentze, Kgl. Ökonomierat. Molkentin, Direktor. Müller, Oskar Bürgerschullehrer. Meinert, Lornsen, Hauptlehrer. Meine, Verw.-Inspektor. Dr. Mahrholz, Frau. Dr. Mohr, Oberarzt. Möllmann, Kaufmann. Müller, städt. Steuererheber. Noack, Bildhauer. Neumann, Frida, Frau. Neutze, Geh. Regierungsrat. Otto, Annaliese, stud. agr. Dr. Ostwald, Wilhelm. Geh. Rat, Prof. Oesterwitz, Verlagsbuchhändler und Redakteur. Otto, Robert, Fabrikbesitzer. Plechati, Josef, Fabrikbesitzer. Pötsch, Bernhard, Kunstmaler. Plöcker, Hauptmann und Frau. Dr. Reinmuth, Astronom. Rohde, A., Kaufmann, Moskau. Rüst, Edela, Schriftstellerin. Rohde, F., Oberförster. Rahmlow, Käte, Frau, Rebakteurin. Dr. Reimann, R., Generaldirektor. Richter, Geh. Baurat. Rugoczy, Syndikus a. D. Raal, Pfarrer. Riedel, Lehrer und Ingenieur. Dr. Scharff, San.-Rat. Scheerbarth, Ingenieur. Dr. Schint, Ingenieur. Stürzelbecher, Fritz, Landessekretär. Schmidt, August, Prokurist. Schütz, Apotheker. Sturt, Oberleutnant. Stiller, Leutnant z. S. Dr. Sandhop, Medizinalrat. Schloifer, Ingenieur. Schmidt, Rudolf, Lehrer. Steiner, geb. Bobrnauer, Frau Major. Dr. Strofcher, Oberstabsarzt a. D. Stäudlein. Schlossermeister. Sonnenburg, Kathar., Kassiererin. Schumacher, Kassenbote. Stief, Kaufmann. Schroeder, Major a. D. Schaefer, M. C., Kaufmann. Sudeck, Landwirt. Sturzel, Frau Feodora. Thimm, Frau Professor. Tschermak, Frau. Dr. Thiele, Chemiker. Dr. Treding, Joh., Frauenarzt. Thierbach, Regierungsbaumeister. Thomas, Frau Regierungsbaumeister. v. Baltier, Landwirt. Weiß, Karl, Chirurgie-Instrumentenmacher. Wagner, Fabrikbes. Weber, Anna, Wirtschafterin. Wolf-Hannier, Lehrer und Schriftsteller. Wiese, Gertrud, Buchhalterin. Weithmann, Frau Geheimrat. Witsch, Gertrud, Frau. v. Wrochem, Gemeindeschöffe. Ziegler, Paul, Lehrer i. R. Zipse, Kaufmann. Zeuske, Ingenieur.

Fabrikbesitzer Anstatt, Bromberg. Gewerkschaftssekr. Baltrusch, Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin. Geheimrat Professor Dr. Backhaus, Berlin. Frau Julie Bassermann, Mannheim. Geh. Kommerzienrat Bartling, Wiesbaden. Verbandsdirektor Bechly Hamburg, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Gerichtssekretär Bode, Burgdorf. August Bohn, Gewerkschaftssekretär, Recklinghausen. Dr. Hugo Boettger, Berlin. Generalsekretär Brües, Köln. Generalsekretär Bruno, Hannover. Rechtsanwalt Dr. Burchard, Hamburg. Ludwig Büttemeier, Eisenbahnschaffner und Obmann der organisierten Rangierer und Hilfsschaffner Recklinghausen. Regierungspräsident Dr. v. Campe, Minden. Geheimerat Cleinow, Herausgeber der „Grenzboten", Berlin. Lehrer Dammann, Dadschewern bei Lüneburg. Frau Debmel, Hamburg. Professor Dr. Dieckmann, Osnabrück. Landwirt Dusche, Iserhagen. Wilhelm Eilbrecht, Eisenbahner und Bezirksvorsitzender, Osnabrück. Peter Fischer, Leiter d. Verbandes d. Post- u. Telegraphenarbeiter Bochum. Rechnungsrat Frentel, Hannover. Frau Milla Fritsch, Königsberg. Geh. Regierungsrat Garnich, Charlottenburg. Malermeister Goßmann, Hannover. Kupferschmiedemeister Gößmann, Osnabrück. Generaldirektor Grau, Stolzenhagen-Kratzwieck. Gewerkschaftssekretär Gutsche, Gewerkschaftsvorsitzender Berlin. Frau Ottilie von Hansemann, Berlin. Landwirt Harte, Delpe. Chefredakteur Dr. Hartmann, Hannover. Theodor Held, Berlin. Landgerichtsdirektor Hettner, Dresden. Geh. Justizrat Hirschberg, Eberswalde. Fräulein Antonie Hoffmann, Berlin. Rektor Hollmann, Lichtenberg. Generalsekretär Dr. Hugo, Schöneberg. Katharine Howe, Berlin. Fabrikbesitzer Kade, Reinickendorf. Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kahl, Berlin. Oberlehrer Dr. Käfer, Braunschweig. Stadtsekretär Kleinau, Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses der Beamten- und Lehrerschaft der Stadt Berlin. Kaufmann E. Kowes, Steglitz. Direktor Kronjäger, Lichterfelde. Fabrikant Krutmeyer, Oeynhausen. Fabrikant Kunsemüller, Osnabrück Handelsschullehrer Kühn, Hohenneuendorf. Bürgermeister Künzer, Posen. Oberlehrerin Frl. Lange, Bielefeld. Regierungsrat Professor Dr. Leibig, Berlin. Dr. Liebreich, Duisburg. Lehrer Lumma, Hermsdorf. Bürgermeister Dr. Marezky, Lichtenberg. Spediteur F. Mende, Tempelhof. Justizrat Menzel, Dirschau. Landwirt Jakobus Müller, Ostfriesland. Dr. Mittelmann, Stettin. Pastor Meyer, Herford. Justizrat Wilhelm Meyer, Hannover. Eduard Neumann, Eisenbahnschaffner und Verbandsvorsitzender, Berlin. Geh. Kommerzienrat Nithammer, Kribstein. Kurt Ommert, Eisenbahnhandwerker und Bezirksvorsitzender, Saarbrücken. Dr. Osann, Darmstadt. Dr. med. Offent, Stettin. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Peters, Rostock. Frau Margarete Poehlmann, Lissit. Karl Pricker, Gewerkschaftssekretär, Elberfeld. Geh. Medizinalrat Dr. Rapmund, Minden. Oberpräsident v. Richter, Hannover. Chefredakt. Rippler, Berlin. Justizrat Dr. Rohde, Berlin. Generalsekretär Rose, Hamburg. Kaufmann Salzwedel, Lichtenberg. Justizrat Schlee, Thorn. Karl Schneider, Eisenbahnrottenführer und Verbandsvorsitzender, Bahlhausen-Ruhr. Bergmann Schulte, Dortmund. Handelssyndikus Dr. Sievers, Stolp. Schwester Philippine Stavenhagen, Hamburg. Stadtschulrat Stettiner, Königsberg. Dr. Stresemann, Berlin. Gewerkschaftsvorsitzender Georg Streiter, Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Berlin. Oberbürgermeister Struckmann, Hildesheim. Universitätsprofessor Dr. Thaer, Greifswald. Generalmajor z. D. Thelemann, Stettin. Reg.-Rat Dr. Thissen, Berlin. Geheimer Kommerzienrat Dr. Vogel, Dresden. Chefredakteur Wallis, Hildesheim. Gymnasialdirektor Wehrmann, Bochum. Direktor Dr. Wenderoth, Dortmund. Chefredakteur Wyneken, Königsberg.

Das Votum des Zentralvorstandes.

Ein Teil der Presse, dem die Entscheidung des nationalliberalen Zentralvorstandes über den Bestand der Partei unwillkommen ist, versucht, das Abstimmungsergebnis durch falsche und tendenziöse Schlußfolgerungen zu entwerten. So spricht die „Vossische Zeitung" von einer nationalliberalen Sonderpartei, die mit Zufallsmehrheit zustandegekommen sei. Die „Börsenzeitung" behauptet, der Beschluß gebe kein Bild der Stimmung innerhalb der Nationalliberalen Partei, vielmehr stehe die wirkliche Mehrheit der Partei auf dem Boden der Deutsch demokratischen Partei. Wir haben nichts dagegen, wenn die „Börsenzeitung" sich mit diesem Glauben trösten will, denn sie wird bald einsehen müssen, daß sie mit ihrer Annahme Unrecht hat. Die Abstimmung des Zentralvorstandes ergibt keinesfalls deswegen ein falsches Bild, weil nur ein Teil der Mitglieder anwesend gewesen ist. Wenn auch im kleineren Kreise spiegelt sich die Gesamtstimmung meist völlig zutreffend wieder, wenn er nicht einseitig zusammengesetzt ist. Kommen die verschiedenen Lager zu Wort, so wird man von ihrem Votum mit ziemlicher Sicherheit auf die Stimmung der Gesamtpartei schließen können. Die einzige Bedingung ist eben, daß nicht ein Teil besonders stark in den Vordergrund tritt.

Um eine gleichmäßige Beschickung des Zentralvorstandes zu ermöglichen, haben die hannoverschen Nationalliberalen eine deutsche Mittelstadt als Ort der Tagung des Zentralvorstandes vorgeschlagen. Hätte man ihren Wunsch erfüllt, dann wäre die Teilnahme größer gewesen. Dadurch, daß der Zentralvorstand in Berlin zusammentrat, erfuhr der Kreis der Teilnehmer unter den gegenwärtigen Umständen eine natürliche Beschränkung. Diese Einschränkung war aber durchaus zu Ungunsten derjenigen Mitglieder, die für die Deutsche Volkspartei eintreten. Denn in Berlin überwiegt stets die demokratische und radikale Richtung in außerordentlich einseitiger Weise. Diese alte Erfahrung ist auch bei der Abstimmung des Zentralvorstandes am Sonntag von neuem befestigt. Man kann deshalb mit Sicherheit sagen, daß die Abstimmungsverhältnisse für den Antrag Dr. Vogel am Sonntag denkbar ungünstig lagen und daß der Zentralvorstand in einer mitteldeutschen Stadt eine ganz andere Mehrheit für den Antrag Dr. Vogel aufgebracht hätte. Das Gegenteil von den mißliebigen Bemerkungen der Vossischen Zeitung und der Börsenzeitung ist also richtig. Es kann nicht von einem Zufallsergebnis, von Restbestand und Sondergruppe die Rede sein. Es ist vielmehr unbestreitbar, daß die Nationalliberale Partei in ihrer Mehrheit an ihrem Fortbestand als Deutsche Volkspartei festhält. Will man die Abstimmung vom Sonntag bemängeln, so kann man nur sagen, daß in Wirklichkeit die nationalliberale Mehrheit für die Deutsche Volkspartei weit größer ist, als der Beschluß des Zentralvorstandes erkennen läßt.

Gedruckt bei Imberg & Lessou G. m. b. H., Berlin SW. 48.